2 Ve 422 52

PROTOKOLL DES 5. KONGRESSES

BAND I

PROTOKOLL

FÜNFTER KONGRESS DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

BAND I

VERLAG CARL [illegible] ACH F.

Der Kongreß tagte
vom 17. Juni bis 8. Juli 1924
in Moskau

Die Erweiterte Exekutive
tagte im Anschluß an den Kongreß ebendort

335.4
C73
1924 pG
v.1
cop 3

REMOTE STORAGE

ERÖFFNUNGSSITZUNG

(Dienstag, den 17. Juni 1924, im Großen Theater)

Eröffnung. Wahl des Präsidiums. Begrüßungsreden

Redner: Kolarow, Miljutin, Sinowjew, Rykow, Losowski, Geschke, Treint, Stewart

Eröffnung: 7 Uhr 15 abends

KOLAROW: Genossen! Zum fünften Male versammeln sich in der roten Hauptstadt der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken die Vertreter der revolutionären Arbeiter und Bauern aller Länder zum internationalen Kongreß, um alle die Fragen zu erörtern und zu entscheiden, die die revolutionäre Bewegung in der kapitalistischen Welt auf die Tagesordnung stellt. Vom letzten Kongreß trennen uns 1½ Jahre. Das ist eine sehr kurze Frist, aber während dieser kurzen Frist hat sich eine Menge außerordentlich bedeutsamer Ereignisse abgespielt, sind gewaltige Veränderungen vor sich gegangen, sowohl im internationalen Leben als auch im Leben und in der Entwicklung unserer einzelnen Parteien. Während dieser Zeit haben die Kommunistische Internationale, ihre einzelnen Sektionen und das von ihr geführte Proletariat einen schweren Kampf an vielen Fronten geführt. In diesem Kampf hat sie sowohl Teilniederlagen erlitten als auch bedeutende Siege erfochten. Und während dieser Zeit des Kampfes hat sie auch große Opfer bringen müssen. Und nun, da wir unseren Kongreß beginnen, muß unser erstes Wort diesen großen Verlusten gelten. Und das erste von diesen ersten Worten muß dem Verlust des größten Führers der Weltrevolution, des Genossen Lenin, gewidmet sein. (Alle erheben sich, die Musik spielt den Trauermarsch.)

Genossen! Die Komintern hat auch einen der Gründer der ersten sozialdemokratischen Partei in Rußland verlieren müssen, der gleichzeitig der Gründer der alten revolutionären kommunistischen Partei Bulgariens, der „Engherzigen", war — den Genossen Dimitrij Blagojew. (Alle erheben sich, die Musik spielt den Trauermarsch.)

Genossen! Wir können nicht an unsere Arbeit gehen, ohne auch der vielen tausend anderen gefallenen Arbeiter und Bauern zu gedenken, die im Revolutionskampf, in offener Schlacht oder in den Gefängnissen geendet haben oder von den bürgerlichen Henkern zum Tode verurteilt worden sind. Aber wir trauern nicht nur, sondern wir vermerken auch mit einem Gefühl der Freude die gewaltigen Erfol[illegible] die die Komintern und ihre Sektionen in dieser kurzen Zeit erru[illegible] haben. Unsere Parteien sind in allen Ländern erstarkt, uns[illegible]eltpartei — die

Komintern — ist jetzt gesünder und steht fester auf ihren Füßen und sieht den kommenden Ereignissen mit dem Glauben an den Endsieg entgegen. Unser Kongreß, der nun an seine Arbeit geht, kann mit dem Gefühl der Sicherheit in die Zukunft schauen und vertrauensvoll die Entwicklung der Ereignisse abwarten. Hiermit erkläre ich den 5. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale für eröffnet. (Stürmischer Beifall. Die Musik spielt die Internationale, die von allen Anwesenden mitgesungen wird.)

STIMME (vom Platz aus): Wir begrüßen den 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Hurra! (Beifall.)

TROTZKI (erscheint auf der Tribüne; Händeklatschen, Hurrarufe).

STIMME (vom Platz aus): Es lebe die Rote Armee! Hurra! (Beifall).

KOLAROW: Wir schreiten jetzt zur Wahl des Präsidiums des Kongresses. Das Wort zu dem entsprechenden Antrag hat Genosse Miljutin.

MILJUTIN: Im Namen aller Delegierten beantrage ich, das Präsidium folgendermaßen zusammenzusetzen: Zu Vorsitzenden: Genosse Sinowjew (Beifall), Genossin Klara Zetkin (Beifall), die Genossen Stalin, Bucharin, Trotzki (Beifall), die Genossen Thälmann und Geschke von Deutschland (Beifall), die Genossen Treint und Sellier von Frankreich (Beifall), Genosse Bordiga von Italien (Beifall), die Genossen Smeral und Muna von der Tschechoslowakei (Beifall), Kolarow vom Balkan (Beifall), Krajewsky von Polen (Beifall), Katayama von Japan (Beifall) — Stimme (vom Platz aus): Es leben die Völker des Ostens! (Beifall) — Roy von Indien (Beifall), Genosse Stewart von England (Beifall), Genosse Schefflo von Skandinavien (Beifall).

Nun die Liste der Mitglieder des Sekretariats: Piatnitzki, Neurath, Dowoth, Stirner (Beifall).

KOLAROW: Hat jemand Einwendungen gegen diese Zusammensetzung zu machen? (Nein, Beifall.) Wer ist gegen diese Zusammensetzung des Präsidiums und Sekretariats? Das Präsidium und das Sekretariat sind einstimmig gewählt. (Beifall.)

Zur Eröffnungsrede erteile ich das Wort dem Genossen Sinowjew (Beifall).

SINOWJEW: Genossen! Auf der Tagesordnung des 5. Kongresses steht die Frage des Programms der Kommunistischen Internationale. Die KI. wird noch viel kollektive Arbeit aufwenden müssen, um einen Programmtext auszuarbeiten, der allen Anforderungen der Bewegung genügt und unserer Theorie entspricht. Aber wir haben zwei Namen, Genossen, die das Programm der Kommunistischen Internationale mit denkbarster Vollständigkeit in sich verkörpert haben. Diese Namen sind Marx und Lenin. (Beifall.) Die Kommunistische Internationale hat es seit dem Anbeginn ihrer Arbeit für ihre Pflicht gehalten, den Weg zu gehen, den Karl Marx der I. Internationale gewiesen hat. Unter dem Banner von Marx hat sich die Kommunistische Internationale gebildet.

Schon direkt Hand in Hand, in denselben Reihen hat die Kommunistische Internati[illegible]e zusammen mit Wladimir Iljitsch Lenin kämpfen und ihre Organi[illegible]schaffen können. Für ihn gab es nichts Höheres

und Erhabeneres als die Interessen der internationalen Bewegung und somit also die Interessen der Kommunistischen Internationale.

Wladimir Iljitsch hat die russischen Arbeiter gelehrt, daß es nichts Höheres gibt als den Dienst für die Arbeiterklasse, nicht nur des eigenen Landes, sondern auch der internationalen Arbeiterbewegung, er hat es sie gelehrt auch in den Jahren, als unsere Partei noch illegal war, als nach rechts und nach links gekämpft werden mußte, um das Existenzrecht zu verteidigen, als die Partei den Revisionismus aller Schattierungen zurückweisen mußte. In den Jahren des Sieges erinnerte Wladimir Iljitsch das russische Proletariat beständig daran, daß die Interessen der Internationale allem anderen vorangehen, daß jeder einfache russische Arbeiter sich auf die Rolle eines Mitarbeiters an der revolutionären Bewegung nicht nur seines eigenen Landes, sondern auch der ganzen Welt vorbereiten müsse.

Ein hervorragender Sozialdemokrat, Max Adler, hat im Nekrolog für Wladimir Iljitsch hervorgehoben, daß der reformistische Sozialismus (zu dessen Lager er selbst gehört) „seelenlos" sei. Ich kenne kein härteres Urteil über die II. Internationale als dieses kurze Wörtchen „seelenlos", das der II. Internationale von ihrem Mitglied Max Adler ins Gesicht geschleudert worden ist. Er schrieb:

> „Dieser Gegensatz eines seelenlosen Sozialismus und eines solchen, in dem die Feuerseele der ‚umwälzenden Praxis eines Marx und Engels', der sozialen Revolution fortglüht, ist der eigentliche Grund der heutigen Zerrissenheit und Schwäche des Sozialismus. Und ihr gegenüber war Lenin geradezu eine grandiose Verkörperung dieser glühenden Seele des Sozialismus."
> Etwas weiter sagt er:
>
> „. . . . Wer keine Augen und kein Gefühl für das hat, was ich vorhin die *‚Seelenlosigkeit'* des Sozialismus nannte, der wird auch nie ein Verständnis dafür gewinnen, daß der ‚Putschismus' bei sehr vielen seiner Anhänger, die gerade die besten und idealsten sind — und das erklärt besonders die Anziehungskraft des Kommunismus auf die Jugend —, *eine leidenschaftliche Reaktion gegen diese Seelenlosigkeit ist.* Als eine solche Reaktion gegen die revolutionäre Atrophie des proletarischen Sozialismus ist Lenins internationales Wirken in erster Linie zu verstehen."

Genossen, in den Tagen, als wir den Tod Wladimir Iljitschs beweinten, sind einigen der gewissenhaftesten Gegner des Kommunismus Geständnisse entschlüpft, wie jenes, das ich soeben angeführt habe. Ja, Wladimir Iljitsch war die Feuerseele des internationalen Sozialismus, alles dessen, was es Heroisches in der Arbeiterbewegung gibt. Und ich glaube, Genossen, es kann für unseren Kongreß, der morgen oder übermorgen seine Arbeit beginnt, keine größere Ehre geben als die Erkenntnis, daß ein Teil der Seele Wladimir Iljitschs in einer jeden von unseren Parteien vibriert und daß jede von ihnen es sich zur größten Ehre anrechnen wird, den Weg zu gehen, den der verstorbene Wladimir Iljitsch Lenin dem Weltproletariat und der internationalen Revolution gewiesen hat. (Beifall.)

Als Marx gestorben war, schrieb Engels in seinem bekannten Brief, den wir oft zitiert haben:

> „Die Bewegung des Proletariats wird ihren Weg weitergehen, aber es wird keinen Mittelpunkt mehr geben, wo sich in

kritischen Augenblicken die Franzosen, die Russen, die Amerikaner und die Deutschen um Hilfe wandten und von dem sie stets klare und richtige Ratschläge erhielten, Ratschläge, wie sie nur ein Genie und ein Mensch erteilen konnte, der seinen Gegenstand vollkommen beherrscht."

Wladimir Iljitsch hat durch seine große Arbeit dafür gesorgt, daß bei seinem Scheiden aus dem Leben ein solcher Mittelpunkt blieb, an den sich die Revolutionäre der ganzen Welt um Rat wenden und von dem sie Hinweise im Geiste Wladimir Iljitschs erhalten können. Dieser Mittelpunkt ist hier, er ist die Kommunistische Internationale, die vor allen Dingen vom Genius Wladimir Iljitschs geschaffen worden ist. Und der 5. Kongreß wird der ganzen Welt beweisen, daß unter uns nicht umsonst der genialste Führer des internationalen Sozialismus, der beste Vertreter des revolutionären Marxismus auf Erden gearbeitet hat. (Beifall.)

Hier ist bereits gesagt worden, daß wir in der verflossenen Zeit viele Opfer gebracht und viele Verluste erlitten haben. Natürlich ist es einem jeden von uns Bedürfnis, in den ersten Augenblicken unseres internationalen Kongresses der Genossen zu gedenken, die durch die Macht der Umstände in die erste Feuerlinie gestellt und daher auch von den ersten und stärksten Schlägen der Feinde getroffen wurden. Wir entsenden unseren Gruß den Krakauer Aufständischen, die von der Weißen Garde gerade in den Tagen abgeurteilt werden, wo unser Kongreß arbeitet. Einen ebenso flammenden Gruß senden wir den polnischen Arbeitern, die in den Gefängnissen schmachten, den polnischen Bauern, die die bürgerliche Bande eingekerkert hat, wir gedenken heute der Dutzende und hunderte bulgarischer Aufständischer, die in die Gefängnisse geworfen und aus dem Lande vertrieben, und wir gedenken der tausende deutscher Arbeiter, die mit Hilfe der faschistischen Sozialdemokratie gefangengesetzt worden sind; einen Gruß auch den indischen Revolutionären, denen soeben ihr Urteil verkündet wurde — vier Jahre Zwangsarbeit —, wobei die Regierung in vollem Einvernehmen mit der Arbeiterregierung Seiner Majestät des Königs von England und gleichzeitig auch des Führers der Arbeiterpartei, Herrn Macdonald, vorging. Wir gedenken des heldenmütigen Kampfes unserer japanischen, chinesischen und koreanischen Genossen. Wir gedenken an diesem Tage des tragischen Endes Osugas, Kawamis, Joschimuras, Takaoras und einer ganzen Reihe anderer Genossen, die von der Hand der Faschisten des vertierten japanischen Imperialismus gefallen sind.

Wir vergessen auch nicht den hartnäckigen Kampf der streikenden chinesischen Eisenbahner.

Wir gedenken des Zentral-Komitees der Kommunistischen Partei Ägyptens, das fast vollzählig ins Gefängnis geworfen wurde für die Durchführung eines großen Streiks, der zur Besetzung einzelner Fabriken in Ägypten führte.

Wir gedenken des heroischen Kampfes der internationalen kommunistischen Jugend. Sie wissen, daß kürzlich in Polen Genosse Engel erschossen wurde, Sie wissen, daß Mitglieder der kommunistischen Jugend Polens im Laufe der letzten Wochen zu insgesamt 477 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden sind. Wir senden der Kommunistischen Jugend Polens und der ganzen Welt unseren flammenden Brudergruß (Beifall). Wir gedenken des heroischen Kampfes, den die französische

und die deutsche Kommunistische Jugend im Ruhrgebiet geführt hat. Was man auch sagen mag: obwohl wir verhältnismäßig schwach waren und auf die Ruhrereignisse nicht in erforderlicher Weise reagieren konnten, so bleibt doch die Tatsache bestehen: Nur die deutsche und die französische Kommunistische Partei haben unter der Führung der Kommunistischen Internationale vom Beginn der Ruhrbesetzung an ihre Pflicht erfüllt. Und die französische und deutsche Kommunistische Jugend hat diese Pflicht tatsächlich mit Ehren erfüllt und dafür vor kurzem ungefähr 150 Jahre Gefängnis erhalten. Selbstverständlich kann unser Kongreß nicht umhin, der französischen und deutschen Kommunistischen Jugend seinen wärmsten kameradschaftlichen Bruder- und Freundesgruß zu senden. (Beifall.)

Die bürgerlichen Regierungen hoffen durch Zuchthausstrafen der sozialen Bewegung ein Ende zu machen, die in der gesamten Weltbewegung der Kommunistischen Jugend verkörpert ist.

Die Blinden! Die Kommunistische Jugend einschüchtern wollen wäre dasselbe, als wollte man die junge Morgensonne einschüchtern, damit sie nicht aufgehe. Werden sie denn wirklich nicht begreifen, daß es jedenfalls, wenn schon niemand anderem, so doch bestimmt der heutigen herrlichen Generation der Kommunistischen Jugend beschieden sein wird, den vollen Sieg über die bürgerliche Ordnung davonzutragen? Die Kommunistische Jugend wird, wenn niemand anders, ganz gewiß der Totengräber der bürgerlichen Gesellschaft sein. Nein, es wird nicht gelingen, das sprossende Grün der Kommunistischen Jugend durch Zuchthausurteile zu zertreten, durch Erschießungen, wie die polnische Bourgeoisie sie vornimmt, die große historische Weltbewegung zu ersticken, auf die die Kommunistische Internationale stolz ist und die die Kommunistische Internationale mit allen ihren Kräften unterstützen wird; denn es gibt keine größere revolutionäre Bewegung als unsere prächtige Kommunistische Weltjugend. (Beifall.)

Genossen! Zum ersten Jahrfünft der Kommunistischen Internationale müssen wir vermerken, daß die Bewegung sich nicht so rasch entwickelt hat, wie wir es erwarteten. Erinnern wir uns der Zeit, in der Wladimir Iljitsch, einer der hervorragendsten Köpfe, der Ansicht war, daß der Sieg der proletarischen Revolution in allen Ländern eine Frage von Monaten sei.

Wir haben uns in der Beurteilung des Tempos geirrt, und wo nach Jahren gerechnet werden mußte, haben wir nach Monaten gerechnet. Mancher, der sich nicht in das Wesen der Kommunistischen Internationale vertiefte, verfiel zuweilen in Mutlosigkeit und sagte: Nun besteht unsere Organisation schon fünf Jahre, und dabei hat sie noch immer nicht in der ganzen Welt gesiegt.

Es ist wahr. In den ersten fünf Jahren des Bestehens der Kommunistischen Internationale haben wir vorläufig nur ungefähr ein halbes Dutzend zerstörter Monarchenthrone und haben in der Sowjetunion nur ein Sechstel des Festlandes der Erde erobert. In diesen fünf Jahren haben wir die Entstehung und das Wachstum kommunistischer Parteien in einer ganzen Reihe von Ländern Europas und anderer Kontinente beobachtet. Während dieser Zeit hat sich die Sozialdemokratie zum zweitenmal an die Macht herangeschlichen. Sie gelangt zum zweitenmal zur Macht, und die Arbeiteraristokratie und das Kleinbürgertum, von den Sozialdemokraten verkörpert, teilen gegenwärtig in einer Anzahl von Ländern die Macht mit der Bourgeoisie. Während die Arbeiter unter dem Banner der Kommunistischen Internationale ihre Kräfte für

einen neuen Revolutionskampf sammeln, schleicht sich die II. Internationale in der Person ihrer obersten Führer zur Macht heran und ist Mittäter am Werk der Bourgeoisie. Das ist das ungefähre Ergebnis, das die ersten fünf Jahre bei weitem nicht ausschöpft.

Gewiß, es ist richtig, daß wir den Sieg noch nicht errungen haben und noch fünf Sechstel des Festlandes der Erde erobern müssen, damit in der ganzen Welt die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken aufgerichtet wird. Unsere Kommunistischen Jugendgenossen werden erschossen, Dutzende und hunderte unserer Leute befinden sich in den Gefängnissen und im Zuchthaus. Wir sehen während dieser Zeit Aufstandsversuche in Deutschland (den heldenmütigen Aufstand in Hamburg), in Polen und einen ausgedehnten Aufstand in Bulgarien. Aber vieles ist noch bei weitem nicht vollbracht. Es wäre jedoch der größte Opportunismus, die höchste Naivität und eine völlige Verkennung dessen, was Wladimir Iljitsch uns gelehrt hat, wenn man — wie ich das bei einigen Kommunisten zuweilen gesehen habe — deshalb in Mutlosigkeit verfallen wollte, weil der Kommunist Newbold bei den Wahlen durchgefallen ist. Ich habe Kommunisten gesehen, die darin eine Niederlage der Kommunistischen Internationale und wer weiß was für ein Unglück erblickten, obgleich Newbold bedeutend mehr Stimmen erhalten hat als früher. Man muß doch endlich begreifen, daß der Erfolg der Kommunistischen Internationale nicht auf dem Felde der Wahlen liegt. Wir haben auch dort große Erfolge gehabt, und sie sind für uns um so wichtiger, als die Wahlen nicht unser Element sind, aber es wäre lächerlich, zu glauben, daß unser Erfolg tatsächlich daran gemessen werden wird, ob Newbold oder irgend ein anderer ins Parlament gekommen ist oder nicht.

Das Entwicklungstempo war langsam, aber die Zeit hat für uns gearbeitet. Wir sind gegenwärtig fast in jedem Lande stärker als vor einem Jahr. Eine ganze Reihe unserer Parteien hat in dieser Zeit eine illegale Periode durchgemacht. Eine ganze Reihe unserer Parteien hat Prüfungen überstanden. Solche Prüfungen haben die Kommunistischen Parteien Deutschlands, Italiens, fast aller Balkanländer, der Tschechoslowakei und ein Teil der amerikanischen Partei durchgemacht, die durch die Prüfungen der Illegalität gegangen sind. Das ist für uns natürlich eine sehr wichtige Prüfung, denn man versuchte uns mit Hilfe des illegalen Zustandes abzuwürgen. Aber unsere Parteien haben die Prüfungen überall bestanden und sind aus ihnen bedeutend gestählter und bedeutend stärker hervorgegangen, als sie in die Illegalität eintraten. Heute haben wir überall bedeutend bolschewistischere Kommunistische Parteien als bisher. Daher treten wir an die Arbeit des 5. Kongresses im Bewußtsein dessen, daß der Endsieg zwar noch nicht errungen ist und daß viele Prüfungen auf unserem Wege lagen, daß unsere Sache langsamer vorwärtsgeht, als man erwarten konnte, daß sie aber vorwärtsgeht. Unsere Kommunistische Internationale, die von Wladimir Iljitsch geschaffen worden ist und von allen ehrlichen und revolutionären Elementen der internationalen Arbeiterklasse unterstützt wird, und alle ihre Organisationen haben das Kreuzfeuer ausgehalten und sind bedeutend stärker geworden.

Wir eröffnen unseren Kongreß kurz vor dem 10. Jahrestag des Krieges. Das Präsidium der Kommunistischen Internationale hat aus diesem Anlaß einen wichtigen Beschluß gefaßt, den zu bestätigen wir euch bitten werden. Wir wollen im Laufe einer Woche, Ende Juli und Anfang August, eine internationale Kundgebung veranstalten. Wir

wollen diese Kundgebung nicht nur gegen die Bourgeoisie richten, sondern auch gegen die weiße Sozialdemokratie, die am Kriege nicht weniger schuld ist als die Bourgeoisie. Ich hoffe, daß der 5. Kongreß die Einheitsfronttaktik in ihren Grundzügen bestätigen wird; aber es gibt Augenblicke, wo wir vor allen Dingen hervorheben müssen, daß die Führer der Sozialdemokratie unsere Todfeinde sind, und der zehnte Jahrestag des Krieges ist gerade ein solcher Augenblick. Wir wollen diese internationale Kundgebung nicht zusammen mit den Sozialdemokraten, sondern gegen sie veranstalten. (Beifall.)

Gegenwärtig ist die II. Internationale außer sich vor Entzücken über das Sachverständigen-Gutachten, wie ein Kind über ein buntes Spielzeug, und versucht die Arbeiter der ganzen Welt glauben zu machen, daß dieses Sachverständigen-Gutachten den besten Ausweg aus der gegenwärtigen Lage darstelle, daß dies der friedliche Weg sei, der für die gesamte internationale Arbeiterklasse annehmbar ist.

Einer der ehrwürdigsten Schwachköpfe und gleichzeitiger Führer der II. Internationale, Crispien, hat sich auf dem gegenwärtig versammelten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie durch folgenden Ausspruch unsterblich gemacht. Er sagte, daß er im Sachverständigen-Gutachten die „Kapitulation der Bourgeoisie vor dem Marxismus" feststelle. Nun, ist das nicht der Kretin der Kretins! Dieser selbstzufriedene Spießbürger scheint Karl Marx allen Ernstes mit dem gegenwärtigen deutschen Reichskanzler Marx zu verwechseln, denn nur in diesem Falle konnte er — und auch dann nur mit einer gehörigen Portion Dummheit — einen solchen Ausdruck gebrauchen.

Ein neuer Weltbetrug wird vorbereitet. Das Sachverständigengutachten ist eine Schlinge um den Hals der Arbeiterklasse Deutschlands. Sie ähnelt freilich zuweilen einer seidenen Schlinge und die Herren aus der II. Internationale freuen sich, daß sie aus Seide ist, daß sie mit Pausen zugezogen werden wird und dem deutschen Arbeiter von Zeit zu Zeit gestatten wird, Atem zu schöpfen. Sie suchen das vom Sachverständigen-Ausschuß ausgearbeitete Dokument als das letzte Wort der demokratisch-pazifistischen Wahrheit hinzustellen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunistischen Internationale besteht darin, diesen schändlichen Betrug zu enthüllen und das Sachverständigen-Gutachten im rechten Lichte zu zeigen.

In Wien hatte sich kürzlich die Amsterdamer Internationale versammelt, und diese Herren haben dort die Kriegsfrage aufgerollt. Herr Jouhaux, der die französische Arbeitskonföderation vertritt, brachte die Resolution ein, die Ihnen bekannt ist. Sie wollen in einer ganzen Reihe von Ländern eine abscheuliche Komödie aufführen und in der Rolle von Kämpfern gegen den Krieg auftreten.

Ob diese Herren wirklich glauben, daß wir sie nicht im Laufe der nächsten Zeit an die Verbrechen erinnern werden, die sie im imperialistischen Weltkriege an der internationalen Arbeiterklasse begangen haben? Es gehört zu unseren wichtigsten Aufgaben, die Liste dieser Verbrechen aufzurollen und im Zusammenhang mit dem bevorstehenden zehnten Jahrestag des imperialistischen Krieges vor der Arbeiterklasse der ganzen Welt diesen ganzen schönen Kranz der Führer der II. Internationale zu enthüllen, die ganze Welt daran zu erinnern, daß sie am Weltgemetzel um kein Haar weniger Schuld tragen als die imperialistischen Regierungen.

Glauben sie wirklich, daß wir sie nicht daran erinnern werden, was sie am Vorabend des Krieges gesagt haben? Herr Jouhaux möge nicht

vergessen, daß er am Tage der Beerdigung Jaurès' seine Rede am Grabe mit folgenden Worten geschlossen hat: „Von diesem Grabe ziehen wir in den Krieg, und ich ziehe mit!"

Und dieser selbe Jouhaux, der das Andenken Jaurès' am Tage seines Begräbnisses mit einer solchen Erklärung beschimpfte, der will jetzt den zehnten Jahrestag der Erklärung des imperialistischen Weltkrieges begehen. Dieser selbe Jouhaux, der zu den Führern der Amsterdamer Internationale gehört, kommt jetzt mit den Vorschlägen, die Ihnen bekannt sind.

Glauben diese Herren denn wirklich, daß wir die deutschen Sozialdemokraten nicht an den schmachvollen Artikel „Der Tag der deutschen Nation" erinnern werden?

> „Wie das Los auch fallen mag, in der Tiefe unseres Herzens hoffen wir, daß es für die heilige Sache des deutschen Volkes siegreich ausfallen wird; das Bild, das der Deutsche Reichstag, diese Vertretung der Nation, heute bot, wird im Gedächtnis des gesamten deutschen Teiles der Menschheit unauslöschlich bleiben und in die Geschichte eingehen als Tag der machtvollen und stolzen Erhebung des deutschen Geistes . . . Die deutschen Sozialdemokraten haben alle wie ein Mann für die Anleihe gestimmt. Unsere reichsdeutsche Partei, diese kostbare Perle in der Organisation des klassenbewußten Proletariats, ist wie die gesamte internationale Sozialdemokratie eine erbitterte Kriegsgegnerin und wärmste Anhängerin der Einheit und Solidarität der Völker . . . Aber da das deutsche Vaterland in Gefahr ist, da die nationale Unabhängigkeit des Volkes bedroht ist, stellt sich die Sozialdemokratie schützend vor die Heimat, und die ‚vaterlandslosen Gesellen', die ‚rote Horde', wie der Kaiser sie verächtlich genannt hat, opfern dem Staate Gut und Blut der Arbeitermassen."

Glauben die Führer der deutschen Sozialdemokratie wirklich, daß wir sie nicht daran erinnern werden?

Scheidemann — der Führer der deutschen Sozialdemokratie, die bedeutendste Figur in der deutschen Sozialdemokratie — glaubt er wirklich, daß wir ihn nicht an folgende kleine Stelle aus seinem eigenen Tagebuch erinnern werden:

„Gegen halb eins kam der Kanzler. Mir schien, daß er mir die Hand besonders lange und fest drückte (Heiterkeit). Und als er mir sagte: ‚Guten Morgen, Herr Scheidemann', da klang es mir, als wollte er mir sagen: ‚Na höre mal, unser alter Krakeel ist jetzt hoffentlich begraben.'

Ich wies auf die besondere Lage unserer Partei hin, der die Vertreter der anderen Parteien Rechnung tragen müßten. Schließlich wurde folgende Vereinbarung getroffen: Der Wortlaut unserer Erklärung im Parlament sollte nicht später als um 9 Uhr abends allen Parteien mitgeteilt werden, damit sie ihn in ihren Erklärungen berücksichtigen könnten. Haase gab die feierliche Versicherung ab, daß unsere Erklärung unter keinen Umständen zu Gegenerklärungen der anderen Parteien Anlaß geben werde. Unsere Erklärung werde keinesfalls einen Angriff auf die anderen Parteien enthalten ... Aber noch eine Klippe galt es zu umschiffen: das Kaiserhoch. Was werden Sie dabei tun? fragten uns die Mitglieder der anderen Parlamentsfraktionen. Ich bat, uns keine neuen Schwierigkeiten zu machen. Im Flüsterton sagte ich zum Abgeordneten Spahn so laut, daß Delbrück es unbedingt hören

mußte: Äußerstenfalls halte ich ein Hoch auf den Kaiser, das Volk und das Vaterland für angängig." *) (Heiterkeit.)

Wie Sie sehen, hat er das Kompromiß rasch gefunden. (Heiterkeit.)

Glauben diese Herren wirklich, daß wir sie an dem bevorstehenden zehnten Jahrestag an all dies nicht erinnern, daß wir ihnen gestatten werden, die Rolle von unschuldigen Engeln und Friedensboten für die internationale Arbeiterklasse zu spielen? Glauben sie wirklich, daß wir sie nicht daran erinnern werden, wie beim letzten Kongreß der Amsterdamer Internationale während des heißesten Gefechts zwischen einem Teil der sogenannten linken Engländer und den deutschen Sozialdemokraten die ersteren riefen: „Wo ist Rosa Luxemburg?" Das war eine kleine „kameradschaftliche" Erinnerung seitens eines Flügels der Amsterdamer Internationale an die Mitwirkung des anderen bei der Ermordung der internationalen Führer des revolutionären Proletariats, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Am Jahrestag des imperialistischen Weltkrieges müssen nicht einzelne Personen, sondern ganze Parteien, das gesamte internationale Proletariat die Herren Scheidemann und Jouhaux, Vandervelde und Konsorten nicht nur fragen, wo Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sind, sondern wo die Millionen deutscher, französischer, russischer und anderer Arbeiter sind, die von diesen Herren in den Krieg getrieben wurden.

Wir werden sie daran erinnern, daß in diesem imperialistischen Weltkriege 13 Millionen Menschen umkamen, daß 10 Millionen Krüppel blieben, daß 20 Millionen verwundet wurden und daß dieser Krieg nach den bescheidensten Berechnungen an 250 Milliarden Dollar gekostet hat. Wir werden die Arbeiter der Welt und vor allem die Arbeiter, die der Sozialdemokratie folgen, daran erinnern, daß die Hauptschuldigen an diesem Gemetzel die Führer der Sozialdemokratie waren.

Die Kriegsfrage kann von der Tagesordnung der internationalen Kongresse nicht abgesetzt werden, insbesondere solange diese schändlichen Lügner, die an der Spitze der II. Internationale stehen, noch einen Einfluß auf die Arbeiterklasse haben. Ich rede schon gar nicht von einer solchen Person wie Jouhaux, aber sogar der Engländer Ben Tillet hat gesagt: „Man muß gegen den Krieg ankämpfen, wenn er aber ausbricht, werde ich natürlich die Partei meines Vaterlandes ergreifen." Das sagen Leute, die unter den unverbesserlichen Reformisten relativ noch die besten sind, in Wirklichkeit aber die Rolle der ärgsten Verräter an der internationalen Arbeiterklasse spielen.

Aus diesem Grunde gehört die Organisierung der Kundgebung zum zehnten Jahrestag der Erklärung des imperialistischen Krieges zu den wichtigsten Aufgaben der Kommunistischen Internationale. Und wir werden die gesamte Agitation und unsere gesamte Arbeit so einstellen, daß die parteilosen Arbeiter, die der Sozialdemokratie folgen, sich des ganzen Entsetzens erinnern, das der Krieg für die Arbeiterklasse darstellt, daß sie sehen: Wenn sie der Kommunistischen Internationale nicht zu Hilfe kommen, wenn nicht die Arbeiter der ganzen Welt unsere Organisation stützen, die allein gegen den Krieg ankämpft, so haben wir keine Garantien gegen künftige Kriege.

---

*) Scheidemann, Tagebuch. Eintragung vom 3. August 1914. Kapitel: „Reichskanzler Bethmann Hollweg vor den Ausschüssen der Parlamentsfraktionen."

Unser Kongreß wird eine ganze Reihe äußerst wichtiger Fragen zu erörtern haben.

Die Bilder haben besonders in den letzten Monaten mit kinematographischer Schnelligkeit gewechselt. Eine ganze Reihe von Problemen wartet auf Antwort.

Die Ereignisse in Deutschland und ihre Beurteilung haben eine außerordentliche Bedeutung für die Beurteilung des Schicksals der Kommunistischen Internationale und unserer Taktik überhaupt. Die Arbeiterregierung in England und unser Verhalten zu ihr; der Linksblock in Frankreich und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Frankreichs, die durch die Macht der Umstände auf den Vorposten der Weltpolitik geschoben wird; die Auswertung der bulgarischen Lehren; die Beurteilung der Politik Italiens, wo seit einigen Jahren der Faschismus wütet; unsere russische Diskussion, die eine ganze Reihe von Fragen aufgewühlt hat, gegenwärtig aber beendet ist und ihrer Schlußfolgerungen harrt; die Taktik der Einheitsfront und der Arbeiter- und Bauernregierung — das ist die Reihe von Problemen, die wir zu lösen haben. Sie wissen, daß infolge einer ganzen Reihe von Mißerfolgen und Fehlern Versuche zu verzeichnen waren, auf die Einheitsfronttaktik gänzlich zu verzichten. Dagegen werden wir ankämpfen. Einzelne und sogar große Fehler sind kein Argument gegen die Einheitsfronttaktik. War es nicht ebenso mit der Taktik des revolutionären Parlamentarismus, als man jeden Fehler in der Anwendung des Parlamentarismus gegen die gesamte Taktik des revolutionären Parlamentarismus auszunutzen suchte?

Und wenn wir den Marxismus als Lehre nehmen — was haben denn die Revisionisten aus ihm gemacht? Wissen wir denn nicht, daß die ärgsten Verfälschungen des Marxismus uns von manchen angeblich „revolutionären" Syndikalisten vorgesetzt wurden, die auf den Namen des Marxismus schworen?

Wissen wir denn nicht, daß einzelne Marxisten tatsächlich zuweilen große Fehler bei der Beurteilung des Marxismus begangen haben?

Die Taktik der Einheitsfront erhebt natürlich nicht den Anspruch, eine Lehre für sich zu sein. Sie ist nur ein Teil des angewandten Marxismus, gültig für eine bestimmte Epoche, und wir betrachten sie als hervorragendes Werkzeug der Kommunistischen Internationale. Nichtsdestoweniger hat es bei ihrer Anwendung Fehler gegeben, und unter dem Anschein der Einheitsfront hat man uns zuweilen die Idee einer Koalition mit der Sozialdemokratie, ein politisches Abkommen mit der Sozialdemokratie, vorgesetzt. Das wird uns nicht veranlassen, die Beurteilung der Einheitsfronttaktik fallen zu lassen, wie wir sie im wesentlichen auf den früheren Kongressen unter der Leitung Wladimir Iljitschs beurteilt haben.

Wir haben ferner noch die Frage des Programms der Kommunistischen Internationale zu lösen. Wir stehen vor einer ganzen Reihe wichtigster Fragen der internationalen Gewerkschaftsbewegung, vor einer ganzen Reihe größter Fragen von außerordentlicher Wichtigkeit, die mit der Beurteilung unserer Aufgaben in Deutschland, England, Frankreich, Polen, Skandinavien, auf dem Balkan usw. verknüpft sind.

Wir stehen vor der Aufgabe, die Ergebnisse der neuen ökonomischen Politik der Union der Sowjetrepubliken zu beurteilen, die nunmehr seit drei Jahren besteht.

Wie Sie sich erinnern werden, hat Wladimir Iljitsch gelehrt, daß in dieser Politik viel Russisches enthalten sei, aber auch viel Allgemein-

gültiges, Internationales, was in dieser oder jener Variante auch von den Kommunistischen Parteien anderer Länder wird angewandt werden müssen. Jetzt haben wir nicht nur die Theorie der neuen ökonomischen Politik vor uns, sondern drei Jahre der Erfahrungen, drei Jahre der schwersten Arbeit und eine Reihe von Ergebnissen, die der Kongreß studieren und bewerten muß. Das sind die großen Aufgaben, die auf der Tagesordnung stehen. Ich glaube, wir werden alle von dem einen Wunsch beseelt sein, diese Fragen zu erörtern und zu lösen auf Grund des Programms, das für uns durch die zwei Namen Marx und Lenin verkörpert wird.

Die Kommunistische Partei Rußlands ist verwaist, und verwaist ist auch die Internationale. Aber unabhängig von der Geschichte des Landes eines jeden von uns, unabhängig von der Parteitradition, unabhängig vom Temperament waren und sind wir heute alle darin einig, und es ist unser aufrichtiger Wunsch, alle unsere Bechlüsse im Geiste der Lehre Wladimir Iljitschs zu fassen. Wenn unsere Kommunistische Partei Rußlands, gleich nachdem Wladimir Iljitsch die Augen für immer geschlossen hatte, die Erklärung abgab, daß wir jetzt nur einen Weg haben: das Bestreben, wenigstens bis zu einem gewissen Grade den Verlust dieses genialsten Führers zu ersetzen, so werden die internationalen Parteien, wie ich glaube, dasselbe sagen. Sie werden an die Lösung der vor uns stehenden großen Fragen herantreten und tatsächlich bei der Lösung dieser Fragen den Weg gehen, den Wladimir Iljitsch gebahnt hat, und wir werden imstande sein, diese Fragen gemeinsam zu lösen, da wir die Methode in Händen haben, die von Karl Marx hinterlassen und von Wladimir Iljitsch in der Oktoberrevolution praktisch verwirklicht worden ist. Ich bin überzeugt, daß unser Kongreß den Weg der Kommunistischen Internationale zum Siege der Weltrevolution gehen wird. Was die Leute auch sagen mögen, die mit dem ersten Jahrfünft der Kommunistischen Internationale unzufrieden sind und erklären, daß es uns nicht gelungen sei, die Weltrevolution zu verwirklichen — wir alle haben das volle Bewußtsein, daß unsere Sache vorwärtsgeht. Ja, wir werden Hindernisse überwinden und das Steuer in festen Händen halten müssen, um nicht auf Untiefen zu geraten. Wir alle, die wir auf einen rascheren Gang der Ereignisse eingestellt sind, verlieren zuweilen das Gleichgewicht. Aber, Genossen, deshalb haben wir uns ja hier versammelt, wir Vertreter von 52 Kommunistischen Parteien, wir Vertreter der Arbeiterparteien, nicht die schlechtesten Kämpfer der kommunistischen Arbeiterbewegung, um einmütig, wie es Soldaten der Revolution und Schülern Wladimir Iljitsch Lenins geziemt, abermals kollektiv die Fragen zu erörtern, vor denen wir stehen, und dann mit aufgekrempelten Ärmeln an die Arbeit zu gehen im Geiste der Lehre unseres großen Lehrers. (Beifall.)

RYKOW: Mir ist die hohe Ehre zugefallen, den 5. Kongreß der Komintern im Namen des ZK. der KPR. und im Namen der Sowjetregierung als Vertreter ihres Exekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare zu begrüßen.

Genossen! Seit dem letzten kommunistischen Weltkongreß sind anderthalb Jahre verstrichen, die reich waren an den größten Ereignissen in der Geschichte der kommunistischen Parteien aller Länder. In diesen verflossenen anderthalb Jahren haben wir Siege errungen und haben auch Niederlagen erlitten. Wie Genosse Lenin dem 4. Kongreß zutreffend schrieb, ist die Haupt- und Grundaufgabe der Kommu-

nistischen Internationale die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Wenn ihr die Geschichte der kommunistischen Parteien in den verflossenen anderthalb Jahren verfolgt, so werdet ihr sehen, daß unsere Kommunistische Internationale sowohl aus den Siegen als auch aus den Niederlagen bedeutend stärker, bedeutend machtvoller hervorgegangen ist, als sie vor diesen Siegen und vor diesen Niederlagen war. Die Grundaufgabe, die in der verflossenen Periode verwirklicht wurde, ist, militärisch gesprochen, die Vernichtung der lebendigen Kräfte des Gegners, d. h. die Vernichtung des Einflusses der II. Internationale und der bürgerlichen Parteien auf die Arbeiterklasse. Und diese Aufgabe ist in bedeutendem Grade gelöst worden. In den verflossenen anderthalb Jahren ist ein sehr großer Teil der Arbeiterklasse, der früher der II. Internationale oder den bürgerlichen Regierungen folgte, auf die Seite der Kommunistischen Internationale übergegangen, und zum Beginn des gegenwärtigen 5. Kongresses haben die kommunistischen Parteien aller Länder in bedeutend höherem Grade einen Massencharakter angenommen und sind in prinzipieller Hinsicht bedeutend konsequenter geworden, als dies früher der Fall war.

Der 5. Kongreß hat sich zu einer Zeit versammelt, in der die Offensive des Kapitals und der bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterklasse begonnen hat, in der man der Arbeiterklasse sogar das nimmt oder zu nehmen versucht, was sie früher besessen hat. Bei dieser Offensive gegen die Arbeiterklasse nutzt das Kapital bedeutend offener und entschiedener als je die II. Internationale aus. Diese Offensive fällt mit einer Periode zusammen, in der an der Spitze der einzelnen Regierungen der bürgerlichen Staaten oder in ihrem Verbande Vertreter der II. Internationale stehen, und in den Ländern, wo das nicht der Fall ist, unterstützt die II. Internationale die bürgerlichen Regierungen in ihrer Politik gegen die Arbeiterklasse und deren revolutionäre Parteien. Genosse Lenin hat einmal gesagt, je weniger Fiktionen und Betrug es gebe, um so besser sei es für die Arbeiterklasse. Insofern die Hauptaufgabe der gegenwärtigen Periode im Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse besteht, insoweit wird durch das offene organisatorische Bündnis der II. Internationale mit der Bourgeoisie und die offene Ausnutzung der II. Internationale durch die Bourgeoisie eine Lage geschaffen, die für den Kampf um den Einfluß auf die Arbeiterklasse außerordentlich günstig ist. Denn je klarer es den breitesten Arbeitermassen wird, wer mit den Arbeitern und wer mit der Bourgeoisie geht, um so mehr wird die propagandistische und agitatorische Arbeit der Kommunistischen Internationale erleichtert. Die verflossene Periode gibt in dieser Hinsicht ein besonderes und unerhört reiches Material, aus dem hervorgeht, daß die Bourgeoisie an der ganzen Front die Parteien der II. Internationale gegen die Arbeiterklasse ausnutzt, nicht in verhüllter Form, nicht in der Form einer Verständigung hinter den Kulissen, nicht in den Formen, wie sie Genosse Sinowjew hier aus den Erinnerungen Scheidemanns anführte, sondern in einer offenen Form, die jedem Arbeiter klar ist. Dank der Arbeit während der verflossenen anderthalb Jahre sind die kommunistischen Parteien und die Kommunistische Internationale zu Massenorganisationen geworden, die die Mehrheit der Arbeiter in den einzelnen Ländern hinter sich haben oder hart vor der Eroberung dieser Mehrheit stehen.

Genossen, die verflossenen anderthalb Jahre waren auch reich an großen Ereignissen in der Geschichte unserer Union. Die Kommunistische Internationale und ihre Kongresse sind die obersten Organe

der kommunistischen Bewegung. In einem besonderen Bericht werde ich die Ehre haben, dem 5. Kongreß die Arbeit zu schildern, die unsere Partei auf dem Gebiet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geleistet hat, und die Ergebnisse darzulegen, die wir in der verflossenen Zeit erreicht haben.

In der Zeit zwischen dem 4. und 5. Kongreß hat die Umgestaltung unseres Staates zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken stattgefunden. Während der verflossenen anderthalb Jahre haben wir vollen Frieden an allen unseren Grenzen gehabt. Daher ist der 5. Kongreß berechtigt, von uns eine positive Aufbauarbeit zu fordern, und wir halten uns für verpflichtet, dem 5. Kongreß der Komintern eingehend Bericht zu erstatten.

Unsere Arbeit ging in zwei Hauptrichtungen vor sich, in der Richtung des wirtschaftlichen Aufbaues und in der Richtung der nationalen Befreiung der Völker. Daher wurde die ganze Verfassung und die gesamte Staatsordnung Sowjetrußlands so umgestaltet, daß auch die schwächsten Spuren des Regiments der nationalen Bedrückung, der Vergewaltigung einer Völkerschaft durch die andere ausgelöscht wurden, an denen die Geschichte Rußlands und des zaristischen Regiments so reich ist.

In der verflossenen Zeit haben wir einen gewaltigen und unersetzlichen Verlust erlitten durch den Tod des Genossen Lenin. Wir hatten alle Maßregeln ergriffen, um dies zu verhüten, aber alle unsere Anstrengungen erwiesen sich als vergeblich. Die ganze Periode nach dem Tode des Genossen Lenin muß als eine Periode bezeichnet werden, in der die gesamte Masse der Parteimitglieder Mittel und Wege suchte, um diesen unwiederbringlichen Verlust irgendwie zu ersetzen. Ich kann voller Stolz sagen, daß die Partei, die vom Genossen Lenin gegründet und organisiert worden ist, die Partei, die Genosse Lenin im Laufe von Jahrzehnten leitete, daß diese Partei meiner Ansicht nach ihrer Aufgabe gerecht geworden ist. Die ganze Periode nach dem Tode des Genossen Lenin muß als eine Periode des Zusammenschlusses der Mitglieder innerhalb der Partei und des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse um die Kommunistische Partei bezeichnet werden.

Kurz vor dem Tode des Genossen Lenin begann bei uns die sogenannte Parteidiskussion, von der alle kommunistischen Parteien wissen. Kürzlich haben wir den 13. Parteitag der Kommunistischen Partei gehabt, auf dem ungefähr 600 000 Parteimitglieder vertreten waren, und dieser Parteitag hat durch einstimmigen Beschluß, sogar ohne eine einzige Stimmenthaltung, die Diskussion dadurch liquidiert, daß er die Politik der Mehrheit der Parteizentrale sowohl auf internationalem als auch auf innerpolitischem Gebiet guthieß. Soviel ich mich erinnere, ist dies der einzige Fall in der Geschichte unserer Partei. Wir haben wiederholt Diskussionen gehabt, auf Grund deren spezielle Gruppierungen innerhalb der Partei gebildet wurden, aber ich erinnere mich nicht, daß die Partei diese Diskussionen durch den einstimmigen Beschluß von 748 Delegierten beendet hätte, wie das auf dem letzten Parteitag der Fall war.

Zur Charakterisierung der Lage in unserer Partei muß ich noch ein Beispiel anführen — das Lenin-Aufgebot.

Eine der Hauptsorgen jeder kommunistischen Partei, und der unsrigen als regierender Partei vor allem, ist die engste, intimste Verknüpfung mit den breiten Arbeitermassen, oder wie wir sagen, mit den Arbeitern von der Werkbank. Unsere Kommunistische Partei hat in der

verflossenen Zeit die festgesetzten Normen zum Eintritt in die Partei für die Arbeiter von der Werkbank etwas erleichtert, um die Partei mehr zur Arbeiterpartei zu machen und sie mit den breiten Arbeitermassen enger zu verknüpfen. Wir haben die Tür zu unserer Partei nur ganz wenig geöffnet, und der Zustrom seitens der Arbeiter von der Werkbank war so groß, daß wir befürchteten, die Kommunistische Partei würde nicht imstande sein, im Laufe der nächsten Zukunft diese ganze Masse neuer Mitglieder, die in sie eintreten, zu verarbeiten, und daher genötigt waren, die Zahl der aufzunehmenden neuen Mitglieder auf etwas über 200 000 zu beschränken. Das war, wie Genosse Sinowjew auf dem Parteitag gesagt hat, eine Probe in bezug auf die breitesten Arbeitermassen, und sie ist für uns ganz besonders wertvoll gewesen. Diese Probe muß auch für die Kommunistische Internationale eine Garantie dessen sein, daß unsere Kommunistische Partei Fleisch vom Fleisch und Blut vom Blut der breiten Massen der Arbeiterklasse ist, daß sie mit ihnen durch die engsten Bande verknüpft ist. Und die Gerüchte, die von den Feinden Sowjetrußlands in der ganzen bürgerlichen Auslandspresse verbreitet werden, daß unsere Macht nicht auf der Sympathie der breiten Arbeitermassen, sondern auf der Vergewaltigung durch eine kleine Spitzenorganisation beruhe — sie sind zum 1001. Male durch diese Probe auf die Beziehungen der breiten Arbeitermassen zur Kommunistischen Partei widerlegt worden.

Genossen, sowohl die letzten Beschlüsse des Parteitags unserer Partei als auch die Erfahrungen mit dem Leninaufgebot zeigen, daß die Kommunistische Internationale in der Arbeiterpartei, in der Kommunistischen Partei der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken die zuverlässigste Vorhut ihrer Bewegung besitzt, eine Vorhut, die auch nach einem solchen Verlust, wie der Tod Wladimir Iljitschs es ist, Herr der Lage zu werden vermochte.

Die Geschichte unserer Partei während des letzten Jahres zeigt, daß die Komintern auf die Union der Sowjetrepubliken und auf ihre Arbeiterklasse ebenso, wenn nicht in noch höherem Grade, zählen kann als jemals zuvor. Die Oktoberrevolution wurde von der revolutionären Arbeitermasse Rußlands vor sieben Jahren in der Überzeugung durchgeführt, daß sie nur das erste Glied der internationalen Revolution sei, und an dieser Überzeugung halten wir auch gegenwärtig fest.

Obgleich auch während des 5. Kongresses der Komintern die Union der Sowjetrepubliken der einzige Staat ist, in dem die Kommunistische Partei die Macht hat, ist die Regierung der Union der Sowjetrepubliken, ist die Kommunistische Partei Rußlands gegenwärtig gefestigter als jemals zuvor. Wir können die Entwicklung der revolutionären Ereignisse in Westeuropa ruhig abwarten. Ich glaube, daß die Anhäufung des Hasses gegen die bürgerliche Welt in allen Ländern des Erdballs genügend rasch wächst und daß auch die Anzahl der Anhänger der Kommunistischen Internationale in genügend raschem Wachstum begriffen ist, um uns die feste Überzeugung von der Unausbleiblichkeit des Sieges der kommunistischen Bewegung zu geben.

Auf dem gegenwärtigen Kongreß, der aus den besten Vertretern der revolutionären kommunistischen Bewegung aller Länder Europas, Asiens und Amerikas besteht, gibt es auch Vertreter solcher Länder, in denen die kommunistische Bewegung in den Zustand der Illegalität versetzt worden ist und wo sogar der Versuch zur Organisierung einer Kommunistischen Partei mit Deportierung, Hinrichtung und Gefängnis bestraft wird. Die russische Arbeiterklasse hat im zaristischen Ruß-

land ihre Organisation unter ebensolchen, wenn nicht noch größeren Repressalien geschaffen. Trotzdem aber und trotz zahlloser Opfer hat sie es verstanden, aus dem feudalen, zaristischen Moskau, das einst der Mittelpunkt der Weltreaktion war, ein Bollwerk der kommunistischen Revolution zu machen.

Genossen, ich zweifle nicht, daß die kommunistische Weltbewegung mit der gesamten kapitalistischen Welt dasselbe machen wird, was die russischen Arbeiter mit Moskau gemacht haben. (Beifall.)

LOSOWSKI: Im Namen der Roten Gewerkschaftsinternationale und der Gewerkschaften der Sowjetunion begrüße ich die Seele der Weltbefreiungsbewegung und die Organisatorin der Revolution — die Kommunistische Internationale. Alle die zahlreichen Fragen, vor denen die Weltarbeiterbewegung gegenwärtig steht, sind enthalten in einer Frage, in einer Aufgabe, vor der wir stets gestanden haben und bis zur Erringung des Sieges stehen werden — in der Frage der Formen und Methoden der Organisation der proletarischen Revolution in allen Ländern. Vom Standpunkt dieser Frage aus lösen wir alle konkreten Probleme auf dem Gebiete der Weltarbeiterbewegung. Gegenwärtig ist es in reformistischen und sogar nichtreformistischen Kreisen gebräuchlich, von einer Krise der Komintern und einer Krise in den einzelnen Parteien zu reden. Wer aber die Arbeiterbewegung aus der Vogelperspektive betrachtet, wer sich keine Rechenschaft darüber gibt, wie die echten Kampfparteien geschmiedet werden, der wird den Sinn dieser sogenannten Krisen nie begreifen. In diesen Krisen, in diesem inneren Ideenkampfe werden die echten bolschewistischen Weltparteien geschmiedet und geschliffen, die den Aufstand des Weltproletariats leiten werden. Schaut euch die Internationalen an, die neben uns bestehen! Da haben kürzlich in Wien die Amsterdamer getagt, und da waren auch die Vertreter der Hamburger Internationale anwesend. Diese Internationalen verbreiten einen Modergeruch, einen Kirchhofsgeruch, und sogar dem linken Flügel wird es nicht gelingen, diese Internationale zu retten; denn er versucht diese Rettung auf der alten Grundlage. Wir kennen den Wert dieser sozialdemokratischen Linken, und man kann uns von links her ebensowenig überholen wie von rechts. Es genügt ein Beispiel anzuführen. Der Berichterstatter der Rosta hat einen Führer der englischen Gewerkschaften, und zwar ihren hervorragendsten Vertreter gefragt, wie die englische Gewerkschaftsbewegung sich zur Kolonialpolitik des Ministers Thomas stelle. Und wißt ihr, was er geantwortet hat? Er hat buchstäblich folgendes geantwortet: „Die englischen Gewerkschaften haben keine Ansicht über die Kolonialpolitik." Genossen, das ist eine sehr ernste Ansicht, obgleich er behauptet, daß sie keine Ansicht haben. Denn wir wissen, daß das eben eine ganz bestimmte Ansicht unter der Maske der vollen Ansichtslosigkeit ist. Wenn sogar die Linken keine Ansicht über die Kolonialpolitik des Ministers Thomas haben, was soll man dann von den Rechten sagen, die dort getagt haben! Nehmt die Resolutionen der Amsterdamer Internationale. In allen Resolutionen, in allen Reden ist der Klassenkampf kein einziges Mal erwähnt worden. Ihr findet da die Menschheit und die Interessen des Ganzen, der Klassenkampf aber ist verschwunden. Diese Internationale verbreitet einen Fäulnisgeruch. Der einzige lebendige Weltorganismus ist die Komintern und die von ihr beseelte revolutionäre Weltgewerkschaftsbewegung. Der Revolutionspfaffe Rudolf Hilferding hat kürzlich gesagt: „Laßt euch nicht von der Revolutions-

romantik des Ostens hinreißen, sondern blickt auf den nüchternen Realismus des Westens." Wir haben ihren nüchternen Realismus gesehen, wir sehen ihn noch eben in Deutschland und in Amerika, wir sehen diesen Linksblock, um den die französischen Sozialisten herumgehen, wie die Katze um den heißen Brei. Das ist nicht unser proletarischer Sozialismus, das sind Diener der Bourgeoisie, die ihre Handlungen mit sozialistischen Phrasen schönfärben. Nein, wir kennen den Wert der sogenannten Revolutionsromantik. Wir kennen den Wert der kommunistischen Bewegung, und daher sagen wir: Die kommunistische Bewegung, die bereits vor dem Kriege entstand, die während des Krieges Gestalt anzunehmen begonnen und sich nach dem Kriege als internationale Organisation herausgebildet hat, diese kommunistische Bewegung wird trotz aller Schwierigkeiten, trotz aller Hindernisse, trotz der Gerissenheit der Bourgeoisie dennoch siegen; denn es gibt keinen anderen Ausweg für die Menschheit, es gibt keinen anderen Ausweg für die Ausgebeuteten, es gibt keinen anderen Ausweg für die Völker des Ostens als die Weltrevolution. Es lebe die Weltrevolution! (Beifall.)

SACHAROW (von der Gewerkschaftskonferenz des Bezirks Sokolniki): Genossen, erlaubt mir, euch im Namen der Gewerkschaftskonferenz des Bezirks Sokolniki zu begrüßen. Wir, die wir uns dort versammelt haben, entbieten dem 5. Kongreß der Komintern einen flammenden Gruß für ihre fruchtbringende Arbeit in der Zukunft in den anderen Ländern, damit dort die Revolution ebenso durchgeführt werde, wie sie bei uns in Rußland durchgeführt worden ist. Es lebe die Komintern! (Beifall.)

Die Gewerkschaftskonferenz der Vertreter von 25 000 Arbeitern von der Werkbank und 16 000 Angestellten, die sich zur Lösung der Fragen ihres gewerkschaftlichen Lebens und der wichtigsten Fragen des Staatsaufbaues versammelt hat, begrüßt den 5. Kongreß der Komintern und in ihm das internationale revolutionäre Proletariat. Die Werktätigen Rußlands verfolgen mit großer Aufmerksamkeit die Tätigkeit der Komintern, des einzigen Revolutionsstabes, in dem der stählerne Wille zum Kampf und der unerschütterliche Wille zum Siege der Arbeitermassen lebt.

SEMENOWSKI: Genossen, erlaubt mir, im Namen aller Jungpioniere der Sowjetunion den Kongreß der Kommunistischen Internationale zu begrüßen. (Stürmischer Beifall.)

Genossen, seitdem wir unseren Namen angenommen haben, d. h. in Jungleninisten umbenannt worden sind, seit dem 23. Mai, haben wir Jungpioniere das Recht, voll Stolz unseren Namen, den Namen Lenins zu tragen. (Beifall.)

Genossen, wir Jungpioniere schwören, daß wir seine Sache fortsetzen werden, die Sache, die Iljitsch uns hinterlassen und vermacht hat. Genossen, wir werden zusammen mit der kommunistischen Jugend als gesamte Ablösung dem Ziele nachstreben und den Weg gehen, den Lenin gegangen ist.

Ich bitte euch noch, Genossen, den Kindern mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden, d. h. ihnen in ihrem Organisationsleben zu helfen.

Genossen, ich schließe meine Begrüßung mit den Worten: Es lebe der 5. Kongreß der Komintern, es leben die Jungpioniere der ganzen Welt! (Stürmische Ovationen, die Musik spielt die Internationale. Rufe: Es leben die Jungpioniere!)

GUSSAROW: Ausländische Genossen, wir sind hier im Namen der Arbeiter der Triochgornaja Manufaktur der Roten Pressnja, die eine kampfreiche Vergangenheit hinter sich haben. Sie haben im Jahre 1905 auf den Barrikaden wie Löwen gegen den Absolutismus und die Bourgeoisie gekämpft und den Aufstand mit vorbereitet, der die russische Bourgeoisie zermalmt hat. Die Arbeiter dieser erprobten Fabrik haben uns beauftragt, den 5. Kongreß der Komintern zu bewillkommnen und euch aufzufordern, nach eurer Heimkehr unter den Proletariern eurer Staaten unermüdlich zu arbeiten (Beifall), sie unermüdlich in den Kampf zu führen, in den richtigen Kampf, wie die KPR. die russischen Arbeiter führt, wie sie sie, mit dem Genossen Lenin an der Spitze, geführt hat. (Beifall.)

Genossen, es ist euch wohl bekannt, wie die russische Bauernschaft sich zur internationalen Bauernkonferenz verhalten hat. Ich hatte das Glück, auf dieser Konferenz Vertreter des Kreises Bronnizy des Moskauer Gouvernements zu sein. Und als ich auf den Gebietskongressen über diese internationale Bauernkonferenz zu referieren hatte, als ich auf dem Kongreß der Gemeinderäte in der Stadt berichtete, da glühten aller Augen vor Kampfesbegeisterung. Der Sturz des Kapitalismus ist das einzige Ziel, sowohl der russischen Arbeiter als auch der russischen Bauern, sie begreifen, daß nur die Kommunistische Partei eine Kampfpartei ist, daß sie keine Schwätzerpartei, keine Partei der Parlamente und Reden ist, sondern eine Partei, die die Bourgeoisie direkt an der Kehle packt. (Stürmischer Beifall, Hurrarufe!)

Genossen, erst dann, wenn wir in der ganzen Welt solche Parteien haben werden, wird der Sozialismus oder Kommunismus verwirklicht werden, und nicht durch Redereien mit der Bourgeoisie. (Beifall.)

Genossen, wir erwarten von euch (der stürmische Beifall übertönt die letzten Worte des Redners, die Musik spielt die Internationale. Rufe: Es lebe die Rote Pressnja!)

SCHILITJEW: Genossen, erlaubt mir im Namen der Arbeiter der Flugzeugwerke Nr. 2 „Ikar" den 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale zu begrüßen, dem wir ein Bildnis Wladimir Iljitschs überreichen mit der Mahnung, die Lehren Iljitschs streng durchzuführen. (Beifall.) Genossen, es lebe der 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale, es lebe die proletarische kommunistische Weltrevolution!

SURENKO: Uns ist heute das große Glück zuteil geworden, euch im Namen der 5. Druckerei (Das proletarische Wort) zu begrüßen. Genossen, wir Moskauer Arbeiter und Bauern von ganz Rußland haben für diese große Sache gekämpft, die die Befreiung der Arbeiter und Bauern bedeutet. Genosse Lenin hat uns gelehrt, wie wir den Kampf mit unserer Bourgeoisie und mit der Bourgeoisie der ganzen Welt zu führen haben. Als wir uns mit unserer Bourgeoisie in offenem Kampfe schlagen mußten, da hat kein einziger Arbeiter, kein einziger Bauer vor der furchtbaren Macht gezittert, die damals herrschte. Jetzt sehen wir, wie in diesen Mauern, in unserem alten Moskau gewöhnliche, einfache Arbeiter und Bauern aus der ganzen Welt anwesend sind. Ich begrüße euch, werte Genossen.

Man hat uns hierhergeschickt, um die Verbindung mit euch zu festigen und euch aufzutragen, daß ihr eure Arbeiter und Bauern aufs beste in diesen direkten Kampf mit dem Kapital führen sollt, das die Proletarier und Bauern der ganzen Welt unterdrückt. Natürlich war unser Schmerz groß, als wir den besten Führer verloren, aber wir haben

ihn durch unsere neuen Kräfte ersetzt und werden jetzt die Sache Iljitschs zu Ende führen. (Beifall.) Genossen aus der ganzen Welt, wir werden diese Sache mit ewigem Ruhm bedecken. Es lebe der 5. Kongreß der Komintern. (Beifall.)

KASTINJEW verliest im Namen der Arbeiter der Druckerei Transpetschatj eine Adresse. (Beifall.)

RETSCHKA: Genossen, ich bin gekommen, um euch im Namen der Bauern des Kreises Moschaisk zu begrüßen. (Alle erheben sich und begrüßen stürmisch den Vertreter der Bauern.) Genossen, ihr habt euch zum 5. Kongreß ohne unseren teuren Führer Wladimir Iljitsch versammelt. Wir wissen, daß es uns ohne ihn hundertmal schwerer werden wird, aber wenn ihr die Lehren Iljitschs durchführt, so wisset, daß wir mit euch sind. Zu jeder Stunde werden wir euch alles hingeben, was von uns gefordert wird. Wir wissen, daß wir nur unter dem Banner des Leninismus unsere Befreiung erreichen werden. (Beifall.)

ROSCHTSCHENKO: Erlaubt mir, im Namen der Arbeiter der Duxwerke den 5. Kongreß der Komintern zu begrüßen. Die Kommunistische Internationale, die von unserem großen Lehrer Wladimir Iljitsch Lenin und seinen nächsten Mitarbeitern Sinowjew und Trotzki auf der Grundlage des Leninismus geschaffen worden ist, ist der Totengräber, dem es beschieden ist, den letzten Nagel in den Sarg des Kapitalismus und der Helfershelfer des Kapitalismus, der Sozialverräter, zu schlagen. Das Proletariat Rußlands hat nach dem Tode seines Führers hunderttausend seiner besten Söhne in die Reihen der Kommunistischen Partei entsandt. Wir Fabrikarbeiter wenden uns an euch Vertreter des Westens mit der Aufforderung, alle eure politischen Falschspieler zu verjagen. (Beifall.) Lenin ist tot, aber der Leninismus lebt in den Millionen der werktätigen Massen. Im Donezbecken, im Ural, in Sibirien, in Moskau und in Leningrad — überall ertönt der Name Lenins, und auf dem Wege des Leninismus nähern wir uns dem, was er gesagt hat: daß in Rußland und in der ganzen Welt der Kommunismus herrschen muß und daß wir zu diesem Kommunismus nur durch die Diktatur des Proletariats gelangen werden. (Beifall.) Arbeiter des Westens, seid eingedenk der Worte unseres großen Lehrers Karl Marx, daß die Arbeiter in der Revolution nichts zu verlieren haben als ihre Ketten. (Beifall.) Wir Arbeiter der Duxwerke begrüßen euch, Helden der Arbeit, die ihr aus der ganzen Welt zu uns gekommen seid, in die Hauptzitadelle des Bolschewismus und Kommunismus, ins rote Arbeitermoskau. Ihr seid durch Dutzende von Kordons hindurchgegangen und seid ungeachtet aller Hindernisse hierhergekommen, um ein gemeinsames Programm auszuarbeiten, das für das Proletariat aller Länder richtunggebend ist, um auch bei euch in kürzester Zeit den Kommunismus zu verwirklichen. Es lebe der 5. Kongreß der III. Internationale! Es lebe die Weltrevolution!

MARTYNOW: Genossen, wir parteilosen Arbeiter der Fabrik „Klara Zetkin" haben das Glück, den 5. Kongreß der III. Internationale zu begrüßen. Wir wissen, daß sich hier die Genossen aus allen Ländern versammelt haben, nicht um zu schwatzen, sondern um einen praktischen und gesunden Ausweg zu finden, oder anders ausgedrückt, um das Schwert zu finden, mit dem man den gordischen Knoten zerhauen kann, den die Bourgeoisie seit Jahrhunderten um den Hals der Arbeiter

und ärmsten Bauern geknüpft hat und außer in der Sowjetunion noch eben überall knüpft. Genossen, der Tag ist nicht fern, wir wissen es, an dem die Kommunistische Partei unter dem Banner der III. Internationale dieses Schwert finden wird, das jenen gordischen Knoten zerreißen wird. Es lebe der 5. Kongreß der Komintern! Es lebe die Weltrevolution! Es lebe die internationale Rote Armee! (Beifall.)

GASCHURIN: Die Arbeiter der Fabrik „Klara Zetkin" bringen dem 5. Kongreß der Komintern ein bescheidenes Geschenk dar. (Übergibt einen Soldatenmantel und Stiefel.) Wir haben für die Rote Armee Millionen davon angefertigt.

BARKANOW, Arbeiter der 6. Fabrik Moskwoschwej, verliest eine Adresse.

GOLDEWICHT: Die Arbeiter und Arbeiterinnen der 36. Fabrik Moskwoschwej „Komintern" haben mich beauftragt, euch einen Beschluß mitzuteilen, den sie kürzlich gefaßt haben. Zwecks enger Verbindung der Arbeiter mit der Komintern haben wir den Vorsitzenden der Komintern, Genossen Sinowjew, zum Ehrenmitglied unserer Fabrik gewählt. In der Sitzung der Tarif- und Konfliktkommission ist beschlossen worden, den Genossen Sinowjew in die 7. Lohngruppe einzureihen. Ich übereiche dem Genossen Sinowjew sein Lohnbuch. Die Arbeiter unserer Fabrik haben unsere Delegation beauftragt, dem Genossen Sinowjew die Arbeitskleidung und das Arbeitsinstrument einzuhändigen.

WELITSCHENKO: Die Arbeiter der Fabrik „Krasny Proletarij" (Roter Proletarier) begrüßen den 5. Kongreß der Komintern und haben mich beauftragt, zu sagen, daß wir als Produktionsarbeiter alles Rostige, wie Gußeisen, Schmiedeeisen und alles andere, zu zerbrechen und daraus etwas Neues zu schmieden verstehen. Wir wenden uns an euch, Genossen, die ihr aus der ganzen Welt zusammengekommen seid, als an Schmiede, die erfahrener sind und den Weg besser kennen, den ihr ohne Iljitsch alle Arbeiter und Bauern der ganzen Welt werdet führen müssen. Ihr werdet auch uns führen müssen, denn ohne uns könnt ihr auch nichts zustande bringen. Dies hier ist ein ideeller Hammer, und er wird von Nutzen sein, wenn wir mit der Bourgeoisie handgemein werden. Dieses Werkzeug überreichen wir dem 5. Kongreß der Komintern und denken, daß, wenn der Augenblick da ist, ihr es uns sagen werdet, dann werden wir die Sache schon drehen. Es lebe der 5. Kongreß der Komintern, der Verwirklicher der Ideen des Genossen Lenin! Es lebe der Kampf und Sieg über den Kapitalismus!

JURKOWSKI: Genossen! Erlaubt mir, den 5. Kongreß der Komintern im Namen der 400 Studenten der Swerdlow-Universität zu begrüßen, die jetzt nach dreijährigem Studium den Kursus beendet haben und sich nun an die verschiedenen Orte begeben, in die unteren Schichten, um mitten in der Arbeitermasse zu arbeiten. Vor drei Jahren haben wir dank der Oktoberrevolution die Möglichkeit erhalten, in den Mauern der Kommunistischen Universität, losgelöst von der Drehbank, losgelöst vom Pfluge, das zu lernen, was uns früher gefehlt hat. Im Laufe dieser drei Jahre konnten wir uns alle Grundlagen des Kommunismus, des Marxismus, des Leninismus aneignen. In diesen drei Jahren haben wir, die wir aus den Massen hervorgegangen sind, gelernt und gleichzeitig unter den Massen gearbeitet, und jetzt, nach Beendigung des Kursus,

versichern wir hier vor dem 5. Kongreß der Komintern, daß wir uns der KPR. und der Kommunistischen Internationale voll und ganz zur Verfügung stellen. Genossen, bevor ich dies sagte, wäre ich natürlich verpflichtet gewesen, die Frage zu erörtern: Können wir denn auch in unserer lokalen Arbeit dem hohen Rang von Arbeitern der Kommunistischen Internationale gerecht werden, sind wir wirklich diejenigen, die imstande sein werden, in der Arbeit unter den Massen tatsächlich das zu geben, was der 5. Kongreß erwartet, nämlich Arbeiter, die unter den proletarischen und bäuerlichen Massen, unter den Millionen die Linie durchzuführen imstande sind, die die Kommunistische Internationale verfolgte und weiter verfolgen wird? Diese Linie ist der Leninismus, der granitene Leninismus, ohne eine einzige Abweichung nach welcher Seite immer, ohne Schwankungen. Ich kann im Namen der Genossen, die den Kursus beendet haben, kühn erklären: Wir haben zwar vor der Universität in der Mehrzahl sowohl die illegale Arbeit als auch die Frontarbeit und die Sowjetarbeit im Laufe unserer proletarischen Revolution durchgemacht, aber dennoch waren wir vielleicht nicht in allem und jedem beschlagen. Aber, Genossen, für uns ist ein Glück aus einem Unglück entstanden: wir hatten die Diskussion, und diese Diskussion war für uns, wenigstens für die 400 Absolventen, für viele oder doch wenigstens für einige jener revolutionäre Kampf, in dem allein man zu erkennen vermag — denn das vermag man nur im Kampf — was Leninismus ist und was eine Abweichung vom Leninismus ist. Die Diskussion hat uns augenfällig gezeigt, was Leninismus bedeutet und wie man zu ihm gelangen muß. Wir können heute vor dem 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale kühn erklären, daß er in uns, unter den Arbeitermassen, unter den Millionen Arbeitern und Bauern, Arbeiter haben wird, die bis zum Ende ihres Lebens von dieser Linie nicht mehr abweichen werden. Es lebe der revolutionäre Kommunismus! Es lebe die Arbeiterklasse Rußlands! Es leben die revolutionären Arbeiter der ganzen Welt! Es lebe die Kommunistische Internationale und der 5. Kongreß der Komintern, der sich versammelt hat, um ein genaues Programm und eine genaue Taktik auszuarbeiten. Vielleicht wird vielen von uns das Glück zuteil werden, an den Fronten zu arbeiten, wo man die letzten Bollwerke der Weltbourgeoisie zertrümmern wird. (Die Musik spielt die Internationale.)

KOMOWA: Werte Genossen, ich begrüße euch im Namen der Arbeiterinnen des Bezirks Sokolniki. Werte Genossen, ausländische Kommunisten, sagt euren Arbeitern, daß wir Frauen des roten Moskau, beinahe halbe Analphabeten, und vor der Errichtung der Sowjetmacht beinahe ganze Analphabeten, seit der Zeit, wo unsere Sowjetmacht uns lesen und schreiben gelehrt hat, die Zeitungen aufmerksam lesen und alle Ereignisse bei euch verfolgen. Und wenn wir etwas nicht verstehen, dann fragen wir unsere Führer. Genossen, sagt euren Arbeitern, daß sie kühn in den Kampf ziehen sollen, sagt den Arbeiterinnen, daß sie einen treuen Freund haben, der sich überall zur Verteidigung ihrer Eroberungen erheben wird. Genossen, wir Arbeiter und Arbeiterinnen Moskaus werden euch alle zu Hilfe kommen. Wir Arbeiterinnen teilen euch freilich nur kleine Scherflein zu, aber wir sind Mitglieder des Bundes der Kinderhilfe, wir erweisen euren Kindern Unterstützung, wir gehören der Roten Hilfe an, wir erweisen den Gefangenen Hilfe. Es lebe die Kommunistische Partei! Es lebe der 5. Kongreß! Es leben die Arbeiterinnen und Bäuerinnen der ganzen Welt! (Beifall.)

MATZELEJEWA: Genossen! Wir Frauen sind spät erwacht. Mögen unsere Frauen des Ostens erwachen, wie wir mit der Revolution in Rußland erwacht sind. Mögen sie allen werktätigen Frauen vorschreiben, daß sie in den Kampf gehen sollen, wie wir in den Kampf gehen und den Weg frei öffnen — den Weg der Freiheit in der ganzen Welt. Es lebe der 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale!

VERTRETERIN DES BEZIRKS SOKOLNIKI: Werte Genossen! Ich schlage als Weichensteller unseren Vorsitzenden der Komintern, Genossen Sinowjew, vor. (Stürmischer Beifall.) Genossen, wenn die Zeit kommt, dann wird er keinen Augenblick zögern und den Zug in die Richtung auf die Weltrevolution lenken. (Bravorufe von den Plätzen. Stürmischer Beifall. Sinowjew vom Platze aus: „Es leben die Arbeiterinnen Moskaus!")

BARDASCHKIN: Im Namen des Bezirks Sokolniki entbieten wir Arbeiter und Arbeiterinnen, Jungpioniere und Jungkommunisten dem 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale unseren Brudergruß und bitten alle Vertreter der ausländischen Mächte und Nationen, echte Kommunisten zu sein und den Schmutz von der Erde wegzufegen, der uns hindert, die Bourgeoisie und die anderen Konterrevolutionäre zu beseitigen. Wir Arbeiter sind eingedenk der Worte, die unser Iljitsch auf dem Roten Platz gesagt hat: Wenn der Augenblick kommt, wird die rote Fackel entbrennen und alle Völker werden aufstehen wie ein Mann, wie eine Familie. Jetzt sagen wir dasselbe in seinem Namen. (Beifall.) Die Arbeiter hoffen, daß in naher Zukunft Sichel und Hammer, roter Stern und rote Fahne über allen Völkern leuchten werden.

Ich begrüße den 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Unsere schwieligen Hände sind imstande, allen Unrat, alle Faschisten vom Erdboden wegzufegen.

LOBATSCHEW (vom Eisenbahnknoten des Bezirks Sokolniki): Im Namen der Arbeiter, die uns entsandt haben, bringe ich der Kommunistischen Internationale unseren Gruß. Gleichzeitig können wir den Genossen aus dem Westen sagen, daß sie geradeaus gehen sollen, ohne irgendwohin abzubiegen. Wir haben die Hoffnung und Überzeugung, daß die Zeit nicht fern ist, wo der Kongreß der Kommunistischen Internationale die Grüße der Parteien und Arbeiter in London entgegennehmen wird und nicht mehr in unserem roten Moskau. Es lebe der 5. Kongreß! Es lebe seine fruchtbringende Arbeit! Es lebe das feste Bündnis der Bauern und Arbeiter in der ganzen Welt! (Beifall.)

ANDREJEW verliest eine Adresse von den Reparaturwerkstätten in Sokolniki. (Beifall.)

EIN ARBEITER DER GUMMIWERKE BOGATYR spricht namens der parteilosen Arbeiter und Arbeiterinnen seiner Fabrik: Als bei uns die Revolution begann, gab Lenin, der an ihrer Spitze stand, die Losung aus: Diktatur des Proletariats und der Bauern! Jetzt ist er nicht mehr unter uns, aber seine Lehre ist uns Russen geblieben, und wir möchten euch Ausländern sagen: durch den Leninismus werdet auch ihr dahin gelangen, eure Kapitalistenklasse niederzuschlagen.

Genossen, wir Arbeiter der Gummiwerke — wir verfertigen Galoschen — bringen dem Kongreß kein Geschenk, nur den Wunsch, daß

er selber eine eiserne Galosche schmieden und sie nach Osten und Westen senden und die Bourgeoisie hineinsetzen möge *). (Beifall.)

KOROWIN (von der Automobilfabrik „Amo"): Wir begrüßen die Kommunistische Internationale und in ihr die gesamte revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse. Genossen, wir schauen sehr wachsam auf diese revolutionäre Vorhut, wir verfolgen aufmerksam alles, was dort geschieht. Genossen, wir bitten unseren Kongreß, die Arbeitermassen zu organisieren, sie zu einem festgefügten Kern zusammenzuschweißen, um sie zum Angriff gegen das gesamte Kapital und die Ausbeuter zu führen. Genossen, wir fordern die gesamte Kommunistische Internationale auf, daß sie dem Beispiel der Kommunistischen Partei Rußlands folgen und die Arbeiter ihrer Länder aus der verfluchten Sackgasse herausführen möge, in die sie hineingetrieben worden sind. Wir werden euch helfen, Genossen, euch fest zusammenzuschließen und bis zum siegreichen Ende zu kämpfen. Nehmt mir's nicht übel, Genossen, ich rede, wie ich kann, denn ich trete zum erstenmal auf. (Beifall.) Genossen, ich gehöre dem Leninaufgebot an. (Stürmischer Beifall.) Im Namen der Arbeiter unserer Fabrik rufe ich: Nieder mit dem Kapitalismus, nieder mit den Ausbeutern, es lebe der Leninismus, es lebe die Weltrevolution, es lebe die Arbeiterklasse der ganzen Welt! (Beifall.)

SUSDANTSCHEW, Vertreter der Arbeiter des Bogorodsker Kreises: Genossen, im Namen von 13 000 Arbeitern begrüße ich den Kongreß der Kommunistischen Internationale. Sie haben mich beauftragt, ein bescheidenes Geschenk zu überbringen: Auf der Obuchower Fabrik werden verschiedene Stoffe angefertigt, und da hat ein einfacher Arbeiter aus Abschnitzeln dieser Stoffe ein Bildnis unseres teuren Führers Wladimir Iljitsch zusammengestellt. (Beifall.)

IWASCHKO (Vertreter desselben Kreises): Die Arbeiter des Bogorodsker Kreises senden dem 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale ihren Gruß. Sie haben uns gebeten, zu sagen, daß der 5. Kongreß die Arbeit fortsetzen solle, die unser großer Führer Wladimir Iljitsch vorgezeichnet hat. Sie haben geschworen, seinen Spuren zu folgen. Er hat uns einen breiten Weg geöffnet und uns die rote Fahne gegeben, mit der wir auf diesem Weg vorwärtsgehen und die wir in alle Arbeiterschichten der ganzen Welt tragen werden. Nachdem die Arbeiter Rußlands im Februar die Herrschaft Nikolaus II. gestürzt hatten, blieben sie nicht auf halbem Wege stehen, sie haben auch die Bourgeoisie gestürzt, sie haben das ganze russische Land von den weißen Banden gesäubert, die zusammen mit den Menschewiki und Sozialrevolutionären im Norden, im Süden und im Fernen Osten die Revolution bedrohten. Hier sind Genossen aus dem Fernen Osten, aus Japan, anwesend, sie wissen, wie die weißen Banden zusammen mit den japanischen Imperialisten Tausende von Menschen gemordet haben; ihr Wüten kannte keine Grenzen, aber jetzt ist es mit ihnen aus, es gibt in Rußland keine mehr, sie zischen hier nicht mehr, sie haben sich ins Ausland geflüchtet und zischen da, aber in Rußland können sie gar nichts mehr anfangen. Die russischen Arbeiter haben sich schon fest auf ihre Füße gestellt, sie werden die Fahne nicht sinken lassen, die uns

*) Das russische Sprichwort „Jemanden in die Galoschen setzen" bedeutet soviel wie: einen gründlich hineinlegen.

unser Führer, der teure Iljitsch, gegeben hat. Wir russischen Arbeiter, die wir die Zarenherrschaft und das Joch des Kapitalismus abgeschüttelt haben, bitten unsere Genossen, die aus dem Auslande — aus dem Westen, aus Amerika, aus dem Nahen und Fernen Osten — hergekommen sind, ihre Unterdrücker, die Poincaré, Curzon, Scheidemann und ihre Helfershelfer abzuschütteln.

Es lebe der Kongreß der Kommunistischen Internationale! Es lebe die Weltrevolution! (Beifall.)

STROITELEW: Genossen, die Arbeiter der Stadt Bogorodsk haben uns beauftragt, euch einen kameradschaftlichen Gruß zu überbringen und das Treuegelöbnis für den Kampf zu geben. Genossen, wie wir aus diesen Schnitzeln ein Bildnis des geliebten Wladimir Iljitsch formen konnten, so konnten wir uns von Brosamen nähren, als wir kämpften, als man uns an der Kehle packte. Gegenwärtig packen eure Regierungen euch an der Kehle. Und wir sagen im Namen unserer Arbeiter: Wir werden euch zu Hilfe kommen! (Beifall.)

POTJECHOW (Vertreter der Kautschukwerke) verliest einen Gruß.

MARTYNOW (Vertreter der Fabrik „Krassny Kautschuk") verliest eine Adresse.

BOGDANOW (Vertreter von 600 Parteimitgliedern und 6000 parteilosen Arbeitern der Ersten Moskauer Fabrik zur Anfertigung von Abzeichen): Genossen, ich erkläre im Namen unserer Fabrik, daß wir überzeugt sind, daß der 5. Kongreß der KI. unter dem Zeichen der Einheit verlaufen wird und daß die Hoffnungen der Weltkonterrevolution auf die Spaltung der breiten Massen der Partei nicht in Erfüllung gehen werden, denn die kommunistischen Parteien aller Länder werden ebenso fest sein wie die Kommunistische Partei Rußlands. Die krankhafte Erscheinung, die unsere Partei vor einigen Monaten durchgemacht hat, der kleinbürgerliche Einschlag, der sich in unserer Partei als Folge der Nöp geltend machte, hat in der Grundlage unserer Partei, unter den Arbeitern, keinen Boden gefunden. Jetzt gehört die Diskussion der Vergangenheit an, und das hat auf dem 13. Parteitag unserer Partei seinen Ausdruck gefunden, wo die Linie des ZK., die Linie der alten Leninisten, vom ganzen Kongreß einstimmig gutgeheißen wurde. Der Arbeiter der Sowjetrepublik kann wohl in den Wissenschaften nicht genügend bewandert sein, politisch aber ist er durch die Erfahrung des Bürgerkrieges hinreichend bewandert und wird dem Werk des geliebten Führers Wladimir Iljitsch Lenin niemals untreu werden. Es lebe der 5. Kongreß der KI., es leben die Vertreter der Kommunistischen Weltbewegung, und einen Gruß auch an euch, ihr alten Leninisten.

POLKOWNIKOWA (von den Arbeiterinnen der Druckerei für Staatspapiere): Genossen, die Kommunistische Partei Rußlands regiert bereits den Staat und sie läßt dabei die Arbeiterinnen nicht unbeachtet. Sie macht alle Anstrengungen, uns zum aktiven Aufbau unseres Lebens heranzuziehen. Und wir, Genossen, arbeiten nach Kräften unter der Leitung unserer erfahrenen Genossen; bei euch aber unterdrückt die Bourgeoisie alle Versuche der Arbeiterklasse und erstickt sie im Blut. Wenn ihr von hier zurückkehrt, Genossen, so denket daran, daß bei euch noch viele Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen den Staatsangelegenheiten keine besondere Aufmerksamkeit widmen. Zieht sie in eure

Arbeit hinein! Führt sie aus der Küche auf den Schauplatz des öffentlichen Lebens. Es leben die freien Arbeiterinnen der ganzen Welt! Es lebe der 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale!

ANTONOW: Im Namen der ersten Teilstrecke der Bahn Moskau—Kiew—Woronesch begrüßen wir den 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale und die Genossen, die aus den fernen Ländern des ganzen Erdballs hierhergekommen sind. Genossen, unser großer Führer, Genosse Lenin, hat den kommunistischen Funken an allen Enden des Erdballs entfacht, und wir sehen, wie aus dem kleinen Funken eine große Flamme geworden ist. Die Kommunistische Internationale ist die Leiterin unserer Kommunistischen Partei Rußlands, und sie wird unsere Arbeit auf ökonomischem wie auf politischem Gebiet gutheißen. Wir schwören euch, wenn es nötig ist, unverzüglich auf den ersten Anruf uns in Reih und Glied zu stellen zur Verteidigung des gesamten Weltproletariats. Dieses Geschenk bringen wir dem 5. Kongreß dar, und die Worte, die Lenin im Jahre 1905 sprach, haben wir jetzt in Stahl gemeißelt: „Alle Macht den Räten!" Unsere Genossen, die aus den fernen Ländern hergereist sind, werden diese Worte ebenfalls in Stahl meißeln, damit die Weltbourgeoisie sich ihre schwarzen Krallen an diesen Buchstaben ausbricht, und dann werden wir in der ganzen Welt siegen. Es lebe die Kommunistische Weltpartei!

MIRONOW (Dynamowerke): Genossen, als wir uns hierher aufmachten, sagten uns die Arbeiter: „Was seid ihr für Glückspilze, daß ihr die Möglichkeit habt, den 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale zu begrüßen." Ich sage noch mehr: Welches Glück hat die Arbeiterklasse der Sowjetunion, daß sie in ihrem Lande die Mitglieder des Kongresses der Kommunistischen Internationale begrüßen kann. Wir haben die Möglichkeit dazu geschaffen, mit Hilfe unserer Partei und mit Hilfe Lenins. Lenin ist nicht mehr, aber der Leninismus ist geblieben, und unter seinem Zeichen werden wir leben. Unsere Arbeiter der Dynamowerke sagen, daß ihr euch zusammenschließen müßt, wie ein Kämpfer vor der Schlacht seine Faust ballt, damit seine Finger sich nicht auseinanderspreizen, denn sonst werden die Finger zerbrochen. Und wenn die Mitglieder des Kongresses nach verschiedenen Richtungen streben wollten, so können wir die Bourgeoisie nicht zerschmettern, sondern werden die Organisation zerschlagen, die wir haben; daher sagen wir, daß die Mitglieder des Kongresses einmütig sein und daß wir die Revolution in der ganzen Welt fortsetzen müssen. Es leben die Mitglieder des Kongresses! Es lebe die Weltunion der Sowjetrepubliken!

BABAJEW: Genossen, wir Arbeiter der Maschinenwerke Kolomna begrüßen den 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Wir sind fest überzeugt, daß bald die rote Fahne über der ganzen Welt wehen wird. Es lebe der 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale! Es lebe die proletarische Revolution in der ganzen Welt!

TSCHERMAKIN (von den Arbeitern des Kreises Podolsk): Die Arbeiter, die uns hierher entsandt haben, erklären, daß sie auf den ersten Befehl unseres Revolutionsstabs bereit sind, in den Kampf zu ziehen gegen unseren unversöhnlichen Feind, das Weltkapital. (Beifall.) Genossen, wir sehen, wie unsere Kommunistische Internationale in dieser kurzen Zeit ihres Bestehens es verstanden hat, schon einen bedeutenden Teil aller Werktätigen zu vereinigen. Wir sehen, daß die Kommu-

nistische Internationale auf dem richtigen Wege ist zur Vereinigung aller Werktätigen, und wir wissen, daß die Stunde nicht fern ist, wo die Kommunistische Internationale unter ihrem mächtigen Schutz alle Werktätigen der ganzen Welt zu vereinigen vermag. Es lebe der 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale! Es lebe die soziale Revolution in der ganzen Welt!

SALNIKOW: Gestattet mir, den 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale im Namen der Serpuchower Arbeiter und Bauern, im Namen unserer Textilarbeiter zu begrüßen. Wir bringen euch ein Bildnis des Genossen Iljitsch, das in Leinen gewebt ist. Es lebe die Weltrevolution!

ASTAWLEW: Genossen, im Namen von 15 000 Arbeitern der Stadt Serpuchow bringen wir dem 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale unsern wärmsten Gruß dar. Es lebe die Weltrevolution!

STANKEWITSCH: Genossen, gestattet mir, euch im Namen der Arbeiterinnen der „Krassnaja Pressnja" und im Namen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabrik „Krassnaja Oborona" (Rote Verteidigung), die in diesem Bezirk liegt, zu begrüßen. Dieser Kampfbezirk nennt sich rot, nicht weil es ihm so gefällt, sondern weil er mit proletarischem Blut getränkt ist. Von 1905 an bis zum heutigen Tage hat die Pressnja in den ersten Reihen der Kämpfer gestanden. Genossen, wir sind heute zahlreich hier versammelt, zahlreicher als im vorigen Jahr, aber der große Schmied ist nicht mehr unter uns, der den internationalen proletarischen Bund geschmiedet hat, der große gewaltige Maschinist ist nicht mehr unter uns, der diese Weltlokomotive in Bewegung setzte, — Lenin weilt nicht mehr unter uns. Genossen, Lenin ist gestorben, aber auf seinem Posten ist der getreue Gehilfe geblieben, der den Zug bis zu der Haltestelle führen wird, zu der das Weltproletariat gelangen muß. Dieser Gehilfe ist die Kommunistische Internationale.

Genossen, wir Arbeiter von der Drehbank fordern euch auf, ebenso rot zu sein wie die rote Pressnja. Schlagt euren Räubern die Zähne ein, schlagt alle die in die Fresse, die die Arbeiterklasse zu erdrücken suchen! Tod dem Weltkapital und den Dienern der Bourgeoisie, Tod der gelben Internationale! Es lebe der 5. Kongreß! Es lebe die große Weltrevolution! (Beifall.)

KOLAROW: Das Präsidium hat den Vertreter des tapferen deutschen Proletariats, Genossen Geschke, ersucht, im Namen des 5. Kongresses auf die Begrüßungsreden zu antworten.

GESCHKE: Genossen und Genossinnen! Moskauer Arbeitsbrüder und Arbeitsschwestern!

Wenn ihr uns heute hier voller Freude, in heißer Liebe und glühender Begeisterung als Delegierte des 5. Weltkongresses begrüßt, dann klingt durch eure Worte ein Gedanke, eine Erinnerung; eine Erinnerung, die heute auf jedem einzelnen Delegierten lastet, der hier nach Rußland, nach Moskau, nach seinem Heimatland kommt, der entsandt wird von dem revolutionären Proletariat der Welt nach seiner Heimatstadt, nach Moskau: Ihr erwartet von den Delegierten des 5. Weltkongresses, daß sie jedem einzelnen von euch Nutzen bringen, Freude bringen, daß sie jedem einzelnen von euch den Beweis erbringen, daß die Delegierten nicht zusammengekommen sind, um leere Phrasen zu dreschen, leere Worte zu geben, sondern daß sie aus dem Mutterboden

neue Kräfte saugen, um mit diesen in ihren Ländern mit ihrem Proletariat zu kämpfen und zu arbeiten.

Lenin ist nicht mehr. Lenin, unser größter Kämpfer. Wie groß auch die Lücke in den Reihen des internationalen Proletariats durch den Tod Lenins ist, wie groß auch der Schmerz darüber ist — wir als Kommunisten dürfen und werden nicht die Köpfe sinken lassen. Wir wissen, daß der Leninismus siegen muß. (Stürmischer Beifall.)

Und wenn heute die Pioniere, die junge Garde von Moskau, aufmarschieren mit ihrem Banner, im gleichen Schritt und Tritt, und wenn helle Freude bei den Delegierten, bei euch allen, vorhanden ist, dann klingt aus diesem Pioniermunde an die Delegierten des 5. Kongresses die dringende Mahnung: denkt an die Jugend der Welt, an die elend darniederliegende Proletarierjugend, helft ihr, ihr müßt ihr helfen, um der Arbeiterklasse willen.

Wenn die Frauen heute hier auftreten, und die Frauen uns Grüße übersenden, wenn Frauen und Mädchen kommen und Forderungen an den Kongreß erheben, was fordern sie dann? Sie fordern, daß das, was in Sowjetrußland Wirklichkeit geworden ist für die Frauen, für das Weib, daß es Wirklichkeit werde für das Proletariat aller anderen Länder.

Wenn Männer, wenn Genossen hier auftreten und Forderungen aussprechen, dann werden wir als Kongreßdelegierte, dann wird der 5. Weltkongreß seine Aufgabe klar erkennen und sagen müssen: jawohl, wir kommen nach Rußland als der einzigen Feste der Weltrevolution! Wir kommen nach Rußland zu dem Proletariat, das am meisten verhaßt ist bei den kapitalistischen Mächten, bei der Bourgeoisie der Welt. Wir kommen nach Rußland, in dem die größten Helden gestorben sind, und wir gedenken in Rußland all unserer unzähligen Zehntausenden von Toten, die wir in allen Ländern der Welt im Befreiungskampfe des Proletariats verloren haben. Wir gedenken heute bei allen Grüßen des Moskauer Proletariats, Moskauer Arbeiter, Brüder und Schwestern, wir gedenken derjenigen, die hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern, in allen Zuchthäusern der Welt schmachten und erwartungsvoll hinblicken nach Moskau, auch ihrem Heimatland.

Dem 5. Kongreß sind seine Aufgaben klar gestellt. Die Aufgabe des 5. Kongresses heißt: Dem Leninismus freie Bahn in der Welt! Wir müssen klar erkennen, unsere Aufgabe heißt: Harter, zäher, unerbittlicher Kampf gegen Kapitalismus und Bourgeoisie, gegen den weißen Schrecken den roten Schrecken gesetzt, gegen die Diktatur der Bourgeoisie die Diktatur des Proletariats. Was ihr in Sowjetrußland wahrgemacht habt, wir müssen es wahrmachen draußen, überall in der Welt. Lieber in den Flammen der Revolution verbrennen, als im Pesthauch des Kapitalismus verfaulen. Wir müssen uns klar sein, daß wir zum siegreichen Kampfe, um ihn zum siegreichen Ende zu führen, alle Kräfte zusammenfassen müssen. So wie ihr uns den Weg gezeigt habt, so müssen wir ihn gehen. Gerad und aufrecht, ohne uns umzusehen. Ihr erwartet von jedem einzelnen Delegierten, daß er nicht nur ein Lippenbekenntnis abgibt für den Leninismus, für den Kommunismus, sondern daß er mit seinem Leben einsteht für seine Worte, daß er mit seinem Leben einsteht für sein Heimatland, für Sowjetrußland. Es lebe das Moskauer, das russische Proletariat, es lebe die soziale Weltrevolution!

STIMME vom Platze aus: Es lebe die proletarische Weltrevolution! Hurra! (Beifall.)

KOLAROW: Genosse Geschke schlägt euch vor, einen Gruß an die Rote Armee, die Rote Flotte und Rote Luftflotte zu richten.

Der Aufruf wird verlesen*).

KOLAROW: Genossen, hat jemand etwas gegen diesen Aufruf? Niemand. Das Präsidium schlägt vor, einen Protest abzusenden gegen die Verfolgungen seitens der bürgerlichen Regierungen, gegen das Regime des weißen Terrors, und gleichzeitig einen Gruß an alle Gefangenen und Opfer des weißen Terrors und der kapitalistischen Reaktion. Den Wortlaut dieses Protestes und Grußes wird Genosse Treint verlesen.

TREINT: Genossen, ich möchte vor allem dem Kongreß der Kommunistischen Internationale und dem Moskauer Proletariat, das hier das Proletariat Rußlands vertritt, den Gruß der Kommunistischen Partei Frankreichs übermitteln.

Die Kommunistische Partei Frankreichs ist gegenwärtig so einig, wie sie es nie vorher gewesen ist. Sie empfing gegen Ende des vorigen Jahres die revolutionäre Taufe, als sie sich ungeachtet der bürgerlichen Repressalien gegen die imperialistische Politik wandte, die Poincaré in verstärkter Form durch seine Besetzung des Ruhrgebiets fortsetzte.

Genossen, die Bemühungen aller Parteien der gesamten Kommunistischen Internationale, die sich gegen die Bourgeoisie und gegen die Politik Poincarés richteten, haben Früchte getragen. Gegenwärtig sehen wir, daß die Bourgeoisie zum Rückzug blasen muß. Wir sehen, daß sie den Versailler Vertrag aufgeben muß; gleichzeitig können wir jedoch ein neues Phänomen beobachten: wir sehen die Gewandtheit der bürgerlichen Linken im Bunde mit der Heuchelei der Sozialdemokratie, im Block der Linken den Versuch machen, der Welt, dem Proletariat die erdrückenden Lasten eines neuen Versailler Vertrages aufzubürden, der ebenso hart, aber elastischer und heuchlerischer ist als der erste.

Es ist nicht nur die Aufgabe der französischen Partei, sondern der gesamten Kommunistischen Internationale, auf das energischste gegen diesen neuen Versailler Vertrag anzukämpfen.

Genossen, ich möchte Ihnen ferner sagen, daß die Diskussion, die in der russischen Partei stattgefunden hat, die französische Partei, die das Revolutionsproblem aus nächster Nähe studiert hat, vor ein großes Problem stellte. Nach dieser Diskussion haben wir uns nicht nur innerhalb der eigenen Partei fest zusammengeschlossen, sondern auch um das Zentralkomitee der russischen Partei, um die einige russische Partei, um den bolschewistischen Leninismus.

Genossen, zu dieser Stunde haben alle Arbeiter, die unserer Partei angehören, eine viel genauere Kenntnis davon, was der handelnde Marxismus, der Bolschewismus, der Leninismus ist.

Genossen, Frankreich, dessen Geschichte die Revolution von 1789 enthält, die ihrem Ursprung nach nicht nur eine bürgerliche Revolution, sondern auch eine Aktion der Proletarier und der Bauern war, — Frankreich, in dessen Vergangenheit es eine Revolution von 1848, eine Kommune gab, — dieses Frankreich weiß, wieviel Bausteine es zur Kommunistischen Internationale und zum Bolschewismus beigetragen hat. Wir wissen aber auch, daß es des Genies eines Lenin bedurfte, um die Bolschewistische Partei zu schaffen, um in bolschewistischer

*) S. Anhang: Aufrufe.

Weise alles Material und alle Erfahrungen zu verarbeiten, die die revolutionäre Geschichte der Vergangenheit lieferte. Wir wissen, was die revolutionären Bewegungen von Frankreich, Deutschland, Europa Lenin und dem Bolschewismus gegeben haben, aber wir wissen auch, was Lenin uns gegeben hat, wir wissen, daß er uns die Methode gegeben hat, die es uns möglich macht, den Kampf um die Weltrevolution siegreich fortzusetzen.

Genossen, in dem Augenblick, in dem der Block der Linken, dieser Träger des Versailler Vertrages, zur Macht gelangt — in dem Augenblick, in dem der Labourismus in England zu regieren beginnt und die Gefahr neuer demokratischer Illusionen in Europa heraufbeschwört, — in diesem Augenblick ist es unsere Pflicht und die Pflicht der Kommunistischen Internationale, mehr als je hervorzuheben, daß in der Vergangenheit — und in Zukunft wird es dasselbe sein — die Sozialdemokratie entweder das unmittelbare Werkzeug der bürgerlichen Repressalien war oder aber den bürgerlichen Repressalien den Weg ebnete. Darum hat die Kommunistische Internationale beschlossen, folgenden Aufruf*) zu erlassen:

(Der Aufruf wird verlesen und vom Kongreß einstimmig angenommen.)

KOLAROW: Das Präsidium schlägt ferner vor, eine Protestresolution anzunehmen gegen die Verfolgung der unterdrückten Völker durch die imperialistischen Regierungen in den Kolonial- und Halbkolonialländern. Der Vertreter der englischen Partei, Genosse Stewart, wird diese Resolution verlesen.

STEWART (Großbritannien): Genossen, ich habe Ihnen eine Resolution zu unterbreiten, die über die Orientfrage handelt, eine Frage, die die Kommunistische Internationale zur lebendigen Wirklichkeit gemacht hat, während sie bisher bloß eine Frage darstellte, über die viel humane Worte gesprochen wurden. Bereits auf dem allerersten Kongreß warf Genosse Lenin die Frage der Beziehungen zwischen den enteigneten und unterdrückten Völkern des Orients und dem Proletariat des Okzidents auf. Innerhalb der Sphäre der Weltrevolution kann es keinen Interessengegensatz zwischen den Ostvölkern und dem Proletariat des Westens geben, da die Befreiung der einen das Vorgehen der andern bedingt und von ihm abhängig ist.

Die Kommunistische Internationale hat an allen Fronten die Führung des Kampfes auf sich genommen — eines Kampfes, der fortdauern muß, bis die Proletarier- und Bauernmassen der ganzen Welt ihre Befreiung vom Joch des kapitalistischen und imperialistischen Raubsystems erreicht haben. Ich will jetzt die Resolution verlesen. [Er verliest die Resolution.**)]

NGUYAN-AI-QUAC: Ich möchte wissen, ob der Kongreß einen besonderen Aufruf an die Kolonien richten wird.

KOLAROW: Auf der Tagesordnung des Kongresses steht die Kolonialfrage: die Orientländer, die Kolonialländer und die Halbkolonialländer. Somit werden alle Genossen, die reden wollen, Gelegenheit dazu haben.

---

*) S. Anhang: Aufrufe.
**) S. Anhang: Aufrufe.

NGUYAN-AI-QUAC: Bevor über den Aufruf abgestimmt wird, ersuche ich, daß die Worte hinzugefügt werden: „An die Kolonialvölker".

(Die vom Gen. Nguyan-Ai-Quac beantragte Änderung wird angenommen.)

KOLAROW: Wer ist gegen diese Resolution? Niemand. Die Resolution ist angenommen. Wir werden jetzt die Resolution über die Organisierung einer internationalen Woche gegen den imperialistischen Krieg bekanntgeben, von der Genosse Sinowjew in seiner Eröffnungsrede gesprochen hat.

(Genosse PETROWSKI verliest die Resolution *) Sie wird einstimmig angenommen. Genosse Petrowski verliest eine Begrüßungsresolution, die an das Leninaufgebot gerichtet ist.**) Sie wird einstimmig angenommen. Die Versammlung singt die Internationale.)

---

*) S. Anhang: Aufrufe.
**) S. Anhang: Aufrufe.

ZWEITE SITZUNG

(Mittwoch, den 18. Juni 1924)

Leninismus und Komintern

Redner: Kalinin, Ruth Fischer, Roy
Eröffnung: 5 Uhr 30 nachmittags
Vorsitz: Kolarow

KOLAROW: Die Sitzung ist eröffnet. In Anbetracht des Zeitmangels — die Arbeiter befinden sich schon auf dem Roten Platz in Erwartung der Ankunft des Kongresses — hat das Präsidium beschlossen, sich nur mit dem ersten Punkt der Tagesordnung zu befassen.

Die Berichte über den Leninismus und die Komintern sollen vor dem Grabe des Genossen Lenin in Gegenwart der Arbeiter Moskaus erstattet werden. Der Kongreß wird sich, mit dem Präsidium an der Spitze, in Marschordnung dorthin begeben.

*

Roter Platz: Auf der linken Tribüne des Lenin-Mausoleums

KALININ: Genossen, ich glaube, es war schon lange vor Beginn dieses Kongresses jedem von euch klar, daß das erste Wort auf dem Kongreß zweifellos dem Genossen Lenin gelten würde. Das verstand sich von selbst. Der Führer der russischen Revolution, der Führer des Bolschewismus war in demselben Maße auch der Führer der Kommunistischen Internationale. Darin lag keine historische Zufälligkeit. Was wir „Leninismus" nennen, schließt auch die folgerichtigste, vollständigste, wirksamste Internationale in sich ein.

Das Russische in Lenin bestand darin, daß er, vom Scheitel bis zur Sohle von der russischen Revolution erfüllt, gleichzeitig keine Sekunde lang aufhörte, Internationalist zu sein. Im Gegenteil, seine Aufmerksamkeit für jede nationale Bewegung verstärkte sich um so mehr, je wichtiger die Rolle derselben im internationalen Sinne wurde. Diese Fähigkeit, sich nicht in den nationalen Grenzen abzuschließen und gleichzeitig doch im Gang der internationalen Ereignisse die Bewegung innerhalb der einen oder anderen Nation mit möglichster Vollständigkeit auszunutzen, ist ein hervorstechender Charakterzug des Genossen Lenin. Und *gerade dies* hat ihn zum Führer der russischen und gleichzeitig zum Führer der internationalen Revolution gemacht.

In dieser Hinsicht ist das Studium des Leninismus in allen seinen Etappen von außerordentlichem Interesse. Lenin selbst hat einmal gesagt, daß er es vorziehe, Revolution zu machen, anstatt über sie zu

schreiben und ihre Theorie zu studieren. Aber gerade dieses Tun hat uns — nicht nur die russischen Bolschewiki, sondern auch die kommunistischen Parteien der ganzen Welt — um so große Erfahrungen bereichert, daß wir aus ihnen noch viele, viele Jahre lang die Antworten auf die kompliziertesten Fragen schöpfen werden.

Ich stelle mir nicht die Aufgabe — und kann es auch gar nicht —, all das voll zu beleuchten, was unter dem Namen Leninismus bereits Geschichte geworden ist. Wir werden in Zukunft noch eine ganze Reihe talentvollster Historiker und Politiker brauchen, um diese Aufgabe zu lösen. Ich will mich nur auf drei Fragen beschränken, in denen der Führer sich besonders prägnant gezeigt hat. Dies sind: das Bündnis der Arbeiter mit den Bauern — eine Idee, die absolutes Eigentum des Genossen Lenin ist und von ihm praktisch verwirklicht wurde. Ferner Lenins Stellungnahme zur nationalen Frage und endlich die Auffassung Lenins über die Diktatur des Proletariats.

Die Fragen des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft im Kampf gegen die kapitalistische Ordnung haben Wladimir Iljitsch schon sehr früh beschäftigt. Schon in der Schrift „Was sind die Volksfreunde?", die fast seine erste gedruckte Arbeit ist und im Jahre 1893 erschien, interessiert er sich für die Bauernschaft als für eine der entscheidenden Kräfte der Revolution. Im Jahre 1903 schreibt Lenin eine spezielle Broschüre „An die besitzlose Bauernschaft", die die Bauern darüber aufklärt, was die Sozialdemokraten wollen. Hierdurch gibt er schon klar zu erkennen, welche Bedeutung er der Bauernschaft in dem bevorstehenden Kampf beimißt. In der für die besitzlosen Bauern bestimmten Broschüre müßte sich — so möchte man annehmen — eine besonders stilistische Beredsamkeit über die Schwere der gegenwärtigen Lage des Bauern und eine Reihe anderer, leuchtender Bilder der besseren Zukunft entfalten, auf die sich Sozialrevolutionäre so meisterhaft verstanden haben. Wladimir Iljitsch sagt indes prosaisch ruhig und ohne Umschweife: „Nicht alle Bauern werden den Arbeitern helfen, es gibt auch reiche Bauern, und wir müssen feststellen, wie viele es davon in Rußland gibt, und wie stark sie sind, damit der besitzlose Bauer nicht mit verbundenen Augen ins Ungewisse hineinläuft, sondern genau weiß, wer seine Freunde und wer seine Feinde sind."

Das ist einfach, knapp und jedem Bauer unbedingt verständlich. Oder: „Wenn man aber den armen oder mittleren Bauern sagt, daß die Verbesserung der Wirtschaft und die Verbilligung der Pflüge ihnen helfen wird, aus der Not herauszukommen und sich auf eigene Füße zu stellen, ohne daß die reichen Leute auch nur im mindesten angerührt werden, so ist das ein Betrug. Durch alle diese Verbesserungen, Verbilligungen und Kooperationen (Verbände zum Ankauf und Verkauf von Waren) gewinnen die Reichen viel mehr als die Armen. Die Reichen werden immer stärker und bedrängen die armen und mittleren Bauern immer mehr. Solange die Reichen reich bleiben, solange der größere Teil der Ländereien, des Viehs, der Maschinen und des Geldes in ihren Händen verbleibt, wird es nicht nur den armen, sondern auch den mittleren Bauern niemals gelingen, aus der Not herauszukommen."

Aus diesen Worten ist ersichtlich, seit wie lange die Idee des Bündnisses der Bauern mit den Arbeitern schon im Kopfe des Genossen Lenin fertig war. Aber nicht genug damit. Die nachfolgenden Worte sprechen nicht nur von der Idee des Bündnisses, sondern zeigen

auch die Wege auf zu seiner Ausnutzung im Interesse der Arbeiter und der armen Bauernschaft (unter armer Bauernschaft versteht Lenin eine Wirtschaft mit einem Pferd und einer Kuh).

„Die erste Frage: Kann das Arbeitervolk sich aus Not und Elend befreien, solange in Rußland von 240 Millionen Desjatinen guten Bodens 100 Millionen Desjatinen im Privatbesitz sind, solange 16 000 Großgrundbesitzer 65 Millionen Desjatinen Land besitzen?

Die zweite Frage: Kann sich die Arbeiterklasse aus Not und Elend befreien, solange anderthalb Millionen reicher Bauernhöfe (bei einer Gesamtzahl von 10 Millionen) die Hälfte aller bäuerlichen Saatflächen, aller Bauernpferde, alles Bauernviehs und bedeutend mehr als die Hälfte aller bäuerlichen Vorräte und Geldersparnisse besitzen; solange diese bäuerliche Bourgeoisie sich immer mehr und mehr bereichert, die arme und mittlere Bauernschaft bedrängt, aus der fremden Arbeit der Knechte und Tagelöhner Profite schlägt; solange 6½ Millionen Hofbesitzer arm und ruiniert sind, stets am Hungertuch nagen und sich ein elendes Stücklein Brot durch allerlei Lohnarbeit erwerben?

Die dritte Frage: Kann das Arbeitervolk sich aus Not und Elend befreien, wenn das Geld zur Hauptmacht geworden ist, wenn man für Geld alles kaufen kann: Fabriken, Grund und Boden und sogar Menschen als Lohnarbeiter, als Lohnsklaven; wenn man ohne Geld weder leben noch seine Wirtschaft führen kann; wenn der Kleinwirt, der arme Teufel, mit dem Großwirt kämpfen muß, um Geld zu erlangen, wenn einige Tausend Gutsbesitzer, Kaufleute, Fabrikanten und Bankiers hunderte Millionen von Rubeln in ihren Klauen halten und außerdem über alle Banken verfügen, in denen tausende Millionen von Rubeln zusammenströmen?

Diesen Fragen kann man durch keinerlei süßliche Reden über die Vorteile der Kleinwirtschaft oder der Genossenschaften entgehen. Auf diese Fragen kann es nur eine Antwort geben: Die wahre Genossenschaft, die das Arbeitervolk zu retten vermag, besteht im Bündnis der armen Bauernschaft mit den sozialdemokratischen Arbeitern in der Stadt zum Kampf gegen die gesamte Bourgeoisie. Je schneller dieses Bündnis sich ausbreiten und festigen wird, um so schneller wird der Mittelbauer auf unsere Seite übergehen!“

Nachdem Lenin die wirtschaftliche Notwendigkeit des Zusammengehens der armen Bauernschaft mit dem Proletariat bewiesen hat, sagt er über das Wüten des Absolutismus in der Person des Fürsten Obolenski gegen die Bauern der Gouvernements Jekaterinoslaw und Charkow im Jahre 1902: „Die Bauern haben für eine gerechte Sache gekämpft. Die russische Arbeiterklasse wird immer das Andenken dieser Märtyrer ehren, die von den Dienern des Zaren niedergeschossen und zusammengehauen worden sind. Diese Märtyrer waren Kämpfer für die Freiheit und das Glück des Arbeitervolks. Die Bauern sind geschlagen worden, aber sie werden sich immer wieder erheben, sie werden durch die erste Niederlage nicht den Mut verlieren. Die klassenbewußten Arbeiter werden alle Anstrengungen machen, damit möglichst viel Arbeitervolk in den Städten und Dörfern vom Kampfe der Bauern erfährt und sich auf einen neuen, erfolgreicheren Kampf vorbereitet. Die klassenbewußten Arbeiter werden mit allen Kräften bemüht sein, den Bauern klar begreifen zu helfen, warum der erste Bauernaufstand (von 1902) unterdrückt worden ist und wie man es machen muß, damit der Sieg den Bauern und Arbeitern und nicht den Zarendienern verbleibt.“

So hatte sich beim Genossen Lenin schon vor 20 Jahren der Gedanke vollkommen ausgeprägt, daß ein enges Bündnis der Arbeiter mit den Bauern notwendig ist, daß man nur durch die Vereinigung dieser beiden Kräfte, nur durch ihre Summierung nicht allein den Absolutismus, sondern auch die kapitalistische Welt besiegen kann. Und diesen Gedanken hat er während seiner ganzen revolutionären Laufbahn nicht aufgegeben. In seiner Rede auf dem 11. Parteitag sagt er, wie im Vorgefühl dessen, daß dies sein letztes Geleitwort an die Partei sein sollte: „Alles liegt jetzt darin, daß die Vorhut die Aufgabe nicht scheut, an sich selbst zu arbeiten, sich selbst zu ändern, ihre ungenügende Vorbereitung, ihre ungenügende Fähigkeit offen anzuerkennen. Alles liegt jetzt darin, nunmehr in unvergleichlich breiterer und mächtigerer Masse vorzurücken, nicht anders als zusammen mit der Bauernschaft, der durch die Tat, durch die Praxis, durch die Erfahrung bewiesen werden muß, daß wir lernen und es erlernen werden, ihr zu helfen und sie vorwärtszubringen. Diese Aufgabe kann bei der gegenwärtigen internationalen Lage, beim gegenwärtigen Stand der Produktionskräfte Rußlands nur gelöst werden, wenn man sie sehr langsam, vorsichtig und sachlich löst und jeden Schritt tausendmal an der Praxis prüft."

Die nationalen Fragen zähle ich ebenfalls den Bauernfragen zu. Diesen Fragen hat Wladimir Iljitsch ebenfalls große Aufmerksamkeit gewidmet, und das ist sehr natürlich, wenn man daran denkt, daß ganz Rußland ein vielnationales, vielsprachiges Land ist, daß die Völker, die es bewohnen, auf verschiedenen Entwicklungsstufen stehen, was schon an und für sich zu einer Entfremdung unter den Völkern führt, denn ein kultivierteres Volk in der bürgerlichen Gesellschaft ist fast unbedingt ein Ausbeuter des rückständigeren Volkes, wenn nicht direkt, so doch jedenfalls indirekt.

Es ist ganz natürlich und begreiflich, daß ohne eine befriedigende Lösung der nationalen Frage der Sieg der Revolution und die Festlegung der Ergebnisse dieses Sieges auf unüberwindliche Hindernisse stoßen wird. Nach der Revolution von 1905, als die Frage der Eroberung der Macht durch das Proletariat für die politische Partei aktuell wurde, gewann auch die nationale Frage eine immer größere Bedeutung. Von dieser Zeit an widmet sich Genosse Lenin ganz unmittelbar ihrer Lösung, wobei er, wie gewöhnlich, auch in dieser Frage einen scharfen Kampf mit den Opportunisten führt, die diese Frage auf liberale Weise lösen wollen. Lenin wendet sich dagegen, daß der Zarismus keine Fremdstämmigen in die russischen Schulen zuläßt und sagt: „Die Interessen der Arbeiterklasse und die Interessen der politischen Freiheit überhaupt fordern im Gegenteil die vollste Gleichberechtigung aller Nationalitäten des betreffenden Staates ohne Ausnahme, die Beseitigung aller Scheidewände zwischen den Nationen, die Vereinigung der Kinder der verschiedensten Nationen in Einheitsschulen usw. Nur wenn die Arbeiterklasse alle wilden und dummen nationalen Vorurteile beiseite wirft und die Arbeiter aller Nationen zu einem einzigen Bündnis vereinigt, kann sie eine Macht werden, das Kapital zurückwerfen und eine ernste Verbesserung ihres Lebens durchsetzen.

Seht die Kapitalisten an: sie suchen die nationale Feindschaft im ‚einfachen Volk' zu entfachen, selbst aber besorgen sie ihre Geschäfte auf das trefflichste: In einer Aktiengesellschaft sitzen Russen und Ukrainer mit Polen, Juden und Deutschen zusammen. Gegen die Ar-

beiter sind die Kapitalisten aller Nationen und Religionen vereinigt, die Arbeiter aber versuchen sie durch die nationale Feindschaft zu spalten und zu schwächen."

Mit dem Scharfblick eines Adlers betrachtet und bewertet Genosse Lenin die revolutionäre Bewegung in den anderen Ländern, reagiert auf sie unverzüglich und unterstützt sie. Ein vortreffliches Beispiel dafür bildet folgendes: Die Entwicklung der revolutionären Bewegung in China findet bei ihm enthusiastische Unterstützung. „In Asien wächst, verbreitet und festigt sich überall eine mächtige demokratische Bewegung. Die Bourgeoisie geht dort noch mit dem Volk zusammen gegen die Reaktion. Hunderte von Millionen erwachen zum Leben, zum Licht, zur Freiheit. Welches Entzücken ruft diese Weltbewegung in den Herzen aller klassenbewußten Arbeiter hervor, die wissen, daß der Weg zum Kollektivismus über die Demokratie führt. Welche Sympathie für das junge Asien erfüllt alle ehrlichen Demokraten!

Und das ‚hochentwickelte' Europa? Es raubt China aus und hilft in China den Feinden der Demokratie, den Feinden der Freiheit."

Jede Erscheinung, die die Organisation der Arbeiterklasse unterstützt, die zu ihrem Siege beiträgt, findet, wo sie auch vorgehen mag, einen leidenschaftlichen Anhänger am Genossen Lenin. Und umgekehrt: Alles, was im Kampf der Arbeiterklasse schlecht, was diesen Kampf vom internationalen Klassenweg auf den Weg einer lokalen oder Teilbewegung lenkt und ihn aus einem demokratischen Kampf in einen liberalen Kampf wandelt, findet im Genossen Lenin einen unbezwinglichen Gegner. Viel Zeit verwendet Genosse Lenin auf die nationale Kulturautonomie; er entlarvt schonungslos die Bourgeoisie, die mit dem Banner der Autonomie ihr Werk der Trennung der Werktätigen der verschiedenen Nationalitäten verhüllt. Den Opportunisten antwortet Lenin: „Der Marxismus ist unvereinbar mit dem Nationalismus, selbst wenn dieser im höchsten Grade ‚gerecht', ‚sauber', ‚fein und zivilisiert' ist. An Stelle jeder Art von Nationalismus verkündet der Marxismus den Internationalismus, die Verschmelzung aller Nationen zu einer höheren Einheit, die vor unseren Augen wächst, mit jedem Kilometer Eisenbahn, mit jedem internationalen Trust, mit jedem Arbeiterverband, der in seiner ökonomischen Tätigkeit und dann auch in seinen Idealen und seinen Bestrebungen international ist.

Das Nationalitätsprinzip ist in der bürgerlichen Gesellschaft historisch unvermeidlich, und der Marxist, der mit dieser Gesellschaft rechnet, erkennt die historische Berechtigung der nationalen Bewegungen vollkommen an. Aber damit sich diese Anerkennung nicht in eine Apologie des Nationalismus verwandelt, ist es erforderlich, daß sie sich strengstens auf das beschränkt, was in diesen Bewegungen fortschrittlich ist, damit diese Anerkennung nicht zu einer Verdunklung des proletarischen Bewußtseins durch die bürgerliche Ideologie führt."

Als vollendeter Meister der Dialektik versteht Genosse Lenin es wunderbar, Hiebe aus den verschiedensten Richtungen zu parieren. Im Artikel „Ist eine obligatorische Staatssprache erforderlich?" antwortet Lenin den Liberalen: „Die russische Sprache ist groß und mächtig, sagen uns die Liberalen. Wollt ihr denn wirklich nicht, daß jeder, der in irgendeinem Grenzgebiet Rußlands wohnt, diese große und mächtige Sprache kennen soll? Seht ihr denn nicht, sagen die Liberalen, daß die russische Sprache die Literatur der Fremdstämmigen bereichern wird, daß sie ihnen die Möglichkeit geben wird, sich die großen Kulturgüter

anzueignen usw. Das alles ist richtig, ihr Herren Liberalen, antworten wir ihnen. Wir wissen besser als ihr, daß die Sprache Turgenjews, Tolstois, Dobrolubows, Tschernyschewskis groß und mächtig ist. Wir wünschen stärker als ihr, daß zwischen den unterdrückten Klassen aller Nationen, die Rußland bewohnen, ohne Unterschied eine möglichst enge Verbindung und brüderliche Einheit hergestellt werde. Und wir sind selbstverständlich dafür, daß jeder Bewohner Rußlands die Möglichkeit erhalte, die große russische Sprache zu erlernen.

Nur eines wollen wir nicht: das Element des Zwanges. Wir wollen niemand mit dem Knüppel ins Paradies hineintreiben, denn wie viel schöne Worte über die ‚Kultur' ihr auch sagen möget, die obligatorische Staatssprache ist mit dem Zwang und dem Einpauken verbunden. Wir glauben, daß die große, mächtige russische Sprache es nicht nötig hat, daß sie von irgendwem unter Stockschlägen erlernt werden muß."

Wie großartig ist das gesagt: „Nur eines wollen wir nicht: den Zwang." Nirgends wird man eine solche Festigkeit der Überzeugung finden, der Überzeugung nicht nur von der Richtigkeit seiner Stellungnahme, sondern auch davon, daß die Arbeitermasse, die Arbeiterdemokratie unvermeidlich zu dem gelangen wird, was wir predigen, was uns teuer ist. Kurz, wir haben hier wieder einen Charakterzug Lenins — den Glauben an die Massen, der eine spezifische Eigenschaft des Bolschewismus darstellt. Oder: „Wir sind von nationalem Stolz erfüllt, und gerade deshalb hassen wir besonders stark unsere sklavische Vergangenheit (als die adligen Gutsbesitzer die Bauern in den Krieg führten, um die Freiheit Ungarns, Polens, Persiens, Chinas zu unterdrücken) und unsere sklavische Gegenwart, in der dieselben Gutsbesitzer, unter dem Beistand der Kapitalisten, uns in Kriege führen, um Polen und die Ukraine zu unterdrücken, um die demokratische Bewegung in Persien und in China niederzuhalten, um die Bande der Romanow, Bobrinski und Purischkewitsch zu stärken, die unsere großrussische nationale Würde mit Schande bedeckt. Niemand ist schuld daran, wenn er als Sklave geboren ist; aber ein Sklave, der dem Streben nach seiner Freiheit nicht nur fremd gegenübersteht, sondern sein Sklaventum auch noch rechtfertigt und beschönigt (z. B. die Unterdrückung Polens, der Ukraine usw. als ‚Verteidigung des Vaterlandes' der Großrussen bezeichnet), ein solcher Sklave ruft ein berechtigtes Gefühl der Verachtung und des Ekels hervor, er ist ein Elender und Niederträchtiger."

Uns praktischen Arbeitern von der Werkbank in den verschiedenen Orten, in so großen Mittelpunkten, wie Petersburg, Moskau und Charkow, schienen die nationalen Fragen nicht besonders aktuell. Die Schärfe des Kampfes gegen den Zarismus, sein grausames Wüten gegen die Revolutionäre schien alle gleichzumachen. Wir meinten im wahrhaft revolutionären Internationalismus nicht hinter dem Genossen Lenin zurückzustehen, aber das hat ihn nicht gehindert, späterhin zu sagen: „Mit der roten finnischen Regierung, die kurze Zeit bestand, haben wir einen Vertrag abgeschlossen, wir haben gewisse territoriale Zugeständnisse gemacht, gegen die ich nicht wenig Proteste gehört habe, die rein chauvinistisch waren: ‚Da gibt es reiche Fischplätze, und ihr habt sie abgegeben'. Von solchen Entgegnungen habe ich gesagt: ‚Es gibt Kommunisten, die man bloß abzuschaben braucht, um einen großrussischen Chauvinisten zu finden." Der Internationalismus eines jeden wird eben erst in der Praxis und bei der Tat erkannt, wenn es eine Entscheidung zu treffen gilt, an der die Parteien aufs stärkste inter-

essiert sind. Erst jetzt, wo die zahlreichen Nationalitäten erwacht sind, die unsere Union bevölkern, fangen wir an zu begreifen, wie ungemein schwierig es ist, eine wirklich internationale Linie durchzuführen, die der internationalen Revolution entspricht und sie unterstützt. Und Genosse Lenin hat uns unschätzbare Dienste erwiesen durch die Aufmerksamkeit, die er der nationalen Frage widmete, denn von ihrer geschickten Entscheidung hängen in bedeutendem Maße die Schicksale der Revolution ab.

Die Vollendung der schöpferischen Tätigkeit des Genossen Lenin auf dem Gebiet der Anwendung und Vertiefung des Marxismus ist die Lehre von der Diktatur des Proletariats. An die Lösung der Frage der Diktatur des Proletariats ging Genosse Lenin seiner Gewohnheit nach vor allen Dingen zu dem Zweck, um alles wegzufegen, was sich an den revolutionären Marxismus hängte und ihn entstellte. Dadurch hat Genosse Lenin ein wahrhaftes Bedürfnis der russischen Revolution befriedigt. Erinnert euch, daß die russische Revolution ja entgegen dem Wunsch und der Vorstellung aller politischen Parteien verlief, an deren Spitze die II. Internationale steht.

Genossen, die dramatischen Augenblicke sind im Leben nicht so bemerkbar wie auf dem Theater, und die Künstler haben eine außerordentlich dramatische Periode unbeachtet gelassen. Erinnert euch, wie vor zwei, drei Jahrzehnten die Helden und allgemein anerkannten Führer das Proletariat, wenn nicht zum sofortigen Siege, so doch jedenfalls zu ungemein großartigen Schlachten führen sollten. Wie diese Kämpfe auch geendet hätten, welche Opfer sie vom Proletariat auch gefordert hätten — dies alles wäre bezahlt und belohnt worden. Die europäischen Arbeitermassen hätten in diesen Schlachten Kampferfahrung gesammelt und, wie Lenin sagte, die Selbstverleugnung und Ergebenheit im Kampf für den Kommunismus und den Willen zum Siege errungen.

Das alles ist verlorengegangen infolge der widerlichen Feigheit der Führer, die den Anblick des Schlachtfeldes nicht ertrugen und flohen, ohne den Kampf aufzunehmen. Aber nicht genug damit. Die vom Schlachtfeld geflohenen Führer gingen ins Lager der Feinde über und erwiesen sich als Verräter. Was kann widerlicher sein, welcher Feind konnte dem revolutionären Proletariat einen schwereren Dolchstoß von hinten versetzen!

Wir russischen Arbeiter, die wir die letzten Reserven zur Verteidigung der Kampfesehre des Proletariats ins Treffen führten, haben diesen Dolchstoß besonders stark gefühlt. Und nur die in jahrelangen Kämpfen gestählte Kommunistische Partei Rußlands hat nicht gezittert und ist unter der Leitung ihres genialen Führers fest und entschlossen zum Siege vorgedrungen.

Die Verräter haben schon lange in der Stille, vorsichtig, den Massen verborgen, den revolutionären Marxismus allmählich durch eine kleinbürgerliche Ideologie ersetzt.

Und als eine Abteilung des internationalen Proletariats, die russische, gesiegt hatte, da schrien die Philister: „Zu Hilfe!“, da begannen sie eine widerliche Hetze, da schwärzten sie nicht nur den Sieg an, sondern auch die Ordnung, die die siegreiche russische Revolution schuf.

Diese Ordnung bezeichnen wir als Übergangsperiode der Diktatur des Proletariats, die unvermeidlich und notwendig ist, um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen.

Von der historischen Unvermeidlichkeit der Periode der Diktatur des Proletariats sprechen am überzeugendsten folgende Worte des Genossen Lenin: „In der Lehre Marx' ist der Klassenkampf die Hauptsache — so sagt und schreibt man sehr häufig. Aber das ist falsch, denn die Lehre vom Klassenkampf ist nicht von Marx begründet worden, sondern von der Bourgeoisie vor Marx, und sie ist im allgemeinen für die Bourgeoisie annehmbar. Wer nur den Klassenkampf anerkennt, ist noch kein Marxist, es kann sich zeigen, daß er die Grenzen der bürgerlichen Denkungsweise und der bürgerlichen Politik noch nicht überwunden hat. Ein Marxist ist nur der, der die Anerkennung des Klassenkampfes ausdehnt bis zur Anerkennung der Diktatur des Proletariats."

In der Kommunistischen Partei Rußlands herrschen keine Zweifel über die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit der Diktatur des Proletariats für die Sicherung des Sieges über die bürgerliche Staatlichkeit. Sogar die parteilosen Arbeiter und die Bauern sind bei uns schon soweit gekommen, daß sie diesen Gedanken begreifen; sie verstehen unter dem Begriff der Diktatur des Proletariats die Formen der Sowjetmacht. Sie verstehen, daß nur der Sowjetstaat den werktätigen Klassen die notwendigen Freiheiten sichert, die selbst eine erzdemokratische Republik ihnen nicht zu geben vermag.

Die Grundaufgabe der Kommunistischen Internationale ist die Vereinigung des Proletariats im Bewußtsein der Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit des bewaffneten Kampfes für die Diktatur des Proletariats, die allein den Werktätigen das politische Regime und die Demokratie sichern wird, deren Bestehen ihnen allein die Möglichkeit gibt, zur kommunistischen Ordnung zu gelangen.

Genosse Lenin und die Kommunistische Partei Rußlands stellten und stellen sich als Grundaufgabe die Eroberung der kommunistischen Ordnung. Alle anderen Fragen sind Fragen der Taktik, der Wahl der Waffe, mit deren Hilfe wir uns dem ersehnten Ziel nähern.

Bei den Fragen des Bündnisses mit der Bauernschaft, der nationalen Frage, der Diktatur des Proletariats, und bei der ganzen ständigen Werktagsarbeit der Kommunistischen Partei — in allem müssen wir von dem einen Gedanken ausgehen, daß dies Werkzeuge unseres Kampfes sind, und daß wir sie je nach dem Nutzen anwenden, den sie im Kampf für die Endziele bringen. Auf euch, Erben des Genossen Lenin, liegt die verantwortliche Pflicht, nicht nur der Wahrung, sondern auch der Stärkung und Entwicklung der spezifischen Besonderheiten des Leninismus, dieser besten Waffe, die vom Proletariat im Kampfe für seine Befreiung geschmiedet worden ist.

RUTH FISCHER: Arbeiter und Arbeiterinnen! Das erste Wort des 5. Weltkongresses ist das Gedenken an Lenin. Lenin, der Schöpfer der russischen Kommunistischen Partei, Lenin, der Schöpfer Sowjetrußlands, er ist auch der Schöpfer der III. Internationale. Lenins Werk, Lenins Bild, Lenins Arbeit ist eingegraben nicht nur in die Millionenmassen der russischen Arbeiter und russischen Bauern, Lenin ist auch das Symbol der Weltrevolution in allen Ländern der Welt, er ist insbesondere das Symbol der Revolution im deutschen Proletariat. Die deutsche Arbeiterklasse, die deutsche Kommunistische Partei, die soviele Jahre kämpft gegen die deutsche Bourgeoisie, die durch Niederlagen hindurchgegangen ist, die deutsche Kommunistische Partei, die jedes-

mal, auf jedem Weltkongreß bitterer und schmerzlicher noch empfindet, daß wir noch nicht gleich dem russischen Proletariat die Bourgeoisie davongejagt und die Macht erobert haben, die deutsche Kommunistische Partei weiß: sie kann nur siegen im Zeichen Lenins!

Arbeiter, der Gedanke an Lenin ist tief eingegraben im Herzen der deutschen Arbeiter. Die deutschen Arbeiter versuchen jetzt gegen die nationalistischen Kundgebungen Denkmäler von Lenin aufzurichten. In Städten, wo die Kommunisten die Mehrheit haben, versuchen sie, die Stadt nach dem Namen Lenins zu benennen. Eine Stadt Oberschlesiens, im Herzen des Industriegebietes Deutschlands, die nach dem Nationalisten Hindenburg genannt ist, beschließt das kommunistische Proletariat, Leninburg zu nennen. (Beifall.)

Arbeiter, als der deutschen Bourgeoisie diese Tatsache bekannt wurde, heulte sie dagegen. Sie wird diesen Namen nicht bestätigen. Sie weiß, sie hat keinen gefährlicheren Feind als die Kommunistische Partei, die unter dem Banner Lenins kämpfen und siegen wird. Der 5. Weltkongreß beginnt im Zeichen Lenins. Er weiß, ohne Lenin wird die Internationale noch stärker zum Banner des Leninismus schwören müssen. Die Kommunistische Internationale wird trotz aller Schwierigkeiten, trotz aller Gefahren, trotz aller Hindernisse ihren Weg von Rußland durch Europa, durch die ganze Welt im Zeichen Lenins nehmen. Die III. Internationale wird die Weltbourgeoisie schlagen im Zeichen Lenins, sie wird die rote Fahne nicht nur über Moskau, sondern auch über Berlin, über die ganze Welt entrollen, und es wird siegen die Weltrevolution! (Stürmischer Beifall.)

KOLAROW: Genosse *Roy*, der Vertreter der Kommunistischen Partei Indiens, erhält das Wort.

Genosse Roy ist einer der angesehensten indischen Revolutionäre. Aus den Zeitungen ist uns bekannt, daß die indische Regierung unlängst, schon unter dem Regime der Arbeiterregierung, seine Verhaftung und die Verhaftung anderer indischer Kommunisten anbefohlen hat. In Indien findet eine Gerichtsverhandlung gegen die Kommunisten statt, und Genosse Roy ist einer der Angeklagten in diesem Prozeß. Aber statt sich in die Kerker der Bourgeoisie zu begeben, ist Genosse Roy hier Vertreter des unterjochten indischen Volkes auf dem 5. Kongreß der Komintern. (Beifall.)

ROY (Indien): Genossen! Während die Vertreter des revolutionären Weltproletariats, die sich heute hier im Herzen der Weltrevolution versammelt haben, ihnen ihre Grüße aussprechen wollen, beherrscht nur ein Gedanke die Gemüter von uns allen. Dieser Gedanke ist, daß dies der erste Weltkongreß der Kommunistischen Internationale ist, der ohne unsern geliebten Führer stattfindet. Aber, Genossen, heute stärkt uns die Überzeugung, daß, obwohl Lenin nicht mehr unter uns weilt, wir als eine große Armee unter dem Banner des Leninismus hier stehen, und wir sind überzeugt, daß diese große Armee des revolutionären Proletariats unter dem flatternden Banner des Leninismus dem Siege zuschreiten wird.

Genossen, hier ist nicht Zeit und Ort, zu erklären, wieviel die Kommunistische Internationale, dank Lenin, für das Weltproletariat getan hat. Aber, Genossen, ich will hier nur auf ein Ergebnis des Leninismus hinweisen, nämlich darauf, daß die Internationale unter Lenins Führung zu einer *wahren* Internationale geworden ist. Vorher

wurde der Marxismus unter der Führerschaft der Sozialpatrioten der II. Internationale prostituiert. Lenin war es vorbehalten, den Marxismus aus den Händen der Revisionisten zu erretten; Lenin war es vorbehalten, aus der Internationale eine *wahre* Internationale zu machen; Lenin war es vorbehalten, der revolutionären Avantgarde des Proletariats zu sagen, daß das Proletariat im marxistischen Sinne nicht nur die Arbeiterklasse der fortgeschrittenen imperialistischen und kapitalistischen Länder Europas und Amerikas, sondern auch Hunderte von Millionen werktätiger Massen der unter kapitalistischer Herrschaft stehenden Kolonial- und Halbkolonialvölker umfaßt. Dies ist die größte Tat Lenins, auf die ich an diesem Eröffnungstage des Kongresses der Kommunistischen Internationale die Aufmerksamkeit zu lenken wünsche, und während wir uns ungeheuren Schwierigkeiten gegenübergestellt sehen, die wir überwinden müssen, um zum endgültigen Sieg zu gelangen, werden wir eingedenk dieser Lehre Lenins vorgehen müssen.

Genossen! Unter dem Banner des Leninismus werden wir, die revolutionäre Avantgarde des Proletariats der ganzen Welt, den Sieg gewinnen.

Genossen! Stimmen Sie ein in den Ruf: Es lebe das Andenken unseres Führers Lenin! Es lebe der Leninismus!

DRITTE SITZUNG

(Donnerstag, den 19. Juni 1924)

Bestätigung der Tagesordnung, der Geschäftsordnung und Kommissionen. Bericht des EK der KI

Redner: Sinowjew

Eröffnung: 6 Uhr 30 nachmittags

Vorsitz: Geschke

GESCHKE: Wir haben als ersten Punkt die Bestätigung der Tagesordnung des Kongresses, zweitens der Geschäftsordnung des Kongresses, drittens der Mandatsprüfungskommission, viertens der Kommissionen überhaupt, fünftens das Referat des Genossen Sinowjew.

Es liegt ein Antrag vor: Die holländische Delegation schlägt vor, den Genossen Wynkoop ins Präsidium zu wählen. Das Präsidium stimmt diesem Antrag zu. Erhebt einer der Delegierten des Kongresses Einspruch gegen die Wahl des Genossen Wynkoop ins Präsidium? Das geschieht nicht, der Genosse Wynkoop ist Mitglied des Präsidiums.

Wir kommen zur Tagesordnung des Kongresses.

Der erste Punkt der Tagesordnung ist in der gestrigen Sitzung erledigt worden.

Der zweite Punkt ist der Bericht über die Tätigkeit und die Taktik der Exekutive. Referent Genosse Sinowjew.

Dritter Punkt: Die wirtschaftliche Weltlage. Referent Genosse Varga.

Vierter Punkt: Programmfrage. Referenten die Genossen Bucharin, Thalheimer und nötigenfalls ein dritter Genosse, der von der Programmkommission bestimmt wird.

Fünfter Punkt: Die Gewerkschaftstaktik. Referenten sind die Genossen Losowski und Heckert.

Sechster Punkt: Die nationale Frage. a) Stellungnahme der Kommunistischen Parteien in der nationalen Frage (Rußland, Polen, Tschechoslowakei, Balkan). Referenten sind die Genossen Manuilski, Walecki und Boschkowitsch. b) Die revolutionäre Bewegung im Osten und in den Kolonien. Referenten die Genossen Roy, Katayama und Tsching. c) Die Negerfrage. Referent für Amerika: Dunne, für Frankreich: Ferand.

Siebenter Punkt: Die Organisationsfragen. a) Der organisatorische Aufbau der Partei, Betriebszellen usw. b) Die Statuten der Kommunistischen Internationale. c) Die Arbeit der Kommunistischen Parteien unter den Frauen. d) Die illegale Arbeit. e) Die Arbeit in der Armee. Die Referenten werden von der Organisationskommission bestimmt.

Achter Punkt: Propagandaarbeit. Den Referenten bestimmt die Propagandakommission.

Neunter Punkt: Referat über den Faschismus. Referent für Italien: Bordiga; für Deutschland: Freimuth.

Der zehnte Punkt der Tagesordnung ist die Intellektuellenfrage. Referenten: Genossin Zetkin; für Frankreich: Sellier; Referent für die Kolonien noch nicht bestimmt.

Der elfte Punkt ist der Bericht über die ökonomische Lage des Verbandes der Sowjetrepubliken. Referent Genosse Rykow.

Der zwölfte Punkt ist die Bauerninternationale. Referent Genosse Kolarow.

Der dreizehnte Punkt: Die Jugendbewegung. Diese Frage wird zunächst im Plenum des Kongresses, dann in der Kommission behandelt. Referent Genosse Otto Unger.

Der vierzehnte Punkt ist die internationale Rote Hilfe. Der Referent wird von der Organisationskommission bestimmt.

Der fünfzehnte Punkt der Tagesordnung: Die Frage der einzelnen Sektionen: a) Rußland; die Frage wird zunächst im Plenum des Kongresses und dann in der Kommission behandelt. b) Deutschland. Referentin Genossin Ruth Fischer. Die Entscheidung über die Behandlung dieser Frage wird ausgesetzt bis zur Ankunft der offiziellen deutschen Delegation. c) Italien. d) Bulgarien. e) England. f) Vereinigte Staaten Amerikas. g) Japan.

Der sechzehnte Punkt ist die Gewerkschaftsfrage. Die Resolutionen der internationalen Konferenz der Kooperativsektion der KI werden von der Redaktionskommission geprüft. Nach der Bestätigung der Resolution durch die Redaktionskommission wird über die Genossenschaftsfrage Bericht auf dem Plenum des Kongresses erstattet. Der Referent wird von der internationalen Konferenz der Kooperativsektionen bestimmt.

Einspruch gegen die Tagesordnung des 5. Kongresses wird nicht erhoben. Die Tagesordnung ist also angenommen.

Wir kommen zum zweiten Punkt der heutigen Tagesordnung: Bestätigung der Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung lautet: Die Plenarsitzungen des Kongresses finden von 10 bis 3 und von 5 bis 9 Uhr abends statt.

Zweitens: Die Referenten haben eine Berichtszeit von einer Stunde und bekommen außerdem eine halbe Stunde Sprechzeit für das Schlußwort.

Drittens: Den Korreferenten steht dieselbe Redezeit zu.

Viertens: Zur Geschäftsordnung dürfen die Redner zwei Minuten sprechen. Das Wort hierzu wird ihnen nur einmal erteilt.

Fünftens: Zu jeder Frage kann jeder Delegierte zweimal sprechen. Das erstemal 15, das zweitemal 5 Minuten.

Sechstens: Wortmeldungen und Anträge müssen dem Büro schriftlich vorgelegt werden.

Siebentens: Die namentliche Abstimmung wird auf Verlangen von drei Delegationen, die beschließende Stimme haben, vorgenommen.

Das Wort hat Genosse Bär aus Deutschland.

BÄR (Deutschland): Die deutsche Delegation beantragt, daß namentliche Abstimmung nur vorgenommen wird auf Verlangen von drei Delegationen mit insgesamt mindestens 10 Delegierten.

(Dieser Antrag wird angenommen. Ebenso die Gesamtgeschäftsordnung. Hierauf werden die Kommissionen bestätigt.*)

GESCHKE: Bevor ich dem Genossen Sinowjew zu seinem Referat über Tätigkeit und Taktik der Exekutive das Wort gebe, möchte ich dem Kongreß noch eine Ergänzung in der Tagesordnung vorschlagen:

Bericht des Genossen *Rjasanow* über neuaufgefundene und bisher ungedruckte Manuskripte von Marx und Engels. (Beifall.)

Zum Bericht über die Tätigkeit und Taktik der Exekutive erhält der Genosse Sinowjew das Wort. (Stürmischer Beifall, Gesang der Internationale.)

BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DER EXEKUTIVE

I. Die Linie der K I. vor dem 5. Kongreß

Unsere Kräfte

SINOWJEW: Genossen, wir müssen auf diesem Kongreß den Weg für die Zukunft suchen, und wir haben allen Anlaß dazu, zunächst den zurückgelegten Weg etwas zu prüfen — erstens darum, weil wir unsere Arbeit zum erstenmal ohne die Führung und Mitwirkung des Genossen *Lenin* vornehmen müssen, zweitens weil die internationale Lage jetzt in vieler Hinsicht fast ganz neu geworden ist, drittens darum, weil wir gewissermaßen einen Jubiläumskongreß abhalten.

Wir haben unlängst den fünften Jahrestag der KI gefeiert. Es liegen vier Weltkongresse hinter uns, die gewissermaßen vier Marksteine in der Geschichte der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung bilden. Erlauben Sie mir darum, zunächst einen kurzen geschichtlichen Rückblick auf den Werdegang der Kommunistischen Internationale zu werfen. Ich will diese Geschichte von zwei Gesichtspunkten aus untersuchen.

Das erste Kriterium ist: wie stark waren wir am Anfang der Kommunistischen Internationale, und wie hat sich unsere Stärke im Laufe der Jahre geändert.

Das zweite Kriterium: der Richtungskampf innerhalb der KI, ein Rückblick auf die Richtungskämpfe während dieser bisherigen vier Weltkongresse innerhalb der Internationale.

Von der Propagandagesellschaft zur Partei

Zunächst die Frage der numerischen Stärke früher und jetzt: Ich glaube, es ist jetzt ganz klar, daß die KI in ihren ersten Jahren in einer Reihe von Ländern eigentlich nur eine Propagandagesellschaft war, ohne sich darüber im klaren gewesen zu sein. Wir glaubten am Anfang,

*) Die Liste der Kommissionen s. Anhang.

wir wären sehr stark, aber eigentlich waren wir in jenen Zeiten keine kommunistischen Parteien, sondern nur große Propagandagesellschaften in einer ganzen Anzahl von Ländern. Woher kam diese optische Täuschung? Daher, daß die elementare Unzufriedenheit der Massen damals, am Ausgang des imperialistischen Krieges, sehr groß war und wir diese elementare Unzufriedenheit als organisierte kommunistische Kraft auffaßten. Das war sie jedoch nicht. Ein Beispiel wird genügen, ein Beispiel aus der deutschen Bruderpartei.

Sofort nach dem 1. Parteitag, während des Januaraufstandes der Spartakisten, glaubten wir alle, unsere deutsche Partei sei eine sehr große Kraft. Die Unzufriedenheit der Massen war sehr groß. Die Verdrossenheit der Massen gegenüber der Bourgeoisie, teilweise auch gegenüber der Sozialdemokratie war elementar, es schien uns, als ob wir Kommunisten die Führer dieser millionenköpfigen Bewegung wären. Wenn wir einen Rückblick auf diese Ereignisse werfen, sehen wir ganz klar: der Spartakusbund (wir brauchen uns seiner nicht zu schämen) stellte einen der glorreichsten Abschnitte in der Geschichte der Arbeiterklasse dar; aber was war unsere Partei eigentlich? Sie war noch sehr klein, wie war eine große Propagandagesellschaft des Kommunismus, die noch ganz am Anfang der Gewinnung der Massen stand. Und so war es auch in anderen Ländern. Um also einen klaren Maßstab dafür zu haben, wo wir jetzt stehen, dürfen wir eben das, was ich gesagt habe, nicht übersehen. Trotz aller Schwächen, trotz aller Mängel unserer Sektionen sind wir jetzt in einer Anzahl von Ländern schon keine Propagandagesellschaft mehr, sondern sind zu kommunistischen Parteien und zum Teil schon zu kommunistischen Massenparteien angewachsen.

Der Richtungskampf

Jetzt zur Frage der Richtungskämpfe innerhalb der Kommunistischen Internationale. Manches ist notwendig, damit wir ins klare kommen über die Richtungskämpfe, die wir auch auf dem 5. Kongreß schwerlich werden vermeiden können. Was die programmatische Seite betrifft, so bin ich mit dem einverstanden, was in der Instruktion der Kommunistischen Partei Deutschlands gesagt ist. Ich glaube, dieses Dokument ist allgemein bekannt. Mir scheint, daß dieses Dokument in vielem für uns alle annehmbar ist und viel zu den Beschlüssen, die wir hier fassen müssen, beitragen wird.

Der eiserne Bestand der KI

Die Kommunistische Partei Deutschlands zählt in unserer fünfjährigen Tätigkeit sechs wichtige programmatische Dokumente auf, die sozusagen zum eisernen Bestand der Kommunistischen Internationale

gehören. Das sind: die Thesen über Diktatur und Demokratie, die Genosse *Lenin* dem 1. Kongreß vorgelegt hat, dann die Thesen Lenins über die Agrarfrage und seine Thesen über die nationale Frage, angenommen vom 2. Kongreß, ferner die 21 Punkte und die Thesen über die Rolle der Partei in der Revolution und die Resolution des 2. Kongresses über die Bedingungen für die Bildung von Arbeiterdeputierten-Sowjets: „Unter welchen Bedingungen können Arbeiterräte gebildet werden und ihre geschichtliche Rolle."

Diese Dokumente sind nicht ohne Kämpfe in der Kommunistischen Internationale angenommen worden. Aber es gab viel mehr Kämpfe um die Beschlüsse rein taktischer Natur.

Daß der Bolschewismus im Kampfe gegen den Opportunismus, gegen die Rechten, gegen die Sozialdemokraten, gegen die Zentristen geboren wurde, ist allgemein bekannt und braucht hier nicht bewiesen zu werden. Die Kommunisten sind in hohem Grade aus dem Schoße der II. Internationale geboren. Man kann jetzt schon zwei Teile der Kommunistischen Internationale handgreiflich unterscheiden.

Das Erbe

Der eine Bestandteil sind diejenigen Teile der KI, die aus dem Schoße der II. Internationale geboren sind, die früheren Sozialdemokraten; den zweiten Bestandteil bildet die neue Arbeitergeneration, die vor und nach dem Krieg herangewachsen ist. Beide Bestandteile haben ihre schwachen und starken Seiten. Es ist allgemein bekannt, daß die Taktik der Kommunistischen Internationale, die Taktik des Bolschewismus und Leninismus, hauptsächlich im Kampfe gegen die Sozialdemokratie, gegen die Rechten, gegen die Zentristen geboren wurde, und es ist also auch zu verstehen, daß der Leninismus in der Internationale kämpfen mußte und oft auch jetzt noch kämpfen muß, in erster Linie gegen die Überreste der Sozialdemokratie, die naturgemäß auch in der KI vorhanden sind.

Es ist aber weniger bekannt, daß der Bolschewismus große Kämpfe gegen andere Abweichungen geführt hat, gegen die Abweichungen, die man oft als „linke" oder „ultralinke" bezeichnet. Sie sind selbstverständlich nicht „linke", es gibt nichts „Linkeres" als den Leninismus, den *revolutionären* Marxismus. Aber man nennt eben diese Abweichungen linke. Nun meine ich: gegen diese „linken Abweichungen" hat der Bolschewismus schon vor der Revolution Jahre hindurch heftige Kämpfe durchgefochten, und auch in der Kommunistischen Internationale hat ihr Gründer und Meister, Genosse *Lenin*, große Kämpfe gegen diese sogenannten ultralinken Abweichungen im internationalen Maßstab geführt, auch die Exekutive der KI muß es jetzt tun.

II. Die vier Kongresse der KI

Der 1. Kongreß

Der erste Kongreß hat in einem Moment stattgefunden, in dem noch der Siegesrausch der russischen Revolution sehr groß und die Bedeutung und die Größe der Niederlage nach dem Spartakusaufstand in Deutschland uns noch nicht klar war. Der Gründungskongreß verlief ohne große Richtungskämpfe. Soweit ich mich erinnere, hatten wir nur eine einzige Abstimmung, und zwar eine sehr interessante Abstimmung: nämlich, ob die Kommunistische Internationale schon auf diesem Kongreß gegründet werden solle. Der Vertreter der KPD. war gegen die sofortige Gründung.

Der 2. Kongreß

Während des 2. Kongresses hatten wir schon eine klarere und breitere Linie der Gruppierungen, und wir begannen den Kampf zunächst nach rechts. Sie erinnern sich wohl der 21 Punkte, die zum Bollwerk gegen den Zentrismus werden sollten. Aber damals schon mußten Gen. *Lenin* und die Genossen, die ihn unterstützten, einen Kampf gegen „linke" Tendenzen führen, so in der Frage des Parlamentarismus. Ein Teil der Genossen wandte sich gegen die Ausnutzung des Parlamentarismus, und unter ihnen war auch der Genosse *Bordiga*.

Weiter gab es auf dem 2. Kongreß einen Kampf gegen die Gewerkschaften. Einige amerikanische und auch deutsche Genossen forderten den Austritt aus den Gewerkschaften, und es wurde ein harter Kampf von seiten des Genossen *Lenin* dagegen geführt. Auf dem 2. Kongreß gab es einen Kampf gegen die KAP, und es gab einen Kampf gegen die Ultralinken über die Rolle der Partei. Manche Ultralinken traten auf und sagten: Eine Partei brauchen wir überhaupt nicht, zumindest nicht vor der Revolution.

Also schon während des 2. Kongresses hatten wir den Kampf gegen die Zentristen und zugleich nicht geringere Kämpfe gegen die sogenannten Ultralinken, Kämpfe, die geführt worden sind vom Genossen *Lenin*. Es gab auch einen Kampf um die Frage, ob die englischen Kommunisten in die Labour Party eintreten sollen. Sie werden sich erinnern, daß viele Genossen dagegen waren — nicht nur die Engländer; so hat zum Beispiel der holländische Genosse Wynkoop, der heute unter uns ist, damals wie ein Löwe dagegen gekämpft, daß die englischen Kommunisten in die Labour Party eintreten. Er hielt es für Opportunismus. Nun, die Zeiten vergehen, die Menschen ändern sich. Jetzt beschuldigt man den Genossen Wynkoop, ganz andere Abweichungen zu machen als nach links — wir werden zu prüfen haben, ob mit Recht oder Unrecht —; aber das zeigt, Genossen, daß der Richtungskampf innerhalb der Kommunistischen Internationale von Anfang an da war.

Der 3. Kongreß

Der dritte Markstein ist der 3. Weltkongreß. Sie werden sich des Kampfes gegen die sogenannte Offensivtheorie nach der Märzaktion erinnern. Man hatte ihn ebenfalls als Kampf gegen die revolutionäre Richtung ausgelegt. Es war aber in Wirklichkeit kein Kampf gegen links, sondern ein Kampf gegen sogenannte linke Abweichungen. Dieser Kampf wurde auch von *Lenin* geführt, und dieser Kampf gehört zu den wichtigsten Aktenstücken, zu dem Inventar der Kommunistischen Internationale. Zugleich ging ein heftiger Kampf gegen Levi — Levi wurde auf dem 3. Kongreß ausgeschlossen —, ein Kampf gegen die opportunistischen Tendenzen in der damaligen italienischen Bewegung, aber zu gleicher Zeit auch ein heftiger Kampf gegen *Terracini*, gegen *Bordiga*, gegen manche Genossen, die auch jetzt auf der sogenannten Ultralinken stehen. Der Gen. *Lenin* hat auf dem 3. Kongreß schon im Vorhinein die jetzige politische Position Bordigas zerschmettert.

Der 4. Kongreß

Der vierte Markstein, der 4. Kongreß, ist Ihnen ziemlich im Gedächtnis. Ich brauche hier nicht ausführlich zu reden. Man hat die Parole der *Arbeiterregierung* angenommen, man hat die Einheitsfronttaktik gutgeheißen und hat zugleich die Thesen von Rom, von denen wir hier noch werden sprechen müssen, heftig kritisiert und abgelehnt. Sie sehen also, Genossen, daß die KI schon von Anfang an, um marxistisch zu sein — heute würden wir sagen, um leninistisch zu sein — einen heftigen Kampf gegen die Zentristen und Opportunisten führte, aber zugleich ultralinke Abweichungen bekämpfte und bekämpfen mußte.

Es gibt Genossen — und sie sind keine schlechten Revolutionäre —, die uns oft stimmungsgemäß den folgenden Vorwurf machen:

Bald kämpft die Exekutive nach rechts, bald nach links, das sei Prinzipienlosigkeit, man soll sich doch ein für allemal für alle Zeiten festlegen, also nicht heute gegen die sogenannte Rechte und morgen gegen die Linke kämpfen.

Selbstverständlich kann man die sogenannten ultralinken Abweichungen am erfolgreichsten bekämpfen, wenn man die wirklichen rechten opportunistischen Fehler und Versehen bekämpft. (Beifall.)

Leninismus ohne Vorbehalt

Aber Genossen, das Umgekehrte ist ziemlich oft der Fall. Darum soll man uns nicht sagen, wir seien prinzipienlos, weil wir auch ultralinke Abweichungen bekämpfen, sondern man soll verstehen, daß darin eben der Marxismus besteht. Was würden Sie sagen, wenn jemand aufträte und sagte: ich bin Marxist, ich akzeptiere den Marxismus,

aber nach Abzug dessen, was Marx gegen den Proudhonismus geschrieben hat, den Proudhonismus, der sich ja auch sehr „links", als Strömung links vom Marxismus, vorkam? Aber Marxismus minus Kampf gegen den Proudhonismus ist kein Marxismus mehr.

Nun, Genossen, das trifft auch in bezug auf den Leninismus zu. Ich kenne manche guten Genossen, die sagen: ja, alles was *Lenin* geschrieben hat, ist glänzend, aber das Buch über die „Kinderkrankheit des Kommunismus" ist eben nicht ganz richtig, es war vielleicht eine leichte Abweichung nach rechts von seiten *Lenins:* „Kinderkrankheiten" gibt es überhaupt nicht in der KI. Wenn wir schon Kinder sind, so gewiß doch nur Wunderkinder, die keine Krankheiten haben.

Genossen, wir müssen uns klar werden, was hinter diesen Gedankengängen steckt. Leninismus ohne die Idee, die *Lenin* in seiner „Kinderkrankheit" entwickelt, ist eben schon kein Leninismus mehr. Das muß man ganz klar einsehen, und die Genossen, die den Leninismus unterstützen möchten ohne die Ideen, die in der Schrift über die „Kinderkrankheiten" entwickelt werden, erinnern mich an jenen französischen Bauer aus der Zeit der französischen Revolution, der gesagt haben soll: Es lebe der König, aber ohne die Salzsteuer (Vive le roi sans la gabelle).

Nein, Genossen, wir brauchen den vollständigen, einheitlichen Leninismus — mit den „Steuern" (d. h. der scharfen Kritik auch der „linken" Tendenzen).

Genossen, wir gehen den alten Weg, den Lenin uns gelehrt hat, und der ist keinesfalls „prinzipienlos". Man soll sich die Sache keinesfalls so kleinbürgerlich vorstellen: wenn du heute gegen „rechts" und morgen gegen die sogenannte „Ultralinke" bist, so bist du eben prinzipienlos. Genossen, stellen Sie sich vor, wir müßten ein Schlachtschiff lenken und es zu einem bestimmten Ziel bringen. Ihr wißt: da gibt es eine Minenzone. Einen Plan habt ihr nicht, bald liegen die Minen rechts, bald links. Ihr müßt zwischen diesen Klippen euer Schlachtschiff hindurchsteuern. Und da soll man den Kapitän, der deshalb bald nach rechts, bald nach links steuert, „prinzipienlos" nennen! Ich erwähne dies deshalb, weil gute „linke" Genossen wie Bordiga ganz offen mit diesen Anschuldigungen kommen und erklären, die KI sei jetzt prinzipienlos geworden, bald kämpfe sie gegen „rechts", bald gegen „links". Man muß sagen, unsere Gegner aus den Reihen der II. Internationale behaupten dasselbe.

Was uns Genosse Lenin lehrte

Ich habe die Vorgeschichte der KI hier kurz angeführt, damit wir alle sehen, daß der Leninismus nicht nur als russische Erscheinung, sondern als er schon durch die Kommunistische Internationale international geworden war, immer wieder den Hauptschlag selbstver-

ständlich gegen die Rechten, gegen die Zentristen, die Sozialdemokraten, gegen die Überreste der Sozialdemokratie in unseren Reihen führte. Aber um diesen siegreich durchzuführen, hat er immer, ebenso wie Marx die proudhonistische Richtung bekämpfte, die sogenannte Ultralinke bekämpft, die unserer Meinung nach in der Tat kleinbürgerlich ist. Und darum werden wir unseren Weg auch weitergehen, mag man schreiben, was man will, und über unsere Prinzipienlosigkeit zetern. Das ist die Anwendung der Taktik des revolutionären Marxismus und also auch des Leninismus unter den Umständen, in denen wir uns nun befinden.

Ich will in diesem Moment folgendes Zitat aus einem der glänzendsten Artikel des Genossen *Lenin* vorbringen, aus dem Artikel „Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollkommenen Sieg des Sozialismus", ich glaube, einem der wichtigsten und revolutionärsten Artikel *Lenins*. Was schreibt er darin? Er sagt:

> „Die allergrößte Gefahr und vielleicht die einzige Gefahr für einen wahren Revolutionär ist die Übertreibung des Revolutionären sowie das Vergessen der Schranken und Bedingungen für eine angemessene und erfolgreiche Anwendung revolutionärer Methoden. Wahre Revolutionäre haben sich meistens dann den Hals gebrochen, wenn sie *Revolution* mit großen Buchstaben schrieben und aus der „Revolution" etwas geradezu Göttliches machen wollten und so den Kopf verloren und die Fähigkeit einbüßten, kaltblütig und nüchtern zu erwägen und zu überprüfen, in welchem Augenblick, unter welchen Umständen, auf welchem Aktionsgebiet man revolutionär handeln müsse und in welchem Augenblick, unter welchen Umständen und auf welchem Gebiete man zu reformistischem Vorgehen übergehen müsse.
>
> Wahre Revolutionäre werden nur in dem Falle zugrundegehen (nicht im Sinne der äußeren Niederlage, sondern im Sinne des inneren Zusammenbruchs ihrer Sache), wenn sie die Kaltblütigkeit verlieren und glauben, daß die ‚große, siegreiche Weltrevolution' unbedingt alles und alle Aufgaben unter jeder Bedingung und auf allen Gebieten nur auf revolutionäre Weise lösen könne und müsse."

Diese Worte möchte ich gegenüber dem Genossen *Bordiga* anführen, der leider noch nicht hier ist. Aber den Genossen Rossi, der sein Gesinnungsgenosse ist, möchte ich bitten, diese Worte zweimal täglich, wenigstens während seines Moskauer Aufenthaltes, zu lesen. Das wird eine gute Erholung für ihn sein. (Beifall.)

Sie sehen, Genossen, *Lenin* schreibt sogar über die Zulässigkeit reformistischen Vorgehens. Er hat wahrscheinlich mit Absicht, um

die Ultralinken zu „reizen", dieses Wort gebraucht. In Wirklichkeit handelt es sich hier natürlich nicht um ein reformistisches System, um eine Theorie des Reformismus gegen den Marxismus, sondern das Wort „reformistisch" wird eben gebraucht, um den Grundgedanken gegen die „Ultralinken" zu betonen.

Also um einen siegreichen richtigen Kampf gegen die Rechte, deren Stimmungen in unserer Bewegung noch sehr stark ist, zu führen, müssen wir uns vergegenwärtigen, was uns unser großer Meister und Lehrer gelehrt hat, als der Bolschewismus erst nur eine russische Erscheinung war, und dann, als der Bolschewismus zur internationalen Erscheinung geworden ist.

III. Vom 4. bis zum 5. Kongreß

Der Kampf gegen Frossard

Nun, jetzt über die Zeit zwischen dem 4. und dem 5. Weltkongreß. Es gab da auch einen sehr heißen Richtungskampf. Ich will versuchen, das Wichtigste und Prinzipiellste von dem aufzuzählen, was wir während dieser Zeit tun mußten.

Sofort nach dem 4. Weltkongreß kam der Kampf gegen *Frossard* in Frankreich. Dies ist, wie Sie wissen, ein abgeschlossenes Kapitel. Wir können jetzt Frossard im Namen der französischen Partei und der Internationale den Dank aussprechen für seine Handlungen. Frossard hat wie ein Pflaster gewirkt, das alles Üble und Krankhafte von der Kommunistischen Partei Frankreichs aufgesaugt hat, — es ergab sich nur eine Erleichterung für den Körper der Kommunistischen Partei Frankreichs.

Der zweite Kampf, der zu einer Spaltung führte, war der Kampf gegen die *norwegische Arbeiterpartei.* Das war eine ausgesprochen halb reformistische, halb rechtssyndikalistische Partei. Es ist ganz klar, daß *Lian,* einer der Führer der Partei und Gewerkschaftspräsident, ein ganz banaler Sozialverräter ist. Das wird gewiß jetzt auch der Genosse Hoeglund zugeben müssen.

Der Kampf gegen die rechten Irrtümer

In *Italien* ging der Kampf auch gegen rechts, gegen die Führer der rechten Sozialistischen Partei.

In *Schweden* mußte die Exekutive rechte Strömungen der Zentrale der Schwedischen Partei korrigieren. Inwiefern das mit Erfolg geschehen ist, ist jetzt noch nicht zu übersehen.

Dann kommen die *bulgarischen* Ereignisse, die ebenfalls rechte Abweichungen offenbarten. Ich muß betonen, daß diese rechten Ab-

irrungen im Weltausmaß im allgemeinen verschiedener Natur waren; sie stehen im Zusammenhang mit der Tradition und dem Stande der Bewegung des betreffenden Landes. Sie waren in Bulgarien etwas ganz anderes als in Schweden, in England etwas ganz anderes als in Norwegen, in Rußland (die russische Opposition) etwas ganz anderes als in Frankreich usw. Aber man kann diese immer als *rechte* bezeichnen. Sie kennen die Beschlüsse, die die Exekutive in der bulgarischen Frage gefaßt hat. Die besten Führer der bulgarischen Partei haben zugegeben, daß die Exekutive recht hatte. Die bulgarische Partei hat schon manches gutgemacht.

Die Kommunistische Partei Deutschlands

Dann kommt die *deutsche* Partei. Auch da fand ein Kampf gegen rechts statt. Man behauptet manchmal, wie z. B. in der tschechischen Presse, die Exekutive hätte die alte Führung der deutschen Partei abgesägt. Ich muß ganz offen erklären: dieses Verdienst kann die Exekutive für sich nicht voll in Anspruch nehmen, eher umgekehrt! Wir haben zu lange die alte Führung unterstützt in einem Moment, wo dies schon politisch unmöglich war, aus Gründen, über die wir noch ausführlich sprechen werden. Der Kampf der Exekutive in Deutschland ging also gegen „rechts".

Die russische Parteidiskussion

Es kommt dann die *russische Parteidiskussion,* von der der Kongreß noch ausführlich zu reden haben wird, die große internationale Bedeutung hat. Die russische Partei hat diese Abweichungen als kleinbürgerliche Verirrungen gekennzeichnet. Auch diese Abweichungen waren in mancher Hinsicht anderer Art als in den anderen Ländern. Sie haben eine große internationale Bedeutung. Ich habe vor mir den „Vorwärts", in dem ein Artikel über den russischen Parteitag steht, wo der „Vorwärts", das Organ der Partei Scheidemanns, schreibt: „Wo ist nun die Opposition, die noch vor einem halben Jahr so von sich reden machte und auf die man überall so viele Hoffnungen gesetzt hat?"

Wer hat große Hoffnungen auf die Opposition gesetzt? Die deutsche gegenrevolutionäre Sozialdemokratie! Diese Hoffnungen wurden, wie Sie wissen, nicht erfüllt, und ich hoffe, sie werden auch niemals erfüllt werden. (Beifall.) Es ist soweit gekommen, daß derselbe „Vorwärts" in derselben Nummer dem Genossen Radek einen ganzen Artikel widmet, in dem gesagt wird, Radek unterscheide sich dadurch von den anderen Führern der KI, daß er eine klare, nüchterne Erkenntnis der Dinge

habe usw. (Zurufe: Hört, hört!) Ich will nicht behaupten, daß Genosse Radek in dieser Frage die Anerkennung seitens des sozialdemokratischen „Vorwärts" voll verdiene. Aber teilweise hat er sie schon verdient. Und wenn dem Genossen Radek die ganze Lage noch nicht klar war, so glaube ich, daß er als erfahrener Politiker auf Grund dieses Artikels sich doch Gedanken machen wird. Er wird sich fragen, wie es kommt, daß der „Vorwärts" ihn zum klaren, nüchternen Politiker macht.

Die rechten Tendenzen in der KPF

Die Exekutive mußte leider auch eine neue „Rechte" in der *französischen* Partei bekämpfen. Ich sagte bereits, Frossard wirkte wie ein Pflaster, das alles Ungesunde von der Partei aufgesaugt hat. Um vorsichtig zu sein, muß man sagen: *fast* alles.

Manche Abirrungen dieser Rechten sind sehr gefährlicher Natur. Wir haben unlängst eine Rede von Loebe im Reichstag gehört, in der er sagte: „Mit der englischen Arbeiterregierung und dem linken Block in Frankreich beginnt ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte, sie werden der Welt Frieden bringen" usw. Also — ein Ausdruck der demokratisch-pazifistischen Illusionen, die jetzt auftauchen werden, auch in den deutschen sozialdemokratischen Arbeitermassen. Nun, wenn Loebe das sagt, so ist das nicht verwunderlich. Aber wenn der Genosse *Rosmer* im Namen seiner Partei zu Beginn der Arbeiterregierung in England dasselbe schreibt, so ist das ebenfalls ein Ausdruck von pazifistisch-demokratischen Illusionen, zu deren Sprachrohr sich leider Genosse Rosmer gemacht hat. Wir haben eine Rechte in der französischen Partei. Sie ist glücklicherweise zahlenmäßig nicht groß. Ich glaube, sie wird auch nicht sehr langlebig sein. Ich glaube, politisch wird sie ungefähr die gleiche Lebensdauer haben wie das Ministerium Marsal, das ja nicht sehr dauerhaft und nicht sehr solid war, wie Sie alle wohl wissen. Die Exekutive wird das ihre tun, um eine solche „Rechte" nicht aufkommen zu lassen, die einzelne Genossen, wie Genosse *Souvarine,* vertreten, der, je mehr er hier redet, sich um so besser selbst bekämpft, (überhaupt ist Souvarines schlimmster Feind Souvarine selber), ferner Genosse *Rosmer,* von dem wir Besseres erwartet haben und noch erwarten. Die französische Partei als Ganzes hat diese Richtung scharf und richtig bekämpft.

Die Abweichungen in der amerikanischen Bewegung

Wir mußten weiter manche rechte Abweichungen in der *amerikanischen Bewegung* bekämpfen, die im Zusammenhang mit der „Dritten" Partei und der La Follette-Partei aufgetaucht sind, so die Tendenz, gemeinsame Wahlarbeit mit dieser kleinbürgerlichen Bewegung

zu machen. Es war ein schwieriges Problem. Wir haben etwas geschwankt, weil wir Amerika zu wenig kennen, die Bewegung noch rückständig ist und sogar die elementare Idee einer selbständigen Arbeiterpartei dort zu neu ist. Der Durchschnittsarbeiter in Amerika stimmt heute noch für die bürgerliche Partei, er hegt immer noch die Hoffnung, selbständiger Unternehmer zu werden usw. Die Entscheidung war keine leichte Sache. Am Ende hat sich die Exekutive gegen diese Taktik entschieden und, wie die weiteren Ereignisse gezeigt haben, vollkommen mit Recht.

Es waren auch rechte Abweichungen in der *englischen Partei* da. Es gibt eine Denkschrift von mir, verfasst zwei oder drei Monate vor dem 5. Kongreß, in der wir die Partei darauf aufmerksam machen, daß sie bei der Durchführung der Einheitsfronttaktik große Fehler begeht. Wir stimmen dem zu, was die deutschen Genossen in der zitierten Instruktion darüber sagen.

Der Kampf gegen die Ultralinken und den theoretischen Revisionismus

Sie sehen, die Exekutive hat die Rechte in ihren verschiedenartigen Formen bekämpft. Gleichzeitig hatten wir auch gewisse Kämpfe mit den Ultralinken auszukämpfen.

Was die *deutsche Bruderpartei* betrifft, so gab es Momente, in denen wir sehr pessimistisch gestimmt waren. Sie kennen die zwei Briefe der Exekutive und meinen Artikel. Wir fürchteten, daß man der „neuen Taktik" in der Gewerkschaftsfrage freien Lauf lassen würde. Das konnte sehr großen Schaden anrichten. Wir haben diese ultralinken Abweichungen mit Recht und ziemlich erfolgreich bekämpft. Es gab einen Moment, wo nicht nur die Linken, sondern auch die Leute aus der Mittelgruppe und sogar manche Rechte den Austritt aus den Gewerkschaften als unvermeidlich erklärten. Was die Rechte betrifft, kann ich das nicht mit Gewißheit sagen, aber von der Mittelgruppe kann ich es mit Bestimmtheit behaupten. Zwei führende Genossen dieser Richtung kamen nach Moskau und beschworen uns, Gott bewahre, kein einziges Wort gegen die Ultralinken in dieser Frage zu sagen, weil die deutschen Arbeiter alle für den Austritt aus den Gewerkschaften seien. Das sei fast eine „Naturerscheinung". Sie beschworen uns geradezu, wir sollten es nicht tun. Wir haben es trotzdem getan, und mit Erfolg. Es war richtig, und auch die deutsche Partei hat auf dem Parteitag in Frankfurt eine richtige Linie eingeschlagen. Diese Gefahr besteht in der deutschen Partei nicht mehr, was uns natürlich außerordentlich freut.

Wenn die deutsche Partei und die Exekutive hier charakterlos gewesen wären, hätte das zur großen Gefahr werden können. Die

Gewerkschaften stabilisieren sich wieder, jeder sieht das ein. In einer illegalen oder halbillegalen Periode würde die Partei zu einer Sekte werden anstatt zu einer Massenpartei, wenn wir den Austritt aus den Gewerkschaften zugelassen hätten. Wir müssen die Ultralinke bekämpfen. Zugegeben, sie war zahlenmäßig klein, aber aus kleinen Bächlein kann sich ein großer Fluß bilden. Wenn wir prinzipienfest sein wollen, wenn der Leninismus für uns nicht nur ein Lippenbekenntnis sein soll, so muß uns im Gedächtnis bleiben, was ich von *Lenin* zitiert habe: wir wollen diese Ultralinken nicht aufkommen lassen, einen theoretischen Revisionismus, der sich breit macht, der eine internationale Erscheinung ist. Wenn in Italien der Genosse *Graziadei* mit einem Buch auftritt, in dem er seine alten Artikel veröffentlicht, die er zu einer Zeit geschrieben hat, als er noch Sozialdemokrat und Revisionist war, und in denen er sich gegen den Marxismus wendet, so kann dieser theoretische Revisionismus bei uns nicht straflos vor sich gehen. Wenn der ungarische Genosse *G. Lukacs* dasselbe auf philosophischem und soziologischem Gebiete tut, werden wir es auch nicht dulden. Ich habe einen Brief des Genossen *Rudas,* eines Führers der Fraktion, zu der Lukacs gehört, erhalten. Er erklärt, daß er die Absicht hatte, gegen den Revisionisten Lukacs aufzutreten. Als die Fraktion ihm das verbot, ist er aus ihr ausgetreten, weil er den Marxismus nicht verwässern lassen will. Bravo, Rudas! Wir haben eine gleiche Strömung in der deutschen Partei. Genosse *Graziadei* ist Professor, *Korsch* ist auch Professor (Zwischenruf: Lukacs ist ebenfalls Professor!). Wenn noch einige solche Professoren kommen und ihre marxistischen Theorien verzapfen, dann wird es schlimm um die Sache bestellt sein. Einen solchen theoretischen Revisionismus können wir in unserer Kommunistischen Internationale nicht ungestraft dulden.

Kritik der „Internationale"

Im letzten Heft der „Internationale" finden Sie den Artikel eines gewissen Boris, der sich zur Ultralinken zählt. *(Ruth Fischer:* Kein Professor!) Ausnahmsweise kein Professor, aber auch kein Kommunist, oder wenigstens kein Marxist! Ich überlasse diese Beute dem Genossen *Bucharin,* der sie in seiner Programmrede kritisieren will. Aber die deutschen Arbeiter werden nicht zulassen, daß in ihrer theoretischen Zeitschrift unmarxistische Programmartikel gedruckt werden. Ein Beispiel: Dieser Boris erklärt, koloniale Extraprofite gäbe es in Wirklichkeit nicht. Aber das ist ja die „Prosa" der II. Internationale. Der ganze Imperialismus der Sozialdemokratie beruht eben auf dieser Tatsache der Extraprofite, die die imperialistischen Länder aus den Kolonien beziehen. Der Herausgeber der Zeitschrift, Genosse *Korsch,* „ver-

teidigt" den Genossen Lenin gegen manche Abweichungen vom Leninismus. Ich glaube, wir sollten dem Genossen Korsch den freundschaftlichen Ratschlag erteilen, daß er zunächst den Marxismus und den Leninismus studiert. Ich hörte, daß die deutsche Parteizentrale eine Resolution gefaßt hat, in der sie den Artikel von Boris desavouiert. Es ist gut, daß sie das tut, aber das allein genügt nicht. Ich glaube nicht zuviel von der deutschen Partei zu fordern, wenn ich verlange, daß die Zeitschrift „Die Internationale" sich in Händen von Marxisten befindet und nicht in Händen derjenigen, die den Marxismus noch zu studieren haben. Wenn Genosse Graziadei ein überzeugter Revisionist ist, so tut es mir leid, er ist ja in vielen Dingen ein guter Genosse, aber man kann nicht zugleich Revisionist und Kommunist sein. Die Kommunistische Internationale kann nicht dulden, daß wir in diesen Fragen unseren Genossen freie Hand lassen. Wir sind alle manchmal von der Politik zu sehr in Anspruch genommen, um alle Broschüren, Bücher und Artikel lesen zu können. Manche sagen: wir haben keine Zeit, das zu lesen. Das ist nicht Leninismus und auch nicht Marxismus. Es gibt eine große Generation der studierenden Jugend und Arbeiter, die das lesen, die sich kommunistische Bildung aneignen wollen. Wir müssen in dieser Frage reinen Tisch machen und dürfen nicht dulden, daß das weiter so geht.

Die „rechte Gefahr" ist nicht zu unterschätzen

Nun, Genossen, wie gesagt, während dieses Jahres mußten wir unseren Kampf zu 90 Prozent gegen „rechte" Abirrungen führen. Ich glaube, das wird auch auf diesem Kongreß geschehen müssen. Ich gestehe schon am Anfang, je mehr man die Dokumente unserer Bruderparteien studiert, desto mehr sieht man, daß die rechten Gefahren nicht zu unterschätzen sind, daß sie größer sind, als sie sich jemand von uns je vorgestellt hat, und zwar nicht deshalb, weil unsere Leute schlechte Menschen sind — die Menschen sind in der Regel ganz gut — sondern weil das eben aus dem jetzigen Zeitabschnitt der Weltgeschichte so kommt. Wir machen jetzt eine Periode zwischen zwei Wellen der Revolution durch, und es ist nur natürlich, daß in dieser Periode rechte Gefahren auftauchen. Die Überreste der Sozialdemokratie sind in unserem eigenen Lager größer, als wir sie uns jemals vorgestellt haben. Wir werden und müssen diese rechten Abirrungen bekämpfen, aber wir werden sie nur dann mit Erfolg bekämpfen, wenn wir dem Wortradikalismus und dem „theoretischen" Revisionismus absolut keine Konzessionen machen, nur dann, wenn wir zielbewußte ultralinke Abweichungen bekämpfen in dem Augenblick, wo sie irgendwelche Bedeutung bekommen.

IV. Die Lage zur Zeit des 5. Kongresses

Marschieren wir langsam?

Welches ist jetzt die Lage, die wir im Moment der Eröffnung des 5. Weltkongresses vorfinden? Manche glauben, der Lauf der Ereignisse wäre nicht schnell genug. Wir sind alle unzufrieden, der Sieg ist nicht gekommen, es geht allzu langsam. Wir erwarteten die deutsche Revolution, sie ist ausgeblieben, die Schwierigkeiten sind groß. Manchmal hat man das Gefühl, es gehe armselig langsam. Subjektiv gesprochen, ist das richtig. Gewiß, vom Standpunkt unseres subjektiven Gefühls ist es langsam, denn wir müssen den Ablauf der Macdonaldschen Periode abwarten, dann den linken Block in Frankreich, dann die jetzigen Ereignisse in Deutschland.

Es wäre wirklich eine Lust, wenn wir etwas schneller vorwärtsmarschierten. Aber objektiv gesprochen, glaube ich, daß der Gang der Ereignisse gar nicht so langsam ist. Man sagt, wenn eine Fliege auf einem großen Mühlrad sitzt und das Rad sich schnell dreht, dann hat die Fliege das Gefühl, daß das Rad stillstehe. So ist es auch mit uns. Das Rad der Weltgeschichte dreht sich tatsächlich ziemlich rasch.

Die Ergebnisse von fünf Jahren

Die Bilanz der fünf Jahre ist folgende:

1. Es sind ein halbes Dutzend Monarchien zerstört, unter ihnen auch die russische Monarchie, was ja schon etwas zu sagen hat. (Zwischenrufe: Sehr richtig!) Dieser Zusammenbruch des russischen Zarismus hat gar manche Bedeutung für die Weltrevolution.

2. Ein Sechstel der Erdoberfläche ist von uns gewonnen, es fehlen zwar noch fünf Sechstel, aber ein Sechstel ist bereits gewonnen.

3. Die Entwicklung in Asien und in anderen fernliegenden Gebieten ist gewaltig durch den Krieg beeinflußt.

4. Der Kapitalismus in den fortgeschrittenen Ländern ist gelockert und teilweise zerrüttet.

5. Die Arbeiteraristokratie, die Kleinbourgeoisie in Gestalt der Sozialdemokratie ist zu einem unvermeidlichen Bestandteil der bürgerlichen Regierungen geworden. Das ist auch ein Fortschritt. Gewiß, sie sind Konterrevolutionäre und Verräter, aber objektiv gesprochen, ist das ein Schritt vorwärts, denn das ist ein Symptom dafür, daß etwas faul ist bei der Bourgeoisie.

6. Die kommunistischen Parteien sind gewachsen. Wir sind keine Propagandagesellschaften mehr, wir werden zu kommunistischen Parteien. Diese Bilanz ist gewiß recht knapp, wir hätten mehr erwartet, aber diese Bilanz ist nicht ganz so schlimm, wie man es sich vorstellen möchte.

Wir hatten im letzten Jahr ein Auflodern der Bewegung in *Bulgarien,* in *Deutschland* und in *Polen.* Es ist ganz klar, daß das kein Zufall war, sondern ein Symptom dafür, daß wir uns zwischen zwei Wellen der Revolution befinden.

Überhaupt gab es in diesem Jahre viele Geschehnisse auf dem Gebiete der internationalen Politik wie auf dem Gebiete der internationalen Arbeiterbewegung: Arbeiterregierung in England, Wahlen in Deutschland, in Frankreich und in Italien, Arbeiterregierung in Dänemark, eine starke Entwicklung der kleinbürgerlichen Strömungen in Amerika, ein halbes Jahr Streik in Norwegen, Auflösung der 2½ Internationale, internationale Konferenz der Transportarbeiter, Streikwelle in England, Eisenbahnerstreik in China, Streik von 150 000 Textilarbeitern in Indien usw. Also, die Ereignisse waren groß. Wir haben zwar noch keinen vollen Sieg, aber es geht vorwärts.

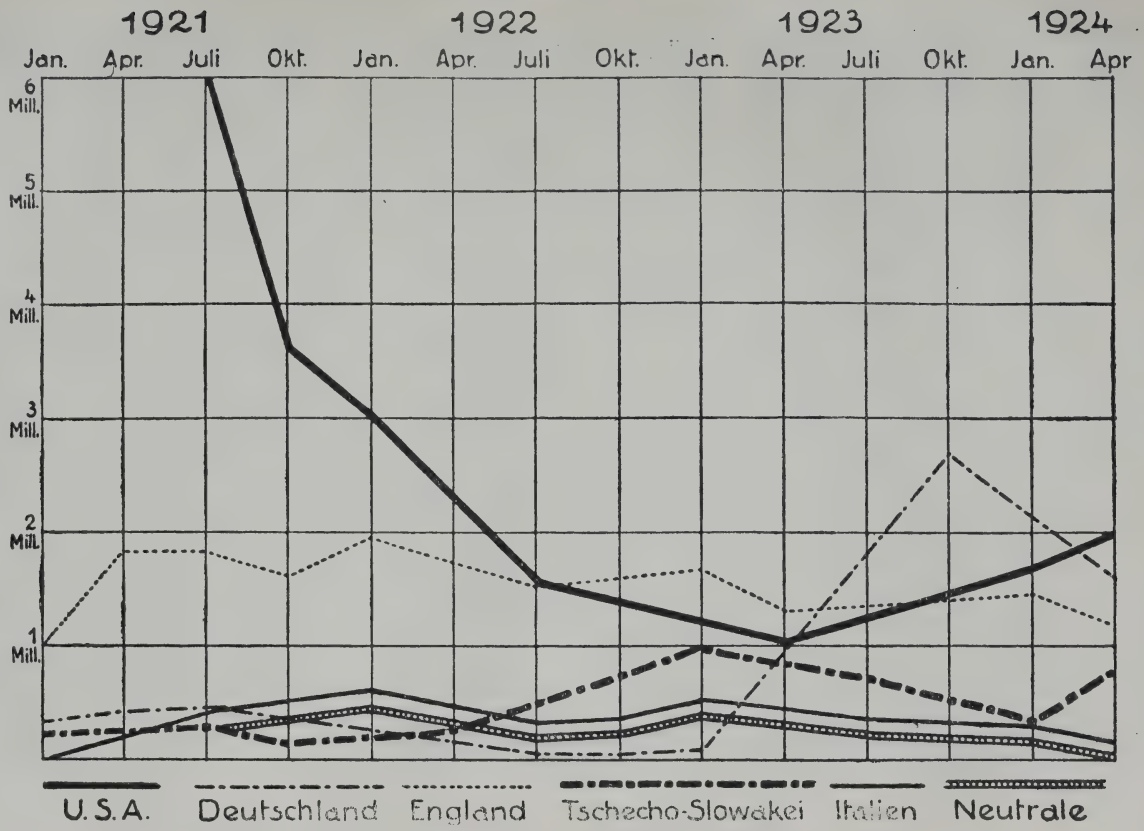
V. Die Weltwirtschaftslage

Der Niedergang des Kapitalismus hält an.

Ich komme zur *Weltwirtschaftslage.* Wir werden ein spezielles Referat vom Genossen *Varga* haben. Soweit ich sehen kann, glaube ich, daß die Einschätzung des Genossen Varga richtig ist. Niemand hat bewiesen, daß in seinen Thesen etwas unrichtig ist. Die Einschätzung ist richtig, und welches ist diese Einschätzung? Der 3. und der 4. Kongreß haben dazu gesprochen. Da ist nicht viel zu ändern. Der Kapitalismus befindet sich nach wie vor in einer Niedergangsperiode. Wir haben Anfänge einer neuen ökonomischen Krise in Amerika, haben eine Welt-Agrarkrise. Wir haben in einigen europäischen Ländern teilweise einen kleinen Aufschwung, meistenteils in einem Lande auf Kosten der anderen. Die Sozialdemokratie meint, die Lage würde normal. Hilferding triumphiert. Er sagt, jetzt gehen wir einer neuen Stabilität entgegen. In der Zeitschrift „Die Gesellschaft" behauptet er, das würde geschehen, sobald die Sicherheit in Mitteleuropa wiederhergestellt werden würde! Nur die „Kleinigkeit" fehlt, daß die Sicherheit nicht geschaffen werden kann. Diese Sicherheit besteht nur in Sowjetrußland, gerade in dem Lande, von dem er schreibt, daß die Lage dort noch nicht normal ist.

Wenn es „normal" ist, daß die Valuta in Deutschland, in Österreich, in Polen gestürzt ist und geradezu eine Katastrophe erlebt hat, sich zwar jetzt gebessert hat, aber unbedingt nochmals stürzen wird, wenn das normal ist, — bitte! wir wünschen euch auch weiter solche „normalen" Zeiten. Wenn das normal ist, was mit dem französischen Franken geschieht, so wünschen wir ihm auch weiter solche Nor-

Die Arbeitslosigkeit



Weltarbeitslosigkeit im Juli 1921: 9 Millionen
Weltarbeitslosigkeit im April 1924: 7 Millionen

malität! Wenn es „normal" ist, daß eine Agrarkrise in der ganzen Welt herrscht, daß 40 Prozent der Farmer in Amerika zur Verarmung verurteilt sind, wenn es normal ist, daß wir jetzt zirka 7 Millionen Arbeitslose haben — wenn das „normal" ist, so zeugt eine solche „Normalität" eben von der Dimension der Krise. Wir wissen wohl, daß der Klassenkampf sich verschärft, daß der Lebensstandard der Arbeiterklasse niedriger und niedriger wird, in Deutschland 20—40 Prozent niedriger als im Jahre 1923, daß die Arbeitswoche weit über 48 Stunden beträgt, daß sogar in England der Reallohn oft nur 75 Prozent der Vorkriegszeit ausmacht, daß in Frankreich, wo keine Arbeitslosigkeit herrscht, wo eine große Emigration besteht, die Teuerung doch viel höher ist als die Zunahme des Arbeitslohnes, daß in Deutschland, Österreich, Ungarn usw., in einer ganzen Reihe von Ländern der Reallohn 50—75 Prozent der Vorkriegszeit beträgt. Also nicht nur relativ, auch absolut verschlimmert sich die Lage der Arbeiterklasse immer mehr.

Darum müssen wir konstatieren: es ging nicht so schnell, wie wir es uns dachten. Aber die Periode der Krise, des Niedergangs, des Untergangs des Kapitalismus hält an. Auf politischem Gebiet ist sie noch krasser als auf ökonomischem, weil das politische Gebiet empfindlicher ist als das ökonomische. Es kann nicht die Rede sein von einer Stabilität der weltwirtschaftlichen Lage. Die Bourgeoisie sieht hier schwärzer als die Sozialdemokraten, diese Lakaien der Bourgeoisie, denn die Bourgeoisie steht viel näher zur bürgerlich-ökonomischen Wirklichkeit. Es besteht für uns absolut kein Anlaß, auf diesem Gebiet die Auffassungen der KI zu ändern, wie sie in den Resolutionen des 3. und 4. Kongresses niedergelegt sind.

VI. Die politische Weltlage

Die neue pazifistische Phase

Im Moment des Kongresses ist die Lage in vieler Hinsicht eine andere geworden. Es hat sich eine neue Phase ergeben. Wir haben diese Phase in der Resolution des 4. Weltkongresses vorhergesagt, die sogenannte demokratisch-pazifistische Phase. In der Resolution des 4. Kongresses ist zu lesen:

„Was die internationale politische Lage im gegebenen Moment charakterisiert, ist der Faschismus, der Belagerungszustand und die steigende Welle des weißen Terrors gegen die Arbeiterschaft. Das schließt jedoch nicht aus, daß in absehbarer Zeit in sehr wichtigen Ländern die offene bürgerliche Reaktion durch eine „demokratisch-pazifistische" Ära abgelöst wird."

Das wurde 1922 gesagt. Also vor anderthalb Jahren hat die KI direkt diese demokratisch-pazifistische Ära vorausgesagt.

Die Periode neuer Illusionen

Also schon während des allgemeinen Belagerungszustandes haben wir die demokratisch-pazifistische Phase vorausgesagt. Ich glaube, jetzt müssen wir das Umgekehrte tun: im Moment des Eintritts der demokratisch-pazifistischen „Ära" müssen wir den kommenden neuen Moment des Belagerungszustandes und der wütenden bürgerlichen Konterrevolution voraussehen. Die demokratisch-pazifistische Ära wird nicht mehr lange dauern. Wir haben das vorausgesehen. Wir sagten in derselben Resolution: „In England (Stärkung der Labour Party bei den letzten Wahlen), in Frankreich (der unvermeidlich kommende Sieg des sogenannten „Linken Blocks") ist eine solche „demokratisch-pazifistische" Übergangsperiode wahrscheinlich, und sie kann ihrerseits eine Wiederbelebung der pazifistischen Hoffnungen im bürgerlichen und sozialdemokratischen Deutschland auslösen. Zwischen der gegenwärtigen Periode der Herrschaft der offen bürgerlichen Reaktion und dem vollen Sieg des revolutionären Proletariats liegen verschiedene Etappen und sind verschiedene vorübergehende Episoden möglich."

Die Kommunistische Internationale hat also diese wichtigsten Tatsachen vorausgesehen. Jetzt sind sie eingetreten. Wir haben wirklich eine ganz neue Lage vor uns, eine gewisse demokratisch-pazifistische Periode in den wichtigsten Ländern Europas ist unvermeidlich: in England — Arbeiterregierung, in Frankreich — der Linke Block, wo die Sozialdemokraten *de facto,* aber nicht *de jure* einen Bestandteil der Regierung bilden, in Dänemark — eine Arbeiterregierung, in Österreich — ein großer Sieg der Sozialdemokraten, in Belgien wird wahrscheinlich Vandervelde nach den Wahlen in der Regierung sitzen, eine neue Regierung in Japan, in der Tschechoslowakei und in Polen werden Neuerscheinungen, wenigstens teilweise Nuancen aufkommen im Zusammenhang mit dem Sieg des Linken Blocks in Frankreich, denn die Bourgeoisie der Tschechoslowakei und Polens ist doch nur ein Vasall des bürgerlichen Frankreich. Wir haben in Amerika die Unterstützung des „pazifistischen" Sachverständigengutachtens, ferner den Anfang der Bewegung der sogenannten *Dritten Partei.* Wir haben weiter die Anerkennung Sowjetrußlands de jure durch verschiedene Länder. All das zusammengenommen ergibt eben diese demokratisch-pazifistische Welle. Sie wird unbedingt bei den sozialdemokratischen Arbeitern und auch, Genossen, bei uns, in den am wenigsten erprobten Schichten der Kommunisten, neue Illusionen erwecken und die Stim-

mungen aller halbbewußten „Rechten" stärken. Das sollten wir ganz klar sehen.

Anstatt „Chirurgie" — „Therapie"

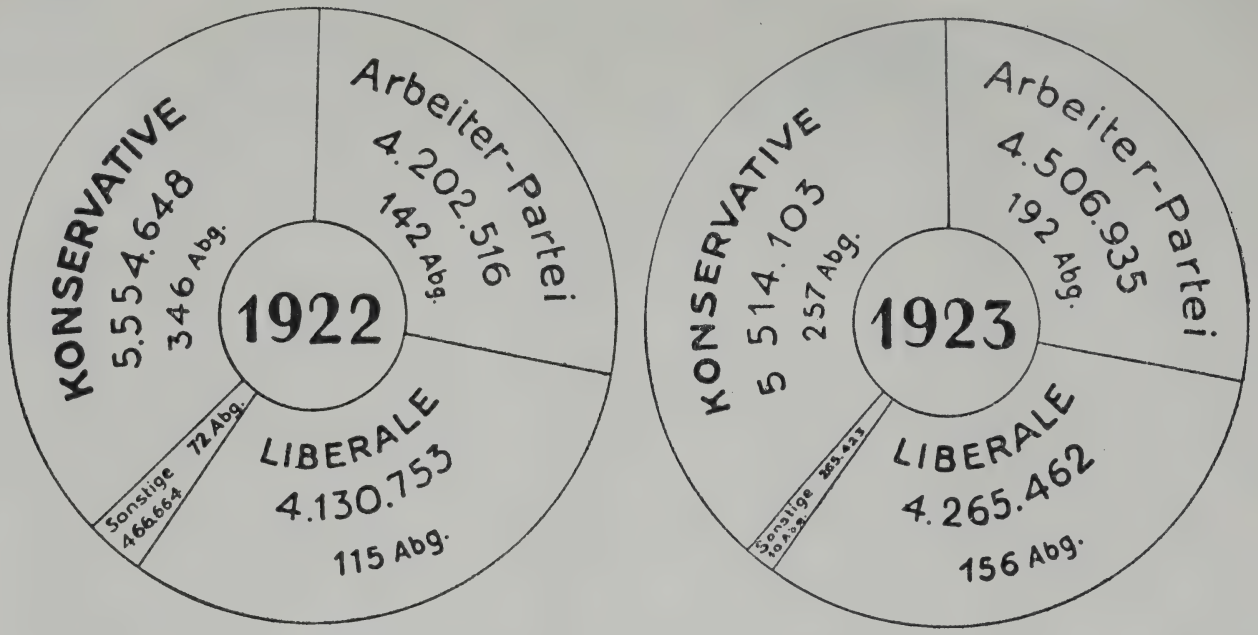
Die Bourgeoisie hat jetzt angefangen, die „Chirurgie" durch „Therapie" zu ersetzen. Sie kennen das Sachverständigengutachten. Ich habe schon gesagt: meiner Meinung nach ist das eine Schlinge um den Hals der deutschen Arbeiterklasse. Nur ist es scheinbar eine seidene Schlinge. Sie soll eine seidene sein, und man will sie allmählich zuziehen — mit Atempausen —, und das nennen die Sozialdemokraten Pazifismus, Triumph der Demokratie! Wir werden dieses Sachverständigengutachten selbstverständlich bekämpfen. Man soll sich keine großen Illusionen machen, die Durchführung des Sachverständigengutachtens ist eine große Utopie. Je mehr die Leute jetzt versuchen werden, die Meinungsverschiedenheiten der imperialistischen Bourgeoisien der verschiedenen Länder zu vertuschen, um so schneller wird diese Flickarbeit zugrundegehen. Das ist so, wie ein zerlöcherter Socken: je mehr Sie ihn mit verfaultem Faden stopfen, um so mehr wird er zerreißen. Je mehr die Leute jetzt Flickarbeit machen und sagen: wir haben uns alle geeinigt, wir haben ein Programm — um so eher wird es klar werden, daß dieses Gutachten eigentlich nur ein Stück Papier ist.

Selbstverständlich werden wir dieses Gutachten aufs heftigste bekämpfen und die verräterische Rolle der Sozialdemokratie entlarven.

Was wird weiter in dieser demokratisch-pazifistischen Ära geschehen? Ich glaube z. B., die Regierung des französischen Linken Blocks wird ziemlich rasch dazu beitragen, eine klare Lage zu schaffen. Die Regierung Herriot hat uns schon ziemlich klaren Wein eingeschenkt durch die Deklaration, die Sie ja alle kennen. Die französischen Sozialisten stimmen für die Besetzung der Ruhr, sie werden für das Budget Herriot stimmen müssen. Ich glaube, die Zeit ist nicht fern, in der die Regierung Herriot auf die französischen Arbeiter schießen wird. Herriot wird auf die französischen Arbeiter wahrscheinlich ebenso schießen, wie Poincaré und Co. es taten. Ich glaube nicht, daß die Illusionen lange in Frankreich Boden haben werden.

Die Regierungsteilnahme der Labour Party ist keine vorübergehende Erscheinung.

Es ist jetzt schon klar, daß die „Arbeiterregierung" in England nicht eine ganz vorübergehende Erscheinung sein wird. Nein, umgekehrt. Ich glaube, daß die sogenannte Arbeiterpartei zu der Regierungskombination in dieser oder jener Form für lange Jahre gehören wird. Sie ist zu stark geworden, als daß sie nicht ein Regie-



Die Wahlen in England

rungsfaktor sein müßte (die Macht der Bourgeoisie ist zu sehr ins Wanken geraten). Man darf allgemein sagen, daß die internationale Sozialdemokratie jetzt eigentlich zur „dritten" Partei der Bourgeoisie geworden ist. Man spricht in Amerika von einer Dritten Partei der amerikanischen „Demokratie". Aber die europäische Sozialdemokratie, so wie wir sie kennen, ist eigentlich, objektiv gesprochen, jetzt nichts anderes als eine *dritte Partei der Weltbourgeoisie.*

Darum glaube ich, daß die englische Labour Party wahrscheinlich noch in anderen Regierungskombinationen auftreten wird. Ihre Beteiligung an der Regierung ist keine vorübergehende Erscheinung, aber sie wird auch, je länger sie regiert, um so weniger Illusionen bei der englischen Arbeiterklasse erwecken.

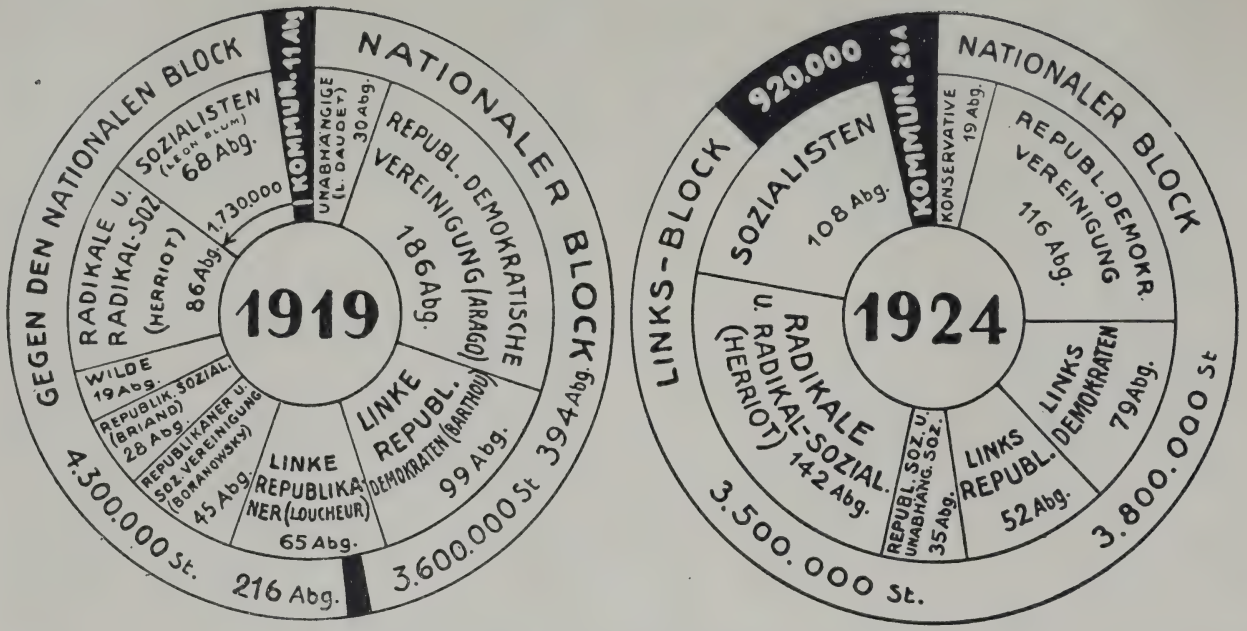
Die neue internationale Weltlage kam also für uns nicht unerwartet. Es werden bei vielen sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern Illusionen auftauchen. Loebe hat wahrscheinlich aus dem Herzen vieler sozialdemokratischer Arbeiter gesprochen. Mehr noch. Es ist möglich, daß die englische Labourregierung zusammen mit Herriot der deutschen Sozialdemokratie für einen bestimmten Zeitabschnitt rettende Hilfe bringen wird, indem diese vorübergehend wieder in den Sattel gehoben wird.

Also demokratische Illusionen werden unter diesen Umständen unvermeidlich kommen. Aufgabe des 5. Weltkongresses muß es sein, hier klar zu sehen, diese Illusionen zu bekämpfen, an die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter heranzukommen und ihnen in die Köpfe zu hämmern, was jetzt in Europa in Wirklichkeit vorgeht, ihnen zu beweisen, daß der „Pazifismus" ein Einschläferungsmittel ist, um die Arbeiter zu schwächen — besonders in den zwei wichtigsten Ländern: England und Frankreich.

Das Sachverständigengutachten enthält eine Reihe von Shylockforderungen, aber die deutsche Arbeiterklasse hat noch nicht gesprochen, die internationale Arbeiterklasse wird noch ihr Wort sagen. Wenn sie auch nicht die Kraft haben sollte, sofort, in der nächsten Zeit diese Forderungen von sich zu weisen, so ist es doch unsere Pflicht, die Arbeiter schon jetzt darüber aufzuklären, womit die Sache enden wird, und daß wir Kommunisten unseren Standpunkt noch klarer betonen, als es bisher der Fall war. Unsere Agitation muß sich in vielem ändern, weil wir uns in einer neuen Lage befinden. Man betrachte z. B. die Frage der *Abrüstung.*

Die Kriegsgefahr

Ist denn jetzt nicht der Augenblick da, wo wir Kommunisten an die Sozialdemokraten die Frage richten müssen, die Friedrich *Engels* in seiner bekannten Broschüre aufgeworfen hat: „Kann Europa ab-



Die Wahlen in Frankreich

rüsten?" Soll man jetzt nicht zu ihnen sagen: In England ist eure „Arbeiterregierung", eine Regierung der II. Internationale, am Ruder, in Rußland ist eine Räteregierung, eine Regierung, die den Prinzipien der III. Internationale nahekommt, an der Macht; die zaristischen Kosaken sind nicht mehr da, der russische Zarismus ist nicht da, die Sowjetregierung ist stets abzurüsten bereit. Also ihr habt eine Arbeiterregierung in England, einen Linken Block in Frankreich, wo die Sozialisten faktisch an der Regierung beteiligt sind. Ihr habt eine „demokratische" Ära auch in Amerika; in Österreich, in Belgien seid ihr stark, ihr sagt, ihr wollt keinen Krieg, also bitte, wollt ihr nicht den Abrüstungsplan unterstützen?

Wir wissen sehr wohl, sie gehen dieser Frage nicht nur aus dem Wege, sondern unterstützen in England und in Frankreich und allerorts sogar die volle Kriegsrüstung. Ich habe das als ein Beispiel angeführt. Man kann die Beispiele vermehren.

Das Problem der Macht steht auf der Tagesordnung.

Das ist so in groben Zügen die internationale Weltlage.

Ich glaube dennoch, daß ungeachtet der pazifistischen „Ära" in den wichtigsten Ländern des bürgerlichen Europa auf der Tagesordnung das *Problem der Macht* steht. Ich werde weiter unten erklären, was ich damit sagen will.

Genossen, man erklärt, die Lage Europas sei normal, der Kapitalismus stabilisiere sich, alles verlaufe glatt, und dennoch sehen wir Regierungskrisen über Regierungskrisen. In den letzten Monaten wurde so ziemlich ein halbes Dutzend Regierungen abgesetzt. Es ist freilich noch nicht der frische Wind der Revolution, der diese Regierungen hinwegfegt. Aber es ist ein Symptom der Unsicherheit. Die ganze politische Lage spricht dafür. Es besteht in den wichtigsten europäischen Ländern ein *Problem der Macht,* die Bourgeoisie kann nicht wie früher regieren. Eine nackte, offene, reine, d. h. vielmehr *schmutzige,* klassische, bürgerliche Macht ist jetzt unmöglich. In einer ganzen Anzahl von Ländern muß die Bourgeoisie zu Kniffen greifen, daher die „Arbeiterregierung" in England, daher der Linke Block mit den Sozialisten in Frankreich. Die Bourgeoisie kann nicht regieren, wie sie früher regiert hat. Früher bestand in England ein Zweiparteiensystem. Und was sehen wir jetzt in diesem Hauptlande des Kapitalismus?

Die Sozialdemokratie — die dritte bürgerliche Partei.

Die Sozialdemokratie ist zur „dritten Partei" der Bourgeoisie geworden. Sogar die mächtige englische Bourgeoisie kann nicht mit den alten Methoden regieren; sie greift zu einer „Arbeiterregierung".

1924
V. S. P. D.
6.014.380
100 Abg.
KOMMUN.
3.746.671
Abg. 29
DEMOKRATEN
1.657.957
28 Abg.
WIRTSCH. VER. 682.394
10 Abg.
ZENTRUM
3.920.798
65 Abg.
D. V. P.
2.640.484
45 Abg.
BAYR. V. P.
946.649
15 Abg.
HANNOV.
319.779
5 Abg.
DEUTSCH-
NATIONALE
6.352.593
105 Abg.
D. VÖLKISCHE
2.262.477
36 Abg.
1920
SOZ. DEMOKR.
6.104.398
113 Abg.
UNABHÄNG. SOZ. DEM.
5.046.813
81 Abg.
KOMMUN. 589.959 2 Abg.
DEUTSCH-
NATIONALE
4.249.100
66 Abg.
BAYR. VOLKSPARTEI
1.173.344
20 Abg.
HANNOV. 319.106 4 Abg.
DEUTSCHE VOLKS-
PARTEI
3.919.446
62 Abg.
ZENTR.
3.845.001
69 Abg.
BAYR. BAUERN-BUND
218.596 4 Abg.
DEMOKRATEN
2.333.714
45 Abg.

Die Bourgeoisie in Europa ist gezwungen, sich bald an den Faschismus, bald an die Sozialdemokratie zu klammern. Die Faschisten sind die rechte Hand, die Sozialdemokraten die linke Hand der Bourgeoisie. Das ist das Neue an der Lage. Akut wurde für die Bourgeoisie das Problem der Macht, und das ist das beste Zeichen, wie labil doch das ganze Gleichgewicht ist.

Wir sehen, wie die II. Internationale schon zum zweiten Male zur Macht gelangt. Das erstemal geschah es während des Krieges. Die Motive der Bourgeoisie waren begreiflich. Aber jetzt sind doch normale Zeiten? Wozu brauchen sie sie jetzt? Die Sache ist eben die, daß die jetzigen „normalen" Zeiten nicht gar so normal sind — und das muß man verstehen. Es kann durchaus ein Augenblick eintreten, wo fast in allen Hauptländern Europas sozialdemokratische Minister das Wort führen. Diese Zeit wird kommen, weil die Bourgeoisie nicht anders wird regieren können. Sie muß die Sozialdemokraten als dritte bürgerliche Partei verwenden. Die Sozialdemokratie geht darauf ein.

Das ist das wichtigste Merkmal der gegenwärtigen Periode.

Die II. Internationale stellt Minister für England, tatsächlich auch für Frankreich. Man greift zu den Sozialdemokraten in Belgien, wie auch in einer ganzen Anzahl von Ländern, z. B. Dänemark usw. Was bedeutet das? Die Sozialdemokratie behauptet, sie sei der Bourgeoisie feindlich gesinnt. Was würde man sagen, wenn z. B. unsere russische Sowjetregierung den General Denikin als Minister engagiert hätte? Man würde sagen, das sei ein Beweis, daß die Sowjetregierung nicht mehr regieren kann wie früher, daß sie zu wanken beginnt, daß das Problem der Macht zu einem brennenden Problem für sie geworden ist. Für die Bourgeoisie ist die Sozialdemokratie eben nicht das, was Denikin für uns ist, obwohl die Sozialdemokraten behaupten, Feinde der Bourgeoisie zu sein. Aber dennoch beweist die Heranziehung sozialdemokratischer Minister, daß die Lage der Bourgeoisie gar nicht so stabil ist, daß sie, nicht etwa in einem kleinen Lande wie Estland oder Dänemark, sondern auch in England die Macht eine Zeitlang durch die Hände einer sogenannten Arbeiterregierung verwirklichen muß. Das ist einer der besten Beweise dafür, wie unsicher die Lage ist, dafür, daß die Lage objektiv revolutionär ist. Und das ist wieder der taktische Schlüssel zu unserer Position.

Die Radek-Brandlersche Theorie ist unrichtig.

Erinnern wir z. B. an den ominösen Streit in der deutschen Partei über den „Sieg des Faschismus über die Novemberrepublik". Diese Frage ist jetzt ganz klar vom deutschen wie vom internationalen Standpunkt aus erledigt. Es ist jetzt ganz klar, daß die Sozialdemokratie zur dritten Partei der Bourgeoisie, zur mitregierenden Partei geworden ist.

Diese Erscheinung ist in fast allen wichtigsten Ländern wahrzunehmen. Die „Theorie", daß die Sozialdemokratie vom Faschismus „besiegt" worden sei, hat sich augenscheinlich als falsch erwiesen und damit auch die Theorie von *Radek* und *Brandler*.

Die Sozialdemokratie als Flügel des Faschismus

Die Sozialdemokratie ist in einer ganzen Reihe von Ländern zur dritten Partei der Bourgeoisie geworden. Das ist die neue Tatsache in der internationalen Lage, der taktische Schlüssel in den Händen der Kommunisten. Die Theorie, daß der Faschismus die Sozialdemokratie „besiegt" hätte, war ein falscher Schlüssel, der zu opportunistischen Folgerungen führen mußte.

Wenn die Sozialdemokraten wirklich gegen die Faschisten gekämpft hätten und von ihnen besiegt worden wären, so hätte sich daraus eine Annäherung zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten ergeben und nicht die Verschärfung des Kampfes zwischen ihnen. Da aber die Sozialdemokratie in Wirklichkeit gegen den Faschismus nicht gekämpft hat und von ihm nicht „besiegt" wurde, so müssen die Kommunisten eine ganze andere Taktik befolgen, als es Radek möchte. Das Wichtigste dabei ist, daß die Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus geworden ist. Das ist eine wichtige politische Tatsache. Was ist die Sozialistische Partei Frankreichs anderes als ein linker Flügel der Bourgeoisie? Bei den Wahlen ist das sozusagen notariell festgestellt worden. Es gab eine gemeinsame Liste der bürgerlichen Parteien und der Sozialistischen Partei. Der ganze Unterschied bestand darin, daß die Namen der bürgerlichen Parteien rechts und die der Sozialistischen Partei links standen. Welcher Beweise bedarf es noch? Die französische Sozialistische Partei ist der linke Flügel der französischen Bourgeoisie. Sie treibt noch ein Versteckspiel, sie sitzt noch nicht direkt in der Regierung, aber sie ist ein mitregierender Faktor; je weiter die Entwicklung geht, desto ersichtlicher wird das.

Die II. Internationale ist der linke Flügel der Bourgeoisie, die mitregierende Partei der Bourgeoisie geworden. Darin äußert sich nicht nur der sozialverräterische Geist der Sozialdemokratie, sondern auch die Unsicherheit der Lage der Bourgeoisie, aus der heraus sie zu diesen Mitteln greifen muß.

VII. Fragen der Taktik

Die opportunistische Schlußfolgerung des Genossen Hula

Ich komme jetzt zur *Frage der Taktik*. Zunächst etwas Allgemeines zu dieser Frage. Ich meinte bisher, daß die Frage der Gewinnung der Mehrheit in den Arbeitermassen als Bedingung des Sieges über die Bourgeoisie und Sozialdemokratie von uns bereits auf dem 3. Kongreß

gelöst wurde. Nun hat es sich gezeigt, daß diese Frage noch Klärung erfordert.

Das hat das Verhalten einiger Führer der tschechischen Bruderpartei gezeigt. Ich habe vielleicht die tschechischen Ereignisse nicht genügend verfolgt; manches ist mir unklar geblieben, aber das Material, über das ich verfügte, genügt für manche Schlüsse. Ich las einen Artikel des Genossen *Hula,* der einen Satz aus einem meiner Artikel zitiert, in dem ich schrieb, daß die Voraussetzung der siegreichen Revolution die Gewinnung der Majorität in den wichtigsten, entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse bildet. Genosse *Hula* schlug Alarm und versuchte mich zu konfrontieren mit dem, was Genosse *Lenin* schrieb. Meine Worte seien angeblich das Gegenteil dessen, was *Lenin* gelehrt hat. Hula schreibt folgendes:

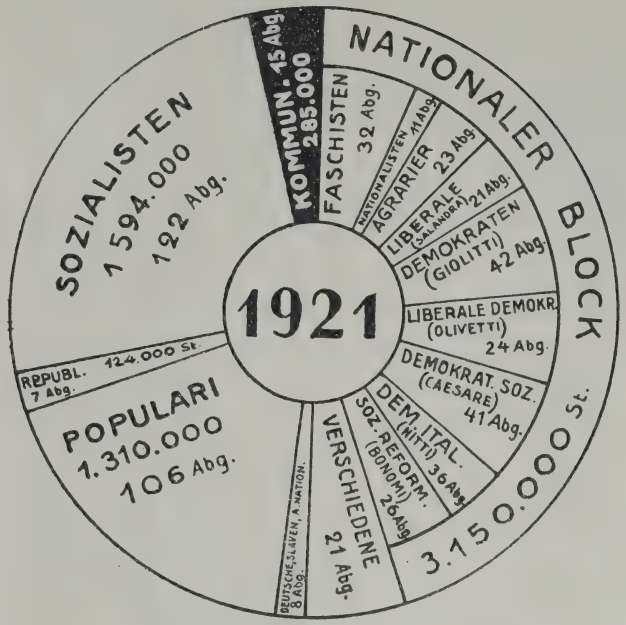
„Es bedarf jedoch keiner Beweise dafür, daß die ‚Eroberung der Majorität der Hauptschichten der Arbeiterklasse' ein ungenauer, unbestimmter Ausdruck ist und daß seine Deutung in gewissem Sinne letzten Endes auch einen Widerspruch darstellt, denn die Eroberung der Majorität der ‚Hauptschichten' der Arbeiterklasse läßt sich auch auslegen als Eroberung der Minorität des Proletariats, besonders wenn man nicht weiß, *was* in dieser Definition das Entscheidende ist, welche Schichten der Arbeiterklasse wichtiger sind und welche weniger wichtig sind, so daß wir uns, wie aus dem Sinowjewschen Zitat folgt, um deren Gewinnung nicht zu sorgen brauchten."

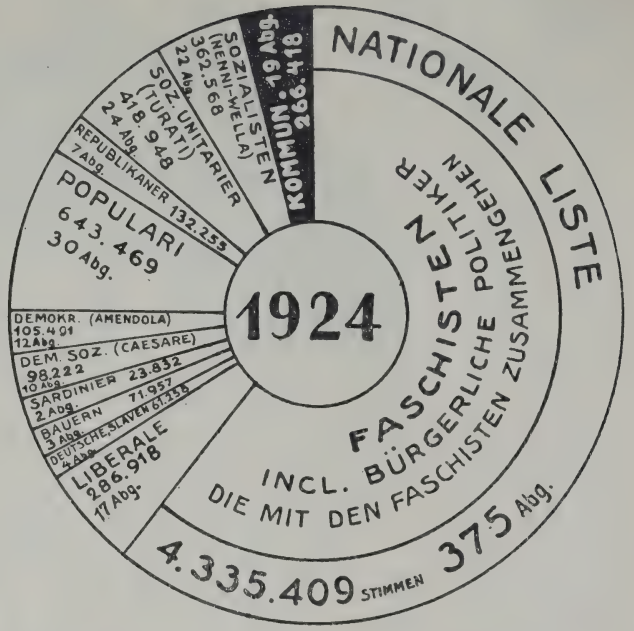
Hula ist einer der aufrichtigsten Anhänger der III. Internationale in der Tschechoslowakei, ich kenne ihn persönlich. Er ist ein guter Kommunist, um so schlimmer ist aber dieses Zeichen, um so mehr ein Beweis dafür, daß etwas faul ist im Staate Dänemark, daß man irgendwo rüttelt und schüttelt, um opportunistische Schlüsse zu ziehen.

Die Frage der Eroberung der Majorität

Ich werde Sie nicht mit Gegenzitaten ermüden, obwohl ich sie gesammelt habe. Ich will nur sagen, daß der 3. Kongreß unter *Lenins* Leitung eine Resolution angenommen hat, in der gesagt wird, daß wir bemüht sind, die Arbeiterklasse durch Organisierung der „sozial entscheidenden" Schichten zu gewinnen. Der 4. Kongreß hat diese Resolution bestätigt, indem er erklärt hat:

> „. . . . es bleibt die grundlegende Anweisung des 3. Weltkongresses, ‚einen kommunistischen Einfluß unter der Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen und den entscheidenden Teil dieser Klasse in den Kampf zu führen', voll bestehen.
>
> Noch mehr als zur Zeit des 3. Kongresses hat heute die Auffassung Gültigkeit, daß bei dem jetzigen labilen Gleichgewicht der





Die Wahlen in Italien

bürgerlichen Gesellschaft ganz plötzlich die schärfste Krise ausgelöst werden kann infolge eines großen Streiks, eines Kolonialaufstandes, eines neuen Krieges oder selbst einer Parlamentskrise. Aber gerade deshalb gewinnt der „subjektive" Faktor ungeheure Bedeutung, d. h. der Grad des Selbstbewußtseins, des Kampfwillens und der Organisation der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde."

Ich will damit nicht sagen, daß ich in meiner flüchtigen Formulierung den Grundsatz von der Eroberung der Mehrheit tadellos formuliert habe. Aber der Gedanke ist im großen und ganzen richtig, und zwar ist er der gleiche wie der des 3. Kongresses.

Ich akzeptiere ganz die Formulierung des 3. und des 4. Kongresses. Nur müssen wir alle eingedenk sein: Eroberung der Majorität — *wofür*? Für den *revolutionären Kampf* zum Sturz des Kapitalismus.

Was steckt hinter dem Artikel Hulas? Doch nur die bekannte opportunistische „Theorie", man soll zuerst eine statistische Mehrheit von schier 99 Prozent gewinnen und in der Partei organisieren und dann erst an die Revolution denken.

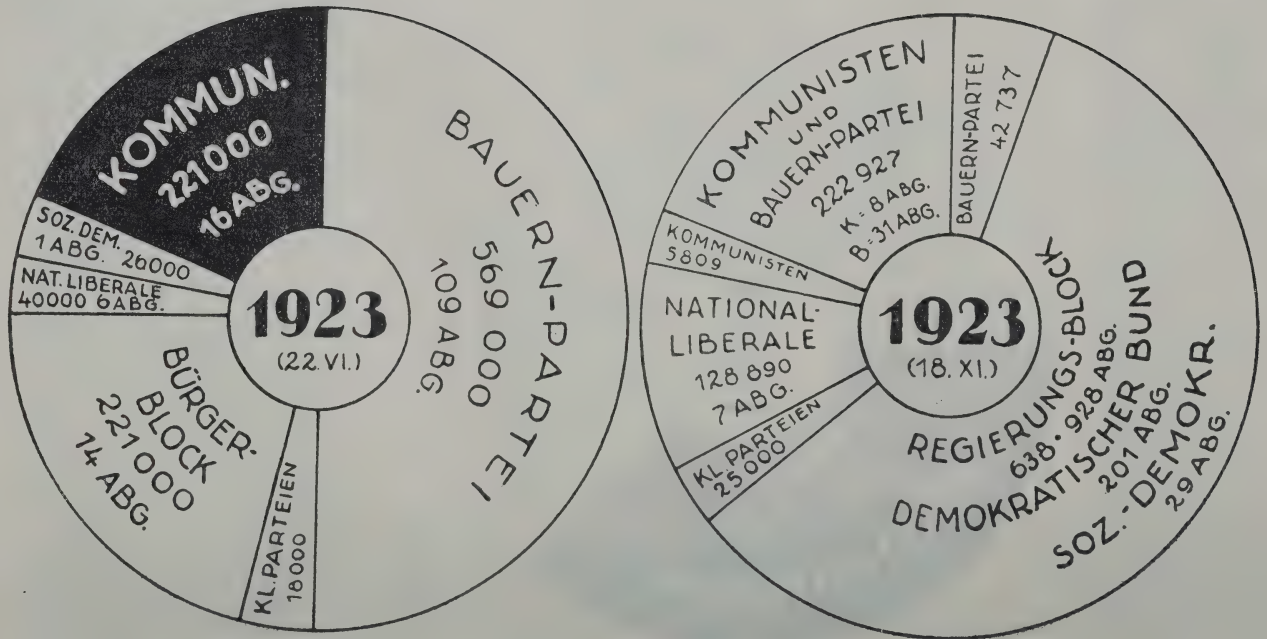
Das ist ein rein opportunistischer Gedanke, der uns auf Irrwege führen würde, wenn wir tatsächlich diese Theorie annehmen wollten. Ich glaube, eine der wichtigsten Aufgaben des Kongresses wird in der Überprüfung der Frage der Gewinnung der Mehrheit bestehen. Wir haben hierbei nichts Neues zu sagen, wir werden nur gegen den Revisionismus in bezug auf die Formulierung des 3. Kongresses auftreten müssen. Es gibt Genossen, die sich überhaupt um die Gewinnung der Majorität wenig kümmern, die diese Kardinalfrage sorglos behandeln. Gegen diese „Ultralinken" kämpfen wir. Doch sie bilden eine verschwindende Minorität. Das sind *Gefühlsrevolutionäre*, sie sind nicht besonders gefährlich. Die wirkliche Gefahr besteht darin, daß manche ernsthafte Genossen eine statistische Mehrheit von 99 Prozent oder weiß Gott wieviel Prozent fordern, bevor sie von irgendeinem revolutionären Kampf reden wollen. Um so schlimmer, wenn Hula einen solchen Artikel schreibt. Es sind in ihm mehr verborgene Stimmungen enthalten, als Genosse Hula ausspricht.

Was die Gewinnung der Mehrheit betrifft, so glaube ich, müssen wir die Formulierung des 3. Kongresses bestätigen. Wir müssen klar sein darüber, daß bald ein Moment kommen wird, wo die Frage der Gewinnung der Mehrheit vor uns mehr praktisch stehen wird, denn in einer ganzen Reihe von Ländern beginnen wir uns der Gewinnung der Mehrheit zu nähern. In dieser Frage haben wir die Tabellen aufgestellt, die in diesem Saale hängen. Ich will Sie nicht mit Ziffern ermüden: aus ihnen geht hervor, daß der Augenblick naht, wo wir so stark sein werden, wie es die II. Internationale auf dem Gipfelpunkt

ihrer Macht war. Quantitativ werden wir bald diese Stärke erreichen und haben sie zum Teil schon erreicht. In manchen Ländern ist dies schon verwirklicht. Wir stehen dadurch vor ähnlichen Gefahren, wie die II. Internationale stand, eben weil wir zu Massenparteien werden. Es sind natürlich nicht ganz dieselben Gefahren, weil *neben* uns die Sozialdemokratie wirkt und die allerschlimmsten Elemente zu ihr gehen.

Wahlen in Karpatho-Rußland

Je größer die Verrätereien der Sozialdemokratie werden, desto stärker werden wir sein. Darum müssen wir auf diesem Kongreß die Frage der Mehrheit ganz klar aufwerfen. Wir müssen um die Mehrheit der entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse weiter kämpfen. Das ist eine der wichtigsten Parolen *Lenins*. Das will natürlich keinesfalls heißen, daß wir uns auf die Position der Sozialdemokratie zurückdrängen lassen werden. Das sind Kautskysche Methoden: zuerst die Arbeiterklasse zu 100 Prozent organisieren, sie in Partei und Gewerkschaft zusammenfassen, dann abstimmen und dann Revolution machen nach allen Regeln der Kunst! So würden wir niemals zu revolutionären Kämpfen kommen, niemals eine wahrhaft revolutionäre Partei werden.



Die Wahlen in Bulgarien

Sie kennen alle die glänzende Arbeit des Genossen *Lenin* über die Ergebnisse der Wahlen zur Konstituante in Rußland. Wir führten die Wahlen durch, als wir schon an der Macht waren; dennoch hatte unsere Partei nur 9½ Millionen von 36 Millionen Stimmen bekommen, gegenüber 25 Millionen der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki. Genosse *Lenin* sagte dazu offen: Wir hatten noch keine zahlenmäßige Mehrheit, aber wir hatten die Mehrheit an den entscheidenden Stellen und im entscheidenden Moment — und das war das Wichtigste. Wenn Genosse Hula ein Schüler des Genossen *Lenin* sein will, sollte er die tschechischen Arbeiter lehren: die *entscheidende* Majorität an *entscheidender* Stelle im *entscheidenden* Augenblick!

Ist die größte Gefahr, die wir in der tschechischen Partei jetzt haben sollen, wirklich die Gefahr, daß wir zu früh losschlagen könnten? Sie wissen wohl, daß diese Gefahr in der Tschechoslowakei nicht besteht. Also warum mit diesem Artikel kommen? Und was bedeutet er objektiv nach dem kürzlich ausgefochtenen Kampf in der deutschen Partei und in der KI überhaupt? In dieser Lage bedeutet dieser Artikel nichts anderes als die Unterstützung der Rechten. Das soll man ganz offen aussprechen. Ich hoffe, daß Genosse Hula auf seinem Fehler nicht bestehen wird. Wir begehen alle gelegentlich Fehler; wenn wir einen Fehler gemacht haben, so sollten wir ihn korrigieren. Aber wenn Genosse Hula anders denkt und wenn er sich daraus eine Theorie machen will und die tschechischen Genossen ihn darin unterstützen werden, so wird ein ernster Kampf der KI mit diesem Flügel der tschechischen Partei absolut unvermeidlich sein, denn aus diesen Theorien folgt die Praxis der Rechten in der deutschen Partei, dabei ist in manchen Beziehungen die Lage in der tschechischen Partei noch viel schwieriger.

Die Aufgaben der KPD

Viele zweifeln jetzt an den Kräften der deutschen Partei. Mit viel Behagen zitiert der „Vorwärts" Radeks Worte, daß der Wahlsieg der deutschen Kommunisten gar nicht so groß sei. Aber wenn wir in Deutschland auf parlamentarischem Gebiete eine Proportion von 62 Kommunisten zu 100 Sozialdemokraten haben, so ist das für jedermann ein Beweis, daß wir nahe daran sind, die Mehrheit in der deutschen Arbeiterklasse zu bekommen, weil die deutsche Sozialdemokratie hundert Vorsprünge auf dem Gebiete des Parlamentarismus hat, weil für sie nicht nur Arbeiter allein gestimmt haben. Alles das ist ein Beweis dafür, daß wir nahe daran sind, die Majorität der deutschen Arbeiterklasse zu gewinnen.

Ich habe die Ergebnisse der Wahlen zu den Betriebsräten in Deutschland nachgeprüft. Sie sind viel günstiger als die Wahlen zum

Parlament. Es ist eine Zusammenstellung, die Genosse Varga mit seinen Mitarbeitern gemacht hat. Das heißt aber nicht, daß wir jetzt ausruhen können. Wir können die gewonnenen Massen auch wieder verlieren, wenn wir Fehler begehen. Wir werden und müssen die Majorität der Arbeiter im Kampfe zusammenbringen, wir müssen weitergehen.

Also in Deutschland geht es voran und vielleicht auch noch in einigen anderen Parteien. Aber für 90 Prozent der Kommunistischen Internationale stehen die Dinge so, daß sich die Parteien weniger um die „große Politik" kümmern sollen, als folgende einfache Maßregeln zu treffen.

Sie müssen es erstens verstehen, eine kommunistische Partei zu schaffen und die Partei auf Betriebszellen aufzubauen. Wenn wir in den Betrieben keine kommunistischen Zellen haben, sind wir keine Kommunistische Partei.

Zweitens müssen wir eine richtige Taktik in den Gewerkschaften anwenden, in den Gewerkschaften kommunistische Fraktionen zu bilden und sie von innen zu erobern wissen.

Drittens müssen wir eine richtige Politik in der nationalen Frage treiben.

Viertens müssen wir eine richtige Politik in der Bauernfrage führen.

Die Gewinnung der Bauernschaft

Man ist nicht Leninist, wenn man es nicht versteht, unter den Bauern zu arbeiten. Ich habe schon auf die Agrarkrise der Welt hingewiesen. Das allein sollte uns Anlaß geben, eine bestimmte Bauernarbeit zu führen, weil viele Bauern verzweifeln. Bisher war es so, daß sogar kommunistische Parteien in ausgesprochenen Agrarländern die Bauern nicht für uns zu gewinnen wußten. Sogar die Balkanparteien und die polnische Partei haben sich bis zur letzten Zeit keine ernste Mühe gegeben, Arbeit unter den Bauern zu leisten. Sie kennen das Ergebnis der Wahlen in Karpatho-Rußland.

Manche tschechischen Genossen und insbesondere die Genossen aus Karpatho-Rußland arbeiteten heldenhaft und setzten sich in der Wahlkampagne großen Gefahren aus. Aber ich kann das Gefühl nicht loswerden, daß die Partei im allgemeinen die Bauernfrage in der Tschechoslowakei nicht genügend einschätzt; Karpatho-Rußland zeigt, wie wichtig es ist, daß wir es verstehen, unter den Bauern zu arbeiten. Es darf nicht mehr vorkommen, daß z. B. unsere rumänischen Genossen nicht wissen, wie viele Bauern es in ihrem Lande gibt, welche Agrarverhältnisse dort bestehen usw.

Was war der Hauptfehler der bulgarischen Partei im Juni 1923? Eben, daß sie keine revolutionäre Fühlung mit den Bauern hatte, sich nicht über die Rolle der Bauern im klaren war. Sie hat es jetzt korrigiert, und es geht jetzt schon schneller vorwärts.

Statt sich mit „hoher Politik" zu befassen, muß der größte Teil unserer kommunistischen Parteien darauf achten, kommunistische Arbeit zu leisten, kommunistische Betriebszellen zu bilden und in den Gewerkschaften und in der nationalen und Bauernfrage eine richtige Politik einzuschlagen. Wenn wir das verstehen, so haben wir 99 Prozent unserer Aufgaben gelöst.

Über Teilforderungen

Ich möchte noch ein paar Worte über die *Teilforderungen* sagen. Wir Bolschewiki trennten uns von den Menschewiki nicht deshalb, weil wir gegen Teilforderungen waren, sondern deshalb, weil wir es verstanden, diese Teilforderungen mit den Grundfragen der Revolution zu verknüpfen. Für die Menschewiki waren die Teilforderungen ein Schritt zur *Ersetzung* der Revolution durch die reformistische Evolution, für uns aber waren sie ein Kettenglied in der Vorbereitung der *Revolution.* Wenn die deutschen Genossen eine Kampagne für den Achtstundentag oder für politische Amnestie führen, so sind es Teilforderungen, die wir aufstellen *müssen,* falls wir eine Massenpartei sein wollen. Ist die Forderung des Achtstundentages oder die der politischen Amnestie ein Endziel? Nein, es sind bloß Teilforderungen. Prinzipiell unterscheidet sich die von der KPD seinerzeit aufgestellte Forderung der 51 Prozent Sachwerterfassung nicht von anderen Teilforderungen. Aber es gilt, in jedem Augenblick die „Teilforderung" aufzustellen, die Anklang in den *Massen* findet, und es gilt, sie in Zusammenhang zu bringen mit der Vorbereitung zur *Revolution.* Ich glaube, die wirkliche Linke der KI, die wahrhaft leninistisch ist, kann prinzipiell keinesfalls die Taktik der Teilforderungen bekämpfen, sondern muß auf Grund dieser Taktik es verstehen, eine wirkliche Politik der *Revolution* und nicht der Evolution zu betreiben.

Die Linksschwenkung in der englischen Arbeiterbewegung

Um dieses Kapitel zu beenden — noch ein paar Worte zur *Gewerkschaftsfrage.* Ich glaube, diese Frage wird eine der wichtigsten Fragen unserer Tagung sein. Wir sehen neue, sehr wichtige Erscheinungen, in erster Linie in der *englischen Gewerkschaftsbewegung.* Die englische Arbeiterbewegung ist eine eigenartige Bewegung. Ich habe unlängst einen Bericht von Max Beer gelesen. Er ist kein Kommu-

nist, er war früher Sozialdemokrat, jetzt hat er auch diese Reihen verlassen, ein ausgezeichneter Kenner der englischen Arbeiterbewegung und ein gewissenhafter Mann. Sein Gutachten hat große Bedeutung. Was sagt er über die Arbeiterbewegung in England?

Er sagt: Drei revolutionäre Tatsachen kenne ich in England. Die erste ist die Chartistenbewegung, die zweite die Gründung der Labour Party und der Anfang des Kampfes gegen den alten Trade Unionismus, die dritte epochemachende Tatsache ist die jetzt beginnende Befreiung der englischen Arbeiterbewegung vom Reformismus. Dieser Prozeß — sagt er — hat im Jahre 1917 angefangen mit der russischen Revolution, hat sich ganz allmählich entwickelt, aber jetzt sieht er der Vollendung entgegen, wo die Quantität in Qualität umschlagen wird.

Es hat den Anschein, Genossen, daß er recht hat. Er sagt ferner, es beginnt ein Auseinandergehen des besten Teils der englischen Gewerkschaften und der Labour Party, die doch bisher auf Grund der Gewerkschaften aufgebaut war.

Ich glaube, Genossen, das ist im allgemeinen richtig. Sehen Sie, was dort vor sich geht. Plötzlich erobert ein Genosse, der den revolutionären Ansichten nahesteht, wie *Cook*, eine große Gewerkschaft. Man soll das nicht überschätzen. Selbstverständlich, es sind nur Anzeichen, Symptome, aber, Genossen, man soll es auch nicht unterschätzen. Die Haltung der Engländer in Wien auf dem Kongreß der Amsterdamer war eine symptomatische Erscheinung. Gewiß, die Leute sind inkonsequent, aber sie werden von der Masse getrieben. Als die Leute aufstanden und Sassenbach fragten: Wo ist Rosa Luxemburg, wo ist Karl Liebknecht? — was bedeutet das? Die englischen Gewerkschaften waren bisher die Hauptstütze von Amsterdam. Sie sind für Amsterdam dasselbe, was die russische und die deutsche Partei für die Kommunistische Internationale sind. Was wäre, wenn die russische und die deutsche Kommunistische Partei, sagen wir, auf diesem Kongreß sozialdemokratische Reden gegen die Kommunisten halten würden?! Jedermann würde sagen: Das ist die Krise der Kommunistischen Internationale, die *wirkliche* Krise, nicht die Krisen, die Radek täglich in seiner Westentasche hat, und nach denen wir mit jedem Monat stärker werden. Es wäre also eine wirkliche Krise. Nun, diese Krise ist bei den Amsterdamern da. Was heißt das, wenn die Engländer fragen: „Wo sind Luxemburg und Liebknecht?" Sie sagen damit dasselbe, was wir wiederholen, nämlich daß die Sozialdemokraten die Komplizen oder Schuldigen an der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sind. Gewiß, die Leute sind inkonsequent, sie haben kein Programm, sie haben teilweise aus demonstrativen Motiven gehandelt, um zu betonen, daß sie im Moment der Verhandlungen der beiden

Regierungen in London eine Annäherung an die russischen Gewerkschaften suchen. Dennoch ist es ein ernsthaftes Symptom.

Die Hauptaufgabe der KI wird jetzt auf *England* übertragen, auf allen Gebieten. Haben wir in England eine kommunistische Massenpartei, so ist es der halbe Sieg in europäischem Maßstab. Und jetzt sind die Bedingungen dafür herangereift. Darum sollen wir nicht unterschätzen, was in England vor sich geht. Wir kennen England zu wenig, faşt so wenig wie Amerika.

Ich glaube, Genossen, wir werden jetzt die Frage reiflich prüfen müssen, was zu tun ist, um eine tatsächliche Einheit der Gewerkschaftsbewegung auf internationalem Gebiet zu erreichen. Die Gerissensten unter den Sozialdemokraten, die Deutschen, die Belgier, die Franzosen — sie wollen diese Einheit nicht. Wir haben schon auf dem 4. Kongreß erklärt, daß die *Sozialdemokraten jetzt alles aufbieten, um eine Spaltung der Gewerkschaften zu erreichen, wir müssen dahin arbeiten, eine Einheit der Gewerkschaften im internationalen Maßstab zu erzielen.*

VIII. Taktik der Einheitsfront

Die Wurzeln der Einheitsfront

Ich komme jetzt, Genossen, zur *Einheitsfronttaktik.* Es ist eine Frage, die am meisten in unseren Reihen umstritten ist. Ich bin da ganz mit der Instruktion der KPD an ihre Delegation einverstanden, der Instruktion, in der die deutsche Partei erklärt, man solle jetzt nicht über die Einheitsfronttaktik als „Ding an sich" diskutieren. Ich bin damit einverstanden, die Taktik der Einheitsfront bleibt richtig, man soll die Frage *konkret* stellen, von Land zu Land, entsprechend den Verhältnissen.

Ich kann nicht umhin, einiges Allgemeine zu diesem Thema zu sagen. Historisch genommen: Was war für uns die Einheitsfronttaktik, wenn man die chronologische Entwicklung betrachtet? Ich glaube, wenn man jetzt den zurückgelegten Weg überschaut, so ist das für uns klar. Für die KI als Ganzes war die Einheitsfronttaktik eigentlich zuerst (d. h. in den Jahren 1921/22) das aufkommende Bewußtsein, daß wir erstens noch keine Mehrheit in der Arbeiterklasse haben; zweitens, daß die Sozialdemokratie noch sehr stark ist; drittens, daß wir in der Defensive sind, der Feind aber in der Offensive ist (nebenbei bemerkt, auch die Streiks des verflossenen Jahres, z. B. in England, waren zum großen Teil Defensivstreiks, ebenso in den andern Ländern); viertens, daß der *entscheidende* Kampf noch nicht *direkt* auf der Tagesordnung steht. Daraus folgerten wir die Parole: „An die Massen!" und weiter — die Taktik der Einheitsfront.

Ich habe schon angedeutet, Genossen, es war eine Zeit in der Kommunistischen Internationale, wo wir eigentlich nur eine Propagandagesellschaft waren, ohne es selber zu wissen. Nach den ersten Kämpfen hat sich das wirkliche Kräfteverhältnis und eben das Bewußtsein geklärt, daß wir noch in der Minderheit sind, daß die Sozialdemokratie noch stark ist, daß wir einstweilen erst in der Defensive sind — und das hat den Anfang der Einheitsfronttaktik ergeben.

Die Entstellung der Einheitsfrontparole

Nun, Genossen, hat mit dieser Parole die Geschichte sozusagen einen schlechten Scherz gemacht, was mit Parolen ziemlich oft vorkommt. Wir faßten die Einheitsfronttaktik als die Taktik der *Revolution* im Zeitabschnitt des verlangsamten Kampfes auf. Sofort haben sich Genossen in unseren Reihen eingefunden, die aus ihr etwas ganz anderes gemacht haben, und zwar eine Taktik der Evolution, eine Taktik des Opportunismus *gegen* die revolutionäre Taktik. Das hat sich allmählich herausgestellt. Zuerst hatte es den Anschein, es würde sich um unbedeutende Nuancen oder stilistische Feinheiten handeln. Wir faßten die Taktik der Einheitsfront als die Taktik der Vorbereitung der *Revolution* auf. Aber manche Genossen aus unserer Mitte legten sie als die Taktik des *Ersatzes* der revolutionären Taktik durch friedliche, evolutionäre Methoden aus. Wir verstanden diese Taktik als strategisches Manöver, aber manche Genossen begannen die Taktik der Einheitsfront zu deuten als Versuch eines Bündnisses mit der Sozialdemokratie, als Koalition „sämtlicher Arbeiterparteien".

Eine kommunistische Partei hat neulich eine Resolution angenommen, die „nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist", in der es heißt: Alles schön und gut, strategisches Manöver, nur soll man nicht so oft davon in der Öffentlichkeit reden, denn unsere Gegner werden es sofort aufgreifen. In der Resolution heißt es wörtlich:

> „Dabei (d. h. bei der Taktik der Einheitsfront) ist darauf zu achten, daß wir nicht ohne zwingende Gründe unseren Klassengegnern den Sinn unserer revolutionären Strategie eröffnen."

Ich glaube, Genossen, das ist entweder naives Kinderspiel oder Reformismus. Eher das letzte, denn diejenigen, die die Frage so gestellt haben, sind alles andere eher als Kinder.

Das Hauptunglück, das Pech unserer Parteien besteht darin, daß, wenn man ihnen eine revolutionäre Strategie gegenüber dem Feinde, gegenüber dem schlauesten Feinde, der Sozialdemokratie, vorschlägt — sie sofort versuchen, diese Strategie zu „vertiefen", „marxistisch" zu „erklären", eine Theorie abzuleiten, die nicht kommunistisch ist.

Was ist revolutionäre Strategie?

Die bolschewistische Partei hat in der Revolution viele strategische Manöver durchgemacht. Der Genius *Lenins* lag zum großen Teil in dieser Kunst der revolutionären Strategie. Das Glück unserer Partei bestand darin, daß wir bei jedem Manöver wußten, was wir wollten. Wir konnten deshalb auch manövrieren. „Wir wissen, was wir wollen" — das war die Stimmung. Wir wußten, wir wollten den restlosen Kampf. Wir wußten, wir wollten den Sieg, wir wollten die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre politisch vernichten — und dazu manövrierten wir politisch. Das Pech mancher unserer jungen und nicht nur jungen Sektionen in der KI besteht eben darin, daß sie erstens mitunter ein strategisches Manöver überhaupt für unzulässig halten, und daß sie es zweitens, wenn sie es anwenden, sofort zu ernst nehmen, daß sie sich daraus eine Methode, ein ganzes tiefsinniges System machen. Daraus sind 90 Prozent unserer Mißerfolge zu erklären. Wir sind von Feinden umzingelt; der schlaueste Feind ist die Sozialdemokratie.

Es hat sich gezeigt, daß manche Parteien, manche Genossen es nicht verstanden und nicht verstehen wollten, daß die Taktik der Einheitsfront für die Kommunistische Internationale nichts anderes ist als eine Methode der Agitation und der Mobilmachung der Massen.

Ich muß hier zugeben, daß manche Schuld hierbei auch auf mich zurückfällt, ich war etwas zu nachgiebig.

Gestatten Sie mir, daß ich etwas ausführlicher darüber spreche. Im Juni 1922 hielt ich in der Erweiterten Exekutive eine Rede über die Einheitsfronttaktik, in der ich sagte: „Einheitsfront bedeutet keinesfalls politische Konzessionen; es handelt sich nicht darum, die Selbständigkeit unserer Partei zu beeinträchtigen, sondern darum, daß unsere selbständigen kommunistischen Parteien unsere Parolen zweckmäßig formulieren. Die Arbeiterregierung ist ein Pseudonym für die Diktatur des Proletariats."

Ich wurde sofort von den Vertretern der deutschen Rechten angegriffen; ich muß sagen, ich habe nicht sofort begriffen, weswegen man mich angriff. Der Genosse *Ernst Meyer* z. B. hielt auf dem 4. Kongreß eine Rede, in der er mich deswegen angriff. Der Genosse *Radek* versuchte zu vermitteln und rückte selber auf dem 4. Kongreß leise von meiner Formulierung ab. Mein Fehler bestand darin, daß ich damals nicht einsah, daß es sich nicht um eine stilistische Formulierung, sondern um eine *opportunistische* Auslegung einer richtigen Losung handelte. Ich nahm zuerst an, daß ich durch meine schroffe Formulierung vielleicht tatsächlich den Genossen die Agitation mit dieser Parole vor den sozialdemokratischen Arbeitern erschwert hätte.

Kurz und gut: ich habe nicht sofort eingesehen, warum man eigentlich diesen Satz bekämpfte.

Arbeiter- und Bauernregierung

Gestatten Sie mir hier ein paar Worte über die *Arbeiter- und Bauernregierung zu sagen.* Auch die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung hat man versucht, als eine Regierung „aller Arbeiterparteien plus einiger Bauernparteien" auszulegen. Man tut jetzt manchmal so, als ob dies eine spezifische Parole für eine ganze Periode wäre, als bedeutete sie das Bündnis „aller" Arbeiter- und Bauernparteien im Rahmen der bürgerlichen Demokratie, und ähnlichen Unsinn. Aber in Wirklichkeit ist ja diese Losung, Teufel noch einmal, mit der Geschichte der *russischen Revolution* verknüpft.

Welches ist die historische Entstehung dieser Parole? Welchen Sinn hatte diese Parole in der russischen Revolution? Sie war das „Pseudonym" für die Diktatur des Proletariats, nichts mehr. Als wir nach den Julitagen 1917 einsahen: es geht vorwärts, die Arbeiter und Soldaten sind für uns, wir können einen Teil der Bauern gewinnen — da standen wir vor der Frage, wie ist das Ziel des Kampfes am besten, am einfachsten, am klarsten, am gewinnendsten zu formulieren. Die Parole „Diktatur des Proletariats" wäre für die breiten Massen nicht so verständlich gewesen. Woher sollte der Analphabet, der Muschik und der russische Soldat diese lateinischen Worte „Diktatur des Proletariats" verstehen? Da haben wir diese Worte ins Russische übersetzt und gesagt: Du Bauer, du Arbeiter, du Soldat, du siehst diese Bande, die uns regiert, wir haben die Macht, wir haben die Waffen, willst du eine Regierung der Arbeiter und Bauern haben? Wir haben ihnen diese lateinischen Worte in die einfache, verständliche Sprache des revolutionären Kampfes übersetzt. Der Bauer, der Arbeiter, der Soldat ist nicht verpflichtet zu wissen, was Diktatur des Proletariats heißt. „Arbeiter- und Bauernregierung" hat er verstanden.

Manche unserer Genossen sind dazu gekommen, daß sie diese Losung als Regierung „aller" Arbeiterparteien gemeinsam mit manchen Bauernparteien auslegten. D. h. man hat aus dieser Parole das Gegenteil von dem gemacht, was sie sein sollte. Dagegen muß aufs Entschiedenste gekämpft werden.

Formulierung der Einheitsfront

Sie wissen: man hat viel um die Frage gestritten: Einheitsfront „von unten" oder „von oben" usw. Ich glaube, wir können folgende Formulierung gebrauchen.

Einheitsfront von unten — diese Taktik ist eigentlich immer notwendig, vielleicht mit Ausnahme ganz seltener Momente des sich ent-

faltenden direkten Bürgerkrieges, wo man schon mit dem Gewehr in der Faust eventuell gegen jene Arbeiter kämpfen muß, die konterrevolutionär gestimmt sind (obwohl wir aus der Geschichte der russischen Revolution wissen, daß sogar in diesen schärfsten Augenblicken die Einheitsfront von unten von uns durchgeführt werden konnte. In dem Moment, als Kerenski gegen Petersburg marschierte, haben wir einen Teil der Arbeiter aus der sozialrevolutionären Partei gegen ihre eigene Regierung mobilisiert, und sie haben mit uns gemeinsam gekämpft). Einheitsfront von unten — *immer oder fast immer,* denn das bedeutet die tatsächliche Mobilisierung aller wirklich revolutionären Arbeiter mit Ausnahme ganz seltener Momente.

Einheitsfront von unten und zugleich von oben. Das ist schon ein zweiter Fall. Diese Form muß ebenfalls ziemlich häufig angewandt werden. Nicht immer, aber *ziemlich oft* in den Ländern, wo wir in der Minderheit sind. Ich glaube, niemand von den „Linkesten" wird bestreiten wollen, daß wir z. B. in England, in Österreich, in Belgien, wo wir einstweilen eine kleine Minderheit sind, die Taktik der Einheitsfront von unten und zugleich von oben anwenden müssen. Gewiß, mit allen Vorbehalten und Garantien in ihrer Anwendung, damit sie nicht zur opportunistischen Entstellung werde; als Methode der *Agitation und Mobilisierung der Massen,* nicht zur Methode der politischen Koalition mit der Sozialdemokratie.

Der dritte Fall ist die *Einheitsfront von oben allein.* Ich glaube, hier muß man sagen: Niemals!

Leider war bei uns die Praxis derart, daß man diese Methode am häufigsten anwandte: einen offenen Brief an die Sozialdemokratie richten, lange und langweilige Unterredungen mit den Spitzen führen zur Aufstellung eines „gemeinsamen Programms" — das ist natürlich die Linie des geringsten Widerstandes.

Zu dieser Frage können wir also folgendes feststellen: *Einheitsfront von unten — fast immer, Einheitsfront von unten und zugleich von oben — ziemlich oft, mit allen notwendigen Garantien als Taktik zur revolutionären Mobilisierung der Massen, Einheitsfront nur von oben — niemals!* (Zwischenruf *Radek:* Richtig!)

Sogar Radek ruft: Richtig! Wie hat sich die Sache in Wirklichkeit gestaltet? Es kam der 4. Kongreß, auf dem die Resolution über die Arbeiterregierung angenommen wurde. Hier muß ich wiederum offen gestehen — Revolutionäre müssen immer offen ihre Fehler eingestehen —, daß bei der Abfassung dieser Resolution von mir manche Fehler zugelassen wurden, zu viele Konzessionen gemacht wurden, die als redaktionelle Konzessionen erschienen, in Wirklichkeit aber in politische Konzessionen an die Rechten verwandelt wurden. Ich meine

folgenden Satz aus der von mir abgefaßten Resolution des 4. Kongresses über die Arbeiterregierung:

„Einer offenen oder maskierten bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition stellen die Kommunisten die Einheitsfront aller Arbeiter und eine Koalition aller Arbeiterparteien auf ökonomischem und politischem Gebiete zum Kampfe gegen die bürgerliche Macht und zu ihrem schließlichen Sturz gegenüber. Im vereinten Kampfe aller Arbeiter gegen die Bourgeoisie soll der ganze Staatsapparat in die Hände der Arbeiterregierung gelangen, und dadurch sollen die Machtpositionen der Arbeiterklasse gestärkt werden."

Über „Kompromisse"

Ich erinnere mich sehr wohl an die Arbeit der Kommission. Ich will keineswegs sagen, daß alle guten Sätze der Resolution von mir und die schlechten nicht von mir herrühren. Mein Fehler besteht darin, daß ich redaktionelle Konzessionen machte, die später als politische ausgelegt wurden. Vom Standpunkt der politischen Agitation, des strategischen Manövers muß dieser Satz als richtig anerkannt werden. Er ist durchaus zulässig.

Im Jahre 1917 schrieb *Lenin* in seinem Artikel „Über Kompromisse" über ein mögliches Abkommen mit den Menschewiki und Sozialrevolutionären zur Bildung einer vor den Sowjets verantwortlichen Regierung durch die letzteren. Er schrieb wörtlich:

„Nun ist eine solche jähe und originelle Wendung der russischen Revolution eingetreten, daß wir als Partei ein freiwilliges Kompromiß anbieten können — freilich nicht der Bourgeoisie, unserem direkten und ersten Klassenfeinde, sondern unseren nächsten Gegnern, den „führenden" kleinbürgerlichen Parteien — den Sozialrevolutionären und Menschewiki.

Nur im Ausnahmefall, bloß kraft der besonderen Lage, die offenbar nur eine ganz kurze Zeit lang anhalten wird, können wir diesen Parteien ein Kompromiß vorschlagen, und ich glaube, wir müssen es tun.

Ein Kompromiß ist unsererseits unsere Rückkehr zu der Vor-Juli-Forderung: Alle Macht den Räten, eine vor den Räten verantwortliche Regierung aus Sozialrevolutionären und Menschewiki.

Jetzt und nur jetzt, vielleicht nur *während einiger Tage* oder ein, zwei Wochen könnte eine solche Regierung sich bilden und sich vollkommen friedlich konsolidieren. Sie könnte, mit größter Wahrscheinlichkeit, die friedliche Vorwärtsentwicklung der ganzen russischen Revolution sichern und hätte außerordentlich große Chancen, die internationale Bewegung für den Frieden und den Sieg des Sozialismus weiterzubringen.

Nur im Namen dieser friedlichen Entwicklung der Revolution — einer in der Geschichte *höchst* seltenen und *höchst* wertvollen Möglichkeit, einer ausnehmend seltenen Möglichkeit —, nur in ihrem Namen können und müssen die Bolschewiki als Verfechter der Weltrevolution und Anhänger der revolutionären Methoden meiner Meinung nach auf ein solches Kompromiß eingehen."

Und an anderer Stelle:

„Die Aufgabe einer wahrhaft revolutionären Partei besteht nicht darin, den unmöglichen Verzicht auf jegliche Kompromisse zu proklamieren, sondern darin, *durch alle Kompromisse hindurch,* soweit sie unvermeidlich sind, den eigenen Prinzipien, der eigenen Sache, der Vorbereitung der Revolution und der Erziehung der Volksmassen zum Siege in der Revolution die Treue zu wahren."

(S. Artikel „Über Kompromisse" vom 3. September 1917.)

Strategisches Manöver — nicht System

Das war eben, Genosse Smeral, ein strategisches Manöver! Man sprach von einer „ehrlichen Koalition". In der Agitation ist eine solche Redewendung zulässig. Ich selbst hatte damals ebenfalls die Gelegenheit, ähnliche Artikel zu schreiben. Hatte denn *Lenin* damals die Absicht, sich mit den Menschewiki auszusöhnen, einzutreten in die Regierung „aller" Arbeiterparteien oder in eine Regierung aller Arbeiter- und Bauernparteien? Mitnichten! Dies war ein strategisches Manöver. Wenn man aber diesen Satz „vertieft", ihn zu einem System, einer „Theorie" macht, allen Ernstes meint, in eine friedliche demokratische Koalition mit „allen Arbeiterparteien" eintreten zu dürfen, die sich nur Arbeiterparteien nennen und in Wirklichkeit dritte bürgerliche Parteien sind, so führt das zum Opportunismus. Gewiß, die Stärke dieser anderen angeblichen „Arbeiterparteien" ist noch sehr groß. Wenn diese sogenannten Arbeiterparteien wirkliche Arbeiterparteien wären, nicht allein ihrer Zusammensetzung, sondern ihrem politischen Charakter nach — wenn sie sich in Wirklichkeit, sei es auch nur vorübergehend, uns anschlössen, so wären wir jetzt schon eine unbesiegbare Macht in Europa. Aber sie sind Arbeiterparteien nur in Worten. Darum ist eine Koalition „aller" Arbeiterparteien, solcher, die wirkliche Arbeiterparteien sind, wie wir, und solcher, die sich Arbeiterparteien nennen und objektiv bürgerliche Parteien sind, ein Nonsens, ein Verbrechen, eine konterrevolutionäre Utopie oder Opportunismus.

Es stellte sich jedoch heraus, daß für eine Reihe unserer Genossen die Taktik der Einheitsfront nicht nur eine Methode der Agitation und Mobilmachung der Massen, die Methode einer Partei war, die weiß, was sie will. Ich hatte es nicht gleich richtig gesehen. Ich sah nicht, daß man aus dem strategischen Manöver eine Bibel, eine opportunistische

Bibel machen wird (obwohl ich sagen muß, daß ich schon in den ersten Thesen zur Frage der Einheitsfront ausführlich von den *Gefahren* einer opportunistischen Deutung dieser Parole sprach). Das hat man aber getan.

Die Lehre Sachsens

Der Gipfelpunkt war Sachsen. Für uns wurde es bald absolut klar, daß in Sachsen sich eine wahrhaft banale parlamentarische Komödie der Koalition mit den „linken" Sozialdemokraten abgespielt hat. Das war das Gefühl aller russischen Bolschewiki und ich glaube auch aller deutschen revolutionären Arbeiter und wirklichen Bolschewiki. In diesem Moment war die Scheidelinie da. Man soll Sachsen nicht mit dem Argument rechtfertigen, wir hätten die Möglichkeit der Revolution überschätzt. Das ist ein ziemlich billiges Argument. Sicher ist das Gelingen der Revolution niemals. Ich sage: Wenn eine solche revolutionäre Situation, wie sie im Oktober 1923 da war, sich wiederholt, werden wir noch einmal darauf bestehen, offen auszusprechen, daß die Revolution an die Tür pocht. Im Oktober waren die Vertreter der wichtigsten kommunistischen Parteien hier. Niemand hat ein Wort gegen die Auffassung der Exekutive gesagt. *Alle* stimmten darin überein, daß der Einsatz auf die Revolution gemacht werden muß. Aber die Hauptverantwortung ruht auf den Schultern der Exekutive, der deutschen und der russischen Bruderpartei. Ich wiederhole: Wenn eine solche Situation noch einmal eintritt, werden wir die Zahlen überprüfen, unsere Kräfte besser zählen, aber wir werden wieder alles auf die Karte der Revolution setzen.

Daß man die Situation überschätzt hat, ist noch nicht das Schlimmste. Schlimmer war, daß das sächsische Beispiel gezeigt hat, welche großen Überbleibsel der Sozialdemokratie wir noch in unserer Partei haben. *Radek* fragte uns: Habt ihr alle deutschen Zeitungen so gelesen, wie ich sie gelesen habe, kennt ihr alle Details über die sächsische „Erfahrung"? Aber die Arbeiter, die Moskauer und die Leningrader Bolschewiki antworteten ihm: Nun, wir verstehen die deutsche Sprache nicht, wir können keine deutschen Zeitungen lesen, aber wir haben drei Revolutionen durchgemacht: eine 1905 und zwei 1917, unter Führung *Lenins*. Soviel verstehen wir, daß das, was sich in Sachsen abgespielt hat, eine banale parlamentarische Komödie war. Die sächsische Erfahrung hat die wahre Sachlage offenbart, hat gezeigt, wie es mit der Einheitsfront und der Arbeiterregierung bei dem rechten Flügel der KI. bestellt ist.

Die Resolution des 4. Kongresses zur Frage der Arbeiterregierung ist im allgemeinen richtig. Manche Stellen sind ausgezeichnet, manche Voraussetzungen wurden gerechtfertigt. Diese Sätze sind als weit-

gedachter strategischer Plan der Gewinnung der Massen zu verstehen. Aber eine ganze „demokratische" Theorie aufbauen, erklären, daß wir eine ganze Periode von Arbeiterregierungen „aller" kommunistischen und sogenannten Arbeiterparteien oder sogar noch Bauernparteien haben werden im Rahmen der „Demokratie" — das ist der Anfang des Opportunismus.

Wie hat sich die Sache weiterentwickelt? Die Rechte in der KI ist nach dem 4. Weltkongreß zur Offensive übergegangen. Es fand der Leipziger Parteitag statt, wo eine Resolution angenommen wurde, in der gesagt wird, in Deutschland sei bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik ausschlaggebend die Anknüpfung an die Illusionen und Vorurteile der breitesten sozialdemokratischen Arbeitermassen. Das ist vielleicht eine unglückliche Fassung? Aber was ist die folgende Beschreibung der Arbeiterregierung:

> „Sie ist weder die Diktatur des Proletariats noch ein friedlich-parlamentarischer Aufstieg zu ihr. Sie ist ein Versuch der Arbeiterklasse, im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen, Arbeiterpolitik zu treiben . . ."

Die Fehler der tschechoslowakischen KP

Nach dem Parteitag in Leipzig kam der Parteitag in *Prag,* der Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Wenn Sie die Resolution des Prager Parteitags studieren, finden Sie dort folgenden Satz:

> „Die Arbeiterregierung kann auch ein friedlicher Übergang zur Diktatur des Proletariats sein. Sie ist ein Versuch der Arbeiterklasse, im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen, Arbeiterpolitik zu treiben."

Wie Sie sehen, eine wörtliche Wiederholung. Ich weiß nicht, ob es elementar geschah, oder ob hier ein „Plan" war. Natürlich ist das letztere der Fall! Es wurde buchstäblich dieselbe „goldene", in Wirklichkeit aber opportunistische These aufgestellt. Wie gesagt, ich weiß nicht, ob das ganz elementar gekommen ist, oder ob hier ein „Plan" vorliegt. (Zwischenruf *Radek:* Kleine!) Sie wissen ja, daß Genosse Radek auf anderen Gebieten für einen „Plan" ist. (Zwischenruf *Brandler:* Radek war ganz unschuldig an der Sache.) Nein, Sie irren, Genosse Brandler, an der ganzen Sache ist Radek viel mehr schuld als Sie, wie überhaupt an den opportunistischen Fehlern der letzten Periode. Bucharin und ich protestierten gegen diesen Satz der Leipziger Resolution, aber auch hier muß ich gestehen, aus Nachgiebigkeit, da wir noch nicht sahen, daß es sich hierbei um ein ganzes opportu-

nistisches System handelt, taten wir es nicht offen und formell, waren wir nicht entschlossen genug, haben nicht genügend die Macht der Exekutive angewandt.

Genosse Radek sagte damals: Was wollen Sie von Brandler, feine Formulierungen sind nicht seine Sache, Brandler ist ein Bauarbeiter, und wenn er formuliert, so schmeißt er mit Ziegelsteinen. Das hat Genosse Radek auf unserem Parteitag gesagt. Nun gut, Brandler ist ein Bauarbeiter, aber Smeral ist ja kein Bauarbeiter, wenn er argumentiert, schleudert er keine Ziegelsteine. (Heiterkeit.) Ich muß übrigens sagen, daß der Schluß der Resolution bei Smeral viel geschickter ausgefallen ist als bei Brandler. Aber den grundlegenden opportunistischen Satz hat auch er wiederholt.

Nun, Genossen, wer auf diesem Satz besteht, der gerät in Konflikt mit dem Kommunismus und dem Leninismus. Der hat sich ein Bild von einer besonderen friedlichen Übergangsperiode der Arbeiterregierung oder der Arbeiter- und Bauernregierung gemacht, so, als ob alles ohne Revolution, im Rahmen der Demokratie verlaufen würde.

Nach Leipzig und Prag — und besonders nach Sachsen — hört die Gemütlichkeit auf. Es ist klar, es handelt sich hierbei nicht um Worte, sondern um zwei Systeme der Politik. Die deutsche Linke, von der wir eine Zeitlang geglaubt haben, sie übertreibe vieles (und in manchen Dingen hat sie tatsächlich sehr übertrieben), hatte in diesen Dingen recht. Sie waren die einzigen, die in Moskau den Ausgang des sächsischen Experiments voraussagten. Das machte uns nachdenklich und zwang uns, die Linke mit anderen Augen anzusehen.

Das sächsische Experiment hatte eine neue Lage geschaffen, es drohte, den Anfang der Liquidierung der revolutionären Taktik der Komintern zu bringen, und da müssen wir eben wählen und klar aussprechen, um was es sich handelt.

Die Einheitsfronttaktik bleibt voll in Kraft.

Was ist die Taktik der Einheitsfront? Was ist die Arbeiterregierung, und was ist die Arbeiter- und Bauernregierung? Man soll nicht versuchen, uns einzuschüchtern, wie es Genosse Radek manchmal getan hat, indem er sagte, wir unternähmen die Revision des 4. Kongresses und überhaupt fast aller früheren Beschlüsse der KI. Wozu solche „schrecklichen" Worte? Wir wollen bloß die übertriebenen, unvorsichtigen und falschen Formulierungen revidieren, die Radek in die Resolutionen des 4. Kongresses hineingebracht hat. Wir wollen, daß sie nicht ausgenutzt und nach Gutdünken ausgelegt werden können. Wir wollen so sprechen, daß jeder Bauarbeiter oder Professor klar sieht, um was es sich handelt. *Wir sind für die Anwendung der Einheitsfronttaktik zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Die*

Taktik der Einheitsfront bleibt voll in Kraft. Wir sind nach wie vor für die Arbeiter- und Bauernregierung. In ihrer Instruktion sagt die deutsche Partei mit Recht: Z. B. für ein Land wie Italien ist die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung ganz richtig. Ich glaube, für Frankreich und eine Reihe anderer Länder ist diese Parole ebenfalls am Platze. Ich glaube, wenn wir diese Parole so verstehen, wie sie die Russische Kommunistische Partei verstanden hat, so wird niemand von der wirklichen Linken etwas gegen sie einzuwenden haben.

Woher stammt die Parole? Es wurde manchmal so dargestellt, als ob *Radek* sie sich aus den Fingern gesogen hätte. Das stimmt nicht. Die Parole ist aus der Geschichte der russischen Revolution gekommen, und was Radek mit ihr tat, ist nur eine Verdrehung. Wir wollen diese Parole so anwenden, wie sie die russische Revolution angewendet hat. Wir haben bereits die Anwendung der Parole der Arbeiterregierung charakterisiert. (Zwischenruf *Radek:* Wir haben in Rußland eine Koalition mit den linken SR gemacht.) Wir werden es nicht ablehnen, auch in Europa in die Räteregierung dieses oder jenes Bruchstück der Sozialdemokratie aufzunehmen, soweit es sich von der Sozialdemokratischen Partei lossagen und geneigt sein wird, uns eine Zeitlang zu unterstützen. Das war auch mit den linken Sozialrevolutionären der Fall. Das war ein Stück, das sich von der Partei der SR losgelöst hatte und einen Teil der Bauernschaft hinter sich hatte. Wir haben sie ins Schlepptau genommen. Aber sobald sie wieder in ihrer sozialrevolutionären Sprache zu reden begannen, wurden wir sie los. Das war eine richtige Strategie. Hingegen der Plan des Paktes mit der sozialrevolutionären und der menschewistischen Partei nach dem Oktober war falsch. Es war im Moment der Oktoberrevolution, als eine Gruppe von Genossen glaubte, es sei möglich, eine Koalition mit den Sozialrevolutionären und den Menschewiki einzugehen. Ich selbst gehörte Momente lang zu der Gruppe, die diese Meinung vertrat. Aber es war ein gewaltiger Fehler. Wir haben das schnell eingesehen und verbessert. Und deshalb hat schon nach einigen Tagen Genosse *Lenin* einen Artikel geschrieben, in dem es hieß, der Streit sei vorbei, nun kämpfen wir gemeinsam weiter. Also, ihr wollt diese irrige Politik auch auf andere kommunistische Parteien übertragen. Um keinen Preis!

Die Fehler, die in der russischen Revolution begangen worden sind, werden dadurch ein wenig gerechtfertigt, daß sie nicht in anderen Revolutionen wiederholt werden. So verhält es sich auch mit der Taktik der Einheitsfront. Es handelt sich nicht darum, daß man die Einheitsfronttaktik an sich revidiert und an ihr herumpfuscht. Das wäre überflüssig. Es handelt sich nicht darum, eine „neue" Taktik auszudenken; ich schwanke keinen Augenblick, zu sagen, daß trotz

mancher Fehler bei der Anwendung im großen und ganzen die Taktik der Einheitsfront mit einem positiven Vorzeichen in unserer Bilanz notiert werden kann. Es handelt sich bloß darum, die Kommunistische Internationale gegen opportunistische Auslegungen dieser Parole zu sichern.

Nehmen Sie ein beliebiges Land, z. B. *England.* In England wurden auf diesem Gebiete, d. h. in der *Anwendung* der Einheitsfronttaktik, große Fehler begangen.

Die Erfolge der Einheitsfront in England

Genossin Ruth Fischer schreibt in der „Internationale" über ihre Beobachtungen in England. Ich bin vollkommen mit dem einverstanden, was sie über die Wahlkampagne Fergusons sagt, der nicht offen als Kommunist auftrat. Wenn wir unser kommunistisches Gesicht vertuschen, wozu brauchen wir die ganze Wahlkampagne? Der Genosse *Newbold* hat, als er Mitglied des englischen Parlaments war, mich und den Genossen Bucharin ganz im Ernst einen ganzen Abend lang mit der Frage gequält, ob es zulässig sei, daß er im Parlament, ausnahmsweise wenigstens, gegen die Fraktion der Labour Party auftrete. Wir sagten zu ihm: Dazu seid ihr ja da! Und dennoch, trotz aller dieser Fehler in der englischen Partei ist die Einheitsfronttaktik in England sogar mit einem positiven Vorzeichen zu vermerken. In der *lokalen* Gewerkschaftsbranche haben die kommunistischen Arbeiter doch an vielen Orten ganz richtig gehandelt und haben viel dabei gewonnen.

Das ist auch in der tschechischen Partei, lokal, in den Betrieben usw. ganz gut gemacht worden. Viel Richtiges gab es auch in Deutschland. Die Fehler lagen hauptsächlich auf dem Gebiete des Parlamentarismus, der Gewerkschaftsspitzen, der Gemeinderäte usw. Dort wuchs die Hauptwelle des Opportunismus, aber in den Betrieben und lokal, von unten, ist trotz der unrichtigen Auffassung und Auslegung der Einheitsfronttaktik durch die Führer viel Gutes auf diesem Gebiete geleistet worden.

Was muß die Einheitsfronttaktik sein?

Nun, Genossen, wie ist die Lage jetzt? Ich habe hier schon in allgemeinen Zügen die internationale Lage behandelt. Daraus entspringt auch die Notwendigkeit, manches, in manchen Dingen unsere Haltung bei der Durchführung unserer Einheitsfronttaktik zu modifizieren. Zunächst müssen wir feststellen, daß sie für uns nur eine Methode der Agitation und Mobilisierung der Massen ist, wie es in der russischen Revolution der Fall war. Für die Sozialdemokraten, für die Reformisten kann die „Arbeiterregierung" einen ganzen Zeitabschnitt ausmachen. Der italienische Reformist d'Arragona z. B. sagte

in Wien auf dem Kongreß der Amsterdamer im Juni 1924: „Das beste Mittel, neuen Kriegen vorzubeugen, ist, möglichst viele Arbeiterregierungen zu bilden". Also für d'Arragona, für den ausgesprochenen Reformisten, ist die „Arbeiterregierung" ein Allheilmittel gegen alle Krankheiten, das ihm sogar die Möglichkeit gibt, die Kriege zu vermeiden usw. Für uns keinesfalls. Wir haben schon in der Resolution des 4. Kongresses, Radek zuwider, viel Richtiges gesagt. (Zwischenruf *Radek:* Der schlechte Satz ist von Ihnen, Genosse Sinowjew!) Der Verfasser des zweideutigen Satzes sind Sie, die ganze Resolution ist von mir. Aber ich will die Verantwortung nicht abschütteln, auch für die angeführte Stelle. Gewiß hätte ich das während des 4. Kongresses tun sollen, nicht erst auf dem 5. Kongreß. Aber niemand auf dem 4. Kongreß war weitsichtiger, das kann ein wenig meine Schuld mildern.

IX. Das Problem der Arbeiterregierung

Typen der „Arbeiterregierungen"

Die Hauptsache ist, daß in der Resolution des 4. Kongresses folgende Stelle enthalten ist:

„Jede bürgerliche Regierung ist zugleich eine kapitalistische Regierung. Aber nicht jede Arbeiterregierung ist eine wirklich proletarische, d. h. ein revolutionäres Machtinstrument des Proletariats. Die KI muß folgende Möglichkeiten berücksichtigen:

1. *liberale* Arbeiterregierung: eine solche gab es in Australien, eine solche Regierung wird auch in absehbarer Zeit in England möglich sein,

2. *sozialdemokratische* Arbeiterregierung (Deutschland),

3. Regierung der Arbeiter und ärmeren Bauern. Eine solche Möglichkeit besteht auf dem Balkan, in der Tschechoslowakei, Polen usw.,

4. Arbeiterregierung mit Teilnahme der Kommunisten,

5. wirkliche proletarische Arbeiterregierung, die in reiner Form nur durch die Kommunistische Partei verkörpert werden kann."

Ja, es gibt Arbeiterregierungen, die liberale Regierungen sind, z. B. eine Regierung der Labour Party, wie man sie jetzt hat. Für d'Arragona ist jede Arbeiterregierung gut; ich fürchte, für Radek, für manche Genossen aus der Tschechoslowakei ebenfalls, obwohl das für sie noch nicht die Diktatur des Proletariats ist.

Wir haben jetzt Erfahrungen gesammelt. Jetzt müssen wir direkt sagen, daß die Parole der „Arbeiterregierung" und der „Arbeiter- und Bauernregierung" für uns hauptsächlich wichtig ist als *Methode der Agitation und Organisierung der Massen* zum revolutionären Kampfe.

Wir müssen natürlich auch die Situationen ausnutzen, die von *liberalen* Arbeiterregierungen geschaffen werden (z. B. der Macdonald-Regierung). Die Parole „Arbeiterregierung" ist für uns die anziehendste, die zugänglichste, die populärste Form für die Gewinnung der Massen für die Diktatur des Proletariats. Der Arbeiter, der Bauer usw. wird zuerst die revolutionäre Tat vollbringen und erst dann verstehen, daß sie die Diktatur des Proletariats ist. Wir müssen die volkstümlichsten Formeln wählen, wie wir es in der russischen Revolution getan haben. Das ist keine geringfügige Frage, nicht eine Frage der Stilistik, sondern die Frage, ob wir eine Partei sind, die den Bauern, den Soldaten dort fassen kann, wo er zugänglich ist, nicht eine Sekte, sondern eine Massenpartei.

Nun, manche „linke" Genossen haben dennoch eine große Abneigung gegen die Taktik der Einheitsfront überhaupt. Für diese Genossen habe ich nur einen Trost: für uns ist die Frage der Einheitsfronttaktik und der Arbeiterregierung nur ein Instrument für die Mobilisierung und Organisierung der Arbeitermassen. Euch gefällt dieses Instrument nicht? Schön, dann schlage ich euch ein „Kompromiß" vor: Sobald ihr die überwiegende Mehrheit der Werktätigen eures Landes gewonnen haben werdet, werden wir euch sofort von der Anwendung der Taktik der Einheitsfront befreien. (Heiterkeit.) Wenn ihr eine Mehrheit in den wichtigsten Schichten des Proletariats habt, nun, dann könnt ihr euch schon erlauben, mit dieser Taktik etwas weniger zeremoniell zu verfahren. Aber die Lage ist einstweilen in den wichtigsten Ländern noch derart, daß wir diese Mehrheit noch nicht haben. Wir müssen es verstehen, an die Massen heranzutreten, so, wie sie sind, sie zu gewinnen, sie auf den bolschewistischen Weg zu führen, und dann können wir die Sache modifizieren.

Man soll sich an die konkrete Situation anpassen.

Es handelt sich hierbei keinesfalls darum, daß man alle Parteien über denselben Kamm schert. Nein, man muß die Frage ganz konkret stellen — für jedes Land besonders, je nach der Situation. Nach einem russischen Sprichwort soll man nicht einen Löffel Teer in ein Faß Honig tun. Radek und die anderen „Theoretiker" der rechten Richtung möchten unbedingt einen Löffel opportunistischen Teers in das Faß Honig der richtigen Taktik der Einheitsfront schütten. Es handelt sich zunächst darum, diesen Löffel voll Teer fortzuschütten, das Gute, was wir an der Taktik der Einheitsfront haben, zurückzulassen und dann „Honig" in jedem Lande in einer bestimmten Proportion anzuwenden. Ich habe gelesen, daß in der Tschechoslowakei *Hula* und andere Genossen sich darüber graue Haare wachsen lassen, daß wir jetzt angeblich sagen: Wendet *überall* die Einheitsfront von unten an!

und daß wir angeblich es ablehnen, diese Taktik den Verhältnissen des gegebenen Landes entsprechend anzuwenden. Genosse Neurath hatte vollkommen recht in seinem Gegenartikel gegen Hula, in dem er sagte, die Exekutive hätte niemals vorgeschlagen, das zu tun, was Hula ihr in die Schuhe schiebt. Die Exekutive hat es *niemals* vorgeschlagen. Wir sagten, *in Deutschland seien die Dinge so herangereift, daß man jetzt sagen muß: Einheit von unten!* Zu gleicher Zeit sagten wir, daß z. B. in Polen die Sache sich wahrscheinlich anders verhält, anders in Österreich, anders auch in anderen Ländern. Die ganze Kunst der Internationale besteht in der konkreten Anwendung der Taktik entsprechend den verschiedenen Verhältnissen, die ganz verschieden, sehr buntscheckig sind. Wir behaupteten niemals, alle Parteien müßten über denselben Kamm geschoren werden. Genosse Smeral, bitte, sagen Sie es dem Genossen Hula.

Zum Schluß noch einmal über die Arbeiter- und Bauernregierung. Die Arbeiter- und Bauernregierung ist nichts mehr als eine Methode *der Agitation, der Propaganda und der Mobilmachung der Massen.* Wie ich schon im Jahre 1922 sagte, ist es ein Pseudonym für die Diktatur des Proletariats. Das haben damals nur *Ernst Meyer,* zum Teil auch *Radek* bestritten, und zwar sehr unklar, sehr schüchtern. In unserer russischen Partei hat es aber kein einziger Mensch bestritten, für uns war das ganz klar. Unser Irrtum bestand nur darin, daß wir nicht sofort begriffen, daß Radek und seine Freunde mit uns streiten nicht wegen redaktioneller Formulierungen, sondern daß sie die Taktik der Einheitsfront zu einer *reformistischen Taktik* machen wollten.

Mehr Beachtung der Bauernschaft!

Sie werden sich erinnern, daß ich der Urheber der Parole „Arbeiter- und Bauernregierung" in der Sitzung der Erweiterten Exekutive war. Was hat mich dazu bewogen? Das Bewußtsein, daß wir in manchen Ländern, und zwar ziemlich rasch, uns der Frage der Machtergreifung zu nähern beginnen. Ich will mich nicht brüsten, ich hätte schon damals gefühlt, daß die deutschen Verhältnisse heranreifen. Nein, das war nicht der Fall. Aber unser Bewußtsein sagte uns, daß in manchen Ländern die Frage der Machteroberung aktuell zu werden beginnt. Darum haben wir schon längst versucht, den Parteien zu sagen: Ihr sollt euch um die *Bauernschaft kümmern!* Gewiß, eine Partei, die selbst in der Perspektive an die Machteroberung nicht einmal denkt, braucht es nicht, sie bleibt eine halbe Zunftpartei, eine reine „Arbeiterpartei". Aber in dem Moment, wo eine Partei eine ernste kommunistische Partei wird, eine Massenpartei, *muß* sie die Perspektive der Machtergreifung haben, muß sie sich überlegen, wie sich die Bauern

verhalten werden, wie das flache Land auf das Wachstum der Arbeiterpartei reagieren wird. Deshalb ist für uns die Parole der „Arbeiter- und Bauernregierung" ein Ausdruck dessen, daß wir in manchen Ländern in nicht allzu ferner Zukunft die Frage der Machteroberung aufstellen werden. Das ist der Ausdruck dafür, daß dem Proletariat die Hegemonie in der Revolution und der Partei die Führung des Proletariats gehören muß. Es war für uns gewissermaßen der Übergang von der Propaganda zur Massenagitation, zur revolutionären Tat.

Es besteht ein Unterschied zwischen Agitation und Propaganda. Am lapidarsten hat diesen Unterschied *Plechanow* ausgedrückt, als er noch Marxist war: Die Propaganda ist die Vermittlung eines gewissen Ideenkomplexes an einen kleinen Zirkel von Personen; Agitation ist, wenn wir eine Hauptidee an eine große Masse von Leuten weitergeben. Ich glaube, diese Definition kann uns genügen. Sie ist richtig. Die Parole „Arbeiter- und Bauernregierung" entstand eben dadurch, daß wir in manchen Parteien schon von der üblichen Propaganda des Kommunismus zur Massenagitation in den Volksmassen und zur Vorbereitung des Kampfes um die Macht übergehen mußten. Wenn wir die Frage des Kampfes um die Macht stellen, müssen wir eben dieses Stichwort ausgeben, das volkstümlich ist, das Anziehungskraft hat, das bei guter revolutionärer Auslegung für die Arbeiter ein Magnet sein kann für alle diejenigen Schichten, die wir teilweise neutralisieren und teilweise für uns gewinnen müssen.

Also, für uns ist die Parole „Arbeiter- und Bauernregierung" der Ausdruck der führenden Rolle, der Hegemonie des Proletariats in der Revolution. Sie ist ein Ausdruck *des Willens zur Macht,* des Dranges, eine eigene Regierung zu bilden, die das Land kommandiert und die den Bauern gegenüber geschickt manövriert. Und diese lebendige Idee des Leninismus, diesen lebendigen Quell des Leninistischen Schaffens und Agitierens in den Massen hat man versucht (und teilweise mit Erfolg), durch opportunistische Auslegung zu vernichten!

Das ist das, was ich zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiter- und Bauernregierung zu sagen habe.

Linke Abweichungen in der Einheitsfronttaktik

Ich rate unseren Genossen, besonders den Genossen aus Deutschland, die ja — und das ist nach all den sächsischen Experimenten und Fehlern, die gemacht wurden, durchaus zu verstehen — sich jetzt aus Reaktion die Ohren mit Watte verstopfen, sobald über Einheitsfront gesprochen wird, diese Dinge sich ernsthaft durch den Kopf gehen zu lassen. Der linke Genosse Burian (der junge Burian) in der Tschechoslowakei schreibt z. B., die Einheitsfronttaktik sei die „Hauptquelle des Revisionismus". Das ist nicht richtig. Wer ein Revisionist

ist, wird schon eine „Quelle" finden. (Heiterkeit. Rufe: Richtig!) Er wird sie im Parlamentarismus finden usw. Wir können nicht die Sozialdemokratie besiegen, wenn wir uns vor unserem eigenen Schatten fürchten und sagen, Einheitsfronttaktik sei eine Quelle des Revisionismus. Die Taktik muß man *annehmen,* aber man muß sie vom opportunistischen Schmutz reinigen. Es werden sich jetzt Leute finden, für die diese Parole eine „Quelle des Revisionismus" ist. Wir müssen das Gute, das Leninistische der Einheitsfronttaktik entnehmen, müssen von der Parole der Arbeiterregierung das Volkstümlichste nehmen und das Vertrauen der Massen gewinnen, nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch aller Unterdrückten. Wir, die wirklichen Linken der KI, müssen diese Arbeit in unsere Hände nehmen, nur dadurch werden wir die Fehler der wirklichen Rechten beseitigen und jene Rechten überzeugen, die man überzeugen kann, und diejenigen bekämpfen, die nicht zu überzeugen sind. Der 5. Kongreß darf seine Aufgabe nicht darin erblicken, zu erklären, die Einheitsfront sei nicht richtig, sondern muß Schritte unternehmen zur Schaffung von Vorsichtsmaßregeln gegen die Entstellung dieser Taktik, muß eine Art Impfung gegen den Opportunismus vornehmen, wie gegen Pocken.

In Deutschland ist das Geschwür geplatzt. Dort wurde es zu Ende getrieben. Die logische Vollendung der rechten Tendenzen sahen wir in Sachsen.

Ich glaube, wenn es in der Tschechoslowakei zu einem solchen Platzen des Geschwürs, wenn es zu einer solchen politischen Katastrophe nicht gekommen ist, so nur deshalb, weil dort die Ereignisse nicht so herangereift waren. Die Stellungnahme des Prager Parteitags, der Artikel des Genossen Hula signalisieren dies. Und bei der Apathie und der unklaren Führung der tschechischen Partei fürchte ich, wenn die Lage so gewesen wäre, wie sie in Deutschland war, hätten wir einen zweiten sächsischen Durchfall erlebt.

X. Die konkreten Aufgaben der Hauptparteien

Ich komme zum *Schlußkapitel:* Über die konkreten Aufgaben der wichtigsten Parteien. Da muß ich der KPD zustimmen, die sagt, es handle sich vor allem darum, den einzelnen Parteien konkrete Weisungen zu geben. Das wird die Hauptaufgabe dieses Kongresses sein.

Die englische Partei

Die politisch wichtigste Sektion der Kommunistischen Internationale ist jetzt nicht die deutsche, nicht die russische, sondern die englische. Wir haben hier eine merkwürdige Lage: unsere Partei von 3000 bis 4000 Mitgliedern, die aber weit mehr Einfluß hat. In England besteht

eben eine andere Tradition. Die Partei Macdonalds ist nicht viel stärker als unsere. Ihr Wochenblatt „New Leader" hat eine Auflage von 45 000, unser Blatt hat eine Auflage von 55 000. In England fehlt die Tradition der Massenparteien. Mit Recht sagt *Max Beer,* daß der alte *Keir Hardie* seinerzeit seine ganze Partei auf der individuellen Bearbeitung der Führer aufgebaut hätte. *In England eine Massenpartei schaffen — darin besteht die Hauptaufgabe unserer ganzen Periode.* Die Vorbedingungen sind dazu da. Ich sprach davon ausführlich in meinem Artikel „Das erste Jahrfünft der KI".

Die großen Massen der englischen Arbeiter hängen noch an Macdonald und sprechen oft mit Liebe von ihm.

Ich habe das Gefühl, es ist dasselbe wie bei uns in den ersten Monaten der Kerenskiregierung. Man durfte kein Wort gegen Kerenski sagen. Man mußte ihn kritisieren auf Umwegen, erst eine Stunde lang reden: Kerenski ist ein guter Kerl, ja fast ein großer Mann, aber vielleicht begeht er doch manchen Fehler. In England besteht jetzt eine ähnliche Lage. Die Arbeiter hängen noch an Macdonald, sind noch voller Illusionen. Er hat eine verhältnismäßig gute Position, darum weil er noch keine Mehrheit im Parlament hat. So kann er den Arbeitern sagen: Ich würde viel mehr bieten, ich habe aber keine Mehrheit; bei den nächsten Wahlen, wenn wir eine Mehrheit haben, werden wir zeigen, was wir sind, wir werden auftreten wie die Löwen, da soll der Tanz losgehen!

Die Lage ist also nicht so einfach. Die Macdonald-Regierung befindet sich noch auf der aufsteigenden Linie der Popularität. Sollten wir aber passiv warten, bis die Linie abwärtsgeht, dann brauchen wir keine Kommunistische Partei. Die Sozialdemokraten werden sowieso Bankrott machen, auch ohne uns werden sie früher oder später politisch krepieren. Das ist unzweifelhaft. Aber wir sind da, um diesen Prozeß zu beschleunigen. Darum muß unsere Partei in England heute Macdonald entschieden bekämpfen, damit die Masse, wenn sie selbst zur Erkenntnis kommt, einsieht, daß wir, die Kommunisten, schon früher die Lage richtig taxiert haben.

Im Jahre 1921 mußte *Lenin* gegen *Wynkoop* und die andern damaligen „Linken" dafür kämpfen, daß die Kommunisten in die Labour Party eintreten. Im Jahre 1924 ist eine andere Lage eingetreten. Wir haben in England eine „Arbeiterregierung", wir haben die Macdonald-Regierung. Jetzt muß unser Häuflein Kommunisten seinen historischen Weg gehen. Es muß 1. zu einer Massenpartei werden, muß anfangen, die Arbeiter für die Partei zu werben; 2. eine Tageszeitung ins Leben rufen. Wenn man mit den englischen Genossen darüber spricht, so halten sie das für eine allzu große Mütze für ihren Kopf und haben Sorge, wie sie da hineinpassen werden. Wir müssen 3. noch tiefer in

die Massen der Gewerkschaften hinabsteigen, um dort einen linken Flügel zu bilden; 4. der Jugend mehr Aufmerksamkeit widmen (bis zur letzten Zeit gab es keine Jugendbewegung in England, sie steckt noch in den Kinderschuhen); 5. die koloniale Frage anfassen mit Wagemut, wie es den Bolschewiki geziemt; 6. die rechten Fehler dort bekämpfen, wo sie sind, eine andere Wahlkampagne führen, nicht die Wege gehen, die *Rosmer* vorschlug, sondern es verstehen, in der Agitation draufgängerisch zu sein. Das ist die wichtigste Frage für die englische Partei.

Die Entwicklung der französischen Sektion

Die zweitwichtigste Partei der KI ist die *französische,* ebenfalls wegen der neuen weltpolitischen Lage („demokratisch-pazifistische" Ära), über die ich schon gesprochen habe. Ich glaube, die französische Partei hat große Fortschritte gemacht. Sie steht viel stärker da als früher, sie hat eine gesunde, robuste Linke, die wir unterstützen. Das frühere Zentrum und die Linke müssen zu einer gemeinsamen Linken werden ohne Fraktionen, im guten kommunistischen Sinne dieses Wortes, und im Geiste der Kommunistischen Internationale arbeiten. Die französische Partei muß die großen Arbeiterzentren im ganzen Lande erobern. Sie hat momentan eine Mehrheit nur in Paris. Das ist ein großer Stützpunkt. Bei der alten Brandlerschen Zentrale der KPD war es so, daß sie „alles" hinter sich hatte, nur nicht Berlin und Hamburg. Dann stellte sich heraus, daß sie auch alles andere nicht hinter sich hatte.

Die französische Partei hat jetzt Paris, aber im Lande selbst sind ihre Verbindungen mit den Organisationen noch zu schwach.

In Schweden hat Genosse *Hoeglund* „alles" außer Stockholm. Ich werde keine Konsequenzen daraus ziehen. Genosse Hoeglund soll das selbst auf Grund einiger Beispiele tun.

Die Hauptaufgabe der französischen Partei ist jetzt, in die proletarischen Zentren zu gehen, in die Industriedepartements, die außerhalb von Paris liegen.

Unsere Tätigkeit muß jetzt den Illusionen Rechnung tragen, die durch den „Linken Block" erzeugt werden. Jetzt sollen wir die Einheitsfronttaktik anwenden in etwas neuer Gestalt. Die französische Sozialdemokratie wollte sehr schlau sein, sie ist nicht offen in die Regierung eingetreten, sie wird aber für das Budget, für die Ruhrbesetzung usw. stimmen. Sie ist ein Bestandteil der Regierung. Wir werden ebenfalls „schlau" sein, wir werden den sozialistischen Arbeitern sagen: Das ist doch nicht eure Regierung, eure Leute sitzen nicht in der Regierung, was geniert ihr euch, das ist eine bürgerliche

Regierung, warum sollen wir nicht gemeinsam gegen sie kämpfen — für Amnestie, für die Ruhrräumung, für bessere Löhne, für die Anerkennung Sowjetrußlands, für den Achtstundentag usw. Wir müssen eine *kluge* Einheitsfronttaktik führen. In dem Moment, wo die Sozialdemokratie offiziell zur „dritten" Partei der Bourgeoisie wird, ist die Blütezeit der Einheitsfront *von oben* natürlich vorbei. Im Moment, wo die *Spitzen* der Sozialdemokratie mit den bürgerlichen sich in politische Regierungskombinationen einlassen, ist die Situation am passendsten, um die „untersten" Schichten der sozialdemokratischen Arbeiter für den gemeinsamen ökonomischen und dann auch für den politischen Kampf mit uns zu gewinnen.

Wenn uns das gelingt, so haben wir die idealste Lage. Die sozialdemokratischen Spitzen sind an der Regierungskombination mit der Bourgeoisie interessiert, in diesem Moment muß es uns gelingen, tiefere Schichten der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiterschaft durch den ökonomischen Kampf zu erfassen. Dann wird die Sozialdemokratie zerrieben werden zwischen diesen beiden Kombinationen. Die Unzufriedenheit der Massen muß unvermeidlich wachsen, die Arbeitslosigkeit geht weiter, die ökonomische Lage verschlimmert sich, das Sachverständigen-Gutachten wird nicht mehr helfen.

Das ist die ideale Lage für die Gewinnung der besten Schichten der Arbeiterklasse für uns, und zwar am meisten in Frankreich.

Die Hauptaufgabe der französischen Partei ist, das Land, die Industriemittelpunkte außerhalb von Paris zu gewinnen, den Parteiapparat auszubauen und zu festigen. Wir haben in Paris 8000 Parteimitglieder und dabei 50 000 Abonnenten der „Humanité" und 300 000 Stimmen bei den Wahlen Was bedeutet das? Eine beträchtliche Rückständigkeit der französischen Arbeiter. Wir müssen die französischen Arbeiter an eine andere organisatorische Praxis gewöhnen. Die Fédération de la Seine soll bald 25 000 Mitglieder zählen. Die wichtigste Aufgabe der französischen Partei ist: die letzten Überreste des Frossardismus ausmerzen. Das frühere „Zentrum" muß zusammen mit der Linken mutig und aufrichtig marschieren Die französische Partei muß mit Hilfe der glänzenden Eigenschaften vor allem der Pariser Arbeiter, die Arbeiter in der Provinz gewinnen in dem Moment, wo die sozialdemokratischen Spitzen sich in Regierungskombinationen mit der Bourgeoisie einlassen werden. Die Betriebszellenbewegung steckt in den Anfängen. Man spricht viel über „hohe" Politik. Aber einstweilen gibt es in Frankreich nur 120 Betriebszellen. Diese Fortschritte sind noch nicht sehr ernst zu nehmen. Parteizellen und Betriebsräte sind unsere *ersten Forderungen* an die KPF. Die Parole „Arbeiter- und Bauernregierung" ist in Frankreich mehr am Platze als in irgendeinem andern Lande. Tiefer hinein in

die Bauernmassen, auf das flache Land! Eine *gute* kommunistische Presse, ein fester, organisatorischer Parteiapparat! Bessere internationale Verbindungen! So lauten die Aufgaben.

Die deutsche Frage ist in den Hauptpunkten geklärt.

Nun zur *deutschen* Partei. Wir haben einen speziellen Punkt auf der Tagesordnung: die deutsche Frage. Ich persönlich bin jetzt der Meinung, daß wir diesen speziellen Punkt ruhig von der Tagesordnung absetzen können, weil die Frage bereits in den Hauptzügen geklärt ist. Im letzten Jahr hat man über die deutsche Partei am meisten geredet und geschrieben. Ich sehe jedenfalls jetzt keine spezielle deutsche Frage vor mir. Die Lage in Deutschland ist schwierig. Die allgemeine politische Perspektive bleibt unverändert. Die Lage ist revolutionsschwanger. Neue Klassenschlachten sind wieder im Gange, ein gewaltiger Kampf geht vor sich. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist jetzt im allgemeinen auf der Marschroute der Kommunistischen Internationale. Die Krise war sehr tiefgehend, die Gefahren groß. Es bestand die Gefahr einer Parteispaltung. Die polnischen Genossen fragen, warum wir so „rasch" die Brandlersche Zentrale desavouiert hätten. Man muß es doch verstehen, Genossen, wenn man noch ein wenig gezögert hätte, wäre die Spaltung unvermeidlich geworden, die Krise war so schwer, daß wir sagen können, daß sie noch recht glimpflich abgelaufen ist. (*Ruth Fischer:* Sehr richtig!)

Nun zur Krise mit den „Ultralinken". In dem Moment, wo wir noch nicht wußten, wohin die Reise ging, mußten mir eingreifen und die Gefahren sogar ein wenig überschätzen. Wir wußten noch nicht, inwieweit sie numerisch stark sind, aber wir wußten, daß sie Menschewiki mit ungekehrtem Vorzeichen sind. Im gegenwärtigen Moment sind sie zum Teil schon liquidiert. Die neue Zentrale weist diese Liquidatoren von „links" in die Schranken, und ich hoffe, daß sie mit ihnen fertig werden wird.

Sehr große Schwierigkeiten bestehen noch in der *Gewerkschaftsfrage.* Die Zentrale soll schonungslos jeden geringsten Versuch bekämpfen, die Frankfurter Beschlüsse zu revidieren und die Frage des Austrittes aus den Gewerkschaften zu berühren.

Die *parlamentarische* Lage ist auch nicht einfach. Wir haben jetzt in Frankreich und in Deutschland, in beiden Parlamenten, eine Lage ähnlich derjenigen, die *Lenin* als „Pendellage" bezeichnet hat. In diesen Parlamenten kann es zwei gleiche Kräfte geben und es können Momente eintreten, wo unsere Fraktion das Zünglein an der Wage bildet. Das wird uns in Deutschland und in Frankreich faktische Schwierigkeiten bereiten. Die deutsche Partei hat ebenfalls viel versäumt und versäumt noch auf dem Gebiete der Arbeit unter den

Bauern. Das muß nachgeholt werden. Das muß gutgemacht werden. Man kann noch eine Reihe anderer Teilaufgaben aufzählen, aber ich will es nicht tun. Die deutsche Partei hat sich als eine im Grunde genommen gesunde Partei erwiesen. Der Organismus ist mit der schweren Krankheit gut fertig geworden. Wäre der Organismus der KPD nicht so robust und proletarisch gewesen, so hätten wir noch viel mehr Schwierigkeiten. Wenn die „Ultralinken" noch aufzutauchen versuchen sollten, so werden wir sie weiter bekämpfen. Wenn die alte „linke" Abweichung auch in der Gewerkschaftsfrage auftaucht, werden wir sie bekämpfen. Es besteht zwischen uns und der Zentrale der KPD Freundschaft, aber nicht Kumpanei. Es gibt keine Beweggründe, die uns hindern würden, Fehler zu bekämpfen, wenn solche entstehen. Sie haben gesehen, daß wir es taten, als die Linken Irrtümer begingen. Und wir werden es auch fernerhin tun. Die KPD hat wie jede andere Partei das Recht, die Exekutive zu kritisieren. Sie hat dieses Recht mehr als zur Genüge ausgenutzt. Wir brauchen auch keine Ja-Sager. Aber die deutsche Partei braucht auch keine Exekutive, die nicht offen sagt, was zu sagen wäre. Die Exekutive kann und wird alles kritisieren und korrigieren, was notwendig ist. Ich glaube, die linken Elemente, die die Mehrheit der KPD ausmachen, werden sagen, daß wir gut getan haben mit unserer Einmischung, als man von der „neuen Taktik" in den Gewerkschaften zu reden begonnen hat. Wenn manche glaubten, die Exekutive würde ohne weiteres die deutsche Partei an die „Ultralinken" ausliefern, so werden sie jetzt einsehen, daß sie sich geirrt haben. Die Exekutive hat das nicht getan und wird es niemals tun. Wir werden für den Leninismus in der KPD kämpfen. Insofern die neue Zentrale dem entgegenkommt, können wir nur unsere Genugtuung darüber ausdrücken.

In der tschechoslowakischen KP

Ich komme zur *tschechischen* Partei. Ich habe schon vorübergehend von ihr gesprochen und habe nicht viel hinzuzufügen. Ich habe den Eindruck, daß der tschechischen Partei eine ständige, regelmäßige, angespannte, revolutionäre Führung fehlt. Man arbeitet von Fall zu Fall. Es kommen die Wahlen oder etwas ähnliches — da findet eine Belebung statt, dann schläft die Arbeit wieder ein. Eine kontinuierliche revolutionäre Leitung ist nicht zu fühlen. Ich glaube also, daß die tschechische Partei vieles zu bessern hat. Es müssen *frische proletarische* Kräfte in die Führung kommen. Die revisionistischen Elemente, die noch vorhanden sind, müssen ausgemerzt werden. Wenn ich die volle Hoffnung habe, daß Genosse Hula seinen Irrtum bald gutmachen wird, so habe ich diese Hoffnung z. B. bei Genossen Vanek fast nicht. In der tschechischen Partei gibt es Elemente, die mehr oder

weniger unverbesserliche Zentristen sind. An dem guten Willen des Genossen Smeral brauchen wir nicht zu zweifeln. Wir müssen aber die Ausmerzung des Fehlers fordern, der in der zitierten Stelle des Prager Parteitags zum Ausdruck kommt — eines Fehlers, der von der ganzen Kommunistischen Internationale abgelehnt wird, und wir brauchen bloß noch, daß er in der tschechischen Partei liquidiert wird. *Mehr Aufmerksamkeit gegenüber der nationalen und der Bauernfrage als bisher* — dies trifft unzweifelhaft besonders für die tschechoslowakische Partei zu.

In der polnischen Sektion

Nun zu den andern Ländern. Ich werde mit *Polen* anfangen. Sie wissen, daß man ziemlich lange die polnische Sektion zu den besten bolschewistischen Sektionen der Kommunistischen Internationale gezählt hat. Das trifft auch jetzt zu in bezug auf die polnische Arbeiterklasse, die revolutionären Traditionen in Polen, die ausgezeichneten proletarischen Kommunisten, die alle Nöte einer illegalen Partei zu ertragen haben. Ich muß offen gestehen, mit den führenden Organen der Partei ist die Sache schlechter bestellt. Die Führung der polnischen Partei hat in den wichtigsten Fragen, durch die die ganze Taktik der KI bestimmt wird, in der deutschen und in der russischen Frage, viel zu viel Diplomatie getrieben. Und das erzeugt traurige Gedanken. Die polnischen Genossen aus dem Zentralkomitee kennen die russischen Verhältnisse besser als die andern, die deutschen Verhältnisse kennen sie auch recht gut. Sie stellen sich jetzt auf den Standpunkt des ZK sowohl in der russischen als auch in der deutschen Frage. So behaupten sie.

Diese Erklärung hat nur einen Mangel: sie kommt etwas zu spät. Es gibt eine russische Redensart: „Senf nach dem Abendessen." Nun, Genossen, Senf nach dem Abendessen kann manchmal auch gut sein, aber wir wollen lieber Senf beim Essen genießen.

Was die Durchführung der Einheitsfronttaktik betrifft, so haben die polnischen Genossen selbst auf ihrer eigenen Konferenz zugegeben, daß große rechte Fehler begangen worden sind. Man hat in der Presse wiederholt die Arbeit des Genossen *Krulikowski* im Polnischen Sejm kritisiert. Ich muß sagen, soweit ich sein Auftreten verfolgen kann, halte ich es für ein heldenmütiges (Zwischenruf *Radek:* Sehr richtig!), für ein richtiges und revolutionäres Verhalten. Man soll nicht wegen einer einzigen geringen Entgleisung den Genossen am Ärmel zupfen, man darf nicht die Umstände vergessen, die schwierigen Bedingungen der Arbeit im weißgardistischen Parlament. Im allgemeinen nutzt Genosse Krulikowski den Parlamentarismus im Geiste Karl Liebknechts aus. Alles übrige, Genossen, sind Kleinigkeiten.

Ich kann nicht dasselbe sagen von dem leitenden Organ der polnischen Partei. Während des Krakauer Aufstandes — wo war unsere Partei? Sie war nicht da. Ich sage nicht, daß eine Partei immer die Mehrheit haben muß, aber, Genossen, in einem Moment, wo ein Aufstand von Regimentern aufflackert — wenn in diesem Moment die Kommunistische Partei durch Abwesenheit glänzt, so gibt das schon zu denken. Ja, die Schwierigkeiten der Arbeit in Polen sind wirklich groß und ungewöhnlich. Wir wissen wohl, was illegales Arbeiten unter solchen Umständen ist. Wir kennen das heroische Wirken der ZK-Mitglieder, die unmittelbar in Polen arbeiten. Aber die politische Spitze des ZK krankt an Diplomatie. Das ZK ist nicht einheitlich. Ich bin fest davon überzeugt: In dem Moment, wo die polnischen kommunistischen Arbeiter erfahren, wo sie der Schuh drückt, wo in der Führung etwas falsch ist, wie die wirkliche Kontroverse zwischen ihrem ZK und der Internationale und insbesondere der KPR ist — in diesem selben Moment werden die polnischen Arbeiter *auf unserer* Seite stehen, auf der Seite der Kommunistischen Internationale, auf der Seite der Kommunistischen Partei Rußlands, und nicht auf seiten der Diplomatie. Ja, Diplomatie gegen bürgerliche Feinde, gegen die Sozialdemokraten ist eine ganz gute Sache, aber nur gegenüber unseren Feinden! Das müssen wir auch manchmal tun. Gegen eine solche Diplomatie läßt sich nichts einwenden. Aber in unserer Kampfgemeinschaft, in unserer Internationale, hier braucht man keine Diplomatie. Ich glaube, um den Namen der polnischen Sektion als einer der besten bolschewistischen Parteien wiederherzustellen, ist es notwendig, ein wenig die Fehler der Spitzen des polnischen ZK zu korrigieren.

In der italienischen Sektion

Jetzt, Genossen, zu *Italien*. Da haben wir zwei praktische Fragen. Erstens das Verhalten gegenüber den sogenannten „Terzini", zweitens das Verhalten gegenüber der Sozialistischen Partei Italiens. Wir müssen, glaube ich, die sofortige Vereinigung mit den „Terzini", mit den Anhängern der III. Internationale, beschließen. Die Zeit dafür ist gekommen. Ob die „Terzini" in die Parteileitung kommen müssen — diese Frage ist für mich nebensächlich. Gewiß müssen sie in die Leitung kommen. Wir sollen uns ihnen gegenüber auf die 21 Bedingungen nicht versteifen. Die Genossen wollen schon seit zwei Jahren in unsere Partei, aber *wir* selber sagten zu ihnen: Bleibt in der alten Partei zur Eroberung der Partei von innen heraus. Wir müssen für die SPI den alten Beschluß der Exekutive gelten lassen, d. h. die Tür offen lassen, um sie als sympathisierende Partei aufzunehmen. Bei den jüngsten Wahlen ist bewiesen worden, daß hinter dem „Avanti", hinter der Sozialistischen Partei Italiens noch große Arbeiterschichten

stehen. Sie werden sich erinnern, daß auf dem 4. Kongreß gesagt wurde, es stehen hinter der SPI keine Arbeiter, sondern nur Angestellte, Kleinbürgertum usw. Es ist jetzt durch die Wahlen unwiderleglich bewiesen worden, daß hinter der Sozialistischen Partei Italiens noch Hunderttausende guter Proletarier stehen. Lazzari, Clerici u. a. sind keine Kommunisten. Sie sind Gefühlsrevolutionäre. Neulich habe ich von dem alten Lazzari einen Brief erhalten, in dem er schreibt: Es ist eine Gewissenfrage — einerseits die Partei, andererseits die KI; er könne keinen Disziplinbruch begehen, aber er bleibe der III. Internationale treu usw. Aber ich weiß, daß hinter der SPI Hunderttausende von Arbeitern stehen, von denen viele für uns sind. Der Politikaster *Vella* ist jetzt, scheint es, fast ganz abgesägt, selbst für die SPI. Das ist ein Beweis dafür, daß wir die Tür offen und den früheren Beschluß hierin bestehen lassen müssen. Es hat sich gezeigt, daß die extrem „linken" Kommunisten in Italien etwas Falsches sagten, als sie erklärten, hinter der Sozialistischen Partei stünden keine Arbeiter. Es stehen hinter ihr Tausende von Arbeitern, die immer noch glauben, daß die Sozialistische Partei halbwegs der III. Internationale angehört, daß es sich einfach um ein Mißverständnis handelt, das man aufklären soll.

Gegen die zentristischen Elemente muß der Kampf natürlich weitergeführt werden.

Was unsere *Kommunistische Partei in Italien* betrifft, so haben die Wahlen gezeigt, daß sie doch eine sehr starke, gute Partei mit einem gesunden proletarischen Kern ist. Dieser Partei gehört unsere ganze Unterstützung. Sie ist unsere Hoffnung. Sie ist die einzige Vertreterin der KI in Italien. Jedoch die Schwächen, die wir kritisiert haben, bleiben bestehen. Die letzte Zeit hat die Richtigkeit der Auffassung der KI gezeigt. Sie kennen die Tatsache, daß wir jetzt dort drei Fraktionen haben. Ich weiß nicht, welche Fraktion über die faktische Mehrheit verfügt. Wir werden mit unseren Schlußfolgerungen abwarten, aber ich weiß, daß die ultralinke Fraktion politisch unrecht hat. *Bordiga* fordert in seinen Thesen die „vollständige Bestätigung" der Thesen von Rom aus dem Jahre 1922, der ganzen Politik der KPI und der Taktik gegenüber den „Arditi del Popolo", d. h. eine Anerkennung jener Thesen, die wir schon zwanzigmal kritisiert haben, noch gemeinsam mit Genossen *Lenin*. Bordigas Freund Rossi schreibt:

„Hingegen ist *nichtkommunistisch* eine Taktik, die von der Situation Weisungen oder Eingebungen für die taktischen Methoden erwartet."

Ich frage: An was sollen wir unsere Taktik anpassen, wenn nicht an die Tatsachen, an die konkrete Situation? In der italienischen „Linken" gibt es Doktrinäre, die glauben, daß wir zusammenkommen

und ein für allemal auf Grund gewisser „Prinzipien" irgendeine taktische Alchimie ausarbeiten können, die für alle Zeiten brauchbar wäre. Gewiß, wir dürfen unsere Taktik nicht herabwürdigen, wir dürfen sie nicht bei den geringfügigsten Veränderungen der Situation wechseln. Aber den Tatsachen Rechnung tragen, ist wahrhaftig auch uns Kommunisten nicht schädlich. Wir bleiben Kommunisten unter allen Umständen, das ist klar. Daß wir aber die kommunistische Taktik an die Situation anpassen müssen, ist so selbstverständlich, daß wir darüber nicht mehr zu reden brauchen. Und nur Genossen, die keine Fühlung mit den Massen haben, die keine Marxisten sind, können das Gegenteil fordern.

Die italienische Frage ist eine etwas heikle Frage. *Bordiga* und seine Freunde sind gute Revolutionäre, die treu zur Internationale halten, aber die Schwächen, die *Lenin* bei ihnen kritisiert hat, bestehen bis jetzt noch. Hier ist die Lage nicht so, daß die Internationale nachgeben müßte: nachgeben müssen Bordiga und seine Gesinnungsfreunde. Wenn sie ihren Dogmatismus loswerden, werden sie der italienischen Revolution größere Dienste leisten.

Noch ein Wort möchte ich dazu sagen. Bordiga hat unlängst erklärt: Wenn die Internationale sich nicht bessert, seinen Standpunkt nicht annimmt, nun dann wird er bloß „formelle Disziplin" üben und wird versuchen, eine linke Fraktion im internationalen Maßstab zu bilden. Ich glaube, das wird die Internationale niemals dulden. Bordiga ist uns lieb, aber die Internationale noch lieber. Nicht die Internationale muß sich an Bordiga anpassen, sondern Bordiga an die Internationale. Es kann keine Rede sein von „formeller Disziplin" in unserer Kommunistischen Internationale. Wir sind eine kommunistische Weltpartei, wir wollen nicht rückwärts-, wir müssen vorwärtsgehen, und je weiter wir vorwärtskommen, um so mehr werden wir zur kommunistischen Weltpartei werden.

Gestatten Sie mir, daß ich auf die andern Parteien nicht mehr eingehe. Die Zeit ist vorgerückt. Das Gesagte läßt sich mit bestimmten Modifikationen auch auf die andern Parteien anwenden. Ich verweile hier bloß bei denjenigen, die momentan von größter Bedeutung sind.

Die KJI ist unser Stolz

Noch einige kurze Bemerkungen über unsere Hilfsinternationalen und die Organisationsfrage. *Die Jugendinternationale ist unser Stolz und unsere Hoffnung.* Es reifen da eine wirkliche kommunistische Generation und wirkliche kommunistische Führer heran. Wir haben hierin die Sozialdemokratie teilweise schon überflügelt; in der Union der Sowjetrepubliken ist die kommunistische Jugend zu einer Organisation angewachsen, die anstatt der früheren 400 000 jetzt schon

700 000 Mitglieder zählt; in Deutschland anstatt der früheren 28 000 fast 70 000. Im Ruhrgebiet verdient der Kampf unserer Jugend jedwedes Lob. Die Kommunistische Jugendinternationale ist die rechte Hand der Kommunistischen Internationale. Wir haben hier sehr wichtige Arbeit zu leisten.

Einige Bemerkungen über die andern Hilfsinternationalen.

Die „Rote Hilfe" arbeitet meiner Meinung nach sehr gut, die IAH. ebenfalls. Sie wissen, daß die deutsche Sozialdemokratie den Austritt aus der IAH beschlossen hat. Die Sport-Internationale hat gleichfalls gute Erfolge zu verzeichnen. Die Frauenbewegung muß noch gestärkt werden, wir haben hier zu wenig geleistet.

Die Organisationsfrage.

In der organisatorischen Frage, glaube ich, ist es Zeit, ernsthaft an die Frage der Organisation unserer Parteien auf Grund der Betriebszellen heranzugehen. Wir würden dabei Mitglieder verlieren — so wird behauptet. Wir müssen aber den Arbeitern sagen, daß eine Partei unbedingt auf der Grundlage der Produktion aufgebaut werden muß. Die bisherige Organisation nach Wohnbezirken war ein Überrest der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie baute ihre Organisation als Wahlapparat zu Wahlzwecken auf, und wo unsere kommunistische Partei so aufgebaut ist, hat sie in dieser Hinsicht noch ein gut Teil von der Sozialdemokratie an sich. Wir müssen endlich die Partei auf Betriebszellen umstellen, damit wir auf dem 6. Weltkongreß darüber nicht mehr zu sprechen brauchen.

Die Frage der Führung ohne Lenin

Nun noch zum Schluß ein paar Worte zur weiteren Führung der Internationale. Hier muß ich wieder einige Worte des Genossen *Bordiga* zitieren, der mit einer Courage, die anerkennenswert ist, diese Frage angeschnitten hat. Er sagt wörtlich folgendes:

„Wo sind Garantien dafür, daß die Internationale zur Kommunistischen Weltpartei werden wird? Die Tatsache, daß an der Exekutive die besten Genossen der russischen Partei teilnehmen, ist noch nicht ausreichend, da es sich um eine Weltfrage handelt. Die Wagnisse, die wir bisher unternahmen, weil sie von einem Genie wie Lenin geleitet wurden, muß man gegenwärtig ablehnen als gefährlich für die kommunistische Bewegung des Proletariats."

Genossen! Wir brauchen keine Zeremonien. Wir müssen offen sagen, in dieser Frage hat Bordiga etwas recht. Wir nehmen es ihm nicht übel, daß er darauf hinweist, daß, wo wir *Lenin* nicht mehr haben, das allgemeine Vertrauen nicht mehr so unumschränkt sein kann. Wir selber haben dieses Vertrauen zu uns in diesem unbedingten

Grade nicht mehr, wie wir es früher hatten, als wir wußten, daß unsere Beschlüsse sozusagen endgültig vom Genossen *Lenin* ratifiziert werden würden. Denn wir alle wußten, daß sein Urteil so reif, so objektiv, so klug, so marxistisch, so weitsichtig sein wird, wie bei niemandem sonst. Es ist unser Unglück, daß wir den besten Kopf, den besten Menschen, den genialsten Führer verloren haben. Das muß auf allen Gebieten große Folgen nach sich ziehen, und wir sind vorsichtiger geworden.

Aber welche Schlüsse kann man daraus ziehen? Unseren *Lenin* haben wir nicht mehr, einen zweiten *Lenin* gibt es in der Welt nicht. Aber der Kampf des Weltproletariats muß geleitet werden. Die Schlußfolgerung ist die: Die internationale Leitung muß noch mehr *kollektiv* sein, sämtliche Parteien müssen der Exekutive, dem leitenden Organ der Internationale, die besten Schüler von *Marx* und *Lenin* zuführen, die besten Köpfe, die besten Organisatoren. Welche andern Mittel als diese können wir noch ausdenken? *Lenin* ist nicht mehr. An seiner Statt müssen wir aus allen Bruderparteien heraus die besten Kräfte aussondern, um die kollektive Leitung der Internationale zu organisieren. Aber nachdem wir dieses leitende Organ aufgebaut haben, da wir eine Exekutive haben, die aus den besten Kommunisten der ganzen KI der ganzen Welt zusammengesetzt ist, soll in ihr nicht „formelle" Disziplin herrschen, sondern *eine wahre proletarische und kommunistische Disziplin.* Wir nehmen es *Bordiga* nicht übel, wir sind nicht so dumm, uns einzubilden: *Lenin* ist tot, und alles wird beim alten bleiben! Wir selbst appelieren an euch, Genossen aus allen Bruderparteien. *Lenin* ist nicht mehr, so wollen wir versuchen, ihn, wenn auch nur bis zu einem gewissen Grade, mit *gemeinsamen* Kräften zu ersetzen. Wir brauchen die Internationale zur Befreiung der Arbeiterklasse, wir müssen eine kollektive Führung zustandebringen, ein ehernes Organ, das wirklich führend eingreift und die kollektive Zusammenfassung der gesamten Arbeiterklasse darstellt, den kollektiven Verstand aller Parteien verkörpert.

Fälle von Disziplinbruch

Wir hatten Fälle von Disziplinbruch in dieser Zeit. Man hat sie teilweise nicht geahndet. Wir hatten z. B. solche Disziplinbrüche von rechts, wie durch Hoeglund, der Tranmael unterstützte, und von links durch Bordiga, der es ablehnte, ein Mandat zum Parlament anzunehmen, obwohl die Partei und die Exekutive darauf bestanden hatten.

Wir versuchten, geräuschlos diese Fälle zu liquidieren, da wir diese Genossen persönlich hochschätzen. Hoeglund hat sich während des Krieges als guter Revolutionär erwiesen, Bordiga hat ebenfalls ernsthafte Verdienste. Aber ich sage offen, wenn der Kongreß keine Garantien schafft, daß sich ähnliche Disziplinbrüche nicht wiederholen,

können wir die ganze Verantwortung nicht auf uns nehmen. Unsere Disziplin muß jetzt noch straffer sein, als sie zu Lebzeiten Lenins war. Wir dürfen nicht zurückschauen, sondern müssen vorwärtsblicken und eine *Weltpartei* schaffen, ein internationales Exekutivkomitee, ein internationales leitendes Organ. Niemand soll es wagen, von der Wahrung bloß „formeller" Disziplin zu reden. Dann sind wir die Internationale Zweieinhalb, dann sind wir nicht Testamentsvollstrecker von *Marx* und *Lenin,* dann sind wir nicht viel besser als die Crispien. Wir müssen kämpfen für eine einheitliche kommunistische Partei ohne Fraktionen und ohne Gruppierungen.

Die KPR

Was unsere *Russische Kommunistische Partei* betrifft — ich bin mir darüber klar, daß sie manchem nicht gefällt, sie gefällt Souvarine nicht, manchmal auch *Radek* nicht (Zwischenruf *Radek:* Mir gefällt sie sehr!), Sie sehen, sogar Radek gefällt sie —, so erkläre ich ihnen, die KPR. ist eine disziplinierte Partei und erblickt ihren größten Stolz darin, der KI das beste zu geben, worüber sie verfügt. Wir haben nur eine Bitte an euch — ihr möget dasselbe tun. Lenin ist nicht mehr. Aber der Leninismus ist geblieben. Um ihm zum Siege in der ganzen Welt zu verhelfen, muß eine feste Führung da sein, wir müssen allen Genossen sagen: Wir brauchen eine noch strengere, straffere Disziplin als früher.

Die neue politische Konjunktur in Europa, die langanhaltende Periode der Wirtschaftskrise in der ganzen Welt, stellt uns vor große gewaltige Aufgaben. Wir können sie bewältigen nur unter der Bedingung, daß wirkliche Disziplin zu unserer Elementarpflicht wird.

Gewiß, es ist leicht, ein disziplinierter Soldat zu sein, wenn man in der Mehrheit ist, wenn man alles, was man für die Bewegung für nützlich hält, durchführen kann. Aber man muß auch in der Minderheit diszipliniert sein können. Es gab eine Zeit, in der wir sogar im Schoß der II. Internationale straffe Disziplin übten, aber später wurde es unsere Pflicht und Schuldigkeit, eine linke Fraktion in der II. Internationale zu bilden (Zwischenruf Wynkoop: Richtig!), mit allen Mitteln gegen den Opportunismus zu kämpfen und dann die II. Internationale auch zu spalten. Das war richtig. Aber das kann nicht mit der III. Internationale geschehen, mit der Leninschen Internationale, der kommunistischen Weltpartei, die einheitlich, aus einem Guß, wie aus einem Block gehauen sein muß. Wir werden Ihnen nicht sagen, daß alles in unserer russischen Partei gut sei, aber nach und nach werden wir alle Mängel gutzumachen wissen. Aber wenn man hört, wie mir ausländische Genossen die Worte einzelner Führer unserer Opposition weitergegeben haben: Wartet nur, im Oktober gibt es ein Defizit im

Budget Sowjetrußlands von 400 Millionen, dann wird sich herausstellen, wer recht hatte und wer unrecht — so muß die Kommunistische Internationale eine solche Sprache unmöglich machen! (Stürmischer Beifall!)

Die KI soll sagen, daß sie ebensogut wie wir alle weiß, welche Schwierigkeiten die proletarische Regierung hatte, hat und haben wird, diese erste proletarische Regierung, die von Feinden umringt ist. (Beifall.)

Die II. Internationale geht abwärts, die III. aufwärts.

Wenn wir nicht allein ein Lippenbekenntnis für *Lenins* Lehre ablegen, wenn wir eine wirkliche kommunistische Leninsche Internationale schaffen wollen, wenn die Resolution über die Bolschewisierung der Partei nicht eine leere Phrase sein soll, dann brauchen wir eine eiserne Disziplin, dann müssen wir alle Reste und Überbleibsel des Sozialdemokratismus, des Föderalismus, der „Autonomie" usw. ausmerzen.

Wir dürfen uns nicht scheuen, dies auszusprechen. Ja, wir sind nicht vom Himmel gefallen, wir sind aus dem Schoße der II. Internationale geboren. Die bürgerliche und kleinbürgerliche sozialdemokratische Ideologie ist das Unglück unserer Klasse, sonst hätten wir schon längst die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie besiegt. Aber wir müssen gegen diese Gefahr kämpfen, energisch, mutig, beharrlich und tatkräftig, wie es Revolutionären und Leninisten geziemt. Keine Panik, wenn eine Opposition von rechts aufkommt. Klärt die Irrtümer auf, kämpfet, und ihr werdet siegen. Schafft eine wirkliche Kommunistische Internationale!

Die II. Internationale ist noch numerisch stark, aber historisch ist sie zu Grabe getragen. Wir haben uns das früher allzu einfach vorgestellt: die Epoche der II. Internationale ist zu Ende, die Epoche der III. hat begonnen. Historisch ist es richtig, aber im gesellschaftlichen Leben sind die Beziehungen nicht so einfach: das Ende des Zeitalters der II. Internationale und der Anfang des Zeitalters der Kommunistischen Internationale stimmen in der Zeit überein. Eine gewisse Anzahl von Jahren werden die beiden parallel nebeneinander bestehen. Die II. Internationale wird nach und nach den Schauplatz verlassen. Es geht abwärts mit ihr. Wir gehen aufwärts. Wir werden siegen. Dazu gehört eine eiserne Disziplin, eine wirkliche kommunistische Weltpartei, wie sie die KI werden muß. Wir haben nicht umsonst gelobt, im Geiste der Lehre *Lenins* zu wirken. Als wahre kommunistische Weltpartei müssen wir gegen den Opportunismus der Rechten kämpfen und die Irrtümer der Linken aufhellen. Wir brauchen eine eiserne kommunistische Führung, weil wir vor großen Kämpfen stehen. Wer

von uns hat auf dem 4. Kongreß daran gedacht, daß wir im Oktober 1923 würden über die Frage der deutschen Revolution so ernsthaft beraten müssen? Aber die Ereignisse waren ganz nahe herangerückt.

Die Dinge reifen schneller heran, als wir glaubten, trotzdem es uns scheint, daß es zu langsam geht. Es ist klar, daß zwischen dem 5. und dem 6. Weltkongreß uns entscheidende Kämpfe an vielen Orten der Erde erwarten. Wir müssen bereit sein, alles zu tun, damit wir, nicht in Worten, sondern in der Tat, eine wirklich unbesiegbare kommunistische Weltpartei werden. (Stürmischer, langanhaltender Beifall, der in Ovationen übergeht. Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen und singen die „Internationale".)

VIERTE SITZUNG

(Freitag, den 20. Juni 1924)

Die wirtschaftliche Weltlage

Redner: Varga
Eröffnung: 10 Uhr 30 vormittags
Vorsitz: *Geschke*

GESCHKE eröffnet die Sitzung. Es werden zunächst noch einige Kommissionen bestätigt. Hierauf erhält *Varga* das Wort zu seinem Referat über die wirtschaftliche Weltlage.

VARGA: Genossen! Es ist jetzt drei Jahre her, daß sich der 3. Kongreß der KI eingehend mit der Weltwirtschaftslage beschäftigt hat. Drei Jahre sind in unserer Zeit eine ziemlich lange Periode, und es ist daher notwendig, neuerdings zu untersuchen, ob jene Grundlagen, die die Thesen des 3. Weltkongresses festgelegt haben, sich bewährt haben oder nicht. Der Grundgedanke der Thesen des 3. Kongresses war, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung sich gegenwärtig in einer Krisenperiode befindet, in einer Periode der Krise, innerhalb deren sich aber die zyklischen Phasen, die die kapitalistische Wirtschaft im allgemeinen kennzeichnen, der Wechsel von Konjunktur und Krisen, weiter fortsetzen. Sie werden sich erinnern, Genossen, daß auf dem 3. Kongreß gegen diese Auffassung eine ziemlich starke Opposition bestanden hat, und zwar vor allem von seiten der damals ebenfalls sehr stark linken deutschen Delegation. Es waren damals die Genossen Thalheimer, Frölich, von der ungarischen Delegation Pogany, die sehr scharf gegen unsere Auffassung waren, daß innerhalb dieser Krisenperiode sich Konjunkturphasen in absehbarer Zeit zeigen würden. Der Kampf war ziemlich scharf und führte sogar zu einer gewissen Modifizierung der Thesen. Statt, wie ursprünglich vorgesehen, positiv vorauszusagen, daß eine Konjunkturphase in absehbarer Zeit eintreten wird, wurden die Thesen dahin modifiziert, daß die Taktik sich ändern soll für den Fall, daß diese Konjunkturphase tatsächlich eintritt. Der Eintritt dieser Konjunkturphase wurde nur als Eventualität in Betracht gezogen.

Genossen! Der Verlauf der letzten drei Jahre hat die Richtigkeit der damaligen Auffassung der KI bestätigt. Die Krisenperiode des Kapitalismus besteht weiter, andererseits ist aber auch in den letzten drei Jahren, wenigstens in einigen Teilen der Wirtschaft der Welt, eine Konjunkturphase eingetreten.

Es fragt sich nun: Was verstehen wir unter dem Ausdruck Krisenperiode des Kapitalismus? Dies läßt sich nicht so leicht definieren, denn einer der hervorstechendsten Züge des gegenwärtigen Kapitalismus ist eben die allgemeine Unsicherheit, der ständige Wechsel der Erscheinungen, das Vorhandensein sich widersprechender Tendenzen und Strömungen in der kapitalistischen Wirtschaft.

Ich würde diese Krisenperiode ungefähr folgendermaßen definieren: *Unter einer Krisenperiode verstehen wir eine Periode im Kapitalismus, in der sich die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft soweit steigern, daß die Einheit der kapitalistischen Weltwirtschaft erschüttert wird, daß die im normalen Kapitalismus aufsteigende Produktion stagniert oder zurückgeht, daß es infolgedessen der Bourgeoisie nicht weiter möglich ist, dem Proletariat eine steigende oder zumindest gleichbleibende Lebenshaltung zu sichern, und daß infolge dieser Entwicklung die objektive Möglichkeit zu erfolgreichen Kämpfen um die Macht gegeben ist.* Ich betone dabei: die objektive Möglichkeit, ob diese Möglichkeit zu einem erfolgreichen Kampfe ausgenutzt werden kann, hängt in erster Linie von der Kampffähigkeit, dem Kampfwillen und der Kampfkraft der Kommunistischen Parteien ab.

Es gibt viele Stimmen, besonders im bürgerlichen, vor allem aber im sozialdemokratischen Lager, die behaupten, die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft sei bereits überwunden oder zumindest im Zuge, überwunden zu werden. Tatsächlich hat es in den letzten drei Jahren gewisse Besserungserscheinungen in der kapitalistischen Wirtschaft gegeben. So vor allem die Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten, die Besserung der Wirtschaftsverhältnisse in England, und die Stabilisierung der Valuta in verschiedenen europäischen Ländern. Trotzdem glaube ich, daß die Auffassung, es sei die Krise überwunden oder doch eine Überwindung derselben im Zuge, falsch ist. Wenn wir unvoreingenommen die Tatsachen beurteilen, so kommen wir zu dem Schlusse, daß die Krisenperiode unvermindert anhält und wahrscheinlich in diesem Jahre schon, im Jahre 1924, besonders scharfe Formen annehmen wird.

Ich will, Genossen, zum Beweis meiner Auffassung, mich vor allem mit der Gestaltung der Produktion als der Basis der ganzen Wirtschaft ein wenig beschäftigen. Hier müssen wir folgendes sagen: Die Weltproduktion hat im Jahre 1923, also in jenem Jahre, das bisher in der Nachkriegszeit das beste war, die Produktion des Jahres 1913

noch nicht erreicht. Zweitens: Es ist absolut unrichtig, wenn man die Jahre 1922-23 vergleicht mit den Jahren 1920-21. Warum ist das unrichtig? Weil die Jahre 1920-21 eine Krisenphase innerhalb der Krisenperiode bildeten, die Jahre 1922 und hauptsächlich 1923 bilden eine Konjunkturphase innerhalb der Krisenperiode. Der Vergleich ist unrichtig. Es werden nicht gleiche Phasen verglichen. Wenn wir Vergleiche anstellen wollen, so werden wir den Vergleich zwischen den letzten Krisenphasen 1920-21 und der Krisenphase, vor der wir jetzt, 1924-25, stehen, anstellen müssen. Dann wird sich ergeben, ob wirklich eine allgemeine Besserung eingetreten ist oder nicht.

Genossen, ich will versuchen, möglichst wenig Zahlen zu geben. Aber ganz vermeiden wird sich das nicht lassen, und darum bitte ich Sie um ein gewisses Wohlwollen gegenüber den Zahlen, die doch notwendig sind, wenn man nicht ganz im luftleeren Raum herumfuchteln will. Ich nehme vor allem die *Landwirtschaft.* In der Landwirtschaft steht es so, daß die bebaute Fläche der Erde heute noch ganz bedeutend hinter jener von 1913 zurückbleibt. Nach Daten eines absolut bürgerlichen deutschen Professors, Sering, betrug die Anbaufläche 1922 für Weizen um 17 Prozent weniger als in der Vorkriegszeit, bei Hafer 13 Prozent, bei Gerste 24, bei Roggen 8 Prozent. Andererseits sehen wir bei einer ganzen Reihe von wichtigen Rohstoffen, z. B. bei Baumwolle, bei Gummi, die ganz bewußte Tendenz der Kapitalisten, die Produktion einzuschränken, um höhere Preise zu erzielen, so daß die Produktion in dieser Ware weit hinter der der Vorkriegszeit zurückbleibt.

Nun zur *schwerindustriellen Produktion.* Sie wissen, daß für den Kapitalismus eben die Produktion von Kohle, Eisen und Stahl ausschlaggebend ist. Wenn wir die Zahlen des letzten Jahres mit denen der Vorkriegszeit vergleichen, so finden wir, daß die Kohlenproduktion knapp die der Vorkriegszeit erreicht, wohingegen die Eisen- und Stahlproduktion noch hinter der Vorkriegszeit zurückbleibt. So z. B. beträgt in den wichtigsten Ländern die Produktion von Eisen zusammen zirka 10 Prozent weniger als vor dem Kriege, und die Stahlproduktion ist knapp so groß wie vor dem Kriege. Wenn Sie daran denken, Genossen, wie in normalen Zeiten in einem Jahrzehnt die Eisen- und Stahlproduktion sich um die Hälfte, manchmal um das Doppelte erhöhte, so sehen Sie hieraus, wieweit wir in der Krisenperiode drinstecken. Weiter ist, was ich für besonders wichtig halte, die *Produktionskapazität der Schwerindustrie absolut nicht ausgenutzt.* Ich will Ihnen einige Zahlen darüber geben. Es gibt in England 457 Hochöfen. Davon waren Anfang des Jahres 194 im Betrieb, also ungefähr 40 Prozent. In den Vereinigten Staaten gibt es zirka 420. Davon waren Anfang des Jahres 270 im Betrieb, im Mai nur noch 230 und

momentan wahrscheinlich nicht mehr als 200, also bloß die Hälfte. Über Deutschland brauche ich ja in dieser Beziehung nicht zu sprechen, da dort die Schwerindustrie während des ganzen vergangenen Jahres, wie Sie wissen, stillgelegen hat.

Weiter, Genossen, muß ich Sie auf eines besonders aufmerksam machen. Es ist ganz irreführend, wenn man von Produktionsdaten im Weltmaßstab spricht, denn die gegenwärtige kapitalistische Weltwirtschaft teilt sich ziemlich scharf in zwei Teile: Amerika und die englischen Siedlungskolonien, wo der Kapitalismus noch eine aufsteigende Linie zeigt, und Europa, das alte Zentrum der kapitalistischen Wirtschaft, wo der Kapitalismus eine spezielle Krise durchmacht, über die ich später besonders sprechen werde.

Nun, Genossen, von dieser Quantität der Produktion entfällt ein immer größerer Teil auf die Vereinigten Staaten und ein immer kleinerer Teil auf Europa. So z. B. entfielen bei Eisen von der Produktion 1913 40 Prozent auf die Vereinigten Staaten, gegenwärtig sind es 62 Prozent; bei Stahl waren es 42 Prozent, gegenwärtig über 60 Prozent; bei Petroleum waren es 65 Prozent, gegenwärtig 72 Prozent. Einer der bekanntesten deutschen Großindustriellen, Thyssen, schrieb Anfang dieses Jahres in einer französischen Zeitung, im „Journal des Débats", folgendes:

„Amerika produziert 40 Millionen Tonnen Stahl. Wenn es ihm morgen einfällt, 5 Prozent dieser Produktion auf den europäischen Markt zu werfen, so würde dieser erschüttert werden."

Also 5 Prozent der amerikanischen Produktion würden genügen, um die europäische Schwerindustrie in die schwerste Krise hineinzubringen. Demgegenüber sehen wir, Genossen, daß die Produktion von Eisen und Stahl in den europäischen Ländern sehr stark zurückgegangen ist, so z. B. in England von 10,2 auf 7,6 und in Deutschland von 19,2 auf 5 Millionen Tonnen. Daraus ergibt sich, Genossen, daß man in den wichtigsten Zweigen der Produktion in dem besten Jahr der Nachkriegszeit die Vorkriegsproduktion im allgemeinen kaum erreicht hat und in Europa stark hinter ihr zurückgeblieben ist.

Eines der wichtigsten Zeichen für diese Krisenperiode ist die *Gestaltung der Arbeitslosigkeit.* Wenn wir die Arbeitslosenzahlen der wichtigsten kapitalistischen Länder zusammennehmen, so bekommen wir das merkwürdige Ergebnis, daß die Arbeitslosigkeit während dieser ganzen Zeit, während der Periode, wo angeblich eine Gesundung der kapitalistischen Wirtschaft vor sich gegangen ist, fast gleichgeblieben ist. Wenn Sie diese Tabelle über die Arbeitslosigkeit dort ansehen, wenn Sie sich vorstellen, daß diese Linien zueinander addiert sind, so ergibt sich, daß die Arbeitslosigkeit fast unverändert geblieben ist. Geht in einem Land die Arbeitslosigkeit zurück — betrachten Sie

daraufhin die Linie der amerikanischen Arbeitslosigket und die der deutschen Arbeitslosigkeit —, also wenn die eine fällt, so steigt die andere, so daß man, wenn man die bezüglichen Raten zusammenrechnet, zu dem Ergebnis kommt, daß offiziell in den wichtigsten Ländern, in den Vereinigten Staaten, in England, Deutschland, Italien, der Tschechoslowakei, Polen, also nur in den allergrößten Ländern, die Zahl der Arbeitslosen ständig insgesamt ungefähr 4 bis 5 Millionen beträgt. Selbstverständlich ist die wirkliche Zahl der Arbeitslosen bedeutend höher: das sind nur die Zahlen, die offiziell ausgewiesen werden. Gegenwärtig gibt es in den Vereinigten Staaten sicherlich schon weit über 2 Millionen, vielleicht sogar 3 Millionen Arbeitslose. Und so sehen wir folgendes: Während früher, in den normalen Zeiten des Kapitalismus, die Arbeitslosigkeit eine vorübergehende Erscheinung war, wird sie jetzt zu einer ständigen Erscheinung. Es gibt in England ganze Schichten von Arbeitern, die schon mehr als drei Jahre ständig arbeitslos sind, und die Konjunkturphase, die soeben vorübergegangen ist, war nicht imstande, diese Arbeitslosen aufzusaugen.

Ich komme nun zu einer Frage, die besonders in der deutschen Delegation sehr viel besprochen wird: das ist *die Frage der Akkumulation.* Ich will da nicht über die theoretische Seite dieser Frage sprechen, das wird wahrscheinlich Genosse Bucharin in seinem Referat über die Programmfrage tun. Ich will nur folgende konkreten Dinge behandeln: Erstens die Frage: Gibt es gegenwärtig eine Akkumulation oder gibt es keine? Die Genossen, die alle Erscheinungen der Politik mit der Frage: Akkumulation — Nichtakkumulation entscheiden wollen, haben sich leider nicht die Mühe genommen, konkret zu analysieren, ob eine Akkumulation wirklich stattfindet oder nicht. Wenn wir diese Frage behandeln, so müssen wir unterscheiden zwischen Akkumulation von Reichtum und Akkumulation von Kapital. Diese zwei Dinge sind nicht ganz dasselbe. Unter Reichtum verstehen wir aufgehäufte Produkte in ihrer Naturalform, und unter Kapital verstehen wir, daß dieser Teil dieses Reichtums sich im Besitz der Kapitalisten befindet und zur Ausbeutung angewandt wird. Unter normalen Verhältnissen gehen diese zwei Linien, die Anhäufung von Reichtum und die Anhäufung von Kapital, parallel. Es muß aber nicht so sein.

Wenn wir untersuchen wollen, ob gegenwärtig eine Akkumulation vor sich geht oder nicht, so stoßen wir auf große Hindernisse. Erstens kann man versuchen, diese Frage von der Geldform her zu lösen, also die Gestaltung der Spareinlagen, die Emissionen usw. zu beobachten. Mit dieser Methode kommen wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht weiter, erstens weil die Geldentwertung, die Änderung des Geldwertes alle diese Zahlen sehr hypothetisch macht; zweitens weil durch die gegenwärtige Verschachtelung der Aktiengesellschaften es

fast unmöglich erscheint, eine wirkliche Neuanlage von Kapital, eine neue Akkumulation, zu unterscheiden von den verschiedenen Methoden der Ineinanderschachtelung der Aktien und des Kapitals der verschiedenen kapitalistischen Unternehmungen.

Man kann dann gewisse äußere Zeichen zur Entscheidung dieser Frage heranziehen. Solche äußeren Zeichen sind die reale Naturalform der Akkumulation, z. B. die Gestaltung der Bautätigkeit, die Gestaltung der Eisen- und Stahlproduktion. Die Bautätigkeit ist eine Form der Akkumulation par excellence. Denn wenn man ein Gebäude baut, so verwendet man die gegenwärtige Arbeitszeit in einer Form, die erst in einer Reihe von Jahrzehnten vernutzt wird. Ähnlich steht es mit den meisten Produkten der Eisen- und Stahlindustrie. Also als äußeres Zeichen kann man diese heranziehen. Wenn wir dies tun, dann sehen wir, daß es eine reale Anhäufung von Reichtum in den Vereinigten Staaten sicher gegeben hat. Dagegen läßt sich dies nicht behaupten von den meisten europäischen Ländern. Sie wissen, daß in allen europäischen Ländern ein absoluter Mangel an Wohnungen besteht und daß der Kapitalismus bisher außerstande war, die Bautätigkeit in Gang zu bringen. Das bedeutet, daß der Kapitalismus nicht in der Lage ist, eine reale Akkumulation von Reichtum bzw. Kapital vorzunehmen.

Aber, Genossen, es wird sehr oft dieser Frage eine politische Bedeutung zugesprochen, die ihr meines Erachtens nicht zukommt, es wird sehr oft die ganze Strategie der Kommunistischen Partei von der Entscheidung dieser Frage abhängig gemacht, wobei jene Genossen, die sich als Anhänger der Luxemburgschen Akkumulationstheorie erklären, unter sich ganz und gar nicht einig sind. Ich erinnere hier vor allem an eine Artikelserie des Genossen *Olivier* in der „Vie Ouvrière", wo er über die Programmfrage schreibt und wo er erklärt, die Auffassung der Kommunistischen Internationale, daß es eine Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft gebe, sei unrichtig. Es habe während des Krieges und in der Nachkriegszeit eine gewaltige Akkumulation von Kapital stattgefunden, es finde auch gegenwärtig eine solche statt, infolgedessen könne von einer Krisenperiode keine Rede sein. Andererseits gibt es deutsche Genossen, die der Ansicht sind, daß es gegenwärtig keine Akkumulation geben werde, infolgedessen sich unsere ganze Perspektive umzustellen habe. Nun, Genossen, ich glaube, beide Auffassungen sind politisch gefährlich. Die Auffassung von Olivier steht dem Liquidatorentum sehr nahe. Er behauptet, solange eine Akkumulation vor sich gehe, könne von einer Krise des Kapitalismus keine Rede sein, infolgedessen dürfte dann auch — was er zwar nicht sagt, was aber daraus folgt — von erfolgreichen Kämpfen um die Macht in absehbarer Zeit keine Rede sein. Nun sage ich folgendes: Es ist ganz gut möglich, daß eine Akkumulation von Kapital vor sich

geht innerhalb der Krisenperiode, ohne daß sich daraus die Unmöglichkeit erfolgreicher Kämpfe ergeben würde. Denn diese Akkumulation kann vor sich gehen eben auf Kosten der Mittelschichten, auf Kosten des Proletariats. Es kann die Akkumulation sein, die wir in Deutschland vor uns sehen, wo von dem verminderten Bestand des Gesamtreichtums ein größerer Teil in die Hände der größten Kapitalisten übergeht, also eine Akkumulation von Kapital nicht durch die Ansammlung neu produzierter Werte, sondern durch die Expropriation ganzer Schichten, durch die Aneignung von früher produzierten Werten durch die Kapitalisten. Also eine Lage, die für große Kämpfe des Proletariats absolut günstig ist, weil sie die städtischen und ländlichen Mittelschichten in eine schwere Lage bringt. Andererseits ist auch die Auffassung gefährlich, die man bei vielen deutschen Genossen findet, die da sagen: Es findet keine Akkumulation statt, infolgedessen ist das Schicksal des Kapitalismus besiegelt. Das ist unrichtig. Der Kapitalismus muß durch große, opferreiche Kämpfe gestürzt werden, selbst wenn er nicht akkumulieren kann. Der Kapitalismus als Gewaltorganisation zur Niederhaltung des Proletariats kann weiter funktionieren, auch wenn keine Akkumulation stattfindet, wenn das Proletariat nicht im aktiven Kampfe diesem Zustand ein Ende macht. Es kann geschehen, daß Millionen Arbeiter aussterben, daß unausgetragene Bürgerkriege die Bevölkerung des Landes dezimieren, es kann geschehen, daß einzelne Länder in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung auf eine vorkapitalistische Stufe zurückgeschraubt werden: es kann die ganze kapitalistische Gesellschaft verfaulen, zugrundegehen; aber keinesfalls darf gesagt werden, daß die vorausgesetzte Tatsache der Unfähigkeit des Kapitalismus, zu akkumulieren, von sich aus den Zusammenbruch hervorbringt. Es war dies auch nicht die Meinung von Rosa Luxemburg selbst, aber es ist, wenn das auch nicht immer offen ausgesprochen wird, die Meinung vieler deutscher Genossen der äußersten Linken. Ich glaube, es ist notwendig, auf die Unrichtigkeit dieser Auffassung hinzuweisen.

Nun möchte ich übergehen zur Charakterisierung der wirtschaftlichen Zustände der letzten Jahre. Und da sehe ich als Neues folgende drei große Erscheinungen:

1. *Das Aufhören des Bestehens einer zusammenhängenden kapitalistischen Weltwirtschaft;*

2. *eine spezielle Krise der westeuropäischen Industrieländer* innerhalb der allgemeinen Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft;

3. *die Agrarkrise.*

Was den ersten Punkt anbelangt, daß keine einheitliche kapitalistische Weltwirtschaft mehr besteht, möchte ich auf folgende wichtige Erscheinungen hinweisen:

1. Das Bestehen Rußlands, eines Riesenreiches außerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft, eines Proletarierstaates, wo die proletarische Herrschaft heute so sicher fundiert ist, daß selbst die erbittertsten Gegner außerhalb Rußlands heute die Hoffnung aufgeben, den Sturz der Proletarierherrschaft herbeiführen zu können.

2. Das Fehlen einer einheitlichen Konjunktur in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Ich habe in meiner Broschüre, die die meisten Genossen erhalten haben, versucht, eine Tabelle zusammenzustellen, in der ich zeige, daß in derselben Zeit, in der in einigen Ländern ein Aufstieg, in anderen ein Niedergang der Konjunktur vor sich geht, wohingegen in normalen Zeiten die ganze kapitalistische Weltwirtschaft dieselbe Konjunkturbewegung durchgemacht hat. Und was besonders wichtig ist, die Besserung der Konjunktur in einzelnen Ländern ist in den meisten Fällen erkauft auf Kosten der Verschlechterung in anderen Ländern.

Wenn wir die Sache etwas näher untersuchen, so hebt sich aus diesem Komplex heraus die Hochkonjunktur in Amerika. Die ersten Zeichen dieser Konjunktur waren schon zur Zeit des 3. Kongresses sichtbar. Sie haben sich langsam gesteigert, und der Höhepunkt wurde im Frühjahr, im April 1923 erreicht. Dann begann ein langsames Sinken, im ersten Vierteljahr 1924 noch ein Aufflackern und dann gegenwärtig ein ungemein scharfes Fallen der Konjunktur, worauf ich noch später zu sprechen kommen werde. Wichtig ist dabei, daß diese amerikanische Hochkonjunktur eine absolut isolierte Erscheinung war; sie hat gar keinen Einfluß auf Europa ausgeübt in dem Sinne, daß sie die europäische Wirtschaft in diese Hochkonjunktur hinaufgehoben hätte. Andererseits war die ganze Konjunktur auf die Aufnahmefähigkeit des *inneren Marktes* aufgebaut. Es ist bezeichnend, daß auf dem Höhepunkt der Konjunktur, in den Monaten Mai—Juni—Juli 1923, die amerikanische Handelsbilanz passiv war, d. h. es wurden mehr Waren eingeführt als ausgeführt, was bei den Vereinigten Staaten eine ganz besondere Ausnahme ist, die nur alle zehn Jahre einmal vorkommt. Nun, Genossen, das beweist ihnen, daß die kapitalistische Weltwirtschaft kein einheitliches Ganzes mehr bildet.

Eine Spezialkonjunktur hat in dieser Periode auch Frankreich durchgemacht. Aber sie war ganz anders fundiert als jene der Vereinigten Staaten. In den Vereinigten Staaten war es eine reale Hochkonjunktur, eine wirkliche Erhebung über das frühere Niveau hinaus, eine Vergrößerung der Produktion. In Frankreich war es etwas anderes. Es war aufgebaut auf der langsam vor sich gehenden Inflation, auf der langsamen Expropriierung der Mittelschichten einerseits und andererseits auf der Notwendigkeit, die verwüsteten Gebiete wieder aufzubauen.

Wird der Wiederaufbau in Frankreich vorüber sein, so wird auch diese spezielle Konjunkturmöglichkeit für die französische Wirtschaft ihr Ende erreichen. Ich erwähnte, daß die Besserung der Wirtschaft in dem einen Lande erkauft wird durch die Verschlechterung in anderen Ländern. Ich werde darauf noch einmal zurückkommen bei der Besprechung des Sachverständigengutachtens, wo diese Tendenz ganz offen hervortritt, wo bewußt darauf hingearbeitet wird, die deutsche Wirtschaft im Interesse von England und Frankreich niederzuhalten.

Weiter besonders charakteristisch für dieses Auseinanderfallen der kapitalistischen Weltwirtschaft, der Zersetzung, ist die Gestaltung der *Valuta*. Man spricht gegenwärtig sehr viel über die Stabilisierung in Österreich, Deutschland und Polen, aber man spricht wenig davon, daß gerade zur Zeit dieser nur vorläufig hergestellten Stabilisierung eine ganze Reihe von anderen Ländern in die Valutaentwertung eingetreten ist: Frankreich, Spanien, die skandinavischen Länder, die Schweiz, in neuester Zeit Japan usw. Es ist besonders bezeichnend, daß es gegenwärtig in Europa kein einziges Land gibt, dessen Valuta mit dem Dollar auf Parität stehen würde. Und die Gesamtentwicklung ist nicht eine Besserung, sondern eine Verschlechterung. Die gesamten Valuten der Welt hatten im Durchschnitt 1922 62 Prozent der Dollarparität, im Durchschnitt 1923 60½ Prozent und im Januar 1924 57 Prozent. Insbesondere sind es in der letzten Zeit die Valuten der Ententeländer und der früher neutralen Länder, die diesem Entwertungsprozeß immer mehr verfallen. So war z. B. im Durchschnitt 1922 der Goldwert der Ententevaluten 65 Prozent, 1923 61 Prozent, Anfang 1924 55 Prozent, und gegenwärtig beträgt er sicher noch viel weniger. Es hat sich im Wesen, im Weltmaßstab gesehen, gar nichts an der Valutakrise geändert, sie besteht in demselben Maße wie vor zwei bis drei Jahren, eher noch verschlechtert als gebessert, fort.

Ein anderes wichtiges Moment ist das vollständige Stocken der internationalen Kapitalbewegung. Wir sehen folgende ganz eigenartige Erscheinung: In den Vereinigten Staaten, in England kostet Leihkapital heute 2, 3, 4 Prozent pro Jahr, in Mitteleuropa, in Deutschland, Polen, Ungarn, Österreich kostet heute Leihkapital 40, 50, 60, bis zu 100 Prozent im Jahre. Und trotzdem fließt das Kapital in Amerika nicht hinüber in die europäischen Länder, weil eben die Sicherheit als nicht genügend geschätzt wird.

Ich hatte früher die Unterscheidung zwischen Überproduktionsländern und Unterproduktionsländern gemacht, die in der ersten Zeit nach Kriegsschluß ziemlich scharf war. Man hat diese Unterscheidung oft angegriffen, und tatsächlich hat sich in den letzten fünf, sechs Jahren ein gewisser Ausgleich vollzogen. Aber, Genossen, diese Tat-

sache der gegenwärtigen Kapitalknappheit, die Kreditnot in Mitteleuropa, beweist eben, daß diese Auffassung richtig war. Es ist kein Zufall, daß, während die Bankrate in den Vereinigten Staaten und England 3½ bis 4 Prozent beträgt, sie in Deutschland und in einer ganzen Reihe von Ländern 9, 10 Prozent und darüber beträgt. Wo der Zinsfuß so hoch ist, das ist eben jenes Gebiet, das ich früher als Unterproduktionsgebiet bezeichnet habe, und in dem gegenwärtig die Verminderung der Produktion die Form einer Kreditnot, eines Kapitalmangels angenommen hat.

Im engen Zusammenhang damit steht die bekannte Erscheinung des Zusammenströmens des Goldvorrates der ganzen Welt nach den Vereinigten Staaten. Wie eine Pumpe saugen die Vereinigten Staaten aus der ganzen übrigen Welt das Gold an sich. Es hat sich schon ein so immenser Vorrat angehäuft, daß man nicht recht weiß, was damit anfangen. Die Banknoten, die in den Vereinigten Staaten im Verkehr sind, sind mit über 80 Prozent mit Gold gedeckt, und es wird, wenn sich diese Entwicklung weiter fortsetzt, in den nächsten Jahren der Zustand eintreten, daß die Noten mit 100 Prozent gedeckt sein werden, daß die Ausgabe von Banknoten kein gewinnbringendes Geschäft mehr sein wird. Es wird ein Zustand eintreten, daß die Vereinigten Staaten nicht wissen werden, wo mit dem Gold hin. Und das in derselben Zeit, wo in Europa die Valuta infolge Mangels einer Goldgrundlage die größten Sprünge von Monat zu Monat durchmacht.

Die zweite wichtige Erscheinung in diesem bunten Bild der Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft ist die Spezialkrise, die die alten Industrieländer Europas (Frankreich, England, Belgien, Deutschland, Schweiz), das, was man früher „die industrielle Werkstatt der Welt" genannt hat, gegenwärtig durchmachen. Diese Länder waren wirtschaftlich aufgebaut auf der Grundlage, daß sie große Massen von Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Auslande, aus den agrarischen, Rohstoffe liefernden Ländern bezogen haben und dafür mit industriellen Produkten bezahlten. Diese Möglichkeit ist in den letzten Jahren, in dem letzten Jahrzehnt, immer kleiner geworden. Und zwar vor allem infolge der Industrialisierung der Überseeländer und durch die Agrarkrise. Die Industrialisierung der Überseeländer ist ein Prozeß, der auch im „normalen" Kapitalismus ständig vor sich gegangen ist, aber in einem viel langsameren Tempo als während des Krieges und in der Nachkriegszeit. Wir sehen heute, daß alle Staaten der Welt bestrebt sind, mit allen Mitteln eine eigene Industrie aufzubauen. Selbst die englischen Kolonien errichten Zollmauern gegen die Einfuhr von Industrieartikeln aus England. Wir sehen diesen Prozeß in Kanada, in Australien, sogar in Indien, wo neuestens Textilzölle und Eisenzölle eingeführt wurden. Durch diesen Prozeß, Genossen, wird die Lebens-

basis der Industrieländer Europas immer mehr und mehr abgehackt. Hinzu kommt die Agrarkrise, die die Aufnahmefähigkeit der Agrarländer für Industrieprodukte im allgemeinen sehr vermindert. Die Folge all dieser Umstände ist, daß die Ausfuhr dieser Industrieländer gegenwärtig viel kleiner ist als in der Vorkriegszeit. Und es entsteht eine ständige Arbeitslosigkeit eben in jenen Zweigen der Industrie, die vor allem auf den Export angewiesen sind.

Sehr genau wurde dieser Prozeß verfolgt in England, da England jenes Land ist, das am stärksten auf die Ausfuhr von Industrieprodukten angewiesen ist, weil es die geringste eigene agrarische Basis hat. Hier sehen wir folgendes. Während der Anteil Englands am Außenhandel heute größer ist als vor dem Kriege — nach der Berechnung von Mac Cannon beträgt er heute 17 Prozent gegen 14 im Jahre 1912 —, also trotzdem der relative Anteil am ganzen Welthandel stark gestiegen ist, ist die Ausfuhr selbst um 12 Prozent geringer als vor dem Kriege. Das bedeutet, Genossen, daß das nicht eine spezielle Angelegenheit Englands ist, daß der Fehler nicht darin liegt, daß England selbst konkurrenzunfähig wäre, sondern darin, daß infolge der Industrialisierung der früheren Agrar- und Rohstoffe liefernden Länder der gesamte Außenhandel der Welt kleiner geworden ist, daß die internationale Arbeitsteilung, auf der die überragende Stellung Westeuropas im Kapitalismus früher basiert war, in sehr großem Maße abgebaut wurde.

Ich komme jetzt zur *Agrarkrise*. Die Grundlage der Agrarkrise ist die sogenannte Schere, d. h. jene Form der Preisgestaltung, bei der die Preise der industriellen Produkte verhältnismäßig viel höher stehen, verglichen mit den Preisen der Vorkriegszeit, als die Preise der landwirtschaftlichen Produkte. Die Erscheinung der Schere wurde zuerst in Rußland, aber auch in den Vereinigten Staaten beobachtet. In Rußland meinte man lange, dies sei eine Spezialität Rußlands. Es zeigte sich aber, daß die Agrarkrise bzw. die Schere eine ganz allgemeine Erscheinung der Weltwirtschaft ist. Ich habe in meiner Broschüre eine Tabelle zusammengestellt, die die Gestaltung der Getreidepreise im Verhältnis zur Gestaltung des allgemeinen Preisniveaus darstellt. Und da sehen wir, daß fast in allen Ländern der Welt ein weites Auseinanderklaffen der Preise besteht. Die Ursachen dieser Erscheinung scheinen mir folgende zu sein.

Erstens die während des Krieges und in der Nachkriegszeit sehr weit fortgeschrittene Vertrustung und Konzernbildung auf dem Gebiete der Industrie. Man kann sagen, daß heute in den entscheidenden industriellen Ländern fast alle Industriewaren zu Monopolpreisen verkauft werden, d. h. nicht zu Preisen, die den Produktionskosten entsprechen würden, sondern zu Preisen, die von den Kartellen, den Trusts, den Konzernen künstlich festgestellt werden, während in der

Landwirtschaft auch weiterhin eine freie Preisbildung besteht, da man Millionen von landwirtschaftlichen Produzenten nicht in einem Konzern zusammenfassen kann.

Genossen, die Schere bedeutet noch keine Agrarkrise. Sie wird zu einer Agrarkrise dort, wo sich die Erhöhung der Preise, der Getreidepreise, der Lebensmittelpreise, die während des Krieges vor sich gegangen ist, bereits in Grundrente umgesetzt hat, also in Gebieten, wo während des Krieges und unmittelbar in der Nachkriegszeit die Farmer, die Bauern, zu sehr hohen Preisen Land gekauft bzw. gepachtet haben. In diesen Gebieten sind die Produzenten gegenwärtig unfähig, diese hohen Renten bzw. die Zinsen der Schulden, die sie zum Ankauf des Landes gemacht haben, oder die hohen Pachten zu bezahlen. Infolgedessen entsteht eine absolute Verarmung dieser Schichten, die zu einer Massenflucht aus der Landwirtschaft wird.

Man schätzt die Zahl der Farmer, die in den Vereinigten Staaten während dieser akuten Agrarkrise ihre Farm einfach stehengelassen haben, auf weit über eine Million. Dabei, Genossen, steht die Sache so, daß sehr viele Farmer nur deshalb auf ihren Gütern verbleiben können, weil die Kreditgeber, die Banken, sich einfach folgendes sagen: Wenn wir heute diesen Bauern den Besitz versteigern lassen, so bekommen wir gar nichts. Also lassen wir ihn lieber sitzen, wenn er auch die Zinsen nicht bezahlt. Vielleicht ändert sich auch die Konjunktur, und es wird möglich sein, später etwas aus ihm herauszuholen. Also er sitzt auf seinem Gut von Gnaden der kreditierenden Bank. Freilich geht das auch nicht immer, und es gibt Gebiete in den Vereinigten Staaten, wo diese ländlichen Sparkassen und Banken selbst zu Hunderten bankrott wurden, weil sie von den Bauern nicht die Zinsen oder Abzahlungen von dem geliehenen Kapital zurückerhalten konnten.

Die Agrarkrise ist gegenwärtig auch in den europäischen Ländern sehr scharf. Sie wurde lange Zeit verdeckt durch die Inflation, dadurch, daß die Bauern imstande waren, ihre Schuldzinsen in entwertetem Geld zu bezahlen, daß sie tatsächlich steuerfrei waren, und daß sie die Möglichkeit hatten, Industrieprodukte billig zu kaufen. Aber im Moment der Stabilisierung, z. B. in Deutschland, tritt die Agrarkrise mit voller Schärfe hervor. Sobald der Bauer in vollwertigem Geld Steuern zahlen soll, sobald er wieder mit normalen Verhältnissen rechnen muß, zeigt es sich, daß er aus seinem Boden die erhöhten Renten nicht herauswirtschaften kann. Diese Erscheinung ist für uns, wie bereits Genosse Sinowjew gestern erwähnte, von besonderer politischer Bedeutung. Ich muß aber sagen, daß in manchen Ländern dies eine vorübergehende Erscheinung sein wird. Ich rechne z. B. sicher damit, daß noch in diesem Jahre in Deutschland wieder hohe

Agrarzölle eingeführt werden, und daß infolgedessen die Agrarkrise zum großen Teil liquidiert werden wird. Die Wichtigkeit dieser Frage besteht darin, daß die Agrarkrise eben jene schwankende Schicht der Klein- und Mittelbauern, die ständig zwischen Großbauern und proletarischen Schichten schwankt, den proletarischen Schichten näherbringt und uns dadurch die Möglichkeit gibt, politisch an diese Schichten heranzukommen. Ich will nur noch bemerken, daß in der letzten Zeit keine Besserung in dieser Hinsicht eingetreten ist. Im Gegenteil. Ich habe hier eine Aufstellung über die Gestaltung der Großhandelspreise in Deutschland. Da sehen wir z. B., daß der Preis der Schweine innerhalb des letzten halben Jahres in Deutschland auf die Hälfte gefallen ist. Etwas ähnliches auch bei der Butter, die von 178 auch auf 113 Mark zurückgegangen ist, usw. Und der Preissturz geht vorläufig unvermindert weiter.

Eine wichtige Ursache dieser Agrarkrise ist auch die Krise der Industrie selbst, denn es ist selbstverständlich, daß, wenn in der kapitalistischen Welt ständig Millionen von Arbeitern arbeitslos sind, wenn die Löhne der Arbeiter so stark gesenkt werden, wie das in den letzten Jahren der Fall war, dadurch der Absatz an Lebensmitteln stark leiden muß. Die Genossen wissen ja alle, daß in Deutschland der Konsum an Getreide von ungefähr 240 kg vor dem Kriege auf 150 kg jetzt gefallen ist. Der Konsum von Fleisch ist gefallen von 48 kg auf etwa 25 kg. Das muß selbstverständlich schwerwiegende Folgen auf die Gestaltung der landwirtschaftlichen Produktion haben.

Alle diese Umstände, die ich als bezeichnend für die gegenwärtige Gestaltung der kapitalistischen Wirtschaft aufgezählt habe, führen zu dem Ergebnis, daß sich *die Klassengegensätze sehr verschärft haben.* Das sage nicht nur ich, sondern zu meiner Überraschung sagt das auch Hilferding in seinem Referat auf dem Sozialdemokratischen Parteitag. Er sagt dort wörtlich nach dem „Vorwärts“: „Noch nie waren die Klassengegensätze so scharf und offen wie heute.“

Worin besteht diese Verschärfung der Klassengegensätze? Sie besteht erstens darin, daß die Konzentration der Produktion, die Zentralisation der Vermögen, die Bildung von Trusts und Konzernen in den letzten Jahren ungeheure Fortschritte gemacht hat. Es ist eine ganz kleine Gruppe der größten Kapitalisten, die in allen kapitalistischen Ländern das Kommando der Wirtschaft in der Hand hält. Man kann in Deutschland, in Frankreich, in England und in Amerika die Namen der Personen herzählen, die die ganze Macht der kapitalistischen Produktion gegenwärtig ausnutzen. Gleichzeitig mit dieser Konzentration ist eine weitgehende Expropriation aller mittleren Schichten vor sich gegangen, insbesondere in jenen Ländern, die eine Inflation durchgemacht haben. Sie wissen, daß alles Vermögen, das in Kriegsanleihen

und Sparkassen, Lebensversicherungen und in Pensionen angelegt war, einfach wegrasiert worden ist; es ist letzten Endes in die Taschen der Großkapitalisten geflossen. Andererseits hat die Agrarkrise in demselben Sinne auf die Bauernschaft gewirkt, und die erfolgreiche Offensive des Kapitals gegen das Proletariat in den letzten Jahren hat ebenfalls die Einkommenverteilung zugunsten dieser kleinen Schicht von Großkapitalisten verschoben, so daß als Ergebnis dieser ganzen Entwicklung die Herauskristallisierung einer kleinen Gruppe von kommandierenden Großkapitalisten, einer breiten Schicht von verarmenden Mittelschichten der städtischen und ländlichen Bevölkerung und einer dritten riesigen Schicht des in seinem Standard niedergedrückten Proletariats sich ergeben hat.

Andererseits, Genossen, geht parallel mit dieser Bewegung eine Verflechtung der Interessen der Großkapitalisten vor sich, nicht nur in einem Lande, sondern im internationalen Maßstabe. Wir sehen, wie Deutschland, Osteuropa immer mehr durch Vermittlung französischer und deutscher Kapitalisten unter die Herrschaft des englischen und amerikanischen Kapitals geraten. Wir sehen den Zusammenhang einerseits zwischen Morgan-Konzern—Schneider—Stinnes, andererseits zwischen Rockefeller und verschiedenen Kapitalistengruppen in Deutschland, Österreich usw. Wir sehen einen Prozeß der Verflechtung der Interessengemeinschaft des internationalen Kapitals zu einem immer engeren Maschengewebe, das abhängt von den Vereinigten Staaten.

Nun zu den nächsten Perspektiven. Da sehen wir folgendes: Wir stehen im Anfangsstadium einer der schwersten Krisen in den Vereinigten Staaten. Diese Krise war vorauszusehen, und ich habe sie schon Ende 1923 erwartet. Es bestehen gewisse Anzeichen dafür, daß die Herausbildung dieser Krise durch die amerikanische Bourgeoisie künstlich aufgehalten wurde und dadurch dieser neuerliche Aufschwung im ersten Viertel 1924 zustande kam. Wie steht es heute? Alle Nachrichten, die aus Amerika kommen, besagen, daß ein sehr scharfer Rückgang der Produktion eingesetzt hat, wie er in der Geschichte der Vereinigten Staaten kaum jemals zu verzeichnen war. Ich könnte ihnen unzählige Meldungen über dieses höchst wichtige Ereignis zitieren. Ich will mich aber damit begnügen, aus einem rein kapitalistischen Nachrichtenblatt der amerikanischen Kapitalisten, aus „The Industrial News Service" vom 27. Mai, einiges zu zitieren:

Der Direktor des Stahltrusts E. H. Gary erklärte am 23. Mai folgendes:

„Es wäre unrichtig, zu sagen, daß bei uns alles gut ist, und es entspricht nur der Wahrheit, wenn wir erklären, daß wir nur mit drei Fünfteln unserer Produktionskapazität produzieren."

Genossen, noch im Monat März arbeitete der Stahltrust mit fast 100 Prozent seiner Kapazität und Ende Mai ist seine Produktion auf 60 Prozent gefallen, ein Fall, der in der Geschichte der Krisen des Kapitalismus noch kaum vorgekommen ist.

Eine andere Schilderung aus demselben Blatt: „Es stehen gegenwärtig 5500 neue Lokomotiven und 330 000 neue Waggons bei den amerikanischen Eisenbahnen auf Lager und warten darauf, in den Verkehr eingestellt zu werden. Da aber der Verkehr abnimmt, so ist kein Bedarf für dieses neue rollende Material vorhanden, und die Eisenbahnen ziehen massenhaft ihre weiteren Bestellungen zurück. Die Automobilindustrie war einer der wichtigsten Pfeiler der amerikanischen Konjunktur. Es gibt gegenwärtig eine Million unverkaufter Automobile, trotzdem man jedem Arbeiter auf Kredit ein Automobil abgibt, er braucht nur eine ganz kleine Summe, 20 bis 30 Dollar, anzuzahlen. Trotzdem ist im Verkauf eine absolute Stockung eingetreten. Die Bauindustrie, der andere Pfeiler, ist im Monat Mai um 23 Prozent und in New York sogar um 70 Prozent zurückgegangen. Die Veteranen der Textilindustrie erklären, daß die gegenwärtige Depression in ihrer Stärke seit 20 Jahren kein Beispiel habe. Mit einem Schlage werden Hunderttausende von Arbeitern der Textilindustrie entlassen. Wir sehen also, daß die Basis der amerikanischen Konjunktur, die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes selbst, absolut erschüttert ist.

Was hat die amerikanische Krise für die Gestaltung der europäischen Konjunktur zu bedeuten? Sicher nichts Gutes. Es bedeutet, daß die amerikanische Industrie versuchen wird, die auf dem Inlandsmarkte unverkäuflichen Waren auf den europäischen bzw. auf den südamerikanischen und asiatischen Markt zu werfen. Die Gestaltung des Außenhandels beweist dies bereits. Es wird also die europäische Industrie, die, wie ich früher ausgeführt habe, ökonomisch unter einer spezifischen Krise leidet, einer verschärften Konkurrenz ausgesetzt sein. Während vor einem Jahr englisches Eisen, holländische Ziegel, französischer Stahl, deutsche Textilwaren usw. einen flotten Absatz in Amerika fanden, wird jetzt im Gegenteil der Überschuß der amerikanischen Industrie auf den Weltmarkt geworfen werden und der europäischen Industrie die schwerste Konkurrenz machen. Wenn der belebende Einfluß der amerikanischen Konjunktur im Jahre 1923 nicht imstande war, die europäische Industrie mitzureißen, so wird jetzt, nach Veränderung der Konjunktur in Amerika, unter dem Einfluß der amerikanischen Krise und des einsetzenden forcierten Exportes von amerikanischen Industriewaren die Konjunktur in Europa fühlbar in Mitleidenschaft gezogen werden.

Es ist interessant, wie die Bourgeoisie noch nichts lernt. Wenn wir die amerikanische Presse im Anfang dieses Jahres verfolgten, so

hieß es immer: Konjunktur ausgezeichnet, und es wird ewig so dauern. Der Führer des amerikanischen Stahltrusts, des größten Unternehmens der Welt, erklärte in seinem Rechenschaftsbericht vor zwei Monaten: Die Bestellungen haben sich verlangsamt, *den Grund dafür weiß man nicht!* So stark war der Einfluß dieses immer und immer wieder bei guter Konjunktur wiederkehrenden Optimismus der amerikanischen Bourgeoisie, daß selbst unsere amerikanischen Genossen davon beeinflußt wurden. Sie erklärten noch Anfang dieses Jahres: Nein, es kommt noch keine Krise. Genosse Pogany sagte, die Krise steht bevor, die Mehrheit entschied aber, daß das nicht der Fall wäre, und hat sich auf mich berufen. Sie hat dabei den Fehler gemacht, die Sache um ein Vierteljahr zu verschieben. Was ich für das letzte Vierteljahr 1923 geschrieben habe, haben sie auf 1924 übertragen.

In normalen Zeiten geht das. Aber gegenwärtig ist die kapitalistische Weltwirtschaft so labil, daß man sozusagen wie ein Arzt jeden Monat einmal untersuchen müßte, was eigentlich vorgeht.

Wenn wir die Konjunktur in den anderen europäischen Ländern verfolgen, so sehen wir in England eine Abnahme der Arbeitslosigkeit. Aber wenn wir die Berichte lesen aus England, so sehen wir weiter, daß von einer wirklichen Besserung der Konjunktur keine Rede sein kann. Einzelne Industriezweige bessern sich ein wenig, andere verschlechtern sich usw. So z. B. wurden im April in England wieder acht Hochöfen ausgeblasen. In letzter Zeit hat sich die Textilindustrie etwas gehoben, aber trotzdem arbeitet sie seit Jahren mit verkürzter Arbeitszeit, fast seit vier Jahren wird in Lancashire verkürzt gearbeitet.

Wenn wir *Deutschland* anschauen, so müssen wir feststellen, daß dort die Entwicklung ganz eigenartig ist. Es war eine absolut schwere Krise um die Jahreswende, es gab eine Zeit, wo mehr als die Hälfte der deutschen Arbeiterschaft arbeitslos oder Kurzarbeiter waren; dann kam eine Zeit der Besserung im Frühjahr 1924 bis ungefähr Mai. Und jetzt sehen wir ganz entschiedene Zeichen einer neuen Verschlechterung der Konjunktur in Deutschland, zum Teil infolge des schrecklichen Geldmangels, der sogenannten Kredit- und Kapitalnot, zum Teil deshalb, weil die deutsche Industrie nicht konkurrenzfähig ist; zum Teil deshalb, weil infolge des niedergedrückten Standards der deutschen Arbeiterschaft und der auf der Bauernschaft lastenden Agrarkrise der deutschen Industrie die gute Basis für den Export, ein aufnahmefähiger Inlandsmarkt, fehlt. Schlechte Lage der Arbeiter, Agrarkrise bei den Bauern, schwere Steuerlasten usw.: all das wirkt zusammen, um eine neue Krise in Deutschland hervorzurufen. Sie wird nicht so scharf sein wie um die Jahreswende, aber die Hoffnung, daß nunmehr in Deutschland ein ununterbrochener Aufstieg erfolgen wird, scheint mir absolut irrig.

Wir sehen gleichzeitig gegenwärtig eine ganz scharfe Krise in Polen. Ein großer Teil der polnischen Industrie, die oberschlesische Schwerindustrie, die Lodzer Textilindustrie ist fast stillgelegt, *so daß ich im allgemeinen den Eindruck habe, daß wir einer allgemeinen, sich auf die ganze kapitalistische Welt erstreckenden Krisenphase in diesem Jahre entgegengehen.*

Genossen! Diese Auffassung wird von den bürgerlichen Nationalökonomen und auch von den Sozialdemokraten stark bestritten. Es wird allgemein angenommen, daß die Regelung der Reparationsfrage, wie sie in dem Gutachten der Reparationskommission vorgesehen ist, zu einer allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage in Europa führen wird. Deswegen ist es notwendig, daß wir uns mit diesen wirtschaftspolitischen Fragen, deren Zentrum für Europa die Reparationsfrage bildet, eingehender beschäftigen.

Genossen! Die *ursprüngliche Konzeption der Reparationsfrage war:* Deutschland solle in ausländischer Währung alle Schäden bezahlen, die es den Ententeländern verursacht hat. Diese ursprüngliche Konzeption hat sich als undurchführbar erwiesen. Sie führte zu einem Zusammenbruch der deutschen Valuta, zu einem Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens, sie führte Deutschland nahe an eine proletarische Revolution oder an eine nationalistische Konterrevolution heran. Es zeigte sich, daß auf diese Weise die Reparationsfrage unlösbar ist. Diese Frage war aber keine rein ökonomische Frage, sondern ebensosehr eine *machtpolitische Frage.* Es handelte sich im Wesen um folgendes: Deutschland war unter den Bedingungen der Reparationsleistungen als selbständiger Staat lebensunfähig geworden. Es schied als Subjekt der imperialistischen Politik aus, es wurde zu einem Objekt, um das sich die imperialistischen Großmächte befehdeten. Es gab zwei verschiedene Konzeptionen. Die eine war die der französischen Machtpolitik. Ihr Wesen war: Zerstückelung Deutschlands, Wegnahme der linksrheinischen Gebiete und des Ruhrgebietes, Angliederung derselben an Frankreich, dadurch Schaffung eines westeuropäischen schwerindustriellen Zentrums und die endgültige Sicherstellung der Hegemonie Frankreichs auf dem europäischen Kontinent. Sie dürfen nicht vergessen, daß Jahrhunderte hindurch dies der tatsächliche politische Zustand war. Erst 1871 hat sich Deutschland von der französischen Oberherrschaft befreit und seither als gleichgestellter imperialistischer Faktor in Europa gegolten. Diese machtpolitische Konzeption war aber für England außerordentlich gefährlich. Denn sie hätte bedeutet, daß Frankreich, das, wie Sie wissen, gegenwärtig militärisch England gegenüber die Oberhand hat, auch ökonomisch England überlegen geworden wäre. Denn es hätte die ganze kontinentale Schwerindustrie in die Hand bekommen, nicht nur die Westeuropas, sondern

auch die polnische und tschechische, die durch Verknüpfung mit dem französischen Kapital eng verbunden sind. Es hätte die deutschen chemischen Fabriken in die Gewalt bekommen und dadurch seine militärische Überlegenheit noch weiter England gegenüber gesteigert.

Diese französische Konzeption war für England absolut gefährlich. Aber England war militärisch nicht in der Lage, diese Konzeption irgendwie aufzuhalten. Und darum sehen wir, daß England darauf hinarbeitet, Frankreich und Deutschland aufeinanderzuhetzen. Die Ruhrbesetzung, die England geduldet hat, und der passive Widerstand, den die englische Bourgeoisieregierung durch offene und geheime Versprechungen an die deutsche Bourgeoisieregierung unterstützt und verlängert hat, hatten für England den Zweck, Frankreich und auch Deutschland gleichzeitig zu schwächen, um dann die Bedingungen diktieren zu können. Diese Politik, Genossen, war im Wesen für England siegreich; denn obwohl Frankreich im Ruhrgebiet siegreich blieb, obwohl der passive Widerstand Deutschlands, vor allem infolge des Verrats der deutschen Bourgeoisie, bald zusammenbrach, war Frankreich doch nicht imstande, diese militärisch errungene Position im Ruhrgebiet ökonomisch zu halten. *Die ökonomische Basis Frankreichs ist zu schwach, um einen so riesigen machtpolitischen Apparat, wie ihn die Beherrschung Europas erfordern würde, zu erhalten.* Und wir sehen, im Jahre 1924 tritt ein scharfes Fallen des französischen Franken ein, vielleicht mit Förderung Englands. Frankreich ist genötigt, sich an Amerika und an England um Hilfe zu wenden, es ist genötigt, das Gutachten der Reparationskommission anzunehmen, das eine endgültige, vorläufig endgültige Absage an die französische Machtpolitik bedeutet.

Ich sagte, England wollte nicht nur Frankreich, sondern auch Deutschland schwächen. Wir dürfen nicht vergessen, Genossen, in *einem* Punkt waren die französische Bourgeoisie und die englische Bourgeoisie einig. Und dieser Punkt war folgender: Es besteht die Gefahr, daß Deutschland sich wieder aufrichtet und daß die deutsche Bourgeoisie, die deutsche kapitalistische Entwicklung für England und Frankreich wieder gefährlich wird. Die Hauptrolle in dieser Besorgnis spielte die Wirkung der Inflation in Deutschland. Wenn Sie sich die Reden Lloyd Georges, die Reden Poincarés ins Gedächtnis rufen: was sagten diese Kerle? Sie wiederholten fast wörtlich folgendes: Deutschland hat sich von seinen Schulden durch die Inflation befreit. Es hat gar keine auswärtigen Schulden. Die einzelnen deutschen Fabrikanten sind durch die Entwertung der Mark ihre Schulden losgeworden. Werden normale Verhältnisse in Deutschland wieder hergestellt, so wird die Konkurrenz der deutschen Industrie uns außerordentlich gefährlich werden. Daher müssen wir Deutschland, die deutsche Industrie, soweit

belasten, daß ihre Produktionskosten nicht niedriger sind als jene der englischen und französischen Industrie. Dieser Gedankengang ist in den Reden Lloyd Georges und Poincarés x-mal wiederholt. Und wenn wir jetzt das Gutachten der Reparationskommission politisch und wirtschaftlich durchsehen, so können wir sagen: Es ist die Verwirklichung dieser Idee: *Die Konkurrenzbedingungen der deutschen Industrie sollen jenen der französischen und englischen gleichgestellt werden.* Der Sinn ist folgender: Wir müssen in Deutschland Verhältnisse schaffen, die eine proletarische Revolution unmöglich machen. Wir müssen andererseits Sorge tragen, daß auch keine nationalistische Revanchepolitik aufkommt. Wir müssen Deutschland leben lassen. Aber wir müssen es so leben lassen, daß wir die Kontrolle über Deutschland in die Hände bekommen. Es ist ganz klar gesagt an mehreren Stellen dieses Gutachtens, das vielleicht das wichtigste Dokument der politischen Geschichte der letzten Jahre ist. Es heißt z. B. auf Seite 28 der deutschen Ausgabe: „Es ist offensichtlich unangenehm und nach keiner Richtung wünschenswert, daß etwa der alliierte Steuerzahler als Produzent in seinem geschäftlichen Wettbewerb durch größere Lasten, die Lohnsummen inbegriffen, gehemmt wird als sein deutscher Konkurrent." Oder an einer anderen Stelle wird offen gesagt: Die deutsche Industrie hat durch die Entwertung der Mark ihre Schulden automatisch gezahlt. Wir wollen daher fünf Milliarden auflegen auf die deutsche Industrie, damit sie teurer produziert. Wir wollen die Eisenbahnen belasten mit 13 Milliarden, damit die Frachten so hoch werden, daß die deutsche Industrie der englischen und französischen Industrie keine unangenehme Konkurrenz machen kann. Also der Sinn ist folgender: Die englische und französische Bourgeoisie verzichten auf Eintreibung von Reparationsforderungen, die uneintreibbar sind, aber als Gegenleistung nehmen sie die vollkommene Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben in die Hand. Deutschland wird durch dieses Abkommen zu einem unterworfenen Land, zu einem Kolonialland neuen Typs für die Ententebourgeoisie.

Politisch bedeutet es, wie ich gesagt habe, die Niederlage der französischen Machtpolitik und den Sieg der englisch-amerikanischen Linie. *Es bedeutet im Weltmaßstabe eine Koalition von Morgan bis Paul Levi zur Niederhaltung der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland!* Alle diese Leute sagen, wir wollen friedlich der deutschen Arbeiterschaft Lebensmöglichkeiten geben, um zu verhindern, daß sie eine proletarische Revolution macht.

Nun, Genossen, ist die Frage: Wird sich diese Hoffnung bewähren? Ist es möglich, daß die Wirtschaft Deutschlands und die Wirtschaft ganz Europas auf dieser Basis regeneriert wird? Ich glaube es nicht, Genossen, denn selbst die Sachverständigen haben gewisse Zweifel. Sie

sagen: *Die Bedingung für das Gelingen des ganzen Sachverständigenplanes ist die Wiederherstellung normaler Verhältnisse in der ganzen Welt.* Es heißt wörtlich: „Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse in der Welt erscheint uns als eine wesentliche Bedingung zur Sanierung Deutschlands." Nun, Genossen, eben diese wesentliche Bedingung wird fehlen, und infolgedessen wird Deutschland nicht imstande sein, jene Warenmengen, deren Export notwendig wäre, um die Reparationssummen aufzubringen, auf dem Weltmarkt zu verkaufen. Infolgedessen wird die Entente außerstande sein, die Reparationszahlungen aus dem Lande herauszubringen. Sie wissen, das Sachverständigen-Gutachten macht eine scharfe Scheidung zwischen der Bezahlung der Reparationen im Inlande, in Deutschland, und der Möglichkeit, dieselben ins Ausland zu transportieren. Im Inlande selbst in deutscher Mark die notwendigen Gelder aufzubringen, erscheint mehr oder minder möglich. Es erscheint aber fast ausgeschlossen, daß man eine Naturalform finden kann, in der man jährlich für zweieinhalb Milliarden Goldmark Waren auf dem Weltmarkt unterbringen kann über das zur Deckung der Einfuhr notwendige Quantum hinaus, ohne dadurch die schwerleidende englische oder französische Wirtschaft in die schwerste Krise zu stürzen. Deshalb ist vorgesehen, daß, wenn es sich als unmöglich erweist, die angesammelten Gelder aus Deutschland herauszubringen, wenn es unmöglich ist, Waren zu finden, die auf dem Weltmarkt Aufnahme finden, eine Unterbrechung in den Reparationsleistungen Deutschlands eintreten wird. Es darf angesammelt werden bis zu fünf Milliarden Goldmark in der Form von Geld, in der Form des Ankaufs von Aktien deutscher Unternehmungen. Ist diese Summe erreicht, so muß eine Unterbrechung eintreten.

Also, die englische und die französische Bourgeoisie sind darauf vorbereitet, diese vorgesehenen Summen nicht zu erhalten, aber sie wollen eines: sie wollen verhindern, daß die deutsche Wirtschaft, nachdem sie sich ihrer Schulden entledigt hat, irgendwie sich wieder wie in der Vorkriegszeit aufschwingt und der französischen und englischen Industrie eine vernichtende Konkurrenz macht. Ich glaube also nicht, daß der Optimismus Hilferdings und anderer Sozialdemokraten, die behaupten, mit der Regelung der Reparationsfrage sei die Krise des Kapitalismus selbst überwunden, irgendwie begründet ist.

Und es ist besonders bezeichnend, daß eben die Sozialdemokraten diesen Optimismus zeigen im Gegensatz zu den bürgerlichen Wirtschaftspolitikern. Warum ist dem so, Genossen? Es ist aus politischen Gründen sehr leicht verständlich. *Die Sozialdemokratie ist eine antirevolutionäre Partei. Ihre Aufgabe ist es, das Proletariat dazu zu bewegen, revolutionären Kampfmitteln zu entsagen.* Infolgedessen ist die Sozialdemokratie genötigt, sie ist politisch in der Zwangslage, zu

erklären: Der Kapitalismus ist auf dem Wege der Gesundung, es besteht die Möglichkeit, mit friedlichen Mitteln die schlechte Lage der Arbeiterschaft innerhalb des Kapitalismus zu überwinden. Denn würde die Sozialdemokratie sagen, die Krise des Kapitalismus kann in absehbarer Zeit nicht überwunden werden, dann würden die Arbeiter natürlich in Massen zu den Kommunisten kommen. Aber die Vorspiegelung einer besseren Zukunft, der Möglichkeit eines friedlichen Überganges der Macht in die Hände der Arbeiterschaft innerhalb des Kapitalismus, wie er, wie die Sozialdemokraten behaupten, in England erfolgt sei, gibt noch großen Arbeiterschichten die Illusion, daß ohne revolutionäre Mittel noch eine Weile weiterexperimentiert werden kann. Es ist interessant, daß gegenüber dieser absolut optimistischen Einstellung von Hilferding und Genossen die großen englischen Wirtschaftspolitiker absolut nicht diesen Optimismus zeigen. Es erschien in der letzten Zeit in der bekannten englischen Zeitschrift „The Nation" eine außerordentlich interessante Artikelserie. Es schrieben dort die besten Köpfe der englischen Wirtschaftspolitik, Lloyd George, der Professor Bowley, Professor Beweridge, der Redakteur des „Economist" Layton usw. Wenn man diese Artikelserie durchliest, so hat man den Eindruck einer absoluten Ausweglosigkeit. Sie wissen nichts Positives zu sagen, nicht ein einziger konkreter Ausblick, wie diese Krise irgendwie liquidiert werden könnte. Und es ist sehr interessant, daß im Zusammenhang mit dieser verzweifelten Situation der englischen Bourgeoisie die Theorie des Malthusianismus in England wieder zu einer neuen Blüte erwacht ist. Was bedeutet das? Das bedeutet den ideologischen Verzicht der englischen Bourgeoisie auf die Hoffnung, den Zuwachs der englischen Bevölkerung ernähren zu können.

Daher fordert man einerseits eine organisierte Auswanderung in die englischen Kolonien und andererseits den Malthusianismus, die Einschränkung des Bevölkerungszuwachses, was offenbar den vollständigen Bankrott der englischen Wirtschaftspolitik bedeutet.

Sehr interessant ist demgegenüber, daß jenes kapitalistische Land, das gegenwärtig auf dem Zenit der kapitalistischen Entwicklung steht, die Vereinigten Staaten, die Einwanderungen verbietet. Sie wissen, daß zwei, eines das andere überbietende, Gesetze zur Einschränkung der Einwanderung in die Vereinigten Staaten angenommen wurden. Was bedeutet das ökonomisch, politisch? Es bedeutet, daß die Bourgeoisie der Vereinigten Staaten doch gewisse Zweifel darüber hat, daß innerhalb der Vereinigten Staaten dieser Aufstieg ohne Grenze weitergehen wird. Es besteht politisch eine Koalition *zwischen der Arbeiteraristokratie, die in den Gompersschen Gewerkschaften organisiert ist, und den faschistischen Organisationen, der American-League, dem Ku-Klux-Klan und der amerikanischen Großbourgeoisie, um das Neu-*

anströmen revolutionärer oder der Revolution zugänglicher Elemente aus Europa zu verhindern, so daß die Auswanderungspolitik, die die englische Bourgeoisie als Lösung für die Krise Englands preist, und das Einwanderungsverbot, das die amerikanische Bourgeoisie der Einwanderung entgegenstellt (wohl vor allem nicht der Engländer, aber der Mittel- und Osteuropäer), sich diametral entgegenstehen.

Ich habe früher davon gesprochen, daß die Verflechtung des Kapitalismus im internationalen Maßstabe immer größere Fortschritte macht. Nicht nur im Innern des Landes ballt sich der Kapitalismus zum monopolistischen Gebilde zusammen, es erwachsen immer stärkere Verbindungen von einem Lande zum andern, die Bourgeoisie der verschiedenen Länder wird einander immer nähergerückt. Die Sozialdemokraten ziehen aus dieser Tatsache zwei interessante Konsequenzen. Die eine ist spezifisch pazifistisch, sie sagen, die Interessen der Weltbourgeoisie sind nunmehr so stark verflochten, daß es zu keinem Krieg mehr kommen wird. Sie werden sich erinnern, daß vor dem Krieg ein ähnlicher Gedankengang auch Mode war, es war die berühmte Theorie von Norman Angell, daß der Krieg für die Bourgeoisie schädlich sei. Die neue Theorie ist ebenso unrichtig wie die vor dem Kriege. Die Verflechtung des Kapitalismus im internationalen Maßstabe ist sicher eine Tatsache, aber wir dürfen die Bedeutung dieser Tatsache nicht überschätzen. Wenn man die Tabellen hernimmt, die die internationale Verflechtung der Kapitalisten darstellen, so ist das ein sehr schönes Bild. *Aber es kann keine Rede davon sein, daß die Interessengemeinschaft bereits die Interessengegensätze irgendwie überwunden hätte.* Wenn jemand darüber Zweifel hat, so braucht er sich nur an die Tatsache zu erinnern, daß gegenwärtig die Rüstungen in demselben Tempo vor sich gehen wie vor dem Kriege. Es gibt ungefähr eine Million Bajonette Friedensbestand mehr als vor dem Kriege. Wenn im Washingtoner Abkommen eine Einschränkung der Seerüstungen vereinbart wurde, so bedeutet das nur, daß man die Folgerungen aus den Erfahrungen gezogen hat, die der letzte Krieg gezeitigt hat: statt Riesenschiffe eine Anzahl kleiner Schiffe, Unterseeboote, Flugzeuge usw. zu bauen. Der Bau dieser Art wurde freigestellt. Wenn wir an die riesigen Rüstungen denken, die in der Luft vorgenommen werden, an die Zahl der Unterseeboote, die bereits die Zahl der früheren Kreuzer erreicht hat, an die Rüstungen, die in den chemischen Fabriken und Laboratorien gemacht werden, an die Bemühungen, Strahlen zu erfinden, mit Hilfe derer man Aeroplane herunterholen kann, so erhalten wir das Bild, daß man sich im gesteigerten Tempo für einen kommenden Krieg vorbereitet, wie das vor zehn Jahren der Fall war.

Wir wissen aus Erfahrung, wenn diese Vorbereitungen getroffen

sind und wenn konkrete ökonomische Gegensätze, innere Widersprüche des Kapitalismus zu einem Krieg treiben — daß dann dieser Krieg auch *„von selbst"* losgehen kann.

Zusammenfassend würde ich folgendes sagen: die Krisenperiode der kapitalistischen Wirtschaft ist nicht überwunden. Sie besteht weiter. In der allernächsten Zeit, in den Jahren 1924-25, ist eine scharfe Krise in Amerika und daran anschließend eine Verschlechterung der Wirtschaftslage in Europa zu erwarten. *Dies bedeutet, daß die objektiven Möglichkeiten zu erfolgreichen Kämpfen des Proletariats in dieser Periode weiterbestehen bleiben, es bedeutet, daß es sicherlich zu großen Kämpfen zwischen dem Proletariat und dem Kapital kommen wird.*

Es hängt von den kommunistischen Parteien ab, wie diese Kämpfe sich politisch gestalten werden. Ich sage nicht, das möchte ich betonen, daß die gegenwärtige Krisenperiode unbedingt in absehbarer Zeit zu einem Zusammenbruch des Kapitalismus und einem Siege des Proletariats führen wird. Die Bestrebungen, die wir oft sehen, daß man in unseren Kreisen *irgendwie eine Theorie sucht, die uns objektiv beweisen soll, daß der Kapitalismus zusammenbrechen muß, diese Theorie kann nicht gegeben werden.* Es tut mir sehr leid, wenn manche linksradikale Genossen sagen: Ach, Varga ist ein alter Opportunist. Aber ich sage, es gibt keine richtige Theorie, die beweisen könnte, daß der Zusammenbruch des Kapitalismus irgendwie, automatisch, von selbst, unausbleiblich erfolgen müsse. Das ist unrichtig. Und ich erlaube mir gegenüber dem eventuellen Vorwurf des Opportunismus hier ein Zitat aus einer Rede, die Genosse Lenin im Jahre 1920 hier auf dem 2. Kongreß, also noch zu einer Zeit, die historisch anders war als die heutige, gehalten hat, zu einer Zeit, da die russische Armee im vollen Vormarsch gegen Polen war, da die Kommunistische Internationale noch nicht die Losung ausgegeben hatte: Heran an die Massen, sondern die 21 Punkte ausarbeitete, um den Zustrom der von den Massen zur Komintern gedrängten opportunistischen Führer irgendwie aufzuhalten. Es war eine Lage, in der die Rebellion der Arbeiterschaft noch in voller Kraft dastand, es war die Zeit, in der der Kapitalismus sich noch vor der Arbeiterschaft zurückzog, in der es schien, als ob die Arbeiterschaft dem Kapitalismus gegenüber noch im Übergewicht wäre. Der Genosse Lenin schrieb folgendes:

„Wir kommen jetzt zur Frage der revolutionären Krise als der Grundlage unseres revolutionären Handelns. Hier aber müssen wir vor allem zwei verbreitete Irrtümer erwähnen. Die bürgerlichen Ökonomen stellen einerseits diese Krise nach dem eleganten Ausdruck der Engländer als eine einfache „Beunruhigung" dar. Andererseits sind aber

zuweilen Revolutionäre bemüht, zu beweisen, daß es absolut keinen Ausweg aus der Krise gibt.

Das ist ein Irrtum. Absolut aussichtslose Lagen gibt es nicht. Die Bourgeoisie benimmt sich wie ein frecher Räuber, der den Kopf verloren hat, sie macht eine Dummheit nach der andern, verschärft dadurch die Lage und beschleunigt ihren Untergang. Dies verhält sich alles so, aber man kann nicht ‚beweisen', daß es für die Bourgeoisie absolut keine Möglichkeit gibt, irgendeine Minderheit von Ausgebeuteten mittels irgendwelcher kleinen Zugeständnisse einzuschläfern, die Bewegung oder den Aufstand irgendeines Teiles der Unterdrückten und Ausgebeuteten zu unterdrücken. Der Versuch, von vornherein die ‚absolute' Ausichtslosigkeit zu ‚beweisen', ist leere Kleinigkeitskrämerei oder spielt mit Begriffen und Worten. Einen wirklichen ‚Beweis' kann in diesen oder ähnlichen Fragen nur die Erfahrung bringen. Die bürgerliche Ordnung macht jetzt in der ganzen Welt eine außerordentliche revolutionäre Krise durch. Wir müssen jetzt durch die Praxis der revolutionären Parteien ‚beweisen', daß sie genügend selbstbewußt sind, genügend Organisation, Verbindung mit den ausgebeuteten Massen, Entschlossenheit und Verständnis besitzen, um diese Krise für die erfolgreiche, für die siegreiche Revolution auszunutzen.

Für die Vorbereitung dieses ‚Beweises' haben wir uns hauptsächlich auf dem gegenwärtigen Kongreß der KI versammelt."

Ich glaube, ich bin nicht verpflichtet, unbedingt linker zu sein, als der Genosse Lenin es war. Infolgedessen möchte ich nur wiederholen: Die objektive Möglichkeit für erfolgreiche revolutionäre Kämpfe des Proletariats ist weiterhin gegeben. Die Krisenperiode des Kapitalismus ist nicht liquidiert, es besteht die Möglichkeit, in verschiedenen Ländern durch gut geführte revolutionäre Aktionen Erfolge und vielleicht endgültige Erfolge zu erringen. Aber gelingt es der Kommunistischen Partei nicht, die Massen unter sich zu vereinigen, gelingt es ihr nicht, die Parteien hart und stählern aufzubauen, gelingt es ihr nicht, die Bauern, die großen Massen, die in den meisten Ländern am ausschlaggebendsten für den Erfolg revolutionärer Kämpfe sind, zu gewinnen, so werden diese objektiven Gelegenheiten vorübergehen. Es besteht immer die Möglichkeit, wenn auch nicht die Wahrscheinlichkeit, daß der Kapitalismus sich lange Zeit hindurch in dieser Krisenperiode weiter fortwindet und vielleicht zum Schlusse auf Kosten des Proletariats zeitweilig aus dieser Krise sich herausarbeitet.

Also ich wiederhole: Die objektive Möglichkeit für erfolgreiche revolutionäre Kämpfe ist wirtschaftlich weiter gegeben. Es ist Aufgabe der Kommunistischen Parteien, diese objektive Möglichkeit durch harte und zähe Kämpfe erfolgreich zu gestalten und zu verwirklichen. (Beifall.)

FÜNFTE SITZUNG

(Freitag, den 20. Juni 1924)

Diskussion zu den Berichten über die Tätigkeit der Exekutive und über die Weltlage

Redner: Treint (Frankreich), Rwal (Deutschland), Murphy (England), Jaquemotte (Belgien), Petrowski (Rußland), Roy (Indien)

Eröffnung 5 Uhr 30 nachmittags

Vorsitz: Geschke

GESCHKE eröffnet die Sitzung und gibt bekannt, daß zunächst die von der Erweiterten Exekutive zur Prüfung der Angelegenheit des Genossen Souvarine eingesetzte Kommission zu bestätigen ist. Den Vorsitz soll der Genosse Stewart führen, Sekretär soll Genosse Rienzi sein. Rußland stellt als Mitglied der Kommission den Genossen Frunse, als Stellvertreter Molotow, Deutschland den Genossen Freimuth, als Stellvertreter Meinz, Italien den Genossen Bordiga, als Stellvertreter Gressi, Polen den Genossen Walecki, die Tschechoslowakei den Genossen Kreibich, Norwegen den Genossen Schefflo, Belgien den Genossen Jaquemotte; der Balkan und England haben ihre Vertreter noch nicht angemeldet; Amerika den Genossen Olgin, Spanien den Genossen Alonso.

Hat jemand gegen die Zusammensetzung der Kommission Einwendungen zu erheben oder Ergänzungen vorzuschlagen?

SUZANNE GIRAUD: Die französische Delegation bittet, daß die Kommission durch einen Vertreter der französischen Delegation, und zwar den Genossen Maranne, ergänzt wird.

VORSITZENDER GESCHKE: Da die französischen Genossen an der Souvarine-Angelegenheit sehr interessiert sind, soll genau so verfahren werden, wie bei der russischen Kommission, in die kein russischer Genosse hineingenommen wurde. Deshalb wird vom Präsidium vorgeschlagen, daß auch kein französischer Genosse an dieser Kommission teilnimmt, damit nur die übrigen Delegationen Stellung nehmen können auf Grund der Dokumente, die von der französischen Delegation dem Präsidium zur Verfügung gestellt wurden. Es ist selbstverständlich, daß die ganze französische Delegation an dieser Sitzung teilnehmen kann, Beschlüsse werden jedoch nur von den übrigen Delegationen gefaßt.

SCHÜLLER (Jugendinternationale): Wir schlagen einen Vertreter der Jugendinternationale in diese Kommission vor. Dies war auch ursprünglich so gedacht, und wir schlagen den Genossen Wujowitsch zu diesem Zwecke vor.

VORSITZENDER GESCHKE: Ich möchte nochmals darauf verweisen, daß bisher so verfahren worden ist, daß, wo beide Teile interessiert sind, keiner dieser beiden Teile direkt irgendwie als Richter auftreten kann. Beide Teile werden zu der Sitzung hinzugezogen, haben aber weder Stimme noch Sitz in der betreffenden Kommission.

Wenn sonst gegen die Zusammensetzung dieser Kommission kein Einspruch erhoben wird, ist sie bestätigt.

SUZANNE GIRAUD: Das Präsidium zieht eine Parallele zwischen der Angelegenheit der russischen Partei und der Angelegenheit Souvarine. Die französische Delegation glaubt, daß es sich ganz und gar nicht um den gleichen Fall handelt. Wir sind der Ansicht, daß kein Meinungsunterschied zwischen Souvarine und der französischen Partei vorliegt, und daß die Frage nicht so gestellt ist. Es gibt eine Angelegenheit Souvarine, einen Fall von Disziplinbruch in der Kommunistischen Internationale, und wir glauben daher, daß die französische Delegation ihren Vertreter in dieser Kommission haben muß, um sich an ihrer Arbeit zu beteiligen.

TERRACINI: In der Liste der Mitglieder der Kommission, die vorgelesen wurde, wird als Vertreter der italienischen Delegation der Genosse Bordiga und als sein Stellvertreter der Genosse Gressi genannt. Die italienische Delegation hat dem Präsidium schon mitgeteilt, daß die italienische Delegation in dieser Kommission durch mich vertreten ist. Ich bitte, diese Richtigstellung vorzunehmen.

FREIMUTH: Ich verweise darauf, daß auf der Erweiterten Exekutive ausdrücklich gesagt worden ist, daß diese Angelegenheit nicht eine Angelegenheit der französischen Partei oder der französischen Delegation ist, sondern eine Angelegenheit der Komintern, und infolgedessen muß dem Antrage der französischen Genossen stattgegeben werden. Dies ist eine Angelegenheit der Komintern, und die französische Delegation hat auch das Recht, einen Vertreter in die Kommission zu entsenden. Über diesen Vorschlag muß abgestimmt werden.

VORSITZENDER GESCHKE nimmt die Abstimmung vor und gibt bekannt: Der Antrag ist angenommen. Die französische Delegation hat in der Souvarinekommission eine Stimme. Ich bitte die französische Delegation um einen Vorschlag. (Die französische Delegation schlägt durch Zuruf den Genossen Maranne vor.) Von der amerikanischen Delegation wird der Genosse Dunne, von der englischen Delegation der Genosse Douglas in die Kommission bestimmt.

Von der französischen Delegation wird dem Kongreß ein Aufruf an die Proletarier der ganzen Welt gegen die Unterdrückung der Ostvölker unterbreitet*). (Verliest den Aufruf.)

Ich konstatiere, daß der 5. Weltkongreß sich diesen Aufruf an die Proletarier der ganzen Welt zu eigen macht. Wir kommen nun zur Diskussion über die beiden gehörten Referate, den Bericht über die Tätigkeit und die Taktik der Exekutive der Komintern und den Bericht des Genossen Varga über die wirtschaftliche Weltlage. Als erster Diskussionsredner hat Genosse Treint-Frankreich das Wort.

---

*) S. Anhang: Aufrufe.

DEBATTE ÜBER DIE BERICHTE SINOWJEWS UND VARGAS

TREINT: Das erste Wort der französischen Delegation beim Eingreifen in die Aussprache gilt der Aufgabe, der tiefen Übereinstimmung, die zwischen der französischen Delegation und dem Inhalt des Berichtes des Genossen Sinowjews besteht, Ausdruck zu verleihen.

Ganz besonders wollen wir unsere Übereinstimmung mit dem, was Frankreich anbelangt, hervorheben. In Frankreich sind die Möglichkeiten großer Arbeiterkämpfe sehr nahe. In einigen Monaten wird Frankreich Anleihen zurückzuzahlen haben, die vorübergehend und trügerischerweise den französischen Franken stabilisiert haben. In einigen Monaten werden die Schatzscheine der Nationalen Verteidigung in der Höhe von 15 Milliarden zurückzuzahlen sein, die die 1920 und 1923 eingegangenen Schulden darstellen. Außerdem sehen wir, daß die Preise der Bedarfsartikel auf dem französischen Innenmarkt bedeutend geringer sind als die Preise dieser Bedarfsartikel auf dem Weltmarkt, so daß wir binnen kurzem Augenzeugen einer Preissteigerung sein werden, die der Ausdruck der Unvermeidbarkeit sein wird, daß die französischen Preise den Weltmarktpreisen zustreben. Auf diese Weise wird die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage in Frankreich notwendigerweise einerseits die finanzielle Inflation, andererseits die Teuerung herbeiführen, und diese beiden Erscheinungen werden durch Wechselwirkung und gegenseitige Förderung eine Verringerung der Kaufkraft der Löhne, eine Proletarisierung der mittleren Klassen herbeiführen, die zusammen mit der unsicheren Stellung der Regierung, die eine Folge der durch die letzten Wahlen geschaffenen Lage ist, alle Voraussetzungen großer Kämpfe zwischen den durch die KP erfaßten Arbeitern einerseits und den Faschisten, die in Frankreich die bürgerliche Diktatur in der gewalttätigsten Form verwirklichen wollen, andererseits schafft.

Unter diesen Verhältnissen muß die französische Partei ihre Entwicklung beschleunigen, und wir sind alle einmütig der Auffassung, daß Genosse Sinowjew vollkommen im Recht war, als er die Stärke der französischen Linken hervorhob. Die französische Linke ist die Richtung, die in den internationalen Fragen, die gegenwärtig auf dem Kongreß erörtert werden, spontan, und bevor sie noch die Stellung der Exekutive kannte, eine richtige Stellung einnahm. Die französische Linke hat keineswegs die Absicht, eine Fraktion innerhalb ihrer Partei zu bilden. Die französische Linke ist, im normalen Funktionieren der Parteiinstitutionen, genügend stark, um, wie Genosse Sinowjew es gestern sagte, die Gesamtpartei hinter der KI zusammenzuschließen.

Wir als französische Delegation wollen die Notwendigkeit eines energischen Kampfes gegen den Sachverständigenbericht betonen. Wir denken sogar, daß es nicht bloß für Frankreich, sondern für die gesamte KI eine Notwendigkeit ist, diesen Kampf zu organisieren. Wir glauben, daß dieser Kampf nicht einfach in einer negativen Kritik am Sachverständigengutachten bestehen darf, sondern daß der gegenwärtige Kongreß genau die Parolen zu bestimmen haben wird, mit denen wir dieses Gutachten bekämpfen werden. Wir glauben, daß ein Meinungsaustausch zwischen der deutschen und der französischen Partei, die an diesem Kampfe in erster Reihe interessiert sind, notwendig ist, daß nachher ein breiterer Meinungsaustausch mit den Delegationen der englischen und belgischen Partei und im allgemeinen der Parteien, die am

unmittelbarsten an dieser Frage, der Frage des Sachverständigenberichts, interessiert sind, herbeigeführt werden soll. Wir sind aber auch der Ansicht, daß der Weltkongreß nicht auseinandergehen darf, ohne daß die KI eine Resolution über die gegenüber dem Sachverständigenbericht zu verfolgende Taktik annimmt, eine Taktik, die sich sowohl auf die kritisierende Agitation als auch auf die Vorbereitung positiver Kämpfe erstrecken soll.

Der Genosse Sinowjew hat in seinem Bericht die Frage der gewerkschaftlichen Einheit berührt. Wir müssen vor allem erklären, daß unseres Dafürhaltens die Frage der gewerkschaftlichen Einheit für die Kommunisten keine prinzipielle Frage ist. Es kann sich eine historische Lage ergeben (namentlich im Falle eines unmittelbar bevorstehenden entscheidenden revolutionären Kampfes), in der das Interesse der Revolution die Sprengung der gewerkschaftlichen Einheit erfordert, und wir erklären mit voller Deutlichkeit, daß, wenn wir in einer solchen Lage die Wahl zwischen der gewerkschaftlichen Einheit und dem revolutionären Interesse hätten, wir als Kommunisten nur für die Revolution Stellung nehmen könnten. Ich glaube aber auch, daß wir uns in keiner Lage befinden, in der eine auf gewerkschaftliche Spaltung abzielende Taktik formuliert werden könnte. Wir glauben im Gegenteil, daß in der Periode, in der wir uns jetzt befinden, d. h. zwischen der revolutionären Welle von gestern und der revolutionären Welle von morgen, die Rote Gewerkschaftsinternationale alle Kräfte, die sie gewinnen konnte, schon erfaßt hat, und daß wir trotz aller Anstrengungen nur langsam neue Massen gewinnen können. Wir glauben, daß es in der Lage, in der wir uns gegenwärtig befinden, zweckmäßig ist, die Frage der internationalen gewerkschaftlichen Einheit auf dem Weltkongreß aufzurollen. Es ist dies eine Frage, die ich hier bloß berühren will und die ausführlich in der Gewerkschaftskommission des Kongresses und nachher in der Aussprache in der Vollsitzung behandelt werden soll. Wir glauben aber, daß es notwendig ist, daß die gesamte Internationale sich eine solche Taktik zu eigen macht wie die, die wir in Frankreich schon befolgt haben. Ihr wißt, daß wir uns in Frankreich in einem Zustand gewerkschaftlicher Spaltung befinden, und daß unsere Taktik unaufhörlich darin bestand, die Rückkehr zur gewerkschaftlichen Einheit durch die Einberufung eines gemeinsamen Kongresses aller Gewerkschaften zu beantragen, wobei es natürlich klar war, daß dieser Einheit die freie Meinungsäußerung in den Gewerkschaften und das Recht aller Richtungen, sich innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu organisieren, zugrunde liegen sollte. Und da wir Kommunisten sind, da wir wissen, daß wir uns auf der richtigen Linie der historischen Entwicklung des Klassenkampfes befinden, wissen wir auch, daß die freie Meinungsäußerung in den Gewerkschaften dazu führen wird, daß die Kommunisten in einer sehr nahen Zukunft die gesamten Kräfte der Gewerkschaften auf den Weg des Klassenkampfes bringen werden. Wir stellen auch fest, daß, wenn wir unsere Reformisten zu bekämpfen haben, das Argument, auf das sie sich berufen, das folgende ist. Sie sagen: gewerkschaftliche Einheit auf nationalem Gebiet? Sehr richtig, verwirklicht sie aber zuerst auf internationalem Gebiet. Es ist klar, daß dies das gewichtigste Argument ist, das sie gegen uns ins Treffen führen, und ich glaube, daß die auf der gleichen Grundlage, d. h. auf Grundlage der Einberufung eines Weltkongresses aller Gewerkschaften vorgeschlagene internationale gewerkschaftliche Einheit, die zur Organisierung von Richtungen in der Vereinigten Gewerkschaftsinternationale

führen würde, die Argumente der Reformisten zerstören und das Manöver, das sie in Wirklichkeit gegen uns ausführen, um die Verantwortung für die Fortdauer der Spaltung auf uns abzuwälzen, bloßstellen würde. Es ist klar, daß gegenwärtig die Reformisten national und international das größte Interesse daran haben, unser Tätigkeitsfeld einzuschränken und die gewerkschaftliche Spaltung aufrechtzuerhalten. Es ist auch ganz klar, daß wir in der Lage, in der wir uns befinden, ein Interesse daran haben, bei den Massen mit unserem ganzen Einfluß zugunsten der gewerkschaftlichen Einheit zu wirken. Ich halte das Argument, daß unsere reformistischen Gegner uns des Manövrierens beschuldigen könnten, nicht für stichhaltig. Wir können öffentlich erklären, daß wir stets im Interesse der Arbeiterklasse manövrieren, und daß die Reformisten gerade deswegen, weil wir im Interesse der Arbeiterklasse und der Revolution manövrieren, sich der Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit widersetzen.

Ich will jetzt die Frage der Einheitsfront und der Arbeiter- und Bauernregierung anschneiden. Wir billigen voll die Formel des Genossen Sinowjew, wenn er sagt: „Einheit von unten — immer; Einheit gleichzeitig von oben und von unten — wenn es die Umstände erfordern; Einheit nur von oben — niemals!

Für absolut richtig halten wir auch die Formel des Genossen Sinowjew: „Arbeiterregierung ist das für die Gesamtheit der Arbeiter und Bauern verständlichste Synonym für proletarische Diktatur." Es ist ganz klar, daß, wenn wir die Parole der Arbeiterregierung in die Arbeitermassen schleudern, wir in konkreter Weise erklären müssen, daß diese Arbeiterregierung den Zweck hat, die Macht in die Hände der Werktätigen, die vom Proletariat geleitet werden, zu legen, daß sie den Zweck hat, einen aktiven Kampf zu führen und bis zum bewaffneten Kampf gegen die Bourgeoisie zu gehen. Wir glauben aber auch, daß diese Erklärung nicht übermäßig eng ausgelegt werden darf. Die Diktatur des Proletariats ist eine Sache, die nicht vom Himmel fällt. Es gibt eine Periode, in der die proletarische Diktatur schon eine Tatsache, schon errichtet ist, und es gibt eine Periode, wo die Errichtung der proletarischen Diktatur erst einsetzt. Wir sind der Ansicht, daß, wenn die Sowjetregierung das Synonym der schon errichteten proletarischen Diktatur ist, die Arbeiterregierung zuweilen das Synonym der in Entstehung begriffenen Diktatur des Proletariats ist. In dieser Beziehung halten wir für richtig die Taktik, die im vorigen Jahr nicht durch die deutsche Partei, sondern durch die Kommunistische Internationale auf der Konferenz, auf der wir uns hier in Moskau zusammenfanden, bestimmt wurde. Wie war damals die Lage? Die Revolution schien reif zu sein, das war eine entschiedene Sache für die gesamte Internationale. International wurden eine Reihe Verfügungen getroffen, auf die der Genosse Sinowjew gestern eure Aufmerksamkeit gelenkt hat. Unter diesen Bedingungen war die Bildung der Arbeiterregierung in Sachsen eine völlig richtige und völlig annehmbare Taktik. Der Fehler, der begangen wurde, lag aber darin, daß die sächsische Regierung, statt ein Synonym der proletarischen Diktatur zu sein, wie das notwendig gewesen wäre, in Wirklichkeit ein parlamentarischer Schacher, ein Handel hinter den Kulissen mit den linken sozialdemokratischen Führern war. Die Kommunisten erklärten sich für verantwortlich nach den verfassungsmäßigen Formen der bürgerlichen Demokratie. Sie respektierten die Solidarität mit der Sozialdemokratie, mit der sie in der gleichen Regierung saßen, wo es

ihre Aufgabe gewesen wäre, die gesamten Arbeitermassen, die sie hätten bewaffnen sollen, zur Verteidigung des proletarischen Sachsen gegen die Konterrevolution aufzufordern. Während es Aufgabe der Kommunisten gewesen wäre, die sozialdemokratischen Führer bei ihrem ersten Versagen energisch zu bekämpfen, sie ins Gefängnis zu stecken und im Notfalle zu füsilieren, gaben sie sich mit einem politischen Schacher ab, der die KP in den Sumpf einer opportunistischen Politik hineinzog.

Unter diesen Bedingungen sind wir der Ansicht, daß die Formel des Genossen Sinowjew völlig richtig ist, daß wir mit Bestimmtheit erklären können, daß die Arbeiterregierung in allen Fällen das verständliche Synonym für proletarische Diktatur ist; wenn wir aber festhalten an der Kampftaktik, die von der Kommunistischen Internationale im vorigen Jahre beschlossen wurde und die im Augenblick des entscheidenden Kampfes Sachsen durch die Bildung einer Arbeiterregierung zu einem Aufmarschgebiet der Revolution machen sollte, so sind wir gleichzeitig gegen alle opportunistischen Fehler, die in der Einheitsfronttaktik und in der Taktik der Arbeiterregierung begangen wurden. Die französische Partei wird sich mit allen Kräften gegen jeden Versuch einer „Versachsung" der Einheitsfronttaktik richten.

Wir wollen auch, Genossen, unsere Meinung in bezug auf die tschechoslowakische Regierung, die Regierung von Prag, da diese Frage dieser Tage aufgerollt wurde, festlegen. Wir glauben, daß es in Anbetracht der Gesamtheit der getroffenen Maßnahmen eine theoretisch richtige Lösung sein mochte, die Koalition, von der man uns sprach, und die Regierung in Prag sogar mit der Bourgeoisie zusammen zu bilden, um auf diese Weise die deutsche Revolution zu sichern. In Wirklichkeit war aber diese Lösung, wie wir glauben, falsch, weil die tschechoslowakische Partei unseres Dafürhaltens noch nicht genügend entwickelt ist, noch keine genügend revolutionären Fähigkeiten besitzt, um in einer gemeinsamen Regierung in Berührung dieser Art mit der Bourgeoisie zu treten, ohne dabei eine sehr schwere Gefahr zu laufen.

Wir wollen auch feststellen, daß die gegenwärtig im Schwinden begriffene Gefahr einer internationalen Rechten tatsächlich bestanden hat, und daß namentlich in unserer deutschen Sektion diese Gefahr sich in voller Kraft offenbarte. Wir haben gesehen, wie sich in allen Ländern die Opposition um die Fehler der deutschen Rechten herum herauskristallisierte. Wir haben den Kampf der russischen Opposition gegen den Block des Zentrums und der Linken gesehen, der in einem bestimmten Moment die deutsche Partei rettete, indem er sie vor der Spaltung bewahrte. Wir haben gesehen, wie die polnischen Genossen ungefähr die gleiche Stellung einnahmen. Wir haben gesehen, was die Opposition in unserer Partei später geworden ist, wie sie in den Sitzungen unserer Zentrale die Erörterung der deutschen Lage verhindern wollte. Die Erörterung der deutschen Lage verhindern, hieß aber in jenem Augenblick, die französische Partei daran hindern, die Rechtsfehler zu verurteilen.

Die internationale Rechte offenbarte sich in Frankreich auch in der englischen Frage, und bei uns war diese Erscheinung ganz typisch. Wir haben gesehen, wie unser Organ, die Humanité, die Worte schrieb: „Die Regierung der Labour Party besteht aus früheren Arbeitern, und welche Politik sie auch treiben möge, wir werden sie aus vollen Kräften unterstützen." Es ist überflüssig, hier auf einem Weltkongreß den entschieden opportunistischen Charakter einer solchen Erklärung zu betonen. Schließlich haben wir den Widerhall gesehen, den die Parole

der Arbeiterdemokratie in Frankreich fand, der Arbeiterdemokratie, wenn sie sich auf einen rein formellen Boden, auf den Boden des Rechtes jedes einzelnen Mitgliedes der Organisation stellt, statt sich auf den Standpunkt der höchsten Interessen der Revolution zu stellen. Wir haben gesehen, daß sich auf dieser Grundlage außer vorzüglichen Revolutionären, die für einen Augenblick irregeführt wurden, sich alles zusammenschloß, was es in unserer Partei an rückständigen Elementen, an opportunistischen Überresten gab, und wir haben auch gesehen, daß die Gefahr, von der die im Kampfe so notwendige Disziplin der Partei bedroht wurde, sehr ernst war.

Es ist eine ganz richtige Feststellung, daß die KI gleichzeitig gegen die Rechte und gegen die Fehler der Linken kämpfen müsse.

Wir können nicht den Genossen Bordiga in seinen Irrtümern unterstützen. Wir wissen, was der Genosse Bordiga vorstellt. Wir wissen, daß er die italienische Partei im Kampfe gegen den Faschismus geführt hat, daß er der italienischen Partei eine heroische Tradition gegeben hat, die sie bewahrt hat und stets bewahren wird. Wie stark aber auch unser Wunsch ist, Bordiga auf dem politischen Standpunkt der Kommunistischen Internationale zu sehen, wir wissen, daß man die Politik der Internationale nicht der Notwendigkeit unterordnen kann, gute *politische* Beziehungen mit einem Genossen aufrechtzuerhalten. Wir hoffen, daß die gesamte Internationale ihr möglichstes tun wird, damit Genosse Bordiga die politische Plattform, die der Kongreß ausarbeiten wird, sich zu eigen macht, und wir wünschen, daß wir nicht gezwungen werden, zwischen dem Genossen Bordiga und der Kommunistischen Internationale zu wählen.

Wir erklären unser Einverständnis mit dem Berichte des Genossen Sinowjew auch, weil er klar gezeigt hat, daß die Hauptgefahr rechts steht. Wir haben bei uns Genossen gesehen, die sagten, daß wir uns ändern, daß wir die Taktik des 3. Kongresses, auf dem gegen den Radikalismus gekämpft wurde, aufgegeben hätten, und wir haben Genossen gesehen, die die französische Partei und die Kommunistische Internationale durch die Taktik des 3. Kongresses binden wollten.

Auf dem 3. Kongreß stand die Gefahr links. Es ist eine völlig klare Tatsache: Unsere Parteien waren noch keine Parteien mit Einfluß auf die Massen. Die in Deutschland beschlossene Offensivtaktik konnte die Kommunistische Internationale, konnte ihre Parteien zertrümmern. Es war unbedingt notwendig, daß der 3. Kongreß sich auf den Standpunkt stellte, den er gegenüber den linken Fehlern tatsächlich eingenommen hat. Gegenwärtig sind aber unsere Parteien erstarkt und haben die Notwendigkeit begriffen, sich auf keine Putsche einzulassen. Sie begreifen nunmehr die Notwendigkeit, die Massen in entscheidenden Aktionen gegen die Bourgeoisie zu schulen, und es wäre ein Wahnsinn, die Taktik des 3. Kongresses fortsetzen zu wollen. Man kann nicht die gleichen Methoden anwenden gegenüber dem deutschen Putsch im März 1921, der infolge linker Fehler zertrümmert wurde, und der Massenrevolution, die im vorigen Jahr infolge opportunistischer Fehler eine Niederlage erlitt. Das Wiederaufleben demokratischer Illusionen, das eine Folge der Regierungsbildung in England durch die Labour Party und der Regierungsbildung durch den Linken Block in Frankreich ist, veranlaßt die Internationale, beim Kampfe gegen die Bourgeoisie energischer als je gegen die Sozialdemokratie außerhalb ihrer Reihen und gegen Gefahren von rechts innerhalb der eigenen Reihen zu kämpfen.

Je mehr die II. Internationale sich kompromittiert, um so mehr Platz gibt es selbst in unseren Reihen für ein Wiederaufleben der Ideologie der Zweieinhalb-Internationale.

Daher sind wir entschieden *gegen* eine Entbolschewisierung der russischen Partei, *für* Bolschewisierung der Bruderparteien und *für* Schaffung der bolschewistischen Weltpartei, zu der die KI, vom Geiste Lenins beseelt, werden muß.

RWAL: Genossen und Genossinnen! Wir haben in der deutschen Partei — und das gilt vielleicht für die gesamte Komintern — seit dem Oktober eine Epoche erlebt, die unseres Erachtens noch nicht beendigt ist, die noch weiterdauert. Wir haben in der Oktoberperiode erlebt, daß die Partei in Deutschland und auch die gesamte Komintern imstande war, die Frage der Machtergreifung akut zu stellen. Das ist eine der entscheidenden Fragen. Es kennzeichnet diese Epoche, die damals begonnen hat. Aber gleichzeitig hat sich erwiesen, daß die alte Parteileitung trotz alledem nicht imstande war, diese Umstände, die objektiv, wie Genosse Sinowjew selbst mit Recht gestern unterstrichen hat, sehr günstig waren, auszunützen.

Genossen, wir kommen zu euch als die Vertreter der großen proletarischen Massen Deutschlands aus allen Kampfgebieten Deutschlands. Und es gibt in Deutschland keinen einzigen Proleten, keinen einzigen klassenbewußten Kumpel, der nicht begriffen hätte, daß damals die Partei den Kampf aufnehmen konnte, anstatt ihm auszuweichen. Und wenn wir heute nicht so unmittelbar vor der Frage stehen wie damals, so ist das trotz aller objektiven Schwierigkeiten ein Resultat der gewaltigen Fehler, die keinen Zufall darstellen, sondern in historischer Verbindung stehen mit der gesamten Vergangenheit, dem guten Teil der II. Internationale. Ich habe nichts dagegen, wenn wir diesen Teil als einen guten Teil der II. Internationale darstellen, aber das war ein noch sehr schlechter Teil der Kommunistischen Internationale. Und das müssen die Proleten Deutschlands heute wissen, und nicht nur sie, sondern auch die Proleten Polens, Frankreichs usw. Deshalb ist die sogenannte deutsche Frage eine rein internationale Frage, und nur in diesem internationalen Maßstab werden wir die Frage ganz klar stellen. Aber trotz allem und vielleicht deshalb entstand auch zum erstenmal die endgültige Erkenntnis nicht nur einzelner Führer, sondern der gesamten Mitgliedschaft all unserer Bezirke, all unserer Kampfgebiete, von oben bis nach unten, über die selbständige Rolle der Partei, die Erkenntnis, daß eine Kommunistische Partei in keinem Falle Gefangene einer Taktik sein kann, sondern jede Taktik, die für eine gewisse Periode, für eine gewisse Etappe berechtigt ist, angewendet werden muß, um eine proletarische Revolution vorzubereiten und zu organisieren. So stehen wir auch heute zu der Einheitsfronttaktik und nicht anders. Wir sagen, wir können uns die beste Taktik zu eigen machen, wir werden aber bei einer schlechten opportunistischen Führung mit der Partei zum Teufel gehen, weil die Taktik nicht gut, nicht revolutionär, nicht bolschewistisch angewendet werden kann. Das ist die Erkenntnis der selbständigen Rolle der Partei, nicht nur bei den Führerkörperschaften, sondern bei der gesamten Mitgliedschaft. Diese Lehre hat uns viel gekostet. Aber wir sagen im historischen Maßstab: Vielleicht lohnt es sich, viel zu bezahlen, aber endgültig eine bolschewistische Partei in Westeuropa zu bekommen.

Nun, Genossen, was sagen wir gleichzeitig über die Lage in Deutschland? Wir haben geschildert, wie die Partei zur Erkenntnis ihrer Rolle gekommen ist. Gleichzeitig entsteht die Erkenntnis der Kampfgebiete. Was hatten wir vorher? Organisatorisch war die Partei mehr einer sozialdemokratischen Partei als einer bolschewistischen ähnlich, war mehr ein sozialdemokratischer Wahlapparat als eine eiserne bolschewistische Kohorte zur Organisierung der Revolution. Heute begreift jedes einfache Parteimitglied, daß es anders aussehen muß, daß die Partei im großen und ganzen basieren muß auf den wichtigsten Industriegebieten als Kampfgebieten. Wir bilden jetzt in Deutschland, von Westen nach Osten, von Norden nach Süden alle revolutionären Pole zusammengefaßt, vom Ruhrgebiet nach Oberschlesien, eine eiserne Kohorte, mit Hamburg, der ganzen Wasserkante und Berlin, als Mittelpunkte der Revolution in Deutschland. Das war bis jetzt nicht der Fall. Die Partei konnte auch deshalb nicht besser kämpfen, weil sie sich falsch basiert hatte. Wenn wir eine Revolution organisieren, müssen wir für sie ein Petrograd und ein Moskau schaffen. Wir stehen heute in Deutschland vor dieser Aufgabe, und deshalb müssen wir sagen, wir sichern für uns diese Position. Was werden wir in der Zukunft tun? Diese liegt nicht so weit vor uns, wie das manche wohl denken. Wir werden vielleicht nicht erzählen, daß die Macht auf der Straße liegt, daß es viel leichter ist, sie zu erobern, als sie zu halten, sondern wir werden sagen: Jetzt haben wir hinter uns die Kampfgebiete, und wir werden nicht ausweichen, sondern kämpfen. Und dann wird auch der Sieg kommen.

Genossen, gleichzeitig müssen wir diesen Oktoberkampf mit der internationalen Lage verbinden. Genosse Sinowjew sagte im Gegensatz zu dem, was man in den Oktobertagen erzählt hat, daß die internationale Lage günstig für die deutsche Revolution war. Jawohl, denn als Nebenerscheinung, die keinen Zufall darstellt, hatten wir im polnischen Oberschlesien einen großen Generalstreik, einen großen gewaltigen Eisenbahnerstreik, einen bewaffneten Aufstand in Krakau; in einer Kirchenstadt ohne revolutionäre Tradition griffen die Proleten zu den Gewehren. Aber gleichzeitig zeigte sich etwas, das ähnlich ist dem, was wir in Deutschland erlebt haben, und zwar, daß da, wo die Massen kämpften, keine geschlossene Führung der Partei war. Und das halten wir für einen großen Fehler.

Aber gleichzeitig, wenn wir uns erinnern an die Januartagung der Erweiterten Exekutive, wo die Leitung unserer polnischen Partei die deutsche Rechte und gleichzeitig auch die rechten Fehler unterstützt hat, so sehen wir, daß es kein Zufall war, wenn auch im Kampfe in Polen keine geschlossene eiserne Führung war.

Wenn wir das so ausdrücklich betonen, so nur, um uns für die Zukunft zu sichern, um in der nächsten Zukunft wenigstens in Mitteleuropa geschlossene, kompakte, revolutionäre, kommunistische und bolschewistische Parteien zu bilden. Natürlich, wir sagen, eines der wichtigsten Gebiete der proletarischen Revolution muß England werden. Aber gleichzeitig sagen wir: In der Zeit der Organisierung, der Schaffung einer Kommunistischen Partei in England, in der Zeit, da wir noch weiter diese bolschewistischen Parteien zu gründen versuchen werden, sollen wir in keinem Falle die Tatsache außer acht lassen, daß die deutsche Revolution nicht hinter den Bergen steht, sondern weiter eine akute Frage für uns ist; wir müssen mehr Aufmerksamkeit widmen der weiteren Vorbereitung der Revolution und unseren Bruderparteien, die

nicht weit von uns stehen, die die Revolution mitsichern müssen, die vielleicht gleichzeitig bei sich angreifen müssen. Da ist in erster Linie die polnische Partei, dann auch die tschechoslowakische Partei. Wir müssen hier betonen, daß unsere Bruderpartei in Polen in dieser Beziehung sehr große Fehler gemacht hat. Einen Fall, scheint es uns, hat Genosse Sinowjew nicht so ernst genommen wie wir, die wir unmittelbar im Kampfe stehen. Das ist die Frage der sogenannten Entgleisungen. Wir haben im polnischen Parlament eine kleine Fraktion. Jawohl, sie arbeitet unter den schwierigsten Umständen, aber gleichzeitig sagen wir: Unser Genosse Krulikowski, der im polnischen Parlament sehr gute revolutionäre Reden hält, hat gleichzeitig den Fehler begangen, für die sechsmonatige Dienstpflicht in der polnischen Armee zu stimmen. Und mehr noch. Wir sagen: Die polnische Zentrale hat ihn erst nach zwei Monaten desavouiert; sie hätte das sofort tun sollen. Es war notwendig, einzugreifen, zu intervenieren. Für uns, die wir in Oberschlesien im Kampfe stehen, sind solche Fragen von großer Bedeutung, was wir immer betonen müssen.

Die letzte Frage ist die des Kampfes gegen das Sachverständigengutachten. Wir müssen unsere Freude hier ausdrücken über unsere französischen Brüder, die von Anfang an sagen, daß das für sie eine der akutesten Fragen ist. Jawohl, der Kampf dagegen ist euer Kampf, so wie er unser Kampf, der Kampf der gesamten internationalen Arbeiterklasse ist. Wir haben den Kampf schon begonnen. Wir haben im Ruhrgebiet fünf Wochen Generalstreik der Bergarbeiter gehabt. Wir haben den Kampf in Oberschlesien sieben Wochen, wir gewinnen für den Kampf Tausende von Frauen, die unmittelbar im Kampfe stehen, mit der Schupo, mit den Faschisten kämpfen. Wir haben den Achtstundentag noch nicht erobert, aber er ist für uns eine Machtfrage. Wenn wir ihn erobern, so wird das bedeuten, daß wir die Absichten der Sachverständigen durchkreuzt und vernichtet haben, und gleichzeitig können wir dann auch weiter vorwärtsmarschieren zum Kampfe. Wir sagen gleichzeitig, daß wir gegen den Faschismus nicht so kämpfen, wie das im vorigen Jahre war; wir bereiten vielleicht nicht eine so große Propagandaorganisation vor, um dann am letzten Tage auszuweichen, sondern wir schreiten von Fall zu Fall vorwärts. Hier sind wir geschlagen, aber anderswo schreiten wir vorwärts. Die oberschlesischen Arbeiter haben in den letzten Tagen in Oberschlesien 25 faschistische Hunde erschossen und aufgehängt. Und wir sagen noch mehr: Unter dem Namen Lenin werden wir die Verbrüderung der polnischen und deutschen Proleten schaffen, die Brücke zwischen ihnen schlagen. Die Brücke muß verlängert werden durch das ganze Polen, und im Zeichen Lenins werden wir siegen.

MURPHY (England): Genossen, ich habe aus dem Bericht des Genossen Sinowjew den Eindruck gewonnen, daß die Hauptfrage noch immer die Frage der Einheitsfronttaktik ist. Es scheint, daß eine Anzahl von unsern Bruderparteien oder wenigstens bedeutende Teile derselben die Zweckmäßigkeit dieser Taktik bezweifeln und eine Abschaffung oder wenigstens Abänderung derselben wünschen. Diese Frage ist aber von der größten Wichtigkeit, und der Kongreß muß in der entschiedensten Weise zu ihr Stellung nehmen. Ich meinerseits, und ich bin überzeugt, daß ich in dieser Auffassung von der gesamten englischen Partei unterstützt werde, denke, daß es ein großer Fehler wäre, diese Taktik zu verwerfen. Daraus, daß wir in ihrer Anwendung

Fehler begehen, die zu Ergebnissen führen, die uns enttäuschen und unsern Unwillen erregen, folgt nicht, daß diese Taktik falsch sei. Es mag sein, und ich glaube, daß es tatsächlich so ist, daß die Fehler, die wir begehen, hauptsächlich der Tatsache zuzuschreiben sind, daß die meisten Parteien der KI sich erst in dem Prozesse, wirkliche kommunistische Parteien zu werden, befinden, und ich kenne keine zuverlässigere Methode hierfür, als die Prüfungen, die diese Taktik uns auferlegt.

Sinowjew erklärte, daß die wichtigste Aufgabe der KI gegenwärtig die Schaffung einer Massenpartei in England sei. Das ist vollkommen richtig, und ich möchte hinzufügen, daß die Schaffung einer Massenpartei in England ohne Anwendung der Einheitsfronttaktik ein Ding der Unmöglichkeit ist. Hier bin ich mir nun wohl bewußt, daß an uns sowohl wegen unserer Beziehungen zur Labour Party als auch wegen unserer Beziehungen zur Labour Party-Regierung eine gewisse Kritik geübt wird. Im Bericht wurden sowohl die Wahl in Kelvingrove als auch die Erklärungen des Genossen Newbold erwähnt, und es wurde uns gesagt, daß unsere Kampagne in Kelvingrove keine kommunistische Kampagne gewesen sei. Nun zögern wir nicht im geringsten, zuzugeben, daß Fehler begangen wurden, daß sich bei dieser Kampagne Schwächen offenbarten, es wäre aber auch verfehlt, die gesamte Kampagne nach diesen Fehlern einzuschätzen. Wenn wir für einen Augenblick berücksichtigen wollen, was unsere Feinde sagen, so werden wir finden, daß sie sogar in bezug auf die erwähnte Wahl uns beschuldigen, daß wir die Kampagne zu kommunistisch führten, die Niederlage der Labour Party bei der Wahl verursachten, die gesamte Arbeiterbewegung für die Zukunft vor uns gewarnt haben und ihr „zeigten", daß sie es nicht erlauben dürfe, daß wieder so „glühendrote" Hitzköpfe als Kandidaten der Labour Party auftreten.

Wenn wir daher die Gesamtlage ins Auge fassen, müssen wir die Frage der Einheitsfront von einem andern Gesichtspunkt betrachten. Wir müssen zugeben, daß die Partei jung und im Gestaltungsprozeß begriffen ist und unter den gegenwärtigen Umständen der Anwendung der Einheitsfronttaktik natürlicherweise Fehler begehen wird.

Zwischen unsern Beziehungen zur Labour Party-Regierung und zur Labour Party ist ein Unterschied zu machen. Es gibt in unsern Bruderparteien Leute, die diese beiden Dinge verwechseln. Sie glauben, daß die Labour Party-Regierung das gleiche sei wie die Labour Party, und da sie vieles an der Tätigkeit der Labour Party-Regierung mit Mißvergnügen betrachten, erwarten sie von uns, daß wir aus der Labour Party austreten und uns mit ihr nicht mehr einlassen. Wollen wir uns über diese Frage ganz klar werden. Wir wollen zugeben, daß in den ersten Tagen der Labour Party-Regierung unsere Partei in ihrer Haltung schwach war. Das ist ganz richtig. Wir waren gerade aus dem Feuer der Wahlkampagne gekommen, und die Labourregierung hatte ihre Tätigkeit noch nicht angefangen. Was wir in diesem Moment tun konnten, bestand außer dem, daß wir die Warnungen, die wir für notwendig hielten, an die Arbeiter richteten, darin, daß wir unter diesen Umständen mit dem Strome des Gefühls der Arbeiterklasse gingen und die Arbeiter anspornten, auf den Forderungen, die bei der Kampagne aufgestellt wurden und im Rahmen des Programms der Arbeiterregierung zur praktischen Anwendung gebracht werden konnten, zu beharren. Dann wird die Zeit, in dem Maße, wie die Wochen dahin-

gehen, ein wichtiger Faktor, es wird für uns möglich, unsere Haltung weiterzuentwickeln, ständige Kritik an der Arbeiterregierung zu üben, diese Kritik von Woche zu Woche und von Tag zu Tag weiterzuentwickeln, weil sie es nicht nur unterläßt, die Dinge, für die sie eintrat, zu verwirklichen, sondern immer weiter von der Arbeiterbewegung ablenkt und in das Lager der Bourgeoisie geht. Diese Entwicklung bietet größere Möglichkeiten für die Partei, und ich glaube, daß wir uns dessen bewußt sind und daß wir unsere Haltung auf dieser Linie entwickeln können. Die auf unserer Manchester-Konferenz in Angriff genommene Taktik war in bezug auf die Labourregierung klar und entschieden. Wenn aber jemand glaubte, daß, weil unsere Stellung zur Arbeiterregierung in einem scharfen Kritisieren zu bestehen hat, die Anwendung der Einheitsfronttaktik in der Arbeiterbewegung überhaupt unrichtig sei, so würde er völlig falsch gehen. Ich will noch einmal betonen, daß es einen Unterschied gibt zwischen der Arbeiterregierung und der Labour Party. Wäre sie die gleiche Körperschaft, wie könnten wir dann etwa das überraschende Bild sehen, daß die alte Gewerkschaftsbewegung und die Labour Party gemeinsam gegen die Arbeiterregierung protestieren, weil diese den Mitgliedern der Labour Party Informationen vorenthalten hat, wie es bei der Marinedebatte geschehen ist? Warum mußte es ferner infolge dieses Zwischenfalles zur Schaffung eines Verbindungsausschusses zwischen der Labour Party und der Regierung kommen, und ferner: Wie könnten wir in diesem Falle Proteste der gesamten Arbeiterbewegung gegen die Labourregierung sehen, weil diese gegen streikende Arbeiter Nothilfemaßnahmen in Anwendung zu bringen beabsichtigt? Wären sie das gleiche, so würde es eine größere Einigkeit unter ihnen geben. Die Labour Party ist aber nicht die Labourregierung, wiewohl diese aus ihr entstanden ist und wiewohl die Labour Party von der Bourgeoisie ausgenützt wurde, um diese Labourregierung zu schaffen. Die Labourregierung betrachtet sich als nicht gegenüber der Labour Party, sondern gegenüber dem Volk verantwortlich. Die Labour Party ist die organisierte Arbeiterklasse Englands, und jene, die uns den Vorschlag machen, aus der Labour Party auszutreten, meinen damit auch, daß wir aus den Gewerkschaften austreten müssen, und das bedeutet einfach, daß wir uns völlig von der Arbeiterklasse selbst zurückziehen sollen, ein Vorschlag, den, wie ich überzeugt bin, dieser Kongreß für keinen Augenblick in Erwägung ziehen wird.

Manche unserer Kritiker sagen uns auch, daß wir bei den Wahlen kommunistische Kandidaten gegen die Labour Party-Kandidaten aufstellen sollen. Die diesen Antrag stellen, behandeln das Problem einfach so, als ob die Labour Party in England in ihrem Aufbau das gleiche wäre wie die Sozialdemokratische Partei in Deutschland. Das ist aber nicht der Fall. Ihre politische Auffassung mag eine ähnliche sein, der Aufbau der Labour Party macht sie aber zu einer ganz andern Kategorie als die übrigen sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale. Wenn daher die Kommunistische Partei sich nicht in den örtlichen Organisationen der Arbeiter, in den örtlichen Labour Party-Organisationen usw. durchsetzen kann, um auf diesem Wege die Zentralführung der Labour Party zu bekämpfen, die die Gewerkschaften in ihren Händen hält, so kann sie auch nicht eine erfolgreiche Wahlkampagne in Gang setzen und eine wirksame Massentätigkeit entfalten. Wir müssen die Mitgliedschaft der Labour Party, die Mitgliedschaft der Gewerkschaften für uns gewinnen, indem wir für unser Programm und

unsere Taktik, die darin besteht, in ihren alltäglichen Kämpfen mit ihnen zusammenzugehen, Propaganda machen.

Wollen wir diese Einheitsfronttaktik nicht annehmen, so möchte ich fragen, durch welche anderen Mittel wir die englische kommunistische Bewegung entwickeln sollen. Ich weiß, daß eine ganze Anzahl unserer Genossen unsere Partei als eine unbedeutende Partei betrachten, es ist aber falsch, unsere Partei nach der zahlenmäßigen Stärke der europäischen Parteien einzuschätzen, denn wir würden dadurch große Fehler in der Einschätzung unserer Bedeutung begehen. Nehmen wir z. B. die Independent Labour Party, die, trotzdem sie über 100 Mitglieder im Parlament hat und gegenwärtig die gesamte Arbeiterbewegung beherrscht, nicht mehr als 50 000 Mitglieder zählt. Es wäre entschieden falsch, die Bedeutung der englischen Labour Party nach ihrer zahlenmäßigen Stärke einzuschätzen. Wir müssen den Einfluß der Partei in Betracht ziehen, und diesbezüglich möchte ich sagen, daß ihr, wenn ihr unsere Berichte läset, sehen könntet, daß seit der Bildung der Labourregierung unsere kleine Partei eine immer steigende Bedeutung besitzt und zu einer Partei der Massen geworden ist.

Nehmt z. B. den letzten Eisenbahnerstreik. Die Belegschaften der Eisenbahnwerkstätten und der Untergrundbahnen traten in den Streik. Wie kam das? Es kam einfach so, daß die Kommunistische Partei zusammen mit den Betriebsbelegschaften, die die Unterdrückung durch die Gewerkschaftsführer fühlten, für die Bildung von Betriebsausschüssen und für die Abschaffung der Mißstände kämpfte. Als die Arbeiter bei diesen Anstrengungen anfingen, ihre Kraft zu fühlen, traten sie in Aktion und stellten entgegen dem Willen der Gewerkschaftsführer die Arbeit ein. Dann möchte ich auf die Wahl des Bergarbeiterführers Cook hinweisen. Wie kam es, daß ein linksgerichteter Führer an die Stelle des reaktionärsten Führers in der englischen Gewerkschaftsbewegung treten konnte? Einfach, weil die Partei monatelang an der Schaffung dessen, was wir Minderheitskomitees nennen, arbeitete. Monate hindurch überzeugten wir Tausende von Arbeitern von der Notwendigkeit, diese Komitees zu schaffen. Die Komitees nahmen für den Kandidaten der KP Stellung, unterstützten ihn und setzten seine Wahl durch. Ich könnte eine Menge Fälle anführen, die alle zeigen, daß die Frage der Anwendung der Einheitsfront von vitaler, grundlegender Bedeutung für die Kommunistische Partei, namentlich im gegenwärtigen Stadium, ist und nicht beseitigt werden kann.

JACQUEMOTTE: Genosse Sinowjew hat im Berichte der Exekutive hervorgehoben, daß die Organisation der Kommunistischen Parteien im allgemeinen Fortschritte aufzuweisen hat. Man muß feststellen, daß diese Fortschritte ungleich sind und daß in gewissen Ländern wenigstens scheinbar eine völlige Stagnation vorliegt. Das ist der Fall für Belgien. Betrachtet man die Mitgliederzahl der belgischen Kommunistischen Partei, so kann man sagen, daß sie sich seit 1921 nicht geändert hat und daß wir unveränderlich bei der zahlenmäßigen Stärke von 500 Mitgliedern bleiben, was eine lächerlich geringe Zahl ist, wenn man die Bedeutung des Industrieproletariats in unserem Lande in Betracht zieht. Ich glaube aber, daß man sich bei der Einschätzung der Bedeutung der Partei nicht lediglich auf dieses Kennzeichen beschränken kann. Die zahlenmäßige Stärke allein ist für die Tätigkeit oder Untätigkeit einer kommunistischen Partei nicht ausschlaggebend. Von diesem Standpunkte aus aber können wir sagen, daß die belgische Bour-

geoisie dem Bestehen und der Tätigkeit unserer belgischen Sektion eine größere Bedeutung beimaß als der Bericht der Exekutive selbst, der in bezug auf Belgien nur von der Möglichkeit einer Arbeiterpartei-Regierung unter der Leitung Vanderveldes spricht.

Ich hätte gewünscht, im Bericht der Exekutive eine gegen die belgische Partei gerichtete Kritik zu finden, weil dies gezeigt hätte, daß die belgische Partei für die Exekutive existiert, während man gegenwärtig der Ansicht sein kann, daß die belgische Partei völlig ignoriert wird, da man es nicht einmal für notwendig hält, zu bemerken, daß sie sich nicht bewegt, daß ihre Mitgliederzahl unverändert bleibt, und daß sie somit eine Sektion ist, die bloß auf dem Papier besteht. Ich sage, daß die belgische Bourgeoisie dem Bestehen und der Tätigkeit der Kommunistischen Partei Belgiens eine größere Bedeutung beigemessen hat, da die Bourgeoisie bei unserer Kampagne gegen die Ruhrokkupation gegen unsere belgische Partei, genau so wie die französische Bourgeoisie gegen unsere Genossen von der französischen Partei, einen Verschwörungsprozeß angestrengt hat, der, wie in Frankreich, mit einem völligen Zusammenbruch der Anklage endete.

Nun ist es aber sicher, daß diese Haltung der belgischen Bourgeoisie gegenüber der kleinen Partei, die in Belgien besteht, kennzeichnend ist für den wachsenden Einfluß unserer Partei auf die Arbeitermasse. So ist es uns nach dem Angriff der Bourgeoisie gelungen, durch die Schaffung einer Tageszeitung, indem wir die Wochenschrift „Le Drapeau Rouge" in eine Tageszeitung umwandelten, einen ernsten Fortschritt zu machen. Ich glaube, daß die Exekutive die Pflicht hat, sich weit gründlicher für die Tätigkeit unserer belgischen Sektion zu interessieren.

Man diskutiert — und mit Recht — über die Stellung der Kommunistischen Partei zur Macdonald-Regierung. Ich glaube, daß man, da binnen ziemlich kurzer Frist in Belgien sich die gleiche Lage ergeben kann, nicht erst auf die Bildung einer Arbeiterpartei-Regierung in Belgien aus Anlaß von neuen Wahlen oder einer politischen Krise in der belgischen Bourgeoisie warten muß, um sich mit der Stellung, die die Kommunistische Partei in diesem Falle einnehmen soll, zu beschäftigen. In diesem Jahre müssen in Anbetracht der Wahlkampagne, die in unserem Lande in einigen Monaten einsetzen wird, enge Beziehungen zwischen der Exekutive und der belgischen Partei geschaffen und aufrechterhalten werden, genau so wie auch zwischen den verschiedenen Parteien Westeuropas. Ich bemerke in dieser Beziehung, daß zu der Konferenz, die die deutsche Partei zur Organisierung des Kampfes gegen den Sachverständigenbericht einberufen hat, auch die belgische Sektion eingeladen wurde. Ich glaube, daß man richtig handelte, als man der Ansicht war, daß an dieser Frage nicht bloß Frankreich und England interessiert seien, und ich erkläre mich gegen den Antrag des Genossen Treint, der — er entspricht übrigens nicht dem Beschluß, der von der französischen Delegation soeben gefaßt wurde — darin besteht, zuerst die deutsche Delegation mit der französischen zu einer Beratung einzuberufen, mit der Begründung, daß diese beiden Länder an der Frage des Sachverständigenberichtes hauptsächlich interessiert seien. Ich verstehe das nicht. Alle Länder Westeuropas, England, Deutschland, Frankreich, Belgien, Polen, die Tschechoslowakei und Italien, haben ein unmittelbares Interesse daran, ein Übereinkommen in dieser Beziehung zu treffen. (Zuruf: Sehr richtig!) Ich fürchte, daß der Antrag des Genossen Treint einen außer-

ordentlich unangenehmen Präzedenzfall schaffen könnte. (Zuruf: Es war ein Versehen!)

War es ein Versehen, um so besser. Dann ist es notwendig, daß das Büro schriftlich festlegt, daß gegebenenfalls nicht einfach die französische und die deutsche Delegation zusammenberufen werden sollen, sondern die Delegationen der Parteien, die an der Konferenz in Berlin beteiligt waren. Die Beratungen, die wir im Laufe der Tagung des Kongresses haben werden, sind meines Dafürhaltens die Fortsetzung der Tätigkeit jener Konferenz. Ich glaube, daß, wenn wir auf diese Weise ein enges Band zwischen den Parteien Westeuropas schaffen und die belgische Partei zur Tätigkeit der beiden großen Parteien der Länder, die an Belgien grenzen, der Parteien Frankreichs und Deutschlands, hinzuziehen, es uns gelingen wird, der belgischen Partei die Stellung zu verleihen, die die Bedeutung des Proletariates dieses Landes erfordert und rechtfertigt; ich sage: erfordert und rechtfertigt, weil wir uns nicht verheimlichen dürfen, daß wir als kleine Partei noch einen starken sektiererischen Geist besitzen, der nur unter der einzigen Bedingung gebrochen werden kann, daß die belgische Partei in weit größerem Umfange als früher sich, unter der Führung unserer Exekutive, an der internationalen Aktion beteiligt.

Das sind die Erwägungen, die ich dem Kongreß unterbreiten wollte, und ich möchte bemerken, ohne der Tätigkeit der belgischen Partei eine erstrangige oder besondere Bedeutung beizumessen, daß die Internationale der Ansicht sein darf, daß unsere kleine Sektion, unsere einige hundert Mitglieder, die gegen die belgische Bourgeoisie und die von den Vandervelde, Wauter, De Brouckère geleitete Sozialdemokratie kämpfen, in der letzten Zeit sich wohl Verdienste um die Internationale erworben haben. Die Schläge, die die Bourgeoisie gegen sie richtet, zeigen das, und ich glaube, daß wir auch in der Zukunft, wie in der Vergangenheit, in der Lage sein werden, unsere Hingebung gegenüber unserer gemeinsamen Sache zu offenbaren.

PETROWSKI: Genossen, ich nehme das Wachstum unserer Bewegung nicht nur in England, sondern auch in Irland und in allen englischsprechenden Ländern vorweg und möchte daher meine Bemerkungen in englischer Sprache machen. Ich bin überzeugt, daß, je mehr wir in der Komintern englisch sprechen, wir um so mehr die Sprache der Komintern unter den englischsprechenden Arbeitern verbreiten werden. Nun will ich zur Sache übergehen.

Ich bin voll einverstanden mit der allgemeinen Analyse des Genossen Sinowjew betreffend die englische Frage, ich glaube aber, daß es gewisse Einzelheiten gibt, die einer sehr sorgfältigen Untersuchung wert sind. Ich glaube nicht, daß die Macdonald-Regierung noch immer so populär bei den Arbeitern ist, wie sie es anfangs war. Alle Belege, die uns zur Verfügung stehen, zeigen, daß die Unzufriedenheit unter den Arbeitern wächst, und wenn Macdonald an Popularität gewinnt, so geschieht dies nicht unter den Arbeitern, sondern unter den Elementen des Mittelstandes. Die von der Independent Labour Party, wie auch von der Labour Party inspirierte Presse erklärt mit einem gewissen Stolz, daß das „Publikum", d. h. die Kleinbourgeoisie und die Mittelstandselemente, von der Arbeiterregierung nicht mehr so erschreckt ist wie am Anfang. Was die Arbeiter anbelangt, so können wir sagen, und wir haben genug Tatsachen, um das zu beweisen, daß unter ihnen die Mißstimmung über die Tätigkeit der Labour Party-Regierung wächst.

Es genügt, die Entwicklung der sogenannten linken Bewegung zu betrachten und die Beunruhigung, die in den Reihen der alten Gewerkschaftsführer wie auch der herrschenden Klasse um sich greift, zu beobachten, um zu begreifen, daß in der Arbeiterbewegung etwas Neues vorgeht, etwas Neues, das gegen die Macdonald-Regierung gerichtet ist und sich in den Bahnen der revolutionären Bewegung bewegt.

Nun einige Worte über die Parteimitgliedschaft. Vor allem möchte ich bemerken, daß nach der Information, die ich von der englischen Delegation erhalten habe, die englische Kommunistische Partei ihre Mitgliedschaft auf etwa 3500 schätzt. Ziehen wir die allgemeinen Verhältnisse in England in Betracht, so können wir zu der Schlußfolgerung gelangen, daß diese Zahl im Vergleich zu andern Parteien, einschließlich der Independent Labour Party, die die Führung in der Labour Party innehat, nicht gar so gering ist; alle diese Parteien haben eine verhältnismäßig sehr geringe Mitgliederzahl. Diese beiden Feststellungen, die Feststellung betreffend die Popularität der Macdonald-Regierung und die Feststellung über die Mitgliedschaft, zeigen, daß die Bedingungen für die Tätigkeit der Kommunistischen Partei günstiger sind, als es uns scheinen könnte. Haben aber unsere englischen Genossen einerseits sehr große Möglichkeiten, so stehen sie andererseits auch großen Schwierigkeiten gegenüber.

Bei diesen Schwierigkeiten müssen wir ein wenig verweilen. Genosse Sinowjew stimmt der äußerst scharfen Kritik, die Ruth Fischer im Zusammenhange mit der Fergusonkampagne übte, zu. Wollen wir diese Frage untersuchen. Ich gebe zu, daß Ferguson mit einem weit besseren Programm hätte hervortreten können als dem, mit dem er tatsächlich hervorgetreten ist. Es handelt sich aber nicht darum. Das Programm ist bloß ein sehr geringer Teil der Gesamtkampagne. Erst nach Bestätigung des Programms setzt die wirkliche Kampagne ein. Ich möchte Sinowjew wie auch den Kongreß daran erinnern, daß die Kampagne gerade während der Tage der Manchester-Konferenz stattfand und daß diese Konferenz erklärte, daß die Macdonald-Regierung eine Trugregierung sei. Die Konferenz erklärte, daß die englische Regierung eine Regierung Sr. Majestät des Königs sei und den Fußtapfen von Scheidemann und Noske, den Henkern der deutschen Revolution, folge. Die Konferenz erinnerte die englische Regierung daran, daß die gesamte Arbeiterbewegung gegen sie Stellung nehmen werde, wie es mit der sogenannten Arbeiterregierung in Australien geschah. Ich möchte auch daran erinnern, daß die besten Redner der englischen Partei samt dem französischen Genossen Cachin sich an dieser Campagne beteiligten. Wir müssen aber im Auge behalten, daß Ferguson nicht bloß der Kandidat der Kommunistischen Partei, sondern der Kandidat der gesamten Arbeiterbewegung war, und daß auch die übrigen Teile, einschließlich der gelben Teile der Arbeiterbewegung, sich an dieser Kampagne beteiligten. Um euch ein klares Bild der Geistesverfassung der Independent Labour Party zu geben, will ich einige Worte aus dem „Forward", der als Organ der ILP betrachtet wird, anführen. Hier lesen wir in der Nummer vom 7. Juni: „Stellen Sie sich mal die Lage einer der alten unverheirateten Damen vor, die auf Woodlands Road Kostgänger halten. Das letztemal stimmte sie für den Konservativen, weil sie der Ansicht war, daß die Bildung einer sozialistischen Regierung das Weltende sein werde. Während der letzten Monate dachte sie, daß die Arbeiterregierung schließlich nicht so schrecklich sei und daß, wenn Sozialismus die Herabsetzung des Preises

von Tee und Zucker bedeute, sie ernstlich daran denken werde, das nächste Mal für den Arbeiterkandidaten zu stimmen. Dann kommt die Neuwahl in Kelvingrove. Sie fängt an, sich freundlich für Ferguson zu interessieren und entschließt sich, die ihr gebotene Literatur zu lesen.

Das erste, was sie in die Hand bekommt, ist eine kommunistische Zeitung, die bei allen Wahlversammlungen verkauft wird. Sie sucht die Nachrichten über Kelvingrove auf und findet über zwei Spalten eine große schwarze Überschrift:

„Rote! Auf und los gegen *sie!*"

Sie schaudert. Dann rafft sie sich zusammen und liest weiter. Im allerersten Abschnitt findet sie eine Botschaft der Exekutive der KI in Moskau von Robert Stewart, dem guten alten Bob aus dem Roten Moskau, in dem es keine weinerliche Sentimentalität gibt.

Was hat nun Robert Stewart Ferguson zu sagen?

»Fest zuschlagen und oft zuschlagen! Gewaltige Schläge der Bourgeoisie versetzen, um einen durchschlagenden Sieg zu erringen!"

Kann es da jemanden wundernehmen, wenn die gute Dame alle ihre Halbkronenscheine im Kamin versteckt und zur Wahlurne mit der Überzeugung geht, daß die einzige Hoffnung für sie ein „durchschlagenderer Sieg des Kapitäns Elliot" sei?" Kapitän Elliot war der Kandidat der Konservativen. Dieses kleine Zitat zeigt, welche Partner die Kommunistische Partei bei der Kampagne hatte. Nehmen wir auf einen Augenblick an, daß das Programm, die Plattform, die Flugblätter, alles rot, alles kommunistisch ist; trotzdem sind die übrigen Partner, die sich an der gleichen Kampagne beteiligen, Leute, die es sich stark angelegen sein lassen, die Stimme der guten Dame, die ihre Halbkronen zu verlieren fürchtet, zu bekommen. So ist die Lage, und daraus ergibt sich die Frage, die ich stellen möchte, nämlich: Wollen wir unserer kommunistischen Bruderpartei in England den Bruch mit der Labour Party als Ganzem empfehlen? Darum handelt es sich. Diese Frage müssen wir hier beantworten. Wir können uns nicht auf Allgemeinheiten über die Einheitsfront einerseits oder andererseits beschränken. Wir stehen einer konkreten Lage, einem konkreten Problem gegenüber, das wir beantworten müssen. Was mich betrifft, so bin ich geneigt, zu glauben, daß die Taktik, die gegenwärtig mit der Labour Party brechen würde, falsch wäre. Genosse Murphy war im Recht, als er sagte, daß die Labour Party mit keiner andern politischen Partei der II. Internationale verglichen werden könne. Die Labour Party ist ein Teil der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung. Ein Bruch mit der Labour Party wäre ein Bruch mit der Gewerkschaftsbewegung. Wollen wir das? Sollen wir das? Ich sage: Nein! Ich tue dies aus den folgenden Gründen: Die „gelben" Führer würden sich freuen, wenn wir es täten; sie wären glücklich, die Kommunisten aus den Gewerkschaften und der Labour Party hinauszubekommen. Gegenwärtig können sie dies aber nicht tun, und wenn wir die Parole des Bruches ausgäben, so würden wir ganz einfach von einem Tätigkeitsfeld desertieren, das für die Kommunistische Partei gegenwärtig, da sie durch die Geschichte berufen ist, zu einer großen Massenpartei zu werden, von der größten Wichtigkeit ist.

Ferner, Genossen, ist die Parlamentstätigkeit nicht die einzige, die für uns von Interesse ist. Unsere Partei muß in der Gesamtbewegung

zu einer Kraft werden. Alle Verbindungen, alle organisatorischen Bande mit der Labour Party und mit den Gewerkschaften müssen aufrechterhalten und gestärkt werden, und ich glaube daher, daß wir den Arbeitern, den revolutionären Arbeitern, eine klare Antwort geben müssen, die dahin geht, daß die englischen Kommunisten, statt mit der Labour Party zu brechen, angestrengt arbeiten müssen, um die Führung der englischen Arbeiterbewegung zu erlangen. Das ist das Problem. Das ist die Aufgabe, vor der sie stehen. Genossen, ich möchte, daß man mich recht versteht. Ich sage nicht, daß die Anwendung der Einheitsfronttaktik in England in bezug auf die Labour Party und die Arbeiterregierung die ganze Zeit hindurch richtig war. Keineswegs! Ich habe soeben die neuesten Zeitungen aus England erhalten, in denen ich lese, daß unsere Freunde die Wohnhausgesetzvorlage Wheatleys, die nur ein großer Bluff ist, gelobt haben. Es gibt auch viele andere Fehler, wenn wir aber nicht von der Vergangenheit, sondern von der Zukunft sprechen wollen, so möchte ich sagen, daß die englische Partei durch die Konferenz in Manchester entsprechend darauf vorbereitet wurde, den Verrat der falschen und kleinbürgerlichen Führer der Arbeiterbewegung zu bekämpfen. Unsere englische Partei muß kämpfen, und sie wird auch kämpfen und siegen.

Nun einige Worte über die Tageszeitung. Genossen, ich kenne ein wenig die Presseverhältnisse in verschiedenen Ländern und ich muß sagen, daß ich kein einziges Land in der Welt, einschließlich der Vereinigten Staaten Nordamerikas, kenne, wo die sogenannte Pressefreiheit dermaßen ein Monopol der herrschenden Klasse bildet, wie es in England der Fall ist. Es ist dort eine schwere Aufgabe, eine Tageszeitung zu schaffen. Trotzdem bin ich mit dem Vorschlag des Genossen Sinowjew einverstanden, und es wäre gut, wenn die hier eingesetzte englische Kommission die Wege und Mittel zur Schaffung einer Tageszeitung ausfindig machte. Ich glaube, daß die englische Arbeiterbewegung ein starkes Bedürfnis nach einer solchen Tageszeitung hat. Es ist in höchstem Grade bedauerlich, daß das Land mit der großen Gewerkschaftsbewegung, das Land der I. Internationale, bloß eine Arbeitertageszeitung hat, die nicht ein Herold der Arbeiterschaft, sondern der Herold, der Diener des Königs ist. Eine solche Lage darf nicht geduldet und eine Tageszeitung muß geschaffen werden. Wir müssen aber, Genossen, im Auge behalten, daß alle Probleme der englischen Bewegung sehr kompliziert sind. Dieser Kongreß soll nicht nur Kritik an den englischen Genossen üben, sondern der englischen Kommunistischen Partei auch helfen, alle Schwierigkeiten zu überwinden, damit sie ihre große Aufgabe, die nicht bloß vom englischen Standpunkt, sondern auch für die revolutionäre Bewegung in Europa und in der ganzen Welt von Wichtigkeit ist, erfüllen kann.

ROY: Genossen! Die Wichtigkeit, die im Berichte des Genossen Sinowjew der englischen Frage beigemessen wird, kommt sehr gelegen, ja sie ist sogar ein wenig verspätet, da die KI schon seit langem ihre Aufmerksamkeit der Schaffung einer wirklichen kommunistischen Massenpartei in England hätte zuwenden müssen. Der Grund ist einfach. Seit dem Weltkrieg ist England trotz des finanziellen und wirtschaftlichen Rückschlags, den es durch den Krieg erlitten hat, der wichtigste Faktor der Weltfinanzen und der Weltpolitik. Wiewohl Mitteleuropa, namentlich Deutschland, das Sturmzentrum der Welt-

revolution bleibt, kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die bürgerliche Diktatur der gesamten Welt in England ihren Mittelpunkt hat. Wenn wir daher diese Feste unseres Feindes nicht besonders berücksichtigen, werden unsere Bestrebungen, unsere Kräfte im feindlichen Lager zu organisieren, erfolglos bleiben. Es ist wohl bekannt, daß England die Führung bei den Versuchen, das bürgerliche System in der ganzen Welt zu festigen, übernimmt, und in Anbetracht dieser Tatsache kann die Notwendigkeit, eine Partei, eine wirkliche kommunistische Partei in England zu haben, nicht in Abrede gestellt werden. Die Formulierung dieser Notwendigkeit ist aber noch nicht alles, Es ist leicht, dies zu formulieren, die Feststellung der Notwendigkeit ist aber noch weit von der Durchführung entfernt, und die Aufgabe, in England eine kommunistische Massenpartei zu schaffen, ist sehr schwierig und kompliziert. Die beiden Vorredner, Genosse Murphy aus England und Genosse Petrowski, haben auf eine Anzahl Schwierigkeiten, denen unsere Genossen in England bei der Organisierung einer kommunistischen Partei gegenüberstehen, hingewiesen; ich muß aber sagen, daß es ihnen nicht gelungen ist, die Tatsachen ganz klar zu bezeichnen. Ich bezweifle, daß die Komintern als Ganzes ein klares Bild von den Schwierigkeiten, denen wir in England gegenüberstehen, hat. Wenn wir von der Organisierung einer kommunistischen Partei in England sprechen, dürfen wir nicht vergessen, daß England, d. h. die Inseln, die das britische Königreich bilden, bloß der Gipfel eines großen politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Baumes sind. Wenn wir den Gipfel eines Baumes vernichten wollen, ohne den weitverzweigten Wurzeln, die diesen Gipfel nähren, entsprechende Beachtung zu widmen, so ist es ein Fehler, und wir können dadurch bei unserer Aufgabe eine Enttäuschung erleben. Wenn wir von der Organisierung einer revolutionären Partei des Proletariats sprechen, so ist das erste, was wir in Erwägung ziehen müssen, die historische Entwicklung des englischen Proletariats. Wir müssen die besonderen Faktoren, die in der Entwicklung der englischen Arbeiterbewegung eine Rolle spielen, berücksichtigen. Wir alle wissen, daß die englische Arbeiterbewegung, wie auch der sozialistische Gedanke und die sozialistische Theorie in England, sich gleichzeitig mit der gewaltigen Entwicklung des englischen Imperialismus entwickelt haben. Infolge dieser Tatsache ist das englische Proletariat als Klasse, wie auch die englische Auslegung der sozialistischen Theorie, entstellt und durch und durch von dem unbewußten oder bewußten Geist des Imperialismus durchdrungen. Die erste Schwierigkeit, die unsere Partei in England bekämpfen und überwinden muß, liegt in dem imperialistischen Geist (richtiger Illusion) des englischen Proletariats und in der Entstellung der Theorie der Arbeiterbewegung in England. Ich muß erklären, daß unsere englische Partei sich dieser Notwendigkeit schon seit langem bewußt ist, daß sie es aber unterlassen hat, sich an diese Aufgabe zu machen. Sie konnte keine Kampfform finden, die für dieses Problem entsprechend gewesen wäre, und auch die KI konnte bisher nicht die entsprechende Führung geben. Wenn wir daher das Problem der Entwicklung einer kommunistischen Partei in England praktisch anfassen wollen, wenn wir ernstlich über diese Frage sprechen wollen, ist es Aufgabe der KI, die englische Sektion entsprechend zu führen. Es wurde hier und auch früher schon bei vielen Gelegenheiten gesagt, daß die englische Arbeiterklasse noch immer an die Labour Party und an die Arbeiterregierung glaubt. Jetzt hörten wir zum erstenmal, wie ein Genosse, der Genosse Petrowski,

vor dem Weltkongreß erklärte, daß ein bedeutender Teil des englischen Proletariats seinen Glauben an die Arbeiterregierung verloren hat. Das ist etwas Neues für mich, und ich glaube, daß es für viele der hier anwesenden Genossen neu ist. (Hört, hört!) Das englische Proletariat hat nicht nur seinen Glauben an die Labour Party und die Arbeiterregierung nicht verloren, sondern es hat, wenigstens bei einem großen Teil des englischen Proletariats ist es so, noch immer den Glauben an das System der bürgerlichen Demokratie und an das Parlament. Warum ist es so? Das englische Proletariat ist nicht um das geringste schlimmer als das Proletariat irgendeines andern Landes. Das englische Proletariat besitzt alle objektiv revolutionären proletarischen Züge. Als Marxisten müssen wir sagen, daß es der größte potentielle revolutionäre Faktor ist. Wir sind überzeugt, daß es seinerzeit seine revolutionäre Bedeutung zum Ausdruck bringen und das kapitalistische System stürzen wird, wir müssen aber gleichzeitig Realisten sein. Wir dürfen Tatsachen nicht außer acht lassen, und die Tatsachen sind die, daß das englische Proletariat noch immer nicht bloß dem Labourführer, sondern zu einem großen Teil auch dem bürgerlichen System, dem demokratischen System treu ist. Warum ist dem so? Der Grund ist, daß infolge der historischen Tatsache, daß die englische Arbeiterbewegung sich gleichzeitig mit der gigantischen Entwicklung des englischen Kapitalismus entwickelte, das englische Proletariat einen beträchtlichen Anteil an den Einkünften des imperialistischen Raubes hatte und diesen auch jetzt hat.

Infolge der Tatsache, daß die Wurzeln des englischen Kapitalismus, des englischen Imperialismus sich nicht auf das Gebiet dieser Inseln beschränken, sondern weit über entfernte Dominions und Kolonien verzweigt sind, können die englischen Kapitalisten Zugeständnisse machen, die englische Arbeiteraristokratie bestechen, was ihnen die Möglichkeit gibt, nicht nur ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, sondern gleichzeitig auch die Psychologie und Theorie der englischen Arbeiterbewegung zu korrumpieren.

Wir müssen daher, Genossen, diesen korrumpierenden Faktor bekämpfen. Wie können wir dies aber tun? Soll die englische Kommunistische Partei den englischen Imperialismus bekämpfen, den englischen Imperialismus stürzen und die durch diesen Imperialismus ausgebeuteten und beherrschten Arbeitermassen organisieren, so muß die Aufgabe der englischen Kommunistischen Partei über die Grenzen der englischen Inseln hinausgehen. Die englische Kommunistische Partei muß, wenn man diesen Ausdruck gebrauchen darf, eine kommunistische Reichspartei sein, weil sie ein Reich bekämpfen muß. Ihr dürft aber nicht denken, daß ich hier einem kommunistischen Imperialismus das Wort rede. Es gibt einen Unterschied zwischen einem Reichskommunismus (Imperial Communism) und einem kommunistischen Imperialismus. Was ich hiermit meine, ist, daß unsere englischen Genossen, wenn sie von der Einheitsfront sprechen, wissen müssen, daß die Einheitsfront nicht bloß mit den Führern der englischen Gewerkschaften hergestellt werden muß. (Leider habe ich aus der Rede des Genossen Murphy diesen Eindruck gewonnen.) Murphy erklärt, daß die besondere Struktur der englischen Arbeiterbewegung es für die englische Kommunistische Partei notwendig macht, nicht nur mit den Massen der Gewerkschaftsmitgliedschaft, sondern auch mit den Gewerkschaftsführern enge Beziehungen aufrechtzuerhalten. Das ist entschieden eine gefährliche Auslegung der Einheitsfronttaktik. Die Ge-

winnung der Massen für die KP., die das Ziel der Einheitsfronttaktik ist, war bisher in England infolge des schon erwähnten korrumpierenden Einflusses nicht möglich. Der Fehler ist, daß die Einheitsfronttaktik nicht in einem entsprechend weiten Maßstab, nicht in bezug auf das ganze Reich angewendet wird. Da die Grundlage des englischen Imperialismus sich auf die Kolonialländer erstreckt, muß sich auch die Tätigkeit des Vortrupps des Proletariats, der diesen Imperialismus stürzen will, auf diese Teile des Landes erstrecken. In England ist die Einheitsfrontparole von weiterer Bedeutung als in irgendeinem andern Lande. Hier werden wir eine Einheitsfront nicht nur mit den Massen der Arbeiterbewegung in England schaffen müssen — keine Einheitsfront von Resolutionen, von Sympathiekundgebungen —, sondern eine Einheitsfront, eine organisatorische Einheitsfront mit den Millionen und aber Millionen der Kolonialarbeiter, deren Ausbeutung den englischen Kapitalisten die Möglichkeit gibt, das englische Proletariat zu korrumpieren, die gegenwärtige Führerschaft des englischen Proletariats für sich zu gewinnen und auf diese Weise ein unüberwindliches Hindernis vor unserer englischen Sektion zu errichten.

Bevor ich schließe, will ich diesbezüglich noch einen Umstand erwähnen. Es gibt auch verschiedene andere Faktoren, die den revolutionären Geist des englischen Proletariats bestimmen. Wenn wir der Ansicht sind, daß die Schaffung einer Kommunistischen Partei in England und eine proletarische Revolution in England unabhängig von den übrigen Teilen des britischen Reiches möglich sei, so ist das ein großer Fehler, und eine solche Auffassung kann sogar den ganzen Erfolg der Revolution problematisch machen und die Möglichkeit der Organisierung einer wirklichen kommunistischen Partei in England in Frage stellen. Die Kommunistische Partei muß zum Proletariat gehen und es auffordern, die Revolution zu machen, das kapitalistische System zu stürzen. Eine Revolution wird aber nicht mit dem Gefühl allein gemacht. Wenn das Proletariat bereit ist, eine Revolution zu machen, so denkt es auch an die Zukunft. Hier ersteht aber eine große Frage. England produziert Nahrungsmittel, die bloß für einige Wochen reichen können. Nehmen wir an, daß in England eine Revolution stattfindet und daß es dem Proletariat gelingt, die Bourgeoisie zu stürzen und die Staatsmacht zu erobern. Diese Inseln können aber blockiert werden, und in wenigen Wochen wird das Proletariat durch den Hunger gezwungen sein, sich zu ergeben. Das ist ein Faktor, der sich im Unterbewußtsein auf den revolutionären Willen der englischen Arbeiterklasse auswirkt. Würden die Kommunisten ihr einen solchen romantischen Vorschlag machen, so würde sie ihnen nicht folgen und nicht mit dem Kopf gegen die Wand rennen. Und wenn wir mit einem Programm kommen und ihr von der Schädlichkeit des Reiches und von der Notwendigkeit erzählen, das Reich, aus dem sie bisher einen beträchtlichen Vorteil hatte, zu stürzen, so wird sie uns nicht folgen.

Die Organisierung einer Kommunistischen Partei in England kann daher, Genossen, nicht das Ergebnis unserer Tätigkeit in England allein sein. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß diese Tätigkeit die Hauptrolle spielen muß. Die Tätigkeit in England muß aber ergänzt werden durch die Tätigkeit in andern Teilen des Reiches, wo die Wurzeln liegen, die das Zentrum nähren. Nicht nur eine erfolgreiche Revolution, sondern selbst die Organisierung einer kommunistischen Massenpartei, die jetzt eine unumgängliche Notwendigkeit ist, ist in England nur möglich, wenn die englische Sektion der KI an die Auf-

gabe schreiten kann, die gesamte Arbeiterklasse des ganzen Reiches zu einer einheitlichen, den englischen Imperialismus bekämpfenden Armee zusammenzuschließen.

WALLENIUS: Für den 5. Weltkongreß sind Grüße eingetroffen

1. von der bulgarischen politischen Emigrantengruppe;
2. von der Internationalen Kavallerieschule Trotzki, Twer;
3. von den Arbeiterinnen und Arbeitern in der Typographie „Krassnij Petschatnik". (Beifall.)

SECHSTE SITZUNG

(Sonnabend, den 21. Juni 1924)

Fortsetzung der Diskussion über die Tätigkeit der Exekutive und über die Weltlage

Redner: Rossi (Italien), Smeral (Tschechoslowakei), Radek (Rußland)

Eröffnung: 9 Uhr 30 vormittags

Vorsitz: Treint

ROSSI: Ich erinnere mich, in Italien den Artikel Lenins, den Genosse Sinowjew vorgestern erwähnte, gelesen zu haben, und ich verspreche, ihn wieder zu lesen. Ich weiß aber, daß die Worte Lenins nicht auf die Stellung der Linken der KP Italiens angewendet werden können, weil diese stets hartnäckig die extremlinke Phraseologie bekämpfte, und zwar um so mehr, weil dies notwendig war, um eine der bedauerlichsten und gefährlichsten Erscheinungen der alten revolutionären Bewegung in Italien zu unterdrücken. Desgleichen weisen wir die in gewissen Kreisen gemachten Versuche zurück, uns den Bewegungen und Tendenzen gleichzustellen, die Lenin in seiner interessanten Schrift: „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" bekämpft hat, einer Schrift, die, wie das jeder, der sie gelesen hat und unsere Auffassung über die wichtigsten taktischen Fragen annähernd kennt, feststellen kann, keinerlei Argumente gegen unsern Standpunkt liefert.

Ich werde hier die italienische Frage überhaupt nicht erwähnen, sondern gewisse Punkte hervorheben, die den Grund der Meinungsverschiedenheiten, die zwischen uns und der KI bestehen, bilden. Ich will vorausschicken, daß unsere gesamte Haltung seit der Entstehung der Kommunistischen Partei von dem Bestreben bestimmt war, die Brücken zu den opportunistischen und zentristischen Führern ein für allemal abzubrechen und mit der größten Sorgfalt darauf zu achten, daß die Seuche des Opportunismus und des Zentrismus in die Reihen unserer Partei und folglich in die Kommunistische Internationale nicht eindringe. Es ist klar, daß wir bestrebt waren und auch jetzt bestrebt sind, diese Auffassung über den Rahmen unserer Partei hinaus in die Internationale selbst hineinzutragen, und daß wir, auf Grund der Erfahrung der internationalen Politik, mit Nachdruck darauf hinweisen, wie gerechtfertigt unsere Besorgnisse waren. Man wiederholt immer wieder die stereotype Phrase: Es gibt eine italienische Linke, die vom Geiste des Sektierertums angekränkelt ist und an einer abstrakten Denkart, einem Hang zur Ausarbeitung abstrakter Formeln leidet, eine Gruppe von Genossen, die von der Manie des Kritisierens oder des halbliterarischen Marxismus

erfaßt sind. Wir behaupten, daß es in unserm gesamten Wirken nichts von all dem gibt, und daß man uns höchstens beschuldigen kann, daß wir die taktischen Regeln in ihren Grundzügen festlegen wollen, was gerade das Gegenteil der gegen uns erhobenen Beschuldigungen ist. In allerjüngster Zeit noch verbreitete man das Gerücht, daß Bordiga die Zeitschrift „Prometheo" herausgebe, um eine oppositionelle Bewegung gegen die Taktik der KI zu organisieren. Man verstieg sich sogar bis zu der Behauptung, daß diese Zeitschrift Artikel von Bordiga veröffentliche, die bald von idealistischer, bald von Nietzschescher Philosophie durchdrungen seien. Dies alles ist einfach lächerlich und zeigt, wie wenig manche Genossen unsere Auffassung kennen, und daß sie diese Zeitschrift nie gelesen haben.

Ich füge hinzu, daß die Zeitschrift „Prometheo" nicht von Bordiga geleitet wird und unter strengster Kontrolle der KPI steht.

Wir hätten gewünscht, daß die Aussprache über die allgemeine Taktik vom Bericht der Exekutive der KI getrennt werde.

Eine Aussprache über die allgemeine Taktik würde unseres Dafürhaltens den Delegierten der Partei, die übrigens dem Bericht über die Tätigkeit der Exekutive seit dem 4. Kongreß zustimmen wollen, eine größere Freiheit des Urteils und der Kritik gewähren. Auf dem 4. Kongreß kämpften wir besonders in der italienischen Frage, die auch auf dem 5. Kongreß noch besteht und von der Genosse Sinowjew uns ahnen ließ, daß sie auch auf dem 6. Kongreß ungefähr in der gleichen Form vorliegen wird. Die italienische Frage, wie überhaupt fast alle Fragen, die in den verschiedenen Parteien der KI behandelt werden, ist das Ergebnis von Meinungsverschiedenheiten über die allgemeine Taktik der KI und über ihre besondere Anwendung. Wir müssen daher, infolge dieses engen Bandes, zuweilen die allgemeine Frage mit den besonderen Fragen zusammenwerfen.

Die Frage der Massenpartei

Wir haben die Auslegung der Erweiterten Exekutive vom Februar 1922 in bezug auf unsere Thesen von Rom in dieser Frage abgelehnt, da diese Auslegung (die, wie ich glaube, vom Genossen Radek stammt) keine genaue Auslegung ist, wie jeder, der den Originaltext der Thesen von Rom liest, zugeben muß. In diesen Thesen ist genau folgendes gesagt:

> „Man kann nicht verlangen, daß in einer bestimmten Epoche oder unmittelbar vor allgemeinen Aktionen die Partei die Mehrheit des Proletariats unter ihre Führung oder gar in ihre Reihen bringen muß. Eine solche Forderung kann nicht *a priori,* ohne Berücksichtigung der wirklichen dialektischen Entwicklung der Partei aufgestellt werden, und ein abstrakter Vergleich der Zahl der in der disziplinierten und einheitlichen Organisation der Partei stehenden oder ihr folgenden Proletarier mit der Zahl der Proletarier, die nicht organisiert oder zerstreut sind oder noch andern Organisationen, ohne Möglichkeit zur Schaffung eines organischen Bandes, folgen, hat überhaupt keinen Sinn."

Kann man etwa sagen, daß dies eine antikommunistische Auffassung sei? Ihr begreift, Genossen, daß dies keine akademische Frage ist, denn die genaue Bestimmung des Begriffes der Massenpartei bedingt in der Tätigkeit der Internationale und ihrer Sektionen eine bestimmte Art der Anwendung, und tatsächlich hat es, wie ihr wißt, an

opportunistischen Auslegungen des Begriffes der Massenpartei nicht gefehlt. Unsere Thesen wollten diesen Punkt mit einer Präzision geben, die jeden Zweifel ausschließen sollte. Unsere praktische Tätigkeit enthält entgegen den Beschuldigungen von seiten der KI und mancher Elemente unserer Partei nichts Ernstes, was beweisen könnte, daß wir sektiererisch und putschistisch eingestellt sind. Wir haben den putschistischen Geist stets bekämpft, und es nimmt uns nicht wunder, daß er jetzt in gewisse Tendenzen der Rechten der Komintern geflüchtet ist.

Die Einheitsfront

Wir glaubten, eine der ersten Anwendungen der Einheitsfront von unten gegeben zu haben. Unsere ganze Tätigkeit seit August 1921 war auf die Entwicklung der Parole der Einheitsfront von unten eingestellt. Wir haben die wenig zahlreichen Anwendungen der Einheitsfront in andern Ländern mit Aufmerksamkeit verfolgt, und es ist uns nicht bekannt, daß die KI die Auslegung und Anwendung der Einheitsfront von oben verurteilt hätte. Heute scheint man diese zu verurteilen, weil die Erfahrung die Gefahren und die Schwäche einer wenig klaren Taktik gezeigt hat. Es ist aber notwendig, und wir verlangen es in aller Form, daß man sage, in welcher Form man diese Taktik anzuwenden wünscht, da man sonst nicht in der Lage sein wird, eine Partei, die auf eigene Anregung und für die Propagandatätigkeit im eigenen Lande eine Anwendung der Einheitsfront, die sie für richtig hält, gefunden haben wird, zu verurteilen.

Wir möchten feststellen, daß die KPI nicht gegen die Einheitsfronttaktik sein kann, und die Meinungsverschiedenheiten, die in ihr diesbezüglich zutage treten, sind die gleichen, die sich in der KI zwischen den opportunistischen, kompromißlerischen und zuweilen liquidatorischen Elementen und den Elementen, die das revolutionäre Niveau der Partei und der Massen hochhalten und die Autonomie der KP retten wollen, offenbaren. Die Kommunistische Partei muß ihre Manövrierfreiheit wahren und den Massen eine klare, einfache, elementare Verhaltungsmaßregel zeigen.

Die Arbeiterregierung

Genosse Sinowjew hat erklärt, daß die Exekutive der KI in der Auslegung dieser Parole zuweilen Fehler begangen habe, und er schrieb einen Teil dieser Fehler dem Genossen Radek zu, der ihn, wie uns scheint, mit Vergnügen auf sich nahm. Es wurde aber kein klares und endgültiges Wort über diese Frage gesagt. Genosse Sinowjew griff zur ersten Definition zurück und sagte, daß die Arbeiterregierung ein Synonym der proletarischen Diktatur sei. Ist die Parole der Arbeiterregierung eine elementare Übersetzung der Parole der proletarischen Diktatur, so können wir sie annehmen, wie wir sie schon auf der Erweiterten Exekutive im Juni 1923 angenommen haben, weil uns Worte nicht schrecken; es muß aber hinzugefügt werden, daß die Parole der Arbeiterregierung konkret nur die gewaltsame, direkte und durch Frontalangriff erfolgende Ergreifung der politischen Macht von seiten des Proletariats sein kann; es muß der praktische Sinn dieser Parole genau festgelegt werden, damit schwere Fehler und Zweifel, die sie bisher schon hervorrief, vermieden werden. Gibt man uns keine genaue Definition in diesem Sinne, so ziehen wir es vor, auf diese Parole zu verzichten, da, wenn wir die Bilanz ihrer Vorteile und Nachteile ziehen, die letzteren überwiegen.

Die Entwicklung der KP

Die Stellung der italienischen Linken zur Frage der Beziehungen zwischen der KPI und der Maximalistischen Partei ist zweifellos durch die Auffassung über den Prozeß des Wachstums der Kommunistischen Partei bedingt. Dieser Prozeß ist nicht nur ein organisatorischer, sondern auch ein politischer. Gibt man aber zu, daß die Bildung einer Kommunistischen Partei infolge wirklicher Verschiebungen und Änderungen der Lage im Klassenkampfe, in dem die Sozialdemokraten und Zentristen mehr oder minder unmittelbar die bürgerliche Klasse unterstützen, stattgefunden hat und auch jetzt stattfindet, so muß das ein für allemal feststehen, und zwar in dem Sinne, daß außerhalb einer Kampfsituation, in der die Kommunisten Schulter an Schulter mit Arbeiterfraktionen der opportunistischen Parteien zusammengehen können, wobei sich im Kampfe eine organisatorische Verschmelzung mit diesen Fraktionen ergeben kann, Versuche zur Bildung von Fraktionen in den sozialistischen Parteien, die unmittelbar unter Kontrolle der Exekutive der KI stehen sollen, aufgegeben und verurteilt werden müssen. Das Bestehen dieser Fraktionen, die ihrer Stellung nach rechte Fraktionen in der KI sind, hindert den normalen Lebens- und Entwicklungsprozeß der kommunistischen Parteien als einheitlicher Organisationen der Arbeiterklasse und begünstigt die Festigung jener Strömungen der kommunistischen Partei, die von der Einheitsfront keine so klare Auffassung besitzen wie wir, für die die Einheitsfront nichts anderes ist als *die Einheit der Arbeitermasse unter der einheitlichen Leitung der KP.*

Wie die verschiedenen Situationen ausgenützt werden müssen

Genosse Sinowjew hat einen Auszug aus einem meiner Artikel angeführt, der unsere unheilbare Hartnäckigkeit in der Wiederholung theoretischer Fehler bestätigen soll. Die genaue und vollständige Übersetzung dieser Stelle lautet folgendermaßen:

„Die Thesen von Rom behaupteten, daß eine kommunistische Taktik der Partei die Möglichkeit gebe, die sich bietenden Situationen entsprechend zu lösen.

Eine Taktik hingegen, die von den einzelnen Situationen die Weisungen für die Wahl der taktischen Methoden erwartet, ist nicht kommunistisch. Es handelt sich nicht darum, daß die Lage nicht ausgenützt werden soll, oder — was schlimmer ist — daß wir ohne Berücksichtigung der Lage handeln sollen. Es handelt sich darum, die Situation nach einer von vornherein feststehenden taktischen Methode auszunützen, der die Lage ihren Inhalt, d. h. die unmittelbaren praktischen Weisungen, die Parolen usw. geben soll. Diese Auffassung will die KI daran erinnern, daß der taktische Eklektizismus, der zuweilen das Gepräge eines vereinfachten Macchiavellismus trägt, verurteilt werden muß; ein solcher Eklektizismus hat unseres Dafürhaltens stattgefunden, als man es für zweckmäßig hielt, den opportunistischen Auslegungen der Parole der Arbeiterregierung freien Lauf zu lassen, und als man glaubte, daß zur Eroberung der großen Massen und zur Zerstörung der zentristischen Parteien bald die ‚Aufsaugung' der Parteien, bald die Bekämpfung derselben, bald die Umschmeichelung ihrer Führer, bald deren Brandmarkung, je nachdem unter Anwendung eines von diesen Mitteln und zuweilen unter gleichzeitiger Anwendung derselben, zweckdienlich sei."

Dies erinnert uns an die Lehre Lenins über die Biegsamkeit der revolutionären Taktik, über Kompromisse usw. Die taktische Biegsamkeit, die manche den Opportunismus Lenins nennen, ist bloß die rege und mutige Taktik des großen Heerführers, der sein Ziel klar vor Augen hat und das Genie der Intuition besitzt. Es besteht aber die Gefahr, daß *tausende kleiner Lenins* in der KI erstehen und die Leninsche Kompromißwaffe ergreifen werden, eine Waffe, mit der Lenin umgehen konnte, die aber in ihren Händen die Niederlage der proletarischen Revolution herbeiführen kann. Genossen, es ist eine Gewohnheit der politischen Taktik, gleichzeitig die Entstehung einer Gefahr von rechts und einer angeblichen Gefahr von links zu sehen oder sich einzubilden. Wir halten es für ausgeschlossen, daß es gegenwärtig in der KI eine linke Gefahr oder — wie man es mit einem höchst unangebrachten Ausdruck sagt — eine linke liquidatorische Tendenz gibt. Alle seit dem 4. Kongreß begangenen Fehler sind rechte Fehler. Die Taktik, die gleichzeitig gegen rechts und links losschlägt, ist die leichteste, sie ist aber nicht immer die logischste. In der Linken, die wir vertreten, gibt es keine putschistische Ungeduld und kein nebelhaftes und zweckloses Doktrinärtum, sondern sie besitzt eben den Sinn für die Verteidigung unserer Internationale als einer aktiven und handelnden revolutionären Organisation.

Für die gegenwärtige Periode ist die wirtschaftliche Scheinstabilisierung, wie uns Genosse Varga das dargelegt hat, kennzeichnend. Diese Periode fällt politisch mit der Bildung radikaler und sozialdemokratischer Regierungen zusammen und bildet eine Pause im bewaffneten Zusammenstoß der Klassen, eine Pause, die die Gründe der neuen revolutionären Welle in sich birgt, aber durch die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie notwendigerweise ausgenützt wird, um die Arbeiter der Partei der Revolution zu entreißen.

Diese Periode ist für uns ziemlich schwierig. Unseres Dafürhaltens ist sie schwieriger als eine Periode des bewaffneten Kampfes. Denn in dieser Periode entstehen bei manchen kommunistischen Führern liquidatorische Tendenzen und Verbrüderungen mit den opportunistischen und zentristischen Feinden an der Front des Klassenkampfes.

Es ist notwendig, daß die Partei eine Taktik hat, die sie stets von andern proletarischen oder sich so nennenden Parteien unterscheidet, daß in ihr eine strenge Disziplin und eine straffe Organisation herrscht, die ihr die Kontrolle über die Mitglieder und über die Führer ermöglichen soll. Die Partei muß auch eine wahrhaft marxistische und kommunistische Schulung bekommen, nicht nur in bezug auf die geistige Vorbereitung ihrer aktiven Mitglieder, sondern in ihrer ganzen ideologischen Einstellung.

Damit aber diese Kontrolle und diese Zentralisierung nicht als eine zwecklose Strenge erscheine, ist es notwendig, daß die KI in genauer und nicht bloß in allgemeiner Weise ihre taktische Linie festsetzt und jede rechte Tendenz verurteilt, ohne dabei zu Manövrierzwecken künstlich eine nicht bestehende linke Gefahr zu schaffen. Es kann in der KI keine linke Gefahr geben, wenn die KI die linke Bewegung des Weltproletariats bleiben wird. Diese zentralisierte kommunistische Organisation, d. h. die kommunistische Weltpartei, wird weniger persönliche und örtliche Fragen zu lösen haben, wenn die allgemeinen taktischen Linien nicht mehr unbestimmt und ungenau sein werden und wenn jeder sie genau kennen wird. Wir haben die Krise der an Erfahrungen

und Lehren reichen deutschen Partei verfolgt und wollen erklären, daß es in mehreren wichtigen Punkten Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und der deutschen Linken, die heute das Vertrauen des weitaus größten Teiles der Partei besitzt, gibt. Wir machen uns aber gewisse Teile der Kritik, die die deutschen Genossen an der jüngsten Lage geübt haben, zu eigen, weil sie in vielen Punkten mit der unsrigen übereinstimmt, und wir wünschen, daß die Genossen von der deutschen Linken es verstehen, dem heldenhaften Proletariat Deutschlands, dem gegenüber wir unsere begeisterte kommunistische Solidarität bekunden, eine feste leninistische Führung zu geben.

Genossen, wir wollen diese Erfahrung entsprechend auswerten; sie zeigt, daß manche unserer kritischen Bemerkungen richtig waren. Diese kritischen Bemerkungen konnten seinerzeit als abstrakte Kritik bezeichnet werden, heute dürfte es aber nicht leicht sein, zu behaupten, daß sie nicht durch die Tatsachen bestätigt sind.

In der kommunistischen Weltpartei, die ihr Verhalten in klaren, elementaren, logischen Linien festgelegt haben wird, wird sich das Dilemma, das Genosse Sinowjew aufgestellt und das Genosse Treint mit allzu großer Leichtigkeit wiederholt hat: Bordiga oder die Internationale, nie bieten. In einer solchen Partei werden die Mitglieder nie vor solchen Dilemmen stehen.

SMERAL (Tschechoslowakei): Die Delegation der tschechischen Partei hat mich beauftragt, folgende Erklärung abzugeben:

Wir halten es für wichtig, daß der Kongreß die Lage und die Tätigkeit jeder einzelnen Sektion überprüft. Die Beurteilung, die jede Partei auf dem Kongreß erfährt, muß für sie ein Ansporn sein, sich ihrer Mängel bewußt zu werden und mit verstärkter Kraft an ihrer kommunistischen Vervollkommnung zu arbeiten.

Unsere Partei ist wahrhaftig keine vollkommene bolschewistische Partei, so wie es eine solche außerhalb der russischen Partei in der KI. überhaupt nicht gibt. Der Grundton jener Teile des Referats des Genossen Sinowjew, in dem er über uns sprach, war ein Aufmerksammachen und eine Ermahnung in diesem Sinne. Diese Hinweise, Ermahnungen und Ausstellungen nehmen wir in der ernstesten Weise an. Wir sind uns der Erfahrungen, über die die Leitung der Internationale verfügt, bewußt. Wir sind auch überzeugt, daß alle Mitglieder der Partei unter dem Eindruck des Weltkongresses ihre Anstrengungen erhöhen werden, um die Aktionsfähigkeit der Partei zu vervollkommnen.

Wir können jedoch nicht verschweigen, daß wir die Begründung, die Genosse Sinowjew angeführt hat, nicht für ganz entsprechend halten. Unsere Partei hat in der Zeit seit dem letzten Parteitage eine Reihe von Aktionen durchgeführt, und sie ist systematisch aktiv tätig gewesen. Selbstverständlich kann derjenige, der tätig ist, sich auch Fehler zuschulden kommen lassen. Darum kann eine Analyse unserer Aktionen, gegebenenfalls eine Ausstellung dessen, was hätte gemacht werden sollen und nicht gemacht wurde, die Grundlage der Kritik sein. Natürlich gibt es auch Gründe dieser Art für eine Kritik unserer Partei. Die Fälle jedoch, auf die sich Genosse Sinowjew berief (der Artikel des Genossen Hula, die nicht näher begründete Bemerkung über Genossen Vanek, das Urteil über die Aktivität der Parteileitung bei den Wahlen in Karpathorußland und über die Politik in der Bauernfrage), sind zum Teil mißverstanden und zum andern Teil überschätzt worden. Genosse Sinowjew hat angeführt, daß er die Tätigkeit der KPTsch

nicht genügend verfolgen konnte. In einigen der angeführten Fälle ist er unrichtig informiert worden. Sein Urteil über das Verhältnis der Parteileitung zu den Wahlen in Karpathorußland entspricht nicht den Tatsachen, auch nicht in der Form, wie das Genosse Sinowjew nachträglich erläutert hat. Genosse Hula hatte in einer konkreten Situation im Verlauf der Entwicklung der deutschen Frage den Eindruck, daß es sich um eine Liquidierung des Standpunktes des 3. und 4. Weltkongresses in der Frage der Eroberung der Mehrheit des Proletariats handele, und er zog daraus keineswegs die Schlußfolgerungen, die Genosse Sinowjew angenommen hat.

Nur um anzudeuten, daß unsere Partei aktiv war und ihre Leitung initiativ arbeitete, begnüge ich mich, das folgende anzuführen:

Die Parteileitung hat in der nationalen Frage auf dem letzten Parteitag die Initiative ergriffen und Thesen beschlossen, die durch die Inprekorr der gesamten KI bekannt geworden sind und gegen die kein Widerspruch erfolgt ist. Unsere Parlamentsfraktion hat in den Fragen der nationalen Unterdrückung der Minderheiten, in den Fragen der Drangsalierung der Bevölkerung in der Slowakei bei jeder sich bietenden Gelegenheit eingegriffen. Wir haben in der letzten Zeit Vorkehrungen getroffen, um das Material über die nationale Unterdrückung besser sammeln zu können, und der Mangel liegt nicht an der Apathie der Parteileitung, sondern an dem nicht genügenden Interesse vieler unserer Organisationen gegenüber der nationalen Frage. Von uns ist alles geschehen, um dieses Interesse zu wecken. Darüber wird bei dem entsprechenden Punkt der Tagesordnung auch auf diesem Kongreß noch gesprochen werden.

In der Frage der Betriebsrätebewegung haben wir ebenfalls die Initiative von der Parteileitung aus ergriffen und auf der vorletzten Reichskonferenz die entsprechenden Beschlüsse gefaßt. Der Betriebsrätekongreß für den Prager Kreis ist das erste Ergebnis unserer Bemühungen.

Auch die Reorganisierung der Partei auf der Grundlage der Betriebszellen ist das Ergebnis der Initiative der Parteileitung, bei deren Durchführung große Schwierigkeiten zu überwinden sind.

Auch in der Bauernfrage ist die Parteileitung nicht ohne Initiative geblieben, darüber werden wir ebenfalls bei einem anderen Punkt der Tagesordnung sprechen. Vor einigen Monaten wurde bei der Zentrale ein eigenes Sekretariat für die Bauernfrage errichtet, das von einem sachkundigen, sehr rührigen Genossen geleitet wird und den Organisationen ständig Anregungen in der Bauernfrage gibt. Wir haben dieses Sekretariat freilich etwas spät errichtet, aber wir wollten erst die Ansätze einer Bewegung auf dem Lande haben. Die Bewegung geht sichtlich vorwärts, und wir glauben ohne Übertreibung behaupten zu können, daß wir, abgesehen von der russischen und der bulgarischen Partei, von allen Kommunistischen Parteien gewiß den größten Prozentsatz an Bauern organisiert haben. Wichtiger ist jedoch, daß nicht zum geringsten Teil infolge unserer Tätigkeit die Zersetzung in der agrarischen Partei und in der klerikalen Partei infolge der Opposition der kleinbäuerlichen Elemente sichtbar fortschreitet und bei den Klerikalen sogar schon zu einer Sezession geführt hat.

Mit Ausnahme der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit, die in dieser Höhe auch in andern Ländern zu verzeichnen waren, hat die Tschechoslowakei seit dem Bestehen der KPTsch weder schwere äußere Konflikte noch innere Katastrophen erlebt, die auch nur annähernd

an die Ruhrbesetzung und an den Zusammenbruch der deutschen Währung heranreichen. Wohl in keinem Staate waren die Illusionen, die sich an seine Begründung knüpften, so stark und so allgemein auch in der Arbeiterschaft wie in der Tschechoslowakei. Die Periode der Arbeitslosigkeit und der Herabsetzung der Löhne wurde begleitet von einer neuen Illusion der ökonomischen Konsolidierung im Zusammenhang mit der Konsolidierung der Währung. Wenn trotz alledem die KPTsch heute 130 000 Mitglieder hat bei 13½ Millionen Einwohnern, wenn sie die unbestritten stärkste Arbeiterpartei ist, ja in einem Teil des Staates schon die Mehrheit der Arbeiterklasse und einen Teil des Bauerntums erobert hat, so steht das wohl in einigem Widerspruch zu dem Vorwurf der Apathie der Parteileitung. Außer in der agrarischen und der klerikalen Partei ist auch eine Zersetzung in den Reihen der beiden wichtigsten sozialpatriotischen Parteien festzustellen, die ausschließlich das Werk der Aktion und der Enthüllungskampagne unserer Partei ist. Die tschechische Sozialdemokratie hat mit einer starken Opposition gerade in jenen Industriegebieten zu kämpfen, wo sie noch eine Position hat. Unsere Kampagne gegen die Korruption hat zu einer schweren Krise in der Koalitionsregierung und in einzelnen Regierungsparteien geführt. Sie hat auf das ganze Regierungssystem zersetzend gewirkt und das Vertrauen breiter Schichten bis tief in das Bauerntum und Kleinbürgertum hinein, die sonst für unsere Agitation nicht zugänglich sind, zu dem ganzen Regierungssystem erschüttert. In der Zeit der deutschen revolutionären Krise war die Zentrale bemüht, die ganze Tätigkeit der Partei, die Schreibweise ihrer Presse und alle ihre Aktionen auf die kommende deutsche Revolution einzustellen. Auch unsere Agitation unter den Soldaten kann sich unseres Erachtens neben den Leistungen der anderen Parteien sehen lassen, wobei wir selbstverständlich die bewunderungswerten Leistungen unserer französischen und deutschen Genossen unter den Besatzungstruppen nicht als Vergleich heranziehen wollen. Festgestellt sei, daß bei den letzten Gemeindewahlen durchschnittlich 35 bis 40 Prozent der wahlberechtigten Soldaten kommunistisch gewählt haben, daß sich die Regierung auch aus diesem Grunde noch nicht getraut hat, die Wahlstatistik zu veröffentlichen, daß in den letzten Wochen bei den Gemeindewahlen in zwei Garnisonsorten die gesamte Garnison am Wahltag abkommandiert wurde, weil man wußte, daß sie in der Mehrheit kommunistisch wählen würde. Auch die Genossen Soldaten, die im Kerker sitzen, sind Zeugen dafür, daß unsere Partei nicht passiv ist.

Zu der Kritik des Genossen Sinowjew an den Thesen unseres letzten Parteitages von Anfang Februar 1923 über die Arbeiterregierung sei vermerkt, daß wir bei der Abfassung dieser Thesen alle ohne Unterschied einmütig der festen Meinung waren, daß diese Thesen dem Beschluß des 4. Weltkongresses entsprechen, in dem es u. a. heißt:

> „Einer offenen oder maskierten bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition stellen die Kommunisten die Einheitsfront aller Arbeiter und *eine Koalition aller Arbeiterparteien* auf ökonomischem und politischem Gebiet zum Kampfe gegen die bürgerliche Macht und zu ihrem schließlichen Sturz gegenüber."

Auch ist damals niemand der Meinung gewesen, daß die Stelle unserer Thesen über den Rahmen der bürgerlichen Demokratie im Widerspruch stehe zu dem folgenden weiteren Satze in dem Beschlusse des 4. Weltkongresses:

„Auch eine Arbeiterregierung, die einer rein parlamentarischen Konstellation entspringt, die also rein parlamentarischen Ursprungs ist, kann den Anlaß zu einer Belebung der revolutionären Arbeiterbewegung geben."

Soweit auf jenem Parteitage Widerspruch gegen diese Thesen laut wurde, kam er von solchen Genossen, die mit der ganzen Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung und auch mit den Beschlüssen der Komintern nicht einverstanden waren. Sonst wurden diese Thesen einstimmig und mit Zustimmung des Vertreters der Exekutive beschlossen. Wir wollen damit nicht sagen, daß wir auf jenen Beschlüssen und Thesen der Komintern und unserer Partei beharren. Wir wenden uns jedoch dagegen, daß man uns deshalb, weil wir uns damals vollständig auf den Boden der Beschlüsse der Komintern gestellt haben, den Vorwurf des Opportunismus macht.

Wie jede taktische Vorkehrung unterliegt auch die Losung der Einheitsfront und der Arbeiterregierung gerade durch ihre Anwendung jenen Änderungen, die aus der Verschiedenheit der Situation in verschiedenen Zeitabschnitten und in verschiedenen Ländern entspringen. Auf dem 5. Kongreß kann und muß darüber beraten werden, worin sich die jetzige Situation von der am Anfang des Jahres 1923 unterscheidet und bis zu welchem Maße wir infolgedessen der Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung heute einen anderen Sinn geben müssen.

Für uns ist die Parole der Einheitsfront und der Arbeiterregierung ein wichtiger Behelf der Agitation und des taktischen Manövrierens. Wir sehen in der Arbeiterregierung weder eine Einrichtung von auch nur halbwegs längerer Dauer, noch eine Möglichkeit, dem revolutionären Kampf um die Macht auszuweichen, der unseres Erachtens schon durch den bloßen Versuch der Errichtung einer Arbeiterregierung ausgelöst werden kann. In der Taktik der Einheitsfront sind bei uns bisher alle Versuche, die Einheitsfront von oben herzustellen, gescheitert, dagegen haben wir in der Taktik der Einheitsfront von unten schon Erfolge erzielt. Diese Erfolge sind zum großen Teil gerade auf die Sabotage der Einheitsfront von oben durch die sozialpatriotischen Führer zurückzuführen. In diesem Stadium glauben wir, daß wir unsere Bemühungen um die Einheitsfront von unten vervielfachen und mit den Schritten, die Einheitsfront von oben herzustellen, sparsamer sein müssen, so daß wir uns nur in solchen Fällen an die Spitzenorganisationen der Reformisten wenden dürfen, wo dies mit einer breiten Aktion in den Massen verbunden wird.

RADEK: Werte Genossen! Wie Ihnen bekannt ist, hat der Kongreß der russischen Kommunistischen Partei den Standpunkt, den ich in einer Reihe von internationalen Fragen in den letzten Monaten vertreten habe, einstimmig abgelehnt. (Zurufe: Bravo! Ruth Fischer: Sehr richtig!)

Diese Tatsache würde für mich genügen, um in diesem Stadium der Entwicklung der KI auf die Verteidigung meines Standpunktes auf diesem Kongreß zu verzichten. Die Rede des Genossen Sinowjew, die nach meiner Überzeugung die Liquidation des Beschlusses des 4. Kongresses über die Einheitsfronttaktik bedeutet (Zurufe: Oho!) — für den Genossen Korsch ist es nicht schrecklich, für andere ist es vielleicht schrecklich — und so die Zukunft der Komintern gefährden kann, hat mich veranlaßt, die russische Delegation zum Kongreß zu er-

suchen, mir zu erlauben, meinen besonderen Standpunkt zu vertreten. Die russische Delegation hat das getan. Und so habe ich jetzt die Aufgabe, die Ausführungen des Genossen Sinowjew und die Ausführungen, die eine Anzahl Genossen aus der Linken hier oder in der Presse gemacht haben, einer kritischen Analyse zu unterziehen und meinerseits die Linie, die ich für die Zukunft notwendig halte, hier zu entwickeln.

Genossen! Es sind hier vier Fragen aufgeworfen worden. Die erste Frage, die aufgeworfen wurde, ist: *Wie entstand und was war unsere Einheitsfronttaktik?* Die zweite Frage war die Frage der *Erfahrungen*, die wir im letzten Jahre mit der Einheitsfronttaktik gemacht haben, in erster Linie in Deutschland. Die dritte Frage war: Wie ist *die Lage jetzt*, und was ist *zu tun?* Und die vierte Frage ist: Wie ist *die Lage in der KI* und wie muß die taktische Linie innerhalb unserer Partei festgelegt werden?

Die Entstehung und der Sinn der Einheitsfronttaktik

Ich beginne mit der ersten Frage, mit der Frage der Entstehung der Einheitsfronttaktik, die Genosse Sinowjew hier historisch darzustellen versucht hat. Zwei Behauptungen stellt Genosse Sinowjew zur Beleuchtung der Geschichte der Einheitsfront auf. Die erste war, daß die KI im Jahre 1919-20 im Westen, außerhalb Rußlands, aus kleinen Propagandaparteien und Gruppen bestand, und daß wir erst dann im Jahre 1921 zu Massenparteien wurden. Diese Behauptung ist, wie jeder Genosse weiß, unrichtig. Im Jahre 1919 stand unsere kleine Kommunistische Partei in Deutschland an der Spitze größerer revolutionärer Massenkämpfe, als wie sie nach dem Jahre 1920 in Deutschland ausgekämpft wurden. Wir haben in Bayern die Macht so oder anders erobert und verteidigt. Wir haben unsere kleine ungarische Partei gehabt, die um die Macht gekämpft hat, sie erobert hat — sie ist ihr nicht vom Himmel gefallen —, und sie hat 4½ Monate lang den Kampf um ihre Erhaltung mit der Waffe in der Hand geführt.

Parteigenossen! Die zweite Behauptung des Genossen Sinowjew war — Zweckverbindung mit dieser seiner ersten unrichtigen Behauptung —, daß er sagte: Die Einheitsfronttaktik und die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung sind der einfachen Tatsache entsprungen, daß der russische Bauer, der russische Soldat kein Latein versteht; er weiß nicht, was Diktatur des Proletariats ist, und so hat man diese Losung zuerst ins Russische, dann ins Deutsche und Englische usw. übersetzt.

Werte Genossen! In den Jahren 1918/19/20 haben die mitteleuropäischen Arbeiter „lateinisch" verstanden, die anderen begannen es zu tun. Jedenfalls die deutschen Arbeiter haben es verstanden! Auf Grund unseres Lateins haben wir 1920 der Sozialdemokratie große Massen entrissen und wurden nach dem Haller Parteitag zu einer Massenpartei. Nachdem wir aber im Jahre 1920 das lateinische Wort Diktatur des Proletariats ins Deutsche usw. übersetzt haben, sitzen wir jetzt auf jedem Kongreß und suchen uns zu verständigen, was bedeutet diese Übersetzung? (Zuruf: Opportunistische Übersetzung!)

Und immer wieder hören wir Vorschläge, zum Latein zurückzukehren. Ich glaube, der Genosse Sinowjew, der natürlich die Geschichte der KI sehr gut kennt, hat hier mit diesen zwei falschen Behauptungen eine Tatsache umsegeln wollen. Diese Tatsache besteht darin: *Die Jahre 1919-20 waren die zweite Welle der Weltrevolution*

(die erste Welle war die russische Revolution). Die zweite Welle der Weltrevolution stieg, wir standen im akuten Kampf um die Gewalt, die Krise des Kapitalismus war damals für die breiten Massen augenscheinlicher als je, die Frage der Eroberung der politischen Macht stand viel augenscheinlicher für diese Massen auf der Tagesordnung. Mit dem Jahre 1920, mit unserer Niederlage in Polen, mit unserer Niederlage in Italien, mit der Weltwirtschaftskrise, die der Offensive des Kapitalismus den Weg ebnete, begann die sogenannte neue Etappe, die wir auf dem 3. Weltkongreß festgestellt haben. Wir haben uns gesagt, wir stehen hinter der zweiten Welle der Weltrevolution, die dritte Welle wird erst durch die geschichtlichen Vorgänge im Innern der kapitalistischen Gesellschaft und im Innern der Arbeiterklasse vorbereitet. Wir müssen jetzt die Massen, die zurückfluten, aufhalten, sie wieder sammeln, aus Gefühlssozialisten Kommunisten, harte Kämpfer machen. Wir haben zu diesem Zwecke erstens die Einheitsfronttaktik angewandt und zweitens die Losungen für diese Einheitsfronttaktik gesucht. Daß das nicht eine für den Augenblick geschaffene historische Auffassung ist, zeigt mein Referat auf dem 4. Kongreß über die Offensive des Kapitals, in dem ich sie schon damals vertrat.

Erinnert euch doch, Genossen, wie die Einheitsfronttaktik empirisch spontan in Deutschland gebildet wurde. Genosse Sinowjew hat ganz recht, es ist eine komische Geschichtsschilderung, anzunehmen, daß irgendein einzelner Genosse sich diese Einheitsfronttaktik aus den Fingern gesogen hätte. Die Einheitsfronttaktik entstand unter dem Drucke der Verhältnisse, wie sie sich Ende 1920 klärten; der Druck der Offensive des Kapitals warf die Arbeiterklasse zurück: Nicht die Eroberung der Macht stand monatelang auf der Tagesordnung, sondern der Widerstand gegen die Offensive des Kapitals, die alle Errungenschaften der Revolution zu vernichten drohte. Da nicht die Eroberung der Macht auf der Tagesordnung stand und die Arbeiter sich einig fühlten in dem Bedürfnis der Verteidigung des Achtstundentages, des Kampfes gegen die Teuerung, so konnte man am besten diese Massen von der Sozialdemokratie trennen — und das ist dauernd die Vorfrage, die zu lösen ist, wenn wir um die Macht kämpfen wollen —, indem wir uns an die Spitze dieser Abwehrkämpfe stellten und den Arbeitern sagten: Wollt ihr mit uns zusammen kämpfen trotz aller Parteiunterschiede?

Jeder deutsche Kommunist fühlte nach dem Hallenser Parteitag, nach der Spaltung der USPD, daß wir die Arbeiter, die für die Diktatur waren, schon herangezogen hatten, daß sich einstweilen die breiten Massen nicht propagandistisch durch die Losung der Diktatur gewinnen ließen, daß man an sie heranschleichen mußte in den Tageskämpfen durch den Vorschlag gemeinschaftlicher Losungen. Daraus entstand diese Taktik. Genossen, wenn sie nicht ein Produkt der taktischen Kunst eines Genossen war, sondern aus der Situation erwuchs, so bedeutet es nicht, daß die Situation überall von unseren Genossen sofort verstanden wurde. Es ist eine historische Tatsache, die hier festgestellt werden muß, angesichts der jetzigen Gegensätze, daß eine Reihe von führenden Genossen aus der Exekutive den „Offenen Brief" vom 8. Januar 1921 für eine opportunistische Entgleisung gehalten haben.

(Die Photographen treten in Tätigkeit.) Genossen, beleuchtet nicht so grell meine opportunistischen Fehler.

Es ist eine Tatsache, daß ein Teil der einflußreichsten Exekutivmitglieder bereit war, diese von mir in Deutschland vorgenommene taktische Schwenkung zu desavouieren, und daß nur das Eingreifen des Genossen Lenin diese eine der vielen Desavouierungen unmöglich gemacht hat. Es ist Tatsache, daß der Hinweis auf die Einheitsfronttaktik und den Offenen Brief als mustergültig in die Beschlüsse des 3. Kongresses hineingekommen ist auf die Forderung des Genossen Lenin hin. Niemand wird diese Tatsache leugnen. Aber, Genossen, unser Schwanken war eine der Ursachen, daß erstens die deutsche Partei nicht sofort den festen Kurs darauf nahm, daß sie sich im März 1921 hinausschleudern ließ, daß wir die Taktik erst nach Monaten, in den Thesen der Erweiterten Exekutive zum offiziellen Beschluß erhoben. Diese Hindernisse, die innerlich nicht überwunden wurden, kamen zum Ausdruck in den Differenzen über die Übergangsforderungen, auch über die Sachwerterfassung und das Steuerprogramm, die wir auch in der Exekutive hatten. Und sie kamen zum Ausdruck in der Frage der Arbeiter- und Bauernregierung.

Die Frage der Arbeiter- und Bauernregierung auf dem 4. Kongreß

Genossen, *wie stand die Frage der Arbeiter- und Bauernregierung auf dem 4. Kongreß?* Die Zeit geht sehr schnell, wir vergessen unsere Resolutionen, manche haben ein Interesse daran, daß wir sie vergessen. Genosse Sinowjew hat hier ein Bild gezeichnet, das besser unterblieben wäre. Er hat erklärt, wie sehr gut er fühlte, daß die Losung der Arbeiterregierung als eventuelle Koalition aller Arbeiterparteien einen opportunistischen Beigeschmack hat, opportunistisch sein kann. Aber — aber er unterlag meinen Versuchungen, meinem bestrickenden Einfluß, und so kam es, daß in der Kommissionssitzung auf dem 4. Kongreß das Gretchen, von Faust umschmeichelt, einen Augenblick gesündigt hat. Und, Parteigenossen, dieser garstige Faust hat in den Honig des Genossen Sinowjew einen Löffel Teer hineingetan. Parteigenossen, wie schmeichelhaft für mich auch die Rolle, sei es des Mephisto, sei es des Faust, ist, ich muß diese Legende zerpflücken. Ich bin ein treuer Liebhaber, und ich bewahre die Liebeskorrespondenz auf. Hier liegt der erste Entwurf der Resolution des Genossen Sinowjew, der erste Entwurf, der die unverdorbene Tugend des Genossen Sinowjew repräsentiert. In diesem Entwurf steht schon leider nicht nur der einzige Sündenfall des Genossen Sinowjew, den er vorgelesen hat, sondern noch ein zweiter. Genosse Sinowjew hat in seinem Entwurf geschrieben: „Indem wir die Taktik der Einheitsfront verteidigen, dürfen die Kommunisten unter gewissen Umständen nicht verzichten auf die Bildung einer gemeinsamen Regierung mit den nichtkommunistischen Parteien und Gruppen gegen die Bourgeoisie." Das ist die erste Stelle. Die zweite ist noch besser. Sie besagt: „Die Kommunisten verzichten nicht auf Verständigung mit andern Arbeiterparteien auch in dem Falle, wenn die Führer dieser Parteien Sozialdemokraten, Christlichsoziale usw. sind." (*Brandler:* Sehr vernünftig!) Sehr vernünftig, ich halte es bis heute für sehr vernünftig, und ich kann auch sagen, daß diese Erwähnung des christlichen Sozialismus nicht aus Liebe zu den Christlich-Sozialen kam — Sie wissen doch, Genosse Sinowjew hat noch auf dem russischen Parteitag erklärt: Ich bin kein Christlich-Sozialer —, sondern aus einer gewissen Vorliebe für gewisse Führer des deutschen Zentrums, die gesagt haben, daß es

möglich ist, daß auch die christlichen Gewerkschaften an einer Arbeiterregierung sich beteiligen würden.

Parteigenossen, die Resolution wurde dann auf Grund des Vorschlages des Genossen Sinowjew detailliert ausgearbeitet, ohne daß die politische Grundlinie, der Grundton seines Vorschlages geändert wurde. Ich glaube, es ist eine absolute Notwendigkeit, daß diese Stelle der Resolution, die ausschlaggebende Stelle, die wir alle gelesen haben, aber die wir nicht alle im Kopfe haben, hier wörtlich zitiert wird. Denn in dieser Resolution wurden aus den zwei Sündenfällen des Genossen Sinowjew, wie ich statistisch ausgerechnet habe, sieben Sündenfälle. Aber sie alle waren das Resultat, wie gewöhnlich, des ersten Sündenfalls. Ohne den ersten gibt es nicht die anderen sechs. Was besagt die Resolution? Es ist außerordentlich wichtig, daß wir das alles sehr klar sehen, denn dann wird es auch klar sein, erstens, daß die Leipziger und Prager Resolution nichts anderes ist als die Wiederholung dieser Resolutionen, und daß jetzt die Liquidierung der Resolution des 4. Kongresses bezweckt wird. Was sagt diese Resolution?

„Als allgemeine propagandistische Parole ist die Arbeiterregierung (evtl. Arbeiter- und Bauernregierung) fast überall zu gebrauchen. Als aktuelle politische Lösung aber hat die Arbeiterregierung die größte Bedeutung in denjenigen Ländern, wo die Lage der bürgerlichen Gesellschaft besonders unsicher ist, wo das Kräfteverhältnis zwischen den Arbeiterparteien und der Bourgeoisie die Entscheidung der Regierungsfrage als *praktische* Notwendigkeit auf die Tagesordnung setzt. In diesen Ländern ergibt sich die Losung der Arbeiterregierung als unvermeidliche Schlußfogerung aus der ganzen Taktik der Einheitsfront.

Die Parteien der II. Internationale versuchen, in diesen Ländern die Lage dadurch zu „retten", daß sie eine Koalition der Bürgerlichen und Sozialdemokraten propagieren und verwirklichen. Die neuesten Versuche einiger Parteien der II. Internationale (z. B. Deutschland), eine offene Teilnahme an einer solchen Koalitionsregierung abzulehnen und sie gleichzeitig in versteckter Form durchzuführen, bedeutet nichts anderes als ein Beschwichtigungsmanöver gegenüber den protestierenden Massen, als einen raffinierten Betrug an den Arbeitermassen. *Einer offenen oder maskierten bürgerlich-sozialdemokratischem Koalition stellen die Kommunisten die Einheitsfront aller Arbeiter und eine Koalition aller Arbeiterparteien auf ökonomischem und politischem Gebiete* zum Kampf gegen die bürgerliche Macht und zu ihrem schließlichen Sturz gegenüber. In vereintem Kampfe aller Arbeiter gegen die Bourgeoisie soll der *ganze Staatsapparat* in die Hände der Arbeiterbewegung *gelangen,* und dadurch sollen die *Machtpositionen* der Arbeiterklasse gestärkt werden

Die elementarsten Aufgaben einer Arbeiterregierung müssen darin bestehen, die Arbeiter zu bewaffnen, die bürgerlichen konterrevolutionären Organisationen zu entwaffnen, die Kontrolle der Produktion einzuführen, die Hauptlast der Steuern auf die Schultern der Reichen abzuwälzen und den Widerstand der konterrevolutionären Bourgeoisie zu brechen.

Eine solche Arbeiterregierung ist nur möglich, wenn sie aus dem Kampfe der Massen selbst geboren wird, sich auf kampffähige Arbeiterorgane stützt, die von den untersten Schichten der unterdrückten Arbeitermassen geschaffen werden. *Auch eine Arbeiterregierung, die einer parlamentarischen Konstellation entspringt, die also rein parla-*

mentarischen Ursprungs ist, kann den Anlaß zu einer Belebung der revolutionären Arbeiterbewegung geben. Es ist selbstverständlich, daß die Geburt einer wirklichen Arbeiterregierung und die Aufrechterhaltung einer Regierung, die revolutionäre Politik betreibt, zum erbittertsten Kampf, evtl. zum Bürgerkrieg mit der Bourgeoisie führen muß. Schon der Versuch des Proletariats, eine solche Arbeiterregierung zu bilden, wird von vornherein auf den schärfsten Widerstand der Bourgeoisie stoßen. Die Losung der Arbeiterregierung ist daher geeignet, das Proletariat zusammenzuschließen und revolutionäre Kämpfe auszulösen.

Die Kommunisten müssen sich unter Umständen bereit erklären, *zusammen mit den nichtkommunistischen Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen eine Arbeiterregierung zu bilden.* Sie können das aber nur dann tun, wenn Garantien dafür vorhanden sind, daß die Arbeiterregierung wirklich einen Kampf gegen das Bürgertum im oben angegebenen Sinne führen wird. Dabei bestehen die selbstverständlichen Bedingungen der Teilnahme der Kommunisten an einer solchen Regierung darin, daß

1. die Teilnahme an einer Arbeiterregierung nur mit Zustimmung der Komintern erfolgen kann;
2. die kommunistischen Teilnehmer an einer solchen Regierung unter der strengsten Kontrolle ihrer Partei stehen;
3. die betreffenden kommunistischen Teilnehmer an dieser Arbeiterregierung in engster Fühlung mit den revolutionären Organisationen der Massen stehen;
4. die kommunistische Partei ihr eigenes Gesicht und die volle Selbstständigkeit ihrer Agitation unbedingt behält.

Bei allen großen Vorteilen hat die Arbeiterregierungsparole auch ihre Gefahren, ebenso wie die gesamte Taktik der Einheitsfront Gefahren in sich birgt. Um diesen Gefahren vorzubeugen, müssen die kommunistischen Parteien folgendes ins Auge fassen: Jede bürgerliche Regierung ist zugleich eine kapitalistische Regierung, aber nicht jede Arbeiterregierung ist eine wirklich proletarische, d. h. ein revolutionäres Machtinstrument des Proletariats. Die Kommunistische Internationale muß folgende Möglichkeiten berücksichtigen:

I. Scheinbare Arbeiterregierungen

1. Liberale Arbeiterregierung, eine solche gab es in Australien, eine solche Regierung wird auch in absehbarer Zeit in England möglich sein.
2. Sozialdemokratische Abeiterregierung (Deutschland).

II. Wirkliche Arbeiterregierungen

3. Regierung der Arbeiter und ärmeren Bauern. Eine solche Möglichkeit besteht auf dem Balkan, in der Tschechoslowakei usw.
4. Arbeiterregierung mit Teilnahme der Kommunisten.
5. Wirkliche proletarische revolutionäre Arbeiterregierung, die in reiner Form nur durch die Kommunistische Partei verkörpert werden kann.

Die Kommunisten sind bereit, auch mit jenen Arbeitern zu marschieren, die die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats noch nicht erkannt haben. *Die Kommunisten sind also auch bereit, unter gewissen Bedingungen und unter gewissen Garantien eine nicht rein*

kommunistische, ja sogar eine bloß scheinbare Arbeiterregierung zu unterstützen, natürlich nur, soweit sie Arbeiterinteressen vertritt. Die Kommunisten erklären der Arbeiterschaft aber ebenso offen, daß ohne den revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie eine wirkliche Arbeiterregierung weder zu erreichen noch zu erhalten ist. Als wirkliche Arbeiterregierung ist nur eine Regierung aufzufassen, die entschlossen ist, den ernsten Kampf wenigstens zur Erfüllung der wichtigsten Tagesforderungen der Arbeiter gegen die Bourgeoisie aufzunehmen. Nur an einer solchen Arbeiterregierung können Kommunisten teilnehmen.

Die ersten zwei Typen der scheinbaren Arbeiterregierung (liberale und sozialdemokratische) sind nichtrevolutionäre Regierungen, können aber unter Umständen den Zersetzungsprozeß der bürgerlichen Gewalt beschleunigen. Die zwei weiteren Typen der Arbeiterregierung (Arbeiter- und Bauernregierung, *sozialdemokratisch-kommunistische Regierung) bedeuten noch nicht die Diktatur des Proletariats,* sie sind nicht einmal ein geschichtlich unvermeidliches Übergangsstadium zur Diktatur, aber sie sind, wenn sie irgendwo zustande kommen, ein wichtiger *Ausgangspunkt zur Erkämpfung dieser Diktatur.* Die vollendete Diktatur des Proletariats ist nur diejenige wirkliche Arbeiterregierung (Ziffer 5), die aus Kommunisten besteht."

Genossen, es ist eine mustergültige Resolution. Sie ist nicht ein Faß Honig mit etwas Teer. Diese Resolution vereinigt die Warnung vor den Gefahren der Einheitsfronttaktik mit der klaren Einsicht, daß wir vielleicht gezwungen werden, auf Umwegen zum Kampf um die Diktatur, durch eine Anzahl von Übergangsstadien zu gehen. Mein Freund Bucharin — wenn wir uns zanken, sagen wir immer Freund zueinander — hat in seinem Bericht auf dem Russischen Parteitag im vorigen Jahre es als eine linke Abweichung bezeichnet, daß die linken Genossen nicht einsehen, daß man zur Diktatur auch über Etappen gehen muß. (Freimuth: Umgekehrt.)

Wie wir hören, will Hermann Freimuth durch die Diktatur zur sächsischen Arbeiterregierung gelangen. (Freimuth: Das behauptest du!)

Ich hatte Zweifel, wieweit die Klarheit, zu der wir uns alle gemeinsam in dieser Resolution über die Arbeiterregierung durchgerungen haben, festsitzt, ob sie nicht unter dem Druck einer Anzahl linker Genossen ins Wanken gerät. Darum habe ich in meinem Referat über die Offensive des Kapitals — Genosse Sinowjew war auch so freundlich und hörte diesem Referat zu — einige Formulierungen gegeben, in der Überzeugung, daß, falls sie nicht akzeptabel seien, er ihnen entgegentreten und wir zu einer Klärung kommen würden:

„Und jetzt komme ich zu der Frage, die in unserem Kampfe gegen die Offensive des Kapitals eine große Rolle spielt, die eine große Rolle spielt in den taktischen Ausführungen des Genossen Sinowjew zur Frage der Arbeiterregierung, die wir nicht ausschalten können bei der Besprechung des Kampfes der Offensive des Kapitals. Genosse Sinowjew hat in seinen Ausführungen eine gedankliche Klassifizierung der möglichen Arten der Arbeiterregierung gegeben. Ich bin mit diesem Klassifikationsversuch einverstanden. Ich ergänze ihn nur durch den Hinweis auf den Typus einer Arbeiter- und Bauernregierung in Ländern wie Polen, Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien usw. Was für uns in diesem Zusammenhang von Wichtigkeit ist, das ist, an Stelle der gedanklichen Klassifikation die Frage aufzuwerfen: *Woran denken die Arbeitermassen — nicht nur die Kommunisten — wenn sie von*

Arbeiterregierungen sprechen? Ich beschränke mich auf Länder, in denen diese Gedanken schon Anklang gefunden haben: England, Deutschland und die Tschechoslowakei. In England denken sie an die *Labour Party.* Der Kommunismus ist dort noch keine Massenkraft. In den Ländern der Zersetzung des Kapitals ist diese Idee sehr lebhaft mit der Einheitsfront verbunden, und so wie die Arbeiter sich sagen, Einheitsfront bedeutet, daß *sich die Kommunisten und die Sozialdemokraten in den Fabriken bei Streiks nicht bekämpfen, sondern daß sie zusammengehen, so hat auch die Idee der Arbeiterregierung bei den Arbeitermassen dieselbe Bedeutung; sie denken an die Regierung aller Arbeiterparteien.* Um was handelt es sich bei diesen Massen praktisch und politisch? Wir haben diese Frage zu beantworten. Und wie stellen wir uns zu dieser Frage? Wenn man die Frage untersucht, inwieweit ist es praktisch wahrscheinlich, daß es zu solchen Arbeiterkoalitionsregierungen kommt, so kann man tausend geistreiche Antworten finden. Man kann sagen, die Arbeiterregierung ist zwar nicht der notwendige, aber der mögliche Weg. Man kann mit dem Genossen Sinowjew paradox sagen, sie ist nicht der notwendige, sondern wahrscheinlich der unwahrscheinlichste Weg. Die Frage wird sich politisch entscheiden durch die Tatsache, *ob die Sozialdemokratie bis zu ihrem Tode mit dem Bürgertum zusammengehen wird.* Wird das der Fall sein, dann ist die Arbeiterregierung nur möglich als *Diktatur* des kommunistischen Proletariats. Wir können nicht über die Politik der Sozialdemokraten entscheiden. Was wir zu entscheiden haben, ist, wenn wir vor die Massen in unserem Kampf gegen die Offensive des Kapitals treten, *ob wir ihnen sagen können, daß wir bereit sind, für eine Arbeiterkoalitionsregierung zu kämpfen, die Vorbedingungen für sie zu schaffen oder nicht.*

Das ist die Frage, die man durch angebliche theoretische Kalkulationen für die Massen nur verwirren kann. Nach meiner Meinung müßten wir, wenn der Kampf um die Einheitsfront geht, klipp und klar sagen, daß, wenn die sozialdemokratischen Massen ihre Führer zwingen, mit der Bourgeoisie zu brechen, wir bereit sind, an einer Arbeiterregierung teilzunehmen, wenn diese Regierung ein Organ des Klassenkampfes sein wird. Ich sage: wenn sie bereit ist, gemeinsam mit uns zu kämpfen. Wäre natürlich die Situation so, daß uns die gebratenen Tauben in den Mund fliegen: daß sich nichts im Reiche geändert hat, die Kohlen hat Stinnes, in der Hand der Monarchisten ist das Militär, nur die Wilhelmstraße hat Scheidemann, und in diese Wilhelmstraße würden auch wir eingeladen, wenn unser Genosse Meyer einen Frack anzöge (Heiterkeit) und die Genossin Ruth Fischer, die sich natürlich sträubt (Heiterkeit), unter den Arm nähme und sie in das Reichskanzlerpalais führte; wenn solche historischen Perspektiven vorhanden wären, so wäre gegen eine solche Idee folgendes einzuwenden: Erstens würde ein Leutnant mit zehn Mann kommen und die Genossen Meyer, Scheidemann und Ruth Fischer ausheben, und dann würde es mit der Arbeiterregierung zu Ende sein. Aber bei dem Kampf gegen die Offensive des Kapitals handelt es sich *nicht um eine parlamentarische Kombination,* sondern um eine Plattform zur Mobilisierung der Massen, um eine Plattform zum Kampfe. Die Frage steht so: Werden die Sozialdemokraten von der Bourgeoisie aus der Koalition hinausgeworfen und stellen sie sich in einen stillen Winkel und protestieren, werden sie in der Koalition verfaulen oder *helfen wir den Massen, sie zu zwingen, den Kampf*

anzufangen? Man könnte sagen, was brauchen wir uns den Kopf darüber zu zerbrechen, was sie tun werden. Wenn es sich um die Führer der Sozialdemokratie handelte, so würden wir es ganz gewiß vorziehen, daß sie verfaulen. Aber wenn es sich um die Mobilisierung der sozialdemokratischen Arbeitermassen handelt, so müssen wir mit einem positiven Programm kommen. Inwieweit steht es im *Widerspruch zur Diktatur des Proletariats, inwieweit steht es im Widerspruch zum Bürgerkriege? Es steht in einem solchen Widerspruch, wie das Vorzimmer zum Zimmer steht.* (Sehr richtig!) Man kann in ein Zimmer durch die Mauer, wenn es verschlossen ist; sogar durch einen Kamin kann man hinein. Sogar wenn die Bourgeoisie irgendwo der Sozialdemokratie und den Kommunisten die Regierung überläßt — was historisch nicht ausgeschlossen ist, wie das ungarische Beispiel zeigt —, so folgt darauf eine Periode der wildesten Kämpfe; es kann auch eine Situation entstehen, ähnlich der, in der sich am 9. November die Bourgeoisie in Deutschland befand, wo sie einfach verschwand. Sie kann sich in einer Situation befinden, wo sie uns die Macht überläßt in der Hoffnung, daß wir nicht in der Lage sein werden, diese Macht zu behalten. *Ob wir zur Regierung kommen durch den Bürgerkrieg, ob wir dazu kommen durch das Versagen der Bourgeoisie: der Bürgerkrieg ist das Resultat der Arbeiterregierung.* Die Arbeiterklasse wird nicht imstande sein, die Macht zu halten ohne den Bürgerkrieg. Nicht als ob wir Kommunisten sagten: Ohne Bürgerkrieg kann ich nicht leben, wie Tom Sawyer den Neger durch einen unterirdischen Gang befreien zu müssen glaubte, obwohl die Türen offenstanden; nicht als ob wir sagten: Ohne Bürgerkrieg nehme ich die Macht nicht an, ohne Bürgerkrieg bin ich unglücklich (Heiterkeit), sondern aus dem einfachen Grunde, den Genosse Sinowjew anführte: *Die Bourgeoisie kann versagen in dem und jenem Falle, aber sie gibt die Macht ohne erbitterten Kampf endgültig nicht auf.* Wenn die Sozialdemokraten nicht fähig sein werden, zu kämpfen, *dann werden wir über sie hinwegschreiten.* Wo die Arbeiterregierung zustande kommt, wird sie nur ein *Ausgangspunkt des Kampfes* um die Diktatur des Proletariats sein, denn die Bourgeoisie wird eine sogar auf demokratischer Grundlage fundierte Arbeiterregierung nicht dulden, und es wird sich zeigen, daß ‚der Bien muß'. Der sozialdemokratische Arbeiter muß zum Kommunisten werden, er muß den Bürgerkrieg zur Verteidigung seiner Herrschaft führen. Aus diesem Grunde glaube ich, in der Praxis, in der Entwicklung der Dinge, drohen uns hier keine großen Gefahren des *Versumpfens,* insoweit es sich um wirkliche Klassenkämpfe handelt, nicht um parlamentarische Regierungsfragen in kleinen abgelegenen Nestern, wie Braunschweig und Thüringen, wo man ohne Bürgerkrieg in der Regierung sitzen kann, womit ich nicht sagen will, daß man diese Fragen als nichts behandeln soll. Die Losung der Arbeiterregierung ist eine *notwendige orientierende Losung,* eine Losung, die der Einheitsfront ein einheitliches politisches Ziel setzt. Der Moment, in dem sich die Arbeiter zum Kampfe um die Arbeiterregierung, um die Kontrolle der Produktion zusammenfinden, wird den Beginn unserer Gegenoffensive bedeuten, denn wenn wir nicht nur das, was ist und verschwindet, verteidigen, sondern um neue Positionen kämpfen, beginnt die Offensive."

So sehen wir: Nicht in der Kommission, nicht in privaten Diskussionen und Einflüsterungen, sondern in der offenen Sitzung

des 4. Kongresses habe ich als offizieller Referent des EK die Möglichkeit dargestellt, daß die Interessen der Revolution von uns fordern können: 1. den kommunistischen Arbeitermassen vorzuschlagen, eine Koalition sogar mit der Sozialdemokratie einzugehen, 2. daß wir öffentlich erklären, daß wir unter gewissen Umständen bereit sind, praktisch die Sache zu machen, nicht nur dafür zu agitieren. Und ich wurde weder von dem Genossen Sinowjew noch von dem EK desavouiert. Auch Bucharin schwieg. Jetzt hören wir, wie verführerisch dies auf viele Mitglieder der Komintern gewirkt hat. Genosse Smeral sagte uns jetzt: Wenn Genosse Sinowjew den Opportunismus auf dem 4. Kongreß nicht erkannt hat, wie konnten die armen Tschechoslowaken ihn erkennen. Genossen! Nicht nur der Genosse Smeral, der sich in keiner erfreulichen Situation befindet, kann das für sich in Anspruch nehmen. Durch das Schweigen des Genossen Sinowjew ist noch eine ganze Anzahl Genossen verführt worden. Es ist ein Genosse da in Deutschland, Frankreich und andern umliegenden Ländern, der den sehr bescheidenen Namen Kleine hat, aber ein großes Wort führt. Ich habe einen Artikel des Genossen Kleine vom 1. Februar 1923 (in der deutschen „Internationale") zur Hand. In diesem Artikel, der ein polemischer Artikel gegen die deutsche Linke vor dem Parteitag war, sagte dieser jetzt ganz linke und antiopportunistische Genosse, bevor noch die Brandlerschen Thesen erschienen sind, folgendes (Zuruf Kleine: Ihr Kampf zeigt, daß er nicht so schlecht ist!):

„Die von uns in der letzten Zeit oft bewiesene Bereitschaft, auch den bescheidensten Schritt im gemeinsamen Kampf für die Interessen des Proletariats zusammen mit den reformistischen Parteien zu tun, *ist kein Trick, kein taktisches Manöver, sondern eine Tatsache. Ebensowenig ist die von uns aufgestellte Möglichkeit einer Arbeiterregierung ein Trick oder Kunstkniff.* Sie besteht in einigen Ländern, wo die Bourgeoisie erschüttert ist, noch nicht, weil die Sozialdemokraten sie nicht haben wollen, sie fürchten. Aber sie ist nicht nur möglich — es ist schwer, sich vorzustellen, daß während des ganzen Prozesses der Verteidigungskämpfe des Proletariats, bis es sich eine einheitliche, breite Massen führende revolutionäre Partei, die Kommunistische Partei, geschaffen hat, die seine Diktatur als Klasse verwirklicht, nicht hier und da Arbeiterregierungen entstehen sollten. Freilich können sie nur im schärfsten Kampf gegen die Bourgeoisie, die Arbeitsgemeinschaft und die Koalitionspolitik entstehen als *eine erzwungene Konzession der reformistischen Führer* an die Kampfesstimmungen der Massen in einer Zeit, wo die Position der Bourgeoisie dank der internationalen und inneren Schwierigkeiten besonders erschüttert ist.

Eben darum, weil die Arbeiterregierung noch keine proletarische Diktatur ist, sondern lediglich eine Regierung der Arbeiterparteien, die sich auf die außerparlamentarischen Kampforgane der Einheitsfront stützen, sind *Schwankungen in ihrer Politik unvermeidlich.*"

Und weiter:

„Wenn die Arbeiterregierung *auch im Rahmen der bürgerlichen Demokratie entstehen kann, so kann sie ihre Existenz* nur sichern, indem sie diesen Rahmen überschreitet."

Dann sagt man weiter, daß die Sozialdemokratie tausendmal umfallen kann. Jawohl, „was ist mehr den Schwankungen unterworfen,

als die Politik des *Kleinbürgers?*" Aber der Genosse sagt: Das macht nichts, dann werden wir geschlagen, aber wir haben Massen gewonnen. Das hat Genosse Kleine vor dem Parteitag in Leipzig geschrieben. Unser Vorsitzender, Genosse Treint, endet seinen Artikel über den Ausgang der Wahlen in Frankreich in der „Prawda" mit den Worten: „Die Arbeiterregierung ist eine Etappe zur Diktatur". Er schreibt einen Artikel für die Kongreßnummer der KI, und in diesem Artikel sagt er auch, die Arbeiterregierung ist keine Diktatur, sie ist eine Etappe. Und gestern trat er hier auf und sagte: Completement einverstanden mit Sinowjew; seine Formel der Arbeiterregierung ist ausgezeichnet, die Arbeiterregierung ist die Diktatur des Proletariats im Werden. Sie erinnern sich, wie Marx darüber weinte, als Proudhon Hegel studierte, da Hegel bei Proudhon große Verwirrungen anrichtete. Wir sehen, beim Genossen Treint hat Hegel bezüglich des Begriffes des Werdens einen guten Einfluß ausgeübt. Er erlaubt ihm, sich aus der Klemme zu ziehen.

(Zuruf aus der deutschen Delegation: Ein guter Weg zur Besserung!)

Aber es handelt sich nicht um Rechthabereien. Der Genosse Sinowjew hat recht, wenn er sagt: Wenn wir auf dem 4. Kongreß, bewußt oder unbewußt, einen Schritt gemacht haben, der opportunistisch war, dann muß man doch daraus lernen.

Die Erfahrungen mit der Einheitsfront

Nun, werte Genossen, ich werde jetzt zum zweiten Teil des Referats übergehen, zu unseren Erfahrungen, und wie wir uns gebessert, wie manche angeben, daß sie sich gebessert haben. Alle diese Dinge, die Thesen des Genossen Sinowjew, die Äußerungen in der gesamten kommunistischen Presse, mit Ausnahme, ich gebe es zu, der deutschen Linken und Bordigas, die gegen diese Auffassung gekämpft haben und kämpfen.

Nach den Ereignissen in Bulgarien hat die bulgarische Kommunistische Partei der bulgarischen Sozialdemokratischen Partei, die erst Zankow unterstützt hat, angeboten, einen Block zu bilden. Dann haben wir hier beschlossen, die deutsche Partei tritt in die sächsische Regierung ein. Nach der sächsischen Niederlage haben unsere französischen Genossen mit unserer Zustimmung der Sozialdemokratie in Frankreich ein Blockbündnis für die Wahlen angeboten, was in Frankreich nur mit gemeinsamen Listen möglich ist. (Rufe: Hört, hört!) Genossen, prüfen wir die Dinge. Prüfen wir zuerst die zwei Schritte, die zu keiner Katastrophe geführt haben, wo man den Block nicht geschlossen hat, weil der Gegner nicht wollte. Man sagt so: Genossen, die Arbeiterregierung ist die Diktatur des Proletariats, ist ein Pseudonym. Ich wußte bisher, daß man Pseudonyme braucht, wenn man etwas verheimlichen will. Wenn man aber sagt, mein Name ist Hase, aber ich bin Radek, dann, werte Genossen, hat das gar keinen Sinn. Als Genosse Sinowjew unter der zaristischen Regierung sein Pseudonym annahm, ist es ihm nicht in den Kopf gekommen, zu erklären, daß das eigentlich ein Pseudonym sei, er heiße so und so.

Die zweite Erklärung lautet: Die Demaskierung. Wir wissen, die Sozialdemokraten können niemals kämpfen und werden nicht kämpfen. Aber wir schlagen ihnen vor, mit uns zu kämpfen, um sie zu demaskieren. Das bedeutet für Frankreich: Da Genosse Treint wußte, daß

die Sozialdemokraten auf keinen Block mit uns eingehen werden, konnte er sich den Luxus leisten, ihnen dieses Bündnis anzubieten. Sie haben abgelehnt, jetzt stehen sie demaskiert da als die, die nicht mit den Kommunisten zusammen kämpfen wollen. Und dann kommt Genosse Sinowjew und sagt: Genossen, die Sozialdemokraten, die haben das Bündnis abgelehnt, sie sind demaskiert, aber wir sagen, es war nur ein Vorschlag zur Demaskierung. Werte Genossen, man kann darüber lachen, daß, wie Genossin Ruth Fischer sagt, manche Genossen glaubten, wir wollen ehrlich die Einheitsfront durchführen. Werte Genossin Fischer, die Tugend ist im Privatleben keine obligatorische Sache (Beifall). Ich bitte Sie, nicht anzunehmen, daß ich mich Ihnen als Ausbund der Tugend darstelle. Aber für die großen Arbeitermassen ist es nicht eine moralische Frage, sondern es ist eine Tatsachenfrage. *Der Sinn unserer Einheitsfronttaktik besteht darin, daß wir wirklich und ehrlich bereit sind, mit jeder Arbeiterpartei, die kämpfen will, ein Stück Weges zusammenzugehen, den sie imstande ist mit uns zusammenzugehen.* (Zuruf: Aber die Sozialdemokraten werden niemals kämpfen!) Genosse Sinowjew sagt: Ja, wenn ich den Genossen nicht sagen kann, daß diese Taktik Grenzen hat, daß die Sozialdemokraten verraten können, daß die Sozialdemokraten auch, wenn sie nicht verraten wollen, nicht imstande sind, den Weg mit uns zu Ende zu gehen, dann werden wir unsere Leute irreführen. Aber, Genossen, sie brauchen das gar nicht zu verheimlichen. Ich habe in meiner Sündenbahn einen Einheitsfrontkampf mit Vandervelde und anderen gehabt, und Genosse Sinowjew war so freundlich, auf der Konferenz der drei Internationalen mir einen Brief zu schreiben: Ihre Reden waren ausgezeichnet. Nun, das beweist schon, daß ich auf dieser Konferenz auch kein Blatt vor den Mund nahm, sondern die volle Wahrheit über die II. Internationale sagte. Es kommt aber darauf an, wie man es macht. *Vandervelde* stellte als Bedingung für die Aufrichtung der Einheitsfront ein Minimum des gegenseitigen *Vertrauens*. Ich antwortete ihm:

„Der Vertreter der II. Internationale, Vandervelde, hielt es für notwendig, seinerseits eine gewisse Bilanz zu ziehen. Er tat es mit derselben Stimme, mit derselben Geste, die wir in Basel gesehen haben (Sehr richtig! bei den Kommunisten), als er als Führer den Schwur leistete, uns in den Kampf gegen den Krieg zu führen, und wir waren von der ergreifenden Stärke der Stimme Vanderveldes einen Augenblick in jene Zeit zurückgetragen, in der wir an die Wärme seiner Stimme glaubten, und wir vergaßen für den Augenblick, daß diese Stimme übertönt wurde durch das Gebrüll der Kanonen. Wenn Vandervelde will, werden wir die Bilanz der acht Jahre ziehen, die Bilanz, die vielleicht diese Konferenz sprengen wird, die aber diesem früheren königlichen Minister von Belgien nicht angenehm in den Ohren klingen wird. Er hat vergessen das Meer von Blut, er hat vergessen die Berge von Leichen, er hat vergessen die Not der Welt. Diese Bilanz existiert für ihn nicht. Nach dieser Bilanz kommt er zu uns und sagt: Ein bißchen Vertrauen, ein Minimum Vertrauen, ein Lot Vertrauen, und wenn ihr mir dieses Vertrauen auf Kredit nicht gebt, haben wir nichts, worüber wir zu sprechen haben! *Und wir sagen* dem Bürger Vandervelde ins Gesicht: Für keinen Groschen Vertrauen! Wir haben dieses Vertrauen damit bezahlt, daß wir heute als Feinde hier stehen und erst den Weg zu einer Verständigung suchen müssen, und wenn Sie zu uns kommen mit ihren

süßen Phrasen von Vertrauen, so sagen wir Ihnen ein glattes Nein. Wofür Vertrauen? Für den Krieg? Wofür Vertrauen? Für den Frieden von Versailles, den Sie als belgischer Minister mitunterzeichnet haben? Wofür Vertrauen? Für wen Vertrauen? Sie sprechen im Namen einer Organisation. Diese Organisation besteht nicht nur aus dem kleinen Belgien. Vertrauen für die englische Okkupation? Vertrauen für alle ihre Verbrechen, gegen die die Labour Party nur in Worten gekämpft hat und von denen die Vertreter der II. Internationale hier nicht gesprochen haben? Der Sozialrevolutionär Tschaikin hat die Dokumente veröffentlicht darüber, wie die englische politische Polizei 26 Führer des kaukasischen Proletariats ermorden ließ. Die Namen der Mörder sind veröffentlicht. Hat der Bürger Thom Shaw im englischen Parlament gefragt: Was ist mit den Verbrechern, dem General Maleson, dem General Thomson? Wo ist eure Aktion gegen die Verbrecher von Archangelsk? Und dann sagt ihr: Vertrauen? Das fragt die II. Internationale, als deren Vertreter hier auch Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie erschienen sind?

Wir fragen: Wo ist das Gericht aller drei Internationalen, das die Mörder von Rosa Luxemburg und die Mörder von Karl Liebknecht verurteilt hat? (Sehr richtig! bei den Kommunisten). Sie wurden abgeurteilt vor dem Ausnahmegericht der Gardedivision in Berlin, und wenn ihr den Mut habt, von russischen Gerichten absprechend zu reden, dann sagen wir euch: Hände weg, bevor sie nicht reingewaschen sind vom Blute Rosa Luxemburgs, Liebknechts (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten) und von dem Blute Levinés, der nicht von Banditen auf der Straße ermordet wurde, sondern auf Grund eines Urteils eurer Gerichte (zu den deutschen sozialdemokratischen Vertretern gewandt), — als ihr in der Regierung wart auf Grund des Vertrauens des Proletariats, das ihr mißbraucht habt. Aber da sagt ihr: *Wenn es so ist, was wollt ihr mit dieser Konferenz, was hat das für einen Sinn, taktische Manöver zu machen? Und ich werde euch kühn und klar ins Gesicht sagen, was wir wollen.* Ihr kamt zu dieser Konferenz, weil ihr mußtet, ihr wart das Instrument der Weltreaktion, und ihr müßt jetzt, ob ihr wollt oder nicht, ein Instrument des Kampfes für die Interessen des Proletariats werden. Und ohne Vertrauen sagen wir: Wir setzen uns an einen Tisch mit euch, wir wollen zusammen mit euch kämpfen, und dieser Kampf wird entscheiden, ob es ein Manöver, wie ihr sagt, zugunsten der Kommunistischen Internationale sein wird oder ein Strom, der die Arbeiterklasse einigen wird. Das, was ihr tun werdet, wird darüber entscheiden, was unsere Aktion bedeutet. Wenn ihr zusammen mit uns, zusammen mit dem Proletariat aller Länder kämpft — nicht kämpft um die Diktatur, das trauen wir euch nicht zu, sondern kämpft um ein Stück Brot, kämpft gegen die weitere Zerrüttung der Welt —, dann wird das Proletariat in diesem Kampfe zusammenrücken, und dann werden wir euch beurteilen nicht auf Grund dieser schrecklichen Vergangenheit, sondern auf Grund der neuen Tatsachen. Solange diese nicht vorhanden sind, gehen wir kühl bis ans Herz hinan zu diesen Verhandlungen, und zur gemeinsamen Aktion mit dem tiefen Mißtrauen, daß ihr zehnmal in diesem Kampf versagen werdet!

Aber wir *wollen versuchen, zusammen zu kämpfen,* nicht euch zu Liebe, sondern um der unerhörten Not der Stunde willen, die uns

treibt und die euch nötigt, mit denselben Kommunisten, die ihr als Verbrecher behandelt habt, hier in diesem Saale zu verhandeln."

Und als Macdonald als Bedingung der Einheitsfront die *bona fides*, den guten Glauben hinstellte, antwortete ich ihm:

„Ramsay Macdonald fragte uns heute: Seid ihr für die allgemeine Arbeiterfront, kommt ihr bona fide? Er brauchte das nicht zu fragen. Er sollte sich überlegen, daß, wenn er glaubt, daß wir nur ein Manöver ausführen, um Boden zu gewinnen, wir schon darum für die gemeinsame Arbeiterfront sein müssen. Denn, sowie ihr im Kampfe versagt, werden wir Boden gewinnen. Wenn ihr aber glaubt, daß die II. Internationale kämpfen wird, dann wird sie unser Manöver zerstören. Und wodurch? Durch den Kampf, durch die Stärkung der Arbeiterbewegung. Auch dann werden wir gewinnen, denn die Arbeiter werden besser gegen das Kapital kämpfen. Ihr könnt über uns denken, was ihr wollt, aber werft uns eines nicht vor, daß wir nicht kämpfen wollen. *Die bona fides liegt nicht darin, daß wir nur ein Wort vergessen haben, das wir gegen euch geschrieben haben, oder daß wir den Schwur leisten, daß wir nicht gegen euch kämpfen werden. Die bona fides liegt in dem Muß der Stunde für das Proletariat.* Es ist nur die Frage: Einigt sich das Proletariat im Kampf gegen uns alle, die wir hier sind, oder gegen einzelne dieser Exekutiven? Ich ziehe es vor, daß dieses Muß der Stunde das Proletariat einigt mit der Zustimmung aller sich auf das Proletariat stützenden Parteien. Wenn wir aus dem Bruderkrieg der Arbeiterklasse herauskommen können, so wird sich niemand mehr freuen als wir. *Die Spaltung war ein Mittel zum Zweck, nicht aber das Ziel selbst.*"

Genossen! Fehlt in diesen Reden die Warnung vor der Sozialdemokratie? Nein! Drücken sie eine Illusion in bezug auf ihren Kampfeswillen aus? Nein! Lassen sie unsere Bedeutung als der Partei, die allein *bis zu Ende* und konsequent die Interessen des Proletariats vertritt, irgendwie im dunkeln? Nein! Aber gleichzeitig stellen sie als eherne Grundlage der Einheitsfronttaktik *unseren klaren, unzweideutigen Willen* fest, zusammen mit den Sozialdemokraten, wenn diese mitmachen, um die Interessen der Arbeiterklasse zu kämpfen! Nur wenn wir so sprechen, wenn wir den breitesten Arbeitermassen den Glauben einflößen, daß es uns heiliger Ernst ist, können wir auf Erfolge in der Anwendung der Einheitsfront rechnen. Unsere Reden von der Demaskierungsabsicht erschweren die wirkliche Selbstdemaskierung der Sozialdemokraten. Sie erleichtern ihnen, zu sagen: Die Kommunisten wollen nicht die gemeinsame Front, sie machen nur taktische Manöver. Und die Arbeiter übersetzen dieses Latein ins einfache: Parteischwindel. Wir schneiden uns in den eigenen Leib, zerstören die eigene Arbeit, und was das traurigste ist, entgegen unseren wirklichen Bestrebungen. Denn ich bin tief überzeugt, auch Genosse Sinowjew und sogar die Genossin Fischer würden sich nur freuen, wenn die Sozialdemokraten auch ein Stück des gemeinsamen Weges mit uns gingen, denn das würde das Kraftgefühl der Arbeiterklasse stärken und so die zukünftigen Kämpfe um die Macht erleichtern und beschleunigen.

Genossen, wenn also die Exekutive den Bulgaren und den Franzosen erlaubt hat, das zu tun, kann sie nicht sagen: Es war ein Vorschlag, den wir machten, weil wir wußten, daß die Sozialdemokraten ihn nicht annehmen, sondern es hatte einen Sinn, diesen Vorschlag zu machen.

Jetzt komme ich zu den viel schwereren, inhaltsreicheren großen Erfahrungen des Oktober. Zunächst, bevor ich auf die Materie selbst eingehe, eine kleine Erinnerung. Wir haben im September beschlossen, daß die Genossen in die Regierung eintreten sollen. Sie sind eingetreten. Die ganze Exekutive war überzeugt, daß sie die Sache sehr schlecht geführt haben. Wir hatten eine eklatante Niederlage, größer, als wir sie in der damaligen Lage übersehen konnten. Und was hat Genosse Sinowjew nach dieser Niederlage geschrieben über den Eintritt in die sächsische Regierung? Hier liegt seine Broschüre: *„Die Probleme der deutschen Revolution."* In der Einleitung, die *nach* der Niederlage geschrieben ist, schreibt Genosse Sinowjew: „Manche Genossen glauben, daß die Taktik der deutschen Kommunistischen Partei in *Sachsen ein Fehler* war." „Sachsen war ein großer, möglicherweise sogar ein verhängnisvoller Fehler" — schreibt mir aus Deutschland einer unserer ältesten Genossen. Ist diese Diagnose richtig? — fragt Genosse Sinowjew und antwortet: Nein. Die Genossen, die die Situation in Deutschland nur durch die sächsischen Augengläser gesehen haben, sind in die Fehler des Provinzialismus gefallen, sie haben die Perspektive nicht richtig gesehen. Aber die sächsische Erfahrung ist nicht zufällig und sie wird für die Partei nicht umsonst sein.

„Die *wichtigste Aufgabe in Deutschland ist: Wie können wir die Arbeiter erobern,* die hinter der *linken Sozialdemokratie stehen?* In diesem Augenblicke ist die linke Sozialdemokratie von großem Einfluß unter den deutschen Arbeitern. Die jetzige linke Sozialdemokratie spielt dieselbe Rolle wie die Unabhängigen im Jahre 1919-1920. Wie an einen Rettungsanker, so klammern sich die Arbeitermassen an die linken Sozialdemokraten, die noch die Hoffnung haben, *ohne den blutigen Bürgerkrieg auszukommen."*

Und hier kommt der Schluß:

„Diese Schichten der Arbeitermassen würden die Verantwortung auf uns Kommunisten legen, wenn wir es abgelehnt hätten, zusammen mit den linken Sozialdemokraten zu versuchen, auf friedlichem Wege das Land aus der Krise herauszubringen. Die Bedeutung der sächsischen Politik besteht darin, daß an ihrem Beispiel gezeigt werden kann die Charakterlosigkeit der linken Sozialdemokratie."
(Zurufe: Sehr richtig!)

Genossen, dieser Standpunkt des Genossen Sinowjew ist schriftlich — nicht unter Einflüsterungen, er war hier ganz allein, ohne Opportunisten — niedergeschrieben, russisch gedruckt und nach einigen Wochen deutsch abgedruckt worden. Genosse Sinowjew hat *nach der sächsischen Erfahrung den Eintritt in die Regierung, das Bündnis mit der Sozialdemokratie nicht für einen Fehler gehalten, er hat das, obwohl es unserer Partei eine Niederlage gebracht hat, für eine berechtigte Taktik gehalten.* Diese Taktik hat uns nicht zum Sieg geführt, aber sie hat uns einen großen Teil der sozialdemokratischen Massen zugeführt, und die Wahlen zu den Gemeinderäten in Sachsen und sogar die Wahlen zum Reichstag haben bewiesen, daß wir einen großen Teil der sozialdemokratischen Massen erobert haben. (Ruth Fischer: Gerade in Sachsen und Thüringen nicht!) In Sachsen, jawohl, nach der Niederlage haben wir um 30 Prozent mehr bekommen, als nachdem Sie die Leitung der Partei angetreten haben. (Zwischenruf aus der deutschen Delegation.) Sie werden hier Ihre Ziffern anführen können, ich führe meine an, vielleicht sind Irrtümer und Mißverständnisse in der Statistik. (Stürmischer Widerspruch bei der deutschen Delegation.) Genossen, ich komme jetzt

zu der Prüfung der sächsischen Erfahrungen. Worin bestehen die sächsischen Erfahrungen? Genosse Sinowjew hat sie mit einem Wort charakterisiert, das bei Ihnen einen großen Beifall ausgelöst hat und das ihn noch auslösen wird, wenn ich das Wort wiederhole: *Banale parlamentarische Komödie.* Genossen, wollen wir das untersuchen: *Genosse Sinowjew kritisiert an der Kommunistischen Partei nicht, daß sie im Oktober sich nicht entschlossen hat, den Machtkampf aufzunehmen.* In seinen Thesen sagt er: Es war richtig, daß sie ausgewichen ist, wie die Lage war. Er kritisierte das nicht, weil er einsah, daß, nachdem in den Massen eine Spaltung eingetreten, und es uns nicht gelungen war, uns zu bewaffnen, es ein Wahnsinn gewesen wäre, die Arbeiter zum Aufstand zu führen. Also er sagt: Da der Bürgerkrieg und der Aufstand nicht die heldenmütige Gelegenheit zum Sterben sind, sondern die Aufgabe haben, den Sieg zu gewinnen, so war es vernünftig, den Aufstand nicht zu proklamieren. Was kritisierte er an der Haltung der Partei? Er sagt, sie kam in die Regierung; es zeigte sich, die Macht konnte sie nicht nehmen; dann mußte sie wenigstens fordern die Bewaffnung des Proletariats, fordern die Sozialisierung der Industrie, und wenn die Sozialdemokraten den Kampf nicht aufnehmen wollen, mußte sie brechen und hinausgehen. Er kritisiert, daß Fritz Heckert — der nebenbei seine Schuld auch bekannt hat und jetzt unter den Heiligen weilt — eine Rede gehalten und gesagt hat, er stehe auf dem Boden der Verfassung. Nun, Genossen, die letztere Erklärung von Heckert ist natürlich eine Erklärung, die er nicht hätte machen sollen, die Illusionen wecken konnte. Ich erinnere mich zwar an viel Größere als Heckert, die z. B. in einem Telegramm an die deutsche Partei bei dem Eintritt in Sachsen erklärt haben: Ignoriert Müller! Was bedeutet das: Ignoriert Müller!? frage ich. (Zuruf aus der deutschen Delegation.) Erlauben Sie, was bedeutet das? Das bedeutet: Sagen Sie, nicht wir nehmen den Kampf auf, versuchen Sie ihn nicht zu früh zu verhaften. Erwecken Sie den Anschein, Sie seien die verfassungsmäßige Regierung. (Großer Tumult.) Genosse Heckert durfte also nicht so reden. Es war ein Unsinn zu sagen, daß wir auf dem Boden der Verfassung stehen. Es war ein Unsinn, das zu sagen, weil der Gegner es nicht glaubte. Wenn das aber eine banale parlamentarische Komödie sein soll, dann sage ich: Es wäre eine banale parlamentarische Komödie gewesen, wenn wir, ohnmächtig, wie wir uns zeigten, unter dem Fuße des Generals Müller parlamentarische Anträge auf Sozialisierung und Bewaffnung eingebracht hätten. Das wäre parlamentarischer Kretinismus gewesen, wie er im Buche steht. Es galt die Arbeiter aufzufordern, die Waffen zu nehmen, wo sie waren, und es galt alles zu tun, um ihnen jagen zu helfen. Die Partei hat im ganzen Land Aufrufe verbreitet: Arbeiter, bewaffnet euch! Und der parlamentarische Kretin kam kein einziges Mal ins Parlament, hielt keine einzige Rede, sondern kramte in dem polizeilichen Material: Wo sind die Waffen, wo kann man sie holen? (Großer Lärm bei der deutschen Delegation.) Sie würden es nicht so gemacht haben, Genossin Fischer, Sie würden Reden gehalten haben. (Erneuter stürmischer, minutenlanger Lärm bei der deutschen Delegation. Der Vorsitzende Treint klingelt dauernd: Genossin R. Fischer wird nach dem Genossen Radek sprechen!) Hier sitzt in der deutschen Delegation als vollberechtigtes Mitglied der Staatsminister a. D. von Thüringen, Korsch, und ich würde sehr erfreut sein, wenn er hier erzählte, wie er die Waffen an das Proletariat verteilt hat, und wenn er's nicht konnte, warum er es nicht konnte, und warum er seine revolutionäre Energie

sparte für die Artikel der „Internationale". Genossen, die Sache in Sachsen ist keine Komödie. *Sie ist eine Tragikomödie,* und keine *parlamentarische* Tragikomödie, sondern eine *Tragikomödie einer kommunistischen Partei,* die noch nicht gelernt hat, den bewaffneten Kampf vorzubereiten.

Worin liegt die tiefe Lehre der sächsischen Dinge, die Lehre, die wir verstehen müssen, wenn wir nicht neuen Niederlagen entgegengehen sollen. Die Lehre liegt in folgendem: Erstens man kann nicht vom Platze springen ohne Anlauf, man kann nicht ohne Entfaltung von Aktionen, die eine längere Zeit in Anspruch nehmen und die Massen ins Treffen bringen, auf einmal auf Grund des Beschlusses der Partei um die Macht kämpfen. (Lärm bei der deutschen Delegation.) Die Entscheidung über unsere Niederlage fiel nicht am 21. Oktober, diese Entscheidung fiel viel früher, als wir nicht erkannten — und es ist auch meine Schuld, ich habe es auch nicht zeitig genug erkannt —, daß wir einem entscheidenden Kampf entgegengehen. Und da wir die Partei nicht mit aller Kraft mobilisierten, kamen wir in eine Situation, in der wir nicht ohne Anlauf springen konnten.

Das zweite, und das ist eine noch viel wichtigere Lehre. Ich bin mit Genossen Sinowjew in dieser Frage zu 100 Prozent einig: *Ohne Einheitsfront von unten keine Einheitsfront von oben.* Und die Einheitsfront von unten haben wir nicht organisiert, unsere Betriebsräte waren zerbröckelt, atomisiert, wir hatten eine Scheinzentrale der Betriebsräte, und wir hatten die Betriebsräte nicht in den Händen der Partei zusammengefaßt.

Hätte sich in Sachsen die Bewegung auf den Kongreß der Betriebsräte gestützt ... (R. Fischer: Warum hat man ihn nicht einberufen?) Das ist eben der Fehler, den ich zugebe. (R. Fischer: Sechsmal haben wir das beantragt! Lärm, Zurufe.) Wenn Radek einen Fehler begeht und ihn einsieht, so sagt er es, wenn er ihn nicht einsieht, könnt ihr brüllen bis morgen. Das zeigt, ohne Massenorganisation ist eine Arbeiterregierung zum Tode verurteilt. Sie endet entweder ohne Kampf oder mit einer Niederlage.

Genossen, diese zwei Lehren sind die entscheidenden Lehren für mich. Aber ich frage: Was sagen diese Erfahrungen über die Frage, ob wir unter gewissen Bedingungen für revolutionäre Zwecke in eine gemeinsame Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten eintreten können? Was besagt diese Erfahrung? Genosse Sinowjew hat hier nicht klar gesagt: *Schließt er für die Zukunft eine Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten aus in einer Situation, in der wir stärker sein werden als in Sachsen, in der wir bessere Garantien haben, daß wir nicht mit einem Beinbruch enden?* Er muß in dieser Frage volle Klarheit schaffen, denn sie ist entscheidend. Diese Frage wird prinzipiell von den deutschen Linken abgelehnt. In dem Entwurf der Thesen zum deutschen Parteitag ist gesagt: Unter keinen Umständen Koalitionsregierung mit nichtkommunistischen Elementen. Was ist hier der Standpunkt der Exekutive?

Welche Bedeutung hat diese Frage? Wenn wir fragen, wie oft werden Situationen eintreten, in denen wir bereit sein werden, in Koalitionsregierungen einzutreten, so sage ich, es gibt einen sehr geringen Prozentsatz der Möglichkeiten solcher konkreten Situationen. Es ist vielmehr möglich, daß die Sozialdemokratie bis zu Ende verfault. Die Antwort auf diese Frage hat aber dieselbe praktische Bedeutung wie die Antwort auf die Frage nach unserem Verhältnis zum Parla-

mentarismus. Lenin hatte recht, als er sagte, man soll sich nicht trennen von den Kommunisten, die sagen, die parlamentarische Schwatzbude ist nicht von Bedeutung. Aber man muß gegen ihren Standpunkt aufs schärfste kämpfen, dieser hat eine symptomatische Bedeutung von größter Tragweite. Ein Kommunist, der gegen die Ausnutzung des Parlamentarismus ist, sagt, ohne es zu denken: *Ich pfeife auf die breiten Arbeitermassen, die die kommunistische Agitation und Presse nicht sehen.* Ich glaube nicht, daß Genosse Sinowjew diese Frage verneinen wird. Was bedeutet die Verneinung dieser meiner Frage? Wir brechen ab die Möglichkeit der fruchtbaren großen Agitation in den sozialdemokratischen Arbeitermassen, denn wir zeigen ihnen keinen Ausweg. Wenn wir sagen: Niemals in eine Regierung mit Sozialdemokraten, so sagen wir den sozialdemokratischen Arbeitermassen: Weil ihr nicht Kommunisten seid, und solange ihr nicht Kommunisten seid, können wir mit euch nicht gemeinsam kämpfen.

Hier ist der springende Punkt: die Beantwortung dieser Frage. Wenn wir den Arbeitermassen sagen: Ihr seid Sozialdemokraten, ihr wollt nicht um die Diktatur kämpfen, aber ihr werdet genötigt sein, um sie zu kämpfen, jetzt wollt ihr auf demokratischem Wege eine Arbeiterregierung, ihr werdet sehen, sie geht in die Binsen. Aber wenn ihr mit uns zusammen kämpfen wollt, so haben wir nur eine Antwort: Wir kämpfen mit. Nur diese Politik kann die nichtkommunistischen Massen uns näherbringen. Sagen wir allgemein Einheitsfront, so zeigt ihnen das nicht die Möglichkeit eines Stückchen Weges mit uns. Hier ist die Entscheidung. Auf diese Frage ist zu antworten. Das ist der Sinn des Streites. Genosse Sinowjew hat gesagt, der Sinn des Streites ist: Reform oder Revolution. Wir sind glücklich dazu gekommen, daß wir in der Kommunistischen Internationale im Jahre 1924 nach Christi Geburt (Ruth Fischer: Einen Radek haben!) zwar einen Radek desavouieren und eine Genossin Ruth Fischer an der Spitze der KPD sehen, und daß wir in diesem Jahre vor der Öffentlichkeit diskutieren, ob es wahr ist, daß in der Exekutive der Kommunistischen Internationale, in ihren Reihen sich Genossen gefunden haben, die glauben, man könne den Sozialismus ohne die Diktatur erringen auf dem Wege der Reform.

Wenn Genosse Sinowjew öffentlich die Frage aufstellt, ohne zu fordern, daß die betreffenden Genossen, die verdächtig sind, der Meinung zu sein, man könne zum Sozialismus ohne Diktatur kommen, ausgeschlossen werden aus der Partei, wenn er diese Forderung nicht aufstellt, so hat die Öffentlichkeit nur zwei Alternativen: Entweder nimmt sie seine Anklage als eine polemische Redefloskel, die mehr den schneidet, der sie gebraucht, als wenn sie auf Heinz Brandler angewendet wird oder mich. Oder muß die Öffentlichkeit annehmen, daß die Kommunistische Internationale, daß derselbe Genosse Sinowjew die internationale Situation für so schlecht ansieht, die Aussichten der Revolution so einschätzt, daß er befürchtet, daß wir bei lebendigem Leibe zerfallen. — Denn kein denkender Mensch wird glauben, daß Leute, die jahrelang mit an der Spitze der Bewegung stehen konnten, jetzt auf einmal, ohne die einschneidende Änderung der Weltlage, so den Kopf verlieren, daß sie zum Reformismus neigen. (Zwischenruf: Paul Levi!) Paul Levi war ein Mitläufer des deutschen Kommunismus, obwohl ein sehr talentierter Mitläufer, und wer Brandler mit Levi vergleicht, mit dem diskutiere ich nicht. (Zwischenruf: Er war Vorsitzender der Partei.) Es gibt verschiedene Vorsitzende der Parteien, aber wer einem Brandler Levi zuruft, der soll erst diese Lebensarbeit leisten,

die Levi nicht geleistet hat, die aber Brandler geleistet hat. (Brandler: Warum schließt ihr mich denn nicht aus, wenn ich Levi bin? Ihr seid Scheißkerle, wenn ihr das nicht tut.)

Die Behauptung, es handle sich um die Frage Reform oder Revolution, ist natürlich nichts anderes als eine polemische Redewendung, die niemand ernst nimmt, der irgendwie die Situation kennt. Ich möchte den Menschen mit gesunden Sinnen sehen, der behauptet, Brandler war so vertrottelt, daß er in Sachsen unter der Herrschaft von General Müller auf friedlichem Wege durch Reformen zum Sozialismus gelangen wollte. Der Streit geht um das, was Sinowjew zusammenfaßte in dem Wort „den Weg zu suchen für die Zukunft". Der Unterschied zwischen der Auffassung der Genossen von der Linken und meiner, sowie Brandlers und Thalheimers besteht in der Einschätzung der Kraft der Sozialdemokratie und der Wege ihrer Überwindung. Die Sozialdemokratie hat noch die Mehrheit der Arbeiter hinter sich in allen westeuropäischen Ländern. In ihr kommt zum Ausdruck die Feigheit einer unterdrückten Klasse, die den Bürgerkrieg fürchtet, ihre Versklavung durch die bürgerliche Kultur. Diese Wurzeln der Sozialdemokratie sind viel tiefer in Europa, als die Wurzeln der Menschewiki in Rußland waren, wo die bürgerliche Kultur gar nicht tief die Volksmassen ergriffen hatte, wo es keine größere Schicht der Arbeiteraristokratie gab, wo die Arbeiterklasse durch einen kurzen stürmischen Prozeß der Entwicklung zur revolutionären Lava wurde. Darum gelang es so leicht, in so kurzer Zeit, in der Revolution die Menschewiki zu schlagen, obwohl auch dieser Endkampf 15 Jahre vorbereitet wurde. In der westeuropäischen Arbeiterbewegung haben die Sozialdemokraten Trutzburgen, große Parteien, sie beherrschen die Gewerkschaften. Um sie zu schlagen oder ihren Zusammenbruch vorzubereiten, genügen nicht die wenn auch noch so lauten Posaunenstöße der Agitation. Mit der scharfen Agitation gegen die Sozialdemokratie muß verbunden sein eine große langwierige, ausdauernde Arbeit der *Konkurrenz*, die darin besteht, daß wir den sozialdemokratischen Massen zeigen, daß wir die Kämpfe der Gewerkschaften besser als die Sozialdemokraten führen können, daß wir im Parlament schärfer, energischer, nachhaltiger ihre Interessen vertreten, daß wir bereit sind, jeden Kampf gemeinsam mit den Sozialdemokraten zu führen, während sie es nicht wollen. Nur die dauernde Demonstration dieser unserer Fähigkeiten und unseres Willens eröffnet uns den Weg zu der Mehrheit der Arbeiterklasse. Die linken Genossen stellen dar den jungen nachkriegerischen proletarischen Nachwuchs, der die alte Generation der Arbeiterklasse verachtet als feigen, zum Tode verurteilten Teil. Die revolutionäre junge Arbeitergeneration ist der grundlegende Kader, ist unsere Hoffnung. Aber sie allein kann nicht siegen und kann die Macht nicht halten. Wir müssen uns wenigstens die Sympathien, das Zutrauen der großen Massen der älteren Arbeiter sichern. Diese Unterschiede der Schichtung des Proletariats, die Frage, ob wir sie außer acht lassen können, das ist die Grundlage unseres Streits. Genosse Sinowjew versteht das nicht, weil er in diesem Maßstabe außerhalb der Erfahrungen der russischen Revolution steht, die linken Genossen in Westeuropa haben noch nicht gelernt, mit den Kräften zu rechnen. Und weil die Dinge so liegen, ist es eine große Gefahr, die Möglichkeit aus dem Auge zu verlieren, daß wir in Westeuropa zur Diktatur durch verschiedene Etappen gehen werden. Sie werden nicht lange dauern, sie werden mit dem Bürgerkriege

enden. Aber sie kommen. Es zeigt gleichzeitig, daß sie mit einer vollen Niederlage enden müssen, wenn wir nicht gut vorbereitet sind, aber über die zweite Erfahrung darf man die erste nicht vergessen. Die Schlußfolgerung aus der sächsischen Erfahrung darf nicht lauten: wir streichen die Losung „Arbeiterregierung" als Koalition der Arbeiterparteien, sondern: wir rüsten so, daß diese Regierung Ausgangspunkt zu unserem Kampfe um die Diktatur wird.

Und so komme ich zu dem Teil, wo ich die Pflicht habe, mich nicht mit der Kritik zu begnügen, sondern positiv zu sagen: Wie muß die Taktik der Kommunistischen Partei in der nächsten Zeit sein?

Die Hauptaufgabe der nächsten Zeit

Genossen! Wir haben hier das Referat des Genossen Varga über die Weltwirtschaftslage angehört — nicht alle Genossen waren in der Lage, es anzuhören, aber seine Auffassung ist dargelegt in der Broschüre „Aufstieg oder Niedergang des Kapitalismus".

Genossen, ich schätze die Arbeiten des Genossen Varga sehr, so wie Genosse Sinowjew es tut; er ist für uns sozusagen die Nestlemilch, er ist für uns die „Kuh in der Tüte", er gibt uns aus allen bürgerlichen Zeitungen das Material über die Weltwirtschaftslage; wir haben nicht alle Zeit, uns damit selbständig zu befassen. Nur ist, wie alle gelehrten Menschen, der Genosse Varga nicht besonders geneigt zu raufen, er ist ein sehr friedlicher Mensch. In seiner Broschüre schreibt er folgendes: *„Die akute soziale Krise des Kapitalismus, die instinktive, unorganisierte Rebellion der Arbeiterklasse bei Kriegsschluß gegen die kapitalistische Gesellschaft erscheint im großen und ganzen als überwunden.* Hingegen erscheinen die ‚normalen' Gegensätze der kapitalistischen Gesellschaft sehr verschärft durch die weitgehende Konzentration und Zentralisation einerseits, durch das Entstehen bewußtrevolutionärer Massenparteien andererseits." Es ist eine vollkommen richtige Auffassung. Es ist die Auffassung des 3. und 4. Kongresses, und es ist die Auffassung, die besagt, die zweite Welle der Revolution, das Bewußtsein der Massen und ihr Wille, jetzt um die Macht zu kämpfen, ist einstweilen abgeebbt; jetzt arbeiten die Kräfte der Revolution auf eine ganze Anzahl neuer Krisen hin, die uns die dritte Welle bringen wird. In seinem Referat und in seinen Thesen hat Varga den ersten Teil des zitierten Satzes viel schwächer ausgedrückt. Bei Shakespeare piepst der Löwe wie eine Taube, und hier brüllte unsere milde, liebenswürdige Taube, der Genosse Varga, wie ein Löwe. Gibt es jetzt irgendwelche Meinungsunterschiede zwischen uns in der Beurteilung der Weltlage? Sinowjew hat in der Rede, die er in Petrograd hielt, behauptet, daß ich in meinen zwei Artikeln „Was ist die Periode der sozialen Revolution?" unklar und verschwommen, aber so ungefähr gesagt hätte, die Revolution hat haltgemacht, in 50 Jahren etwa werden wir sehen, was weiter ist.

Genossen, der Genosse Sinowjew hat als Leiter von Petrograd, der russischen Partei und der Internationale nicht viel Zeit, Artikel zu lesen. Ich nehme ohne weiteres an, daß er den Artikel sehr oberflächlich gelesen hat. Nur so kann ich mir seine Behauptung erklären. (Zuruf Bär: Die faulen Witze ziehen bei uns nicht!) In meinem Artikel schrieb ich: Lenin und wir alle waren uns von Anfang an bewußt, daß die Periode der sozialen Revolution im Maßstabe der gesamten kapitalistischen Welt Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird. Sie wird Siege und Niederlagen, Vormärsche und Rückzüge sehen, hoch

aufspritzende revolutionäre Wellen und ihr Zurückebben. Es handelt sich darum, zwischen zwei Wellen der Revolution für die nächste zu arbeiten, nicht aber, sich einzureden, sie sei da, wenn sie nicht da ist, oder Trübsal zu blasen.

Ich sehe Gegensätze der Auffassung der weltpolitischen Situation, aber diese bestehen nicht zwischen dem, was Genosse Sinowjew gesagt hat und was ich geschrieben habe, sondern zwischen dem, *was in den Thesen der deutschen Partei steht.* So haben wir den Vorentwurf zum deutschen Parteitag, der die Auffassung einiger maßgebender deutscher Führer über die Lage ausspricht. Es wird darin gesagt:

„Insbesondere wird die KPD *bei allen Tageskämpfen* auf den *unmittelbaren Machtkampf* visieren müssen und lernen müssen, an *jedem Tag, gleichgültig, ob dieser schon morgen da ist oder erst in längerer Zeit, bereit zu sein zur Machtübernahme.* Die KPD ist die einzige Partei des Proletariats. Die *KPD ist in jedem Augenblick bereit, das Proletariat in den Kampf um die volle Macht zu führen.*" Dunkel ist dieser Rede Sinn. Die objektiven Verhältnisse sind nicht jeden Tag so, daß die Partei bereit sein könnte, die Arbeiter zum Kampf zu führen. Was will man damit sagen? Was bedeutet bereit sein? *Mögen* oder *können?* (Brandler: Und dabei kriegen sie Prügel in Halle und Fürstenwalde, wie sie noch nie gekriegt haben! Ruth Fischer: Antifaschistentag!)

Und in der Instruktion, die die deutsche Delegation für den Kongreß erhalten hat und mit der sich der Genosse Sinowjew in den Hauptpunkten solidarisierte, wird folgendes gesagt:

„Die KI wird erneut vor *unmittelbare große Aktionsaufgaben* gestellt. Diese Aufgaben sind im wesentlichen diese: *Schaffung einer revolutionären Bewegung* (wie macht man das?) und einer kommunistischen Massenpartei in England; Verhinderung der Durchführung des Sachverständigenplanes und *internationale revolutionäre Aktion* gegen den Versailler Vertrag; Verhinderung eines neuen Krieges gegen Sowjetrußland und Massenmobilisierung gegen die Einkreisung Rußlands. *Organisierung der Revolution im europäischen Maßstabe.*"

Die Organisierung der Revolution im europäischen Maßstabe ist also die unmittelbare Aufgabe! Gleichzeitig bringt die *„Internationale"*, das Organ der KPD, einen Artikel, in dem es wörtlich heißt (Nr. 10/11 des 7. Jahrg., S. 348), daß die Losung der europäischen Revolution „einen versteckt liquidatorischen Sinn hat", aber gleichzeitig heißt es:

„Die Wendung des 5. Kongresses ist die Wendung zur Entscheidungsschlacht."

Was bedeutet das alles, Genossen? Was bedeutet: die Organisierung der Revolution? Die Organisierung der Revolution kann zweierlei bedeuten: Entweder daß die richtige kommunistische Taktik von dem Moment an, wo es sich auch nur um eine Gruppe der Kommunisten handelt, gerichtet ist auf die Heranziehung der Arbeiter für die Revolution, ihre Organisierung zum Kampfe, die Vorbereitung ihrer Kämpfe, bis sie so stark sein werden, daß die Partei die Revolution leiten kann. Die Aufgabe der Organisierung der Revolution, so verstanden, steht vor der Partei in jeder Situation. Das Wort Organisierung der Revolution hat aber noch eine zweite Bedeutung, die besagt, die *Situation ist jetzt so, daß wir damit rechnen, daß wir in absehbarer, d. h. nächster Zeit, in den nächsten Monaten oder nächsten Wochen in die entscheidenden Kämpfe kommen.* Und dann erfordert diese Einsicht eine ganz besondere Taktik. Sie erfordert erstens eine außer-

ordentliche Forcierung der Massenkämpfe, um die Maschine in Schwung zu bringen, damit man nicht vom Platze ohne Anlauf springen muß, sie erfordert in großem Maßstabe die Konzentrierung der Kräfte auf die militärische Vorbereitung. Denn wer sagt, die Waffen holen wir uns „dann", der unterschätzt die Bedeutung der technischen Vorbereitung.

Die dritte, letzte Frage in einer solchen Situation ist die der Terminbestimmung. Steht die Frage jetzt so? Beurteilt ihr die Weltlage so?

Genossen, wer ins Blaue hinein sagt, ohne es zu beweisen, daß die Situation so ist, daß die unmittelbare Aufgabe der Komintern die Organisierung der Revolution in absehbarer Zeit ist, und wir dann bereit sind, jeden Tag die Massen in den Kampf zu führen, der drischt Phrasen! Denn warum führen Sie die Massen nicht jeden Tag in den Machtkampf? Warum warten Sie, Genossin Fischer, wenn Sie jeden Tag die Arbeitermassen in den Kampf führen können? (Zurufe.) Jetzt habe ich die Sache heraus. Der Interpret der Genossin Fischer, der Genosse Freimuth, sagt: So ernst ist das nicht gemeint. (Freimuth: Verdreh doch die Tatsachen nicht.) Formuliere deine Auffassung in einem Wort, ich kann wie in einem englischen Parlament zuhören und warten. (Freimuth: Jeden Tag führen wir die Massen in den Kampf, und jeweils in den Kampf, der gerade auf der Tagesordnung steht.)

Genosse Freimuth sagt, wir führen jeden Tag den Kampf um die Macht. Das ist richtig. Aber hier wird gesagt, die KPD ist jeden Augenblick bereit, das Proletariat in den Kampf um *die volle* Macht zu führen. (Ruth Fischer: Richtig!) Ich sage, wenn ihr jeden Tag dazu bereit seid und es nicht tut, seid ihr Verbrecher am deutschen Proletariat. Genossen, hinter diesem Streit steht eine ernstere Sache, denn es handelt sich nicht nur um die revolutionären Phrasen der Genossin Fischer. Genosse Sinowjew hat in seinem Referat gesagt, daß wir in Frankreich und in Deutschland in den entscheidenden Zentren an die Eroberung der Mehrheit des Proletariats herangekommen sind. Das ist der Kern der Frage. (Bär: Eine Million Parteimitglieder!) Es wäre sehr nützlich, eine Million Parteimitglieder zu haben, ich wünsche es euch von ganzem Herzen, es würde euch sehr erleichtern, die starke deutsche Bourgeoisie zu besiegen. Wenn Genosse Sinowjew das behauptet, so irrt er. Und dieser Irrtum, verbunden mit der Auffassung unserer linken Genossen, die erklären, daß sie jeden Tag imstande sind, den Kampf um die volle Macht aufzunehmen, kann zu praktischen Fehlern führen. (Zuruf: Bereit!) Bereit — man ist nicht bereit, das zu tun, was man nicht kann. (Zwischenrufe.) Genossen, je mehr ihr schreit, ein desto besserer Beweis für mich, daß ich das Richtige treffe, und desto längere Zeit werde ich in Anspruch nehmen.

Genossen, worin besteht der Irrtum in der Beurteilung der Situation? Die Genossen haben gesagt und sind überzeugt und mit Recht: Wir haben eine kolossale Niederlage in Deutschland erlitten. Und nachdem sie das gesagt haben, sind sie der Überzeugung: Es war eine außerordentliche Niederlage, wir sind sehr zurückgeworfen, das Vertrauen des Proletariats zu seiner Kraft ist gesunken. — Aber nichts hat sich geändert, morgen sind wir bereit. Das ist die größte Illusion, die man haben kann.

Ich werde beginnen mit der Situation in *Frankreich*. Genosse Sinowjew sagt, die französische Partei hat große Fortschritte gemacht. Das ist wahr. Die französische Partei hat in Paris 30 Prozent der Proletarier für sich gewonnen. Paris ist bei der Zentralisation Frank-

reichs einer der wichtigsten Punkte. Aber in Frankreich gibt es 8, 9 oder 10 Millionen industrielle Arbeiter- und Handwerksproletarier, nur 700 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, gespalten in zwei Verbände, 900 000 kommunistische Wähler. Und das alles konzentriert in erster Linie in Paris. Im Pas de Calais und im Departement du Nord, den wichtigsten industriellen Bezirken, haben die Sozialdemokraten, obwohl sie dort unabhängig von dem Block der Linken kandidierten, 60 000 Stimmen bekommen, wir aber 64 000. Und das Wichtigste: unsere Massenorganisation, die CGTU, ist die zweite Auflage unserer Partei, nicht aber ein Massengürtel um sie. Wir sind in Frankreich die Partei der 10 Prozent des Proletariats. Zu behaupten, wir stehen dort vor der Eroberung der Mehrheit, heißt Illusionen wecken. Gleichzeitig würde das bedeuten, die schärfste Kritik an der französischen Partei zu üben. Denn das soll den französischen Genossen nicht erspart werden: Wenn sie so stark waren, wo war auch nur eine Demonstration in Paris, als Arbeiter an der Ruhr von den französischen Truppen niedergeschossen wurden? Sie waren nicht da. Genosse Treint, Sie saßen im Gefängnis, Genosse Cachin ebenfalls. Ich mache Ihnen keinen persönlichen Vorwurf, ich glaube, Sie konnten nichts tun. Genosse Treint schreibt in einem Artikel der „Kommunistischen Internationale" sehr nüchtern: Die große Mehrheit des französischen Proletariats ist noch voll von pazifistischen und demokratischen Illusionen. Und in *Deutschland*? Werte Genossen, ich glaube, daß der Kongreß die Möglichkeit haben wird, in einer Kommissionsberatung eine Tatsache nach der andern zu prüfen, nicht nur die jetzige vorübergehende Lage der deutschen Partei, sondern das, was im Werden ist ... (Zwischenrufe: Es gibt keine deutsche Kommission!) Wir werden sehen, der Kongreß ist noch nicht zu Ende. Warum fürchten Sie eine Kommission? Genossen, ich bin weit entfernt zu sagen, daß die Lage, in der sich jetzt die deutsche Bewegung befindet, einzig und allein Schuld der jetzigen Parteileitung ist. Eine große Niederlage ist da, ein Rückschlag, eine gewisse vorübergehende Wirtschaftsstabilisierung. Der Arbeiter bekommt 20 Mark, sie sind ein Dreck, aber sie schwimmen ihm nicht sofort weg, er kann etwas dafür kaufen. Man kann an der Statistik der Arbeitslosigkeit folgendes sehen: Dort, wo die Arbeitslosigkeit abnimmt, haben unsere Stimmen auch abgenommen, das kann man doch mit der Hand feststellen. Also, ich sage, es ist nicht nur Schuld der Parteileitung allein, aber wenn wir uns fragen wollen, wohin der Kurs geht, so müssen wir uns fragen, *in welcher Richtung arbeitet die deutsche Parteileitung?* Ich werde Punkt für Punkt ein paar Tatsachen aufzählen. Man hat gesagt, die Fragestellung: Kommunistische Agitationspartei oder Kampfpartei ist unrichtig. Ich gebe das zu. Ich habe die Frage so gestellt, das war ein Fehler. Wir müssen eine kommunistische Agitationspartei sein in erster Linie. Ich frage: Wendet sich jetzt die Agitation der Kommunistischen Partei an größere Massen und ergreift sie größere Massen als bisher und ist sie besser? Ich behaupte, während der Wahlen war ein erschreckender Mangel an den einfachsten Agitationsmitteln und der einfachsten Agitation vorhanden. Ich behaupte weiter, wir sind auf dem Gebiete der Agitation über das Proletariat oder unsere Peripherie im Proletariat gar nicht hinausgegangen, keine Aufrufe an die Bauern bei der deutschen Agrarkrise, keiner an den Mittelstand, trotzdem Sie die Bedeutung der Frage des Mittelstandes anerkennen. Ich frage: Ist es jetzt besser? Eine Fraktion von 62 Mann vertritt vier Millionen Proletarier, die erst durch alle Qualen der Illegalität durchgegangen sind,

kommt zum erstenmal in den Reichstag, und was sehen wir? Wir hören ein paar parlamentarische Reden, auf die ich hier näher nicht eingehen will. Eins will ich nur sagen. Wenn vor dem deutschen Reichstag der Bericht der Experten steht, der das deutsche Proletariat versklaven soll, dann hat die Kommunistische Partei die Pflicht, in ihrem agitatorischen Auftreten im Parlament nicht mit allgemeinen, wenn auch richtigen Schlagworten aufzutreten, sondern sie hat eine Antwort zu geben, die in Millionen Herzen des deutschen Proletariats einschlägt. In den 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Komintern schreibt Lenin: „Man darf die Diktatur des Proletariats nicht einfach wiederholen als eine auswendig gelernte Formel, sondern sie so propagieren, daß sich ihre Notwendigkeit für jeden einfachen Arbeiter, jede Arbeiterin, jeden Soldaten und Bauern ergibt aus den Lebenstatsachen, die jeden Tag von unserer Presse systematisch beleuchtet werden." Und das habt ihr nicht getan.

Ich gehe zu einer weiteren Frage über, zu unserer Arbeit in den *Gewerkschaften*. Hier ist das Zentrum aller Fragen: Werden wir die Gewerkschaften erobern, werden wir die Massen in ihnen zusammenfassen oder nicht; das entscheidet darüber, ob wir eine radikale protestierende Partei im Parlament sind oder ob wir eine Massenpartei der Vorbereitung der Revolution sind. Ich bitte sehr, daß Genosse Losowski, der die Dinge vielleicht besser kennt und offiziell genötigt ist, die deutschen Gewerkschaften zu kennen, hier auftritt und sagt, was er denkt über die Richtung der Entwicklung unserer Arbeit in den Gewerkschaften. Oder vielleicht macht das der deutsche Vertreter der Profintern, den ich hier sehe.

(*Brandler:* Ein Wort genügt. In Berlin sind nur 15 Prozent der Parteimitglieder in der Gewerkschaft organisiert. [Zuruf aus der deutschen Delegation: Das ist eine Fabel!] Das hat Redetzki berichtet. [Großer Lärm bei der deutschen Delegation.])

Es ist Pflicht des Vertreters der Profintern, nicht einzelnen Genossen in die Weste zu weinen und über die Gewerkschaftsarbeit der KPD zu jammern, sondern hier dem Kongreß zu berichten. (Tumult bei der deutschen Delegation, andauerndes Klingeln des Vorsitzenden Treint.) Genossen, ihr werdet sagen, die Kapitalisten schmeißen unsere Genossen aus der Arbeit, sie werden arbeitslos, können ihre Mitgliedsbeiträge nicht zahlen, sie treten aus den Gewerkschaften aus. Sie werden sagen, die Amsterdamer schmeißen uns hinaus. Das ist wahr, es ist nur die Frage, ob wir alles vermeiden, was ihnen das erleichtern würde. (Allgemeines Aha! bei der deutschen Delegation.) Und es ist die Frage, ob wir alles tun, um es ihnen unmöglich zu machen. (Lärm bei der deutschen Delegation.) Der Beschluß der deutschen Zentrale, daß wir auf dem Metallarbeiterkongreß nicht versuchen durften, zusammen mit dem linken Teil des Metallarbeiterkongresses die Leitung zu nehmen, war ein verhängnisvoller Fehler. (Großes Gelächter und Geschrei bei der deutschen Delegation.) Jawohl, jawohl! Hättet ihr im Metallarbeiterverband die Koalition geschlossen, wie es die Vertreter der RGI gefordert haben, dann würde der stärkste Verband der deutschen Gewerkschaften nicht imstande sein — mag Dißmann ein Schuft sein oder nicht —, diese Praxis der brutalen Rausschmeißerei der Kommunisten so zynisch zu betreiben, wie er es tut, ihr hättet die Möglichkeit, euch zu wehren.

Dann, Genossen, die Resolution eures Parteitages in der Gewerkschaftsfrage. Diese Resolution öffnet den Weg für das Verlassen der

Gewerkschaften. Bedenken Sie, Genossen, unsere Arbeiter sind voller Haß gegen die Gewerkschaftsbureaukratie, voll berechtigten Hasses. Sie sind arbeitslos, sie werden hinausgeschmissen, es ist natürlich, daß neun Zehntel unserer Leute lieber heute als morgen aus den Gewerkschaften gehen würden. Wenn die Partei annimmt, daß es möglich ist, sie zu einer Macht außerhalb der Gewerkschaften zu organisieren, dann müßte sie klipp und klar sagen: Unter allen Umständen heraus. Ist die Partei überzeugt — wie sie es ist —, daß, wenn die Arbeiter hinausgehen, sie dann zerstäuben wie Sand, daß sie nicht als organisierte Kraft zusammenzufassen sind, dann hat die Partei die Pflicht, dieser Strömung sich mit ganzer Macht entgegenzuwerfen. (Zurufe aus der deutschen Delegation: Das tut sie auch! Tumult, Klingeln des Vorsitzenden.) Ja, wenn die Partei sagt, es ist nicht erlaubt, ohne ihre Erlaubnis hinauszugehen, d. h. daß sie es eventuell erlauben wird; wenn aber die Partei sagt: Geht ihr hinaus, so werde ich euch draußen organisieren, wenn sie die Frage der Organisierung der Ausgetretenen stellt, so ist sie unfähig, mit voller Wucht gegen die Tendenz zum Austritt aus den Gewerkschaften anzugehen.

Also ich sage: Die Resolution ist ein Halbes, und wir müssen in den Gewerkschaften stärker und nicht schwächer werden.

Und jetzt, Genossen, die Betriebsräte. Genosse Sinowjew hatte sich berufen auf einen Bericht des Genossen Varga. Ich weiß nicht, von welcher Zeit der Bericht ist und ob er die letzte Zeit berücksichtigt. Ich habe einen Bericht vom 10. Juni, einen Bericht, dessen Feststellungen auf allen Nachrichten basieren, die die Betriebsrätezentrale bekommt, einen Bericht über den Ausgang der Wahlen in den letzten Wochen. (Zuruf aus der deutschen Delegation: In den letzten Wochen waren keine Wahlen, nur die Eisenbahner hatten eine Wahl vor einem Monat!) Der Ausgang der Wahlen in den letzten Wochen (Zuruf: In den letzten Wochen waren keine Wahlen!) war: Wir haben in einer Anzahl von Städten große Rückgänge gemacht. (Zurufe: Infolge des Oktober!) Die Oktoberniederlage ist auch an der Sache schuld, natürlich. Wenn die Situation so ist, darf man sich nicht damit begnügen, daß Sinowjew auftritt und von der Salome Fischer den Kopf des Johannes Korsch fordert und ihr dafür nicht nur das Deutsche Reich, sondern auch die Tschechoslowakei und Polen verspricht. Ich unterschätze die theoretischen Verirrungen Korschs nicht. Ich würde nur vorziehen, daß ihm seine Fehler bewiesen werden, bevor er abgeschlachtet wird! Es handelt sich nicht um die Abschlachtung eines Professors, sondern um den Kampf gegen Auffassungen. Aber ich sage: Boris, Korsch können sehr viel Unheil in den Köpfen der kleinen Gruppen von Lesern der „Internationale" anrichten, aber am meisten Unheil stiftet es, wenn wir unserer Partei, die voll von Kampfeslust ist, wie hier behauptet wird — ich werde sofort ein anderes Dokument zitieren, das das Gegenteil beweist —, wenn wir nicht sagen: *Es gibt eine deutsche Frage.* Und diese Frage besteht darin, *inwieweit die jetzige Parteileitung, die die Vertreterin der ganzen Partei ist, die die Unterstützung der Exekutive* mit Ausnahme einzelner Genossen, praktisch also die vollkommene Unterstützung der Exekutive hat, inwieweit diese Parteizentrale sieht, in welcher Richtung sie arbeitet, welchen Gefahren sie entgegengeht. Was bedeutet der Umschwung in der deutschen Partei? Es wäre ein Narr, ein verrückter Mensch, wer Sinowjew nachlaufen und ihm sagen würde: Varus, gib mir meine Legionen zurück. Brandler und zum Teil auch ich haben sie verloren. Es hat gar keinen Sinn,

darüber zu hadern. Man muß die linke Parteileitung als Tatsache nehmen, ihr helfen, die Partei weiterzuführen. Aber dazu gehört auch die Pflicht, bei den ersten großen Fehlern, die die Partei macht (Zuruf: Das ist eure einzige Hoffnung!), sie auf die Gefahren aufmerksam zu machen. Wenn diese Zentrale sich das Genick bräche, dann würde die deutsche Partei jahrelang einer vollkommenen Zerbröckelung entgegengehen. Es ist der letzte Einsatz, den wir einstweilen haben. Ich glaube nicht, daß sie die endgültige Zentrale ist, es werden jetzt abgesetzte Genossen in sie hineinkommen, andere werden verschwinden, aber sie ist der Kern. Darum ist es die Pflicht der Exekutive, der Arbeit dieser Zentrale sehr kritisch entgegenzustehen, besonders wenn über den Zustand dieser Arbeit ein Genosse alarmiert, von dem man annehmen kann, daß er das nicht aus Fraktionsgründen tut, wenn der „Funke", das Fraktionsorgan der Linken, zwei alarmierende Artikel bringt, gezeichnet mit Th. K., Neukölln, die von einem jungen talentierten Arbeiter geschrieben sind. Diese Artikel sind die wichtigsten politischen Dokumente über den Zustand der deutschen Partei, sie sind politisch das Wichtigste, was die deutsche Partei über sich selbst in den letzten Monaten gesagt hat.

Erlauben Sie mir, aus diesen Artikeln des Genossen Th. K. einiges vorzulesen. Er sagt, es herrscht eine große Passivität in der Partei. Fünfzig Prozent der Mitglieder wissen nicht, was die Partei sein soll.

„Warum die Passivität in der Partei? Nicht nur, weil die Genossen in den Laubenkolonien Kaninchen züchten, nicht nur, weil die Genossen mit ihren neuen Schuhen spazierenlaufen wollen, nicht nur, weil sich Frühlingsgefühle regen, nicht nur, weil die Genossen so lange arbeitslos sind, nicht nur, weil die Situation mies ist, sondern *auch, weil ein ganzer Teil unserer Genossen nicht mehr ganz unsere Taktik versteht, mit der wir den Kampf gegen das Kapital führen.* Also nicht nur Spießbürgergeschichten, sondern *politische Differenzen. Diese Differenzen äußern sich nicht in heftigen Diskussionen im Abteilungsabend oder in der Funktionärversammlung. Man bekommt sie nur sehr schwer zu fassen, weil die Genossen nicht offen bekennen, was sie denken, sondern höchst einfach und gemütlich den passiven Widerstand erklären, einfach zu Hause bleiben oder Laubenkolonien bauen oder ohne die geringsten Gewissensbisse dieses oder jenes Rundschreiben in den Ofen stecken,* weil — ja weil „doch alles Quatsch ist", „wir ja doch nischt machen können", „det ja doch alles keen'n Zweck hat!" Wie stehen unsere Genossen dazu, wenn wegen dieser oder jener Geschichte *Versammlungen* einberufen werden sollen? Ein ganzer Teil der Parteigenossen antwortet prompt und mit ehrlicher Überzeugung: *„Ach, Quatsch, diese ewige Versammlungsmacherei* hat doch eigentlich gar keinen Zweck, da laufen wir hin und hören uns dies und jenes Referat an, was wir schon *hunderttausendmal gehört haben,* und dann laufen wir wieder nach Hause. So können wir nie etwas erreichen!"

Ein weiteres Beispiel: Wie stehen unsere Genossen dazu, wenn wir in allen Arbeiterversammlungen, namentlich in den Betrieben, die Einreichung von *Resolutionen* zu dieser und jener Sache verlangen? Ein ganzer Teil der Parteigenossen antwortet prompt und mit Selbstbewußtsein: „Ich möchte nur wissen, *was ihr da oben immer mit euren Resolutionen* haben wollt! Mit Resolutionen wird doch nichts erreicht, det hat doch allet keen'n Zweck!"

Aber noch bessere Beispiele: Wie stehen unsere Genossen zu den

Demonstrationen und Gegendemonstrationen? Hier gibt es bereits verschiedene Nuancen:

Ein Teil der Parteigenossen sagt: „Diese Demonstrationen haben so lange ‚keen'n Zweck', bis nicht ‚etwas Richtiges' gemacht wird!" (Auf die Gefahr hin, mir mehrere Ausschlußanträge zuzuziehen, möchte ich mir dabei folgendes zu bemerken erlauben: Ich werde den Verdacht nicht los, *daß viele dieser Genossen immer nur an die anderen denken, die ‚etwas Richtiges' machen sollen,* z. B. kam aus einer Abteilung einmal eine Resolution, die verlangt, daß sich ‚die Führer' an die Spitze der Demonstrationen stellen sollen! Die Parteigenossen mit ihrer Sehnsucht nach ‚etwas Richtigem' verlangen, daß *der OD die Sache organisiert. Der OD tobt wiederum, daß er ‚keine Anweisungen' gehabt hätte; Parteigenossen und OD-Genossen toben zusammen: ‚Solchen Quatsch mach ich nicht mehr mit, wenn ich nicht etwas in die Hand bekomme!"* Ei siehe da, man findet in den Köpfen unserer Genossen die komische Vorstellung, *daß ‚die Partei' ihnen etwas in die Hand drücken soll.* An die Selbstverständlichkeit, daß bei Revolutionen immer der Gegner die Waffen hat und daß der revolutionäre Teil diese Waffen erst vom Gegner holen muß, wenn er ‚etwas Richtiges' machen will, an diese Selbstverständlichkeit denken unsere Genossen viel weniger. Warum? *Weil ihnen der Staatsapparat der Bourgeoisie heute bereits so stark und unerschütterlich erscheint, daß der Gedanke an eine gewaltsame Erschütterung dieses Staatsapparates selbst in den Köpfen der Mitglieder der KPD ganz still und unbemerkt in den Hintergrund rückt.* Es ist jedoch viel einfacher, auf *‚die Partei' zu schimpfen, die ihnen keine Waffen verschafft.)*

Ein anderer Teil der Genossen geht noch weiter.

„Diese Demonstrationen — und wenn dreist etwas gemacht wird — haben doch keen'n Zweck, wenn wir nicht am nächsten Tag den Generalstreik haben!" Also diese Genossen lehnen nicht nur die Demonstrationen, sondern auch einen eventuellen bewaffneten Widerstand ab, mit der Begründung, es habe ja doch keinen Zweck, koste bloß Opfer und „erreicht werde ja doch nichts", da an die Revolution noch nicht zu denken ist.

Andere Genossen wiederum lehnen die Demonstration ab mit der berühmten Redensart: „Das müßte alles ganz anders organisiert sein. Kein Mensch sollte etwas wissen, erst dann können wir etwas Richtiges machen." usw. usw.

Genossen! Dieser Artikel des linken deutschen Genossen ist eine Tat. Er beweist, daß ein Teil der linken Genossen die Gefahr sieht. Aber dann, werte Genossen, haben wir die Pflicht, hier nicht zu sagen, es gibt keine deutsche Frage, sondern zusammen mit euch (Gelächter) die Arbeit der Partei Punkt für Punkt durchzugehen und praktisch zu sehen, wie die Lage ist. Der Genosse Brandler kam auch sehr oft zu uns und sagte, diese und jene Fehler sind gemacht worden. Und wir haben geglaubt, ja, man kann ihm vertrauen, er sieht die Fehler. Als ich in Deutschland in der Sitzung der Berliner Bezirksleitung und auf dem Leipziger Parteitag war, habe ich zum ersten Male eine Sache erblickt, die weder Genosse Brandler noch irgendein anderer Genosse der Zentrale uns gesagt hat: daß ein Teil der Partei beinahe im Klassengegensatz zur Parteileitung stand. Es war eine Erschütterung für mich, als ich es sah. Sie können es in dem Bericht lesen, den ich erstattet habe. Nach diesen Erfahrungen glaube ich, hat auch die Exekutive die

Pflicht, nach einem solchen Artikel des Genossen K. Th., hier die Sonde anzulegen an alle schwachen Stellen der Partei, zu prüfen.

(Zuruf *Bär:* Das haben wir jeden Tag tausendmal unseren Mitgliedern gesagt.)

Es kann sich zeigen, daß eure Selbstanzeige nicht alles sagt.

Nun zum Schluß: Die Genossin Fischer fragte mich: Was werden Sie praktisch vorschlagen? Sie scheint anzunehmen, daß die Aufgabe des Kongresses hier ist, wie ein Jongleur im Zirkus sich Eier und Messer aus der Nase zieht, Vorschläge zur Kampagne zu machen.

(Zuruf *Fischer:* Banalitäten organisatorischer Art braucht man nicht!)

Der Kongreß hat zu prüfen die Richtung der Entwicklung der Partei. Die Richtung der Entwicklung der Partei, die ihr annehmt, auf Grund eurer theoretischen Stellungnahme, auf Grund eures Urteils der Reife der Situation, des sozialen Kräfteverhältnisses, ist eine solche, *daß ihr die Partei von ihrer Basis abschneiden könnt. Es droht die Gefahr der Minderung des Einflußradius der Partei in der nächsten Zeit.* Und das ist die größte Gefahr, die uns drohen kann.

Die Lage in der KI

Die KI hat fast auf allen Kongressen große Kämpfe ausgetragen. Das Novum jetzt ist leider, daß hier die Differenzen bis in die Reihen der Genossen, die bisher gemeinsame Vertreter der russischen Partei waren, gedrungen sind. Genosse Sinowjew hat am Schluß seiner Rede, nachdem er uns hier zu Reformisten gemacht hat, die Frage der offiziellen oder richtigen kommunistischen Disziplin gestellt. Ich kann für keine Organisation sprechen, will nur sagen, was ich darüber denke und was ich den Genossen sagen werde, die einer Meinung mit mir sind. Wenn wir in der KI uns nur auf offizielle Disziplin verlassen werden, so werden wir ein offizielles Gerippe sein, aber keine lebendige Internationale. Die Minderheit, wie sie ist, welcher Richtung sie angehört, muß sich nicht nur den Beschlüssen der KI unterwerfen, sondern hat auch die Pflicht, zwischen dem einen und dem andern Kongreß die Beschlüsse der Internationale in Agitation und Organisation in allen Fragen durchzuführen. Die Differenzen, die da sind, sind nicht Differenzen, die weder prinzipiellen noch so tiefen taktischen Charakters sind, daß wir uns sagen würden, wir werden auseinandergehen, man muß sich darauf vorbereiten. So sind die Differenzen nicht. Ein Teil der Leitung der KI sieht die Situation zu rosig, versteht nicht, wie die bolschewistische Taktik an die konkreten Verhältnisse eines jeden Landes anzupassen ist. Aber die russischen Genossen sind Praktiker der Arbeiterbewegung und lernen aus den Fehlern. Ihr linken Genossen werdet es auch tun. Und Genosse Sinowjew, wenn er tausendmal unterzeichnet, daß er niemals mehr einen Block mit den Sozialdemokraten schließen will, so wird er ihn an dem Tage schließen, an dem er notwendig sein wird; er wird nur erklären, daß die Situation sich geändert hat und daß es ein Manöver ist, während der andere, der Böse, dabei noch opportunistische Gedanken hatte. Die praktische Möglichkeit der Arbeit und der Austragung der Differenzen, wie wir sie auf unseren Kongressen haben, sie erlaubt es und gebietet es jedem, der diesen oder jenen Beschluß für unrichtig hält, diesen oder jenen Beschluß für schädlich hält, sich nach dem Kampf auf dem Kongreß zu unterwerfen. Wir dürfen nicht auf Kritik verzichten, wir wären dann eine Cliquenorganisation, die hinter den Kulissen ihre Dinge

abtut und die Massen nicht aufklärt. Aber nachdem wir hier gekämpft haben, haben wir die Pflicht und Möglichkeit, positiv zu arbeiten, dort, wo die Exekutive oder einzelne Parteien uns hinstellen werden. Wir können es der Zeit und der Erfahrung überlassen, zu zeigen, ob wir in diesem und Sie im andern Teile sich geirrt haben. Jeder von uns wird seine Pflicht auf dem Posten tun, auf den er gestellt wird.

Aber indem wir erklären, daß wir als disziplinierte Genossen arbeiten wollen, fordern wir, daß die Politik der Disqualifizierung, der Hetze gegen uns aufhört. Denn entweder gehört die sogenannte Rechte der Komintern nicht hierher, oder sie gehört hierher, dann darf man nicht den Kampf um Meinungsverschiedenheiten so führen, daß man sie als einen Teil der II. Internationale vor den Arbeitern behandelt. Wenn man das tut, untergräbt man die Kommunistische Internationale. Denn die Arbeiter werden euch fragen: Was beginnt in der Kommunistischen Internationale? Es beginnt dasselbe, was in der II. Internationale war, man duldet Verräter und Opportunisten, und wer weiß, wann diese Opportunisten wieder am Ruder stehen und wieder die Revolution sabotieren.

Also, Genossen, laßt diese Späße, denn diese Späße werden nicht wir bezahlen, sondern die Kommunistische Internationale wird sie bezahlen.

SUZANNE GIRAUD: Die französische Delegation ersucht den Kongreß, der Genossin Ruth Fischer die Redezeit, die sie benötigt, um dem Genossen Radek zu antworten, d. h. eine Stunde, und wenn notwendig auch eine zweite Stunde, zu bewilligen. (Beifall.)

TREINT: Ich stelle den Antrag der französischen Delegation zur Abstimmung.

Der Antrag ist angenommen.

SIEBENTE SITZUNG

(Sonnabend, den 21. Juni 1924)

Fortsetzung der Diskussion über die Tätigkeit der Exekutive und über die Weltlage

Redner: Ruth Fischer (Deutschland), Boschkowitz (Jugoslawien), Hrsel (Tschechoslowakei)

Eröffnung: 5 Uhr 30 nachmittags

Vorsitz: Treint

RUTH FISCHER: Genossinnen und Genossen! Die deutsche Partei erwartet von diesem 5. Weltkongreß die *internationale Auswertung der deutschen Erfahrungen.* Die deutsche Partei gilt in der Kommunistischen Internationale nebst der russischen Partei als eine der gereiftesten, der ernstesten, kampferprobtesten Parteien. Und in der Tat, das, was das deutsche Proletariat in den letzten fünf, sechs Jahren durchgemacht hat, was es an Kämpfen durchgefochten hat, das steht sicherlich — neben den Kämpfen der russischen Partei — einzig da in der III. Internationale. Wenn diese Partei, die über einen verhältnismäßig großen Stab geschulter Funktionäre, über ein verhältnismäßig großes Fundament von Erfahrungen verfügt, so *katastrophale Fehler* begehen konnte, wie das im *Oktober* der Fall war, wenn sie eine historische Situation derart verpassen konnte wie im Oktober, dann muß die Internationale ernsthaft prüfen: Welche Ursachen hat das Versagen der deutschen Partei?

Das Versagen der deutschen Partei kann nicht liegen an einzelnen Personen, an zufälligen geographischen Umständen Deutschlands, sondern es muß zurückgehen auf tiefere Ursachen. Es ist die Auffassung der Gesamtpartei, daß die Ursachen unseres Versagens in einer rechten Abweichung unserer Führerschaft liegen, daß die Abweichungen in der deutschen Partei vorhanden sind und sich auch in anderen Parteien zeigen, und daß diese Abweichungen zu bekämpfen die Hauptaufgabe des 5. Weltkongresses ist. Wenn Genosse Radek in seiner Darstellung der Geschichte der internationalen Kongresse nachzuweisen versucht, daß Genosse Sinowjew eine falsche Darstellung gegeben hat, so hat er die *Geschichte des 4. Weltkongresses glatt auf den Kopf gestellt.* Der 4. Kongreß konnte noch nicht auf so große Erfahrungen zurückblicken. Aber es ist eine geschichtliche Fälschung, wenn man sagt, daß der 4. Weltkongreß nicht bereits diese Gefahren gesehen und aufzuzeigen versucht hat. Ich erinnere daran, daß Genosse Sinowjew in seinem Referat und Schlußwort die Frage der Arbeiterregierung als Übergangslosung zur proletarischen Diktatur gestellt hat. Ich erinnere daran, daß hier Widerspruch in der deutschen Delegation vorhanden war,

aber ich erinnere auch daran, daß der 4. Kongreß bei aller politischen Entscheidung eine Aussöhnung mit den Linken in der Internationale versucht hat. Ich erinnere daran, daß wir auf dem 4. Weltkongreß eine so unklare, verworrene, unmarxistische Linke hatten, wie die tschechische Linke, die z. B. die anarchistischen Auffassungen Vaitauers vertrat, daß man mit Recht sagen konnte, diese Auffassungen haben mit der Auffassung der Kommunistischen Internationale beinahe nichts gemein. Weil aber revolutionäre tschechische Arbeiter hinter ihnen standen, hat der 4. Kongreß versucht, diese Genossen für die Kommunistische Internationale zurückgewinnen, und hat den Ausschluß nicht bestätigt, den Brandler im Bunde mit den tschechischen Genossen veranlaßt hat.

Genossen, dieselbe Politik hat die Exekutive damals gemacht den Linken in Deutschland und auch der italienischen Delegation gegenüber. Wenn man diese Tatsache verschweigt, dann verfälscht man, was die allgemeine Linie des 4. Weltkongresses war, dann kann man auch nicht verstehen, weshalb der *Leipziger Parteitag ein Schlag gegen die Haltung der Komintern* war. Das haben wir Linken auch in unserer Berichterstattung in Deutschland gesagt. Die Mehrheit hat diese Tatsache verschwiegen, und der Leipziger Parteitag hat das Gegenteil von dem gemacht, was der 4. Kongreß beschlossen hat.

Der *Leipziger Parteitag* hat die deutsche Partei an den *Rand der Spaltung* getrieben. Die Genossen, die die Oktoberniederlage auf dem Gewissen haben, haben das Gegenteil der Politik des 4. Kongresses gemacht. Wenn wir die geschichtliche Darstellung des Genossen Radek prüfen in bezug auf die Linie des 4. Kongresses, so hat er nicht nur diese Tatsachen verschwiegen, sondern auch eine Episode, die charakteristisch ist für die Brandlersche Auffassung der Arbeiterregierung, vertuscht, eine Episode, die wir in der Debatte immer wieder hervorgehoben haben, und die wir noch einmal unterstreichen wollen. Während des 4. Kongresses traf die Nachricht ein, daß *Brandler* und *Böttcher* in die sozialdemokratische Arbeiterregierung in Sachsen eingetreten seien, und die damalige Mehrheit der deutschen Partei stimmte diesem Eintritt begeistert zu, sie war bereit, alle Forderungen in bezug auf Bewaffnung, Betriebsrätekongreß fallen zu lassen. Nur das Eingreifen der Exekutive verhinderte diesen Eintritt, während Radek damals schon auf dem 4. Kongreß schwankte. Das macht die sächsische Politik erklärlich. Wir haben in der deutschen Partei einen Versuch gesehen, eine bestimmte opportunistische Politik durchzusetzen, und es würde heißen, die Lage katastrophal unterschätzen, wenn wir nicht verstehen, daß ein Versuch unternommen wurde, diese Politik auf die Gefahr einer Spaltung der Partei hin gegen den Willen der Parteimitglieder durchzudrücken.

Das sind die Dinge, die sich im Leben der Partei abgespielt haben. Die Brandler-Zentrale war bereit, große Massen von Berliner, Hamburger und Ruhr-Arbeitern auszuliefern, nur um ihre Linie durchzusetzen. Es ist das Verdienst der Exekutive und des Genossen Sinowjew, daß er diese Zuspitzung in der deutschen Partei verhindert hat. Das ist eine Tatsache, die Radek ebenfalls verschweigt.

Wenn man hier spricht von der Revision der früheren Beschlüsse der Weltkongresse, so ist das auch eine vollkommene Verdrehung der Tatsachen. Es handelt sich heute hier nicht darum, darüber zu diskutieren, welche Arten von Manöver in der Kommunistischen Inter-

nationale notwendig sind. Alle Manöver sind notwendig, wenn sie unseren Zielen dienen. Der Leninismus steht auf dem Standpunkt, daß Manöver notwendig sind, um die Macht zu erobern und zu behaupten. Heute handelt es sich um etwas ganz anderes. Die rechten Abweichungen, die durch die Politik Radeks in der deutschen Partei und in der Internationale vorhanden sind, sind nicht Zufälligkeiten, nicht einzelne Fehler und Entgleisungen, sind auch nicht Abweichungen in einzelnen Fragen, sondern was Radek mit Brandler in der deutschen Partei aufgebaut hat, das war ein ganzes *System einer Abweichung vom Kommunismus.* Was man erst für einen Versuch agitatorischer Formulierungen hielt, und was auch die Exekutive viel zu lange dafür gehalten hat, das hat sich gerade durch die Praxis in Sachsen herausgestellt als ein bestimmtes System opportunistischer Abweichungen. Wenn man die Entwicklung der Einheitsfronttaktik in Deutschland prüft, wenn man die Phasen der Vorbereitung und Ausführung der Einheitsfronttaktik untersucht, dann sieht man, daß jahrelang vorbereitet worden ist eine Politik, die die kommunistischen Parteien ausliefert an die Sozialdemokratie, die die kommunistischen Parteien dahin bringt, daß sie sich nicht mehr einrichten auf die Eroberung der Macht, auf die Eroberung der proletarischen Diktatur, sondern auf die Eroberung von Zwischenetappen.

Worin besteht die *Grundlage des Radekismus?* Die Grundlage besteht darin, daß trotz aller Redensarten die Genossen, die diesen Auffassungen zustimmen, *den Glauben an eine deutsche, an eine europäische Revolution nicht mehr haben.* Dieser hoffnungslose Pessimismus, der nicht nur die Schwierigkeiten der Revolution sieht, wie das jeder Revolutionär sehen muß, sondern an der Möglichkeit ihrer Überwindung verzweifelt, ist die Grundlage, von der aus die opportunistische Politik betrieben wird. Ich erinnere z. B. daran, daß bereits im September, *vor* den Oktoberereignissen, in der „Prawda" ein Artikel von Radek erschienen ist, in dem er die Analyse gab, daß die *deutsche Revolution bereits* erledigt sei, daß der Faschismus bereits gesiegt habe. Also schon vor dem Oktober die Perspektive der absoluten Verzweiflung, des Versagens, des absoluten Liquidierens des Gedankens der europäischen Revolution. Und aus dieser Vorstellung heraus, daß wir zu keiner revolutionären Zuspitzung mehr kommen, entwickelt sich weiter die Vorstellung, daß die KPD *allein* überhaupt *keine Rolle* mehr in der Arbeiterbewegung spielen könne, daß sie nicht der ausschlaggebende Träger der Arbeiterbewegung sei, und daß sie so operieren muß, daß sie den Schwanz der Sozialdemokratie bilde.

Diese Vorstellungen von der Abschwächung der Rolle der Kommunistischen Partei, die sich versteckt hinter den Sozialdemokraten, führte zu einer Politik, die wir in der deutschen Partei Etappe für Etappe gesehen haben, die bei uns zu offenen liquidatorischen Tendenzen geführt hat, wie bei Levi und Friesland. Dieselbe Auffassung fand dann ihre Formulierung in den Thesen des Leipziger Parteitages über die *Arbeiterregierung im Rahmen der bürgerlichen Demokratie.* Wir haben hier bei diesen Formulierungen ganz klar und in langer Vorbereitungszeit gesehen, wo man hinaussteuerte. Wenn man die Geschichte der *Rathenau-Demonstration* studiert, findet *man bereits alle Keime der sächsischen Politik,* das Bündnis mit den Sozialdemokraten, das Verschleiern des kommunistischen Gesichts. Alle diese Momente sind in den Aktionen der Partei vor Sachsen bereits vorhanden. Und noch auf dem Leipziger Parteitag haben die damaligen Führer unserer

Partei behauptet, daß die Rathenau-Aktion die beste Aktion der Partei gewesen ist.

Genossen, diese Vorstellung von dem Bündnis, das wir mit der Sozialdemokratie eingehen müssen, um die Interessen der Arbeiter im Rahmen des bürgerlichen Staates zu vertreten, von unserer Schwäche, von unserer Zurückdrängung in der Arbeiterbewegung überhaupt, diese *westeuropäische Frisierung des Kommunismus ins Sozialdemokratische* erreichte dann auch ihre praktische Auswirkung in der Art und Weise, wie man versuchte, diese Frage in der Arbeiterbewegung zu stellen. Ich zitiere hier Brandler vom April 1923, also in einer Zeit, wo der Ruhrkonflikt schon eine äußerst revolutionäre Situation in Deutschland ausgelöst hat. Das ist ein klassischer Artikel von Brandler, der seine ganze Linie schon deutlich klarstellt. Brandler sagt hier u. a. folgendes:

„Der Ausgangspunkt unserer Agitation darf nicht der sein, daß wir sagen: Arbeiterregierung ist Diktatur und: Ehe die Arbeiterregierung nicht zu diktatorischen Maßnahmen fortschreitet, kann eine Teilnahme von Kommunisten an dieser Arbeiterregierung nicht in Frage kommen. — Nicht so werden wir die Zersetzung der VSPD als Partei und die Gewinnung der Arbeitermassen für den Kommunismus erreichen, sondern dann, wenn wir an ihre demokratischen Illusionen anknüpfen, wenn wir anzuknüpfen verstehen an die Auffassung der *Arbeiter in gehobener Lebensstellung,* wenn es möglich ist, den auf parlamentarischem Wege gewonnenen Staat und seine Macht in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes zu stellen."

Genossen, eine Formulierung in einer so klassischen Eindeutigkeit liquidiert jede revolutionäre Taktik, eine Politik, die im Bunde mit der Sozialdemokratie und noch dazu gestützt auf die Arbeiter in „gehobener Lebensstellung" versucht, Arbeiterpolitik zu treiben, das ist eine Abweichung von unserer gesamten kommunistischen Auffassung.

Und, Genossen, diese Versuche, *Übergangsforderungen* zu finden, sind sie neu in der Geschichte der Arbeiterbewegung? Sie sind absolut nicht neu. Als 1918/19 die Frage der proletarischen Diktatur die Massen in Europa ergriff, da versuchten die schlauen *österreichischen Sozialdemokraten* sie dadurch zu retten, daß sie sagten, wir sind ja gar nicht gegen die proletarische Diktatur; aber erst muß man die Demokratie bis zum äußersten ausnützen usw. Und wir sehen, Brandler sagt genau so: „Sowohl vom Standpunkt der Revolution als auch vom Standpunkt der Konterrevolution ist die demokratische Republik kein Boden, auf dem die Klassenherrschaft aufgerichtet werden kann."

Das ist die klassenlose Demokratie, die nicht mehr die Maske der bürgerlichen Gesellschaft ist, sondern die Demokratie der Sozialdemokraten, unter deren trügerischen Vorstellungen sie die Arbeiterklasse vom Kampfe abhalten. Und, Genossen, diese systematische Zurückziehung des Kommunismus auf den Boden der Sozialdemokratie, auf den Boden der Demokratie, die die Exekutive lange als Entgleisung, als stilistische Formulierung, als bloße ungeschickte Versuche, agitatorische Methoden zu finden, aufgefaßt hat, diese haben auch ihr wirtschaftliches Gegenstück. Genossen, Sinowjew sprach von der Frage der Teilforderungen und der 51 Prozent Sachwerterfassung. *Niemals war bei uns jemand gegen die Teilforderungen.* Aber, Genossen, bei der Frage der *51 Prozent Sachwerterfassung* handelt es sich *um etwas anderes.* Erstens hat diese Parole niemals in den Massen Widerhall gefunden. Aber es handelt sich noch um etwas Wichtigeres. Die Genossen Brandler und

Radek, die so große Anhänger dieser Parole waren, haben diese 51 Prozent nicht zu Aktionszwecken benutzt, sondern ein Stück des Programms der Arbeiterregierung daraus gemacht. Das war das wirtschaftliche Gegenstück zu dem politischen Programm. Wir hatten ein angebliches Programm der Übergangslosungen. Wir kamen im Bunde mit der Sozialdemokratie nach Radek und Brandler durch die 51 Prozent Sachwerterfassung schön friedlich-schiedlich in das Himmelreich des Sozialismus.

Und, Genossinnen und Genossen, die Sache ist doch international viel tiefer gegangen, als das auf dem 4. Kongreß vielleicht klar war. Ich erinnere an die Schicksalsfrage des Genossen *Smeral* auf dem 4. Kongreß. Er hat nicht politische Dinge gesagt, dazu ist er zu vorsichtig, er richtete eine Frage an den 4. Kongreß: Ist die Arbeiterregierung nur eine vorübergehende Erscheinung, oder kann sie vielleicht, wenn die revolutionäre Erhebung nicht nahe ist, zu einem *längeren Stadium im Rahmen der bürgerlichen Demokratie* werden? Ich glaube, es war damals eine gewisse Unklarheit, ob diese Schicksalsfrage beantwortet ist. Der deutsche Parteitag, der Prager Parteitag haben im Sinne von Smeral die Frage beantwortet. Und ich erinnere mich deutlich, daß in dem Programm Smeral auch diese 51 Prozent anführte.

Wir sehen also nicht eine zufällige Geschichte, sondern eine bestimmte theoretische Auffassung, die sich in der deutschen, der tschechoslowakischen und, wie ich fest überzeugt bin, auch in einer ganzen Reihe anderer Parteien durchgesetzt hat.

Genossen, wenn wir uns hier gegen Radek wenden, sagen wir: Witze sind eine ausgezeichnete Sache, wir werden den Genossen Radek vielleicht zum Redakteur eines Witzblattes machen, allerdings unter strenger politischer Kontrolle, denn auch Witze sind manchmal gefährlich. Was wir angreifen als deutsche Partei, sind nicht Einzelheiten, nicht die Frage des Manövrierens, nicht, was einmal noch vorkommen kann; es ist die Frage, daß man aus diesen Dingen eine bestimmte Theorie, ein reformistisches Prinzip gemacht hat, mit dem man unsere Partei und die Internationale verseuchen wollte.

Genossen und Genossinnen, dieser Kampf gegen den Radekismus, der in unserer Partei schwer und langsam begonnen hat, wird in der Frage der Arbeiterregierung klargestellt. Es sind verschiedene unklare Formulierungen über die Arbeiterregierung auch in den Thesen des 4. Kongresses. Nach unserer Auffassung beginnt die Schwierigkeit da, wo man programmatisch die Frage der Arbeiterregierung als *Koalition der Arbeiterparteien* aufstellt. Die Vorstellung der Arbeiterregierung als Koalition der Arbeiterparteien ist zugleich die Vorstellung von der Liquidation der Partei, wenn sie in dieser prinzipiellen Form gegeben wird. Die Koalition der Arbeiterparteien, welchen praktischen Eindruck hat sie auf unsere Massen gemacht? Wir haben gesehen, wie sich eine Arbeiterpartei liquidierte, wie die USP liquidiert wurde unter den verschiedensten Formeln, auch unter der Formel der Einheitsfronttaktik. Wichtiger noch ist die praktische Auswirkung. In dem Moment, in dem der Zersetzungsprozeß in den sozialdemokratischen Massen beginnt, erzielt man die Loslösung der Massen von den Führern nicht dadurch, daß man sich der sozialdemokratischen Ideologie nähert, dadurch stößt man sie zurück, sondern man muß ihnen möglichst klar und eindeutig das kommunistische Gesicht zeigen, den grundsätzlichen Unterschied zwischen Reformismus und Revolution aufweisen. Hätten

wir dem Zerfallsprozeß der Sozialdemokratie eine andere Politik entgegengestellt, so hätten wir mehr Massen losgelöst, als dies durch das Verstecken hinter sozialdemokratischen Formulierungen möglich war.

Die Fragen, die angeschnitten worden sind in der Diskussion über die Arbeiterregierung, sie bilden den *zentralen Punkt,* den der Kongreß klären muß.

Die Formulierung Sinowjews, die *Arbeiterregierung als Agitationslosung* — niemand von der deutschen Partei wird dagegen sein, es handelt sich darum, diesen Punkt festzuhalten und gegen Verzerrungen zu verteidigen. Wenn wir diesen Punkt, Arbeiterregierung als Agitationslosung, zum Mittelpunkt unserer Formulierungen machen, so ist die Streitfrage über die Einheitsfronttaktik geklärt. Hier ist der Punkt, von dem aus der Kampf aufgenommen werden kann. Wenn die Arbeiterregierung als Agitationslosung bestehen bleibt, keine Hintertür zur Koalitionsregierung offensteht, keine Abschwächung der Rolle der Kommunistischen Partei möglich ist, dann ist die Frage der Einheitsfronttaktik in ihrem entscheidenden Teile bereits gelöst.

Man hat sehr oft gesagt, die deutsche Linke sei gegen die Einheitsfronttaktik „an sich". Die deutsche Linke hat sich immer dagegen gewehrt. Nur haben wir uns stets erlaubt zu fragen: Was ist die Einheitsfront, was bedeutet sie, was soll sie sein? Wir haben so viele Etappen der Einheitsfront gesehen, daß man drei Hauptteile unterscheiden kann.

Im *ersten Teil,* in den Jahren 1921/22, war sie ein Versuch der *Sammlung der Massen zum Kampf um die Tagesforderungen.* Der wichtigste Teil war die Herausbildung proletarischer Organe zur Durchführung der Tagesforderungen. In dieser ersten Etappe tauchen Spitzenverhandlungen auf. Wir haben uns auch in der Vergangenheit nicht gegen Spitzenverhandlungen an sich gewehrt. Die Rechten warfen uns vor, daß wir nur hingehen, um die Verhandlungen abzubrechen. In der Tat, die Kommunisten gehen zu Spitzenverhandlungen, um die Massen von den Führern abzulösen, nicht um dauernde Bündnisse zu schließen. Das wäre ein Strick um den Hals. Dieser Vorwurf gegen die Linke ist auch ein Schlüssel zum Verständnis der weiteren Entwicklung.

Im *zweiten Teil* ist die Entwicklung durch die *Rathenauaktion* charakterisiert. Man ging *zeitweise Bündnisse* mit der Sozialdemokratie ein und verzichtete auf das klare kommunistische Auftreten, um die „Einheitsfront von oben" nicht zu stören.

Die *dritte Etappe* war *Sachsen,* das vollkommene Verschwinden der Kommunistischen Partei vor der Sozialdemokratie. Hier beginnt unseres Erachtens *das Verbrechen,* der Opportunismus, der letzte Punkt der Entwicklung, die jahrelang vorher begonnen hatte. Diese Zerstörung der kommunistischen Staatstheorie, diesen Versuch, den Kommunismus westeuropäisch zu frisieren, dieser Versuch, die Machtfrage aus dem Etappenweg zur Arbeiterregierung verschwinden zu lassen, hat seinen Höhepunkt erreicht in der Theorie — von der Radek nicht gesprochen hat, über die er sich ausschwieg, obwohl sie sein liebstes Kind war —, die berühmte These vom *„Sieg des Faschismus über die Novemberrepublik".* Diese These war das Endresultat dieser Entwicklung, mit der man auf dem Zentralausschuß nach den Oktoberereignissen die Liquidierung der Einheitsfronttaktik vom Standpunkt der Rechten aus zu beginnen versuchte. Diese These bedeutet den Versuch, zu konstruieren, als ob Faschismus und Novemberrepublik

zwei feindliche Kräfte und nicht Erscheinungsformen derselben Kraft der kapitalistischen Diktatur seien. Was für uns ausschlaggebend war, den Abgrund zu erkennen, an den wir geraten waren, das ist die These, die uns vorschlägt, auf Differenzen im bürgerlichen Lager *unsere ganze Politik aufzubauen,* also nicht bloß die Differenzen im gegnerischen Lager auszunützen. Das bedeutet, die KP zu einem Flügel der demokratischen Bourgeoisie machen.

Hier beginnt der Punkt, wo sich die russische Partei gegen Radek wandte und Radek als Opportunisten desavouierte. Radek hat deshalb von dieser These nicht gesprochen, weil sie sich inzwischen schon deutlich in der Wirklichkeit als falsch erwiesen hatte.

Diese Erscheinungen gibt es nicht nur in der deutschen Partei. Ich will die Haltung der französischen Partei zur Labour Party und die Haltung unserer englischen Genossen zur Labour Party nicht mehr beleuchten, aber diese Erscheinungen sind in der ganzen Internationale zu sehen als ein Versuch, die Einheitsfronttaktik in diesem Sinne auszunützen und unsere Arbeit abzuschwächen. Diese Politik beginnt schon sehr früh, sie wurde nicht genügend beachtet. Wenn der holländische Genosse Wynkoop im Jahre 1922 im November folgende klassische Formulierung der Arbeiterregierung gibt, so ist das auch eine Bestätigung meiner Behauptung. Wynkoop — ich halte das für eine europäische Formulierung des Opportunismus — sagte: „Ich glaube aber nicht, daß (wer es auch behaupten würde) Herr Troelstra und die Kommunisten weiter voneinander entfernt sind als Herr Troelstra von der katholischen Kirche. Wenn dem so ist, so würde ich wohl einmal den Sozialdemokraten sagen wollen: Wenn ihr mit Parteien, die weiter von euch entfernt sind, als wir es sind, die Verantwortung für eine Regierung auf euch nehmen wollt, so untersuchen wir doch einmal, ob es nicht eine Grundlage gibt, auf der wir als sozialistische Parteien, die beide in der Arbeiterbewegung wurzeln, die beide wurzeln in der marxistischen Lehre (!) — wir werfen einander nur vor, daß wir es nicht richtig tun, darüber will ich jetzt nicht urteilen —, die Regierung übernehmen können. Es gibt keinen politischen Grund, kein einziges ernstes Motiv — es sei denn ein persönliches — letzteres kann ich solchen ehrenwürdigen Männern nicht verdenken —, daß wir nicht als Parteien, die in der heutigen Zeit die Abwehr des Elends des Kapitalismus bezwecken, eine Grundlage für die Bildung einer Regierung zu finden versuchen. Wir machen dieses Angebot, damit das Land es höre, wir machen dieses Angebot, nicht weil wir der Meinung sind, daß schon morgen eine derartige Regierung an diesem Tisch sitzen würde, sondern weil in dieser ernsten Zeit die Grundlage unter die Massen gebracht werden muß, und auch die Vorbereitung dazu unter den Massen stattfinden muß."

Wenn wir soweit gekommen sind, und das nicht nur im Jahre 1922, sondern auch 1923 und 1924, daß wir sagen, Kommunisten und Reformisten, wir sind beide marxistische Parteien, beide wurzeln in der Arbeiterbewegung, wir streiten nur über den Weg — dann ist das der *Beginn der völligen Liquidation der Kommunistischen Partei,* eine Gefahr, gegen die man mit den schärfsten Mitteln kämpfen muß. Die Polemik, die Debatte, die um die Arbeiterregierung in Deutschland geführt worden ist — unsere Arbeiter waren zum Schluß dieser Versuche, etwas zu definieren, was man nicht definieren konnte, schon müde —, hat gezeigt, daß mit der opportunistischen Abweichung auch die antibolschewistische Note bei diesen Genossen nicht fehlt. Der Genosse

Thalheimer, der zwar kein Professor, aber ein Doktor ist, hat im Herbst 1923 in seinen Zusätzen und Erläuterungen über den Oktoberzusammenbruch folgende Zeilen in der „Internationale" geschrieben, aus denen, wer Ohren hat zu hören, den antibolschewistischen Ton heraushören wird:

„Der Fehler der Exekutive, wie er besonders in einigen Artikeln des Genossen Sinowjew hervortritt, beruht auf der einseitigen Betonung dessen, was dem Gang der proletarischen Revolution in Rußland und dem in Deutschland gemeinsam ist, und dem nicht genügenden Verständnis dessen, was die *spezifischen Unterschiede* zwischen beiden ausmacht. Lenin hat bereits vor Jahren die große Bedeutung des Verständnisses dieser Unterschiede betont. Es ist vor allem die Aufgabe der deutschen KP, die *Unterschiede herauszuarbeiten* und ihre Anerkennung in der politischen Praxis zur Geltung zu bringen."

Das ist eine Note, die wir in der deutschen Partei ebenfalls sehr oft bemerkt haben, bei den Genossen, die sich von der Kommunistischen Internationale entfernt haben. Ich will, um dieses Kapitel abzuschließen, eine kleine Anekdote erzählen, die mir unsere englischen Genossen hoffentlich nicht übelnehmen werden. Auf dem englischen Parteitag hatte ich Gelegenheit, mit dem Genossen *Newbold* zu sprechen, der plötzlich erklärte, der Genosse *Thalheimer* sei ihm *sehr sympathisch,* worauf ich ihm erwiderte, daß seine Sympathie eine persönliche Anlegenheit sei, wogegen man nichts einwenden könne. Ja, sagte er, Thalheimer sei ihm sympathisch, weil er als vernünftiger Mensch nicht mehr an die Revolution glaube, aber wir Hitzköpfe glaubten noch daran, und deswegen sei ihm die Auffassung des Genossen Thalheimer sympathisch. Ich will damit sagen, daß diese Politik ihre Auswirkung und ihre Folgen hat, und mit innerer Notwendigkeit zu einer Auslegung führt, die sehr deutlich ist.

Wenn wir also diese Frage der Arbeiterregierung und der Einheitsfronttaktik vom Standpunkt der deutschen Partei aus behandeln, so wiederhole ich: Für die deutsche Partei handelt es sich nicht darum, die Einheitsfronttaktik an sich abzulehnen. Wir lehnen nicht ab die Sammlung der Massen zum Kampf für Tagesforderungen, die Herstellung dieser Einheitsfront in den Betrieben sowie jeden Versuch und jedes Manöver, das man zu dem Zweck der Mobilisierung der Massen ausnützen kann. Was wir aber wollen, sind Beschlüsse, die eindeutig jeden Radekismus ausschließen, die Abweichung und Abirrung der Arbeiterregierung und Einheitsfront nach der Richtung der Koalition und des Bündnisses unmöglich machen.

Ich gehe jetzt zu der Frage über, wie sich die Ereignisse in Deutschland abgespielt haben, und zwar, welche Umstände zur Umstellung der Partei geführt haben. Die Internationale ist wohl im allgemeinen darüber orientiert. Wie war die Lage der deutschen Partei vor dem Oktober und dem Frankfurter Parteitag? Die Politik der alten Zentrale, die Politik, geführt von Radek, hatte ihre praktische Auswirkung natürlich auch innerhalb der Partei. Es war kein Zufall, daß man vorgab, Sachsen und Thüringen zum Ausgangspunkt der revolutionären Bewegung machen zu wollen. Die Praxis der Konzentration der Parteipolitik auf diese Bezirke hatte ihre Ursache darin, daß in diesen Bezirken der Versuch gemacht werden konnte des Bündnisses und Zusammengehens mit der Sozialdemokratie. Das Resultat dieses Versuches des Bündnisses mit *der* Sozialdemokratie, die sich links

maskierte, war eine vollkommene Zerspaltung der deutschen Partei. Der Zustand unserer Partei vor, in und nach dem Oktober war eine vollkommene Trennung der Parteileitung von Berlin, Köln, Wasserkante. Die Lage war so schlimm, daß nur das Eingreifen der KI, nur der Gedanke an die KI viele unserer besten Arbeiter am Verlassen der Partei gehindert hat. Wir haben für diesen Zustand eine Reihe von sehr ernsten Beweisen gesammelt. Wenn wir heute die Lage unserer Partei vergleichen mit dem, was vor dem Oktober war, so erkennen wir, was für ein großes Stück Wegs wir zurückgelegt haben. Heute haben wir eine einheitliche, geschlossene Partei.

Nun *zur Vorgeschichte des Oktober.* Hier muß man sagen, was die Frage der sächsischen Politik betrifft, so hat sich die damalige Opposition in der Partei von vornherein gegen die Anpassung an die Sozialdemokratie gewandt. Wir waren niemals einverstanden mit der bedingungslosen Unterstützung der Zeigner-Regierung. Wenn Genosse Radek heute erklärt, der Fehler der sächsischen Politik bestand darin, daß die Massen nicht mobilisiert wurden, so wird er damit die Tatsachen nicht aus der Welt schwindeln können. Was war die entscheidende Frage bei der Arbeiterregierung? Wir hätten einen Betriebsrätekongreß zusammenberufen müssen. Von diesem Betriebsrätekongreß aus, auf dem Vertreter aus den Fabriken und Betrieben sein sollten, hätte man die Frage der Politik der Arbeiterregierung stellen müssen. Das wäre das Mindestmaß gewesen, um die sächsische Arbeiterregierung zu demaskieren. Nach dem Protokoll des Polbureaus haben die *Linken in der Zentrale fünfmal beantragt, den sächsischen Betriebsrätekongreß einzuberufen.* Der *Genosse Brandler* hat aber beschlossen, in allen Bezirken, *nur nicht in Sachsen und Thüringen,* den Betriebsrätekongreß einzuberufen, weil durch die Einberufung in Sachsen und Thüringen das Bündnis mit den Sozialdemokraten gestört werden könnte. Bei den Bautzener Erwerbslosendemonstrationen haben die Sozialdemokraten die Polizei gegen die Erwerbslosen gehetzt. Und die Genossen Radek und Brandler haben diese Politik gedeckt und erklärt, die Sozialdemokraten mußten schießen lassen, weil faschistische Provokateure unter den Erwerbslosen und Plünderern gewesen sind. Unser Antrag, den Rücktritt der Zeigner-Regierung zu verlangen, wurde abgelehnt.

Genossen, wenn Genosse Radek heute hier herkommt und sagt, ein Fehler war, daß der Betriebsrätekongreß nicht einberufen wurde, so muß gesagt werden: Er ist es gewesen, der damals die Zentrale geführt hat, er war in Deutschland, er hat die Ablehnung unseres Antrages mitverschuldet und kommt jetzt mit diesem Gerede. Der Verzicht auf den Betriebsrätekongreß war ebenfalls ein entscheidender Punkt in Sachsen. Man hat die Mobilisierung der Massen geopfert der Einheitsfront „von oben" zu Liebe, um ja nicht die Verbindung mit den Sozialdemokraten zu verlieren. Ich erinnere auch daran, daß nach der Schießerei in Bautzen und Dresden ein Brief der Exekutive in der sächsischen Frage kam, der sehr scharf die Haltung der Zentrale verurteilte. Mit dem Brief erklärten sich alle einverstanden, wie meist auch Genosse Smeral mit allem einverstanden ist. Die Anweisungen dieses Briefes wurden nicht in die Tat umgesetzt, und die alte sächsische Linie wurde weitergeführt. Nach und vor dem Cunostreik, im Maistreik im Ruhrgebiet, wie beim Antifaschistentag war es ebenfalls die opportunistische Praxis, die jede Zuspitzung der Bewegung verhindert hat. In der Zeit der anwachsenden ökonomischen Schwierigkeiten der

Bourgeoisie, in der Zeit des Nachlassens der politischen Kraft der Bourgeoisie, in der Zeit der schärfsten Zuspitzung der Klassengegensätze, in dieser Zeit war unsere ganze Politik eingestellt auf die Parole: „Laßt euch nicht provozieren!" In jede Bewegung sind wir hineingegangen und haben nachher konstatiert: Es ist uns gelungen, die Arbeiter vom Kampfe zurückzuhalten. Die Theorie war: Es ist viel schwerer, die Arbeiter vom Kampf abzuhalten, als sie in den Kampf zu führen. Wir sollen nicht vergessen, daß wir eine Kraft hatten wie nie zuvor. Im Maistreik mußten wir auf Befehl von Brandler die Massen auffordern, in die Betriebe zurückzugehen. Die Arbeiter forderten stürmisch den Sturz der Regierung, und wir sollten nur für wirtschaftliche Ziele kämpfen. Die Arbeiter haben unsere Redner heruntergerissen, und wir sind nicht den Massen vorangegangen, sondern ihrem Druck gefolgt.

Nach dem Cunostreik, der der Beginn des Erwachens der Arbeiterklasse war, der große Schwächen hatte, aber in dem die entscheidende Wendung eintrat, daß die Arbeiterschaft zum ersten Male bewußt die Machtfrage stellte und — als wir ökonomische Forderungen aufstellten — uns zurief: „Wir wollen keine ökonomischen Forderungen, wir wollen eine andere Regierung!", in dieser Situation visierten die Brandlerleute auf eine linkssozialdemokratisch-gewerkschaftliche Regierung, während jeder denkende Arbeiter verstand, daß die Frage bald so gestellt sein würde: Bürgerliche oder proletarische Diktatur?

All das muß man wissen, um zu verstehen, weshalb es zu dieser Niederlage kommen mußte: Die Partei hat diese Fragen sehr eingehend diskutiert. Ich sage im Namen der deutschen Delegation: *Je weiter wir uns jeden Monat von diesem Oktober entfernen, desto tiefer sind wir überzeugt, daß der Kampf im Oktober möglich und notwendig gewesen ist.* (Beifall.) Wenn wir die Oktoberlage in Deutschland vergleichen mit der, die wir heute haben, wenn wir uns erinnern aller Zerfallserscheinungen, wenn wir uns erinnern an die Stimmung der Arbeitermasse, des Mittelstandes und der Bourgeoisie, so erkennen wir: Die Partei mußte im Oktober kämpfen. Und sie hat nicht gekämpft, weil sie von einer opportunistischen Führung gelähmt wurde, weil sie von der Radekistischen Krankheit ergriffen war, die wir ausgerottet haben.

Genossen! Im Oktober, den heute Genosse Radek erklären will als ein Ergebnis zufälliger Schwächen unserer Partei, in diesem Oktober haben wir zwei Kulminationspunkte gehabt, die wir ebenfalls erwähnen müssen, um zu zeigen, wohin diese Politik geführt hat.

Am *gleichen* Tage tagte eine *Konferenz* in *Chemnitz* und eine in Hamburg, und in Chemnitz beschloß man, unter Leitung von Brandler und Radek, der im Hintergrund stand, dem Kampfe auszuweichen, ein Beschluß, dem die Arbeiter sich zähneknirschend fügten, während die Hamburger Arbeiter den Sturm auf die Polizeiwachen beschlossen. Das zeigt doch die tiefe Kluft, die zwischen der Mitgliedschaft und der Führung unserer Partei aufgerissen war.

Und, Genossen, im Oktober hat die Partei einen Schlag bekommen, so daß plötzlich alle Genossen erkannten, die bisher glaubten, daß es sich nur um Agitationslosungen handelt, daß wir die Partei verlieren werden, wenn wir nicht Schluß machen mit diesen Dingen. Und derselbe Genosse Radek hat es im Oktober verhindert, daß diese Frage in der deutschen Partei aufgerollt wurde. Er hat versucht, die Parteiauseinandersetzungen hinauszuschieben. Im Oktober bestand in der Partei die Gefahr des Zerschlagens vieler Organisationen. Wenn nicht die

Januarkonferenz der Exekutive die Richtung für die Gesundung der Partei gegeben hätte, dann wäre die deutsche Partei heute nicht eine gesunde, einheitliche Partei. Die polnischen Genossen müssen begreifen, daß mit dem Weiterstützen der rechten Führung in der deutschen Partei die deutsche Partei in eine furchtbare Krise hineingekommen wäre. Die Partei wäre zugrunde gegangen bei einer weiteren Stützung von Brandler durch die Komintern. Berlin-Brandenburg und Hamburg hätten sich getrennt von der Partei. Es war noch nie eine solche schwierige Situation. Und wenn die Partei gerettet ist, so ist das ein Verdienst der Exekutive, weil sie die Schuldigen im Oktoberkampf desavouiert hat. Das soll auf diesem Kongreß ausgesprochen werden, damit die andern Genossen verstehen, daß die Lage sehr ernst war.

Nun, Genossen, ich erlaube mir auch weiter zu sagen, die Haltung, die Radek in der russischen Partei und die er in der deutschen Partei eingenommen hat, sind nicht voneinander unabhängige Erscheinungen, sondern hängen innerlich zusammen. Die Stellung in Deutschland und Europa, die Stellung zum praktischen Kampfe und die Stellung im russischen ZK sind eine bewußte Einstellung, die auf einen Versuch der Liquidierung unserer revolutionären Grundsätze hinausläuft.

Es ist notwendig, daß ich noch ein paar Worte über unsere Partei sage. Ich weiß, daß über unsere Partei noch viel Unklarheit in der Internationale herrscht. Es ist eine Umstellung gewesen aus den tiefsten Tiefen heraus. Niemand hat die heutige Führung eingesetzt, niemand außerhalb der Partei hat beschlossen, daß die andern wegzugehen haben. Die Partei hat die Konsequenzen allein aus der politischen Lage gezogen. Zunächst folgendes: Wir deutschen Genossen sagen selbst, es zeigt die Kraft unserer Partei, die Gesundheit des proletarischen Körpers unserer Partei, wie rasch wir die Krise überwunden haben. Nach vielen Monaten schwersten Kampfes haben wir heute beinahe schon die furchtbaren Wintermonate vergessen, so daß wir diese Frage schon in der Vergangenheit und recht fern ansehen. Die Wunden sind soweit geschlossen, daß wir heute schon eine ganz andere Lage haben. Es gibt keinen Haß mehr zwischen Berlin und Halle, es gibt Einigung in den Bezirken, Einheitlichkeit in der ganzen Partei.

Wissen Sie, was das bedeutet nach dem Kampf, der hinter uns liegt? Auf dem Leipziger Parteitag kam es vor, daß Arbeiter verschiedener Bezirke an einem Tische saßen. Dann fragten sie zum Schluß: Woher kommst du? Und dann sagte der brave Arbeiter: Ich komme aus Berlin. Dann standen die andern vom Tisch auf und ließen ihn sitzen. So war die Lage in unserer Partei. Genossen, wir wollen das hier offen aussprechen: Kein Kampf mehr zwischen Berlin und Hamburg, eine einheitliche Partei, das ist das, was wir erreicht haben, und das ist ein Plus für die Kommunistische Internationale, das muß man sehen.

Ich komme nun zu dem, was in dem Bericht Sinowjews auftauchte und worauf auch Radek einging, auf unsere sogenannten ultralinken Abweichungen und Strömungen. In einem organisierten Sinne gibt es bei uns keine solche Richtung. Es gibt bei uns einzelne Zersetzungserscheinungen, die in solchen Umgruppierungszeiten unvermeidlich sind, Erscheinungen von solchen Abweichungen, die wir im tiefsten Grunde für menschewistisch halten, die sich nur ultralinks drapieren. Und die jetzige Führung hat sofort mit aller Entschiedenheit den

Kampf gegen sie aufgenommen. Ich möchte zitieren, was unser Frankfurter Parteitag zu diesen ultralinken Tendenzen sagt:

„Gleichzeitig tauchen manchmal Stimmungen auf, welche eine Reaktion auf die frühere Politik darstellen oder aus der Umgruppierung von Elementen des früheren rechten Flügels auf die äußerste Linke stammen und Angriffe auf bereits in den Thesen des 2. Weltkongresses und den 21 Bedingungen festgelegte bolschewistische Anschauungen der Komintern in der Agrar- und Nationalitätenfrage, sowie in der Organisationsfrage enthalten. Solche Angriffe, welche sich ebenfalls manchmal in die Linke einzuschmuggeln versuchen, in Wirklichkeit aber menschewistisch sind, müssen, zumal wenn sie die Autorität der Komintern zu untergraben geeignet sind, energisch zurückgewiesen werden.

Alle solche Stimmungen werden am gründlichsten überwunden werden durch klare, feste Politik der Partei und restlose Ausrottung jedes Opportunismus in ihren Reihen."

Ich glaube, Genossen, diese Sprache ist eindeutig, klar und scharf und sagt genau, wie wir uns stellen. Und eine ähnliche Formulierung ist in den Instruktionen zu finden, die die deutsche Delegation zum Kongreß mitbekommen hat. Die Zentrale hält z. B. den zitierten Artikel von *Boris* für einen Versuch, im linken Gewande den Menschewismus einzuschmuggeln. Sie wird unnachsichtlich jeden Versuch bekämpfen, die Partei mit derartigen Dingen zu demoralisieren.

Aber, Genossen, wir glauben, daß das nicht die Hauptgefahr ist, sondern daß es vereinzelte Zersetzungserscheinungen sind, mit denen wir um so schneller fertig werden, je einheitlicher wir uns gegen den Opportunismus abgrenzen. Und wenn man hier Korsch und Boris in einem Atem genannt hat — wir halten die Veröffentlichung des Artikels von Boris durch Korsch für einen Fehler, die Zentrale hat das ausgesprochen; solche Artikel kann man nur drucken, wenn die Partei vorher ihre Meinung ausgesprochen hat, — aber, Genossen, unseren Genossen Korsch in einen Topf zu werfen mit Boris, das wollen wir als deutsche Partei nicht zulassen. Wenn man sagt: „Professor" Korsch, wie Radek es getan hat — nun, er ist schließlich gemaßregelt worden, weil er kommunistisch gehandelt hat.

Und, Genossen, die wirklich praktischen Erfahrungen, die wir haben, die liegen darin, daß die rechten Gefahren in der Partei, trotzdem sie ideologisch sich nicht kristallisieren, noch nicht überwunden sind und auch nicht überwunden werden können in acht Tagen. Diese rechten Gefahren bestehen unserer Auffassung nach darin, daß, wenn die Situation nicht revolutionäre unmittelbare Machtkämpfe erlaubt, wenn eine bestimmte Periode uns zwingt, die Organisierung der Arbeit und die Sammlung der Massen vorzunehmen, daß dann in einer Massenpartei in Europa sehr leicht Stimmungen aufkommen werden, die nach positiver Arbeit im Rahmen der Demokratie drängen. Und wenn Genosse Radek gegen uns zitieren will den Artikel des Genossen Theo im „Funken", so hat er sich selbst damit geschlagen, denn er hat damit nur bewiesen, daß die Zentrale sehr aufmerksam die Stimmungen der Arbeiter beobachtet. Niemals hat Brandler die Auffassungen der Mitglieder verstanden, eine Kluft stand zwischen Leitung und Mitgliedern. Heute haben wir das überwunden. Wir sind nicht Dummköpfe, daß wir sagen würden, bei uns ist alles rosarot, wir haben keine Schwächen, keine Fehler. Nein, wir haben Schwächen, wir

haben Fehler, aber wir kennen sie und werden sie überwinden, und darauf kommt es an. Ich kann Radek bezeugen, der betreffende Genosse ist mein Sekretär, er hilft mir in der Berliner Arbeit. Mit diesem Genossen, dem ich die Artikel in die Feder diktiere, will er die deutsche Frage entzünden. Ich tausche mit ihm meine Erfahrungen aus, und dann sage ich: Schreibe das und das, das ist nötig. Und der Genosse schreibt sehr gut. Das ist der Kronzeuge des Genossen Radek. Unsere Berliner werden lachen, wie sie niemals gelacht haben, wenn sie erfahren, daß der Genosse Theo, unser Sekretär, der Kronzeuge auf dem Weltkongreß geworden ist.

Genossen, was beobachten wir in unserer Partei? Wir halten für nötig, auf dem Kongreß offen darüber zu sprechen, weil wir der unhöflichen Auffassung sind: Wenn ihr, Genossen, aus den andern Parteien, eure Arbeit sehen wollt, wie sie ist, werdet ihr ähnliche Erscheinungen bei euch sehen, wenn ihr ohne Schönfärberei darstellt, was ist. Was sehen wir in der Partei für Gefahren? Unsere Arbeiter sind außerordentlich abhängig von den Stimmungen der Massen, in denen sie leben. Sie haben das Wesentliche, was ihnen die Kommunistische Partei beizubringen hat, noch nicht ganz begriffen: daß der *Kommunist ein Führer der Massen sein muß.* Sie lassen sich fortreißen von den Stimmungen der Arbeiterschaft. Sie leben als ein Teil der Arbeitermasse des Betriebes und verstehen nicht immer, wo es not tut, sich gegen die Stimmung der Massen zu stemmen. Die Masse ist sehr eindrucksfähig. Wenn ein bißchen die Situation abflaut, ist sie gleich müde. Geht die Situation in die Höhe, ist sie gleich angriffslustig. Man muß diese Stimmungen analysieren, um sie wirklich bekämpfen zu können.

Ich werde euch ein viel schlimmeres Beipiel erzählen. Wenn Radek wirklich gegen Gefahren polemisieren wollte, könnte er andere Zeugen finden als Theo. Was ist unser Hauptkampf in der Partei gewesen? Wollten wir Brandler beseitigen? Nein, er war so unpopulär, er wäre vieleicht so wie so gefallen. Wollten wir Thalheimer beseitigen? Er ist auch nicht der Mensch, der die Massen beeinflussen könnte. Für uns handelte es sich darum, die Stimmungen, auf die sich Brandler stützt, aus der Partei auszurotten und aus unseren Arbeitern bewußte Kommunisten zu machen, die jede Stimmung der Massen auszunützen verstehen, die aber niemals vergessen, daß sie Kommunisten sind.

Und, Genossen, wir haben einen sehr schweren Kampf in dieser Frage. Was wir in der kommunistischen Politik in den Betrieben, in den Gewerkschaften an Brandlerismus auszurotten haben aus den Köpfen, darüber könnten wir viel sprechen. Ich will ein Beispiel anführen, das das sehr kraß zeigt.

Welchen Zweck verfolgen wir bei den *Betriebsrätewahlen?* Ihr wißt, wir haben eine sehr große Kampagne für die Betriebsräte geführt. Unser Zweck ist, den Arbeitern die Wahl zu geben zwischen Kommunisten und Reformisten, und die Wahlen verlieren ihren ganzen Sinn, wenn nicht durch ein offenes Aussprechen die Arbeiter gezwungen werden, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Wir haben deshalb die Anweisung gegeben, selbständige Listen vorzulegen, weil sie die Entscheidung erzwingen über die Frage: Reformistische oder revolutionäre Politik im Betriebe. Unser Beispiel, Genossen, bezieht sich auf den Betrieb Krupp, der als ein sehr reformistischer Betrieb bekannt ist. Herr Krupp gibt den Arbeitern Zuckerbrot, Urlaub, Wohnungen, alle möglichen Vergünstigungen, ist sehr sorgfältig in der Auswahl der

Arbeiter, wirft alle revolutionär Gestimmten hinaus. Was haben in diesem Jahre unsere Arbeiter dort gemacht? Sie haben gegen die Anweisung der Partei einen ganz banalen parlamentarischen Kuhhandel bei den Betriebsrätewahlen getrieben, eine Liste aufgestellt: ein Sozialdemokrat, ein Kommunist, ein Sozialdemokrat, ein Kommunist u. s. f., und haben ohne Kämpfe, ohne Aussprache die Liste wählen lassen. Und der Unternehmer hat dann den letzten Kommunisten hinausgeschmissen und hatte so eine zuverlässige sozialdemokratische Mehrheit. Das ist eine ernste Gefahr, die wir in der ganzen Partei sehen. Das ist der Feind, den wir zu schlagen haben. Das ist, das wollen wir aussprechen, für unsere Genossen in Deutschland, die den Weltkongreß verfolgen, die Frage, die wir klären müssen. Die Partei muß, auch wenn die revolutionäre Bewegung abflaut, es verstehen, ihre Mitgliedschaft zu einem klaren kommunistischen Auftreten mit gleichzeitiger Manöverierfähigkeit zu erziehen. Deshalb bin ich auf das Beispiel eingegangen, um zu zeigen, wie schwach die Argumente Radeks waren. Solche Kritik übt jeder kleine Funktionär zehnmal besser, als es Radek getan hat. Genossen aus den Bezirken, machen wir nicht täglich viel besser diese Kritik, die wir hier von Radek gehört haben? (Jawohl! Zehnmal besser und gründlicher!)

Was ist unsere Politik in Halle und Fürstenwalde gewesen, und was bedeutet es: Die Partei ist stets bereit, sich auf den Machtkampf einzustellen?

Die Politik Brandler-Radek-Thalheimer würde die Partei zu einer reformistischen Partei der Entwicklung, der Übergangsstufen machen. Die Partei würde vergessen, daß sie eine Partei der Diktatur ist; entscheidend ist dabei nicht, ob die Revolution in fünf Jahren kommt oder übermorgen, das weiß niemand, aber die Partei muß stets die Vorbereitung der Revolution als erstes Ziel im Auge haben. Daß Radek dies angreifen konnte, habe ich überhaupt nicht verstanden. Er führt an, wir hätten in Halle und Fürstenwalde Prügel bekommen. Ja, Genossen, Garantien gegen Prügel werden wir so lange nicht haben, bis wir die Macht ergriffen haben, und selbst dann sind wir dagegen nicht ganz gesichert. Wer eine Garantie vor Prügeln haben will, wird eine reformistische Politik machen. (Sinowjew: Und dann erst recht Prügel bekommen!) Sehr richtig! Wenn die Genossen in Halle und Fürstenwalde die rote Fahne gehißt und eine Räterepublik ausgerufen hätten, dann würde ich die Kritik verstehen, aber so weiß ich nicht, was sich die Genossen eigentlich vorstellen; was war das Entscheidende, haben wir uns denn einen Augenblick Illusionen gemacht, daß wir Prügel bekommen werden? Wir wollten natürlich versuchen, durch die Kraft der Masse die Prügel zu verhindern und zu vermindern. Es kommt nicht auf die organisatorischen Fehler an, sondern entscheidend ist, daß wir hingehen, wo die Faschisten demonstrieren, auch wenn wir Zusammenstöße haben werden. (Beifall.) Die alte Zentrale hat immer wieder gezögert, wenn eine Gefahr des Zusammenstoßes bestand. Immer hat sie diese verhindert und damit die Aktion. Die neue Zentrale hatte nach dem Parteitag in den einzelnen Bezirken noch Schwierigkeiten. Nach Halle ist das in keinem einzigen Bezirk, auch nicht in Chemnitz mehr der Fall, weil die Arbeiter das Vertrauen haben, daß auf Worte die Taten folgen. Die organisatorischen Fehler werden wir nur ausbessern, wenn wir die Sache praktisch machen. Den Kampf gegen den Faschismus werden wir nicht aus Büchern lernen, aus Bürgerkriegsheften (Zwischenruf: Nicht aus Schlageterreden!), sondern

nur wenn wir in den Kampf gehen und uns Erfahrungen holen. Und, Genossen, diese Politik von Halle und Fürstenwalde hält die deutsche Partei für ein ganz wesentliches Stück ihrer Taktik und sie wird nicht darauf verzichten. Daß wir aber eine Kampagne gegen passive Stimmungen führen, ist sehr richtig.

Nun komme ich zu einer andern Frage: Was war auf dem Metallarbeiter-Verbandstag? Genosse Radek hat sich sehr viele geschichtliche Fälschungen erlaubt, aber hier übersteigt er doch die Grenzen. Er stellt es so dar, als hätte uns Dißmann weinend gebeten: „Machen wir eine gemeinsame Leitung", und die böse Zentrale hätte gesagt: „Niemals, Dißmann gefällt uns nicht." Das stimmt nicht. Dißmann war auf dieser Tagung im Begriff, seine Schwenkung zu Ebert zu vollziehen. (Zuruf: Sehr richtig!) Er hat den Antrag auf Hinauswurf aller Berliner Delegierten mitunterstützt. Man wollte sie hinausschmeißen, obwohl sie rechtmäßig gewählt waren mit 55 000 Stimmen in Berlin. Und dann behauptet Radek solche Dinge. Über diese Sache wurde eine Legende in Moskau verbreitet. Ich habe hier so viele Legenden gehört, daß ich nicht auf alle antworten werde. Man sagt, wir hätten Dißmann angeboten, mit ihm zu gehen, wenn er das kommunistische Programm — das Bucharin erst schreiben soll — annehmen will. Wir haben ihm ein Aktionsprogramm für den Metallarbeiterverband vorgelegt, und diese Politik war vollkommen richtig. Ich muß diese Frage ausführlich behandeln, um zu zeigen, wie leichtfertig, wie oberflächlich, wie ohne Kenntnisse der Tatsachen Radek gegen uns polemisiert. In der Zeit des Belagerungszustandes, in der Zeit des Verbotes unserer Partei war dieser Metallarbeiter-Verbandstag die erste Gelegenheit, die Stimme unserer Partei zu erheben. Über 110 Metallarbeiterdelegierte waren Mitglieder der verbotenen Kommunistischen Partei. Selbst wenn Dißmann uns um den Hals gefallen wäre, was nicht der Fall war, hätten wir im Belagerungszustand, während des Verbotes der Kommunistischen Partei besonders kommunistisch, selbständig auftreten müssen.

Ebenso steht die Frage der Metallarbeiterwahlen in Berlin, die hier kurz angeschnitten wurde. Will man denn der Internationale immer wieder Märchen auftischen? Jahre hindurch wurde gesagt, wir hätten in Berlin überhaupt keinen Einfluß. Wir haben in allen Großbetrieben die ausschlaggebende Mehrheit, wir haben über eine halbe Million Stimmen auf uns vereint. Das verschweigt man, weil man unsere Erfolge kleiner machen will.

Ja, wir sind in den Gewerkschaften zurückgedrängt. Bei uns in Berlin, in Hagen, in Halle wurden die tüchtigsten Genossen ausgeschlossen. Wir müssen erst einen neuen Nachwuchs schaffen, neue Funktionäre heranbilden, das ist eine ernste große Aufgabe unserer Partei. Bei den letzten Wahlen bekamen wir 120 Mandate von 300, früher hatten wir mehr. Aber unser Einfluß ist nicht zurückgegangen. In Hagen haben die Amsterdamer den Metallarbeiterverband gespalten, in Halle wurde das ganze Ortskartell ausgeschlossen. Wenn Radek die Zusammensetzung des neuen Kartells in Halle sieht und daraus schließt, daß in Halle keine Kommunisten mehr existieren — so ist das eben Radeksche Politik.

Ich könnte alle Gewerkschaften durchgehen und ähnliche Dinge finden, aber diese Proben werden allen Genossen genügen, die uns noch skeptisch gegenüberstehen.

Nun komme ich auf die Betriebsrätewahlen zu sprechen. Wir hatten *eine* Betriebsrätewahl, bei der wir eine große Einbuße hatten.

Bei den Eisenbahnern hatten wir glänzende Erfolge in Berlin, Oberschlesien und einer ganzen Reihe anderer Städte. Aber in Königsberg, wo die Freunde Brandlers am Ruder sind, haben wir einen völligen Zusammenbruch unserer Bewegung erlitten. Dort sind Übertritte von Eisenbahnern zur Sozialdemokratie erfolgt. Wir haben den Betriebsrätesekretär ausschließen müssen, weil er ein Wirtschaftsprogramm für eine Parteilosen- und Mittelstandsgruppe aufgestellt hat. Das waren die Anhänger Brandlers, die unsere Bewegung zerschlagen haben, indem sie jeden Unterschied zwischen uns und den Reformisten verwischten. Das sind die Tatsachen. Im ganzen übrigen Reiche: Berlin, Ruhrgebiet, Köln, Oberschlesien, haben wir glänzende Resultate erzielt. Warum hat der Genosse Radek nicht Oppeln erwähnt, wo wir die sozialdemokratischen und faschistischen Betriebsräte geschlagen haben, wo wir 90 Prozent aller abgegebenen Stimmen gehabt haben? Solche Tatsachen werden verschwiegen, werden unterdrückt. Man könnte Hunderte solcher Beispiele finden. Das Wesentliche besteht jetzt darin: die Partei konzentriert sich nicht auf die mehr kleinbürgerlichen Bezirke, wo Bündnisse mit den Sozialdemokraten möglich sind, sondern sie nimmt den Kurs auf die großen Industriebezirke, selbstverständlich nicht unter Außerachtlassung der andern, aber wissend, daß Kämpfe dort ihren Ausgang nehmen werden, wo das Industrieproletariat am stärksten zusammengeballt ist.

Noch ein paar Worte über unsere Partei selbst. Wenn wir keine Siege haben, wird man jeden Tag deutsche Fragen haben. Als wir in Frankfurt die Mehrheit hatten, sagten wir klar, wir versprechen euch nichts, wir gehen sehr schüchtern an die Dinge, und die deutsche Partei weiß sehr genau, wo ihre Schwächen und Fehler liegen, und niemand kann Garantien für Siege geben. Die Gefahr, daß wir auch zeitweilig bei der einen oder andern Gruppe von Arbeitern zurückgeschlagen werden, wenn die faschistisch-demokratische Welle eine bestimmte Zeit dauert, ist vorhanden, es kann auch ein Zurückdrängen der kommunistischen Bewegung in Europa für eine bestimmte Zeit möglich sein. Ich glaube nicht an die Dauer einer pazifistischen Ära, trotzdem wir in Italien Umbildungen des Mussolini-Kabinetts haben. Wenn diese Ära käme, müßten wir mit Rückschlägen rechnen. Man muß diese Gefahr sehen, um sie bekämpfen zu können.

Zur Stellung der deutschen Partei und der Exekutive in der *Gewerkschaftsfrage:* Wenn wir auf dem Parteitag einige Differenzen mit der Exekutive hatten, so nicht in der Einschätzung der ultralinken Stimmungen, die wir ebenfalls als gefährlich bekämpft haben. Die Gefahr aber, daß die Partei sich von diesen Stimmungen ins Schlepptau nehmen lassen könnte, ist nicht auf die „Ultralinken" beschränkt. Hier sitzt der Genosse *Losowski,* der noch im Januar den berühmten Maikongreß der Kuchenspaltung, wie ich ihn genannt habe, vorschlug. Er sagte, man nehme 36 deutsche Verbände und teile sie mit dem Messer in zwei Teile. Das nannte er organisierte Spaltung. (Zwischenruf Losowskis.)

Wir haben in Deutschland in dieser Frage die ganzen Jahre hindurch ein Schwanken der Profintern gehabt, das uns viel geschadet hat. In der Gewerkschaftsfrage hat auch Genosse Brandler alle vier Wochen die Spaltung prophezeit. Er hat die Union flattiert. Wenn man hier Kritik übt, sind wir bereit, unseren Teil Prügel zu empfangen, aber wir verlangen, daß auch die andern ihren Teil kriegen. Die jetzige Führung der Partei hat scharf und eindeutig in der Gewerk-

schaftsfrage gegen die „ultralinken" Genossen gekämpft, aber der Kongreß muß auch sehen: Wenn man irgendwo von Stimmungen der Arbeitermassen und nicht der Professoren sprechen kann, dann in der Gewerkschaftsfrage. Ja, es war ein Rückschritt, ein Verzweifeln, eine defaitistische Stimmung unter den Mitgliedern. Aber jetzt sind wir über die größten Schwierigkeiten hinweg und werden stark und fest allen Austrittstendenzen entgegentreten. Die Gewerkschaftsfrage ist für uns eine politische Frage, die abhängt von der politischen Entwicklung. Spitzt sich die Lage zu, wird die Frage der Spaltung akuter; flaut sie ab, rückt die Einheit in den Vordergrund. Deswegen werden wir in bezug auf die Frage der Gewerkschaftsarbeit in Deutschland noch Schwierigkeiten haben. Wir verschweigen dem Kongreß nicht, daß diese Stimmungen noch nicht ganz verschwunden sind. Aber einige Monate zurückblickend, müssen wir feststellen, daß wir einen großen Schritt vorwärts sind dank der Einheit und Geschlossenheit der Partei.

Nun noch ein paar Worte zu unserer deutschen Situation und unserer Gesamtpolitik, um den Teil über Deutschland abzuschließen. Wir haben in unseren Thesen selbst geschrieben, daß wir die *englische Frage* als im *Mittelpunkt* der KI stehend betrachten, aber wir glauben, daß die deutsche Partei trotz der vorübergehenden „Stabilisierung" vor verschärften Kämpfen steht. Das Sachverständigengutachten wird Auswirkungen haben im Sinne verschärfter neuer Krisen. Die Währung ist zwar stabil, aber die Kapitalsknappheit veranlaßt die Unternehmer zu Entlassungen und führt somit zur Arbeitslosigkeit. Wir rechnen mit Massenarbeitslosigkeit, mit großen Differenzen bei den Eisenbahnern. Das Sachverständigengutachten bedeutet eine neue Periode verschärfter Kämpfe in Deutschland. *Unsere Perspektive geht auf Kampf. Auf dem 4. Kongreß hat man die Oktoberlage nicht vorausgesehen. Auf dem 5. Kongreß soll man sich nicht durch Herriot und Macdonald verleiten lassen, eine solche akute revolutionäre Zuspitzung in der nächsten Zeit für unmöglich zu halten.* Wenn wir gegen dieses Sachverständigengutachten eine internationale Kampagne vorgeschlagen haben, so ist das von größter Bedeutung für uns. Dieser 4. Mai, der als internationaler Demonstrationstag von uns vorgeschlagen ist, muß ein Demonstrationstag gegen die pazifistischen Illusionen, gegen den imperialistischen Krieg, für den Krieg der proletarischen Klasse gegen den Kapitalismus werden, die KI muß eine machtvolle Aktion der Internationale daraus machen.

Genossen, wenn wir von der deutschen Partei aus sehr sorgfältig und — wie ich glaube — ziemlich lebhaft die Ereignisse in der Internationale verfolgen, dann wünschen wir von diesem Kongreß eine Formulierung der praktischen Aufgaben, insbesondere in der Frage der Einheitsfronttaktik und der Arbeiterregierung; wir verlangen *für jedes Land eine konkrete Weisung.* Die Delegationen sollen nicht nach Hause gehen mit dem Gefühl, sie müßten Einheitsfronttaktik treiben, ohne zu wissen, mit welchem Ziel, welchem Kampf und welcher Einstellung, sondern mit dem konkreten Ziel, die Massen zum Kampf um die politische Macht zu sammeln. Das muß der Kongreß machen, er muß jedem Land diese konkreten Weisungen geben.

Nun, Genossen, erlauben Sie mir noch folgendes auszusprechen: Die Erklärung, die Genosse *Smeral* hier abgegeben hat, hat uns sehr in Verwunderung gesetzt. Wir sind doch hier nicht in einem bürgerlichen Parlament, wir treiben nicht Diplomatie. Die Partei soll kämpfen, wenn sie sich zu Unrecht angegriffen fühlt. Aber ein so

weiches Zurückweichen gibt uns nicht die Hoffnung, daß wir eine gute Zukunft in der tschechischen Partei haben werden. Brandler ist auch immer so zurückgewichen und hat alle Thesen und Beschlüsse angenommen. Aber nachher war die Politik doch ganz anders.

Genossen, ich möchte auch noch ein paar Worte sagen *zur englischen Frage,* die wir deutschen Genossen für eine besonders wichtige Frage halten. In der englischen Partei steht die Frage ganz anders als bei den gereifteren Parteien. Hier ist die Unerfahrenheit unserer englischen Bruderpartei die Hauptursache für das schwache Auftreten den Reformisten gegenüber. Aber was die englische Partei anlangt, erlaube ich mir zu sagen, daß mein Eindruck folgender ist: Jeder englische Genosse hat zwei Mitgliedsbücher in der Tasche, in der rechten Tasche das der Labour Party, in der linken das der Kommunistischen Partei. Ich habe den Eindruck, daß ihr wochentags Labour Party-Mitglieder seid und Sonntags seid ihr zur Erholung ein bißchen Kommunisten. Der Kongreß muß ganz gründlich in dieser Frage sprechen. Denn die englische Arbeiterregierung ist ein wirklich wichtiges Ereignis im Beginn einer verschärften Entwicklung der Verhältnisse in England. Wenn die englischen Kommunisten vollständig im Schlepptau der Labour Party laufen, werden wir große Schwierigkeiten haben. Die Politik unserer englischen Genossen gegenüber der Labour-Regierung sieht immer so aus: „Lieber Herr Macdonald, mach doch ein bißchen sozialistische Politik." Die fortwährende Welle der ökonomischen Streiks in England zeigt uns die Möglichkeit, daß man dort wirklich versucht, einen linken Flügel der Arbeiterpartei zu bilden, eine wirkliche Organisation der Kommunisten in den Massen, nicht nur in den Gewerkschaften, sondern überall. Und ich glaube auch, daß der Weltkongreß die Frage der Parlamentsarbeit der englischen Partei wird anschneiden müssen. Bei dem Wahlprogramm von *Ferguson* fiel mir auf der Punkt, wo er gegen das Sachverständigengutachten spricht. Er hat den Gegensatz zwischen sich und Macdonald nicht scharf herausgearbeitet, er hat *nicht* betont, daß Macdonald *für* das Sachverständigengutachten ist. Aber die englischen Kommunisten werden niemals die englischen Arbeiter gewinnen, wenn sie nicht gründlich diesen Unterschied herausschälen. Die Verschärfung der Gegensätze zwischen den englischen Kommunisten und der Macdonald-Regierung ist die Vorbedingung für die Schaffung einer englischen Massenpartei. Ebenso werden wir bei den nächsten Wahlen ernsthaft zu prüfen haben, ob unsere Aufgabe darin besteht, daß wir Henderson und Macdonald wiederwählen, oder ob wir nicht eigene Kandidaten aufstellen sollen. Das ist die Frage, die der Kongreß zu entscheiden hat.

Was die *italienische Frage betrifft,* so ist den Genossen bekannt, daß wir auf dem 4. Kongreß für die Fusion eingetreten sind und hier auch dafür eintreten werden. Wir halten manches in der italienischen Partei für zu starr. Aber es war so eine Gewohnheit unserer deutschen rechten Genossen, auf die italienische Linke so zu spucken, als ob sie der Auswurf der Internationale wäre. Wir halten die italienische Linke für einen der besten Teile der Internationale und sind der Auffassung, daß wir alles tun müssen, um eine wirklich gute Arbeit in der italienischen Partei zu leisten.

Genossen, wir haben bei der Betrachtung der internationalen Fragen in unserer Instruktion versucht, für jedes Land konkrete Anweisungen zu geben. Wir werden bei der Debatte über die einzelnen Länder noch versuchen, dies gründlicher zu tun. Was uns als das

Wesentliche an dem Weltkongreß erscheint, das ist neben der Konkretisierung der Aufgaben der einzelnen Sektionen die klare Absage des Weltkongresses an den Radekismus und den Brandlerismus im Weltmaßstabe, ein Beschluß, der so einstimmig wie in der russischen Partei auch in der deutschen Partei diesen Standpunkt ablehnt. Wir wissen genau, welche Schwächen unsere Bewegung hat, und werden für jede Kritik dankbar sein. Wir werden bei dieser Kritik uns aber auch erlauben dürfen, die Fehler der andern zu kritisieren. Was heute das höchste Ziel jedes Arbeiters ist, das ist: *Aus der deutschen Partei eine einheitliche, geschlossene bolschewistische Partei zu machen.* (Beifall.) Und was der Weltkongreß tun soll, das ist, daß er die Internationale nicht werden läßt zu einem Sammelsurium aller möglichen Tendenzen, sondern daß er einen Schritt vorwärts macht zu *einer einheitlichen bolschewistischen Weltpartei.* (Lebhafter Beifall.)

WENZEL: Ich bin von den Genossen Culen, der Genossin Pfeilmayerova, Vescils und Fried beauftragt, folgende Erklärung abzugeben:

Wir, Mitglieder der Parteidelegation der KPTsch, stimmen nicht mit der von der Mehrheit der Delegation abgegebenen Erklärung überein, da in derselben auf die klare Fragestellung des Genossen Sinowjew im politischen Bericht des EK, ob in der KPTsch wie in andern Sektionen der KI opportunistische Tendenzen verhanden sind, nicht ebenso klar bzw. überhaupt nicht geantwortet wird.

Die Erklärung der Delegation ist nicht geeignet, eine gute Zusammenarbeit zwischen KI und KPTsch zu sichern. Warum? Es heißt wohl in der Erklärung, daß man die Ermahnungen und die Hinweise, die Genosse Sinowjew im Bericht anführte, in der ernstesten Weise annimmt, spricht aber nicht aus, ob man sich mit dem in den von Genossen Sinowjew zitierten Artikeln des Genossen Hula und in Artikeln anderer Genossen ausgesprochenen opportunistischen Auffassungen seitens der Parteileitung bzw. der Mehrheit der Parteidelegation solidarisiert, oder ob man sie zurückweist. Ohne eine offene Zurückweisung der erwähnten opportunistischen Tendenzen (seitens der Mehrheit der Delegation) scheint uns die gute Zusammenarbeit der KPTsch mit der KI im Sinne aller Beschlüsse der KI in Frage gestellt und gefährdet. Die Mehrheit der Parteidelegation sollte sich gegen alle opportunistischen Tendenzen aussprechen oder aber das Gegenteil tun, damit, wenn letzteres der Fall wäre, der Kongreß die Möglichkeit hätte, mit der tschechischen Delegation bezüglich der strittigen Fragen zu einer Klärung zu gelangen.

Wir sind jedenfalls der Ansicht, daß Genosse Sinowjew mit seiner Meinung, daß in der KPTsch, im Zusammenhange mit den opportunistischen Tendenzen in der ganzen Internationale, opportunistische Tendenzen vorhanden sind, recht hat, weshalb sich die Partei aufrichtig und konsequent gegen diese Tendenzen abgrenzen müßte.

Diese opportunistischen Tendenzen treten nicht nur in den auf diesem Kongreß zitierten Artikeln zutage. Es können auch andere Beweise für ihr Vorhandensein erbracht werden. In der Erklärung der Mehrheit der Parteidelegation heißt es z. B.: „Auf dem 5. Kongreß kann und muß darüber beraten werden, worin sich die jetzige Situation von der am Anfang des Jahres 1923 unterscheidet, und in welchem Maße wir infolgedessen der Taktik der Einheitsfront und der Losung der Arbeiterregierung einen andern Sinn geben müssen.“ Wir sind aber im

Gegenteil der Auffassung, daß es zwar notwendig ist, die Lage auf diesem Kongreß zu prüfen, nicht aber zu dem Zweck, um der Taktik der Einheitsfront und der Losung der Arbeiterregierung einen andern Sinn zu geben als zu Beginn des Jahres 1923, sondern nur deshalb, um stärker zu unterstreichen, daß die Taktik der Einheitsfront und die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung nur den Sinn haben, den ihnen der 4. Kongreß gegeben hat, der aber infolge opportunistischer Tendenzen in einzelnen Sektionen der KI und auch in der KPTsch mißverstanden und falsch ausgelegt wurde.

Auch in der Parlamentstätigkeit der KPTsch sind opportunistische Tendenzen zu verzeichnen. Anläßlich des ersten Auftretens der neugewählten karpathorussischen Abgeordneten erklärt Genosse Smeral in einer Rede:

„Das karpathorussische Volk muß sich selbst nach seiner eigenen Psychologie, nach seinen eigenen Bedürfnissen und — ich sage auch — nach seinen eigenen Fähigkeiten verwalten. Das einzige, worin ihm die Zentralregierung helfen kann, ist, daß sie ihm nicht nur keine Hindernisse bereitet, sondern es direkt unterstützen wird, damit sich das arbeitende Volk in Karpathorußland in autonomen, legislativen und exekutiv-selbständig entscheidenden Bauern- und Arbeiterräten organisieren kann, und damit diese Räte die legislative wie auch die Exekutivgewalt im Lande in ihre Hände nehmen. Oft weisen Sie darauf hin, daß der Gedanke der Sowjets, der in Rußland erprobt wurde, ein Unsinn sei. Nun, machen Sie jetzt einen Versuch, und es ist möglich, daß Sie bei ihm den Weg zur Lösung der großen inneren Probleme und der großen Probleme der Außenpolitik finden. In jedem Falle kann dieser Versuch mit den Räten, zuerst im östlichen Lande unseres Staates durchgeführt, nicht als unernster, im Widerspruch mit den Grundinteressen des Staates sich befindlicher Gedanke betrachtet werden."

Wir sind der Auffassung, daß diese Art der Aufrollung des Rätegedankens einer Diskreditierung desselben gleichkommt.

In der Erklärung der Mehrheit der Parteidelegation, in der, wie gesagt, auf die von Genossen Sinowjew betreffs der opportunistischen Tendenzen in der Partei gestellte Frage nicht geantwortet wird, wird viel über die von der Partei geleistete praktische Arbeit gesprochen. Die tatsächlichen Erfolge, die die Partei in der verflossenen Arbeitsperiode erreicht hat, bestreitet auch niemand, auch Genosse Sinowjew nicht, der lediglich darauf hinwies, daß auf einigen Gebieten, und zwar gerade solchen, die mit der Einstellung der Partei auf die Vorbereitung der proletarischen Revolution im engen Zusammenhange stehen, wie die Bauernfrage usw., zu wenig getan worden ist. Wir müssen aber doch darauf hinweisen, daß, soweit in der Erklärung von der praktischen Arbeit gesprochen wird, einige Unrichtigkeiten unterlaufen sind, speziell bezüglich der Slowakei und Karpathorußland.

In der Erklärung der Parteidelegation wird besonders der Hinweis des Genossen Sinowjew auf die Apathie der Parteileitung als unbegründet erklärt. Auf der Reichskonferenz der Partei in Brünn erklärte der Vertreter der Parteileitung in der Begründung der von ihm vorgelegten und die Meinung der Parteileitung enthaltenden Resolution zur deutschen und russischen Frage, daß die Parteileitung bereit sei, auch eine andere Resolution anzunehmen, und daß diese Frage für sie keine Vertrauensfrage darstelle. Wir glauben, daß die Gleichgültigkeit

der Parteileitung gerade in diesen wichtigen internationalen Fragen ein Beispiel der erwähnten Apathie ist.

Wir werden zu den einzelnen Fragen in der Diskussion noch speziell Stellung nehmen.

BOSCHKOWITZ (Jugoslawien): Ich erkläre im Namen der Kommunistischen Parteien des Balkans: der bulgarischen, jugoslawischen, griechischen, rumänischen und türkischen, folgendes:

Wir sind mit der Analyse der internationalen Lage, die Genosse Sinowjew im Zusammenhang mit der Tätigkeit und den Aufgaben der KI gegeben hat, einverstanden. Uns dünkt aber, Genossen, daß der Kongreß sich etwas ausführlicher mit der Balkanfrage beschäftigen muß, da dies eine sehr komplizierte und für uns wichtige Frage ist. Auf dem Balkan setzte 1914 der Weltbrand ein. Die gegenwärtige Lage ist nicht im geringsten besser als die von 1914. Den schaffenden Massen droht wieder die Kriegsgefahr, denn die Balkanstaaten sind Werkzeuge der Eroberungspolitik der großen imperialistischen Staaten: Frankreichs, Englands und Italiens. Der Balkan liegt an einer Weltstraße; hier kreuzen sich die Wege der imperialistischen Staaten. Der Balkan ist die Brücke, über die sich die Imperialisten nach Kleinasien und Afrika begeben. Außerdem spielt sich auf dem Balkan der Wettkampf zwischen den Balkanstaaten ab. Die *rumänische* Regierung als ein Agent des französischen Imperialismus provoziert den Krieg. Sie übt einen Druck auf Jugoslawien aus, damit auch dieses ihre räuberischen Interessen in Bessarabien, Siebenbürgen und der Dobrudscha verteidigen und sie im konterrevolutionären Krieg gegen die Sowjetunion unterstützen soll. Mit Ausnutzung der verwandtschaftlichen Bande ist die rumänische Dynastie im Wege der serbischen Dynastie bestrebt, bei der Belgrader Regierung den Abschluß eines Militärbündnisses gegen die Sowjetunion durchzusetzen. Die nationale Frage zersplittert Rumänien, denn es ist nach dem Kriege ebenfalls zu einem Nationalitätenstaat geworden. Einer der Gründe der Schwäche Rumäniens ist daher die nationale Frage. Es wird, um seine Lage zu sichern, zu einem Mittel des französischen Imperialismus, um auf diese Weise die Hegemonie der rumänischen Bourgeoisie zu sichern. Die gegenwärtige Lage in Rumänien schildert die englische Zeitschrift „Nation" vom 7. Juni 1924. Im Zusammenhange mit den Gerüchten über Agrarunruhen stellt die Zeitschrift fest, daß Rumänien für die Revolution reif ist.

Die *mazedonische und thrazische Frage* können sehr leicht einen neuen Balkankrieg hervorrufen. In Mazedonien kreuzen sich jetzt die Eroberungsbestrebungen dreier Balkanstaaten: Jugoslawiens, Bulgariens und Griechenlands, denn die Herrschaft über das Wardartal sichert den freien Ausgang zum Ägäischen Meer. Die Belgrader Regierung hat in der adriatischen Frage (der Hafen von Fiume) mit der italienischen Regierung einen Vertrag geschlossen, um die Möglichkeit zu haben, ihre gesamte Aufmerksamkeit auf den Süden, auf Mazedonien zu konzentrieren und ihre westliche Grenze zu sichern. Die innere Lage Jugoslawiens (nationale und Agrarfrage) hat die Belgrader Regierung zu einem Übereinkommen mit der italienischen gezwungen. Jugoslawien schließt also einen Vertrag mit Italien, um in Mazedonien energischer gegen Bulgarien und Griechenland auftreten zu können und um auf innerpolitischem Gebiete einen noch reaktionäreren Kurs

zu steuern. Tatsächlich beabsichtigte die Belgrader Regierung, im Frühjahr 1924 eine Militärexpedition nach Bulgarien zu unternehmen, die Bergwerke von Pernik zu besetzen und auf diese Weise ein „Ruhrgebiet" auf dem Balkan zu schaffen. In Kroatien, wo die nationale Frage am aktuellsten ist, wird die Reaktion immer größer, und in Mazedonien herrscht weißer Terror.

Ein Vordringen Jugoslawiens gegen Süden birgt den Keim eines neuen Krieges mit Griechenland in sich. Das Übereinkommen der jugoslawischen Regierung mit der italienischen wirkt sich auf das Schicksal Albaniens aus. Dieses verliert jetzt faktisch seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und wird zur italienischen Halbkolonie. An Stelle der südlichen liberalen Regierung kommt die nördliche Regierung (der katholischen Miriditen) mit italienischer Orientierung. Das zeigt, daß in der letzten Zeit der italienische Imperialismus eine Offensive auf dem Balkan eingeleitet hat, um nicht nur das Adriatische Meer zu erobern, sondern auch auf dem Balkan Einfluß zu gewinnen, um dann diese Politik in Kleinasien weiter zu betreiben.

Den Schwerpunkt des Balkans bietet Jugoslawien, das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen. Die südliche Nachfolgerin Österreich-Ungarns ist in aller Form ein Agent des französischen Imperialismus. Jugoslawien ist ebenfalls ein Nationalitätenstaat mit Hegemonie der serbischen Bourgeoisie. Die Serben bilden nur 39 Prozent der Bevölkerung. Genau so wie in Rumänien die rumänische Bourgeoisie die Hegemonie innehat, besteht in Jugoslawien eine Hegemonie der serbischen Bourgeoisie. Jugoslawien ist ein Nationalitätenstaat, in dem wegen der ungelösten nationalen und Agrarfrage der weiße Terror wütet. Den nationalen Druck auf allen Gebieten bekommen nicht nur die Kroaten und Slowenen zu spüren, sondern auch die übrigen nationalen Minderheiten, namentlich die Ungarn und Deutschen. Ende 1920 wurde in Jugoslawien das antikommunistische Dekret erlassen („Obsnaka"). Zu dieser Zeit kam die Offensive der proletarischen Revolution zum Stillstand. Die serbische Bourgeoisie wollte nicht mehr in Gemeinschaft mit der kroatisch-slowenischen Bourgeoisie herrschen. Schon damals offenbarte sich die serbische Hegemonie in einer *Zuspitzung der nationalen Gegensätze.* Außerdem hat der französische Imperialismus einen Druck auf die Belgrader Regierung ausgeübt, um sie zu veranlassen, die Abwürgung der revolutionären kommunistischen Bewegung einzuleiten. Tatsächlich wurde das antikommunistische Dekret erlassen, durch das die KPJ außerhalb des Gesetzes gestellt und die Gewerkschaftsverbände und Parteiorganisationen aufgelöst wurden. Die Arbeiterhäuser, Druckereien und Buchhandlungen der KPJ wurden zuerst beschlagnahmt und dann den Sozialpatrioten und Zentristen übergeben.

Das antikommunistische Dekret wurde somit durch zwei Momente: die konterrevolutionäre auswärtige Politik des französischen Imperialismus und die nationale Frage, hervorgerufen.

Wenn wir uns aber die Frage stellen, wie es geschehen konnte, daß eine so große Partei Ende 1920 infolge dieses Kommunistengesetzes vorübergehend den Kontakt mit den Massen verlieren konnte, so müssen wir den ganzen organisatorischen Aufbau unserer Partei ins Auge fassen.

Die organisatorischen Mängel offenbarten sich in dem Sinne, daß die Partei nach Herausgabe des *„Gesetzes zum Schutze des Staates"* anfänglich von den Massen isoliert war. Die KPJ hatte keinen wohl-

organisierten Apparat auf der Grundlage von Betriebszellen geschaffen. Zu jener Zeit bestanden noch die alten sozialdemokratischen Organisationen, und der organisatorische Apparat war der alte. Die Partei war in den Fraktionen beschäftigt und hatte noch keine Zeit, einen neuen kommunistischen organisatorischen Apparat zu schaffen.

In dieser Periode — 1919 und 1920 — war die KI in Jugoslawien, wie auch überhaupt auf dem Balkan und auch in andern Ländern, für alle in der Arbeiterbewegung wirkenden Elemente eine starke Anziehungskraft und Mode. Daher traten 1919/20 der Partei viele Sozialdemokraten und halbsozialdemokratische Elemente bei. Als dann die Partei in die Periode des „Gesetzes zum Schutze des Staates", wonach kommunistische Propaganda mit 20 Jahren Zuchthaus und Tod bestraft wird, eintrat, verloren alle diese sozialdemokratischen und halbsozialdemokratischen Elemente den Mut, ließen die Partei im Stiche und gingen weg. Die KPJ bekam hier tatsächlich zu fühlen, daß sie nicht durch und durch eine wirklich kommunistische Partei war.

Jugoslawien sollte dem französischen Imperialismus ein *Werkzeug* für seine konterrevolutionäre Politik sein. Wir sehen daher in Jugoslawien eine Steigerung des Militarismus, den nationalen Druck, die Reaktion und den weißen Terror. *Das „Gesetz zum Schutze des Staates"* genügt der serbischen Bourgeoisie nicht mehr. Sie bedient sich daher auch des Faschismus in Jugoslawien.

Die jüngsten Vorgänge in den Bergwerken von Trbowle, die Anfang Juni stattfanden, waren die folgenden: Die Faschisten provozierten einen Konflikt mit den Arbeitermassen, wobei 6 Arbeiter getötet und 25 verwundet wurden. Dieses rief eine starke Gärung in Jugoslawien hervor, und gegenwärtig finden diesbezüglich große Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen statt.

Was die Einheitsfronttaktik betrifft, so wendet die Partei diese als Agitations-, Mobilisierungs- und Organisationsmethode gegenüber allen Arbeiterorganisationen an, die auf dem Standpunkte des Klassenkampfes stehen. Außerdem wenden wir sie auch an in bezug auf die kleinbürgerlichen revolutionären Bauernparteien. So haben wir aus Anlaß der Vorgänge in Trbowle, in Zagreb (Agram) einen Generalstreik und eine Demonstration in Gemeinschaft mit der republikanischen kroatischen Bauernpartei Raditschs veranstaltet.

Die wichtigsten Fragen für uns sind: die nationale und die Agrarfrage.

Die 3. Konferenz der KPJ hat zu diesen beiden Fragen eine Resolution im Geiste der Politik der KI gefaßt, und die Partei arbeitet gegenwärtig in dieser Richtung. Die nationale Frage ist eng mit der Agrarfrage verknüpft, die Agrarfrage steht aber in Verbindung mit der Frage des Arbeiter- und Bauernbündnisses, mit der Losung der Arbeiter- und Bauernregierung. Unsere Partei stellt sich gegenwärtig in der nationalen, der Agrar- und der Organisationsfrage auf einen richtigen Standpunkt. In ihren Reihen dauert der Prozeß der Bolschewisierung an. Zwar hat die Partei noch nicht soviel Mitglieder wie im Jahre 1919/20, sie besitzt aber die Sympathie der Arbeitermassen. Der beste Beweis hierfür sind die Kundgebungen am 1. Mai 1924. In Belgrad hatten die Zentristen und Sozialdemokraten trotz der Unterstützung seitens der Regierung bloß 136 Personen bei der Kundgebung, während unsere Partei, trotzdem am vorhergehenden Tag und am 1. Mai selbst

Verhaftungen vorgenommen wurden (über 600 Personen wurden verhaftet), in Belgrad allein 6000 Teilnehmer bei ihrer Kundgebung hatte.

Unsere Delegation hofft, daß die KI. in der Zukunft den Balkanländern noch mehr Beachtung widmen wird, und sie ist überzeugt, daß die Komintern uns auch weiterhin zu neuen Siegen unter dem Banner des Marxismus und Leninismus führen wird.

HRSEL (KJ Tschechoslowakei): Nach Behandlung der tschechischen Frage auf dem Kongreß beriet die Delegation der KJTsch ihren Standpunkt und beauftragte mich, folgendes zu erklären:

Wir begrüßen es, daß die Mehrheit der Parteidelegation durch ihre Erklärung versucht hat, die strittigen Fragen auszugleichen und sich dem Standpunkt der KI zu nähern. Dieser Versuch ist um so wichtiger, als die in der KPTsch organisierte revolutionäre Arbeiterschaft und Arbeiterjugend für die engste Zusammenarbeit mit der KI und für die Durchführung der Ziele und Grundsätze der KI ist und jeden Versuch der Trübung des Verhältnisses der Partei zur Internationale entschieden zurückweisen würde.

Wir glauben jedoch, daß dieser Versuch der Parteidelegation durch die abgegebene Erklärung nicht voll gelungen ist. Zu Anfang der Erklärung wird zugegeben, daß die Partei noch nicht im entferntesten eine bolschewistische Partei ist, später aber werden alle Einwendungen des Genossen Sinowjew zu widerlegen versucht. Unserer Meinung nach erwähnte Genosse Sinowjew in seinem Referate im Zusammenhang mit den opportunistischen Tendenzen in der ganzen Internationale auch das Vorhandensein opportunistischer Tendenzen in der KPTsch und verlangte von der Delegation der KPTsch eine klare Antwort darüber, ob sich die Delegation mit diesen opportunistischen Auffassungen identifiziert oder ob sie sie zurückweist, da im entgegengesetzten Falle eine Auseinandersetzung der Internationale mit der KPTsch unvermeidlich wäre. Auf diese klare Frage wäre es unseres Erachtens notwendig gewesen, eine klare Antwort zu geben. In der Erklärung der Parteidelegation finden wir dies jedoch nicht.

Genosse Sinowjew hat als Beweis der opportunistischen Gefahr in der KPTsch und zum Zwecke der Signalisierung dieser Tendenzen Artikel des Genossen Hula zitiert, auf das Auftreten des Genossen Vanek verwiesen und den Standpunkt der Partei zur Einheitsfront und Arbeiterregierung, wie er auf dem Kongreß der Partei im Februar 1923 formuliert wurde, erwähnt. Die Erklärung der Parteidelegation spricht sich zwar für eine gewisse Revision der Beschlüsse des Prager Parteitages aus, unseres Erachtens jedoch wäre es vor allem erforderlich gewesen, eine unzweideutige Antwort auf die Frage des Genossen Sinowjew bezüglich der opportunistischen Tendenzen in der KPTsch, eine Antwort darauf zu geben, ob sie die Partei ablehnt oder deckt.

Die Delegation der Partei hat dies nicht getan. Wir glauben, daß dies kein Zufall ist. Wir glauben im Gegenteil, daß es sich um einen Beweis dessen handelt, daß in der Partei solche Tendenzen verhanden sind. Und tatsächlich! Nicht nur in dem Artikel des Genossen Hula über die Mehrheit und Minderheit, sondern auch in andern Artikeln dieses Genossen, sowie in Artikeln der Genossen Vanek und Friedrich, exponierter Genossen und Theoretiker der Partei, sind solche Abweichungen festzustellen. Genosse Vanek erklärte in seiner Antwort an den ultralinke Tendenzen enthaltenden Artikel des Genossen Burian

jun. aus Brünn, daß die Einheitsfronttaktik gerade in offenen Briefen zum Ausdruck komme, daß die Einheitsfronttaktik in der Tschechoslowakei gerade dort Erfolge gezeitigt habe, wo nicht gesagt wurde, daß die Einheitsfronttaktik ein Enthüllungsmanöver darstellt, und daß die KPTsch gerade dadurch, daß sie auf die Entwicklung der deutschen Ereignisse im Oktober nicht besonders optimistisch blickte, recht behalten habe, da die deutsche proletarische Revolution tatsächlich nicht ausgebrochen sei. Zitate können wir hier der Kürze der Redezeit wegen auch aus den übrigen Artikeln nicht anführen. Es sei nur bemerkt, daß sich diese Artikel fast durchweg durch eine ziemliche Voreingenommenheit gegenüber der heutigen Leitung der KPD auszeichnen. Es ist richtig, daß man Artikel schreibt gegen ultralinke Tendenzen, jedoch darf man dabei nicht in das Gegenteil verfallen, denn ultralinke Tendenzen werden oft durch ultrarechte Tendenzen gefördert. Es muß auch erwähnt werden, daß opportunistische Tendenzen auch in der Parlamentsfraktion der KPTsch wahrzunehmen sind. Der Genosse Wenzel brachte in der Erklärung der Minderheit bereits ein Zitat aus einer Rede des Genossen Smeral. Zusammenfassend stellen wir fest, daß es sich hier doch nicht um vereinzelte Erscheinungen, sondern um eine zusammenhängende Kette von Abweichungen handelt. Deshalb waren die von Genossen Sinowjew zitierten Beispiele auch keine Kleinigkeiten, wie hier gesagt wurde, um so weniger, als es bei den erwähnten Artikeln mehr oder weniger um Meinungsäußerungen offiziellen Charakters geht, denn sie sind in keinem Falle widersprochen oder desavouiert worden.

Aber auch in der Frage der Einheitsfront und der Arbeiterregierung scheint uns die Erklärung der Parteidelegation bezüglich der Bereitschaft zur Revision der Prager Beschlüsse nicht genügend klar. Wie in der Erklärung der Minderheit schon gesagt wurde, sind wir der Auffassung, daß auf diesem Kongreß die Lage in den einzelnen Ländern zwar genau geprüft werden muß, aber doch nur zu dem Zwecke der Schaffung von Garantien gegen opportunistische Auslegungen und Anwendungen der Taktik der Einheitsfront und der Parole der Arbeiterregierung, speziell auch mit Rücksicht auf die Prager Beschlüsse.

Soweit Genosse Sinowjew in seinen Ausführungen einzelne Arbeitsgebiete der Partei erwähnte, glauben wir nicht, daß er damit die wirklichen Erfolge, die die Partei während der verflossenen Tätigkeitsperiode tatsächlich erzielt hat, irgendwie herabmindern wollte. Unseres Erachtens ging es dem Genossen Sinowjew darum, im Zusammenhang mit der Notwendigkeit der Führung revolutionärer Teilkämpfe und der Einstellung der Partei auf die Vorbereitung der proletarischen Revolution auf einige Arbeitsgebiete aufmerksam zu machen, die mit diesen Aufgaben in besonders engem Zusammenhang stehen und auf denen die Partei bisher noch zu wenig getan hat. Solche Fragen sind z. B. gerade die Landfrage, die nationale Frage, die Reorganisierung der Partei auf der Grundlage der Betriebszellen und die Sicherung wirklicher Aktivität in der Leitung der Partei. Opportunistische Tendenzen können gewiß in diesen Fragen eine gewisse Passivität hervorrufen. Wir sind wirklich der Auffassung, daß die Partei in der Landfrage, in der nationalen Frage und in erster Reihe bezüglich der Reorganisierung der Partei auf der Grundlage der Betriebszellen bisher noch nicht genug getan hat, und daß noch keine ausreichende, alltäglich aktive politische Führung der Gesamtbewegung seitens der Parteileitung vorhanden ist.

Deshalb glauben wir auch, daß der Genosse Sinowjew mit seinen Ausführungen recht hatte, und daß es richtig war, wenn er über eine gewisse Apathie in der Parteileitung sprach.

Ich will nun einige praktische Beispiele aus dem Leben der Partei anführen, die die gemachten Ausführungen illustrieren sollen. Arbeit auf dem Lande: Bis zu den Wahlen in Karpathorußland hat die Partei in dieser Beziehung wirklich fast nichts getan. Erst diese Wahlen selbst haben die Möglichkeiten auf diesem Gebiete gezeigt. Genosse Sinowjew referierte jedoch über 1½ Jahre, und deshalb war seine Kritik gerechtfertigt. Er wollte damit die Arbeit im Zusammenhange mit diesen Wahlen sicher nicht herabsetzen. Aber auch seit diesen Wahlen ist die Tätigkeit der Partei in der Arbeit auf dem Lande noch ziemlich schwach. Z. B. wurde anläßlich der blutigen Repressalien gegen die Muschiks in Karpathorußland seitens der Partei außer einer parlamentarischen Interpellation und zwei größeren Versammlungen nichts getan. Es ist wahr, daß die nationale Frage durch die Parlamentsfraktion öfters aufgerollt wird. Jedoch muß gesagt werden, daß die Art und Weise, in der dies geschieht, mitunter bedenklich ist. Als die Jugend mit der praktischen Zellenarbeit begann, erklärte die Partei, daß die Jugend keine andere Organisationsform haben dürfe als die Partei, und verlangte, daß die Reichskonferenz der Jugend erst nach jener der Partei stattfinden solle, da sie eine Organisationsform beschließen wolle, die die Partei nicht habe. Die Reichskonferenz der Partei in Kladno selbst sprach sich zwar für die Betriebszellen aus, beschloß aber, die territoriale Ortsgruppe als Organisationsgrundeinheit beizubehalten. Die Reichskonferenz der Partei in Brünn, die zuletzt stattfand, sprach sich für die Reorganisierung aus, ihre Resolution widersprach aber in mehreren Punkten der Januarresolution des EKKI zur Betriebszellenfrage. Sie sieht zwei organisatorische — eine Betriebs- und eine territoriale — Grundeinheiten vor, ersetzt das Wort Zelle durch Sektion, überläßt die Entscheidung über die Reorganisierung dem nächsten Parteikongreß und macht sie abhängig von der Durchschreitung zweier Etappen zu diesem Ziel, der Schaffung von Betriebsvertrauensleuten und Betriebsfraktionen. Die Schaffung wirklicher Betriebszellen vor der Schaffung von Betriebsvertrauensleuten und Fraktionen untersteht der Bewilligung des betreffenden Kreisausschusses. Auf dem Gebiete der antimilitaristischen Arbeit hat die Partei fast überhaupt nichts getan. Die Arbeit, die in beschränktem Umfange geleistet wurde, wurde nach den eigenen Zugeständnissen führender Parteigenossen zum größten Teil von der Jugend geleistet. Natürlich ist auch die Arbeit der Jugend Parteiarbeit. Aber es muß doch festgehalten werden, daß die Partei als solche nichts getan hat. Die Führung der Roten Gewerkschaften seitens der Partei ist nicht genügend stark, die kommunistischen Fraktionen sind noch ziemlich spärlich. Anläßlich der deutschen Ereignisse im Oktober wurden die Arbeiter nicht genügend darauf eingestellt. Die Parteipresse, in erster Reihe die tschechische und besonders das Zentralorgan, brachte nicht genügend Material über die Entwicklung der Dinge in Deutschland, und soweit sie es taten, mit ziemlichen Verspätungen und nicht immer an hervorragender Stelle. Die Jugend wurde über die von ihr im Zusammenhang mit den in Moskau gefaßten Beschlüssen zu leistenden Arbeiten nicht informiert. Schließlich betrachten wir auch die Art und Verzögerung der Stellungnahme der Partei zur deutschen und russischen Frage als eine bedenkliche Erscheinung.

Aus dem Angeführten geht wohl schon hervor, daß der Teil der Erklärung der Parteidelegation über die geleistete praktische Arbeit einige Unrichtigkeiten enthält.

Wir glauben nicht, daß Genosse Sinowjew mit seinem Hinweis auf das Vorhandensein einer gewissen Apathie sagen wollte, daß die Parteileitung überhaupt nichts gemacht habe. Er führte nur mit Recht an, daß eine bestimmte Apathie vorhanden sei, und verwies auf Mittel und Wege zu ihrer Überwindung (z. B. Auffrischung der Parteileitung durch neue proletarische Elemente).

Die Delegation der KJTsch ist jedenfalls mit den Ausführungen des Genosen Sinowjew im großen und ganzen einverstanden und wird im Sinne derselben mit allen Kräften, auf Grund der Beschlüsse der KI, der Partei helfen, sich zu aktivisieren und zu bolschewisieren.

ACHTE SITZUNG

(Montag, den 23. Juni 1924)

Fortsetzung der Diskussion über die Tätigkeit der Exekutive und über die Weltlage

Redner: Brandler (Deutschland), Nguyan ai Quak (Indochina), Thalheimer (Deutschland), Kleine (Deutschland)

Eröffnung: 10 Uhr 30 vormittags

Vorsitz: Kolarow

KOLAROW: Die Sitzung ist eröffnet. Genosse Brandler, der jetzt als erster das Wort ergreifen soll, bittet um eine halbe Stunde Redezeit. (Ruth Fischer: Aber nicht mehr!) Erhebt jemand Einspruch? Nicht.

BRANDLER: Parteigenossen und -genossinnen! Ich spreche hier nicht als Vertreter der deutschen oder einer andern Partei (Ein deutscher Delegierter: Sehr richtig!), sondern ich spreche als Angeklagter, oder besser gesagt, als bereits Verurteilter. Wenn es sich darum handelte, gegen die Anklage Berufung einzulegen und mich persönlich zu rechtfertigen, würde ich auf jede Ausführung verzichten. Es handelt sich nicht darum, mich als Person zu rechtfertigen, sondern wenn ich hier das Wort ergreife und Sie ersuche, endlich einmal bei der höchsten Instanz der Kommunistischen Internationale, beim 5. Kongreß einen Bericht entgegenzunehmen über die entscheidende Zeit, die zu den Oktoberereignissen geführt hat, so deswegen, Genossen, weil das ganz Absonderliche passiert ist, daß gerade über diese Zeit überhaupt noch kein Bericht erstattet worden ist. Es ist entschieden worden in dieser Frage, und diese Politik ist verurteilt worden, bereits ehe ich zur Januarkonferenz nach Moskau kam. Ein Bericht über den wirklichen Verlauf der Dinge ist nicht entgegengenommen worden. Denn das, was der sogenannte Zentrumsvertreter, der Genosse *Koenen*, als Bericht über die Tätigkeit der letzten 1½ Jahre auf dem Parteitag gegeben hat, ist eine Karikatur auf die Arbeit gewesen, die wir in diesen entscheidenden 1½ Jahren geleistet haben. Ich werde deswegen nicht polemisieren und auch keinen Rechtfertigungsversuch machen, sondern ich will zum erstenmal einen Bericht geben über das, was wir getan haben.

Ehe ich das tue, will ich voranschicken zusammengefaßt die Anklagen, die man gegen uns, gegen unsere Politik erhoben hat. Wir sind angeschuldigt worden, erstens die deutsche Revolution verraten zu haben. Wir hätten kämpfen können, aber wir haben aus Feigheit nicht gekämpft. Das ist der eine Standpunkt. Die zweite Nuance ist diese — die vor allem von Genossen Sinowjew vertreten wird —: Wegen sozialdemokratischer, kleinbürgerlicher Abweichungen von der richtigen kom-

munistischen Politik haben wir den Karren so verfahren, daß wir im Oktober dem Kampf ausweichen mußten. Entscheidend sei vor allen Dingen die sogenannte banale parlamentarische Komödie gewesen, die wir angeblich in Sachsen aufgeführt haben, und Genosse Sinowjew und Genossin Fischer beschuldigen uns der Revision des Kommunismus und vor allen Dingen der kommunistischen Staatstheorie. Die dritte Version wird vertreten von der linken Opposition; mit ihr zog sie aus, die Macht in der Partei zu erobern: Wir hätten kämpfen müssen auch mit der Aussicht auf eine Niederlage, weil unsere ganze Politik seit dem 3. und 4. Kongreß falsch war und wir diese falsche Politik sozusagen nur hätten sühnen können in diesem Kampfe, auch wenn er zu einer Niederlage geführt hätte.

Wir sind auf Grund dieser Anklagen auch schuldig gesprochen worden von der Exekutivkonferenz im Januar und vom deutschen Parteitag, und dieser Schuldspruch lautet: Überführt des kleinbürgerlichen Opportunismus. Wir wurden dafür bestraft mit der Entfernung aus der Parteileitung, wir sind — und das ist international zur Richtschnur herausgegeben worden —, wir sind sozialdemokratische Rechte, wir sind *die* Feinde der Partei und der Internationale. Es wurde die Losung ausgegeben: Die Partei kann nur gerettet werden durch schärfsten Kampf gegen diese opportunistische, sozialdemokratische und kleinbürgerliche Rechte. Die Rettung der Partei — so wurde beschlossen, das ist der Inhalt der Beschlüsse der Januarkonferenz — kann nur zustande kommen, wenn die Mehrheit der damaligen alten Zentrale, also das sogenannte Zentrum, die Führung in die Hand bekommt und die Linke, die Opposition, bändigt, daß sie nicht gar zu große Dummheiten macht. Das war der Sinn der Januarbeschlüsse. Die Zusammenarbeit dieses Zentrums und der Linken gegen die Rechte, die die Partei in diese Katastrophe geführt habe, die Zusammenarbeit mit der Linken, wie gesagt, unter Kontrolle, an den Zügeln dieses sogenannten Zentrums, weil doch diese Leute, diese Opposition, die dann die Partei erobert hat, die Politik des EK der deutschen Partei seit dem 3. Kongreß als falsch bekämpft hat.

Sie sehen, daß die Dinge anders gekommen sind. Nicht dieses Zentrum, auf das Sinowjew im Januar alle Hoffnung setzte, hat die Führung der Partei bekommen — es war eine naive Illusion, anzunehmen, daß die Zentrumsgruppe, obwohl sie damals in der Zentrale die Mehrheit hatte, imstande sein würde, in der Partei die Mehrheit zu bekommen —, die Führung in der Partei hat die Linke, die die Politik des EK und der deutschen Partei seit dem 3. Kongreß als falsch bekämpft hat. Genau wie wir im Januar vorausgesagt haben.

Nun, Genossen, wir bekennen uns schuldig, vor allen Dingen die Linie des 3. und 4. Kongresses mit aller Kraft angewandt und durchgeführt zu haben. Und ich erkläre hier auf diesem 5. Kongreß: Wir bereuen das nicht, wir halten das für richtig für die Vergangenheit und halten diese Linie ohne Revision auch heute noch für richtig unter den gegebenen Verhältnissen. Natürlich sind taktische Änderungen nach einer solchen Niederlage in dieser Situation nötig, diese haben aber nichts mit einer Änderung der Linie zu tun, wie sie der 3. und 4. Kongreß bestimmt haben.

Wir erklären, daß die Oktoberniederlage nicht dieser Politik zuzuschreiben ist, sondern daß über die ganzen Dinge, die zum Oktober geführt haben, eine Legende verbreitet worden ist, die es mir jetzt erklärlich gemacht hat, wie Geschichtsklitterungen zustande kommen

können, wie z. B. die über die Wiedertäufer. Ich habe früher nie begreifen können, daß von einer Bewegung wie diese, nachdem sie niedergeschlagen war, jahrhundertelang sich ein solches Zerrbild erhalten konnte. (Lachen bei der deutschen Delegation.) Nun, jetzt sind wir Zeitgenossen der Tatsache, daß ein solches Zerrbild von der Politik und den Ereignissen gemacht wurde, und ich führe das darauf zurück, daß aus Leidenschaft sogar die Genossen und die Arbeiter, die alle diese Dinge mitgemacht haben, die Dinge nicht mehr sehen, wie sie waren, sondern wie sie sie unter den beleidigten Interessen, unter den verschiedenen enttäuschten Hoffnungen, die aus diesen Kampfvorbereitungen entstanden sind, sehen.

Das ist keine Unehrlichkeit, Genossen; das wäre wenig, wenn es plumpe Gaunerei wäre. Es ist gefährlicher. Es sind die Fleisch gewordenen Illusionen, die in Form von Legenden über die Politik dieser Periode gemacht werden. Das ist ungeheuer gefährlich, weil sie an Stelle der wirklichen Fehler imaginäre setzen, weil sie nicht möglich machen, die wirklichen Fehler zu erkennen, so daß die deutsche Partei und die Internationale aus diesen Fehlern lernen könnten. Es wäre falsch, zu sagen, wir hätten keine Fehler gemacht. Aber wenn Sie falsche Fehler unterschieben, so wird der Gesundungsprozeß erschwert. Genossen, nicht die Politik und die Linie, wie sie auf dem 3. und 4. Kongreß beschlossen und wie sie von uns durchgeführt und auf dem Leipziger Parteitag konkretisiert wurde, haben uns zur Niederlage geführt. Wir sind meiner Überzeugung nach in diese Niederlage hineingekommen, weil wir uns einmal eine falsche Aufgabe stellten, uns in der Wahl der Mittel vergriffen und die Kräfteverhältnisse falsch beurteilten. Dann ist es ebenfalls falsch, uns allein verantwortlich zu machen. Diese Fehler haben wir gemeinsam gemacht, die Linke, die Rechte, das Zentrum, die Exekutive und jene Genossen, die als Vertreter anderer Parteien bei den entscheidenden Beratungen anwesend waren. Wir haben diesen Plan gemeinsam aufgestellt, und niemand weder die Linken noch die Vertreter der Exekutive und andere Vertreter, haben dagegen Einspruch erhoben.

Wir müssen feststellen, wo die Fehlerquelle lag. Wir sind nicht in die Niederlage hineingekommen, weil wir die Beschlüsse der Exekutive im September nicht verwirklicht haben, sondern obwohl wir sie durchzuführen versuchten. Ich will feststellen, wodurch die Niederlage in diesem entscheidenden Zeitabschnitt kam. Ich will Ihnen die Tatsachen mitteilen, damit Sie feststellen können, worin unsere angeblich sozialdemokratische, opportunistische Politik bestand. Nach der Rathenaukrise stellten wir uns zwei Aufgaben. Ich kam erst nach Deutschland nach der Amnestie zurück und stellte damals der Partei folgende Fragen und Aufgaben: Erstens erklärte ich, wir müssen, da die Partei nach der Märzaktion sich jetzt erholt hat, aber noch nicht kampffähig, keine kommunistische Partei ist — das Modewort Bolschewisierung hatten wir noch nicht —, eine kampffähige Partei machen, a) durch Vorbereitung auf die Illegalität, weil dafür gar nichts geschehen war; b) durch Schaffung einer kampffähigen Organisation, Einstellung auf den Bürgerkrieg; c) Umstellung der Partei auf die Betriebszellen.

Das war im August 1922. Ich hatte einen ganzen Plan ausgearbeitet, zum Teil mit Genossen aus anderen Sektionen, ich hatte diesen Plan der Zentrale unterbreitet, der ohne Diskussion angenommen wurde. Alle Zentralemitglieder der jetzigen Linken und des Zentrums machten Gesichter wie die Kuh, wenn sie vor ein neues Tor kommt.

Worin gipfelten diese meine Vorschläge? Einmal ideologisch in der Propaganda für die Notwendigkeit der Vorbereitung und der Rüstung zum Bürgerkrieg. Bis dahin war in dieser Hinsicht nichts geschehen in der deutschen Partei. Stimmt das oder stimmt das nicht?

Von Moskau aus habe ich in Form von Zeitungsartikeln, Feuilletons zum erstenmal diese ideologische Umstellung auf den Bürgerkrieg vorbereitet. Erst seit Spätherbst 1922 finden Sie diese Artikel in unserer Presse als ideologische Vorbereitung zum Bürgerkrieg. Wir haben uns nicht darauf beschränkt, wir sind auch an die organisatorische Durchführung der Vorbereitung des Bürgerkriegs herangegangen. Wir organisierten Kampfkaders, wir richteten Schulen ein zur Heranbildung unserer militärisch befähigten Genossen in Form von Roten Offizieren, wir bildeten Partisanengruppen, Spezialkommissionen für Eisenbahner, wir gingen zum erstenmal an die Organisierung eines Nachrichtendienstes heran, der über Parteiklatsch hinausging, der Gegenspionage, Spitzelentlarvung usw. zur Aufgabe hatte.

Wir haben diese Linie gegen große Widerstände in der Zentrale und der Partei durchzuführen versucht. Wir haben nicht alles erreicht. Aber wir erreichten, was überhaupt unter den gegebenen Umständen möglich war. Wir haben sofort mit der Umstellung von einer sozialdemokratischen Wahlorganisation auf Betriebszellen und auf Betriebe begonnen.

Wir haben vorgeschlagen und durchgeführt die Organisation der Sympathisierenden, durch revolutionäre Betriebsräte, Kontrollausschüsse und proletarische Hundertschaften.

Das war unser „opportunistisches, kleinbürgerliches, unkommunistisches" Programm und unsere Arbeit.

Unsere ganze Parteiarbeit bestand darin, die oben angeführten Aufgaben durchzuführen. Auch was die dritte Aufgabe: Organisierung der Sympathisierenden, anbetrifft, hat uns der Genosse Sinowjew einen Vorwurf gemacht, indem er sagte: Ihr seid Evolutionstheoretiker, ihr schmeißt die Revolutionstheorie über Bord. Ich habe diesen Vorwurf nie recht begriffen. Wenn er überhaupt einen Sinn hat, so den, den uns die Linken, Maslow und Ruth, gemacht haben, daß unsere angeblich kleinbürgerliche und unkommunistische Evolutionstheorie darin bestand, daß wir erklärten, daß wir erst dann siegreich kämpfen können, nach den vielen Niederlagen, die das deutsche Proletariat unter schlechter Führung erlitten hat, wenn wir alle die Vorbereitungen, wie sie in diesem Programm entwickelt sind, Umstellung auf Kampffähigkeit, illegale und Militärarbeit, Betriebszellen und feste Organisierung der Sympathisierenden —, wenn wir alle diese Vorbereitungen bis zu einem gewissen Grade realisiert und durchgeführt haben; daß wir neue Niederlagen bekommen, wenn wir uns bei der stark organisierten deutschen Bourgeoisie, bei der großen Beweglichkeit, die sie taktisch aufbringt, wenn wir uns ohne diese Vorbereitungen in den entscheidenden Kampf begeben.

Wenn die Partei und das EKKI jetzt daraus die Theorie der Revidierung des Kommunismus ableiten, dann bekennen wir uns auch darin schuldig. Die Partei kann meines Erachtens nur in Kämpfe gehen, denen sie gewachsen ist. Wir haben keine Angst vor Kämpfen, wir brauchen das nicht mit dem Maul zu beweisen, weil wir es durch Kämpfe bewiesen haben, aber nur zu kämpfen, um Prügel zu bekommen, das ist nicht kommunistisch. Wenn wir nur zu gut vorbereiteten Kämpfen auffordern, so, daß jeder Arbeiter die feste Über-

zeugung gewinnt, daß wir Prügel bekommen haben, obgleich alles getan wurde, was in unseren Kräften stand, um sie abzuwenden, dann schaden uns die Prügel nicht. Wenn wir aber die Arbeiterschaft in Kämpfe führen, ohne daß wir dieses Maximum an Vorbereitungen getroffen haben, das notwendig ist, dann fördern wir nicht die Kampfkraft der Arbeiter, sondern hemmen sie nur. Es ist lächerlich, uns vorzuwerfen, wir gehen nicht in Kämpfe aus Scheu vor Niederlagen. Jeder, der uns kennt, weiß, daß wir viel zu lange zu Kämpfen aufgefordert haben, die nicht genügend vorbereitet waren. Das Revision des Kommunismus, der kommunistischen Theorie zu nennen, halte ich für vollkommen falsch. Wir haben — das sage ich mit allem Nachdruck — dieses Programm durchzuführen versucht. Wir haben nicht von der Organisierung der Revolution gesprochen und sehr wenig die Diktatur des Proletariats als konkrete Kampflosung herausgegeben, ja sogar zu wenig diese konkretisierten Kämpfe propagandistisch ausgerichtet auf die Losung der Diktatur des Proletariats. Das war ein Fehler. Aber wir haben mehr als jene Genossen, die nur von der Organisation der Revolution und nur von der Diktatur des Proletariats sprachen, getan. Wir haben ein Vielfaches mehr getan, indem wir diese konkreten Aufgaben stellten und auch nach Kräften durchführten.

Zum Beispiel unser Militärprogramm. Mit welchen Widerständen hatten wir zu rechnen, als es angenommen wurde, ohne daß ein inneres Verständnis und Interesse dafür vorhanden war. Wir haben die erste Zusammensetzung der Bürgerkriegskommission im Februar 1923 aus mir bekannten alten Genossen mit militärischen Fähigkeiten im Bürgerkrieg aus dem Jahre 1918, aus dem Roten Soldatenbund, aus den Kämpfen in München, aus dem Kapp-Putsch und der Märzaktion, organisiert. Mitte Februar haben wir „sozialdemokratischen, kleinbürgerlichen Opportunisten" gegen den radikalen Widerstand der Zentrale, auch der Linken, diese Genossen zusammengeholt und ein konkretes Programm für die Militärarbeit ausgearbeitet. (Thälmann: Das ist eine Lüge!) Wir werden es feststellen, es sind Genossen hier, die auf dieser Konferenz anwesend waren, und ich bin bereit, *diese* Genossen antworten zu lassen, ob meine Behauptung eine Lüge ist. (Kandl: Als wir es damals taten, hat man uns mit Ausschluß gedroht!) Wir haben im Februar die Dinge besprochen . . . .

Diese militärische Arbeit haben wir „opportunistischen, sozialdemokratischen Kleinbürger" getan. (Ruth Fischer: Däumig hat das alles auch gemacht!) Genossin Fischer, das stimmt nicht. Was Däumig gemacht hat, weiß ich besser als Sie, weil Sie damals noch gar nicht in der Partei waren. Sie haben damals noch in Österreich, in Wien gearbeitet, und zwar so, daß die Genossen froh waren, als Sie Wien verließen.

Wir haben gleichzeitig versucht, den Nachrichtendienst zu organisieren . . . .

Ich verweise noch auf unsere Schwierigkeiten bei den Versuchen, das Bürgerkriegsmaterial in Rußland zu sammeln . . . .

Wir haben jedenfalls als erste in Deutschland in Form von Zeitungsartikeln systematisch Bürgerkriegsmaterial herausgebracht. Das Wichtigste ist in den sechs Boschüren über den Bürgerkrieg enthalten. Und wir haben auch als erste entsprechende Organisationen geschaffen. Das ist auch ein Teil unserer „sozialdemokratischen, kleinbürgerlichen" Arbeit.

Wir haben nach dem Leipziger Parteitag das ganze Organisationsbureau der Partei umgestellt und haben den Auftrag gegeben, die Umstellung der Partei von der territorialen Organisation, von der sozialdemokratischen Wahlorganisation auf die Betriebszellen vorzunehmen. Das Organisationsbureau hat wie noch nie in der deutschen Partei vom ersten Tag nach dem Leipziger Parteitag an versucht, mit aller Kraft diese Umstellung durchzuführen. Es ist in der Parteizentrale auf heftigen Widerstand gestoßen Aber das war nicht das Wichtigste, sondern viel schlimmer war die passive Resistenz und der Unverstand, die in dieser Frage bis heute noch nicht aus der Partei ausgemerzt sind. Die Linken haben besonderen Anteil daran.

Nun zu dem Wichtigsten, zum Zustand in der Partei. Man wirft mir vor, den Riß in die Partei hineingetragen zu haben. Als ich nach der Rathenaukrise aus dem Exil zurückkam, war der Riß bereits in der deutschen Partei zwischen der Berliner Opposition und den andern Bezirken vorhanden. Als ich im Frühjahr 1921 verhaftet wurde, bestand er nicht. Nicht ich, nicht wir haben diesen Riß geschaffen, sondern er war bereits da. Und wir stellten uns die Frage: Wie können wir diesen Riß, der, wenn er weiterbesteht, die Partei nicht kampffähig werden läßt, beseitigen? Wir haben bei Lösung der Aufgabe einen sehr entscheidenden und schweren Fehler gemacht. Aber wir haben den Riß nicht geschaffen. Ehe der Leipziger Parteitag zustande kam, haben wir mit allen ernsten Genossen darüber gesprochen. Es gab zwei Wege: die führenden Genossen der Linken — ja, es hing von Personen ab — Maslow und Ruth Fischer, in die Zentrale zu nehmen und *mit* ihnen diesen Riß zu liquidieren, oder die Genossen nicht in die Zentrale zu nehmen und dann doch einen Weg zu finden zur Liquidation dieses Risses.

Genossen, wir haben den zweiten Weg gewählt, und das war ein Fehler.

Genossen, wir haben hier den schwersten Fehler gemacht, weil der zweite Weg vor allen Dingen darum nicht gangbar war, weil die Genossen, die mit uns den zweiten Weg gehen wollten, die Zentrumsleute und ein Teil der jetzigen Linken, den zweiten Weg zu gehen mit allen Konsequenzen nicht den Mut hatten. Das war der zweite Fehler, der uns hinderte, die Partei als Ganzes zu aktivisieren, weil wir dadurch den Riß nicht überwinden konnten.

Und nun die wichtigsten politischen Tatsachen. Während der ganzen anderthalbjährigen Periode unserer Tätigkeit stand Deutschland politisch und ökonomisch vor dem Zusammenbruch der Finanzen. Die Ernährungskrise begann immer mehr Schwierigkeiten zu machen. Es war noch kein Zusammenbruch der Produktion da. Unsere Tätigkeit beginnt zeitlich mit der Entstehung der Cunoregierung. Wir haben die Cunoregierung begrüßt mit einer Mobilisierung der Arbeitermassen in ganz Deutschland, wie noch niemals in Deutschland zu einer Regierungsbildung Stellung genommen worden ist. Wir haben an demselben Tage, an dem Cuno sein Regierungsprogramm im Reichstag kundgab, den ersten Reichsbetriebsrätekongreß im November 1922 abgehalten und haben dem Programm Cunos unser sogenanntes Rettungsprogramm der Arbeiterklasse entgegengestellt. Ich hielt das Referat und habe das Programm genannt: Maßregeln zum Kampf gegen den Hunger, zum Kampf gegen die Konterrevolution und zum Kampf gegen den Versailler Vertrag. Wir haben ein Maximum von Massen mobilisiert, um dieses Programm als Massenprogramm aufzustellen, und wir haben ein Maxi-

mum von Kraft angewandt, um das aufgestellte Programm zu realisieren. Dieser Kongreß war der Beginn und Auftakt der Sammlung und Organisation der Peripherie der mit der Kommunistischen Partei sympathisierenden parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitermassen. Und die Organisationsform war die der revolutionären Betriebsräte, der Kontrollausschüsse und der proletarischen Hundertschaften. Gewiß, im einzelnen hätte noch mehr und manches anders geschehen können. Aber im großen und ganzen, behaupte ich, haben wir herausgeholt, was in unserer Kraft stand, und niemals, solange die Kommunistische Partei in Deutschland besteht, hat sie diese Aktivität aufgebracht, um die gestellten Aufgaben auch in die Praxis umzusetzen. Wir sehen folgendes: Unter dieser Agitation, unter diesen objektiv günstigen Zuständen, unter der Cunoregierung, die in den Ruhrkampf hineintrieb, gelang es uns, in einem Teile Deutschlands dieses unser Programm, vor allem die Organisierung der Peripherie und die Schaffung überparteilicher Klassenkampforganisationen, die Zusammenfassung der revolutionären Betriebsräte in Kontrollausschüssen und Hundertschaften, auch ganz gut durchzuführen. In anderen Teilen gelang dies aber nicht. Aufgegriffen wurden unsere Losungen im Ruhrgebiet, in Rheinland-Westfalen, in Oberschlesien und in Mitteldeutschland: Sachsen, Thüringen und Halle-Merseburg. Und wieder habe ich einen großen Fehler gemacht, den die andern heute so klugen Genossen aber auch nicht korrigierten. Ich sah in der Tatsache, daß es uns eigentlich nur gelang, in Oberschlesien, im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland die Organisierung der Peripherie und die Belebung der Aktion der Massen der mit uns sympathisierenden Arbeiter durchzuführen, in den linken Bezirken jedoch nicht, in der Hauptsache nur eine Unfähigkeit unserer linken Genossen. Das war ein großer Fehler. Gewiß hat diese linke Einstellung eine gewisse hemmende Bedeutung. Aber nicht das war das Entscheidende. Das habe ich eigentlich erst nach dem Oktoberzusammenbruch begriffen. Wir bekamen in den sogenannten rechten Gebieten zuerst die Bildung der Klassenkampforganisationen, weil in diesen Gebieten die bürgerliche Staatsmacht so geschwächt war, daß wir dort den Widerstand der alten Ordnung leichter überwinden konnten als in Berlin und Hamburg. Diese Störung und Schwächung des bürgerlichen Staatsapparates war in Rheinland-Westfalen und im Ruhrgebiet zurückzuführen auf die französische Okkupation, die den deutschen Staatsapparat ausschaltete, und sie war in Oberschlesien darauf zurückzuführen, weil in diesem Gebiet auf Grund des Versailler Vertrages die schöne Reichswehr nicht gehalten werden darf. In Mitteldeutschland kam sie zustande, weil es uns dort zum ersten Male aus eigener Kraft gelang, die parlamentarischen und Massenaktionen durch Anwendung der Einheitsfronttaktik so geschickt miteinander zu verbinden, daß wir auch dort das Funktionieren des bürgerlichen Staatsapparates gegen die Arbeiterschaft hemmten, desorganisierten, so daß wir dort imstande waren, die Betriebsräte ganz anders funktionieren zu lassen als anderswo, die Kontrollausschüsse und die Hundertschaften zusammenzuschließen und zu organisieren. Das war das Entscheidende. Ich werde in einem andern Zusammenhange noch darauf zu sprechen kommen. (Zuruf: Wie lange willst du noch reden, du sprichst schon eine halbe Stunde!) Ich begreife, daß euch meine Rede nicht gefällt. Ihr habt jederzeit das Recht, mir das Wort zu nehmen, wenn ihr mich nicht hören wollt. Der Kongreß hat das Recht, mich nicht weiterreden zu lassen. Aber auf deine Zwischenrufe werde ich nicht reagieren. Ich bin allerdings der

Meinung, daß es dieses letztemal, wo ich vielleicht die Gelegenheit habe, über diese Dinge zu reden, im Interesse der Internationale und der deutschen Bewegung liegt, wenn ihr nicht mit 10 Minuten rechnet, sondern hört, was ich zu sagen habe. Wenn ihr das nicht wollt, dann laßt es bleiben. Ich sage das nicht meinetwegen, sondern wegen der deutschen Partei und wegen der Internationale.

Genossen, als die Ruhrbesetzung einsetzte, haben wir dazu Stellung genommen. Es wird vor allen Dingen auf den Leipziger Parteitag hingewiesen, auf den Leipziger Parteitag, der angeblich der Anfang der Revision der Staatstheorie des Kommunismus ist, und es wird so dargestellt, in Deutschland sei ich der Parteiverderber, hier in Rußland Radek, ich sei eigentlich bloß so der Trottel, der sich von Radek verführen läßt. Ich bedanke mich für beide Rollen. Ich habe gegen Radek in wichtigen Dingen Stellung genommen, wo sich herausgestellt hat, daß er recht hatte, und in wichtigen Entscheidungen, wo sich herausgestellt hat, daß er nicht recht hatte. Und er war gerade in entscheidenden Fragen nicht mit mir, sondern mit der Berliner Organisation. Er hat hier den schwersten Teil seiner Fehler auf seinem Kerbholz zu tragen. Also macht keine solche lächerlichen Witze, ich bin weder der Hanswurst von Radek noch von irgendeinem andern. Ich bin nie der Mensch gewesen, der sich einschüchtern oder kaufen läßt, ich lasse mich lediglich überzeugen, nicht einschüchtern oder kaufen. Und wenn mich jemand nicht überzeugt — ob das Radek ist oder irgendein anderer —, dann werde ich nicht zu seinem Trottel oder Knecht. Ich habe, ohne mit Radek zu sprechen, auf dem Leipziger Parteitag die Thesen ausgearbeitet und in dem politischen Referat zu der Ruhrbesetzung Stellung genommen. Und ich habe folgendes gesagt — ich lese diese „kleinbürgerliche, opportunistische Stelle" vor, weil es wichtig ist, denn 98 Prozent der Genossen, die uns auch hier auf diesem Kongreß verurteilen wegen meiner angeblichen opportunistischen Reden in Leipzig, wegen meiner Entgleisungen, wegen meiner angeblichen Revision des Kommunismus und der Staatstheorie, die haben sich keine Mühe genommen, diese Reden zu lesen, sie haben nur 25mal die Zitate der Genossin Fischer gehört. Ich habe die Situation bei Beginn der Ruhrbesetzung folgendermaßen charakterisiert, das war meine „kleinbürgerliche Auffassung":

„Wir brauchen nicht erst auf dem Parteitage eine tiefe theoretische Analyse der gegenwärtigen Lage anzustellen, weil die gegenwärtige Situation genau der Perspektive entspricht, die wir bereits im Jahre 1918 hatten. Es gilt nur, sich klar zu werden über das gegenwärtige Kräfteverhältnis, um die Etappe klar herauszuarbeiten, in der wir uns befinden. Weil es der Arbeiterklasse im Jahre 1918 nicht möglich war, die Macht, die damals nach dem verlorenen Kriege auf der Straße lag, fest in den Händen zu halten, weil es damals nicht möglich war, im Jahre 1918 die Mehrheit der deutschen Arbeiter für den Kommunismus zu gewinnen — deswegen sind wir heute da, wo wir stehen: bei der Ruhrbesetzung und bei dem Sieg des Faschismus in Bayern. Der Sieg des Faschismus ist die größte Niederlage, die das Proletariat in allen bisherigen Kämpfen erlitten hat."

Genossen, ich habe bei dem Nachlesen meiner Rede sogar gefunden, daß nicht der Radek der große Verbrecher ist, der den Sieg des Faschismus in Deutschland entdeckt hat, sondern daß ich den Sieg des Faschismus in Bayern entdeckt habe auf dem Leipziger Parteitag. Weil wir

nun einmal diese Verführungstheorie auf dem 5. Kongreß haben, muß festgestellt werden, daß nicht Radek mich, sondern umgekehrt ich Radek verführt habe.

Ich schlußfolgere über die Situation auf dem Leipziger Parteitag mit dem Satz:

„Das bedeutet, daß wir in einer höchst revolutionären Situation leben, in einer Situation, wo der Zusammenbruch der Politik der bisherigen Machthaber offenkundig zutage tritt."

Und die Rolle der Kommunistischen Partei, die ich angeblich revidiert habe, habe ich auf dem Leipziger Parteitag so umschrieben, daß der heutige linke Parteitheoretiker Korsch damals vollkommen mit mir einverstanden war:

„Es gibt keine andere Kraft in Deutschland, als die von der Kommunistischen Partei geführte revolutionäre Arbeiterklasse, die aus diesem Elend einen Ausweg finden kann."

Genossen, damit will ich mit diesen Zitaten aufhören, die meine Revision des Kommunismus, die meine Revision der Rolle der Kommunistischen Partei und die Revision der Staatstheorie charakterisieren, die ich „Opportunist und Kleinbürger" schon in Leipzig vorgenommen haben soll.

Wir haben die Losung ausgegeben bei der schwierigen Situation der Ruhrbesetzung: „Wir müssen den Kampf aufnehmen gegen Poincaré an der Ruhr und gegen Cuno an der Spree." Wir haben, um diesen Kampf durchzuführen, vor der Ruhrbesetzung, auf unsere Initiative, die Essener Konferenz einberufen und haben mit den französischen Genossen, mit der französischen Bruderpartei, mit Vertretern der tschechoslowakischen und polnischen Bruderparteien ein Programm aufgestellt, ähnlich dem auf dem Betriebsrätekongreß angenommenen, wie wir den Kampf gegen die Ruhrinvasion ausnutzen und führen. Obgleich die Initiative von uns ausging, hat die Exekutive die Beschlüsse gebilligt. (Ruf aus der deutschen Delegation: Wir haben den Bericht darüber wirklich schon gehört.) Ich rede doch nicht für dich. (Vorsitzender *Kolarow:* „Lassen Sie den Redner sprechen." Der betreffende deutsche Genosse ruft weiter: „Nicht das, was jedes Kind weiß. Er soll dem Kongreß sagen ..." Vors. *Kolarow:* Sie haben nicht das Wort. Genosse Brandler, fahren Sie fort. Lärm bei der deutschen Delegation. *Radek:* Hier ist die Internationale, nicht der Deutsche Reichstag. Weiteres Lärmen bei der deutschen Delegation.)

Aber ich spreche für die anderen Genossen, die doch ruhiger zuhören und dadurch bezeugen, daß sie mich anscheinend anhören wollen. (Ruf aus der deutschen Delegation: Die verstehen dich ja nicht! — Ein Genosse aus einer andern Delegation ruft: Die verstehen doch!) Wir haben die Losung des Zweifrontenkampfes ausgegeben. Wir haben diese Propaganda mit aller Kraft durchgeführt, die uns aber trotzdem nicht in den Stand setzte, am Anfang es zu Aktionen im Ruhrgebiet zu bringen. Wir hatten ungeheuren Zulauf zu den Versammlungen, brachten aber Massen nicht in den Kampf. Das war kein Zufall. In der damaligen Situation wurden die Arbeiter des Ruhrgebiets poussiert von der Leitung der Besatzung und von den deutschen Unternehmern; sie bekamen 100 Prozent Lohnzulage. Aufgenommen wurden die Losungen der Kontrollausschüsse und der Hundertschaften, und weil der Staatsapparat geschwächt war, entwickelte sich diese Kampforganisation *dort* verhältnismäßig leicht und rasch.

Ende Mai will die deutsche Bourgeoisie kapitulieren. Bei der Analyse des Ruhrkampfes durch Genossin Zetkin und in den Artikeln der Genossen Sinowjew und Radek wurde der Ruhrkampf richtig charakterisiert nicht als der Versuch eines Machtkampfes zwischen der deutschen und der französischen Bourgeoisie, sondern als der Versuch eines Kampfes um ein Mehr oder Weniger des Anteils bei der Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse. Wenn die Dinge so waren, wenn wir richtig visiert hatten, dann ergab sich, daß wir natürlich mit einer revolutionären, auch katastrophalen Zuspitzung rechnen, uns aber auch darüber klar sein mußten, daß die deutsche Bourgeoisie sich wegen einiger Prozente Anteile mehr an der Ausbeutungsquote nicht in eine Katastrophe treiben lassen würde, die ihr die Macht kosten würde. Deshalb war die Aussicht, daß wir wegen der Konflikte bei der Verständigung in einen solchen Machtkampf kämen, sehr gering. Die Bourgeoisie versuchte die Verständigung durchzuführen, indem sie ein Blutbad unter den revolutionären Arbeitern anzetteln wollte. Sie provozierte den Maistreik und wollte das deutsche Proletariat mit französischem und deutschem Militär gemeinsam niederschlagen, um von sich die Verantwortung für die nationale Kapitulation abzuwälzen auf die deutsche Arbeiterklasse. Ich erinnere an den Lutterbeckbrief.

KOLAROW: Ihre Zeit ist schon vorüber. Wie lange brauchen Sie noch:

BRANDLER: Ich kann es nicht genau sagen, bitte noch um eine halbe Stunde.

THÄLMANN: Du kannst doch nicht vier Stunden sprechen!

BRANDLER: Das will ich nicht, obgleich andere vier Stunden gesprochen haben. Ich weiß nicht, ob die Situation nicht so ernst ist, daß — ich habe doch die ganze Zeit geschwiegen —, gebt mir die Zeit, es wird höchstens eine Stunde dauern. (Rufe aus der deutschen Delegation.)

KOLAROW: Also *im ganzen* eine Stunde.

BRANDLER: Ich möchte folgendes sagen: Bei diesem Ruhrkampf haben wir zum erstenmal die Führung der Ruhrarbeiter in den Händen gehabt. Es wird uns ein Vorwurf daraus gemacht, daß wir verhütet haben, daß die Arbeiterklasse im Ruhrgebiet in einem entsetzlichen Blutbad zwischen deutschen und französischen Bajonetten geschlagen wurde. Wir hielten es für unsere kommunistische Pflicht, dies zu verhindern. Diese unsere Taktik hat uns in Oberschlesien und Sachsen und im Ruhrgebiet so breite Sympathien geschaffen, daß wir auch die Führung aller kämpfenden Arbeiter in Händen hatten. Das ist der Unterschied zu heute — zum Teil ist der Oktober daran schuld, zum andern Teil die falsche Leitung —, daß alle Arbeiter, die 1923 kämpften, nicht kämpften unter den Amsterdamern und Sozialdemokraten, sondern unter Führung der Kommunistischen Partei, während jetzt, bei prozentual mehr wirtschaftlichen Streiks und mehr Teilnehmern als 1923, das ganze Jahr seit Anfang Januar bis Ende April dies nicht der Fall ist. Jetzt führen nicht wir Kommunisten, sondern die Amsterdamer. (Rwal: Und Oberschlesien?) Mit Ausnahme von Oberschlesien. Ich gebe dem Genossen Rwal recht.

Der Höhepunkt unseres Einflusses auf die sympathisierenden Arbeitermassen war der sogenannte Antifaschistentag, auch eine „klein-

bürgerliche, sozialdemokratische, antikommunistische" Handlung, für die ich die volle Verantwortung übernehme. In einem Aufruf habe ich, nicht theoretisch, sondern praktisch, die Frage des Bürgerkrieges gestellt. Es war eine ganze Anzahl von Linken und vor allem Zentrumsleuten, die ein Gesicht machten wie die Katze, wenn es donnert, als wir diesen Aufruf vorlasen. Wir gaben in ihm die Losung aus, ohne Sozialdemokratie durch eigene Kräfte der Kommunisten den Kampf zu organisieren. Wir haben uns weder von unten noch von oben an die Sozialdemokratie gewandt, trotzdem gelang es uns, weil wir durch unsere Poltik das Vertrauen breiter Arbeitermassen errungen hatten. Wir konnten den Kampf nicht aufnehmen, obgleich es ein Höhepunkt war, weil die organisatorischen Vorbereitungen zum Bürgerkrieg noch ganz rückständig waren. Der Bürgerkrieg ist nicht nur eine Notwendigkeit, sondern auch eine Kunst. Als das Verbot kam, wurde auf meinen Vorschlag beschlossen, die Demonstrationen im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und in Mitteldeutschland abzuhalten, obgleich sie dort verboten waren, mit der Maßgabe, die Demonstrationen bewaffnet zu schützen. In den übrigen Teilen Deutschlands, wo wir keine Kampfgruppen, keine Hundertschaften, keinen Schutz hatten, sollte man sich zurückziehen auf Demonstrationen in geschlossenen Räumen. Das ist angeblich wieder ein opportunistischer Fehler, aber ich halte die Taktik für richtig. Hätten wir damals so unvorbereitet den Kampf aufgenommen — wir diskutierten heute nicht über den Oktober, wir hätten die Juliniederlage gehabt. Wir verloren dadurch nicht die Massen, sondern gewannen ihr Vertrauen.

Ich will auf eine ganze Reihe wichtiger Darlegungen verzichten, um mich kurz fassen zu können. Ich will noch folgendes sagen: Die meisten Genossen verkennen, daß wir es bei der deutschen Bourgeoisie trotz aller Niedergangstendenzen mit einer Kraft zu tun haben, die ganz anders ist als die der russischen Bourgeoisie 1905 und 1917. Und ich weise darauf hin, daß vor allem die deutsche Sozialdemokratie einen ganz andern Einfluß auf die Massen, andere organisatorische Verwurzelung in Gewerkschaften und Genossenschaften, und seit der Novemberrepublik in den Gemeinden und Landesregierungen hat, wovon sich leider sehr viele deutsche und auch russische Genossen eine ganz falsche Vorstellung machen. Wir erschüttern nicht durch Posaunentöne, sondern durch zähen, systematischen Kleinkrieg, durch fortwährende Entlarvung der sozialdemokratischen Führung dieses Vertrauen der Arbeiterschaft zur Sozialdemokratie. Wer die Geduld verliert, diesen zähen Kampf zu führen, ist kein Revolutionär, gewinnt die Masse nicht, stößt sie ab. Auch das hämische Zitat und die hämische Bemerkung der Genossin Fischer über Arbeiteraristokratie zeigt nur, daß sie nicht begriffen hat, welche Rolle die Arbeiteraristokratie bei uns spielt. In Rußland gab es keine Arbeiteraristokratie. Aber wenn wir in Deutschland den Fehler machen, große Teile der Arbeiterschaft, die nicht in der stürmenden Reihe sein werden, nicht neutralisieren zu lernen, werden wir das mit vielen Niederlagen bezahlen. Mit Witzen, weil ich auf dieses Problem hinweise, ist gar nichts gesagt.

Zu den Oktoberereignissen. Wir waren uns darüber klar, nach dem Antifaschistentag und nach dem Cunostreik, daß wir uns mit aller Kraft rüsten müßten, um den zu erwartenden Vorstoß der Bourgeoisie aufzufangen — und ich könnte hier wieder zitieren, habe aber keine Zeit dazu, es steht übrigens alles abgedruckt im Leipziger Parteitagsprotokoll — mit den geschaffenen Klassenorganisationen, damit, wenn,

ungefähr wie bei der Ermordung Rathenaus und Erzbergers, eine große, wirkliche Kampfbereitschaft da ist, diese nicht von der Sozialdemokratie abgefangen und gedämpft wird, sondern damit wir diese Bewegung führen und, wenn möglich, aus der Verteidigung zum Angriff übergehen können. Das war unsere Auffassung. Wir kamen damit zu der Internationale. Wir haben in der wichtigsten, entscheidenden Zeit vier, mit der Reise fünf Wochen hier gesessen, es wurde verhandelt. Erst am 5. Oktober fuhr ich von Moskau ab und kam am 9. Oktober früh in Dresden an. Ich zitiere diese Daten, nicht um mich persönlich zu rechtfertigen. Aber gerade diejenigen, die mir einen persönlichen Vorwurf machen, hatten in dieser Periode die verantwortliche Führung. Die militärische Führung hatte ein Zentrumsführer — ich wollte diesen nicht, ich wollte Walcher, weil ich zu ihm mehr Vertrauen hatte, aber man lehnte ab in der Zentrale. Die verantwortliche politische Leitung hatte Genosse Koenen.

Ich sage: In dieser Zeit, in der wir uns zum Sturmangriff vorbereiteten, wo uns der Gegner jedoch schon beim Kragen hatte, sind die entscheidenden Fehler gemacht worden. Ich möchte in einer Kommission ausgesuchter Genossen, nur Vertretungen der Delegationen, hier über diese Dinge noch einige Aufschlüsse geben ...

Aber man muß auch hier dieser Ente das Genick umdrehen, und ich wünsche, daß die Exekutive Gelegenheit zu dieser internen Besprechung gibt ...

Während wir das taten, waren die Vorbereitungen im gegnerischen Lager bereits sehr weit gediehen. Was wir damals alle nicht wußten, aber heute aus dem Geheimarchiv von Seeckt wissen. Ich will einige Zahlen anführen. Am 28. August, also unmittelbar nach dem Cunostreik, ist von Seeckt an alle sieben Wehrkreise die Verfügung ergangen, die Stammrollenführer zu beauftragen, die Formationen der Schwarzen Reichswehr sofort unauffällig in die legale Reichswehr einzureihen. Am 3. Oktober bestand die Reichswehr aus 210 000 Mann, gut bewaffnet, eine weißgardistische Armee, die zum übergroßen Teil aus Offizieren und Unteroffizieren bestand, die ausgerüstet war, wie die beste weißgardistische Armee in Rußland im Bürgerkrieg es nicht gewesen ist. Aus den Plänen Seeckts ersehen wir, daß im Ruhrgebiet, um Hamburg, in Berlin und in der Lausitz noch 45 000, in Wirklichkeit 65 000 Mann Schwarze Reichswehr zur Verstärkung herangeführt wurde[n] mobilisiert und bewaffnet außerdem noch 120 000 Man[n] 24 Stunden kampffähig waren. Einzelheiten darüb[er] unserer Kräfte kann ich noch in der Kommissio[n] aber trotzdem auf der Chemnitzer Konferen[z] sondern aus politischen Gründen den Rü[ckzug]

Gegen meinen Einspruch, den ich a[uch] gefaßt war, zurückzog, ist der Eintritt[] schlossen worden. Ich mache mir d[ie] fest genug war, auf diesem mein[] einer meiner größten Fehler. W[ir] in Sachsen machten, ging die G[] besten Glauben auf Ansehen [] Aktion mit dem Regierung[] Aufgabe hatten, „den [] hatten nur den Auftra[g] schaffen und die [] geführt, wir [] [] []

geschichte eingelassen. Dies war auch kein Opportunismus und kein Fehler, sondern es wäre lächerlich gewesen, in dieser Lage, wo uns General Müller am Genick hatte, im Landtag über die Sozialisierung zu debattieren. Es wäre sogar verkehrt gewesen, wenn wir die Massen aufgefordert hätten, in diesem Augenblick sich der Betriebe zu bemächtigen, denn wir hatten doch den Auftrag und wollten Zeit gewinnen ... Wir wollten Zeit gewinnen — und das war das Verhängnisvolle, daß wir nicht merkten, daß wir schon die Initiative *nicht* mehr hatten. Die Initiative lag auf der Straße zur Zeit des Cunostreiks, nicht während der sächsischen Regierungsperiode. Es war der erste Fehler, den wir beim Cunostreik machten, daß wir trotz der Schwäche der Bewegung in Berlin nicht weiter vorstießen gegen die erste neue Konsolidierung der Staatsgewalt durch die bürgerliche Koalitionsregierung. Das war unser verhängnisvoller Fehler. Beim Cunostreik lag sozusagen wie 1918 die Initiative auf der Straße. Und wir haben erlebt, daß in Berlin die Genossen trotz des Beschlusses des Polbüros den Generalstreik nicht noch um einen Tag verlängern konnten, sondern ihn abbrechen mußten — das soll kein Vorwurf gegen die Berliner Genossen sein, es war richtig, daß der Streik abgebrochen wurde, weil er nicht zu halten war, aber es war ein Fehler, daß wir nicht die Losung ausgaben, den Cunostreik in den anderen Gebieten, wo wir stärker waren, weiterzuführen, statt ihn wieder umzubiegen in wirtschaftliche Forderungen. Die Hallischen Genossen waren empört, daß wir den Kampf auf wirtschaftliche Dinge ablenkten, aber wir haben es in dem Glauben getan, daß wir die Genossen in Berlin, Oberschlesien und Hamburg erst auf die Höhe der Kampfkraft der andern Bezirke bringen müssen. Obgleich die Kraft in Berlin nicht ausreichte, mußten wir dort, wo wir stärker waren, gegen die Konsolidierung der Konterrevolution den Kampf aufnehmen unter der Losung der Bildung einer Arbeiterregierung im Reich. Das hätte entweder unsere Schwäche gezeigt oder, nachdem der Kampf zustandegekommen wäre, hätte später Hamburg, Berlin und Schlesien einbezogen werden können, und wir hätten so die Bildung der neuen bourgeoisen Koalitionsregierung verhindert oder verzögert, auch wenn in einigen Teilen die Bewegung zusammengebrochen wäre. Es war mein Fehler, aber kein einziger Genosse hat diesen Fehler eingesehen und bessere Vorschläge gemacht.

[illegible]eiter Versuch, noch einmal die Initiative in die Hand zu
[illegible]möglich gewesen bei der Verhängung des Belagerungs-
[illegible]aben den Kampf auch dort nicht aufgenommen, weil
[illegible]en und Mitteldeutschland, im Ruhrgebiet und in
[illegible]agten: Der Belagerungszustand tut uns nichts,
[illegible]Buckel herunterrutschen mit und ohne Be-
[illegible]waren die Massen in diesen Gebieten so
[illegible]icht imstande war, mit und ohne Be-
[illegible]halten. Aber ganz anders war es in
[illegible]d Hamburg. Die Genossen sagten
[illegible]e Dreck ist nebensächlich. Aber
[illegible]t nebensächlich, wir haben so
[illegible]wurden wir dadurch bereits

[illegible]ersuchen können, die
[illegible]dem Erlaß des Er-
[illegible]atisch, Zentimeter
[illegible]Losschlagen

gegen das Proletariat getroffen wurden. Die Bourgeoisie versuchte einerseits vor Frankreich zu kapitulieren, auch um den Preis der Abtretung des Ruhrgebietes, um die Hände freizubekommen gegen uns. Andererseits hat sie gerüstet, wie die mitgeteilten Tatsachen beweisen, um das Proletariat in Sachsen und Mitteldeutschland niederzuschlagen. Sie war stark genug, uns niederzuschlagen mit Hilfe der SPD, weil diese die Komödie treiben konnte, es gälte, den Kampf gegen den kleinbürgerlichen bayerischen Faschismus, nicht den Kampf gegen Sachsen, womit sie die Arbeiterschaft einlullen konnte. *So fehlte vollkommen die elementare Kampfbereitschaft.* Die SPD verwirrte die Arbeiter, und die KPD tat nicht Genügendes dagegen. Der beste Beweis dafür ist, daß die Betriebsräte in Berlin, Dresden und Hamburg die Verhängung des Belagerungszustandes begrüßt haben als eine Kampfmaßnahme gegen den Faschismus. Ich kann diese Tatsachen aus der „Roten Fahne", wo sie gestanden haben, beweisen. Nicht geglaubt haben die Kommunisten diese Dinge, aber wir haben den Fehler gemacht, daß wir keine ganz intensive Propaganda gegen diese Irreführung durch die Sozialdemokraten bei den mit uns sympathisierenden Arbeitern gemacht haben. Wir glaubten, das nicht mehr nötig zu haben. So entstand der Zustand nicht durch unsere „banale parlamentarische Komödie in Sachsen", sondern durch die Tatsache des Nichtbereitseins der Massen zum Kampf, als im Oktober die Truppen einrückten, daß wir nicht imstande waren, den Kampf aufzunehmen. Das lag nicht daran, daß die sächsischen Arbeiter nur glaubten, daß die Truppen nicht gegen Sachsen, sondern gegen Bayern gerichtet sind. In dieser Tatsache zeigt sich vielmehr: Die Kommunisten wollten kämpfen, die Sozialdemokraten nicht. Dieser Glaube an den Kampf der Regierung gegen den kleinbürgerlichen Faschismus ist nicht zurückzuführen auf die Tatsache, daß die einen so dumm waren, diese Lüge zu glauben, und die andern nicht, sondern daß dahinter verkörpert war die Tatsache, daß die einen einen Vorwand suchten, um nicht zu kämpfen, und die andern kämpfen wollten, aber die Voraussetzung zur Tat fehlte. Wer das heute noch nicht begreift, nach all diesen Erfahrungen, dem ist meiner Überzeugung nach nicht zu helfen.

Nun zum Schluß die „angeblich parlamentarische Komödie in Sachsen". Worin bestand diese „Komödie"? Wir sind eingetreten in die Regierung, um das Aufmarschgebiet zu sichern durch Waffenbeschaffung und Brotversorgung. Ich habe mich so gut wie um nichts anderes gekümmert als um die Feststellung der Waffenlager. Als ich von Moskau zurückkam, war die letzte Verhandlung um die Verteilung der Regierungsstellen, und meine Teilnahme an dieser Verhandlung führte zur Sprengung der Sitzung. Als Genosse Kleine mir die Tatsache mitteilte, daß in der Waffenfrage während meiner Abwesenheit nichts durchgeführt sei, habe ich kapituliert und die Stelle angenommen, welche die Waffen besorgen sollte. Und das war die größte Eselei, die ich gemacht habe, daß ich in die Regierung eintrat, daß ich den Auftrag annahm, auf jede politische Tätigkeit zu verzichten, und ich mich hinsetzte, um in der letzten Stunde noch Waffen zu beschaffen. Wir haben uns um die Landespolitik Sachsens den Teufel gekümmert. Wir haben Böttcher den Auftrag gegeben, einen Vertrag abzuschließen, um Getreide und Kartoffeln nach Sachsen zu schaffen, weil wir in diesem Gebiete schon nach acht Tagen nichts zu essen gehabt hätten. Die Aushungerung hatte schon begonnen. Deshalb suchten wir alles in die Länge zu ziehen und Getreide einzuführen, um während der wichtigsten

ersten 14 Tage des Kampfes etwas zu essen zu haben. Aus diesen Gründen heraus haben wir diese angebliche „Komödie" gemacht, haben die Getreidelieferung und Waffenbeschaffung für das Wichtigste gehalten.

Wir haben weiter den Auftrag gegeben an unsere Gruppen bei der Eisenbahn, daß, sobald irgendwie Truppen transportiert würden, die Transporte angehalten werden sollten. Der Befehl besagte, daß alle Truppenbewegungen zu verhindern sind, z. B. durch Aktionen der Massen und Fraternisierungsversuche mit den Mannschaften usw. Diese Anweisungen sind an unsere Gruppen gegangen als Befehl von uns parlamentarischen Opportunisten, die in Sachsen tätig waren. Wir haben weiter die Anweisung gegeben, daß uns sofort Mitteilung gemacht werden soll, wenn Truppen transportiert werden. Wir kriegten am Donnerstag vormittag zum erstenmal Nachricht über Truppentransporte, nicht von unserem Parteiapparat, sondern durch die „banale sozialdemokratische Komödie", d. h. durch den sächsischen Staatsapparat. So erfuhren wir, daß Truppen gegen Sachsen konzentriert wurden. Wir haben in der Nacht von Donnerstag auf Freitag beschlossen, und Thalheimer hat den Auftrag ausgeführt, einen Aufruf herauszugeben, der die Massen auffordert, sich der Waffen zu bemächtigen. Dieser Aufruf ist Freitag gedruckt und in der Nacht vom Freitag auf den Sonnabend in einer Auflage von 150 000 Exemplaren verbreitet worden. Das war die „banale Komödie", die wir aufgeführt haben. Wir haben am Sonnabend mit unseren Genossen die Organisation des Losschlagens in ganz Mitteldeutschland, in Mecklenburg und in Kiel vereinbart und haben beschlossen, auf dieser Chemnitzer Konferenz, die aus ganz anderen Ursachen einberufen war, die sozusagen unsere Getreidetransporte nach Sachsen popularisieren sollte, den Aufruf zum bewaffneten Aufstand herauszugeben. Das war ebenfalls die „banale parlamentarische Komödie", die wir angeblich in Sachsen aufgeführt haben. Daß wir als Zentrale in Sachsen waren, ist auch gegen meinen Willen beschlossen worden. Es ist auf die Initiative der Exekutive hin beschlossen worden, von Berlin nach Sachsen zu übersiedeln.

Wir kamen in die Chemnitzer Konferenz, und auf dieser habe ich zum erstenmal — seit Mitte September, seit ich nach Moskau fuhr — Verbindung bekommen mit den proletarischen Massen in Deutschland. (Lachen bei der deutschen Delegation.) Ich bin am 9. zurückgekommen und nicht aus Dresden hinausgegangen, sondern habe die Arbeit, die mir die Partei aufgetragen hat, getan. Ich bin in keiner einzigen Versammlung gewesen. Ich habe nur ein paar Artikel geschrieben und für den Sonnabend der ersten Konferenz jenen Artikel, den ich mit meinem Namen gezeichnet habe, der den Titel hatte: „Es geht ums Ganze", und der den Aufruf zum bewaffneten Aufstand enthielt, der abgedruckt ist in der „Roten Fahne" vom 20. Oktober und in allen uns zugänglichen Zeitungen Deutschlands erschienen ist.

War das auch eine parlamentarische Komödie? Was war in Chemnitz? Dort waren zu 90 Prozent lauter gute Proleten versammelt, und als wir die Losung zum Aufstand herausgaben, Genossen — es waren nicht nur Kommunisten, aber Leute, die schon wiederholt gekämpft haben, nicht mit dem Maul, sondern mit der Waffe —, da sahen wir das Gegenteil von Kampfstimmung. (Zuruf aus der deutschen Delegation: Da waren die sozialdemokratischen Minister nicht einverstanden.) Nein, nicht nur die Minister, sondern es sind Arbeiter gekommen, nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Kommunisten,

als ich den Antrag stellte zum Generalstreik und Aufstand: „Siehst du nicht zu schwarz? Ist es nicht doch eine Maßregel gegen Bayern statt gegen Sachsen?“ (Lärm bei der deutschen Delegation.) Ich habe in dieser Konferenz erklärt, Genossen: Hinter dieser Rederei steckt der allergrößte schmähliche Verrat, den die Sozialdemokratie jemals begangen hat, und es steckt nicht dahinter die Hoffnung, die ihr glaubt, sondern ein neuer schamloser Verrat.

Aber, Genossen, es zeigte sich noch etwas anderes. Die Truppen rückten Freitag und Sonnabend und Sonntag ein. Obgleich wir die Weisung, die ich in der Kommission dokumentarisch vorlegen kann, herausgegeben haben, die Weisung, sich der Waffen zu bemächtigen und die Truppentransporte zu verhindern, ist keine einzige Polizeiwache gestürmt worden. Trotz der Weisung, die Reichswehrtransporte mit allen Mitteln zu verhindern, sind nur drei Reichswehrtransporte verzögert worden.

Und die dritte Tatsache war diese, daß sozialdemokratische und parteilose Arbeiter irregeführt waren und glaubten, daß sich diese Transporte nicht gegen die Kommunisten, sondern gegen den kleinbürgerlichen Faschismus richteten.

Angesichts dieser Tatsachen und der Warnung des militärischen Leiters, der die Arbeit seit März 1923 führte, und der Warnung des verantwortlichen Mitgliedes der Delegation der Komintern, das mit aller Kraft davor warnte, den Kampf aufzunehmen, leiteten mich politische Gründe bei meiner Überlegung: Wir könnten nicht kämpfen, denn der Kampf ist vom Gegner so vorbereitet, und bei uns fehlt so sehr die elementare Kampflust der Massen, daß es mit einer entscheidenden Niederlage endet, wenn wir jetzt den Kampf wagen.

Genossen! Ich nehme die Verantwortung auf mich und halte es auch heute nicht für einen opportunistischen Fehler, daß ich in diesem Augenblick die Losung zum Ausweichen gab. Und, Genossen, wenn jemand behauptet, daß das kleinbürgerliche, opportunistische Politik ist, so will ich persönlich nicht mit Ihnen rechten, aber wenn Sie anders handeln, werden Sie nicht die deutsche Revolution organisieren, sondern die Niederlage der deutschen Revolution. Die Warnungen der militärischen Leitung sind keine Entschuldigung für mich. Ich habe selbständig gehandelt. Ich habe von diesen Warnungen erst Kenntnis bekommen, als ich auf Grund meiner eigenen Eindrücke zum Rückzug aufgefordert habe.

War eine revolutionäre Situation, konnten wir den Kampf mit einigermaßen Aussicht auf Erfolg aufnehmen, oder waren, wie einige Zentrumsleute sagen, Rückzugsgefechte möglich in Mitteldeutschland ungefähr so wie in Hamburg? Nehmen wir die klassische Formulierung von Lenin. Er macht die Reife zur Revolution von folgendem abhängig:

„1. Die Unmöglichkeit für die herrschende Klasse, ihre Herrschaft in unveränderter Form zu behaupten. Für den Ausbruch der Revolution ist es gewöhnlich nicht genügend, daß die Unterschichten in der alten Weise nicht mehr weiterleben wollen, sondern es ist auch erforderlich, daß die Spitzen *in der alten Weise nicht mehr weiterleben können.*

2. Eine außergewöhnliche Verschärfung der Not und des Elends der unterdrückten Klassen.

3. Eine bedeutende Erhöhung der Aktivität der Masse, die sich in einer friedlicheren Epoche ruhig ausrauben läßt, in stürmischen Zeiten aber sowohl durch die ganze Krisenlage als auch durch die Spitzen selbst zu selbständigem historischen Vorgehen gewonnen wird."

Punkt 2 war unbedingt erfüllt. Wie verhält es sich mit 1 und 3?

Der größte Teil der Bourgeoisie, des Kleinbürgertums und Teile des Proletariats waren durch die Beweglichkeit der Bourgeoisie, die die Markstabilisierung ankündigte, die die bürgerliche Diktatur ankündigte, die in dem Augenblick die militärische Überlegenheit hatte, bereit, die Arbeiterklasse in Mitteldeutschland entscheidend niederzuschlagen, um sie dann auch entscheidend niederzuschlagen im Ruhrgebiet. Die Regierung hat so operiert, daß sie die Verständigung mit den Franzosen um jeden Preis durchführen konnte. Es kam ihnen nur auf die Niederwerfung der hungernden Arbeiter an. Sie hatten bereits Kleinbürger gewonnen, weil wir zum Teil mit unseren Aktionsausschüssen Fehler gemacht haben. Diese Aktionsausschüsse, selbst wo sie am aktivsten waren, haben es nur verstanden, den Kampf gegen die Kleinbürger, die fast genau so elend lebten wie das Proletariat, aufzunehmen, nicht aber auch gegen die große Bourgeoisie, gegen den Großhandel usw. So haben wir einen Teil der Kleinbürger durch die falsche Aktivität der Kontrollausschüsse, vor allem in Sachsen und Thüringen, ins Lager der Konterrevolution, der Faschisten getrieben. Das ist ein Fehler, den wir in Zukunft vermeiden müssen.

Zu 3. Genossen, wir hatten nicht die Stimmung in der breiten Masse, wie 1918 in Deutschland oder 1917 in Rußland, alles zu wagen, in breiten Arbeiterschichten bestand vielmehr bereits die Hoffnung auf die Wiederherstellung der Fleischtöpfe von 1914 vermittelst der Markstabilisierung, ein Moment, das in Rußland niemals diese Rolle gespielt hat.

Überlegen Sie diese geschickte Politik, die die Bourgeoisie in dieser Periode anwendet. Verschärfung der Lage bis zur Unerträglichkeit in der Periode des Niederganges, die Verständigung zwischen französischer und deutscher Bourgeoisie, die 2½ Monate, höchstens drei Monate größter Spannung schaffte. Was war historisch unser Fehler? Die Aufgabe bestand darin, daß wir in der allgemeinen Periode, wo es uns nicht einmal gelungen war, die Abwehr zu organisieren, nicht genügend defensiv kämpfen konnten, zur Offensive übergehen mußten innerhalb 2½ Monate.

Zum Schluß. Die Genossen Trotzki und Radek sind der Meinung, wenn wir rechtzeitig erkannt hätten, daß die Verständigung der französischen und deutschen Bourgeoisie zu einer dreimonatigen katastrophalen Krise führen würde, hätten wir stürmen können. Das sind Redensarten. Wenn wir die Sammlungsarbeit, die Bürgerkriegsvorbereitungen hätten durchführen können, ehe das Verständnis dafür in den Parteimassen da war, wenn wir eine kampffähige Kommunistische Partei gehabt hätten, ehe wir in diese Situation kamen, wenn sie bereits fertig war, dann hätten wir kämpfen können. Sehr richtig! Aber was Radek und Trotzki hier sagten, ist Philosophie und keine Politik. Und zwar schlechte Philosophie.

Im Jahre 1918 hätte die Vorbereitung der Partei vollkommen genügt, den Kampf weiterzutreiben, weil der subjektive Faktor, der Kampfeswille der Masse, im Jahre 1918 vorhanden war, während er im

Jahre 1923 fehlte. Wir hatten die Situation, daß die Berliner Betriebsräte, die Betriebsräte anderer Städte die Verhängung des Belagerungszustandes begrüßt haben. Sinowjew sagt, wir hätten Sozialisierung, Besetzung der Betriebe durchführen müssen. Mir scheint das vollkommen falsch zu sein. Wir mußten beim Cunostreik losschlagen, im Oktober mußten wir Zeit gewinnen, um Vorbereitungen zu treffen zur Massenmobilisierung, die uns den Sieg allein ermöglichen konnte. Den Cunostreik weiterzutreiben trotz Schwäche in Berlin, trotz Belagerungszustand, Massen mobil zu machen, das Ermächtigungsgesetz zu verhindern, nicht in die sächsische Regierung eintreten, keine Spitzenverhandlungen, dafür in Sachsen zwar nicht einen Betriebsrätekongreß, der in Sachsen keine Bedeutung mehr hatte, weil wir darüber hinaus waren, sondern einen Hundertschaftenkongreß und durch ihn aus den Betrieben heraus das Regierungsprogramm beschließen, das wäre unsere Aufgabe gewesen. Wir sollten 600 Proletarier aus Sachsen, nicht nur Kommunisten, auf Agitation ins Reich schicken. Eine solche Agitation hätte es vielleicht möglich gemacht, eine breite Massenbewegung zu erzeugen.

Worin besteht unser angeblicher Revisionismus der Staatstheorie? Das Bündnis mit der Sozialdemokratie, das wir eingegangen sind, bestand darin, daß wir sie unterstützt haben zur Zersetzung des Staatsapparates und der SPD. Wie der Strick den Gehängten, so unterstützten wir die Sozialdemokratie. Wir haben die sächsische Regierung niemals als Arbeiterregierung bezeichnet, wir haben den Fehler gemacht, nicht fest genug gegen den Rat der russischen Genossen geblieben zu sein und nicht an den Leipziger Thesen festgehalten zu haben. Der Eintritt in die Regierung mit der Maßgabe der Beschränkung auf Waffen- und Brotversorgung hätte uns trotzdem nicht am Sieg gehindert. Das Ausweichen hat die Niederlage nicht hervorgebracht, *sondern die Panikstimmung in der Partei, die niederzuhalten wir nicht die Kraft hatten.* Wäre beim Rückzug in Polen die russische Partei und die russische Parteizentrale so auseinandergefallen wie nach dem Oktober die deutsche Partei, hätte nach der polnischen Niederlage bei der russischen Partei eine übergeordnete Instanz so eingegriffen, wie die Exekutive das in Deutschland getan hat — dann, behaupte ich, würde auch die KPR die Krise nicht so leicht überwunden haben. Nicht, weil wir ausgewichen, unterlegen sind, sondern durch die Panikstimmung sind wir so geschwächt worden, denn wir hatten noch bis zum Dezember einen Zulauf der proletarischen Massen zur Partei. Erst als die Panikstimmung übergriff, schwächte sich der Einfluß der Partei. Das sehen wir am besten in den Wahlresultaten. Sie beweisen, daß die Gemeindewahlen in Sachsen im Januar, die Landtagswahlen in Thüringen im Februar, die Landtagswahlen in Mecklenburg im März, im April in Bayern, von Monat zu Monat immer weniger Stimmen für die Kommunistische Partei ergaben. Die rückläufige Bewegung ist noch nicht beendet, sie geht weiter. Wir werden jetzt die Probe in Anhalt und bei den Gemeindewahlen in Hamburg haben, spätestens im Januar auch bei den preußischen Landtagswahlen. Jetzt könnt ihr sehr leicht sagen, wir sind mit unserer Taktik schuld, daß der Einfluß der Partei geschwächt ist. Ein halbes Jahr konnte man uns verantwortlich machen, aber für die Niederlage, die sich in Anhalt, in Hamburg und Preußen zeigen wird, wird man nicht mehr unsere Politik verantwortlich machen können. Die jetzige Politik der Zentrale macht es der Partei ungeheuer schwer, neue Sympathien zu ge-

winnen. Alles, was angesichts unserer Fehler notwendig war, haben wir in der Hauptsache auf der ersten Konferenz am 3. November bereits durchgeführt. Zum ersten Male hatten wir eine solche Mehrheit auf einem Zentralausschuß wie niemals in den 1½ Jahren zuvor. Erst als man versuchte, alles zusammenzureißen, eine Panikstimmung zu erzeugen, um die Macht in der Partei zu erobern, demagogisch die Gewerkschaftspolitik der Zentrale bekämpfte, sind wir in diese Situation gekommen. Die Rederei, daß wir hätten kämpfen müssen, trotz der sicheren Niederlage vor Augen, ist verbrecherischer Wahnsinn. Wenn der französische Genosse Treint erklärte, wir hätten mit der Erschießung der Sozialdemokraten beginnen sollen, so ist solch eine Redensart nicht ernst zu nehmen. Wenn Sie so reden, werden Sie die Kommunisten nur lächerlich machen.

Wir wären in eine Lage gekommen, wie nach der Niederlage der ungarischen Revolution, wenn wir im Oktober den Kampf aufgenommen hätten. Die Bourgeoisie wollte ein Blutbad, und sie hatte ihre Maßnahme ganz anders als 1921 vorbereitet, um diese Provokation durchzuführen. Es war keine Lage wie in Hamburg und Mitteldeutschland, sondern wir wären in eine Niederlage gekommen, wo die Bourgeoisie alles durchgesetzt hätte, nämlich wirklich die Kampfkraft der Arbeiter auf lange zu brechen. Die Kampfkraft der Arbeiter ist heute nicht gebrochen. Leider ist die Kampfkraft der Kommunistischen Partei durch die Panikstimmung ungeheuer gelähmt worden.

Das sind die wichtigsten Tatsachen, zu denen Stellung zu nehmen ist. Ich habe zum erstenmal diese Dinge hier ohne jede Einschränkung Ihnen mitgeteilt. Ich habe weder in Deutschland, noch auf dem Parteitag die Dinge so ausgesprochen wie jetzt. Warum? Alle diese Tatsachen und Einzelheiten können noch nicht öffentlich ausgetragen werden. Ich sage persönlich folgendes: Ein Kommunist, der nicht den Mut hat, auch Unrecht zu erdulden im Interesse des Kommunismus, ist kein Kommunist. Man hat mir den Vorwurf der Feigheit gemacht, weil ich den Kampf nicht aufgenommen habe. Die Aufnahme des Kampfes hätte die Spaltung der Kommunistischen Partei bedeutet. Wir werden uns in einem Jahr wieder sprechen, ob wir recht haben. Es ist jetzt eine solche Stimmung in der Partei, und die Leidenschaften, die Empörung, Enttäuschung der revolutionären Proletarier wendet sich ausschließlich gegen uns. Wenn diese Episode vorbei sein wird, werden die Proletarier versuchen, zu erklären und zu begreifen, um was es sich wirklich handelte. Ich sage heute: Wir werden solange nicht die deutsche Kommunistische Partei zu einer wirklichen revolutionären Partei machen, die allen Aufgaben gewachsen ist, ehe nicht die wirklichen Fehler an Stelle der vermeintlichen erkannt sind. Ich sage das nicht, um mich zu rechtfertigen. Wenn ich es auch nicht ertragen könnte, was alles gemacht worden ist, um mich niederzutreten, ich würde nicht, um mich persönlich zu verteidigen, diesen Kampf aufnehmen. Ich ertrage das, weil ich der Überzeugung bin, daß ich kein Kleinbürger, kein Sozialdemokrat, sondern ein Kommunist bin. Aber ich würde mich auch nicht wehren, wenn es anders wäre, sondern mir lieber eine Kugel in den Schädel jagen, als mich meiner Interessen wegen zur Wehr zu setzen. Aus sachlichen Gründen ist es notwendig, das festzustellen, was wirklich getan wurde, um nicht Legenden, Karikaturen weiter fortleben zu lassen, sondern auszusprechen, was war und was ist.

NGUYAN AI QUAK: Ich bin hier, um unaufhörlich die Aufmerksamkeit der Internationale auf das Bestehen der Kolonien zu lenken und um hier zu sagen, daß es für die Revolution eine koloniale Gefahr genau so wie auch eine große Zukunft in den Kolonien gibt. Mich dünkt, daß die Genossen noch nicht ganz von dem Gedanken durchdrungen sind, daß das Schicksal des Proletariats der ganzen Welt und namentlich das des Proletariats der Kolonialländer eng mit dem Schicksal der unterdrückten Völker der Kolonien verknüpft ist. Da dies so ist, werde ich alle Gelegenheiten, die sich bieten, ergreifen oder, wenn es notwendig sein sollte, solche hervorrufen, um euch auf die Wichtigkeit der kolonialen Frage hinzuweisen. Es wäre zu diesem Zwecke genügend, wenn ich heute die gestrige Rede des Genossen Roy mit einer entsprechenden Änderung der Eigennamen, mit Ersetzung des Wortes England durch die Worte Frankreich, Belgien, Amerika, Japan, Italien usw. wiederholte. Da ich aber aus den französischen Kolonien komme, werde ich, um kurz zu sein, lediglich über den französischen Imperialismus, über die französische Partei und über die französischen Kolonien sprechen, genau so wie der Genosse Roy vom englischen Imperialismus, von unserer englischen Partei und von den englischen Kolonien gesprochen hat. Ihr werdet mir meine Offenheit verzeihen müssen, aber ich kann nicht umhin, zu erklären, daß die Reden der Genossen aus den Mutterländern auf mich den Eindruck machen, daß sie eine Schlange töten wollen, indem sie ihr auf den Schwanz treten. Denn ihr wißt alle, daß heute das Gift und die Lebenskraft der kapitalistischen Schlangen mehr in den Kolonien als in den Mutterländern konzentriert sind. Die Kolonien liefern das Rohmaterial für die Industriebetriebe. Die Kolonien liefern die Soldaten für die Armee. Die Kolonien werden in der Zukunft Bollwerke der Konterrevolution sein. Ihr aber vernachlässigt bei den Ausführungen über die Revolution die Kolonien. Wenn man ein Ei oder einen Stein zerbrechen will, so wird man Sorge dafür tragen, ein Instrument zu finden, dessen Stärke zu dem Gegenstand, der zerbrochen werden soll, in entsprechendem Verhältnis steht. Warum bekundet ihr nicht die gleiche Vorsorge, wenn ihr den Kapitalismus zertrümmern wollt, warum wollt ihr in den Fragen der Revolution eure Taktik, eure Kraft nicht in ein entsprechendes Verhältnis bringen? Warum bringt ihr eure Kraft, eure Propaganda nicht in ein entsprechendes Verhältnis zu dem Feind, den ihr bekämpfen und niederringen wollt? Warum vernachlässigt ihr die Kolonien, auf die sich der Kapitalismus stützt, um sich zu verteidigen und euch zu bekämpfen?

Ich will noch einige Worte als Antwort auf die Rede des Genossen Treint hinzufügen. Genosse Treint sprach in seiner Rede von einer herannahenden revolutionären Welle in Frankreich und von einer dort im Entstehen begriffenen faschistischen Bewegung. In bezug auf den ersten Punkt teile ich voll den Optimismus des Genossen Treint, in bezug auf den zweiten Punkt bin ich einer entgegengesetzten Auffassung. Ich glaube, daß die Reaktion in Italien, in Deutschland und in andern Ländern zu ihrer Verteidigung den Faschismus braucht, die französische Reaktion aber ihn nicht benötigt. Sie hat weit stärkere und besser organisierte und disziplinierte Verteidiger als die Schwarzhemden. Sie hat schwarze und gelbe Soldaten. Ihr wißt vielleicht, daß die französische Armee gegenwärtig aus 458 000 jungen Franzosen und 206 550 Eingeborenen der Kolonien besteht. Was ihr aber vielleicht nicht wißt, ist, daß unter Berücksichtigung der Dienst- und Übungszeit und der Leichtigkeit, mit der diese Eingeborenen ins Feld geschickt

werden können, jeder eingeborene Soldat zwei französische Soldaten wert ist. Wenn daher auch nominell der Stand der Armee, die stets angriffsbereit ist, bloß 664 550 Mann beträgt, ist diese Armee in Wirklichkeit eine Million Mann, oder, um zahlenmäßig genau zu sein, 939 950 Mann stark, denn wenn auch die Zahl der französischen Soldaten um 251 450 größer ist als der Stand der Eingeborenen-Regimenter, haben diese um 431 000 Dienstmonate mehr als die französischen Soldaten. Ihr alle, sowohl die englischen Genossen wie die französischen Genossen und die Genossen aus allen übrigen Parteien, habt bei der Aussprache über die Möglichkeit der Revolution und über die Mittel ihrer Verwirklichung und bei der Ausarbeitung eures Planes für den nächsten Kampf dieses strategische Moment von der größten Wichtigkeit vernachlässigt. Aus diesem Grunde rufe ich euch aus allen Kräften zu: Achtung!

THALHEIMER: Genossen, ehe ich auf den eigentlichen Gegenstand, die Tätigkeit der Exekutive, eingehe, will ich kurz einer phantastischen Reisegeschichte den Hals umdrehen, die die Genossin Fischer vorgebracht hat. Sie hat erzählt, in England habe ihr der Genosse Newbold erzählt, ich hätte dem Genossen Newbold gesagt, daß ich nicht an die Revolution glaube. (Ruth Fischer: Falsch verstanden!) So habe ich es aufgefaßt. Ich möchte dazu folgendes sagen: Die englischen Genossen haben mir auf meine Nachfrage bestätigt, daß weder vor, während noch nach dem Oktober der Genosse Newbold in der Nähe von Deutschland war. (Ruth Fischer: Das ist falsch verstanden worden!) Die Geschichte wird dadurch nicht besser, sondern sie gehört in die Kategorie des afrikanischen Wüstenklatsches. Ich halte es weder meiner noch des Kongresses für würdig, auf diese Geschichte weiter einzugehen.

Ich komme jetzt zum eigentlichen Gegenstand, nämlich zur Tätigkeit der Exekutive, und ich mache dabei Gebrauch von den Äußerungen des Genossen Sinowjew, der in der polnischen Sache meinte, er liebe nicht die Diplomatie, die diplomatischen Allüren und Manieren, die der Exekutive gegenüber gebraucht würden. Ich werde nicht diplomatisch sprechen, um so weniger, als mir das überhaupt nicht liegt. Die Kritik an der Tätigkeit der Exekutive ist sehr zu kurz gekommen auf allen bisherigen Kongressen, auch hier. Sie ist heute absolut notwendig, wo wir nicht mehr die starke Autorität und die sichere unbestrittene Führung des Genossen Lenin haben, eine Führung, die uns die rasche und richtige Ausgleichung von Fehlern, die auch in der Leitung der Exekutive passierten, gesichert hat. Ich will dabei folgendes vorausschicken, um auch hier keinerlei Legenden und Mißdeutungen aufkommen zu lassen. Ich bin der Ansicht, daß heute die Exekutive, die zentrale Leitung der Internationale, mehr Autorität braucht, daß eine größere Zentralisation, mehr Leitung, mehr Voraussicht notwendig ist als bisher. Ich unterscheide mich in dieser Kritik gründlich und absolut von der Kritik, die etwa außerhalb der Kommunistischen Internationale geübt wird. Aber ich halte es für absolut notwendig, dringend, nützlich, laufend undiplomatische Kritik *vom Boden der Komintern, vom Boden unserer Politik und von unseren organisatorischen Grundsätzen aus zu üben.* Und ich halte diese Kritik für um so notwendiger, weil wir weiterkommen müssen in der Leitung, in der Sicherheit und der Zentralisation der Leitung, weil meiner Ansicht nach *die Gefahr besteht, daß wir nach rückwärts gleiten.*

Die Voraussetzung jeder wirklichen zentralen Leitung, der internationalen Kampfdisziplin, die wir haben müssen, hat Genosse Lenin in kurzen und klaren Worten dahin zum Ausdruck gebracht, indem er sagte, die richtige revolutionäre Führung ist die Voraussetzung für die Schaffung der Disziplin, der Zentralisation, der Einheit, die in der Kommunistischen Internationale bestehen müssen. Nun, Genossen, mit dem Wachstum der Parteien, mit der Vervielfältigung ihrer Aufgaben wachsen die Schwierigkeiten, die Einheitlichkeit der Politik der Komintern festzulegen, und es wachsen die Schwierigkeiten, die einheitlichen Gesichtspunkte auf die verschiedenen Länder anzuwenden.

Genossen, welchen Zustand haben wir heute? Wir haben einen Zustand, der nicht ohne Bedenken ist. Wir haben den Zustand, daß wir den Genossen Lenin verloren haben, daß nicht mehr die volle Stärke und Sicherheit der Leitung der KPR besteht wie vorher. Ich wiederhole dabei nur, was bereits Genosse Sinowjew selbst ausgeführt hat. Aber wir haben andererseits — und das müssen wir ebenso offen und klar sagen — nicht die notwendige Reife in den übrigen Kommunistischen Parteien der Internationale. Auch das muß ebenso klar ausgesprochen werden. Deshalb müssen wir neue Wege suchen, neue Mittel finden, um diesem kritischen Zustand abzuhelfen.

Nun, Genossen, wenn man die Tatsachen ansieht, an denen die Sicherheit und Einheitlichkeit der Leitung geprüft werden kann, so müssen wir die letzten zwei Hauptereignisse der Berichtszeit nehmen: Bulgarien einerseits und Deutschland andererseits. Wir haben in beiden Ländern eine schwere Niederlage, schwere Rückschläge erlitten. Wir haben scharfe Kritik geübt an den Fehlern der Parteien, auf die diese Niederlagen zurückzuführen sind. Aber ebenso offen müssen wir uns fragen: Liegen nicht in beiden Fällen auch Fehler und Mängel der Leitung der Komintern vor? Und ich antworte: Ja, in beiden Fällen hat die Leitung nicht rechtzeitig vorausgesehen, in beiden Fällen sind nicht rechtzeitig und nicht genügend die politischen Vorbereitungen getroffen worden. In beiden Fällen ist die Situation nicht klar gesehen worden. Ich will hier nicht über Bulgarien sprechen, sondern über Deutschland, das mir näherliegt. Ich bin der Ansicht, daß, was die Leitung der Komintern anbelangt, wir auch heute noch nicht klar und richtig die Lehren dieser Niederlage gezogen haben.

Nun, Genossen, ich komme zu einer zweiten Frage, die wichtig ist für die Zukunft: zur Frage der organisatorischen Eingriffe der Komintern. Hier will ich mich grundsätzlich abgrenzen von irgendwelchen Anschauungen außerhalb der Internationale. Daß solche organisatorischen Eingriffe in die Leitungen der einzelnen Sektionen notwendig sind, wird von niemandem bestritten. Die Frage ist: Sind diese Eingriffe richtig, nach richtigen Methoden erfolgt? Nun, Genossen, da bin ich der festen Überzeugung, ohne unseren eigenen Fall im Auge zu haben, weder in Deutschland noch in einer Reihe anderer Fälle, weder im Fall zuletzt im Januar noch vorher war die Methode dieser Eingriffe eine solche, daß sie nützlich sein konnte. Im Gegenteil, ich vertrete die Anschauung, und die Ereignisse werden das vielleicht bestätigen, daß die Art und Methode, wie diese Eingriffe vorgenommen worden sind, mit schweren Krisen für die Parteien abschließen.

Genossen, ich hatte vielfach — und wahrscheinlich nicht nur ich — den Eindruck, daß die organisatorischen Eingriffe, so wie sie in Deutschland stattgefunden haben, sehr der Methode des Gärtners gleichen, der eine Pflanze steckt und sie alle 5 Minuten herauszieht und nach

der Wurzel sieht, ob sie auch wirklich wächst. Durch diese fortgesetzten Eingriffe ist verhindert worden, daß eine autoritative Zentrale sich herausbilden konnte.

Genossen, es gibt ein organisatorisches Prinzip der Bolschewistischen Partei, das mir gerade bei dieser Gelegenheit in den Kopf kommt. Das ist das Prinzip der Kontinuität der Leitung. Genossen, der Genosse Lenin hat sehr viel Wert auf diese Kontinuität der Leitung gelegt. (Aus der deutschen Delegation: Welcher Leitung?) Der Leitung der Parteien der Komintern. Und ich glaube, wir sollten nicht ohne Not, nicht ohne größte Not dieses Prinzip verletzen. Und in diesem Zusammenhang will ich auch über ein Thema im internationalen Maßstab sprechen, das hier in der russischen Partei eine Rolle gespielt hat, das mit der Kontinuität dieser Leitung zusammenhängt, nämlich über das Thema der alten Garde.

Genossen, die alte Garde in Rußland ist eine Erscheinung, die man sehr hoch und mit Recht sehr hoch zu schätzen weiß. Aber es fehlt noch die Erkenntnis in der Komintern, daß auch in den westlichen Parteien etwas wie eine nicht sozialdemokratische, sondern wie eine revolutionäre kommunistische Tradition existiert, die sich in bestimmten Schichten der Führung verkörpert. Wenn es so dargestellt wird, und das gilt ja nicht nur für die deutsche Partei, daß gerade diese ältere Führerschicht, wie hier gesagt wurde, den besseren Teil, einen Überrest des guten Teils der II. Internationale verkörpert, dann möchte ich dazu aus deutschen Erfahrungen folgendes bemerken. Wir haben eine Führerschaft, nicht nur obere, sondern auch mittlere Führerschaft, die von Anfang an nicht die sozialdemokratische Tradition verkörpert, sondern den Kampf sowohl gegen den rechten wie gegen den Zentrumsflügel der alten Sozialdemokratie führte — Genossen, eine Schicht, die sozusagen die Brücke darstellt, die von der II. Internationale in die III. geführt hat, den Übergang von der II. Internationale zum Leninismus. Genossen, es ist immerhin ein Unterschied, ob dieser Weg selbständig durch eigenes Denken gefunden wird, oder ob man ihn fix und fertig präsentiert bekommt. (Radek: Sehr richtig!) Und, Genossen, dann die junge Schicht, die nicht von sozialdemokratischen Traditionen belastet ist. Genossen, wir haben hier eine Anzahl junger Arbeiter, die äußerst, die überhaupt wenig Tradition haben, einfach weil sie jung sind. Wir haben eine solche Gruppe von Arbeitern, die sehr nützlich sein können, die lernen werden, die sich erproben werden; aber wir haben auch etwas anderes, und das muß man sehen auch bei uns in Deutschland. Eine zweite Führergarnitur haben wir, die nicht diesen Kampf mitgemacht hat, sagen wir vom Jahre 1908 oder 1910 an gegen das Kautskyanertum, gegen Ebert usw., sondern die eine gute Strecke bis 1920 mit Kautsky, mit dem Haase gegangen ist. Und ich frage die Genossen, kann man in diesem Falle sprechen: Die erste Garnitur verkörpert die sozialdemokratische Tradition, die zweite das Freisein von dieser Tradition? Es ist doch ein glatter Unsinn, so zu reden, wenn man die Tatsachen kennt.

Dann ein Wort über das Verhältnis, die Rolle der russischen Partei in der Leitung der Kommunistischen Internationale. Genossen, es ist absolut notwendig, eine historische Notwendigkeit, daß die russische Partei die Führung in der III. Internationale hat — darüber ist nicht weiter zu reden —, und an ihre Seite rücken, als ebenbürtig, werden andere Parteien erst dann, wenn sie auch im Besitz der Macht sind und verstehen, die Macht zu halten und den Übergang zum Sozialismus

zu machen. Aber, Genossen, zwischen dem Zustand der Unreife, wie er heute ist, und dem Zustand der Ebenbürtigkeit, wie er kommen wird, da muß es ein Übergangsstadium geben. Und ich sage, ich kann mir nicht vorstellen, daß Parteien, die sozusagen noch den Gummilutscher im Munde haben, im Westen die Revolution machen werden, sondern sie müssen vom Kindesalter ins Mannesalter übergehen, sie müssen reifer werden, sie müssen mehr eigenes kritisches, selbständiges Denken entwickeln, ehe die Dinge im Westen auch so weit sein werden.

Dann, Genossen, ein Wort über die Richtungskämpfe innerhalb der Kommunistischen Internationale, die in der letzten Periode stattgefunden haben. Ich glaube, der Kernpunkt, um den sich das Verständnis dreht, ist heute der Kampf gegen den Reformismus, gegen die Sozialdemokratie, der Kampf gegen die demokratisch pazifistische Welle, die heute wieder stärker als je auftaucht. Genossen, diese Welt tötet man nicht einfach mit bloßer grundsätzlicher Agitation, man wird damit nicht fertig. Und der Zustand, den ich heute sehe, ist der, daß die Welle vordringt, z. B. auch bei uns in Deutschland. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die Sozialdemokratie, daß die Amsterdamer seit dem Frühjahr dieses Jahres Boden gewonnen haben. Und, Genossen, es ist nicht nur die Niederlage die Ursache dieser Tatsache, sondern die Frage ist aufzuwerfen und zu behandeln, daß die Partei, daß die Parteien die richtigen Methoden entwickeln, um mit diesen Dingen fertig zu werden. Genossen, ich sage, ich sehe nicht diese richtigen Methoden. Der Brief, den Genosse Radek verlesen hat von einem linken Genossen über die Passivität in der deutschen Partei (Aus der deutschen Delegation: Artikel!), nun, der Brief aus dem „Funken", den ihr ja alle kennt, den Radek hier verlesen hat (Aus der deutschen Delegation: Artikel!), dieser deutet wohl den Zustand an, wie er heute ist, aber er gibt nicht die Fehlerquellen an, aus denen dieser Zustand entspringt. (Baer: Zur Geschäftsordnung!) Und das ist unsere Aufgabe, diese Fehlerquellen zu finden. Sie liegen gerade in den Streitpunkten, mit denen wir uns in der letzten Zeit abgegeben haben.

(Bär: Zur Geschäftsordnung. Nachdem der Genosse Radek ... — *Radek:* Ich bitte auch darum! — *Bär:* Nachdem der Genosse Radek ...

KOLAROW: Genosse, Sie halten eine Rede! Nach der Rede des Genossen Thalheimer erhalten Sie das Wort.

(Bär: Die Redezeit ist doch zu Ende.)

THALHEIMER: Genossen, ich werde in paar Minuten zu Ende sein, ihr werdet vielleicht noch fünf Minuten zuhören können.

Genossen, ich wollte noch sprechen über die rechten Gefahren, die vorhanden sind. Ich wollte sagen, sie sind da, aber es ist falsch, zu sagen, daß eine rechte Gruppierung in der Partei besteht, die diese Gefahren verkörpert. Ich wollte auch sprechen über die linken Gefahren, die unstreitig auch vorhanden sind. Und hier wollte ich folgendes hervorheben. Genossen, die linken Gefahren sehe ich nicht in erster Linie in Boris, in Korsch, in den Ultralinken, diese Gefahr ist sehr gering, die linken Gefahren sehe ich in dem, was diese beiden Gruppen verbindet, in dem Gemeinsamen beider Gruppen, in dem Nichtverstehen der richtigen Taktik, um mit dem Reformismus fertig zu werden.

Noch ein Wort über die Rechtsgruppierung oder angebliche Rechtsgruppierung in der Kommunistischen Internationale. Ich habe den Eindruck, es herrscht die Gespensterfurcht, als ob zusammen mit der russischen Opposition eine rechte Gruppierung in der Komintern organisiert worden wäre. Dazu will ich ganz offen und klar sprechen. Ich will sagen, daß das ein bloßes Gespenst ist, eine Tatsache, die nicht existiert. Ich verweise auf die Tatsache, daß wir uns abgegrenzt haben, sowohl in den russischen als auch in den deutschen Fragen, von dem, was man russische Opposition nennt. Das hindert mich nicht, gerade an dieser Stelle — wenn es niemand anders tut — aufzutreten gegen das, was gestern vom Radekismus gesprochen wurde. Man muß die Geschichte der deutschen Partei vergessen haben, man muß vergessen haben, welche Dienste der Genosse Radek der deutschen Partei in ihren schwersten Stunden geleistet hat. Man muß die Jahre 1920 und 1921 und alles, was darauf folgte, vergessen haben, wenn man nicht weiß, daß die Partei von den Gedanken, die Radek gegeben hatte, gelebt hat. Wenn ihr heute aus eurer Stimmung heraus hier gegen Radekismus redet, so sage ich euch, die Partei als solche wird in Zukunft noch viel von Radek zu lernen haben. Und nicht nur die Partei, sondern auch die Komintern.

Ich fasse zusammen, ich bin überzeugt davon, daß die jetzige Linie, so wie sie jetzt von der deutschen Partei, von der Komintern eingehalten wird, nicht die richtige ist, daß sie auf Klippen und Sandbänke führen wird. Ich bin überzeugt, daß der organisatorische Eingriff, der in der deutschen Partei vorgenommen wurde und in andern Parteien vorbereitet wird, voller Gefahren ist, und ich halte es für meine Pflicht, klar auszusprechen, daß ich diese Gefahren sehe und davor warne.

Ich habe zum Schluß nur zu erklären, bei all dem, was mir nicht als richtig erscheint, ist es für uns selbstverständlich, daß die Beschlüsse der Komintern für uns maßgebend sind, daß wir uns als disziplinierte Mitglieder der Komintern ihnen fügen werden, an den Stellen arbeiten werden, an die die Komintern uns hinstellen wird. Die Korrekturen, die nötig sein werden, werden an Hand der Entwicklung selbst vorgenommen werden müssen.

KLEINE (Deutschland): Genossen! Es ist schlecht, wenn man die Geschichte zur Rechtfertigung vergangener Fehler ausnutzen will. Bei solcher Darstellung kommt die Geschichte in eine sehr schiefe Lage und in eine noch viel schiefere Lage die Genossen, die aus dieser Geschichte nichts lernen konnten. Wenn man die historische Beleuchtung der deutschen Ereignisse seitens des Genossen Brandler den Ausführungen des Genossen Radek über die Zukunftsaufgaben und die Taktik gegenüberstellt, sieht man, daß der eine die Vergangenheit falsch beleuchtet und der andere nicht die Lehren daraus zu ziehen versteht. Auf dem 3. Weltkongreß hörten wir einen Vortrag des Genossen Radek, in dem er mit der größten Vorsicht und mit der größten Aufmerksamkeit die Bilanz verflossener Kämpfe der Jahre 1919/21 zog. Wir haben auf dem 5. Weltkongreß eine Rede des Genossen Radek gehört, in der er in keiner Frage fähig war, die notwendige Bilanz und Konsequenz zu ziehen. Er sagte, auf diesem Kongreß sei es eine große Gefahr, daß die Partei verlernen werde, zu manöverieren, daß die Taktik der Einheitsfront aufgegeben werde. Er hat aber dabei vergessen, daß die drei großen Kämpfe 1923 eine ganz andere Frage vor dem 5. Weltkongreß stellen: nämlich so zu manöverieren, daß die Partei sich nie in eine

schiefe Lage hineinmanöverieren läßt. Die zweite Frage ist, so die Einheitsfronttaktik zu treiben, daß sie uns nicht zu teuer zu stehen kommt, daß wir nicht die revolutionäre Initiative, die Selbständigkeit der Partei, nicht die rücksichtsloseste Kritik gegenüber den Reformisten verlieren. Diese zwei Haupterfahrungen des Jahres 1923, wie man manöverieren soll und dabei die selbständige Kraft der Partei nicht verliert, wie man die Mehrheit des Proletariats gewinnt und dabei eine revolutionär klare und entschlossene Partei bleiben soll, diese Verbindung der beiden Aufgaben hat Genosse Radek nicht verstehen können, weil er nicht gelernt hat; er wollte nur seine eigenen Fehler rechtfertigen. Wir haben aus den Ereignissen 1923 gelernt, weil wir 1923 in den wichtigsten Ländern zum erstenmal nicht nur die Frage diskutierten, sondern Einblick in die Frage bekommen haben: was uns fehlt, um die politische Macht zu erobern. Das ist das Wichtigste.

Uns fehlen drei Dinge: einerseits die Bolschewisierung der europäischen Parteien, andererseits die organische Verbindung der Partei mit diesen Millionen Arbeitern, die jetzt erst für uns stimmen und mit uns sympathisieren, und drittens der weitere Kampf um die Mehrheit des Proletariats, ein Kampf, den die Partei auf dem Wege zur Bolschewisierung, und organisch mit den Millionenmassen verbunden, leicht führen kann.

Brandler sagt folgendes, und Genosse Radek beleuchtet das: Wir waren schwach, die Partei hatte keine Waffen, uns drohte eine furchtbare Niederlage. Und nach der besten Kunst der österreichischen Rückzugsstrategie haben sie den Rückzug angeordnet.

Das ist alles falsch. Im Oktober 1923 war die Lage nicht so, wie Genosse Brandler sie heute schildert, es ist nicht richtig, daß man in einer Versammlung für den Belagerungszustand gestimmt habe. Er hat vergessen, daß es auch eine Vertrauensmännersitzung der gewerkschaftlichen Funktionäre in Berlin gab, die für den Generalstreik stimmte, und daß die Massen in der deutschen Partei den Kampf wollten; er hat vergessen, daß in Sachsen die berühmte Chemnitzer Konferenz nur dadurch so versaut wurde, weil man ihr sechs Stunden lang erzählte, was man alles für das deutsche Volk tun *will*. Unsere Minister haben lange Reden gehalten, daß zur Besserung der Lage des Proletariats folgende Maßnahmen durchgeführt werden sollen: Bessere Versorgung mit Lebensmitteln, Lohnerhöhung und Steuerermäßigungen.

Ich stelle dem Kongreß die Frage: Wenn man in der schärfsten Situation, in der die Regierung schon durch den Einmarsch der Reichswehr erledigt ist, einer Konferenz sagt, was die Minister alles für das Volk tun wollen, wie kann man da revolutionäre Kämpfe auslösen? Ich habe in Chemnitz gesehen, daß, als mitgeteilt wurde, daß die Reichswehr in Sachsen einmarschiert, eine Kampfesstimmung herrschte, während, als unsere Minister sprachen, keine Kampfesstimmung war. Der Genosse Brandler, der sonst nach Radek Ziegelsteine schmeißen kann, hat damals mit Apfelsinenschalen geschmissen und nicht zum Kampf aufgerufen. Das war eine einfache Preisgabe des Kampfes. Ich verstehe nicht, warum man hier mit Märtyrerkränzen kommt. Wir waren alle geschlagen. Jeder Kommunist muß bereit sein, in der eigenen Partei geschlagen zu werden. Aber man hat dem Genossen Brandler nach dem Oktober nie die Frage seiner Schuld gestellt, sondern die Frage der politischen Klarheit. Man hat ihm gesagt, was hast du gelernt, sag mal, wie die Sache jetzt aussieht. Wir haben alle Fehler begangen, aber aus ihnen auch gelernt und der Partei in einer schweren

Stunde auch gesagt: Dies und jenes war falsch, man muß Vorkehrungen treffen, um solche Fehler nicht wiederholen zu lassen. Genosse Brandler hat uns ein ganzes Jahr lang die alten Märchen erzählt: Er hätte sich getäuscht in der Waffenfrage, er hätte die Partei überschätzt, einmal hat er die Partei unterschätzt; all diese tausend Kleinigkeiten hat er uns heute erzählt, aber er hat damals keine politische Linie gehabt, wie er sie heute auch hier nicht hat. Deutschland war von allen Seiten durch Streiks erfaßt, durch Arbeiterstreiks in den Kohlenrevieren, Streiks der Metallarbeiter, Textilarbeiter usw. Haben wir diese Streiks in einen großen Kampf verwandelt? Haben wir den Arbeitern gesagt: Holt euch Waffen!? Nein! Wir haben sie beruhigt, wir haben die Streiks abgewürgt und gesagt: Wartet, morgen kommt der letzte Schlag, die Partei bereitet den Kampf vor. Wir haben diese Streiks nicht in große proletarische Massenkämpfe verwandelt, und weil das fehlte, fehlten die Waffen, die Vorbereitung, die Kraft fehlte, das Kraftbewußtsein bei der Zentrale, es fehlte alles. Und wenn man die Einzelheiten nimmt und sich erinnert, daß Genosse Brandler von einem Aufruf der Zentrale sprach, der von uns geschrieben war und nach Berlin geschickt wurde, unter dem die Namen der Minister telegraphisch inhibiert wurden, so müssen wir uns fragen, warum? Warum? Weil er keinen Krach mit den sozialdemokratischen Führern wollte. Er wollte nicht eine Verschärfung und hat die Namen der kommunistischen Minister aus der Proklamation herausgenommen. Ich stelle die Frage: Was helfen alle Artikel und Zitate, wenn die Vertreter einer Regierung, kommunistische Minister, ihre Namen nicht unter einen Aufruf setzen wollen, um die Lage mit den Sozialdemokraten nicht zu verschärfen? Wie kann man da sprechen von ernstem Kampf? Dasselbe hat sich wiederholt auf der Chemnitzer Konferenz, in der ganzen sächsischen Praxis. Die Partei hat ein Programm ausgearbeitet, die Minister haben dieses Programm *nicht* befolgt. Das einzige Gute, was Brandler gemacht hat, das ist, daß er die Parteimehrheit gesprengt und die Linke mit der übrigen Mehrheit zusammengeschweißt hat. Das passierte nicht nur hier in Moskau, ich könnte es mit vielen Tatsachen beweisen, daß Radek es war, der in Deutschland die Parteimehrheit sprengte, die Mitte zu einer Fraktion zusammenschweißte, weil der ganze Rückzug ein falscher Rückzug war. Man kann heute nicht die Frage aufrollen: Hätten wir gesiegt oder hätten wir nicht gesiegt? Das ist heute schwer zu beantworten. Die Lage war sehr revolutionär, die Arbeiter forderten den Kampf, die Kommunistische Partei war zum Kampf bereit. Es stand nicht die Frage: Rückzug oder Nichtrückzug, sondern es stand die Frage: Kampf oder Bankerott für die Partei. Genosse Radek hat auf dem russischen Parteitag und auch in seiner Broschüre „Die Ereignisse in Deutschland" dies ganz falsch dargestellt. Er hat die Sache so dargestellt, daß wir den Kampf forderten und er als gescheiter Mann sagte, wir können nicht kämpfen. So war die Lage nicht. Wir haben nicht nur Sonntag nicht den Rückzug gemacht, wie Brandler sagte, wir haben Montag und Dienstag noch zweimal die Frage besprochen: Kampf oder nicht. Und ich erinnere an den wichtigsten Moment, am Dienstag, zwei Tage nach der Chemnitzer Konferenz, wo die Berliner Arbeiter nichts zu essen hatten und eine Knappheit an Geldmitteln herrschte. Wir haben zusammen mit den Linken, vier gegen sechs, unbedingt den Kampf gefordert. Wir haben nicht gefordert den unbedingten Kampf um die Macht, nicht eine Schlacht unbedingt. Es war Genosse Radek, der uns die Frage stellte: Entweder letzte Schlacht oder Zurückweichen auf der

ganzen Linie. Das war grundfalsch. Wir haben nicht die Frage gestellt: letzte Schlacht, wir sind überzeugt, daß man noch zehnmal einen Rückzug machen könnte, wenn das notwendig wäre im Laufe der Ereignisse, ohne zu versagen, ohne von den Massen nicht verstanden zu werden, ohne die sozialdemokratischen Arbeiter den reformistischen Führern preiszugeben. Es gibt Situationen, wo eine Kommunistische Partei nicht einfach erklären kann, sie zieht sich zurück, weil sie zu schwach ist. Wenn man einen Rückzug macht, müssen die Arbeiter ihn verstehen, muß ihn wenigstens die Partei verstehen. Hier hat weder das Proletariat noch die Partei selbst ihn verstehen können. Das war kein Rückzug, sondern ein panisches Versagen auf der ganzen Linie. Und das führte natürlich zu einer sehr ernsten Krise in der Partei. Die Partei suchte nicht einzelne Sätze und Definitionen, die Partei handelte als eine gesunde, starke proletarische Partei. Sie hat stark gegen diese falsche Politik reagiert und ziemlich rücksichtslos als eine proletarische Massenpartei die Konsequenzen gezogen. Wenn wir hier die Frage ziemlich leidenschaftlich stellen, so nicht, weil wir heute den schon geschlagenen Brandler nochmals schlagen wollen. Wir tun das nicht, um in allen Punkten heute festzustellen: Brandler hat immer in seinem Leben schlecht gehandelt. Wir tun das, weil es in der Internationale noch viele Sektionen und Genossen gibt, welche aus allen diesen Erfahrungen nicht mit der Tiefe und Leidenschaft die Konsequenzen gezogen haben, die absolut notwendig und unvermeidlich sind. So wie in Deutschland dank der Umwälzung alle Bezirke zusammengeschweißt sind, wie in Frankreich dank dieser Umwälzung alle Föderationen zusammengeschweißt sind, so brauchen wir in dieser Internationale die deutsche, tschechische, französische, polnische Sektion, mindestens die größten Sektionen, um einen einheitlichen Kampf zu führen. Diese Sektionen müssen politisch klar und rücksichtslos wie ein Bezirk zusammengeschweißt werden. Das erfordert vor allem eine ganz klare Übersicht über alles das, was geschehen ist. Das erfordert zweitens eine klare Ziehung aller Konsequenzen für die zukünftige Arbeit.

Die Frage der Einheitsfronttaktik. Unsere Fehler in der Anwendung der Einheitsfronttaktik in Sachsen bestanden in der Hauptsache in dieser Unterschätzung der Rolle der Partei, die Genosse Radek auf diesem Kongreß wiederholt hat. Er hat gegen den Genossen Sinowjew polemisiert und gesagt: Im Jahre 1918/19 waren die kommunistischen Parteien stärker als jetzt. Das ist eine absolute Unterschätzung der Rolle der Partei. Im Jahre 1918/19 war die objektive Lage: eine kolossale Massenbewegung; es waren kleine Parteien, die sich dieser Massenbewegung angeschlossen hatten. Aber sie haben sie nicht geführt, haben die Bewegung nicht beherrscht. Hier grenzt Genosse Radek an die schwächste Seite der Luxemburgschen Theorie, an die Spontaneitätstheorie. Ich wollte dem Genossen Boris nach Deutschland eine Begrüßungskarte schicken, daß er eine so große Unterstützung bei dem Genossen Radek gefunden hat. Wir haben daraus gelernt, und das müssen alle Sektionen sich zu eigen machen. Wenn man das alles begreift, dann tritt die Einheitsfronttaktik schon als klare zweischneidige Waffe auf. Man benutzt immer in der Revolution zweischneidige Waffen. Die Kunst des Genossen Lenin hat uns gelehrt, wie man auf allen Gebieten zweischneidige Waffen zugunsten der Revolution ausnutzt. Aber ich sage, wenn man sie so benutzt, daß die reformistischen Führer größere Vorteile als die Kommunistische Partei

herausholen, wie das in Sachsen der Fall war, dann — hat Lenin gesagt — ist das zu teuer. Und was der Partei zu teuer ist, das ist ein Fehler, und was ein Fehler in der Politik ist, das ist ein Verrat. Kein moralischer Verrat. Die Engländer sagen, man weiß nicht, was schlimmer ist, ein Fehler ist manchmal schlimmer als ein Verrat. Das sind taktische Fragen. Wir sagen klipp und klar, die Parteien müssen lernen, die Taktik zur Eroberung der Massen so anzuwenden, daß wir auch wirklich Massen gewinnen, die die Partei führen kann. Wir haben in Deutschland Massen gewonnen, haben sie aber mit der Klarheit der Partei bezahlt. Wir haben in Sachsen die Arbeiter beeinflußt, haben sie aber später verloren durch diese Handlungen.

Und dann, Genossen, zweitens: Genosse Radek hat mich verdächtigt, daß ich aus der edlen Krone seiner Schwankungen einen Stein geklaut habe, daß ich vor zwei Jahren in bezug auf die Arbeiterregierung manche Abweichungen gehabt habe, die ich später aufgegeben habe. Da muß ich betonen, jawohl, ich habe vor zwei Jahren in der Frage der Arbeiterregierung manche Ausdrücke gebraucht, einzelne Formulierungen, die viel besser sind, als Radek sie zitiert hat, aber im Grundsatze falsch waren. Ich habe aber, als die Frage nicht theoretisch, sondern politisch vor der deutschen Partei stand, noch einen Abend vor der sächsischen Regierung, eine Nacht vor der Entstehung dieser Regierung, als Brandler noch in Moskau war, in Dresden im Namen der Zentrale und des sächsischen Landesvorstandes einen Vortrag gehalten und habe dort buchstäblich folgendes gesagt: Entweder wir werden nach zwei Wochen als Verräter des Proletariats dastehen, oder wir werden in dieser Zeit systematisch, gemäß einem streng umrissenen Programm, Müller ignorierend, alles vorbereiten zum Kampf. Weiter habe ich gesagt — ich nehme die volle Verantwortung für jedes Wort auf mich, daß es so war und nicht anders —: Wir werden uns selbst, habe ich betont, als Regierung erklären, wir werden über den Kopf Zeigners und der anderen Minister hinweg selbst vielleicht eine Arbeiterregierung bilden müssen, mit Unparteiischen und Sozialdemokraten zusammen, um den Bürgerkrieg zu entfesseln. Und dann hat Walcher gesagt: So heiß wird es nicht gegessen, wie der Kleine hier gekocht hat. Wir haben Walcher bestraft und nach Berlin geschickt; aber das war die Stimmung großer Teile der Rechten. Es war schon damals der vollste Kampf: Entweder sich den sozialdemokratischen Ministern fügen oder über deren Kopf hinweg die Masse zusammenschweißen, in einheitlicher Front, von unten den Kampf wirklich aufnehmen. So stand die Lage.

Und dann kamen Briefe, die berühmten Liebesbriefe von Thalheimer, jeden Tag, die in Deutschland aufbewahrt sind und nachgelesen werden können, Briefe von Thalheimer, in denen er die Haltung der Minister als reformistisch betrachtet hat. Und ich sage hier offen: Wenn Radek die Mittelgruppe nicht getötet, die Linke nicht isoliert, die Rechte nicht zusammengeschweißt hätte, dann wäre die deutsche Zentrale trotz aller Mängel und Fehler noch besser aus dem Oktoberkampfe herausgekommen, als wir herausgekommen sind.

Und dann muß ich noch betonen, daß nach der sächsischen Geschichte, als die Frage für ganz Deutschland stand, in der Zentrale die Mehrheit für den Kampf war und nur eine kleine Minderheit, geführt von Radek, gegen die Mehrheit der Zentrale, die vielmals die Thesen desavouierte wie die Vorschläge dieser Minderheit, tatsächlich den Oktoberkampf nicht aufgenommen hat. Wäre das ein Sieg, wäre das ein Rückzug, das wäre kein Versagen. Zwischen den SPD.-Arbeitern

und den SPD.-Führern wäre ein Abgrund durch diesen Kampf geschaffen worden, welchen die Kommunisten ausnutzen konnten.

Und jetzt einige Worte zum Schluß. Es ist ganz klar, und Thalheimer hat vielleicht recht, ich weiß es nicht, wenn er sagt, daß in der Internationale keine organisierte rechte Fraktion existiert. Aber ich möchte dem Genossen Thalheimer die Frage stellen: Ist er einverstanden damit, daß in der französischen Partei, nachdem die russische Diskussion entfesselt war, einige Genossen die Existenz der russischen Partei und ihre Einheitlichkeit in Frage gestellt haben, daß sie in derselben Zeit in der kommunistischen Presse der Labour-Regierung die größten Reverenzen gemacht haben, daß sie den Brief des Genossen L....., eines der Vorsitzenden des Kongresses, da er dem Herrn Macdonald nicht angenehm war, nicht abgedruckt haben, die Frage der Einheitsfront mit der Labour Party und -Regierung gestellt haben in einer ganz unmittelbaren Form in derselben Zeit, in der die russische Einheit und die Kraft der russischen Partei in Frage gestellt wurde? Und Souvarine mußte die bescheidene Rolle spielen, die zwei kämpfenden Teile in der russischen Partei zu retten. In derselben Zeit wurden Reverenzen gemacht in der Presse vor der Labour Party und der entstehenden linken pazifistischen Welle und dem linken Block. Und ich sage, wenn Thalheimer dem nicht zustimmt — hat er gekämpft gegen diese Gefahr, hat er gekämpft gegen die *linke* Gefahr oder gegen *diese* Gefahr? Das ist die Frage, die der 5. Kongreß unvermeidlich vor jeden Genossen und jede Sektion stellt. Wo ist die politische wahrhafte Gefahr, gegen die man die ganze Energie, das ganze Temperament jetzt anwenden muß? Ist es in der Frage, daß wir nicht manöverieren können oder falsch, unkommunistisch manöverieren werden, ist es in der Frage, wir werden die Einheitsfront aufgeben — das schlägt keiner vor —, oder ist die Frage: Einheitsfront bei einheitlicher, disziplinierter Partei, die auf einer Linie die Einheitsfront, nicht durch Phrasen, aber wirklich systematisch vorbereitet? Das ist die Frage, die der Kongreß beantworten muß.

NEUNTE SITZUNG

(Montag, den 23. Juni 1924)

Fortsetzung der Diskussion über die Tätigkeit der Exekutive und über die Weltlage

Redner: Schüller (Jugendinternationale), Rienzi (Italien), Thälmann (Deutschland), Bucharin (Rußland.)

Eröffnung: 5 Uhr 15 nachmittags

Vorsitz: Kolarow

SCHÜLLER: Genossen, ich glaube, die bisherige Diskussion auf diesem Kongreß hat schon ganz klar gezeigt, daß die hauptsächlichste Aufgabe des Kongresses darin bestehen wird, die Abweichungen von der Linie der Komintern, die von rechter Seite hineingetragen wurden, zu bekämpfen. Falls es noch nicht klar gewesen wäre, daß sich tatsächlich in der Komintern opportunistische Abweichungen, ja eine ernste rechte Gefahr, entwickelt haben, so ist es klar geworden auf Grund der verschiedenen Reden der Genossen Brandler, Thalheimer und Radek, dessen Rede von den tschechischen Genossen mit begeistertem Beifall aufgenommen wurde. Auch Genosse Smeral mit seiner Erklärung ist zu diesen Genossen zu zählen. In diesen Reden ist der Geist von Leipzig und Prag, der von Sinowjew bekämpft wurde, vor uns wieder erschienen. Besonders Brandler und Radek haben die Thesen von Prag und Leipzig in ihrem ganzen Umfange wieder gedeckt, und sie haben eine ganze opportunistische Theorie auf Grund dieser Thesen entwickelt. Wir müssen fordern, daß man mit diesen Thesen von Prag und Leipzig ein Ende macht. Der 5. Kongreß muß mit diesen opportunistischen Abweichungen ein Ende machen. Wir haben sie in den vergangenen anderthalb Jahren zu teuer bezahlt, als daß diese Lehren unnütz vorübergehen dürften.

Ich will nur einiges herausgreifen aus dem, was Radek gesagt hat, das zeigt, wie dieser Geist von Leipzig von Radek und den übrigen rechten Genossen vertreten wird. Gerade auf Grund der Rede Radeks sieht man, daß eine Grundeinstellung vorhanden ist, die prinzipiell falsch ist und zu diesen Konsequenzen führen muß, eine falsche Einstellung gegenüber der Sozialdemokratie.

Dazu seien hier drei Momente erwähnt. Radek sagte, für uns ist es nicht so entscheidend, welchen Sinn *wir* in die Losung der Arbeiterregierung hineinlegen, sondern entscheidend ist, was denken *die Arbeiter* bei dieser Losung. Und er sagte, die Arbeiter denken sich folgendes: Falls ein Streik im Betriebe ist, müssen die Arbeiter Schulter an Schulter gemeinsam kämpfen, und ebenso ist die Arbeiterregierung ein

derartiges gemeinsames Zusammenstehen der Parteien. Aber das ist es ja eben, daß man keinesfalls ein Zusammenstehen von einfachen revolutionären Arbeitern im Betriebe und das Verhältnis zwischen beiden Parteien gleichsetzen kann. Kann man wirklich gleichstellen das Verhältnis zwischen einem einfachen kommunistischen Arbeiter und sozialdemokratischen Arbeiter im Kampfe mit dem Unternehmer und das Verhältnis zwischen beiden Parteien? Die Sozialdemokratie steht nicht mit der Kommunistischen Partei in dem gleichen Verhältnis wie der Arbeiter zum Arbeiter, die Sozialdemokratie ist keine Arbeiterpartei, daß man derartiges von ihr sagen könnte.

Radek fragte weiter, ob die Möglichkeit besteht, mit der Sozialdemokratie eine revolutionäre Arbeiterregierung zu bilden. Und wichtig ist, wie er die Frage beantwortet. Er sagt: Das hängt davon ab, *ob die Sozialdemokratie bis zu ihrem Tode mit der Bourgeoisie verbunden sein wird*, wir hätten nicht die Möglichkeit, die Politik der Sozialdemokratie zu bestimmen, also wissen wir nicht genau, welche Politik sie einschlagen wird.

Im Gegenteil, wir wissen es. Die Sozialdemokratie wird bis zu ihrem Tode mit der Bourgeoisie verbunden sein. Ja mehr: Sie wird sich immer mehr zur dritten Partei der Bourgeoisie entwickeln, zum Flügel des Faschismus.

Drittens: Wenn Radek von der Notwendigkeit der *Einigung* spricht, hat dies im Zusammenhang mit seiner Auffassung einen ganz besondern Sinn. Aber wir verstehen die Einigung nicht in dem Sinne der Einigung zwischen beiden Parteien, sondern der Sammlung der Arbeitermassen um die Fahne des Kommunismus und in den Reihen der KP. An den verschiedenen Stellen kommt eben jener Grundgedanke zum Ausdruck, daß die Sozialdemokratie als *Arbeiterpartei* betrachtet werden muß, mit der ein Bündnis, eine revolutionäre Arbeiterregierung, eine Einheitsfront von oben allein möglich ist. Wenn wir derartige Auffassungen haben, ist es klar, daß wir sehr weit kommen können. Das kann uns zu einem Revisionismus des Kommunismus führen, wie Genosse Sinowjew bewiesen hat. Gegen diesen Revisionismus muß man klar sprechen, denn sonst können die Folgen für die KP wie eine verheerende Krankheit sein.

Die tschechischen Genossen haben eine Erklärung abgegeben, die nicht Fisch und Fleisch ist. Man weiß nicht, bestätigen sie Prag oder nicht. Sie sagen: Wir halten die Revision der Thesen von Prag für möglich, da eine neue Situation eingetreten ist, die gewisse Änderungen nötig macht.

Sind wir aber nur deswegen gegen die Auslegung der Arbeiterregierung als Etappe zur Diktatur usw., kurz gegen die ganze Brandler-Radeksche Auffassung, weil die Situation sich geändert hat? Nein, nicht deswegen. Diese Auslegung war auch schon auf dem 4. Kongreß falsch und war schon in Leipzig und Prag falsch.

Und die tschechischen Genossen dürfen nicht sagen, nur weil heute die Situation eine andere ist, sind wir bereit, diese Richtlinien über die Arbeiterregierung und Einheitsfront zu revidieren. Die Auffassung der Genossen Radek und Brandler war, wie dies heute ihre Ausführungen wieder beweisen, schon auf dem 4. Weltkongreß unrichtig. Falls aber die tschechischen Genossen ihre Erklärung so abgeben, so beweist das, daß sie sich noch nicht klar sind, ob wirklich die Auffassung des Genossen Sinowjew die richtige ist, oder die Thesen von Leipzig und Prag.

Die Genossen Radek und Brandler versuchten hier, den Kongreß ein bißchen zu schrecken. Der Genosse Radek sagte z. B., Genosse Sinowjew habe tatsächlich in seiner Rede die Einheitsfronttaktik liquidiert, und Genosse Brandler sagte, ich stehe nach wie vor für die Linie des 3. und 4. Weltkongresses ein, und will damit sagen, daß Genosse Sinowjew und der gesamte Kongreß nicht für diese Beschlüsse einstehen. Solche Entstellungen muß der Kongreß klar zurückweisen. Wir haben es nicht notwendig, uns sagen zu lassen, daß Genosse Sinowjew die Einheitsfronttaktik und die Linie des 3. und 4. Kongresses liquidiert und die Genossen Brandler und Radek sie allein durchführen wollen. Falls etwas liquidiert werden soll, dann allein die Radeksche Auffassung von der Einheitsfronttaktik. Wir meinen, daß die Sinowjewsche Definition der Arbeiterregierung und der Einheitsfronttaktik anzunehmen ist und Klarheit über alle Fragen schafft. Wir müssen dabei auch unterstreichen, daß wir für richtig halten, was Genosse Sinowjew sagte, daß tatsächlich die Einheitsfront von unten allein in den meisten Ländern noch nicht anzuwenden sein wird. Es muß auf diesem Kongreß Klarheit darüber herrschen, daß wir in den meisten Ländern noch die Einheitsfronttaktik von unten, verbunden, falls zweckmäßig, mit Herantreten an die Spitzenorganisationen, durchführen müssen. Uns scheint, daß dieser Punkt durch die Erklärung des Genossen Sinowjew klar definiert ist, so daß künftighin Täuschungen nicht möglich sein werden.

Zur Lage in den verschiedenen Parteien: Wir stimmen dem Genossen Sinowjew zu, daß tatsächlich eine „deutsche Frage" auf diesem Kongreß nicht mehr aufgerollt werden soll, und halten Radeks Versuch, um das zu beweisen, für kläglich gescheitert. Die Genossin Fischer hat bereits darauf hingewiesen, daß diese klare Selbstkritik in der deutschen Partei diese verschiedenen Mißstände bereits beleuchtet hat, und daß Maßnahmen getroffen sind, um sie zu überwinden. Diese Tatsache zeigt, daß die Partei auf dem richtigen Wege ist, um vorwärts zu kommen. Diese Ereignisse des inneren Gruppenlebens finden wir in stärkerer Form gewiß in Deutschland, aber in sehr vielen Fällen auch in anderen Parteien. Soll man daraus wirklich eine „deutsche Frage" konstruieren? Wir halten diesen Versuch Radeks nur für einen Versuch, auf diesem Wege wieder den Kampf über die deutsche Frage aufzurollen und die bisherige Linie der Exekutive zu revidieren.

Zur tschechischen Frage müssen wir sagen, daß wir es sehr begrüßen, daß Genosse Sinowjew die Lage in der Tschechoslowakei besprochen und hier ernste Worte der Kritik gefunden hat. Wir glauben, daß der tschechischen Partei am wenigsten damit gedient wäre, die Lage in ihrer Partei zu übergehen. Hier nützt parlamentarisches und diplomatisches Stillschweigen nichts. Hier ist offene proletarische Sprache am Platze, sonst würden es die tschechischen Genossen wieder zu büßen haben, wenn sie nicht heute zu dieser Frage Stellung nehmen. Die deutsche und bulgarische Partei sind warnende Beispiele dafür, daß wir ähnliches in der Tschechoslowakei nicht geschehen lassen sollen. Deshalb begrüße ich es, daß die Minderheit der tschechischen Partei und der tschechische Jugendgenosse hier mit einer klaren Erklärung auftraten. Es ist uns bekannt, daß die tschechischen Genossen ungehalten waren, als der tschechische Jugendgenosse auftrat. Aber nichts wäre falscher, als wenn sie darin etwas sähen, gegen das eine Wendung notwendig wäre. Die tschechischen Jugendgenossen haben mit ihrem Auf-

treten der KPTsch und der KI einen großen Dienst erwiesen. Die tschechischen Parteigenossen der Mehrheit müssen das einsehen.

Auch was über England gesagt wurde, hat große Bedeutung. Besonders, was der Genosse Roy sagte, zeigt, daß wir die Frage der englischen Partei ernst behandeln müssen und die KI fortlaufend die Lage in der englischen Partei beobachten muß, um dort alle Überbleibsel des Geistes der Arbeiteraristokratie zu überwinden und eine wirklich kommunistische Partei im bolschewistischen Geiste zu schmieden.

Noch einige Worte über Skandinavien. Falls Zweifel bestanden, ob die Taktik der KI in Norwegen richtig war, so sind darüber heute keine Zweifel mehr vorhanden. Der Genosse Höglund wird dies selbst zugestehen müssen, falls er nicht den Tatsachen direkt ins Gesicht schlagen will. Denn es ist heute klar, daß die Führung der norwegischen Arbeiterpartei teils aus nackten Sozialverrätern besteht, teils aus Syndikalisten, Halbfaschisten, mindestens aber aus Zentristen. Die Haltung, die die norwegische Arbeiterpartei nach der Spaltung einnahm, zeigt, daß diese Partei weiter vorwärtsgeht auf dem Wege, den man ihr prophezeite. Einmal mit der KI gebrochen, dann geht es immer mehr bergab auf dem Wege zum Reformismus, ins Lager der Bourgeoisie. Höglund hat in diesem Streite eine sehr schwankende Haltung eingenommen und unloyale Angriffe gegen die KI gerichtet, die in ihrem Inhalt und in ihrer Form sehr dem Interesse der KI in Skandinavien geschadet haben. Die Exekutive hat im Dezember mit Höglund die Differenzen beigelegt in der Hoffnung, daß dadurch in der schwedischen Partei eine Beruhigung eintreten wird. Aber wir müssen sagen, diese Hoffnungen sind illusorisch. Es scheint, daß Höglund vielleicht nur eine Atempause, einen Waffenstillstand, gesucht hat. Die Differenzen sind noch nicht ausgeglichen. Denn was heißt es, wenn kurz vor dem Kongreß die schwedische Parteizentrale an die Minderheit, die auf dem Boden der KI steht, ein Ultimatum richtet, das so gestellt ist, daß es zu Konflikten führen muß? Und als die Genossen der Minderheit keine befriedigende Antwort gaben, berief Höglund einen Parteitag ein, und zwar komischerweise für den 19. Juli. Warum? Weil bis zum 19. Juli die Ergebnisse des Weltkongresses der KI noch nicht den Genossen zu Ohren gekommen sein können. Wir meinen, daß auch hier offene Sprache am Platze ist. Es ist wohl an der Zeit, daß Höglund sich klar und entschieden so äußert, daß wir die Gewißheit haben können, die schwedische Partei wird die Linie der KI ohne Schwankungen durchführen. Wir meinen, daß der Weltkongreß mindestens für eine Verschiebung des Parteitages, für dessen Notwendigkeit wir keinen Grund sehen, eintreten muß.

Zum Schluß einige Worte über Rußland. Was der Genosse Sinowjew am Schluß seiner Rede über die Haltung der Opposition anläßlich des möglichen Defizits im Herbst mitteilte, hat uns sehr beunruhigt. Die Kommunistische Jugendinternationale hat in der Vergangenheit die russische Partei vollkommen unterstützt. Wir haben erkannt und sind dafür eingetreten, daß die russische Partei die richtige Linie des Leninismus befolgt, und wir glauben, der Kongreß hat die Pflicht, dies klar auszudrücken, besonders in bezug auf die Gefahren, die heute noch vor uns stehen. Die russische Partei muß wissen, daß die ganze Kommunistische Internationale ohne irgendwelche Schwankungen hinter der russischen Partei steht und die Opposition verurteilt. Genosse Brandler hat heute hier gesagt, man gebraucht jetzt das Mode-

wort „Bolschewisierung". Daß Brandler die Frage so stellt, zeigt wieder, daß mit ihm große Differenzen vorhanden sind. Von Leuten, die ihm nahestehen, hört man oft: Wozu Bolschewisierung, das ist ein Modewort. Aber das ist kein Modewort! Es handelt sich darum, daß nicht erlaubt wird, daß an der bolschewistischen Auffassung, die durch die Kongresse und die Tätigkeit der KPR definiert worden ist, eine Revision vorgenommen wird. Es handelt sich darum, daß, wie die deutschen Ereignisse bewiesen haben, unsere Parteien mit ihren heutigen Arbeitsmethoden die Übernahme der Macht noch nicht durchführen können, und daß wir dahin arbeiten müssen, wirklich bolschewistische Arbeitsmethoden und Organisationsformen herauszuentwickeln. Und drittens, daß wir darauf hinarbeiten müssen, daß im Gegensatz zu denen, die danach trachten, eine opportunistische Revision herbeizuführen und Opposition betreiben, ein fester bolschewistischer Kern in der Internationale und allen Parteien geschaffen wird.

Die internationale Führung ist von der allergrößten Bedeutung für die kommende Zeit. Alles muß getan werden, um die internationale Führung zu verbessern und zu stärken. Es ist von seiten der Exekutive und der einzelnen Parteien sehr viel zu tun, um die Organisation zu verbessern und verstärken und um tatsächlich eine solche einheitlich straff zentralisierte Leitung zu schaffen, wie wir sie brauchen. Thalheimer meinte hier, man dürfe die nichtrussischen Parteien nicht als unmündig betrachten. Gewiß betrachtet niemand die andern Parteien als unmündig. Es ist vollständig unsinnig, ein solches Wort hier auf dem Kongreß zu gebrauchen. Man kann es nur verstehen, wenn man es verbindet mit den Ausführungen, die Genosse Thalheimer darüber machte, daß der Kommunismus in Westeuropa anders vor sich gehe als in Rußland. Alles dies bedeutet eben einen gewissen Komplex, dessen Sinn der Versuch ist, die bisherigen Methoden und Grundprinzipien der KI und des Bolschewismus zu ändern. Demgegenüber müssen wir unterstreichen, daß die Führung nach wie vor tatsächlich bei der alten bolschewistischen Garde liegt, bei unserer russischen Bruderpartei.

Wir gehen großen Kämpfen entgegen, und wir müssen das unterstreichen. Von dieser Stelle aus möchten wir gegen die Prophetie der Niederlage, die die Vertreter der Rechten hier betreiben, protestieren. Die Genossen Brandler, Radek und Thalheimer stehen auf und halten Reden: Ja, nach einem Jahre werden wir ja sehen, macht nur eure Geschichte, wir werden schon sehen, was dabei herauskommt, kündigen eine pessimistische Perspektive an, überall finden sie schon Grund zur Prophezeiung der Niederlage. Wir haben keinen Grund zu einer solchen pessimistischen Einstellung. Wir haben gewiß Grund, die Lage ernst einzuschätzen und uns keine Illusionen zu machen über die Kämpfe, die wir zu führen haben werden. Diese werden sehr schwer sein, und auch Niederlagen werden nicht fehlen. Aber es ist klar, daß wir fest und bewußt und mit Mut und Zuversicht in diese Kämpfe hineingehen können, und daß wir tatsächlich diese Kämpfe siegreich führen werden, falls der Kongreß klare Beschlüsse faßt in den wichtigen Fragen, die wir jetzt besprechen. Wir meinen, daß dieser Kongreß das tun kann und wird, daß dieser Kongreß ein Zentrum werden wird, von dem neue Kräfte ausströmen, die alle Parteien zusammenschweißen und einen bolschewistischen Kern in der gesamten Kommunistischen Internationale schaffen, der uns in den kommenden Kämpfen siegreich führen wird.

RIENZI: Genossen! Die Minderheit der Delegation der KP Italiens hat mich beauftragt, die Gründe darzulegen, aus denen heraus sie den Bericht des Genossen Sinowjew vorbehaltlos billigt. Das Präsidium der Kommunistischen Internationale hat in seinen Briefen an die KPD unverzüglich und energisch jeden Versuch — von welcher Bedeutung und Ausdehnung dieser auch gewesen sein mag —, aus den deutschen Erfahrungen die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Einheitsfronttaktik für immer begraben werden soll, zurückgewiesen.

Wir haben keineswegs den Eindruck, daß der Bericht des Genossen Sinowjew und im allgemeinen die Haltung der Kommunistischen Internationale gegenüber den Oktoberereignissen eine „allgemeine Liquidierung der Einheitsfronttaktik des 4. Kongresses" ist. Die Formel für die Anwendung der Einheitsfronttaktik, die der Genosse Treint in seiner Rede gegeben hat, und die, wenn nicht als offiziell, so als halboffiziell zu betrachten ist: „Immer von unten, in gewissen Lagen von unten und oben, nie aber von oben allein", bedeutet keine neuen Methoden der Einheitsfront und kann nicht als eine revisionistische Offenbarung betrachtet werden.

Selbst in der Rede der Genossin Fischer hörten wir in bezug auf diese Frage mit Freude, „daß es sich gegenwärtig nicht darum handele, darüber zu diskutieren, welche Manöver zulässig oder unzulässig sind, denn jedes Manöver, das für die Sache nützlich ist, ist zulässig". Die Genossin Fischer ist nicht aus Prinzip gegen Verhandlungen mit den Führern, sie glaubt aber, daß diese Verhandlungen nicht die Abschließung von Übereinkommen mit den Sozialdemokraten zum Ziel haben dürfen. Wenn ich daher ihren Gedanken richtig auslege, so schließt die Genossin Fischer und die Richtung, die sie vertritt, die Übereinkommen als Mittel nicht aus, weil es klar ist, daß in gewissen Lagen Übereinkommen einen Bestandteil von „nützlichen Manövern" bilden können, wohl aber schließen sie sie als Zweck aus.

In bezug auf die Frage der Arbeiterregierung hat es im Bericht des Genossen Sinowjew offenbar etwas gegeben, das, wenn nicht eine Revision, so doch eine Rückkehr zu dem ursprünglichen Standpunkt in dieser Frage genannt werden kann. Genosse Sinowjew hat uns die Formel der Arbeiter- und Bauernregierung von neuem als ein Synonym der Diktatur des Proletariats hingestellt. In dieser Formel ist die folgende allgemeine Wahrheit enthalten: Jede taktische Formel, die vor den breiten Arbeiterschichten die Machtfrage aufrollt, indem sie sie auf das Gebiet des bewaffneten Kampfes für die Eroberung der Macht bringt, alle derartigen taktischen Formeln und Parolen können als mit der Diktatur des Proletariats gleichbedeutende Parolen betrachtet werden.

Ferner enthält dieser Ausdruck auch noch eine andere Wahrheit. In Anbetracht der politischen Lage der Internationale hat die Formel, die der Genosse Sinowjew empfiehlt, den Vorteil, daß sie in einer ganz klaren Weise zeigt, daß die Machtfrage nur nach der klassischen kommunistischen und revolutionären Auffassung vor die KP und die Arbeitermasse gestellt werden kann, d. h. auf dem Boden des Bürgerkrieges und des bewaffneten Kampfes gegen die Bourgeoisie.

Nach Feststellung der Wahrheiten, die diese Formel enthält, ist es aber eine Pflicht revolutionärer Klarheit, über diese Formel nicht hinwegzugleiten, und es ist festzustellen, ob der Ausdruck des Genossen Treint, der erklärt, daß die Arbeiter- und Bauernregierung die Parole der „Einsetzung der Diktatur" ist, der Formel der Arbeiterregierung während

einer Periode des Kampfes um die Machteroberung nicht einen spezifischen politischen Inhalt, eine gewisse Originalität verleiht.

Man könnte auch andere Formeln dieser Art anwenden. So könnte man z. B. sagen, daß die Arbeiterregierung die Parole der „im Anmarsch befindlichen" Diktatur ist. Das Problem wäre immer das gleiche. Von welcher Art Synonymität hat der Genosse Sinowjew gesprochen? Ist es eine rein philologische Synonymität? Wir glauben das nicht. Es gibt Wörter aus alten Sprachen, die sich umwandeln und dann im Gebrauch einen doppelten Sinn haben: einen literarischen und einen in der Umgangssprache. Sollte die Formel der Arbeiterregierung etwa ein volkstümlicher Ausdruck neben dem literarischen Ausdruck „Diktatur des Proletariats" sein? Wir glauben, daß die Synonymität zwischen Diktatur des Proletariats und Arbeiterregierung keine philologische ist, sondern eine Synonymität von ganz anderer Art. Man könnte sagen: eine „dynamische" Synonymität, d. h. daß die Parole der Arbeiterregierung die Eigenschaft besitzt, in einer konkreten Lage die Massen auf den Boden des bewaffneten Kampfes für die Eroberung der Macht und für die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats zu bringen. Wir fassen die Synonymität der beiden Parolen in einem „politischen" und nicht nur in einem rein „pädagogischen" Sinn auf. Wir haben einen gewissen Grund, dies zu betonen, weil wir z. B. hörten, wie unser Genosse Rossi erklärte, daß er die Synonymität anerkenne, aber in dem Sinne, daß die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung eine Parole des „gewaltsamen, direkten und frontalen" Kampfes für die Eroberung der Macht sei.

Was die Lage in Italien betrifft, so glauben wir, daß die Formel der Arbeiter- und Bauernregierung in Italien am meisten dazu beitragen kann, daß ein möglichst großer Teil der Kräfte des Proletariats und selbst gewisse Schichten des proletarisierten Mittelstandes sich offen auf den Boden des offenen und bewaffneten Kampfes um die Eroberung der Macht stellen.

Einige Worte über die deutsche Revolution. Wir haben mit dem größten Interesse die Reden der Genossen, die unmittelbar an den Erfahrungen der deutschen Ereignisse beteiligt waren, gehört und haben die Schlußfolgerung gezogen, daß die Massen der KPD, indem sie den Schwerpunkt der Partei nach links verlegten, eine ganz richtige und politische Intuition bekundeten, und daß das intuitive Urteil, das die Massen der Partei gefällt haben, selbst wenn es mit gewissen nebensächlichen „Ungerechtigkeiten" verbunden sein sollte, durch die Aussprache auf dem 5. Kongreß bestätigt worden ist. In den Ausführungen der verschiedenen Genossen wurden aber auch viele Tatsachen und Momente angeführt, die uns zeigen, daß die Bilanz der Analyse der deutschen Niederlage nicht einzig und allein durch Anwendung der „Kategorie" der rechten Fehler abgeschlossen werden kann. Neben den rechten Fehlern gab es auch Schwierigkeiten anderer Art, die berücksichtigt werden mußten. Wir verlangen daher, daß diese gesamte Aussprache über die deutschen Erfahrungen in allen ihren Momenten und nicht nur die hervorragenden Elemente, die allgemeinen politischen Fehler, für die gesamte Internationale ausgewertet werden sollen. Die im Gang befindliche Aussprache kann und wird uns dieses Ergebnis zeigen. In manchen Reden der deutschen Linken, namentlich in den Dokumenten, die wir gelesen haben, konnten wir einen gewissen Pessimismus in bezug auf die Lage in Deutschland sehen. Ist dieser Pessimismus nach der Niederlage die Offenbarung eines Verlangens nach

einer ernsteren Prüfung der Schwierigkeiten des revolutionären Kampfes in Deutschland, so bildet er ein entschieden glückliches Anzeichen. Ist aber dieser Pessimismus gewissermaßen mit einem Widerstand gegen die Annahme aller erforderlichen taktischen Mittel und mit einer Tendenz verknüpft, für die Zukunft einen Vorbehalt zu machen, um dann die Möglichkeit zu haben, bloß die bevorzugten taktischen Mittel zur Anwendung zu bringen, so muß eine solche Stellungnahme bestritten und bekämpft werden.

Was die russische Frage betrifft, so hatte unsere Partei nicht die Möglichkeit, eine allgemeine Aussprache über diese Frage einzuleiten, weil ihre letzte Konferenz von dringenden Fragen unserer inneren Lage in Anspruch genommen war. Im allgemeinen hatten wir aber — sofern die Strömung, der ich angehöre, in Betracht kommt — das ganz klare Empfinden, daß die beiden Probleme, die aus der Diskussion in Rußland entstanden, d. h.: Die Führung der KPR der alten bolschewistischen Garde und die Führung der gesamten Internationale dem bolschewistischen Geist zu sichern, und zweitens, diese alte Garde mit der neuen kommunistischen Generation, die natürlicherweise neues Blut in die Reihen unserer Partei, unserer Internationale bringen muß, in höchstem Grade die gesamte Internationale interessieren müssen, und daß gegenüber diesen Problemen keinerlei Neutralität möglich ist. Aus diesem Grunde müssen wir anerkennen, daß die Haltung der Mehrheit der französischen Genossen, die gekämpft haben, um die „russische Frage" in eine „französische Frage", die die KP Frankreichs und die gesamte Internationale betrifft, umzuwandeln, völlig gerechtfertigt war. Bei dem Punkt der Tagesordnung über die russische Frage wird über dieses Problem ausführlicher gesprochen werden können. Wir erklären aber schon jetzt, daß wir die Haltung des ZK der KPR billigen. Wir glauben, daß die Haltung der russischen Opposition, welches auch ihre Formeln und Absichten gewesen sein mögen, die Partei bloß gezwungen hat, auf die Arbeit, die sofort nach dem einstimmigen Beschluß des ZK hätte in Angriff genommen werden können, zu verzichten, um sich zur Wehr zu setzen, um den leninistischen und bolschewistischen Charakter dieser Partei zu verteidigen. Das Eingreifen der Opposition war für das Ziel selbst, das sich ihre besten Elemente gesetzt haben konnten, nachteilig.

Einige Worte über die italienische Frage.

Die *Sozialistische Partei.* Wir sind jetzt alle für die Fusion mit den Terzi-Internationalisten. Nach dieser Fusion wird aber die Tätigkeit zur Eroberung der Massen, die noch der Sozialistischen Partei Gefolgschaft leisten, fortzusetzen sein. Die Tatsachen haben gezeigt, daß die Behauptung unserer Minderheit auf dem 4. Kongreß, daß die Sozialistische Partei nicht bloß ein Führerklüngel sei, sondern auch breite proletarische Schichten habe, richtig war. Das will besagen, daß das Problem der Eroberung der italienischen Arbeiterklasse mit dem Problem der Eroberung der sozialistischen Massen zusammenfällt. Wir glauben, daß die Verhältnisse zur Zeit des 4. Kongresses und selbst die Stellung der Erweiterten Exekutive nunmehr keine zweckmäßige Grundlage für die neue Aussprache abgeben können. Was die Strömungen in unserer Partei betrifft, so ist die Tatsache festgestellt, daß wir keine eigentlichen Fraktionen haben. Man kann ernsthaft sagen, daß der Differenzierungsprozeß, der in den letzten Monaten in unserer Partei zutage getreten ist, eine Anstrengung zur Bildung einer wahrhaft bolschewistischen, wahrhaft revolutionären Partei darstellt.

Die Einheit, die sich auf dem Parteitag in Rom offenbarte, die fast vollständige Einmütigkeit, mit der die Partei vor den 4. Kongreß trat, waren keinesfalls ein Zeichen politischer Reife! Im Gegenteil! Die im Gang befindliche Differenzierung ist daher kein Zersetzungsprozeß, sondern der Aufbauprozeß einer wahren kommunistischen Partei. Und wir können in bezug auf unsere Fraktion erklären, daß es unser größter Wunsch ist, ehestens als Strömung zu verschwinden, um in der Einheit der Kommunistischen Partei wiederzuerstehen!

In bezug auf die politischen Fragen, die der Genosse Rossi hierhergebracht hat, bemerken wir, daß die „Linke" ihren alten Standpunkt in bezug auf die Frage der Eroberung der Mehrheit der Arbeitermassen noch nicht aufgegeben hat. Ein Standpunkt, den die Internationale seit dem 3. Kongreß stets bekämpft hat. In bezug auf die taktischen Fragen, in bezug auf die Frage der „Kompromisse" gibt es einen ziemlich tiefliegenden Gegensatz, der nicht leicht zu beseitigen sein wird, zwischen dem taktischen Standpunkt der Thesen von Rom und den taktischen Thesen des 3. Kongresses der Internationale. Genosse Rossi erklärt, daß er das Buch Lenins: „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" gelesen habe, daß aber dieses Buch sich auf die italienische Linke nicht beziehe. Es ist sehr wohl bekannt, daß dieses Buch gegen die politischen Fehler gewisser Strömungen, die in der KI vorhanden waren und auch jetzt noch vorhanden sind, gerichtet ist, zu welchen Strömungen auch die italienische Linke oder äußerste Linke gehörte (und gehört). Nach der Logik des Genossen Rossi hatte Lenin bei Abfassung seines Buches die italienische Linke nicht nur nicht im Auge, sondern er dürfte es eben für sich selbst und nicht für die Internationale geschrieben haben, da ja Genosse Rossi behauptet, daß das Kriterium der „Biegsamkeit" der Taktik, wie es in der „Kinderkrankheit" geschildert wird, nur von Lenin gehandhabt werden kann, aber nicht von den „kleinen Lenins", die in den verschiedenen Parteien zu finden sind. Dies zu behaupten, heißt dem Leninismus einen schlechten Dienst erweisen, da es klar ist, daß Genosse Lenin mit seiner Schrift einen grundlegenden Beitrag für die Bildung einer für die gesamte Internationale geeigneten taktischen Auffassung liefern wollte und auch geliefert hat, sowohl für jene, die durch ihren persönlichen Wert weniger von Lenin entfernt sind, wie auch für die bescheidensten Parteimitglieder.

Die *internationale Disziplin.* Genosse Rossi hat erklärt: „Wir sind für die Disziplin in der Internationale. Wir wollen nicht, daß man die Alternative ‚Bordiga oder die Internationale' aufstellt. Man wird mit keinem Disziplinbruch zu tun haben, wenn die Internationale die ‚linke Bewegung des Weltproletariats' bleiben (ich weiß nicht, ob er ‚bleiben' oder ‚werden' gesagt hat) wird." Ich glaube, daß eine solche Definition der Internationale nicht sehr gelungen ist. Vielleicht hat es der Genosse Rossi ohne Absicht getan. Man könnte aber aus dieser Definition die Schlußfolgerung ziehen, daß der kennzeichnende Zug, das Kriterium der kommunistischen Aktion in ihrer Stellung zur Rechten der internationalen Bewegung, zu der Sozialdemokratie, liegt. Die politische Stellung des Kommunismus kann nicht vom Standpunkt dieser Beziehungen behandelt oder beurteilt werden, sondern nur an sich selbst, weil sie sich auf einem ganz andern Gebiet entfaltet als die übrigen Strömungen der proletarischen Bewegung. Sie ist weder die Linke noch die Rechte der Bewegung, sondern die einheitliche Bewegung zur Leitung der proletarischen Revolution. Die italienische

Linke wird für einen eventuellen Disziplinbruch kein „Alibi" finden können, weil die KI nicht rechts oder links von andern politischen Parteien steht, sondern stets die einzige Partei des Proletariats in der Revolution sein wird. Wir sind auch für die einheitliche Leitung der italienischen kommunistischen Bewegung. Wir unsererseits waren bestrebt, zu dieser Einheit beizutragen. Wir haben gewisse Anstrengungen in diesem Sinne gemacht. Wir haben ohne Zögern und mit Energie die Elemente bekämpft, die den Gegensatz zwischen der früheren Zentrale der KPI und der Internationale ausgenützt haben, um einen bequemen und nicht aufrichtigen scheinorthodoxen Standpunkt einzunehmen. Wir haben alle diese Elemente beseitigt. Wir lehnen ab den politischen Geist des „Revisionismus" des Genossen Graziadei, den der Genosse Sinowjew hier erwähnt hat. Wir wünschen, daß die Internationale in Anbetracht der Wichtigkeit der theoretischen Fragen des Marxismus in ihren Beziehungen mit der politischen und taktischen Linie der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen diesen Problemen eine größere Beachtung widmen und bestrebt sein möge, sie zum Gemeingut zu machen. So können z. B. gewisse Schlußfolgerungen des Genossen Graziadei in der Frage der Konzentration des Kapitals, über den Prozeß der Kapitalsakkumulation unter dem Monopolregime, über die Auslegung der russischen neuen ökonomischen Politik, die keine rein „wissenschaftlichen" Fragen im engen Sinne dieses Wortes sind, Folgen für die durch die Kommunistische Partei in Italien zu befolgende Agrarpolitik und für die Perspektiven der KI und in bezug auf die Entwicklung des Kapitalismus im allgemeinen haben. Es ist notwendig, daß die Tätigkeit der Internationale auf dem Gebiete marxistischer Kultur sich das Ziel setzt, den Arbeitern den Zusammenhang zwischen gewissen theoretischen und „ökonomischen" Fragen und die taktischen und politischen Probleme der revolutionären Bewegung klarzumachen.

Wir wünschen — und wir werden unser möglichstes in diesem Sinne tun —, daß die Kommunistische Internationale die Einheit der Führung in unserer Partei verwirklicht. Wir glauben aber, daß diese Einheit unbedingt aufrichtig, eine politische Sache sein muß, geeignet, eine gemeinsame Führung der Arbeit in Italien zu ermöglichen. Es ist notwendig, daß die Zentrale der Partei sich die Eroberung der gesamten Partei für die Taktik der KI zur Aufgabe zu machen, daß sie die Partei in die Lage zu setzen versteht, kollektiv und methodisch im Sinne dieser Taktik zu arbeiten.

Wir werden jetzt in einer Periode hoher politischer Verantwortung nach Italien zurückkehren. Die rein organisatorische Periode ist vorbei, wir stehen vor großen politischen Aufgaben. Es ist daher notwendig, daß die Zusammenarbeit der verschiedenen Strömungen in der Zentrale der Partei auf einer gemeinsamen politischen und taktischen Grundlage verwirklicht wird, und daß sie die Möglichkeit bietet, unsere Partei in den großen Kämpfen, die ihrer harren, auf wahrhaft marxistischer und kommunistischer Grundlage, nach einer sicheren, bestimmten, den Erfordernissen der italienischen Lage und der revolutionären Perspektive genau angepaßten Linie zu führen.

*

KOLAROW: Eine Delegation des Kreises Krasnograd ist hier eingetroffen, um der KPD auf dem Kongreß eine Fahne zu überreichen. Bevor der nächstfolgende Redner das Wort erhält, wird diese kleine Feier vor sich gehen.

RUDEJKO: Genossen, erlaubt mir, den 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale im Namen der organisierten armen Bauernschaft von Krasnograd im Gouvernement Poltawa zu begrüßen. (Stürmischer Beifall.)

Genossen, erlaubt mir in eurer Person, in der Person der Vertreter aller Länder, das Proletariat der ganzen Welt zu begrüßen.

Genossen, die arme Bauernschaft des Kreises Krasnograd hat nach der Oktoberrevolution 1917, unter Führung der Kommunistischen Partei und des großen unvergeßlichen Führers der Weltrevolution, W. I. Lenin, das kapitalistische System gestürzt und an seine Stelle das Rätesystem, das System der Arbeiter und Bauern, gesetzt.

Genossen, erlaubt mir im Namen des Kongresses der Roten Bauernschaft des Kreises Krasnograd die Begrüßungsschrift, die sie im Wege des 5. Kongresses der Kommunistischen Internationale dem deutschen Proletariat überreicht, vorzulesen und ihm eine Fahne zu überreichen (er liest die Begrüßungsschrift):

„An das deutsche Proletariat!
Werte Genossen!

Die arme Bauernschaft des Kreises Krasnograd begrüßt euch aus den Steppen der Ukraine.

Wir, die armen Bauern des Kreises Krasnograd haben auf unserm ersten Kreis-Sowjetkongreß nach Entgegennahme des Berichtes über die internationale Lage und insbesondere über den Kampf des deutschen Proletariats für seine Befreiung, für die Rätemacht, beschlossen, dem deutschen Proletariat unsere Grüße zu senden und ihm zu versichern, daß die arme Bauernschaft der Ukraine seinen Kampf mit Aufmerksamkeit verfolgt und im nötigen Augenblick ihm zu Hilfe eilen wird. Zum Zeichen der Solidarität, zum Zeichen des großen Zusammenschlusses hat sie beschlossen, dem deutschen Proletariat diese Fahne zu senden, und harrt mit Hoffnung des Augenblicks, wo diese Fahne auf den Barrikaden Berlins gehißt werden und über Berlin, München, Sachsen und dem gesamten Arbeiter- und Bauerndeutschland die Fahne der Union sozialistischer Sowjetrepubliken wehen wird.

Die arme Bauernschaft wartet auf den Aufstand der Arbeiter und Bauern Deutschlands und ist stets bereit, ihnen zu Hilfe zu eilen. Indem wir armen Bauern euch diese Fahne überreichen, rufen wir das Proletariat Deutschlands zum Kampf gegen das Kapital, unter das Banner der Kommunistischen Partei, denn diese allein ist der wahre Führer des Proletariats und sie allein verteidigt die Interessen der armen Bauernschaft. Wir warten auf die Stunde, wo das machtvolle proletarische Deutschland mit den weiten Ebenen der Ukraine vereinigt sein wird, wo diese beiden schaffenden Völker sich zu einem machtvollen Bund zusammenschließen und die hochentwickelte Technik Deutschlands mit den fruchtbaren Getreidefeldern der Ukraine vereinigen werden, wo der Boden beider Länder den lustigen, glücklichen Gesang des Arbeiters in seiner Werkstätte und des Bauern hinter seinem Pflug hören wird. Wir wissen, daß wir und das gesamte Proletariat bis zu jener Stunde viele Kämpfe und Niederlagen durchmachen müssen. Wir müssen unser Banner nicht nur über Berlin, sondern auch über Paris, über London, über Washington, über Peking, über die ganze Welt erheben. Wir glauben aber an unseren Sieg.

Unser in Blut, Schweiß und Tränen gebadetes Banner wird über der ganzen Welt wehen, denn die Geschichte arbeitet nur für uns; wir sind die Herrscher der Welt, und wir sind die Welt.

Es lebe das revolutionäre Proletariat Deutschlands und der ganzen Welt!

Es lebe die Führerin des Weltproletariats, die Kommunistische Internationale!

Es lebe der Weltbund der Arbeiter und Bauern!

Die arme Bauernschaft des Kreises Krasnograd,
Gouvernement Poltawa i. d. Ukraine.

Krasnograd, den 15. Juni 1924."

Erlaubt mir, Genossen, dem Vertreter der KPD die Begrüßungsschrift und eine photographische Aufnahme des Kongresses, der diese Fahne überreicht, zu übergeben. (Beifall. Allgemeiner Gesang der Internationale.)

THÄLMANN (Deutschland): Genossen und Genossinnen! Arbeiter und Bauern der Roten Stadt der Ukraine übergeben hiermit der deutschen Kommunistischen Partei diese Fahne, die den Sinnspruch trägt: Proletarier aller Länder vereinigt euch! Ich glaube, daß der 5. Kongreß in seiner ganzen Zusammensetzung zeigt, daß er ein Kongreß ist, der in der Zusammenfassung aller proletarischen Parteien diesen Sinnspruch tatsächlich verwirklicht. Diese Fahne ist ein Symbol, das die Solidarität der russischen Arbeiter und Bauern mit der revolutionären Arbeiterschaft Deutschlands ausdrückt, sie ist ein Sinnbild dafür, daß die russische Kommunistische Partei mit der deutschen Kommunistischen Partei auch in ihren Mitgliedermassen eng verbunden sind. Wir sind überzeugt, daß die Kommunistische Partei Deutschlands es verstehen wird, diese Fahne zu führen in allen revolutionären Kämpfen, die dem deutschen Proletariat bevorstehen. Genau so wie das russische Proletariat das rote Banner des Klassenkampfes geführt hat in der ersten Revolution 1905 und in der zweiten siegreichen russischen Revolution des Jahres 1917, so werden wir als deutsche Kommunistische Partei, die wir den Golgathaweg noch zu marschieren haben, diesen Weg beschreiten über alle Hindernisse hinweg zum Siege der proletarischen deutschen Revolution. (Beifall.)

KOLAROW: Genossen! Im Namen des gesamten Kongresses, auf dem sich Vertreter von 52 Parteien der ganzen Welt versammelt haben, drücke ich euch und der gesamten armen ukrainischen Bauernschaft nicht nur unsere Dankbarkeit dafür aus, daß das russische und ukrainische schaffende Volk, indem es die erste Proletarier- und Bauernrevolution vollzog, dem Proletariat der ganzen Welt die beste Lehre erteilt hat, wie es sich schlagen und den Kapitalismus und die Großgrundbesitzer besiegen soll, sondern ich spreche im Namen des Kongresses auch die Überzeugung aus, daß die hier versammelten Vertreter des Weltproletariats sich vom russischen und ukrainischen schaffenden Volk tatsächlich aneignen werden, was dieses auf dem Gebiete der Revolution geschaffen hat. Gerade auf diesem Kongreß ist die Frage des Leninismus und der Kommunistischen Internationale zur Erörterung gestellt. Wir wissen, daß der Leninismus nicht bloß das Werk des verstorbenen großen Führers der Revolution ist, sondern auch das Werk, das schöpferische Werk des revolutionären russischen Proletariats und der

Bauernschaft. Auf diesem Kongreß untersuchen wir das Verhältnis des Leninismus zur Komintern, wir untersuchen, was der Leninismus ist. Der Kongreß wird sich schließlich die Wissenschaft und die Kunst, mit der es den schaffenden Völkern der Sowjetunion unter Führung Lenins gelungen ist, den Kapitalisten und Großgrundbesitzern einen endgültigen Schlag zu versetzen, voll zu eigen machen. Genossen, teilt den armen Bauern eures Kreises und des gesamten Poltawaschen Gouvernements mit, daß euer Werk einen tiefen Widerhall in dem Bewußtsein und in den Herzen der Arbeiter der ganzen Welt gefunden hat. Sie werden euer Werk fortsetzen, und die Waffe nicht eher niederlegen, bis die rote Fahne, die ihr jetzt dem deutschen Proletariat, das ein Vortrupp des Weltproletariats ist, überreicht, über der ganzen Welt wehen wird. Es lebe die ukrainische arme Bauernschaft!

Es leben die revolutionären Völker der Sozialistischen Sowjetrepublik!

Es lebe die internationale Revolution!

(Stürmischer Beifall; alle stehen auf und singen die Internationale.)

*

THÄLMANN: Genossen und Genossinnen, wenn auf dem heutigen Kongreß besonders die deutsche Frage eine außerordentlich große Rolle bei den internationalen Problemen spielte, so erinnert mich die heutige Tagung an jene Situation, die auf dem 3. Weltkongreß vorlag. Dort spielte die deutsche, die tschechoslowakische und die italienische Frage die größte Rolle bei der Einstellung der Taktik der Kommunistischen Internationale. Und besonders war es die deutsche Frage, die Märzaktion, die in den Diskussionen den größten Spielraum einnahm. Wenn heute die deutsche Frage besonders im Vordergrund steht, so aus dem einfachen Grunde, weil sie nicht nur eine deutsche, sondern weil sie tatsächlich eine *internationale* Frage ist, aus der die verschiedenen Sektionen der Kommunistischen Internationale Lehren zu ziehen haben.

Wir haben gesehen, daß seit dem 4. Weltkongreß zwei wichtige, besonders starke Niederlagen zu verzeichnen sind, die zur Beurteilung der Einstellung der Partei in einer historischen Situation ausschlaggebend sind. Das ist erstens die bulgarische Niederlage, und zweitens die Oktoberniederlage in Deutschland. Bei der bulgarischen Niederlage hat es sich gezeigt, daß es die bulgarische Kommunistische Partei im Augenblick des Umsturzes der Regierung Stambulijski nicht verstanden hat, einzugreifen, um die Bauernschaft mit der Arbeiterschaft in den Kampf zu führen, um in Bulgarien das durchzusetzen, was die Kommunistische Internationale sich als Programm, als Ziel setzt. Wir haben gesehen, daß im September des Jahres 1923 nach der Vorbesprechung mit der Internationale die deutsche Kommunistische Partei der deutschen Arbeiterschaft signalisiert hat, daß in wenigen Monaten die proletarische Revolution in Deutschland ausbricht. Die deutsche Kommunistische Partei hat zwar den Kampf signalisiert, hat aber nichts getan in dem gegebenen Augenblick, wo die Situation objektiv revolutionär war.

Ich will jetzt einen Vergleich ziehen zwischen der bulgarischen und der deutschen Kommunistischen Partei in den verschiedenen Situationen. Wenn die bulgarische Partei in dem Augenblick des Sturzes der Stambulijskiregierung versagt hat, so hat sie doch in dem Stadium, in dem die Exekutive die Partei auf den Irrtum aufmerksam gemacht hatte, mit schwachen Kräften gekämpft und hat zumindest versucht, die

Regierung Zankow zu stürzen. Wenn ihre Kräfte damals nicht ausreichten, weil die Partei es besonders damals nicht verstand, die Bauernmassen mitzureißen, so hat sie mindestens das Vertrauen der bulgarischen Arbeiterschaft gewonnen, weil sie nachträglich gegen Zankow kämpfte. Es ist nicht eine solche Panik und Verzweiflung entstanden, wie sie sich in Deutschland zeigte. Die deutsche Kommunistische Partei hat in ihrer Führung dann noch den großen Fehler gemacht, daß sie im *Zentralausschuß im November*, also bereits nach der Oktoberniederlage, ihre Politik zu konservieren suchte in der ergänzten Theorie des Sieges des Faschismus über die Novemberrepublik. Die Leitung hatte aus der Niederlage noch nicht so viel Erfahrungen gesammelt, um im November vor dem Zentralausschuß und in der Partei das zu dokumentieren, was unbedingt aus der Niederlage selbst sich ergab.

Wenn heute Brandler und mit ihm gestern Radek Angriffe auf die heutige Leitung, die sich auf 90—95 Prozent der Mitgliedschaft der KPD stützt, gemacht hat, so stelle ich hier fest, daß diese Angriffe keine Angriffe sind nur gegen die Kommunistische Partei Deutschlands, sondern auch *gegen die russische Partei und die Exekutive.* (Zuruf aus der deutschen Delegation: Sehr richtig!) Interessant wäre es, festzustellen, wie die Genossen aus der polnischen Delegation und der tschechischen und vielleicht auch der schwedischen Partei sich zu dieser Stellung der Genossen Brandler und Radek verhalten, die in diesem Zusammenhang ihre Angriffe gegen die Kommunistische Partei gemacht haben. Da der Genosse Radek auf dem russischen Parteitag desavouiert worden ist in seiner Stellungnahme zur deutschen Frage und in der Stellung zur russischen Frage und in der Stellung zu internationalen Problemen in Verbindung mit der deutschen und russischen Frage, ist es notwendig, daß jene Sektionen auf dem Weltkongreß, die zusammengehen wollen mit der deutschen und russischen Partei, ganz konkret und offen — besonders die tschechoslowakische und die polnische Delegation — hier Stellung nehmen vor dem Forum des Weltkongresses, d. h. vor dem Forum der revolutionären Arbeiterschaft der Welt.

Genossen, der Genosse Brandler hat versucht, Argumente an den Haaren herbeizuziehen, um seine opportunistische Haltung in grundlegenden Fragen zu verschleiern. Ich will besonders von dem Gesichtspunkt ausgehen, daß man bei der Oktoberniederlage, in den Lehren und Erfahrungen, die die Partei gezogen hat in Verbindung mit den Resultaten des Frankfurter Parteitages, die Frage so nicht stellen kann, wie Brandler es getan hat vom persönlichen Standpunkt aus. Die Niederlage ist nicht eine Frage der Personen, sondern die Frage ist, ob die Partei in jener revolutionären Situation ihre historische Aufgabe erfüllt hat. Und wenn Brandler versucht, Dinge in den Vordergrund zu schieben, rein formell und mechanisch, ohne zu berücksichtigen, was die Partei aus den Kämpfen gelernt hat, so muß man das nachholen. Die deutsche Partei hat viele Erfahrungen in revolutionären Kämpfen hinter sich. Seit 1918 ist sie durch ein Meer von blutigen Kämpfen gegangen, sie hat 1919 gegen die Nosketruppen gekämpft, sie hat den Kapp-Putsch hinter sich, die Märzaktion und verschiedene andere politische Kämpfe vor dem Oktober, und man sollte glauben, daß Genosse Brandler als früherer Repräsentant der Partei bereits so viel Erfahrungen in sich aufgenommen hat, daß er nicht solche Argumente anführt, um seine opportunistische Politik jetzt vor dem Kongreß glatt zu verschleiern. Wir haben bereits auf dem Leipziger Parteitag Anfang 1923 erkannt, daß der erste große Kampf in der Linie der Weltrevo-

lution bevorstand, d. h. daß sich in Deutschland durch die Ruhrbesetzung ein wichtiger revolutionärer Akt abspielte, daß die Ruhrbesetzung eine ungeheure Verschärfung der Krise in Deutschland bedeutete und die deutsche Partei in wenigen Wochen oder Monaten berufen sein würde, den Sieg der proletarischen Revolution zu erringen. Damals war es die Mehrheit des Parteitages, die unter Führung Brandlers einen andern Standpunkt einnahm. Wir verlangten, als 1. Punkt auf die Tagesordnung zu setzen die Ruhrbesetzung, die Verschärfung der revolutionären Krise in Deutschland. Die Mehrheit des Leipziger Parteitages erklärte, die Besetzung sei zwar ein wichtiges Ereignis, aber man solle diese Ereignisse nicht am Anfang der Tagesordnung behandeln. Die Mehrheit wollte die Konsequenzen umgehen, die die Partei aus der Ruhrbesetzung ziehen mußte.

Das war der erste wichtige politische Fehler, der natürlich eine ganze Kette von Fehlern nach sich ziehen mußte. Wir haben in Leipzig weiter gesehen, daß dem Genossen Brandler absolut die Qualifikation fehlt, Führer einer Partei zu sein, sonst hätte er das lebendige Element sehen müssen, wie es in Hamburg, in Berlin, an der Ruhr sich gezeigt hat. Wenn dort in der Mitgliedschaft eine andere politische Auffassung zum Vorschein kam und sich geschlossen auf dem Leipziger Parteitag dokumentierte, so hatte Brandler die Pflicht, zur Einheit, Konsolidierung und Bolschewisierung der Partei wenigstens Genossen aus diesen Bezirken in die Zentrale mit hineinzunehmen.

Nichts von alledem geschah. Brandler berücksichtigte die außerordentlich starke Minderheit auf dem Leipziger Parteitag bei der Zusammensetzung der Zentrale überhaupt nicht. Daraus ergaben sich verschiedene spätere Konflikte. Mehrfach waren dann Delegationen in Moskau, weil wir mit der Stellung der Führung der Partei nicht einverstanden waren. Es zeigte sich, daß die Leipziger Thesen eine Anwendung fanden, die oft einer vollständig falschen Einstellung zur politischen Lage und ihrer Taktik Ausdruck gab. Wie die Anwendung der Einheitsfronttaktik im Jahre 1923 in Deutschland durchgeführt wurde, muß sie heute der Weltkongreß geschlossen ablehnen.

Man hat nicht klar betont: *Die Kommunistische Partei ist das Feuer der Revolution — SPD heißt Opportunismus.* Man hatte den Glauben, daß linke VSPD-Führer zu gebrauchen seien, um wirtschaftliche Kämpfe, ja sogar Kämpfe um die proletarische Revolution mit uns zu führen. Ja, die ganze politische Linie und die Taktik der Partei mußte zu den schlimmen Dingen führen, wie sie sich im Oktober unheilvoll zeigten. Im Anfang des Jahres 1923 waren die ersten Anzeichen einer revolutionären Entwicklung da: die Kämpfe im Ruhrgebiet, in Oberschlesien. Es waren damals die linken Bezirke, die verlangten, die Partei auf den bewaffneten Aufstand — die proletarische Revolution — einzustellen. Brandler, der es jetzt wagt, sich hier hinzustellen und zu erzählen, er hätte im März 1923 alle Vorbereitungen getroffen, z. B. um Propagandamaterial für den Bürgerkrieg zu sammeln, derselbe Brandler hat es dann später gewagt, im August auf dem Bezirksparteitag Wasserkante, wo unsere Funktionäre verlangten, *die Partei endlich auf den Kampf um die politische Macht, auf die Diktatur des Proletariats einzustellen* — Brandler hatte entweder die Frechheit oder die Naivität, zu sagen: *„Wenn ihr mit dem Geschwätz über die Diktatur nicht aufhört, werdet ihr aus der Partei ausgeschlossen."* In einer solchen revolutionären Situation sich hinstellen und führenden Genossen gegenüber

sich solche Äußerungen erlauben, kennzeichnet seine opportunistische Haltung in der damaligen revolutionären Situation.

Wir haben gesehen, daß der berühmte Aufruf gegen die Faschisten und gegen die Cuno-Regierung, der damals wie ein Blitz aus heiterem Himmel kam, etwas ganz Unerwartetes war. Ein Redakteur in Bremen lehnte es sogar ab, den Aufruf zu veröffentlichen, weil er nicht verstehen konnte, wie dieser Aufruf sich mit der ganzen Einstellung der Zentrale reimte. Der Aufruf war richtig, aber was nützt ein Aufruf, wenn nicht praktisch, organisatorisch und politisch die Partei sich ernsthaft auf den Kampf einstellt? Aufrufe dienen nicht nur nach außen hin zur Agitation, nach innen müssen sie der Partei zeigen, was man will. Bei der Cuno-Bewegung zeigte es sich sehr deutlich, daß die Masse viel mehr aus eigener Initiative und Tatkraft vorstieß und die Partei überraschte.

In verschiedener Hinsicht kam sehr oft die Fäulnis der Partei zum Ausdruck. In Berlin gelang es den Unternehmern durch große Versprechungen, den Vorstoß der Betriebsrätebewegung abzubrechen. In allen Bezirken forderte die Partei Generalstreik auf der ganzen Linie. Es war damals unsere Aufgabe, diese Linie geschlossen durchzuführen. In Hamburg haben wir trotz der Stärke der Sozialdemokratie die Parole „Generalstreik" praktisch durchzuführen versucht. Wir haben die Hafen- und Werftarbeiter geschlossen aus den Betrieben herausgeholt, unabhängig von der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Beeinflussung. Wir haben vier Tage, die Hafenarbeiter sogar sechs Tage lang, gekämpft; erst Sonnabend sind die Arbeiter in die Betriebe zurückgegangen, während in Chemnitz, in Sachsen, auf das die ganze Politik der Zentrale eingestellt war, in der Betriebsräte-Vollversammlung mit 1100 zu 1000 Stimmen der Generalstreik abgelehnt wurde. Selbst in Betrieben, wo wir in der Mehrheit waren, kam man nicht dazu, der Generalstreikparole zu folgen. Schon daraus ergibt sich die verschiedenartige ideologische Beurteilung innerhalb der Partei, die sich äußerlich praktisch in der Art der Kämpfe verkörperte.

Nach der Cuno-Bewegung wurde die Exekutive auf die revolutionäre Stimmung im deutschen Proletariat und die Dinge, die sich in Deutschland abspielten, aufmerksam. Damals stand die Frage so: *Entweder weiße Diktatur oder proletarische Diktatur.* Und weil die Entwicklung diesen Weg klar zeigte, mußte die Kommunistische Partei mit Hilfe der Exekutive diesem ernsten Problem nähertreten. Brandler, der hier mit zwei Genossen an der berühmten Septemberkonferenz teilnahm, wird wohl wissen, daß wir einstimmig der Meinung waren, daß es in Deutschland unvermeidlich ist, in ganz wenigen Wochen in den Endkampf um die proletarische Diktatur zu ziehen. In der Exekutive und bei den Genossen aus andern Ländern bestand keine andere Auffassung. Wir sehen also, daß in der Beurteilung der Situation vollständige Einheit herrschte, nur in der Beurteilung der inneren organisatorischen und politischen Verhältnisse der Partei bestanden Meinungsverschiedenheiten. Als Genosse Trotzki meine Ausführungen hörte, in denen ich auf den schlechten organisatorischen und politischen Zustand der Partei hinwies, sagte er: Sind die Verhältnisse der Partei tatsächlich so bedenklich, wie Sie sie hier geschildert haben?

Die Oktoberereignisse haben gezeigt, daß die KPD keine kommunistische Partei war, obwohl sie zu 95 Prozent aus Industrieproleten

besteht, sie hatte noch nicht die politisch-ideologische Einstellung, um ihre Pflicht so zu erfüllen, wie es die historische Situation erfordert hätte.

Ich möchte ein Beispiel anführen.

Kurz vor der Cuno-Bewegung war ein Artikel in der „Roten Fahne" erschienen, in dem wörtlich zu lesen war:

> „Die Partei hat heute noch kein Interesse, die Cuno-Regierung zu stürzen, weil die sozialdemokratischen Massen noch nicht kämpfen für die Arbeiterregierung."

Einen solchen Artikel ließ man in der „Roten Fahne" erscheinen, zu einer Zeit, als uns bekannt war, daß im Ruhrgebiet die Cuno-Regierung faschistische Elemente zu Attentaten gegen die französischen Behörden benützte. Wenn die „Rote Fahne" einen solchen Artikel brachte, mußte bei den Massen der Gedanke aufkommen: Die Kommunistische Partei meint es nicht ernst mit dem Sturz der Regierung!

Die revolutionären Massen haben die Regierung gezwungen, zurückzutreten. Die Partei hatte hingegen diesen Kampf zurückgestellt, denn sie glaubte, daß die sozialdemokratischen Arbeiter für den Sturz der Regierung nicht kämpfen würden.

Brandler sprach ferner besonders viel von der technischen Seite der Tätigkeit, die die Führung der Partei in den letzten zwei, drei Jahren ausübte, von dem, was er für militärische Durchbildung, für den Nachrichtendienst, für die Betriebsräte, Heranziehung von Sympathisierenden usw. getan hätte. Aber es wäre notwendig gewesen, den inneren *Kampfeswert,* der im deutschen Proletariat steckte, zu sehen. Ein Revolutionär, ein Führer darf nicht allein die technische Seite der Sache sehen, er muß auch mit dem subjektiven Faktor, dem revolutionären Kampfeswillen, rechnen. Das wurde von Brandler nicht berücksichtigt. Er vergleicht die wirtschaftlichen Kämpfe des Jahres 1923 mit denen von 1924 und meint, daß die von 1924 stärker seien. Weil er die Dynamik und Dialektik des Kampfes nicht versteht, begreift er nicht, daß damals, 1923, das Proletariat überall *an den Kampf glaubte,* daß es der Meinung war, es stehe fünf Minuten vor dem Ausbruch der proletarischen Revolution. Heute hat das Proletariat dieses Gefühl *nicht.*

Das Versagen der Führung und der Gesamtpartei äußerte sich darin, daß man den Kampf nicht aufgenommen hat, obwohl ein solch lebendiger Kampfeswillen in den Arbeitermassen vorhanden war.

Die Kampfbereitschaft in der deutschen Arbeiterschaft war stärker, als sie Genosse Brandler glaubt schildern zu müssen. Auf dem Frankfurter Parteitag zeigte sich, daß das deutsche Proletariat und die Mitgliedschaft der KPD anders denken über die Maßnahmen, die damals von der Kommunistischen Partei eingeleitet wurden. Genosse Brandler ist der Meinung, daß alles, was er unternahm, Schuld der andern gewesen sei. Die Schuld lag jedoch in der politischen Leitung der Partei und in dem politischen Inhalt der Gesamtpartei. Er kann sich nicht damit entschuldigen, daß es ihm nicht gelungen war, genügend Waffen für die Arbeiter zu beschaffen. Eine solche allgemein mangelhafte Kontrolle in der Partei zeigte eben die Disqualifikation eines Mannes, der eine so große Verantwortung auf sich nahm als Führer der Kommunistischen Partei, als Führer des Proletariats.

KOLAROW: Die deutschen und die französischen Delegationen schlagen vor, dem Genossen Thälmann dieselbe Redezeit zu gewähren wie dem Genossen Brandler.

Da kein Widerspruch erfolgt, ist der Antrag angenommen.

THÄLMANN (fortfahrend): Wir haben dann in Verbindung mit der Septemberkonferenz davon gesprochen, wie man die Initiative, den revolutionären Geist des Proletariats erhöhen könnte? Wenn damals die KI ihre Einwilligung dazu gab, daß die Genossen in Sachsen in die Regierung eintreten, so waren prinzipielle Bedenken unsererseits bereits in Leipzig in der Frage der Arbeiterregierung klar zum Ausdruck gekommen.

Was sich in Dresden abspielte, war das Zeichen der inneren Schwäche der Leitung der Gesamtpartei. Jene parlamentarische Komödie in Sachsen zeigte sich schon bei Zeigners Antrittserklärung, als er wörtlich sagte:

„Der Zweck des Eintritts der Kommunisten in die Regierung ist, den Bürgerkrieg zu verhindern."

Und wenn kommunistische Minister in einer Regierung sitzen und eine solche Regierungserklärung hören, die nicht wirkungslos bei den Massen bleibt, muß man zum mindesten in der Partei auf das entschiedenste gegen eine solche Erklärung auftreten. Das ist nicht geschehen, aber man hat außerdem den Gedanken erzeugt, daß man mit diesen Sozialdemokraten kämpfen könnte.

Wir haben ferner gesehen, daß die Regierung schon nach wenigen Tagen 14 Millionen Mark als Abfindungssumme für den König von Sachsen bewilligte. Auch das haben natürlich die Arbeiter nicht verstehen können. Genosse Böttcher ging sogar so weit, zu erklären: Wir haben mit General Müller nichts zu tun, wir sind nicht vor ihm verantwortlich, sondern vor der Mehrheit des Landtages und der Verfassung. Was heißt das? Der Genosse Böttcher hätte von der Tribüne des Parlaments herab sagen müssen: Wir sind nicht vor der Mehrheit des Parlaments verantwortlich, sondern *vor dem revolutionären Proletariat.* Das war seine Aufgabe! Er hat das Programm der Kommunistischen Partei nicht verstanden, das besagt, daß das Parlament benutzt werden muß, um von seiner Tribüne herab revolutionäre Propaganda zu betreiben, um auch dort das Programm der Kommunistischen Partei in den Vordergrund zu rücken. Auch daß Genosse *Heckert* an die Industriellen Sachsens die Aufforderung richtete, finanziell den Staat als solchen zu unterstützen, konnte vom Proletariat nicht verstanden werden. Man mußte es gleich in den ersten Tagen, wenn man ernste revolutionäre Politik treiben wollte, in einer solchen Situation zum Konflikt kommen lassen, so daß es die Arbeiter aufgewühlt hätte; das hätte sie gezwungen, sich in der gegebenen Situation Waffen zu verschaffen, um die sächsische und die deutsche Bourgeoisie niederzuschlagen. Nichts von alledem ist geschehen. Die kommunistischen Minister waren eingestellt auf jene reformistische Politik, die seit zwei, drei Jahren in der deutschen Kommunistischen Partei betrieben wurde. Das Ergebnis der sächsischen Politik war die Folge jener Taktik der KPD, die sich seit 1922 sehr deutlich gezeigt hat.

Nun zur *Lage im Oktober* selbst. Als damals von verschiedenen Bezirken signalisiert wurde, daß die Reichswehr — sowohl die schwarze als die unter offiziellem Etat stehende — mobilisiert wurde, hatten wir bereits Genossen Brandler durch Boten mitgeteilt, daß in verschiedenen

Gebieten — Schleswig-Holstein und Mecklenburg — Eisenbahner meldeten, daß man Reichswehr aus den Garnisonen zog, mit dem Ziel, in Sachsen einzurücken. Damals war es Pflicht der Gesamtpartei, einen Aufruf an die *Eisenbahner* zu erlassen, daß keiner von ihnen Transporte konterrevolutionärer Reichswehr durchlassen dürfe, weil dieses nicht nur die Niederschlagung des sächsischen Proletariats, sondern auch die des deutschen Proletariats bedeuten würde. Nichts von dem geschah. Nur an drei Stellen wurden Transporte verhindert. Wir haben ferner gesehen, daß im gegebenen Stadium die Zentrale in Dresden nicht begriff, was in Sachsen vorging. Die Bourgeoisie war jedoch schlauer. Sie signalisierte das Eingreifen der Reichswehr als Kampf gegen den faschistischen Terror in Bayern und verstand es, im Bunde mit der Sozialdemokratie die Arbeiterschaft zu täuschen.

Hat die Kommunistische Partei damals irgendwelche Maßnahmen ergriffen?

Nein! Genosse Schneller, der früher noch der Mittelgruppe angehörte und jetzt mit uns gemeinsam arbeitet, hat auf dem Parteitag gegen diese blöde Auffassung des Genossen Brandler polemisiert, daß das sächsische Proletariat der Auffassung gewesen wäre, daß der Einmarsch der Reichswehr gegen Sachsen nur gegen Bayern geplant sein sollte. Daß aber Genosse Brandler noch den Mut hat, auf dem Weltkongreß eine solche Behauptung aufzustellen, zeigt seine ganze Schloddrigkeit bei der Beurteilung politischer Probleme. Der Einmarsch in Sachsen hätte das Signal für die KP sein müssen, um in den verschiedenen Bezirken die Arbeiter aufzufordern, gegen das Einrücken der Reichswehr den Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen. Wir sahen aber, daß die Leitung in Dresden nicht fähig war, jene wichtige Situation im Lande zu erkennen. Man hätte nicht 500 bis 600 Genossen in die Bezirke schicken müssen, um sie für die proletarische Revolution zu mobilisieren, sondern man sollte besonders in Sachsen die Genossen in die Betriebe zur Agitation schicken, um dort die Arbeiter auf den bewaffneten Aufstand vorzubereiten.

Durch einen Betriebsrätekongreß und parallel damit durch einen Kongreß der proletarischen Hundertschaften mußte die KPD der sozialdemokratischen Regierung einen Arbeiterkongreß entgegenstellen, der das Fundament, die Vorinstanz für die proletarische Revolution bedeutet. Nichts von dem, nicht den *Gedanken der Kontrolle der Produktion, nicht den Gedanken der politischen Arbeiterräte* hat man in den Vordergrund gestellt. Man muß in diesem Zusammenhang sagen, daß die Genossen in der Führung der Partei nicht ernstlich den Glauben an die Revolution hatten, den die damalige Entwicklung erforderte.

Ich möchte zwei wichtige Tatsachen anführen, die für die Beurteilung Brandlers sehr wichtig sind. Als die Chemnitzer Konferenz tagte, fand zu gleicher Zeit eine sehr wichtige, aus allen proletarischen Schichten und Parteien zusammengesetzte Werftarbeiterkonferenz in Hamburg statt. An demselben Tage, an dem diese Konferenz den Beschluß faßte, geschlossen an der norddeutschen Küste von Stettin und Kiel bis Bremen in den Generalstreik zu treten, wurde daneben noch eine zweite Resolution einstimmig angenommen, in der es hieß, daß, wenn die Reichswehr in Sachsen einrücken sollte, dies gleichzeitig das Losschlagen gegen die Bourgeoisie und den verrotteten bürgerlichen Staat bedeuten würde. Auf der Chemnitzer Konferenz, die ja als revolutionäre Vorkonferenz gedacht war, hat man zuerst über wirtschaftliche Fragen

verhandelt, und erst am Schluß hat man es gewagt, über den Generalstreik zu sprechen. Es gibt Genossen, die behaupten, daß auf der Chemnitzer Konferenz 60 bis 70 Prozent, ja, Genosse Koenen sagt sogar 75 bis 80 Prozent Kommunisten anwesend gewesen seien. Und diese Genossen haben, als der sozialdemokratische Minister Graupe es wagte, zu erklären, wenn man den Generalstreik akzeptierte, würde er sofort die Konferenz verlassen, diese Genossen haben ruhig diesen Ausspruch hingenommen. Genossen, das zeugt von der *sozialdemokratischen Stimmung,* die auf dieser Konferenz herrschte. Wenn auf der Werftarbeiterkonferenz ein Sozialdemokrat erklärt hätte: Kein Generalstreik, sonst verlasse ich die Konferenz!, dann hätten die Werftarbeiter ihn vielleicht nicht nur verprügelt, sondern etwas ganz anderes mit ihm gemacht. Das sind zwei Beispiele, die sich an einem Tage gezeigt haben.

Nun einige kurze Bemerkungen dazu, daß Genosse Brandler mit diesen beiden Tatsachen heute hier erklärt hat, zum ersten Male nach seiner Rückkehr aus Rußland hätte er eine Verbindung mit den proletarischen Massen auf der Chemnitzer Konferenz bekommen. Wenn Brandler am 9. Oktober von Rußland zurückgekehrt ist und die Chemnitzer Konferenz bekanntlich am 20. Oktober stattfand, so hat er sich elf Tage lang gar nicht darum gekümmert, welche Auffassung über die Revolution in den Massen war. Ich erinnere Brandler daran, daß ich zweimal in Dresden gewesen bin und ihm die Stimmung und die Verhältnisse in unserem Bezirk geschildert habe. Er erklärte, daß wir jedenfalls die ersten sein müßten, um von uns aus die Dinge anzukurbeln. Diese Tatsache straft ihn Lüge, denn er versucht, diesen Weltkongreß hier glatt zu beschwindeln.

Genossen, für die Kommunistische Internationale wird es von Wichtigkeit sein, Lehren und Erfahrungen aus dieser Oktoberniederlage zu ziehen, weil es nicht nur Lehren und Erfahrungen sind für Deutschland, sondern für die gesamte Kommunistische Internationale. Aus den Lehren und Erfahrungen hat sich besonders gezeigt, daß die Partei 1. es politisch und ideologisch versäumt hatte, die Mitgliedschaft wirklich ernstlich auf den Machtkampf einzustellen; 2. die falsche Anwendung der Einheitsfronttaktik; 3. die falsche Einschätzung der Stellung der VSPD zur proletarischen Revolution; 4. die Rolle der Kommunistischen Partei in der Revolution und 5. die Notwendigkeit der Schaffung einer festen, disziplinierten, zentralisierten Kommunistischen Partei. Der Genosse Brandler hat versucht, ein Argument anzuführen, das gleichzeitig ein Argument gegen die Komintern sein sollte. Wenn es, als 1920 die Russen gegen Warschau vorgingen — so hat er erklärt — eine Instanz gegeben hätte, die in die russischen Verhältnisse so eingegriffen hätte, wie die Exekutive es in der deutschen Frage getan hat, so wäre er jetzt nicht in diesem Saal, so gäbe es Sowjetrußland nicht mehr. Und er glaubt, wenn die Komintern nicht eingegriffen hätte, dann wäre er heute noch auf seinem Platze. Ich glaube, im Namen nicht nur der hier anwesenden Delegierten, sondern von 90 bis 95 Prozent der Mitgliedschaft der Kommunistischen Internationale sagen zu dürfen, daß ebenso wie auf dem Frankfurter Parteitag der Genosse Brandler keine einzige Stimme bekommen hat, er auch hier das Vertrauen verloren hat. Genau so wie seine politische Haltung hier verurteilt worden ist, genau so wie er noch nichts hinzugelernt hat vom Frankfurter und vom russischen Parteitag bis heute, so hat er auch in den beiden letzten Jahren in Deutschland nichts hinzugelernt, um die Partei zum Kampf zu führen.

Die Exekutive und die deutsche Partei wären auch so zu der Stellung gekommen, für die sie sich entschieden haben, denn die Genossen merkten und wußten, daß die Niederlage nicht nur eine Schuld der inneren Schwäche der Partei war, sondern auch eine Schuld der Parteiführung, weil diese nicht revolutionär aufzutreten wagte im gegebenen Augenblick.

Wir haben gesehen, daß Brandler erklärt, die Kampfkraft der KPD sei geschwächt worden durch die Panikstimmung, die eingesetzt hatte. Es ist klar, wenn monatelang die Partei auf die Revolution eingestellt wird, und man dann wieder abbläst, daß dann eine solche Panikstimmung in der Gesamtpartei eintreten muß. Der Genosse Remmele, der in der entscheidenden Sitzung anwesend war, ist über diese Dinge informiert und könnte dem Kongreß darüber interessante Einzelheiten erzählen.

24 Stunden später, also am Sonntag abend, hat dieselbe Zentrale, vielleicht in einer anderen Zusammensetzung, diesen Beschluß zum Losschlagen auf der ganzen Linie revidiert, weil der Genosse Brandler einen bestimmten Eindruck von der Chemnitzer Konferenz bekam, wo die Arbeiter nicht für den Generalstreik zu haben waren. Wenn der Genosse Brandler zufälligerweise auf der Werftarbeiterkonferenz in Hamburg gewesen wäre, wo die Stimmung so lebendig war, daß die Arbeiter überhaupt nicht zu halten waren, hätte er sich also auf Grund der Stimmung für den Kampf auf der ganzen Linie einsetzen müssen? Wenn ein Führer so argumentiert — und seine Haltung hat eine wichtige Rolle gespielt in jener wichtigen revolutionären Situation —, dann ist es schlimm um ihn bestellt. Da der Belagerungszustand verhängt wurde, weil das Ermächtigungsgesetz Geltung bekam ohne größere Widerstände, und außerdem die Partei verboten wurde, so zieht Brandler den Schluß, daß die Panikstimmung in der Partei dazu beigetragen habe. Diese Panikstimmung war etwas Selbstverständliches. Als an einer Stelle in Deutschland, in Hamburg, ohne irgendwelche Unterstützung im Reiche, der Kampf militärisch gegen einen zwanzigfach stärkeren Gegner aufgenommen wurde und die Kämpfer isoliert blieben, wurde der Prolet in der Partei mißtrauisch. Obwohl es uns gelungen war, in Hamburg damals den größten Teil der in Frage kommenden Arbeiter aus den Betrieben zu mobilisieren und auf die Straße zu bringen, griffen sie aber in den offenen Kampf nicht mit ein, weil sie sahen, daß in ganz Deutschland nicht gekämpft wurde. Es ergab sich natürlich eine gedrückte Stimmung in den Arbeiterschichten, die nicht begriffen, warum die KPD nicht zum Eingreifen in den militärischen Kampf, der sich in Hamburg abspielte, aufforderte.

Alle diese Dinge zeigten, welch große Fehler gemacht wurden (noch am Dienstag forderte die Berliner Arbeiterschaft, Hamburg zu Hilfe zu kommen), welche ungeheuer gehobene Stimmung im Proletariat vorherrschend war. Es war ganz klar, daß dann später eine Panikstimmung in der Partei wie in der Arbeiterschaft eintreten mußte. Die Bourgeoisie hatte dadurch Zeit gewonnen, um Positionen, die sich das Proletariat seit 1918 erkämpft hatte, wieder zurückzugewinnen. Wir müssen zugeben, daß auch ein Teil der Arbeiterschaft natürlich nicht nur das Vertrauen zur Führung, sondern auch zur Partei verlieren mußte.

Was war damals die Aufgabe der Genossen, die im Zentralausschuß schon auf einem andern Standpunkt standen? Ihre Aufgabe war, die Partei als Ganzes zu erhalten, jede Krise in dieser Zeit zu vermeiden, ferner der ganzen Partei zu zeigen, daß es notwendig sei, die

Leitung der Partei, die für die Oktoberniederlage und für die gesamte Politik und Taktik verantwortlich war, dorthin zu bringen, wohin sie gehört. Wir hatten dann gründliche Auseinandersetzungen in allen Bezirken, und trotz der Panikstimmung in der Mitgliedschaft hatten wir auf dem Frankfurter Parteitag ein Ergebnis, wie es noch kein Parteitag der deutschen Kommunistischen Partei gezeitigt hat. Der Frankfurter Parteitag zeigte ein einheitliches Bild wenigstens in der Beurteilung der Aufgaben, der Perspektiven und der Gewerkschaftsfrage. (In der Frage der Taktik bestanden gewisse Meinungsverschiedenheiten, die in der Abstimmung im Verhältnis von 92 zu 34 Stimmen zum Ausdruck kamen.) Der *Frankfurter Parteitag war ein Konsolidierungsparteitag,* der zu gleicher Zeit den *Gedanken der Bolschewisierung,* nicht als Modewort, wie Brandler gesagt hat, sondern tatsächlich *ernst durchzuführen bestrebt war.*

Wir haben seit Frankfurt bereits die *ersten Fortschritte* in der Partei. Wenn wir jetzt eine so lebendige Entwicklung hätten wie 1923, wo auf Grund der Tageskämpfe das Proletariat die verschiedensten Fehler übersah, weil es immer wieder von neuem in Kämpfe hineingerissen wurde, dann wäre es natürlich viel leichter, die Hindernisse, die sich in der Gesamtpartei zeigen, zu überwinden. Heute ist es so, daß wir versuchen, das innere organisatorische und politische Fundament der Partei aufzubauen. Wir legen erst die *ersten Steine des Fundaments zu einer Kommunistischen Partei,* weil die Oktoberniederlage gezeigt hat, daß der Apparat der Partei in sich so haltlos war, daß er nicht so für die proletarische Revolution eingestellt war, wie es notwendig wäre. Wir gehen jetzt dazu über, die Partei wirklich ernsthaft umzustellen. Man sieht, daß im inneren Kern die *Bolschewisierung* tatsächlich durchgeführt wird.

Ich glaube auch sagen zu dürfen, daß Leipzig für diese Arbeit ein kleines Beispiel ist — wir haben uns einen bestimmten Termin für die Vollendung der Betriebszellenarbeit in ganz Deutschland gesetzt —, da es in 75 Großbetrieben Betriebszellen hat und in 20 bereits kassiert wird. In den Zellen wurde bereits dazu übergegangen, aktiv zu arbeiten, was früher nicht so ernst geschah. An die Grundprobleme der proletarischen Revolution gehen wir jetzt wirklich heran. Jene Spielerei, wie sie in den früheren Jahren betrieben wurde, wie sie sich auch 1923 unter der Führung Brandlers zeigte, hat ein Ende.

Für uns ist die Aufgabe, daß man die KP als Ganzes militarisiert, weil die Fragen der Stellung der Partei zum bewaffneten Aufstand, zur Diktatur des Proletariats, zur proletarischen Revolution eng miteinander verknüpft sind, und weil man in der Stellung der Partei zum bewaffneten Aufstand den revolutionären Charakter einer Arbeiterpartei erkennt. Wir müssen nicht nur unsere Mitglieder, sondern auch die Arbeiter zu Soldaten der Revolution erziehen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die militärische Arbeit ausgebaut werden muß. Heute ist das Verhältnis z. B. zwischen Jugend und Partei ein viel engeres. Wir arbeiten gemeinsam auf vielen Gebieten so eng mit der Jugend zusammen, daß wir bereits ernste politische und organisatorisch günstige Fortschritte erzielt haben.

Wenn hier gesagt worden ist, daß die jetzige Parteileitung in den verschiedensten Situationen gezeigt habe, was sie ist, so glaube ich, daß Halle und Fürstenwalde, wenn sie auch Schwächen offenbart haben, doch gezeigt haben, daß wir nicht wie die Zentrale unter Beeinflussung von Radek den Arbeitern am Antifaschistentag zurufen: Laßt euch nicht

provozieren! Sondern wir sagen: *Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft, selbst wenn ihr auch nicht stark genug seid!*

Die Faschisten können ihre Deutschen Tage nicht mehr so abhalten, wie es damals in der monarchistischen Republik vorgesehen war.

Es ist auch wichtig, das Ergebnis der Reichstagswahlen zu beachten. Noch niemals hat die Kommunistische Partei Deutschlands sich mit einem so offenen Programm vor die Massen gestellt. Sie hat gesagt: *Gebt ihr eine Stimme für die KP, so stimmt ihr nicht für das bürgerliche Parlament, sondern für den Rätestaat.* Und wir haben ferner den Arbeitermassen erklärt, daß wir keine Versprechungen machen, weil im bürgerlichen Parlamente für den Befreiungskampf des Proletariats so gut wie nichts zu erreichen ist.

Wenn es trotzdem möglich war, nach der Krise der Partei, nach der nicht genügenden Konsolidierung, nach der Panikstimmung, nach der nicht genügend vorhandenen Aktivität — wenn es trotzdem möglich war, bei den Reichstagswahlen 3 700 000 Stimmen für unsere Partei zu bekommen, so ist das ein Zeichen, daß wir die Oktoberschweinereien überwunden haben und es verstehen, das gesamte Proletariat ernsthaft zusammenzufassen.

Zum Schluß möchte ich noch folgendes bemerken: Wenn hier auf dem Weltkongreß verschiedene Genossen der einzelnen Sektionen der Meinung sein sollten, die jetzige Führung der Partei habe — wie es Genosse Thalheimer geschildert hat — im Vergleich zur alten Garde der Bolschewiki keine Tradition, wie sie nach seiner Meinung der Spartakusbund hatte, und sie verdiene nicht volles Vertrauen, so sage ich: Wir dürfen diese Frage nicht schematisch stellen, wie es Thalheimer getan hat. Selbst dann, wenn man das gelten läßt, was Thalheimer sagte, daß Radek um die deutsche Arbeiterschaft große Verdienste hat usw., so kann man auch sagen, daß auch Kautsky in früheren Jahren eine große Rolle gespielt hat und heute unser größter Feind ist, daß Plechanow, der 1903 noch Bolschewik war und sogar einmal sagte: „Das höchste Gesetz für einen Kommunisten ist die proletarische Revolution", später für die Bolschewiki auch nicht mehr existierte, weil er den revolutionären Weg verloren hatte. Wenn Genosse Radek sich gegen die russische Partei, sich gegen die wahrscheinlich geschlossene Mehrheit der Kommunistischen Internationale, gegen die deutsche Partei stellt, so ist Thalheimers Argument nicht stichhaltig, weil ein Genosse, der den Weg der Kommunistischen Internationale nicht mehr versteht oder aber *nicht zurückfindet,* als Führer nicht mehr in Frage kommt. Wenn ein Genosse den kommunistischen Posten verläßt, werden wir uns von ihm trennen. Wenn die deutsche Partei jetzt andere Kräfte heranzieht, die vielleicht vor zehn Jahren noch nicht in der Arbeiterbewegung waren, die aber in der Lage sind, in der gegebenen historischen Situation den richtigen Weg zu gehen, wie es Brandler im Spartakusbund tat, so ist es unbedingt richtig. Paul Levi, auch einer von der alten Garde, steht schon außerhalb der Partei, und wenn Brandler, Radek oder Thalheimer fortfahren, ihren eingeschlagenen Weg fortzusetzen, dann werden wir uns ebenfalls nicht nur politisch, sondern auch organisatorisch von ihnen trennen müssen.

Wir müssen uns weiter konsolidieren. Die Mitgliedschaft gewinnt langsam Vertrauen zu uns, auch in Bezirken, die auf dem Frankfurter Parteitag in den Fragen der Taktik gegen uns gestimmt haben, ist das der Fall. In Chemnitz hat bereits die Zentrale die geschlossene Zu-

stimmung erhalten durch die Entscheidung des letzten Bezirksparteitages. Die Partei ist konsolidiert, sie schafft sich ein festes Fundament; sie ist gewillt, den Panzer zu bilden, der in Deutschland in der politischen Situation nötig ist. Wir stehen vor großen Aufgaben. Wird das Sachverständigengutachten durchgeführt, so bedeutet es die Erdrosselung der deutschen Arbeiterschaft, es bedeutet eine Basis der Verständigung der internationalen und der deutschen Bourgeoisie. Es ist sehr leicht möglich, daß eine gewisse Atempause eintritt, daß die deutsche Bourgeoisie Maßnahmen ergreift, statt 9—10 Stunden Arbeitszeit den 11-, 12-, 13-, 14stündigen Arbeitstag durchzuführen. Aber man kann den weiteren Verlauf der Dinge nicht genau voraussagen. Es kann sein, daß die Dinge sich auch zuspitzen. In Italien wurde durch das Attentat auf einen Sozialdemokraten auch die Position Mussolinis erschwert, und es können auch in Deutschland wirtschaftliche und politische Überraschungen eintreten, die uns vor große Aufgaben stellen.

Wenn der Genosse Radek nicht versteht, was es heißt, daß wir bereit sind, in jeder Minute und in jeder Stunde den Kampf aufzunehmen, so ist er kein wirklicher Bolschewik. Die russische Partei hat schon 1905 verstanden, was die historische Situation und Stunde erfordert, nämlich, aufzumarschieren auch gegen den stärkeren Feind. Diese Methode heißt es aufzunehmen. Die Russen gingen einen Golgathaweg von 1905 bis 1917. Die deutsche Partei kann das Versprechen ablegen, daß sie in sich die Garantie trägt für die Durchführung dessen, was die Bolschewiki als inneren Kern der Politisierung der Partei gezeigt haben. Wir sind noch niemals so geschlossen gewesen, wie wir es diesmal auf dem Kongreß sind. Hier sind größtenteils Genossen aus den Betrieben. Sie haben hier einen Kern von proletarischen, sich entwickelnden Elementen, die sich in der Theorie auch mit Intellektuellen messen können. Wir hoffen, daß die Aussprache auf dem Weltkongreß der deutschen Partei den Weg zeigen wird, den die Komintern und die russische Partei von uns erwarten, d. h. in Deutschland das zu vollenden, was die russischen Arbeiter und Bauern im Jahre 1917 in Rußland vollendet haben. *Die Waffenbrüderschaft der deutschen Arbeiter und Bauern mit den russischen Arbeitern und Bauern, eine feste gepanzerte Wand gegen die Weltbourgeoisie zu errichten, das ist die Aufgabe, die wir uns gestellt haben: der Sieg der deutschen Revolution, der Sieg der Weltrevolution.* (Stürmischer Beifall.)

KUUSINEN legt einen Protest gegen den Terror in Finnland vor*). Die Protesterklärung wird einstimmig angenommen.

KOLAROW: Am 25. d. M. findet in Charkow ein Kongreß der armen Bauern der Ukraine statt. Das Präsidium schlägt dem Weltkongreß vor, eine Delegation zur Begrüßung dieses Kongresses zu entsenden. Das Präsidium schlägt vor, daß die deutsche, die französische, die italienische, die tschechoslowakische, die bulgarische und die polnische Delegation je einen Vertreter entsenden, außerdem die Kolonialländer einen Vertreter. Als Vertreter der Kolonialländer schlägt das Präsidium den Genossen Union von Guadeloupe vor.

(Der Antrag wird angenommen.)

KOLAROW erteilt dem Genossen Bucharin das Wort.

---

*) S. Anhang: Aufrufe.

BUCHARIN (mit Beifall empfangen): Parteigenossen! Ich möchte einige der wichtigsten taktischen Hauptfragen berühren, aber zunächst einige Vorbemerkungen. Man hat hier davon gesprochen, ob die deutsche Frage existiert oder nicht. Ich kann diese Frage mit ja und nein beantworten. Sie existiert ebenso wie andere, wie die französische, russische, italienische und andere Fragen; denn wir haben verschiedene Fehler in unseren Parteiorganisationen und in derselben Zeit auch sehr wichtige und schwierige Probleme, die vor uns stehen und die wir lösen sollen. In diesem Sinne besteht auch die deutsche Frage. Das unterliegt keinem Zweifel. Es wäre ein ungesunder Optimismus, alles in rosigen Tönen darzustellen zu versuchen. In jeder Partei, auch der besten, auch in der russischen Partei, haben wir verschiedene Mängel und sehr schwierige Aufgaben vor uns. Also wir brauchen gar keine Pessimisten zu sein. Wir werden diese Aufgaben lösen, aber gerade um sie gut zu lösen, müssen wir sie kennen, und andererseits dürfen wir, wie ich sagte, keine dummen Optimisten sein, sondern sollen kluge Optimisten sein. Aber in einem gewissen Sinne existiert die deutsche Frage nicht, und zwar von zwei verschiedenen Standpunkten aus betrachtet:

Erstens ist die momentane politische Konstellation in Deutschland nicht so scharf und akut wie im Oktober, und zweitens existiert die innere Parteikrise, die das peinlichste in der ganzen deutschen Partei war, die *die* deutsche Frage war, nicht mehr, diese Krise ist, wie wir alle glauben, gelöst, sie existiert schon nicht mehr, wenigstens nicht in dem Maße, wie sie früher bestand.

Die zweite Vorbemerkung: Einige Genossen haben uns hier gesagt: Wenn wir sozialdemokratische Tendenzen haben oder Sozialdemokraten oder Opportunisten sind, warum schließt ihr uns da nicht aus der Partei aus. Ihr habt nicht den Mut, uns auszuschließen. Damit zeigen sie, daß wir keine solchen schlechten Kerle sind, wie sie das ausmalen. Ich glaube, daß man natürlich Unterschiede zwischen Sozialdemokraten im buchstäblichen Sinne des Wortes und sozialdemokratischen Tendenzen, die gefährlich sind, machen muß. Wenn sie wirkliche, reife Sozialdemokraten wären, würden wir sie in ein paar Minuten ausschließen. Es handelt sich hier, wie in der russischen Partei, um einige Abweichungen. Diese Abweichungen und Tendenzen können in einer kritischen Lage sehr gefährlich sein, und unsere Pflicht soll gegenüber diesen Tendenzen darin bestehen, daß wir sie im Keime ersticken, falls irgendwelche unrichtigen, teilweise sogar sozialdemokratisch gefärbten Tendenzen zum Ausdruck kommen. Die Pflicht der Führung der KI ist es, diese Erscheinungen im Keime zu ersticken. Deswegen polemisieren wir so scharf, so besonders scharf, weil die Erfahrung einer großen Schlacht des Proletariats in Deutschland uns empirisch gezeigt hat, wie gefährlich diese Tendenzen werden in dem Moment, wo es die Aufgabe des Proletariats und seiner führenden Partei ist, zum direkten Angriff gegen den bürgerlichen Staat überzugehen.

Dritte Vorbemerkung: Ich glaube, daß wir jetzt schon so weit gewachsen sind, daß wir nicht die Standpunkte nach links oder rechts kritisieren, sondern wir sollen die richtige Politik betreiben. In einer Situation kann linke Politik schädlich, in einer andern nur die linke Politik revolutionär sein. In andern Situationen, unter andern Bedingungen, bei verschiedenen andern politischen Konstellationen variiert die Notwendigkeit der linken oder rechten Orientierung. Das ist auch

eine notwendige Vorbemerkung, um die Sache zu betrachten und daraus Schlüsse zu ziehen.

Zur Sache selbst: Ich glaube, daß die zwei wichtigsten Probleme vor uns stehen: das Problem der Einheitsfronttaktik und der Arbeiterregierung, im Zusammenhang mit dem sächsischen Experiment. Deswegen glaube ich, daß Genosse Radek richtig gehandelt hat, gerade diese Frage in den Vordergrund zu stellen, und versuchte, diese Frage von seinem Standpunkt aus zu beleuchten.

Zuerst zur Geschichte der Frage. Genosse Radek hat auf dem 5. Kongreß erzählt, daß einige Genossen — er hat Namen nicht genannt — in der Frage der Einheitsfronttaktik geschwankt haben. Am Anfang dieser Taktik seitens der KI war unter diesen nicht genannten Genossen auch ich, und ich erkenne gern an, daß dieser Standpunkt damals von mir fehlerhaft war. Woher stammt er? Wir sahen große Gefahren der Einheitsfronttaktik, und wir haben die Gefahren in Vergleich mit dem Nutzen, den die Taktik der Einheitsfront uns bringen könnte, überschätzt. Es ist auch wahr, daß Genosse Lenin die richtige Position hier im allgemeinen vertrat. Aber wir sollen hier auch bemerken, daß Genosse Lenin einen Fehler entgegengesetzter Natur machte. Es war gerade die Zeit, wo in der deutschen Partei die Levikrise war, und bei der Betrachtung dieser Frage, der Frage, die eine sehr große Rolle in der deutschen Bruderpartei gespielt hat, vertrat Genosse Lenin einen Standpunkt, den er später als nicht genügend betrachtete. Sie kennen alle seinen Artikel, der vor einigen Tagen publiziert wurde, worin Lenin ganz offen erklärt, daß er die rechte Gefahr in der deutschen Partei unterschätzt habe. Also die Fehler waren auf beiden Seiten, auf unserer Seite natürlich viel größer. Aber dieser geschichtliche Teil der Rede Radeks mit den Korrekturen, die ich hier vorgenommen habe, ist nicht imstande, das Problem jetzt materiell zu lösen.

Worin besteht jetzt dieses Problem? Ist es wahr, daß irgend jemand von uns oder von der Führung der Exekutive, von der Führung der KI die Taktik der Einheitsfront annullieren will, negieren will? Ich glaube, daß solche Genossen nur im Kopfe des Genossen Radek existieren. Es gibt keine solchen Genossen. Wogegen wir kämpfen, das ist so eine Interpretierung der Taktik der Einheitsfront, wie sie Radek gibt. Ich glaube, wenn wir die gesamte Argumentation des Genossen Radek in dieser Frage kritisch beleuchten, so werden wir bemerken, daß das wichtigste Argument, das Genosse Radek uns gegenüber hier vertritt, darin besteht, daß er zwei Sachen einander gegenüberstellt: einerseits die „ehrliche" Vereinigung der proletarischen Kräfte und andererseits sozusagen das „nichtehrliche" Manöver, also den „nichtehrlichen" Schritt seitens unserer Partei.

Wenn wir diese Argumentation näher betrachten, so glaube ich, ist es ganz leicht zu begreifen, daß diese Gegenüberstellung unrichtig ist. Und gerade in dieser Gegenüberstellung liegt die Gefahr seitens der Genossen, die den Standpunkt Radeks vertreten. Sie glauben, daß, falls wir wirklich eine reelle Vereinigung der Arbeiterschaft und das mögliche Zusammenmarschieren der kommunistischen Arbeiter mit einem sehr großen Teile der sozialdemokratischen Arbeiter haben, der strategische Charakter unserer Einheitsfrontpolitik verlorengegangen ist. Das ist natürlich absolut unrichtig. Gerade das Umgekehrte ist richtig. Je mehr wir auch andere Arbeiter führen, je mehr wir zusammenmarschieren mit den sozialdemokratischen Arbeitern — und die Führung bleibt im großen und ganzen bei uns —, desto mehr entlarven wir das

Gesicht der Sozialdemokratie, desto mehr sehen wir den strategischen Charakter der ganzen Einheitsfronttaktik, d. h. einer Taktik, die als Ziel hat die Agitation unter den Massen, die Mobilisation der Massenkräfte und die Entlarvung des Gegners. Bei dem Genossen Radek, gerade deswegen, weil er diese zwei Momente einander gegenüberstellt, wird eines der wichtigsten Momente der Demaskierung des Gegners ausgeschaltet, verschwindet es, und wenn das verschwindet, so kann man begreifen, daß auch der ganze strategische Charakter in derselben Zeit verschwindet.

Jetzt die zweite Frage: die Frage der Arbeiterregierung. Ich glaube, daß diese sehr strittige Frage, wenn wir sie von der logischen Seite betrachten, deshalb so strittig ist, weil man hier eine Aufgabe stellt, die nicht zu lösen ist. Was meine ich damit: Arbeiterregierung? Mögliche Arbeiterregierungen sind ganz eigenartige Gebilde. Sie können sehr verschiedenen und originellen Charakters und sehr variabler Natur sein. Genosse Sinowjew versuchte diese Arbeiterregierungen aufzuzählen und sie zu klassifizieren. Aber ich glaube, wir können uns vorstellen, daß auch noch andere Typen der Arbeiterregierung möglich sind, außer denen, die Genosse Sinowjew aufgezählt hat. Man kann diesen Gedanken noch schärfer zum Ausdruck bringen; sogar eine Arbeiterregierung, die eine *wirkliche Arbeiterdiktatur* ist, kann verschiedenartig sein und verschiedenartigste Formen haben, vom Standpunkt der Form dieser Regierung aus betrachtet und auch vom Standpunkt der, in bedingtem Sinne des Wortes, Koalition der Parteien. Ich führe als Beispiele Rußland im Anfangsstadium der Sowjetmacht und Ungarn an. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir in Ungarn eine Arbeiterregierung gehabt haben, die wirklich die proletarische Diktatur vertrat, und es unterliegt keinem Zweifel, daß wir in der Zeit, in der wir zusammen mit den Sozialistenrevolutionären in der Regierung waren, auch die proletarische Diktatur als Regierungsform gehabt haben. Aber sehen Sie weiter: Welche verschiedenen und welche gemeinsamen Züge haben diese zwei Arbeiterregierungen: die ungarische und die russische? Das Gemeinsame war, daß die Russen und die Ungarn die proletarische Diktatur hatten. Aber gemeinsam war auch, daß in Ungarn und auch in Rußland zwei Parteien in der Regierung vertreten waren. Also von der formellen Seite aus betrachtet, war hier fast eine Identität, aber nicht zu sehr in der Wirklichkeit. Und warum? Deswegen, weil die ganze Dynamik und die ganze Politik ganz anders war. Darin besteht der Unterschied. Was haben die ungarischen Genossen gemacht? Sie haben die eigene Partei aufgelöst, sie haben damit den sozialdemokratischen Gegner gestärkt. Sie haben nicht alles getan, um solche Massenorganisationen zu bilden, die die Kommunistische Partei unterstützten. Und deswegen haben sie Bankrott erlitten. Natürlich waren entscheidend auch die äußeren Umstände, aber es unterliegt absolut keinem Zweifel, daß bei denselben Bedingungen, aber bei einer andern inneren Struktur der Partei und einer andern Politik wir vielleicht ein anderes Resultat gehabt hätten. Bei uns war auch in gewissem Sinne eine „Koalition" vorhanden, die Sozialistenrevolutionäre waren da. Das ist eine Tatsache.

Aber worin bestand der Gegensatz zwischen unserer Politik und der ungarischen? *Wir haben die Sache immer weiter getrieben,* haben unsere Partei gestärkt und haben alle Massenorganisationen in einem riesigen Tempo entwickelt. Wir haben sozusagen die Kräfte unseres Bundesgenossen immer mehr und mehr verringert. Deswegen trieben

wir den Gesamtprozeß immer weiter; wir haben bei passender Gelegenheit die Leute aus der Regierung ausgeschlossen und die Diktatur des Proletariats bestätigt.

Also wenn wir sogar die Form der proletarischen Diktatur betrachten, können wir ganz leicht nach diesen Beispielen begreifen, daß hier ganz originelle Formen möglich sind. Wenn wir aber über Arbeiterregierung sprechen, sind die Unterschiede so groß, daß sie sich in eine logische Definition kaum hineinpacken lassen. Und darin besteht die Schwierigkeit der Bestimmung dieses Dinges. Aber nicht darin besteht das Problem für das kämpfende Proletariat. Wir sollen diese Dinge sozusagen praktisch definieren, d. h. wir sollen eine richtige Politik führen. Der Fehler der Genossen, die gegen uns auftreten, besteht darin, daß sie diese Politik, die die Sache immer weitertreibt, die Massen aufrüttelt, die Massen kräftigt und sie weiterentwickelt für die Revolution, nicht machen, sondern daß sie auch teilweise das Umgekehrte gemacht haben. Und das, Genossen, kann man sehr gut analysieren, gerade wenn wir das sächsische Experiment betrachten. Also mein Standpunkt in der Frage der Arbeiterregierung besteht in folgendem: Das Wichtigste, das Entscheidendste, das, wonach wir eine Partei beurteilen können, liegt nicht in der Definition der Arbeiterregierung, sondern liegt darin, ob diese Partei die Sache immer weitertreibt oder eine Etappe, die theoretisch möglich ist, fixiert, die Sache nicht weiterentwickelt. Darin, glaube ich, besteht das ganze Problem. Und wenn wir von diesem Standpunkt aus das sächsische Experiment betrachten, so, glaube ich, werden wir vollständig die Bestätigung dieses Standpunktes haben. Und hier glaube ich, daß es zweckmäßig sein wird, wie Genosse Radek selbst anerkannt hat, den Ausgangspunkt der ganzen Betrachtung zu wählen.

Nach sehr heftiger Polemik gegen uns hat Genosse Radek zwei Schlußfolgerungen gezogen, als zwei Grundlehren der ganzen Niederlage in den Oktobertagen und des sächsischen Experiments. Er hat uns Wort für Wort folgendes erklärt: Zwei Fehler haben wir gemacht, und zwei Lehren sollen wir in unserm politischen Buche notieren. Erstens, daß wir die Einheitsfront nicht von unten organisiert haben. Das war der eine Fehler. Und zweitens, daß jede Arbeiterregierung zugrunde geht, wenn keine Massenorganisationen des Proletariats da sind. Das waren die Schlußfolgerungen Radeks. Nun, sind diese Lehren des sächsischen Experiments und der ganzen deutschen Geschichte — Geschichte natürlich in Gänsefüßchen — richtig? Jawohl, absolut richtig. Aber das Pech für Radek besteht darin, daß sie im krassesten Widerspruch zu den Prämissen des Genossen Radek stehen. Mit diesen Schlußfolgerungen schlägt sich Radek vollständig auf der ganzen Linie.

Wir haben heute Brandler gehört. Was für eine taktische Theorie hat er entwickelt? Er hat gesagt, ja, liebe Genossen, wir wollten doch zur Vorbereitung die Zeit gewinnen, deswegen konnten wir solche Fragen nicht lösen. Nun ja, was heißt Zeit gewinnen? Gilt es hier die Eroberung der Zeit als irgendwelcher Kategorie der Philosophie? Zeit gewinnen, d. h. in dieser Zwischenzeit etwas *vorbereiten*.

Dann die zweite Fragestellung. Brandler hat uns gesagt: Natürlich, wir brauchen diese Zeit zur Vorbereitung, und deswegen haben wir solche Sachen nicht gemacht, wie z. B. diese Verbreiterung der Massenorganisation usw. usw. Der Fehler liegt hier auf der Hand. Er ist ganz klar für jedes Kind, denn man kann nicht aus dem Begriffe der Vorbereitung oder der Realität das wichtigste Moment dieser Vor-

bereitung eliminieren. Man kann nicht sagen: Ich will mich vorbereiten zum Kampf und deswegen so eine Position vertreten, daß ich verschiedene andere Aufgaben löse, aber die wichtigste Vorbereitungsarbeit nicht mache. Das ist doch ganz komisch. Wenn Radek uns ganz richtig sagt, wir haben Versäumnisse begangen, wir haben die Einheitsfront von unten nicht organisiert, wir haben nicht in genügendem Maße die Massenorganisation des Proletariats verbreitert, gekräftigt und befestigt — nun, gerade das gehörte doch zur Vorbereitung. Nur das bietet dem kämpfenden Proletariat eine Garantie für den Sieg. Alle andern Vorbereitungen sind absolut sekundäre Größen im Verhältnis zu dieser Vorbereitung. Das ist doch, glaube ich, das ABC der marxistischen Taktik. Und wenn die Genossen uns sagen, wir probierten, uns vorzubereiten, wir saßen in den und den Kanzleien, wir haben die Waffen gesucht — wo ist die politische Garantie, die Konzentrierung der Kräfte des Proletariats? Wissen Sie, das ist eine „Kleinigkeit". Wie bei Kautsky das „Wörtchen" proletarische Diktatur, so ist bei Brandler diese Seite der Vorbereitung etwas Nebensächliches — wo jedes Kind weiß, daß das das Entscheidende, das Wichtigste, das Grundlegende ist. Aber warum hat man *diese* Vorbereitungen nicht getroffen? Warum? Ich sage, das, was auch Genosse Radek anerkennt, ist vollständig unvereinbar mit der politischen Orientierung, die die damalige Parteizentrale vertreten hat. Ich habe auf unserm Parteikongreß über diese Dinge gesprochen, besonders über das parlamentarische Auftreten unserer Genossen in Sachsen. Wir können doch nicht solche Kleinigkeiten vergessen, wie z. B., daß die Frage der Entschädigung der königlichen Familie auf die Tagesordnung gestellt wurde. Das ist doch sehr symptomatisch. Wir können auch die Rede über das Stehen auf dem Boden der Verfassung nicht vergessen. Das können wir nie vergessen. Einige Genossen und Radek kommen auf unseren Parteitag und sagen: Das ist doch ein nebensächliches parlamentarisches Ding. Ich habe ihnen damals geantwortet, und das hat einigen Genossen, z. B. Kreibich, nicht gefallen. Nun, wenn sie so die Lage beurteilen, warum sind sie gegen die Abstimmung der deutschen Sozialdemokraten am 4. August für die Kriegskredite? Das war doch ein Signal, eine gewisse Direktive für die gesamte Partei und das gesamte Proletariat. Natürlich, wir wissen ganz gut, im Parlament wirkt man keine Wunder. Wir sind so weit erwachsen, daß wir diese absolute Wahrheit gut kennen. Aber, Genossen, daß das ein Signal ist für die gesamte Orientierung der Partei und in diesem Sinne eine sehr große Bedeutung hat, unterliegt keinem Zweifel. Wenn nicht, so bitte schön, wir würden auch ohne Parlament leben, denn der einzige Sinn unserer parlamentarischen Taktik besteht gerade darin. Und wer sagt, das ist eine Kleinigkeit, der vertritt eine sozialdemokratische Auffassung. Er kann im großen ganzen ein sehr guter Genosse sein, sehr große Verdienste haben, aber das ist eine opportunistische Tendenz. Das ist Tatsache. Einige Argumente von Radek in diesem Kontexte waren absolut faul wie ein faules Ei. Zum Beispiel, er sagte, Genosse Sinowjew hat selbst die Parole ausgegeben: Ignoriert Müller!

Was heißt ignorieren? Radek legt das Telegramm so aus: Betrachtet euch selbst als gesetzliche Regierung! Nur so sei das gemeint. Bei uns war in Petersburg vor dem Oktober eine Kriegsbezirksleitung in den Händen Kerenskis und ein Kriegsrat unserer Kommunistischen Partei. Welche Parole hat Trotzki ausgegeben? Er hat die Parole ausgegeben: Ignoriert den General Palkownikow! Das war das Signal zur Attacke. War diese

Parole richtig? Absolut. Aber es war bei uns kein so irrsinniger Kerl, der diese Parole dahin interpretiert hätte, daß wir unsern Kriegsrat als verfassungsmäßige Regierung betrachten, daß er die Kontinuität von Nikolaus II. bis zum Kriegsrat darstelle. (Heiterkeit.) Diese Parole war das Signal zur Revolutionierung der Kräfte — eine Alarmparole. Natürlich, wenn die Genossen so interpretieren wie Radek, dann können wir sagen, daß sie einen esprit mal tourné, eine opportunistische Grundstimmung haben. Ich habe auch in meiner Parteitagsrede ein solches Beispiel angeführt. Vielleicht hat es auch verschiedenen Genossen nicht gefallen. Was wäre im Oktober geschehen, wenn Trotzki im Vorparlament, anstatt die Leute zum Aufstand aufzufordern, gesagt hätte, ich betrachte das Vorparlament als verfassungsmäßigen Boden, wir schützen die gesetzliche Macht gegen alle Attentate? Wir hätten keine Revolution gehabt, sie wäre unter solchen Bedingungen unmöglich gewesen.

Worin besteht der Unterschied? Die Entscheidung des Problems liegt darin, ob wir die Sache *weitertreiben oder nicht.* Entweder wir fixieren eine gewisse Etappe, oder wir gehen zurück, oder wir treiben die Bewegung weiter. Wir behaupten, daß unsere deutsche Zentrale im Oktober eine Politik geführt hat, die das Weitertreiben der Revolution unmöglich machte. Wir können nicht die Anschuldigung erheben, sie hat die Macht nicht erobert. Das wäre dumm. Im großen und ganzen steht die Frage so: *Hat man alles getan,* um den Sieg zu erringen? Um wirkliche Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen oder nicht? Wir können mit ganz ruhigem Gewissen sagen, es wurde nicht alles getan, *manches umgekehrt.* Es hat sich bei dieser Orientierungslinie die Situation ergeben, daß wir — was sogar Radek anerkennt — keine Massenorganisation, keine Einheitsfront von unten hatten. Zwei der wichtigsten taktischen Probleme haben wir nicht gelöst.

Ein paar Bemerkungen. Es wurde die Frage der Sozialisierung aufgeworfen. Brandler hat uns hier auch erklärt, wir wollten Zeit gewinnen, vorbereiten, deswegen haben wir solche Experimente nicht gemacht. Genossen, gerade mit solchen Experimenten bereitet man die siegreiche Revolution vor. Man soll das Volk aufrütteln, die Arbeiterklasse in Bewegung setzen; aber wenn man gar nichts macht, um das Volk aufzurütteln, und sagt: wir bereiten uns vor, so ist das eine Illusion, so ist das Selbstbetrug. Wir können sine ira et studio — ohne Zorn und Eifer — behaupten, daß diese falsche taktische Orientierung mit früheren Fehlern gemeinsam ist, mit den Leitsätzen des Leipziger Parteitages. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Geschichte der Ausnützung des bürgerlich-demokratischen Staatsapparates doch in einem gewissen Kontakt mit dieser Politik steht. Es war kein Zufall.

Genosse Thalheimer hat hier scheinbar eine gute Position genommen. Er hat erklärt, daß er für die Leninsche Auffassung der Organisationsstruktur der Partei ist, daß er in der russischen Frage mit dem ZK einverstanden ist, es sei nur unbegreiflich, nicht logisch, daß wir die Kontinuität der Kaders in der deutschen Partei gebrochen haben. Genosse Thalheimer, man kann nicht den Begriff der Kaders in eine leere Abstraktion verwandeln. Kaders sind Leute, hinter denen richtige Politik steckt. Solche Kaders, hinter denen keine richtige Politik steckt, sind keine Kaders. Besser weniger erfahrene Kaders als erfahrene in schlechter Taktik. Besser Kaders, die noch nicht Fehler in sich akkumuliert haben. Man kann nicht wie Thalheimer die Sache bloß vom Standpunkt des Alters betrachten. Wenn wir bezüglich der

alten Kaders polemisierten, so nicht im Hinblick auf ihr Alter, sondern deswegen schätzen wir unsere alten Kaders am höchsten, weil sie im Kampf gegen den Opportunismus aufgestellt worden sind. Das ist das konstitutive Merkmal dieses Begriffes. In der deutschen Partei haben wir das, leider, nicht. Wenn wir von diesem Kriterium aus zur Sache kommen, können wir verstehen, daß die Kommunistische Partei richtig gehandelt hat. Wenn die Exekutive der Komintern wenigstens ein relatives Gleichgewicht in der Partei geschaffen hat, so ist es absolut notwendig, denn es ist unmöglich, die Partei zu dirigieren, wenn eine Kluft zwischen Parteizentrale und fast allen Mitgliedern besteht. Dieser innere Parteiwiderspruch hat auch eine Rolle in unserer Oktoberniederlage gespielt.

Warum hat Genosse Radek diese Lehre *nicht* gezogen? Er hat dem Tone seiner Rede nach ganz überzeugend gesprochen. Der Ton macht manchmal die Musik; aber das ist nicht die ganze Musik. Man sollte doch diese sehr wichtige Frage stellen: Welche Rolle hat die Zusammensetzung der Partei gespielt? Man kann diese Frage nicht eliminieren, wer dies tut, verneint die Thesen des Genossen Lenin über die Rolle der Partei. Die Partei führt die Gesamtbewegung des Proletariats. Wenn die Partei so organisiert ist, daß zwischen Führung und Massen eine Kluft besteht, wie kann man dann die Bewegung revolutionär weitertreiben? Wenn behauptet wird, die KI hätte nicht richtig interveniert, so ist das falsch. Sie hat das obsolut Richtige getan. Denn die elementarste Voraussetzung — ich spreche nicht über den Sieg, sondern über vernünftigen Kampf überhaupt — besteht gerade darin, daß die Parteizentrale Autorität besitzt; sie führt aber, wenn dies nicht der Fall, notwendigerweise zum Verderben der Partei, ob sie will oder nicht. Aber objektiv ist die Sache so: An und für sich können die Genossen gute erprobte Genossen sein mit großen Verdiensten, aber falls eine Kluft zwischen ihnen und der Masse besteht, ist dies eine Voraussetzung der Niederlage und nicht des Sieges.

In diesem Sinne besteht doch eine Tendenz, daß die deutsche Frage verschwindet.

Jetzt einige Bemerkungen über die allgemeinen Zustände in unserer Internationale. Ich glaube, daß die Krisen, die wir im verflossenen Jahre in der KI gehabt haben, nicht zufälligerweise in den verschiedensten Parteien in Erscheinung getreten sind. Ich glaube, es besteht ein gewisser Zusammenhang zwischen diesen Erscheinungen in der russischen, deutschen, bulgarischen und französischen Partei.

Die Voraussetzungen zu dieser Krise waren wahrscheinlich zweifacher Natur: Erstens, daß wir einige gemeinsame Probleme vor uns hatten. Wir sind in Kontakt getreten mit unserm Kleinbürgertum, sie hatten mit der Einheitsfronttaktik bei sich auch solch eine Gefahr. Darin besteht gerade die Gefahr der Einheitsfronttaktik, die Gefahr, die nicht entscheidend ist für die Ablehnung der Einheitsfronttaktik, die jedoch existiert. Und dieser Kontakt mit den kleinbürgerlichen Schichten war eine Prämisse für die Abweichungen. Die zweite war eine Reihe von Niederlagen, die wir erlitten haben in Bulgarien und Deutschland, von andern nicht zu sprechen. Diese ideologische Infizierung durch das Kleinbürgertum ist ein ziemlich feiner Prozeß, der zum Ausdruck kommt besonders nach einer Reihe von Niederlagen in einem gewissen festgewurzelten Pessimismus. Diese krisenhaften Zustände hatten ihre gemeinsame Wurzel. Ich glaube aber, es besteht kein Zweifel, daß wir diese krisenhaften Zustände überwinden werden. Denn die Entwick-

lung unserer Parteien geht auch in Widersprüchen vor sich. Der Kampf gegen diese Abweichungen war der Prozeß und ist der Prozeß des Werdens der wirklich bolschewistischen Partei. Gerade im Kampf gegen diese Abweichungen bilden sich die wirklich bolschewistischen Parteien. Von einer Seite betrachtet, sind dies die Krisen, die nach einer Reihe von Niederlagen kommen. Von anderer Seite betrachtet, sind dies die Krisen unseres Wachstums. Und gerade darin, daß während dieser Krisen unsere Parteien wachsen, sich leninistisch, bolschewistisch orientieren, liegt die wichtigste Garantie für unsere weiteren Kämpfe. Ich glaube, es ist nicht besonders schlecht, daß in der Gesellschaft jetzt große revolutionäre Prozesse sind. Diese revolutionären Prozesse sind auch teilweise in der Natur. Zum Beispiel haben wir jetzt bald ein Wetter, das sehr heiß, und plötzlich ein Wetter, das ganz kalt ist. Es ist auch sehr gut, daß die deutschen Proletarier ihr Temperament ein wenig gewechselt haben. Früher war die Natur des deutschen Proletariers viel ruhiger. Auf dieser Konferenz ist ein ganz anderes Temperament vorherrschend. Und wir glauben — wenn wir von einigen Exzessen absehen —, daß dies ein ganz gesunder Prozeß ist, ein Prozeß, auf den das Wort von Marx paßt, daß während des Bürgerkrieges sich auch die Natur des Proletariats verändert, daß diese Veränderung des deutschen Proletariers auch eine Voraussetzung sein wird seines zukünftigen Sieges.

ZEHNTE SITZUNG

(Dienstag, den 24. Juni 1924)

Fortsetzung der Diskussion über die Tätigkeit der Exekutive und über die Weltlage

Redner: Larkin (England), Krajewski (Polen), Kolarow (Bulgarien), Lenski (Polen), Neurath (Tschechoslowakei), Pepper (Amerika)

Eröffnung: 10 Uhr 30 vormittags

Vorsitz: Thälmann

LARKIN (England): Genossen! Ich möchte einige Worte über die Lage in England sagen, vor allen Dingen über die Beziehungen der Britischen Kommunistischen Partei zur Labour Party und zur Labour-Regierung.

Zuerst möchte ich darauf hinweisen, daß Genosse Petrowski in seiner Rede eine Feststellung machte, die leicht zu Mißverständnissen Anlaß geben kann. Er stellte fest, daß sich in England bereits Anzeichen dafür geltend machen, daß die Massen das Vertrauen zur Regierung Macdonald verlieren. Es ist von großer Wichtigkeit, daß in dieser Sache jegliches Mißverständnis vermieden wird. Tatsache ist, daß während der letzten fünf Monate sich unter den proletarischen Elementen, die innerhalb der Labour Party stehen, eine erhebliche Unzufriedenheit gezeigt hat. Das darf jedoch nicht so ausgelegt werden, als ob die Labour-Regierung an Boden verlöre. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Die Labour-Regierung erhält mehr und mehr Unterstützung von den Millionen von Arbeitern, die außerhalb der Labour Party stehen. Diese Massen, die bisher politisch vollständig gleichgültig waren, denken und sprechen jetzt über die Vorteile, die die Labour-Regierung ihnen bringen wird. *Macdonald nützt das aus. Er macht einen großzügigen Versuch zur Gewinnung dieser schwankenden Massen des Proletariats.* Er wendet sich durch sein Budget, durch kleine Brocken, die er den Arbeitslosen hinwirft, durch das Versprechen, die Wohnungsnot zu beheben, und durch eine Reihe anderer Methoden in direkter und greifbarer Weise an diese breiten Arbeitermassen. Die Nachwahlen der letzten Tage zeigen, daß er damit Erfolg hat und daß es ihm innerhalb kurzer Zeit möglich sein wird, wenn er nochmals an das Volk appelliert, als Lohn für seine Mühen die Mehrheit für die Labour-Regierung zu gewinnen.

Ich möchte mich jetzt einem Punkte zuwenden, den Genossin Fischer aus Deutschland berührt hat. Sie fuhr auf 24 Stunden nach England, warf einen Blick auf das Wahlprogramm von Ferguson und entschied dann, daß für die britische KP eine vollkommen neue Politik

nötig sei. Sie ist der Ansicht, daß für uns die Stunde gekommen ist, um bei den Wahlen in aktive Opposition gegenüber den Macdonald, den Thomas, den Henderson usw. zu treten. Sie behauptet, daß wir eine unerfahrene Partei seien. Das trifft bis zu einem gewissen Grade zu; aber als wir noch jünger, als wir noch unerfahrener als heute waren, da nahmen wir dieselbe Haltung wie Genossin Fischer ein. Lenin hat vor vier Jahren viel Zeit darauf verwandt, die britische Partei von der Ansicht zu kurieren, daß sie eine „reine", puristische Partei sein müsse. Warum tat Genosse Lenin das? Weil er erkannte, daß die Gewerkschaften, daß die kämpfenden Massen des britischen Proletariats sich *innerhalb* der Labour Party befinden, und weil er wußte, daß wir uns — falls wir bei den Wahlen in Opposition zur Labour Party treten — damit gleichzeitig von dieser mächtigen Massenbewegung entfernen.

Genossin Fischer zieht das Fazit der Politik der Labour-Regierung seit ihrer Machtübernahme. Sie erkennt, daß diese Politik imperialistisch ist; sie erkennt, daß diese Politik übereinstimmt mit derjenigen, die die sozialdemokratischen Parteien auf dem Kontinent vertreten, und sie zieht daraus in etwas voreiliger Weise den Schluß, daß, weil wir heute auf dem Kontinent alle sozialdemokratischen Elemente bekämpfen müssen, das auch in England der Fall ist. Sie verkennt vollständig die Sachlage in England; sie unterscheidet nicht zwischen der Labour-Regierung und der Labour Party. Diese Unterscheidung ist aber von grundlegender Bedeutung. Was ist die Labour Party? Sie setzt sich zusammen aus angeschlossenen Organisationen, in erster Linie aus Gewerkschaften. Diese Gewerkschaften haben insgesamt über fünf Millionen Mitglieder: eine Million Bergarbeiter, nahezu eine Million Transportarbeiter, über eine halbe Million Metallarbeiter. Auch mehr als eine halbe Million Textilarbeiter haben ihre politische Vertretung in der Labour Party. Sie alle schlossen sich ursprünglich der Labour Party an, weil sie in ihr das Mittel erblickten, gewisse gesetzliche Reformen zu verwirklichen: Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, bessere Schutzvorrichtungen in den Bergwerken, Arbeiterschutzgesetze für die Betriebe, Sicherheitsvorkehrungen im Transport- und Verkehrswesen usw. Aus solchen Gründen steht die große Masse der Arbeiter heute innerhalb der Labour Party. Die Führung der Partei liegt jetzt in den Händen liberaler Politiker, die in ihr die Partei der Zukunft erblicken. Während des Krieges und in der unmittelbar auf ihn folgenden Zeit haben sie systematisch versucht, die Labour Party unter den Einfluß des Burgfriedensgedankens zu bringen. Es ist ihnen gelungen, die Führung der Labour Party zu erobern. Tatsache bleibt jedoch, daß die britische Labour Party eine proletarische Massenorganisation ist, und wo eine solche ist, da muß auch die Kommunistische Partei sein!

Was ist die Labour-Regierung? Sie kam auf folgende Weise zustande: Der König berief Macdonald; Macdonald setzte sich mit seinen Kollegen, den Thomas und Henderson, ins Einvernehmen, und sie stellten gemeinschaftlich eine Vorschlagsliste für die Regierung zusammen, die für die Liberalen und Konservativen, die die tatsächliche Macht im Unterhause in Händen haben, annehmbar war. Diese Vorschlagsliste ist überall in der Mitgliedschaft der Labour Party auf Opposition gestoßen. Die proletarischen Elemente in der Partei hätten viel lieber auf dieser Liste Männer ihrer eigenen Art wie Smillie und Lansbury gesehen, aber diesen Männern ist es ernst um die Sache, und deshalb kamen sie nicht in Betracht. Die Labour-Regierung tut

alles, um die Elemente innerhalb der Partei, die ernstlich den Kampf wollen, zu unterdrücken. Es liegt auf der Hand, daß unsere eigene Aufgabe für die Zukunft darin besteht, in die Labour Party einzudringen, um dort diese oppositionellen Elemente zu stärken und die proletarische Unzufriedenheit innerhalb der Partei auszunützen, damit wir die Führung der Arbeitermassen in England für die Kommunistische Partei erobern.

Wenn wir die Verantwortung für die Aufstellung von Gegenkandidaten gegen die Kandidaten der Labour Party bei den Parlamentswahlen übernähmen, so würde das automatisch — das steht unzweifelhaft fest — alle Arbeit unsererseits innerhalb der Labour Party unmöglich machen. Man würde die Tür vor uns zuschlagen. Wenn wir z. B. in Derby gegen J. H. Thomas einen Gegenkandidaten aufstellten, so würde die Folge sein, daß gemäß den Statuten der Labour Party jedes einzelne Mitglied der Kommunistischen Partei (als einer Partei, die bei den Wahlen die Labour Party bekämpft) sofort aus der Labour Party ausgeschlossen würde.

Die Eroberung der Arbeitermassen innerhalb der Labour Party für den Kommunismus ist unsere große Aufgabe. Seit zwölf Monaten bauen wir in zäher und beharrlicher Arbeit überall in der Labour Party unsere Fraktionen auf. In nahezu jeder wichtigeren Ortsgruppe haben wir nunmehr eine kleine kommunistische Fraktion organisiert. In nahezu jedem Bezirk des Landes haben wir jetzt Vertreter der KP, die unter der Leitung der betr. Bezirks- oder der Landeszentrale der Partei systematisch an der Arbeit sind. Darüber hinaus sind in allen wichtigeren Ortskartellen Fraktionen organisiert worden, die gute Arbeit leisten. Wenn die Zeit es gestattete, würde ich noch eingehender über die Politik sprechen, auf Grund deren wir die oppositionellen Elemente innerhalb der Labour Party zusammenfassen und als Waffe gegen die verräterische reformistische Führung benutzen. Stellen wir uns jedoch auf den Standpunkt der Genossin Fischer, so bedeutet das, daß wir nicht in der Lage sein werden, die Arbeit dieser letzten zwölf Monate fortzuführen. Es bedeutet, daß wir vollständig aus der Labour Party ausgeschlossen und wieder zu einer „reinen" Sekte werden; es bedeutet eine Politik der „Isolierung von den Massen" und widerspricht völlig dem Geist des Leninismus.

Das ist die Frage, die heute vor dem Kongreß steht, die der Kongreß zu beraten und zu lösen haben wird.

Die Ansicht, die ich hier vertrete, ist *nicht* die Ansicht einer Minderheit oder einer Mehrheit der britischen Partei, einer Minderheit oder Mehrheit des Exekutivausschusses, einer Minderheit oder Mehrheit der Delegation: es ist die übereinstimmende Ansicht der gesamten Delegation, des gesamten Exekutivkomitees und des letzten Parteitages. Wir sind überzeugt: Wenn der Kongreß den Standpunkt einnimmt, daß wir die taktische Arbeit innerhalb der Labour Party aufgeben und bei den Wahlen in Opposition zu ihren Kandidaten treten sollen —, so bedeutet das, daß der 6. Weltkongreß sich wieder vor die Aufgabe gestellt sehen wird, die britische Frage in ihrem ganzen Umfange aufzurollen und auf Grund der Erfahrungen wiederum diese ganze Politik zu revidieren.

Die Delegation hat mich beauftragt, noch einen weiteren Punkt zu berühren. In seiner Rede erwähnte der Genosse Sinowjew einen Brief des Genossen Bordiga an die Exekutive, der sich mit der Führung der Komintern befaßt. Wie ich aus der Übersetzung ersehe, regt Genosse

Bordiga an, daß jetzt, wo die russische Kommunistische Partei ihren großen Führer verloren habe, der Augenblick gekommen sei, die Frage der Führung der Komintern wiederum aufzurollen, und daß man Wege suchen müsse, um diese Führung durch Verbreiterung ihrer Basis zu verbessern. Die Delegation der britischen Kommunistischen Partei hat sich mit dieser Angelegenheit befaßt. Sie ist zu dem klaren und ausdrücklichen Beschluß gekommen, daß die russische Kommunistische Partei, obwohl sie ihren Führer verloren hat, dennoch die bei weitem geeignetste Partei für die Führung der Kommunistischen Internationale ist; die KPR hat die Revolution organisiert, sie hat die Revolution durchgeführt und ist jetzt auf dem besten Wege, die Revolution zu festigen und zu sichern. Die Erfahrungen, die die KPR dadurch gewonnen hat, sind von unvergleichlichem Wert und unentbehrlich für die Führung der Komintern. Wir glauben nicht, daß die KPD nach den letzten neun Monaten ihrer Geschichte, oder daß die KPF nach den letzten zwölf Monaten bestreiten wird, daß die KPR besser für die Führung geeignet ist als sie. Das ist der Standpunkt der britischen Delegation.

KRAJEWSKI (Polen): Es ist keine Schande für eine revolutionäre Partei, wenn sie ihre Fehler einsieht. Und so muß ich sagen, daß der in Polen arbeitende Teil des Zentralkomitees zu dem Schluß gekommen ist, daß unser Dezemberbrief ein politischer Fehler war. Wir haben zwar in der deutschen und russischen Frage im Dezemberbrief einige richtige Bemerkungen gemacht, aber wir haben nicht klar und bolschewistisch auf die Frage Antwort gegeben, die politisch akut war. Wir haben in der russischen Frage nicht klar und deutlich gesagt, ob wir für die Mehrheit des ZK oder für die Opposition sind. *(Sinowjew:* Eine Kleinigkeit!) Ich muß sagen, daß das wirklich ein opportunistischer Fehler war. Wir glaubten damals, daß wir nicht genügend sachliches Material besitzen, um die Sache meritorisch behandeln zu können. Aber wenn man die Sache nicht meritorisch behandeln will, soll man lieber schweigen, als allgemeine Redensarten vorbringen.

Zwar haben unsere Vertreter, als sie den Dezemberbrief einbrachten, mündlich erklärt, daß wir auf der Seite des Zentralkomitees stehen. Aber das war schon zu spät. Daß wir das nicht sofort in dem Brief, sondern erst später mündlich gesagt haben, daß das sozusagen der zweite und nicht der erste Gedanke war, das hat unsere Stellungnahme genügend gekennzeichnet. Obzwar spät, muß ich doch mit der ganzen Entschiedenheit sagen: Wir alle stehen auf der Seite des Zentralkomitees gegen die Opposition. Das betrifft auch die deutsche Angelegenheit. Wir haben damals geschwankt, Genossen, zwischen der linken und der rechten Gruppe. Damals war die rechte Gruppe sozusagen noch nicht ausgebildet, aber die Frage stand schon damals so, ob man die Brandlergruppe weiter unterstützen solle, trotz des Bankrotts, den Brandler damals schon erlitten hatte, oder ob man sich nach links orientieren solle. Wir haben wieder viele geschickte Bemerkungen gemacht, und ich will nicht sagen, daß in diesem Dezemberbrief nichts richtiges war. Aber wir haben nicht klar beantwortet, ob wir für die Brandlergruppe oder für die Linke sind, und das war wieder ein opportunistischer Fehler. Wir glauben, daß es ein Verdienst des Genossen Sinowjew ist, daß er sich damals schon sofort orientierte und erklärte, daß man die Brandlergruppe nicht unterstützen dürfe, sondern sich nach links orientieren müsse. Wir wollen mit den Genossen, die jetzt die Parteileitung

haben, zusammenarbeiten, und wir glauben, daß es gut, richtig und politisch klug war, daß man diesen Genossen die Leitung der Partei übergeben hat.

Genossen, wir haben alle in der polnischen Partei seit längerer Zeit gesehen, daß wir infolge einer früheren Periode unserer Bewegung in Opportunismus verfallen. Wir suchten den Opportunismus zu bekämpfen, und das Zentralkomitee Polens versuchte, aus dem opportunistischen Sumpf herauszukommen, aber die Genossen, die nicht in Polen waren, die Genossen, die im Zentralkomitee die führende Rolle hatten, haben nicht verstanden, nicht gesehen, daß zwischen diesen Fragen, der russischen und der Frage der Differenzen zwischen der Brandlergruppe und den Linken in Deutschland und dem Opportunismus in Polen ein tiefer Zusammenhang besteht. Man kann aus diesem opportunistischen Sumpf nicht herauskommen, wenn man nicht klar und deutlich Antwort gibt. Solange man diese Fragen nicht klärt, gibt es keine Möglichkeit, aus dem opportunistischen Sumpf in Polen herauszukommen.

Ich sage, wenn wir heute auch etwas spät mit klarer Offenheit diesen Fehler bekennen, so meine ich, daß wir jetzt den offenen Weg haben, mit der vergangenen Periode gänzlich und ohne Vorbehalt abzurechnen. *(Baer:* Was geschieht mit den linken Genossen?) Ich werde darauf antworten, ich bitte jedoch, wenig Zwischenrufe zu machen, denn es fällt mir schwer, deutsch zu sprechen. Ich möchte ein paar Worte über die Tätigkeit unserer Partei sagen. Genosse Sinowjew und auch die deutschen und französischen Genossen haben uns kritisiert, Genosse Sinowjew hat gesagt, daß wir zwar gute bolschewistische Massen haben, aber keine bolschewistische Führung. Ich glaube, daß dieser Vorwurf doch übertrieben und im großen Maße ungerecht ist. Besonders kritisieren uns die Genossen, die die oppositionellen Thesen geschrieben haben. Ich möchte deshalb über unsere Tätigkeit ein paar Worte sprechen. Wir haben früher als andere Parteien die Losung der Bolschewisierung der Partei gestellt und haben alle Anstrengungen gemacht, um diese Bolschewisierung möglichst gründlich durchzuführen. Unser zweiter Kongreß, den wir im Herbst vorigen Jahres abgehalten haben, bedeutet eben eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Bolschewisierung.

Was die Frage unseres Verhältnisses zum Bauerntum betrifft, so muß ich sagen: Wir haben seit dem zweiten Kongreß dieser Frage viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt als vorher. Wir haben in dieser Hinsicht manche Forschritte erzielt. Auf den Bauernkongreß im vorigen Jahre haben wir eine Delegation von mehr als hundert Arbeitern geschickt, um dort das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern zu demonstrieren. Die Rede eines Parteigenossen fand auf diesem Kongreß einen großen Widerhall unter den Bauern. Ich werde mich ganz kurz fassen. Auf einer Konferenz der Bauern in Ciechanow haben die Bauern ihre Abgeordneten aufgefordert, daß sie aus der Partei Wyzwolenie austreten und in den Verband des Proletariats von Stadt und Land eintreten. Dann haben wir großen Einfluß auf die Arbeiter und Bauern der okkupierten Gebiete gewonnen. In Weißrußland hat sich uns eine revolutionäre Bauernorganisation angeschlossen, deren Vertreter hier im Saale sitzt. Und was unseren Einfluß in der Westukraine anbetrifft, so ist ein Zeichen dafür eine große Massen-Bauerndemonstration in Sablotow am 1. Mai, die blutig endete. Hier verknüpft sich die Frage des Verhältnisses zum Bauerntum mit der nationalen Frage. Auch in dieser Hinsicht haben wir große Fortschritte gemacht. Wir haben nicht

nur prinzipiell das Selbstbestimmungsrecht der Nationen proklamiert, sondern auch diesen Kampf praktisch und politisch eingeleitet. Der Abgeordnete Genosse Krolikowski hat unsere Losung im Parlament und in vielen Massenversammlungen proklamiert. Die Losung ist: Gegen die Autonomie, kein Plebiszit! Die Bevölkerung hat schon klar ihren Willen ausgedrückt, sie will den Anschluß an die Sowjetrepubliken; also man soll diese Gebiete vollständig räumen, damit die Bevölkerung frei ihren Willen ausführen kann. Und wir haben großes Vertrauen bei den breiten Massen der Westukraine, Weißrußlands erobert.

Noch ein paar Worte über den Genossen Krolikowski. Einige Genossen, besonders Genosse Rwal, haben ihn gebrandmarkt fast wie einen Sozialchauvinisten. Es ist ihm wirklich eine Entgleisung passiert in der Frage des Militärdienstgesetzes. Aber das, was er dabei gesprochen hat, und überhaupt seine ganze Tätigkeit ist derart, daß man dem Genossen Sozialpatriotismus oder Sozialmilitarismus nicht vorwerfen kann. Wenige Genossen können sich vorstellen, welche Atmosphäre im polnischen Sejm herrscht. Der Genosse Krolikowski wurde nach seiner prachtvollen Rede über die Pflichten und Rechte der Soldaten körperlich von den Sozialpatrioten mißhandelt. Und das ist schon zweimal vorgekommen. Man will den Genossen auf diese Weise terrorisieren. Es sind immer die Sozialpatrioten, die die schmutzigsten Dienste leisten. Trotzdem kämpft der Genosse unerschrocken und hat ein kolossales Ansehen bei den Arbeitermassen, die in ihm das Symbol des unentwegten Kampfes für den Kommunismus sehen.

Ein paar Worte über die Massendemonstrationen. Genosse Sinowjew hat gegen uns den Vorwurf erhoben, daß wir während des Krakauer Aufstandes abwesend waren. Die Sache kann mit einem Worte nicht abgetan werden. Der Krakauer Aufstand war eine kurze Episode, eineinhalb Tage in einem großen Kampfe, der über einen Monat dauerte. Die Lage war damals so, daß die Revolution in Deutschland zu nahen schien, und wir glaubten, unser Augenmerk sozusagen auf die politisch-strategischen Punkte wenden zu müssen, und das waren Oberschlesien, das Dombrowaer Kohlenrevier, Warschau und Lodz. Wir haben diese Punkte in Angriff genommen, und wir haben an diesen Punkten den Kampf geführt, haben an der Spitze des Kampfes gestanden. Daß in Krakau ein Aufstand bevorstand, daß er überhaupt möglich war, das war niemand in Polen klar und konnte auch niemandem klar sein. Es ist kein Industriezentrum. Es war ein ganz unerwartetes, unverhofftes Ereignis. Daß wir nicht sofort zur Stelle waren, erklärt sich daraus, daß wir in Krakau nur eine kleine Organisation haben, und wir konnten erst *nach* dem Aufstand dort sein. Ich sage, wir machten unsern Fehler nicht *während* des Krakauer Aufstandes, sondern *nachher;* erstens, indem wir ihn nicht genug auswerteten als das Symbol des Bündnisses zwischen den Bauern und Arbeitern, als das Symbol des bewaffneten Aufstandes. Und es war ein zweiter Irrtum, daß wir in Warschau, als polnische Sozialpatrioten, die Polnische Sozialpartei, den Generalstreik liquidierten und wir nicht die Kraft hatten, ihn weiter fortzusetzen, die Warschauer Organisation ihn mit einer Begründung abbrach, die wirklich etwas Unerhörtes war: daß man nämlich der Einheitsfront wegen den Kampf liquidieren müsse.

Trotzdem, Genossen, was den Kampf in dieser Periode anbetrifft, muß ich sagen: Nur die Kommunistische Partei — denn niemand in Polen sonst hat diesen Kampf mitgemacht — stand an der Spitze der Bewegung, leitete sie und führte sie bis zum Ende durch. In Ober-

schlesien haben wir die Massen damals erobert gegen den Willen aller Sozialpatrioten aller Nationalitäten, trotz der nationalistischen Hetze, die dort wütete. Auf dem Betriebsrätekongreß hatten wir den entscheidenden Einfluß. Unter unserm Einfluß, dem Anstoß unserer Genossen bildeten sich Aktionskomitees, und während des ganzen Kampfes hat die ganze Bevölkerung im Zeichen des Kommunismus gestanden. Es war niemand dort als politischer Leiter als die Kommunisten, die Kommunistische Partei. Und das hat sich auch bewährt. Denn nach den kolossalen Repressalien dort, nach der Zerrüttung der Organisation standen wir in den letzten Tagen wieder mitten in einer großen Bewegung in Oberschlesien. Gegen den Willen der Sozialpatrioten, der Nationalisten hat sich wieder eine prachtvolle Einheitsfront von unten herausgebildet, und man hat auf dem Kongreß wieder einen Aktionsausschuß geschaffen, der wieder unter unserm Einfluß steht. Und man nimmt Resolutionen an, in denen die Führer der Sozialpatrioten, der PPS und der Nationalisten als Verräter gebrandmarkt werden. In Oberschlesien haben wir heute wieder den uneingeschränkten Einfluß. Und die Genossen wissen wirklich nicht, *wie* wir illegal sind, welche Schwierigkeiten wir haben. Es ist nicht möglich, daß diese illegale Arbeit immer den politischen, den organisatorischen Einfluß auf die Massen behalten kann, wie sie ihn hat im Momente der Massenerhebungen.

Ich will mich kurz fassen. Ich möchte nur sagen, daß wir damals überhaupt den ganzen Kampf geführt haben. Unter unserm Einfluß wurde damals im November der Generalstreik proklamiert, und wenn man jetzt die Legende verbreitet, daß wir vor der PPS kapitulieren, daß wir uns der PPS ganz unterwerfen, unterordnen, so ist das, Genossen, eine Legende. Wir begehen viele Fehler, und ich werde von den Fehlern sprechen, wo ich von der Einheitsfront sprechen werde. Aber man kann sagen, wir sind die kämpfende Partei, und das Proletariat weiß, daß nur wir die kämpfende Partei sind. Die Arbeiter, die unter dem Einfluß der PPS und der Nationalisten stehen, wissen sehr gut, daß nur wir den Kampf führen, und deshalb fürchten die noch nicht ganz aufgeklärten Arbeiter, mit uns zu gehen, weil sie eben wissen, daß unsere Partei die Partei des Endkampfes für die Diktatur ist.

Genossen, ich möchte noch ein Wort über die Organisationsfrage sagen. Wir wußten, daß es bei dem Kampf mit dem Opportunismus nicht allein um taktische Fragen geht, sondern daß er auch eine Revision der Organisationsfrage bedeutet.

Als sich nach den Novemberereignissen herausstellte, daß manche unserer Organisationen ganz passiv waren, haben wir auch diese Frage aufgeworfen und eine Diskussion in der Presse geführt. Viele Genossen haben sich daran beteiligt. Wenn wir später am 1. Mai in Warschau soviel Arbeiter wie die Polnische Sozialistische Partei ganz selbständig auf die Straße brachten, wenn 15 000 Arbeiter hinter unserm Banner marschierten, etwas mehr als die Genossen in Berlin, so verdanken wir das der in der letzten Zeit durchgeführten organisatorischen Arbeit, und jedenfalls zeugt das dafür, daß wir einen großen Einfluß bei den polnischen Arbeitermassen haben.

Noch ein paar Worte zur Einheitsfront und zur Arbeiter- und Bauernregierung. Wir wissen sehr genau, daß wir bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik Fehler gemacht haben. Das war nicht unsere Schuld allein. Alle Parteien haben diese Fehler gemacht, man hatte zu wenig Initiative, zu wenig Selbständigkeit bei der Durchführung von Massen-

aktionen, man hat überhaupt die Gefahr der rechten Abweichungen nicht klar genug gesehen. Das hat auch Genosse Sinowjew gesagt. So verfielen auch wir dieser Gefahr, auch bei uns gab es rechte Abweichungen. Wir haben dagegen einen Kampf, sogar mit Anwendung von Repressivmaßregeln, geführt; es ist aber klar, daß man mit einzelnen Fehlern nicht fertig werden kann, wenn man nicht die ganze abgelaufene Periode ins Auge faßt und nicht die allgemeinen taktischen Schlüsse zieht.

Die Formulierung des Genossen Sinowjew billigen wir absolut. Die Basis für die Anwendung der Einheitsfronttaktik von oben ist viel schmäler geworden, als sie vorher war. Immer muß man im Auge behalten, daß es sich nur darum handelt, einen Kampf der Massen, die Einheitsfront von unten zustande zu bringen. Es gibt überhaupt keine Einheitsfront von oben. Mit den sozialpatriotischen Führern gibt es keinen gemeinsamen Kampf. Das ist klar. Aber es gibt die Taktik der Einheitsfront von oben, d. h. man kann manchmal an die sozialpatriotischen Führer einen Appell richten, um auf diesem Wege zu den Massen zu gelangen, die noch hinter diesen Führern stehen, und mit diesen Massen eine Einheitsfront von unten im Kampfe zu bilden. Wenn also manche Genossen, wie der Genosse Domski aus der Opposition und unlängst auch noch die deutschen Linken, sagten, daß die Einheitsfronttaktik nur von unten und niemals von oben anzuwenden ist, so sind wir der Meinung, daß das eine falsche Auffassung der Frage, eine Flucht vor dem Problem ist, wenn man nicht sieht, daß wir im Jahre 1921/22, in einer Periode, in der die Arbeitermassen von uns zurückfluteten, neuen Zutritt zu ihnen suchen mußten, zu Arbeitern, die in andern Parteien organisiert sind. Die Lage in Europa ist nicht so, wie sie vor 10—15 Jahren war. Es gibt jetzt doch große in den opportunistischen Parteien organisierte Massen — und man mußte zu diesen organisierten Massen einen Weg finden. Wahr ist aber, daß wir in der vorhergehenden Periode zu weit gingen, daß wir die Größe der opportunistischen Gefahren nicht richtig genug einschätzten.

Was die Arbeiter- und Bauernregierung anbetrifft, so ist sie für uns die Losung, die die Arbeitermassen zusammenfaßt zum Kampf gegen die bürgerlichen Regierungen, zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft. Die Arbeiter- und Bauernregierung bedeutet das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern zum revolutionären Kampf. So ist sie für uns das Synonym der Diktatur des Proletariats. Wir stimmen auch hier dem Genossen Sinowjew ganz zu. (Zwischenruf: Nur nicht in euren Thesen!) In den Thesen sind manche Unklarheiten. Wir haben einen Kampf geführt, um in allen Dingen klar zu werden. Der politische Sinn der Thesen ist dieser: Wir schließen jede Etappenauffassung der Arbeiter- und Bauernregierung aus.

Ich möchte schließen. Wir haben in unserer Parteileitung auch einen Kampf gegen den Opportunismus geführt. Bei uns gibt es jetzt zwei Richtungen. Eine davon hat die große Mehrheit, die verstanden hat, daß man die Frage des Opportunismus mit der russischen und deutschen Frage verknüpfen muß und eine klare bolschewistische Antwort nötig ist. Der kleinere Teil, der das nicht verstanden hat, sagt, daß der Dezemberschritt kein politischer Fehler war.

Unsere Fehler sehen wir gut ein. Aber wenn die Genossen, z. B. die deutschen Genossen, von unsern Fehlern sprechen wollen, so sollen sie sich mit uns näher bekannt machen. Leider haben wir wenig Informationsmaterial ins Ausland schicken können. Da wir illegal

sind, fällt es uns sehr schwer. Aber wir werden versuchen, Material zu schicken. Wir wollen, daß man keine Legenden über uns verbreitet. Wir haben kein Interesse daran, die Wahrheit zu verleugnen.

Noch eine Bemerkung über die linken Genossen, die Opposition. Darunter sind jene, die noch vor ganz kurzer Zeit uns angegriffen haben, z. B. Domski, in der Frage des Verhältnisses zum Bauerntum und zur nationalen Frage. Domski hat uns deutlich angegriffen, die andern Genossen nicht ganz so klar, aber sie haben ihm zugestimmt. Deshalb mußten wir in einer Attacke auf dem 2. Kongreß in dem ersten Satz der Thesen den Angriff auf den ganzen politischen Sinn des 2. Kongresses sehen. Die Genossen sagen: Man habe auf dem Kongreß in einer revolutionären Situation konterrevolutionäre Ansichten in eine revolutionäre Form gebracht. Das mußten wir als einen Angriff nicht nur in taktischer Beziehung, sondern auch auf unser Verhältnis zum Bauerntum und zur nationalen Frage betrachten.

Das, was die Genossen in den Thesen über unsere taktischen Fehler gesagt haben, war zwar in manchen Teilen ganz richtig, das haben wir aber in unserer eigenen Kritik im Dezemberplenum und dann im Märzplenum gesagt. Genosse Domski hat gegen die Einheitsfront überhaupt gekämpft. Aber nicht deshalb haben wir die linken Genossen gemaßregelt. Ihre politischen Ansichten waren nicht die Ursache. Die Ursache war, daß sie im Vorhinein eine Fraktion zu bilden suchten, nach Oberschlesien gingen, damit die dortige Organisation die Thesen, die das Zentralkomitee noch nicht kannte, unterschreibe, daß die Genossen diese Thesen schon zum Druck gegeben hatten in der „Internationale“ und andern Parteiblättern, bevor sie das Zentralkomitee bekam. Diese Organisierung der Fraktion war ein Bruch der Parteidisziplin, und nur wegen dieses Disziplinbruches, nicht wegen der politischen Ansichten, wurden die Genossen gemaßregelt. Keine bolschewistische Führung — und wir wollen eine bolschewistische Führung sein — kann dulden, daß heimlich eine Fraktion organisiert wird.

In politischer Hinsicht stimmen wir mit den Ansichten überein, die die deutschen Genossen hier entwickelt haben. Auch für uns steht der Feind auf der rechten Seite. Wir sind einverstanden mit der Exekutive und mit der heutigen Leitung in Deutschland und hoffen, daß wir zusammen mit ihr in den Endkampf gehen.

KOLAROW (Bulgarien): Bisher hat sich die Diskussion nur mit der deutschen Frage befaßt. Das ist natürlich: Die deutsche Frage ist eine der wichtigsten, die vor uns liegen. Die bulgarische Frage: die taktischen Fehler, die während der Juni- und Septemberereignisse des vergangenen Jahres gemacht wurden, ist kaum gestreift worden. Nur wenige Genossen haben einige Worte darüber gesagt.

Dennoch ist die bulgarische Frage von großer Bedeutung, weil die Fehler, die von der KPB begangen wurden, gemeinsame Fehler aller unserer Parteien in den Agrarländern sind: Die bulgarischen Fehler sind charakteristisch für alle jene Parteien, die wie die KPB ihren Kampf innerhalb einer bäuerlichen Bevölkerung zu führen haben, und solcher Parteien gibt es in unserer Internationale nicht wenige.

Erlauben Sie mir, bei dieser Frage etwas länger zu verweilen. Trotzdem eine besondere Kommission für sie eingesetzt ist, glaube ich, daß sie auch hier in der allgemeinen Debatte vom Standpunkt der Taktik der Komintern aus geklärt werden muß und daß deshalb einige Ausführungen dazu jetzt notwendig sind.

Im Juni hat die bulgarische Partei eine Niederlage erlitten. In der Sitzung der Erweiterten Exekutive hat der Genosse Radek eine große Rede über diese Niederlage gehalten und den Standpunkt der Exekutive erläutert. Genosse Radek hat erklärt, daß die Niederlage der Partei eine entscheidende Niederlage gewesen sei; er hat selbst versucht, die KPB politisch zu vernichten.

Aber weder die Niederlage im Juni, noch diejenige im September sind entscheidende Niederlagen gewesen. Die KPB steht immer noch aufrecht, sie bereitet sich auf neue Kämpfe vor.

Auf der andern Seite sind alle Argumente, die hier zur Erklärung der Niederlage der Partei angeführt wurden, durch den Genossen Radek selbst zurückgenommen worden. Auf dem Parteitag der KPR hat er für diese Niederlage nur eine einzige Erklärung angeführt: Indem er sich bemühte, die Verantwortlichkeit der Partei für die Niederlage abzuschwächen, ja sogar die Partei zu rechtfertigen, gab er als einzige Erklärung die auswärtige internationale Lage an, die, wie er behauptete, für den revolutionären Kampf in einem kleinen Lande wie Bulgarien ungünstig war.

Wir, als Vertreter der KPB, erklären, daß unsere Partei keiner Rechtfertigung bedarf. Sie hat selbst ihre Fehler erkannt. Diese Fehler stimmen nicht in allem mit denjenigen überein, die Genosse Radek aufzählte. Aber Tatsache ist, daß Fehler gemacht worden sind. Genosse Radek ist oftmals ein guter Pädagoge gewesen, aber es scheint, daß er zuweilen seine eigenen Lehren vergißt.

Hat wirklich die internationale Lage irgendeinen Einfluß auf die Haltung des Zentralausschusses der KPB gegenüber dem Staatsstreich im Juni des vergangenen Jahres ausgeübt? Wir antworten: *Nein.*

Auf der Sitzung des Zentralausschusses, die nach meiner Rückkehr, nach dem Staatsstreich, stattfand, hat kein einziges Mitglied des Zentralausschusses dieses Argument angeführt. Einzig und allein taktische Erwägungen über die *innere* Lage haben die Haltung unserer Partei bestimmt. Wahr ist, daß im Jahre 1919 bei uns zu viel von der internationalen Lage die Rede war. Wahr ist, daß in jenem Augenblick unser alter Genosse Blagojew erklärte, der Sieg der Revolution in Bulgarien hänge zu drei Vierteln von der internationalen Lage und nur zu einem Viertel von der inneren Lage ab.

Man darf jedoch nicht vergessen, daß im Jahre 1919 Bulgarien von den Ententearmeen besetzt war, und daß jene Worte nach der Niederlage der Sowjets in Ungarn ausgesprochen wurden. In jenem Augenblick waren sie durchaus gerechtfertigt. Aber die Partei hat niemals eine Theorie daraus gemacht. Im Juni haben sie, wie ich bereits ausführte, keinerlei Einfluß auf die Festlegung der Taktik unserer Partei ausgeübt.

In seiner Rede im vergangenen Jahre hat der Genosse Radek erklärt, daß eine der Hauptursachen unserer Niederlage die Tatsache gewesen sei, daß wir der Propaganda und Aktion unter den Bauernmassen zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hätten. Dieselbe Behauptung kehrt heute noch in den Thesen der KPD wieder. In diesen Thesen heißt es:

„Die KPB hat die Möglichkeit und die Notwendigkeit der revolutionären Allianz mit den armen Bauern für die Eroberung der Macht in einem agrarischen Lande nicht erkannt."

Das ist durchaus falsch. Wenige Parteien der Kommunistischen Internationale haben so intensiv wie die KPB unter den armen Bauern gearbeitet. Ihrer Zusammensetzung selbst nach ist die KPB zu zwei Dritteln eine bäuerliche Partei. Drei Viertel ihrer Organisationen befinden sich auf dem Lande. Außerdem werde ich weiterhin noch die Resolution, die die Partei kurz vor dem Juni-Staatsstreich annahm, anführen.

Im Januar vergangenen Jahres hat unsere Partei die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung angenommen. In der Resolution, die das ankündigt, heißt es wörtlich:

„Die Kommunistische Partei fordert die armen Bauern der Bauern-Union ebenso wie die gesamte arbeitende Landbevölkerung zum gemeinsamen Kampf für die Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung auf, die allein imstande sein wird, ihre Forderungen zu erfüllen. Die Kommunistische Partei erklärt den Arbeitern und Bauern jedoch offen, daß ohne revolutionären Kampf diese Arbeiter- und Bauernregierung weder geschaffen noch aufrechterhalten werden kann."

Genossen, nicht hier liegt der Fehler. Aber Fehler bestehen trotzdem und sind erkannt worden von der ganzen Partei, wie von allen Mitgliedern des Zentralausschusses, die den verhängnisvollen Beschluß faßten, die Neutralität während des Staatsstreichs der bürgerlichen Parteien zu erklären.

In der Partei gibt es heute über diese Frage keine Meinungsverschiedenheit mehr. Die Partei hat endgültig und einstimmig die Entscheidung des EKKI angenommen.

Der Hauptfehler liegt nicht in der Haltung unserer Partei gegenüber den *Massen der armen Bauern* (diese Haltung war klar, einwandfrei und bestimmt, sie wurde mit Erfolg durchgeführt), sondern in ihrer Haltung gegenüber *der politischen Organisation der Bauern, gegenüber der Bauernregierung.*

Genossen, erlauben Sie mir zu sagen: Wir haben uns in der Internationale sehr viel mit der Frage der Arbeiter- und Bauernregierung in den industriellen Ländern, aber sehr wenig mit der Frage, wie sie in den Agrarländern liegt, befaßt. Bisher hatten wir nicht die Möglichkeit, uns mit der Frage zu befassen, welches die Haltung der KP gegenüber einer Bauernpartei, einer politischen Vereinigung der armen Bauern zu sein hat. Hier ist die Hauptquelle zu suchen für die Fehler, die wir in Bulgarien gemacht haben. Unsere Partei war in dieser Frage sich selbst überlassen. Unsere Partei hat geschwankt, sie hat nicht immer die gerade, richtige Linie verfolgt, sie hat im entscheidenden Augenblick einen entscheidenden Fehler gemacht. Trotzdem hat es auch in der Entwicklung unserer Bewegung Augenblicke gegeben, in welchen die Partei der agrarischen Union gegenüber klare und konsequente Entscheidungen traf.

Im Mai 1922, als die agrarische Union an der Macht war, wurde die Regierung durch einen Staatsstreich bedroht. Eine Verschwörung zwischen den reaktionären russischen Weißgardisten und den bulgarischen bürgerlichen Parteien war entdeckt worden. In diesem Augenblick waren der Partei die Gefahren einer solchen Verschwörung klar. Sie nahm dazu folgende Resolution an:

„Jeder Versuch eines bürgerlichen Staatsstreiches gegen die Bauernregierung bedeutet gleichzeitig eine direkte Bedrohung für die

Kommunistische Partei. Die Machtübernahme durch die bürgerlichen Parteien gefährdet auf das schwerste die revolutionäre Bewegung. Deshalb wird die KP zu ihrer eigenen Verteidigung und zur Verteidigung der revolutionären Bewegung, mit den Waffen in der Hand jedem Versuch eines Staatsstreiches von seiten der Bourgeoisie entgegentreten. Trotzdem es zur Zeit unmöglich ist, eine politische Koalition mit der agrarischen Union abzuschließen, ist doch die technische Zusammenarbeit mit ihr zulässig."

Hier wurde also eine klare Entscheidung getroffen und eine richtige Taktik befolgt. Diese Taktik mußte in dem Augenblick fortgeführt werden, als der im Jahre 1922 vorbereitete Staatsstreich zur Tat wurde, d. h. im Jahre 1923. Aber die Partei hat den Weg, den diese Resolution vorschreibt, verlassen.

Weshalb? In erster Linie deshalb, weil die Partei sich durch den großen Sieg der Bauernregierung bei den Wahlen des Jahres 1923 einschläfern ließ. Dieser Sieg war so gewaltig, so zerschmetternd für die Gegner, daß weder die Bauernregierung noch die Kommunistische Partei an die unmittelbare Möglichkeit eines Staatsstreiches glaubte. Die Tatsache, daß er so überraschend kam, hat eine große Rolle gespielt. In zweiter Linie — und das ist von noch größerer Bedeutung — stand die Partei unter dem Einfluß der antiproletarischen und antikommunistischen Haltung, die die Bauernregierung damals einnahm. Während der Wahlen von 1923 hatte die Bauernregierung mit dem offenen Angriff auf die KP und auf die gesamte Arbeiterbewegung des Landes begonnen. Sie hatte erklärt, daß sie die KP auflösen und deren Vermögen beschlagnahmen, d. h. alles das tun würde, was die bürgerlichen Parteien einige Monate später, als sie an der Macht waren, durchführten. Während der Wahlkampagne hatte die Bauernpartei überall die Kommunistische Partei terrorisiert. Im Augenblick des Staatsstreichs waren die Gefängnisse gefüllt mit Kommunisten, die die Bauernregierung verhaften ließ. Diese Lage der Dinge übte starken Einfluß auf die Kommunistische Partei ebenso wie auf die Parteileitung aus. Sie verleitete zu dem Glauben, daß die Bauernpartei jedes Vertrauen zu den Massen verloren habe, daß sie sich endgültig in eine Partei und eine Regierung der bäuerlichen Bourgeoisie verwandelt habe, gegen die ein ebenso scharfer Kampf wie gegen die städtische Bourgeoisie und gegen die übrigen bürgerlichen Parteien geführt werden müsse. Hinzu kommt noch das folgende. Unsere Parteileitung hat die Kräfte der Partei selbst, den großen Einfluß, den die Partei nicht nur in den Arbeitermassen, sondern auch in den Bauernmassen besaß, unterschätzt. Auf der andern Seite hat sie die Kräfte und den Einfluß der reaktionären Bourgeoisie überschätzt. Das waren die Bedingungen, unter denen der Staatsstreich sich abspielte.

Bei den Unterredungen mit unserm Zentralausschuß habe ich kein einziges Mitglied desselben entdeckt, das der Ansicht gewesen wäre, der Kampf sei abgeschlossen. Ganz im Gegenteil: Alle erklärten: „Der Staatsstreich ist zur Tatsache geworden, es ist wahr; wir waren in jenem Augenblick machtlos, da der Schlag vernichtend war und die Massen mitgerissen wurden, ja sogar ihrer Zufriedenheit über den Sturz der agrarischen Regierung, die eine durchaus reaktionäre Regierung geworden war, Ausdruck gaben; wir sind uns jedoch der Gefahr wohl bewußt und werden fortfahren mit der Organisierung des Widerstandes gegen die neue, weißgardistische Regierung."

Auf dieser Basis hat die gesamte Partei sich schnell geeinigt. Wir verstanden sehr wohl, daß wir im Juni weder entscheidend geschlagen noch organisatorisch vernichtet worden sind, und daß der Entscheidungskampf bevorstand. Dieser Kampf ist uns im September durch die grausamen Verfolgungen der Regierung aufgezwungen worden. Sein Ausgang ist bekannt: Wir wurden geschlagen. Aber auch diese Niederlage war nicht endgültig, wenn sie auch den Sieg der revolutionären Bewegung in unserm Lande, der bereits nahe bevorstand, hinausgeschoben hat.

Erlauben Sie mir, Genossen, einige Worte über die Taktik der Einheitsfront, sowie über die Anwendung der Parole der Arbeiter- und Bauernregierung in unserm Lande, und in den Ländern mit bäuerlicher Bevölkerung im allgemeinen, zu sagen.

Man hat diese Taktik verurteilt, ich muß jedoch erklären, daß die Quelle der Fehler unserer Partei gerade darin liegt, daß sie die Taktik der Einheitsfront nicht in ihrem ganzen Umfang angewendet hat. Wir haben bei uns nur die Einheitsfront von unten durchgeführt. Wir haben uns weder an die Bauernorganisation, noch an die Partei der Menschewiki, der bulgarischen Sozialdemokraten, gewendet, wir sind niemals mit ihnen in Berührung getreten.

Allerdings war die Lage außerordentlich schwierig. Die Sozialdemokraten hatten keinerlei Einfluß unter den Massen. Sie zählten in der Arbeiterbewegung kaum mit. Die agrarische Union, die Organisation der Bauern, dagegen war sehr stark. Sie spielte eine bedeutende Rolle im politischen Leben des Landes.

Die Schwierigkeit lag darin, daß diese Union die Regierungsmacht in Händen hatte. Genosse Radek hat unserer Partei den Vorwurf gemacht, daß wir die Union nicht gezwungen haben, eine Koalition mit der KP einzugehen. Ich glaube jedoch nicht, daß es möglich war, eine solche Koalition im vergangenen Jahre zu verwirklichen, während die Bauernunion an der Macht war.

Im Jahre 1919, als der König die Macht der Partei Stambulijskis übergab, wandte Stambulijski sich an die KP als stärkste Oppositionspartei, um zu sondieren, ob wir geneigt wären, eine Koalition mit der Bauernunion einzugehen und mit ihr gemeinsam die Macht zu übernehmen. Er fügte jedoch sofort hinzu, daß er unsere Teilnahme an der Regierung unter dem monarchischen Regime nicht für möglich halte.

Natürlich haben wir ablehnend geantwortet. Stambulijskis Aufforderung war nicht ehrlich gemeint, hat er doch nicht einmal die Koalition mit den Menschewiki, die bereit waren, sich mit ihm zu verbinden, angenommen. Er hat sich im Gegenteil der Rechten zugewendet und eine Koalition mit den extrem-reaktionären bürgerlichen Parteien abgeschlossen. Diese Koalition hielt er für notwendig, um den Frieden unter günstigeren Bedingungen abzuschließen.

War es in den Jahren 1922 und 1923 möglich, eine solche Koalition mit der Bauernpartei abzuschließen? Ich glaube, nein. Jedenfalls ist in der Kommunistischen Internationale niemals die Frage der Regierungskoalition mit einer Bauernpartei aufgeworfen worden. Über diese Frage liegt keinerlei Entscheidung der Internationale vor.

Aus diesen Gründen haben wir in jenem Augenblick die Einheitsfront mit den bäuerlichen Massen nur als *Einheitsfront von unten* durchgeführt. Nach der Juniniederlage standen wir jedoch einer voll-

kommen neuen Situation gegenüber; damals begannen wir auch die Einheitsfront von oben anzuwenden. Die Massen waren bereits vorbereitet, sie hatten begriffen, daß das Bündnis mit dem Stadtproletariat das einzige Mittel war, um die Macht zu erobern und zu erhalten. Nicht allein die Massen, auch ein Teil der Führerschaft der agrarischen Union war zu dieser Einsicht gelangt. So konnte während des Septemberaufstandes unsere Partei nicht nur Seite an Seite mit den Massen, sondern auch Seite an Seite mit einem Teil der lokalen Führer der Bauernunion kämpfen.

Wie stellt sich die Frage für uns im heutigen Augenblick? Die Einheitsfront von unten sowohl wie die Einheitsfront von oben, die Einheitsfront nach allen Richtungen und in allen ihren Formen ist heute für uns notwendig! Schon haben die Bauernmassen einen Teil ihrer Führer gezwungen, die Einheitsfront mit der KP durchzuführen. Die Einheitsfrontströmung beherrscht die Massen. Wer heute versuchte, die Bauern von den städtischen Arbeitermassen zu trennen und sie mit der Bourgeoisie zu verbinden, der würde endgültig allen Einfluß unter ihnen verlieren.

Die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung ist schon vor dem Staatsstreich von der Partei angenommen worden; nach Auffassung der Partei sollte sie jedoch nicht auf dem Wege der Koalition mit der Agrarischen Union, sondern allein auf dem Wege des revolutionären Bündnisses zwischen den Arbeiter- und Bauernmassen unter Führung der KP durchgeführt werden. War diese Auffassung richtig? Unserer Ansicht nach ja.

Erst nach der Niederlage erhält diese Parole eine andere Bedeutung. Heute wissen die Bauern, die diese Parole annehmen, sehr wohl, daß sie nur verwirklicht werden kann durch den revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie, und sie werden die Führer ihrer Organisationen zwingen, gemeinsam mit der Kommunistischen Partei den Weg der Revolution zu beschreiten. Diese Überzeugung hat heute unter den Arbeiter- und Bauernmassen feste Wurzeln gefaßt. Der Kampf, der sich unaufhaltsam in unserm Lande entwickelt, und dessen Ziel die Schaffung der Arbeiter- und Bauernregierung ist, hat durchaus revolutionären Charakter.

In den Ländern mit bäuerlicher Bevölkerung kann die Einheitsfront nur gleichzeitig von unten und von oben durchgeführt werden; wir können hier auf die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung nicht verzichten. Aber diese Parole kann nur durchgeführt werden auf dem revolutionären Wege des Bündnisses zwischen den armen Bauern und der Arbeiterschaft.

In dem Versuch des Genossen Radek, unsere Partei zu rechtfertigen, die von uns — ihren Vertretern — *nicht* gerechtfertigt wird, erblicken wir eine gewisse Tendenz, die internationale Lage als sehr viel weniger revolutionär darzustellen, als sie wirklich ist, und die Notwendigkeit der Führung revolutionärer Kämpfe durch die Kommunistischen Parteien aller Länder abzuschwächen.

Die Zeit fehlt mir, um hier auf die internationale Lage einzugehen. Erlauben Sie mir aber, noch zwei Worte über die Lage der Balkanländer vom Standpunkt der revolutionären Entwicklung aus hinzuzufügen.

Die Bedeutung der Balkanländer für die internationale Lage ist nicht gering. In den Balkanländern nahm der Weltkrieg seinen Ur-

sprung. Diese Länder sind zusammen von gleicher Ausdehnung wie Deutschland. Ihre Bevölkerungsziffer kommt derjenigen Frankreichs gleich. Auf ihrem Boden kreuzen sich die Interessen aller großen imperialistischen Mächte; gleichzeitig bekämpft sich dort unaufhörlich die einheimische Bourgeoisie und führt einen erbitterten Kampf unter sich. Die innere Lage dieser Länder ist deshalb dermaßen gespannt und unsicher, daß jeden Augenblick eine Krise eintreten kann, die die ganze Internationale vor vollendete Tatsachen stellt.

Vor einigen Tagen habe ich in der englischen Zeitschrift „The Nation" vom 7. Juni die folgende Beschreibung der Lage in Rumänien gelesen:

„Mögen die Nachrichten über den Staatsstreich d'Averescus wahr sein oder nicht, Tatsache bleibt, daß *Rumänien reif ist für die Revolution.* Die Regierung dieses Landes ist die persönliche Regierung der Familie Bratianu, und sie ist derart, daß *früher oder später das Volk sich gegen sie auflehnen wird.* Eine der Ursachen für die Schwäche Rumäniens sind die starken nationalen Minderheiten. Ganz besonders Transsylvanien hat eine in nationaler Hinsicht sehr gemischte Bevölkerung, und es ist schwierig zu entscheiden, ob die heutige Lage der Ungarn unter rumänischer Herrschaft erträglicher ist, oder ob die frühere Lage der Rumänen unter ungarischer Herrschaft erträglicher war."

Es ist ein englisches Blatt, das Blatt des notorischen Pazifisten Keynes, das diese Perspektiven für Rumänien aufstellt. In Jugoslawien ist die Lage ähnlich. Genosse Boikowitsch hat bereits davon gesprochen. Dasselbe gilt für Griechenland. In Albanien ist soeben ein Aufstand ausgebrochen. In Bulgarien herrschen Anarchie und Chaos, herrscht eine allgemeine wirtschaftliche und politische Instabilität; die weißen Garden organisieren den politischen Mord; die faschistische und kapitalistische Bande, die am Ruder sitzt, hat dem ganzen Volk: den Arbeitern sowohl wie den Bauern, den Bürgerkrieg erklärt. Die Bauern fliehen in die Wälder, ein Guerillakrieg beginnt. Hinzu kommt die mazedonische Frage, die von jeher die Ursache balkanischer Kriege gewesen und auch heute noch ungelöst ist.

Als Vertreter der Balkanparteien halten wir die internationale Lage, soweit sie unsere Länder betrifft, nach wie vor für unsicher und revolutionär, nach wie vor für geladen mit schweren Konflikten, die jeden Augenblick zum offenen Ausbruch kommen können.

Deshalb unterstützen wir voll und ganz die vom Exekutivkomitee der Internationale vorgezeichnete Politik, die auf die Organisierung der Revolution in allen Ländern abzielt.

LENSKI (Polen): Das Grundlegende in der Rede des Genossen Sinowjew ist die Tatsache, daß sie die notwendige Klarheit in zwei Fragen, in der Frage der Einheitsfront im allgemeinen und in der Frage der Arbeiter- und Bauernregierung insbesondere, geschaffen hat.

Ich glaube, Genossen, daß die Art und Weise, wie Genosse Sinowjew diese beiden Fragen formuliert hat, den revolutionären kommunistischen Parteien Europas die Möglichkeit gibt, sich herauszukristallisieren, sich für die Kämpfe, die ihrer harren, zu konstituieren. Einheitsfront der schaffenden Massen, der Massen, die zum Kampf bereit sind oder kämpfen, eine Einheitsfront, die sich auf die breitesten

unteren Massenorganisationen des Proletariats stützt, und Arbeiter- und Bauernregierung als Popularisierung der proletarischen Diktatur, das sind, Genossen, die beiden grundlegenden Losungen, mit denen die Parteien an die Eroberung der Mehrheit der Arbeiter, der revolutionären Mehrheit der Arbeiterklasse schreiten können.

Genossen! Das, was wir in Westeuropa sehen, das, was wir in der deutschen und in der französischen Partei sehen, zeugt gerade davon, daß diese Parteien sich auf der Grundlage der revolutionären Praxis der Einheitsfront konsolidieren.

Ich werde, Genossen, nicht sprechen von der Stimmenzahl, die die KPP bei den Wahlen aufgebracht hat. Ich werde mich in einigen Worten bloß mit Frankreich beschäftigen. Genosse Radek hat in einem gewissen Grade gegen die KPF den Tadel gerichtet, daß die Wahlergebnisse nicht gar so glänzend seien. Natürlich wird die KPF noch viel arbeiten müssen, um die revolutionäre Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern. Das Ergebnis, das die jüngsten Wahlen in Frankreich uns gebracht haben, zeugt davon, daß die Taktik, die die KPF bei den Wahlen befolgt hat, in höherem Grade zur Eroberung dieser Mehrheit unter den französischen Massen führt als die Fehler, die bei dem sächsischen Experiment, zur Zeit der Oktoberereignisse in Deutschland, begangen wurden.

Wovon zeugen die französischen Wahlen? Sie dürfen nicht vom Gesichtspunkte der Anzahl der Stimmen, sondern vom Gesichtspunkte ihres Wertes eingeschätzt werden. Schon die Anzahl — 900 000 Arbeiter und ganz Paris, von einem roten Streifen unserer proletarischen kommunistischen Wähler umzingelt —, schon diese Anzahl zeugt davon, daß der Erfolg ein gewaltiger war. Aber auch die Qualität, Genossen, darf nicht außer acht gelassen werden. Die KP Frankreichs ging wohl zum erstenmal in der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung in Frankreich mit der Losung der proletarischen Diktatur zu den Massen, mit der Losung: Gegen die bürgerlich-demokratischen Illusionen, gegen den bürgerlichen Parlamentarismus! Auf dieser Grundlage, mit diesen Losungen, hat nun die KPF bei den Wahlen 900 000 Stimmen erhalten. Das ist im Vergleich zur Gesamtzahl der Arbeiterklasse in Frankreich nicht viel, und in dieser Beziehung ist Genosse Radek im Recht. 900 000 Stimmen, die auf der Grundlage einer solchen Plattform erhalten wurden, bilden aber einen ernsten, zuverlässigen und, was die Hauptsache ist, einen Kampfvortrupp der französischen Arbeiterklasse, der fähig ist, die Kämpfe zu führen, die jetzt der Arbeiterbewegung in Frankreich harren.

Genossen, liegen die Dinge in der französischen und der deutschen KP in dieser Weise, so kann dies von der KPP, zu er ich jetzt übergehe, keinesfalls gesagt werden.

Hier hat der Vertreter des ZK der KP Polens, Genosse Krajewski, uns erklärt, und wollte uns überzeugen, daß die KP Polens ihre Fehler schon gutgemacht habe. Ich behaupte, Genossen, daß dies falsch ist. Vor allem hat Genosse Sinowjew schon von den Krakauer Ereignissen gesprochen. Allerdings stimme ich mit dem Genossen Krajewski darin überein, daß die Krakauer Vorgänge bloß eine Episode in jenem revolutionären Aufstieg, jener revolutionären Bewegung waren, die wir in den Oktobertagen in Polen beobachten konnten. Genosse Krajewski vergaß aber zu sagen, daß unsere KP Polens bei den Oktoberereignissen nicht zu sehen war, er vergaß zu sagen, daß die KP Polens als selb-

ständige Einheit zur Zeit der Oktoberereignisse nicht hervorgetreten ist. Dies ist der grundlegende, der Hauptfehler, den das Zentralkomitee der polnischen Partei begangen hat. Sie schleppte sich her hinter den Opportunisten, hinter der sozialverräterischen polnischen Sozialistischen Partei, nahm aber keinen selbständigen Standpunkt in politischer und organisatorischer Beziehung ein. Genosse Krajewski wies zur Rechtfertigung des ZK auf die Ereignisse hin, die sich im Oktober in Oberschlesien abspielten. Genossen, die Ausnahme in Oberschlesien bestätigte gerade die Regel. Ich möchte den Genossen Krajewski fragen: Wer hat die revolutionären Vorgänge in Oberschlesien hervorgerufen? Die Genossen etwa, die mit dem ZK und seiner taktischen Linie einverstanden waren, oder die Genossen, die Kritik am ZK übten und mit ihm nicht einverstanden waren? Ich möchte den Genossen Krajewski fragen, ob die rechten Elemente der Partei, die damals im ZK der Partei herrschten, die oberschlesischen Vorgänge veranstalteten, oder die linkseingestellten oberschlesischen Elemente?

Die zweite Frage, Genossen, ist die Frage der Verantwortlichkeit. Man kann der Verantwortlichkeit für die begangenen Fehler nicht aus dem Wege gehen. Man darf die Verantwortlichkeit nicht ausschließlich auf die unteren Organisationen abwälzen, wie das ZK der KP Polens es tat und tut. Die Verantwortung für die begangenen Fehler trägt das ZK der Partei.

Gehen wir aber, Genossen, zu der Gutmachung der Fehler, von der Genosse Krajewski sprach, über.

Genosse Krajewski erklärte uns, daß die Märzresolutionen des Plenums des ZK der KP Polens alle diese Fehler schon gutgemacht haben. Das ist falsch, Genossen. In den grundlegenden Fragen, in der Frage der Arbeiter- und Bauernregierung, in der Frage der Bildung von Wahlblocks mit den Sozialopportunisten, hat das ZK diese Fehler bis auf den heutigen Tag nicht gutgemacht. In diesen beiden wichtigsten Fragen verharrt das ZK auf seinem alten Standpunkt. Das ZK erklärt in seiner Resolution, daß im Wege von parlamentarischen Kombinationen ein revolutionärer Block, ein revolutionäres Bündnis der Arbeiter und Bauern geschaffen werden kann. Im Wege welcher parlamentarischen Kombination und mit wem? Natürlich im Wege von Kombinationen im Sejm mit jenen sozialopportunistischen Parteien des Proletariats und der Bauernschaft, die es im Sejm gibt und die ihrem Wesen nach noch verräterischer, opportunistischer und konterrevolutionärer sind als die linken Sozialdemokraten in Deutschland. Genossen, das sind ja alte Illusionen, das ist ein alter Standpunkt, das heißt, das Proletariat Polens in der wichtigsten taktischen Frage nach rückwärts zu schleppen. Und wißt ihr, was das ZK der polnischen Partei von einer solchen Regierung, die im Wege von parlamentarischen Kombinationen gebildet werden kann, erwartet? Sie erwartet von ihr nicht mehr und nicht weniger als die Beschlagnahme alles Großgrundbesitzes, die Bewaffnung des Proletariats, die Verwirklichung fast des ganzen Programms der proletarischen Diktatur. Das, Genossen, heißt, unter der Arbeiterklasse Polens die Illusion verbreiten, daß gerade jene konterrevolutionären Parlamentsparteien bei einer bestimmten revolutionären Konjunktur in der Tat die proletarische Diktatur verwirklichen können. Wir erklären, daß dies unmöglich ist, daß diese Parteien das Programm der proletarischen Diktatur sabotieren werden. Gleichsam diesen Einwand voraussehend, erklärt das ZK zuletzt: Wenn

aber diese Regierung, die im Wege von parlamentarischen Kombinationen gebildet wird, die proletarische Diktatur nicht verwirklicht, so werden wir dann, aber erst dann, anfangen, sie zu bekämpfen und zur Verwirklichung der Revolution schreiten. Das ist ein typischer alter opportunistischer Standpunkt. Das ist in Wirklichkeit eine Wiederholung der Fehler des sächsischen Experiments im schlimmsten Sinne dieses Wortes.

Außerdem, Genossen, stehen die Märzresolutionen auf dem Standpunkt, daß Wahlblocks mit Sozialopportunisten zulässig sind, trotzdem die gesamte Wahlpraxis in Polen gezeigt hat, daß wir bei diesen Blocks mehr verlieren als gewinnen. Euch, namentlich aber den Genossen von der KPD, dürften die Ergebnisse der Wahlen in Schirardowo, bei denen die Kommunistische Partei selbständig auftrat, bekannt sein: Dank der Tatsache, daß die Kommunistische Partei sich scharf von den Sozialverrätern abgrenzte, erhielten wir bei den Gemeindewahlen in Schirardowo die Mehrheit der Stimmen. Es ist nicht verwunderlich, Genossen, daß bei einer solchen Behandlung der grundlegenden Fragen der Einheitsfronttaktik die alte Praxis der Einheitsfront in Polen noch immer besteht. Ich werde bloß ein sehr vielsagendes Beispiel anführen: Im März sind unsere Genossen auf dem Kongreß der polnischen bürgerlichen Freidenker als eine Klassenfraktion aufgetreten. Diese Klassenfraktion, die auf dem Kongreß die Mehrheit erhalten hat, hat nun, um die Einheitsfront mit den bürgerlichen Freidenkern aufrechtzuerhalten, darauf verzichtet, die Verwaltung des Vereins in ihre Hände zu nehmen, und hat diese den bürgerlichen Freidenkern überlassen. Sie ging von dem praktischen Standpunkt aus, daß, wenn die proletarischen Elemente die Verwaltung in die Hände nähmen, die bürgerlichen Freidenker aus dem Verein austreten würden. Somit überlassen unsere eigenen Genossen den ganzen Apparat zur Betörung der polnischen Arbeiter den bürgerlichen Freidenkern.

Abgesehen davon, daß der 4. Kongreß der KI sich überhaupt dagegen erklärt hat, daß unsere kommunistischen Genossen Freimaurerlogen angehören sollen, wie es die bürgerlichen Freidenkervereine Polens eigentlich sind, bestehen wir noch auf der Einheitsfront mit ihnen. Das ist ein Beispiel, wie die Einheitsfront im März durchgeführt wurde zu einer Zeit, in der das ZK die Resolutionen faßte, die die bisherigen Fehler gutgemacht haben sollen.

Ferner möchte ich einige Worte über den Genossen Krulikowski sagen, von dem Genosse Sinowjew sprach. Wir wollen die Verdienste des Genossen Krulikowski in der gegenwärtigen revolutionären Bewegung in Polen nicht bestreiten. Das gesamte Bild seines Wirkens im Sejm ist uns wohlbekannt, und wir wissen, unter welch beispiellos schwierigen Verhältnissen er kämpfen muß. Genosse Krulikowski ist aber keine Ausnahme. Der gesamte Kern der Partei muß in Polen unter beispiellos schwierigen Verhältnissen kämpfen. Es erübrigt sich, darüber zu sprechen. Der Abänderungsantrag des Genossen Krulikowski zugunsten einer sechsmonatigen militärischen Dienstzeit war aber nicht sein persönlicher Standpunkt, sondern der Standpunkt des ZK. Es handelt sich hier nicht um die Person, sondern um die Stellungnahme, für die das ZK die Verantwortung trägt. Das ZK hat es aber zwei Monate lang nicht gewagt, den Genossen Krulikowski oder den Standpunkt, auf den er sich unrichtigerweise stellte, zu desavouieren. Erst unter dem Drucke der Arbeiter in Polen und im Ausland, auf dringendes

Verlangen der Zentrale der KPD hat es sich schließlich hierzu entschlossen. Hierum handelt es sich. Der Abänderungsantrag des Genossen Krulikowski in bezug auf den Militarismus ist kein lapsus linguae, kein Zufall, kein Irrtum des Genossen Krulikowski, sondern eine bestimmte Linie des ZK.

Der zweite Sejmabgeordnete, Lanzutski, spricht zwei Monate nach dem Abänderungsantrag des Genossen Krulikowski in seiner Rede nicht von einer *Abschaffung* der Geheimpolizei, einer Abschaffung des Militarismus, sondern von einer *Einschränkung* von Militarismus, Polizei und Geheimpolizei. Das ist im wesentlichen ein Standpunkt, der dem des Genossen Krulikowski ähnlich ist.

Genossen! Ich gehe jetzt zur Frage der Stellung des ZK der KP Polens zur russischen und deutschen Frage über. Es ist gut, Genossen, daß die Genossen vom ZK der KP Polens in diesen Fragen ihren Standpunkt, ihre Stellungnahme zurückgezogen haben. Allerdings hat schon Genosse Sinowjew darauf hingewiesen, daß sie dies zu spät gemacht haben; spät ist aber noch immer besser als nie. Die Dinge liegen aber so, Genossen, daß, während das ZK in Worten seine Stellungnahme richtiggestellt hat, es in Wirklichkeit eine typische Politik des Lavierens zwischen der Opposition und dem ZK der KPR, zwischen der linken Mehrheit der KPD, dem revolutionären Kurs der KI und dem internationalen Opportunismus trieb. Diese Politik des Lavierens dauerte die ganze Zeit hindurch an. Ich werde noch ein Beispiel anführen: Auf der ukrainischen Konferenz unserer Genossen aus Polen war ein Vertreter des ZK der KP Polens bestrebt, gerade diese Politik des „Lavierens" zu verfolgen. Ich könnte Artikel aus den offiziellen Organen des ZK der KP Polens und eine ganze Reihe von Beispielen anführen, die davon zeugen, daß das ZK, durch den Sieg des ZK in der russischen Partei und der revolutionären Richtung in der Internationale zur physischen Zurücknahme seiner Stellung gezwungen, gleichzeitig nicht offen auf dem richtigen Standpunkt steht. Ja noch mehr, die zweite Todsünde des ZK der KP Polens ist das absichtliche Geheimhalten von Informationsmaterial in der deutschen und russischen Frage, ein Geheimhalten, das namentlich in einer illegalen Partei unzulässig ist, die von den Informationsquellen der KI und von dem Aufklärungsmaterial, das den Mitgliedern anderer legaler Sektionen von Tag zu Tag zur Verfügung gestellt wird, auch ohnehin abgeschnitten ist. Das ist ein typisches absichtliches Zurückhalten von Informationsmaterial. Bis auf den heutigen Tag ist das Diskussionsmaterial zur russischen und deutschen Diskussion nicht veröffentlicht; bis auf den heutigen Tag hat die Partei keine Vorstellung vom letzten Parteitag der KPD. Bis auf den heutigen Tag kennt sich die Partei weder in der russischen noch in der deutschen Frage aus. Dies ist ein typisches absichtliches Zurückhalten von Informationsmaterial, das wir hier von dieser Tribüne aus feststellen wollen.

Das dritte, was zu erwähnen ist, sind die Repressalien gegen jene Genossen, die versucht haben, eine Diskussion über die beiden grundlegenden Fragen, die die gesamte III. Internationale in Bewegung brachten, einzuleiten — eine Diskussion über die russische und deutsche Frage —, welche Repressalien gerade wegen Veröffentlichung der Thesen ergriffen wurden, in denen wir die Aufmerksamkeit unserer Parteikaders auf die grundlegenden Fehler unserer Genossen vom ZK bei den Oktoberereignissen und in der deutschen und russischen Frage lenkten;

wir wurden hierfür des Rechtes, verantwortliche Parteifunktionäre zu sein, verlustig erklärt. Genosse Krajewski gab uns in seiner hier gehaltenen Rede einen Beweis dafür, wie unaufrichtig seine neue Stellungnahme in der russischen und deutschen Frage ist. Er war die ganze Zeit hindurch nicht bestrebt, den rechten Flügel im ZK der Partei zu bekämpfen, der stets diese Politik betrieb, sondern die linken Elemente in der Partei, die „Linke", die entschieden auf dem Standpunkt der III. Internationale stand. Wie kann das für richtig befunden werden, und wie könnte man die Stellungnahme des Genossen Krajewski aufrichtig nennen, der erklärt: Wir werden mit der linken KPD zusammenarbeiten, wir werden Hand in Hand mit ihr gehen, erklären aber gleichzeitig, daß wir mit der Linken unserer Partei nicht zusammenarbeiten, sondern sie bekämpfen werden. (Zuruf Krajewskis: Ich habe das nicht gesagt.)

Das ZK der KP Polens hat die ganze Zeit hindurch gerade gegen die Linke der KP Polens gekämpft. Vor allem, Genossen, muß ich von dieser Tribüne kategorisch die Insinuationen zurückweisen, die das ZK in seinem offiziellen Bericht an die KI über die vier Genossen, die die Thesen unterzeichnet haben, verbreitet. Sie behaupten, daß wir in der Agrar- und in der nationalen Frage auf dem Standpunkt der II. Internationale stehen. Das ist eine Verleumdung, denn wir stehen auf dem Standpunkt der III. Internationale. Wir haben dies offiziell in Presseorganen erklärt. Wir bekämpfen nicht die völlig richtige Stellungnahme des 2. Parteitages der KPP in der nationalen und der Agrarfrage, sondern jene taktischen Abweichungen, jene praktisch opportunistischen Fehler, die das ZK der KPP bei der Verwirklichung dieser Beschlüsse begangen hat.

Die Genossen vom ZK erhoben gegen uns die Beschuldigung, daß wir in den Organen der Internationale mit einer Kritik an der Taktik des ZK der KP Polens hervortraten. Vor allem möchte ich diesbezüglich einen sachlichen Aufschluß erteilen: Wir sandten die Thesen zuerst an das ZK der KP Polens, sicherten uns ihre Veröffentlichung in den Organen der KP Polens, und erst nachdem sie vom ZK und KP Polens legalisiert wurden, sandten wir sie an die Bruderorgane der Internationale. Wir betrachteten die polnische Frage nicht als eine innere Frage der KP Polens. Wir erklärten, daß wir die Frage des polnischen Opportunismus als eine Sache der gesamten Internationale betrachten und auch fernerhin betrachten werden. Und wenn man uns in unserer eigenen polnischen Kommunistischen Partei den Mund zuhält, so werden wir diese Frage in andern Organen aufrollen, die uns ihre Spalten für die Kritik am Opportunismus des ZK der KP Polens zur Verfügung stellen. Ich frage aber die Genossen vom ZK: Nachdem ihr von der gesamten Internationale und von der polnischen Partei falsche Angaben über unsern Standpunkt in der nationalen und der Agrarfrage verbreitet, warum gebt ihr uns dann nicht die Möglichkeit, uns zu verteidigen, warum stellt ihr uns nicht eure Organe zur Verfügung, damit wir uns dort verteidigen können, warum gebt ihr uns keine Möglichkeit, an der Diskussion teilzunehmen, warum gebt ihr uns nicht die Möglichkeit, für unseren Standpunkt zu kämpfen?

Ich schließe nun, Genossen. Ich halte die Erklärungen des Genossen Krajewski für unaufrichtig.

Das Zentral-Landeskomitee der KP Polens hat eine völlige Charakterlosigkeit gegenüber dem rechten Flügel des ZK bekundet. Die

Rede des Genossen Krajewski hat gezeigt, daß es keine Gewähr dafür gibt, daß das ZK der KP Polens in der Tat auf revolutionäre Art und Weise die neue Linie, von der Genosse Krajewski sprach, verwirklichen wird.

Genosse Sinowjew ist im Unrecht, wenn er sagt, daß die Fehler, die die KP Polens begangen hat, „ein wenig" gutgemacht werden müssen. Nicht „ein wenig" gutgemacht, sondern ausgerottet mit der Wurzel müssen diese Fehler werden. Wir müssen der KP Polens ein gesundes bolschewistisches Rückgrat geben, und diese Partei muß, soll sie zu den Kämpfen, die jetzt Polens und anderer Länder harren, entsprechend vorbereitet sein, unter eine revolutionäre Führung gestellt werden. (Beifall.)

NEURATH (Tschechoslowakei): Daß die Kritik, die der Genosse Sinowjew an der KP der Tschechoslowakei geübt hat, in vielen Punkten, und zwar in den wesentlichsten, richtig ist, das gibt die Deklaration der Delegation der KPTsch selbst zu. Ich will mich jetzt mit den Artikeln beschäftigen, die sowohl in der Kritik des Genossen Sinowjew als auch in der ganzen Diskussion eine Rolle gespielt haben.

Es ist gewiß richtig, was die Deklaration sagt, daß man solche Artikel, besonders wenn sie gezeichnet sind, nicht überschätzen muß; aber man darf auch nicht unterschätzen die Tatsache, daß diese Artikel in einer sehr bemerkenswerten Zeit geschrieben sind, daß sie abgedruckt waren im Zentralorgan der Partei, und daß sie nicht nur nicht den Widerspruch des Parteivorstandes, sondern auch nicht den Widerspruch des Führers der Partei, des Genossen Smeral, erfahren haben.

Wie kam es zu diesen Artikeln, und welche Bedeutung haben sie? Ich will da zunächst sagen, daß meiner Ansicht nach einige Genossen, darunter gewiß der Genosse Smeral, die Auffassungen der Genossen Radek und Trotzki etwa folgendermaßen deuten: Wir befinden uns in einer Zeit der Konsolidierung des Kapitalismus, die länger dauern wird. Das bedeutet, daß wir jetzt nicht große entscheidende revolutionäre Kämpfe vorzubereiten haben, sondern daß wir gleichsam die praktische Tagesarbeit in den Vordergrund rücken müssen, also daß wir uns vorwiegend mit dem Ausbau unserer Organisation beschäftigen müssen, daß man aber auch größere Aufmerksamkeit der Tätigkeit auf parlamentarischem Gebiete zuwenden muß. Die Konsolidierung des Kapitalismus bedingt die Konsolidierung der sozialdemokratischen Partei. Das will bedeuten, daß man nicht nur praktische Arbeit auf dem Gebiete des Parlamentarismus in höherem Maße leisten soll als bisher, sondern das hätte auch zu bedeuten, daß man die Einheitsfronttaktik, wie sie bis jetzt maßgebend war, keiner Revision unterziehen soll, daß man insbesondere auch den Gedanken zulassen kann, in einer solchen Zeit der kapitalistischen Konsolidierung und Konsolidierung der Sozialdemokratischen Partei parlamentarische Kombinationen mit dieser Partei herbeizuführen, also auch den Gedanken einer auf parlamentarischem Boden entstehenden Arbeiterregierung offen zu lassen.

Auf solche Erwägungen also sind einige dieser Artikel zurückzuführen. Aus diesen Artikeln klingt vor allem der eine Angstruf, daß die Beschlüsse, die die KI in der deutschen Frage gefaßt hat, insbesondere in der Frage der Einheitsfronttaktik und Arbeiterregierung, allzu schematisch der Taktik aller übrigen Sektionen der KI zugrunde gelegt werden sollen.

Was nun die Ruhepause betrifft, so glaube ich, daß man da schwer Termine setzen kann. Ich habe sowohl das Referat des Genossen Varga sehr aufmerksam verfolgt als auch seine Broschüre gelesen und glaube sagen zu können, daß ich vollkommen davon überzeugt bin, daß wir uns im gegenwärtigen Augenblick in der Zeit verschärftester Klassengegensätze und Klassenkämpfe befinden, daß von einer Ruhepause in der revolutionären Bewegung nur in sehr bedingtem Maße die Rede sein kann. Es ist für mich vollkommen klar, daß sich die deutsche Bourgeoisie mit ihren bisherigen Erfolgen im Kampfe mit der deutschen Arbeiterklasse nicht zufriedengeben wird und kann, daß sie den Kampf fortsetzen muß, und daß die deutsche Arbeiterklasse alle Kraft wird anwenden müssen, um sich dieser Stürme zu erwehren. Jeder Schritt, den die deutsche Bourgeoisie gegen die deutsche Arbeiterklasse unternimmt, jeder Erfolg, den sie bucht, bedeutet die Verschärfung der Offensive der Bourgeoisie in allen andern Ländern, in erster Linie in der Tschechoslowakei. Das bedeutet meiner Ansicht nach, daß sich die Sektionen, namentlich der wichtigsten kapitalistischen Staaten, auf sehr große entscheidende, bedeutsame Kämpfe vorbereiten müssen. Daß also die Kommunistische Partei bereit sein soll, jeden Tag, wie es m. E. in den Richtlinien der deutschen Partei vollkommen logisch und richtig lautet, die mit ihr verbundenen Massen in revolutionäre Kämpfe zu führen.

Ich habe das Referat des Genossen Radek selbstverständlich auch aufmerksam verfolgt und den Widerspruch, den er zu konstruieren versuchte zwischen dem, was die deutsche Partei in ihren Kongreßinstruktionen sagt und was sich in Wirklichkeit zugetragen hat, nicht verstanden. Alle Sektionen der KI, vor allem die Sektionen der wichtigsten kapitalistischen Staaten, müssen so beschaffen sein, so organisiert sein, daß sie wirklich nicht nur in ihrer Führung den Willen, sondern in der ganzen Partei auch die Kraft haben, jeden Tag, wenn die Lage gegeben ist, die Massen in entscheidende, revolutionäre Kämpfe zu führen. Die deutsche Partei kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie heute schon bereit ist, ihre Mitglieder und die Massen, die von ihr beeinflußt sind, in diese Kämpfe jeden Tag zu führen. Ich muß offen sagen, und ich glaube, daß innerhalb unserer Delegation in dieser Frage keine Widersprüche darüber herrschen, daß wir eine solche Behauptung für die KPTsch nicht in Anspruch nehmen können. Sie ist gewiß nicht so gut in ihrer inneren Verfassung, sie hat nicht *die* Vorbereitungen getroffen, die sie befähigen würden, auf diesem Kongreß zu sagen, sie sei schon bereit, jeden Tag die Partei und die von ihr beeinflußten Massen in entscheidende revolutionäre Kämpfe zu führen.

Zur deutschen Partei: Ich glaube, es ist keine Übertreibung, zu sagen, der Gang der revolutionären Kämpfe in Europa wird sehr wesentlich davon bestimmt, ob die KPD eine gute Partei ist oder nicht. Die Beschaffenheit, die Güte der KPD spielt selbstverständlich nicht nur eine große Rolle, sondern die erste Rolle in den europäischen Klassenkämpfen. Daher ist die Stellungnahme der Sektionen zu den Beschlüssen der Exekutive der KI in der deutschen Frage außerordentlich notwendig, und diese Stellungnahme muß vor allen Dingen klar sein. Denn wenn die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale in der deutschen Frage nicht richtig wären, dann würde die Kommunistische Internationale verletzt haben die Interessen nicht nur der deutschen, sondern aller Sektionen der Komintern. Man muß also fragen: Sind die Beschlüsse der Komintern in der deutschen Frage richtig oder nicht?

Und da müssen wir uns mit Tatsachen beschäftigen, wenn wir den Beweis antreten wollen. Es gibt einige solcher Tatsachen, die kein Mensch übersehen kann und darf. Erstens, Genossen, die wichtigste, meines Erachtens entscheidende Tatsache: Die Führung der deutschen Partei hat es fertiggebracht, die Verständigung, die Einheit der Zentrale vor allem mit Berlin herzustellen, ferner hat sie dafür gesorgt, daß die Zerlegung der Partei in einen Hamburger, Berliner und Leipziger Teil aufgehoben wird; also sie hat das erreicht, was die Führung Brandlers, obwohl hinter ihr die ganze Autorität der Exekutive stand, niemals zuwege gebracht hat. Das heißt also, wir haben es im Augenblick mit einer einigen, geschlossenen Partei zu tun, der man wohl die Kraft zutrauen darf, in den kommenden Kämpfen die Führung des deutschen Proletariats zu übernehmen.

Zweitens die ziffernmäßigen Ergebnisse der Betriebsrätewahlen, vor allem die Ergebnisse der Wahlen zum Reichstag, zeigen jedem, der sich nicht absichtlich blind stellt, daß die Kommunistische Partei Deutschlands heute einen außerordentlich großen Einfluß auf breite Massen hat, daß sie stärker, einflußreicher und bedeutender geworden ist.

Das heißt also: Die Beschlüsse der Exekutive in der deutschen Frage bedeuten die Rettung der deutschen Partei vor der Spaltung, bedeuten also, daß die deutsche Partei in einer entscheidenden Epoche sich sehr rasch wieder erholen konnte, und daß sie heute die Behauptung aufstellen kann, eine starke, innerlich gekräftigte, konsolidierte Partei zu sein. Wenn man das erkennt — und ich muß sagen, daß noch niemand ganz offen gesagt hat, das sei nicht richtig —, wenn man der Meinung ist, daß die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale in der deutschen Frage richtig sind, dann muß diese Meinung klar ausgesprochen werden. Ist man dagegen aber der Meinung, daß diese Beschlüsse nicht richtig sind, dann muß man das auch ganz offen aussprechen.

Genosse Radek hat hier erklärt — und hierin stimme ich ihm vollkommen zu und, wie ich glaube, jeder Delegierte auf diesem Kongreß —, daß, wenn die gegenwärtige Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands zusammenbricht, zugrunde geht, dies die denkbar größten Gefahren für die ganze Internationale bedeutet. Ich verstehe allerdings nicht die Logik des Genossen Radek, daß er, indem er diesen Satz formuliert, zugleich den schärfsten Angriff gegen die Zentrale richtet und sie zu erschüttern versucht, nachdem er soeben gesagt hat, daß diese Erschütterung ein Schlag für die ganze Internationale wäre. Ich muß nun ganz offen sagen: Jede Sektion hat die Verpflichtung, zu erklären, wir stehen vor allem in der deutschen Frage auf dem Boden der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale, oder wir stehen nicht auf diesem Boden. Was aber das unangenehmste und in gewissem Sinne gefährlichste ist, das ist der sogenannte dritte Weg. Es gibt keine dritte Möglichkeit, entweder sind wir für oder gegen die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale. Wenn da versucht wird, eine solche Formel zu prägen und sie in die Diskussion zu tragen, wie es von seiten des Genossen Smeral getan wurde, indem er sagt, 80 Prozent Zustimmung, 20 Prozent Mißtrauen, dann sage ich ganz offen, das ist eine unmögliche und auch unwürdige Formel für die tschechische Partei, wie für die gesamte Internationale.

Genossen, nur einige Worte über die Einheitsfronttaktik und die Arbeiter- und Bauernregierung. Genosse Radek sagt, die Arbeiter

würden uns nicht verstehen, wenn wir die Einheitsfronttaktik nicht so verstehen, daß wir ganz ehrlich an die Arbeiter, die hinter der Sozialdemokratie stehen, herantreten, um ihnen zu sagen, daß wir mit ihnen gemeinsam kämpfen wollen. Ich frage den Genossen Radek, wo ist der Genosse — es wäre interessant, ihn kennen zu lernen —, der diese Dinge anders aufgefaßt hat? Selbstverständlich: Die Kommunistische Partei tritt an die Massen, die hinter der Sozialdemokratie stehen, oder an die indifferenten Massen heran und sagt ihnen: Wir, die Kommunistische Partei, sind ehrlich bestrebt, mit euch zu kämpfen. Es wäre eine ganz komische Taktik, wenn eine Partei an diese Massen herantreten und sagen würde: Wir kommen zu euch, um eure Führer zu entlarven, nicht in erster Linie, um mit euch gemeinsam zu kämpfen, sondern um ein Entlarvungsmanöver durchzuführen. Ich glaube, so töricht hat wohl nie ein Genosse den Sinn der Einheitsfronttaktik aufgefaßt. Wir sagen: Wir treten an euch heran, wir wollen mit euch kämpfen. Und es stellt sich am Ende jedes Kampfes heraus, daß die sozialdemokratischen Führer nicht kämpfen wollen. Das heißt die sozialdemokratischen Massen überzeugen sich, daß da eine Kommunistische Partei ist, die kämpfen will und zu kämpfen imstande ist, und daß die Führer der sozialdemokratischen Massen gelegentlich vom Kampfe reden, aber im entscheidenden Augenblick dem Kampfe immer ausweichen.

Zur Arbeiter- und Bauernregierung. Man pflegt zu sagen, in der Tschechoslowakei ist die Sache so, daß eine antifaschistische Regierung ohne die Kommunistische Partei überhaupt nicht möglich ist. Ich muß demgegenüber folgendes sagen:

Es ist wohl die Gegenfrage erlaubt: Leben wir nicht schon in der Zeit, in der Masaryk und Benesch entschlossen sind, viel lieber das allerengste Bündnis mit dem Faschismus einzugehen als sich einzulassen auf eine Regierungskombination, bei der der Einfluß der Kommunistischen Partei zur Geltung kommt? Es ist für mich nicht zweifelhaft, wenn in der Tschechoslowakei die Kämpfe kritisch werden, dann werden Benesch und Masaryk Arm in Arm marschieren mit allen faschistischen Richtungen im tschechischen Lager gegen die Kommunistische Partei. Dennoch, Genossen, halten wir die Parole nicht für unrichtig. Man kann über die sehr unwahrscheinliche Möglichkeit sprechen, daß eine solche Situation kommt — bekanntlich war schon eine solche da, Genosse Radek hat darauf aufmerksam gemacht —, daß eine Situation kommt, in der sich die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei vielleicht wird entschließen müssen, über eine Arbeiterregierung zu sprechen. Was würde das bedeuten? Was immer für eine Situation es sein sollte, jedesmal würde die Sache nur so verlaufen können: An dem Tage, an dem eine Arbeiterregierung zustande kommt, eine Arbeiterregierung, in der die Kommunistische Partei vertreten ist, an diesem Tage wird — vorausgesetzt, daß die Kommunistische Partei etwas taugt — die Vertretung dieser Partei in der Regierung sofort ihr kommunistisches Gesicht zeigen müssen. Das heißt also: Alle Sektionen, insbesondere unsere, werden aus den sächsischen Lehren alle notwendigen Konsequenzen ziehen. An dem Tage, an dem diese Arbeiterregierung in der Tschechoslowakei geboren würde, an diesem Tage entspinnt sich sofort der unversöhnliche Kampf der Kommunistischen Partei und der von ihr geführten Massen mit den Parteien der Bourgeoisie. Das heißt, der Eintritt der Kommunisten in eine Arbeiter- und Bauernregierung wäre in der Tschechoslowakei, wie in allen übrigen Sektionen der

Kommunistischen Internationale, nichts anderes als ein Signal zum Bürgerkrieg, zum Kampf um die politische Macht, um die Diktatur des Proletariats.

Genosse Radek hat hier eine, ich muß schon sagen, merkwürdige Philosophie von der offiziellen und nichtoffiziellen Disziplin aufgestellt, gleichsam die doppelte Buchführung in der Disziplin. Genossen, es gibt m. E. in der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei keinen einzigen ehrlichen Arbeiter, der diese Art von offizieller und nichtoffizieller Disziplin verstehen würde. Es gibt nur eine Disziplin, eine Sorte Disziplin, die Disziplin der revolutionären Kommunistischen Partei, die uns alle bindet, uns alle verpflichtet. Und wenn die Beschlüsse dieses Kongresses festliegen werden, dann — da ist kein Zweifel möglich — werden die Arbeiter der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei nicht nachdenken über offizielle und nichtoffizielle Disziplin, sie werden diese Beschlüsse mit allen ihren Konsequenzen absolut durchführen.

Und, Genossen, ich darf zum Schluß wohl sagen: Wenn die Krise wirklich kommen sollte — nun, wir hoffen sehr, Genossen, daß große Krisen kommen, nur hoffen wir, daß sie nicht in Sowjetrußland kommen — aber, Genossen, wenn es wahr sein sollte, daß eine solche Krise, wie es angedeutet wird, auch in Sowjetrußland kommen sollte, dann nehmen Sie die Versicherung entgegen: Die Arbeiter der Tschechoslowakei werden zeigen, daß in einer solchen Krise geschlossener denn je die Kommunistische Partei hinter der Kommunistischen Internationale und vor allem hinter der Kommunistischen Partei Rußlands stehen wird.

PEPPER (Amerika): Parteigenossen, ich möchte mit einer kritischen Bemerkung beginnen. Ich fürchte, der Kongreß ist ein wenig zu einseitig zu einem deutschen und im besten Falle zu einem mitteleuropäischen Kongreß geworden. Der Kongreß ist zu wenig ein richtiggehender Weltkongreß. Natürlich ist das richtig und zu gleicher Zeit unrichtig. Es ist richtig, Genossen, denn das deutsche Problem ist wirklich eines der Hauptprobleme dieses Kongresses. Es war und es ist eine Lebensfrage der ganzen Internationale, das deutsche Problem zu lösen. Die Internationale und die deutsche Partei haben die richtige Antwort gefunden, sie haben rücksichtslos die Frage nach links entschieden.

Aber diese Einseitigkeit des Kongresses ist doch unrichtig, Genossen, denn wir haben andere und neuere Probleme vor uns als das deutsche Problem. Die deutsche Oktoberniederlage und der Sieg der englischen Labour Party, die Arbeiterregierung in England haben das Schwergewicht unserer aktuellen Aufgaben von Deutschland nach England verlegt. Genosse Sinowjew hatte vollständig recht, als er sagte, die neue Sturmaufgabe der Internationale liegt heute in England und nicht mehr auf dem Kontinent. Die nächste und wichtigste Aufgabe der ganzen Kommunistischen Internationale ist die Herauskristallisierung einer kommunistischen Massenpartei in England. Genosse Sinowjew und später Genosse Bucharin und auch Genosse Radek als Vertreter der Opposition haben betont, daß, allgemein gesprochen, wir zwei wichtige Probleme vor uns haben. Das erste ist die Einheitsfront, das zweite die Arbeiterregierung. Aber es ist charakteristisch für die kontinentale Beschränktheit der bisherigen Verhandlungen, daß wir, Genossen, nur eine Seite dieser beiden Probleme behandelt haben. Wir haben natürlich selbstverständlich viel gesprochen über die Einheitsfront mit der

Sozialdemokratie. Wir haben sehr viel gesprochen über die Arbeiterregierung, wie sie praktisch in Sachsen entstanden ist. Aber, und das ist charakteristisch, wir haben nicht gesprochen über die ganz pazifistische, besondere Form der Einheitsfront, die die Arbeiterpartei-, die Labour Party-Frage, in manchen Ländern bedeutet, und wir haben hier nicht die große konkrete Frage der „Arbeiterregierung" Englands genügend behandelt.

Die Labour Party-Frage, die Arbeiterparteifrage, ist ein ganz pazifistisches, besonderes Problem der Einheitsfront. Sie ist eine besondere Form der Einheitsfront, und man darf nicht vergessen, daß dieses Problem nicht nur ein britisches Problem ist. Wir haben diese Arbeiterparteifrage nicht nur in England, sondern in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Kanada, in Südafrika, in Australien. Also, wie Sie sehen, Genossen, ganze Kontinente haben heute als politisches Hauptproblem die Labour Party-Frage. Nun, Genossen, ich glaube nicht, daß wir das Recht haben, das zentrale Hauptproblem von ganzen Kontinenten hier zu vergessen oder zu vernachlässigen oder beiseite zu schieben. Die Einheitsfrontfrage in diesen Ländern oder in diesen Kontinenten, wenn Sie so wollen, bietet eine ganz besondere Form dar. Wir sehen, daß die sogenannte Einheitsfront nirgends in Europa so eng unsere Kommunistische Partei umschlossen hat wie in diesen außereuropäischen Ländern. Auf dem europäischen Kontinent sehen wir, daß die kommunistischen Parteien eine Einheitsfront bilden mit den sozialdemokratischen Parteien. Aber organisatorisch werden sie mit diesen gar nicht verbunden. Die Labour Party-Frage ist etwas ganz anderes. Alle kommunistischen Parteien in England, den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, Australien, Südafrika sind Mitglieder der Labour Party. Also die Einheitsfront geht so weit in diesen Ländern, daß wir Kommunisten Mitglieder einer andern nichtkommunistischen Partei sind. Genossen, das ist etwas Spezifisches, etwas Besonderes, und das muß man verstehen, und das muß man behandeln, und man muß ganz klare Entscheidungen treffen. Natürlich, man soll dabei nicht vergessen, und ich will das besonders betonen, daß die Labour-Parties nicht gewöhnliche politische Parteien im kontinentalen europäischen Sinne des Wortes sind. Sie sind merkwürdige Gebilde, eigentlich ein Block, ein Block von verschiedenen Parteien und Gewerkschaften und von andern Arbeiterorganisationen. Diese Parteien haben nicht individuelle Mitgliedschaften, nicht einzelne Mitglieder wie eine kommunistische oder wie eine sozialdemokratische Partei, sondern sie haben als Mitglieder ganze Organisationen, Gewerkschaften und andere Arbeiterorganisationen. Das ist ihre Haupteigenschaft, worin sie sich unterscheiden von allen kontinentalen, bekannten europäischen politischen Parteien der Arbeiterklasse.

Genossen, wenn wir, die Kommunistische Internationale, eine klare Antwort geben wollen auf die Frage, was die Kommunisten in diesen Labour-Parteien machen sollen — sollen sie hineingehen, sollen sie drinbleiben? —, dann muß man mindestens die Hauptmomente betrachten, was die Arbeiterparteien bedeuten, wie sie zustande gekommen sind.

Es wäre natürlich lächerlich, zu glauben, daß die englische Labour Party und ähnliche Parteien nur deshalb zustande gekommen sind, weil England und die Vereinigten Staaten, Kanada, Südafrika, Australien alle anglosächsische Länder sind. Es wäre unmarxistisch, die Theorie über das Entstehen der Arbeiterparteien auf den nationalen Eigen-

schaften aufzubauen. Wenn man die Lage marxistisch analysieren will, muß man feststellen, daß die Labour-Parteien, also Parteien, die nicht aus einzelnen Mitgliedern, sondern aus Gewerkschaften aufgebaut sind, in Ländern entstanden sind, wo gewisse historische Bedingungen sie erzwungen und möglich gemacht haben. In Ländern, wo die Arbeiterklasse zu sehr, zu tief gespalten war und ist, in Ländern, wo die Arbeiteraristokratie sich frühzeitig und stark entwickelt hat, so daß dadurch eine gewaltige Kluft zwischen Arbeiteraristokratie und eigentlich proletarischen Elementen entstanden ist, in diesen Ländern sehen wir, daß die Arbeiterparteien auf den Gewerkschaften aufgebaut werden.

Was ist die Rolle einer politischen Partei der Arbeiterklasse? Eine politische Partei ist der Faktor, der das allgemeine Interesse der Arbeiterklasse hervorhebt und vertritt. Wo kann eine solche politische Partei zustande kommen? Nur dort, wo die Arbeiterschaft schon gewisse gemeinsame Interessen hat. Wenn die Arbeiterklasse absolut einheitlich ist, was natürlich in der kapitalistischen Gesellschaft unmöglich ist, ist die politische Partei nicht mehr notwendig. Wo die Arbeiterklasse noch gar keine Züge der Einheitlichkeit aufweist, wo ihre verschiedenen Schichten noch so weit voneinanderstehen, daß man das Gemeinsame noch nicht ausdrücken und vertreten kann, können sich politische Massenparteien als Massenerscheinungen noch nicht entwickeln. Das war lange Zeit der Fall in England und ist noch immer teilweise in Amerika der Fall, zwei klassischen Ländern der Arbeiteraristokratie. In diesen Ländern, wo das Proletariat noch nicht einheitlich war, wo eine tiefe Kluft zwischen Arbeiteraristokratie und proletarischen Elementen bestand, in diesen Ländern sehen wir trotzdem eine gewisse Solidarität, mindestens einzelner Gruppen, wenn auch nicht gegenüber der Staatsgewalt, also nicht als Klasse, so doch gegenüber einzelnen Gruppen der Kapitalisten. Es bilden sich Gewerkschaften. Ich spreche nicht über die Periode der Chartistenbewegung in England, ich spreche über jene neue Periode, in der England die industrielle Werkstatt der ganzen Welt geworden ist, nicht über die Periode der alten revolutionären Knights of Labour in Amerika, die zurückgeschlagen wurden, die man vernichtet hat. Die Gewerkschaften treten historisch in England und Amerika vor den politischen Parteien auf, im Gegensatz zu den europäischen Ländern, wo zuerst die Sozialdemokratische Partei auftrat, in Deutschland, in Österreich, in Ungarn, in Rußland; die Parteien haben dann die Gewerkschaften gegründet. Umgekehrt in England, in Amerika, wo die Gewerkschaften die Initiative zur Bildung der Massenparteien der Arbeiterklasse ergriffen. Wo die Arbeiterklasse frühzeitig Solidarität entwickelt hatte, bevor die Arbeiteraristokratie, durch den Imperialismus geschaffen, auftrat, sind politische Parteien entstanden, die die Gewerkschaften gegründet haben. Wo die Arbeiterklasse durch die Arbeiteraristokratie frühzeitig gespalten wurde, haben sich keine politischen Massenparteien entwickelt, die Gewerkschaften sind historisch zuerst auf dem Schlachtfeld erschienen. Das erklärt die Tatsache, daß auf dem europäischen Kontinent die Grundlage der Massenparteien des Proletariats individuelle Mitglieder sind, während umgekehrt in andern Ländern, wo wir die Arbeiteraristokratie sehr frühzeitig sehen, die Trade Unions, die Gewerkschaften, die Grundlage der Massenparteien des Proletariats bilden. Ich spreche nur über Massenparteien, nicht über kleine Parteien wie die sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien in Amerika und England.

Nach meiner Ansicht ist dies die grundlegende Gesetzmäßigkeit der Entwicklung, die die anglosächsischen Länder vom europäischen Kontinent getrennt hat. Das muß man begreifen, wenn man wirklich realistische kommunistische Politik treiben will.

Man kann auch ganz genau den historischen Moment feststellen, in dem sich diese Parteien gebildet haben. In England in dem Moment, wo die Staatsgewalt zum erstenmal die Existenz der Gewerkschaften bedrohte. In diesem Moment haben die Gewerkschaften die politische Massenpartei gegründet. In Amerika erst nach der Labour Party-Bewegung, erst nach dem Kriege, durch die Offensive des Kapitals, durch das Auftreten der neuen mächtigen zentralisierten Staatsgewalt gegen die Gewerkschaften. Weder in England noch in den Vereinigten Staaten ist die organisatorische Form dieser Massenpartei die Einzelmitgliedschaft, sondern überall die der historisch existierenden Gewerkschaften. Alle Länder, wo Arbeiterparteien existieren, sind Länder der Arbeiteraristokratie. In England sehen wir eine mächtige Arbeiteraristokratie, die die erste auf der Welt war, die schon von Marx und Engels analysiert wurde. In Amerika sehen wir eine hochgestellte Arbeiteraristokratie, die auf dem Rücken einer aus 56 Ländern importierten proletarischen Masse und auf dem Rücken einer aus Afrika importierten Negerarbeiter- und Pächtermasse steht. In Südafrika, wo eine eingeborene weiße Arbeiteraristokratie auf dem Rücken von farbigen ungelernten Arbeitern sich breitmacht. In Australien, wo die zünftlerische Arbeiteraristokratie sich künstlich ein Monopol des Arbeitsmarktes geschaffen hat und alle Emigranten ausschließt.

Überall sehen wir die Spaltung der Arbeiterklasse und als deren Folge die Gewerkschaften als historische Grundlage der politischen Massenparteien des Proletariats.

Wir dürfen auch die Rolle der verschiedenen kleinen echten Parteien in all diesen Ländern nicht vergessen. In England entstand neben den Gewerkschaften eine kleine politische Organisation, aufgebaut auf individuelle Mitgliedschaft: die Independent Labour Party. Diese Partei ging in die Arbeiterbewegung hinein und half so die Geburtswehen einer Massenpartei verkürzen und erleichtern. Diese historische Aufgabe der Independent Labour Party erfüllt in Amerika unsere Workers Party. Die Independent Labour Party, die damals nicht mehr als 20 000 Mitglieder hatte, hatte die ideologische Führerschaft über eine Million Mitglieder der Labour Party, und sie ist heute mit 50 000 Mitgliedern die Führerin der Labour Party, die heute 4—5 Millionen Mitglieder zählt. Für Amerika gilt dasselbe. Die Workers Party konnte einen Kongreß führen, auf dem nicht weniger als 600 000 Arbeiter und arme Bauern vertreten waren.

Wir sehen also zwei große Gesetzmäßigkeiten: Erstens daß die Bildung einer Labour Party keine anglosächsische Eigentümlichkeit ist, sondern historisch bedingt ist in der Struktur der Arbeiterbewegung und in dem Verhältnis der Arbeiterklasse zur Bourgeoisie, besonders zur Staatsgewalt. Die zweite Gesetzmäßigkeit ist, daß die Labour Party sich zu organisieren beginnt, wenn die Bourgeoisie die Privilegien der Arbeiteraristokratie irgendwie beschneiden will. Das bestimmt die Rolle der kommunistischen Parteien in den verschiedenen Labour-Parteien. Je mehr die Bourgeoisie die Privilegien der Arbeiteraristokratie einschränkt, um so mehr können die Kommunisten die Labour Party durchdringen.

Die Lage in Amerika hat wieder ihre eigene Komplikation. Wir finden dort zuerst die Massenbewegung, die versucht, jetzt eine Labour Party zu organisieren, also nicht eine Partei, die begründet ist auf individueller Mitgliedschaft, sondern die zur Grundlage die Gewerkschaften hat. Die zweite Eigentümlichkeit ist, daß die Hauptaufgabe der Kommunisten in Amerika heute darin besteht, die Arbeiter von den existierenden kapitalistischen Parteien des Finanzkapitals, der Großbourgeoisie abzutrennen, im Gegensatz zu der Aufgabe, die sie in Deutschland, Frankreich, Italien usw. haben, nämlich die Arbeiter von den verräterischen Arbeiterparteien, von der Sozialdemokratie abzureißen. In Amerika haben wir sogar keine verräterische Arbeitermassenpartei. Das schafft natürlich eine ganz andere politische Grundlage, und man kann nicht mit europäischen Schablonen die amerikanische Lage betrachten. Die dritte Eigentümlichkeit Amerikas ist, daß die Labour Party-Bewegung eigentlich eine Farmer-Labour-Party-Bewegung ist, wo die Arbeiter und ausgebeuteten Pächter und Bauern zusammen organisiert sind. Nicht wir Kommunisten haben diese Lage geschaffen, sondern es ist eine historisch gegebene Tatsache, und niemand, sogar die Staatsgewalt nicht, kann heute diese Organisation trennen. Man kann diese Arbeiter nicht von diesen armen Farmern trennen, denn sie kämpfen seit neun Jahren in allen Fragen gemeinsam.

Die vierte Merkwürdigkeit der amerikanischen Entwicklung ist, daß die Bewegung für eine Farmer-Labour-Party noch gemischt mit einer Massenbewegung der Kleinbürger und der reicheren Elemente und Bauern erscheint. Man kann diese chaotische Massenbewegung noch nicht trennen. Nur die künftige Entwicklung der Klassenkämpfe, die sich verschärfen werden (die Staatsgewalt sorgt schon dafür), wird dies erreichen. Aber heute ist die Differenzierung noch keine Tatsache, und die Rolle der Kommunisten in dieser Hinsicht kann vorläufig noch nichts anderes sein als die Rolle der Propheten, die zeigen, daß die Interessen der verschiedenen Klassen verschiedenartig sind, daß das Proletariat die einzig revolutionäre Klasse ist, und daß die führende Rolle dem Proletariat gehört. Genosse Sinowjew hatte recht, als er sagte, die Lage in Amerika sei sehr kompliziert, und daß die Exekutive sehr lange schwankte, bis sie zu einer Entscheidung in der amerikanischen Frage kam. Die künftige Entwicklung wird zeigen, ob diese Entscheidung richtig war. Ich hoffe, sie wird sich bewähren.

Was soll die Taktik der Kommunisten in den verschiedenen Ländern, wo die Labour-Parties bestehen, sein? Ich glaube, Lenin hatte recht, wenn er zu den britischen Kommunisten sagte: Ihr sollt in die Labour Party hineingehen, und die KI hatte recht, als sie wiederholte: Man muß hinein in die Labour Party. Die KI hat dies knapp und klar in ihrem berühmten Offenen Brief im Juni 1920 an die Independent Labour Party gesagt: Man muß hineingehen in die Labour Party, aber die Zugehörigkeit zu ihr soll nicht in ihrer mechanischen Ausnützung bestehen als Boden, auf dem sich die Massen sammeln, zur Unterhaltung der Verbindung mit diesen Massen, die Zugehörigkeit soll vielmehr als Mittel dienen, diese Massen von dem Einfluß der opportunistischen Mehrheit der Führer der Labour Party zu befreien. Wir müssen konstatieren, daß unsere Kommunistischen Parteien in Amerika wie in England diese klare und richtige Taktik nicht immer verstanden haben. Zuerst sehen wir eine Periode, in der beide Kommunistische Parteien sagten: Um Gottes willen, wir wollen nicht in die Labour Party. Die

englischen Kommunisten haben sich gespalten, die amerikanischen Kommunisten haben sich jahrelang gewehrt, und nur nach großen Mühen gelang es, diese Frage zur Entscheidung zu bringen, in die Labour Party hineinzugehen.

Heute sehen wir eine zweite Periode: Nicht nur hinein gehen in die Labour Party, sondern um jeden Preis drinbleiben, auch auf die Gefahr hin, die Selbständigkeit der KP und die Freiheit der Kritik opfern zu müssen. Beide Standpunkte sind sehr gefährlich und nicht kommunistisch. Die erste Periode war schlecht. Man muß in die Labour Party eintreten und dabei die politische Selbständigkeit der Kommunistischen Partei bewahren. Man muß die absolute Freiheit der Kritik nicht nur verlangen, sondern sie auch ausüben. Ich will jetzt nicht unsere amerikanische Partei kritisieren, ich habe das so ausführlich in der amerikanischen Kommission getan, daß es hier überflüssig ist. Wenn ich auch in manchen Fragen in Amerika irrte, hatte ich recht in der entscheidenden Frage, die ich als Vertreter des linken Flügels der amerikanischen Partei vertreten habe, daß man die Freiheit der Kritik unter allen Umständen bewahren muß. Ich hoffe, daß heute sogar in der amerikanischen Partei nach all den vorangegangenen Kämpfen Einmütigkeit in dieser Frage herrscht.

Ich möchte kurz einiges über England sagen. Warum über England? Nicht deshalb, weil ich glaube, daß gerade ich mir das Recht nehmen darf, England zu kritisieren, aber es ist die Pflicht des ganzen Kongresses, sich heute mit der englischen Frage zu beschäftigen. Genosse Sinowjew sagte bereits, die Hauptaufgabe der KI ist jetzt, zu analysieren, wie man eine Massenpartei in England herauskristallisieren kann.

Einige englische Genossen und auch die Genossin Ruth Fischer haben über diese Sache gesprochen. Die Genossin Ruth Fischer hat zwei Probleme aufgeworfen. Sie fragte: Sollen unsere Genossen ihre Verbindung mit der Labour Party lösen oder nicht? Sie selbst hat auf diese Frage keine Antwort gegeben. Die zweite Frage, die sie aufgeworfen hat, war: Sollen die Kommunisten in England in die Opposition gehen oder nicht? Und sie hatte absolut recht, wenn sie diese Frage mit *ja* beantwortete. Natürlich sollen sie endlich zur Opposition übergehen!

Genosse Murphy sagte, wir können aus der Labour Party nicht austreten, denn das würde bedeuten, daß wir aus der Arbeiterbewegung austreten. Es ist schon möglich, daß jedes Mitglied der Kommunistischen Partei in der Labour Party bleibt und trotzdem die Kommunistische Partei außerhalb der Labour Party ist. Wenn die Gewerkschaften beschließen, daß die Gewerkschaftsmitglieder in die Labour Party gehören, dann sind die Genossen verpflichtet, in der Labour Party zu bleiben. Aber die Kommunistische Partei als Partei muß nicht in der Labour Party sein. Das ist historisch bedingt. Heute bin ich dafür, und morgen werde nicht nur ich, sondern wird die gesamte Kommunistische Internationale dagegen sein. Es ist eine gefährliche Auffassung, wenn wir glauben, daß die Labour Party die Arbeiterklasse ist. Es ist nicht so. Es wird schon eine Periode kommen, wo wir austreten aus der Labour Party und wo die Kommunistische Partei eigene Kandidaten gegen die Kandidaten der Labour Party aufstellen muß und trotzdem innerhalb der Arbeiterklasse bleiben wird.

Genosse Petrowski sagt, wir sollen nicht aus der Labour Party austreten. — Warum nicht? Weil die Massen schon das Vertrauen zur Labour Party und zur Arbeiterregierung verlieren. Nun, Genossen, erstens ist es nicht so. Fragen Sie die englischen Genossen, und lesen Sie die englischen Zeitungen, die werden Ihnen sagen, daß das Umgekehrte wahr ist. Das Vertrauen der Arbeitermassen zu der Arbeiterpartei ist heute in England im Wachsen. Das ist sehr unangenehm für uns, aber es ist so. Wenn die Kommunistische Partei mehr getan hätte — aber sie war in einer schwierigen Lage —, dann wäre dieses Vertrauen schon ein wenig geringer geworden. Aber es ist eine Tatsache: Die Massen haben noch Vertrauen zur Arbeiterpartei. Und wenn manche Arbeiter den rechten Macdonald nicht lieben, dann lieben sie den „linken" Wheatley. Wenn Genosse Petrowski recht hätte und die Massen nicht mehr Vertrauen zur Labour Party hätten, dann könnten wir unsere Verbindung mit der Labour Party lösen. Die Kommunisten müssen eben deshalb in der Labour Party bleiben, weil die Massen noch immer Vertrauen zur Labour Party haben.

Warum haben die Massen noch immer Vertrauen zur Labour Party? Ich glaube, das hat drei Ursachen. Die erste Ursache: Die Labour Party hat ihnen manche kleine Konzessionen verschafft, die im täglichen Leben der Arbeiter doch etwas bedeuten. Zum Beispiel, was mir der Genosse Stewart erzählt hat: Die Arbeitslosen brauchen heute nicht mehr nach drei Ämtern zu laufen, bis sie die kleine Unterstützung bekommen, sondern nur zu einem einzigen Amt. Man könnte zehn solcher kleinen Dinge aufzählen, die man in der englischen Presse findet.

Die zweite Ursache ist, daß die Arbeitermassen sagen, „the Labour Governement is in office, but not in power", die Arbeiterregierung ist im Amt, aber nicht an der Macht. Und das ist wahr. Sie haben nicht die Mehrheit im Parlament, die Liberalen beherrschen sie. Die Arbeitermassen sagen, Macdonald und Wheatley können doch nicht mehr erreichen, denn wir haben noch nicht die Mehrheit im Parlament.

Die dritte Ursache ist, daß wir noch nicht verstanden haben, die kommunistische Idee, die Idee der proletarischen Revolution nach England zu importieren.

Was soll man nun also machen? Ich glaube, daß auf die erste Frage, die die Genossin Ruth Fischer aufgeworfen, aber nicht beantwortet hat (Zuruf: Aber in England beantwortet hat!), zu antworten ist, daß die Kommunisten in der Labour Party bleiben sollen. Die zweite Frage, ob die englischen Kommunisten in die Opposition gehen sollen, muß man mit der Genossin Ruth Fischer mit „ja" beantworten. Die britischen Genossen werden nun sagen: Wir sind doch in der Opposition. Ich fürchte, Genossen aus England, wir sind nicht genügend in der Opposition. Die erste Deklaration der Kommunistischen Partei gegen die Labour-Regierung war einfach die: Die Genossen haben ihre wärmsten Gefühle, ihre Solidarität ausgedrückt. Kein kritisches Wort. Dann haben sie jetzt Wheatleys Bauprogramm angenommen, dem sogar die Kapitalisten zugestimmt haben. Ich glaube, daß das falsch ist, und ich glaube, daß unsere englischen Genossen nicht verstehen, zwischen sich und der Labour Party eine wirkliche Scheidewand in den Augen der Massen aufzubauen. Ich würde meine taktische Empfehlung so formulieren: Organisatorisch in der Labour Party. Ich fürchte, daß unsere Genossen ideologisch noch teilweise in der Labour

Party stecken. Genosse Petrowski sagte, daß das nicht so ist, denn wenn auch in Kelvingrove, wo ein Kommunist als Kandidat der Arbeiterpartei aufgestellt wurde, das kommunistische Programm und die Kritik an der Labour Party nicht zur Geltung gekommen ist, so hat doch zugleich die Konferenz unserer Partei in Manchester eine klare Kritik an der Labour Party geübt. Das ist aber leider nicht so. Nicht nur ich sage das, sondern selbst das Glasgower Organ der britischen Kommunisten. Das Blatt „The Worker" entschuldigt sich folgendermaßen gegen die Anklage, daß die Kritik der Konferenz der Kommunisten zu Manchester schuld daran sei, daß der Labour Party-Kandidat in Kelvingrove durchgefallen ist:

„Aber alles in allem, man hat kaum irgendwelche Kritik an der Labour Party in der Konferenz von Manchester geübt, die nicht schon ebenso geübt worden wäre von prominenten Parlamentariern der Clydegruppe während der Wahlen in Kelvingrove."

Die britischen Kommunisten also konstatierten selbst, daß unser Parteitag nichts anderes sagte als der linke Flügel der Labour Party, die sogenannte Clydegruppe. Das zeugt wirklich nicht davon, daß wir heute schon wirklich in der Labour Party in der Opposition sind.

Nun, Genossen, zum Schluß. Ich wollte noch einige kritische Gesichtspunkte anführen, aber ich werde das jetzt lassen, da ich keine Zeit mehr habe. Ich gebe zu, es ist sehr leicht, die Genossen in England und Amerika zu kritisieren. Aber es ist schwer, ihre Probleme zu verstehen, und ich glaube, dieser 5. Kongreß hat zu seiner Hauptaufgabe oder, wie Genosse Sinowjew sagte, es ist seine Sturmaufgabe, die Lage unserer englischen, australischen, südafrikanischen, kanadischen und amerikanischen Genossen zu verstehen. Man muß die Grundlagen der Labour Party-Taktik besprechen und analysieren. Man muß Ratschläge geben und nicht nur kritisieren. Man hat, Genossen, darüber gesprochen: Wir müssen eine kommunistische Weltpartei bilden. Ich glaube, es ist wahr —, wie das aber? Man kann extensiv und intensiv eine kommunistische Weltpartei schaffen. Intensiv, indem man die vorhandenen Parteien bolschewisiert und in eine wirkliche Weltpartei zusammenschweißt. Aber auch extensiv, indem man neue Weltteile für die Kommunistische Internationale erobert. Wir haben noch nicht gelernt, englisch zu sprechen, wir haben noch nicht gelernt, die Probleme von ganzen Kontinenten zu begreifen. Ich glaube, es ist die Aufgabe des 5. Kongresses, die Bolschewisierung von ganzen Weltteilen mindestens zu beginnen.

ELFTE SITZUNG

(Dienstag, den 24. Juni 1924)

Fortsetzung der Diskussion über die Tätigkeit der Exekutive und über die Weltlage

Redner: Dunne (Ver. Staaten), Chassaigne (Frankreich), Zetkin (Deutschland)

Eröffnung: 5 Uhr 30 nachmittags

Vorsitz: Thälmann

DUNNE (Ver. Staaten): Genossen! Genosse Sinowjew hat in seinem Berichte die amerikanische Partei nur milde kritisiert, vermutlich nicht, weil sie keine Fehler begangen hätte, sondern weil sie diese Fehler korrigiert hat.

Die amerikanische KP arbeitet in dem reichsten kapitalistischen Staate der Welt. Sie setzt sich zusammen aus 17 verschiedensprachigen Gruppen und hat ungefähr 2000 englischsprechende Mitglieder. Die Fehler, die die Partei begangen hat, sind zum großen Teile auf diese Zusammensetzung der Partei und auf die Schwierigkeiten des Manövrierens mit einer derartigen Organisation in einem Lande wie Amerika zurückzuführen. Die amerikanische Arbeiterbewegung hat keine revolutionären Traditionen. In den Vereinigten Staaten hat es niemals eine revolutionäre Massenpartei der Arbeiterschaft gegeben. Die Sozialistische Partei Amerikas erhielt auf der Höhe ihrer Macht, als Debs ihr Kandidat war, und als sie sich mit einem reinen Reformprogramm, das Staatsmonopole usw. vorsah, an die Bevölkerung wandte, nur 900 000 Stimmen. Von Zeit zu Zeit ist der Versuch gemacht worden, Massenparteien zu gründen, doch bis heute sind alle diese Versuche gescheitert. Die amerikanische KP ist von Anfang an auf die heftige Gegnerschaft der amerikanischen Kapitalisten gestoßen. Sie war ungefähr drei Jahre lang zur Illegalität verurteilt und kann erst seit Mitte 1922 öffentlich arbeiten.

Genosse Pepper hat heute vormittag in seiner Rede einen Überblick über die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage in den Vereinigten Staaten gegeben. Wenn ich auch in gewissen Einzelpunkten nicht völlig mit Genossen Pepper übereinstimme, so ist doch seine Analyse im großen und ganzen zutreffend. In den Vereinigten Staaten sind wir nicht, wie die kommunistischen Parteien in Europa, vor die Notwendigkeit gestellt, die Massen von den sozialdemokratischen Führern und Organisationen loszulösen. Die Sozialistische Partei Amerikas existiert nicht mehr, mit Ausnahme eines Bäckerdutzend von Führern, die mit fliegenden Fahnen in das Gompersche Lager übergegangen sind.

Mit Ausnahme der KP gibt es in den Vereinigten Staaten keine auf der Theorie der sozialen Revolution aufgebaute Partei, die über Einfluß unter den Massen der Arbeiterschaft verfügte; durch diese Tatsache wird unser Vorgehen auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet weitgehend bestimmt. Für uns in Amerika bestehen die Gefahren der Einheitsfront mit den untersten Schichten der Kleinbourgeoisie und mit der offiziellen Gewerkschaftsbureaukratie nicht, denn es gibt in den Vereinigten Staaten keine Partei der Arbeitermassen, die mit uns konkurriert oder konkurrieren könnte. Die amerikanische Arbeiterklasse gab und gibt ihre Stimme den beiden großen Parteien des amerikanischen Kapitalismus: den Republikanern und den Demokraten.

Aufgabe der amerikanischen KP ist es, die Industriearbeiterschaft und die ausgebeuteten Elemente unter den Farmern von der kapitalistischen Klasse loszulösen; das war der Hauptgesichtspunkt, der uns bei den Maßnahmen zur Gründung einer Farmer- und Arbeiterpartei leitete und der diese Maßnahmen rechtfertigt. In bezug auf die Grundlage, auf die diese Partei der Arbeiter und Farmer sich aufbauen soll, bestehen oder bestanden innerhalb der KP gewisse Meinungsverschiedenheiten: Die Mehrheit der Partei, die ich vertrete, will die organisierte und unorganisierte Industriearbeiterschaft zum Fundament der Farmer- und Arbeiterbewegung machen; die Minderheit überschätzt die Bedeutung des Landproletariats. Darin liegt der Unterschied zwischen den beiden Richtungen. Auf dem Parteitag vom 3. Juli 1923, der zur Gründung der „Vereinigten Farmer- und Arbeiterpartei", die unter kommunistischer Kontrolle steht, führte, haben wir unsere letzte Verbindung mit der offiziellen amerikanischen Arbeiterbewegung, d. h. mit dem Teil von ihr, der noch über irgendwelchen Einfluß unter der organisierten Industriearbeiterschaft verfügt, gelöst. Wenn Genosse Pepper hier heute morgen ausführte, daß er die Linke der amerikanischen Partei vertritt, so behaupte ich, daß das nicht der Wahrheit entspricht. Ich betrachte es nicht als linke Einstellung, sondern als Opportunismus, das Landproletariat an Stelle des industriellen Proletariats zur Grundlage einer Massenpartei machen und auf dieses unsere Hoffnungen setzen zu wollen. Heute ist die amerikanische Partei eine einheitliche Partei, die hinter der Kommunistischen Internationale steht. Die Entscheidung der KI in der amerikanischen Frage ist angenommen worden und wird durch die Exekutive der Partei durchgeführt.

Wir gehen innerhalb der nächsten sechs Monate einer gewaltigen Krise in der amerikanischen Industrie entgegen. Alles deutet darauf hin, daß Anfang nächsten Jahres die Zahl der Arbeitslosen in Amerika auf 5—6 Millionen angewachsen sein wird. Eine immer größere Anzahl von Industrieunternehmungen wird stillgelegt. Genosse Varga hat in seinem Bericht die Tatsache, oder vielmehr die angebliche Tatsache, erwähnt, daß Genosse Pepper als einziges Mitglied der amerikanischen KP diese Sachlage erkenne. Ich möchte Genossen Varga erwidern, daß er sich im Irrtum befindet. Alle Mitglieder des Zentral-Exekutivkomitees der Partei wußten, daß die Krisis bevorstand, und sprachen es aus; wir wußten jedoch auch, daß sie nicht so schnell zu erwarten sei, wie Genosse Pepper annahm. Deshalb lehnten wir auf dem letzten Parteitag im Januar einen Antrag der Peppergruppe ab, die gesamten Mittel der Partei zu einer Kampagne für die Organisation der Arbeitslosen zu verwenden. Die Partei ist darauf vorbereitet, aus der Sachlage, die sich durch die große Arbeitslosigkeit infolge der herannahenden

Krise ergibt, Nutzen zu ziehen, sobald die Voraussetzungen dafür vorliegen.

Mehr als eine Aufgabe steht heute vor der amerikanischen Partei. Unsere Aufgabe besteht natürlich vor allem darin, in der Massenpartei der Arbeiter und Farmer so viele Arbeiter und ausgebeutete selbstarbeitende Farmer zusammenzufassen wie nur möglich. Tatsache ist jedoch, daß der Umfang der jetzigen Krise in Amerika überschätzt worden ist, und daß die Konferenz von St. Paul, von der das Tagesbulletin berichtete, nicht zur Schaffung einer Massenpartei der Arbeiter und Bauern, sondern nur zu einer geringfügigen Erweiterung des Kreises derjenigen, die mit der KP sympathisieren, geführt hat. Die Teilnehmer an der Konferenz von St. Paul waren zum großen Teil Vertreter der bankrotten Farmer. Wenn es uns nicht gelingt, unsere kommunistischen Kräfte innerhalb der Gewerkschaften genügend zu stärken, um breite Massen der Industriearbeiter in diese Bewegung der Arbeiter und Farmer hineinzuziehen, so wird die Bewegung selbst nur geringen Einfluß im politischen Leben Amerikas ausüben.

Der Teapot Dome-Skandal, der schlimmste in der ganzen politischen Geschichte Amerikas, hat unter der Landbevölkerung erhebliche Unzufriedenheit erregt; er hat jedoch in den Industriezentren keine große Bewegung hervorgerufen. Die Arbeiterschaft Amerikas ist heutzutage zu gut beschäftigt, zu gut bezahlt, zu gut genährt und gekleidet, um in revolutionärer Stimmung zu sein. Wenn wir als verantwortliche Führer der Sektionen der Internationale unsere Maßnahmen treffen, so müssen wir diesen Tatsachen Rechnung tragen.

Im Süden der Vereinigten Staaten, im lateinischen Amerika, mit seiner spanischsprechenden Bevölkerung von mehr als 110 Millionen, liegt das Hinterland des amerikanischen Imperialismus. Mexiko und Südamerika haben für die Vereinigten Staaten in weitem Umfang die verlorengegangenen Absatzmärkte Deutschlands und der übrigen europäischen Länder ersetzt. Die lateinische Bevölkerung ist dem Imperialismus der Vereinigten Staaten feindlich gesinnt, und der amerikanischen KP stellt sich die Aufgabe, diese Völker, insbesondere die Arbeiter des lateinischen Amerika, zum Kampfe gegen das imperialistische Programm der Vereinigten Staaten, auf Grund dessen sie den nordamerikanischen Kapitalisten versklavt werden sollen, zu organisieren. Heute sind in Brasilien 50 Offiziere der Armee der Vereinigten Staaten als Instruktoren der brasilianischen Armee tätig und schüren den Krieg zwischen Brasilien und Argentinien. Die Erweckung der Massen des lateinischen Amerika, ihre Zusammenfassung unter der Führung der amerikanischen KP und ihrer eigenen kommunistischen Parteien, ihre Mobilisierung zum Kampf gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten, zur Unterhöhlung des Fundaments des imperialistischen Systems ist eine der Hauptaufgaben, vor deren Lösung die KP Amerikas sich gestellt sieht.

Hinzu kommt das Gewerkschaftsproblem. In den Vereinigten Staaten sind vier Millionen Arbeiter unter der reaktionärsten Führung der Welt organisiert. Die Gompersche Bureaukratie ist in ihren Angriffen auf die amerikanische KP, auf die Kommunistische Internationale und auf alle radikalen Tendenzen der Arbeiterbewegung niederträchtiger als viele Teile der kapitalistischen Klasse selbst. Sie ist die Hauptstütze der amerikanischen Kapitalisten und des amerikanischen kapitalistischen Systems. Sie kämpft im Lande selbst und außerhalb des

Landes für den amerikanischen Imperialismus. Den Einfluß dieser Bureaukratie in den Massenorganisationen der amerikanischen Gewerkschaften zu schwächen, und daneben die Gewerkschaften selbst so zu erweitern, daß sie die 20 Millionen Arbeiter der Vereinigten Staaten umfassen, diese Millionen unter Führung der KP zu klassenbewußten Kämpfern zu machen, das ist die hauptsächlichste Aufgabe der Partei Amerikas in dieser Stunde.

In den Vereinigten Staaten folgt kein erheblicher Teil der organisierten Arbeiter den sozialistischen Führern oder sympathisiert mit ihnen, wie in den europäischen Ländern. Es gibt dort keine Gruppe von Sozialdemokraten, die gewissermaßen als Prellbock zwischen den Kommunisten auf der einen Seite und den reaktionären Bureaukraten auf der andern Seite stehen. Die Kampflage ist in Amerika völlig klar: Die Kommunisten und diejenigen, die ernstlich mit ihnen sympathisieren, stehen allein der amerikanischen Bourgeoisie aller Schattierungen gegenüber.

Es gibt in Amerika 10—12 Millionen Neger. Ein großer Teil derselben arbeitet in Industrie und Landwirtschaft. Sie zählen zu den am schlimmsten ausgebeuteten Arbeitern der Vereinigten Staaten. Die meisten ihrer Führer, selbst Neger, sind verächtliche Sklavennaturen, deren einziges Ziel darin besteht, ihre Anhänger während der Wahlen und sonst zum Stimmvieh und Werkzeug der Bourgeoisie zu machen. Hunderttausende dieser Negerarbeiter sind in den letzten zwei oder drei Jahren aus den landwirtschaftlichen Distrikten vertrieben worden und zur Industrie übergegangen, wo sie heute mit dem weißen Arbeiter konkurrieren. Daraus ergibt sich ein weiteres schwerwiegendes Problem für die amerikanische Arbeiterbewegung. Nimmt man die Tatsache hinzu, daß mehrere Millionen amerikanische Farmer, die heute in der Landwirtschaft keine Existenzmöglichkeit mehr finden, ebenfalls der Industrie zuströmen und eine Konkurrenz für den amerikanischen Industriearbeiter bilden, so ist es klar, weshalb die amerikanischen Kapitalisten heute die Tore der Vereinigten Staaten für die europäische Einwanderung schließen. Europäische Einwanderer sind heute überflüssig, wo die amerikanische Landbevölkerung zu Millionen industrialisiert wird. Die Bedeutung der Landbevölkerung als wirtschaftlicher und politischer Faktor ist infolgedessen in Amerika im Abnehmen begriffen. Ein Grund mehr, daß die KP Amerikas ihre Maßnahmen zur Schaffung einer Farmer- und Arbeiterbewegung, zur Herstellung der Einheitsfront zwischen Arbeitern und Farmern nicht auf das Landproletariat aufbaut.

Die amerikanische Partei ist heute noch keine Massenpartei, aber sie ist auf dem Wege dazu, eine Massenpartei zu werden. Sie ist jetzt eine innerlich konsolidierte Partei, die fest hinter der heutigen Führung steht, eine Partei, die die Probleme, die vor ihr liegen, begreift, die innerhalb der letzten Jahre ihre Erfahrungen erweitert, ihr technisches Wissen vermehrt und die Kunst gelernt hat, auf dem schwierigen Gelände des amerikanischen Klassenkampfes zu manöverieren. Die KP Amerikas weiß, daß der amerikanische Kapitalismus das letzte Bollwerk des Weltkapitalismus ist. Sie weiß, daß wir in den Vereinigten Staaten die stärkste kapitalistische Nation zu sehen haben und daß der Weltkapitalismus nicht geschlagen werden kann, bevor die kapitalistische Diktatur in Amerika durch die Diktatur des Proletariats ersetzt ist. Das ist das Ziel, das die Kommunistische Arbeiterpartei Amerikas sich

gesetzt hat. Unter der festen, aber wohlwollenden Führung der Kommunistischen Internationale wird sie bis zum nächsten Kongreß weit größere Fortschritte machen als in den vergangenen fünf Jahren ihres Bestehens.

Noch einige Bemerkungen, Genossen, über die Punkte, die in der Diskussion berührt worden sind. Ich möchte zunächst einige Worte über die KP Englands (Zwischenruf Stewart: „KP Großbritanniens!") sagen. Die KP Englands (Stewart: „KP Großbritanniens!") — meinetwegen, wenn der schottische Genosse darauf besteht — die KP Großbritanniens ist hier wegen ihres geringen Umfangs viel kritisiert worden, und die englischen Genossen haben sich durch diese Kritik gekränkt gefühlt. Ich beobachtete, daß, als Genosse Sinowjew die Tatsache erwähnte, daß in England eine gewisse Tradition kleiner Parteien besteht, die britische Delegation sehr befriedigt schien. Sie scheint der Ansicht zu sein, daß die Tatsache des geringen Umfanges ihrer Partei gewissermaßen der Beweis dafür ist, daß sie sich auf der Linie der historischen Entwicklung bewegt. Wäre die Partei groß, so würde das — wie sie meint — ein Anzeichen dafür sein, daß sie auf falschem Wege ist. Die amerikanische KP ist zum mindestens ebenso interessiert an der guten Entwicklung der britischen KP wie irgendeine andere Sektion der Internationale. Die amerikanische Arbeiterklasse hat aus Großbritannien ihre wertvollsten Anregungen erhalten. Der Aufstieg der britischen Labour Party hat der amerikanischen Arbeiterbewegung einen gewaltigen Anstoß gegeben. Ebenso würde es für die KP Amerikas einen mächtigen Ansporn bedeuten, wenn die britische KP sich schnell entwickelte und an Bedeutung zunähme. Die amerikanische Partei ist deshalb der Ansicht, daß die britische Partei eine intensive organisatorische Kampagne durchführen und ihre politische Propaganda konkreter mit der Parteipropaganda im engeren Sinne verknüpfen muß. Einer unserer amerikanischen Genossen hat sich während mehrerer Monate in England aufgehalten und Dutzende kommunistischer Versammlungen besucht; er hat mir erzählt, daß die Redner mit großer Beredsamkeit über die Errungenschaften in Sowjetrußland, über die Kommunistische Internationale, über Lenin und Trotzki sprachen, daß er aber nicht ein einziges Mal die britische KP erwähnen hörte. Ein geistreicher Franzose hat einmal gesagt, daß, wenn die Engländer auf dem Trafalgar Square demonstrieren, sie das nicht tun, um sich von ihren Tyrannen, sondern um sich von ihrem Ärger zu befreien. Ich glaube nicht, daß dieser verschwommene Kommunismus, diese abstrakte Propaganda geeignet sind, die britische Kommunistische Partei aufzubauen. Meiner Ansicht nach ist es weit wirksamer, in kommunistischen Versammlungen praktische Beispiele für unsere Theorien anzuführen.

Da ich die mir zustehende Zeit bereits überschritten habe, werde ich die schriftliche Erklärung der amerikanischen Delegation zum Bericht des Genossen Sinowjew dem Vorsitzenden übergeben.

CHASSAIGNE (Frankreich): Genossen! Im Namen der Kommunistischen Jugend-Internationale und besonders im Namen der französischen Jugend möchte ich zunächst unsere volle Übereinstimmung mit dem Bericht des Genossen Sinowjew unterstreichen. Ganz besonders begrüßen wir das, was Genosse Sinowjew über die Zukunft und die Entwicklung der Kommunistischen Partei Frankreichs gesagt hat.

Wenn auch die Lage in Frankreich nicht als unmittelbar revolutionär bezeichnet werden kann, so gleicht sie doch durchaus nicht derjenigen, die Genosse Radek in seiner Rede geschildert hat. Sie eröffnet viel weitergehende Perspektiven.

Es steht außer Zweifel, daß der Linksblock durch Annahme des Sachverständigengutachtens notwendigerweise das Elend der französischen Arbeiterschaft noch verschlimmern und damit zu großen Enttäuschungen führen wird. Auf diese Möglichkeit, ebenso wie auf die Möglichkeit, daß die französische Schwerindustrie den Versuch macht, die Herrschaft wieder unmittelbar in ihre Hände zu nehmen, müssen wir gefaßt sein. Wir müssen zu der Massenpartei werden, die dann die französischen Arbeiter um sich sammelt.

Um das zu erreichen, muß die französische Partei einen festen bolschewistischen Kern besitzen. Genosse Sinowjew hat in seiner Rede gesagt, daß in der französischen Partei bereits eine Linke besteht und daß die Komintern diese Linke unterstützt. Wir, die wir die Stellungnahme der Komintern in ihrer Gesamtheit billigen, sind zahlreich in der französischen Partei, und wir erklären hier, daß wir bereit sind, voll und ganz mit dieser Linken der Partei zusammenzuarbeiten, damit, wie Genosse Sinowjew es ausdrückt, die gesamte französische Partei eine linke Partei werde, damit sich innerhalb der Partei ein fester bolschewistischer Kern bilde, der sie den kommenden Kämpfen entgegenführt. (Beifall.)

Entgegen den Behauptungen des Genossen Radek hat unsere Partei schon zahlreiche Beweise ihrer Lebensfähigkeit gegeben. Ich will hier nur zwei dieser Beweise anführen: Zunächst den Zustrom von Arbeitern, insbesondere von Mitgliedern der Sozialistischen Partei zur KP, auf Grund unseres Versuches, die Einheitsfront bei den Wahlen durch den Block der Arbeiter und Bauern zu verwirklichen. Heute ernten wir in der Form zahlreicher Beitritte zur Partei die Früchte dieses Versuches. Das ist ein Beweis für die Lebenskraft der Partei.

Genosse Radek hat uns vorgeworfen, daß wir es im Augenblick der Ruhrbesetzung nicht vermocht haben, in Paris große Massen zu Protestaktionen auf die Straße zu bringen. Das haben wir allerdings nicht gekonnt. Dagegen haben wir im Schoße der Okkupationsarmee selbst eine Propaganda entfaltet, die in zahlreichen Fällen zur Verbrüderung zwischen französischen Soldaten und deutschen Arbeitern geführt und damit der französischen Bourgeoisie einen schweren Schlag versetzt hat. Wir glauben, daß das eine Arbeiterdemonstration in den Straßen von Paris aufwiegt!

Jetzt, Genossen, möchte ich einige Worte über unsere italienische Bruderpartei sagen. Auf einem Kongreß, wo eine so starke rechte Tendenz sich gezeigt hat, wie auf dem jetzigen, ist es allerdings keine angenehme Aufgabe, gegen die Fehler der Ultralinken kämpfen zu müssen. Dennoch muß das, soweit Italien in Frage kommt, geschehen. In Italien liegt heute genau wie in Frankreich die unbedingte Notwendigkeit vor, eine starke Massenpartei zu schaffen. In Italien, mehr noch als in Frankreich, ist in diesem Augenblick ein Erwachen der Arbeiterklasse zu verzeichnen. Die Wahlresultate sowohl wie die Streiks, die infolge der Ermordung des Abgeordneten Matteotti durch die Faschisten stattfanden, beweisen, daß die italienische Arbeiterklasse jetzt bereit ist, den Faschisten entgegenzutreten. Sie muß in der Kom-

munistischen Partei ihren Führer für diesen Kampf finden, wenn wir nicht wollen, daß sie wieder den Reformisten nachfolgt.

Ist die KP Italiens schon heute diesem Führeramt gewachsen? Wir glauben es nicht. Sie kann das Führeramt nicht ausüben, solange in ihren eigenen Reihen verschiedene Richtungen sich in der Art und Weise, wie das heute der Fall ist, bekämpfen.

Hier auf dem Kongreß sind zwei Richtungen der KP Italiens zu Worte gekommen. Was hatten uns diese Genossen zu sagen? Wir haben von beiden philologische Auseinandersetzungen über die Einheitsfront und die Diktatur des Proletariats gehört. Wir glauben nicht, daß solche Auseinandersetzungen hier am Platze sind. Es handelt sich hier um ganz etwas anderes: Es handelt sich darum, die italienische Partei viel enger als bisher mit den Massen zu verbinden. Die Form, in der diese Auseinandersetzungen sich hier vollzogen, beweist aber, daß die italienische Partei, so wie heute die Dinge liegen, noch sehr weit von der Erfüllung dieser Aufgabe entfernt ist.

Beiden Richtungen der italienischen Partei gehören Genossen an, die sich mit allen Beschlüssen der Internationale einverstanden erklären. Wir meinen, daß diese Genossen sich zu einem festen Block, der die Führung der Partei in die Hände nimmt, zusammenschließen sollten.

Wir sind der Ansicht, daß das beste Mittel, um die Fehler der Ultralinken, des Genossen Bordiga, zu bekämpfen, selbstverständlich der Kampf gegen die revisionistischen Tendenzen der parlamentarischen Rechten der italienischen Partei, der Genossen Graziadei und Bombacci, ist. Wir glauben jedoch auch, daß keine unserer Bruderparteien die Fehler hinnehmen kann, die in den römischen Thesen des Genossen Bordiga enthalten sind, ebensowenig wie seine augenblickliche Haltung gegenüber der Kommunistischen Internationale. Wir glauben, daß diese Ultralinke, die keine Linke der Aktion ist, sondern lediglich eine theoretische und außerdem sachlich falsche Opposition betreibt, unbedingt bekämpft werden muß.

Auch über die allgemeinen Aufgaben der Parteien möchte ich noch einige Worte hinzufügen. In dieser Hinsicht sind wir ebenfalls in vollkommener Übereinstimmung mit dem Genossen Sinowjew. Auch wir meinen, daß die vier hauptsächlichen Aufgaben der Kommunistischen Parteien die folgenden sind: Die Umstellung auf die Betriebszellen; die Propaganda innerhalb der Gewerkschaften; die Arbeit unter den Bauern und die Arbeit innerhalb der nationalen Minderheiten sowie der Kolonien.

Wir legen besonderes Schwergewicht auf die Umstellung auf die Betriebszellen, denn gerade auf diesem Gebiet der internationalen Arbeit hat die Jugend aktiv eingegriffen. Es ist aus einer Reihe von Gründen unbedingt notwendig, daß diese Reorganisation der Kommunistischen Internationale auf der Basis der Betriebszellen noch im Laufe dieses Jahres durchgeführt wird. Erstens, weil wir noch verschiedene Parteien haben, die nichts als Sekten sind, die noch nicht feste Wurzel in der Arbeiterschaft gefaßt haben und noch nicht als proletarische Parteien bezeichnet werden können. Die Umstellung auf die Betriebszellen bedeutet gleichzeitig eine Umstellung der Mitgliedschaft der Parteien und sichert deren wirkliche Verbindung mit den Arbeitern. Erst die neue Struktur der Parteien auf der Basis der Betriebszellen wird es ihnen

ermöglichen, jedesmal, wenn die Ereignisse eine revolutionäre Wendung nehmen, die Initiative zu ergreifen und die Kämpfe tatsächlich zu leiten.

Wir wünschen, daß diesen vier Aufgaben eine weitere, fünfte, für die Parteien hinzugefügt wird, nämlich die Arbeit in der Armee.

Aus dem Bericht des Genossen Varga geht hervor, daß der Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Staaten heute durchaus nicht zum Stillstand gekommen ist, sondern daß er im Gegenteil immer schärfere Formen annimmt. Das gilt ganz besonders für den Kampf zwischen dem französischen und dem englischen Imperialismus, wenn es auch zeitweilig anders zu sein scheint. Die Kriegsrüstungen werden jedenfalls nicht eingestellt, und bei dieser Sachlage ist es unbedingt erforderlich, daß die kommunistischen Parteien den wirklich revolutionären Kampf gegen den Krieg, d. h. den Kampf innerhalb der Armeen selbst, aufnehmen.

Genossen, das ist nichts Neues für die Kommunistische Internationale. Schon in seinen Direktiven für die bolschewistische Delegation zum Haager Friedenskongreß hat der Genosse Lenin unbedingt die Aufnahme der Arbeit innerhalb der Armeen gefordert.

Unserer Ansicht nach ist keine Partei wirklich bolschewistisch, die nicht innerhalb der Armee ihres Landes aktive Arbeit leistet. Sogar Genosse Smeral gibt das zu. Als gegen die tschechische Partei der Vorwurf erhoben wurde, daß sie keine wirklich bolschewistische Partei sei, fühlte er selbst, daß die beste Rechtfertigung darin bestünde, zu zeigen, daß die tschechoslowakische Partei innerhalb der Armee mit Erfolg gearbeitet hat.

Wir müssen ihm jedoch antworten, daß die Jugend-Internationale mit der Arbeit der KPTsch in der Armee nicht ebenso zufrieden ist wie er selbst. Mit Ausnahme der Wahlperiode ist unter den tschechoslowakischen Soldaten kein einziges Flugblatt verteilt worden; unsere Genossen der KPTsch haben lange Zeit die Jugend verhindert, wirklich antimilitaristische Arbeit zu leisten; in der tschechoslowakischen Armee besteht noch keine einzige Zelle! Allerdings trifft das nicht nur auf die KPTsch, sondern auch auf viele andere unserer Parteien zu.

Die Partei, die nächst der französischen Partei die stärkste antimilitaristische Tätigkeit entfalten müßte, die KP Englands, deren Land die stärkste Marine, wie Frankreich die stärkste Landarmee, besitzt, hat mit der Arbeit unter den Matrosen der Kriegsflotte noch nicht einmal angefangen, oder jedenfalls erst in neuester Zeit eine wirklich revolutionäre Agitation begonnen. Dennoch ist es allgemein bekannt, daß unter den Matrosen, die einer noch viel schärferen Disziplin als die Soldaten der Landarmee unterworfen sind, die Arbeit für uns leichter ist. Trotzdem haben die englischen Genossen keinen Finger gerührt, um mit der Arbeit innerhalb der Kriegsflotte zu beginnen, bis vor kurzer Zeit die Jugend sie dazu drängte.

Ebenso haben unsere Genossen auf dem Balkan während des bulgarischen Aufstandes die bittere Erfahrung machen müssen, daß die Propaganda in der Armee eine unbedingte Notwendigkeit ist. Als im September die Arbeiter und Bauern Bulgariens den Versuch machten, die Macht zu erobern, stießen sie auf den Widerstand der gesamten Armee. Mit Ausnahme eines einzigen Falles hatten sie die ganze Armee gegen sich. Allerdings hatten sie vorher einige Propaganda gemacht, aber im gegebenen Augenblick konnten sie keinen Nutzen daraus ziehen. Wir müssen es allen unsern Parteien zur unbedingten Pflicht

machen, antimilitaristische Arbeit zu leisten, und zwar nicht nur von außen, sondern eine wahrhaft revolutionäre Arbeit im Schoße der Armee selbst.

Die Komintern hat bereits auf ihrem 4. Kongreß ebenso wie die Jugend-Internationale auf ihrem 3. Kongreß Beschlüsse dieses Inhalts gefaßt. Bedauerlicherweise sind aber diese Beschlüsse bis heute nur von sehr wenigen Parteien, ja, man kann sagen, kaum von einer einzigen Partei in die Tat umgesetzt worden. Es ist unbedingt notwendig, den kommunistischen Ideen Eingang in die Armee zu verschaffen, dadurch, daß man sie mit den unmittelbaren Tagesforderungen der Soldaten verknüpft. Unsere Genossen von der Linken dürfen keine opportunistische Abweichung darin erblicken, daß wir an diese Tagesforderungen der Soldaten anknüpfen wollen. Wir meinen damit nicht, daß diese Tagesforderungen einzig und allein auf parlamentarischem Wege vertreten werden sollen; wir meinen damit, daß man den Soldaten die Überzeugung beibringen muß, daß sie — ebenso wie die Arbeiter — Forderungen haben, für die sie den Kampf aufnehmen müssen. Wir meinen damit, daß man den Soldaten Klassenbewußtsein beibringen, daß man weit mehr als bisher in allen Tageskämpfen die Armee mit der Arbeiterschaft verbinden muß.

Wir sind der Ansicht, Genossen, daß dies eine dringende Aufgabe für alle Sektionen der Internationale ist, eine Aufgabe, die nicht mehr, wie es bisher der Fall war, vernachlässigt werden darf.

Zusammenfassend möchte ich die Hoffnung aussprechen, daß innerhalb aller Parteien der Internationale sich im Laufe des nächsten Jahres ein fester Kern bildet, der der Kommunistischen Internationale in ihrem Kampf gegen die rechten Abweichungen beisteht. Wir hoffen, daß alle Parteien die Umstellung auf die Betriebszellen durchführen werden, daß wir in der gesamten Internationale die praktische Arbeit innerhalb der Armeen beginnen und vor allen Dingen, daß es uns gelingt, in Frankreich dem französischen Imperialismus eine mächtige bolschewistische Partei gegenüberzustellen! (Lebhafter Beifall.)

ZETKIN (Deutschland): (Mit stürmischem Beifall empfangen.) Genossinnen und Genossen! Wenn wir hier kritisch wägend Rückschau halten, so geschieht es als Ausgang für die wegweisende Vorschau zum wagemutigen Vorsturm. Denn wir sind alle eins in der Überzeugung und dem Willen, die Revolution beschleunigen zu müssen, ihr nicht ruhig abwartend gegenüberzustehen. Wie die Dinge liegen, ist es selbstverständlich, daß in unseren Auseinandersetzungen der Oktoberrückzug der Kommunistischen Partei Deutschlands und die Einheitsfronttaktik eine besonders hervorragende Rolle spielen. Beide stehen im Zusammenhang miteinander, und sowohl die Oktoberniederlage der revolutionären Vorhut des deutschen Proletariats wie die Taktik der Einheitsfront ist eine internationale Angelegenheit.

Wir haben über die Oktoberniederlage und ihre Ursachen hier die Darstellung der Mehrheitsvertretung der Kommunistischen Partei Deutschlands gehört. Ich stehe nicht an, diese Darstellung zu erklären als eine Mischung von Wahrheit und Dichtung, zusammengewoben mit temperamentvoller Phantasie, die beherrscht wird von einer einseitigen fraktionellen Einstellung. Das Ergebnis davon ist, soweit es sich um die Vergangenheit handelt, eine Karikatur, soweit es sich um die Gegenwart handelt, eine himmlische Verklärung. Ich klage nicht

darüber, ich klage auch nicht an; ich begrüße es, weil meiner Überzeugung nach das Wort gilt: Du choc des opinions jaillit la vérité — aus dem Zusammenprall der Meinungen steigt die Wahrheit empor. Das heißt in unserem Falle: Politische Erkenntnis für uns alle.

Es ist behauptet worden, daß die Oktoberniederlage eine unvermeidliche Auswirkung einer falschen Politik gewesen sei, die von der deutschen Partei seit dem Jahre 1921 betrieben worden, einer kleinbürgerlichen, opportunistischen Politik, die darauf hinzielt, die Rolle der Kommunistischen Partei als selbständig führender revolutionärer Klassenpartei zu liquidieren und mit ihrer Selbständigkeit auch die historische Existenzberechtigung der Partei selbst zu verneinen. Die Fortsetzung dieser Politik würde die Kommunistische Partei zu einem bloßen Anhängsel der Sozialdemokratie gemacht, ja vielleicht sogar zu ihrem Aufgehen in dieser nach dem Muster der USP verurteilt haben. Diese Auffassung ist mit einem großen Aufwand von Zitaten aus Artikeln, Resolutionen usw. vertreten worden, von Zitaten, die sehr fleißig zusammengetragen worden sind nach dem berühmten Rezept des französischen Polizeiministers: „Gib mir fünf Zeilen von jemandem, und ich bringe ihn an den Galgen." Wenn ich es für der Mühe wert hielte, nach der gleichen Methode zu verfahren, so könnte ich zahlreiche Entgleisungen der jetzigen Mehrheitsführer feststellen, nicht nur nach links, sondern auch nach rechts. Es liegen entsprechende Meinungsäußerungen jener vor, die heute behaupten, daß die Kommunistische Partei auf dem Punkt angelangt war, wo sie infolge der verkehrten opportunistischen Politik der letzten Jahre zu einem Schwanz der SPD werden mußte.

Es gibt Tatsachen, die dem widersprechen. Ich greife einige davon heraus. Die angeblich opportunistische Politik ist gekennzeichnet worden als die des Brandlerismus-Radekismus. Einer der Väter der verurteilten Politik, Genosse Radek, hat jedoch bis vor verhältnismäßig kurzer Zeit zu den eifrigsten Gönnern der deutschen Linken gehört. Er ist ihr moralisch und politisch eine äußerst wertvolle Stütze gewesen. Ehre, dem Ehre gebührt. Genosse Radek war dabei der meines Erachtens durchaus richtigen Auffassung, daß die deutsche Partei nur eine aktiv handelnde Partei sein könne, wenn auch die revolutionären Massen in Berlin, in Hamburg usw., die links gerichtet waren, mit der Gesamtpartei fest in einer klaren, grundsätzlichen Erkenntnis verbunden wurden. Die Trennung zwischen Berlin, Hamburg auf der einen Seite und der Zentralleitung der Parteimehrheit auf der andern war ein verhängnisvoller Fehler, dessen Überwindung die Exekutive angestrebt hat. Weiter wurde behauptet, daß diese Politik bewußt und planmäßig durch Genossen Brandler seit 1921 betrieben worden sei. Dem steht entgegen, daß Genosse Brandler erst im Herbst 1922 nach Berlin zurückgekehrt ist. Aber noch eine andere Tatsache spricht gegen die Behauptung. Die Zentrale war stets von dem ehrlichen Willen beseelt, ihre Politik mit größter Treue in Übereinstimmung mit den Resolutionen und Beschlüssen der Kommunistischen Weltkongresse zu halten, entsprechend der Auffassung, den Anregungen der Exekutive. Deshalb hat ihre Politik bis zur Oktoberniederlage die Zustimmung, die Unterstützung der Exekutive erhalten. Wenn tatsächlich die deutsche Partei sich unter der alten Zentrale einer Sünde schuldig gemacht hat — ich sage absichtlich „Sünde", denn meiner Meinung nach wäre es eine Sünde, hätte sie eine Politik der gekenn-

zeichneten Art getrieben —, so gehört auch die Exekutive auf die Anklagebank. Jahr für Jahr hätte sie sich der gleichen Sünde schuldig gemacht, denn sie wäre nicht gegen die verderbliche Politik eingeschritten. Wo war in all diesen Jahren der offene, rücksichtslose Kampf der deutschen Linken gegen die „kleinbürgerliche", „opportunistische" Exekutive, die den „Brandlerismus-Radekismus" deckte?

Gewiß, wir haben hier eine sehr leise Mahnung oder vielmehr einen leisen Tadel an die Adresse der Exekutive gehört, daß sie nicht rasch und energisch genug eingeschritten sei. Aber dieser leise Tadel war doch allzu sehr nach dieser Variante der Goetheschen Verse gestimmt:

„Gar nett ist es von einer großen Frau,
So menschlich mit dem opportunistischen Teufel selbst zu sprechen."

Meines Erachtens mußte die Linke, wenn tatsächlich das Verbrechen einer Politik des Parteiverderbens vorlag — den Kampf gegen die Exekutive sofort mit der größten Offenheit und Energie führen. Nicht obgleich, sondern gerade weil es die Exekutive war, die sich mitschuldig machte. Von ihr mußte zur Abwehr mehr Scharfblick, mehr Weitsicht und ein höheres Maß von Energie verlangt werden als von den einzelnen Kommunistischen Parteien, die noch in der Entwicklung begriffen waren.

Eine andere Tatsache: Es ist behauptet worden, daß der Genosse Brandler ausgerechnet Sachsen zum Aufmarschgebiet des geplanten Vorstoßes und zur Durchführung seiner parteischädigenden reformistischen Einheitsfronttaktik gewählt habe. Dort seien nämlich durch diese Politik die kommunistischen Massen bereits verseucht genug gewesen, um alle früheren schweren Entgleisungen offiziell durch die Arbeiterregierung auf die Spitze zu treiben. Nun leugne ich keineswegs, daß Genosse Brandler den Vorgängen in Sachsen eine überragende Rolle und Bedeutung beigemessen hat. Aber nicht, weil er dort die kommunistischen Massen für sozialdemokratisch verseucht glaubte, sondern umgekehrt: Weil er die irrige Überzeugung hatte, die sozialdemokratischen Massen in Sachsen seien dank unserer Arbeit bereits so reif geworden, daß sie mit uns zusammen den Kampf aufnehmen würden. Was ihn bestimmte, war die Wertung der Massen, nicht die Rücksicht auf die sogenannten „linken" Führer der Sozialdemokratie. Ich will hinzufügen, daß auch ich die Auffassung für irrig halte, als ob das „rote Sachsen", als ob das „rote Thüringen", als ob das „rote Mitteldeutschland" allein die Sache der proletarischen Revolution hätten entscheiden und ein revolutionäres Deutschland schaffen, repräsentieren können. Zu einem revolutionären Deutschland gehören vor allen Dingen auch Berlin, Hamburg, die ganze Wasserkante, das Ruhrgebiet, Schlesien. Aber es war ein anderer Grund noch als die Einschätzung Sachsens, der bestimmte, dieses als Aufmarschgebiet des Proletariats für die Machteroberung zu wählen.

Wie lagen die Dinge? Die Spatzen pfiffen es von den Dächern, daß am 9. November die Faschisten in Berlin die Monarchie aufzurichten gedachten. Zu diesem Zwecke sollten sich die faschistischen Heere von Mecklenburg, Pommern, Ostpreußen mit denen im Süden vereinigen. Das Berliner Proletariat sollte nicht nur militärisch blutig niedergeschlagen, sondern auch durch die Aushungerung bezwungen werden. Dieser Plan konnte nur dadurch vereitelt werden, daß der Durchmarsch der Faschisten vom Süden her in Sachsen und Thüringen

aufgehalten wurde. Sowenig die Ereignisse in Sachsen das erstrebte Ziel gefördert haben, die Aufrichtung der proletarischen Diktatur, *ein* Verdienst dürfen sie in Anspruch nehmen: Sie haben dazu beigetragen, daß es am 9. November von seiten der Faschisten zu nichts anderm kam als zu der grotesken Hitlerkomödie in München. Das proletarische Sachsen, durch den Versuch zu seiner revolutionären Mobilisierung erregt, war eines der Momente, die den Durchzug und die Sammlung der Faschisten in Mitteldeutschland vereitelt haben. (Zwischenrufe aus der deutschen Delegation.)

Genossen und Genossinnen! Ich weise summa summarum die Auffassung zurück, daß unsere schwere Niederlage im Oktober verschuldet sei durch eine konsequent durchgeführte reformistisch-sozialdemokratische Politik. Ich vermag aber auch die Auffassung des Genossen Sinowjew nicht zu teilen, daß vor allem das unglückliche sächsische Regierungsexperiment verhängnisvoll entscheidend gewesen sei. Ich sehe die Ursache des Rückzugs in dem Zusammenwirken einer Reihe von Faktoren, betreffs deren ich scharfe Kritik an dem Verhalten der Partei vor dem Oktober üben muß.

Die Lage in Deutschland, die eine Zuspitzung durch die Auswirkung der Ruhrbesetzung erfahren hatte, war objektiv unzweifelhaft außerordentlich revolutionär. Mehr noch, die objektiv revolutionäre Situation begann bereits, wenn auch noch nicht klar bewußt, sondern nur instinktiv, schon in eine subjektive revolutionäre Situation umzuschlagen. Im April, Mai, Juni, Juli sehen wir diese Erscheinungen: Überall Lohnbewegungen, Streiks, überall Hungerdemonstrationen, Ladenplünderungen, Requisitionen von Nahrungsmitteln durch städtische Arbeiter auf dem Lande usw. Unbestritten: Die Lage war revolutionär. Es sprangen hunderte heiße kleine Quellen aus einem von vulkanischen Kräften erschütterten Boden empor.

Was wären die Aufgaben der Partei gewesen, der Partei von oben und unten, von rechts und links? Diese Wässer alle zusammenzufassen zu einem einzigen starken Strom, und diesem Strom sein Bett, seine Richtung zu weisen, nämlich den Kampf für die Eroberung der Macht. Das ist nicht geschehen. Ich spreche offen meine Meinung aus, daß, wenn auch alle Teile der Partei sich in die Schuld zu teilen haben, so ist doch der größte Teil der Schuld der Führung beizumessen. Eben weil sie die Führung war, weil sie wegweisend voranschreiten soll und sich nicht erst von den Parteimassen vorwärtstreiben lassen darf. Die revolutionäre Massenstimmung mußte zu einem starken Strom verbunden werden, gerichtet auf die Eroberung der Macht. Keineswegs, daß diese Aufgabe erfüllt worden wäre, indem man ganz abstrakt die Worte „Eroberung der Macht" und „Bürgerkrieg" in die Welt posaunt hätte. Diese Worte, die einen tiefen geschichtlichen Sinn für uns haben, hätten nicht die Wirkung des Posaunenblasens von Jericho gehabt. Weder wird dadurch die Macht der Bourgeoisie umgeworfen, noch die politische Unreife der Massen weggeblasen, die die Revolution tragen müssen. Die Partei hatte die Aufgabe, die Forderung der Eroberung der Macht als Ziel, die Aufforderung zum Bürgerkrieg als Weg zum Ziel mit allen Tagesnöten und Forderungen des Proletariats zu verbinden.

Nicht nur durch bloße Worte, sondern durch tagtäglichen Kampf auf allen Gebieten, durch Ausnutzung aller Formen der Agitation und Aktion, durch Anspannung aller Organe der Partei hatten wir das Fühlen, Denken, Wollen der Massen mit der Idee der Machteroberung, des

Bürgerkriegs aufs festeste zu verknüpfen. Die Parlamente, die Gemeinderäte, die Presse, die Versammlungen, die Betriebsräte usw., alles war entsprechend einzustellen. Jeder Schrei nach Brot, jedes Verlangen nach Kleidung, jede Äußerung von Bildungshunger mußte enden mit dem Ruf: Die Kapitalsdiktatur muß zu Boden gerungen werden. Die Partei hat nicht verstanden, das Bewußtsein der Zusammenhänge zwischen ihren brennenden Leiden und der Machteroberung den breiten Massen zu vermitteln. Sie hat ein anderes nicht verstanden: Stark organisierte, feste Stützpunkte für Massenaktionen zu schaffen. Sie hat die Betriebsräte nicht in genügendem Maße konzentriert und vor allem nicht genügend politisiert. Sie hat in ihnen nicht Organe geschaffen, die in Stellvertretung von politischen Arbeiterräten zunächst Mittelpunkte und Organe der handelnden, aktiv gewordenen Massen sein konnten.

Und sie hat ein drittes verabsäumt: den Massenwillen auf den Bürgerkrieg zu richten; sie hatte politische Einheitsorgane für den Kampf mit Waffengewalt in Gestalt der Hundertschaften geschaffen. Aber diese Hundertschaften waren nichts als Paradedrill. Sie waren nicht mit dem täglichen Kampf der Arbeiter verbunden, handelnd, aktiv verbunden. Und, Genossinnen und Genossen, dafür, daß die Partei nicht erkannte, was not tat, daß sie in der Folge nicht die höchste Aktivität entfaltet, die revolutionäre Situation nicht gesteigert hat, dafür finde ich die Wurzeln in einer falschen ideologischen Einstellung. Die Partei war der Überzeugung, daß der Kampf für die Eroberung der Macht mit einer großen, gewaltigen Kraftanstrengung beginnen müsse. Für diese Kraftanstrengung vermeinte sie alle Kräfte aufsparen und zusammenhalten zu müssen. Sie besaß keine klare geschichtliche Erkenntnis des inneren Zusammenhangs, der besteht zwischen den Teilkämpfen der Proletarier um Teilforderungen und dem Kampf für die Eroberung der Macht. Sie sah in Teilkämpfen um Teilforderungen nichts als eine Quelle vorzeitiger Vergeudung und Verschleuderung der revolutionären Massenenergie und hielt es für ihre Pflicht, solcher Vergeudung entgegenzuwirken. Sie wertete die Tageskämpfe um Tagesforderungen nicht, wie sie gewertet werden müssen, nämlich als eine Quelle der Erweckung, der Sammlung, der Steigerung und der Erziehung der proletarischen Massenkräfte für den Massenkampf um die Eroberung der Macht. Und ich kann meine Überzeugung nicht verhehlen: Diese falsche Einstellung ist tatsächlich ein sozialdemokratisches, verhängnisvolles Erbteil. Als der größte Teil der Parteigenossen spät die revolutionäre Situation und die vorliegenden revolutionären Aufgaben erkannte, wähnte die Parteileitung diese erfüllen zu können durch ein fieberhaftes, organisatorisches und militärisches Rüsten. Das Rüsten in allen Ehren, der organisatorische Ausbau ebenso, beide sind ganz unentbehrlich für die Vorbereitung des Bürgerkrieges. Aber, Genossen und Genossinnen, sie allein genügen nicht. Sie müssen Hand in Hand gehen mit einem bewußten, planmäßigen leidenschaftlichen Ausrüsten der breitesten Arbeitermassen mit der Erkenntnis von der Notwendigkeit, der Unvermeidlichkeit des Kampfes mit bewaffneter Hand. Die gesamte Politik der Partei, ihr Wort und ihr Handeln muß die Massen mit der Erkenntnis erfüllen, daß ihnen kein anderer Ausweg aus ihrem Elend bleibt als der Bürgerkrieg, und wenn er die schwersten Opfer kostet. Alle Opfer revolutionärer Kämpfe sind bei weitem geringer als die Unsumme der Leiden, die die bürgerliche Klassenherrschaft tagtäglich, stündlich für das Proletariat zusammenhäuft.

Genossinnen und Genossen, Napoleon hat gesagt, daß 80 Prozent der Faktoren für die Sicherung des Sieges im Kriege moralischer Natur seien. Nun will ich gern zugeben, daß Napoleon kein so überragendes politisches und militärisches Genie ist, wie z. B. Genosse Kleine. Aber immerhin kann doch Napoleon als Politiker und Feldherr neben dem Genossen Kleine noch einige geschichtliche Bedeutung beanspruchen. Ich glaube, daß das, was Napoleon gesagt hat, doppelt und dreifach für den Bürgerkrieg gilt. Denn seien wir uns klar über eines: Wir mögen die Genossen noch so energisch, eifrig, leidenschaftlich, militärtechnisch und organisatorisch ausrüsten — wie Genosse Brandler es unzweifelhaft getan hat, eine Tatsache, die den Vorwurf entkräftet, als ob er zu feig und zu faul gewesen wäre, in den Kampf zu gehen —, trotz aller militärtechnischen Vorbereitungen werden wir nie die Rüstungshöhe unserer Gegner erreichen. Unsere militärtechnische Ausrüstung wird zum großen Teil erst während des Kampfes und durch ihn erfolgen. Daher die überragende Bedeutung der moralischen, der politischen Faktoren für den Bürgerkrieg. Sie müssen ersetzen, was an militärtechnischer Überlegenheit noch fehlt, unsere Politik muß darauf gerichtet sein, daß jeder einzelne, nicht nur jeder Mann, sondern auch jede Frau mit der Überzeugung durchdrungen ist, es muß gekämpft werden! Daß man nicht mit dem Kampf wartet, bis irgendwelche gütige Vorsehung den Rebellen gegen die Kapitalsgewalt Waffen in die Hand legt. Nein, die Proletarier müssen mit dem Willen erfüllt sein, sich selbst die Waffen zu holen, und wenn das nicht gelingt, wenn trotzdem der Kampf entbrennt, so muß im revolutionären Ringen jeder Stecken im Haus, jeder Hammer im Betrieb, ja — ich gehe weiter — jede nackte unbewehrte Faust Waffe werden, um den Gegner niederzuringen. Die Partei hat diesen Zusammenhang der Dinge vollständig übersehen. Sie hat nichts Planmäßiges, nichts konsequent Durchgehaltenes getan, um die Erkenntnis von der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes zum Gemeingut von Hunderttausenden zu machen und damit die ganze Kraft ihres Willens auf diesen Kampf zu konzentrieren. Sie wertete nicht, daß die Politik ein unentbehrlicher Teil des Rüstens für den Bürgerkrieg ist.

So standen alle Vorbereitungen der Partei auf den Bürgerkrieg, auf den Aufstand der Massenüberzeugung, des Massenwillens. Das galt nicht nur für ganz Deutschland, sondern sogar auch für Sachsen, das als Aufmarschgebiet der Revolution auserkoren war.

Unter diesen Umständen war die gemeinsame Arbeiterregierung von Kommunisten und Sozialdemokraten ein ungeheurer, ein schwerster politischer Fehler. Die Arbeiterregierung hatte nur einen Sinn, konnte nur eine revolutionäre Rolle erfüllen, wenn sie kam als Krönung einer gewaltigen revolutionären Massenbewegung, gestützt auf die politischen Machtorgane des Proletariats außerhalb des Parlaments, auf den Rätekongreß, gestützt auch vor allem auf reale Machtmittel, auf die Waffen in der Hand der Arbeiterklasse.

Statt daß die unerläßlichen Voraussetzungen einer revolutionären Arbeiterregierung vorhanden gewesen wären, glaubte man umgekehrt, eine Arbeiterregierung zum Ausgangspunkt der Massenbewegung und der Bewaffnung des Proletariats machen zu können. Die Zentrale, im besonderen Genosse Brandler, war wie hypnotisiert von dem Gedanken: Waffen her, Waffen in die Hand des Proletariats! Die sächsische Arbeiterregierung verschafft uns die Waffen! Die Genossen vergaßen darüber das Wichtigste: Die Köpfe der Menschen zu revolutionieren, die

die Waffen gebrauchen und die unter Umständen die Waffen erst selbst holen mußten.

Die Arbeiterregierung war ohne die nötige Verbindung mit den Massen, sie hatte keinen festen Boden unter sich. Das Experiment war m. E. unter diesen Umständen eine falsche Anwendung der Einheitsfronttaktik. An Stelle des Zusammenwirkens von kampfbereiten proletarischen Massen war getreten die Verständigung zwischen parlamentarischen Führern. Dieser Fehler war viel größer als der, daß Genosse Brandler erklärte, man müsse an die demokratischen Illusionen der Arbeiter anknüpfen, gewiß nicht, um diese Illusionen zu bewahren, sondern umgekehrt, um sie zu zerstören. Und wenn irgendwelche Tatsachen dazu beigetragen haben, für Zehntausende und Zehntausende die letzten demokratischen Illusionen zu vernichten, so sind es die sächsischen Ereignisse gewesen. Ich will bei dieser Feststellung nicht verschweigen, daß die kommunistischen Mitglieder der sächsischen Regierung und die Partei als Ganzes sich einzelne schwere Abweichungen von der revolutionären Einheitsfronttaktik zuschulden kommen ließen.

Genossen und Genossinnen, angesichts der Sachlage mußte sich Genosse Brandler auf der Chemnitzer Konferenz sagen, daß die Kommunistische Partei ohne Verbindung mit den Massen dastand. Die Politik der Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten hatte die Verbindung mit den Massen weder in Sachsen selbst geschaffen, geschweige denn in ganz Deutschland. Das „sächsische Experiment" war in seinem Zusammenhang mit dem revolutionären Ziel nirgends durch die Politik, durch die gesamte Tätigkeit der Partei ins Bewußtsein der Massen getreten. Sie erzeugte keine Kampfbereitschaft. Es war nicht die gedrückte Stimmung auf der Chemnitzer Konferenz, es war nicht der augenscheinliche Verrat der linken sozialdemokratischen Führer dort, der Genossen Brandler bestimmte, die Losung zum Losschlagen nicht zu geben. Nein, es war die nüchterne, traurige Erkenntnis, die Kommunistische Partei steht allein auf weiter Flur, nicht proletarische, die Revolution wollende, zum Aufstand entschiedene Massen stehen hinter ihr. Es rächte sich, daß die Partei nicht rechtzeitig genug die revolutionäre Situation erkannt, nicht rechtzeitig und systematisch genug die Bewegung durch Kampagnen großen Stils, durch Propaganda, Agitation und Aktion voll ausgenutzt, vorbereitet, gesteigert und auf den Machtkampf zugespitzt hatte.

Es ist hier behauptet worden, infolge der Losung zum Rückzug sei die vorhandene revolutionäre Bereitschaft der Partei, der Massen, nicht aktiv, als Kampf, zum Ausdruck gekommen. Genossen und Genossinnen, diese Auffassung ist ein Trugschluß, beruhend auf den Eindrücken in Agitations- und Demonstrationsversammlungen, aber nicht bekräftigt mit Tatsachen. Was sehen wir? Weil die Partei es nicht verstanden hatte, mit dem Pfunde der instinktiv sich emporbäumenden, revolutionären Massenstimmung zu wuchern, war diese Stimmung ungenutzt verrauscht und vertan. Das kam schon zum Ausdruck während des Cunostreiks. Gewiß, der Cunostreik zeigte ein gewisses politisches Reifen der proletarischen Massen. Die Streikenden erhoben eine politische Forderung: Sturz der Cunoregierung. Aber der Cunostreik bewies zugleich die noch große politische Unreife der Massen für den Aufstand, für die Eroberung der Macht. Wie wäre es anders möglich gewesen, daß die Massen sich einlullen ließen durch jene Spottgeburt

aus sozialdemokratischem und bürgerlichem Dreck ohne jedes revolutionäre Feuer, genannt Stresemann-Sollmann-Hilferding-Regierung? Wie wäre es anders möglich gewesen, daß die Massen einzuschlafen und zu schnarchen begannen auf dem Hilferdingschen Finanzschwindel von der Stabilisierung der Mark, der Preise, der Löhne?

Und weiter. Es kam das Ermächtigungsgesetz, das diesen Schwindel sanktionierte und vervollständigte, indem es auch den Schein der Demokratie zerstörte. Es kamen die Transporte der Reichswehr nach Sachsen. Nebenbei: Sie bewiesen, daß die Partei es sträflich vernachlässigt hatte, die durch den großen Eisenbahnerstreik im Jahre 1922 in Fluß gekommene Bewegung unter den Eisenbahnern auszunutzen. Kein einziger großer entscheidender Versuch ist gemacht worden, diese Transporte anzuhalten. Es kam die Ächtung der Kommunistischen Partei, ihr Hineingetriebenwerden in die Illegalität. Es kam die faschistische Diktatur. Doch siehe, die Massen schwiegen, die Massen waren stumm. Nicht in einer einzigen Aktion, nicht in einem einzigen politischen Hervortreten der Massen hat sich revolutionäre Kampfesbereitschaft, hat sich revolutionärer Kampfeswille offenbart. Das war unstreitig das aufgezeigte Verschulden der Partei.

Sie halten mir gewiß entgegen: Aber Hamburg! Genossinnen und Genossen, Hamburg ist gerade ein Beweis für meine Auffassung. Wie lagen die Dinge? Ich neige mich in tiefster aufrichtiger Bewunderung und in stärkstem Solidaritätsgefühl vor den paar Hunderten, die in Hamburg wie die Löwen gekämpft haben. Aber alle Bewunderung vermag mich nicht über die Tatsache hinwegzutäuschen, daß weder aus den Reihen der Partei selbst noch aus den Reihen des Hamburger Proletariats eine Solidaritätsaktion, eine Kampfesaktion mit elementarer Wucht hervorgebrochen ist. Mein Freund Thälmann wird mich korrigieren, wenn die folgenden Zahlen nicht stimmen sollten. Wenn ich recht berichtet bin, gab es damals in Hamburg 14 000 organisierte Parteimitglieder, und nur einige Hundert von ihnen haben gekämpft. (Thälmann: Weil sie nicht mehr Waffen hatten!) Richtig, das weiß ich auch, aber wo war zum Teufel die Entschlossenheit, sich selbst die Waffen zu holen? Ich sage, in der gegebenen Situation hätte nicht bloß unter den Parteimitgliedern, hätte unter den Arbeitern Hamburgs jene Herweghsche Aufforderung Leben und Blut gewinnen, Kämpferkraft werden müssen:

Reißt die Kreuze aus der Erden,
Alle müssen Schwerter werden!

Ich habe nichts davon gemerkt. Die Kampfesstimmung fehlte. Tausende von Parteigenossen gingen jeden Tag an den Kämpfenden vorüber, Zehntausende und Aberzehntausende von Streikenden. Sie trugen — so wird versichert — die Sympathie für die Kämpfenden im Herzen. Gewiß sagten sie sich: „Ha, welche Kerle! Die haben Mut, die zeigen, daß sie kämpfen können!“ Aber sie selbst hielten die Hände in den Hosentaschen. Und wo war die spontane, elementare Solidaritätsaktion auch nur in einem einzigen Industriezentrum, auch nur in einer einzigen großen Stadt Deutschlands? Wir hören, in den Betrieben brannte die Begeisterung für Hamburg lichterloh. Ach ja, die Begeisterung brannte, aber nirgends strömten die Arbeiter aus den Betrieben; ich will nicht verlangen, daß sie das hätten tun sollen, um zu kämpfen, aber wenigstens, um ihre proletarische Solidarität zu bekunden.

Unser Freund Rwal hat hier erklärt, daß im Oktober der letzte Parteigenosse und der letzte Arbeiter zum revolutionären Kampf bereit und entschlossen waren. Lieber Genosse Rwal! Ihre Äußerung hat mich gefreut als der Ausdruck des heißen Wunsches, eines starken revolutionären Temperaments. Ich bin ein alter Mensch mit vielen Erfahrungen, ich bin deshalb weit bescheidener als Sie. Ich wäre schon zufrieden, wenn nur der vorletzte Arbeiter, der vorletzte Parteigenosse, wenn sogar nur der fünfzigste oder neunundvierzigste Arbeiter — ich mache das zu keinem Rechenexempel —, wenn große Massen, vom kommunistischen Geist erweckt und beseelt, mit elementarer Gewalt, mit Spontaneität in den Kampf getreten wären. Sie wenden ein, das ist verhindert worden, weil die Partei die Losung zum Rückzug gab und nicht die Losung zum Kampf. Das ist unrichtig. Wenn wirklich durch unsere zähe Arbeit revolutionärer Wille in den Massen erweckt ist, dann setzt sich das Gebot durch: Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen; dann pfeife ich auf die Disziplin. Eine Parteileitung, die in objektiv und subjektiv revolutionärer Situation aus Opportunismus, aus Feigheit den Ausbruch der Revolution verhindert, bricht ihrerseits die revolutionäre Disziplin. Wenn der revolutionäre Wille der Massen geweckt ist, wird er den Kampf aufnehmen, auch ohne Aufruf sogar. Es geschieht, daß der elementare Kampfeswille des Proletariats sich ohne Losung der Partei in nutzloser Weise, verfrüht, äußert. So im Juliaufstand 1917 in Petersburg. Ein anderes Beispiel, daß der revolutionäre Wille ohne Losung der Partei hervorbricht, vorwärtsstürmt: Der November 1918 in Deutschland. Die Revolution brach aus, nicht nur ohne die Losung der damals führenden Partei, der Sozialdemokratie, sondern gegen ihren Willen. In München flatterte so die Fahne der Revolution empor. Noske wurde von der sozialdemokratischen Parteileitung nach Kiel geschickt, um die Rebellion der Matrosen auszuheben. Es ist ihm nicht gelungen. Scheidemann hat noch am 8. November seinen Einfluß, seine Energie aufgeboten, um den Kaiserthron wenigstens für den Enkel Wilhelms II. zu retten. Die Revolution kam wider den Willen der sozialdemokratischen Führer. Selbstverständlich, lieber Genosse Thälmann, bin ich nicht der Meinung, daß ein solch elementares Ausbrechen revolutionärer Massenstimmung stets von Vorteil ist. Was ich sagen will, ist: In der gegebenen objektiven Situation wäre im Oktober in Deutschland das geringste Zeichen von revolutionärem Massenwillen, von Kampfbereitschaft, das Zeichen für die Zentrale, für die Partei gewesen, organisiert vorzugehen. Denn ihrerseits war die Kampfentschlossenheit vorhanden. Wie die Dinge lagen, hat Genosse Brandler mit seinem Signal zum Abbruch oder richtiger zur Nichtaufnahme des Kampfes nicht nur das unvermeidlich Notwendige getan, sondern sich ein Verdienst um die Partei erworben. Ohne dieses Ausweichen wäret ihr vielleicht alle nicht hier, wäre die deutsche Partei zerschmettert, wäre die Blüte des revolutionären Proletariats in Sachsen und Thüringen gemeuchelt und gemordet worden. Wir wären eines Teiles unserer besten Kräfte beraubt. (Thälmann: Und jetzt?) Wenn viele jetzt hinter Gefängnismauern schmachten, so ist das eine Folge davon, daß auch die neue Leitung der Partei bis jetzt sich noch nicht so fest mit großen proletarischen Massen zu verbinden, ihre Aktivität zu wecken wußte, daß sie die Kerkermauern gebrochen hätten. (Zuruf: Wir haben fünf Jahre gesessen!) Das tut mir bitter leid, Genossen, aber es ist wirklich nicht die Schuld der Partei, daß die Arbeiter in ihrer Ge-

samtheit noch nicht genug aus dem Verrat und der Schmach der Sozialdemokratie gelernt haben.

Nach meiner Ansicht entspricht es nicht der historischen Wahrheit — ich rede nicht von Gerechtigkeit —, wenn man Genossen Brandler als Sündenbock, als Opportunisten in die Wüste jagt. Schuldig ist die gesamte Partei. Wir alle können uns brüderlich in die Fehler teilen. Wir müssen mehr tun, wir müssen brüderlich zusammen die Fehler überwinden lernen, damit sie in der Zukunft nicht noch einmal begangen werden. Es ist der Zweck meiner Ausführungen, dazu beizutragen, eine einheitlich organisierte, aber auch eine politisch klar und fest fundierte Partei zu schaffen. Wenn die Situation sich abermals revolutionär gestaltet, so muß die Kommunistische Partei Deutschlands ihr geschichtliches Examen als revolutionäre Führerin des Proletariats mit Erfolg bestehen.

Nun zum zweiten Teil der Mehrheitsdarstellung, zur himmlischen Verklärung der Gegenwart. Trifft alles tatsächlich zu, was wir über die Konsolidierung der Partei, über ihre steigende Aktionskraft, über die zunehmende Aktivisierung der Massen gehört haben? Ich sage: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube." Oder richtiger: Ich ringe heiß darum, den Glauben daran zu gewinnen. Der kann nicht durch die schönsten Reden gegeben werden, sondern nur durch Taten. Meines Dafürhaltens, soweit ich hier orientiert sein kann, sind Tatsachen vorhanden, die darauf schließen lassen, daß die Partei noch immer in einer schweren Entwicklungskrise steckt. Weder die feste organisatorische Konsolidierung ist erreicht, noch die Durchführung einer einheitlichen klaren, bestimmten politischen Aktionslinie. Deshalb kann die Partei auch noch nicht ihrem heißen Wunsche, ihrem eifrigsten Willen entsprechend die proletarischen Massen revolutionieren und vorwärtstreiben. Ich will hier einige Tatsache anführen.

Die Partei trat aus der Illegalität in die Legalität zurück, ohne daß eine kraftvolle Kampagne geführt wurde, die den breitesten Massen unsere konkreten Losungen der Stunde nahegebracht hätte, eine Kampagne, durch die die Kommunistische Partei bewiesen hätte, daß sie nicht als geschlagene Partei zurückkehrte, nein, als gewappnete, kampfentschlossene und kampffähige Partei.

Meines Erachtens mußten sich die Losungen dieser Kampagne in der gegebenen Situation um die Forderung gruppieren: Heraus mit den Gefangenen! Die Maifeier mußte mehr als je nicht nur Werbetag, sondern Rüstungstag, Aufmarschtag, Kriegserklärung an die Gegenrevolution sein. Die Maifeier ist in Berlin kläglich verlaufen, im Reiche — mit wenigen Ausnahmen — nicht besser. Und was charakteristisch war: In der Zentrale wurde lange darüber diskutiert, ob man zu einer einheitlichen Maifeier auffordern solle, oder ob es nicht jedem einzelnen Bezirk zu überlassen sei, den besonderen Verhältnissen entsprechend die Maifeier abzuhalten. Wenn es je eine sozialdemokratische Auffassung, eine sozialdemokratische Praxis gegeben hat, so war es in der Stunde, als in der Zentrale darüber gestritten wurde, ob und wie man die Maifeier begehen solle.

Die dritte Tatsache des Versagens wurde gegeben durch den Überfall der Berliner Polizei auf die Russische Handelsdelegation. Gewiß, ich buche es mit großem Vergnügen, daß bei diesem Anlaß in Berlin eine Reihe erfolgreicher Demonstrationsversammlungen stattgefunden

hat, in andern Städten ebenfalls. Aber das genügt nicht. Es hätte eine durchgehaltene kraftvolle Kampagne erfolgen müssen. Die Situation stand im Zeichen der Sachverständigenforderungen, und diese Situation mußte voll ausgenutzt werden. Die Massen mußten zum schärfsten Kampf gegen den französischen Imperialismus, den Weltimperialismus, aufgerufen werden, der auf die Kolonisation Deutschlands abzielte, ebenso zum schärfsten Kampf gegen die deutschen Schwerindustriellen, Finanzkapitalisten und Großagrarier, kurz, gegen die deutsche Großbourgeoisie und ihre Regierung, die bereit waren, Deutschland wie eine Ware an den internationalen Kapitalismus zu verschachern. Der Überfall auf die russische Handelsdelegation mußte als schmachvolles Kompliment vor Poincaré im Zusammenhang mit dieser Sachlage gewürdigt werden. Die Partei durfte sich nicht beschränken auf eine Demonstration gegen tückische, brutale Polizeiwillkür, sie mußte eine Kampagne durchführen für das weitestgehende Bündnis mit Sowjetrußland. Die nationale Frage war aufzurollen sowohl mit Bezug auf die imperialistischen Ententemächte wie im Hinblick auf die große wirtschaftliche und politische Bedeutung eines festen, innigen Bündnisses mit dem Bund der Räterepubliken. Es war daher auch an die Interessen der kleinen Leute anzuknüpfen, der Kleinkaufleute der Fertigwarenindustriellen usw., kurz aller, die von guten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland etwas zu hoffen haben. Nichts der Art ist geschehen.

Es kamen die Wahlen, die einen sehr erfreulichen Zuwachs der Kommunistischen Partei feststellten. Allerdings fällt beeinträchtigend ein Schatten darauf. Die sechs Millionen Stimmen der Sozialdemokratie und die etlichen Millionen Proletarierstimmen, die zu den faschistischen Parteien abgewandert sind und die wir nicht durch wirklich revolutionäre Aktivität zu gewinnen oder zu halten vermocht haben. Ich solidarisiere mich von Herzen und aus Überzeugung mit der Demonstration unserer Reichstagsfraktion bei Eröffnung des Parlaments. Aber ich vermisse auch bei dieser Aktion eines: die feste politische Verbindung mit den Massen. Bei der Demonstration im Parlament fehlten die Demonstrationen von Massen außerhalb des Parlaments. Sie erst hätten der Demonstration im Reichstag die volle Wucht und Bedeutung verliehen. Wir haben in Berlin 225 000 Wähler, in ganz Deutschland fast rund vier Millionen an die Urne gebracht. Ich kenne den deutschen Arbeiter und weiß, daß er, auch wenn er sich Kommunist nennt, noch immer viel leichter den Weg zur Urne als den Weg von der Urne zur Barrikade findet, ja auch nur zum Massenaufmarsch. Ich verlange deshalb nicht, daß die Berliner Proletarier in der gegebenen Situation den starken Kordon der bewaffneten Macht durchbrechen und vor dem Reichstag demonstrieren sollten. Eines aber konnte, mußte erfolgen: Demonstrationen in anderer Form. Wenn nicht auf der Straße, so in öffentlichen Versammlungen, in den Betrieben, vielleicht auch in Gestalt von halbstündiger Arbeitsunterbrechung, mehrstündigem Generalstreik usw. Aber nichts Derartiges war der Fall. Keine einzige Massenaktion. Lesen Sie in den Zeitungen nach.

Wir kommen zu den Aktionen in Halle, Fürstenwalde und andern Städten. Ich bin der gleichen Meinung wie die Zentrale, daß die faschistischen Herausforderungen durch proletarische Gegendemonstrationen beantwortet werden müssen. Es ist unbestreitbar, daß dies nicht ohne Bewaffnung von Proletariern geschehen kann. Gewalt gegen

Gewalt! Ich rechne es der Parteileitung auch nicht als Todsünde an, daß die beiden Demonstrationen außerordentlich schlecht, ganz unvollkommen organisiert gewesen sind. Aber ich vermisse bitter, daß die Vorbereitung der Aktionen keine Verbindung mit den Massen gewährleistet hat, diese hat vollständig gefehlt. Die Demonstrationen sind von der Partei politisch nicht genügend in den breitesten Massen vorbereitet worden. Die parteilosen und sozialdemokratischen Arbeiter standen bei ihnen nicht in proletarischer Einheitsfront von unten unter unserer Führung in Reih und Glied. Wir haben im Wahlkreis Halle-Merseburg 186 000 Stimmen erhalten, für die SPD wurden 100 000 Stimmen abgegeben. Der faschistischen Macht standen also bei Einheitsfront von unten rund 300 000 Proletarier gegenüber. Ist diese proletarische, revolutionäre Macht in Erscheinung getreten? Genosse Geschke hat in einer sehr beachtenswerten Rede im Deutschen Klub geschildert, daß alle Straßen Halles von den Faschisten beherrscht waren. Nichts als schwarzweiß-rote Fahnen wehten von den Häusern — keine einzige schwarzrot-goldene. Ach, Genossen, ich möchte dem Tag von Halle gern die schwarz-rot-goldenen Fahnen schenken, für uns sind sie ein Zeichen der bürgerlichen Klassenherrschaft, der Bourgeoisiediktatur, so gut wie das Schwarz-weiß-rot der Monarchie. Aber wo waren die überflutenden roten Fahnen der Kommunisten, des revolutionären Proletariats? Sie fehlten. Und es spricht ganze Bände, wie es um unsere Verbindung mit den Massen steht, daß von seiten der Eisenbahner auch nicht ein einziger Versuch gemacht worden ist, um den Transport, den Einmarsch der faschistischen Horden in Halle zu verhindern.

Ein anderes Kapitel, in dem ich die geringe Aktivität der Partei wie die Passivität der Massen schmerzlich empfinde, vor allem die Unfähigkeit der Partei, soweit sich Kampfwille der Massen zeigte, diesen politisch zuzuspitzen und die Führung in die Hand zu bekommen. Wir haben in den letzten Monaten in Deutschland eine Ära wirtschaftlicher Kämpfe erlebt wie noch nie. Massenstreiks in den verschiedensten Teilen und Gewerben, Massenstreiks, die nicht nur wochenlang, sondern monatelang mit einer Zähigkeit, einem Opfermut und einer Heldentreue ohnegleichen durchgehalten worden sind. Aber wo war dabei die führende Rolle der Partei? Ich entdeckte sie nicht, mit einer Ausnahme. In Oberschlesien hat sich kämpfender Massenwille offenbart, dort war die große Bewegung der Bergarbeiter wirklich Massenstreik. Im Ruhrgebiet hingegen handelte es sich bei weitem überwiegend nicht um einen Generalstreik, vielmehr um eine Generalaussperrung der Grubensklaven. Die Bewegung im Reich als Ganzes trug den Charakter wirtschaftlicher Abwehrkämpfe des Proletariats. Die Partei hat nichts getan, wenigstens nicht genügend getan, um diese wirtschaftlichen Abwehrkämpfe zuzuspitzen, ihnen einen politischen Kern zu geben, sie zu einem politischen Vorstoß der kämpfenden Arbeiter voranzutreiben. Jedoch nicht einmal die Führung der wirtschaftlichen Kämpfe war in unserer Hand. Das alles gilt besonders für das Ruhrgebiet. Dort sind die Bemühungen der Partei gescheitert, die Metallarbeiter, die Eisenbahner aus Solidarität zum Anschluß an die Kämpfe der Bergarbeiter zu bewegen. Wir brachten keine Solidaritätsbewegung außerhalb des Ruhrgebiets zustande. Unsere Aktion ist so gut wie unbemerkt geblieben. Die Massen sind infolge unserer Passivität, oder wenigstens unserer ungenügenden Aktivität, wieder unter die Füh-

rung der Amsterdamer, unter die Führung der Gewerkschaftsbureaukratie geraten. Warum das? Weil wir ihnen nur Losungen geben, die sich sehr wenig oder gar nicht von denen der Gewerkschaftsbureaukratie unterschieden haben. Kampf für die Zurückeroberung des Achtstundentages! Sehr wohl! Aber das war nicht genug! Wollten wir führen, so durften wir uns nicht darauf beschränken, den Arbeitern zu erklären, daß es sich nicht um eine Aussperrung handele, sondern daß diese Aussperrung ein Streik sei. Zweitens, daß wir statt 15 Prozent Lohnerhöhung 30 Prozent forderten. Die Aufforderung zur Betriebsbesetzung konnte die Zentrale nicht wagen, obgleich die „Linke" sie im Frühjahr proklamiert hatte. Wo waren politische Losungen für die Bewegung? Sie kamen erst, nachdem — wie ich hörte — von „rechter" Seite ein Artikel im „Kämpfer" erschienen war, der die entschädigungslose Beschlagnahme . . . (Zwischenruf: Er kam von linker Seite!) Nun, dann ist er von linker Seite gekommen. Mir ist gesagt worden, von rechter Seite. Ich bin jederzeit bereit, mich von euch belehren zu lassen. Für mich handelt es sich nicht darum, ob von rechts oder von links, sondern ob eine gute politische Losung erfolgte. Also, es wurde angeregt, die Losung herauszugeben: Entschädigungslose Beschlagnahme der stillgelegten Betriebe und Wiedereröffnung unter Arbeiterkontrolle. Darauf hat die Zentrale die Losung ausgegeben: Nationalisierung der Betriebe und Arbeiterkontrolle. Ich will nicht untersuchen, welche Losung unter den gegebenen Umständen zweckmäßiger gewesen wäre. Grundsätzlich richtig erscheint mir die Losung der Nationalisierung. Aber unter Umständen konnte die Losung der Beschlagnahme der stillgelegten Betriebe zweckmäßiger und damit stark vorwärtstreibend sein. Aber die Hauptsache: Die Losung kam viel zu spät. Sie hat sich unter dem Ruhrproletariat nicht ausgewirkt, sie hat sich auch im übrigen Deutschland nicht ausgewirkt. Es kam nicht zu großen kraftvollen Solidaritätsaktionen mit den kämpfenden Bergarbeitern des Ruhrgebiets. Das sind Tatsachen.

Genossinnen und Genossen! Ich schließe aus Tatsachen, wie diesen, daß die Partei bis jetzt nicht verstanden, noch nicht die Kraft besessen hat, sich mit den proletarischen Massen zu verbinden, um ihre höchste Aktivität zu entfesseln, zu steigern und in bestimmter Richtung vorzutreiben, nämlich zum Kampf um die Macht. Ich weiß, welche mildernden Umstände der Parteileitung zugebilligt werden müssen. Ich leugne keineswegs, daß sich in der großen Passivität der Massen verschiedene Umstände auswirken. So die Panikstimmung, die die Oktoberniederlage in den Massen und in der Partei selbst geschaffen hatte. So das herabgeminderte Vertrauen der Massen zur Partei, weil sie dem Kampf ausgewichen, weil sie zu schwach war, ihn aufzunehmen. So die Massenflucht aus den Gewerkschaften — die allerdings zum Teil die Schuld der Partei ist. So die Arbeitslosigkeit und die Maßregelung vieler Kommunisten in den Betrieben und durch die Gewerkschaftsbureaukratie. Aber daneben kommt unzweifelhaft noch anderes als ursächliches Moment zur Geltung. Einmal die noch ungenügende organisatorische Ausgestaltung und Festigung der Partei, die erst durch die Umstellung der Parteiorganisationen auf Betriebszellen erfolgen kann. Dann die unsichere, schwankende, unklare politische Linie der Zentrale und mit ihr der Gesamtpartei. Endlich die Furcht vor „opportunistischen Entgleisungen". Die grundsätzliche und taktische Unsicherheit der Parteileitung wirkt sich besonders aus auf dem Gebiete der Gewerk-

schaftsbewegung, wo sie ja . . . (Geschke: Die Resolution des Parteitages!) Lieber Genosse Geschke, Sie verweisen auf die Resolution des Parteitages. Sehr schön! Aber ich frage: Wo ist eure energische Kampagne innerhalb der Partei, um diese Resolution durchzuführen; was ist praktisch geschehen für die Losung: Hinein in die Gewerkschaften, Eroberung der Gewerkschaften!? (Geschke: Jawohl, wenn Sie nicht informiert sind, so ist das nicht unsere Schuld.)

Genosse Geschke, ich habe alles sehr aufmerksam gelesen, was sich auf eure Gewerkschaftsarbeit bezieht, und finde Ihre Behauptung nicht durch Tatsachen bestätigt. Vielleicht hat die Zentrale durch Rundschreiben auf die Durchführung der Resolution hingewirkt. Das ist sehr leicht möglich. Aber Rundschreiben ersetzen nicht kraftvoll durchgeführte, einheitlich eingestellte, zielklare Kampagnen, die alle Organe und Kräfte der Partei für das Beschlossene mobil gemacht hätten. Ich finde einen weiteren Beweis für eure unklare und unsichere Auffassung der Gewerkschaftsfrage darin, daß zwar die Betriebsrätewahlen in manchen Industriezentren gut für uns ausgefallen sind, daß wir aber auch schwere Niederlagen zu buchen haben. Ich erinnere nur an Remscheid, an Frankfurt am Main, an Göppingen, Heidelberg und eine Reihe anderer Orte. Ich erinnere ferner an die schweren Niederlagen der Partei bei der Wahl von Gewerkschaftsdelegierten sogar in Berlin. Da ist ferner die veränderliche Einstellung der Parteileitung zu dem Arbeiterkongreß. Der Arbeiterkongreß war unstreitig als Ausgangspunkt der Gewerkschaftsspaltung geplant. Die Zielrichtung auf die Spaltung mußte preisgegeben werden. Jetzt würgt die Parteileitung daran, wie sie dem Arbeiterkongreß einen andern „harmlosen" Charakter geben könnte, und sie hat das Stattfinden der Tagung von Monat zu Monat verschoben. „Erkläret mir, Graf Orindur, diesen Zwiespalt der Natur." (Geschke: Das ist kein Zwiespalt!) Daß der Einfluß der Partei in den Massen gelockert, gemindert worden ist, dafür sind die Bestätigung die sechs Millionen Stimmen, die die Sozialdemokratie trotz den vier Jahren Weltkrieg und trotz ihrer, Schmach auf Schmach häufenden Koalitionspolitik seither doch erhalten hat. Diese sechs Millionen Stimmen sind nicht nur der Ausdruck der politischen Unreife großer Arbeitermassen, sie sind auch der Ausdruck unserer mangelnden Kraft, diese Unreife in Reife zu verwandeln. Und das ist bescheinigt worden durch die nicht zu bestreitende Konsolidierung der Sozialdemokratie, die deren letzter Parteitag gezeigt hat, eine Konsolidierung der Partei, die besonders darin zutage tritt, daß die sogenannte Linke vollständig feig und erbärmlich kapituliert hat, zu Kreuze gekrochen ist. (Unruhe bei der deutschen Delegation.)

Sie, Genossen, werden mir sagen, von diesen Helden hatten wir nichts anderes zu erwarten. Das weiß ich so gut wie Sie. Ich kenne diese Helden vielleicht besser als ihr alle, nicht bloß vor den Kulissen, sondern auch hinter den Kulissen. In ihrem Hirn lebt keine geschichtliche Erkenntnis, die sie zur wahren Opposition, d. h. zum revolutionären Kampfe treibt, ihr Herz ist ohne revolutionäre Kraft. Sie mimen Opposition nur, wenn sie den Druck der Arbeiterstiefel auf dem edlen Teil ihres Körpers empfinden, wo der Rücken seinen salonfähigen Namen verliert. Wenn diese Linke so gottsjämmerlich kapituliert hat, so, weil sie augenblicklich nicht mehr den Druck der Arbeiterstiefel fühlt. Warum nicht? Weil unsererseits nicht mehr der starke, be-

herrschende, vorwärtsstoßende Einfluß auf große Massen der sozialdemokratischen Gefolgschaft vorhanden ist.

Genossinnen und Genossen! Ich sage das nicht, um euch persönlich wehe zu tun. Ich halte es aber für notwendig, eure ernsteste Aufmerksamkeit auf diese Dinge zu lenken. Ich spreche aus, was ich sehe, damit ihr euch klar werdet über die Situation innerhalb der Partei und euer Verhältnis zu den schaffenden Massen. Ihr werdet die vorhandenen Fehler und Schwächen nie überwinden, solange ihr bei jeder Aktion, die Kraft zeigt, die Erfolg hat, sagt: „Das ist allein unser Werk"; und bei jeder Schwäche, bei jedem Gebrechen der Partei aber erklärt: „Das ist die Hinterlassenschaft der alten Zentrale." Ihr erklärt euch damit in einem Atem als ohnmächtig und als allmächtig. Das eine wie das andere ist eurer Vorwärtsentwicklung — ich zweifle nicht an dem Ernst und der Ehrlichkeit eures Willens dazu —, ist dem Emporarbeiten der Partei wahrhaftig nicht förderlich. Es ist besonders gefährlich in der gegenwärtigen Situation.

Gegenwärtig sind in der weltwirtschaftlichen wie in der weltpolitischen Situation Tendenzen vorhanden, die auf eine Stagnation der Weltrevolution schließen lassen könnten, auf eine Festigung der bürgerlichen Klassenherrschaft, mit einem Wort: auf eine Atempause längerer Dauer für den Kapitalismus. Die Situation trägt aber in sich auch viele und starke Momente und Tendenzen, die zu einer raschen Zuspitzung der Gegensätze und insbesondere des Gegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie treiben und uns sehr rasch in große revolutionäre Kämpfe führen können. Wir dürfen nicht das eine vergessen: Die Revolution hängt nicht nur ab von der Reife der ökonomischen Verhältnisse. Sie ist auch das Werk des subjektiven geschichtlichen Faktors, das Werk des menschlichen Willens. Die Kraft dieses subjektiven Faktors ist kein bloßes Rechenexempel, das man auf Grund statistischer Tabellen über die Wirtschaftsentwicklung lösen könnte. Ungezählte, unfaßbare, unwägbare, unmeßbare Momente spielen mit, um die Kraft des Willens zur Revolution zu lösen und entscheidend zu machen. So ist es angesichts der sich bekundenden widerspruchsvollen Tendenzen wohl möglich, daß wir aller Kraft des Aushaltens bedürfen, um eine Zeit des Stagnierens der Revolution zu überwinden und auszunützen zum Rüsten für den revolutionären Machtkampf, daß wir aber auch vollste Kampfbereitschaft erwerben müssen, weil die Revolution kommen kann wie der Dieb in der Nacht, überraschend schnell. Und das ist in Deutschland eher möglich als in jedem andern Lande. Die Grundlage dafür ist die Auswirkung des Sachverständigengutachtens, der Kapitulation der deutschen Bourgeoisie vor dem Weltimperialismus, oder richtiger die Auslieferung des deutschen Proletariats zu verschärfter Ausbeutung und Knechtung durch die Weltbourgeoisie, die deutschen Kapitalisten inbegriffen.

Diese Aussicht legt unserer Partei größere, schwerere Verpflichtungen auf als je zuvor eine Situation. Wir müssen uns auf sie rüsten. Gerade wenn wir damit rechnen, daß eine Zuspitzung der Verhältnisse sehr rasch erfolgen kann, ist es notwendig, daß wir alle Kraft daran setzen, die breitesten Massen zu wecken und zu gewinnen, die Einheitsfront von unten herzustellen und Millionen Proletarier unter unserer Führung in den Kampf zu werfen. Wir haben nicht viel Zeit und keine Minute, um sie ungenützt zu verlieren. All unsere Tätigkeit,

uns und die Massen zu rüsten, sturmfähig zu machen, muß in eine kurze Spanne zusammengedrängt werden und deshalb um so energischer und zielklarer sein. Die Partei hat das Rüsten auf bedeutsame Kämpfe begonnen durch ihre Verständigung mit den kommunistischen Bruderparteien der Nachbarländer. Das war nicht nur nützlich, das war absolut notwendig. Aber Genossen und Genossinnen, wir dürfen über der internationalen Mobilisierung für unsere Kämpfe nicht vergessen, daß der Weltimperialismus von jedem Proletariat auf dem Boden seiner eigenen Heimat geschlagen werden muß. Deshalb die Notwendigkeit, dort die proletarischen Massen zu mobilisieren, die breitesten werktätigen Massen. Welches sind die konkreten Losungen, mit denen das in Deutschland geschehen soll? Konkrete Losungen, deren Verwirklichung zunächst wenigstens die Lasten des Sachverständigengutachtens dem Proletariat abnehmen und auf die Besitzenden überwälzen könnte. Wo sind die konkreten Maßnahmen, die wirtschaftlich, die politisch die Kommunistische Partei mit den breitesten Massen verbinden? Ich habe bis jetzt nichts von solchen Maßnahmen gehört. Es kommt in der gegebenen Situation darauf an, daß das deutsche Proletariat sich für den Kampf zur Niederzwingung der kapitalistischen Klassenherrschaft Bundesgenossen sucht. Wo sind die Schlußfolgerungen — in greifbarer Form —, die sich für uns aus unserer Auseinandersetzung mit der nationalen Frage, mit der Bauernfrage, mit der Frage des Kleinbürgertums ergeben? Was gedenkt die Partei zu tun, damit jene kleinbürgerlichen Massen uns Bundesgenossen stellen, statt Feinde? Ich habe bis jetzt nichts davon gehört.

Genossinnen und Genossen, angesichts der geschichtlichen Stunde erhält eine Frage gesteigerte, ausschlaggebende Bedeutung, und das nicht nur für Deutschland, vielmehr für alle nationalen Sektionen der Kommunistischen Internationale. Das ist unsere Einstellung zur proletarischen Einheitsfront und zu ihrer Praxis. Eine der vornehmsten Aufgaben des Weltkongresses ist unbedingt, vollständige Klarheit über die Frage der proletarischen Einheitsfront zu schaffen, im Zusammenhang damit über die Frage der Arbeiter- und Bauernregierung, die die letzte Stufe der Einheitsfronttaktik ist.

Genossinnen, Genossen, ich muß bekennen, weder der Bericht des Genossen Sinowjew, noch die Debatten haben mich bis jetzt in dieser Beziehung befriedigt. Es ist noch nicht die nötige Klarheit darüber geschaffen: Wie soll von den einzelnen Sektionen die Einheitsfront grundsätzlich, klar, eindeutig, fest durchgeführt werden. Es sind aus den kommunistischen Parteien viele Einwendungen gegen die Beschlüsse des 4. Weltkongresses, gegen die Einheitsfronttaktik und insbesondere gegen die Arbeiter- und Bauernregierung erhoben worden. Das beweist, daß innerhalb der Kommunistischen Internationale doch noch nicht vollständige Klarheit über das Wesen und das Ziel der Einheitsfronttaktik und der Arbeiter- und Bauernregierung herrscht.

Genosse Sinowjew hat deswegen hier verschiedene Erklärungen und Auslegungen gegeben, wie die Beschlüsse des Weltkongresses zu verstehen seien. Ich spreche es frei und offen aus — Genosse Sinowjew wird mir das nicht zu hoch anrechnen —, daß seine Ausführungen mich lebhaft an Bibel und Evangelien erinnerten, jedoch meiner Ansicht nach nicht die Klarheit gebracht haben, deren unsere Internationale bedarf. Ich halte es in dieser Situation betreffs der Einheitsfront und

der Arbeiter- und Bauernregierung mit Luther: „Das Wort sie sollen lassen stahn." Die Resolutionen des Weltkongresses müssen für uns ohne Erklärungen, ohne Erläuterungen maßgebend sein können. Wenn sie für diesen Zweck nicht mehr genügen, so müssen sie abgeändert werden. Persönliche Erklärungen sind nicht ausreichend, und wenn sie von einem so verdienstvollen Führer abgegeben werden, wie Genosse Sinowjew es ist. Geben wir dem Vorsitzenden der Exekutive das Recht, zu kommentieren, was eigentlich ein Beschluß des Weltkongresses besagt, was in dieser Beziehung seine eigene Meinung ist und was nur der Niederschlag von Genossen Radeks Verführungskünsten, so geben wir auch jedem andern Mitglied das Recht zur Auslegung. Unsere einheitliche Disziplin und einheitliche Aktion kann darüber zum Teufel gehen. Wir brauchen Klarheit und einwandfreien Text.

Auf was kommt es gegenwärtig an? Daß wir uns vollständig klar darüber sind, Einheitsfront bedeutet eine Kampfgemeinschaft aller Proletarier, ohne Unterschied der Partei, der Gewerkschaftsorganisation, ohne Unterschied, ob organisiert oder unorganisiert; eine Kampfgemeinschaft von Arbeitern, die, als Proletarier, als Rebellen wider die Kapitalsgewalt in Wirtschaft und Staat kämpfend, zusammengehören. Die Einheitsfront bedeutet Gemeinschaftskampf von Proletariern, zu Massen zusammengeballt, aber nicht als blinder, regelloser Haufe, sondern unter Führung der Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Internationale. Eine solche Einheitsfront hat zweierlei zur Voraussetzung. Erstens, daß jede kommunistische Partei eine organisatorisch fest gegliederte, starke, zentralisierte, disziplinierte Einheit sei, die sich weder an eine andere Partei hängt, noch sich in Massen verliert. Die organisatorische Einheit und Geschlossenheit aber ist nur der äußere Ausdruck der inneren Einheit und Geschlossenheit der Partei auf der Grundlage der revolutionären prinzipiellen und taktischen Einstellung. Deshalb muß die Partei bei jeder Praxis der Einheitsfront stets unverhüllt ihr wahres, klares Gesicht zeigen. In ihrer Agitation, bei ihrer Aktion darf sie sich nie aus Rücksicht auf eine andere Partei hemmen lassen oder ihr Gesicht schminken. Sie muß ganz selbständig auftreten als revolutionär führende Klassenpartei des Proletariats und muß sich als solche bewähren. Die zweite Voraussetzung unserer Einheitsfronttaktik ist, daß wir lernen, uns dank genauesten Vertrautseins mit den Bedürfnissen, den Wünschen und Wollen der Massen, dank gründlicher Sachkenntnis und unerschütterlicher Treue in der Vertretung proletarischer Interessen uns jeden Tag immer mehr mit den Werktätigen zu verbinden.

Sind diese beiden Bedingungen erfüllt, so halte ich es für eine nebensächliche Frage, ob Einheitsfront von unten oder aber auch von oben durch Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen. Nach meiner Meinung in dieser heißumkämpften Frage ist Einheitsfront stets letzten Endes Einheitsfront von unten. Verhandlungen mit Spitzenorganisationen werden immer mehr oder weniger klar und bestimmt als Ausdruck des Massenwillens der Einheit von unten erfolgen. Nicht als Ausdruck dessen, daß die Herren Reformisten zu Verhandlungen mit uns kommen, weil wir so freundlich sein wollen, ihnen die unverdiente Ehre anzutun, uns mit diesen Verrätern und Feiglingen an einen Tisch zu setzen, nein, weil sie kommen müssen, getrieben von dem Willen eines Teils ihrer eigenen Anhängerschaft. Wenn wir uns

also mit diesen Herren gelegentlich unter ganz bestimmten Voraussetzungen an einen Tisch setzen, so nur zu dem Zweck, einen noch stärkeren Druck zur Aktion auf diese Führer wirksam werden zu lassen und noch breitere Massen aus ihrer Gefolgschaft zu lösen und um unsere Fahne zu sammeln.

Zur Frage der Arbeiter- und Bauernregierung. Ich kann die Erklärung des Genossen Sinowjew durchaus nicht akzeptieren, Arbeiter- und Bauernregierung sei nur ein Pseudonym, ein Synonym oder noch ein anderes „nym" für Diktatur des Proletariats. Für Rußland ist es vielleicht richtig, aber für Länder mit höherer kapitalistischer Entwicklung trifft das nicht zu. Da ist Arbeiter- und Bauernregierung der Ausdruck einer bestimmten, konkreten, geschichtlichen Situation, auf deren Möglichkeit bereits Engels hingewiesen hat, nämlich daß Perioden kommen können, wo die Bourgeoisie die Macht nicht mehr zu halten vermag und das Proletariat noch nicht einig und reif genug ist, um die ganze Macht auszuüben. Die Arbeiter- und Bauernregierung kommt als ein Ausdruck der Tatsache, daß die Auffassung breiter Massen bis zu der Erkenntnis geklärt worden ist, sie müßten die Macht der Bourgeoisie zu Boden ringen und ihr ihre eigene Macht entgegenstellen, wo aber die Massen gleichzeitig noch von der Illusion befangen sind, ihre eigene Macht könnte zum Ausdruck in der bestehenden bürgerlichen Staatsform kommen, wo sie noch von dem Wahn, der neue Wein des revolutionären proletarischen Machtwillens könne in die alten Schläuche der Demokratie gefüllt werden, nicht geheilt sind.

Die Arbeiterregierung kann nur kommen als Ausdruck revolutionärer Massenbewegungen. Wenn auch eine solche Arbeiterregierung eventuell von einem Parlament aus der Taufe gehoben wird, so muß sie doch stets das Kind revolutionärer Massenkämpfe sein. Aber weil sie das sein muß, erwarten die Arbeiter, die sie ins Leben rufen, von ihr auch revolutionäre Arbeiterpolitik. Diese ist unmöglich ohne diktatorische Eingriffe schärfster Art, nicht nur gegen de Reste der politischen Macht der Bourgeoisie, vielmehr auch gegen die wirtschaftliche Allmacht der Kapitalisten in ihren Betrieben. Deshalb ist es klar, daß eine Arbeiterregierung sich nie kraft eines Parlaments halten kann, sondern nur gestützt auf die politischen Organe der revolutionären Arbeiter außerhalb des Parlaments, auf einen Rätekongreß, daß sie nur existieren kann bei der Bewaffnung des Proletariats.

Deshalb glaube ich, daß eine solche, wirklich revolutionäre Arbeiterregierung nicht von langer Dauer sein kann, daß sie zum schärfsten Kampf um die Diktatur führen muß. Es ist sogar möglich, und ich glaube, daß es in vielen Ländern Westeuropas sogar sicher ist, daß wir überhaupt nicht durch die Periode einer Arbeiterregierung gehen werden. Der Gegensatz um den Besitz der Macht wird sich vielmehr sofort zuspitzen zum Kampf um die Aufrichtung der proletarischen Diktatur. Ich leugne aber nicht von vornherein die Möglichkeit, daß in manchen Ländern doch eine solche Arbeiterregierung, wie gekennzeichnet, als Übergangsstadium entsteht. Meiner Meinung nach wird sie jedoch nicht von langer Dauer sein. Ich glaube nicht, daß die pazifistisch-demokratische Welle, von deren Anschwellen und deren Bedeutung wir soviel von den Opportunisten hören, von großer und langer Dauer sein wird. Umgekehrt. Ich bin überzeugt, daß bei den Arbeitern die jetzigen Illusionen sehr bald durch die Ernüchterung und die ihr folgende Revolutionierung abgelöst werden. Gerade weil ich

dieser Überzeugung bin, bin ich auch der Auffassung, daß jedes Stückchen realer Macht, das das Proletariat erobert, ausgenützt werden muß.

Gegenwärtig ist die Situation so, daß die Weltwirtschaft und mit ihr die Weltherrschaft der Bourgeoisie bis in ihre Tiefen erschüttert ist, daß sie mehr und mehr zerfällt. Was die Bourgeoisie an der Herrschaft hält, sind jetzt nicht mehr ihre legalen und nicht einmal dazu ihre illegalen faschistischen Gewaltmittel. Was der Bourgeoisie eine kürzere oder längere Atempause verschafft, ist die Unreife der Arbeitermassen selbst, ist die sie noch erfüllende, opportunistische, reformistische Auffassung. Sie lähmt und tötet den Glauben der Arbeiter an ihre Kraft, den Glauben an die Möglichkeit ihres Sieges. Deswegen bin ich der Ansicht, daß die KI und alle ihr angeschlossenen Sektionen in dieser Stunde die ernste Aufgabe haben, mit aller Kraft jede Spur einer reformistischen, opportunistischen Auffassung nicht nur in der Partei, sondern auch in den proletarischen Massen außerhalb der Partei mit der letzten Wurzel auszurotten und durch die revolutionäre Kampfesideologie des Kommunismus zu ersetzen.

Seien wir uns aber über die Dinge klar: Die Gefahr der reformistischen Verseuchung ist nicht nur gegeben durch die Überbleibsel sozialdemokratischer Auffassung und Praxis, die in unsern Reihen fortleben. Sie erwächst auch jeden Tag aufs neue aus der gegebenen Situation, die immer wieder und wieder in nicht völlig geschulten, klarblickenden Proletarien — auch Kommunisten — die Hoffnung wachruft, daß die Arbeiter auf dem Wege der Reformen und der Demokratie doch billiger und schneller der Hölle dieser Zeit entrinnen könnten. Damit tritt die Notwendigkeit hervor, unser Verhältnis zu andern Parteien scharf abzugrenzen. Die Situation stellt zur Überwindung der von rechts drohenden Gefahren vor die KI die Aufgabe, ihre Selbständigkeit als Partei und ihren revolutionären Inhalt als Partei zu bewahren, mit einem Wort, eine wirklich bolschewistische Partei im revolutionären Sinne des Wortes zu werden.

Aber gleichzeitig erwächst auch aus der gleichen Situation, aus dem stockenden Gang der Revolution eine andere Gefahr von links. Das ist die Gefahr der Auffassung, die zum Putschismus führt, nämlich daß die selbständige Partei allein, ohne die Massen und für die Massen, revolutionäre entscheidende Aktionen und Kämpfe durchführen könne. Diese Gefahr wirft die andere Frage auf nach dem Verhältnis zwischen der Partei und den Massen. Die Frage ist bis jetzt ebenfalls in mustergültiger Weise von der bolschewistischen Partei und ihrer Praxis gelöst worden. Wenn wir das richtige Verhältnis der Partei finden wollen, sowohl zu der Gefahr von rechts als auch zu der von links, müssen wir uns zu eigen machen nicht nur, was uns die bolschewistische Partei, was uns die Geschichte der russischen Revolution lehrt über die Bedeutung der Disziplin, der Zentralisation. Wenn wir in jeder Beziehung eine wirklich bolschewistische Partei werden und als bolschewistische Partei kämpfen wollen, so müssen wir uns auch zu eigen machen, was sowohl die tragende Kraft der Disziplin als auch die tragende Kraft der Grundsatzfestigkeit ist und was der Partei die Möglichkeit zu raschem Vorstoß und zu klugem Rückzug sichert, kurz die Elastizität der Taktik. Es ist die Durchdringung jedes Parteimitgliedes mit revolutionärem Pflichtbewußtsein. Die Partei duldet keine nur zahlenden Mitglieder, sondern fordert, daß jedes Parteimitglied aktiv, handelnd sei. Diese Erziehung zum Pflichtbewußtsein

jedes einzelnen, das ist die allerstärkste Kraft der Entwicklung, der Blüte, des Sieges der bolschewistischen Partei. Mit diesem revolutionären Pflichtbewußtsein müssen wir jedes einzelne Parteimitglied erfüllen, aber auch jeden einzelnen unter den Massen, der revolutionär kämpfen will. Über unser Verhältnis als Partei zu den Massen noch dieses: Als in Deutschland im Anschluß an die erste russische Revolution die Frage des Massenstreiks, der Massenaktion aufgerollt wurde, schrieb ich dem Sinne nach folgendes: Die Ära der Massenstreiks, der Massenaktionen stellt auf höherer geschichtlicher Stufe die Aufgabe der revolutionären blanquistischen Kaders wieder auf die Tagesordnung. Auf höherer geschichtlicher Stufe, denn es handelt sich nicht mehr um Kaders, die gebildet werden aus einem kleinen Kreis von Verschwörern, die ohne die Massen die Welt durch kühnen Handstreich zu erneuern hoffen. Nein, die Rolle der blanquistischen Kaders muß übergehen auf starke, organisierte Massenparteien, die zielklar, ideologisch fest, organisatorisch einheitlich geschlossen sind. Diese Massenparteien müssen in den Massenaktionen das denkende und leitende Gehirn, das organisatorische Rückgrat und das leidenschaftlich vorwärtstreibende Herz sein. Genossinnen und Genossen, ich glaube, wir können das Verhältnis zwischen Partei und Massen noch jetzt im gleichen Sinne auffassen und müssen unsere Kraft daran setzen, dieses Verhältnis herbeizuführen. Ich betone die Notwendigkeit, das richtige Verhältnis zwischen Partei und Massen zu schaffen, weil ich unter den Ausführungen über die Möglichkeit des revolutionären Kampfes im Oktober den Unterton heraushörte, als Massenpartei könne die Kommunistische Partei auch den Kampf um die Machteroberung allein, ohne die Massen und für die Massen, durchhalten. Ich halte diese Auffassung für gefährlich. Massen und Partei gehören als aktiver, subjektiver Faktor der Revolution zusammen. Wir müssen jedes einzelne Parteimitglied, jeden einzelnen Proletarier mit der Auffassung erfüllen, daß, wenn er auch mit seinem Tun, mit seinem Wollen nur ein Tropfen des Ganzen ist, so doch vielleicht gerade der letzte Tropfen, der die Schale des revolutionären Kampfwillens der Massen zum Überlaufen bringt. Wenn wir in dieser Weise arbeiten, dann wird die ansteigende revolutionäre Welle nicht nur vorwärtsgetrieben werden von den sich regenden Kräften der Tiefe in der Wirtschaft, sondern der führende, organisierte Parteiwille wird Massenwille werden, sich unter der Führung der Kommunistischen Internationale zum Sturm zusammenballen, der mit unwiderstehlicher Gewalt die Welle der Revolution vorwärtstreibt, so daß sie die bürgerliche Gesellschaft verschlingt. Arbeiten wir, daß in der Partei, daß unter den proletarischen Massen die wundervolle stolze Losung der jungen russischen Pioniere Wirklichkeit gewinnt: Wsjegda gatow! *) (Beifall.)

*) Stets bereit!

ZWÖLFTE SITZUNG

(Mittwoch, den 25. Juni 1924)

Fortsetzung der Diskussion über die Tätigkeit der Exekutive und über die Weltlage

Redner: Wynkoop (Holland), Höglund (Schweden), Kuusinen (Finnland), Ulmer (Deutschland), Freimuth (Deutschland), Hansen (Norwegen), Mac Manus (England)

Eröffnung: 9 Uhr vormittags

Vorsitz: Stewart

WYNKOOP (Holland): Genossen, nach meiner Ansicht, d. h. nach der Ansicht der holländischen Partei und Delegation, lastet die deutsche Diskussion — ich sage die deutsche *Diskussion* — wie ein Alp auf diesem Kongreß. Genossin Zetkin hat richtig gesagt: Du choc des opinions jaillit la vérité, aus dem Ringen der Meinungen kommt die Wahrheit hervor. Aber, Genossen, es soll doch meines Erachtens noch etwas anderes gesagt werden, und das ist: Du choc des capitalismes jaillit la révolution, aus dem Ringen der kapitalistischen Gruppen untereinander kommt die Revolution. Es ist also nach unserer Meinung nicht so (Zurufe aus der deutschen Delegation), es ist nach unserer Meinung also, Genossen, nicht so, daß *nur* die Kommunistische Partei, der Apparat in Ordnung sein muß, damit die Revolution kommen kann. Es ist nach unserer Meinung nicht so, daß nur die Massen richtig bearbeitet werden müssen, so daß eine wirkliche standhafte Revolution kommen kann. Es ist — und das ist doch selbstverständlich, aber wenn man nur über die Fehler einiger Genossen oder sogar der Führung der deutschen Partei redet, dann wird das vielleicht wieder einmal vergessen — es ist doch erstens die objektive Situation, also die objektive Situation des Kapitalismus, in der wir leben, von der es abhängt, ob wir auch mit unserm *guten* Apparat, mit unserm bolschewistischen Apparat, mit unserer Partei wirklich die Revolution nicht nur machen, sondern auch erhalten können.

Genossen, es ist doch eine Selbstverständlichkeit, daß auch die russische Revolution nicht nur gemacht worden ist, weil die bolschewistische Partei so eine exemplarische Partei war, wie sie war, so ein sehr guter Apparat, wie sie es gewesen ist und noch ist. Aber es ist doch eine Selbstverständlichkeit, es ist doch klar, daß die russische Revolution nur kommen konnte, weil es einen Weltkrieg gegeben hat. (Sehr richtig! Unruhe bei der deutschen Delegation.) Also eine objektive Tatsache. Und nun, Genossen, nun müssen wir nach meiner Meinung in diesem Moment zugeben, wo doch überall, auch von der deutschen Partei — ich sehe nicht ein, daß man sagen muß, die

deutsche Partei ist eine linke Partei, ich sehe die deutsche Partei wie eine kommunistische, bolschewistische Partei —, auch von dieser deutschen kommunistischen, bolschewistischen Partei wird doch zugegeben werden müssen, wie auch in dieser Diskussion zugegeben ist, daß wirklich in diesem Moment in Europa eine Art Stagnation oder Stabilisation besteht.

Genossen, wenn man das sagt, wenn sich die deutsche Partei das sagt und wenn wir uns das sagen, dann heißt das natürlich in keiner Weise, sei es in unseren Gedanken, sei es in unserer Arbeit, auf die Revolution verzichten! Ich glaube, es ist schon von irgendwem gesagt worden, jedenfalls halte ich es für richtig: es ist gerade so, wie es ungefähr — natürlich kann man die Periode nicht nach Jahren zählen —, wie es auch zwischen 1905 und 1917 gewesen ist in diesen 12 Jahren in der russischen Bewegung. (Zuruf aus der deutschen Delegation: Hast geschlafen!) Die russische Bewegung hat damals nicht geschlafen, die bolschewistische Partei hat damals gearbeitet, und ihre besten Köpfe haben die Situation richtig verstanden. Sie haben verstanden, daß die Stolypinschen Manöver eine Art momentaner Stagnation bringen sollten, aber daß das nicht besagte, daß die Revolution aufhören würde; die Revolution wird auch jetzt kommen, und wir müssen uns bereit machen für diese Revolution.

Genossen, so und nicht anders sehe ich diese Zeit, in der wir leben. Und so muß man sie überhaupt sehen. Man muß sich das klar sagen, und man muß nicht von jedem, der das sagt, erklären: Ja, wenn man das so auffaßt, dann hat man auf die Revolution verzichtet. Denn das ist nicht wahr. Der Apparat soll verbessert werden, wie die deutsche Partei das tun will und tut. Die Massen sollen bearbeitet werden mit den besten Mitteln, denn natürlich, der Apparat muß mit den Massen in Verbindung kommen. Wir müssen in dem Zeitpunkt, in dem wirklich der objektive Faktor, der Zustand des Kapitalismus es ermöglicht, klar sein, bereit sein, dastehen mit einer Führung, mit einem Apparat, der wirklich imstande ist, die Macht, wenn sie erobert ist, auch festzuhalten, so, wie die Bolschewisten das getan haben. Aber, Genossen, ich sage dies: Wenn man diese Sache so sieht, und ich glaube, vielleicht sieht die ganze Internationale die Sache so, dann, Genossen, müssen wir uns auch gerade wegen dieser objektiven Gesichtspunkte sagen: Die deutsche Revolution, wie sie in ihren Wogen hinauf- und hinuntergeht und wieder heraufkommen wird, ist nur eine Episode, nur eine Episode Mitteleuropas, eben eine Episode in einem, ich muß es sagen, nach meiner Meinung jetzt zu den kolonialen Ländern des westeuropäischen Kapitalismus gehörenden Gebiete.

Die Wahrheit ist, daß der Balkan wie Deutschland, also der größte Teil Europas, in die Sphäre der westeuropäischen Kolonisation gekommen ist, kolonial ausgebeutet wird. Wenn man das sieht, wie wir das wenigstens sehen, muß man sich — wie das andere Genossen schon gesagt haben, wie es auch Genosse Sinowjew sehr stark hervorgehoben hat, auch Genosse Roy und Genosse Pepper — endlich mehr mit dem größten Faktor des Kapitalismus der heutigen Zeit befassen, mit dem großen britischen Weltreich. Solange wir *das* nicht tun, wird nach unserer Meinung die Revolution keine großen Etappen zurücklegen können. Ich nenne das britische Weltreich, weil ich der Meinung bin, daß wirklich noch immer das britische Weltreich der größte Faktor des Weltimperialismus und Weltkapitalismus ist. Man richtet

wohl manchmal seine Blicke nach Amerika. Ja, es hat große Bedeutung. Die Probleme sind so groß, daß man sie hier nicht alle behandeln kann. Wenn wir aber dieses Moment, wie wir die Revolution so schnell wie möglich machen wollen und werden, betrachten und uns fragen, was ist das Wichtigste, so müssen wir sagen: das britische Weltreich, das sich jetzt für den Moment mit dem amerikanischen Finanzkapital verschwägert hat. Wenn wir von diesem Standpunkt ausgehen, daß das britische Weltreich der Hauptfaktor ist, dann, Genossen, können wir gewisse Probleme erst richtig erfassen. Ich meine die Gewerkschaftsfrage, die ich natürlich hier nicht ausführlich behandeln will; sie wird noch an einem andern Punkt der Tagesordnung behandelt werden. Ich meine das Auftreten *Fimmens*. Wenn ich darüber rede, so nicht deswegen, weil der gute oder schlechte Fimmen ein Holländer ist, sondern nur, weil er ausspricht, was in Wirklichkeit von einem gewissen Teil der großen englischen Masse mitgefühlt wird, und weil wir uns andererseits mit seiner Agitation auf die eine oder andere Weise taktisch auseinandersetzen müssen, um wirklich zu einer Revolutionierung der großen englischen Massen zu kommen. Natürlich, Genossen, über die Gewerkschaftsfrage wird noch mehr gesagt werden müssen, ich will nur den Finger auf die Sache legen.

Aber man soll sich auch mit dem Kolonialproblem befassen, mehr als das bis heute getan wurde, mit dem britisch-indischen Reich, mit den Kämpfen in Indien, die wir mehr als jemals und im Verein mit der britischen Partei, wie auch Roy gesagt hat, behandeln müssen. Die Linie der Exekutive und der Komintern muß besonders auch darauf gerichtet werden. Genosse Sinowjew hat gezeigt, daß er alle Probleme im Auge behält. Aber er muß sich immer befassen mit russischen Fragen, mit den schwierigsten deutschen Fragen, mit all den Kleinigkeiten in allen Winkeln Europas, und da bleibt vielleicht nicht genug Zeit übrig für das große Problem, das man jetzt endlich, wie es ja Genosse Sinowjew auch will, ins Auge fassen muß, für das britische Weltreich.

Ich muß einige Worte über die holländische Bewegung sagen. Genosse Sinowjew und auch Genossin Fischer haben über Holland gesprochen. Sinowjew hat nur gesagt, der Genosse Wynkoop war früher in der Labour Party-Angelegenheit links orientiert. Wynkoop wollte nicht einmal, daß wir damals in die Labour Party eintraten. Das war damals unsere Ansicht; Genosse Ravestein war nicht mit mir einverstanden. Genosse Sinowjew hat weiter gesagt, die holländische Partei, so sagte man, ginge nach rechts. (Zuruf: Sehr richtig!) Genosse Sinowjew ist etwas vorsichtiger als die jungen Genossen, die „Sehr richtig!“ rufen. Die Genossin Fischer hat mir hier einen Satz ins Gesicht geschleudert, einen ironischen Satz, den ich dem alten Troelstra gesagt habe: „Sie, der Sie mit der katholischen Partei zusammen eine Front machen wollen, können es doch gewiß auch über sich bringen, mit den Kommunisten, mit der Kommunistischen Partei einmal eine Front zugunsten des Proletariats zu machen.“ Man hat also nur einen Satz aus meiner Rede herausgeholt. Hier aber ein anderer:

„Wenn die Arbeiterschaft jetzt noch nicht die Revolution durchführen kann, so kann sie sich aber wohl einigen zu einem einheitlichen Kampf gegen die Verelendung, welche ihr der untergehende Kapitalismus aufzuzwingen versucht.“

Wir Kommunisten müssen doch das Problem stellen. Und zwar wie? Auf Grund unseres Programms. Ich habe ausdrücklich in dieser Rede gesagt, die Kommunisten weichen nicht von ihrer revolutionären Theorie und Praxis ab, die Kommunisten geben als Programm für diese Einheitsfront *ihr* Programm. Was steht in diesem Programm? Kampf gegen den Krieg, Sicherung des Achtstundentages, Garantierung einer minimalen Lebenshaltung, Beschlagnahme und Verteilung der Wohnungen, obligatorische kostenlose, konfessionslose Schule, freier internationaler Austauschverkehr, Abschaffung der Geheimdiplomatie, Befreiung Indonesiens. Falls einer unserer Genossen das nicht ein revolutionäres Programm nennen will, muß er das sagen. Wir aber sind überzeugt, daß auf Grund dieses Programms eine wirklich revolutionäre Kampftaktik in den Massen sich Bahn brechen kann. Wir haben diesen Schritt getan, nicht weil wir geglaubt hätten, es *wird* eine Arbeiterregierung kommen, sondern weil wir ihn als ein Manöver auffaßten, das die sozialdemokratischen und vor allem die Gewerkschaftsmassen für die Taktik der wirklich revolutionären Kämpfe der Bolschewiki, der Kommunisten, gewinnen sollte.

Nun hat man noch zwei Dinge gesagt, d. h. nicht hier, aber es ist gesagt worden. Erstens hat man gesprochen über die bekannten, vielleicht einigen Genossen noch nicht bekannten, Sätze des Genossen van Ravestijn. Aber die Genossen, die das vorgebracht haben, haben selbst der Exekutive jetzt geschrieben — ich habe das Schreiben vor mir —, daß ihre Ansicht falsch war. „Wir lassen es dahingestellt," so schreiben sie, „ob Genosse van Ravestijn in seiner Polemik mit Trotzki die richtigen Argumente angeführt hat. Man tut ihm aber unrecht, wenn man seine Artikel zitiert, um zu beweisen, daß er die englische Labour-Regierung als einen Sieg der englischen Arbeiter gefeiert hat."

Dann noch das letzte, unserer Meinung nach das Hauptsächlichste: Unser Verhältnis zu der indischen Partei. In dieser Angelegenheit haben wir, ich darf sagen, Vorbildliches geleistet. Unsere Partei hat schon vor Jahren das Programm aufgestellt, Indien, Indonesien von Holland zu befreien, absolute Befreiung des indonesischen Archipels vom holländischen Kapitalismus. Das ist natürlich nur eine Losung, die in *einem* Wort alles Notwendige zusammenfaßt. Natürlich hätten wir noch *besser* arbeiten können und haben auch wohl Fehler gemacht, aber es gibt keine Partei in der KI, die nicht Fehler gemacht hat, und keine, die diese Sache wirklich angegriffen hätte, wie sie angegriffen werden muß.

Genossen, das haben wir dem Kongreß zu sagen, und wir sagen auch, daß es natürlich für uns feststeht, daß man die Disziplin hochhalten muß und daß alle Diskussion, auch alle demokratische Diskussion, unsere eherne Phalanx nicht durchbrechen darf. Und weiter sagen wir, obwohl wir in einem kleinen und relativ ruhigen Lande leben, wir haben doch schon im Kriege gekämpft, wie nicht in vielen andern neutralen Ländern gekämpft worden ist. Und auch in den großen gewerkschaftlichen Kämpfen, die wir jetzt haben, zum Beispiel im Textilarbeiterkampf, sind unsere Genossen vorangegangen. Es war unser Parteisekretär, Genosse Brommert, und unser Parteiredakteur, Genosse Vauter, die verhaftet worden sind gerade wegen ihres Auftretens in diesem Kampf. Man sieht, daß wir vorangehen. Wir sind eine Arbeiterpartei, eine Partei, die zu 95 Prozent aus Arbeitern besteht und in keiner Weise eine Intellektuellenpartei ist. Daß man das auch

in den Nachbarländern zu schätzen weiß, das beweist, daß unser Genosse de Visser, der hier anwesend ist, schon oft in deutschen Gebieten gewesen ist, um dort mit den deutschen Genossen revolutionäre Propaganda zu machen. Und er war auch mehrmals in Belgien und ist auch dort in dieser Weise aufgetreten.

HÖGLUND (Schweden): Genossen! Ich möchte zur Frage der Einheitsfronttaktik sagen: Es gab eine Zeit, in der die schwedische Partei versucht hat, nicht nur mit den sozialdemokratischen und syndikalistischen Massen eine Einheitsfront zu bilden, sondern auch mit ihren *Führern*. Aber es wurde uns ziemlich bald klar, daß die Einheitsfront nur von unten kommen kann. Wir machen uns keine Illusionen über die Möglichkeit, die sozialdemokratischen und anarchosyndikalistischen Führer für einen wirklichen Klassenkampf zu gewinnen. In der Zeit, in der wir eine sozialdemokratische Regierung gehabt haben, haben wir ihre Mißgriffe und ihre antiproletarische Politik rücksichtslos bekämpft. Wir haben diese Regierung unterstützt und geliebt in derselben Weise, in welcher nach Nordenskiöld die Indianerfrauen in Südamerika lieben: sie spucken und kratzen. Die schwedische Sozialdemokratie ist vorlängst geworden, was der Genosse Sinowjew die dritte bürgerliche Partei genannt hat. Sie will jetzt sogar eine Zurückentwicklung der Eisenbahnen von staatskapitalistischer zu privatwirtschaftlicher Organisation durchführen. Der sozialdemokratische Parteikongreß, der in diesen Tagen stattfand, endete mit Hochrufen auf das Vaterland. Das charakterisiert diese bürgerliche Partei genügend.

Vielleicht werden wir Kommunisten zusammen mit den Sozialdemokraten in der Zweiten Kammer bei den nächsten Parlamentswahlen im September die Majorität bekommen. Wir werden dann vor der Frage stehen: Kann ein Kommunist in eine sozialdemokratische Regierung eintreten? Für uns hat diese Frage nur theoretisches Interesse, praktisch hat sie keine Bedeutung, schon deshalb, weil die Sozialdemokraten uns nicht einladen werden, in ihre Regierung einzutreten. Ihrem Wesen nach werden sie sich nach rechts orientieren. In Schweden wird die Kommunistische Partei ganz gewiß Stellung nehmen gegen einen Ministerkommunismus. Aber es lassen sich doch Ausnahmesituationen in einem Lande denken, wo eine zufällige freie Verbindung zwischen verschiedenen Arbeiterparteien in einer Arbeiter- und Bauernregierung der Sache des Proletariats nützlich sein könnte. Gewiß, diese Regierung muß ein Pseudonym der proletarischen Diktatur sein, aber unter einem Pseudonym kann man freier schreiben als unter dem eigenen Namen, und man trägt nicht dieselbe Verantwortlichkeit. Es ist aber notwendig, daß der Kongreß klare Richtlinien in diesen Fragen gibt.

Der Genosse Sinowjew hat auf meine Haltung in der norwegischen Frage angespielt. „Man muß auch als Minorität verstehen, diszipliniert zu sein", sagt er. Jawohl, es war ein undisziplinierter Protest gegen Maßnahmen seitens der Exekutive, die wir für unklug und unzweckmäßig halten. Es war ein unzulässiger Protest, das gebe ich zu. „Höglund muß jetzt anerkennen, daß Lian ein Sozialverräter ist", sagt er. Ich habe nie behauptet, daß Lian, der Gewerkschaftsführer in Norwegen, ein Kommunist sei.

Nein, wir wußten seit seiner Stellungnahme 1920, daß er es nicht ist. Aber es war die jetzige Führung der Kommunistischen Partei

Norwegens, die ihn dann deckte. Ich war nie prinzipiell oder politisch mit den Tranmaeliten einverstanden. Ich war nur Gegner der Parteispaltung in Norwegen in der damaligen Lage. Die Spaltung wurde aber eine Tatsache, und seit der Spaltung hat sich die Arbeiterpartei Norwegens noch mehr vom Kommunismus entfernt, das muß anerkannt werden. Der Konflikt, den die schwedische Partei mit der Exekutive in dieser Frage gehabt hat, wurde schon im Dezember liquidiert, und es hat gar keinen Sinn, das Vergangene wieder hervorzuklauben. Unsere Partei hat sich nach dem Dezember ganz mit der norwegischen Bruderpartei solidarisiert, und es bestehen, glaube ich, keine Dissonanzen mehr zwischen uns.

Innerhalb der schwedischen Kommunistischen Partei existieren keine prinzipiellen, politischen oder taktischen Differenzen. Aber eine Reihe grober Disziplinbrüche seitens einiger hervorragender Genossen der Minorität in organisatorischen und persönlichen Fragen, Disziplinbrüche, die mit unseren dezentralistischen und lokalistischen Traditionen zusammenhängen, haben uns gezwungen, einen Extrakongreß einzuberufen, um die elementarste Parteidisziplin durchsetzen zu können. Parteidisziplin ist ein später Begriff in der Geschichte der skandinavischen Arbeiterbewegung.

Der Genosse Schüller meinte, daß der Kongreß zu früh nach dem Weltkongreß einberufen worden sei. Wir haben aber schon einmal den Kongreß verschoben, gerade um ein Referat über den Weltkongreß geben zu können. Im September finden die Parlamentswahlen statt, und es ist höchste Zeit, daß die Partei in die Wahlbewegung eintreten kann als eine einheitliche und geschlossene Partei. Deswegen weisen wir eine Verschiebung des Kongresses entschieden ab, weil sie unserer Stellung in den Wahlen schaden und die künstliche fraktionelle Zersetzung in der Partei fördern würde. Ich hoffe, daß das goldene Wort des Genossen Sinowjew: „Man muß auch als Minorität verstehen, diszipliniert zu sein", nicht nur für die schwedische Parteimajorität in ihrem Verhältnis zur Exekutive, sondern auch für die schwedische Parteiminderheit in ihrem Verhältnis zu unserer Partei gelten muß.

Nun einige Worte über die Frage des Opportunismus. Man hat der schwedischen Partei opportunistische Tendenzen vorgeworfen. Ich hörte, daß der Genosse Varga in seinem Referat der Befürchtung Ausdruck gab, daß auch *er* als Opportunist betrachtet würde. Ja, man hat mir erzählt, daß sogar Genosse Bucharin von gewissen linksradikalen Genossen in Deutschland als ein unverbesserlicher Opportunist gestempelt worden sei. Ich bin also in guter Gesellschaft, nur der Genosse Sinowjew fehlt noch, vielleicht wird er auch nach und nach kommen. Genosse Varga gab die ökonomische Basis für die politischen Folgerungen des Genossen Sinowjew. Wenn aber Genosse Varga fürchtete, als ein Opportunist betrachtet zu werden, dann muß wohl auch im Genossen Sinowjew ein kleiner opportunistischer Teufel stecken. Kann ich aber in der Gesellschaft der Genossen Varga, Bucharin und Sinowjew in die opportunistische Hölle fahren, dann bin ich ganz zufrieden. Nun, ernst gesprochen, Genossen, ich glaube, wir sollen nicht zuviel mit diesen opportunistischen Etiquettierungen arbeiten, sonst verlieren sie die Kraft in dem Augenblick, in dem wir sie besser brauchen können. Gewiß, Genossen in Schweden und Genossen in andern Ländern sind opportunistischer Entgleisungen schuldig. Das ist eine Gefahr, und man muß dagegen eingreifen. Aber es ist auch eine Gefahr, immer nur über diese Gefahren zu sprechen,

immer nur Gefahren dieser Art innerhalb der Parteien zu sehen, von diesen Gefahren geblendet zu werden. Selbstkritik ist eine gute Sache, niemand hat uns das besser gelehrt als unser unvergeßlicher Führer Lenin. Aber Selbstkritik morgens, mittags und abends ist doch des Guten zuviel. Sie darf nicht zu einer Manie werden. Wir müssen eine Grenzlinie ziehen zwischen Fehler finden und Fehler erfinden, sonst werden wir einander vollständig zerfleischen. Wir müssen keine Flagellanten sein, die ihren eigenen Körper als den Feind der Seligkeit betrachten, sondern harte Gladiatoren, die gegen den Kapitalismus kämpfen.

Genossen, mit Herz und Blut gehört die schwedische Partei zusammen mit Sowjetrußland und der Kommunistischen Internationale. Wir werden uns bemühen, auch in Schweden eine wirkliche, eine gute Kommunistische Partei zu schaffen mit eiserner Disziplin, die die notwendige Voraussetzung des Sieges ist.

KUUSINEN (Finnland): Werte Genossen! Ich möchte gegen die Auffassungen des Genossen Höglund sprechen, vorher aber einiges über Stellung der taktischen Frage im allgemeinen sagen.

Im Namen der finnischen Delegation sprechen wir unser vollkommenes Einverständnis mit dem politischen Standpunkt, der in dem Bericht des Genossen Sinowjew zum Ausdruck kam, aus. Ich will kurz versuchen zu erklären, was wir als wichtigste Lehre der jüngsten Vergangenheit und als die wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft betrachten.

Auf dem 4. Weltkongreß hörten wir die letzte Aufforderung des Genossen Lenin an die ausländischen kommunistischen Parteien, die hieß: *Lernen*, insbesondere aus der russischen Erfahrung. Ein zweites höchst wichtiges Leitmotiv war die Aufforderung des Genossen Sinowjew: Entwicklung der Kommunistischen Internationale zu einer Weltpartei. Diese beiden Aufforderungen lenkten damals, wie auf dem 2. Kongreß geschehen war, die Hauptaufmerksamkeit wieder auf das Gebiet der Entwicklung unserer eigenen Organisation. Auf dem 3. Kongreß hatten wir die Hauptaufmerksamkeit nach außen gerichtet, auf die Aufgabe der Gewinnung der Massen. Diese Aufgabe blieb in der Praxis nicht nur zwischen dem 3. und 4. Weltkongreß. sondern noch lange nach dem 4. Kongreß im Vordergrund. Erst jetzt fühlen wir tief genug das Bedürfnis der Bolschewisierung unserer Organisation, der einzelnen Parteien und der gesamten Internationale. Aus den harten Erfahrungen in Deutschland und Bulgarien haben wir es gelernt, diese Notwendigkeit zu fühlen.

Lernen, sagte Genosse Lenin, ein Stück der russischen Erfahrungen sich zu eigen machen. Wir könnten jetzt genauer sagen: Aus dem Leninismus lernen. Welches ist aber zu dem Zweck die beste Methode? Die beste Methode ist wohl das *Lernen durch den Kampf*. Die Erfahrungen der russischen Kommunistischen Partei sind Kampferfahrungen. Aus diesen Erfahrungen, aus der Praxis und aus der Theorie des Leninismus sollen wir lernen. Natürlich nicht mechanisch nachahmen, davor warnte auch Genosse Lenin, aber durch ständige revolutionäre Aktivität richtig kämpfen — kämpfen, um siegen zu lernen. Denn der Leninismus ist die proletarische Kunst, zu siegen.

Wie ging es in Deutschland im vorigen Herbst? Die Partei hat ja doch damals vielerlei Nützliches geleistet, sie hat auch Waffen gesammelt, sie sogar geschliffen, eines hat sie aber nicht getan: Gekämpft

hat sie nicht. Das war meiner Meinung nach der Hauptfehler. *Wie* man hätte kämpfen sollen, das ist eine speziell deutsche Frage, auf die ich in diesem Zusammenhang nicht eingehe. Die allgemeine Lehre ist aber, daß man hätte kämpfen müssen, so oder so. Das tat vor allem die Parteileitung nicht.

Wenn ich von der rechten Seite höre, wie sie die Notwendigkeit des Rückzugs im vorigen Herbst betont, so überkommt mich das Mißtrauen, daß sie etwas anderes als einen revolutionären Rückzug meint. Die revolutionären Kampfformen, die Formen der Strategie und Taktik können zwar sehr verschieden sein. Es gibt Streiks, Demonstrationen, bewaffnete Aufstände usw., es gibt die Formen der Offensive und Defensive, Angriffe und Rückzüge. Aber alle diese Formen müssen für die Kommunistische Partei Kampfformen sein. Unter allen Umständen mußte die Kommunistische Partei sich kämpfend bewähren. Die Methode der Kampflosigkeit, der kampflosen Kapitulation ist die Methode der Sozialdemokratie. Es ist nun eine Tatsache, daß die rechte Parteiführung der KPD im vorigen Herbst nicht kämpfte. Noch mehr, sie widersetzte sich jedem Kampf. Da hat sie ihren Grundfehler gemacht. Sie kann auch nicht sagen, daß sie machtlos gewesen sei; sie hat das zustande gebracht, wozu die ganze Gruppe des Generals von Seeckt unfähig gewesen wäre: Ihr ist es gelungen, fast alle Massenaktionen des Proletariats im vorigen Herbst zu verhindern. (Sehr richtig!)

Warum hat sie das getan? Es ist eine sekundäre Frage, ob sie nicht wagte, nicht verstand oder nicht wollte. Ich glaube, es war noch Schlimmeres dabei: Kampfunfähigkeit im entscheidenden Moment. In dieser Tendenz des Versagens und der Sabotage des revolutionären Kampfes sehe ich die *opportunistische* Tendenz. Es gibt auch eine echte linke Abweichung. Genosse Sinowjew hat die geniale Äußerung des Genossen Lenin über die echte linke Abweichung erwähnt: den Drang echter Revolutionäre, die blind kämpfen wollen, ohne Rücksicht auf die umgebenden realen Kampfesbedingungen. Nur das erkennen wir als echte linke Abweichung an. Aber oft geht unter den revolutionären Phrasen auch nur ein verkappter Opportunismus, eine verkappte Tendenz der Sabotage des Kampfes vor sich.

Wenn die rechten Genossen mit gewisser Verachtung über die jetzige deutsche Kommunistische Partei sprechen, so muß ich sagen, in einer Hinsicht ist ein wesentlicher Unterschied vorhanden zwischen dem, was die Kommunistische Partei vor einem Jahr war, und dem, was sie jetzt ist. Der Charakter, das Wesen der deutschen Partei ist jetzt ganz anders, als es vor einem Jahr war: Sie hat jetzt einen Kampfcharakter, ein Kampfwesen. Das ist noch nicht alles, aber das ist der richtige Ausgangspunkt, die notwendige Grundlage für die Weiterentwicklung der Partei.

Was ist Einheitsfronttaktik? Bedeutet diese nicht den Kampf? Auch hier ist eben der Fehler, daß viele Genossen, wenigstens in der Praxis, die Einheitsfronttaktik nicht so aufgefaßt haben, als ob es sich um einen Kampf handle. Das ist doch absolut falsch. Wir wollen Einheitsfront im Klassenkampf, nicht in der Phrase. Wir meinen mit unserer Definition dieser Taktik, sie ist eine Methode der Agitation und Mobilisierung der Massen zum Kampf und im Kampf. Nur so kann sie richtig aufgefaßt werden. Vor dem Frankfurter Parteitag sagte mir einer der führenden Genossen aus der jetzigen Parteileitung, der ganze Ausdruck „Einheitsfronttaktik" ist vor den revolutionären Arbeitern in

Deutschland so kompromittiert, daß man einen andern Ausdruck wählen sollte. Durch die schlechte Praxis der Parteiführung haben die Genossen von ihr eine solche Meinung bekommen, als sei sie irgendeine „Taktik" in Gegenüberstellung zum Kampf. Wenn es so ist, sagte ich diesem Genossen, so können Sie einen andern Ausdruck gebrauchen: vielleicht „bolschewistische Methode der Einheitsfront" oder dergleichen. Damit war er einverstanden. Das Wort wurde auch in der Resolution des Frankfurter Parteitages gebraucht. Auch das richtige Wort Sinowjews, daß die Einheitsfronttaktik ein Manöver im großen geschichtlichen Sinne bedeutet, darf man nicht so mißdeuten, als ob sie es nur im Scheinkriege und nicht auf dem Kampffeld wäre. Diese ganze Taktik muß immer in Verbindung mit revolutionären Massenaktionen durchgeführt werden.

Jetzt einiges über Skandinavien. In Norwegen hatten wir, wie Sie wissen, noch vor einem Jahre eine Arbeiterpartei, die den einen Grundfehler hatte, daß sie nicht kämpfen wollte, daß sie sogar ihre eigene revolutionäre Entwicklung sabotierte. Auf der Erweiterten Exekutivsitzung sagten wir den Genossen Tranmael und Höglund, die hierher kamen, um die KI auf ein richtiges Geleise zu bringen: Genossen, Sie haben selbst zu Hause etwas zu korrigieren, Sie stehen jetzt an einem Scheidewege und sollen aufpassen, daß Sie selbst auf das richtige Geleise kommen.

Es gelang uns nicht, den Genossen Tranmael auf das richtige Geleise zu bringen. In Norwegen wurde gegen alle Beschlüsse der KI Sabotage geübt und die Kommunistische Minderheit systematisch unterdrückt. In der Panikstimmung nach der deutschen Niederlage setzte sich diese Sabotage der Führer der Norwegischen Arbeiterpartei in ein freches Desertierertum um. Es war unmöglich, das Treiben der opportunistischen Parteileitung weiter zu dulden. Die Exekutive mußte von ihr eine klare Stellungnahme fordern: entweder für eine loyale Zusammenarbeit mit der KI nach den Beschlüssen der Weltkongresse, oder offen gegen die Internationale. Es war zwar vorauszusehen, daß im Falle eines Bruches dieser Parteileitung mit der Komintern ein Teil sehr guter Arbeiterelemente vorläufig lieber mit den Tranmael, Lian und Konsorten gehen als bei der KI bleiben würde. Aber es bestand die Gefahr, daß wir sonst unsere kommunistischen Reihen der Zersetzung preisgeben und somit ohne jede organisierte Kraft in Norwegen bleiben würden. So kam die Spaltung zustande. Wir haben nichts zu bereuen. Wenn wir dabei irgendwelche Fehler gemacht haben, sind es nur sekundäre taktische Fehler in der Durchführung des entscheidenden Beschlusses. — Der Beschluß selbst war notwendig. In den letzten Arbeitskämpfen, die in der Geschichte der Klassenkämpfe in Norwegen die ersten revolutionären Kämpfe waren, bei denen fast täglich Polizeiüberfälle auf streikende Arbeiter stattfanden, haben wir gesehen, daß die Tranmaelpartei sich zuletzt ganz frech auf die Seite der Arbeitgeber stellte und gegen die Weiterführung des Kampfes auftrat. Durch die aktive Teilnahme an diesen Kämpfen hat unsere junge Kommunistische Partei in Norwegen sich als eine gute kommunistische Massenpartei erwiesen.

In dem schwierigen Moment, Herbst 1923, als die Spaltung in Norwegen zustande kam, trat Genosse Höglund mit äußerst heftigen und illoyalen Angriffen gegen die Exekutive und die norwegische Kommunistische Partei auf. Ich werde keine Zitate aus diesen Angriffen vorbringen. Genosse Höglund fühlt schon selbst, daß er damals

ganz unzulässig handelte. Da er aber jetzt behauptet, daß er Lian und Konsorten nie verteidigt hätte, muß ich sagen, das ist nicht wahr. Er schrieb u. a. wörtlich: „Ohne die Tranmaeliten wird die KP machtlos sein, ohne sie kann die norwegische Arbeiterklasse nicht siegen, ohne sie ist der skandinavische Kommunismus schwach." Das ist doch verteidigt genug. Und als Genosse Sinowjew in seinem Artikel sagte, daß man all diese Saboteure der Revolution nicht in der KI belassen könne, daß die KI keine Arche Noah sei, die alle Opportunisten der Welt in sich sammeln soll, antwortete Höglund folgendermaßen: „Auch ich meine, daß die Internationale keine Arche Noah sein soll. Aber einige Tierarten zuviel ist besser als gar keine Tiere, wohin die Entwicklung der Ultimatumspolitik tendiert. Der Mangel an höher entwickelten Tieren beginnt in der Internationale bedenklich zu werden."

Aus Schweden hat die gesamte Internationale nur gelegentlich etwas gehört. Eigentlich haben wir niemals die skandinavische Frage ganz gründlich behandelt. Vielleicht kann das jetzt in der Kommission geschehen. Genosse Höglund sagte, es gäbe in der schwedischen Partei keine Opportunisten und keine prinzipiellen Differenzen. Ich glaube, er hat dabei die gute bolschewistische Regel vergessen (oder kennt sie nicht), daß der Parteiführer aus eigener Initiative danach streben soll, die Fragen klar zu stellen und nicht zu vertuschen, daß er bei den bestehenden Differenzen die prinzipiellen Unterschiede zu suchen hat. Genosse Höglund macht's umgekehrt.

Wenn wir bei Höglund gelegentlich Äußerungen der Verteidigung der Religion, des Pazifismus oder Angriffe gegen die Zentralisation der KI wahrgenommen haben, mußten wir uns sagen: Es handelt sich um etwas viel Prinzipielleres auch bei den schwedischen Parteidifferenzen. Ich lege keine große Bedeutung auf solche zwar symptomatischen Erscheinungen, wie auf das unlängst erschienene Buch des Genossen Ström über die russische Revolution, das vom Genossen Höglund als ein echt marxistisches Werk angepriesen wurde, das aber ebenso frei von allem Marxismus ist wie gewöhnliche Feuilletons der liberalen Presse. Aber das ist nicht so wichtig. Ich habe schon früher für die schwedischen Genossen ein kleines „Recht auf Abweichungen" in Anspruch genommen. Sie haben zur Entschuldigung den Umstand, daß in diesem Lande die Situation noch nie revolutionär gewesen ist, die Entwicklung ist nicht so weit fortgeschritten, daß man von den schwedischen Genossen dieselbe Reife des Kampfes wie von der deutschen Partei fordern könnte. Das ist ganz natürlich. Schweden liegt weit im Norden, dort gibt es bekanntlich große Erzfelder, und Sie wissen, der Abweichungskoeffizient der Magnetnadel ist dort ziemlich groß. Man kann darum nicht allzu große Forderungen an die Partei stellen. Aber eines dürfen wir der Parteileitung nicht erlauben, nämlich das Bestehen auf einer systematischen Tendenz der Kampflosigkeit, der Sabotage der revolutionären Parteiaktivität in der Praxis.

Diese Tendenz kommt zum Vorschein in der Tätigkeit der Mehrheit der schwedischen Parteileitung. Sehr möglich, daß sich Genosse Höglund dessen nicht bewußt ist, sehr möglich, daß er selbst glaubt, daß er kämpfen will, daß er nicht sabotiert. Aber wenn er das glaubt, so ist er im Irrtum. Er kämpft nicht. Seit wie vielen Jahren hat jemand bei ihm eine revolutionäre Initiative gesehen! Es ist nur eine Phrase, wenn er hier sagt, wir sollen „Gladiatoren sein, die

gegen den Kapitalismus kämpfen". Auf welchem Gebiete kämpfen Sie? Auf gewerkschaftlichem Gebiete vielleicht? Das wäre das wichtigste Arbeitsgebiet der schwedischen Partei, auf diesem Gebiete den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen. Was hat die schwedische Parteileitung auf diesem Gebiete getan? Nennen Sie nur ein einziges Beispiel seit dem 4. Kongreß, dann werde ich nichts weiter sagen. Manche Parteigenossen in Schweden, besonders von der Parteiopposition, entfalten eine Aktivität in den Gewerkschaften. Aber es gibt keine Initiative seitens der Mehrheit der Parteileitung und keine Leitung dieses Kampfes, und ebensowenig beim Umbau der Partei zu einer revolutionären Partei, eher macht sich eine Sabotage dieses Umbaues geltend.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie wird von der Mehrheit der Parteileitung überhaupt vernachlässigt. Als Branting in der Regierung war, haben Sie damals einen richtigen Kampf gegen ihn geführt? Sagen Sie, wie haben Sie gegen ihn gekämpft? Ich habe einen Kampf nicht gesehen, obgleich ich regelmäßig die schwedische Presse verfolgte. Und als in Dänemark unlängst eine sozialdemokratische Regierung zur Macht kam — man konnte mit absoluter Sicherheit erwarten, daß Genosse Höglund sofort etwas Lobendes über diese Regierung sagen würde. So geschah es auch. Ich las von ihm ein Lob über den Pazifismus dieser Regierung. Die sozialdemokratischen Minister in Dänemark selbst sagten: Wir wollen nicht die vollständige Abrüstung, wir wollen nur eine Verminderung der dänischen Armee. Aber was schreibt Genosse Höglund:

„Es ist von großem Interesse, zu erfahren, daß die neue sozialdemokratische Regierung Stauning in Dänemark die Absicht hat, für eine vollständige dänische Abrüstung einzutreten mit Etablierung der völkerrechtlich notwendigen Polizeiwache an der Grenze und auf dem Meere. Die sozialdemokratische Wehrvorlage wurde berechnet, 7,6 Millionen Kronen Ausgaben jährlich zu verursachen.

Die dänische Sozialdemokratie befindet sich genau in der gleichen parlamentarischen Lage wie die schwedische, d. h. sie ist noch in der Minorität. Dies hindert sie aber nicht, vor dem Reichstag eine klare antimilitaristische Stellung einzunehmen. Sie machen keinen Bluff mit einer „Neutralitätsverteidigung", sondern fordern nur eine Waffe, die notwendig ist, um die Abwehr einer eventuellen Verletzung der Neutralität zu markieren, die aber nicht das Land in ein Kriegsabenteuer hineinwerfen kann.

Sie bluffen nicht damit, daß es eine unpraktische Politik wäre, die Abschaffung des ganzen Militärwesens zu fordern, sondern sie sagen dem Volke die nackte Wahrheit: Die Wehrmacht ist untauglich nach außen, gefährlich nach innen, eine Last und eine Verpflichtung für die arbeitende Klasse. Deshalb muß sie verschwinden."

Ich bitte zu dieser Äußerung Höglunds folgendes zu berücksichtigen. Die dänischen Kommunisten fragten den sozialdemokratischen Wehrminister Rasmussen, ob er die Militärmacht gegen die Arbeiter anwenden will, und er antwortete wörtlich:

„Jawohl, darüber sind wir vollständig im klaren, aber das Militär soll sowohl gegen die Arbeiterklasse wie gegen jede andere verwendet werden, wenn der Versuch gemacht wird, sich der Gesellschaftsordnung zu widersetzen. Ihr könnt versichert sein, daß jedermann, der versucht, die Gesetze und Verordnungen zu verletzen, auch vom Militär bekämpft werden wird."

Wie kann Genosse Höglund ohne ein Wort der Kritik solche Schurken verteidigen, bei solchen Schurken etwas Lobenswertes entdecken! (Sinowjew: Sehr richtig!)

Genosse Höglund kämpft auf einem einzigen Gebiete in Schweden, in dem inneren Parteikampf gegen eine Minorität, die die Partei zu einer Kampfpartei ausbilden will, und gegen die Jugendorganisation, die dasselbe Ziel hat. Dieser systematische Kampf darf meines Erachtens nicht ohne Eingriff der Exekutive fortgesetzt werden. Genosse Höglund sagte hier und berief sich auf die Worte des Genossen Sinowjew, daß die Minderheit sich fügen müsse. Gewiß, es ist eine gute Regel, aber man soll sie nicht so formell nehmen, wobei dann diese gegenwärtige Mehrheit, die in der schwedischen Parteileitung eine Mehrheit von einer Stimme besitzt, die in der Komintern eine kleine Minderheit vertritt, sich der *internationalen Disziplin* aber nicht fügt. Das hat diese sogenannte Mehrheit bisher vergessen. Und wenn Genosse Höglund jetzt mit allerlei Maßregelungen, sogar mit Ausschlüssen die Opposition bedroht, wie es nach der Rede des Jugendgenossen Schüller geschah — er hatte dem Genossen Schüller gesagt, daß er, wenn der Parteikongreß nicht sofort, schon vor den Wahlen in Schweden zustande kommen sollte, gezwungen wäre, Vertreter der Minderheit sogar auszuschließen, so sagte mir Genosse Schüller —, so müssen wir entschieden erklären, solche Methoden wird die Kommunistische Internationale nicht erlauben. Wir müssen die prinzipiellen Differenzen in eurer Partei hier behandeln und dann versuchen, sie auszugleichen. Wir wollen durchaus nicht den Genossen Höglund verlieren, wie wir Tranmael verloren haben. Aber eben zu dem Zweck, um ihn bei uns zu behalten, müssen wir ihn zur Ordnung rufen, wir müssen ihm sagen: Nicht hinweg von der Front, sondern kehre zurück zur Front!

Nun zum Schluß: Wenn wir uns eine Übersicht über die letzte Entwicklung aller unserer Sektionen, nicht nur über die schwedische Partei, bilden, müssen wir doch zugeben, daß ein *Anfang der Bolschewisierung* schon vorhanden ist. Es ist in vielen Sektionen eine gewisse, wenn auch nur langsame Steigerung der Aktivität zu konstatieren. Es ist eine gewisse Verbesserung der Parteiorganisation zu bemerken. Es ist auch teilweise ein neuer Kampfcharakter bei einigen kommunistischen Parteien vorhanden und aus dem Grunde auch eine Steigerung des Masseneinflusses des Kommunismus festzustellen. Diese Richtung mit aller Energie fortzusetzen, ist unsere Aufgabe. Mit einem Wort: Ich betone das alte, gute, aber in der Praxis oft vergessene Wort: *kämpfen*. Wir müssen nach den Weisungen des Genossen Lenin besser, richtiger kämpfen lernen. Wir müssen kämpfen, um siegen zu lernen.

KOLAROW: Der Vertreter der Grubenarbeiter von Grosny hat das Wort zur Begrüßung des Kongresses. (Beifall.)

SCHATYLO: Gestatten Sie mir, den 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale im Namen der Grubenarbeiter von Grosny zu begrüßen. (Beifall.) Erlauben Sie mir, im Namen der Arbeitergruppe der Naphthagruben von Altgrosny, die den Namen der Komintern führt, dem 5. Kongreß der Komintern eine Adresse der Grubenarbeiter von Grosny zu überreichen:

„An den 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale.

Im Namen der unter dem Protektorat der Komintern stehenden Arbeitergruppe der Naphthagruben von Altgrosny begrüßen wir unsern Führer, den 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale.

Zugleich sind wir beauftragt worden, Ihnen, werte Genossen, den Bohrapparat zu übergeben, mittels dessen die Grubenarbeiter tag und nacht das schwarze Blut gewinnen, das unsere Industrie speist.

Ferner sind wir beauftragt, Ihnen zu erklären, daß unsere Gruppe, die den Namen der Komintern führt, ihrem Banner stets treu bleiben wird, und daß wir in jedem beliebigen Augenblick, sobald der Führer des Weltproletariats unserer bedarf, alle wie ein Mann in den Kampf gegen die Weltbourgeoisie und den Proletariern aller Länder zu Hilfe eilen werden.

Wir werden auch unseres Führers W. I. Lenin ewig gedenken und sind fest davon überzeugt, daß wir unter dem Banner des Leninismus die Befreiung des Proletariats der ganzen Welt von den Ketten und der Sklaverei des Kapitals erreichen werden.

Es lebe die Weltrevolution!

Es lebe das Banner der Revolution — der Leninismus!

Es lebe die III., die Kommunistische Internationale!"

KOLAROW: Genossen, teilen Sie Ihren Genossen, der Gruppe der „Komintern" mit, daß die Vertreter der Arbeiter der ganzen Welt, die sich im Sowjet-Moskau zum Kongreß versammelt haben, hier an eurem Beispiel lernen, auf welche Weise man die Kapitalisten zu schlagen und die Macht zu ergreifen hat. Zweifellos wird der Kongreß das tun, er schmiedet ein noch stärkeres Werkzeug, um die Herrschaft des Weltkapitals zu stürzen. Es leben die Grubenarbeiter von Grosny! Es lebe die Weltrevolution! (Beifall.)

ULMER (Deutschland): Genossen, die deutsche Frage hat auf dem Kongreß einen sehr weiten Raum eingenommen, und wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß die Vertreter der Rechten in Deutschland auf diesem Kongreß in einem Maße zu Worte gekommen sind, daß man fast sagen kann, der Kongreß ist überwuchert worden von den Reden, die sie gehalten haben. (Zuruf aus der deutschen Delegation: Sehr richtig!) Infolgedessen sind andere wichtige Fragen, die von großer Bedeutung sind, fast gar nicht behandelt worden. Vor allem die wirtschaftliche Perspektive ist sehr wenig behandelt worden. Nur einige Genossen, die hier geredet haben, sind auf die Thesen des Genossen Varga eingegangen, und merkwürdigerweise haben sich gerade die Vertreter der Rechten, z. B. Radek, Wynkoop, Höglund, vollständig mit den Thesen Vargas einverstanden erklärt. Ich glaube, das ist kein Zufall, sondern hier sind innere Zusammenhänge da, die man aufzeigen muß, damit nicht die Gefahr für die Komintern entsteht, infolge falscher oder schlecht formulierter Thesen wieder in eine Lage zu kommen, die wir glauben überwunden zu haben.

Genosse Varga sagte, daß die Situation unklar sei — er sagt das an einer Stelle in seinem Buch —, und daß man infolgedessen auch keine klare Perspektive haben könne. Er sagt ferner im persönlichen Gespräch, daß er nicht die Zeit und Möglichkeit habe, eine klare Perspektive aufzustellen. Aber ich glaube, Genossen, das ist eine falsche Bescheidenheit von ihm. Sicherlich sind sowohl in seinem Buch als auch in den Thesen starke Widersprüche vorhanden, viele

Unklarheiten. Aber es ist trotzdem eine sehr eindeutige Tendenz zu erkennen, sowohl in seinem Buch wie in seinem Referat, die man aufzeigen muß. Und es ist notwendig, daß dieser Kongreß diese Tendenz mit aller Energie bekämpft.

Worin besteht diese Tendenz? Darin, daß der Genosse Varga beginnt, eine Richtung, eine Entwicklung innerhalb des Kapitalismus aufzuzeigen, die endigen soll mit der Liquidierung der augenblicklichen revolutionären Krise, die endigen soll mit einer Situation, in der die Widersprüche des Kapitalismus, in die er sich jetzt verwickelt hat, aufhören. Ich zitiere folgende Stelle aus seinem Buch, aus der das klar hervorgeht:

„Der ehrliche zähe Kampf des Proletariats um die Verbesserung seiner Lage *innerhalb* des Kapitalismus ist ein Faktor ersten Ranges zur Verhinderung der Überwindung der Krise. Gelingt es der Kommunistischen Partei, als Führer des Kampfes des Gesamtproletariats, auch die breiten Massen der von dem Großgrundbesitzertum und der Bourgeoisie ausgebeuteten Bauernschaft mit in den Kampf zu führen, so kann der Kampf zum Sieg führen, selbst wenn scheinbar der ‚normale' Kapitalismus wiederhergestellt sein würde, wovon vorläufig nicht die Rede sein kann."

Also der Genosse Varga rechnet damit, daß der normale Kapitalismus wiederhergestellt werden kann. Und aus einer Stelle seiner Rede geht diese Tendenz noch klarer hervor. So sagt er:

„Die Sozialdemokratie zieht aus der Verflechtung der Interessen der internationalen Bourgeoisie eine pazifistische Konsequenz. Sie glaubt, die Verflechtung der Interessen der internationalen Bourgeoisie sei so weit fortgeschritten, daß kein Krieg mehr kommen werde. Das ist aber ebenso unrichtig wie die Annahme von Norman Angell vor dem Weltkrieg. Man darf diese Verflechtung nicht überschätzen. Sie ist *noch* bei weitem nicht so weit fortgeschritten, daß sie die Interessengegensätze *überwunden* hätte."

Aus beiden Stellen geht hervor, daß zwar Varga für den Augenblick sagt, es ist *noch* nicht der normale Kapitalismus vorhanden, und die Verflechtung ist *noch* nicht so weit, daß die Gegensätze überwunden wären, aber aus beiden Formulierungen geht hervor, daß Varga eine Tendenz sieht, die zur Herstellung des normalen Kapitalismus geht auf der einen Seite und auf der andern Seite zu einem Überimperialismus, wie Kautsky eine nach ihm zu erwartende Epoche des Kapitalismus genannt hat, in der die Gegensätze des Kapitalismus überhaupt aufhören werden.

Ich glaube, es ist sehr gefährlich für die Kommunistische Internationale, die Perspektive auf eine derartige Entwicklung des Kapitalismus einzustellen. Wir haben gar keinen Grund, in diesem Augenblick eine derartige Entwicklung zu signalisieren. Wir sehen gegenwärtig, daß die Widersprüche des Kapitalismus in aller Schärfe fortbestehen. Wir sehen keine gegenseitige Verflechtung innerhalb des Kapitalismus, die die Widersprüche und Gegensätze abschwächt. Im Gegenteil, wir sehen fortwährend eine Zuspitzung, eine Verschärfung dieser Gegensätze. Infolgedessen haben wir es nicht notwendig, eine derartige Entwicklung zu signalisieren.

Aus dieser nach unserer Ansicht falschen Stellung des Genossen Varga gehen andere Abweichungen hervor, die auch festgestellt werden

müssen, so z. B., wenigstens in einzelnen Stellen, pazifistische Abweichungen. Er spricht an einer Stelle der Thesen von dem vollständig unberechtigten und gewaltsamen Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet. Ich glaube, in Thesen, in denen man die Dinge rein wirtschaftlich aufzeigt, ist eine solche moralische Beurteilung nicht am Platze. Wir müssen marxistisch an den Einbruch herangehen, indem wir die Zusammenhänge beurteilen. Aber diese Entgleisung ist keine Einzelheit, sondern eine Konsequenz der Einstellung des Genossen Varga überhaupt.

Auch in der Beurteilung des Sachverständigengutachtens sind Varga pazifistische Entgleisungen unterlaufen. Er übernimmt sehr leichtgläubig die Betrachtungen über die Wirkungen des Sachverständigengutachtens, wie sie vor allem in der englischen Presse stehen. Auch hier ist es nötig, die Thesen Vargas zu überarbeiten und derartige Formulierungen, die leicht an Pazifismus streifen, unbedingt auszumerzen.

Bei einer solchen Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie Genosse Varga in seinem Buch und teilweise, wenn auch abgeschwächt, in seinen Thesen gegeben hat, ist es natürlich für ihn sehr schwierig, eine Perspektive zu zeigen, die den notwendigen Impuls für die kommunistischen Parteien in der jetzigen Situation geben könnte. Auf welche Weise sucht Varga diese Dinge zu überwinden? Wir haben in Deutschland eine kleine Gruppe von Genossen, die sich Schüler Rosa Luxemburgs nennen und die Fehler Rosa Luxemburgs in der plumpesten Weise übertreiben. Diese Genossen haben folgende Perspektive: Sie sagen, der Kapitalismus treibt zum Zusammenbruch, zur Katastrophe, und die Kommunistische Partei hat in ihrer Agitation nur auf diese Katastrophe zu visieren und sich einzustellen. Wenn sich eine solche Theorie in der Kommunistischen Partei durchsetzte, würde eine absolute Passivität entstehen. Das heißt, wir brauchen nichts weiter zu tun, als eine kommunistische Partei zu schaffen, sie innerlich festzumachen, aber mit den Massen des Proletariats brauchen wir uns vorläufig nicht zu beschäftigen. Es braucht nur, wenn die Katastrophe kommt, die Führung da zu sein, und dann wird alles klappen.

Wir müssen natürlich gegen eine solche Einstellung ankämpfen, und wir werden diese Genossen mit allem Ernst zur Ordnung rufen müssen. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Aber Genosse Varga hat eine andere Abweichung. Er hat eine Perspektive, die geht auf die Beendigung der Widersprüche innerhalb des Kapitalismus, die geht auf die Liquidierung der revolutionären Krise, in der wir stehen. Und bei einer solchen Einstellung ist es selbstverständlich notwendig, daß man an die Revolution und an das Heraufkommen gewaltiger revolutionärer Situationen nicht mehr so unmittelbar glaubt. Was macht Genosse Varga, um trotzdem den kommunistischen Parteien den notwendigen revolutionären Impuls zu geben? Er sagt: Die Situation ist so, daß zwar die Entwicklung nach einer Liquidierung der Widersprüche geht, aber daß noch genug Widersprüche da sind in der Krisenperiode, in der wir uns befinden, und daß diese den kommunistischen Parteien Gelegenheit geben, zu einem revolutionären Kampfe zu kommen, wenn diese nur die nötige *Willensanstrengung* machen. Ich glaube, so darf man nicht sprechen. Wir sind Marxisten, wir müssen solchen reinen Voluntarismus ablehnen. Wir wissen, daß die soziale Revolution nicht *nur* abhängt von dem *Willen* der Kommu-

nisten, sondern auch von der gesamten revolutionären *Situation*. Das muß unbedingt festgehalten werden.

Zwar wandeln sich die revolutionären Verhältnisse um in den Willen zum Kampfe bei der Arbeiterklasse, die die Revolution vorbereiten, organisieren und durchführen muß. Aber ohne eine revolutionäre Situation kann nicht der Wille von einzelnen Personen, auch nicht von kommunistischen Parteien die Verhältnisse so umwandeln, daß sie revolutionär werden. Beides ist miteinander verflochten, der Wille wie die revolutionäre Situation. Ohne sie gibt es nicht die Möglichkeit, die Verhältnisse umzugestalten, das Proletariat zum entscheidenden Kampf zu führen. Das müssen wir mit aller Klarheit feststellen und die Auffassung Vargas ablehnen. Ist die Perspektive nicht unmittelbar revolutionär, so müssen wir trotzdem fortfahren, zu kämpfen mit dem Ziele der Organisierung der Revolution, ist sie aber revolutionär, so haben wir uns unmittelbar auf entscheidende revolutionäre Kämpfe einzustellen.

Ich glaube, daß der 5. Weltkongreß sich unter allen Umständen erneut und schärfer einstellen muß auf die alte Leninsche Perspektive, daß wir mit dem Weltkrieg in die Epoche der Weltrevolution eingetreten sind. Es ist notwendig, daß wir dazu zurückkehren, weil schon die Thesen des 3. Weltkongresses teilweise eine Abschwächung dieser Perspektive waren. Der Genosse Varga zitiert in seinem Buche eine Stelle des Genossen Lenin, in der Genosse Lenin sagt, daß es dummes Zeug ist, wenn Kommunisten spintisieren darüber, ob eine Situation für den Kapitalismus ausweglos sei. Auch wir sind der Meinung, daß es müßig ist, darüber zu reden, ob für alle Ewigkeit der Kapitalismus die Möglichkeit hat oder nicht hat, sich aus kritischen Situationen herauszuretten. Varga sieht aber auch hier falsch. Genau so wie er dem Willen der Kommunistischen Partei eine zu große Rolle einräumt, so schreibt er auch dem Willen der Kapitalisten eine zu große Rolle zu. Auch hier ist er nicht marxistisch, sondern voluntaristisch. Das sind Fehler, die ausgeschaltet werden müssen. Die Kapitalisten können immanente Gegensätze nicht durch ihren Willen beseitigen, das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Die deutsche Delegation ist der Meinung, daß wir zur Perspektive des Genossen Lenin zurückkehren müssen. Lenin hat gesagt, daß wir den Weltkrieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln haben. Wir sind der Meinung, daß der Weltkrieg nicht liquidiert ist. Der Ruhreinbruch der Franzosen und jetzt auch das Sachverständigengutachten ist eine Fortsetzung des Krieges in anderer Form. Folglich besteht die Aufgabe weiter, diesen Krieg umzuwandeln in den Bürgerkrieg. Wir glauben, daß deshalb nach wie vor die Reparationsfrage das Kernstück der gesamten wirtschaftlichen Perspektive der Komintern bleiben muß. Gewiß, von größter Wichtigkeit ist, zu verfolgen, was in Amerika vorgeht. Die junge Kommunistische Partei in Amerika braucht die Unterstützung der Komintern. Die Vorgänge in Amerika sind auch deshalb von Wichtigkeit, weil die wirtschaftlichen Vorgänge in Amerika zurückwirken auf Europa, weil diese Verflechtung besteht. Auch hier bleibt Varga widerspruchsvoll. Er sagt: Die Tendenz gehe dahin, daß die einzelnen kapitalistischen Wirtschaften sich möglichst isolieren, mit Ausnahme von England, andererseits sagt er, daß durch die Krise in Amerika die Vereinigten Staaten auf dem Weltmarkt viel stärker hervortreten werden als bisher. Ich bin nicht der Ansicht, daß eine Isolierung der einzelnen nationalen Ökonomien eintritt, sondern daß

die Verflechtung intensiver wird, daß diese Verflechtung aber die Widersprüche nicht verringert, sie vielmehr verstärkt. Trotzdem wir also wohl wissen, daß solche Zusammenhänge bestehen, glauben wir, daß die Reparationsfrage das Kernstück unserer wirtschaftlichen Gesamtbetrachtung sein und bleiben muß, weil hier das Geschwür am Körper des Weltkapitalismus offen weiter eitert und weil wir konstatieren müssen, daß das Geschwür nicht verheilt, sondern sich verbreitert, in die Tiefe geht und wahrscheinlich immer größere Teile des Körpers des Weltkapitalismus erkranken werden. Die Wirkung des Sachverständigengutachtens wird so sein, daß zunächst in Deutschland der Kapitalismus zweifellos den Versuch machen wird, dieses Sachverständigengutachten zu seiner eigenen Rettung zu benutzen, darüber besteht kein Zweifel. Der Kapitalismus kann das nur machen mit Hilfe einer ungeheuerlichen Unterdrückung und Aussaugung der deutschen Arbeiter. Der Druck des deutschen Kapitalismus muß ungeheuerlich verstärkt werden, wenn das Sachverständigengutachten in die Wirklichkeit umgesetzt werden soll. In dem Augenblick, in dem der deutsche Kapitalismus die Möglichkeit hat, das Sachverständigengutachten insofern durchzuführen, daß das deutsche Proletariat sich geduldig die schärfste Ausbeutung gefallen läßt, bestehen auf anderer Seite Schwierigkeiten, die vom deutschen Kapitalismus nicht überwunden werden können: der Einfluß der englischen Kapitalisten auf dieses Gutachten. Das Gutachten konstatiert mit aller Brutalität den Zweck, den deutschen Export zu verringern, einzudämmen. Die englischen Kapitalisten machen gar kein Hehl daraus, was sie mit dem Sachverständigengutachten beabsichtigen. Wenn der deutsche Kapitalismus die Summen, die im Sachverständigengutachten angegeben sind, tatsächlich aufbrächte, würde das einen solch starken Export verlangen, daß die englische Wirtschaft das unter keinen Umständen ertragen könnte. Eine solche Entwicklung würde eine Verschärfung der Situation in Deutschland oder den Ruin der englischen kapitalistischen Wirtschaft bedeuten. Diese Widersprüche, die sich aus dem Sachverständigengutachten ergeben, sind solche, daß sie unter allen Umständen die gesamte Situation nicht im kapitalistischen Sinne verbessern, sondern verschärfen werden, und damit auch die Gesamtsituation.

Man muß diese Dinge signalisieren, dann wird man finden, daß die Situation nicht so ist, wie sie Varga darstellt, daß nämlich die Kommunisten *vielleicht* zu revolutionären Kämpfen kommen *können*, die Situation ist vielmehr so, daß wir innerhalb des europäischen Kapitalismus vor Situationen stehen, die *unbedingt* revolutionär sind, und die Kommunistischen Parteien *müssen* sich vorbereiten, stets bereit für den revolutionären Kampf zu sein. Genosse Radek hat diesen Satz in unsern Thesen nicht verstanden. Er bedeutet nicht, daß die Kommunistische Partei jederzeit den revolutionären Kampf aufnehmen kann, das erfordert eine konkrete revolutionäre Situation. Der Sinn dieses Satzes ist, daß, wenn wir vor einer konkret revolutionären Situation stehen, die Kommunistische Partei bereit ist, das deutsche Proletariat zum entscheidenden Kampf zu führen.

Ich glaube, daß die Thesen in diesem Sinne umgearbeitet werden müssen, daß viel schärfer gesagt werden muß, daß die Lage eine absolut revolutionäre ist, daß wir vielleicht in ganz naher Zeit vor revolutionären Situationen stehen werden, in denen die KPD und im Zusammenhang damit auch die andern kommunistischen Parteien

bereit sein müssen, den revolutionären Entscheidungskampf aufzunehmen. Ich glaube, daß trotz der Notwendigkeit, der englischen Kommunistischen Partei zu helfen, daß trotz der Notwendigkeit, mit aller Schärfe die Situation in England zu beobachten und auch mit Hilfe der KI den Versuch zu machen, die Bewegung innerhalb des englischen Proletariats vorwärtszutreiben, die Hauptkraft der KI auf der Reparationsfrage liegen muß und damit auch auf der deutschen Frage. Wir sind der Meinung, daß die nächste Etappe der Weltrevolution in Deutschland sein wird, und daß deshalb mit allem Nachdruck, mit aller Energie auf die Situation in Deutschland Rücksicht genommen werden muß

ALONSO gibt eine Deklaration gegen den weißen Terror in Spanien zu Protokoll.

FREIMUTH (Deutschland): Genossen! Die deutsche Delegation hat sich in ihrer gestrigen Sitzung mit dem Verlauf der Debatte auf dem Kongreß beschäftigt und hat es sehr merkwürdig gefunden, daß die Richtung, die in Deutschland nicht mehr existiert, hier in breitestem Rahmen zu Worte gekommen ist, so daß auf dem Kongreß die Meinung entstehen mußte, als seien in der deutschen Partei zwei Meinungen vorhanden, die sich hier gegenüberstehen.

Aus diesem Grunde hat die deutsche Delegation sich gezwungen gefühlt, einstimmig folgende Erklärung an den Kongreß abzugeben:

„In der Debatte über den Bericht des Exekutivkomitees hat eine Reihe von Vertretern der vom Frankfurter Parteitag abgelehnten Richtung Radek-Brandler ihre persönlichen Auffassungen über die Fragen der deutschen Partei mit der größten Ausführlichkeit dargelegt. Die deutsche Delegation hat sich diese, nach ihrer einstimmigen Auffassung falschen und überflüssigen Ausführungen geduldig angehört. Die deutsche Partei, die aus der von den Vertretern dieser Richtung verschuldeten Oktoberniederlage gelernt hat, ist über diese Auffassungen vollständig zur Tagesordnung übergegangen. Auf dem Frankfurter Parteitag hat sich für die Anträge dieser Richtung keine einzige Stimme mehr gefunden. Die Vertreter dieser Auffassung vertreten also auf dem Weltkongreß niemanden mehr als sich selbst und ihre falsche Politik. Um dies zu verdecken, sind sie darauf angewiesen, nach den Unvollkommenheiten auszuspähen, die in der Politik der deutschen Partei noch vorhanden sind, und auf zukünftige Mißerfolge der Partei zu spekulieren. Die Kritik dieser Verfechter einer bankrotten Politik richtet sich unter dem Deckmantel der Angriffe gegen die deutsche Partei in Wirklichkeit gegen die Exekutive und die gesamte Internationale und zielt darauf hin, die rechten Strömungen in der KI zu stärken und zusammenzufassen. Die deutsche Partei ihrerseits ist über die negative und unfruchtbare Kritik einer politisch erledigten Richtung schon längst zur Tagesordnung übergegangen und bemüht sich, mit allen Kräften aus ihrer eigenen Politik jene Unvollkommenheiten mehr und mehr zu beseitigen, die ihr als ein Überrest der vergangenen Fehler noch anhaften, und durch energische Arbeit die neuen Aufgaben voll zu erfüllen, die sie sich auf dem Frankfurter Parteitag einmütig gestellt hat. Die deutsche Partei erwartet, daß der 5. Weltkongreß mit seinen Beschlüssen und ihrer Auswertung die rechten Strömungen innerhalb der KI so ausmerzt, daß ihre Vertreter auf keinem Kongreß der KI mehr auftreten können."

HANSEN (Norwegen): Es wurde darüber gesprochen, daß eine neue Mode in der KI entstanden sei, nämlich über die Bolschewisierung zu sprechen. Es scheint sich mir aber eine noch viel schlimmere Mode geltend zu machen, die Mode, feierliche diplomatische Deklarationen abzugeben. Ich hoffe, daß die Genossen Smeral und Höglund auf diesem Gebiete keine Schule in der KI schaffen werden, jedenfalls werde ich mich dieser Schule nicht anschließen.

Ich werde hier nicht nur über die Gesamtsituation in der KI, sondern besonders über die Situation in Skandinavien offen und aufrichtig sprechen.

Die KI wächst, indem sie die Reste der Sozialdemokratie abstreift. In diesen Worten des Frankfurter Parteitages ist meiner Meinung nach die Hauptaufgabe des Kongresses zusammengefaßt. Die Reformisten und Halbreformisten in den verschiedenen Ländern haben über die Niederlage in Bulgarien und Deutschland triumphiert. Die Tranmaeliten schrien über die orthodox marxistischen Parteien, die keine Kämpfe führen können. Trotzdem müssen wir ganz kaltblütig den Tatsachen ins Gesicht sehen, nicht die begangenen Fehler verheimlichen; wir dürfen es nicht verhehlen, daß in unsern Reihen nicht nur taktische Abirrungen vorgekommen sind, sondern daß sich sogar ein organischer Opportunismus in die KI einzuschleichen sucht.

Mit schmerzlicher Überraschung haben wir das Versagen unserer erprobtesten Sektionen im revolutionären Kampf gesehen. Wir haben die polnische Partei gesehen, wie sie dem blutigen Kampfe als passiver Zuschauer gegenüberstand. Wir haben die bulgarische Partei gesehen, wie sie in einem entscheidenden Moment die Neutralität verkündete. Wir haben die deutsche Partei im Oktober kampflos zurückweichen sehen. Die norwegische Partei hat mit vollem Herzen nach einer eingehenden Analyse der Oktoberereignisse die Liquidierung des Brandlerismus in der deutschen Partei begrüßt und ist der Meinung, daß auch der 5. Weltkongreß die Aufgabe hat, den Brandlerismus als internationale Erscheinung zu liquidieren. Aber die einzelnen Parteien und die Komintern müssen sich ganz offen fragen: *Warum* haben wir in der entscheidenden Stunde versagt, was hat den Parteien gefehlt? Wir wissen, daß eine falsche theoretische Einstellung vorhanden war und ist. Wir haben den Eindruck, daß eine falsche taktische Einstellung die Leitung der Parteien inspiriert hat, daß die Illusion des Genossen Radek, die Sozialdemokraten würden ein Stück Weges mit der Partei der Revolution zusammengehen, zu dem Versagen und zu der gefährlichen Bündnistaktik mit der Sozialdemokratie geführt hat. Es fehlte aber nicht nur die richtige theoretische und taktische Einstellung, es fehlte auch der richtige bolschewistische Kampfgeist, der für jeden erfolgreichen Kampf notwendig ist. Es fehlte in den entscheidenden Momenten der starke einheitliche Wille zum Losschlagen, zur Durchführung der revolutionären Kämpfe. Der schwedische Genosse Ström hat in seinem belletristischen Werke über die Geschichte der russischen Revolution etwas gesagt, was sehr interessant ist. Er versucht eine Analyse der slawischen Volksseele im Gegensatz zur westeuropäischen zu geben, und er schreibt, in Rußland, überhaupt im Osten, ist die Kommunistische Partei eine heilige Sache, ihr zu dienen ist eine Ehre, für sie zu sterben eine Pflicht. In Westeuropa ist das ganz anders. „Dort sind die wirtschaftlichen Organisationen die wichtigsten." Dort muß eine „andere Taktik, müssen andere Methoden und Wege" befolgt werden. Der Genosse Ström, der

Mitregent des Genossen Höglund in der KP Schwedens, vertritt hier die prinzipielle Ablehnung der Idee der Bolschewisierung der westeuropäischen Parteien, diese Idee, die das Fazit aller unserer Niederlagen und Mißerfolge ist. Es handelt sich wirklich nicht darum, Genosse Radek, daß wir die utopische Forderung aufstellen, die kommunistischen Parteien sollen im akutesten Sinne des Wortes die Revolution, d. h. den revolutionären Endkampf organisieren. Wir wollen den Parteien nicht Aufgaben stellen, die sie nicht lösen *können*.

Aus unserer kritischen Analyse der inneren Lage der Komintern ergibt sich aber nicht nur, daß einige unserer besten Sektionen bei der Durchführung der revolutionären Kämpfe versagt haben. Es gibt Sektionen, die versagen, auch wenn es nur um Teilkämpfe geht. Mir scheint z. B. in der tschechischen Partei eine solche Tendenz zu sein: Die Massen sind passiv, wir können nicht kämpfen, wir müssen erst größere Massen haben. Wie werden Sie aber diese Massen gewinnen, wenn Sie keine klare politische Linie haben? In Norwegen haben wir die Passivitätstheorie in einer andern Ausgabe gehabt. Gegenüber dem heroischen Metallarbeiterkampf, der sieben Monate dauerte, wurde z. B. folgendes gesagt: Der Kampf ist sinnlos, die Unternehmer haben auf Grund des Index und des Gesetzes die Löhne in diktatorischer Weise um 5 Prozent reduziert. Die Aufrechterhaltung dieses Dekrets ist für den Arbeitgeberverband eine Frage des Prestiges und der Macht. Hinter dem Unternehmerverband steht der bürgerliche Staat. Da wir nicht imstande sind, den Unternehmerverband und den Staat zu zermalmen, d. h. die siegreiche Revolution durchzuführen, hat es keinen Sinn, diesen Kampf weiterzuführen. Der Streik ist sowieso verloren. Die Metallarbeiter kämpften und kämpfen immer noch für die Entfernung der Streikbrecher aus den Betrieben. Eine solche Parole war von demselben Gesichtspunkt vollkommen lächerlich. Die Streikbrecher sind nach Beschluß und Kundgebung der Regierung nicht als Streikbrecher zu betrachten. Wir sind noch nicht imstande, die Regierung zu stürzen, die Revolution durchzuführen. Also ist es heller Wahnsinn, gegen die Streikbrecher zu kämpfen, die doch unter dem Schutze der Regierung stehen. Wir haben diese Passivitätstheorie in Norwegen überwunden, und es ist notwendig, ähnliche Tendenzen in andern Ländern möglichst schnell zu überwinden. Sonst sind wir nicht davor geschützt, daß unsere Parteien sogar in den verschärften Teilkämpfen versagen werden.

Es gibt Sektionen, die kaum noch gelernt haben, eine revolutionäre Propaganda und Agitation zu führen. Wenn wir das nicht lernen werden, wird es uns auch wenig nützen, wenn wir z. B. in England jetzt eine tägliche Zeitung haben werden.

Es gibt Sektionen, die auf einer noch niedrigeren Stufe stehen, die sogar versagen, wenn es darum geht, den verschärften Kampf in den Nachbarländern zu verstehen und sich mindestens in Artikeln und Reden mit den Aktionen der nächsten Nachbarparteien zu solidarisieren. Zu dieser vierten Kategorie gehört leider noch die schwedische Partei unter Leitung des Genossen Höglund. Für alle Kategorien der Kominternabteilungen muß die Parole des 5. Kongresses sein: Bolschewisierung der Propaganda, der Agitation, der Aktion, Bolschewisierung der Seele und des Geistes der kommunistischen Parteien des Westens, Entfernung aller Fäulnisbazillen, die der II. Internationale entstammen.

Jetzt ein paar Worte noch zur Lage in Skandinavien.

Seit dem 4. Weltkongreß haben sich in Skandinavien einige Ereignisse abgespielt, die für die ganze Komintern eine große Bedeutung haben. Wir haben in Norwegen einen verschärften Klassenkampf. Mit dem heldenmütigen Kampf der Metallarbeiter, die unter kommunistischer Führung standen, mit der Mobilisierung aller Machtmittel der Kapitalisten und des Staates gegen die Kämpfe der Arbeiterschaft, mit dem verschärften physischen Kampf der Arbeiter gegen die Streikbrecher und Polizisten, mit der Bildung faschistischer Vaterlandsvereine unter der Parole: „Einheitsfront gegen Moskau", mit der Bildung der Weißen Garde in Kristiania, die mit Zustimmung der Regierung einen privaten Import von Maschinengewehren durchführt, mit der Ausgabe der Parole der Bewaffnung der Arbeiter als konkrete organisatorische Aufgabe seitens unserer Partei ist das „demokratischste" aller Länder in die Periode des revolutionären Klassenkampfes eingetreten. In diesem Milieu des verschärften Klassenkampfes wird selbst der Genosse Höglund zugeben müssen, daß in Norwegen nur *eine* Kommunistische Partei ist, die Sektion der Kommunistischen Internationale. Genosse Höglund wird, wenn er den Boden der Komintern nicht verlassen will, offen zugeben müssen, daß der Tranmaelismus als sogenannte revolutionäre Richtung in Norwegen vollständig Bankrott gemacht hat. Genosse Radek hat dem Tranmael in Kristiania zugerufen, er sei mit einem falschen Paß in die III. Internationale gekommen. Das ist vollkommen richtig. Tranmael war niemals Kommunist. Die Tatsachen des letzten Kampfjahres in Norwegen haben uns vollkommen recht gegeben. Es ist jetzt klar zu sehen: Tranmael hat mit der Komintern gebrochen, weil er in Norwegen keine revolutionäre Arbeiterpolitik führen wollte. Sein Kampf gegen die kommunistischen Grundsätze, seine Rückkehr zur pazifistischen Linie der Militärdienstverweigerung — eine Linie, die die reaktionäre Bauernzeitung zutreffend als eine Vereinfachung der Administration bezeichnet, denn man braucht ja dann gar nicht mehr die roten Elemente aus der Armee hinauszuschmeißen —, sein Kampf gegen die Einheitsfront, das alles ist objektiv ein Verbrechen gegen die norwegische Arbeiterklasse. Tranmael hat den kommunistischen Grundsätzen und Richtlinien niemals wirklich zugestimmt, infolgedessen werden wir nicht behaupten, daß er an diesen Grundsätzen einen Verrat begangen hat. Er hat sich nur ein bißchen zu gut maskiert. Seine vierjährige Mitgliedschaft in der Komintern war ein historisches Mißverständnis. Er hat den geeigneten Zeitpunkt gewählt, um Farbe zu bekennen, nachdem er sich schon auf demagogischem Wege eine Mehrheit in der alten norwegischen Arbeiterpartei gesichert hatte. Was er wirklich verraten hat, das sind die Ideen seiner eigenen Gewerkschaftsopposition, für die er zwölf Jahre lang gekämpft hat: Man sollte die kämpfenden Arbeiter kämpfen lassen, man sollte ihnen nicht in den Rücken fallen, man sollte sie durch gewerkschaftliche Generalkämpfe tatkräftig unterstützen. Was hat aber Tranmael in den letzten Wochen und Monaten getan? Er hat die Gewerkschaftspolitik Lians vollkommen unterstützt. Er hat aktiv mitgeholfen, die Metallarbeiter zur Kapitulation zu zwingen. Er hat diesen heroischen Kampf abgewürgt. Die norwegische Kommunistische Partei hat als einzige Partei für die Weiterführung und Verschärfung des Kampfes gewirkt. Wir haben den Vizevorsitzenden der Partei aus der Partei hinausgeschmissen, weil er mit Lian ging. Als die Partei vor der Wahl

stand, sich mit dem Vizevorsitzenden oder mit den kämpfenden Proletariern zu solidarisieren, haben wir in wenigen Stunden die richtige Wahl getroffen, wenn auch in dieser Situation Schwankungen seitens einiger Genossen zu verzeichnen waren. Trotzdem war unsere Partei nicht stark genug, um die Niederlage der Metallarbeiter zu verhindern.

Die Einheitsfront der tranmaelitischen Halbreformisten und der Reformisten mit der Bourgeoisie hat vorläufig noch einmal den Sieg davongetragen. Die klassenbewußten Arbeiter in Kristiania und in andern wichtigen Industriezentren wenden sich aber auf das schärfste gegen diese Politik, die sie als direkten Verrat an der Arbeiterklasse stempeln. Die Arbeiter verlangen die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses, um dieser verräterischen Politik ein Ende zu bereiten. Die Jugend der NAP verlangt von Tranmael die Durchführung des Programms seiner Gewerkschaftsopposition. Was sagt unter diesen Umständen unsere schwedische Bruderpartei? Was sagt Genosse Höglund und seine Zeitung? Stellt er die Tatsachen fest, daß Tranmael den Boden des revolutionären Klassenkampfes verlassen hat, daß er Amsterdamer Politik betreibt, daß die protestierenden tranmaelitischen Arbeiter recht haben? Nichts von alledem, er wiederholt seine Rolle aus der früheren Periode der Parteikämpfe in Norwegen, als er die Hauptstütze Tranmaels, der Lieferant von Waffen und Munition an Tranmael gewesen ist.

Die Zuspitzung der Klassenkämpfe in Norwegen voraussehend, haben wir im Januar die skandinavische Parteiföderation gebildet. Wir haben bei der Gründung der Föderation eine Reihe wichtiger taktischer Beschlüsse gefaßt. Wir haben eine skandinavische Hilfsaktion für die kämpfenden norwegischen Arbeiter beschlossen, eine Aktion, die von der schwedischen Partei leider sehr schwach durchgeführt wurde. Wir haben beschlossen, dafür zu arbeiten, daß die Gewerkschaften mit ihrer reformistischen Vergangenheit, mit der Verhandlungspolitik und der alten Gewerkschaftsbureaukratie brechen sollen, wir haben beschlossen, alles zu tun, um unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern eine klare kommunistische Auffassung zu schaffen. Die schwedische Parteileitung hat diesen Beschlüssen zugestimmt. Es kam aber der entscheidende Moment, in dem es galt, Farbe zu bekennen. Es kam der Moment, in dem die Empörung der norwegischen Arbeitermassen gegen Lian und Tranmael in offenem Protest, in scharfen konkreten Forderungen zum Ausbruch kam. In diesem wichtigen Augenblick schrieb das Höglundsche Zentralorgan in Stockholm zur größten Freude der Tranmaeliten: Bitte schön, keine Reibungen in der Landesorganisation der Gewerkschaften! Bitte schön, beruhigen Sie sich! Dieser Standpunkt der Höglunder wurde in der Form einer „Hoffnung" zum Ausdruck gebracht. Was ist aber der politische Sinn einer solchen „Hoffnung" in einer solchen Situation? Nichts anderes als die den Interessen der Tranmaeliten entsprechende Parole: Sollen die Gewerkschaften in Norwegen auch weiterhin in den Händen der Reformisten und Halbreformisten, in den Händen der Verräter bleiben? Ein solches Auftreten der Höglundrichtung in Schweden entspricht vielleicht dem Begriffe der formellen Disziplin, aber das ist jedenfalls nicht das, was wir in einer Kommunistischen Internationale brauchen. Wenn der Genosse Höglund hier erklärt, er habe seit dem Moskauer Abkommen im Dezember sich mit der KPN solidarisiert, so ist das nicht

die Meinung der norwegischen Partei, wie die Dokumente beweisen, die wir der skandinavischen Kommission überweisen können.

Genossen, wir stehen in Norwegen vor ernsten Kämpfen. Wir sind bereit, alles zu tun, um unsere revolutionäre Pflicht zu erfüllen. Fest und entschlossen werden wir den Kampf mit der Bourgeoisie und allen ihren Agenten führen und die Erfolge, die wir schon zu verzeichnen haben, in neue Erfolge verwandeln. Die KPN hat als Vorkämpferin der norwegischen Arbeiterklasse ihre erste Probe schon bestanden. Wir werden unsere Eroberungsarbeit in den Gewerkschaften mit voller Kraft fortsetzen. Die beiden menschewistischen Parteien haben die Einheitsfront abgelehnt. Wir werden unsern Kampf für die Einheitsfront von unten führen. Wir stehen vor der Schaffung revolutionärer Betriebsräte und vor dem Ausbau der Partei auf Betriebszellen. Wir stehen vor der Bewaffnungsfrage als konkreter organisatorischer Aufgabe. Wir müssen die Isolierung des Proletariats, die Isolierung der revolutionären Vorhut verhindern, wir müssen vor allem die Kleinbauern gewinnen. Mit Hilfe der gesamten Kommunistischen Internationale werden wir alles tun, um diese Aufgaben im schnellsten Tempo zu lösen.

Aber wir müssen auch an die schwedische Bruderpartei gewisse Anforderungen stellen. Nicht, daß wir von Höglund verlangen werden, er solle in Schweden sofort die Revolution organisieren. Wir werden sogar von dem Genossen Ström nicht verlangen, er solle in seinen Büchern keinen kleinbürgerlichen Unsinn schreiben. Wir werden an die Führer der schwedischen Bruderpartei keine utopischen Forderungen stellen. Wir müssen aber unbedingt darauf bestehen, daß sie uns in unserm Kampf nicht in den Rücken fallen, daß sie endgültig aufhören, Munition für die tranmaelitische Presse zu liefern, daß sie nicht nur eine formell deklarierte, sondern eine wirklich durchgeführte Solidarität mit der kämpfenden Kommunistischen Partei Norwegens zeigen. Wir verlangen von dem Genossen Höglund, daß er gegenüber der Komintern keine Diplomatie betreibt und nicht eine formelle, sondern eine reelle Disziplin einhält. Wir müssen an ihn die vielleicht schwer zu erfüllende Anforderung stellen, er solle den verschärften Klassenkampf in Norwegen nicht durch das umgekehrte Fernrohr eines politischen Literaten, sondern mit den Augen eines solidarischen Mitkämpfers betrachten. So wie die KPD an der revolutionären Konsolidierung der tschechischen und polnischen Partei direkt interessiert ist, ist die KP Norwegens an der Entwicklung der schwedischen Partei interessiert. Es gibt für uns eine schwedische Frage, aber keine isolierte schwedische Frage. Die schwedische Frage ist gleichzeitig eine skandinavische, eine internationale Frage. Die Lösung dieser Frage ist eine der Voraussetzungen der erfolgreichen Entfaltung der revolutionären Kräfte in Skandinavien. Große Schwierigkeiten, neue Hindernisse werden wir noch auf unserm Wege treffen. Wir werden die besten proletarischen Kräfte sammeln, um in den skandinavischen Ländern eiserne kommunistische Massenparteien zu schaffen. Soll die russische Parteiopposition, soll Höglund noch weiterhin Waffen und Munition den Tranmaeliten liefern, wie es bisher geschah: Wir werden den Tranmaelismus in Norwegen als politischen Faktor liquidieren. Tausende von ehrlichen Arbeitern aus den Reihen der NAP werden früher oder später zur KI zurückkehren. Allen inneren Hemmungen, allen Hindernissen zum Trotz, im Kampf gegen alle Abweichungen von der bolschewistischen Linie, unterstützt durch den festen leni-

nistischen Kurs der Komintern, werden wir die Bolschewisierung der Parteien auch in den skandinavischen Ländern vollziehen.

Zur Frage der Einheitsfront und der Arbeiterregierung. Ich bin mit der Definition des 4. Kongresses vollkommen einverstanden: „Die Taktik der Einheitsfront ist der Vorschlag der Kommunisten zum gemeinsamen Kampf mit allen Arbeitern, die andern Parteien oder Gruppen angehören, und mit allen parteilosen Arbeitern zum Zwecke der Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen gegen die Bourgeoisie. Jeder Kampf, sei es auch für die kleinste Tagesforderung, ist eine Quelle revolutionärer Aufklärung und revolutionärer Schulung, denn die Erfahrungen des Kampfes werden das arbeitende Volk von der Unvermeidlichkeit der Revolution und der Bedeutung des Kommunismus überzeugen." Diese Definition der Einheitsfronttaktik deckt sich vollständig mit der Definition Sinowjews nach den Erfahrungen des deutschen Oktober. Wenn diese Taktik in einigen Fällen nicht so sehr eine Quelle der Weiterentwicklung der revolutionären Massenbewegung als eine Quelle einer opportunistischen Rückwärtsentwicklung geworden ist, dann nur deshalb, weil es den opportunistischen Elementen ebenso unmöglich ist, die Einheitsfronttaktik richtig durchzuführen, wie es 1912 dem Vandervelde unmöglich war, einen erfolgreichen Generalstreik in Belgien durchzuführen. Ich werde nicht über eine „Entartung der alten Garde" sprechen. Ich will nur feststellen, daß es schon ein Erfolg ist, wenn durch die Anwendung der Einheitsfronttaktik außer der Mobilisierung größerer Massen noch erreicht worden ist, daß wir die opportunistischen Gefahren konkret entdeckt haben und imstande sein werden, die gesamte kommunistische Bewegung vor den katastrophalen Folgen einer Weiterentwicklung dieser Gefahren zu schützen.

Wenn hier — von Brandler — behauptet wird, wir haben den Boden des 3. und 4. Kongresses verlassen, dann möchte ich an einen Satz des 3. Kongresses erinnern, der vielleicht einigen Ohren ebenso banal klingt wie die Parole der Bolschewisierung: *„Die kommunistischen Parteien können sich nur im Kampfe entwickeln."* Das ist etwas ganz anderes als die mechanische Auffassung des Genossen Brandler, der auf die rein technische Seite des Parteiproblems und des Revolutionsproblems das Hauptgewicht zu legen scheint. Nach dieser Anschauung müßte man einen absolut sicheren Status des Sieges schon im voraus aufstellen können, um einen revolutionären Kampf zu rechtfertigen.

Genosse Varga hat selbstverständlich recht, wenn er betont, daß wir mit keinem automatischen, sondern nur mit einem hart erkämpften Sieg der Revolution zu rechnen haben. Das setzt aber ein selbständiges *Kraftbewußtsein* der Kommunistischen Partei voraus. Wenn die Partei manövriert, wenn sie die Taktik und Strategie der Einheitsfront verwendet, muß die Partei fühlen und wissen, für welchen *Zweck* sie auf diesem Wege die Massen gewinnen soll. Die Partei muß die zwecksetzende und führende Kraft sein. Sonst ist die ganze Taktik sinnlos.

Nach der Rede des Genossen Radek, der die Einheitsfronttaktik nur dann als reinen Honig betrachtet, wenn sie die Koalition mit der Sozialdemokratie bedeutet, ist eine Revision des Wortlautes der Resolution über die Arbeiterregierung auf diesem Kongreß nicht zu vermeiden. Die Internationale kann nicht ruhig zusehen, wie man die Linie einschlägt, die sozialdemokratischen Arbeiter auf *dem* Wege zu gewinnen, daß man der politischen Plattform der Sozialdemokratie

prinzipielle Konzessionen macht. Jede Illusion eines proletarischen Charakters der Sozialdemokratie als politischen Faktors muß bekämpft werden. Auch in Skandinavien waren Ansätze zur Theorie der Arbeiterregierung als einer demokratischen Übergangsstufe. Nur die dänischen Genossen haben in dieser Frage eine konsequente, richtige Haltung gehabt. Die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung ist für die skandinavischen Länder, und besonders für Norwegen, sehr aktuell und sehr wichtig. Um so mehr muß man sich wehren gegen falsche opportunistische Auslegungen der Parole im Sinne irgendwelcher parlamentarischen Kombinationen seitens der Kommunistischen Partei. Um so mehr müssen wir die selbständige revolutionäre Führerrolle unserer Partei unterstreichen und auch in der ganzen Politik durchsetzen. Um so mehr müssen wir klarmachen, daß uns keine Kleinigkeiten, sondern ein Abgrund von den Reformisten aller Schattierungen trennt, derselbe Abgrund, der uns von der Bourgeoisie trennt, desto stärker müssen wir betonen, daß die reformistischen Parteien als proletarische Parteien rettungslos verloren sind.

MACMANUS (Großbritannien): Genossen! Ich glaube, aus Gen. Sinowjews Bericht sowie aus den meisten hier gehaltenen Reden geht klar hervor, daß das größte Problem, mit dem die Komintern sich seit dem letzten Kongreß befassen mußte, das Problem einer ausgesprochenen, wachsenden opportunistischen Tendenz in den meisten unserer Parteien ist. Wir hatten Anzeichen vom Vorhandensein solcher Tendenzen in der deutschen Partei, in der tschechoslowakischen Partei, in der russischen Partei und in der polnischen Partei, und ich könnte wohl noch die britische Partei nennen. Aber obgleich diese Tendenzen in gewissen Ländern ihren spezifischen Charakter haben, so ist dieser ganzen Welle des Opportunismus doch auch etwas Gemeinsames, ein internationaler gemeinsamer Charakter eigen, und der gemeinsame, ihnen allen eigene Zug besteht darin, daß sie das Ergebnis ausgesprochener Fehlgriffe bei Anwendung der Taktik der Einheitsfront waren. Man braucht gar nicht sehr tief in die Sache einzudringen, um zu entdecken, welcher Quelle diese opportunistischen Tendenzen entspringen und wovon sie ihr Leben fristen. Es ist klar, daß sie entschieden der langsamen Entwicklung der sozialen Revolution zuzuschreiben sind. Darum scheint es mir, daß die größte Aufgabe des Kongresses nicht einfach darin besteht, die sündigenden und irregehenden Parteien für die von ihnen begangenen Entgleisungen abzukanzeln; der Kongreß hat die viel wichtigere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß im kommenden Jahr keine Wiederholung der gleichen Schwächen und Irrtümer stattfindet. Ich bin davon überzeugt, daß es nur einen einzigen Weg gibt, um dies zu erreichen, und es ist die entschiedene Pflicht des Kongresses, diesen Weg einzuschlagen, nämlich für die Ausarbeitung einer deutlichen und genauen Erklärung zu sorgen, in der die Anwendung der Einheitsfronttaktik detailliert dargelegt wird. Der bisher begangene Fehler bestand in der Annahme, daß unsere vielen und verschiedenen Parteien durchaus kompetent, durchaus fähig und, ich könnte hinzufügen, durchaus gewillt seien, die Taktik der Einheitsfront sowohl dem Sinne nach als auch dem Buchstaben nach so zu deuten, wie sie gemeint war und sicher gedeutet werden müßte. Darum wiederhole ich, daß hierin die Aufgabe liegt, die der Kongreß, ausgehend von dem die Arbeit eines ganzen Jahres umfassenden Bericht des Genossen Sinowjew, zu erfüllen hat.

Im Bericht des Genossen Sinowjew wurde etwas erwähnt, was uns sehr willkommen war. Ich meine den Hinweis auf die Bedeutung, die der Kongreß den in Großbritannien bestehenden Schwierigkeiten und Problemen beimessen müßte. Dies war eine sehr willkommene Bemerkung, weil die Probleme kompliziert sind, weil die dortige Lage außerordentlich verwickelt ist und auch weil wir dort eine sehr kleine Partei besitzen, die mit dieser verwickelten und komplizierten Lage fertig werden muß. Diese Bemerkung war willkommen, weil sie zweierlei bewirkte: Sie legte fast sämtlichen Vertretungsdelegationen, die Redner aufstellten, die Pflicht auf, diese britischen Probleme in ihren Berichten nicht unberührt zu lassen. Dies ist an sich schon ein Erfolg. Es ist ein Erfolg, wenn die Aufmerksamkeit der größeren Parteien der Kommunistischen Internationale — der Parteien mit größerer und weitreichenderer Erfahrung — auf die komplizierte und verwickelte Lage, die wir in Großbritannien haben, gelenkt wird. Wie ich sagte, ist es vollkommen wahr, daß diese Bemerkung den Anlaß dazu gab, von dieser Tribüne aus die Lage in Großbritannien vielfach zu erörtern, aber ich muß hinzufügen, daß es gleichfalls wahr ist, daß die hier vorgebrachten Erwägungen nicht sehr nutzbringend waren.

Diese Erwägungen, diese Hinweise auf die Art der Politik, die hier gegeben wurden, waren nicht derartiger Natur, daß sie uns viel helfen könnten. Bei Behandlung der britischen Lage zeigt sich die Tendenz, an der Hand der Probleme allzusehr zu verallgemeinern, ohne den Kernpunkt des Ganzen zu treffen. Und ich möchte darum jetzt hier zeigen, wie wir selbst das Problem ansehen, wie wir die Aufgaben betrachten, vor die wir gegenwärtig gestellt sind. Zuallererst möchte ich bemerken, daß das Problem in Großbritannien nicht einfach in der Frage besteht, welche Stellung wir zur Labour Party nehmen sollen; es besteht auch nicht einfach in der Frage, welche Stellung wir zur Arbeiterregierung nehmen sollen; Genossen, dies sind nicht die Probleme. Das eigentliche Problem, das der Kongreß in bezug auf die Lage in Großbritannien zu lösen hat, besteht darin, auf welche Weise wir in Großbritannien eine Massenpartei bilden können, denn ohne eine Massenpartei ist es belanglos, welche Stellung wir zur Labour Party, zur Arbeiterregierung oder zu irgendwelchen andern Institutionen nehmen, denn wenn eine Stellungnahme sich nicht auf Masseneinfluß stützt, ist sie belanglos und nichtig, wie klug und wie spitzfindig sie auch sei. Folglich sage ich, daß das Problem in der Schaffung einer Massenpartei für Großbritannien besteht. Es war dies das gleiche Problem im Juni vergangenen Jahres, als das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale mit dem Zentralkomitee der britischen Kommunistischen Partei die in Großbritannien bestehende Lage zu erörtern suchte. Wie betrachteten sie die Lage? Sie sahen, daß in Großbritannien die gesamte organisierte Arbeiterklasse unter die Herrschaft und Führung der Vertreter und Führer der II. Internationale geraten war. Sie sahen diese Labour Party, die im Unterhause gegen „Sr. Majestät" Regierung Opposition machte; sie sahen wachsende Möglichkeiten zur Verwirklichung einer britischen Arbeiterregierung und ein Zurückebben jener Flutwelle der kapitalistischen Offensive, die seit dem Jahre 1921 gewütet hatte. Sie sahen, daß ein Teil der Arbeiter nach dem andern immer revolutionärer wurde und Forderungen erhob, die sich immer mehr in Angriffe verwandelten. Sie sahen infolgedessen eine ganze Streikperiode anbrechen. Sie waren Zeuge davon,

daß diese Arbeiter ihre Forderungen aufstellten und ihr Recht auf diese Forderungen sicherten; und sie sahen noch etwas mehr, worauf ich gern die Aufmerksamkeit jener lenken möchte, die der britischen Kommunistischen Partei Ratschläge erteilten. Sie sahen, wie diese Arbeiter ihre Forderungen aufstellten, auf Führung drangen und danach verlangten, und sie sahen, daß die gesamte alte Führerschaft nicht vorbereitet war, die Leitung zu übernehmen.

Solcherart, Genossen, war das Bild, das Großbritannien uns im Juni des vergangenen Jahres bot. Nachdem man sich ein klares Bild von der Lage gemacht hatte, bestand die Aufgabe darin, deutlich und genau die Politik zu bestimmen, die dieser Lage angemessen war — eine Politik, die in die Bildung einer kommunistischen Massenpartei in Großbritannien münden müßte. Und worin bestand diese Politik? Wenn wir diese Politik kennen, wenn wir sie sehen und begreifen, dann, und nur dann allein sind wir in der Lage, heute hier oder auf diesem Kongreß alle Mängel in der Durchführung dieser Politik zu entdecken und festzustellen, ob für die Kommunistische Partei Großbritanniens die Zeit gekommen ist, an Stelle eines Wochenblattes ein Tageblatt herauszugeben.

Die zu wählende Politik kann folgende sein: Die Massen werden allmählich immer revolutionärer. Diese Massen erheben Forderungen an ihre Gewerkschaften, an ihre Arbeiterführer und Arbeiterexekutiven. Und diese Exekutiven ignorieren diese Forderungen vollkommen. Man ruft nach Führung, aber keine Führung wird einem zuteil.

Man kam dahin überein, daß die erste und wichtigste Aufgabe der Parteileitung darin zu bestehen habe, unverzüglich und entschlossen in diese Kämpfe, entweder in den Betrieben oder in den Gewerkschaften, einzugreifen und den Versuch zu machen, diese überall zutage tretende Unzufriedenheit zu organisieren, dieser Unzufriedenheit einen programmatischen Ausdruck zu geben. Nachdem wir ein die Forderungen enthaltendes Programm zusammengefaßt hatten, bestand unsere nächste Aufgabe darin, innerhalb der Gewerkschaften und der Betriebe eine konzentrierte Kampagne zu veranstalten, um auf Grund dieses Programms eine ausgesprochene Minderheitsbewegung zu bilden, die die bestehende alte Führerschaft der Arbeiterbewegung angreifen sollte. Mit andern Worten, man einigte sich auf eine Politik, die darin bestand, in jeder Gewerkschaft und in jedem Betriebe, wo solches möglich war, eine Minoritätsbewegung zu schaffen.

Es gab noch eine zweite Phase. Diese Minoritätsbewegung sollte sich derartig entwickeln, daß sie für die Führer in jeder Gewerkschaft und in jedem Betriebe und in der ganzen Arbeiterbewegung überhaupt eine ständige Drohung bedeutet. Dies kann nur durchgeführt werden, indem man die verschiedenen Minderheitsbewegungen zu einer bestimmten organisierten Opposition gegen die gesamte Führerschaft der Arbeiterbewegung Großbritanniens vereinigt.

Man hat die Beziehungen der Partei zu diesem Kampf erwähnt. Eine Massenpartei kann in Großbritannien nur auf eine Weise zustande kommen, nämlich innerhalb dieser sich entwickelnden und wachsenden Minderheits- und Oppositionsbewegungen. Wir haben, wie bereits erwähnt wurde, wirklich Minderheitsbewegungen in der Grubenarbeitergewerkschaft erlebt, wo diese Minderheitsbewegung genügend erstarkt war, um vor allem ein Programm und Forderungen aufzustellen, für die zu kämpfen die Grubenarbeiter selbst verlangten.

Sodann wurden die Grubenarbeiter auf Grund dieses Programms, das sie dem Exekutivkomitee vorlegten, organisiert. Als die Grubenarbeiter dem Exekutivkomitee dieses Programm unterbreiteten, erhob sich dagegen eine entschiedene Opposition. Der Führer der Opposition gegen dieses Programm war ein Erzreaktionär, dessen Name allen Kongressen der internationalen Bewegung wohlbekannt ist. Frank Hodges war der Generalsekretär der Gewerkschaft, er nahm die Herausforderung an, und die Minderheit reagierte darauf, indem sie ihn von dem Posten eines Generalsekretärs absetzte und Cook zum Generalsekretär wählte. Aber sie tat noch etwas mehr. Sie zwang dieses Minderheitsprogramm dem Exekutivkomitee der Grubenarbeiterföderation Großbritanniens auf, und gegenwärtig, während wir auf dem Kongreß versammelt sind, kämpft die Grubenarbeiterföderation auf Grund dieses selben Programms der Minderheitsbewegung. Es ist keine alleinstehende Bewegung. Es ist eine vollkommen organisierte Bewegung mit einem Wochenblatt, und vor sechs Wochen wußte ich bestimmt, daß dieses Blatt eine Auflage von ungefähr 40 000 Exemplaren erreicht hatte. Dies war in *einer* Industrie. In der Metallindustrie gibt es gleichfalls eine Minderheitsbewegung, die ihr eigenes Zentralorgan, das Bulletin der Metallarbeiter, gegründet hat. Es wurde ein Programm ausgearbeitet, und um dieses Programm sammelten sich alle revolutionären Metallarbeiter der Minderheitsbewegung. Diese Bewegung führte den großen Southampton-Streik, und gegenwärtig sind die Maschinisten, wie es auch mit den Grubenarbeitern der Fall war, in Unterhandlungen getreten, um die Annahme dieses von der Minderheitsbewegung aufgestellten Programms durchzusetzen.

Das gleiche gilt auch für andere Industrien. Unter den Hafenarbeitern, den Transportarbeitern, den Seeleuten, den Textilarbeitern usw. gibt es Minderheitsbewegungen. Ich erwähne dies einfach, um anzudeuten, was gegenwärtig geschieht, um die vereinbarte Politik durchzuführen. Das Ziel der Partei war, dafür zu sorgen, daß in jedem Kampf, in jeder Industrie, wo immer Unzufriedenheit zutage trat, jedes Mitglied unserer Partei verpflichtet wird, in den Kampf einzugreifen und sich an dessen Spitze zu stellen. Der Umfang, den diese Minderheitsbewegung bei ihrer Entwicklung annahm, und die Anzahl von Kommunisten, die an der Spitze dieser Minderheitsbewegung als deren Führer standen, und der Umstand, daß das Zentralorgan der Kommunistischen Partei zum politischen Organ dieser Minderheitsbewegung wurde, ist ein Beweis dafür, bis zu welchem Grade man eine organisierte zusammenhängende Bewegung, die gegenwärtig im Kampf gegen die menschewistischen Arbeiterfunktionäre in Großbritannien begriffen ist, entwickeln kann.

Nun zu den Beziehungen der Partei zur Labour Party. Wieder mußte man Klarheit über die Politik gewinnen. In gleicher Weise mußten wir unsere Arbeit fortsetzen und alle diese Oppositionskräfte und Minderheitsbewegungen innerhalb der Labour Party organisieren und konzentrieren, damit wir auf dem Kongreß der Labour Party die Möglichkeit haben, gegen die alte Führerschaft eine vollkommen organisierte Bewegung revolutionären Charakters aufzustellen, die sich auf Minderheiten in jeder einzelnen Gewerkschaft, die in den Minderheitsbewegungen organisiert wurden, stützen kann. Der Umfang, den diese Kämpfe erreichten, die Art und Weise, wie unser Parteiorgan das Medium wurde, durch das die Arbeiter ihren Forderungen Ausdruck gaben, der Umstand, daß zahlreiche Mitglieder der Kommunistischen

Partei bei diesen Streiks und Kämpfen aktiv die Führung übernehmen, zeigt, in welchem Maße wir zu einer Massenpartei werden. Massenparteien können nur aus intensiven Kämpfen hervorgehen, und die Kommunistische Partei kann nur auf eine Weise die Führung in jedem Kampf ergreifen, nämlich wenn sie die Opposition führt, sobald die alten Führer das verweigern, und wenn die Kommunisten vorbereitet sind, die Massen zu sammeln und ihnen die nötige Führung und Leitung angedeihen zu lassen.

Ferner die Beziehungen zur Arbeiterregierung. Die Labour Party ist, wie wir sehen, eine Vereinigung verschiedener Organisationen und politischer Körperschaften der Arbeiterklasse. Innerhalb dieser Labour Party ist buchstäblich die gesamte organisierte Bewegung der Arbeiterklasse Großbritanniens vereinigt, und ich möchte feststellen, daß Genosse Murphy dieses im Sinne hatte, als er sagte, daß man nicht mitgeht mit der organisierten Arbeiterbewegung, wenn man sich nicht innerhalb der Labour Party befindet und ihr nicht beitritt. Genosse Pepper bezog sich in seiner Rede auf diese Bemerkung des Genossen Murphy. Genosse Pepper glaubt nicht, daß man außerhalb der organisierten Arbeiterbewegung bleiben müsse, wenn man außerhalb der Labour Party bleibt. Die organisierte Arbeiterbewegung als solche befindet sich innerhalb der Labour Party, und wenn dies der Fall ist und wir außerhalb bleiben, so sagt uns doch die einfachste, elementarste Logik, daß wir, wenn wir außerhalb bleiben, uns auch der organisierten Bewegung der Arbeiterklasse Großbritanniens fernhalten. Aus diesem Grunde beschloß unser eigener Kongreß in Manchester einstimmig auf Grund der Erfahrungen des letzten Jahres, daß die Partei noch mehr für den Anschluß an die Labour Party kämpfen müsse.

Genossen, wir kämpfen für den Anschluß an die Labour Party nicht einzig und allein darum, weil wir uns ihr anzuschließen wünschen. Wir verlangen den Anschluß an die Labour Party, weil wir eine Massenpartei werden wollen, weil die Kommunistische Partei sich dort befinden muß, wo Massen organisiert werden, und weil sie sich dort befinden muß, um sich an den Kämpfen der organisierten Arbeiter beteiligen zu können. Dies ist unser Ziel, wenn wir für den Anschluß kämpfen. In diesen Kampf selbst sind bedeutende Massen verwickelt, und das ist gut. Darum muß der Kongreß sich sehr klar und entschieden zur Frage des Anschlusses äußern. Dies ist das unmittelbare Problem, vor dem die britische Partei steht. Ist der Kongreß der Ansicht, daß die Zeit gekommen ist, wo die Kommunistische Partei nicht länger mehr den Anschluß an die Labour Party suchen muß? Unsere feste Überzeugung ist, daß die Erfahrungen des letzten Jahres entschieden gegen einen solchen Beschluß sprechen.

Es gibt ein zweites Moment, das damit zusammenhängt, nämlich unsere Stellung zur Arbeiterregierung. Man erhebt allgemein die Forderung, und ich bin damit einverstanden, daß unsere Stellungnahme zur Arbeiterregierung und zur Führerschaft der Labour Party schärfere Formen annehmen müsse. Damit sind wir einverstanden. Aber es gibt nur einen Weg, um entweder die Labour Party oder die Arbeiterregierung erfolgreich zu kritisieren; wir müssen es nämlich tun, indem wir uns auf Massen stützen, die diese Kritik zu einer wirksamen machen. Hier liegt unsere Aufgabe: zu den Arbeitern zu gelangen, sie gegen die Arbeiterregierung und gegen die Labour Party zu organisieren.

In Verbindung mit diesem Anschluß möchte ich mir eine kleine Abschweifung gestatten, um die falsche Vorstellung zu berichtigen, die sich der Kongreß hinsichtlich der Stellung der britischen Partei zum Anschluß macht. Es herrscht allgemein die Ansicht, daß die britische Partei über diese Anschlußtaktik eine für alle Ewigkeit geltende Meinung hat. Man hat allgemein den Eindruck, daß wir, wenn wir uns den Anschluß zu sichern suchen, der Labour Party beitreten und für alle Zeiten darin bleiben wollen. Genossen, wir hegen keineswegs solche Absichten. Wir sind der Ansicht, daß wir gerade jetzt beitreten müssen, um diese Oppositionsbewegung zu entwickeln. In dem Maße, wie sich die Oppositionsbewegung in der Labour Party entwickelt, in dem Maße, wie der Kampf der Oppositionsbewegung zu ausgesprochenen Konflikten mit der alten Führerschaft führt — in dem gleichen Maße und nur so allein beabsichtigen wir innerhalb der Labour Party zu bleiben, vorausgesetzt, daß wir hineingelangen. Es handelt sich darum, die Massen unter unsern Einfluß zu bringen, sie um dieses revolutionäre Oppositionsprogramm zu sammeln, sie zum Angriff gegen ihre Führerschaft zu veranlassen. Aber um diese Kräfte zur Organisation des Kampfes zu veranlassen, müssen wir zuerst alle in die Labour Party hineingelangen. Ich möchte mich auf eine Behauptung des Genossen Pepper berufen, der sagte, daß die Kommunistische Partei Großbritanniens hauptsächlich dadurch einen Fehlgriff begangen hat, daß sie keine Mauern aufgerichtet hat, die die Kommunistische Partei ausdrücklich von der Labour Party scheiden. Ich möchte dem Kongreß sagen, daß die britische Partei für ihre Unterlassungs- und Begehungssünden verurteilt werden mag, ganz wie dem Kongreß beliebt, aber die Tatsache, daß wir vom ersten Tage an, seit die Kommunistische Partei gebildet wurde, um den Anschluß kämpften, indem wir gleich am Tage der Gründung der Kommunistischen Partei ein Anschlußgesuch an die Labour Party sandten, und daß von diesem Tage bis jetzt ein unaufhörlicher Kampf zwischen der Kommunistischen Partei und der Labour Party stattgefunden hat, — diese Tatsache beweist, möchte ich sagen, daß dieser Kampf, wenn er auch sonst nichts bewirkt hat, doch die Arbeiter Großbritanniens darüber aufgeklärt hat, daß es eine Kommunistische Partei gibt, und daß es so etwas wie eine Labour Party gibt. Er hat es auch klar und deutlich gemacht, daß die Kommunistische Partei mit der Labour Party nicht identisch ist.

Jetzt zur Frage der Arbeiterregierung. Die Arbeiterregierung muß bekämpft werden. Welches ist nun die beste Methode, sie zu bekämpfen? Die beste und erfolgreichste Methode, die Arbeiterregierung zu bekämpfen, besteht darin, diese Regierung durch die Labour Party zu bekämpfen. Wie und in welcher Richtung? Bekämpft sie vor allem, indem ihr die Frage auf dem Kongreß der Labour Party erhebt, wie unsere Partei in diesem Jahr es tat, indem sie die Frage der Kontrolle der Arbeiterregierung durch die Labour Party erhob. Dies ist der erste Punkt, und warum ist dies wichtig? Es ist aus folgendem Grunde wichtig: Die Arbeiterregierung übt ihr Amt seit sechs Monaten aus. Während dieses Zeitraums von sechs Monaten hat es eine Epidemie von Streiks und Kämpfen der Arbeiterklasse gegeben. Die Regierung war buchstäblich in jedem Fall genötigt gewesen, in diese Kämpfe einzugreifen. Jedesmal, wenn die Regierung sich einmischte, sah sie sich veranlaßt, sich nicht auf die Seite der Gewerkschaftsführer und der gerade kämpfenden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu stellen, sondern sie fühlte sich gezwungen, gegen ihre eigenen Kollegen,

gegen ihre eigene Gewerkschaftsbewegung Maßnahmen zu ergreifen und dieser sogar mit ihrer Staatsmacht zu drohen. Genossen, ich möchte Sie an den Wiener Kongreß der Amsterdamer Internationale erinnern. Auf diesem Wiener Kongreß sahen Sie, wie Gewerkschaftsführer aus Großbritannien eine äußerst revolutionäre Offensivstellung einnahmen; und Großbritannien allein war es, das auf dem Amsterdamer Kongreß die Forderung aufstellte, er solle die russischen Gewerkschaften anerkennen, und die gehaltenen Reden trugen einen äußerst revolutionären Charakter, und dies waren die Kollegen der Mitglieder der Regierung, beachten Sie das. Und woher kommt dieser Unterschied? Er kommt daher, daß die Gewerkschaftsführer jetzt zum Bewußtsein dessen gelangen, daß sie diese Regierung bekämpfen müssen, und daß der Druck von unten, von den Massen, derartig revolutionärer Natur ist, daß sie wählen müssen: entweder mit der Arbeiterregierung zu gehen oder die Massen gegen die Arbeiterregierung zu führen. Dies ist der bedeutsame Anfang des Kampfes, und es wird ein Kampf innerhalb der Labour Party um die Kontrolle über die Arbeiterregierung sein. Dieses sind die Probleme, vor die wir, meiner Ansicht nach, gegenwärtig gestellt sind.

Meine Zeit ist beschränkt, so will ich bloß noch auf zwei Punkte hinweisen, die für den Kongreß gleichfalls Probleme darstellen. Die Frage des Opportunismus in der britischen Partei braucht uns nicht allzusehr zu beschäftigen. Es ist dies kein wachsendes Übel in unserer Partei; es ist ein abnehmendes Übel. Man muß es unmittelbar einem Erbe zuschreiben, das die Kommunistische Partei von den Traditionen der alten Organisation übernommen hat, aus denen die Kommunistische Partei gebildet wurde. Es tritt hauptsächlich in einer Richtung zutage, nämlich in der Richtung der Parlamentskandidaten, die bei den Wahlen aufgestellt werden. Aber auch hier nahm der Kongreß zu Manchester gegenüber den Parlamentskandidaten, gegenüber diesem Opportunismus, sehr bestimmt und sehr deutlich Stellung. Folglich, wenn wir die Frage der Parlamentskandidaturen erörtern, müssen diese einzig und allein in Verbindung mit der Entwicklung dieser Bewegung, die die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist, erörtert werden.

Ich möchte schließen, indem ich bemerke, daß unsere Delegation bei Erörterung all der Kritiken, die auf dem Kongreß bezüglich der Lage in Großbritannien ausgesprochen wurden, zu dem Schluß gelangt ist, daß es die Pflicht der Delegation war, dem Kongreß einen Bericht zu unterbreiten, der ihm ein vollkommen klares und deutliches Bild der gegenwärtigen Lage in Großbritannien und der Probleme gibt, vor die wir uns in Großbritannien gestellt sehen, und ich möchte diesen Bericht jetzt dem Kongreß vorlesen. Der Bericht ist sehr bestimmt und äußerst detailliert. Er lautet:

Memorandum.

„1. Die in verschiedenen Parteien, besonders in der deutschen, russischen, polnischen, tschechoslowakischen und andern Parteien bemerkbaren „Rechtstendenzen" können nicht als örtliche oder nationale Abweichungen betrachtet werden. Wir sind Zeugen einer allgemeinen Entwicklung opportunistischer Tendenzen in verschiedenen Parteien, die von Großbritannien mit inbegriffen, die wir als eine Folge der langsamen Entwicklung der sozialen Revolution betrachten.

2. Die von verschiedenen Parteien erstatteten Berichte und Deklarationen beweisen, daß diese „Rechtsabweichungen" in der Regel sich zwar in den verschiedenen Ländern verschieden äußern, doch alle etwas Gemeinsames haben. Diese opportunistischen Gruppen bringen meistens die Anwendung der richtigen Prinzipien der Einheitsfront in Verruf. Aus diesem Grunde sind wir vollkommen damit einverstanden, daß der Weltkongreß nicht nur die richtige Methode der Anwendung der Einheitsfront erklären, sondern jeder Partei auch einen konkreten Aktionsplan geben müsse. Der Kongreß muß ausgesprochen und bestimmt betonen, daß die Einheitsfront als Losung zu betrachten ist, um die Arbeitermassen für die revolutionäre Aktion unter Führung der Kommunistischen Partei zu mobilisieren.

3. Insoweit Großbritannien in Betracht kommt, empfehlen wir, zur Führerschaft der Labour Party sowie auch zur Politik der Arbeiterregierung, die ganz einfach zu einer kapitalistischen und imperialistischen Regierung geworden ist, klare Stellung zu nehmen.

4. Da die Labour Party eine Vereinigung verschiedener Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen darstellt, muß die Kommunistische Partei auf diesem Gebiet kämpfen, um die Führung der Arbeiterbewegung in Großbritannien zu erlangen. Zu diesem Zweck muß die Kommunistische Partei Großbritanniens auch weiterhin für den Anschluß an die Labour Party kämpfen. Doch bei diesem Bestreben, sich den Anschluß zu sichern, darf die Kommunistische Partei unter keinen Umständen ihr Recht auf unabhängiges Vorgehen und ihr Recht auf uneingeschränkte Kritik aufgeben.

5. Die Frage der Aufstellung von Parlamentskandidaten gegen die Kandidaten der Labour Party ist eine taktische Frage und keine Prinzipienfrage. Der Kommunistischen Partei liegt es ob, darauf zu achten, daß die Wahl der Kandidaten nur nach einem starken und klaren Kampf, nicht in geschlossenen Räumen vor Komitees, sondern vor den großen Massen vorgenommen wird. In diesem Kampf müßten den Kandidaten der ILP und der Labour Party-Führer Kandidaten der Kommunistischen Partei und die Parteiplattform entgegengestellt werden. Sollten jedoch gegen den Willen der Kommunistischen Partei Kandidaten der Labour Party gewählt werden, so dürfen wir nicht in diesem Augenblick und unter den gegenwärtigen Umständen, wo die Kommunistische Partei noch schwach ist, einen eigenen unabhängigen Kandidaten aufstellen, und wir müssen im Auge behalten, daß nach den Statuten der Labour Party solche Gruppen, die sich den Kandidaten der Partei widersetzen, aus der Arbeiterpartei ausgeschlossen werden. Im gegenwärtigen Augenblick würde jedes derartige Vorgehen unsererseits einfach den alten Führern dazu verhelfen, sich des Kommunistischen Zentrums zu entledigen, das die revolutionären Elemente der Arbeiterbewegung organisiert und mobilisiert. Doch wenn wir auch nicht einen eigenen unabhängigen Kandidaten aufstellen, so sollen wir doch an der Kampagne zu dem alleinigen Zweck teilnehmen, um die Wahlkreise zu drängen, revolutionäres Vorgehen von den Arbeiterkandidaten zu fordern. Auf diese Weise wird die Einheitsfront ein Kampf und nicht eine Konzession.

6. Kommunistische Kandidaten dürfen nur auf der Grundlage einer klaren kommunistischen Kampfpolitik aufgestellt und gewählt werden. Unsere Kandidaten dürfen keineswegs als Vertreter des linken Flügels der Labour Party gewählt werden. Es muß sogleich

bei Beginn der Kampagne entschieden klargemacht werden, wofür die kommunistischen Kandidaten kämpfen. Man muß dessen eingedenk sein, daß es von viel größerer Bedeutung ist, die Massen für den Kommunismus zu gewinnen, als ein Parlamentsmandat auf einer unbestimmten opportunistischen Arbeiterplattform zu erlangen.

Wir beabsichtigen in dieser Angelegenheit konkrete Vorschläge sowohl der politischen Kommission als auch der britischen Kommission zu unterbreiten. Wir überreichen jedoch dieses Memorandum dem Kongreß eben jetzt, um Mißverständnisse betreffs der Stellungnahme der Kommunistischen Partei Großbritanniens zu verhüten

DREIZEHNTE SITZUNG

(Mittwoch, den 25. Juni 1924)

Fortsetzung der Diskussion über die Tätigkeit der Exekutive und über die Weltlage

Redner: Piccini (Italien), Ercoli (Italien), Katayama (Japan), Montefiore (Australien), Semaoen (Java), Kreibich (Tschechoslowakei), Wolfe (Mexiko), Bordiga (Italien)

Eröffnung: 5 Uhr 30 nachmittags

Vorsitz: Stewart

Vorsitzender STEWART: Das Präsidium schlägt vor, daß keine weiteren Namen in die Rednerliste eingetragen werden. Die Aussprache über den Bericht der Exekutive wird heute und morgen bis 3 Uhr nachmittags fortgesetzt werden und um 5 Uhr abends wird Genosse Sinowjew auf die Aussprache antworten. Die heutigen Redner müssen sich auf die festgesetzten 15 Minuten beschränken.

Ist alles einverstanden?

Der Antrag ist angenommen.

PICCINI: Genossen, in diesen Tagen spielen sich in Italien Ereignisse ab, die von der größten politischen Bedeutung sind. Es fällt uns schwer, auf Grund der spärlichen und verspäteten Nachrichten, die bisher eingetroffen sind, diese Ereignisse in ihrer ganzen Tragweite abzuschätzen. Es fällt uns schwer, die Entwicklung und den Ausgang abzusehen, den die Krise, die in Italien eingetreten ist, haben wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es in Italien jetzt zu einem vollkommenen Umschwung der Situation kommt. Die Massen des italienischen Proletariats und breite Volksschichten sind in einer Aktion begriffen. Falls es unserer Partei gelingt, sich an die Spitze dieser Aktion zu stellen und die Führung zu nehmen, so ist es möglich, daß es zu einem bewaffneten entscheidenden Kampfe mit dem Faschismus kommt. Es ist aber auch möglich, daß es den Faschisten gelingt, ein Kompromiß mit der Opposition, sowohl mit der konstitutionellen bürgerlichen Opposition als auch mit der Sozialdemokratie, abzuschließen. Ein großer Teil der italienischen Bourgeoisie weiß, wieviel revolutionärer Zündstoff in den italienischen Massen angesammelt ist, und daß, wenn diese Situation weiterdauert, früher oder später ein Moment eintreten wird, wo die revolutionäre Welle, wo die Reaktion des Proletariats nicht nur die faschistische Diktatur, sondern das ganze bürgerliche Regime hinwegschwemmen wird. Und deshalb will ein großer Teil

der Bourgeoisie die faschistische Diktatur auf das Geleise der Legalität, auf das Geleise der Demokratie und der Normalität leiten. Es ist auch möglich, daß der Faschismus einen dritten Weg wählt, den Weg einer neuen reaktionären Welle, den Weg eines neuen Marsches auf Rom, um auf diese Weise seine Position, seine Macht zu konsolidieren. Aber ich will mich nicht länger bei diesen Hypothesen aufhalten. Ich will vielmehr auf eine Tatsache hinweisen. Und diese Tatsache, diese bedeutungsvolle Tatsache besteht darin, daß heute nach 1½ Jahren das italienische Proletariat neuerdings auf den Schauplatz des politischen Lebens Italiens als bestimmender, als entscheidender Faktor tritt. Ihr wißt, Genossen, daß nach dem Staatsstreich vom Oktober 1922 das italienische Proletariat in einen Zustand der Entmutigung, der Depression, der Desorientierung gefallen ist. Gewiß bestand unter dem italienischen Proletariat ein ungeheurer Haß, eine große Unzufriedenheit, eine ungeheure Erbitterung. Aber das italienische Proletariat hatte nach dem Staatsstreich das Vertrauen in seine Kräfte verloren, das italienische Proletariat erwartete den Sturz der faschistischen Diktatur nicht von dem Kampf mit seinen eigenen Kräften, sondern von andern Faktoren. Es erwartete den Sturz nicht etwa von dem Spiel der parlamentarischen Kombinationen, es erwartete ihn vom Einfluß der sozialen Kräfteverschiebungen in den andern Ländern, also von andern Faktoren, nicht von der eigenen Kraft.

In diesen Tagen, Genossen, ist in dieser Beziehung ein radikaler, ein bedeutender Umschwung eingetreten, den wir noch vor zwei Wochen nicht erwartet hätten. In Italien sind in diesen Tagen Hunderttausende von Arbeitern in Aktion getreten. Wir haben den Generalstreik in Rom, in Neapel, Massenkundgebungen, Protestkundgebungen in allen Städten Italiens.

Was bedeutet dies, Genossen, für uns? Dies bedeutet, daß das italienische Proletariat das Vertrauen in seine eigenen Kräfte wiedergewonnen hat. Es bedeutet, daß das italienische Proletariat das Bewußtsein wiedererlangt hat, ein entscheidender Faktor im politischen Leben Italiens zu sein. Es bedeutet, daß der Klassenkampf in Italien wieder aufzulodern beginnt.

Und welches immer der Ausgang dieser Krise sein wird, eines ist gewiß: daß das italienische Proletariat dieses Vertrauen nicht mehr verlieren wird. Es ist sicher, daß das Proletariat bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit den Kampf neuerdings aufnehmen wird, daß das Proletariat die revolutionäre Gegenoffensive, die es in diesem Moment aufnimmt, fortführen wird bis zum entscheidenden Kampfe, bis zum Siege.

Genossen, die Arbeiter und Bauern Italiens stehen in diesen Tagen, in diesen Stunden vielleicht schon in schwerem Kampfe gegen die faschistischen Banden. Es ist daher von großer Bedeutung, daß von diesem Kongreß aus an die Arbeiter und Bauern Italiens ein Wort der Solidarität, der Aufmunterung, des Ansporns zum Kampf ergeht. Die italienische Delegation schlägt dem Kongreß vor, an die Arbeiter und Bauern Italiens einen Aufruf zu schicken, in dem das Proletariat Italiens aufgefordert wird, sich um die Fahne der Kommunistischen Partei zu sammeln, um den Kampf durchzuführen.

Der Redner verliest den Aufruf.

ERCOLI: Genossen! Ich spreche im Namen der gegenwärtigen Mehrheit der KP Italiens, d. h. im Namen der Zentrumsgruppe unserer Partei. Da nun die Bildung einer Zentrumsgruppe in unserer Partei eine neue Sache ist, und wir uns bei den früheren internationalen Zusammenkünften stets in Übereinstimmung mit der Linksgruppe des Genossen Bordiga zeigten, glaube ich, daß man mir erlauben wird, die Gründe, die uns veranlaßt haben, uns vom Genossen Bordiga und der Gruppe, die zu ihm steht, zu trennen und selbständig hervorzutreten, kurz darzulegen.

Diese Darlegung kann nur dann vollständig sein, wenn wir ganz auf den Ursprung unserer Partei und auf das Wesen der Gruppierungen in unserer Partei zurückgreifen.

Die KPI ist aus den Gruppierungen des „Sowjet" und des „Ordine Nuovo" entstanden. Zwischen diesen beiden Gruppen gab es schon vor der Bildung unserer Partei über viele Fragen verschiedene Auffassungen. Ich brauche nur auf die zwischen uns und der Bordigagruppe bestehende Meinungsverschiedenheit in der Frage des Parlamentarismus wie auch auf die Meinungsverschiedenheit in bezug auf den Wert der Betriebsrätebewegung hinzuweisen. Wir waren aber vor der Bildung der KP vollkommen einverstanden mit dem Genossen Bordiga in bezug auf die Kritik an der italienischen sozialistischen Bewegung im allgemeinen, und überhaupt in der Überzeugung, daß es notwendig sei, in Italien eine Kommunistische Partei auf der Grundlage des Kampfes gegen die Rechte und gegen den politischen Zentrismus zu schaffen.

Unsere italienische Partei wurde auf dieser Grundlage, die die der Internationale ist, auf dem Parteitag in Livorno gegründet. Und wir erklären, daß wir auch heute noch der Überzeugung sind, daß eine Kommunistische Partei in Italien sich nur auf dieser Grundlage des Kampfes gegen die Rechte und gegen den politischen Zentrismus entwickeln kann.

Wessen wurde der Genosse Bordiga beschuldigt? Die Internationale hat sich über diesen Punkt sehr klar ausgesprochen. Sie legte Bordiga zur Last, der KPI eine theoretische Grundlage gegeben zu haben, die die Manövrierungsmöglichkeiten der Partei beschränkte. Sie richtete ferner in der an den Thesen von Rom geübten Kritik gegen ihn den Tadel, daß er die Entwicklung der Partei in einer von der Massenbewegung und der Entwicklung der objektiven Lage, der wirklichen Lage abstrahierten Weise auffaßte.

Nun glauben wir, daß es notwendig ist, an die Bedingungen zu erinnern, unter denen unsere Partei in Italien entstanden ist, an die objektiven und politischen Verhältnisse, unter denen wir in den ersten Jahren des Bestehens unserer Partei gearbeitet haben.

Unter welchen Bedingungen wurde unsere Partei gebildet? Unter den schwierigsten, schrecklichsten Bedingungen! Wir traten auf, als die italienische Arbeiterbewegung schon unwiderruflich zur Niederlage verdammt war, und als die blutige Offensive des Faschismus gegen das Proletariat, eine Offensive, die den Faschismus zur Eroberung der Macht führen sollte, in ihrer vollen Wucht einsetzte. Unter solchen Bedingungen war die Bildung einer Kommunistischen Partei tatsächlich eine Lebensfrage. Wir mußten dieses Problem lösen. Wir mußten ein organisatorisches Kader im Landesmaßstabe für die KP schaffen. Wir mußten der KP ein politisches Gesicht geben. Wir mußten, während der Bürgerkrieg einsetzte und während in diesem ununter-

brochen andauernden Bürgerkrieg die besten Kräfte der Arbeiterklasse untergingen, für die Kommunistische Partei einen Platz im Bewußtsein der Massen erobern. Wir mußten auch gegen das traurige Erbe des politischen Opportunismus und Zentrismus, das wir und die italienische Arbeiterbewegung von den Traditionen der SP bekamen, ankämpfen.

Wenn wir nun die Bedingungen ins Auge fassen, unter welchen wir in den ersten Jahren des Bestehens unserer Kommunistischen Partei arbeiteten, so glauben wir, daß die in diesen Jahren von den Führern der Partei verfolgte Linie, die nicht völlig mit der Linie der Kommunistischen Internationale übereinstimmte, richtig war, weil sie die größtmöglichen Resultate erzielte. Keine andere Linie hätte uns in jenem Augenblick die Resultate ermöglicht, die wir erzielt haben.

Gestern legte uns ein Genosse von der Jugend unsere Vorliebe für Theorie zur Last. Wir brauchen ihm aber bloß zu antworten: Wärst du im Moment, in dem wir die Partei gebildet haben, unter den schweren Bedingungen, unter denen wir kämpften, in Italien mit uns gewesen, so hättest du gesehen, wieviel Theorie und Praxis es in der schweren Arbeit, die wir geleistet haben, gegeben hat.

Das waren die Gründe, die uns veranlaßten, auf dem Parteitag in Rom für die Thesen Bordigas, und sogar in der Eigenschaft von grundlegenden Thesen, zu stimmen und eine internationale Krise in unserer Partei einzuleiten, weil wir der Überzeugung waren, daß, wenn wir nicht diese Linie verfolgten, in unserer Partei eine viel tiefer gehende innere Krise einsetzen würde, da unsere Partei aus der Organisationsperiode noch nicht herausgekommen war. Unter den damaligen Verhältnissen konnte nichts anderes gemacht werden als das, was die Führer tatsächlich machten. Wir wissen, daß dies ein offenbarer Widerspruch war, da man keine starke Kommunistische Partei aufbauen kann, wenn man mit der Zentrale der Internationale nicht in Übereinstimmung ist. Wir wären die ersten, die die Folgen dieser widerspruchsvollen Lage zu spüren bekamen. Es bildete sich in unserer italienischen Kommunistischen Partei eine Linke, eine Minderheit, in der sich alle Elemente zusammenschlossen, gegen die wir kämpfen mußten. Was diese Elemente einigte, war die Treue zur Internationale. Es gab unter ihnen Elemente, die wir bekämpfen mußten, z. B. Bombacci. Wir alle waren damit einverstanden, daß er aus jeder verantwortlichen Funktion und jeglicher Vertretung der Partei entfernt werden müsse. Das gleiche trifft für den Genossen Graziadei zu, der noch vor einem Monat in der Sitzung unseres Zentralkomitees einen politischen Antrag der Minderheit unserer Partei unterzeichnete und eine Tendenz vertritt, die energisch bekämpft werden muß, weil sie die Gefahr einer Entfernung einer Ablenkung unserer Partei von der Linie des revolutionären Marxismus bedeutet. Genossen! Die Verhältnisse der Arbeiterbewegung in Italien haben sich heute gewaltig geändert. Wir stehen noch vor keiner revolutionären Welle. Die Arbeiterklasse hat noch nicht von neuem die Rolle eines vorherrschenden Elements, eines ausschlaggebenden Faktors der politischen Lage erobert. Wir sehen aber, daß die Zersetzungsperiode der Kräfte der Arbeiterklasse zum Stillstand gekommen ist.

Welches Ziel müssen wir uns nun unter solchen Verhältnissen setzen? Unsere Partei hat im besten Teil der italienischen Arbeiterklasse eine feste, unerschütterliche Stellung erobert. Was hat nun unsere Partei zu tun? Sie muß zu einer Massenpartei werden, zur

Partei der großen Arbeitermassen und der großen Bauernmassen Italiens.

Das ist das Problem, das unsere Partei zu lösen hat. Zur Lösung dieses Problems ist der theoretische und taktische Boden, auf den sich die Linke auf dem Parteitag in Rom gestellt hat, nicht mehr geeignet. Dieser Boden muß daher verlassen werden. Die Stellungnahme der Linken unserer Partei, wie sie in den auf dem Parteitag in Rom unterbreiteten Thesen enthalten ist, muß abgeändert werden, und das ist es, was wir von den Linken unserer Partei verlangen. Das sind die Gründe, die uns veranlaßt haben, uns von Bordiga zu trennen.

Genosse Sinowjew sprach von der Möglichkeit, daß die italienische Partei auf diesem Kongreß vor die Wahl gestellt wird: Bordiga oder die Internationale. Wir hoffen, daß diese Wahl nicht notwendig sein wird, ja noch mehr, wir wollen arbeiten, damit sie nicht notwendig werde. Man darf diese Alternative nicht aufstellen, die nicht nur für die Partei, sondern auch für einen Teil der italienischen Arbeiterklasse verhängnisvoll wäre.

Damit aber diese Alternative nicht gestellt werde, ist es notwendig, daß der Kongreß an einer völlig politischen und theoretischen Klärung der Grundsätze der Internationale arbeitet. Mit dem Bericht des Genossen Sinowjew sind wir völlig einverstanden. Wir glauben, daß dieser Bericht die Grundlage für diese Arbeit der Klärung der wichtigsten taktischen und politischen Grundsätze der Internationale, um die wir den Kongreß ersuchen, enthält. Ich werde meine kurzen Ausführungen über diesen Punkt in drei Teile teilen: vor allem eine allgemeine Bemerkung und dann zwei Bemerkungen über zwei besondere Punkte.

Die allgemeine Bemerkung: Auf dem 4. Kongreß und in der Erweiterten Exekutive haben wir in bezug auf die Thesen der KI Vorbehalte gemacht und waren mit dem Genossen Bordiga solidarisch. Warum? Weil wir überzeugt waren, daß es in manchen Formeln der Thesen des 4. Kongresses und der Erweiterten Exekutive Zweideutigkeiten oder unklare Formulierungen gab, die der Rechtsgefahr die Tür offen ließen.

Nun verlangen wir vom Kongreß, daß die Türen geschlossen werden. Wir verlangen, daß dies in voller Offenheit und restlos geschieht. Wir glauben, daß die eine rechte Mißdeutung zulassende Formulierung ein Fehler des 4. Kongresses war. Desgleichen wäre es auch ein Fehler des 5. Kongresses, wenn er eine linke zweideutige Formulierung beschlösse. Es ist notwendig, daß der Kongreß die linken Formeln, die uns Genosse Sinowjew gegenwärtig vorschlägt, bis auf den Grund untersucht, um ihre ganze politische und historische Bedeutung klarzulegen. Das ist es, was wir vom Kongreß verlangen. Wird das Ergebnis des Kongresses eine linke Stellungnahme sein, an der Kritik geübt werden muß, eine oberflächliche linke Stellungnahme, so wird der Kongreß damit keinen einzigen Schritt vorwärts gemacht haben, und wir werden uns wieder in einer Lage mit Zweideutigkeiten befinden, deren Folgen wir in der Zukunft zu spüren bekommen werden.

Einige Beispiele: Genosse Treint erklärt uns, daß er heute die Formulierung des Genossen Sinowjew und gleichzeitig auch die Formulierung der Erweiterten Exekutive annimmt. Nun hat aber Genosse Sinowjew selbst gesagt, daß sich in den Formulierungen der Erweiterten Exekutive etwas geändert habe. Es besteht hier also ein offenbarer Irrtum, der hervorgehoben und richtiggestellt werden muß.

Auch Genosse Smeral nimmt alles, was Genosse Sinowjew gesagt hat, an.

Ein weiteres Beispiel ist die deutsche Linke. In der Rede der Genossin Fischer gibt es Widersprüche zu dem, was andere Genossen von der deutschen Linken erklärt haben. Es besteht offenbar eine Tendenz, eine nicht genügend geklärte linke Stellungnahme festzulegen.

Ich führe noch ein letztes Beispiel an, das mir die Möglichkeit geben wird, klarzulegen, daß die Klärung, die wir verlangen, notwendig ist, wie auch zu zeigen, in welcher Richtung diese Klärung stattzufinden hat, und wie wir die Formulierung des gegenwärtigen Kongresses auffassen.

Unser Genosse Rossi hat erklärt: Ist die Parole der Arbeiterregierung ein Synonym der proletarischen Diktatur, so handelt es sich offenbar nur um Worte, und wir stimmen ihr zu, weil wir keine Angst vor Worten haben.

Glauben wir nun aber tatsächlich, daß es sich bei der Frage der Arbeiter- und Bauernregierung lediglich um Worte handelt? Wenn wir das glauben, so hat Radek recht, wenn er uns sagt, daß es uns trotz Beratung auf allen Kongressen nicht gelingt, eine Frage von Worten zu lösen, während 1919 und 1920 die Arbeiterklasse sehr wohl verstand, was die Diktatur des Proletariats zu bedeuten habe.

Es handelt sich hier aber nicht um Worte, sondern um eine Frage von verschiedenen historischen und politischen Auffassungen, die uns zu einer Änderung unserer politischen Formeln zwingen.

Radek sagt, es sei nicht wahr, daß wir 1919 und 1920 einfache Propagandaparteien waren, denn es gab damals große Massenbewegungen, es gab große Massen, die auf dem Boden der Machteroberung kämpften. Der Unterschied ist aber, daß es an der Spitze dieser Massen keine kommunistischen Parteien gab, die fähig gewesen wären, zu manövrieren und alle Kräfte, die ihnen Gefolgschaft leisteten, auszunützen.

Heute stellen sich die Massen nicht mehr spontan auf den Boden der Eroberung der Macht. Um die Massen auf diesen Boden zu bringen, um vor den ausschlaggebenden Schichten und vor den rückständigsten Schichten des Proletariats das Problem des Staates aufzurollen, ist es notwendig, daß die kommunistischen Parteien und die Kommunistische Internationale ein Manöver vollziehen. Das ist der genaue Sinn, den wir der Parole der Arbeiter- und Bauernregierung beilegen. Mit voller Offensichtlichkeit tritt die Sache zutage, wenn wir an die gegenwärtigen Verhältnisse in Italien denken.

In welchem Maße unterscheiden sich die gegenwärtigen Verhältnisse in Italien von den Verhältnissen in den Jahren 1919 und 1920? 1919 und 1920 war die Arbeiterklasse spontan der bestimmende Faktor der politischen Lage, weil sie sich mit den rückständigsten Schichten des Proletariats, mit dem ländlichen Proletariat, und auch mit einem Teil des Mittelstandes zusammenschloß. Heute muß aber unsere Arbeiterklasse, wenn sie diese vorherrschende politische Stellung zurückerobern will, ein politisches Manöver vollziehen, und bei diesem Manöver muß sie von der KP geführt werden. Das ist das politische Manöver, auf das Genosse Lenin hinwies mit den Worten über „entschlossene, genaue, führende, voraussehende, geschickte Ausnützung selbst der unbedeutendsten Risse, die sich in der feindlichen Front ergeben können, aller Gegensätze, die unter der Bourgeoisie eines jeden Landes zutage treten und uns auch nur die geringste Möglichkeit geben,

Verbündete, wenn auch provisorische, schwankende, unzulässige, zweifelhafte und bedingte, zu finden."

Es gibt Genossen, die nun sagen: Diese durch Lenin formulierte Taktik war gut für ihn, weil er ein genialer Führer war, weil er der beste Führer war, der als Persönlichkeit nie ersetzt werden kann, sie sei aber gegenwärtig, da wir diesen Führer verloren haben, nicht mehr geeignet.

Wir behaupten, daß dieser Einwand nicht stichhaltig ist. Wir glauben, daß der Genosse Lenin keine Taktik für sich selbst formulierte. Wir glauben, daß diese Taktik überall und zu allen Zeiten angewendet werden kann, wo es wahrhaft marxistische, bolschewistische, kommunistische Parteien gibt.

Das ist die Hauptaufgabe des gegenwärtigen Kongresses. Der 5. Kongreß muß die Grundlage schaffen, auf der in jedem Lande eine marxistische, bolschewistische Partei aufgebaut werden kann. In diesem Sinne muß nun auch unsere Zustimmung zum Standpunkt des ZK der KPR in der Frage der innerparteilichen Diskussion der russischen Partei gewertet werden. Das Zentralkomitee der russischen Partei hat in dieser Frage tatsächlich gezeigt, wie man handeln muß, wenn man eine bolschewistische Partei schaffen und aufrechterhalten und ihre Entbolschewisierung verhindern will.

Was die Einheitsfronttaktik betrifft, so glauben wir, daß diese Taktik entschieden zu verdammen ist, wenn ihre Anwendung dazu führt, daß die Rolle der Kommunistischen Partei in der Entwicklung der revolutionären Ereignisse vergessen wird. Aus den Ausführungen über die deutsche Lage haben wir die Schlußfolgerung gezogen, daß der Fehler der deutschen Partei darin bestand, daß sie in einem bestimmten Moment ihre Rolle vergaß und sich auf den Boden der linken Sozialdemokratie stellte.

Genosse Sinowjew hob hervor, daß die linke Sozialdemokratie heute nicht als der rechte Flügel der Arbeiterbewegung, sondern als der linke Flügel der Bourgeoisie betrachtet werden muß.

Hinsichtlich der Arbeiter- und Bauernregierung glauben wir, daß die Formel Sinowjews ergänzt werden muß durch das, was Genosse Bucharin sagte, als er diese Formel vom politischen und wirtschaftlichen Standpunkt analysierte. In der Analyse, die er gab, finden wir den Boden, auf dem der ganze Wert dieser Formel klar zum Ausdruck gebracht werden kann.

In bezug auf die italienische Frage machte Genosse Sinowjew von der Absicht Mitteilung, das Programm, das schon der Erweiterten Exekutive im Juni unterbreitet wurde, d. h. die Aufnahme der SP als eine sympathisierende Partei der Internationale, von neuem vorzuschlagen.

Ich bin bevollmächtigt, im Namen der gesamten Delegation, die Minderheitsgruppe einbegriffen, zu erklären, daß wir dagegen sind, daß diese Formel in der gleichen Form und unter den gleichen Bedingungen wie in der Erweiterten Exekutive im Juni unterbreitet wird. (Beifall.)

KATAYAMA (Japan): Genossen! Die japanische Delegation ist mit dem Bericht des Genossen Sinowjew einverstanden. Wir bedauern aber, daß er sich mit der Frage des Ostens nur sehr wenig beschäftigt hat. Ferner findet die japanische Delegation, daß der Bericht und die Thesen des Genossen Varga unvollständig sind. Dieser Bericht befaßt sich bloß mit Europa und Amerika und spricht kaum von einem

andern Land oder irgendeinem andern Teil der Welt. In seiner ganzen Rede erwähnt er nur die Entwertung der japanischen Währung. Meines Dafürhaltens muß er einen andern Bericht schreiben, der auch die wirtschaftliche Lage der übrigen Teile der Welt umfassen soll, widrigenfalls aber muß er den Titel seines Berichtes statt „Weltwirtschaftslage" in „Die Wirtschaftslage in Europa und Amerika" umändern.

Die von dem Genossen Sinowjew erörterten Parolen der Arbeiterregierung und der Einheitsfront stellen eine richtige Taktik dar, wenn sie vom revolutionären Standpunkt behandelt werden. Die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung kann aber in den europäischen und den östlichen Ländern nicht in der gleichen Weise angewendet werden. Die Art und Weise der Anwendung ist verschieden, es unterliegt aber keinem Zweifel, daß diese Parole auch für den Osten geeignet ist. Im Osten ist das Agrarproblem von der größten Bedeutung, da es in diesen Ländern nur eine imperialistische Ausbeutung gibt, und der Kapitalismus hier noch nicht voll entwickelt ist. Die Landwirtschaft ist hier der wichtigste Beschäftigungszweig, und die Masse der Werktätigen dieser Länder besteht aus Bauern. Seit dem jüngsten Krieg hat aber in Indien, China und andern kolonialen und halbkolonialen Ländern eine entschiedene Entwicklung des Kapitalismus eingesetzt. Die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung im Osten soll untersucht und entsprechend festgelegt werden.

Was die Einheitsfrontfrage betrifft, so ist es notwendig, eine revolutionäre Einheitsfront der Sektionen der KI im Fernen Osten wie auch in den übrigen Ostländern gegen die imperialistische Unterdrückung zu schaffen. Dies muß unter der Führung der Komintern geschehen. Bisher hat es keine Verbindung zwischen den Ostsektionen gegeben. Die Sektionen der KI in jenen Ländern, die Kolonialländer ausbeuten, und die Sektionen der KI in den kolonialen und den Ostländern müssen eine Einheitsfront bilden. Hinsichtlich der Einwanderungsfrage ist es notwendig, daß alle Sektionen sich zum Kampfe gegen den Imperialismus zusammenschließen. Wir dürfen nicht in den kleinbürgerlichen Fehler verfallen, diese Frage lediglich vom Rassenstandpunkt aus zu betrachten.

Genossen, ich behaupte nicht, daß ich viel über die deutsche Lage weiß, und möchte daher nur einige Worte sagen. Auf dem letzten Kongreß wurde uns gesagt, daß der linke Flügel der deutschen Partei ganz unbedeutend sei, und heute erfahren wir, daß er die herrschende Stellung in der Partei innehat. Unter den in der deutschen Partei herrschenden Verhältnissen konnte die deutsche Revolution nicht vollzogen werden. Es muß eine Einheitsfront in der deutschen Partei geschaffen werden, und erst dann kann sie zu den Arbeitern gehen, um eine Einheitsfront im Interesse der Revolution zu schaffen. Ich hoffe, daß ihr von der deutschen Partei, ihr vom linken Flügel, die ihr heute gesiegt habt, aus den Fehlern der Rechten und des Zentrums lernen und mit ihnen zusammenarbeiten werdet. Ich hoffe, daß die deutsche Partei in der nahen Zukunft die Revolution verwirklichen wird, und daß wir unsern 6. Kongreß in Berlin abhalten werden.

Zum Schluß möchte ich flüchtig die Frage des Genossen Bordiga in bezug auf die führende Stellung der KPR in der KI berühren. Ich möchte die Richtigkeit der führenden Stellung Bordigas in Italien bezweifeln. Sowjetrußland ist während der letzten fünf Jahre stärker geworden. Heute ist es wirtschaftlich und auch in andern Beziehun-

gen das stärkste Land. Ich spreche lediglich vom wirtschaftlichen Standpunkt. Die wirtschaftliche Lage zeugt davon, daß Rußland das stärkste Land in Europa geworden ist. Amerika erkennt es zwar nicht an, der amerikanische Kapitalismus, die Wall Street erkennt aber den russischen Kredit an. Im Januar wurde der russische Tscherwonez auf der Börse höher notiert als das englische Pfund. Rußlands Etat wurde in ein Gleichgewicht gebracht und wird immer fester. Wir müssen daran denken, daß die Regierung Sowjetrußlands die Regierung einer bolschewistischen Partei ist, und daß die Stärke Sowjetrußlands die Stärke der KI ist. Die ganze Welt verfolgt mit Aufmerksamkeit Sowjetrußland, um zu sehen, ob die neue Wirtschaftspolitik gelingen wird oder nicht. Und manche Leute vergessen, daß die neue Wirtschaftspolitik unter der Kontrolle der proletarischen Diktatur steht. Das heißt mit andern Worten, daß der Kapitalismus durch das Proletariat im Zaum gehalten, durch die Arbeiter- und Bauernregierung unter Kontrolle und Führung der KPR, die die stärkste Partei der Kommunistischen Internationale ist, und ohne Frage und Zweifel auch unter Führung der KI ausgenützt wird. Ich erkläre mich gegen die Behauptung Bordigas, daß die führende Stellung der KPR in der KI in Frage gestellt werden kann. Eine so unvorsichtige und in höchstem Grade unrichtige Kritik ist geeignet, die Proletarier der ganzen Welt irrezuführen.

MONTEFIORE (Australien): Genossen! Als ich die Rede unseres englischen Genossen Mac Manus über den Bericht des Genossen Sinowjew und seine Ausführungen über die Tätigkeit der englischen Kommunistischen Partei hörte, fühlte ich, wie sehr die Tätigkeit der australischen Kommunistischen Partei der der englischen Kommunistischen Partei ähnlich sei. Wir haben die Aufgabe, der Labour Party beizutreten, wir haben die Aufgabe, die Einheitsfront zu schaffen und die Partei zu einer wirklich lebendigen Partei zu machen.

In bezug auf die Frage des Beitritts zur Labour Party gibt es in Australien mehrere Schwierigkeiten, die größer und intensiver sind, als sie in England bestehen. Vor allem müssen wir unsere Organisationstätigkeit in einem sehr großen Lande mit einer sehr geringen Bevölkerung entfalten. Australien ist größer als die Vereinigten Staaten. Es ist 25mal so groß wie England, Irland und Schottland und hat eine Bevölkerung von 5½ Millionen, die zum größten Teil über das Küstengebiet und in den großen Küstenstädten verstreut ist. Es ist eine sehr schwierige Aufgabe, unsere Partei in diesen verstreuten Zentren zu organisieren. Dann haben wir auch die Schwierigkeit, daß die australischen Gewerkschaften stets für ein „weißes" Australien eintraten, d. h. daß keine farbigen Arbeiter nach Australien gebracht werden sollen, da dies auf die Lebenshaltung des australischen Arbeiters drücken würde. Es wäre jetzt, da der Kapitalismus sich entwickelt und sich immer mehr konzentriert, namentlich in Anbetracht der Tatsache, daß die Frage des Stillen Ozeans immer mehr in den Vordergrund kommt, zwecklos, die Frage der farbigen Arbeiter ignorieren zu wollen. Wofür wir Propaganda machen, was wir lehren, ist nicht die Idee der Einfuhr billiger farbiger Arbeiter oder Kulis, sondern, daß Marx nie sagte: „*Weiße* Proletarier aller Länder vereinigt euch!", sondern: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!", und daß wir heute bei der Offensive, die der Kapitalismus jetzt führt, keine Ausbeutung

der farbigen Arbeiter zulassen können, weil eine solche Ausbeutung den Rückgang der Löhne der weißen Arbeiter nach sich ziehen muß. Genau so, wie jetzt, wenn im Ruhrgebiet der Lohn der deutschen Arbeiter auf ein Kuli-Niveau heruntergedrückt wird, die englischen Arbeiter und auch die australischen Arbeiter darunter leiden müssen. Die Tätigkeit, die wir entfaltet haben, um in die Gewerkschaften, in die Labour Party hineinzugelangen, war schwierig, aber ersprießlich. Ich will einige Ergebnisse unserer diesbezüglichen Tätigkeit anführen. Die „Times" bringen ein Kabeltelegramm vom 30. Mai, in dem mitgeteilt wird, daß die Nationalistische Partei und die Provinzpartei (Country „Party") sich zusammenschließen, eine Art Bündnis bilden, um die Offensive der Arbeiterschaft, die ernste Dimensionen annimmt, zu bekämpfen. Die Rechte der Labour Party bedeutet für die Kapitalisten keine ernste Gefahr, ernst ist aber für sie die Tatsache, daß die KP im Begriff steht, in die Labour Party hineinzukommen, und bald völlig ihr angehören und eine entschlossene Linke bilden wird. Das ist es, was die Kapitalisten gegenwärtig in Schrecken versetzt. Wir sind, wie ich sagen möchte, noch weiter fortgeschritten, weil wir schon Anzeichen des Faschismus in Australien haben. Aus dem Zitat, das ich vorlesen werde, werdet ihr sehen, daß der Faschismus bei uns schon sein Haupt erhebt, und dies zeigt, daß ernste Arbeit in der Richtung zur Weltrevolution geleistet worden ist. Ich zitiere aus dem „Australasian", einer kapitalistischen Zeitung, die der Labour Party Ratschläge erteilt. Es stand die Konferenz der Labour Party bevor, und der „Australasian" schreibt:

„Zwei Wege stehen für jenen Teil der Konferenz, der gegen die Kommunisten ist, offen. Der eine ist, sie mit Gewalt zu entfernen, der andere Weg ist, eine Resolution über den Ausschluß der Kommunisten zu fassen. Wird keine dieser Maßnahmen ergriffen werden, so dürfte dies zu einer Spaltung der Labour Party in zwei fast gleiche Teile führen. Gegenwärtig erwiesen sich die Kommunisten und Antikommunisten bei der Abstimmung über diesbezügliche Fragen fast gleich stark, und die Antikommunisten erhielten nur mit einer ganz geringen Mehrheit die Oberhand."

Um Näheres über diese Frage zu sagen, will ich nun aus der „Common Cause" zitieren. Dies ist ein Organ der Bergarbeiter von New South Wales. Es wird über die erwähnte Labour Party-Konferenz, wo ein Bericht über den Beitritt der Kommunistischen Partei erstattet wurde, berichtet. Der Bericht lautet folgendermaßen:

„Unser Komitee ist nach Befragen mehrerer Kenner der Verhältnisse aus der Staats- und der Bundes-Labour Party der Meinung, daß die australische Labour Party groß genug ist, um alle Teile der Arbeiterbewegung zu umfassen, und es fordert mit Rücksicht auf die Wahrscheinlichkeit baldiger Staats- und Bundeswahlen und in Anbetracht der dringenden Notwendigkeit einer Zusammenarbeit aller Arbeiterparteien mit der australischen Labour Party zwecks Sicherung der Wahl von Arbeiterregierungen, und damit das ernste Problem der Arbeitslosigkeit, die chaotische finanzielle Lage des Landes und die außerordentlich schweren Angriffe, die gegen die Gewerkschaften gerichtet werden, entsprechend behandelt werden können, alle Arbeiter auf, bei den kommenden Kämpfen die Australische Labour Party nicht als mehrere Parteien, sondern als eine einzige

Partei zu unterstützen. Ferner beantragen wir, daß der zukünftige Vorstand alle Arbeiterparteien entsprechend aufnehmen soll, um die Einheit zustande zu bringen, und daß er beauftragt werde, in jeden Ausschuß, den er aus den Reihen seiner Mitglieder einsetzt, die Herren Beasly und Kilburn aufzunehmen."

Dies geschieht, weil sie die Kommunistische Partei stark bei den Wahlen benötigen, und wir hoffen, daß die Bundesregierung wie auch die Regierung von New South Wales eine Arbeiterregierung sein wird.

Ferner haben wir Arbeiterregierungen in Queensland, in Westaustralien und Südaustralien. Die beiden letzten wurden in diesem Jahr gewählt. In Queensland befindet sich die Arbeiterregierung schon seit einer geraumen Zeit im Amt, und wie ich schon gesagt habe, hoffen wir, daß eine Bundes-Arbeiterregierung und eine Arbeiterregierung in New South Wales eingesetzt wird. Das sind die wichtigen Momente. Es ist wahrscheinlich, daß sie, um dieses Ziel zu erreichen, die Kommunistische Partei aufnehmen werden, um eine Einheitsfront zu haben und so den Kampf zu führen.

Der australische Gewerkschaftskongreß erklärte sich für die Aufnahme aller wirklichen Arbeiterparteien und -gruppen in die australische Labour Party unter Beibehaltung ihres Rechts auf Propaganda und Organisationstätigkeit, wenn er auch noch immer die loyale Anerkennung der Beschlüsse der Vertreterkonferenz verlangt. Die Angelegenheit wird jetzt vor die im nächsten Monat zusammentretende Staatenkonferenz kommen, und wenn, wie ich hoffe, der Beschluß zugunsten der KP ausfallen wird, wird die Aufnahme auf der nachfolgenden Grundlage erfolgen: „Solange die Kommunistische Partei eine reine Propagandapartei ist, die keine Kandidaten außerhalb der Labour Party aufstellt, ist sie berechtigt, sich innerhalb der Labour Party wie auch außerhalb derselben zu organisieren." Nach Erledigung dieser Frage werden wir dann weiterarbeiten können.

Ich brauche euch nun wohl nicht zu sagen, daß wir in die Labour Party nicht zu dem Zweck eintreten wollen, um ihr irgendwie zu helfen. Wir in Australien hatten schon Erfahrungen mit Labour Parties in den Jahren 1911/12. Die Labour Parties gelangten in der Bundesregierung und in verschiedenen Staaten Australiens an die Macht. Wir wissen, wie wenig sie leisten können. Wir wissen, wie gewaltig viel das ist, was sie nicht leisten können, und wir wissen auch, daß diese Parteien, die Bundespartei und die Partei von New South Wales, unter der Führung des Rechtsanwalts Mr. Hughes und eines zweiten Rechtsanwalts, Mr. Holman, standen, und daß, sobald der Krieg kam, diese beiden Herren umfielen, Imperialisten wurden und die Labour Party zerstörten. Die Arbeiter wissen daher jetzt sehr wohl, daß sie sich, wenn sie einen Erfolg erringen wollen, nur auf sich selbst verlassen dürfen. Die australischen Labour Parties sind bei weitem revolutionärer als die englische Labour Party. Wenn man von der englischen Labour Party spricht, so scheint es uns lächerlich, daß sie überhaupt eine Labour Party genannt werden kann. Ich möchte einen Zwischenfall anführen, der ein sehr wichtiges Moment in bezug auf die Einheitsfront ist. Wie ich schon sagte, ist in Westaustralien die Labour Party an die Regierung gelangt. Wie ihr wißt, befindet sich in England eine sogenannte Labour Party an der Macht. Mr. Macdonald erklärte, daß sie die Macht tatsächlich in den Händen hat. Er sagte:

„Ich habe die Macht, ich will gewissen Dingen ein Ende setzen, und heute habe ich die Macht dazu."

Nun hat in Westaustralien kürzlich die Besetzung des vakanten Postens des Gouverneurs von Westaustralien stattgefunden. Da dies eine Reichsfunktion ist, so erfolgt die Ernennung von seiten des Königs Georg, den aber Macdonald berät.

Im Kolonialamt gibt es einen Gewerkschafter. Wen haben sie aber für den Gouverneurposten in Westaustralien genommen, wo die Labour Party an der Macht ist? Einen konservativen Offizier. Wenn das nun keine Sabotage, keine Sabotage einer Labour Party gegen eine andere ist, so weiß ich nicht, wie es genannt werden kann. Ich gehe noch weiter. Ich will diesbezüglich an der englischen Kommunistischen Partei Kritik üben, weil ich der Ansicht bin, daß es ihre Pflicht gewesen wäre, dieses Vorgehen der englischen Labour Party zu kritisieren. Hätte sie dies getan, und wäre nach Australien die Nachricht gelangt, daß die englische Kommunistische Partei Protest erhoben hat, und zwar so laut, daß dieser Protest in Australien zu hören ist, daß sie Protest dagegen erhob, daß ein Konservativer, eine Militärperson einem Staate mit einer Labour Party-Regierung, nämlich Westaustralien, wo die Labour Party an der Regierung ist, aufgezwungen wird, so hätte dies meines Dafürhaltens eine Begeisterung in Australien (weil Australien ein zu Begeisterung neigendes Land ist) hervorgerufen, die nicht nur für die australische Kommunistische Partei, sondern auch für die englische Kommunistische Partei von Nutzen gewesen wäre. Diese Dinge sind bedeutungsvolle Momente für die Frage der Einheitsfront und verdienen meines Dafürhaltens eine entsprechende Beachtung.

Es freut mich sehr, daß ich heute hier sprechen kann, weil ich meinen Genossen vom Stillen Ozean, meinen Genossen aus Indien, der Malaiischen Halbinsel, China, Indochina, Korea und allen übrigen Gebieten sagen will, daß die KP Australiens keine Vorurteile gegenüber den Farbigen hat, kein „weißes" Australien will. Wir wissen, daß wir uns im Stillen Ozean zusammenschließen müssen, wir wissen, daß die Kapitalisten des Gebietes des Stillen Ozeans sich zusammenschließen, während nichts oder nur sehr wenig getan wird, um die großen Kommunistischen Parteien dieses Gebiets zu einheitlichem Vorgehen zusammenzufassen. Ich ergreife daher mit großer Freude die Gelegenheit, unsern Genossen aus den verschiedenen Ländern des Stillen Ozeans die Freundeshand entgegenzustrecken und ihnen zu sagen, daß wir mit Hilfe der großen Internationale, im Wege einer Verständigung unter uns selbst, und wenn die englische Kommunistische Partei sich nicht nur für England, sondern auch für die Vorgänge im Stillen Ozean interessieren wird, eine Lage erreichen werden, in der wir eine Massenpartei hinter uns haben, und die australischen Arbeiter den Sinn der Weltrevolution begreifen und sich um die Sache dieser Revolution zusammenschließen werden.

SEMAOEN (Java): Genosse Sinowjew hat sehr richtig bemerkt, daß in Kolonien besitzenden Ländern eine intensivere Zusammenarbeit mit den Kolonien sein soll. Genosse Wynkoop sagte, in Holland sei das der Fall. Aber wir wissen, daß das nicht ganz stimmt. Wohl hat die holländische Partei die Losung: Indien los von Holland! herausgegeben, sowie korrekte Richtlinien. Aber in Wirklichkeit ist die revolutionäre Bewegung in Indonesien erst unter dem Einfluß der russischen Revo-

lution und durch die Hilfe der Exekutive erstarkt und nur teilweise durch die Arbeit der holländischen Partei. Das Programm der holländischen Partei ist vielleicht nicht so schlecht, aber ihre Praxis entspricht nicht ganz diesem Programm. In Wirklichkeit ist die Verbindung zwischen Holland und Indonesien sehr schwach, da die holländische Partei immer sehr viel Zeit für ihre inneren Konflikte in der Partei und der holländischen Bewegung braucht. Als z. B. die indonesische Partei bei dem letzten großen Eisenbahnerstreik im Kampfe stand, war die holländische Partei mit einem Konflikt mit dem nationalen Arbeitersekretariat (Syndikalisten), das wir noch für die Profintern gewinnen müssen, beschäftigt, wodurch diesem wichtigsten Moment zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Auch jetzt unterstützt die holländische Partei praktisch nicht genug die indonesische Bewegung, weil sie selbst sehr schwach ist. Es ist dringend notwendig, daß die holländische Partei stärker wird, und so auch für die indonesische Bewegung eine Stütze wird. Wir hoffen, daß der 5. Kongreß für die holländische Partei eine richtige Linie ausarbeiten wird.

Zugleich erwarten wir, daß durch den Kongreß die Arbeit in den Kolonien und in den orientalischen Ländern eine Verstärkung erfährt, durch die Arbeit der Exekutive, wie auch besonders durch die Intensität der Arbeit in den Kolonien, durch die Genossen der imperialistischen Länder.

KREIBICH (Tschechoslowakei): Niemandem von uns fällt es ein, zu bestreiten, daß es die Pflicht der KI ist, rechte und linke Abweichungen zu kritisieren, und es besteht auch kein Zweifel, daß Abweichungen beider Art vorgekommen sind. Es ist auch die selbstverständliche Pflicht der KI, den Parteien ihren politischen Weg zu weisen und ihre Mängel zu kritisieren. Aber es ist nicht nebensächlich, auf welche Art man das tut. Es hat sich die Methode herausgebildet, das Schwergewicht auf Artikel, Resolutionen und gelegentlich auch auf alte Thesen zu legen, wobei die Untersuchung und Analyse der wirklichen Arbeit der Parteien sowie der wirtschaftlichen und politischen Perspektiven in den einzelnen Ländern sehr kurz wegkommen. Zu welchen Entgleisungen das führen kann, zeigt besonders der holländische Fall, von dem ich mich an Ort und Stelle an Hand des Materials überzeugen konnte. Auf Grund einer plumpen Fälschung in einem von oppositioneller Seite nach Moskau gesandten Berichte wurde Genosse van Ravestijn durch alle kommunistischen Blätter Europas mit der Beschuldigung geschleift, er habe den Antritt der englischen Arbeiterregierung als gleichbedeutend mit der russischen Oktoberrevolution hingestellt. Nicht dieser eine Fall ist wichtig, sondern wichtig ist, daß durch diese Art der Kritik an den Parteien eine Atmosphäre geschaffen wurde, in der ein solcher Fall möglich ist. Bei den Artikeln Hulas und Vaneks wurde sogar die Zeit ihres Erscheinens als besonderes Kriterium hingestellt. Beide sind Polemiken gegen andere Artikel, und ich finde es nicht besonders merkwürdig, daß sie gerade kurz nach dem Erscheinen der Artikel erschienen sind, auf die sie eine Antwort waren. Die ganze Sache ist mir nicht neu. Ich habe vor drei Jahren in diesem Saal genau dasselbe getan und bin mit Artikeln und Reden Smerals gegen seinen Opportunismus losgezogen. Ich bin noch heute der Meinung, daß das Material, das ich damals vorbrachte, schwerwiegender als das diesmalige ist. Ich erinnere mich noch sehr gut,

wie verblüfft ich war, als Genosse Lenin sich von meinem Zitatensack gar nicht imponieren ließ, daß er sogar von dem Sport sprach, den man mit dem Entdecken von Zentristen — das war damals der technische Ausdruck für die Sache — trieb, daß er die Brandmarkung Smerals als Zentristen aus dem Thesenentwurf strich und trotz der vielen andern Sorgen, die er hatte, sich die Mühe gab, die Dinge in unserm Lande und in unserer Partei möglichst selbst zu verfolgen, weil er das Leben und die lebendige Arbeit der Partei jedenfalls für entscheidend hielt.

Wenn Genosse Sinowjew nach dieser Methode vorgegangen wäre, so hätte er z. B. über die Wahlen in Karpathorußland anders sprechen können. Anstatt einen Gegensatz zwischen der Zentrale und den Genossen, die dort gearbeitet haben, hier zu konstruieren, den wir zu Hause nicht im geringsten gehabt haben, hätte Genosse Sinowjew andere Ursachen unseres Sieges anführen können, die kein Verdienst der Zentrale sind. In Karpathorußland haben wir auch ein gutes Erbe der ungarischen Revolution angetreten, und es wäre durchaus angezeigt, bei dieser Gelegenheit festzustellen, daß wir sowohl in Karpathorußland als auch in der Slowakei manches Gute der schon fast in Vergessenheit geratenen ungarischen Revolution zu verdanken haben. Aber der Wahlsieg ist zugleich ein Beweis dafür, daß unsere Partei dieses Erbe gut verwaltet hat.

Wir haben veranlaßt, daß der Exekutive abermals und ausführlichere Berichte über die Arbeiten unserer Partei, über ihre Aktionen und Kämpfe, zugehen. Hoffentlich wird man sich für die nächste Berichterstattung auch dieser Berichte und nicht nur eines Zitatenmaterials bedienen. Solches Gerede, wie die Behauptung des norwegischen Genossen, unsere Partei führe keine Kämpfe, nehme ich als Äußerung eines allgemeinen Klatsches nicht ernst. Ich könnte mit einer Aufstellung der Aktionen unserer Partei seit dem letzten Kongreß antworten. Aber es gibt keine sachliche Erwiderung auf Redensarten, die nichts als Unwissenheit und Unkenntnis zur Grundlage haben. Kein wirtschaftlicher und kein politischer Kampf ist vorübergegangen, ohne daß unsere Partei mit all ihrer Kraft eingegriffen hätte. Über die ebenso leichtfertige Phrase des französischen Genossen, wir hätten die Jugend an der antimilitaristischen Tätigkeit gehindert, werden wir zu Hause eine Untersuchung anstellen und hierher berichten, was wir verhindert haben, und eine Antwort auf die Frage verlangen, ob wir das verhindern durften. In dieser Atmosphäre, die man gegen unsere Partei geschaffen hat, wundert es mich nicht, wenn man sich auch darauf verlegt, die Unzufriedenheit der Genossen einzelner Gebiete und ihre Beschwerden gegen die Parteileitung zur Fraktionsbildung in unserer Delegation auszunützen. Nur bezweifle ich, daß man damit politisch irgendeinen Erfolg haben wird.

Wenn ich über diese Dinge spreche, so deshalb, weil durch solche Methoden der notwendigen Kritik an der Partei jede ernste Wirkung genommen wird. Die Masse unserer Parteimitglieder ist jetzt vollauf mit der vollständigen Umorganisierung der Partei auf Betriebszellen beschäftigt, was zwar, wie Neurath sagte, nur eine organisatorische Arbeit, aber nach meiner Meinung auch eine Vorbereitung für die Revolution ist. Der Kampf um die Sozialversicherung, gegen die drohenden Getreidezölle, die Gewerkschaftsfrage, der Raub an der Arbeitslosenunterstützung, die sich immer mehr verschärfende Krise in der

Regierungskoalition — alle diese Dinge beschäftigen jetzt unsere Genossen zu Hause, sie erwarten vom Kongreß neue Richtlinien, Ratschläge, politische Perspektiven. Was werden unsere Arbeiter sagen, welchen Eindruck wird es auf sie machen, wenn sie lesen werden, daß wir uns hier mit Artikeln von Hula und Vanek beschäftigen und das Lied von Smerals Opportunismus immer wieder von neuem singen, ohne daß ein Versagen unserer Partei in den Kämpfen, ein schwerer Fehler in der Stellung zu den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen festgestellt worden wäre. Glauben Sie, daß eine solche Art der Beschäftigung mit unserer Partei und unsern Fragen einen besonders günstigen Eindruck machen wird auf unsere Arbeiter?

Auch glaube ich nicht, daß eine Arbeiterschaft, die mit sehr vielen Arbeiten und Kämpfen beschäftigt ist, begreifen wird, daß das Tempo und die Art der Stellungnahme der Partei zur russischen und deutschen Frage das Hauptkriterium für die Beurteilung der Partei sein wird.

Nur eine kurze Bemerkung zur deutschen Frage. Viele von uns hatten den Eindruck, daß man bei der Erledigung der deutschen Frage sich mehr damit beschäftigt hat, Sündenböcke in die Wüste zu schicken, als damit, eine gründliche Untersuchung der ganzen Politik der deutschen Partei und der KI in Deutschland etwa seit dem Beginn des französischen Eingriffes an der Ruhr anzustellen und die Fehler zu finden, die wir in der deutschen Frage alle zusammen gemacht haben. Ich muß gestehen, daß das, was ich hier auf dem Kongreß gehört habe, diesen Eindruck nicht beseitigt hat. Auch finde ich, daß in der bisherigen Debatte die Analyse der gegenwärtigen Lage in Deutschland, die Aussichten für die nächste Zukunft und die Zeichnung der Linie, die die Partei gehen soll, zu kurz gekommen sind. Es ist gewiß wichtig, zum Kampf um die Macht bereit zu sein, aber es ist auch wichtig, den Weg zu zeigen, der zu dem Punkte führt, wo man dieses Bereitsein erfolgreich in die Tat umsetzen kann. Für ganz verfehlt halte ich eine Spekulation auf Mißerfolge der Partei und ihrer Führung, und die Prophezeiungen des Genossen Brandler sind meines Erachtens nicht am Platze. Die Exekutive und die übrigen Sektionen der KI müssen die deutsche Partei und ihre Führung bedingungslos unterstützen, und es wird notwendig sein, den Plan des engeren Zusammenwirkens der deutschen Partei mit den Parteien der andern Länder zu erneuern und zu verwirklichen. Was wir aber von der deutschen Partei verlangen müssen, das ist auch eine genaue und ungeschminkte Untersuchung und Beantwortung der Frage, ob die kommunistische Bewegung im Vormarsch oder in einer Stagnation begriffen ist. Denn von der Beantwortung dieser Frage hängt die Einstellung der Taktik wesentlich ab.

Ich habe das Referat und die Thesen des Genossen Varga ebenfalls genau durchstudiert und finde, daß an der Kritik, die ein deutscher Genosse hier geübt hat, manches berechtigt ist. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Genosse Varga die Prognose für die nächste Periode in eine solche Form gekleidet hat, daß er auf keinen Fall durch die Entwicklung desavouiert werden kann. Es sind so viele Einerseits und Andererseits, so viele Hintertürchen darin, daß man schließlich alles für möglich und nichts für ausgeschlossen halten und zum Schluß nur sagen kann: Nichts Genaues weiß man nicht. Ich mache dem Genossen Varga daraus keinen Vorwurf — ich hätte auch gar nicht das Recht dazu —, denn ich weiß es auch nicht besser als

er. Aber aus seinen ungenauen Formulierungen schöpfe ich den Verdacht, daß seine Anschauungen pessimistischer sind, als er sie in seinen Thesen ausspricht, und daß er sie nur so gewissermaßen dem Kurse, der nach links geht, angepaßt hat. Das war meines Erachtens überflüssig, denn ich finde, daß die Dinge für den Kapitalismus schlimmer stehen, als es Genosse Varga in seinen Thesen darstellt. Die Tatsache, daß der Kapitalismus im Weltmaßstabe in den fast sechs Jahren seit dem Weltkriege in der Überwindung der Krise keinen Schritt nach vorwärts gekommen ist, daß er keines seiner Probleme zu lösen imstande war, berechtigt dazu, den hoffnungslosen Krisencharakter der kapitalistischen Weltwirtschaft schärfer zu betonen, als dies Genosse Varga tut. Einer der wichtigsten Punkte ist die im letzten Satz des ersten Abschnitts der Thesen enthaltene Feststellung, daß die Offensive des Kapitals gegen die Arbeiter zwar Erfolge gegenüber den Arbeitern aufzuweisen hat, daß sie aber ihren eigentlichen Zweck absolut nicht erreicht hat. Das muß neue schwere Kämpfe, aber auch Versuche des Kapitalismus, neue Wege zur Überwindung der Krise zu finden, und damit neue Komplikationen und neue schwere Krisen zur Folge haben. Und das bedeutet, daß keinerlei Aussicht auf irgendeine Konsolidierung und eine auch nur vorübergehende friedlichere oder ruhigere Periode besteht.

Nun noch einige Bemerkungen zur Einheitsfront und zur Arbeiterregierung. Das Wort „Manöver" hat das Unglück, eine Bezeichnung für zwei sehr verschiedene Dinge zu sein. Unter Manöver versteht man auch einen Scheinkampf, eine scheinbare Handlung, aber so ist wohl dieses Wort hier von niemandem gemeint gewesen. Manöver gibt es aber auch während des Kampfes mitten im Kriege, und ein schlechter Feldherr ist der, der nicht zu manövrieren versteht. In diesem Sinne ist die Einheitsfront ein Manöver. Daß dieses Manöver zur Entlarvung der Verräter am Proletariat führen muß, ist das selbstverständliche Ergebnis eben des geschickten Manövrierens. Aber das Entlarven ist schon halb mißlungen, wenn man es vorher ankündigt. Man kann sehr gut entlarven, gründlich entlarven, ohne dieses Wort überhaupt gebrauchen zu müssen. Das ist eines von den Dingen, von denen es heißt: So etwas tut man, aber man sagt es nicht. Dabei brauchen wir gar nicht Verstecken zu spielen. Wir werden vor und während des Manövers der Einheitsfront mit unserer Meinung über die Sozialdemokratie nicht zurückhalten. Wir werden den sozialdemokratischen Arbeitern ganz offen sagen: Wir glauben nicht, daß eure Führer kämpfen werden, aber wichtig ist, ob ihr kämpfen wollt, gegebenenfalls auch gegen den Willen der Führer. Damit ist auch über die Frage „Einheitsfront von oben oder von unten?" das Wichtigste gesagt. Das Entscheidende ist nicht, ob die sozialdemokratischen Führer kämpfen wollen, was niemand von uns ernstlich glaubt, sondern entscheidend ist, ob die sozialdemokratischen Arbeitermassen kämpfen wollen, und wie wir sie in den Kampf bringen, wie wir ihnen Gelegenheit zum Kämpfen verschaffen. Solange die sozialdemokratischen Arbeiter den Schritt zum Kampfe nicht ohne ihre Führer machen wollen, solange müssen wir uns an ihre Führer wenden, bis die sozialdemokratischen Arbeiter endlich einsehen, daß das vergeblich ist, und sie nur ohne oder gegen ihre Führer kämpfen können.

Wir haben in der Tschechoslowakei die Einheitsfront von oben wie von unten vielfach angewandt; über alle diese Schritte ist in

unserer Presse ausführlich berichtet worden, und es haben sich in der Partei noch keine ernsten Meinungsverschiedenheiten über unsere Taktik in den einzelnen Fällen gezeigt. Wenn wir gar so schlimme Opportunisten wären, so müßte man doch wohl imstande sein, wenigstens einen schweren Fehler gerade in diesem unsern Vorgehen zu finden.

Auch in der Frage der Arbeiterregierung hat sich in unserer Partei, soweit die offiziellen Kundgebungen in Betracht kommen, keine Meinungsdifferenz ergeben. Was bedeutet der Satz über den Rahmen der bürgerlichen Demokratie? Daß die Arbeiterregierung im Sinne der Beschlüsse des 4. Weltkongresses eben zu einer Zeit zustande kommt, in der die Diktatur des Proletariats noch nicht existiert, noch nicht aufgerichtet wird, und daher der bürgerliche Staat noch besteht. Auch die sächsische Arbeiterregierung, in die unsere Genossen mit Zustimmung der Exekutive eingetreten sind, wurde im Rahmen der bürgerlichen Demokratie gebildet. Das ist nicht anders möglich, weil eben außer unserer Partei keine andere Arbeiterpartei auf dem Standpunkt der Diktatur des Proletariats steht. Selbstverständlich hat unser Eintritt in die Arbeiterregierung im Rahmen der bürgerlichen Demokratie nur den Zweck, diesen Rahmen zu sprengen. Aber sobald wir das tun, begeben wir uns auf den Boden der Diktatur des Proletariats, und dann brauchen wir keine Arbeiterregierung und keine der andern Arbeiterparteien mehr. An dieser Stelle muß ich feststellen, daß es ein Widerspruch ist, wenn der Beschluß des 4. Kongresses ausdrücklich von einer „Koalition aller Arbeiterparteien" spricht, und Genosse Sinowjew jetzt sagt, daß die Arbeiterregierung nicht als eine Regierung von sämtlichen Arbeiterparteien zu verstehen sei, und daß wir die Arbeiterregierung nicht mit jenen Parteien bilden können, die den linken Flügel der Bourgeoisie bilden, ja, daß die Koalition mit diesen Arbeiterparteien ein Verbrechen sei. Das kann ich nur als eine Liquidierung der Parole der Arbeiterregierung im Sinne der bis zum 4. Weltkongreß gefaßten Beschlüsse verstehen. Gibt es denn außer den kommunistischen Parteien eine Arbeiterpartei, die nicht der linke Flügel der Bourgeoisie ist? Jede Arbeiterpartei außerhalb der KI bzw. jede Arbeiterpartei, die sich gegen die KI stellt, ist ein linker Flügel der Bourgeoisie. Ich erwarte, daß das Schlußwort des Genossen Sinowjew und die Thesen, die er uns zu seinem Bericht vorlegen wird, diesen Widerspruch aufklären werden. Jedenfalls aber müssen wir auf dem Kongreß gerade in dieser Frage volle Klarheit schaffen, wenn wir nicht in den Massen Verwirrung stiften wollen.

Falsch und unhaltbar ist meines Erachtens die Annahme, daß die Arbeiterregierung (ich habe bei dieser Betrachtung stets die Arbeiterregierung als Koalition sämtlicher Arbeiterparteien im Auge) eine Regierungsform für die Periode der Konsolidierung des Kapitalismus sein könnte, gerade da ist sie unmöglich, da ist der Kapitalismus stark, er hat Macht und Einfluß genug, die Sozialdemokraten im Zaum zu halten, ja sie sogar überhaupt zu entbehren. Die Arbeiterregierung kommt meines Erachtens nur für die revolutionäre Periode in Betracht. Sie ist ein letztes Mittel, ein letzter Schachzug, ein letztes Manöver, um in einer akut revolutionären Situation die Mehrheit der arbeitenden Massen für die Diktatur des Proletariats zu gewinnen. Daraus folgt, daß es ebenso falsch wäre, die längere Dauer einer Arbeiterregierung für möglich zu halten.

Da meine Redezeit abgelaufen ist, kann ich mich mit der Frage der Möglichkeit der Arbeiterregierung nicht beschäftigen, ich hoffe, daß dazu noch Gelegenheit sein wird. (*Ruth Fischer:* Sprechen Sie doch über Rußland!)

WOLFE (Mexiko): Genossen! Die mexikanische Kommunistische Partei, die ich vertrete, macht sich zu eigen die Kritik mehrerer vorhergehender Redner, wie sie in den Worten des Genossen Pepper zusammengefaßt ist:

„Wir haben die Aufgabe, die Bolschewisierung von ganzen Weltteilen mindestens zu beginnen."

Ich möchte die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die wachsende Bedeutung der beiden Amerika lenken. Genosse Varga sagte uns, daß die Vereinigten Staaten heute der Mittelpunkt des Weltkapitalismus seien. „Der Schwerpunkt des Kapitalismus hat sich endgültig nach den Vereinigten Staaten verschoben." Aber nicht nur der Schwerpunkt des Weltkapitalismus hat sich dorthin verschoben, sondern in immer steigendem Maße auch der Schwerpunkt der Weltreaktion. Wenn der Frank in Europa fällt, so ist es J. P. Morgan, der erklärt, daß er nicht weiter fallen soll. Wenn die Reparationsfrage bis aufs äußerste verwickelt wird, ist es Mr. Dawes, Laufbursche von J. P. Morgan, der nach Europa geht, um ein Hypothekendarlehen für Deutschland zu bewerkstelligen. Das Rückgrat des Widerstandes gegen eine Anerkennung Sowjetrußlands sind die Vereinigten Staaten. Es muß dem europäischen Proletariat immer klarer werden, daß es in den Vereinigten Staaten einen gefährlichen imperialistischen Feind hat. Worauf ich euch aufmerksam machen möchte, ist die Tatsache, daß das europäische Proletariat und die Kommunistische Internationale einen unter Umständen machtvollen Genossen in dem Kampfe des lateinischen Amerika gegen den amerikanischen Imperialismus haben. Das hat die Internationale bisher nicht genügend begriffen. Als Beweis weise ich auf den Bericht des Genossen Sinowjew hin. In seinem gedruckten Bericht (Deutsche Ausgabe vom 5. Mai 1922, Seite 70) wird der amerikanische Imperialismus auf den Philippinen erwähnt. Der amerikanische Imperialismus im lateinischen Amerika wird nicht erwähnt. Ich will und kann die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Philippinen nicht unterschätzen. Da sie sich im Fernen Osten befinden, bilden sie den Mittelpunkt einer eventuellen revolutionären Aktion im Fernen Osten. Eine wirkliche Unabhängigkeitsbewegung auf den Philippinen kann in Korea, in Indochina, in Indien Widerhall finden, und darin liegt die Bedeutung der Philippinen. Ich glaube aber, daß es nicht vergessen werden darf, daß der Unabhängigkeitskampf auf den Philippinen ein sehr gemäßigter ist, der den Fernen Osten nicht in Brand setzen dürfte. Es ist nicht zu vergessen, daß die Philippinen sich mit einer teilweisen Unabhängigkeit zufriedengeben werden. Eine Unabhängigkeit, wie sie Kuba gewährt wurde — wo die Vereinigten Staaten sich das Recht vorbehielten, einzugreifen, wenn es ihnen notwendig scheint, gegenüber Verträgen zwischen Kuba und andern Ländern ein Veto auszuüben, in Kuba eine Flotten- und Kohlenstation zu unterhalten, und die Aufsicht über seine Finanzen zu führen —, eine solche Unabhängigkeit könnte auch den Philippinen zugestanden werden, ohne den imperialistischen Staaten im Fernen Osten Abbruch zu tun. Daß eine solche Unabhängigkeit die Philippinen zufriedenstellen würde, geht aus der Erklärung des

Vertreters der Philippinen in den Vereinigten Staaten, Manuel Guizen, vom 14. Mai d. J. hervor, in der es hieß:

„Wir werden zufrieden sein, wenn der Kongreß ein Gesetz annimmt, das uns die Unabhängigkeit nach zehn Jahren verspricht."

Zu dem lateinischen Amerika zurückkehrend, müssen wir nun erklären, daß seine wirtschaftliche, politische und geographische Bedeutung für den amerikanischen Imperialismus bei weitem größer ist als die der Philippinen. Trotzdem weisen weder die Tätigkeit der amerikanischen Partei im Laufe dieses Jahres, noch der Bericht und die Vorschläge des Genossen Sinowjew auf die diesbezüglichen Möglichkeiten hin. Die Bevölkerung des lateinischen Amerika ist gleich der der Vereinigten Staaten.

Genosse Varga erklärt in seinem Bericht, daß er vor drei Jahren eine Krise in den Vereinigten Staaten erwartet habe, die nicht eingetreten sei. Die Gründe, die er angibt, sind mannigfaltig. Einer der Gründe der ununterbrochenen Hochkonjunktur ist, daß die Vereinigten Staaten, als die europäischen Märkte geschlossen waren, im lateinischen Amerika einen fertigen Markt fanden, und daß die Vereinigten Staaten beim Zusammenbruch der europäischen Wirtschaft hier auch einen Markt für ihren Goldüberschuß finden konnten. Nicht alle wissen, daß die Vereinigten Staaten im lateinischen Amerika vier Milliarden Dollar angelegt haben. Genosse Varga sagt, daß die Zahl der unverkauften Kraftwagen und Lokomotiven in den Vereinigten Staaten ein Kennzeichen der wachsenden Krise in Amerika sei. Trotz dieser wachsenden Krise hat Mexiko allein in den Vereinigten Staaten in den vergangenen drei Monaten Lokomotiven im Werte von fünf Millionen Dollar und im letzten Jahr Kraftwagen im Werte von vier Millionen Dollar gekauft. Ich erwähne hier gar nicht die übrigen 19 Länder des lateinischen Amerika, die natürlich nicht alle von der gleichen Wichtigkeit sind.

Das lateinische Amerika ist der Mittelpunkt der Rohstoffquellen der Vereinigten Staaten. Erdölförderung ist ein grundlegender Industriezweig des Imperialismus, und Erdöl ist in sechs oder sieben Ländern Lateinamerikas zu finden. Mexiko allein führte im vergangenen Jahr 182 Millionen Barrels Erdöl im Werte von 167 Millionen Dollar aus, wovon mehr als zwei Drittel auf die Vereinigten Staaten entfielen.

Die mexikanischen Erdölquellen sind noch kaum berührt. Nur 600 000 ha von dem Gesamtgebiet von 60 Millionen ha mit günstiger geologischer Gestaltung wurden bisher von den Petroleumgesellschaften ausgebeutet. Ferner gibt es Erdöl in Peru, in Argentinien, in Kolumbien, in Venezuela, und das Erdöl in Peru ist die beste Sorte schweres Erdöl, die bisher entdeckt wurde.

Was die Mineralien betrifft, so hat Mexiko allein (ich beschränke mich wieder bloß auf Mexiko, dessen statistische Angaben mir am besten bekannt sind) Mineralien im Werte von 125 Millionen Dollar geliefert, von denen vier Fünftel nach den Vereinigten Staaten kamen. In bezug auf Silberproduktion steht Mexiko an erster Stelle in der Welt; an vierter Stelle steht Peru. In der Kupferproduktion steht Peru an vierter und Mexiko an der fünften Stelle. In der Goldproduktion hat Mexiko die vierte und in der Bleiproduktion die zweite Stelle inne. Chile ist an Mineralien nur um ein geringes weniger reich als Mexiko und Peru.

Nun über die politische Lage im lateinischen Amerika: Die Vereinigten Staaten haben die Souveränität von mehr als einem halben

Dutzend Länder des lateinischen Amerika zerstört. Sie drangen in San Domingo, Haiti, Nikaragua, Honduras, Salvador und Costa Rico usw. ein. Sie halten ihre Truppen ständig in diesen Ländern, weil eine ständige Unzufriedenheit gegen die Regierungen, die die Vereinigten Staaten eingesetzt haben, herrscht. Außerdem haben die Vereinigten Staaten in mehr als einem Dutzend Länder finanzielle Diktatoren — Leute wie Dawes in Deutschland —, die die Finanzen dieser lateinisch-amerikanischen Länder führen. Um die politische Bedeutung des Widerstandes, den diese Verhältnisse hervorrufen, zu zeigen, brauche ich bloß an die Geschichte des historischen Widerstandes von San Domingo gegen die amerikanische Invasion zu erinnern. Vor sechs Jahren wurde der Präsident von San Domingo von den amerikanischen Invasionstruppen aus der Präsidentschaft vertrieben, und die amerikanischen Marinetruppen waren bestrebt, einen andern Präsidenten zu finden. Sie boten Geld und den Schutz ihrer Truppen an, konnten aber in den sechs Jahren in ganz San Domingo keinen Mann finden, der bereit gewesen wäre, den Präsidentenstuhl aus den Händen der amerikanischen Truppen zu übernehmen. Nunmehr, im siebenten Jahr, haben sie einen Mann italienischer Abstammung zum Präsidenten von San Domingo eingesetzt.

Die Vereinigten Staaten haben eine Reihe von Revolutionen im lateinischen Amerika finanziert, und aus jeder durch die Vereinigten Staaten finanzierten Revolution entsteht eine Autokratie. Die Beziehungen zwischen Autokratie und Imperialismus sind klar. Nur durch Errichtung einer Autokratie können die Vereinigten Staaten den Protest, der entsteht, wenn das Land an die amerikanischen Interessen verkauft wird, unterdrücken. Die Autokratien in Venezuela und Peru stehen in diesem Jahr vor einer Revolution. Auch jetzt bin ich, trotzdem ich seit über einem Monat aus dem lateinischen Amerika fort bin, fast überzeugt, daß die Revolution, die gegen das tyrannische Instrument Amerikas in Venezuela geplant war, entweder schon ausgebrochen ist oder in der nächsten Zukunft ausbrechen wird.

Die Lage in Peru ist nur um ein geringes weniger kritisch. Die amerikanische Kommunistische Partei hatte nie eine Ahnung davon, daß ein Aufstand in Peru oder Venezuela ausbrechen kann. Die Führung des Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus war in den Personen von La Folette und Borah vertreten.

Den Offenen Brief an die Arbeiter, Bauern, Studenten Perus mit der Aufforderung zur Auflehnung gegen den Präsidenten, den die Vereinigten Staaten hier eingesetzt hatten, erließ Vasconcelos, der Bildungsminister von Mexiko, und nicht eine Kommunistische Partei des lateinischen Amerika. Es gibt keine Kommunistische Partei in Peru. Die Kommunisten hatten keine Zentralagentur in Amerika, die imstande gewesen wäre, den in Peru bevorstehenden Aufstand vorherzusehen und die Arbeiter Perus zur Beteiligung an diesem Aufstand aufzufordern. Ein liberaler Intellektueller mußte diese Aufforderung erlassen.

Samuel Gompers von der amerikanischen Arbeitsföderation ist Präsident der panamerikanischen Arbeitsföderation, die die Länder des lateinischen Amerika und die Vereinigten Staaten umfaßt. Er verteidigte die Okkupation von Haiti durch die amerikanischen Truppen. Die amerikanischen Kommunistischen Parteien hätten das ausnützen können, um Gompers in der panamerikanischen Arbeitsföderation eine

Niederlage beizubringen, was, unter Mitwirkung des lateinisch-amerikanischen Blocks, keine schwere Aufgabe gewesen wäre. Die lateinisch-amerikanischen Elemente in der panamerikanischen Arbeitsföderation waren stark genug, um Gompers' Neuwahl zu verhindern. Sie stellten Morones als Kandidaten auf, der ein geheimer Anhänger von Gompers war, der wartete, bis die Kandidierungen abgeschlossen waren und dann zurücktrat, was der einzige Grund der Wiederwahl Gompers' war. Es wurde nichts unternommen, um die Tatsache, daß Gompers stets für den amerikanischen Imperialismus eintrat, im lateinischen Amerika auszunutzen. Solche Schritte könnten nur dann unternommen werden, wenn wir eine Zentrale für den amerikanischen Kontinent hätten, die sich mit dem lateinischen Amerika und mit allem, was in allen Teilen desselben und zu allen Zeiten vorgeht, bekannt machen würde.

Auch die Profintern ließ sich Fehler im lateinischen Amerika zuschulden kommen, mit denen wir uns am geeigneten Ort und zur geeigneten Zeit beschäftigen werden. Gegenwärtig deute ich bloß flüchtig an, daß Amsterdam im lateinischen Amerika keinerlei Kraft besitzt, und daß es sich darum handelt, ob die Rote Gewerkschaftsinternationale oder der Anarchismus die Oberhand behalten, ob der Beitritt zur Roten Internationale stattfinden oder eine amerikanische Internationale, vielleicht mit Gompers, vielleicht aber mit den Anarchisten an der Spitze, gegründet werden wird. Da die Dinge so liegen, ist es sehr leicht, die Arbeiterbewegung im lateinischen Amerika zum Anschluß an die RGI zu veranlassen, ich sage sehr leicht, weil in Chile dies fast ohne Kampf geschehen ist, während in Argentinien die Kommunisten nach einer Propaganda von bloß 1, 2 Jahren auf der jüngsten vor wenigen Monaten abgehaltenen Konferenz 40 Prozent der Stimmen aufgebracht haben.

Zum Schluß möchte ich feststellen, daß die amerikanische Partei in der Behandlung dieser Frage in letzter Zeit eine Wandlung gezeigt hat. Ein Anzeichen dieser Tatsache sehen wir in dem Bericht des Genossen Lovestone an die Konferenz seiner Partei, in welcher zum erstenmal das Arbeitsfeld im lateinischen Amerika berücksichtigt wird. Ferner hatten wir die gestrige Rede des Genossen Dunne, der erklärte, daß es eine der Aufgaben der amerikanischen Partei für das nächste Jahr sei, dem Imperialismus in Lateinamerika entsprechende Beachtung zu widmen.

Wir werden in der politischen Kommission, in der Kommission für die Intellektuellenfrage, die ein schwieriges Problem für das lateinische Amerika ist, wie auch in der Kommission zur nationalen und Kolonialfrage konkrete Vorschläge zu machen haben. Gegenwärtig möchte ich bloß flüchtig darauf hinweisen, daß die Tätigkeit der amerikanischen Partei wie auch die Tätigkeit der Parteien Lateinamerikas in dieser Frage im vergangenen Jahre ernste Mängel aufwies. Zweitens ist zu erwähnen, daß auch die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale, namentlich infolge des Fehlens einer spanischen Presse, im Laufe des vergangenen Jahres mangelhaft war. Drittens muß festgestellt werden, daß die wachsende Bedeutung der Vereinigten Staaten in der Weltwirtschaft und die wachsende Bedeutung Lateinamerikas in der amerikanischen Wirtschaft wie auch die zunehmende Bedeutung der Protest- und Widerstandsbewegung in Lateinamerika gegen den amerikanischen Imperialismus es notwendig machen, daß die Internationale, die amerikanische Partei wie auch die schwächeren Parteien Lateinamerikas der Aufgabe, einen sich auf den ganzen amerikanischen Kontinent er-

streckenden Widerstand gegen den amerikanischen Imperialismus zu organisieren, eine größere Beachtung widmen, und ich versichere euch, daß das europäische Proletariat, wenn es diesem Betätigungsfeld einige Beachtung widmet, finden wird, daß es ein Tätigkeitsfeld ist, das große Möglichkeiten und wertvolle Bundesgenossen bietet.

BORDIGA: Genossen! Vor allem bitte ich um Entschuldigung, denn ich bin erst heute morgen eingetroffen und beteilige mich an dieser so wichtigen Aussprache unter etwas besonderen Verhältnissen. Ich werde versuchen, mich sehr kurz zu fassen.

Vor allem einige Worte über den Charakter des Berichtes des Genossen Sinowjew und über den Punkt der Tagesordnung, der hier zur Erörterung steht. Wir diskutieren über einen Bericht, über die Tätigkeit und Taktik der Exekutive der KI in der Periode zwischen dem 4. und 5. Weltkongreß. Offenbar handelt es sich bei der Diskussion nicht um die allgemeine Frage der Taktik der KI. Ich finde aber, daß auf diesem Kongreß eine allgemeine Aussprache über die Taktik notwendig gewesen wäre, und ich weise diesbezüglich hin auf die Behandlung, die diese Frage auf dem vorigen Weltkongreß erfahren hat.

Es ist richtig, daß der 3. Kongreß die taktische Frage ausgiebig diskutiert und die Thesen, die wir alle kennen, angenommen hat. In diesen Thesen wird aber nicht, sei es auch nur formell, von den Fragen, die seither die interessantesten geworden sind, z. B. Einheitsfront und Arbeiterregierung, gesprochen. Wir hatten nach dem 3. Kongreß Tagungen der Erweiterten Exekutive, die sich mit der taktischen Frage beschäftigten. Die Tagungen der Erweiterten Exekutive sind aber keine Weltkongresse. Der 4. Kongreß mußte aber die Arbeit dieser Tagungen der Erweiterten Exekutive gewissermaßen ratifizieren und in den Thesen die taktischen Direktiven der Internationale kodifizieren.

Die taktische Frage war auf der Tagesordnung. Sie wurde parallel mit dem Bericht über die Tätigkeit der Exekutive in einem Bericht des Genossen Sinowjew behandelt. Es wurde sogar dem Kongreß ein Thesenentwurf zur taktischen Frage unterbreitet, den der Genosse Sinowjew selbst ausgearbeitet hatte. Und es ist richtig, daß dieser Thesenentwurf am Ende des Kongresses angenommen worden ist. Die Kommission aber, die sich mit diesem Problem zu beschäftigen hatte, und die, wenn ich mich recht erinnere, aus dem Präsidium und einigen Mitgliedern der wichtigsten Delegationen bestand, konnte diesen Punkt nicht entsprechend bearbeiten. Sie trat erst in den letzten Tagen zusammen, und erst in diesen letzten Minuten konnte ich einen Thesenentwurf unterbreiten, der dem des Genossen Sinowjew zuwiderlief und von dem der Kongreß nicht einmal Kenntnis nehmen konnte.

Wir befanden uns, wie gesagt, in den letzten Minuten des Kongresses, und ich konnte nicht weiterdrängen. Man nahm einen Thesenentwurf zur taktischen Frage an, es gab aber keine wirkliche Aussprache über die taktische Frage wie auf dem 3. Kongreß.

Jetzt wäre nun eine solche Aussprache notwendig. Wir sehen aber eine Aussprache ganz anderer Art, weil eine Aussprache über die taktische Linie der Internationale im allgemeinen etwas ganz anderes ist, als wenn lediglich über die Taktik diskutiert wird, die die Internationale in der Periode zwischen dem letzten Kongreß und dem gegenwärtigen angewendet hat, und aus dieser Schlußfolgerungen von augenblicklichem, vorübergehendem Werte gezogen werden, ohne zu allgemeinen Schlüssen

in bezug auf Fragen, die in der Internationale noch nicht geregelt sind, zu gelangen. (Losowski: Die beiden Fragen werden zusammen diskutiert!) Natürlich, wir haben aber keinen klaren und bestimmten taktischen Thesenentwurf vor uns. Wir haben vor uns die taktischen Thesen des 4. Kongresses, die abgeändert werden müssen, weil jedermann damit einverstanden ist, daß dies geschehen muß; selbst der Genosse Sinowjew hat dies zugegeben. Wir sehen aber keine Diskussion, die in richtigem Verhältnis zu dieser Aufgabe stünde. Ich möchte noch eine weitere Bemerkung machen über diese Debatte und über alle Debatten dieser Art, die hier stattfinden und den wichtigsten Teil des Weltkongresses bilden. Es wäre notwendig, daß wir die Tätigkeit und die Taktik der gesamten Internationale, den Bericht ihres höchsten Organs, der Exekutive, über ihre Tätigkeit zwischen den beiden Kongressen, besprechen. Es wäre notwendig, die Tätigkeit, das Werk des leitenden Organs der Internationale einer sehr aufmerksamen Prüfung zu unterziehen. In Wirklichkeit sehen wir aber, daß nicht über die Exekutive zu Gericht gesessen wird, sondern daß stets die Exekutive hier über jede Partei, über jede Sektion zu Gericht sitzt. (Beifall und Lachen.)

Und die Redner, die auf dem Internationalen Kongreß sich im Namen einer Sektion der KI an dieser internationalen Aussprache beteiligen, kümmern sich fast stets bloß um die Angelegenheiten ihrer Partei und antworten lediglich darauf, was der Genosse Sinowjew in bezug auf die Angelegenheiten der betreffenden Partei sagt. Die Redner bleiben stets in den durch ihre nationalen Angelegenheiten gezogenen Schranken. Wir sehen aber keine Aussprachen und Resolutionen wahrhaft internationaler Natur, in welchen die Massen der Mitglieder der KI im Wege der Delegierten zu dem Werk, der Tätigkeit des leitenden Organs in der Periode, die geprüft werden soll, Stellung nehmen würde.

Nach diesen Vorbehalten möchte ich nun einige Worte über die wichtigsten Fragen, von denen Genosse Sinowjew hier sprach und die den Gegenstand der Diskussion bildeten, sagen. Genosse Sinowjew gab uns eine Skizze der Weltlage, mit der man im allgemeinen voll einverstanden ist. Er sagte uns: Wir haben auf dem 4. Kongreß die Möglichkeit einer Ära pazifistischer Illusionen vorhergesehen, und gegenwärtig sehen wir, daß in sehr wichtigen Ländern sich linksbürgerliche Regierungen, in manchen Ländern sogar unter Beteiligung der Sozialdemokraten, gebildet haben. Wir befinden uns daher in einer Periode, in der die Bourgeoisie eine völlig liberale, demokratische Politik treibt; man ist daher in einem gewissen Sinne gezwungen, diese Politik jener reaktionären und faschistischen Politik der Bourgeoisie gegenüberzustellen, die vor zwei Jahren auf der Tagesordnung zu sein schien, und die die Grundlage bildete für jene Schilderung der Lage, die wir auf dem 3. Kongreß formulierten, als wir die große Offensive des Kapitals feststellten.

Nun gebe ich zu, daß die augenblickliche Orientierung in der Richtung einer linksbürgerlichen Politik zu liegen scheint, ich finde aber nicht, und ich glaube, daß der Genosse Sinowjew mit mir hierin einverstanden ist, daß dies ein Ende oder eine Verlangsamung der kapitalistischen Offensive bedeuten würde. Wir glauben, daß die Offensive des Kapitals sich sehr verschiedener Mittel bedienen kann. Es gibt einen Rechtsweg; dies ist die offene Reaktion, der Belagerungszustand, der Terror gegen die proletarische Bewegung. Es gibt Linksmethoden; diese

sind die demokratische Lüge, die Illusion der Zusammenarbeit der Klassen. Diese beiden Methoden zielen aber auf den gleichen Zweck ab, und man muß nicht notwendigerweise annehmen, daß es scharf voneinander getrennte historische Perioden geben muß, in welchen die gesamte Weltbourgeoisie oder ein Teil der Weltbourgeoisie sich der Rechtswaffen oder der Linkswaffen bedient. Der Referent selbst sieht voraus, daß diese pazifistische Ära in einer ziemlich nahen Zukunft einer neuen Ära der faschistischen Reaktion den Platz abtreten kann. Meines Dafürhaltens gehen wir einer Synthese der beiden Perioden entgegen. Die Erwägungen bezüglich der Krise des Kapitalismus, die uns auf den vorhergehenden Kongressen zu der Feststellung veranlaßten, daß die Bourgeoisie, um ihre Macht zu behalten, gezwungen sei, eine scharfe Offensive gegen die Arbeiterklasse einzuleiten, behalten voll ihre Gültigkeit. Die Offensive der Bourgeoisie dauert an, und wo sie den Charakter des Faschismus angenommen hat (ich glaube, wir werden Gelegenheit haben, über den Faschismus bei andern Punkten der Tagesordnung zu sprechen), unterscheidet sie sich nicht sehr von der Diagnose des Genossen Sinowjew betreffend die sozialdemokratische Politik, die die Politik einer dritten bürgerlichen Partei, eine Politik der Mobilisierung einer Arbeiteraristokratie und gewisser bäuerlicher und kleinbürgerlicher Schichten im Interesse der Bourgeoisie geworden ist. Im Grunde ist auch der Faschismus nichts anderes. Der Faschismus ist nicht mehr die einfache traditionelle Reaktion des Belagerungszustandes, des Terrors, er ist eine weit modernere, schlauere, erfahrenere Bewegung, die gerade darauf abzielt, einen Halt in gewissen Schichten der Masse zu finden. Es ist schwer für ihn, die Masse der Industriearbeiter zu erfassen. Es gelingt ihm aber in der ersten Periode seiner Tätigkeit, in andern Schichten durch Ausschlachtung der kleinbürgerlichen Ideologie eine Mobilisierung, ähnlich der sozialdemokratischen Mobilisierung, die im Interesse der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Verhältnisse stattfindet, herbeizuführen. Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß die beiden Methoden der bürgerlichen Offensive eine Synthese bilden werden, und daß die Sozialdemokraten und Faschisten zusammen eine scharfe Offensive gegen die revolutionäre Bewegung unternehmen und in Gemeinschaft als Gegner auftreten werden, gegen den der Weltkommunismus zu kämpfen haben wird.

Welche Schlußfolgerungen sind daraus zu ziehen? Wir stimmen alle darin überein, daß in einer Periode der demokratischen und liberalen Politik der Bourgeoisie für unsere Parteien die Gefahr gewisser pazifistischer und zu Zusammenarbeit neigender Illusionen besteht. Diese Gefahr tritt aber auch bei der faschistischen Reaktion zutage, weil da verlangt wird, daß aus der Offensive nicht die völlig marxistischen Schlußfolgerungen gezogen werden sollen, die Lenin auf dem 3. Kongreß zog, sondern weit banalere und einfachere, und zwar in der folgenden Weise: Die Bourgeoisie leitet durch die faschistische Bewegung eine Offensive gegen uns ein. Es ist der Augenblick gekommen, wo wir diese Anstrengungen mit einer Koalition der bürgerlichen Kräfte mit gewissen halbbürgerlichen Kräften, mit einer Koalition der nichtfaschistischen Parteien, mit einer Koalition der Kommunistischen Partei mit den sozialistischen und vielleicht auch mit gewissen kleinbürgerlichen oder bäuerlichen Parteien beantworten müssen. Natürlich ist dies eine falsche Antwort; der 3. Kongreß verlangte nicht, daß die Weltoffensive des Kapitalismus mit diesem banalen, der II. Internationale

eigenen Mittel, einem Block der revolutionären Partei mit sogenannten proletarischen Parteien, die in Wirklichkeit den linken Flügel der Bourgeoisie darstellen, beantwortet werden soll. Es handelt sich um etwas ganz anderes. Es handelt sich darum, daß wir den Problemen der unmittelbaren Lebensverhältnisse des Proletariats, den Problemen, die durch die kapitalistische Offensive aufgerollt werden, eine entsprechende marxistische Beachtung widmen. Es handelt sich um die Feststellung, daß die Aufgabe der Kommunistischen Partei — hierin sind wir alle völlig einverstanden — nicht bloß darin besteht, für unser Maximalprogramm, für unsere marxistische Ideologie Propaganda zu machen, sondern auch darin, alle Episoden des Arbeiterlebens zu untersuchen, sie mit Aufmerksamkeit zu verfolgen, uns an allen durch die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse hervorgerufenen Kämpfen zu beteiligen, diesen Kampf als das Gebiet zu betrachten, auf dem die Kommunistische Partei dem Proletariat das Kämpfen beibringt und es einer revolutionären Entwicklung des Kampfes entgegenführt.

Um dies zu tun, haben wir die Pflicht und die Möglichkeit, uns selbst an die Arbeiter zu wenden, die unsere politische Ideologie noch nicht begriffen haben, die noch nicht in unserer Partei kämpfen, sondern andern Parteien Gefolgschaft leisten. Wir können zur Bildung einer Einheitsfront der Arbeiterklasse auffordern, wir können eine einheitliche Aktion der Arbeiterklasse anstreben. Das bedeutet aber keine banale Koalition mit den sozialdemokratischen Parteien, die wir als Verräter behandelt haben und die wir nach wie vor als die Schuldigen an der Lage, in der sich das Proletariat befindet, bezeichnen. Das sind zwei ganz verschiedene Sachen. In dem ersteren Sinne haben wir stets erklärt, daß wir die Einheitsfronttaktik annehmen, und in diesem Sinne waren wir bestrebt, sie bei uns in Anwendung zu bringen. Es wurde hier diesbezüglich eine Formel unterbreitet; sie ist ziemlich annehmbar; eine Formel besteht — es ist dies sozusagen ein Übereinkommen — aus sehr wenigen Worten, und daher fast stets annehmbar, vorausgesetzt, daß man einander klar versteht und daß genau festgesetzt wird, was unter der Formel zu verstehen ist.

Die hier unterbreitete Formel lautet: Einheitsfront von unten und nicht von oben; es ist dies eine ziemlich gute Formel. Sie bedeutet die Einheitsfront der Schaffenden, der gesamten Arbeiterklasse, nicht die Koalition des Generalstabes der Kommunistischen Partei mit den Generalstäben anderer, sogenannter Arbeiterparteien. Denn wenn wir unsere gesamte revolutionäre, politische Vorbereitungsarbeit im Proletariat nicht in Frage stellen wollen, dürfen wir nicht die Annahme zulassen, daß es außer der Kommunistischen Partei noch eine andere Arbeiterpartei gibt, daß die sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien Teile der Arbeiterklasse sind, die sich aus Zufallsgründen getrennt haben, aber zusammen marschieren und kämpfen können.

Wir müssen im Gegenteil sagen, daß eine Unterscheidung unserer Partei von den opportunistischen Parteien eine Notwendigkeit des revolutionären Kampfes ist, daß wir aber trotzdem nicht darauf verzichten, zwischen Arbeitern, die schon Kommunisten sind, und Arbeitern, die sich in den sozialdemokratischen und opportunistischen und vielleicht sogar in bürgerlichen Parteien befinden, eine gemeinsame Aktion auf der Grundlage von Teilforderungen ins Auge zu fassen. Nun sehen wir aber hier eine durch den Genossen Sinowjew gegebene Formel, die nicht völlig die Einheitsfront von oben ausschließt. Wir sehen die Er-

klärung der Genossin Fischer, die sagt: Diese Formel ist zu klären, trotzdem können wir aber in gewissen Fällen einer Einheitsfronttaktik zustimmen, die uns zu Beziehungen mit den Führern, mit den Generalstäben anderer Parteien führt.

In welchem Sinne können wir dieser Auffassung zustimmen? Meines Dafürhaltens ist der Standpunkt, den wir gegenüber diesem taktischen Problem einzunehmen haben, der folgende: Die Grundlage der Einheitsfront darf nie die eines Blocks der politischen Parteien sein. Sie kann in andern Organisationen der Arbeiterklasse, ganz gleichgültig welchen, gefunden werden, aber in Organisationen, die, ihrer Verfassung nach, für eine kommunistische Führung erobert werden können, Organisationen, die revolutionär werden können. Wenn wir die Einheitsfront auf dem Gebiete der Gewerkschaften, der Betriebsräte und jeder andern Arbeiterorganisation, selbst wenn sie unter der Führung opportunistischer Führer stehen, vorschlagen, eine Einheitsfront, die für uns vielleicht die Notwendigkeit ergeben wird, mit den Führern persönlich zu verhandeln — das erschreckt uns nicht —, wenn wir dies tun, so fordern wir Organe zum Kampfe auf, die revolutionäre Organe werden können, und es, soll das Proletariat siegen, auch werden müssen. Wenn wir aber eine politische nichtkommunistische Partei zur Aktion auffordern, so wenden wir uns an ein Organ, das nicht imstande ist, für die Weltrevolution zu kämpfen, das nicht fähig ist, die Interessen der Arbeiterklasse zu fördern, und wir stellen durch unsere Haltung diesen Parteien ein Zeugnis revolutionärer Aktionsfähigkeit aus, das unsere gesamte grundsätzliche Arbeit, unsere gesamte auf die politische Vorbereitung der Arbeiterklasse abzielende Tätigkeit über den Haufen wirft. (Lebhafter Beifall.) Man sagt uns jetzt sogar: Gewiß, bei der Auslegung der Einheitsfronttaktik wurden opportunistische Fehler gemacht, sie wurde zu sehr im Sinne einer Koalition mit der linken Sozialdemokratie ausgelegt. Wir lehnen nun diese Auslegung ab und nehmen sogar an unserm Standpunkt in dieser Frage Abänderungen vor. Diese Taktik, die die Taktik einer Periode war, in der eine pessimistische Stimmung herrschte — es schien, daß die Linie der Revolution sich im Abstieg befand —, entspricht nunmehr nicht der gegenwärtigen Lage, die reich an revolutionären Möglichkeiten ist, wie das Genosse Sinowjew sehr gut dargelegt hat. Gegenwärtig wären wir viel mehr für eine Taktik, die die politische Selbständigkeit der Kommunistischen Partei klar zum Ausdruck bringen soll, bleiben aber bei der Meinung, daß wir uns an die breitesten Massen der Arbeiterklasse wenden müssen, um das Ziel zu erreichen, über das wir alle einig sind, und das in der allgemeinen Einheit der Arbeiterklasse und selbst der Bauernklasse unter Führung der Kommunistischen Partei besteht. Diese Auffassung ist aber meines Dafürhaltens nicht zufriedenstellend, denn sie bleibt an die gegenwärtige Konjunktur geknüpft.

Heute ist die Lage der Weltrevolution derart, daß sie uns von dieser Taktik der Koalition mit den Sozialdemokraten abrät. Wir haben aber keinerlei Gewähr dafür, daß man morgen nicht wieder damit anfängt. Unsere Auffassung unterscheidet sich von der des Genossen Sinowjew darin, daß wir der Ansicht sind, daß diese Taktik von Bündnissen mit opportunistischen Parteien nie eine nützliche Taktik für die kommunistische Revolution sein wird, weder wenn die revolutionäre Lage günstig ist und wo es klar ist, daß die Kommunistische Partei

eine selbständige Rolle spielen kann, noch wenn die revolutionäre Lage eine ungünstige ist und der Moment der Endaktion weit entfernt zu sein scheint.

Aus diesem Grunde bin ich der Ansicht, daß diese Frage nur in dem Text von Leitsätzen über die Taktik der Internationale und nicht in einer einfachen Resolution zum Bericht der Exekutive, der sich bloß auf die verflossenen letzten zwei Jahre erstreckt, entsprechend erledigt werden kann.

Diese beiden Wege sind ganz verschieden. Die eine Lösung bietet eine ganz andere Gewähr für die Zukunft als die andere.

Man sagt uns z. B., daß die Thesen des 4. Kongresses gewisse Fehler enthalten, die richtiggestellt werden sollen. Wir nehmen diese Richtigstellung zweifellos mit Freude (Heiterkeit) zur Kenntnis, wir behaupten aber, daß die opportunistischen Fehler nicht bloß Fehler in der praktischen Anwendung waren, sondern Fehler in der Leitung der Internationale und des Kongresses, und daß — es muß ja gesagt werden — diese Fehler damals als die Verkörperung einer wahren kommunistischen Taktik betrachtet wurden.

Als z. B. der Genosse Graziadei, dem man soeben wegen seines Buches über die Theorie des Mehrwerts den Garaus gemacht hat (Heiterkeit), auf dem 4. Kongreß unmittelbar nach meiner Rede über denselben Punkt der Tagesordnung, mit dem wir uns jetzt beschäftigen, sprach, erklärte er, die linke Fraktion der italienischen Partei sei gegen die Fusion, weil sie gegen die Einheitsfront sei. Die Fusion, meinte er, sei ein Beispiel der Einheitsfront. Heute sind alle darüber einig, daß die organisatorische Unabhängigkeit der Kommunistischen Partei eine unumgängliche Voraussetzung der Einheitsfront ist, zu jener Zeit war das aber die offizielle Auffassung. Jetzt hat selbst Genosse Rienzi von unserer Minderheit diese Auffassung des Genossen Graziadei sehr richtig kritisiert. Damals aber rief man die Orthodoxie gegen meine ketzerischen Behauptungen zu Hilfe. Das war der Grundton des ganzen Kongresses. Ich führe bloß dieses Beispiel an, könnte aber alle Reden des Genossen Sinowjew, seine Antwort usw. nennen.

Es ist offenbar, daß es sich nicht um diesen besonderen Punkt handelt. Es ist aber Tatsache, daß die Einheitsfront uns durch die Internationale und durch die internationalen Kongresse in der Form eines Blocks mit Arbeiterparteien, eines Blocks der Kommunistischen Partei mit andern, sogenannten Arbeiterparteien dargestellt worden ist.

Die Verantwortung für diese falsche Auslegung der Einheitsfronttaktik fällt daher auf die gesamte Internationale, die Mehrheit der internationalen Kongresse und die Leitung der Internationale. In Deutschland ist das gleiche geschehen. Die Tatsachen zeigen, daß während einer gewissen Periode vor der gewaltigen Enttäuschung, die wir erlebten, in Deutschland unter Zustimmung der Internationale eine Koalitionspolitik betrieben wurde, und man gab sich der Illusion hin, daß linke Sozialdemokraten in eine revolutionäre Aktion zusammen mit der Kommunistischen Partei gezogen werden können. Die gleichen Illusionen zeigten sich auch in andern Ländern.

Wenn wir nun diese Erfahrungen mit Nutzen liquidieren wollen, so müssen wir klar sagen, daß diese Illusionen nicht die persönlichen Illusionen dieses oder jenes Genossen von der Zentrale der KPD waren, sondern die Illusionen der großen Mehrheit der Internationale und selbst der Leitung der Kommunistischen Internationale. Und nunmehr

da die Lage sich ändert, kommen wir zu der Auffassung zurück, daß die Einheitsfront eine Taktik ist, der wir uns bedienen müssen, weil die Teilforderungen das grundlegende Gebiet in unserer Agitationstätigkeit sind, daß aber die politische Selbständigkeit der Kommunistischen Partei als Organ der Revolution nie aufgegeben werden darf. Das muß lauter verkündet werden als bloß im Zusammenhang mit einem administrativen oder bureaukratischen Bericht. Die Liquidierung muß in einer Weise erfolgen, die für die Zukunft und für die internationale kommunistische Aktion eine völlige Gewähr bieten soll.

Ich gehe nun zur Arbeiterregierung über. Hier liegen die Dinge ganz ähnlich. Ich brauche nicht die Thesen des 4. Kongresses anzuführen, weil der Genosse Sinowjew selbst an sie erinnert hat. Nun, wir stehen noch immer auf dem gleichen Fleck. So ist z. B. in der Rede des Genossen Graziadei, die ich erwähnt habe, die Arbeiterregierung so dargestellt, wie sie Genosse Radek darstellt, als ein strategisches Manöver, das auch auf parlamentarischem Gebiete stattfindet (weil niemand sagt, daß es eine rein parlamentarische Aktion ist, weder Genosse Graziadei noch Genosse Radek), als ein Manöver, das während der Aktion der Massen, aber unter gleichzeitiger Ausnützung der bürgerlichen Demokratie ausgeführt werden soll. Wir haben in den Thesen, die wir dem 4. Kongreß unterbreiteten, diese Auslegung abgelehnt und erklärt, daß sie grundlegende prinzipielle Fragen in bezug auf das Staatsproblem und die Eroberung der Macht, was das Beste in unserm Programm ist und unsere Organisation in ihrer historischen Rolle kennzeichnet, gefährde. Man wollte das aber nicht zugeben. Man nahm diese Auslegung an, und heute, wenn ich mich daran erinnere, daß bei der Diskussion über diese Frage die Genossen Sinowjew und Radek mir übereinstimmend erklärten, daß sie sich schließlich über eine Formel in bezug auf die Frage der Arbeiterregierung geeinigt haben, muß ich es als eine richtige Einschätzung anerkennen, wenn uns gesagt wird, daß diese Phrase irrtümlich im Text unterlaufen sei. Es handelt sich nicht um den Genossen Graziadei, den Genossen Radek und den Genossen Sinowjew, oder um diesen oder jenen in der KI mehr oder minder tonangebenden Genossen, es handelt sich um die Frage, in welcher Weise die Internationale das Problem der Einheitsfronttaktik eingeschätzt hat, wie auch darum, daß die Tatsache, daß die Internationale ihre Einschätzung jetzt selbst ändern will, nach Gebühr gewürdigt werden soll.

Das, was diesbezüglich vorgeht, ist eine wirkliche Revision. Es ist keine Liquidierung der Einheitsfronttaktik, weil die Einheitsfronttaktik im revolutionären Sinne bleiben muß, und wir auf sie nicht verzichten können. In bezug auf die Taktik der Arbeiterregierung behaupte ich aber, daß es sich um eine wirkliche Liquidierung handelt. Es genügt nicht zu sagen: Wir behalten die Formel der Arbeiterregierung als eine Agitationsformel, als eine Parole, die in die Arbeitermasse geschleudert werden soll, im klaren Bewußtsein, daß es sich um ein Pseudonym oder Synonym der Diktatur des Proletariats handelt, und daß wir an den grundlegenden Momenten unserer Prinzipien in der Frage der revolutionären Eroberung der Staatsmacht nichts geändert haben.

Genossen! Im Juli 1922 haben wir eine ganz analoge Formel angenommen, und Genosse Rossi hat soeben richtig erklärt, daß dieser Ausdruck auch jetzt angenommen werden könnte. Wir stehen noch

immer auf dem gleichen Fleck. Es ist dies ein bedingter Ausdruck. Warum sollte nun dieser bedingte Ausdruck abgelehnt werden, wenn ihr uns erklärt, daß die Arbeiterregierung die Diktatur des Proletariats, die Eroberung der Macht durch die revolutionäre Aktion bedeutet? Ich will aber ein wenig mehr ultralinks sein als mein Freund Rossi. Im Grunde sind wir einig. Wir verlangen Texte und Resolutionen, die die Taktik der Arbeiterregierung in der rechten Auslegung, die hier Genosse Radek gab, und die in jener Periode, in der die ganze Internationale gegen die Handlungen Radeks in der deutschen Rechten nichts zu sagen fand, von der deutschen Rechten befolgt wurde, entschieden liquidieren. Ich glaube aber, Genossen, daß wir sogar verlangen müssen, daß diese Frage endgültig begraben werden soll. Erlaubt mir, ganz offen zu sprechen. Ich betrachte die Taktik als liquidiert. Ich will gegen dieses Phantom, das niemand verteidigt, nicht mehr kämpfen. Ich glaube aber, daß, wenn ich den Text der Rede des Genossen Bucharin aufmerksamer hätte prüfen können, ich wohl gesehen hätte, daß etwas mehr übrig geblieben ist als der einfache Ausdruck, der als das Pseudonym der proletarischen Diktatur gelten soll. Selbst wenn ich das ins Auge fasse, was Genosse Ercoli vom Zentrum unserer Partei in seiner hier gehaltenen Rede und der Genosse Scoccimarro im Laufe unserer Parteidiskussion behauptet hatten, so könnte ich sagen, daß von der Ausnützung der bürgerlichen Demokratie etwas zurückgeblieben ist. Natürlich, es ist kompliziert, mit Massenaktionen verknüpft, stark mit revolutionären Notwendigkeiten gestützt, aber etwas ist geblieben. Ich will mich damit nicht näher beschäftigen, sondern will den Wert des Ausdrucks „Arbeiterregierung" untersuchen. Dieser Ausdruck soll eine einfache Übersetzung der lateinischen Worte „Proletarische Diktatur" ins Russische sein.

Welchen Nutzen haben wir von einer solchen Übersetzung? Der Ausdruck an und für sich entspricht nicht dem Bild, das wir von der Eroberung der Macht geben wollen. Die proletarische Diktatur ist ein so wunderbarer Ausdruck von Marx, daß es bedauerlich ist, daß man ihn auf eine so wenig höfliche Art durch das Fenster eines kommunistischen Kongresses hinausbefördern will. Ich sehe in diesen beiden Worten eine klare Formulierung unserer gesamten politischen und programmatischen Auffassung. Die Worte „Proletarische Diktatur" sagen mir sofort, daß die proletarische Macht ausgeübt werden wird, ohne der Bourgeoisie eine politische Vertretung zuzugestehen; sie sagen mir auch, daß die proletarische Macht lediglich durch die revolutionäre Aktion, durch den bewaffneten Aufstand der Massen erobert werden kann. Wenn ich „Arbeiterregierung" sage, so kann man, wenn man will, das gleiche verstehen. Wenn man aber nicht will, so kann man darunter auch eine andere Regierung verstehen, für die nicht die Tatsache charakteristisch ist, daß sie die Bourgeoisie aus den politischen Vertretungsorganen ausschließt, wie auch nicht die Tatsache, daß die Eroberung der Macht durch revolutionäre Mittel und nicht durch gesetzliche Mittel erfolgt ist. (Zurufe von den französischen Bänken: Sehr richtig!) Der Ausdruck ist nicht richtig gewählt. Er vermittelt uns nicht die entsprechende Idee. Man sagt uns: Wenn wir „Proletarische Diktatur" sagen, so begreifen uns die Massen nicht, sagen wir aber „Arbeiterregierung", so werden uns die Massen begreifen, und wir werden unter jenen Schichten, die wir durch unsere theoretische Propaganda noch nicht erobern konnten, Anhänger gewinnen.

Hierauf beschränkt man die sehr bescheidene Rolle der Formel der Arbeiterregierung. Ich stelle aber auch dieses in Abrede, denn ich sehe nicht die praktische Zweckmäßigkeit dieser Formel. Um die Worte „Proletarische Diktatur" haben sich Ereignisse abgespielt, die die breitesten Massen des Weltproletariats dermaßen interessierten, daß selbst die Arbeiter der Länder außerhalb Sowjetrußlands sehr wohl wissen, was die proletarische Diktatur bedeutet und diese instinktiv verlangen, selbst wenn sie unter dem Einfluß sozialdemokratischer Führer stehen. Was kann aber von der Arbeiterregierung ein einfacher Arbeiter, ein einfacher Bauer verstehen, wenn es uns, den Führern der Arbeiterbewegung, nach drei Jahren noch nicht gelungen ist, den Begriff der Arbeiterregierung zufriedenstellend zu definieren? (Beifall.)

Ich verlange ganz einfach ein Begräbnis dritter Klasse für die Taktik und zugleich für die Worte der Arbeiterregierungsparole. Nun sagt man uns aber: Seid ihr aber schlechte Jungen. Die Internationale geht nach links, ihr seid aber noch immer nicht zufrieden und verlangt mehr. Zugegeben nun, daß die Internationale nach links geht, so möchte ich, wenn es mir erlaubt ist, auf meine Rede auf dem 4. Kongreß Bezug zu nehmen, bemerken, daß das, was wir an der Tätigkeit der politischen Führung der Internationale kritisierten, gerade diese Fähigkeit ist, nach rechts oder nach links zu gehen, wie es durch die Lage geboten scheint, und wie man es in Anbetracht der Entwicklung der Ereignisse für zweckmäßig hält. Solange man das Problem der Elastizität, des Eklektizismus nach dem von mir gebrauchten Ausdruck — der eine sehr scharfe Antwort von seiten des Genossen Bucharin hervorrief (dieses Wort bildet den Kern einer bolschewistischen Kampagne gegen den sozialdemokratischen Opportunismus) —, nicht erörtert haben wird, solange diese Elastizität bleibt und Schwankungen stattfinden können, läßt uns ein starkes Abschwenken nach links ein noch stärkeres Abschwenken nach rechts befürchten.

Wir verlangen in der gegenwärtigen Lage keine linke Abweichung, sondern eine klare und genaue Richtigstellung der Taktik der Internationale. Diese Richtigstellung muß nicht in der Weise geschehen, wie wir es verlangen, sie kann der Auffassung der Mehrheit der Internationale, ihrer Führer, die das größte Recht auf Berücksichtigung ihrer Meinung und Auffassung haben, entsprechen, sie soll aber in einer klaren Weise erfolgen. Wir wollen wissen, wohin wir gehen.

Da wir nunmehr mehrere Erfahrungen haben, da wir festgestellt haben, daß nach der Annahme der Formel der Arbeiterregierung auf dem 4. Kongreß die Arbeiterregierung aus einem Pseudonym der proletarischen Diktatur zu einem Synonym des vulgären Parlamentarismus geworden ist, verlangen wir, um in Zukunft vor solchen Überraschungen sicher zu sein, daß diese Phrase gestrichen werde.

Es ist aber hiermit eine sehr ernste Frage verbunden. Man sagt uns: Was macht ihr aber, Genossen, mit der Disziplin? Was macht ihr aus der Notwendigkeit, eine fest organisierte, zentralisierte Partei zu haben? Ihr brecht diese Disziplin, ihr weigert euch, euch der Auffassung der Internationale unterzuordnen. Ihr habt ständig Meinungsverschiedenheiten mit der Internationale. Ihr müßt begreifen, daß im Organ des Weltproletariats solche Disziplinlosigkeiten unzulässig sind.

Hierauf antworten wir vor allem, daß solche Tatsachen nicht durch unsern Willen hervorgerufen worden, sondern meines Dafürhaltens,

gleich allen disziplinarischen und organisatorischen Rechts- und Linksabweichungen, gerade dadurch entstanden sind, daß die Internationale mit zuviel Elastizität und einer ungenügenden Präzision in den politischen und praktischen Fragen geleitet wird. Bevor ich fortfahre, muß ich in Klammern einen Standpunkt richtigstellen, den der Genosse Sinowjew mir zuschrieb, als er sagte, daß ich in unserer Parteidiskussion behauptet hätte: Entweder wird sich der 5. Kongreß meinen Standpunkt, d. h. den Standpunkt der italienischen Linken, zu eigen machen, oder aber wir werden in der Internationale eine linke Fraktion zur Bekämpfung der Leitung der Internationale organisieren.

Ich habe das nicht gesagt. Zur Beruhigung der Genossen, die einen Konflikt mit der Internationale befürchteten, sagte ich: In dem einzigen Fall, daß eine weitere Abweichung in der Richtung eines Rechtsrevisionismus der Internationale zutage treten sollte, müßte mit der Bildung einer Linksfraktion geantwortet werden.

Ich habe aber nicht gesagt, daß in der Internationale, so wie sie ist, oder in der, wenn man so will, nach dem 5. Kongreß nach links gegangenen Internationale die Bildung einer Fraktion notwendig oder auch nur zulässig sei. Dies ist etwas ganz anderes, und ich bitte den Genossen Sinowjew, dies zur Kenntnis zu nehmen. (Sinowjew: Sehr gerne!) (Lachen, Beifall.)

Das berühmte Dilemma: Bordiga oder die Internationale, muß somit wegfallen. Es wäre sogar lächerlich, es aufzustellen. Denn es müßte gegen meine Wenigkeit unverzüglich zugunsten der Internationale gelöst werden.

Wir wollen eine wahre Zentralisation, eine wahre Disziplin schaffen. Wir sind alle für Zentralisation und Disziplin. Wir wollen aber die richtigen Voraussetzungen schaffen, um wirklich eine Gewähr für dieses Ergebnis bieten zu können, das nicht von dem guten Willen eines Genossen X oder Y abhängig gemacht werden kann, der nach 20 Sitzungen ein Übereinkommen unterzeichnet, in dem die Rechte und Linke sich schließlich geeinigt haben usw. usw. Mit einem solchen System wird man nie eine vollständige Disziplin garantieren können, die in die Wirklichkeit, in die Aktion, in die Leitung der revolutionären Bewegung des Proletariats hineingetragen werden und die Welteinheit herstellen muß, die aber in ihrem Ursprung etwas Spontanes, eine unmittelbare Folge des Klassenkampfes ist. Um diese vollständige, disziplinierte Zentralisation erreichen zu können, ist eine Klarheit der taktischen Führung und eine Kontinuität in der Bildung unserer Organisationen in den Grenzen, die uns von andern Parteien trennen, notwendig.

Aus diesem Grunde bringe ich noch einmal unsere alte Auffassung vor: Gegen die organisatorische Fusion mit andern Parteien; gegen die politische Zellenbildung in andern Parteien; und auch gegen die Institution von sympathisierenden Parteien — ein Problem, das bei der Aussprache über den neuen Statutenentwurf behandelt werden kann.

Wir sind dagegen, daß es neben kommunistischen Parteien, die ernstlich einer sehr strengen disziplinarischen Bestimmung untergeordnet sind, Parteien geben soll, die sich in der äußerst bequemen Lage befinden würden, im Schatten der Fahne der Internationale zu leben, ohne zu etwas verpflichtet zu sein, und sogar mit der Möglichkeit, frei von unserer Kontrolle, den Verrat am Proletariat vorzubereiten.

Man sagt uns: Ihr habt kein Vertrauen zur Internationale. Die Sprache, die ihr führt, zeugt davon, daß ihr nicht sicher seid, daß die

Internationale stets revolutionär bleiben wird. Ihr mißtraut ihr. Die Internationale kann aber nicht dulden, daß in ihren Reihen ein Mißtrauen ihr gegenüber herrsche, daß man kein Zutrauen zur sicheren revolutionären Entwicklung ihrer Aktion habe. Man sagt uns: Die Gewähr ist vorhanden; diese Gewähr ist gegeben dadurch, daß an der Spitze der Internationale die russische bolschewistische Partei steht, diese Partei, die eine so gewaltige revolutionäre Tradition hat, und die die Staatsmacht im ersten proletarischen Staat in den Händen hat. Das muß euch eine genügende Gewähr dafür bieten, daß die Internationale nicht zu weit nach rechts geht, daß sie stets auf der revolutionären Linie bleiben wird. Das war es, was unsere Genossen vom Zentrum uns bei unserer Parteidiskussion gesagt haben.

Sinowjew sagt, daß ich mich über diese Frage mit viel Mut geäußert habe. Ich nehme dieses Kompliment mit Freuden zur Kenntnis, und ich werde fortfahren, mich mit dem gleichen Mut zu äußern.

Ich glaube, daß die gewaltige Bedeutung des Beitrages des Bolschewismus zur revolutionären Befreiungsbewegung des Weltproletariats gerade in der ganz besonderen Lage begründet ist, in der die russische Partei sich befand. Sie hatte es nicht mit einem in höchstem Grade entwickelten Kapitalismus, einem zahlenmäßig in höchstem Grade starken und fortgeschrittenen Proletariat zu tun. Sie stand nicht einer schon vollzogenen bürgerlichen Revolution und einem schon durchlebten demokratischen Stadium gegenüber. Trotzdem hat aber diese Partei von dort schöpfen können, wo es einen hochentwickelten Kapitalismus, ein entwickeltes Proletariat und die wahre revolutionäre Theorie gab. Diese Theorie wurde in großartiger Weise dort angewendet, wo die größte Wahrscheinlichkeit für einen Mißerfolg bestand, und sie gab einen schlagenden Beweis ihrer Richtigkeit. Dies war eine grandiose Probe und der wahrhaft gewaltige Beitrag des Bolschewismus zur Sache des Weltproletariats zuerst in der Epoche der russischen Revolution und dann in den ersten Jahren des goldenen Zeitalters der Internationale.

Dürfen wir aber dies nicht vergessen (ohne in die Übertreibungen der Sozialdemokraten zu verfallen, die einen sehr banalen und unmittelbaren Parallelismus zwischen der kapitalistischen Entwicklung und den revolutionären Kräften feststellen wollen), so dürfen wir auch nicht vergessen, daß, wenn es der bolschewistischen Partei gelungen ist, diese Synthese der besonderen Entwicklung Rußlands mit den revolutionären Erfahrungen der ganzen Welt zustande zu bringen, dies auch deshalb geschah, weil ihre Führer gezwungen waren, zu emigrieren und im Milieu des westlichen Kapitalismus zu leben, wo es ein Proletariat gab, das seine Theorie und seine Politik zu schmieden verstanden hatte. Die historische Entwicklung des Weltkapitalismus, der imperialistische Krieg 1914 ermöglichte ihnen die großartige und siegreiche Anwendung dieser Weltdoktrin, wie es der revolutionäre Marxismus, der Leninismus ist, weil Lenin nicht bloß Rußland, sondern der ganzen Welt, uns allen gehört. (Beifall.)

Ich will aufrichtig erklären, daß in der gegenwärtigen Lage die Internationale des revolutionären Weltproletariats der Kommunistischen Partei Rußlands einen Teil der zahlreichen Dienste, die sie von ihr empfangen hat, vergelten muß.

Die vom Standpunkte einer revisionistischen Rechtsgefahr gefährlichste Lage ist die Lage der russischen Partei, und die übrigen

Parteien müssen sie daher unterstützen. In der Internationale muß die russische Partei den Kräftezuschuß finden, den sie benötigt, um standzuhalten gegenüber dieser wahrhaft schwierigen Lage, in der die Anstrengungen unserer Genossen, die die russische Partei leiten, wahrhaft bewunderungswürdig sind. Der gewaltige Beitrag der russischen Partei zum Werk der Internationale ist für uns zweifellos eine Gewähr. Wir wollen aber, daß die wahre Gewähr in der gesamten Masse des revolutionären Proletariats der ganzen Welt liege. Man beschuldigt uns eines Pessimismus gegenüber der Internationale. Sind wir nun tatsächlich pessimistisch in bezug auf die Internationale, oder haben wir es nicht vielmehr mit einer Art Pessimismus der Leitung der Internationale in bezug auf die revolutionäre Fähigkeit des Proletariats anderer Länder zu tun? Es scheint, daß manche Genossen sich fragen, ob wir nicht einer Stagnationsperiode der Weltrevolution gegenüberstehen, einer Isolierung der kommunistischen Parteien, die um die KPR entstanden sind, und die bloß Gruppen, politische Schulen sind, ohne die Kraft, das zu verwirklichen, was die russische Partei verwirklicht hat.

Ich glaube, daß diese Einschätzung der Massen des Westens in sehr übertriebener Weise pessimistisch ist.

Wir beschäftigen uns stets mit dem Problem der Eroberung der Massen. Dies ist ein Grundproblem. Wir können es uns aber auch in einer gekünstelten Weise vorstellen. Die Massen des Westens sind revolutionärer, als man es glaubt. Natürlich müssen, damit die Bedingungen für eine siegreiche Entwicklung der Revolution in andern Ländern geschaffen werden, gewisse Verhältnisse eintreten, und es ist, was uns betrifft, notwendig, daß wir der Lage stets gewachsen sind. Aber schon jetzt kann eine günstige psychologische und politische Bedingung bei dem Proletariat des Westens festgestellt werden. Ich werde ein sehr banales Beispiel anführen, berufe mich aber auf die Erfahrung der Genossen, die in den einzelnen Ländern der Welt arbeiten. Wir haben die Parlamentswahlen in drei großen europäischen Ländern gesehen. Wir hatten hier eine gute Gelegenheit: Trotzdem wir aber überall versucht haben, bei den Wahlen eine Koalition mit andern Parteien zu bilden, mußten wir in allen diesen Ländern selbständig, vor dem Proletariat die kommunistische Fahne hochhaltend, auftreten. Gegenüber den rechten und linken Gruppen der Bourgeoisie traten wir für das kommunistische Programm in seiner Gesamtheit ein und forderten das Proletariat auf, für dieses Programm Stellung zu nehmen. Es hat sich gezeigt, daß fast zur gleichen Zeit in diesen drei großen Ländern eine bedeutende Anzahl von Arbeitern sich bereit zeigte, der Kommunistischen Partei Gefolgschaft zu leisten. Dies ist von gewaltiger Bedeutung, von einer zehnmal größeren, als wenn wir in einem Lande die Taktik der Zusammenarbeit, in einem andern die Form der Koalition und wieder in einem andern z. B. die autonome Taktik befolgt hätten. Die Massen des Westens konnten feststellen, daß es in allen Ländern eine Gruppe mit dem gleichen politischen Programm gibt, daß diese Gruppen eine wahre Internationale bilden, was einen gewaltigen Eindruck auf die Arbeiterklasse machte.

In Italien, wo die Reaktion ihren größten Sieg errungen hat, haben wir die Lage von Tag zu Tag verfolgt, und wir können sagen, daß selbst hier zwar die Masse zerstreut, desorganisiert, geschlagen wurde, aber revolutionär geblieben ist. Die Zahl der revolutionären Arbeiter hat zweifellos zugenommen, und ihre revolutionäre Qualität ist durch

diese schwere Erfahrung zweifellos besser geworden. Gerade aus diesem Grunde haben wir Vertrauen zur Internationale, weil die Internationale das Proletariat der ganzen Welt ist, das zum Kampfe für seine Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung geführt werden soll, weil die Internationale die russische Revolution, die bewunderungswürdige Tradition der Befreiungsbewegung des russischen Proletariats und gleichzeitig die revolutionäre Tradition des Proletariats anderer Länder ist, die nicht außer acht gelassen werden darf, weil selbst unter der II. Internationale, in der guten Periode der II. Internationale und sogar in der Periode der Entartung der II. Internationale, im Proletariat der verschiedenen Länder Gruppen geblieben sind, die die Treue zum revolutionären Programm bewahrten. Dieser Gesamtheit der Weltkräfte, der Welteinheit dieser Kräfte gehört der Name Lenins und der russischen Revolution, die für uns bloß die erste Schlacht der internationalen Revolution ist, auf die wir voll hoffen.

Wir stellen noch einmal unsern Optimismus, unser Vertrauen zur Revolution und zur Internationale fest. Wir wollen bloß einen bescheidenen, aber aufrichtigen Beitrag liefern zu der Arbeit, die uns zu diesem grandiosen Ziel führen soll. Wir zweifeln nicht, daß eines Tages die internationalen Kongresse sich versammeln werden, um in der ganzen Welt den errungenen Sieg über die kapitalistische Unterdrückung festzustellen. (Beifall.)

VIERZEHNTE SITZUNG

(Donnerstag, den 26. Juni 1924)

Fortsetzung der Diskussion über die Tätigkeit der Exekutive und über die Weltlage

Redner: Fried (Tschechoslowakei), Buck (Kanada), Bär (Deutschland), Amter (Amerika), Ternik (Deutschland), De Visser (Holland), Losowski (Rußland), Wassilijew (Karpathorußland), Grschegoschewski (Polen), Samuelson (Schweden), Gorski (Polen), Fiala (Österreich)

Eröffnung: 10 Uhr 30 vormittags

Vorsitz: Wynkoop

FRIED (Tschechoslowakei): Genossinnen und Genossen! Der Genosse Sinowjew hat in seinem Referat einige Fehler der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei beleuchtet. Er sagte, daß sich in der KPTsch die Gefahren opportunistischer Tendenzen zeigen, und wir müssen feststellen, daß in den Erklärungen der Delegationsmehrheit der Kongreß überhaupt keine klare und eindeutige Antwort auf diese Fragestellung, auf diesen Vorwurf bekam. Vor der Brünner Reichskonferenz der KPTsch erklärte auf einer Sitzung der Zentrale ein hervorragendes Mitglied derselben seine Unzufriedenheit damit, daß Genosse Sinowjew nicht nur General, sondern zugleich auch Beichtvater der Armee der Weltrevolution sein will. Das soll heißen, Genosse Sinowjew begnüge sich nicht damit, die Losung der Einheitsfronttaktik auszugeben, sondern er fragt auch die Sektionen der Internationale: Zu welchem Zwecke sucht ihr die Annäherung an die Sozialdemokratie, um die Massen für die Revolution zu gewinnen oder um eine Regierungskoalition mit ihr zu bilden? Und diese Beichte wurde von der KPTsch bisher verweigert, sie wurde verweigert auch in den Erklärungen der Delegationsmehrheit auf dem Weltkongreß. Und diese Verweigerung muß verdächtig sein, denn wer keine Sünden hat, hat sich nicht vor der Beichte zu fürchten. Die Internationale kann sich aber nicht mit diesem Schweigen begnügen. Der Internationale kann es nicht gleichgültig sein, was im Innern der KPTsch vorgeht. Auf dem Weltkongreß wird jetzt u. a. die deutsche und die russische Frage behandelt. In beiden Fragen, in den Angelegenheiten beider Parteien spielt die tschechische Partei eine bedeutende Rolle. Der tschechische Staat bekleidet die Funktion eines Gendarmen der Entente hinter dem Rücken Deutschlands. Die deutsche Kommunistische Partei kann in ihren revolutionären Vorbereitungen solange kein Sicherheitsgefühl besitzen, wie sie in ihrem Rücken nicht eine Partei hat, die im Falle einer deutschen Revolution fähig ist, gegen die

auf Ententebefehl aufmarschierende tschechoslowakische Intervention energisch aufzutreten. Der tschechoslowakische Staat bildet weiter einen wichtigen Punkt in den antibolschewistischen Plänen der Entente, und eine unklare Partei kann auch in dieser Hinsicht ihr Aufgabe nicht erfüllen. Daß die tschechoslowakische Partei ihre Fehler hat, gab selbst die Erklärung der Delegationsmehrheit zu. Ein Weg zur Besserung kann aber nur in dem Falle gefunden werden, wo diese Fehler vorbehaltlos offen und klar eingestanden werden. Die ganze Partei ist noch sehr weit von dem entfernt, was eine bolschewistische Kampfpartei genannt werden könnte. Die gesamte Tätigkeit der Partei besteht in der Agitation und in der Propaganda. Selbst bei Ereignissen von schicksalsschwerer Wichtigkeit nimmt die Partei nur die Mittel des Parlaments, der Versammlungen und der Presseagitation in Anspruch. Im vorigen Jahre drohte der Partei durch die Annahme des Gesetzes zum Schutze der Republik die Gefahr der Illegalität, und es wäre Pflicht der Partei gewesen, eine große Massenaktion gegen die Annahme des Gesetzes zu organisieren. Statt dessen begnügte sich die Partei wiederum mit großzügigen agitatorischen Maßnahmen. Die Parlamentsarbeit ist nicht mit der Massenbewegung verbunden. Die Parlamentsfraktion bringt verschiedene Anträge ein, die Abgeordneten halten Reden, die abgedruckt werden, es wird aber nicht versucht, auch die Massen zur Unterstützung dieser Parlamentsaktion zu mobilisieren. Der Ton der Parlamentsreden ist auch entfernt von dem Ton, der die Massen aufzurütteln vermöchte. Bei Vorstößen der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft wird an die Bourgeoisie appelliert, sie möge die Arbeiterschaft nicht reizen, denn das Ende könnte noch eine Revolution sein; die Bourgeoisie wird ermahnt, sie möge sich bessern, den Korruptionsschwindel in der Administration, die Unterdrückung unterlassen, aber es wird von der Tribüne des Parlaments nicht an die Massen appelliert, daß sie sich zum Kampfe gegen diese Mißstände rüsten. Die Partei versucht sozusagen keinen andern Weg als den des Parlamentarismus und der Bourgeoisieverfassung. Nichts kann diesen Verfassungsfetischismus besser charakterisieren als die Tatsache, daß in Abgeordnetenkreisen der Gedanke aufgetaucht ist, sich mit einem Memorandum an den Völkerbund zu wenden, er möge die von der tschechoslowakischen Regierung versprochene, aber nicht durchgeführte Autonomie Karpathorußlands verwirklichen. Die Tschechoslowakei wies und weist zum Teil auch noch heute im Verhältnis zu ihrer Größe und Bevölkerungszahl eine sehr große Zahl von Arbeitslosen auf. Die Hunderttausende von Arbeitslosen wurden nicht zusammengefaßt, und außer parlamentarischen und Propagandaaktionen wurde in dieser Frage eine systematische Arbeit nicht geleistet. Infolge der unklaren Stellungnahme zur Einheitsfronttaktik wird dieselbe in einigen Bezirken in opportunistischem Sinne ausgelegt, und in vielen Gemeindestuben betreiben die kommunistischen Fraktionen unter dem Titel der Einheitsfront eine gemeinsame Politik mit den Sozialdemokraten. Ja, die unklare Stellungnahme in der Einheitsfronttaktik verursacht sogar in einigen Betrieben die Verschmelzung mit der Sozialdemokratie. Die Jugend- und Frauenbewegung wird vernachlässigt und sogar feindselig behandelt. Das Wort von der Diktatur des Proletariats und der Eroberung der Macht ist beinahe spurlos aus dem propagandistischen Wörterbuch der KPTsch verschwunden. In der Bauernfrage wurde nur in der letzten Zeit etwas, in der nationalen Frage

sozusagen nichts getan, und beide Fragen werden nur in propagandistisch-agitatorischem, aber nicht in die Revolution formendem Sinne aufgefaßt. In der Frage der Staatsbürgerschaft, die ein brennendes Problem in der Slowakei und Karpathorußland darstellt, hat die Partei erst jetzt den ersten Schritt getan, obwohl die Organisationen in den genannten Gebieten schon seit Jahren den Kampf um die Lösung dieses Problems forderten. Es wurden auf einigen internationalen Tagungen mehrere Beschlüsse über die Aufgaben der KPTsch gefaßt. Die Durchführung dieser Beschlüsse wurde aber vernachlässigt. Die Partei ist überhaupt nicht auf die Illegalität vorbereitet. Sie entfaltet sozusagen überhaupt keine antimilitaristische Tätigkeit, macht keine Schritte zur ideologischen und organisatorischen Vorbereitung des Bürgerkrieges. Die ganze Energie der Partei erstreckt sich auf die Vervollkommnung der Administration, die Gewinnung neuer Schichten. Aber nicht der leisteste Versuch zur Aktivisierung der Partei wird gemacht. Die Massen der Partei wachsen rapid an, aber die alten und neugewonnenen Massen werden nicht im gemeinsamen Kampfe zusammengehalten, und es besteht die Gefahr, daß bei einem ernsten Vorstoß der Bourgeoisie die riesig angehäufte Masse vollständig zerfallen, ein neues Bulgarien in schlimmerer Ausgabe entstehen wird. Denn die spontan in die Partei strömenden Massen werden nur durch die Mittel der Propaganda zusammengehalten. Der russischen und der deutschen Partei und der ganzen Internationale kann es nicht gleichgültig sein, ob in der Tschechoslowakei eine kommunistische Massenorganisation oder eine richtige Kommunistische Partei besteht. Es kann nicht gleichgültig sein, daß z. B. die offizielle Parteipresse das Haupt des Bourgeoisstaates, Masaryk, als einen Menschen mit guten Absichten schildert, der nur von den bösen Ratgebern verführt werde. Ist es denn möglich, bei solcher Einstellung die Massen in einen Kampf gegen den Staat zu führen? Wären die russischen Proletariermassen dem Rufe der Bolschewiki gegen Kerenski gefolgt, wenn diese gesagt hätten, Kerenski sei ein guter Junge, er habe nur schlechte Ratgeber? Es ist richtig, daß die Massen in der Tschechoslowakei von ihren kleinbürgerlichen und nationalistischen, pazifistischen Illusionen zum Teil schon befreit sind und einzig und allein der Kommunistischen Partei ihr Vertrauen schenken. Aber es hätte schicksalsschwere Folgen, wenn sich die Massen auch in der Kommunistischen Partei täuschten. Es wurde in der Partei die Befürchtung ausgesprochen, die Partei könnte den Kontakt mit den Massen verlieren, wenn wir das bisherige Tempo der Parteiarbeit beschleunigten. Hingegen besteht aber die Gefahr, daß wir den Kontakt mit den Massen verlieren, wenn die bisherige Linie eingehalten wird, wenn die Partei die Massen nicht in Kämpfe führt, wenn sie sich in den aktuellen Fragen der internationalen Arbeiterbewegung auf den Standpunkt des Desinteressements stellt, wie dies jetzt in der russischen und deutschen Frage geschieht.

Die Delegationsmehrheit erhebt gegen uns den Vorwurf der Fraktionsmacherei, des Disziplinbruchs und der Opposition. Hiervon kann aber schon darum nicht gesprochen werden, weil die hier behandelten Fragen in der Partei sozusagen überhaupt nicht durchdiskutiert wurden. Die Parteimitglieder haben nicht die Möglichkeit gehabt, Stellung zu nehmen. Die Auseinandersetzungen nach dem Weltkongreß werden beweisen, daß sich die ganze Arbeiterschaft in der KPTsch geschlossen und fest hinter die Kommunistische Inter-

nationale stellt. Die Slowakei und Karpathorußland haben schon mehrmals bewiesen, daß sie die Notwendigkeiten der kommunistischen Bewegung in der ganzen Tschechoslowakei begreifen, und die rote Slowakei und Karpathorußland verschieben derzeit die Gründung der KP bis zu der Zeit, in der sich die ganze Arbeiterschaft der Republik in einer Kommunistischen Partei versammelt hat. Die Partei empfindet besonders in der Slowakei und in Karpathorußland schwer das Fehlen einer ungarischen Kommunistischen Partei. Es ist die Aufgabe der Internationale, auch im Interesse der revolutionären Bewegung in der Tschechoslowakei, das Wiederaufleben der kommunistischen Bewegung in Ungarn zu fördern.

Zum Schluß, Genossen — es ist Pflicht der Internationale, die KPTsch auf gesunde Wege zu lenken, es zu ermöglichen, daß die Massen ihre Antwort auf die Frage sagen, ob sie mit der Kommunistischen Internationale und mit den übrigen Sektionen derselben auf dem Wege der ernsten ideologischen und organisatorischen Vorbereitung des Kampfes um die Eroberung der Macht, auf dem Wege des unversöhnlichen und vorbehaltlosen Kampfes gegen den Opportunismus schreiten wollen, ob sie eine aufrichtige kommunistische, bolschewistische Partei sein oder die heutige farblose, dem Kampfe und den offenen Antworten ausweichende Massenorganisation bleiben wollen.

Wir bezweifeln nicht, daß die kampfeslustigen Massen der Tschechoslowakei eine eindeutige Antwort geben werden. In Karpathorußland stand auf dem Wahlzettel der Partei außer dem Wort: III. Internationale auch das Wort: Moskauer Internationale. Die karpathorussischen Bauern und Arbeiter wußten, daß sie mit ihrer Stimme sich nicht einer lauen, bloß agitierenden parlamentarischen Oppositionspartei überließen, sondern daß sie damit der Partei ihre Führung überließen, die den Kampf ernstlich vorbereitet, die Macht mit der Waffe in den Händen erfochten hat und in Moskau, in der Residenz der früheren Zaren, die Aufgabe der Eroberung der Macht auf der ganzen Welt vorbereitet.

BUCK (Kanada): Genossen! Im Namen der kanadischen Delegation möchte ich feststellen, daß wir in der russischen Frage auf der Seite der Mehrheit stehen, und daß wir die Aktion der Kommunistischen Internationale in der deutschen Frage für richtig halten.

Wir stimmen im allgemeinen mit dem Bericht des Genossen Sinowjew überein, nur ist unserer Ansicht nach den Problemen, die vor der englischen Partei und vor den Parteien der englischsprechenden Länder stehen, zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Wenn wir auch anerkennen, daß die Lage in Deutschland für die Kommunistische Internationale heute das zentrale und unmittelbare Problem ist, so ist es doch klar erkennbar, daß der Schwerpunkt der internationalen revolutionären Bewegung sich sehr schnell in die Länder englischer Sprache verschiebt. In unserer Bewegung herrscht ein dauernder Konflikt zwischen dem ideologischen Einfluß der britischen Arbeiterbewegung und dem organisatorischen Einfluß der amerikanischen Arbeiterbewegung. Die politischen Richtungen, die ihren Ausdruck in der kanadischen Labour Party finden, stehen fast ausschließlich unter englischem Einfluß, während die Gewerkschaftsbewegung auf Grund der Tatsache, daß sie in enger Verbindung mit der Gewerkschaftsbewegung der Vereinigten Staaten steht, direkt durch diese

letztere beeinflußt wird. Da unsere Labour Party und unsere sonstigen politischen Organisationen sich aus den Gewerkschaften entwickelten, so bestehen dauernde Konflikte. Bevor nicht in jenen beiden Ländern gleichmäßig gearbeitet wird, bevor wir nicht zu einer klaren Festlegung der richtigen taktischen Methoden kommen und uns über die richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik einigen, wird bei uns in Kanada eine dauernde Verwirrung, ein dauernder Kampf zwischen den verschiedenen aktiven Elementen innerhalb der Arbeiterbewegung herrschen.

Es ist gesagt worden, daß die beiden Zentralfragen der internationalen Bewegung heute die Frage der Einheitsfront und der Arbeiter- und Bauernregierung sind. Genosse Mac Manus meinte, daß diese beiden Probleme hinter denjenigen der Schaffung einer Massenpartei zurückstehen. Unserer Ansicht nach ist die Frage der Einheitsfront ein Teil der Frage der Schaffung einer Massenpartei. Die Schaffung einer Massenpartei setzt die richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik voraus.

Auch wir stehen in Kanada vor diesen Elementaraufgaben, aber wir begreifen, daß der Aufbau einer Massenpartei sich organisch aus der korrekten Anwendung der Einheitsfronttaktik entwickelt. Durch die Einheitsfronttaktik, durch den Zusammenprall zwischen unserer und der reformistischen Ideologie, den die Einheitsfront mit sich bringt, hoffen wir unsere Kräfte zu steigern. Aber die Lösung dieses Problems in den Ländern englischer Sprache ist untrennbar verbunden mit der Gewerkschaftsfrage. Einheitsfront lediglich auf politischem Gebiet ist für die Mehrheit der englischsprechenden Länder nicht besser, als ob überhaupt keine Einheitsfront bestehen würde.

Es ist gesagt worden, daß es die Aufgabe unserer Partei ist, organisatorisch innerhalb der Labour Party, aber ideologisch außerhalb der Labour Party zu stehen. Damit ist jedoch das Problem nicht gelöst. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen hat die KP in Kanada niemals ideologisch der Labour Party angehört. Sie ist immer ideologisch selbständig gewesen. Aber was uns fehlt, ist, daß wir noch nicht die Bedeutung der verschiedenen organisatorischen Formen, auf denen die Einheitsfront sich aufbauen muß, erkannt haben. Ich glaube — und damit spreche ich die Meinung der kanadischen Delegation aus —, daß diese Schwäche auch unsern englischen Genossen anhaftet. In den meisten Ländern englischer Sprache, vor allem in England selbst, ist die Durchführung der Einheitsfront auf die organisatorischen Formen der Delegiertenkörperschaften, der Arbeiterausschüsse und ähnlicher Vertretungsorgane der Arbeiterbewegung beschränkt. In diesen Delegiertenorganen verfügen wir häufig über den ausschlaggebenden Einfluß. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß wir diese Delegiertenorgane oft ideologisch und organisatorisch beherrschen. Aber die Beherrschung oder Kontrolle eines solchen Organs durch uns bedeutet noch nicht immer, daß wir die Mitgliedermassen revolutioniert haben. In den meisten Fällen reicht unser ideologischer Einfluß nicht über die Delegiertenorgane selbst hinaus. Das Fundament der Labour-Parteien in den englischsprechenden Ländern liegt aber in diesen Mitgliedermassen, d. h. in den Massen der im Betrieb zusammengefaßten Arbeiter. Nur die aktivsten und tatkräftigsten unter ihnen haben Interesse für die praktische Arbeit der politischen Organisationen. Wollen wir tatsächlich unsere Kräfte steigern, wollen wir

auf Grund der Einheitsfronttaktik wirkliche Massenparteien schaffen, so müssen wir erkennen, daß es mit dem ideologischen Einfluß allein nicht getan ist. Dieser Einfluß ist allerdings äußerst wichtig, aber daneben müssen wir auch den Einzelheiten der taktischen und organisatorischen Arbeit unsere Aufgabe zuwenden. Die Delegiertenorgane sind allerdings die Arbeitsorgane der politischen Organisation, aber der Schwerpunkt des Kampfes und die entscheidende Stelle liegt in den Betrieben selbst und in den Ortsgruppen der Gewerkschaften. Wollen wir die Einheitsfront voll und ganz ausnützen, wollen wir unsere Organisationen durch die Einheitsfront zu Massenparteien entwickeln, dann müssen wir unsere Arbeit in den Delegiertenorganen auf die Arbeit in den Betrieben und in den Ortsgruppen aufbauen. Wenn die Zeit es erlaubte, könnte ich dafür Dutzende von Belegen aus unserer Parteiarbeit in Kanada anführen. So haben wir z. B. in den Kohlenrevieren Parteizellen auf den einzelnen Zechen, die sich aus den dort beschäftigten Bergarbeitern zusammensetzen. Ebenso haben wir Zellen in den Eisenbahnwerkstätten und auch in den Goldgruben.

Dagegen herrscht in andern Bundesstaaten, wo die Industrie zersplittert ist, die alte sozialdemokratische Form des Wohnbezirks vor. Wir machen aber die Erfahrung, daß die Betriebszellen an der Spitze marschieren. Ihrer Zahl, ihrer Ideologie und ihrem Einfluß nach entwickeln sie sich überall, wo sie bestehen, zum ausschlaggebenden Faktor der Arbeiterbewegung an ihrem Orte. Wir machen die Erfahrung, daß in denjenigen Bezirken, wo die Mehrheit unserer Gruppen auf Zellen in den Betrieben, den Fabriken und den Bergwerken aufgebaut ist, die KP am aktivsten und stärksten ist. Aber gleichzeitig ist dort auch die Labour Party am stärksten. Die Labour Party ist an diesen Orten heute aktiver als in andern Bezirken, wo sie schon seit zwei oder drei Jahren besteht. Bei dieser Gelegenheit möchte ich erwähnen, daß die kanadische Labour Party, die auf föderativer Grundlage aufgebaut ist und sich aus den Parteien von fünf unserer neuen Landesprovinzen zusammensetzt, fast ausschließlich durch die Kommunistische Partei geschaffen worden ist.

Meiner Ansicht nach liegt die Lösung für die Frage der richtigen Anwendung der Einheitsfront (vor allen Dingen in den Vereinigten Staaten, in Kanada und Großbritannien), nicht allein in unserm Anschluß an die Labour Party, d. h. darin, daß wir organisatorisch *innerhalb* und ideologisch *außerhalb* der Labour Party stehen —, sondern die Lösung liegt in der Umstellung auf die Betriebszellen und Hand in Hand damit in der Schaffung einer aktiven Oppositionsbewegung in den Gewerkschaften. Unsere Agitation in den Betrieben wird in den Ortsgruppen ihre Wirkung ausüben, und beide zusammen werden ihre Wirkung ausüben auf die Delegiertenorgane der Labour Party. Wir müssen die Auseinandersetzung zwischen unserer und der reformistischen Ideologie bis tief hinein in die Massen der Mitgliedschaft tragen, um dadurch unsern Einfluß zu verstärken. Arbeiten wir nicht in den Mitgliedermassen, so macht es keinen großen Unterschied, ob wir innerhalb oder außerhalb der Labour Party stehen, denn die aktiven Elemente, die Funktionäre in den Delegiertenorganen, wissen auch ohnedies, was vorgeht, sie kennen unser Programm, und sie kennen die reaktionäre Bürokratie.

Eine andere Frage, die wir in Kanada zu lösen haben, ist die Frage der Arbeiter- und Bauernregierung. Diese Frage ist für die englische

Partei nicht aktuell. Aber sie ist von größter Bedeutung für die amerikanische Partei, und die amerikanische Bewegung übt durch die überragende Größe der Vereinigten Staaten, durch das ständige Hin- und Herfluten der Arbeiter zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten, wie durch die großen Mengen amerikanischer Literatur, die in Kanada gelesen werden, direkten Einfluß auf die kanadische Bewegung aus. Es ist deshalb erforderlich, daß diese Frage eine klare Lösung findet. Es ist hier gesagt worden, daß Arbeiter- und Bauernregierung ein Synonym für die Diktatur des Proletariats sei. Das trifft für Kanada und Nordamerika in keiner Weise zu. Eine Arbeiter- und Bauernregierung in Kanada oder in den Vereinigten Staaten würde eine liberale Labour-Regierung sein und nichts mehr. Ja, eine Arbeiter- und Bauernregierung in Kanada würde nicht einmal eine so ausgesprochene Labour-Regierung sein, wie die heutige Labour-Regierung in England es ist. Die Frage stellt sich für uns so: Sollen wir für eine Farmer-Labour-Party oder lediglich für ein Bündnis zwischen Farmern und Arbeitern eintreten? Die Berufsverbände der Farmer sind sehr stark. Seit 1919 haben wir Farmerregierungen in vier von den neuen Provinzen Kanadas gehabt. Bei den Wahlen zur Bundesregierung im Jahre 1921 wurden 56 Kandidaten der Farmerverbände in das Bundesparlament gewählt, während die Arbeiterverbände nur drei Sitze erhielten. Die Farmerverbände haben über 100 000 Mitglieder und sind politisch fest zusammengefaßt auf Grund konkreter Forderungen. Sie sind durchaus nicht revolutionär. Ihre Opposition gilt den hohen Frachttarifen und den übermäßigen Profiten, die ihrer Ansicht nach die Speichertrusts und die Börse aus dem Getreide, das sie, die Farmer, angebaut haben, ziehen. Das hat mit Revolution nichts zu tun. Sogar die radikalsten Farmerverbände sehen die Lösung in dem Bau einer neuen Eisenbahnlinie durch die Regierung und in der Ermäßigung der Frachttarife nach der Atlantischen Küste. Die Frage ist für uns nicht: Sind wir für oder gegen die Einheitsfront? Wir wissen, daß die Einheitsfront notwendig ist. Die Frage, die der Kongreß zu lösen hat, ist die Frage der Grenzen der Einheitsfront, die Frage: *Wie weit* können wir die Einheitsfront anwenden, und wie wenden wir sie richtig an?

Was die Frage der Arbeiter- und Bauernregierung betrifft, so steht diese Frage für Amerika folgendermaßen: Sollen wir eine Farmer-Labour-Party oder sollen wir nur ein Bündnis zwischen Labour Party und den Farmerorganisationen schaffen? Wenn wir ein Bündnis schließen — wie weit soll dieses Bündnis gehen? Für diese beiden Probleme werden die Beschlüsse des Kongresses bedeutungsvoll sein. Von der Lösung, die wir hier für die Farmerfrage finden, wird es abhängen, ob wir in Nordamerika die bulgarischen und die deutschen Erfahrungen wiederholen, oder ob es uns gelingt, andere Resultate zu erzielen.

Ein weiteres Problem, mit dem der Kongreß sich befassen muß, und das meiner Ansicht nach im Exekutivbericht hätte erwähnt werden müssen, ist die Frage der Tätigkeit der englischen Partei in den Kolonien. Gelingt es uns, zwischen der englischen Partei und den Parteien der englischen Kolonien die ideologische Einheitlichkeit herzustellen und ihnen ein gemeinsames Programm zu geben, so sind die Perspektiven unermeßlich: Die Kolonialparteien werden dann der englischen Partei und die englische Partei wird den Kolonialparteien in mannigfacher Weise beistehen können. Bei uns besteht eine starke

Strömung zugunsten vollständiger Autonomie unserer Partei auf der Grundlage sachgemäßer Zusammenarbeit zwischen der englischen Partei und uns. Dieser Strömung entspricht auf gewerkschaftlichem Gebiet die Forderung auf Autonomie der kanadischen Gewerkschaften innerhalb der Gewerkschaftsbewegung der Vereinigten Staaten. Diese Parole wäre imstande, große Zugkraft auszuüben. Die Autonomie würde nicht nur uns, sondern mehr noch der britischen Partei dienlich sein. Die zweckmäßige Lösung dieser Frage würde den Boden für eine Weiterentwicklung der amerikanischen und der kanadischen Partei abgeben, die alles bisher Erreichte übertrifft. Die Kommunistische Internationale ist heute eine Weltpartei. Ich meine, daß bei aller Anerkennung der Bedeutung der deutschen Lage unsere amerikanischen Probleme eingehender diskutiert und analysiert werden, und daß wir zu klareren, konkreteren Beschlüssen in der Frage der Anwendung der Einheitsfronttaktik kommen müssen.

WYNKOOP schlägt vor, den weiteren Rednern nur zehn Minuten Redezeit zu geben, damit die Debatte rechtzeitig zu Ende geführt werden könne. Der Antrag wird angenommen.

BÄR (Deutschland): Genossinnen und Genossen! Bei der beschränkten Redezeit ist es mir nicht möglich, auf alle internationalen Probleme einzugehen, die den 5. Weltkongreß beschäftigen. Nur auf einzelne Fragen möchte ich eingehen, vor allem auf das Referat, das Genosse Bordiga gestern hier gehalten hat. Die deutsche Partei und die deutsche Delegation haben vor allen Dingen den Wunsch, daß die italienische Frage auf diesem 5. Weltkongreß geklärt werde, weil die Vorgänge in Italien in den letzten Tagen gezeigt haben, daß dort der Faschismus an seinem Kulminationspunkt angelangt ist, und daß die italienische Partei in kurzer Zeit vor schwerwiegende Fragen gestellt werden wird.

Noch einige Worte zur *bulgarischen* Partei. Die bulgarischen Genossen haben nach unserer Auffassung im vergangenen Jahre die Marxsche Lehre vergessen, daß eine revolutionäre Partei auch dann mit kleinbürgerlichen Parteien gemeinsam kämpfen kann, wenn diese bürgerlichen Parteien der Revolution indirekt dienen. Damals hatten die bulgarischen Genossen diese Lehre von Karl Marx vergessen und haben dadurch zu der Niederlage beigetragen, die die bulgarische Partei erlitten hat.

Noch einige Worte zu den Ausführungen des Genossen Wynkoop. Er hat sich gestern gewissermaßen als Entdecker Amerikas aufgespielt. Der Genosse Wynkoop hat in seinen Ausführungen das revolutionäre Kraftzentrum aus Mittel- und Osteuropa nach England und Amerika verlegt, als ob diese beiden anglosächsischen Staaten heute die Länder der unbegrenzten revolutionären Möglichkeiten wären. Gerade die holländische Partei, die mitten im Glashaus sitzt, vor deren Türen sich eine Konzentration des internationalen Kapitals, die Vereinigung der Ruhrkohle mit den lothringischen Erzen, die Bildung der Montankonzerne vollzieht, die die Grundlage für die kapitalistischen Auseinandersetzungen bilden, die auf dem Kontinent einsetzen werden, stellt diese Verlegung des Kraftzentrums fest. Auch die pazifistischen Pläne, die durch die Regierung in England und die kleinbürgerliche Regierungsbildung, die in Frankreich kommen soll, propagiert werden, bilden nur

den Vorhang für die militärischen Rüstungen, die bereits eingesetzt haben. Das Wort des englischen Kriegsministers, daß Englands Zukunft in der Luft liegt, die Luftflottenrüstungen Frankreichs, die die Sonne verdunkeln werden — sie beweisen, daß diese Staaten im Rüsten sind, um auch die Ruhrfrage in ihrem Sinne zu liquidieren.

Nun einiges auf die Angriffe, die von seiten der „Toten des Oktober" von dieser Stelle aus gegen die deutsche Partei erhoben wurden. Man soll den Toten nur Gutes nachsagen, wir müssen aber hier einige Ausführungen machen zu dem, was die Genossen Radek und Brandler in bezug auf die Situation in Deutschland und auf das Nichtreagieren der heutigen Parteileitung auf die wirtschaftlichen und politischen Probleme gesagt haben. Radek hat erklärt, daß die deutsche Partei nicht auf das sogenannte Sachverständigengutachten reagiert hat. Die deutsche Partei hat ihre gesamte Wahlpropaganda restlos auf das Sachverständigengutachten eingestellt, sie hat in Tausenden von Versammlungen auf die Auswirkungen des Sachverständigengutachtens hingewiesen, die Zentrale hat in den ersten Tagen nach dem Bericht der Sachverständigen ein Rundschreiben herausgegeben.

Ferner sagte Radek in bezug auf die Betriebsrätewahlen, daß sie nicht auf der ganzen Linie so einheitlich ausgefallen sind, wie es im Interesse der revolutionären Bewegung notwendig sei. Demgegenüber möchte ich feststellen, daß überall dort, wo unsere Partei in der Lage war, in die Betriebsrätewahlen einzugreifen, das Verhältnis mindestens 8 : 3 gegenüber den Reformisten war. Selbstverständlich in den Bezirken, wo monatelang Kämpfe geführt wurden, wo die Kommunisten zu 90 Prozent aufs Pflaster geworfen sind, waren wir nicht in der Lage, in solchem Ausmaße Erfolge zu erringen wie in den übrigen Bezirken.

Radek hat hier eine Umschreibung des bekannten Stresemannschen Ausdrucks gebraucht. Er erklärte, die heutige Zentrale müsse gestützt werden, sie sei gewissermaßen die letzte Reserve der Kommunistischen Partei Deutschland. Daß diese Zentrale von den Mitgliedern der Kommunistischen Partei einstimmig anerkannt ist, heißt, daß für reformistische Tendenzen in der deutschen Partei kein Platz mehr da ist, kein Platz mehr für Brandler und Konsorten, die die deutsche Partei im Oktober zur Niederlage geführt haben.

Brandler sprach in der Diskussion von den „Fleisch gewordenen Illusionen" in der deutschen Partei. Ich möchte demgegenüber feststellen, daß die Mitgliedschaft niemals von Illusionen befallen war, sondern sich in jeder Situation ihrer Aufgaben bewußt war. Nach der Märzaktion haben die Mitglieder die Zentrale gegen die Angriffe der Leviten gestützt, obwohl die Zentrale große Fehler gemacht hatte, weil sie versucht hatte, das Pferd beim Schwanz aufzuzäumen, indem sie die Parole des bewaffneten Aufstandes als Eingangsparole aufgestellt hatte. Die Mitgliedschaft hat damals die Parteizentrale gestützt, um den Bestand der Partei unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Wir haben in der deutschen Partei bereits einige solcher Episoden durchgemacht. Ich erinnere an die Frieslandaffäre. Im Oktober war es für uns alle klar, daß die Brandlergruppe abgewirtschaftet hatte und die Partei nur unter die Führung derjenigen Genossen gestellt werden konnte, die die Fehler der Brandlerzentrale seit drei Jahren gebrandmarkt haben.

Brandler sagt, alle Kämpfe im Jahre 1924 seien nicht von der Kommunistischen, sondern von der Sozialdemokratischen Partei ge-

führt worden. Da möchte ich die Frage aufwerfen: Wer hat die Abwehrkämpfe im Januar im besetzten Gebiet geführt, wer hat in Rheinland-Westfalen, wo 60 000 bis 70 000 Arbeiter sechs bis acht Wochen ohne jede Unterstützung im Kampfe standen, wer hat im rheinischen Braunkohlengebiet, wo 40 000 Bergarbeiter ohne Unterstützung gekämpft haben — wer hat diese Kämpfe geführt? Ich möchte hier keine Verteidigungsrede halten, der Ausgang der Reichstagswahlen in den Kampfgebieten ist der Beweis, daß all diese Kämpfe unter der Führung der Kommunistischen Partei vor sich gingen.

Es wurde viel über die Sachsenpolitik der Brandlerzentrale gesprochen. Ich möchte eine neue Sachsenaffäre en miniature anführen. In Essen und Frankfurt sind wir mit französischen und andern ausländischen Genossen zusammengewesen, um Mittel und Wege zu finden, wie der Kampf gegen die Ruhrbesetzung, gegen die Intervention der imperialistischen Armeen geführt werden soll.

Was tat die Brandlerzentrale, als im Oktober die Kommunisten im bewaffneten Kampf gegen den Separatismus standen? Die Brandlerzentrale hat einen Genossen geschickt, der am 60er Ausschuß teilnehmen sollte, der die Aufgabe hatte, die Abtrennung der besetzten Gebiete durchzuführen. Wir haben erklärt: Unsere französische Bruderpartei hat den schärfsten Kampf gegen die Abtrennung des Rheinlands, gegen die Politik des französischen Imperialismus geführt. Die Partei stand im Kampf gegen den Separatismus. Wir haben die Frage aufgeworfen, daß der Eintritt der Kommunistischen Partei in den 60er Ausschuß nur geschieht, um die Abtrennung der besetzten Gebiete zu begünstigen. Es wurde damals im Auftrag der Brandlerzentrale ein Flugblatt verbreitet, in dem eine Volksabstimmung über die Abtrennung der besetzten Gebiete verlangt wurde.

Das ist ein kleiner Ausriß aus der Taktik und der Politik, die die Brandlerzentrale damals im besetzten Gebiet durchgeführt hat.

Genosse Brandler hat ferner versucht, Mißtrauen auf Vorschuß gegen die heutige Parteiführung auszustreuen. Brandler erklärte, die Landtagswahlen in Preußen im nächsten Frühjahr würden den Beweis erbringen, daß die KP in Deutschland in schwere Positionen hineinkommt. Wir sind uns keinen Augenblick darüber unklar, daß, wenn diese Sumpfperiode, wenn diese Stagnation anhalten wird, die KP vielleicht größere Massen verliert, die sich heute noch in der Peripherie der KP befinden. Unsere Aufgabe als KP muß sein, die Partei so zu festigen, daß wir bereit sind, heute den Kampf um 10 Pfennig Lohnerhöhung zu führen, und daß wir morgen in der Lage sind, mit der Arbeiterschaft auf die Barrikade zu gehen. So fassen wir unsere organisatorische Arbeit in der KP auf. Wir haben in den letzten Tagen im Deutschen Reichstag ein Beispiel gesehen, wie die KP auf Vorstöße der Reaktion reagiert. Auf der Tagesordnung stand die Amnestie für die politischen Gefangenen. In dieser Sitzung hat der frühere bayerische Justizminister Roth den Ausspruch getan, der Schuß auf Leviné sei eine vorzügliche Sache gewesen. Daraufhin sind die Kommunisten aufgesprungen und haben diesen Justizminister beim Kragen gepackt. Es wurde später festgestellt, daß, nachdem die Kommunisten demonstrativ den Saal verlassen hatten, selbst der Sozialdemokrat Rosenfeld gezwungen war, bei den gemeinen Anwürfen des Justizministers Roth aufzuspringen und demonstrativ Opposition zu machen.

So fassen wir unsere Taktik auf. Nicht die passive Taktik eines Brandler, sondern aktive Taktik wollen wir, damit wir in der Lage

sind, in Zukunft in jeder Situation den Vortrupp des Proletariats, die Kommunistische Partei, geschlossen in den Kampf zu führen.

AMTER (Amerika): Genossen! In Genossen Sinowjews Bericht an den 5. Kongreß gibt es eine Reihe von Punkten, zu denen ich sprechen möchte. Da die Zeit jedoch beschränkt ist, will ich nur ein Thema berühren, das während des ganzen Kongresses vernachlässigt worden ist. Man sagt uns, daß die Lage in Deutschland die Zentralfrage der Kommunistischen Internationale bilde. Das ist zweifellos wahr. Aber Amerika ist vollständig vernachlässigt worden. Das ist ein ernstes Versäumnis in Anbetracht der Tatsache, daß das Sachverständigengutachten der Daweskommission nicht allein durch die englische Hochfinanz, nicht allein durch den französischen Imperialismus, sondern in erster Linie und endgültig durch den amerikanischen Imperialismus entschieden worden ist. Die Wirkungen, die sich aus der Durchführung des Sachverständigengutachtens ergeben, werden nicht nur in Deutschland, nicht nur in Frankreich und Großbritannien, sondern auch in Amerika fühlbar sein. Weil Amerika in dieser Frage die ausschlaggebende Rolle spielt, hätte der amerikanische Imperialismus auf dem Kongreß mehr im Vordergrund der Diskussion stehen sollen.

Ich möchte im Hinblick auf den amerikanischen Imperialismus einige Tatsachen anführen. Dieser Imperialismus erstreckt sich nicht nur auf Südamerika und Kanada, sondern auch auf Westindien und Zentralamerika. Ihnen allen ist bekannt, daß es der amerikanische und der französische Imperialismus waren, die zuerst der Anerkennung Sowjetrußlands durch China in den Weg traten. Auf zwei parallelen Linien dringt heute der amerikanische Imperialismus in der Tschechoslowakei und in Polen, im nahen und im fernen Osten, und vor allen Dingen in Deutschland ein. Herriot hat sich verpflichtet, mit Washington zu verhandeln, bevor er irgendwelche Schritte zur Anerkennung Sowjetrußlands unternimmt. Hughes fährt jetzt nach London, um dem europäischen Imperialismus die Gesetze Morgans zu diktieren. In Amerika werden Pläne ausgearbeitet, um nötigenfalls eine Armee von 17 Millionen Mann zu mobilisieren. Innerhalb weniger Monate wird die gesamte amerikanische Industrie für Kriegszwecke mobilisiert sein. Das bedeutet, daß wir einem vom amerikanischen Imperialismus geschürten Kriege entgegengehen. Mit dieser Tatsache hat der Kongreß sich zu befassen.

Jetzt zu einer andern Frage. Amerika ist nicht nur, was die äußere, sondern auch was die innere Lage, die Lage innerhalb der amerikanischen Partei, betrifft, vernachlässigt worden. Genosse Dunne hat hier ausgeführt, daß die Partei den Fehler begangen hat, zu viel Gewicht auf die bankrotten Farmer zu legen. Wenn das tatsächlich geschehen ist, so trägt Genosse Pepper daran die Schuld; aber ich stelle mich in dieser Frage auf seine Seite und bin bereit, die Verantwortung dafür mit ihm zu teilen. Wir haben in der amerikanischen Partei drei Gruppen: die Linke, das Zentrum und eine ausgesprochen opportunistische Gruppe. Ich kann Pepper nicht beistimmen, wenn er die Lage in der amerikanischen Partei *nicht* behandelt, mit der Begründung, daß er sie in Amerika selbst, und hier innerhalb der amerikanischen Kommission, genügend kritisch beleuchtet habe. Der Kongreß selbst muß über die Lage in der Partei aufgeklärt werden. Es gibt Opportunisten in unserer Partei, genau wie in Polen, in Schweden, in der Tschechoslowakei und in der deutschen Rechten die

Brandlergruppe, die heute völlig aus der deutschen Parteileitung entfernt worden ist. Wir haben in der amerikanischen Partei eine Gruppe, die in der amerikanischen Kommission als ein Überbleibsel der 2½ Internationale gebrandmarkt wurde. Diese Gruppe wird durch Lore geführt, der den deutschen Genossen vermutlich als Redakteur der „Volkszeitung" gut bekannt ist, und der mit Levi sowohl wie mit Serrati gegen die Kommunistische Internationale Stellung nahm.

Am 5. Jahrestag der Komintern schrieb Lore in einem Leitartikel über die Bedeutung dieses Tages u. a. das folgende:

„Die neue Internationale ist reformistisch in ihren Methoden, aber sie kämpft nicht für Reformen."

Ich begreife die Dialektik dieser Erklärung nicht, aber ich kann nicht umhin, festzustellen, daß eine Bezeichnung der KI als reformistisch nur von einem Genossen herrühren kann, der nicht in die Reihen der Kommunistischen Internationale gehört. Weiterhin, in einem Bericht über die Lage in Deutschland schreibt Lore:

„Jeder, der mit offenen Augen die Entwicklung der Dinge in Deutschland verfolgt, weiß, daß die sozialdemokratischen Führer bewußte Lügen verbreiten. Moskau, genau so gut wie die deutsche Kommunistische Partei, ist gerade jetzt an der Verhinderung einer proletarischen Revolution in Deutschland interessiert."

„Revolutionen finden oft gegen den Willen derjenigen statt, die für sie eingetreten sind. Die deutsche Revolution würde eine dieser Revolutionen sein. Wir sind deshalb fest überzeugt, daß die allgemeine Verzweiflung und das Elend in Deutschland längst zu einem revolutionären Ausbruch geführt hätten, hätten die Kommunistische Partei und die von ihr organisierten Massen nicht dagegen gearbeitet und Stellung genommen."

Die deutschen Genossen werden diese tiefsinnigen Feststellungen eines amerikanischen Revolutionärs zu würdigen wissen.

Lores Ansicht über die Macdonaldregierung wird auch von andern geteilt. Sie kommt in folgender Feststellung mit restloser Klarheit zum Ausdruck:

„Wir setzen keine übermäßigen Hoffnungen auf den Erfolg von Macdonalds auswärtiger Politik, obwohl es ihm nicht an Klarheit der Auffassung und an Zielsicherheit fehlt. Aber er kann nicht viel erreichen, da die Liberalen nur auf die Gelegenheit warten, der Arbeiterregierung den Dolchstoß in den Rücken zu versetzen. Trotzdem kann unter seiner Führung die Politik der britischen Regierung nur eine Politik der Völkerversöhnung, eine Politik des Kampfes gegen den Krieg und gegen die Kriegsgefahr sein."

Ich glaube, Genossen, daß jemand, der etwas Derartiges schreibt, nicht nur ein Gesinnungsgenosse von Macdonald ist, sondern Macdonald auch an Opportunismus gleichkommt.

Welche Maßnahmen ergriff der Zentralexekutivausschuß der Partei, um solchen opportunistischen Abweichungen innerhalb der Partei entgegenzutreten? Der Exekutivausschuß, der in Händen der Parteimehrheit unter Führung Fosters und Dunnes liegt, gestattete Lore, eine Interpretation seines Artikels zu veröffentlichen. Die Minderheit verlangte, daß der Exekutivausschuß, wie es die Pflicht einer solchen Körperschaft verlangt, die Stellungnahme der Partei gegenüber der Kommunistischen Internationale und gegenüber einer derartigen opportunistischen Politik festlege. Die Entscheidung lag jedoch in den

Händen der Mehrheit. Die KI hat in ihrem Beschluß über die amerikanische Frage festgestellt, daß die amerikanische Partei eine derartige Ideologie innerhalb ihrer Reihen als Überbleibsel der 2½ Internationale betrachten und einen zähen theoretischen Kampf zu ihrer Ausrottung führen muß.

In bezug auf die Agrarkrise in Amerika hat Dunne ausgeführt, daß die Krise im Abnehmen begriffen und daß es deshalb nicht erforderlich sei, die Einheitsfront mit den Farmern herzustellen. Das bedeutet eine völlige Verkennung der Sachlage. Es steht im Gegensatz zu der folgenden Erklärung des Genossen Sinowjew:

„Die Agrarkrise hat den Boden für unsere Propaganda bereitet. Viele Parteien haben die Bedeutung der Agrarfrage noch nicht begriffen."

In der amerikanischen Partei war es die vom Genossen Pepper geführte Minderheit, die die Bedeutung der Agrarkrise für Amerika erkannte. Es sind vor allen Dingen zwei Länder, für die diese Agrarkrise von schwerwiegendster Bedeutung ist, nämlich Sowjetrußland und die Vereinigten Staaten. Wenn man sich die heutige Lage der amerikanischen Farmer vor Augen hält, wenn man sich vor Augen hält, daß Millionen von Landleuten in die Städte gewandert sind, um dort industrialisiert, proletarisiert und pauperisiert zu werden; daß heute in den Vereinigten Staaten Millionen von Farmern nur auf Grund der Stundung von seiten der Banken noch auf ihren Farmen sitzen; wenn man weiß, daß der Staat nicht einmal den Versuch macht, seine Steuern einzutreiben, und die Banken nicht einmal den Versuch machen, ihre Zinsen zu erhalten, weil sie wissen, daß das vollständig aussichtslos ist — obwohl man hofft, daß in zwei oder drei Jahren die Lage sich gebessert haben wird —, dann wird man begreifen, welches die Haltung der Kommunistischen Partei gegenüber einer solchen Krisis sein müßte. Unsere Pflicht ist es, diese pauperisierten Massen um uns zu sammeln und sie im Hinblick auf die kommenden Aufgaben der Partei unter unsern Einfluß zu bringen. Es entspricht den leninistischen Methoden, diesen Farmern, die heute gegen den Kapitalismus, gegen die Trusts, gegen die Finanz- und Eisenbahnmagnaten im Kampf stehen, Konzessionen zu machen. Es ist unsere Pflicht, solche Konzessionen zu machen, damit wir die Farmer zu enger Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft, mit der Kommunistischen Partei bringen.

Welche Stellung hat die amerikanische Kommunistische Partei in der Frage der Schaffung einer Labour Party eingenommen? Die offizielle Flugschrift der Partei sagt:

„Eine Labour Party wird sich bilden, vorausgesetzt, daß es sich nicht um eine Partei, in die jedermann eintreten kann, sondern vielmehr um eine Klassenpartei der Arbeiterschaft handelt. Das bedeutet nicht, daß die Labour Party die Farmer, die selbst ihr Land bebauen, d. h. die Pächter usw., ausschließen muß. Das würde, im Gegenteil, im Hinblick auf die Zukunft der Arbeiterklasse einen Fehler von größter Tragweite bedeuten. Eine der Hauptvoraussetzungen für den Sieg der Labour Party ist der Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Farmern, die in Amerika heute traditionell geworden ist."

Wie steht es nun um die Farmer Labour Party-Bewegung in Amerika, die der Genosse Dunne kritisiert hat? Auf dem Parteitag,

den wir im letzten Jahr abhielten, und auf dem, der jetzt während dieses Kongresses stattfindet, wurde das folgende festgestellt. Hunderttausend New Yorker Arbeiter haben eine Farmer Labour Party für den Staat New York gegründet. In dieser New Yorker Sektion der Farmer Labour Party sind lediglich Arbeiter organisiert. In der Labour Party von Minnesota, für die ungefähr 350 000 Stimmen abgegeben wurden, kontrolliert eine Gruppe organisierter Arbeiter die gesamte Partei. Mit andern Worten, es sind 140 000 Industriearbeiter, die in Minnesota, 20 000 Industriearbeiter, die in Washington, und 100 000, die in New York die Farmer Labour Party ihres Bundesstaates bilden. Auf der andern Seite setzen sich verschiedene Sektionen der Farmer Labour Party hauptsächlich aus Farmern zusammen. Es ist eine sehr bezeichnende Tatsache, daß die Farmer Labour Party im Staate Montana, die durch den Genossen Dunne organisiert wurde, sich hauptsächlich aus der Klasse, gegen die er sich hier wendet, d. h. aus den Farmern, rekrutiert. Auch in Illinois besteht eine Farmer Labour Party. Der Kandidat für den Präsidentschaftsposten der neuen Partei, die gegründet werden soll, ist Duncan Macdonald, den die 100 000 Bergarbeiter von Illinois zum Parteitag entsandten. Wir erkennen voll und ganz an, daß die Arbeiter die Führung in den Farmer Labour Parteien in Händen haben müssen. Aber wir erkennen auch, daß in der für Amerika traditionellen Form der Farmer Labour Party ein festes Bündnis zwischen den amerikanischen Farmern und Arbeitern hergestellt werden muß.

Jetzt zur Frage der Wirtschaftskrise. Ich will nicht sagen, daß Genosse Dunne die kritische Lage in den Vereinigten Staaten unterschätzt, aber er läßt einen der wichtigsten und bedeutsamsten Faktoren nicht nur für die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Amerikas, sondern auch für die Entwicklung der neuen Farmer Labour Party außer acht. Ich werde den statistischen Ziffern, die Genosse Varga in dieser Hinsicht angeführt hat, sofort noch einige weitere hinzufügen. Wie war die Lage während des Parteitages Ende vorigen Jahres oder vielmehr zu Anfang dieses Jahres, am 1. Januar? Genosse Pepper führte aus, daß in Anbetracht der Wirtschaftslage des Landes die KP Amerikas sich mit dem Problem der Arbeitslosigkeit befassen müsse. Das führte zu einer der heftigsten Debatten des Parteitages. Als im Februar die Lage noch kritischer wurde, legte Genosse Pepper wiederum Thesen vor, die von der Mehrheit der Partei abgelehnt wurden. Im darauffolgenden Monat veröffentlichte die Mehrheit eigene Thesen. Was wird darin gesagt? Ich stimme Genossen Varga zu, wenn er behauptet, daß das Zentralexekutivkomitee der Partei nicht nur die Illusionen der Bourgeoisie teilte, sondern darüber hinaus nicht einmal die Feststellungen und Eingeständnisse, zu denen die Bourgeoisie heute gezwungen ist, anerkennt. In diesen Thesen ist mit Bezug auf den wahrscheinlichen Zeitpunkt des Eintretens der Krise das folgende zu finden:

„Sicherlich wird eine Arbeitslosigkeit größten Umfanges in naher Zukunft der Arbeiterklasse bevorstehen. Das bedeutet jedoch nicht, daß man diese Arbeitslosigkeit mit Bestimmtheit für den Sommer 1924 oder für den Winter 1924/25 voraussagen kann, oder daß es nicht möglich wäre, sie bis zum Sommer 1925 hinauszuschieben."

In Anbetracht der Tatsache, daß Millionen von Arbeitern — Varga hat uns gestern die statistischen Ziffern gegeben — heute arbeitslos sind; in Anbetracht der Tatsache, daß sogar der Reaktionär Gompers

im April den Ernst des Erwerbslosenproblems für die Vereinigten Staaten anerkannte und die Gewerkschaften aufforderte, Arbeitslosenmarken auszugeben; in Anbetracht der Tatsache, daß die Bourgeoisie die Sachlage nicht zu schwarz zu malen pflegt, muß man es als Pflichtversäumnis bezeichnen, wenn der Zentralexekutivausschuß einer Kommunistischen Partei dieser Frage ausweicht und hier auf dem Weltkongreß erklärt, daß sie keine brennende sei.

Genosse Varga führte Statistiken an, nach denen die Stahlindustrie heute nur zu 60—65 Prozent arbeitet.

Der „New York Annalist" schreibt:

„Eine Reihe von Großbetrieben sind zu weniger als 50 Prozent beschäftigt."

Genossen, wenn die Bourgeoisie weniger als 50 Prozent Beschäftigung zugibt, dann kann man sicher sein, daß das noch hinter den Tatsachen zurückbleibt. Weiter heißt es:

„Die Unternehmer haben ihr Lohnkonto um 5 Prozent verringert."

Aus der Sachlage werden schließlich die folgenden Schlüsse gezogen:

„Depression und Verschuldung der Landwirtschaft im Westen; überentwickelte Industrie; übermäßige Betriebsanlagen, zu großer Personalbestand; wenig Aussicht auf Belebung der auswärtigen Märkte; zu hohe Löhne; . . . Rückgang der Produktion; Rückgang des Konsums; Rückgang des Profits; Rückgang der Beschäftigung."

Genossen, was ist die Partei verpflichtet zu tun, heute, wo 200 000 Bergarbeiter ohne Arbeit, 300 000 nur zwei Tage in der Woche beschäftigt und 80 000 im Streik sind; wo 220 000 Eisenbahner in den letzten sechs Monaten entlassen worden sind; wo die Beschäftigung in der Automobilindustrie um 25 Prozent abgenommen hat; wo der Kohlenbergbau nur zu 25 Prozent, in einigen Zechen sogar nur zu 10 Prozent arbeitet; wo Hunderttausende von Textilarbeitern erwerbslos sind? Bis zum 5. Juni, d. h. bis zur letzten Nummer des „Daily Worker", unseres offiziellen Parteiorgans, die ich hier erhielt, enthält dieses keine Zeile über den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, keine Zeile über die Organisierung der Arbeitslosen, die Schaffung von Arbeitslosenräten, keine Zeile über Maßnahmen zur Lösung dieses ungeheuren Problems der Arbeitslosigkeit, das heute in Amerika vor uns steht. Ich behaupte, daß durch ihr Versäumnis, die Agrarkrise genügend auszunützen und die Krise der Arbeitslosigkeit zu erkennen, die amerikanische KP die beiden gewaltigsten Fragen, die heute vor ihr stehen, verkannt hat.

Ich bedaure, daß mir die Zeit fehlt, um mich mit den andern Fragen zu befassen, die Genosse Sinowjew in seinem Bericht berührte.

TERNIK (Deutschland): Genossen und Genossinnen! Die deutsche Delegation begrüßt es, daß durch die Rede, die Genosse Bordiga gestern gehalten hat, die Diskussion wiederum auf das Niveau prinzipieller Auseinandersetzungen gehoben worden ist. Man hatte bei den Äußerungen vieler Diskussionsredner den Eindruck, daß sie der Meinung sind, es stehen hier zur Diskussion Fragen einzelner Verfehlungen einzelner Genossen, einzelner Parteien. Wir sind der Meinung, daß die Fragen, die hier zur Diskussion stehen, nicht nur Fragen der Taktik der KI, sondern daß sie sogar Fragen der Grundsätze der KI, der Grundsätze des Leninismus sind. Wenn wir uns die Ausführungen

ansehen, die einige Vertreter des rechten Flügels innerhalb der KI gemacht haben, können wir feststellen, daß es sich nicht um die Kritik einzelner taktischer Maßnahmen handelt, sondern daß die Ausführungen sich richten gegen die *grundlegende Auffassung des Leninismus.* Das ist es, warum die deutsche Delegation wünscht, daß in dieser Frage von allen Parteien ein klarer scharfer Standpunkt eingenommen wird, wie dies von seiten der tschechischen und polnischen Delegation geschah.

Was sind das für grundsätzliche Fragen? Vor allem die Kernfrage des Leninismus, des revolutionären Marxismus überhaupt, daß die Kommunistische Partei Kämpfe führen muß auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, aber nur *zum Zwecke der Vorbereitung, der Organisierung der Revolution.* Das ist der Grundsatz, den wir auf dem Frankfurter Parteitag klar formuliert haben. Wir haben erlebt, daß Radek — bis vor kurzem noch ein Vertreter der Exekutive — gegen diesen Grundsatz des Leninismus Stellung genommen hat. Es ist uns verständlich, daß Genosse Radek diese Auffassung vertritt, denn er hat im August 1923, wo nicht nur die Exekutive, sondern auch die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft Deutschlands sah, daß wir vor entscheidenden Kämpfen um die Macht stehen, einen Artikel in der „Roten Fahne" veröffentlicht, betitelt: „Der Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie und die Aufgaben der KPD", in dem er sagte, die Aufgabe der KPD sei es, *eine Million Mitglieder zu organisieren.* Ich habe hier eine Diskussion mit einem polnischen Genossen gehabt, der sagte: „Ja, in einer solchen Situation kann man eine Million Mitglieder organisieren." Ich antwortete ihm darauf: „Gewiß, wenn die Partei die Losung ausgibt: *Alle Macht dem Proletariat!,* dann kann sie in einer solchen Situation eine Million Mitglieder organisieren. Aber wenn es gilt, die Macht zu erobern, und sie die Losung ausgibt, eine Million Mitglieder zu organisieren, dann wird sie diese Million Mitglieder nicht gewinnen." Bei der Rede des Genossen Brandler haben einige Genossen, die noch nicht genügend geschult sind, vielleicht geglaubt, daß er unmöglich ein Opportunist sein könne, weil er so schreckliche Geschichten erzählte von den geheimen illegalen Vorbereitungen, die er getroffen hat. Diese sogenannten illegalen Vorbereitungen sind das *notwendige putschistische Gegenstück zum Opportunismus.* Wenn eine Partei in einer revolutionären Situation nicht mit klaren revolutionären Parolen, sondern mit demokratischen, reformistischen Parolen auftritt, kann sie in der Arbeiterschaft nicht die Frage des bewaffneten Kampfes stellen, sondern muß in geheimen Privatzirkeln die Frage der Bewaffnung des Proletariats diskutieren. Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß Genosse Brandler in der Partei kein allzu großes Verständnis für seine großen militärischen Pläne fand. Die Massen konnten nicht verstehen, was die militärischen Spielereien sollten, wenn die Partei nach außenhin nicht eingestellt war auf den revolutionären Aufstand, auf den Kampf um die politische Macht. Jetzt, wo wir eine Führung haben, die klar diese Parole der politischen Machteroberung in den Vordergrund stellt, versteht jeder Arbeiter, daß es notwendig ist, auch die notwendigen technischen Vorbereitungen zu treffen. Was Brandler wollte, war, sich in die Revolution hinter dem Rücken des Proletariats auf demokratischem Wege hineinzuschwindeln, ohne den Arbeitern zu verraten, daß wir einmal eine proletarische Revolution durchführen wollen. Das ist die reformistische Politik, die Schiffbruch erleiden mußte. Ferner hörten wir ein langes

Referat der Genossin Klara Zetkin, wo viel die Rede war von der „Spontaneität der Massen", wo wir wieder feststellen konnten, daß *die Grundauffassung des Leninismus über die führende Rolle der Partei in der Revolution verkannt* war. Sie sagte, wenn wirklich eine revolutionäre Massenstimmung im Proletariat gewesen wäre, dann hätte das Proletariat auch *gegen den Willen der Partei* die Revolution durchführen müssen. Eine schwerere Kritik an der Haltung der Partei kann man überhaupt nicht üben; das heißt, daß die sogenannte Kommunistische Partei im Oktober 1923 die Rolle spielte, die im November 1918 die reformistische Sozialdemokratie gespielt hat. Wie war die Situation im November 1918, die die Genossin Zetkin als Parallele herangezogen hat? Da hatten wir eine klare revolutionäre Opposition in dieser Partei, den Spartakusbund, der den Kampf bewußt führte. Aber eben weil es noch keine bolschewistische Massenpartei war, konnte das Proletariat die Macht nicht erobern und behaupten, und die bürgerlich-demokratische Konterrevolution behauptete das Feld. Wenn man uns heute mit Reden kommt, die uns auf unsere Auffassung von 1918 zurückwerfen, wo wir die Grundlagen des Leninismus noch nicht kannten, so ist das eine *Revision des Kommunismus*, die wir nie und niemals mitmachen werden. Die Massen haben auf unser Signal gewartet, und weil dieses Signal ausgeblieben ist, haben sie nicht gekämpft. Wäre keine Partei dagewesen, hätten die Massen gekämpft und wären geschlagen worden, wie 1918; weil aber eine Partei da war, von der man meinte, daß sie in den Kampf führen wird, und sie dieses Signal nicht gab, haben die Massen nicht gekämpft. Die Zentrale gab zu der Zeit, wo die Massen auf den Kampf brannten, ein Rundschreiben heraus, daß die Situation nicht günstig für uns sei, daß sich die Bourgeoisie nach ihrem Siege von selbst zersetzen würde. Weil auf diese Weise die Leitung der Kommunistischen Partei die kampfwilligen Massen irregeführt hat, ist es nicht zu dem Kampf gekommen, den wir erwartet haben. Bei allen Verdiensten, die die Genossin Klara Zetkin in der Vergangenheit hat, müssen wir ihr sagen, daß wir diese ihre Auffassung energisch ablehnen und von dem Kongreß einen klaren Beschluß gegen solche Anschauungen verlangen.

Genosse Thalheimer hat gegen die Einmischung der Komintern in den deutschen Parteistreit und für die „Kontinuität der Führung" gesprochen. Das ist eine Anspielung darauf, daß eine so „alte bolschewistische Garde", wie es die Führer der Brandlerzentrale waren, abgesägt wurde, während in Rußland die Garde mit der Unterstützung der deutschen Partei ihre Führung behauptet hat. Der Vergleich stimmt nicht ganz. Wir haben klar und deutlich Stellung genommen für das Zentralkomitee der russischen Partei, nicht weil es eine alte Garde ist, sondern weil es eine alte *bolschewistische* Garde ist. Wir haben im Oktober unsere alte Garde abgesetzt, weil sie bewiesen hat, daß sie keine bolschewistische Garde ist.

Zu den einzelnen Sektionen und zur allgemeinen Lage:

Man spricht von der „pazifistisch-demokratischen Welle". Einzelne Diskussionsredner haben schon darauf hingeweisen, daß in Deutschland von einer pazifistisch-demokratischen Welle keine Rede sein kann, sondern eher von einer faschistisch-pazifistischen — wenn das auch sonderbar klingen mag — Welle. Die Durchführung des Sachverständigengutachtens, die Verständigung mit der französischen Bourgeoisie auf dem Wege der schroffsten Ausbeutung des Proletariats, erfordert die härteste Kapitalistendiktatur. Freilich bewahrheitet sich

dadurch nicht die lächerliche Behauptung vom Siege des Faschismus über die Novemberrepublik, sondern zu erwarten ist das einmütige Zusammenstehen der Deutschnationalen und der deutschen Sozialdemokratie, dieser zwei stärksten Parteien der Bourgeoisie, gegen das Proletariat, die schroffste Diktatur der Bourgeoisie gegen das Proletariat innerhalb des Rahmens der „demokratischen" Republik. Das ist in Deutschland die Lage. Wir haben hingewiesen auf die Welle von Massenkämpfen, die jetzt verstärkt anhebt. Es ist leicht möglich, daß wir in absehbarer Zeit wieder vor entscheidenden revolutionären Kämpfen stehen werden. Daher haben wir das größte Interesse an der Organisierung der Revolution auch in den Nachbarländern, damit diese Parteien eine tatkräftige Unterstützung für die deutsche Revolution leisten können. Wenn wir vom Genossen Sinowjew gehört haben, was für die Tschechoslowakei als Unterstützung der deutschen Revolution vorgeschlagen war, so sagen wir offen, wenn man einen solchen Vorschlag macht, so zeigt das, daß die Internationale nicht damit rechnet, daß es eine revolutionäre Massenbewegung, eine revolutionäre Partei in der Tschechoslowakei gibt. Das ist ein Zustand, der unmöglich andauern kann.

Es wird behauptet, daß wir die Mehrheit des Proletariats in der Tschechoslowakei erobert haben. Wenn das wahr ist, dann sollen wir nicht das Hauptaugenmerk auf die Gewinnung weiterer Massen legen, sondern auf die Mobilisierung der schon hinter der Kommunistischen Partei stehenden Massen zum Kampf. Aus den Reihen der Mehrheit der tschechischen Delegation ist zu ersehen, daß sie noch nicht verstanden haben, was es heißt, wenn wir sagen, daß es ihnen an Aktivität fehlt. Man kommt mit Berichten über Enqueten und Sekretariate, die man gegründet hat, man weist nicht hin auf die konkreten politischen revolutionären Aktionen, die man, abgesehen von Wahlkämpfen, geführt hat. Die tschechische Partei erzählt, daß sie einen Kampf zur Enthüllung der Korruption geführt hat. Das ist eine schöne Sache. Aber was folgte? Die Bourgeoisie antwortete mit Ausnahmegesetzen gegen die Presse und mit Aufhebung der Immunität von Abgeordneten, und unsere tschechischen Genossen hielten moralische Entrüstungsreden im Parlament, daß man die „Freiheit der Presse" knebele und die „Würde des Hauses" verletze. Man hat nichts getan, um eine Aktion in den Massen zu entfesseln. Hätte man das getan, so hätte erst die ganze Enthüllungskampagne gegen die Korruption eine revolutionäre Bedeutung bekommen. Aus diesen Gründen ist es verständlich, daß sowohl die tschechische wie die polnische Partei nicht verstanden haben, welche politische Bedeutung die Streitfragen in Rußland und Deutschland haben, darum haben sie sich um eine klare Stellungnahme herumgedrückt.

Genosse Sinowjew hat bereits auf einen Artikel des Genossen Hula hingewiesen, in dem einige für die Auffassung der KPTsch sehr charakteristische Stellen stehen. Es hieß da:

„In der russischen Diskussion ging es um Fragen, die nur die russische Partei aus eigener Kraft lösen kann . . . und es würde nichts zur Lösung dieser Fragen beitragen, wenn z. B. die Genossen von Bratislawa für Trotzki und die Brünner für Sinowjew Stellung nehmen würden."

Das heißt, die tschechische Partei hat bis heute nicht begriffen, daß es in der russischen Parteifrage geht um die Aufrechterhaltung

der Diktatur des Proletariats in Rußland, ob Rußland weiter bleiben soll die Festung der Weltrevolution, weiter an der Seite der kommunistischen Parteien des Westens den Kampf führen soll, oder ob man weitere Konzessionen an die Bourgeoisie in Rußland und außerhalb Rußlands machen soll, die diesen Vorposten der Weltrevolution gefährden müßten. Das hat man bis heute noch nicht begriffen. Und ebensowenig haben die Genossen, die derart Stellung nehmen, bis heute begriffen, daß die Frage in Deutschland heute nicht so steht, ob Brandler ein guter Kerl oder Genossin Fischer die befähigteste Führerin ist, sondern ob man in einem Augenblick, der revolutionär ist, in eine Regierung eintreten darf, die keinen Versuch unternimmt, die Massen wirklich zu mobilisieren und in den Kampf zu führen, wo man dann notwendig, wie es Radek treffend ausgedrückt hat, „wie ein Idiot" in der Staatskanzlei sitzt, um die Waffen zu suchen, statt die Massen zu mobilisieren, die die Waffen ergreifen sollen. Es handelt sich nicht um eine persönliche Frage. Die Genossen müssen Stellung nehmen. Ich glaube, es ist kein Zufall, daß nicht nur Genosse Kreibich, sondern auch das Zentralorgan der Ebertsozialisten, der „Vorwärts", der Meinung ist, daß Radek der beste Kenner der deutschen Verhältnisse ist und nicht Genosse Sinowjew, der so naiv ist, noch immer an die Möglichkeit der Revolution in Deutschland zu glauben. Es wäre höchste Zeit, daß die Delegationen, besonders die tschechische, die in diesen Fragen noch nicht Stellung genommen haben, klar und deutlich hierzu Stellung nehmen. Es nützt auch nichts, wenn wir aus der Tschechoslowakei immer hören, daß die Massen dort furchtbar passiv sind, und man darum nichts machen kann. Ja, wenn die tschechoslowakische Partei bewiesen hätte, daß sie alles versucht hat, um die Passivität zu brechen — aber die Passivität fängt schon in der Führung an. Und man kann auch hier nicht verlangen, daß die revolutionären Arbeiter, wie Genossin Klara Zetkin es für Deutschland verlangt hat, auch gegen die Führung und über die Führung hinaus den Kampf führen.

Zur Weltlage: Einige Genossen nehmen zur deutschen Partei, wie sie jetzt ist, folgende Stellung ein: Aus Deutschland kommen ganz gute Leute, einige Proletarier und einige weniger gute jugendliche Intellektuelle, aber ehrliche Kämpfer, die bereit sind, morgen auf die Barrikade zu gehen; sie haben einen Kampf hinter sich, der schief ausgegangen ist, aber sie verstehen die Lage in der Welt gar nicht, sie glauben, morgen muß die Revolution kommen, und deshalb tun sie furchtbar radikal.

Genossen! Wir sagen ganz offen, wir haben *beide Perspektiven.* Wir haben das gesagt im Frankfurter Parteitagsbeschluß; es steht in den Instruktionen für die deutsche Delegation. Wir rechnen mit der Möglichkeit einer *raschen revolutionären Entwicklung* in Deutschland und damit in ganz Europa, aber auch mit einer vorübergehenden Stabilisierung des deutschen Kapitalismus durch die Unterstützung des internationalen Kapitals nach dem Sachverständigengutachten, mit einer vorübergehenden Versumpfung der revolutionären Bewegung. Aber unsere Aufgabe steht so: Wenn die „demokratisch-pazifistische Welle" ansteigt, wenn die Sozialdemokratie und die Amsterdamer sich konsolidieren, wenn sich der Weltkapitalismus konsolidiert, so ist das nicht der mindeste Anlaß für die Kommunistische Internationale, für die Kommunistische Partei, in ihrer Taktik sich anzupassen an den Reformismus, sondern es ist *doppelt notwendig,* sich klar, scharf und

eindeutig abzugrenzen *gegen die liquidatorische Tendenz in der Kommunistischen Internationale.* Gerade wenn wir so eine Versumpfungsperiode vor uns haben, werden die Gefahren doppelt gefährlich werden, werden wir hier dafür sorgen müssen, daß die Internationale sich mit der gleichen Schärfe und Eindeutigkeit gegen die liquidatorische Tendenz abgrenzt, wie die deutsche Partei es in Frankfurt und die russische auf ihrem 13. Parteitag getan haben. Nur wenn wir das klar und eindeutig, ohne Kompromisse, tun werden, werden wir sagen können, daß wir diesen Kongreß, den ersten, der nach dem Tode Lenins stattfindet, wirklich im Geiste Lenins geführt haben. Dann werden wir mit Stolz sagen können, daß wir die Weltpartei Lenins sind.

DE VISSER (Holland): Im Namen der holländischen Delegation bemerke ich, daß Genosse Bär den Genossen Wynkoop nicht ganz richtig verstanden hat. Es handelte sich nicht um die unbeschränkten revolutionären Möglichkeiten in England und Amerika, sondern um die überwiegende Rolle, die diese Länder im Imperialismus einnehmen und deshalb auch im Kampfe der revolutionären Arbeiterbewegung einnehmen sollen.

Was die holländische Partei anbelangt, so hat sie schon seit dem Jahre 1909 einen schweren Kampf gegen den Reformismus geführt, wozu Lenin mehrmals seine Zustimmung äußerte, und seit dem Weltkrieg kämpfte sie für die revolutionäre Einheitsfront. Die Partei war eine der ersten Parteien, die sich der Komintern angeschlossen haben, und hat alle Beschlüsse der Komintern angenommen und versucht, sie auszuführen. Fehler werden gemacht, aber Fehler werden von jeder kämpfenden Partei gemacht. Ich wundere mich, daß ein Genosse den Genossen Wynkoop in einem Atem mit dem Genossen Höglund nennt, wo doch die holländische Partei nicht nur mit Genossen Sinowjew im allgemeinen in Übereinstimmung ist, sondern auch mit der Rede des Genossen Kuusinen, der den Opportunismus der schwedischen Partei auf diesem Kongreß gegeißelt hat.

Die Schwierigkeiten, die damals in der holländischen Partei mit der KAP-Opposition Gorter-Pannekoek bestanden, sind vollkommen überwunden durch die Führung unserer Partei, wie in der Leninschen Broschüre über die Kinderkrankheiten und der dort gegebenen Erklärung des Genossen Wynkoop hervorgehoben wird. Auch jetzt sind wieder die taktischen Differenzen in der Partei mit Hilfe der Komintern vollständig überwunden. Die Delegation der Exekutive, die im April aus Rußland nach Holland geschickt wurde, hat die Verdienste der holländischen Partei als revolutionärer leninistischer Partei anerkannt.

Der Kampf gegen uns, gegen die Partei, wird öfter mit Verfälschungen geführt, wie das auch einige Male in andern Parteien der Fall war. Nachdem wir aber auf dem Kongreß der holländischen Partei zu einem Kompromiß gekommen waren, traten doch einige oppositionelle Genossen, die an dem Kompromiß mitgewirkt hatten, aus der Partei aus und wenden sich jetzt als selbständige Gruppe an die Komintern. Ich meine, die Komintern wird diese Versuche selbstverständlich abweisen.

Zur Rede des Genossen Semaoen habe ich zu erklären, erstens, daß die Übersetzung nicht ganz mit der Rede übereinstimmt; zu dem, was Semaoen gesagt hat, z. B. daß Wynkoop übertrieben habe, was den Einfluß der holländischen Partei auf die indische Bewegung anbelangt, und wo er gesagt hat, daß die russische Revolution den stärksten

Einfluß auf die Bewegung gehabt hat, möchte ich bemerken, daß es selbstverständlich ist, daß die russische Revolution in allen Ländern den größten Einfluß auf die Parteien geübt hat. Aber ich weise darauf hin, daß schon in den Jahren 1911/12 eine Reihe holländischer Genossen in der indischen Bewegung sehr stark tätig waren. Ich nenne die Namen van Sneevliet, Aroen, Baars, van Burink und andere, die später von der Regierung verfolgt, verbannt und brotlos gemacht wurden. Dann weise ich darauf hin, daß gelegentlich des Eisenbahnerstreiks von 1923, der von Semaoen zitiert wurde, ich selbst in einer Reihe von Versammlungen Protestreden gegen die Regierung gehalten habe über die internationale Reaktion, wobei ich die Ereignisse in Indien besprochen habe. Auch habe ich mit Semaoen zusammen in 30 Versammlungen über diese Angelegenheit gesprochen, und er hat es in diesen verschiedenen Versammlungen begrüßt, daß die holländische Partei eine gründliche Agitation geführt hat. Auch Genosse Maring hat im April auf unserm holländischen Parteikongreß bestätigt, daß die holländische Partei ausgezeichnete Arbeit in der kolonialen Propaganda geleistet hat. Auf dem letzten holländischen Kongreß wurde beschlossen, ganz aktiv an die Bildung der Betriebszellen und die Bolschewisierung der Partei heranzugehen. Die Delegation auf diesem Kongreß bestand zu 95 Prozent aus Arbeitern. Wir betrachten das Parlament nicht als das Wichtigste, vielmehr werden wir uns konzentrieren auf den Kampf gegen den Militarismus, auf das Eindringen in die Massen und Umgestaltung der großen Gewerkschaften in revolutionäre Arbeiterorgane.

Was die deutsche Partei betrifft, weise ich darauf hin, daß sie sich nach der Krise gefestigt hat, und die Millionen Stimmen bei den Reichstagswahlen sind ein Beweis für ihre großen Möglichkeiten.

Ich hoffe, daß der Kongreß die Mittel finden wird, die Massen für den Kommunismus zu gewinnen. Auch die holländische Partei ist der Meinung, daß die Weltrevolution möglich, ja sehr nahe ist.

LOSOWSKI (Rußland): Die grundlegende Frage, die bei der Aussprache über die Tätigkeit der Exekutive und die zukünftige Taktik der Internationale beantwortet werden muß, ist die folgende: Hat die Taktik der Exekutive das Wachstum der internationalen kommunistischen Bewegung gefördert, und welche Methode ist in der Zukunft anzuwenden, um unsere Parteien zu stärken und den Kampf um den Kommunismus intensiver zu gestalten? Das Ziel der Kommunistischen Internationale war von dem ersten Tage ihres Bestehens an klar. Was aber die Kampfmethoden betrifft, so ändern sich diese und müssen sich ändern in Anpassung an die Verhältnisse, unter denen wir wirken müssen. Die Lage des Weltmarktes, der Grad der Zersetzung der nationalen und der Weltwirtschaft, der Grad des Einflusses der Bourgeoisie auf das Proletariat, das Kräfteverhältnis zwischen Stadt und Land, die Bedeutung des Reformismus in der Arbeiterbewegung usw., alle diese Faktoren müssen bei der Bestimmung der Methoden und der Mittel des Kampfes in Betracht gezogen werden. Das Ziel, das wir erreichen müssen, ist die Organisation der Revolution, und alle taktischen Mittel, die die Kampffähigkeit der Arbeiterklasse steigern, die zur Zersetzung des Reformismus führen und uns der siegreichen Revolution näher bringen, sind gut. Von diesem Standpunkt aus sind zum Teil die Parolen der Einheitsfront, der Arbeiter- und Bauernregierung usw. zu betrachten. Bordiga hat in seiner Rede die Exekutive

einer übermäßigen Biegsamkeit beschuldigt. Seines Dafürhaltens sind Biegsamkeit und Elastizität die Hauptfehler der Exekutive. Bordiga hat eine ziemlich bizarre Auffassung von der bolschewistischen Taktik und eine noch bizarrere Auffassung von den Aufgaben des internationalen Generalstabes der Revolution. Die Internationale ist keine unbewegliche Bronzestatue. Sie ist kein Automat, der stets die gleichen Bewegungen macht, sie kann und soll nicht steif wie eine Telegraphenstange sein; sie ist eine Kampforganisation, die ihre Kampfmethoden ändert, um ihr grundlegendes Ziel, die Eroberung der Massen für die soziale Revolution, zu erreichen. Was würden wir von einem General sagen, der die „unabänderlichen Gesetze" des Krieges zur Richtschnur nehmen würde, ohne seine strategischen und taktischen Pläne den sich ändernden Verhältnissen anzupassen, der es nicht verstehen würde, die Aufstellung seiner Truppen schnell zu ändern, sie zu gruppieren, von der Offensive zur Defensive, vom Bewegungskrieg zum Stellungskrieg überzugehen usw. Das wenigste, was man von einem solchen General sagen könnte, wäre, daß er ein Schuljunge und kein Stratege ist. Hätte Bordiga, statt der Exekutive ihre Biegsamkeit zur Last zu legen, bewiesen, daß diese Biegsamkeit die Entwicklung der kommunistischen Bewegung gehindert hat, so wäre er im Recht. Gerade das hat er aber nicht bewiesen; er begnügte sich damit, zu erklären, daß die Biegsamkeit im allgemeinen keine kommunistische Tugend zu sein brauche. Wir erlauben uns zu bemerken, daß Bordiga eine sehr falsche Auffassung von den taktischen Grundsätzen des Bolschewismus hat. Der geniale Schöpfer und Stratege des Bolschewismus, Lenin, gab der Kommunistischen Internationale genügend Beispiele der Biegsamkeit der bolschewistischen Partei. Ein aufmerksames Studium der Werke und der Tätigkeit Lenins wäre daher für den Genossen Bordiga von großem Nutzen. Er hätte dann der Internationale nicht zur Last gelegt, was ihr größtes Verdienst ist, er hätte die strategischen Manöver der KI nicht als Schwankung bezeichnet. Von einem rein formalen Standpunkt könnte man von Schwankungen der russischen Partei im Laufe der ganzen Revolution sprechen. Es genügt, die gesamte Tätigkeit der KPR aufmerksam zu prüfen, um zu sehen, daß ihre scheinbaren und formellen Schwankungen (Kriegskommunismus — neue Wirtschaftspolitik, Bildung der Komitees der Dorfarmut und Auflösung derselben) mit den dem Reformismus eigenen Unschlüssigkeiten und Schwankungen nichts zu tun haben. Es ist dies die wahre kommunistische Politik im besten Sinne des Wortes, d. h. die Fähigkeit, bei einer Änderung der Verhältnisse die Hauptlinie mit andern Mitteln und andern Methoden zu verfolgen.

Betrachten wir die Tätigkeit der Exekutive von diesem Gesichtspunkt, so sehen wir, daß das Bild nicht so düster ist, wie Bordiga es uns schildert. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen kann die Kommunistische Internationale die Parole: Nur die Einheitsfront von unten! nicht annehmen, genau so wie die Parole der Ausbreitung dieser Taktik auf alle Länder, unabhängig von den konkreten Verhältnissen des Kampfes der Arbeiterklasse, unannehmbar ist.

Im Mai 1923 hat in Berlin eine internationale Konferenz der Transportarbeiter stattgefunden. Auf dieser Konferenz traten Vertreter der russischen Gewerkschaften mit dem internationalen Metallarbeiterverband, der der Amsterdamer angeschlossen ist, zusammen. Dies war eine Einheitsfront von oben. Und ich frage nun die deutschen Genossen: War diese Konferenz nützlich für die internationale kommunistische

Bewegung im allgemeinen und für die deutsche Bewegung insbesondere, oder war sie ein einfaches und vulgäres Kompromiß? Dieses Beispiel genügt, um sich von der Unzulässigkeit der unbiegsamen Formel: Nur die Einheitsfront von unten! zu überzeugen. Und dann, wo fängt die Einheitsfront von unten an, und wo hört sie auf? Wird die Einheitsfront in den Betrieben, Betriebsräten, den unteren gewerkschaftlichen Organen eine Einheitsfront von unten oder eine von oben sein? Ich glaube, daß das Ausschlaggebende die Art und Weise ist, wie die Massen durch unsere Parole um die Betriebe mobilisiert werden können, daß das Ausschlaggebende die Zehn- und Hunderttausende Arbeiter sind, die wir erfassen können, die Frage, ob die Einheitsfront, die wir bilden, um die unter dem Einfluß der Reformisten stehenden Massen für uns zu gewinnen, gelingen oder mißlingen wird. In diesem Sinne spielt unsere Taktik in den Gewerkschaften eine ausschlaggebende Rolle. Die Betriebsräte und die Gewerkschaften sind ein natürliches Feld für die Anwendung der Einheitsfronttaktik, durch die die Mehrheit der Arbeiterklasse erobert werden kann. Die Genossin Ruth Fischer hat in ihrer Rede von Schwankungen der RGI in gewerkschaftlichen Fragen gesprochen und wollte auf diese Weise die jeden strategischen Charakters bare Zickzacklinie, die die KPD auf diesem Gebiete befolgte, erklären. Offenbar hierzu hat Ruth Fischer hervorgehoben, daß die RGI, und namentlich ich, in dieser Frage eine andere politische Linie befolgte als die KI. Wenn mein Gedächtnis mich nicht im Stich läßt, so hat es unmittelbar vor dem Parteitag in Frankfurt und auch während des Parteitages Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die gewerkschaftliche Taktik zwischen der Internationale und der deutschen Partei gegeben. Zwischen der KI und der RGI hingegen gab es in dieser Frage keine Meinungsverschiedenheiten. Schließlich, selbst wenn die RGI geschwankt hat, war die KPD sowohl formell wie auch im Wesen der Sache nicht verpflichtet, ihr zu folgen, da sie klare und genaue Weisungen von der KI hatte. Wir werden noch ausführlich über diese Frage sprechen und mit großem Interesse die Beweise anhören, die zeigen sollen, daß die RGI die Verantwortung für die Schwankungen der deutschen Partei in der gewerkschaftlichen Frage trägt. Zum Schluß noch eine Bemerkung. Die Umwandlung der KI in eine einheitliche und starke internationale bolschewistische Partei ist ein sehr langer und schmerzhafter Prozeß. Dieser Prozeß kann nur dadurch beschleunigt werden, daß der leitende Kern der Internationale je nach den Umständen bald eine rechte, bald eine linke Linie, natürlich in bedingtem Sinne des Wortes, verfolgen kann. Er kann nur beschleunigt werden, wenn die KI die größtmögliche Biegsamkeit bekundet, wenn sie sich den Prozessen, die in den Massen zutage treten, anpaßt, wenn die 54 kommunistischen Parteien einen aktiven ständigen, immer größeren Anteil an der Lösung der internationalen Probleme nehmen. Die internationale bolschewistische Partei kann nur durch internationale Aktionen geschaffen werden. Dies ist die Aufgabe der Kommunistischen Internationale, und die Tätigkeit der KI und ihrer Sektionen in der nächsten Periode wird diese Aufgabe lösen.

WASSILIJEW (von der Kommunistischen Partei Karpathorußlands): Genossen! Die Kommunistische Partei, die Führerin der Arbeiter und Bauern Karpathorußlands (Beifall), die mich zum 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale geschickt hat, beauftragt mich, dem Kongreß den begeisterten revolutionären Gruß nicht nur der siegreichen

Partei, sondern auch jener Arbeiter- und Bauernmasse zu übergeben, die diesen glänzenden Sieg errungen hat, und den kommunistischen Parteien der ganzen Welt zeigen wird, daß die Bauernschaft, wenn ihr eine gewisse Beachtung gewidmet wird, zu einem aktiven Kämpfer der Revolution werden kann. (Beifall.)

Ich konnte nicht rechtzeitig zum 5. Kongreß der KI eintreffen und habe die Debatten, die hier stattgefunden haben, nicht gehört. Nun ich aber die Kritik des Genossen Sinowjew an der KPTsch gelesen habe, muß ich sagen, daß er mit bewunderungswürdiger Genauigkeit die Fehler der Partei bezeichnet hat. (Beifall.) Ich weiß nicht, ob es dem Genossen Sinowjew bekannt ist, worüber unsere Genossen in den Versammlungen und privaten Unterredungen sprechen, es ist aber Tatsache, daß Genosse Sinowjew gerade das gesagt hat, worüber unsere Kommunisten sprechen.

Nach Unterdrückung der ungarischen proletarischen Revolution kam eine neue Regierung, die versprach, ein neues Leben für das Arbeiter- und Bauernproletariat der Tschechoslowakei zu schaffen. Gegenwärtig ist es schon allen klar, daß das Proletariat Karpathorußlands in ein neues Joch gebeugt ist. Die Regierung der tschechoslowakischen Republik befindet sich schon seit sechs Jahren an der Macht. Den Boden in Karpathorußland hat aber noch immer Graf Schönborn, der eine Viertelmillion Desjatinen Boden besitzt. Es ist euch bekannt, Genossen, daß bei den letzten Wahlen das Volk Karpathorußlands in das Parlament und in den Senat zu 40 Prozent Kommunisten gewählt hat. (Beifall.) Dieser Schritt zeigt klar, daß das leidende Volk Karpathorußlands unter dem roten Banner der Kommunistischen Partei Rettung sucht.

Karpathorußland ist einfach eine Kolonie der tschechoslowakischen Republik, deren herrschende Klasse diese Kolonie „Asien" nennt. Tatsächlich herrschen in diesem Gebiet asiatische Verhältnisse. Das Volk besitzt nichts und wird von allen ausgebeutet. Die Arbeiter und Bauern Karpathorußlands sind in Massen der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei beigetreten, um unter ihrer Führung die endgültige Befreiung und die proletarische Diktatur zu erkämpfen.

Genossen, wir lieben unsere tschechoslowakische Kommunistische Partei, um so mehr, als sie in unserer kleinen Heimat geboren ist, wo noch die glorreichen Traditionen der ungarischen proletarischen Diktatur leben, und wo so oft der Kanonendonner der russischen Roten Armee zu hören war. Aber gerade diese unsere Liebe zur Partei veranlaßt uns, offen unsere Unzufriedenheit mit der Politik dieser Partei auszusprechen. Die Partei beschäftigt sich nicht mit der Bodenfrage, sie hat in dieser Frage keinerlei politische Linie, trotzdem die Bodenfrage bei uns eine entscheidende ist. Auch in der nationalen Frage hat die Partei keinerlei Programm, wiewohl diese Frage ebenfalls von großer Bedeutung für das karpathorussische Volk ist. Wir wollen, daß der Rahmen der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken ausgefüllt wird. Wir wollen, daß die Karpathen dieser Union beitreten, und verlangen von den Führern unserer Partei, daß sie ohne jedes Diplomatisieren zu dieser Frage Stellung nehmen. Es vergeht keine Woche, ohne daß in Karpathorußland Arbeiter- und Bauernblut fließt. Was tut aber indessen die Partei? Sie erzählt im Parlament Märchen und beruft Versammlungen ein, statt die karpathorussischen Arbeiter und Bauern und alle Arbeiter der Tschechoslowakei aufzu-

fordern, sich zu organisieren und die Waffen zu ergreifen, um sie gegen ihre Unterdrücker zu richten.

Wir fordern, daß die Partei entschieden ihre gegenwärtige unzulässige Politik ändere und zur Aktion übergehe, wie dies Pflicht einer revolutionären Kommunistischen Partei ist. Ich bin überzeugt, daß die karpathorussischen Arbeiter und Bauern nach unserer Rückkehr vom Kongreß das gleiche sagen werden. Die Lage bei uns ist ständig revolutionär. Sie muß ausgenützt werden. Hierzu aber ist es notwendig, daß die Partei den Weg eines entschlossenen bolschewistischen Kampfes betritt.

Genossen! Ich wende mich an alle Delegierten des Kongresses der Kommunistischen Internationale mit der Aufforderung, den schweren revolutionären Kampf des karpathorussischen Proletariats zu unterstützen. Dies wird uns unsere Arbeit erleichtern und uns Hoffnung auf einen nahen Sieg geben.

Es lebe das karpathorussische Proletariat!

GRSCHEGOSCHEWSKI (Polen): Bevor ich zum Wesen der Frage übergehe, muß ich darauf aufmerksam machen, daß der Kampf gegen den Opportunismus, der Kampf gegen die rechten Abweichungen so geführt werden muß, daß die wahren Grundlagen des Opportunismus nicht verwischt werden.

Ich sage das, weil einige Genossen, die bei der Aussprache die Frage der Tätigkeit der polnischen Partei berührten, nicht bestrebt waren, sie von einem allgemeinen politischen Standpunkt zu prüfen, sondern sich nur mit Kleinigkeiten beschäftigten. Fehler gab es in der polnischen Partei viel. Jene Genossen aber, die auf diese Fehler hinwiesen, bedienten sich nicht nur richtiger Argumente, sie brachten auch Argumente zweiter Ordnung vor.

Wenn wir die polnische Partei tatsächlich gesund machen, sie von den opportunistischen Abweichungen heilen wollen, so müssen wir die tieferen Grundlagen dieser Abweichungen bloßstellen. Das ist es, was ich über diese Frage sagen wollte.

Nun einige Worte über die Politik der KI im allgemeinen.

Genosse Bordiga sagte, daß es in der Taktik der KI keine Klarheit der verfolgten Linie gebe, er sagte uns bei der Darlegung seines Standpunktes, daß er Gegner der Einheitsfront sei. In der Praxis heißt dies, Gegner des revolutionären Manövrierens zu sein.

Genosse Bordiga gibt aber selbst die Notwendigkeit des Manövrierens zu, indem er sagt, daß in den Fragen des gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter eine Einheitsfront möglich sei, die sich in gemeinsamen Aktionen der Zentralorgane der Gewerkschaften, Betriebsräte usw. offenbart. Wollte der Genosse Bordiga konsequent sein, so müßte er auch in dieser Frage auf dem Standpunkt stehen, daß kommunistische Arbeiter nur solchen Organisationen angehören können, die ausschließlich Kommunisten umfassen.

Genossen! Worin liegt das Wesen des Bolschewismus? In der Forderung, die Massen zu erobern und politische Fragen mit revolutionären Methoden zu lösen. Genosse Brandler beging aus dem Grunde große opportunistische Fehler, weil er, wenn er sich schon entschloß, in die sächsische Regierung einzutreten, trotzdem nicht in revolutionärer Weise manövrierte. Gerade auf diesem Wege der Lösung praktischer politischer Fragen in der Internationale trat in der Periode zwischen

dem 4. und 5. Kongreß, infolge einer falschen, unrichtigen Auslegung der Resolution des 4. Kongresses, ein rechter Flügel zutage.

Zu den inneren Angelegenheiten der polnischen Partei übergehend, müssen wir zugeben, daß wir es, trotz der Kampfvergangenheit der Partei, nicht verstanden haben, in vollem Umfange eine Politik des revolutionären Manövrierens zum Zwecke der Eroberung der Massen zu treiben.

Man beschuldigt uns des Opportunismus. Worin offenbart sich dieser? Darin, daß wir die Lage nicht genügend zu Aktionen ausgenützt haben, die Einheitsfronttaktik nicht in revolutionärem Geiste anwandten, und im Interesse der Einheit der Aktion wiederholt wesentliche Losungen und selbständige Aktionen zum Opfer brachten. Darin liegt unser Opportunismus.

Nun gehe ich zur russischen Frage über. Ich muß erklären, daß der Standpunkt, den die Mehrheit der polnischen Delegation einnimmt, der Standpunkt des Zentralkomitees, eine Stellungnahme für eine unbedingte Unterstützung des ZK der KPR ist. Diese Stellungnahme kristallisierte sich endgültig nicht hier auf dem Kongreß heraus, sondern schon weit früher, nach einem langen Kampfe zweier Strömungen in bezug auf die Lösung dieser Frage. Es wundert mich sehr, daß die Genossen von der Minderheit unserer Delegation nicht das Wort ergriffen haben, um ihren Standpunkt in dieser Frage darzulegen.

In bezug auf die Opposition in der KPR beschäftigten wir uns stets mit einer Analyse der Lage und nahmen keinen aktiven Anteil am politischen Kampf, der sich damals in der KPR abspielte. Wir standen von allem Anfang an nicht auf dem Standpunkt der Opposition, objektiv mußte aber unsere Haltung als eine Unterstützung derselben ausgelegt werden. Wir stellten nicht die Frage, vor welchen Aufgaben die bolschewistische Partei stehe, was sie sagen und tun müsse, sondern sagten: Genossen, beschießt die Opposition nicht mit Dum-Dum-Kugeln. Von der gleichen Art war auch unsere Stellungnahme zur deutschen Frage. Auch hier beschäftigten wir uns mit einer Analyse und nicht mit einer Lösung der Frage. Wir gingen nicht von der Erwägung aus, welche Fehler die deutsche Partei als Führerin des Proletariats gemacht habe, und wir wiesen nicht auf ihre politischen Fehler hin. Wir waren Analytiker und keine Politiker.

Einer der Hauptgründe unserer politischen Fehler liegt in der bunten Zusammensetzung unserer führenden Parteiinstanz und in dem Mangel an Geschlossenheit in derselben. Für die Kommunistische Partei ist aber die Führung die wichtigste politische Frage.

Zum Schluß einige Worte über die Arbeiter- und Bauernregierung. Genossen, die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung ist für uns von besonderer Bedeutung, um so mehr, weil auch die PPS mit dieser Losung operiert. Wir müssen klar sagen, daß für uns die Arbeiter- und Bauernregierung die Macht der Arbeiter und Bauern, die Diktatur des Proletariats ist. Ich bin überzeugt, daß unsere Partei mit Hilfe des 5. Kongresses nunmehr die revolutionäre Linie der Kommunistischen Internationale befolgen wird.

SAMUELSON (Schweden): Genossen, der Genosse Höglund hat gestern eine Rede gehalten, in der er die schwedische Minderheit angegriffen hat. Ich spreche im Namen der Minderheit der schwedischen Partei einige Worte.

Genosse Höglund ist ein ausgezeichneter Repräsentant der formalen und diplomatischen Disziplin. Es ist ihm bisher immer gelungen, sich auf der offiziellen Linie der Komintern zu halten oder zu balancieren. Er ist ständig mit den „hunderttausend Thesen" unzufrieden, aber er bleibt doch so ziemlich Anhänger dieser Thesen. Er ist ein charakteristischer Typus der Anti-Moskau-Richtung in der Komintern. Formell erklärt Genosse Höglund, daß er die Beschlüsse für bindend hält, aber selbstverständlich muß sich ein solcher mechanischer Anschluß sehr hemmend und deprimierend in unsern Reihen auswirken. Unsere Mitglieder sehen in der Komintern nicht eine Organisation, der sie formell anzugehören wünschen, sondern sie sehen in der Kommunistischen Internationale eine Organisation der Tat und des Kampfes. Die Arbeiter, die sich uns anschließen, tun das, weil sie kämpfen wollen und weil sie sehen, daß die Kommunistische Internationale eine Organisation des revolutionären Klassenkampfes ist. Wieder und wieder kehren die Reservationen des Genossen Höglund zurück, werden für ein paar Monate liquidiert, sind aber plötzlich wieder da. Das ist leider keine Ausnahme, sondern ein System geworden, ein Komplex von ultrarechten Abweichungen, die durch die revolutionären Traditionen des Genossen Höglund nicht ungefährlicher werden. Wenn wir — die Minderheit — gegen diese Politik der Reservationen und des Widerstandes auftreten, werden wir als die sklavischen Untergebenen von Moskau betrachtet. Es hat sich bei gewissen Elementen unserer Partei eine ähnliche Ideologie herausgebildet, wie sie in der linkssozialistischen Partei 1921 vor dem Ausschluß der Zentristen vorhanden war, eine Ideologie der „Freiheit und Selbständigkeit" gegenüber Moskau. Es wird als ein besonderer Heldenmut betrachtet, wenn man der Exekutive unbegründete Vorwürfe macht. Logisch wird diese Haltung schließlich dazu führen, daß man die Komintern als eine fremde Macht ansieht, gegenüber der man eine so vorteilhafte Stellung wie nur möglich einnimmt. Schon bei der Geburt unserer Kommunistischen Partei begann Genosse Höglund mit seiner zurückhaltenden Taktik gegenüber den Beschlüssen der Komintern. Er wandte sich gegen die Änderung des Namens der Partei aus „Linkssozialistische" in „Kommunistische", trotzdem wir auf diesem Kongreß die Zentristen aus der Partei ausschlossen. Er war auch gegen eine klare Formulierung des Programmpunktes über die Bewaffnung des Proletariats, natürlich aus „taktischen" Gesichtspunkten heraus, aber das ist immer so: Wenn man eine richtige Sache verhindern will, so ist es niemals prinzipiell, sondern nur „taktisch". Ich erinnere nur an den Standpunkt des Genossen Höglund gegenüber den Beschlüssen des 4. Kongresses in der Frage des Zentralismus. Genosse Höglund war mit den Beschlüssen, die der Kongreß in dieser Frage faßte, unzufrieden und drohte sogar mit der Niederlegung seines Mandats in der Exekutive. Unser Kongreß jedoch hat die Beschlüsse des Weltkongresses gutgeheißen.

Bei der Erweiterten Exekutive 1923 hat auch die Mehrheit der schwedischen Delegation sich auf den traditionellen Reservationsstandpunkt gestellt gegenüber dem Beschluß in der Religionsfrage, ein Standpunkt, der noch nicht aufgegeben worden ist.

So ist es auch in der Frage des Zentralismus und in der norwegischen Frage. Hier hat man sich sogar nicht mit den Beschlüssen der schwedischen Parteiinstanzen begnügt, man hat eine bedeutende Erweiterung der Reservationspolitik vorgenommen. In der norwegischen

Frage haben die Genossen Höglund und Ström eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die nicht im Einklang mit den Beschlüssen der Kommunistischen Partei Schwedens standen.

Bei der norwegischen Parteispaltung hat Genosse Höglund einen rücksichtslosen Angriff auf das Exekutivkomitee gemacht. Er hat wieder einmal sein Mandat in der Exekutive demonstrativ niedergelegt. In einem Artikel, den er am 5. November vorigen Jahres geschrieben hat, hat er, ohne irgendwelche Diskussion mit der schwedischen Parteileitung Stellung genommen und sich mit den Tranmaeliten solidarisiert.

Gestern hörte ich zum erstenmal, daß Genosse Höglund zugibt, daß diese Artikel unzulässig und ein Fehler waren.

Gegen das Auftreten Höglunds ist in der Partei eine starke Reaktion aufgekommen, so stark, daß auch Genosse Höglund begriff, welche gefährliche Politik er trieb. Der Streit über seine Stellungnahme zur norwegischen Parteispaltung wurde hier in Moskau im Dezember „liquidiert", dadurch, daß Genosse Sinowjew eine goldene Brücke für Höglund baute, auf der Genosse Höglund nochmals ganz ruhig zur Komintern spazieren konnte.

Trotzdem Genosse Höglund in jedem Punkte sachlich unrecht gehabt hat, und dazu bis zu seiner gestrigen Erklärung gestanden hat, ist er von seiner Reise nach Moskau damals zurückgekehrt und hat erklärt, daß er nichts aufgegeben habe. Er begann mit einer Hetze gegen die Linke in der Partei und mit einer Reinigung. Er versucht, die Genossen und Genossinnen, die in Opposition zu ihm stehen, aus ihren Stellungen zu entfernen. In Moskau hat er sich natürlich den Beschlüssen gefügt und sogar eine Loyalitätserklärung abgegeben. Aber wie lange dauerte seine Loyalität? Bis er die Grenze der Sowjetunion passiert hatte. Genosse Höglund hat gestern wieder eine Loyalitätserklärung abgegeben. Aber Genossen, wir machen uns keine Illusionen. Wir kennen die alte Geschichte und sind daran gewöhnt.

Gegen den schwedischen Jugendverband hat Genosse Höglund in seiner Zeitung „Politiken" eine wilde Hetzkampagne geführt. Der Verband wird offen vom Genossen Höglund als „innerer Feind der Partei", als „offener und geheimer Feind", als „Zerstörer" usw. bezeichnet. Es ist so weit gegangen, daß er nach dem letzten Jugendkongreß erklärte, dieser Kongreß riskiere die Einheit der Kommunistischen Bewegung in Schweden und ihre Zukunft.

Genosse Höglund sprach gestern über unsern groben Disziplinbruch. Was ist unser grober Disziplinbruch? Daß wir nicht stillschweigend und passiv zusehen, wie unsere Mehrheit die Autorität der Komintern untergräbt. Genosse Höglund ist kein Anhänger der Disziplin und auch kein Anhänger des Zentralismus, wenn es sich darum handelt, ihn im internationalen Maßstabe zu entwickeln und durchzuführen. Das hat er bei seiner Stellungnahme zur norwegischen Parteispaltung bewiesen. Er erkannte den internationalen Zentralismus nicht an und machte eine Reihe von Vorschlägen, um die internationale Disziplin zu lockern. Gleichzeitig ist er aber für die strengste Unterwerfung in der Kommunistischen Partei Schwedens und ein sehr energischer Vorkämpfer für eine Disziplin, die keinerlei Einwendung duldet. Es scheint uns, daß diese Art der Disziplin nur dem Zwecke dient, Garantien für die Machtstellung Höglunds in der Partei zu schaffen, also keinem kommunistischen Zweck.

Wenn Genosse Höglund selbst in die Minderheit kommt, dann begründet er die Frage der Disziplin vom dezentralistischen Gesichtspunkt

aus. Wenn er bei der letzten Erweiterten Sitzung der Exekutive im vorigen Jahre gegen die Beschlüsse in der Religionsfrage gesprochen hat, so war er zusammen mit Tranmael, Ström und Falk ganz allein Vertreter dieses unrichtigen Standpunktes, und wenn ein schwedischer Genosse — Flyg — aus der Opposition gegen Höglund auftrat, so wurde das von Höglund und der Mehrheit als ein Verstoß gegen die Disziplin betrachtet. Bei uns verlangt man nicht nur organisatorische Disziplin, sondern Kadavergehorsam. Man verlangt, daß wir, die Minderheit, dieselben unrichtigen Standpunkte, die die Mehrzahl vertritt, einnehmen, sonst seien wir keine disziplinierten Kommunisten.

Unsere Partei ist leider weit davon entfernt, eine bolschewistische Partei zu sein. Ich glaube doch, daß in unsern Mitgliederreihen der gute Wille vorhanden ist, eine kämpfende, ernste kommunistische Partei zu werden. Aber, Genossen, dieser gute Wille darf nicht verdorben werden durch regelmäßig wiederkehrende Angriffe und Abweichungen des Genossen Höglund. Revolutionäre Aktionen haben wir — wie Genosse Kuusinen sagt — nicht gehabt, und die Partei ist für ernste Kämpfe nicht geschult. Auch hier werden die Beschlüsse des Weltkongresses nur langsam durchgeführt.

Nur auf einem Gebiet sind wir wirklich gut entwickelt, auf dem Gebiet des „Zentralismus". Wir sind sehr zufrieden damit und haben selbst mitgewirkt, Statuten zu schreiben, aber nicht zu dem Zweck, daß diese gegen die Komintern angewendet werden. Eine gewisse Parität zwischen den verschiedenen organisatorischen Gebieten und der politischen und revolutionären Reife unserer Partei wäre sicher am Platz.

Jetzt hat, wie schon Genosse Schüller erwähnte, die Mehrheit der Parteizentrale ein Ultimatum an die Minderheit gestellt. Ultimata stellt Genosse Höglund immer, wenn ihm das in seiner Strategie gegen uns passend scheint. Der Zentralismus wird immer ausgenützt als ein Werkzeug für die zweideutigen und schwankenden Tendenzen der Mehrheit gegen die Minderheit, die doch immer aufrichtig für die Richtlinien, Thesen und Resolutionen der Komintern gekämpft hat, im Bewußtsein, daß die Kommunistische Internationale ihr für die Schaffung einer revolutionären Bewegung in Schweden scharfe Waffen gegeben hat.

Nun sagt Genosse Höglund — selbstverständlich sagt er das —, daß wir keine prinzipiellen Streitigkeiten in unserer Partei haben, nur „Personenfragen". Das haben wir erwartet.

Ich glaube, daß ich hier aufgezeigt habe, daß die Stellungnahme der Mehrheit unserer Parteizentrale zu den Beschlüssen des 4. Weltkongresses in der Frage des Zentralismus, daß die Stellungnahme zur norwegischen Frage, zu den Fragen der Erweiterten Exekutivsitzung im Jahre 1923, zur Religionsfrage usw. nicht *„Personenfragen"* waren. In den Kommissionen werden wir auch über die pazifistischen Strömungen innerhalb unserer Partei noch reden.

Auf Grund all dieser Tatsachen sahen wir uns gezwungen, in Opposition zu treten. Unsere jetzigen Differenzen sind Widerspiegelungen der Meinungsunterschiede in prinzipiellen Fragen. Es ist nur ein taktisches Manöver Höglunds, wenn er behauptet, daß die prinzipiellen Gegensätze verschwunden seien, wenn er die Streitfragen auf dem Gebiete der Organisation in persönliche Fragen umzudeuten sucht.

Die schwedische Minderheit ist derselben Auffassung wie Genosse Sinowjew, daß es jetzt notwendiger denn je ist, eine kämpfende Kommunistische Partei zu haben, eine Disziplin der Tat und nicht der Worte als Grundprinzip der Kommunistischen Internationale. Wird eine solche internationale, eiserne — nicht lokal begrenzte — Disziplin anerkannt, dann werden auch die gegenwärtigen Streitigkeiten in der Kommunistischen Partei Schwedens verschwinden. (Beifall.)

GORSKI (Polen): Genossinnen und Genossen! Meine Zeit ist sehr beschränkt, und ich werde mich kurz fassen und nur das Wichtigste von dem, was uns am Herzen liegt, hervorheben. Genosse Sinowjew hat Kritik an der Leitung der polnischen Partei geübt. Die Delegation der Kommunistischen Jugend Polens, in deren Namen zu sprechen ich die Ehre habe, hält die Kritik im großen und ganzen für richtig und ist im großen und ganzen mit ihr einverstanden. Genossen, jeder, der unter schweren illegalen Verhältnissen arbeitet, muß damit einverstanden sein, daß es unter solchen Verhältnissen um so nötiger ist, daß die Leitung in allen akuten politischen Angelegenheiten eine einheitliche klare Linie hat. Es ist um so nötiger, daß die politische Leitung es versteht, die Lage richtig einzuschätzen, um dann schnell und dementsprechend die Partei einzustellen. Es ist klar, daß unter diesen Verhältnissen eine feste, geschlossene, revolutionäre und bolschewistische Leitung am Ruder sein muß.

Die wirtschaftliche Lage Polens ist ernst und wird mit jedem Tage ernster. Die Stabilisierungsversuche der polnischen Bourgeoisie rufen immer schärfere Klassenkämpfe hervor. Es steht deshalb jetzt die Frage vor uns, ob wir mit voller Zuversicht diesen kommenden Kämpfen entgegensehen können, ob unsere Leitung diesem Kampfe gewachsen ist. Wenn wir das Verhalten unserer Leitung in den letzten Monaten betrachten, so sehen wir, daß, wie die Genossen hier hervorgehoben haben, eine gewisse Schwenkung nach links stattgefunden hat. Betrachten wir aber diese Schwenkung, so müssen wir gestehen, daß sie nicht entschlossen und klar genug ist. Die Vorredner haben hier festgestellt, daß seit dem 2. Kongreß der Partei die Lage sich gebessert hat. Betrachten wir aber die Resultate der darauffolgenden Tagung unserer Leitung, die kurz vor dem wirtschaftlichen Kampf in Polen im März stattgefunden hat, so müssen wir feststellen, daß weder die Einschätzung der Lage richtig war, noch die Stellungnahme zu den wichtigen politischen Fragen, die infolge der Oktoberniederlage in Deutschland in der internationalen Bewegung aufgetaucht sind. Wir müssen feststellen, daß in der Frage der Arbeiterregierung die Formulierung, die damals gegeben wurde, weder falsch noch richtig war. Sie war unklar, und das war in dieser Situation das Schlimmste. Ebenso war es in der Frage der Einheitsfronttaktik. Sie war weder rechts noch links, sie war rechts und links, sie war wieder unklar. In der Frage der Einheitsfront hat man gesagt, man darf keine Kompromisse machen, man darf keine gemeinsame Plattform mit den Sozialreformisten haben; aber man läßt eine Tür offen, man sagt, daß unter gewissen Bedingungen ein Block, ein Zusammengehen, ein Wahlblock mit den Sozialreformisten möglich sei. Eine entsprechende Stellung nahm man auch in der Frage der Arbeiterregierung ein. Aus dieser unklaren Stellungnahme entsprangen auch alle opportunistischen Fehler, entsprang die falsche Einstellung der Partei bei allen Ereignissen, entstand einigermaßen auch die Passivität der Partei allen wichtigen Er-

eignissen unserer Arbeiterbewegung gegenüber. Wir begrüßen es darum auf das freudigste, daß die Redner unserer Partei, Genosse Krajewski und Genosse Grschegoschewski hier festgestellt haben, daß von jetzt an für uns die Arbeiterregierung ein Synonym, ein Pseudonym der Diktatur des Proletariats sei.

Es ist darum ganz verständlich, daß wir, die Jugend, mit Sorge auf die Entwicklung der Dinge in Polen, in der polnischen Partei schauten. Auf unsern Plenarsitzungen, wo die Stellung der Partei besprochen wurde, haben wir sie oft und scharf kritisiert. Darum begrüßten wir auch mit Freude das Auftreten einiger Genossen, die mit ihren Thesen frische Luft und freie Diskussion in der Partei schaffen wollten.

Darum halten wir auch für ganz richtig das, was Genosse Sinowjew gesagt hat, daß eine Korrektur, eine Sanierung, eine Umbildung in der Leitung der polnischen Partei vor sich gehen muß. Denn wie wir aus den Reden unserer Genossen sahen, ist diese Sache für sie noch nicht so ganz klar. Die Reden, die hier die Genossen gehalten haben, deuteten noch nicht darauf, daß diese Schwenkung, daß dieses Einbiegen nach links schon wirklich ganz und klar vollzogen sei, daß es schon eine Tatsache geworden sei.

Und darum möchte die Jugend auch dem Ausdruck geben und möchte dafür sprechen, daß diese Sanierung wirklich radikal vor sich gehen soll. Wir sprechen uns dafür aus, daß man jeden Kampf, jeden Angriff gegen die sogenannten linken Genossen einstellen soll. Wir sprechen uns dafür aus, daß das Schwergewicht der Leitung der polnischen Partei auf die linke Seite gelegt wird. Wir sprechen uns ganz entschieden dafür aus, daß das Steuer der polnischen Partei nach links geworfen wird.

FIALA (Österreich): Genossinnen und Genossen, die österreichische Partei war leider nicht in der Lage, zu den wichtigsten Diskussionen, die innerhalb der Internationale in der verflossenen Zeit geführt wurden, Stellung zu nehmen, obwohl es eben in Österreich außerordentlich notwendig gewesen wäre, zu den Fragen der Parteieinheit, die in der russischen Kommunistischen Partei diskutiert worden sind, Stellung zu nehmen, da die österreichische Partei seit zwei Jahren in einer ständigen Krise, in einem ständigen Fraktionskampfe lebt.

So kam es, Genossen, daß wir nicht in der Lage waren, diese Fragen in dem weitesten Rahmen der Partei zu diskutieren. Es konnte nur der Parteivorstand in seinen Sitzungen und in der Presse zu diesen Fragen Stellung nehmen. Das österreichische ZK und die Mehrheit der österreichischen Delegation hat sich vorbehaltlos für die Linie des Exekutivkomitees der russischen Kommunistischen Partei ausgesprochen.

Obwohl wir zwischen den Fraktionskämpfen in der österreichischen Partei und denen in der russischen Partei keine Parallele ziehen wollen, müssen wir doch darauf hinweisen, daß die Kämpfe in der KPR, wenn das ZK nicht rechtzeitig und entschieden eingegriffen hätte, zu ähnlichen Ausartungen, zu ähnlichen Erscheinungen wie in der österreichischen Partei geführt hätten.

Betreffs der Anwendung der Einheitsfront deckt sich der Standpunkt, den hier Genosse Sinowjew entwickelt hat, mit der Auffassung der Majorität, der überwiegenden Majorität der österreichischen kommunistischen Arbeiterschaft. Einzelne Abweichungen, die in Öster-

reich bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik vorgekommen sind, z. B. bei den Gemeinderatswahlen, wurden von vornherein auf das schärfste bekämpft, so daß diese Tendenzen innerhalb der Partei keine Verbreitung fanden.

Wir halten die Anwendung der Einheitsfronttaktik durch das frühere ZK der KPD für falsch. Die mangelnde propagandistische und ideologische Vorbereitung der Arbeiterschaft, sowie das Eintreten in Spitzenverhandlungen mit den linken Führern der SP, ohne daß die Verhandlungen genügend durch Aktionen von unten gestützt waren, machten die deutschen Genossen naturgemäß von vornherein zu Gefangenen ihrer Taktik, wie besonders die sächsischen Ereignisse zeigen. Niemals hätte nach unserer Auffassung die Chemnitzer Konferenz ein solches Resultat gezeitigt, wenn die deutschen Genossen der Zentrale es damals verstanden hätten, die Einheitsfronttaktik richtig anzuwenden. Es hat sich gezeigt, daß die Leitung infolge mangelnder politischer Klarheit nicht imstande war, breiteste Massen der Arbeiter zu mobilisieren und dieselben auf den Kampf um die Macht einzustellen. Es ist klar, Genossen, daß die organisatorischen Vorbereitungen der Revolution nicht genügen konnten, um diese politischen Mängel aufzuheben, um so mehr, da gleichzeitig die Fortführung und Steigerung der politischen und wirtschaftlichen Teilkämpfe außer acht gelassen wurde, so daß eine teilweise Isolierung der Partei von den breiten Schichten der Arbeiterschaft eintrat. Diese Politik mußte naturgemäß dazu führen, daß die Mitgliedschaft in den schärfsten Gegensatz zur Zentrale gekommen ist.

Die Exekutive war nach unserer Auffassung in dieser Situation verpflichtet, einzugreifen, um die deutsche Partei vor einem katastrophalen Zusammenbruch oder zum mindesten vor der Spaltung zu retten. Die Exekutive war dazu um so mehr verpflichtet, als auch für alle andern Sektionen der Internationale der Zusammenbruch der deutschen Partei äußerst verhängnisvoll gewesen wäre, und er zu gleicher Zeit die Macht der Internationale im internationalen Maßstabe bedeutend geschwächt hätte. Daß dieses Eingreifen der Exekutive in der deutschen Frage richtig war, bewies nach unserer Auffassung nicht nur der Frankfurter Parteitag, sondern auch aus den Ausführungen der verschiedenen Redner der Opposition, die hier aufgetreten sind, geht mehr oder weniger aufrichtig hervor, daß der Standpunkt der Exekutive richtig war.

Was nun die Frage der Arbeiter- und Bauernregierung betrifft, so meinen wir, Genossen, daß das sächsische und thüringische Beispiel es unbedingt notwendig gemacht haben, von der Arbeiterregierung eine klare und eindeutige Definition zu geben. Die Mehrheit der österreichischen Parteidelegation hält die Definition des Genossen Sinowjew mit den Ergänzungen, die der Genosse Bucharin gab, für richtig und schließt sich derselben vorbehaltlos an.

WYNKOOP: Im Präsidium ist eine Erklärung der schwedischen Delegation eingelaufen. Das Präsidium schlägt vor, diese Erklärung, die natürlich nicht mehr verlesen werden kann, ins Protokoll aufzunehmen und auch im Bulletin zu publizieren.

Ist jemand gegen diesen Vorschlag? Das ist nicht der Fall, dann ist so beschlossen.

Erklärung der schwedischen Delegation

„Die schwedische Delegation weist entschieden die Kritik des Genossen Kuusinen gegen die schwedische Partei wegen ihrer Inaktivität als unbegründet zurück. In der Arbeitslosen- und in der Wohnungsfrage, die in den letzten Jahren die aktuellsten Probleme waren, hat die Partei eine energische Initiative, parlamentarisch wie außerparlamentarisch, ergriffen; in dem Kampf gegen den Militarismus, der jetzt auf der Tagesordnung steht, hat die Partei eine Reihe Massenversammlungen im ganzen Lande gegen den bürgerlichen und sozialdemokratischen Militarismus organisiert und für ein revolutionäres Programm, für eine Arbeiter- und Bauernmiliz agitiert. Politisch wie gewerkschaftlich wächst der Einfluß der Partei — das ist eine Tatsache. Der Genosse Kuusinen hat ein ganz verzerrtes Bild von den Kommentaren des Genossen Höglund zu einem telegraphischen Bericht über einen Abrüstungsvorschlag des dänischen Staatsministers Stauning gegeben. Genosse Höglund hat nur gezeigt, daß sogar dieser reaktionäre sozialdemokratische Führer in Dänemark viel weiter in seinem Abrüstungsvorschlag gegangen ist als die schwedische Sozialdemokratie; er hat Stauning gegen Branting ausgespielt, selbstverständlich ohne daß er sich dadurch solidarisch mit Stauning erklärt hätte. Man muß die Methode des Genossen Kuusinen bei dem Versuch, die schwedische Parteiführung zu diskreditieren, energisch zurückweisen. Der Genosse Kuusinen ist Sekretär der Exekutive für Skandinavien. Wir möchten ihn fragen: Worin besteht seine Aktivität in dieser seiner Eigenschaft, in welcher Weise hat er versucht, der ‚fehlenden Aktivität' der schwedischen Partei abzuhelfen? Das zu wissen, wäre sehr interessant. Dasselbe gilt von unserm norwegischen Genossen Arvid Hansen, der auch die schwedische Partei wegen ihrer fehlenden Aktivität schulmeistert. Der Genosse Hansen ist Sekretär der neugebildeten skandinavischen Föderation. Die Art seiner Aktivität in dieser Eigenschaft wird u. a. dadurch illustriert, daß er ein Manifest, das schon auf der skandinavischen Konferenz Mitte Januar beschlossen wurde, und welches die damalige politische und gewerkschaftliche Situation in den skandinavischen Ländern behandeln sollte, uns zur Korrektur in den letzten Tagen des Mai gesandt hat, also nach mehr als vier Monaten, als jede Zeile in dem Manifest schon veraltet war. Das Manifest behandelt u. a. die Parlamentswahlen in Dänemark, die damals schon mehrere Monate zurück lagen. Die Verbindung mit uns in der Frage des norwegischen Metallarbeiterkonflikts war auch nicht befriedigend. Wir stellen weiter fest, daß die Artikel, die der Genosse Höglund zur Unterstützung der norwegischen Kommunistischen Partei gegen die Tranmaeliten geschrieben hat, von unsern norwegischen Genossen nicht ausgenützt wurden. Der Genosse Hansen sollte damit beginnen, seine eigene Aktivität als Sekretär der skandinavischen Föderation zu bessern, bevor er die Sektionen in Schweden, Polen, in der Tschechoslowakei und in andern Ländern schulmeistert."

FÜNFZEHNTE SITZUNG

(Donnerstag, den 26. Juni 1924)

Schlußwort Varga. Schlußwort Sinowjew
Eröffnung 5 Uhr 30 nachmittags
Vorsitz: Wynkoop

Vors. WYNKOOP: Ich habe eine Mitteilung zu machen. Wir haben einen Bericht bekommen, nach dem die belgische Regierung soeben eine Broschüre Lenins über Genossenschaftswesen beschlagnahmen ließ. Das ist denn doch wohl das Tollste, was man erleben kann. Gerade Belgien, das sich auf das Kooperativwesen stützt, läßt diese Broschüre Lenins beschlagnahmen, die doch nur eine gute Verteidigung des Genossenschaftswesens ist. Diese Regierung ist so geängstigt durch den Namen Lenin, daß man schon gegen diese Broschüre kämpft. Das zeigt, wie die von der Sozialdemokratie unterstützte Regierung in Belgien bereits vor der kleinen Gruppe unserer KP Furcht bekommen hat.

Wir werden selbstverständlich als Kongreß gegen diese Maßnahme protestieren.

Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, hat Genosse Ulmer (Deutschland) das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

ULMER: Um Mißverständnisse, die mehrfach geäußert worden sind, aus dem Wege zu räumen, stelle ich fest, daß meine Ausführungen nur insofern einem Auftrag der deutschen Delegation entsprochen haben, als die deutsche Delegation der Ansicht ist, daß in den Thesen des Genossen Varga die revolutionäre Situation nicht genügend scharf herausgearbeitet ist. Die deutsche Delegation hält eine schärfere Betonung der revolutionären Perspektive für notwendig.

Die Begründung dieser Auffassung der deutschen Delegation, die ich in meinen Ausführungen gab, ist meine persönliche Ansicht, die in der kurzen Diskussionsrede nur unzureichend skizziert werden konnte, und die erst nach ausführlicher Besprechung geklärt werden kann.

*

Da die Genossin Klara Zetkin in ihrem Referat in Verbindung mit der Oktoberniederlage in Hamburg die Behauptung aufstellt, daß in der damaligen Situation keine revolutionäre Kampfbereitschaft der Hamburger Arbeiter, kein revolutionärer Kampfwille sich in den Massen gezeigt habe, und da über die Hamburger Ereignisse unter den Delegierten große Unklarheit herrsche, gibt Genosse Thälmann eine längere Erklärung ab.

VARGA (Schlußwort): Genossen und Genossinnen! Die Verbindung der Aussprache über das weltwirtschaftliche Referat mit der Diskussion über die Tätigkeit der Exekutive war für das erstere Referat nicht vorteilhaft. Das Interesse hat sich ganz und gar den politischen Fragen zugewandt, und nur wenige Redner haben sich mit der ökonomischen Weltlage beschäftigt. Die Diskussionen waren nicht nur an Zahl gering, sie boten auch inhaltlich wenig Stichhaltiges. Im allgemeinen muß ich feststellen, daß sich die Genossen weniger mit der Weltwirtschaftslage selbst als mit der Tendenz der Entwicklung, mit der Perspektive beschäftigt haben, was meines Erachtens prinzipiell unrichtig ist, denn man kann die Perspektive nur auf der Grundlage der Untersuchung der Tatsachen umreißen. Wenn die Genossen mir den Vorwurf machten, daß die von mir aufgestellte Perspektive nicht revolutionär genug, daher unrichtig sei, so hätten sie die Pflicht, folgendes zu tun: entweder beweisen, daß das Tatsachenmaterial, das ich vorgebracht habe, unrichtig oder unvollständig ist, oder daß die Zusammenhänge, die ich auf Grundlage dieses Tatsachenmaterials festgestellt habe, unrichtig sind. Nur auf dieser Basis konnte man feststellen, ob die Perspektive genügend revolutionär oder nicht genügend revolutionär festgestellt ist. Aber man kann eine Kritik nicht allein auf die Tendenz oder auf die Perspektive des Referats einstellen.

Der erste Redner, der sich mit der Frage beschäftigt hat, war der Genosse Radek, der sich aber auch nicht in das Meritum der Sache einließ, sondern einige gute Witze machte. Er sagte, ich hätte geschrien wie eine Taube und gebrüllt wie ein Löwe. Nun, Genossen, was ist der Sinn dieses Witzes oder dieser Anklage? Sie haben eine gewisse Grundlage: Ich schrieb meine Broschüre im April. Das Vorwort ist datiert vom 5. Mai. Mein Referat hielt ich Ende Juni. In der Zwischenzeit sind neue Tatsachen aufgetaucht, die eine Verschärfung der Perspektive notwendig machten; es zeigt sich nämlich, daß die amerikanische Krise viel schärfer ist, als es im April den Anschein hatte; daß in Deutschland die Besserung der Wirtschaftslage ihr Ende erreicht hat, da jeden Tag neue Nachrichten über Betriebseinschränkungen, Zusammenbrüche in Deutschland kommen. Es zeigt sich, daß in Polnisch-Oberschlesien eine scharfe Krise eingesetzt hat, daß in Rumänien sich die Wirtschaftsverhältnisse sehr verschlechtert haben, und daß — was vielleicht das Interessanteste ist — in der letzten Woche in England die Zahl der Arbeitslosen wieder zugenommen hat. Nachdem wir ein halbes Jahr lang diesbezüglich ein andauerndes kontinuierliches Abnehmen sahen, ist jetzt die Zunahme der Arbeitslosen um ca. 12 000 zu verzeichnen. Und dies in der Sommerzeit, in der ein Fallen der Arbeitslosenziffer selbstverständlich wäre. Diese neuen Tatsachen haben mich bewogen, in meinem Referat um

eine Nüance, aber nur um eine Nüance, die bevorstehende Krisenphase des Kapitalismus schärfer darzustellen, als ich es in meiner Broschüre getan hatte.

Ich gehe nun zu der Rede des Genossen Dunne über, der mir den Vorwurf machte, ich hätte die Stärke der amerikanischen Krise überschätzt. Ich glaube, daß das absolut unrichtig ist. Alle bürgerlichen Berichte betonen, daß in Amerika ein so scharfer Rückgang der Produktion und des Absatzes eingetreten ist, wie es seit 1907 nicht der Fall war. Ich will Ihnen eine einzige Ziffer hierfür anführen, da Genosse Amter in seiner Rede bereits einige gegeben hat.

Eine Ziffer: Ende März waren in den Vereinigten Staaten 270 Hochöfen in Betrieb, Ende April waren es 230, Ende Mai 184. Also eine Verminderung der Produktion um ein volles Drittel innerhalb zweier Monate. Ich glaube, das ist ein so scharfer Rückgang, wie man es niemals in der Geschichte der Krisen zu verzeichnen gehabt hat. Wie kommt Genosse Dunne auf die Idee, daß ich die Krise überschätzt habe? Ich glaube, aus folgenden Gründen: Diese amerikanische Krise hat eine Besonderheit. Die Genossen wissen, daß immer beim Beginn einer Krise eine Kreditkrise, eine Verschärfung der Geldnot, ein Hinaufschnellen des Zinsfußes einzutreten pflegt. Dies ist gegenwärtig in Amerika nicht der Fall. Wir sehen das Paradoxe, daß gleichzeitig mit dieser scharfen Produktionskrise der Geldmarkt absolut flüssig ist und von Zusammenbrüchen kapitalistischer Unternehmungen bisher gar keine Nachrichten kommen. Was bedeutet das? Es bedeutet, daß für die Kapitalisten in Amerika die Krise nicht gefährlich ist. Es bedeutet ein außerordentlich scharfes Hervortreten jener Tendenz, die bereits vor dem Kriege sichtbar war, *daß der Kapitalismus die Krise nicht auf eigene Kosten überwindet wie früher, nicht in der Form, daß die Preise hinuntergehen, daß die Kapitalisten bankrott werden, sondern er überwindet die Krise auf Kosten des Proletariats,* durch Einschränkung der Produktion, durch Arbeitslosmachung von Millionen von Arbeitern. Während früher, um den marxistischen Ausdruck zu gebrauchen, die auf den Markt kommenden unverkäuflichen Mengen von Waren in der Krise dadurch auf das gesellschaftlich notwendige Maß reduziert wurden, daß scharfe Preisstürze einsetzten und die Kapitalisten die Kosten trugen, werden jetzt durch die Trusts, durch die Konzerne die Preise auch während der Krise hochgehalten, es sind bisher nur minimale Preissenkungen in Amerika eingetreten. Aber die volle Wucht der Krise wird in der Form einer langanhaltenden Arbeitslosigkeit auf das Proletariat abgewälzt. Ich glaube, wenn Genosse Dunne sagt, daß ich die Schärfe der Krise überschätze, so verfällt er in den Gesichtspunkt der Kapi-

talisten, für die die Krise wirklich keine so verheerenden Folgen hat wie für das Proletariat.

Der dritte Genosse, der sich mit diesen Fragen etwas beschäftigt hat, war Genosse Wynkoop. Er sagte folgendes: Mitteleuropa und der Balkan werden Kolonien Westeuropas. Ich glaube, daß diese Auffassung nicht nur schematisch, sondern auch im Wesen falsch ist. Genossen, was ist das für ein Ausdruck: „Westeuropa"? Das ist ein geographischer und nicht marxistischer Ausdruck. Es gibt ein imperialistisches England, es gibt ein imperialistisches Frankreich. Diese zwei imperialistischen Mächte führen einen scharfen Kampf um die Vorherrschaft in Europa. Die Frage der Reparationen ist im wesentlichen die Frage gewesen, ob Deutschland eine Kolonie Frankreichs oder eine Kolonie Englands bzw. Amerikas werden soll. Es handelt sich also nicht um Westeuropa, sondern es handelt sich um einen Kampf zwischen den großen imperialistischen Mächten um die Hegemonie in Mitteleuropa. Noch weiter würde ich gehen: Es ist gar nicht stichhaltig, wenn wir so einfach von England und Frankreich sprechen, denn innerhalb dieser Länder sind verschiedene Kräfte tätig, die eine verschiedene Lösung dieser mitteleuropäischen Frage angestrebt haben. Die französische Schwerindustrie, die französischen Banken, der französische Militarismus wollten eine Zerstückelung Deutschlands, Anschluß einzelner Teile an Frankreich, Wiederherstellung jenes Zustandes in Mitteleuropa, der vor 1870 bestanden hat. Die englische Bourgeoisie war dagegen, da eine solche Lösung die Vorherrschaft der französischen Bourgeoisie in Europa bedeutet hätte. Der ganze Ruhrkampf ist eigentlich ein Kampf, der zwischen England und Frankreich auf Kosten Deutschlands ausgefochten wurde. Der Kampf endete mit dem militärischen Siege Frankreichs.

Aber die ökonomische Basis Frankreichs hat sich als zu schwach erwiesen, um diesen großen machtpolitischen Apparat tragen zu können. Die Frankenkrise anfangs 1924 hat die französische Bourgeoisie gezwungen, dem militärisch errungenen Sieg zu entsagen und sich der englisch-amerikanischen Politik unterzuordnen. Das ist, glaube ich, die richtige Beleuchtung, die man dieser Frage geben muß. In einer weiteren Perspektive muß aber gesagt werden: Kommt es in Europa zu keiner siegreichen proletarischen Revolution, so wird ganz Europa unter die ökonomische Herrschaft der Vereinigten Staaten gelangen.

Am ausführlichsten, Genossen, hat sich Genosse Ulmer mit der Frage beschäftigt. Ich möchte vor allem bemerken, daß seine Bemerkung, daß nur die Rechten mit den Thesen einverstanden sind, nicht richtig ist; denn auch die *russische* Delegation hat sich mit diesen Thesen beschäftigt und hat sie prinzipiell als richtig anerkannt.

Das ist aber der kleinere Fehler der Ausführungen des Genossen Ulmer. Der größere Fehler ist, daß er nichts Neues den Thesen entgegengestellt hat. Er hat überhaupt keine materielle Kritik gegeben, er hat weder gezeigt, daß das Tatsachenmaterial unrichtig ist, noch hat er gezeigt, daß die auf Grundlage des Tatsachenmaterials gegebenen Zusammenhänge unrichtig seien, sondern er hat einfach erklärt, die *Tendenz* sei eine unrichtige. Er sagt folgendes:

„Worin besteht diese unrichtige Tendenz? Darin, daß der Genosse Varga beginnt, eine Richtung, eine Entwicklung innerhalb des Kapitalismus aufzuzeigen, die endigen soll mit der Liquidierung der augenblicklichen revolutionären Krise, die endigen soll mit einer Situation, in der die Widersprüche des Kapitalismus, in die er sich jetzt verwickelt hat, aufhören."

Nun, Genossen, erstens, die kapitalistische Gesellschaft ist eine antagonistische, und es kann gar keine Rede davon sein, daß die inneren Widersprüche irgendwie aufhören können. Das wäre natürlich eine ganz unrichtige Auffassung, die ich niemals geäußert habe. Das andere, Genossen, die Frage, ob die gegenwärtige Erschütterung, die gegenwärtige Krisenperiode ein Ende nehmen kann, und ob ein sogenannter normaler Kapitalismus wieder entstehen kann, das ist, glaube ich, die Kernfrage. Nun, Genossen, was hat sich gezeigt in den letzten fünf Jahren? Es hat sich gezeigt, daß in den ersten Zeiten unmittelbar nach dem Kriege die Bourgeoisie auf der ganzen Linie im Rückzuge war vor dem Proletariat. Das Proletariat hat angegriffen, die Bourgeoisie hat sich verteidigt. Das französische großkapitalistische Blatt „Le Temps" schrieb einmal ganz klar: „Der Achtstundentag war die Versicherungsprämie, die wir zur Verhinderung der proletarischen Revolution zahlen mußten." Ganz klar und deutlich. Nun, Genossen, das hat ungefähr zwei Jahre gedauert. Dann begann die Offensive des Kapitals. Und diese Offensive des Kapitals war auf der ganzen Linie von Erfolg begleitet. Das zu leugnen, hätte gar keinen Sinn, denn wir würden die Tatsachen leugnen.

Ökonomisch gestaltet sich die Sache so. Die Widersprüche, die Klassengegensätze innerhalb des Kapitalismus haben sich verschärft. Die Vermögensverteilung hat sich zugunsten der kleinen Gruppe der reichsten Kapitalisten verschoben. Es besteht eine Agrarkrise, die sich auf die ganze Welt ausdehnt. Es besteht eine Spezialkrise Westeuropas infolge der Industrialisierung der Überseeländer und der früheren Agrarländer. *Aber sozial, machtpolitisch hat sich der Kapitalismus trotzdem, trotz der Verschärfung der Klassengegensätze gefestigt.* Wir können nicht leugnen, Genossen, daß heute der deutsche Kapitalismus, der französische Kapitalismus, selbst der englische Kapitalismus

fester steht als vor zwei, drei Jahren, vielleicht auch fester als vor einem Jahre. Und die *Möglichkeit einer Überwindung dieser sozialen Krisenperiode* leugnen zu wollen, das hieße meines Erachtens Utopien aufstellen.

Weiter führte der Genosse folgendes aus. Ich hätte ähnlich wie Kautsky eine überimperialistische Epoche des Kapitalismus vorausgesagt. Ich zitiere jetzt wörtlich: „... in der die Gegensätze des Kapitalismus so groß sind, daß sie überhaupt aufhören". Nun, Genossen, ich weiß nicht, was das bedeutet. Was sind Gegensätze, die so groß werden, daß sie überhaupt aufhören? Ich verstehe den Sinn dieses Satzes nicht, aber ich glaube, den Gedankengang doch zu verstehen. Ist es, ich frage jetzt, ist es denkbar, ist es möglich, daß die Gegensätze zwischen den einzelnen „staatskapitalistischen Trusts", wie sie Bucharin nennt, also zwischen den einzelnen imperialistischen Großmächten der einzelnen kapitalistischen Staaten aufhören? Ich sage, Genossen, diese Möglichkeit besteht theoretisch. Denken Sie an folgendes. Vor dem Weltkrieg hatten wir sieben imperialistische Großmächte. Von diesen wurden im Weltkrieg als imperialistische Mächte drei vernichtet: Rußland, das durch die Revolution ausgeschaltet wurde, Österreich-Ungarn, das zerschlagen wurde, und Deutschland, das entwaffnet, niedergetreten, zu einer Kolonie gemacht wurde. Es blieben vier: England, Frankreich, Vereinigte Staaten, Japan. Es läßt sich denken, Genossen — und ich sehe gar keinen logischen Widerspruch, gar nichts Unmarxistisches darin —, daß in dem nächsten Weltkrieg wieder von den übriggebliebenen vier eine oder zwei weitere als imperialistische Mächte ausgeschaltet und zur Rolle von zweitklassigen Mächten, zur Rolle von Objekten der imperialistischen Weltpolitik degradiert werden. Machen wir die absolut irreale Voraussetzung, daß das Proletariat, wenn es nicht schon früher die Bourgeoisie stürzt, den nächsten Weltkrieg nicht dazu ausnützen würde, um die Bourgeoisie in weiteren Ländern endgültig zu schlagen, vorausgesetzt, daß die Kämpfe des Proletariats bis zu dem nächsten Weltkrieg nicht zu einem Siege führen würden, so liegt nichts Unmarxistisches oder Antimarxistisches in der Voraussetzung, daß eine einzige imperialistische Macht oder der vereinigte englisch-amerikanische Imperialismus die kapitalistische Welt beherrschen und die übrigen Länder durch seine Übermacht so niederhalten würde, daß keine weiteren Kriege möglich sein werden. Wenn Genosse Ulmer den Überimperialismus in diesem Sinne versteht und verneint, so kann ich ihm darin keinesfalls recht geben.

Was mich am meisten an der Rede des Genossen Ulmer gewundert hat, ist folgende Feststellung. Er sagt: Ich glaube, es ist sehr gefährlich für die Komintern, eine derartige Entwicklung des Kapitalismus fest-

zustellen. Ja, Genossen, was ist das für ein Ausdruck: Gefährlich? Ich glaube, das ist hier ein absolut unangebrachter Ausdruck. Im Gegenteil: Ist eine Tendenz zur Stärkung des Kapitalismus vorhanden, ist überhaupt irgendeine Tendenz vorhanden, die man durch Daten nachweisen kann, so wäre es meines Erachtens eine Gewissenlosigkeit, ein Verrat an den Interessen des Proletariats, diese Wahrheit zu verschweigen! Wir können uns doch nicht selbst über die Perspektive täuschen. Wenn der Genosse der Meinung ist, daß diese Perspektive unrichtig ist, so muß er es beweisen. Wenn er aber sagt: Diese Perspektive ist gefährlich, darum wollen wir von ihr keine Kenntnis nehmen, handelt er meiner Meinung nach absolut nicht im Interesse des Proletariats. Ich meine, die Wahrheit zu sagen, ist immer notwendig und kann niemals als eine opportunistische Abweichung angesprochen werden. Ich will damit nicht sagen — und ich habe mich in meiner Broschüre und in meinen Thesen darüber ganz klar ausgesprochen —, daß eine Perspektive der Gesundung des Kapitalismus heute besteht. Aber wogegen ich mich wenden muß, ist ein methodologisches Vorgehen, bei dem man sagt: Wenn eine solche Perspektive vorhanden ist, wäre es gefährlich, das auszusprechen.

Nun, Genossen, was ist der Ausgangspunkt dieser ganzen Idee von der Gefährlichkeit irgendwelcher Perspektive? Ich glaube, daß der Genosse Ulmer, obwohl er sich gegen die antileninistische, luxemburgische sogenannte „äußerste Linke" in Deutschland erklärt hat, trotzdem wesentlich von ihr beeinflußt worden ist. Das zeigt sich am klarsten darin, daß er mir „Voluntarismus" vorwirft. Was heißt Voluntarismus? Er sagt, ich lege dem Kampfwillen des Proletariats eine zu große Bedeutung bei. (Zuruf: Umgekehrt!) Er sagt wörtlich folgendes: Ich hätte gesagt, „die Situation ist so, daß zwar die Entwicklung nach der Liquidierung der Widersprüche geht, aber daß noch genug Widersprüche vorhanden sind in der Krisenperiode, und daß dies der Hebel ist, zum Kampf zu kommen, wenn die Kommunisten nur die nötige Willensanstrengung machen. Wir sind Marxisten und lehnen diese Theorie ab. Es hängt nicht nur von dem Willen der Kommunisten, sondern auch von der gesamten revolutionären Situation ab."

Genossen! Es ist selbstverständlich, daß der Kampf des Proletariats abhängt von der objektiv revolutionären Situation, wer wollte dies leugnen? Aber er hängt auch ab von dem Kampfwillen des Proletariats!

Genossen, ihr habt hier Tage hindurch den deutschen rechten Führern vorgeworfen, sie hätten den Kampf nicht gewollt, trotzdem eine objektiv revolutionäre Situation da war. Ich glaube, es ist ein absoluter Widerspruch, zu sagen, wir verurteilen die Rechten, weil sie in einer revolutionären Situation nicht kämpfen wollten, andererseits

aber, weil ich betone, daß der Kampfwille des Proletariats ein unentbehrliches Moment zum Siege des Proletariats, zum Sturze des Kapitalismus ist, mir das Schlagwort des Voluntarismus zuzuwerfen. Es handelt sich hierbei nicht um eine philosophische Diskussion, sondern um die Vorbedingungen der Revolution. *Es ist nicht genug, daß eine objektiv revolutionäre Situation vorhanden ist; es muß auch der subjektive Kampfwille des Proletariats und seiner Führer da sein, um Erfolge herauszuholen.* Es könnten die besten revolutionären Situationen vorhanden sein: Wenn der Kampfwille nicht vorhanden, organisatorisch nicht ausgenützt wird, können diese Situationen ohne Erfolg vorübergehen. Das Schlagwort des Voluntarismus in die Luft schleudern, entspricht absolut nicht den Notwendigkeiten, die heute vor uns stehen.

Dieser Gedanke steht im engsten Zusammenhang mit jenem Gedankengang, den ich den deutschen sogenannten Luxemburgianern immer vorwerfe. Es ist ein Suchen nach einer Theorie, die den Zusammenbruch des Kapitalismus als automatisch und unvermeidlich darstellen und mehr oder minder kampflos sicherstellen würde. Ich habe schon in meinem Referat gesagt, und ich wiederhole es hier: *Es gibt keine Theorie, die irgendwie uns den Sieg ohne große Kämpfe und ohne ein großes Risiko sicherstellen würde.* Eine solche Theorie gibt es nicht, und wenn man sie aufstellt, ist sie sicher falsch!

Noch eine Frage, die Ulmer angeschnitten hat, wo er das einzige Mal auf das Tatsachenmaterial eingegangen ist. Es bestehe nach ihm ein Widerspruch darin, daß ich einerseits spreche von dem Bestreben der einzelnen kapitalistischen Länder, sich zu isolieren, und andererseits von der internationalen Verflechtung der kapitalistischen Interessen. Ich glaube, daß dies absolut kein Widerspruch ist, sondern ein Prozeß, der schon vor dem Kriege ständig vor sich gegangen ist. Konkret gesprochen: Die Bourgeoisie der einzelnen Länder hat das Bestreben, den inneren Markt monopolistisch für sich zu sichern. Um dies tun zu können, richtet sie um das eigene Land hohe Schutzzölle auf. Was tut dann das ausländische Kapital? Das ausländische Kapital, das bisher gewisse Waren in dieses Land geliefert hat, verlegt die Produktion in das nunmehr durch Schutzzölle abgesperrte Land. Es ist also eine Tendenz zur Isolierung einerseits, andererseits eine Verflechtung des ausländischen mit dem inländischen Kapital, zwei Dinge, die sich durchaus nicht widersprechen, und die absolut nicht zu verhindern sind. Es gab Versuche dazu. Es gibt in Norwegen — wenn ich nicht irre — ein Gesetz, das bestimmt, daß in einem inländischen Unternehmen nur ein gewisser Prozentsatz ausländisches Kapital sein darf. Die Ausländer haben sich Strohmänner genommen, so daß dieses Gesetz absolut keine Bedeutung hat. Diese beiden Tendenzen der

Isolierung und Verflechtung bestehen nebeneinander, kreuzen sich, ohne daß hier ein Widerspruch vorhanden wäre.

In diesem Zusammenhang möchte ich ganz kurz reflektieren auf die Angriffe, die im theoretischen Organ der deutschen Partei, der „Internationale", in letzter Zeit öfter gegen mich gemacht wurden. Was ist das Wesen dieser Angriffe? Das Wesen ist der Vorwurf, daß es mir nicht gelungen ist, eine derartig klare Theorie der Krisenperiode aufzubauen, wie sie der Marxismus für den sogenannten „normalen Kapitalismus" geschaffen hat, und zwar, nebenbei bemerkt, sollte das eine Theorie sein, die den Erfolg unseres Kampfes in absehbarer Zeit irgendwie sicherstellt.

Ich muß nun sagen, es ist weder mir noch den andern Genossen in den verschiedenen kommunistischen Parteien gelungen, alle Phänomene des gegenwärtigen Kapitalismus zu einer klaren Theorie zusammenzufassen. Es liegen gewisse Versuche dazu vor. Ich erinnere an die „Übergangsperiode" von Bucharin. Auch ich habe öfters versucht, wenigstens im gröbsten eine Theorie herauszuarbeiten, aber eine wirklich zufriedenstellende Theorie ist bisher nicht vorhanden.

Wir müssen hierbei eines überlegen: Marx und Engels haben zwei Jahrzehnte hindurch in voller Seelenruhe den damaligen Kapitalismus beobachtet, sie haben 20 Jahre hindurch die Statistiken und Zahlen studiert, und erst dann ist das „Kapital" entstanden. Erst dann ist es gelungen, ein Gesamtbild zu geben. Es liegt mir fern, mich mit Marx zu vergleichen; aber wozu Marx 20 Jahre gebrauchte, dazu muß man mir doch wenigstens 40 Jahre zugestehen. Es ist eine zu große Ehre für meine Person, wenn man von mir fordert, ich solle heute, wo die Tatsachen des Kapitalismus viel verworrener sind, wo die Widersprüche, die inneren Gegensätze viel größer sind, wo die Erscheinungen viel stärker fluktuieren, viel rascher sich verändern als vor 50 Jahren, auf der Stelle eine klare Theorie der Krisenperiode geben. Andererseits muß ich Sie fragen: Was haben die Genossen positiv geleistet, die mir fortwährend den Vorwurf machen, keine genügend ausgearbeitete Theorie zu haben. Ich muß mit Bedauern sagen: *Sie haben positiv gar nichts geleistet,* sie tun nichts anderes, als daß sie auf der unrichtigen Akkumulationsformel von Rosa Luxemburg herumreiten und immer wiederholen: Der Kapitalismus *kann seine Krise nicht überwinden,* weil keine Akkumulationsmöglichkeiten mehr vorhanden sind. Oder umgekehrt: Die Krisen werden bald überwunden sein, weil Akkumulationsmöglichkeiten vorhanden sind. Wobei diese Genossen nicht einmal den Versuch gemacht haben, konkret festzustellen, ob z. B. in Deutschland, in Europa, in Amerika eine Akkumulation vor sich geht oder nicht. Nicht der leiseste Versuch zu einer realen Analyse ist von diesen Genossen gemacht worden. Ich glaube, diese gegen

mich gerichteten Vorwürfe würden erst dann eine Bedeutung erhalten, wenn diese Genossen nicht bloß Forderungen aufstellten, sondern selbst positiv zeigten, was sich auf Grund ihrer theoretischen Auffassung positiv in der Analyse der gegenwärtigen Periode machen läßt.

Ich glaube, daß die Thesen, die ich Ihnen vorgelegt habe, zur Grundlage einer Beschlußfassung des Kongresses geeignet sind. Selbstverständlich sind noch niemals auf einem unserer Kongresse Thesen unverändert angenommen worden. Der Kongreß ist dazu da, um Meinungen auszutauschen, um Erfahrungen der verschiedenen Genossen zu beachten und um in Form einer kollektiven Arbeit die richtige Perspektive herauszuarbeiten. Ich hoffe, daß in der politischen Kommission Gelegenheit sein wird, alle die vorhandenen Mängel dieser Thesen durch bessere Formulierungen zu ersetzen.

Gestatten Sie mir, Genossen, da mir noch einige Minuten Zeit geblieben sind, daß ich auf eine Frage hier eingehe, die in der Diskussion nicht berührt wurde. Ich glaube, daß es ein Versäumnis wäre, wenn auf diesem Kongreß, in dieser Debatte, kein Wort über das ungarische Proletariat fiele. Vor 5 Jahren um diese Zeit bestand außer in Rußland noch eine relativ festgefügte proletarische Diktatur. Das ungarische Proletariat war das einzige, das außer Rußland eine Diktatur erkämpft und 4½ Monate lang aufrechterhalten hat. Dieses Proletariat hat gegenwärtig auf dem 5. Kongreß der KI, wo aus allen Ländern der Welt Vertreter anwesend sind, in diesem Saale keine Delegation. Diese Tatsache ist die Folge davon, daß es keine ungarische Kommunistische Partei gibt. Es gibt Ansätze dazu; es sitzen Hunderte von Genossen wegen versuchter Parteibildung in den Gefängnissen, aber eine wirkliche Partei gibt es noch nicht.

Ich glaube, der Kongreß müßte die Frage aufwerfen, warum dies so ist. Es ist dies keinesfalls das Versäumnis der emigrierten ungarischen Genossen, denn Ungarn sind ja hier auf dem Kongreß in großer Zahl anwesend; es gibt welche in der russischen, amerikanischen, tschechischen, jugoslawischen Delegation, bei der Jugend usw. Und diese Tatsache zeigt, daß die emigrierten Ungarn arbeitsfähige Genossen sind. Ich glaube auch nicht, was viele Genossen meinen, daß die Tatsache der scharfen Fraktionsbildung in der Emigration die Ursache davon ist. Ich glaube im Gegenteil: *Es gibt darum so scharfe Fraktionen in der Emigration, weil es bisher nicht gelungen ist, eine lebendige kommunistische Bewegung in Ungarn selbst zu schaffen.* Diese Tatsache muß um so mehr zu denken geben, als es in Ungarn eine sehr starke Arbeiterbewegung gibt. Ungarn ist das einzige Land der Welt, wo die Gewerkschaften in den letzten drei Jahren ständig an Mitgliedern zugenommen haben. In Ungarn gibt es eine sozialdemokratische Partei als stärkste Oppositionspartei im Parlament. Es gibt

gewaltige große Arbeitskämpfe und trotzdem keine kommunistische Partei.

Was ist die Ursache dieser Erscheinung?

Ich glaube, daß es in Ungarn *eine historische Situation gibt, die bisher die Bildung einer kommunistischen Partei so erschwert hat, wie es in keinem Lande der Welt noch der Fall gewesen ist.*

Was ist diese historische Situation? Wie entstehen in andern Ländern kommunistische Parteien? Sie entstehen so, daß sie in einem Zeitpunkt ihre Wurzeln in die Arbeiterschaft einlassen, wo die Bourgeoisie sich vor der Kommunistischen Partei noch nicht fürchtet. Die kommunistischen Parteien entstehen in allen Ländern in einer Schonzeit, wo die Bourgeoisie noch nicht aus unmittelbarer Erfahrung weiß, was ihr von der Kommunistischen Partei droht. Die Kommunistische Partei hat Zeit, sich in den Arbeitermassen in den Betrieben einzuwurzeln, organisatorisch zu festigen und den sicheren Boden für die in jedem Lande unvermeidlich eintretende illegale Periode, für die Zeit der Verfolgungen zu schaffen.

Was ist in Ungarn geschehen? In Ungarn ist eine Diktatur entstanden, bevor eine kommunistische Partei in diesem organisierten Sinne vorhanden war. Die ungarische Kommunistische Partei wurde im Herbst 1918 gegründet und nach Errichtung der Diktatur, am 21. März 1919, mit der Sozialdemokratischen Partei verschmolzen. Sie war in dieser Periode tatsächlich der Führer der aktiven Arbeitermassen, und die Aufrichtung der Diktatur ist unzweifelhaft in erster Linie ihr Verdienst. Aber ihr Bestehen war nicht andauernd genug, um als Organisationsbasis für die Bildung einer illegalen Partei in der Periode des weißen Terrors nach Sturz der Diktatur dienen zu können.

Es ist weiter selbstverständlich, Genossen, je näher, je unmittelbarer die Bourgeoisie eines Landes gefühlt hat, was die proletarische Diktatur bedeutet, desto schärfer, nachhaltiger, erbitterter wird die Reaktion gegen die Kommunistische Partei sein.

Also, Genossen, die Aufgabe der ungarischen Partei ist eine in der Weltgeschichte nie dagewesene: zu schaffen von Grund auf eine kommunistische Partei nach einer Diktatur, zu schaffen die ersten Wurzeln einer kommunistischen Organisation bereits in der Periode des Terrors, der Illegalität, der größten Verfolgungen! Genossen, ich glaube, diese historische Tatsache ist es, und nicht die Fraktionen, die Unfähigkeit der emigrierten Genossen, die uns vor die Tatsache stellt, daß das ungarische Proletariat, außer Rußland, das einzige, das eine Diktatur errichten und 4½ Monate aufrechterhalten konnte, hier auf diesem Kongreß ohne Vertretung blieb.

Ich habe dies nicht gesagt, um uns zu entschuldigen. Aber ich glaube, daß nunmehr die Zeit gekommen ist, wo man ernstlich an die

Schaffung einer Bewegung in Ungarn schreiten kann. Und ich glaube, es wäre gut, wenn der Kongreß seine Meinung ausspräche in dem Sinn, daß die Exekutive der Kommunistischen Internationale nunmehr einen energischen Versuch machen soll, jene aus dem Fraktionskampf stammenden Hemmnisse zu überwinden und der ungarischen Partei ihre volle Unterstützung zu geben. Genossen, ich sage nicht, daß man den Versuch wiederholen soll, den wir schon zwei-, dreimal gemacht haben: die Fraktionen zu liquidieren. *Die Fraktionen können nur liquidiert werden durch eine lebendige Arbeiterbewegung.* Fraktionen in der Emigration können weder durch Versprechungen, noch durch gegenseitige Treueschwüre liquidiert werden. Aber es wäre an der Zeit, daß diese Fraktionen, ohne sich lügnerische Versprechungen zu geben, sich auflösen, daß sie nicht mehr existieren wollen, zusammengefaßt werden zu einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Ziel: die erste organisatorische Grundlage für eine Kommunistische Partei in Ungarn zu schaffen. Und ich glaube, wenn diese erste organisatorische Grundlage festgelegt sein wird, so werden die tiefgehenden Wirkungen, die die Diktatur in den Massen des ungarischen Proletariats hinterlassen hat, rasch dazu beitragen, daß die ungarische Kommunistische Partei zu der Größe und Stärke emporwachsen wird, die auf Grundlage ihrer Vergangenheit erwartet werden kann. (Beifall.)

WYNKOOP: Bevor Genosse Sinowjew das Wort erhält, erteile ich dem Genossen Bumbia zu einer Erklärung das Wort.

Genosse BUMBIA (Polen) verliest folgende

Erklärung:

„Die unterzeichneten Mitglieder der polnischen Delegation erklären:

1. Wir haben im Plenum das Wort zu den Fragen der polnischen Partei nicht ergriffen, da wir es für zweckmäßiger halten, die strittigen Fragen auf Grund des Materials und der Dokumente in der polnischen Kommission des Kongresses zu beleuchten.

2. Wir teilen durchaus die taktische Linie, die Genosse Sinowjew seinem Bericht zugrunde gelegt hat, und stellen fest, daß diese Linie vollauf der Linie entspricht, die wir in Polen in der letzten Periode befolgt haben und die in den Thesen des Plenums des polnischen ZK im März d. J. formuliert wurde.

3. Wir halten es für unsere Pflicht, vor der gesamten Kommunistischen Internationale und vor dem polnischen Proletariat den energischsten Protest zu erheben gegen die Angriffe auf unsere Genossen Krulikowski und Lanzuski von seiten des Genossen Lenski, der von der Tribüne des Kongresses die Sejmreden entstellt und versucht hat, ihren Kampf in Verruf zu bringen.

Kostrschewa. Walecki. Pruchnjak. Warski.

WYNKOOP: Genossen, jetzt hat noch das Wort der Genosse Semko, der den Bericht der Delegation verlesen wird, die vom Kongreß zur Begrüßung der baltischen Flotte abgesandt wurde.

SEMKO (Finnland): Im Namen der Delegation, die von dem Kongreß zur Begrüßung der Baltischen Flotte entsendet wurde, übermittle ich euch, Genossinnen und Genossen, revolutionäre Grüße der Roten Baltischen Flotte. Wir haben die Möglichkeit gehabt, uns zu überzeugen, was für eine ungeheure Arbeit auf organisatorischem, politischem und kulturellem Gebiete die Kommunistische Partei und die Kommunistische Jugend Rußlands geleistet haben. Aus den Trümmern, die nach dem Welt- und Bürgerkrieg geblieben sind, ist in zwei bis drei Jahren, dank der übermenschlichen Anstrengungen der russischen Genossen, eine mächtige, auf dem Baltischen Meer herrschende Flotte geworden. Die Schiffe sind in sehr gutem Zustande, immer bereit, in Aktion zu treten. Auf den Schiffen herrscht eine tadellose Ordnung.

Die Matrosen sind von kommunistischem Geiste erfüllt. Über 75 Prozent Matrosen sind Mitglieder der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Jugend. Ihr geistiges Leben ist sehr reich. Auf jedem Schiffe gibt es sehr gute Bibliotheken und Lesesäle, wo man alle russischen Zeitungen und Monatsschriften finden kann. Außerdem bestehen zahlreiche Ecken, sogenannte Ugolki. Auf jedem Schiffe gibt es eine Leninecke, wo sich sämtliche Werke Lenins und seine Biographie befinden. Dann sind andere Ecken dort, z. B. Bauernecke, wo die Zeitungsausschnitte über die Bauernfrage, wichtige Dekrete und Literaturanzeigen vorhanden sind, eine Ecke der Freidenker, wo Material zur Bekämpfung der Religion, antireligiöse Bilder und Karikaturen sich befinden, dann Sanitäts-Aufklärungsecken, Jugendecken, Ecken der Roten Flotte usw.

Die politische und kulturelle Arbeit ist in bestimmten Zirkeln zusammengefaßt. Es gibt Zirkel für Leninismus, für die Seepropaganda, für Sport, Musik, Naturwissenschaften, Parteischulen, Jugendbewegung usw.

Die politische und kulturelle Arbeit führen die politische Abteilung für die ganze Flotte und Kommissare für die einzelnen Schiffe. Es werden wöchentlich auf jedem Schiffe Parteiversammlungen abgehalten. Für die ganze Mannschaft wird monatlich eine Versammlung veranstaltet, und außerdem gibt es zweimal wöchentlich politische Kurse, an welchen die ganze Mannschaft teilnimmt. Da finden die Diskussionen über aktuelle Fragen statt.

Für die ganze Flotte erscheint in Leningrad eine Tageszeitung: „Die Rote Flotte", und außerdem wird eine Zeitung auf jedem Schiffe gedruckt, an der die Matrosen selbst die eifrigsten Mitarbeiter sind. Die Beziehungen zwischen Mannschaft und Kommando sind gut. Neben straffster Disziplin im Dienst besteht ein kameradschaftlicher Kontakt zwischen den einzelnen Dienstgraden. Eine intensive Propaganda wird auch im Kommando geführt. Es gibt Schiffe, auf welchen mehr als 50 Prozent Kommunisten im Kommando sind.

Das Interesse der Matrosen für alles, was in den verschiedenen Ländern vorgeht, ist ungeheuer groß. Der Geist der Besatzung wird verkörpert in reichster politischer Anteilnahme auf internationaler Grundlage. Die Matrosen haben sich interessiert für die Stärke der kommunistischen Parteien, die Stärke der Jugendorganisationen, für die legale und illegale Arbeit, für die legale und illegale Presse, für

die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in den verschiedenen Ländern, für die Stärke der Bauern- und bürgerlichen Parteien usw.

Die Delegierten haben die ganze Zeit im Gespräch mit den Matrosen zugebracht. Sie haben sich überzeugt, daß die Matrosen die besten Agitatoren für den Kommunismus und daß die Baltische Flotte eine der stärksten Stützen der Weltrevolution sein wird.

Es lebe die Rote Flotte!

WYNKOOP: Jetzt hat Genosse *Synowjew* das Schlußwort.

DAS SCHLUSSWORT SINOWJEWS

Die Weltwirtschaft

Vorbemerkungen

Genossen, manche Redner haben bemängelt, daß die Frage der weiteren Taktik der Exekutive zusammen mit dem Bericht über die vergangene Berichtszeit diskutiert worden ist. Dies mag eine gewisse Unbequemlichkeit mit sich bringen, so daß man es auf den nächsten Kongressen vielleicht anders machen sollte. Ich persönlich habe wenigstens dagegen nichts einzuwenden, nur glaube ich, daß dies nicht praktisch wäre, weil die Tätigkeit der Exekutive und ihre allgemeine Linie immer sehr eng mit der taktischen Richtlinie für die nächste Zukunft verbunden ist. Also, wenn diese Form der Diskussion von unseren Kongressen gewählt worden ist, so ist es nur aus Rücksichten der Zeitökonomie geschehen und aus keinen anderen.

Ich glaube, wir werden außer der Resolution zur Tätigkeit der Exekutive, die ziemlich ausführlich sein kann, unbedingt noch *allgemeine taktische Thesen* annehmen müssen. Diese Arbeit soll nach unserer Diskussion von der allgemeinen politischen Kommission vorbereitet werden.

Unsere Diskussion war diesmal ausgiebig wie noch niemals. Es haben insgesamt *zweiundsechzig* Redner gesprochen, ohne die Deklarationen und Erklärungen zu zählen. Viele Reden waren sehr wertvolle Beiträge zur Erläuterung der tatsächlichen Lage in dem betreffenden Lande. Ich kann selbstverständlich nicht auf alle diese Reden eingehen und muß mich auf das Wichtigste konzentrieren. Ich will versuchen, zunächst einiges zu ergänzen, was, wie es scheint, in meinem Einführungsreferat, trotzdem dieses ziemlich lang war, nicht genug beleuchtet worden ist. Die Länge der Rede kommt in diesem Falle nicht aus der Liebe zu langen Reden, sondern aus dem riesigen Thema, das darin besteht, über fünfzig bis sechzig Parteien Bericht zu erstatten und die taktische Linie für die Zukunft zu skizzieren.

Ich will zunächst die Frage der *weltwirtschaftlichen Lage* noch ein wenig ergänzend betrachten. Ich habe schon in meinem Einführungsreferat geäußert, daß ich dem zustimme, was in der Broschüre und in den Thesen des Genossen Varga gesagt worden ist. Gewiß sind da viele Verbesserungen möglich und notwendig, niemand wird sich dagegen wehren, daß man in einer speziellen Kommission die Thesen noch etwas umarbeitet. Aber was die allgemeine Linie betrifft, so glaube ich, Genossen, müssen wir uns hier darüber einigen, ob sie richtig ist oder nicht.

Was war der Beschluß des 3. Weltkongresses?

Ich lese in der Zeitschrift „Die Internationale", der Zeitschrift unserer deutschen Bruderpartei, einen Artikel des Genossen K. S., in dem es heißt:

> „In der Tat hat der 3. Kongreß die klare Perspektive auf die Weltrevolution durch ein allgemeines ökonomisches Schema ersetzt, das im einzelnen und methodisch viele Rückschritte zeigt."

Man muß sich fragen, Genossen, was brauchen wir: das Schema oder die Revolution? Es hat wirklich den Anschein, als ob für manche Schriftsteller das „Schema" die Hauptsache ist. Soweit man von einem Schema sprechen kann, hatte der 3. Kongreß es im allgemeinen absolut richtig vorgezeichnet. Die Ereignisse haben bereits bewiesen, daß der 3. Kongreß die allgemeine weltökonomische Lage richtig abgeschätzt hat. Die Ereignisse haben sich nicht rascher entwickelt, als der Kongreß vorhergesehen hatte. Also, was nützt uns ein Schema, das für uns sehr günstig und für die Bourgeoisie sehr ungünstig aussieht — wenn dieses dann der Wirklichkeit nicht entspricht? Ja, es wäre ein Leichtes gewesen, etwa auf dem 3. Kongreß so ein papiernes „Schema" aufzustellen, das besagte, das wir in einem, zwei Jahren den absoluten und vollen Zusammenbruch des Kapitalismus erleben würden. Aber was hätten wir davon, wenn dies nicht eingetroffen wäre?

Überhaupt, Genossen, wir haben in dieser Zeit viel hinzugelernt, man soll mit dem Begriff „Zusammenbruch des Kapitalismus" vorsichtig sein. Der Zusammenbruch des Kapitalismus kommt unvermeidlich, der Kapitalismus ist zum Untergang verurteilt, aber man muß eben klar sehen, wie die Dinge liegen, und man soll mit dem Begriff der Zeit vorsichtiger umgehen, als es bisher geschah.

Sie haben gehört, wie der Genosse Ulmer den Bericht des Genossen Varga gewertet hat. Nachdem wir die Erklärung der deutschen Delegation in dieser Frage entgegengenommen haben, ist diese Angelegenheit jetzt vielmehr untergeordneter Natur. Es verlohnt sich dennoch, auch mit einem einzelnen Genossen, besonders einem so wert-

vollen Genossen, wie es der Genosse Ulmer ist, sich über diese Meinungsverschiedenheit zu verständigen. Nebenbei bemerkt, der Genosse Kreibich, der doch eine ganz andere politische Nuance vertritt, hat den Bericht des Genossen Varga genau so eingeschätzt wie Ulmer.

Ulmer meint, es sei kein Zufall, daß Radek und, ich weiß nicht mehr welche, andere Genossen von der Rechten Varga angeblich zugestimmt haben. Ich glaube, Genosse Ulmer ist hier ein wenig ein Opfer der „Kriegslist" Radeks geworden. Sie haben wohl gesehen, Radek sucht die schwachen Seiten der Linken heraus, er tastet überall herum, wo es bei der Linken schlimm aussieht, ob man da vielleicht einen Trennungsstrich ziehen kann.

Er hat das auch mit dem Referat des Genossen Varga zu tun versucht. Ich verstehe schon die *Gefühle* eines Revolutionärs, besonders eines *deutschen* Revolutionärs in der gegebenen Lage. Ulmer möchte von unsern Wissenschaftlern, von unsern Ökonomen so eine Marschroute haben, daß es ganz klar wird: heute, morgen kracht der Kapitalismus zusammen, die Revolution kommt unvermeidlich, eher heute als morgen. Besonders sind solche Stimmungen nach der Oktoberniederlage begreiflich, besonders nachdem man das „Joch" der rechten Führung abgestreift hat: Wo man wirklich kämpfen will, wo sich die Fäuste von selbst zusammenballen — da erwartet man eben, unsere Wissenschaftler möchten ihre Sache gut machen, d. h. ein „Schema" geben, das die Sicherheit gibt: Morgen ist die Revolution da!

Die Dinge so sehen, wie sie sind!

Wie gesagt, ich verstehe schon diese Gefühle bei Revolutionären, besonders bei unsern deutschen Genossen, die sich in einer ganz besonderen Lage befinden. Aber, Genossen, wir wollen doch den *Sieg* erringen und nicht nur mit der Faust in der Luft herumfuchteln. Dazu müssen wir die Dinge so sehen, wie sie sind.

Genosse Varga hatte den Auftrag, uns die *ökonomische Weltlage* zu zeigen, nicht nur die Lage in Deutschland. Deutschland ist ein für die Revolution sehr wichtiges Land. Aber, Genossen, hier wurde mit Recht behauptet, daß die anglosächsischen Länder, in erster Linie England, auch manche Bedeutung für die Weltrevolution haben. Wenn ich nicht irre, war es Karl Marx, der sagte: Die Revolution ohne England ist doch nur ein Sturm im Wasserglas.

Also, alle Ehre der deutschen Bewegung, aber wir müssen dennoch die ökonomische *Weltlage* betrachten, nicht allein die Lage in Deutschland. Wir dürfen nicht vergessen, daß sogar in Deutschland, trotz der mannigfaltigen Zeichen des Niedergangs des Kapitalismus, der Demoralisation des Kapitalismus, manche Anzeichen der Konsolidie-

rung doch da sind. Jeder Arbeiter im Betriebe fühlt das. Wir brauchen gar nicht das zu sagen, was nicht da ist. Überhaupt, es gibt Fragen, wo es gar nicht so leicht ist, einfach *ja* oder *nein* zu sagen. Der Sinn mancher Artikel und Reden war eben der: Deine Rede sei: Ja, ja — nein, nein, was darüber ist, das ist vom Übel!

Die Lage ist eben kompliziert. Man kann nicht dem Genossen Varga einen Strick daraus drehen, daß es doch manche Tendenzen der Konsolidierung des Kapitalismus gibt. Es gibt sie leider. Können wir die Augen einfach davor verschließen und sagen, es gebe sie nicht? Unsere Aufgabe besteht eben darin, daß wir die Dinge so sehen, wie sie sind.

Der „Pazifismus" des Genossen Varga

Man sagte, Varga habe „pazifistische Abweichungen" offenbart. Ja, wenn man Varga ansieht, sein Äußeres, so kann man wohl sagen, daß er wirklich manche „pazifistische" Abweichungen hat. (Heiterkeit.) Varga hat es ja auch soeben bewiesen; ich an seiner Stelle wäre gegen Ulmer nicht so „pazifistisch" aufgetreten. (Heiterkeit.) Trotzdem glaube ich, daß das Schema, das uns Varga wissenschaftlich zusammenfaßt, richtig ist. Die ökonomischen Arbeiten, die er für die KI macht, seine Vierteljahrsübersichten sind gutes Material. Ich kenne in der internationalen Literatur kein besseres. Ich glaube, daß wir alle auf diesem Gebiete von Varga lernen sollten. Ich bin bereit, von Varga hierin zu lernen. Ich glaube, mancher Genosse, auch K. S., wird ganz gut tun, wenn er von Varga etwas lernt.

Die Analyse der Weltwirtschaft ist sehr schwierig, sehr kompliziert. Die Lage ist recht bunt, man kann mit subjektiven Gründen die Sache nicht abtun. Was ergibt die Analyse von Varga? Er spricht von einer allgemeinen Agrarkrise fast in der ganzen Welt. Es beginnt der Anfang einer schweren Industriekrise in Amerika. In einzelnen Ländern Europas ist im allgemeinen auf Kosten der Nachbarländer eine Besserung der Krise eingetreten, eine Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse, und zwar nicht nur relativ, sondern absolut, sowie eine Verschärfung der Klassengegensätze.

Genossen, ist das Pazifismus? Varga meint mit Recht, die jetzige Wirtschaftslage sei derart, daß die Organisiertheit des Proletariats, der Wille zur Macht, die Bereitschaft zum Kampf, die Stärke der kommunistischen Parteien — daß der subjektive Faktor *ausschlaggebend* sein könne. Das ist *nicht* pazifistisch. Die objektive Lage kann so revolutionär sein wie nur etwas; wenn kein Machtwille da ist, wenn den unterdrückten Massen die Erfahrung des Kampfes fehlt, wenn keine Kommunistische Partei vorhanden ist, wird nichts herauskommen.

Es ist gar nicht schlecht, daß dieses kleine Intermezzo gekommen

ist; es ist besonders gut, daß Ulmer nicht auf seinen Übertreibungen besteht, die er aus den besten Absichten heraus begangen hat. Aber wir müssen nüchtern sein. Was wäre gewesen, wenn wir auf dem 3. Weltkongreß beschlossen hätten: Die Weltlage ist so, daß der Kapitalismus in den letzten Zügen liegt — und dann kommt der 4. Kongreß und der 5. Kongreß, und der Kapitalismus sitzt immer noch in vielen Ländern ziemlich fest im Sattel? Ein solcher Selbstbetrug hätte wohl kaum unser Ansehen unter unsern eigenen Mitgliedern, geschweige denn unter den sympathiesierenden Arbeitern gehoben.

Zwei Perspektiven in der Entwicklung des Kapitalismus

Es sind zwei Perspektiven möglich. Die eine, ganz grob ausgedrückt, ist die einer verhältnismäßig langandauernden Periode des Vegetierens des Kapitalismus, der nicht leben und nicht sterben will; und eine zweite, die auch sehr möglich ist: eine viel raschere Entwicklung der Dinge, der zeitlich rasche Zusammenbruch des Kapitalismus in manchen entscheidenden Ländern und dann im rascheren Tempo in der übrigen Welt. Historisch gesprochen ist dem Kapitalismus natürlich nur noch ganz kurze Zeit zum Leben beschieden. Im Leben des einzelnen bedeuten fünf, zehn, zwanzig Jahre sehr viel. Aber für die Weltgeschichte sind solche Zeiträume soviel wie fünf Minuten.

Wir als Kommunistische Internationale, als Organisation der Weltrevolution, die wir die Aufgabe haben, die Weltrevolution zu organisieren, wir müssen unsere Taktik auf beide Möglichkeiten einstellen. Wir müssen unser Hauptaugenmerk auf die schlechtere Möglichkeit lenken; kommt dann die bessere, die schnellere, dann werden wir es schon verstehen, uns nach den besseren Möglichkeiten zu orientieren. Es wäre schlimm, wenn wir alle Möglichkeiten auf das glatte, bessere, raschere Tempo einstellen wollten. Das ist richtig für jedes einzelne Land, um so richtiger, wenn wir von der ganzen ökonomischen Weltlage sprechen. Ich weiß, daß es unter den linken Führern der KPD sehr einflußreiche Genossen gibt, die auch für Deutschland mit der Möglichkeit eines Hinausschiebens des Schlußaktes für Jahrzehnte hin rechnen. Ich glaube, dem ist *nicht* so. Aber man darf Varga nicht angreifen, wenn er in der Beurteilung der *gesamten* Weltwirtschaftslage Vorsicht walten läßt.

Ich glaube deshalb, daß die Thesen des Genossen Varga im allgemeinen richtig sind. Man kann dem Wunsch der deutschen Delegation entgegenkommen und die Möglichkeiten der revolutionären Perspektive mehr herausarbeiten, besonders für Deutschland. Man sollte in einer Kommission die Sache überprüfen. Wir müssen im allgemeinen besonders den jüngeren Genossen das Studium der Thesen

anempfehlen. Man kann doch nicht, ohne eine einzige Tatsache, ohne eine einzige Zahl vorzubringen, einfach behaupten, Varga habe „pazifistische Abweichungen", weil er „pazifistisch" aussieht. Wir müssen auf dem Gebiete der Weltwirtschaft mehr als je studieren, mehr als auf jedem andern Gebiete hinzulernen, mehr als auf jedem andern Gebiete vorsichtig sein in unsern Schlüssen.

Die demokratisch-pazifistische „Ära"

Die Wurzeln der demokratisch-pazifistischen „Ära"

Ich möchte jetzt noch manches ergänzend zur *weltpolitischen* Lage sagen. Wir haben in unserm Bericht konstatiert, „daß während des 4. Weltkongresses der Höhepunkt des Faschismus", der bürgerlichen Reaktion im internationalen Maßstabe erreicht war. Schon damals hatte der Kongreß vorausgesagt, daß diese Bewegung einer andern, einer demokratisch-pazifistischen Ära Platz machen würde.

Diese Voraussage des Kongresses ist jetzt eingetreten. Aber auch diese Periode wird nicht lange dauern. In einer Reihe von Ländern wird sich die Lage wieder zuspitzen. Es wird wieder der verschärfte Belagerungszustand kommen usw.

Wie war die Lage während des imperialistischen Krieges? Eine unerhört verschärfte Situation, Belagerungszustand fast überall. Am Ende des Krieges blühte gewissermaßen die „Demokratie", in einer Anzahl von Ländern gab es bürgerlich-demokratische Revolutionen. Ein klein wenig Zeit ist verflossen, da kommt der Faschismus, die verschärfte bürgerliche Reaktion in fast allen entscheidenden Ländern. Das war unvermeidlich, da es keine kommunistischen Parteien gab, die imstande gewesen wären, die Arbeiterklasse in den Kampf zu führen und der Bourgeoisie den Sieg zu entreißen. Darauf beginnt eine neue Welle der demokratisch-pazifistischen „Ära". Die Sozialdemokraten, diese Herren, stellen sich die Sache ganz einfach vor: zunächst Belagerungszustand, dann Demokratie, dann wieder Belagerungszustand, dann wieder Demokratie — nichts ändert sich dabei.

Die Krise des faschistischen Regimes in Italien

So einfach wird die Sache nicht sein. Nehmen wir ein Land wie Italien. Es wäre vielleicht übertrieben, zu sagen (genaue Pressemeldungen über die Geschehnisse anläßlich der Ermordung Matteottis liegen noch nicht vor), daß dort schon eine neue Revolutionswelle beginnt, allgemeine Streiks usw., aber sicher ist, daß dort eine ganz

neue Lage entsteht. Das geht schon daraus hervor, daß das kommunistische Organ *„L'Unita"* in zwei Nummern auf der ersten Seite in Fettschrift die Parole „Nieder mit der Regierung der Mörder!" brachte, und daß Mussolini diese Zeitung nicht verboten hat. Das ist ein sicheres Zeichen, daß eine neue „Ära" begonnen hat. Mussolini erklärt, in diesem Moment gehe er nicht aus der Regierung — aber wenn diese Frage schon gestellt wird, so ist das ein „Zeichen der Zeit". Das ist die erste wichtige, tiefe innere Krise des Faschistenregimes in Italien.

Wenn morgen tatsächlich die bürgerliche Demokratie in Italien wieder siegt, so wird die neue „Demokratie" nicht dieselbe sein, wie sie 1920 war. Sie wissen, daß die sogenannte Sozialistische Partei in Italien eine große Massenpartei war. Die Arbeiterklasse fühlte sich frei, die bürgerliche Demokratie hatte ihre Blütezeit. Aber das Wesen der „Demokratie" begriffen die italienischen Arbeiter damals nicht. Die Sozialistische Partei war voller Illusionen. Die Arbeiter waren politisch naiv.

Wenn dieses Regime abgeschafft wird, soll die Arbeiterklasse dieselbe sein wie zuvor? Aber keinesfalls! Sie wird eine ganz andere Arbeiterklasse sein. Sie hat die „demokratischen" Illusionen erfaßt. Sie hat sehr teures Lehrgeld bezahlt. Es wird jetzt ein ganz anderes politisches Milieu, eine ganz neue „Demokratie" sein. Die Arbeiterklasse hat ganz neue politische Erfahrungen gesammelt. Ich glaube, das sollen wir im Auge behalten.

Zwar haben auch wir, die Kommunisten, und nicht nur die Sozialdemokraten, manchmal die Lage zu einfach aufgefaßt und geglaubt: Erst war Demokratie da, dann wird der Faschismus kommen, und nach dem Faschismus kommt unbedingt die Diktatur des Proletariats. Das kann sein, das kann aber auch nicht sein. Wenn wir z. B. Italien betrachten, so kann es sein, daß das Regime Mussolinis nicht unmittelbar von der Diktatur des Proletariats, sondern von einer neuen „Demokratie" abgelöst werden wird, die gar nicht dieselbe sein wird, wie sie 1920 war, und daß schon unter der neuen „Demokratie" sich die Diktatur des Proletariats vorbereiten wird.

Die Lage ist eben nicht so einfach, man kann nicht sagen, daß die Formel etwa so lautet: Demokratie, Buchstabe D; dann Faschismus, Buchstabe F; dann kommt unbedingt Revolution, Buchstabe R. Die Sache ist nicht so einfach wie die Formel bei *Marx:* Ware — Geld — Ware. Sie kann hier ein bißchen anders ausgehen. Es wird dabei auch ein Prozeß der eigentümlichen „Mehrwertbildung" vor sich gehen in Form der politischen Erfahrung der Arbeiterklasse. Tritt in Italien eine „Ära" der Demokratie ein, so wird die Arbeiterklasse schon bereichert mit neuen politischen Erfahrungen und gestählt in sie ein-

treten. Die Rolle unserer Partei wird dabei eine ganz andere sein, eben weil die Lage eine ganz neue ist.

Ob auf lange?

Wie lange wird diese demokratisch-pazifistische „Ära" dauern? Mit Gewißheit kann man das im voraus nicht sagen, aber soweit zu übersehen ist, wird sie nicht von langer Dauer sein, wenigstens in Frankreich nicht, in dem auserwählten Land der Politikaster und der bürgerlichen Demokratie. Dort wird der Linke Block eher abwirtschaften, als wir alle es glauben. Seine Lage ist sehr unsicher. Der Linke Block hat mit 300 000 Stimmen gesiegt, d. h. der Rechtsblock hat (wenn man alle Schattierungen hinzurechnet) 3 600 000 Stimmen erhalten, der Linksblock 3 900 000 Stimmen. Herriot hat seine Regierungstätigkeit damit begonnen, daß er sechs Minister Poincarés eingestellt hat, daß er in seiner auswärtigen Politik fast die alte Linie beibehält. Die Leute haben der Arbeiterschaft immense Versprechungen gemacht, die sie heute nicht halten können. Es scheint also, daß in Frankreich die bürgerlich-demokratische Ära ziemlich schnell vorüber sein wird. Wenn die Arbeiterklasse und die KPF sich als schwach erweisen, wird Frankreich um den Faschismus nicht herumkommen. Wie lange bleibt Herriot — wie schnell wird statt seiner Doriot kommen? (Heiterkeit und Beifall.)

Man kann nicht sagen, wieviel Monate oder Jahre die neue „Ära" dauern wird, wieviel Jahre die Diktatur der Bourgeoisie anhalten wird, aber das eine kann man sagen: Die Tendenz der Entwicklung geht von Herriot zu Doriot. Aber wie schnell das gehen wird, weiß niemand. Man sieht nur, es geht viel schneller, als wir es gedacht haben. Der Linke Block wird sich ziemlich schnell blamieren.

Was kennzeichnet die ganze demokratisch-pazifistische Ära? Weswegen ist sie gekommen? Ist sie ein Korrelat der Festigung der Bourgeoisie oder des Zerfalls des Kapitalismus? Unbedingt das Zweite. Die Ereignisse gehen ziemlich schnell voran, obwohl wir das nicht einsehen. Nehmen Sie die Ereignisse in der allerletzten Zeit. Sie werden sich z. B. erinnern, was für Krisen die Bourgeoisie vor dem Krieg erlebte. Als z. B. in Frankreich sich die Dreyfusaffäre abspielte, sprach man jahrelang von ihr, man hielt sie für eine gewaltige Krise für die Bourgeoisie. Oder z. B. der lausige Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht in Preußen. Was ist das alles im Vergleich zu den Kämpfen der letzten Zeit? Wenn z. B. vor dem Kriege in Belgien wegen des allgemeinen Wahlrechts gestreikt wurde, so schrieb die Genossin Rosa Luxemburg eine ganze Abhandlung über dieses Ereignis. Vergleichen Sie das alles mit dem, was jetzt täglich vorkommt, z. B.

die Ruhrbesetzung, die Ermordung Rathenaus, die Aufstände in Bulgarien, Hamburg und Krakau, den Linken Block in Frankreich, die Arbeiterregierung in England und Belgien, die riesige Streikwelle. Wenn jetzt eine halbe Million Arbeiter streiken, bringen wir in der Presse drei Zeilen darüber und gehen zur Tagesordnung über. Das ist ein Beweis dafür, wie rasch der Klassenkampf riesige Fortschritte macht, wie schnell wir dem Endsieg entgegengehen.

Die Kretins in der Sozialdemokratie glauben, daß die gesegnete Zeit gekommen sei, wo man endlich aufatmen und sagen kann: Der Kapitalismus hat sich konsolidiert. Sie verstehen nicht, daß gerade diese demokratisch-pazifistische Ära so, wie sie ist, der Ausdruck, das Symptom dessen ist, daß der *Klassenkampf riesig fortgeschritten ist, daß der Kapitalismus nicht mehr mit den alten Mitteln regieren kann,* und daß diese demokratisch-pazifistische Ära objektiv dazu angetan ist, den zerrütteten und vom Kriege untergrabenen Kapitalismus noch mehr zu zerrütten. Viele Sozialdemokraten stellen sich die Sache so vor: Die Reaktion würde von der Demokratie abgelöst, die Demokratie von der Reaktion, dann wieder die Reaktion von der Demokratie, wobei die schöne Dame Demokratie nicht mitgenommen, sondern immer schöner und jünger wird. So stellen die Herren Sozialdemokraten sich die Sache vor und begreifen nicht, daß unter den breiten Schichten der Werktätigen jede solche Ablösung eine tiefe Veränderung in den politischen Stimmungen auslöst. Die Sozialdemokraten irren, wenn sie diese Ära bloß als eine der neuen Episoden in der Geschichte des Parlamentarismus ansprechen. Für die Volksmassen ist sie immer verbunden mit ihrer ökonomischen Lage, mit ihrer ganzen Lebenslage. Wenn die Bourgeoisie zusammen mit der Sozialdemokratie von dem rechten Ufer des Faschismus zum sogenannten „linken" Ufer der Demokratie pendelt und wieder zurück, so wird bei alledem der Kapitalismus zerrüttet, und das kommunistische Bewußtsein der Massen nimmt zu. Das ist eben die konkrete Vorbereitung der proletarischen Revolution, wie sie vor sich geht.

Also keinesfalls ist die demokratisch-pazifistische Ära ein Beweis dafür, daß jetzt endlich glückliche Zeiten eintreten, wo alles friedlich-schiedlich im Parlament durch die Demokratie entschieden wird. Diese Ära ist ein Korrelat für die Zerrüttung des Kapitalismus.

Auf politischem Gebiete sind die Symptome manchmal viel frühzeitiger, empfindlicher und klarer als auf ökonomischem zu spüren. Gewiß, die Ökonomie ist das Fundament. Sie bestimmt alles voraus. Aber bevor noch irgendein Prozeß vollkommen ausgereift ist und sich offenbart hat, während er erst im Entstehen begriffen ist, sind die politischen Symptome manchmal viel charakteristischer als die ökonomischen.

Die demokratisch-pazifistische Ära als Zeichen des Zerfalls des Kapitalismus

Ich sage, eben diese *demokratisch-pazifistische Ära ist ein Zeichen des Zerfalls des Kapitalismus, der Niedergangsperiode, der unheilbaren Krise des Kapitalismus.* Alles, was diese Herren (Mussolini und Poincaré einerseits, Macdonald und Herriot andererseits) jetzt machen, ist Wasser auf die Mühle der proletarischen Revolution, alles, was sie durch die Demokratie oder durch den unverhüllten Faschismus versuchen. Beides kommt uns sehr teuer zu stehen, beides fordert große Opfer von der Arbeiterklasse, aber beides arbeitet *für* die proletarische Revolution. Wir wollen also die Sache nicht so simpel ansehen, es ist nicht so, wie die Marxsche Formel: Geld — Ware — Geld; Faschismus — Demokratie — Faschismus. Es ist eine komplizierte und eigentümliche Erscheinung in jedem Lande.

Im allgemeinen bedeutet dieses Kapitel der Weltgeschichte den Zerfall des Kapitalismus. Diese Ära kann nicht lange anhalten. Die Sozialdemokratie sucht die Bourgeoisie zu retten, sie wirft ihr einen Rettungsgürtel zu. Aber dieser Rettungsgürtel, den sie der Bourgeoisie zuwirft, taugt nichts, er ist aus unbrauchbarem Material angefertigt, er wird die Bourgeoisie noch eher auf den Grund ziehen.

Die Rolle der „Arbeiterregierung"

Die Macdonaldsche „Arbeiterregierung", die objektiv konterrevolutionär ist, muß doch, aus der Perspektive gesehen, für die Bourgeoisie eine negative Rolle spielen. Tausendmal hatte Genosse Lenin recht, als er auf dem 2. Kongreß sagte: Es wird eine Arbeiterregierung in England kommen, die Kommunisten sollen diese Arbeiterregierung unterstützen, aber so, wie der Strick den Gehängten unterstützt.

In dem Augenblick, wo die klügste Bourgeoisie der Welt an den englischen Menschewismus appellieren muß — in diesem Augenblick ist bewiesen, daß sie mit der alten Methode nicht mehr regieren kann. Gewiß, es wäre Lüge, von der Menschewistischen Partei als von einer wahren Arbeiterpartei zu reden — sie ist keine revolutionäre Arbeiterpartei. Doch der Menschewismus ist sehr oft ein Wesen, das mit einem Auge nach links und mit dem andern Auge nach rechts schaut. Die Menschewiki können auch dazu beitragen, zunächst die Lage der Bourgeoisie zu verschlechtern und zu schädigen, ohne es zu wollen.

Darum müssen wir klar sehen, unsere Agitation muß teilweise modifiziert werden, eben deshalb, weil wir eine neue Ära vor uns haben, die demokratisch-pazifistische „Ära". Wir müssen der Arbeiterklasse der ganzen Welt sagen, was diese Ära bedeutet, wir müssen ihr erklären, daß sie nicht lange dauern kann, daß es ein Betrug ist seitens der Sozialdemokratie. Wir bilden die einzige Macht auf der Weltbühne,

die sich nicht blenden läßt durch diese „Arbeiterregierung", durch „Demokratie" und „Pazifismus". Aber unsere Aufgabe besteht, eben darum, weil wir diese einzige historische Kraft auf der Welt sind, darin, das Konkrete zu sehen, das hervorzuheben, wodurch das gegenwärtige bürgerliche Regime sich von dem vergangenen unterscheidet.

Kommunismus und Bauernschaft

Die Zuspitzung der Frage in Deutschland

Ich möchte noch über eine Frage reden, über die man in der Diskussion zu wenig gesprochen hat. Ich meine die *Bauernfrage*. Es ist für mich ein schlechtes Signum, daß in dieser sehr ausgiebigen Diskussion, in der 62 Redner gesprochen haben, die Bauernfrage fast gar nicht angeschnitten worden ist. Ich fürchte, daß wir hier wieder sagen, wir seien mit allem einverstanden, alles sei richtig, was man uns gesagt hat, aber Schwamm drüber! Und dann bleibt alles beim alten. Das wäre die größte Gefahr, nicht nur für die Agrarländer, sondern auch für die Industrieländer. Ich las vor einigen Tagen im „Vorwärts" vom 19. April eine Notiz mit der Überschrift: „Fünf Minuten vor Zwölf." Ein Landtagsabgeordneter der Bayerischen Volkspartei erklärt folgendes. Ich zitiere wörtlich:

„Auf der Generalversammlung des Mittelfränkischen Bauernvereins in Eichstädt hielt der Landtagsabgeordnete der Bayerischen Volkspartei und Generalsekretär des Christlichen Bauernvereins, Dr. Schlittenbauer, eine Rede: „Ich bin mir der Tragweite meiner Worte vollkommen bewußt und übernehme für sie, jedermann gegenüber, die volle Verantwortung. Wir sind in Deutschland noch lange nicht über den Berg. Im düstern Hintergrunde lauert nicht bloß die kommunistische Gefahr, sondern auch die soziale Revolution der Bauern. Wenn die bisherige Politik der Reichsregierung und des Reichstages den deutschen Bauern gegenüber nur ein halbes Jahr weitergeführt wird, dann ist die Gefahr akut. Das ist eine unabwendbare logische Entwicklung. Denn der heutige Zustand ist unerträglich, weil er mit unheimlicher Schnelligkeit die wirtschaftliche Existenz der Bauern vernichtet. Wenn der Druck nicht mehr ertragen werden kann, wenn die Existenz ins Wanken gerät, dann kommt die Explosion und Bauernrevolution, und Bauernrevolutionen sind radikal, sind grausam, sind furchtbar. Da gibt es Rauch und Feuer und baumelnde Köpfe, wie die Geschichte lehrt. Dem muß vorgebeugt werden. Dazu ist es bereits allerhöchste Zeit. Es ist fünf Minuten vor zwölf Uhr."

Nun, Genossen, wenn ich nichts von Deutschland wüßte, nur diese Zeilen aus dem Munde eines Bürgerlichen, sie wären für mich ein

Beweis, wie akut die Frage in einem Lande wie Deutschland wird, wo große Massen revolutionärer Bauern nicht vorhanden sind, wo nur einige Schichten der Bauernschaft zu gewinnen und die andern zu neutralisieren sind. Der Herr Dr. Schlittenbauer sagt vollkommen mit Recht, daß eine Bauernrevolution eben radikal und grausam wird — das können wir von der russischen Revolution bestätigen — und daß es dabei Rauch und Feuer und noch manches andere gibt. Bei einer solchen Lage dürfen wir diese Frage nicht unterschätzen. Es ist nicht eine untergeordnete Frage, sondern die Frage der Diktatur des Proletariats.

Von den Thesen zur Aktion

Ich habe gelesen, daß die Völkischen in Deutschland ein ganz geschicktes demagogisches „Aktionsprogramm" für die Bauernschaft aufgestellt haben. Was bedeutet es, wenn die Völkischen ein „Aktionsprogramm" aufstellen? Manche unserer Ultralinken werden vielleicht sagen: „*Weil* wir für die Diktatur des Proletariats sind, geht uns die Bauernschaft nichts an." Oder bestenfalls sagt man: „Wir werden der Zentrale eine spezielle Bauernabteilung angliedern und dort Leute hineinsetzen", und sie werden Thesen schreiben, die leider niemand lesen wird. Das kommt manchmal vor. In Agrarländern ist das nicht besser. Ich las z. B. über Rumänien, daß die gegenrevolutionäre Partei Avarescus neulich einen Kongreß einberief, an dem 10 000 Bauern teilnahmen — es ist wahrscheinlich, daß auch reiche Bauern dabei waren —, aber wenn sie 10 000 Bauern zusammenbringen, hat das etwas zu bedeuten.

Die bürgerlichen Parteien Polens berufen stark besuchte Bauernkongresse in Warschau ein. Im bayerischen Landtag wird gesagt: „Fünf Minuten vor Zwölf, eine Bauernrevolution droht." Das bedeutet, daß die Bauernfrage eine der wichtigsten Fragen für uns bildet, nicht nur in den Agrarländern, sondern auch in den ausgesprochenen Industrieländern, wo die Lage revolutionär ist, wie in Deutschland.

Ich glaube, man muß hier revolutionär vorgehen. Genug der Thesen auf dem Papier, genug des Nachplapperns der sozialdemokratischen Ansicht, daß die Bauernschaft uns nichts angehe.

Ja, Genossen, insofern wir eine Zukunftspartei sind, geht uns die Bauernschaft nichts an, insofern wir aber eine wirklich proletarische Regierung haben wollen, insofern müssen wir auch mit unserer Propaganda in die Bauernschaft hinein.

Einige Illustrationen aus der Geschichte der russischen Revolution.

Die Kommunisten haben jetzt große Erfolge unter der Arbeiterschaft Deutschlands. Wir haben große Fabriken ganz auf unserer Seite in Deutschland. Man muß so vorgehen, wie wir es in Rußland gemacht

haben. Wenn wir sahen, daß eine Fabrik mit uns sympathisierte, beriefen wir eine Betriebsversammlung ein und sagten: „Jetzt gilt es, unter der Bauernschaft etwas zu leisten. Kinder, wir wollen zunächst 25 Kerle aussuchen und sie in diese und jene Gouvernements hinausschicken. Man braucht dazu Geld, die Partei hat das Geld nicht, die Arbeiter werden es sammeln, wir werden aus fünf Kommunisten und zwanzig Parteilosen eine Gruppe bilden und sie auf einen oder zwei Monate in die Dörfer hinaussenden. Wir werden ihre Familien unterstützen, bis sie zurückkommen." So wurde die Arbeit getan. Die Arbeiterfrauen spielten hierbei die größte Rolle. Die Arbeiter schrieben Briefe, schickten Flugblätter, Zeitungen, Leute in die Dörfer. Jede Ferienreise eines Proletariers wurde zu diesem Zweck ausgenutzt. Der kommunistische Proletarier wußte: Die Kommunistische Partei hält das für eine der wichtigsten Aufgaben.

Die Bedeutung der Bauernarbeit für die Armee.

Stellen Sie sich vor, wenn das unsere deutsche Partei einmal macht, die doch jetzt die größten Sympathien in den Arbeitermassen genießt, die in großen Betrieben die Mehrheit auf ihrer Seite hat. Wenn sie wirklich da ein wenig organisiert, nicht nur Kommunisten, auch Parteilose, wenn sie das durch die Betriebsräte tut, ganz systematisch — in einigen Monaten werden wir da neue Ergebnisse haben, wir werden auch die Arbeiterfrauen haben, die wir zur Arbeit auf dem Lande und in der Armee brauchen. Die besten Agitatoren sind die Arbeiterfrauen, das hat die russische Revolution gezeigt. Man muß hier nicht konservativ auftreten, sondern soll neue Formen der Agitation anwenden. Man darf nicht vergessen, daß die Armee zu 50 Prozent aus Bauern besteht.

Wenn es wahr ist, was dieser bayerische Abgeordnete sagt: „Fünf Minuten vor Zwölf", wenn so eine große Verschärfung bei den Bauern vorhanden ist, so kann das nicht ohne Resultat in der Armee bleiben, wo zwar viele Offiziere aus dem Adel sind, aber noch mehr Bauernsöhne dienen. Wer hat stets die revolutionäre Bewegung unterdrückt? Wer hat uns 1905 niedergeschlagen? Wer hat die bayerische Räterepublik niedergeschlagen und noch manche Aufstände nach dem Jahre 1918? Im Grunde waren es die Bauernsöhne.

Also, Genossen, diese Frage ist eine der wichtigsten in der Kommunistischen Internationale. Wollen wir nicht so viel herumtüfteln an dem, was Radek oder ich gesagt haben auf dem 3. oder dem 4. Kongreß, sondern nehmen wir die wichtigste Frage zur Vorbereitung der Revolution in Angriff, tragen wir hier ein wenig neuen Geist hinein, wirkliche revolutionäre Entschließung. Thesen in allen Ehren, aber wir

sollen nicht nur Thesen abfassen, sondern auch versuchen, die Arbeiter- und Bauernmassen aufzurütteln.

Besonders, Genossen, betrifft das die agrarischen und halbagrarischen Länder: Es muß ein für allemal die Schande aufhören, daß unsere Parteien dort nicht verstehen, die Bauern anzupacken. Manche Parteien wissen nicht einmal, wie viele Bauern sie in ihrem Lande haben und in welcher Lage diese sich befinden. Was würden Sie dazu sagen, Genossen, wenn wir z. B. eine Reise machen wollten, alles genau überlegt hätten, nur eine „Kleinigkeit" außer acht gelassen hätten: die Entfernung, die evtl. Hindernisse u. a. mehr. Das ist dasselbe, wie wenn eine kommunistische Partei sagt: Ich will siegen, den Sozialismus erkämpfen, nur weiß ich nicht das eine, eine „Kleinigkeit", ich weiß nicht, wie meine Bevölkerung zusammengesetzt ist, welches spezifische Gewicht die Bauernschaft hat, in welcher ökonomischen Lage sie sich befindet, was sie will.

Was würden Sie von einem Chirurgen sagen, der operieren wollte und dabei nur eine Kleinigkeit vergessen hätte, wie das Herz des Kranken ist? Das wäre doch genau dasselbe. Sie wollen eine so wichtige chirurgische Operation unternehmen, wollen die Bourgeoisie besiegen und vergessen die Kleinigkeit, zu erfahren, wie es in den agrarischen Ländern aussieht mit demjenigen Teil der Bevölkerung, der die Mehrheit darstellt.

Also ich meine: Nicht so viel in den pazifistischen Abweichungen des Genossen Varga herumsuchen, sondern die wichtigste grundlegende Tatsache hervorheben, ohne die wir keine revolutionäre Kommunistische Partei sind, oder wir sind das vielleicht, aber noch nicht diejenige revolutionäre Kommunistische Partei, die wir werden müssen, um einen wirklichen Sieg davonzutragen.

Fragen der Taktik

Abwälzung der Verantwortung

Jetzt komme ich, Genossen, zur Frage unserer *Taktik*. Es wurde hier behauptet — es war das erste Wort des Genossen Radek gegen uns — was hier vor sich geht, das sei die Liquidierung der Einheitsfronttaktik des 4. Kongresses. Und das haben leider noch andere Genossen nach Radek wiederholt, zu meinem Bedauern auch Genossin Zetkin, von der ich Besseres erwartet hätte. Nun, Genossen, daß wir nach dem 4. Kongreß einen fünften brauchen, nach dem fünften noch einen sechsten usw. — das ist ja klar. Daß manches, was von einem Kongreß beschlossen worden ist, auf dem nächsten verbessert und modifiziert werden muß, ist auch klar, sonst brauchten wir ja keine

Kongresse mehr, sondern wir könnten einmal zusammenkommen und ein für allemal etwas beschließen. Also, wenn man für diesen oder jenen Teil einer Resolution etwas vorschlägt, so ist das keinesfalls ein Beweis dafür, daß man eine Revision, eine Liquidation der Grundlagen der früheren Taktik vorschlägt.

Genossen, Sie verstehen ja, welchen spezifischen Beigeschmack dieser Vorwurf gerade jetzt hat, im Moment des 5. Kongresses, wo wir zum ersten Male ohne den Genossen Lenin arbeiten müssen, wo wir all diese schweren Krisen in den einzelnen Ländern durchgemacht haben. Sie fühlen schon den spezifischen Beigeschmack, wenn man sagt: Was hier vorgeschlagen wird, ist eine Revision des 3. und 4. Kongresses. Ich glaube, behaupten zu dürfen und beweisen zu können, daß nicht wir die Revision der Resolutionen des 3. und des 4. Kongresses vorschlagen, sondern eben Radek und die andern Rechten. Die Sache ist die, daß die Rechte jetzt gezwungen ist, Farbe zu bekennen. Sie hat bis jetzt ziemlich oft gute Miene zum bösen Spiel gemacht, aber jetzt muß sie Farbe bekennen. Sie kann jetzt nicht mit der Exekutive gehen, und so ist es gekommen, daß man jetzt versucht, wie man im Russischen sagt, von einem kranken Kopf auf den gesunden die Verantwortung abzuwälzen.

Über die rechten Abweichungen des Genossen Radek

Es wurde hier vom Genossen Radek gesagt, ich hätte behauptet, ich wäre von ihm „verführt" worden. Er hat das viele Male behauptet, und Genossin Zetkin hat seine Worte buchstäblich wiederholt — was mir leid tut, denn ich habe von ihr Besseres erwartet als die einfache Wiederholung dessen, was Radek gesagt hat. Also die Frage, wer der „Verführte" war, hat einige politische Bedeutung. Die Genossin Zetkin sagte: „Ja, woher kommt das, die Exekutive ging vier oder fünf Jahre mit Radek, jetzt ist er plötzlich der Rechte!" Es ist ihr gar nicht eingefallen, daß das Verhältnis vielleicht etwas anders war, nämlich, daß nicht die Exekutive fünf Jahre mit Radek ging, sondern Radek mit der Exekutive. (Beifall.)

Also, Genossen, so war eben die Sache, daß nicht die Exekutive mit Radek ging, sondern Radek teilweise, eine Zeitlang, mit der Exekutive gegangen ist (was seinerseits nur gut war). Ich glaube, das ist gar nicht so schwer zu verstehen.

Sie werden mir erlauben, einige Tatsachen von politisch-biographischer Bedeutung anzuführen. Dies erscheint geboten, weil es politische Bedeutung hat, wer tatsächlich der „Verführte" war, und wer mit wem gegangen ist. Genossen, es kommt immer so, daß Meinungsverschiedenheiten sich allmählich ansammeln, aufspeichern. Und dann schlägt eben die Quantität in die Qualität um, und man sieht „plötzlich",

es sind zwei ganz verschiedene Linien da. Das kommt nicht über Nacht, nicht in einer Stunde, manchmal dauert es ziemlich lange.

Wenn ich jetzt versuche, mir zu vergegenwärtigen, welche Meinungsverschiedenheiten wir in den letzten Jahren mit Radek während unserer gemeinsamen Arbeit in der KI hatten, so könnte ich folgende zehn aufzählen:

Meine *erste* und ziemlich harte und scharfe Meinungsverschiedenheit mit Radek war während des 2. Weltkongresses. In welcher Frage, Genossen? In der Frage Paul Levi. In der Frage Paul Levi und in der Frage des Verhältnisses zu den Rechten und Linken. Während des 2. Kongresses schon. Manche Genossen werden sich erinnern, ich hatte eine Rede in der Exekutive gehalten, in der ich sagte: Die Rechten werden wir schonungslos bekämpfen. Es handelte sich damals um Crispien, Dittmann usw., die uns umworben hatten und die in die Internationale hinein wollten. Ich sagte: Diese Leute werden wir als Klassenfeinde bekämpfen. Was die Linke betrifft, die Ultralinke, so war sie damals sehr ausgedehnt. Es gab unter den Linken ehrliche revolutionäre Elemente, sie waren sehr unklar, aber wir haben sie als Kampfgenossen betrachtet. Sie waren keine Klassenfeinde. Levi meinte, wir müßten nur „echte Kommunisten", aber nie und nimmer revolutionäre Syndikalsten in die Internationale aufnehmen. Es war damals die Frage der KAPD akut. Ich war dafür, daß man sie als *sympathisierende Partei* aufnimmt. Diese Taktik war die richtige. Levi, seine levitische Zentrale und Radek waren dagegen. Das war die erste Meinungsverschiedenheit ziemlich wichtiger Natur. Schon während des 2. Weltkongresses der KI (der 1. war nur eine ganz kleine Versammlung) hatten wir also eine grundlegende Meinungsverschiedenheit in der Frage Levi, KAPD, in der Frage der Behandlung der Rechten und der Linken (sogar nicht einmal der Kommunisten, sondern der Syndikalisten).

Die *zweite* Meinungsverschiedenheit betraf speziell das Verhältnis zur KAPD, was ich oben schon ausgeführt habe. Wir gerieten wiederholt in dieser Frage aneinander.

Die *dritte* Meinungsverschiedenheit entstand infolge des ersten offenen Briefes der deutschen Zentrale an die SPD, der von Radek geschrieben wurde. Einige Genossen — Bucharin und ich — waren dagegen, weil wir fürchteten, daß Levi und die Elemente um ihn aus dieser Taktik statt einer wirklich revolutionären Strategie das machen würden, was dann tatsächlich gemacht worden ist. Darum waren wir am Anfang gegen den offenen Brief. Die Einmischung des Genossen Lenin hat die Sache eingerenkt. Aber Levi behielten wir noch mehr im Auge. Später stellte es sich heraus, daß im Falle Levi wir recht gehabt hatten. Genosse Lenin gab es zu.

Die *vierte* Meinungsverschiedenheit war die Frage der Konferenz der drei Internationalen in Berlin. Sie werden sich erinnern, daß Radeks Haltung durch zwei Artikel, durch einen des Genossen Lenin und durch einen meiner Wenigkeit, desavouiert wurde. Radek hatte das Maß des Erlaubten in der Taktik der Einheitsfront überschritten, es war derselbe opportunistische Fehler wie auch jetzt.

Genossin Klara, ging hier die Exekutive mit Radek, ging Lenin mit Radek oder aber Radek mit der Exekutive? Radek hat damals seinen Fehler eingesehen und nachgegeben — um so besser für ihn.

Die *fünfte* Meinungsverschiedenheit bestand in der *norwegischen* Frage. Als wir Radek nach Norwegen schickten, schloß er sofort ein „einstimmiges", faules Kompromiß mit Tranmael. In diesem Falle konnten wir Radek nicht öffentlich desavouieren aus bestimmten Gründen, die Sie wohl begreifen werden.

Die *sechste* Meinungsverschiedenheit bestand in dem *Verhalten Radeks zur deutschen Linken.* Jedermann weiß, daß ein, wenn auch nicht offener Kampf, zwischen mir und Radek in dieser Frage geführt wurde. Radek ging durch dick und dünn mit Brandler, unterstützte auch mit wenigen Ausnahmen seine organisatorischen Drohungen gegenüber den Linken. Ich habe nicht immer die Linke unterstützt, man kannte die neuen Führer nicht, man glaubte, Radek hätte bessere Personalkenntnisse. Ich habe nicht immer klar gesehen, aber die eine Tendenz war für mich absolut klar: Wir müssen, koste es, was es wolle, eine Verständigung mit der Linken finden.

Die siebente Meinungsverschiedenheit: Ist die *„Arbeiterregierung* ein Pseudonym" für Diktatur des Proletariats oder nicht? Darüber werde ich noch später sprechen.

Die *achte* Meinungsverschiedenheit betraf den *Leipziger Parteitag;* Es handelte sich um den Satz über die „Arbeiterregierung im Rahmen der bürgerlichen Demokratie", den Bucharin und ich kritisierten und der von Radek verteidigt wurde.

Die *neunte* Meinungsverschiedenheit berührte das Steuerprogramm, die Beschlagnahme von 51 Prozent und alle diese Sachen. Wir waren dagegen, nicht weil wir Teilforderungen im allgemeinen ablehnten, sondern weil wir nur Teilforderungen gelten lassen, die die Massen interessieren, nicht gekünstelte, tote Teilforderungen, die man am grünen Tisch ausdenkt.

Die *zehnte* Meinungsverschiedenheit ist die wichtigste. Wir waren während der September-Oktober-Tage 1923 nicht in allem einig. Ich habe schon in der Presse auseinandergesetzt, wie Radek gegen den Antifaschistentag eingestellt war. Das ist aber nicht das Wichtigste. Wichtiger ist seine Stellung auf der Septemberkonferenz (1923) der deutschen Genossen in Moskau. Wir haben die Frage so gestellt: Wäre

es jetzt nicht an der Zeit, in Deutschland die Parole der Bildung der Sowjets, der Arbeiterräte, auszugeben? Radek war dagegen, und leider haben auch hier die Vertreter der Linken nachgegeben. (Thälmann: Nicht alle!) Man sagte: Die Betriebsräte genügen, das ist dasselbe wie Räte (wir glaubten es selber), wir brauchen keine Arbeiterräte, das würde zur Parallelarbeit führen usw. Als wir sahen, daß die Linke nachgibt, mußten auch wir nachgeben.

Wenn wir jetzt die Sache retrospektiv betrachten, so müssen wir feststellen, daß alle diese Meinungsverschiedenheiten auf einer und derselben Linie liegen. Der Kongreß ist natürlich nicht so naiv, zu glauben, fünf Jahre sei die Exekutive Radek gefolgt, jetzt endlich habe sie seine Fehler eingesehen. Die Sache verhielt sich gerade umgekehrt.

Aber dasselbe ist leider nicht nur mit Radek passiert, sondern auch mit der Genossin Zetkin. *Das* tut mir leid, aber es ist absolut notwendig, das hier zu sagen. Die Genossin Zetkin ist von der Exekutive abgerückt. Es gab einen Moment, wo sie sogar in der jetzt umstrittensten Frage, der „banalen Parlamentskomödie" in Sachsen, mit uns einig ging.

Die opportunistische Komödie in Sachsen

Dem Genossen Radek mißfällt auch, daß ich das, was sich in Sachsen abspielte, als eine *banale parlamentarische Komödie* bezeichnete. Ich möchte dabei etwas verweilen. Im Gegensatz zu seinen Behauptungen will ich Sie mit dem bekannt machen, was ich über den Eintritt in die Regierung in meiner Schrift „Probleme der deutschen Revolution" geschrieben habe:

„Der Eintritt der deutschen Kommunisten in die sächsische Regierung hat *nur dann* Sinn, wenn er von sicheren Garantien begleitet sein wird, daß der Apparat der Staatsgewalt *tatsächlich nunmehr der Arbeiterklasse dienen wird;* daß die Bewaffnung von *zehntausenden Arbeitern* zum Kampfe gegen den bayerischen und den deutschen Faschismus beginnen wird; daß nicht in Worten, sondern in der Tat die Massenverbannung der bürgerlichen Beamten aus dem Apparat der Staatsmacht beginnen wird, die zum Teil noch aus den wilhelminischen Zeiten zurückgeblieben sind; daß unverzüglich wirtschaftliche Maßnahmen revolutionären Charakters ergriffen werden, die die Bourgeoisie empfindlich treffen.

Gelingt es der jetzigen sächsischen Regierung, Sachsen tatsächlich zu einem roten Lande zu machen, das wenigstens bis zu einem gewissen Grade zum Konzentrationspunkt aller revolutionär-proletarischen Kräfte des Landes werden wird, dann wird das revolutionäre deutsche Proletariat die sächsischen Versuche begreifen und

unterstützen. Geschieht es nicht, so müssen die deutschen Kommunisten die ganze sächsische Episode bloß dazu ausnützen, um noch einmal den deutschen Massen die Charakterlosigkeit der ‚linken' Sozialdemokraten und die gegenrevolutionäre Schäbigkeit der sozialdemokratischen Führer vorzudemonstrieren. Eine ‚Einheitsfront' zur Vertuschung der revolutionären Aufgaben lehnen wir ab." („Probleme der deutschen Revolution", Kapitel III.)

Das schrieb ich gleich in den ersten Stunden des „sächsischen Experiments". Kaum waren einige Tage vergangen, und mir wurde klar, daß die rechten Elemente in der KPD unsere Taktik zu einer opportunistischen Komödie degradierten.

Am 5. November 1923 beantragte meine Wenigkeit, einen vertraulichen Brief an die deutsche Zentrale zu schicken, in dem von dieser wahren Parlamentskomödie die Rede war. Genossen, wir brauchen uns dieses Briefes nicht zu schämen. Er ist kein schlechtes Dokument. Der Entwurf war von mir verfaßt. Die Redaktionskommission bestand aus den Genossen Kolarow, Zetkin, Sinowjew, Kuusinen und noch andern Genossen. Genossin Klara Zetkin hat fleißig mitgearbeitet, manche politische und stilistische Änderung angebracht. Wir haben den Brief einstimmig beschlossen. Wie war damals die Lage? Ist die Exekutive der Genossin Zetkin gefolgt oder umgekehrt? Genossin Zetkin ist der Exekutive gefolgt. Das war auch sehr gut; schlimm ist nur, daß die Genossin Zetkin jetzt nicht mehr der Exekutive folgen will, jetzt, wo die Sache noch klarer ist als im November. Schlimm ist, wenn sie mit Rücksicht auf ihre Freundschaft und Solidarität mit denjenigen, die jetzt von der Linie der KI abgerückt sind, nicht mit uns geht. Dieselbe Stellung: „man soll sie nicht verlassen", hat sie leider auch auf dem 3. Kongreß gegenüber Levi eingenommen. Dieses Freundschaftsgefühl ist die gute Seite der Genossin Zetkin. Es schlägt hier aber dialektisch in einen politischen Fehler um. Das Herzensgute, das wir an ihr so schätzen und lieben, schlägt dialektisch in einen politischen Fehler um.

Die starken und die schwachen Seiten Radeks

Radek hat hier frisch, fröhlich und munter gesprochen, mit viel Humor, um den ich ihn beneiden muß. Das war wirklich eine Tat in seiner Lage.

Aber, Genossen, wenn man die Sache wirklich ernst nimmt, so zeigt die Arbeit der KI während der fünf Jahre — und das sind wichtige fünf Jahre —, daß im Innern ein Kampf vor sich ging, der nicht bis zu Ende geführt wurde, weil Genosse Radek sich der KI und dem russischen ZK fügte und keine Opposition machte. Wir alle sagten uns:

Wir kennen doch unsern Radek, kennen seine starke und seine schwache Seite; seine starke besteht darin, daß er ein guter Journalist ist; seine schwache Seite darin, daß er das ganze politische Leben durch die Spalten der Zeitung sieht. Er ist eben ein Journalist, dessen Artikel fertig ist, noch bevor er ihn durchdacht hat. Manche behaupten, sonst ist man kein echter Journalist. Unlängst habe ich eine Studie, ich glaube von Maximilian Harden, gelesen, in der er beschreibt, was der Journalist ist: Der ausgesprochene Typ ist der Mann, der sofort reagiert, wenn die Tatsachen noch brühwarm sind, der sofort reagiert und dann erst, wenn er geschrieben hat, nachdenkt. Das ist Radeks starke und schwache Seite. „Wie könnt ihr Sachsen beurteilen," sagte Radek oft zu uns, „wo ich täglich zehn sächsische Zeitungen lese!" Auch von Lenin sagte er öfters: „Der Alte ist wirklich genial, aber wie kann er sich in der Weltpolitik auskennen, ohne alle Zeitungen und Broschüren gelesen zu haben! Das verstehe ich nicht."

Nun, ich bin nicht gegen das Lesen von Zeitungsartikeln und Broschüren, aber es wäre leichtsinnig, nur auf Grund dieser Lektüre Urteile zu fällen. Oft sagte er auch: „Wie können Sie es leugnen, es steht doch in der Zeitung." Als ob Radek nicht wüßte, wie Zeitungen gemacht werden. (Heiterkeit, Beifall.)

Der 4. Kongreß über die Taktik der Einheitsfront

Nun, Genossen, erlauben Sie mir, zu der Frage überzugehen, ob es richtig ist, daß wir jetzt angeblich eine Revision des 4. Kongresses vornehmen. Ich glaube, daß ich hier ein wenig ungeschickt gesprochen habe, was mißverstanden worden ist. Ich habe den Satz über die Koalition aller Arbeiterparteien zitiert. Jetzt kommt der Genosse Kreibich und sagt: Da steht es doch: Koalition aller Arbeiterparteien, das ist eben die beste Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung. Meine Ungeschicklichkeit bestand darin, daß ich nicht vier Zeilen weiter gelesen habe, wo es heißt:

> „Die elementarste Aufgabe einer Arbeiterregierung muß darin bestehen . . ., das Proletariat zu bewaffnen, die bürgerlichen konterrevolutionären Organisationen zu entwaffnen, die Kontrolle der Produktion einzuführen, die Hauptlast der Steuern auf die Schultern der Reichen abzuwälzen und den Widerstand der konterrevolutionären Bourgeoisie zu brechen."

Ich werde die Resolution ausführlicher zitieren. Das ist notwendig, da eine ganze Legende über eine Revision und Liquidation der Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung geschaffen wird. Das mag etwas langweilig sein, ist aber nützlich.

Es heißt in den Resolutionen des 4. Kongresses:

„Taktik der Einheitsfront"

„Die Taktik der Einheitsfront bedeutet das Vorangehen der kommunistischen Avantgarde in den täglichen *Kämpfen* der breiten Arbeitermassen um ihre notwendigsten Lebensinteressen. In diesem Kampfe sind die Kommunisten sogar bereit, mit den verräterischen Führern der Sozialdemokraten und der Amsterdamer zu unterhandeln. Die Versuche der II. Internationale, die Einheitsfront als organisatorische Verschmelzung aller ‚Arbeiterparteien' hinzustellen, sind selbstverständlich auf das entschiedenste zurückzuweisen. Die Versuche der II. Internationale, unter dem Deckmantel der Einheitsfront die weiter linksstehenden Arbeiterorganisationen aufzusaugen (Vereinigung der SP und USP in Deutschland) bedeuten in der Tat nichts anderes als die Möglichkeit für die sozialdemokratischen Führer, neue Teile der Arbeitermassen an die Bourgeoisie auszuliefern.

Die Existenz selbständiger kommunistischer Parteien und deren *vollständige Aktionsfreiheit gegen die Bourgeoisie und gegen die konterrevolutionäre Sozialdemokratie* ist die wichtigste historische Errungenschaft des Proletariats, auf die die Kommunisten *unter keinen Umständen verzichten* werden. Die kommunistischen Parteien allein verfechten die Interessen des gesamten Proletariats.

Die Taktik der Einheitsfront bedeutet auch keinesfalls sogenannte ‚Wahlkombinationen' der Spitzen, die diese oder jene Zwecke verfolgen. Die Taktik der Einheitsfront ist das Angebot des gemeinsamen Kampfes der Kommunisten mit allen Arbeitern, die andern Parteien oder Gruppen angehören, und mit allen parteilosen Arbeitern zwecks Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Jeder Kampf um die kleinste Tagesforderung bildet eine Quelle revolutionärer Schulung. Denn die Erfahrungen des Kampfes werden die Werktätigen von der Unvermeidlichkeit der Revolution und der Bedeutung des Kommunismus überzeugen.

Eine besonders wichtige Aufgabe bei der Durchführung der Einheitsfront ist die Erreichung nicht nur *agitatorischer, sondern auch organisatorischer Resultate* (wohlgemerkt: agitatorischer und organisatorischer — sonst keiner!). Keine einzige Gelegenheit darf verpaßt werden, um in der Arbeitermasse selbst organisatorische Stützpunkte (Betriebsräte, Kontrollkommissionen aus Arbeitern aller Parteien und Parteilosen, Aktionskomitees usw.) zu schaffen.

Das Wichtigste in der Taktik der Einheitsfront ist und bleibt die *agitatorische und organisatorische Zusammenfassung der Arbeitermassen.* Der wirkliche Erfolg der Einheitsfronttaktik erwächst von *‚unten', aus den Tiefen der Arbeitermasse selbst.* Die Kommunisten

können dabei aber nicht darauf verzichten, unter gewissen Umständen auch mit den Spitzen der gegnerischen Arbeiterparteien zu unterhandeln. Über den Gang dieser Unterhandlungen müssen die Massen jedoch dauernd und vollkommen unterrichtet sein. *Die Selbständigkeit der Agitation der Kommunistischen Partei darf auch während der Unterhandlungen mit den Spitzen keinesfalls eingeschränkt werden.*

Es versteht sich von selbst, daß je nach den konkreten Bedingungen die Taktik der Einheitsfront in den verschiedenen Ländern in verschiedener Form anzuwenden ist. Aber dort, wo in den wichtigsten kapitalistischen Ländern die objektiven Verhältnisse für die sozialistische Umwälzung reif sind und wo — von konterrevolutionären Führern geleitet — die sozialdemokratischen Parteien bewußt auf die Spaltung der Arbeiterschaft hinarbeiten, wird die Taktik der Einheitsfront für eine neue Epoche maßgebend sein."

All das bleibt auch jetzt absolut richtig.

Der 4. Kongreß über die Arbeiterregierung

In der Resolution des 4. Kongresses über die „Arbeiterregierung" lesen wir:

„Als allgemeine *propagandistische Parole* ist die Arbeiterregierung (evtl. Arbeiter- und Bauernregierung) fast überall zu gebrauchen. Als *aktuelle politische Parole* aber hat die Arbeiterregierung die größte Bedeutung in denjenigen Ländern, wo die Lage der bürgerlichen Gesellschaft besonders unsicher ist, wo das Kräfteverhältnis zwischen den Arbeiterparteien und der Bourgeoisie die Entscheidung der Regierungsfrage als praktische Notwendigkeit auf die Tagesordnung setzt. In diesen Ländern ergibt sich die Losung der Arbeiterregierung als unvermeidliche Schlußfolgerung aus der ganzen Taktik der Einheitsfront.

Die Parteien der II. und II½ Internationale versuchen, in diesen Ländern die Lage dadurch zu ‚retten', daß sie eine Koalition der Bürgerlichen und der Sozialdemokraten propagieren und verwirklichen.

Die neuesten Versuche einiger Parteien der II. Internationale (z. B. in Deutschland), eine offene Teilnahme an einer solchen Koalitionsregierung abzulehnen und sie gleichzeitig in versteckter Form durchzuführen, bedeuten nichts anderes als ein Beschwichtigungsmanöver gegenüber den protestierenden Massen, als einen raffinierten Betrug der Arbeitermassen. Einer offenen oder maskierten bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition stellen die Kommunisten die Einheitsfront aller Arbeiter und eine Koalition aller Arbeiterparteien auf ökonomischem und politischem Gebiete zum

Kampf gegen die bürgerliche Macht und zu ihrem schließlichen Sturz gegenüber. Im vereinten Kampf aller Arbeiter gegen die Bourgeoisie soll der ganze Staatsapparat in die Hände der Arbeiterregierung gelangen, und dadurch sollen die Machtpositionen der Arbeiterklasse gestärkt werden.

Die elementarsten Aufgaben einer Arbeiterregierung müssen darin bestehen, das Proletariat zu bewaffnen, die bürgerlichen, konterrevolutionären Organisationen zu entwaffnen, die Kontrolle der Produktion einzuführen, die Hauptlast der Steuern auf die Schultern der Reichen abzuwälzen und den Widerstand der konterrevolutionären Bourgeoisie zu brechen.

Eine solche Arbeiterregierung ist nur möglich, wenn sie aus dem Kampfe der Massen selbst geboren wird, sich auf kampffähige Arbeiterorgane stützt, die von den untersten Schichten der unterdrückten Arbeitermassen geschaffen werden. Auch eine Arbeiterregierung, die einer parlamentarischen Konstellation entspringt, die also rein parlamentarischen Ursprungs ist, *kann* den Anlaß zu einer Belebung der revolutionären Arbeiterbewegung geben (z. B. sogar die Macdonaldregierung jetzt).

Es ist selbstverständlich, daß die Geburt einer wirklichen Arbeiterregierung und die weitere Aufrechterhaltung einer Regierung, die revolutionäre Politik betreibt, zum erbittertsten Kampf, eventuell zum Bürgerkrieg mit der Bourgeoisie führen muß. Schon der Versuch des Proletariats, eine solche Arbeiterregierung zu bilden, wird von vornherein auf den schärfsten Widerstand der Bourgeoisie stoßen. Die Losung der Arbeiterregierung ist daher geeignet, das Proletariat zusammenzuschließen und revolutionäre Kämpfe auszulösen.

Die Kommunisten müssen sich unter Umständen bereit erklären, zusammen mit nichtkommunistischen Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen eine Arbeiterregierung zu bilden. *Sie können das aber nur dann tun, wenn Garantien dafür vorhanden sind, daß die Arbeiterregierung wirklich einen Kampf gegen das Bürgertum im oben angegebenen Sinne führen wird.* Dabei bestehen die selbstverständlichen Bedingungen der Teilnahme der Kommunisten an einer solchen Regierung darin, daß

1. die Teilnahme an einer Arbeiterregierung nur mit Zustimmung der Komintern erfolgen kann;
2. die kommunistischen Teilnehmer an einer solchen Regierung unter der strengsten Kontrolle ihrer Partei stehen;
3. die betreffenden kommunistischen Teilnehmer an dieser Arbeiterregierung in engster Fühlung mit den revolutionären Organisationen der Massen stehen;

4. die kommunistische Partei ihr eigenes Gesicht und die volle Selbständigkeit ihrer Agitation unbedingt behält.

Bei allen großen Vorteilen hat die Arbeiterregierungsparole auch ihre Gefahren, ebenso wie die gesamte Taktik der Einheitsfront Gefahren in sich birgt. Um diesen Gefahren vorzubeugen, müssen die kommunistischen Parteien folgendes ins Auge fassen:

Jede bürgerliche Regierung ist zugleich eine kapitalistische Regierung, aber nicht jede Arbeiterregierung ist eine wirklich proletarische, d. h. ein revolutionäres Machtinstrument des Proletariats.

Die Kommunistische Internationale muß folgende Möglichkeiten berücksichtigen:

1. *Liberale* Arbeiterregierung. Eine solche gab es in Australien, eine solche Regierung wird auch in absehbarer Zeit in England möglich sein.

2. *Sozialdemokratische* Arbeiterregierung (Deutschland).

3. *Regierung der Arbeiter und ärmeren Bauern.* Eine solche Möglichkeit besteht auf dem Balkan, der Tschechoslowakei usw.

4. Arbeiterregierung mit Teilnahme der Kommunisten.

5. Wirkliche proletarische revolutionäre Arbeiterregierung, die in reiner Form nur durch die Kommunisten verkörpert werden kann.

Die ersten beiden Typen sind keine revolutionären Arbeiterregierungen, sondern in Wirklichkeit verkappte Koalitionsregierungen zwischen Bourgeoisie und antirevolutionären Arbeiterführern. Solche ‚Arbeiterregierungen' werden in kritischen Zeiten von der geschwächten Bourgeoisie geduldet, um das Proletariat über den wahren Klassencharakter des Staates zu täuschen oder sogar, um mit Hilfe der korrumpierten Arbeiterführer den revolutionären Ansturm des Proletariats abzuwehren und Zeit zu gewinnen. Die Kommunisten können sich an einer solchen Regierung nicht beteiligen. Sie müssen im Gegenteil den wahren Charakter dieser falschen ‚Arbeiterregierung' unerbittlich vor den Massen entlarven. In der gegebenen Niedergangsperiode des Kapitalismus, wo die wichtigste Aufgabe darin besteht, die Mehrheit des Proletariats für die proletarische Revolution zu gewinnen, können aber auch diese Regierungen objektiv dazu beitragen, den Zersetzungsprozeß der bürgerlichen Gewalt zu beschleunigen.

Die Kommunisten sind bereit, auch mit jenen Arbeitern zu marschieren, die die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats noch nicht erkannt haben, *mit sozialdemokratischen, christlichen, syndikalistischen, parteilosen usw.* Die Kommunisten sind also auch bereit, unter gewissen Garantien eine nichtkommunistische Arbeiterregierung zu unterstützen. Die Kommunisten erklären aber der

Arbeiterschaft unter allen Umständen offen, daß nur die Diktatur des Proletariats der Arbeiterklasse die wirkliche Befreiung sichert.

Die zwei weiteren Typen der Arbeiterregierung (Ziffer 3 und 4), an denen die Kommunisten teilnehmen können, bedeuten noch nicht die Diktatur des Proletariats, sie sind nicht einmal eine geschichtlich unvermeidliche Übergangsform der Diktatur, aber sie können dort, wo sie zustande kommen, einen Ausgangspunkt zur Erkämpfung dieser Diktatur bilden. *Die vollendete Diktatur des Proletariats ist nur diejenige wirkliche Arbeiterregierung* (Ziffer 5), *die aus Kommunisten besteht.*"

Nun frage ich Sie: Welche Arbeiterpartei der Welt außer der kommunistischen gibt es, die imstande wäre, diese elementarste Aufgabe durchzuführen: die Bourgeoisie zu entwaffnen, das Proletariat zu bewaffnen, die Steuerlasten auf die Schultern der Reichen abzuwälzen und den Widerstand der konterrevolutionären Bourgeoisie zu brechen? Das kann nur eine wahre revolutionäre Regierung tun, geleitet von einer kommunistischen Partei. Was haben wir gesagt? Wir sagten zu dem sozialdemokratischen Arbeiter: Du bist für eine Koalitionsregierung, du glaubst noch an Koalitionen, du meinst, wir Kommunisten seien gegen die Einheit. Nein, wir sind nicht gegen die Einheit, dem Bündnis mit dir zuliebe sind wir sogar für eine Koalitionsregierung aller Arbeiterparteien, aber nur unter der kleinen Bedingung, daß sie gewisse elementarste Bedingungen erfüllen: die Bourgeoisie entwaffnen, die Arbeiter bewaffnen usw. Mit andern Worten: Wir sind gegen eine Koalition mit den Sozialdemokraten und solchen „Arbeiterparteien", die eigentlich keine Arbeiterparteien sind. Aber weil du das nicht einsiehst, weil du uns vorwirfst, daß die Einheitsfront wegen unseres Nichtwollens nicht zustande kommt, so geben wir dir eine Formel, die dir die Augen öffnen soll. Ja, wir sind für eine Koalitionsregierung, die *dieses* Programm durchsetzt.

Es ist jedem Kommunisten klar, was das heißt: Bewaffnung des Proletariats, Entwaffnung der Bourgeoisie usw., wir sind *gegen* eine Koalitionsregierung aller „Arbeiterparteien", die dieses Programm nicht durchführen können.

Aus dem Lateinischen ins Revolutionäre

Warum haben wir das gesagt? Einige Genossen kritisierten mich, daß ich gesagt habe, man müßte die Parole „Diktatur des Proletariats" aus dem Lateinischen ins Russische übertragen, als ob ich wirklich hier vom Standpunkte eines einfachen Übersetzers gesprochen hätte. Das soll heißen: vom Lateinischen ins Volkstümliche, ins Revolutionäre, und das heißt, nicht eine Sekte, sondern eine Massenpartei sein. Lesen Sie, was Lenin im „Renegat Kautsky" über die Ereignisse in

Deutschland 1918 schreibt. Jetzt braucht man es nicht mehr zu schreiben, jetzt haben die Ereignisse selber gezeigt, daß die lateinischen Worte „Diktatur des Proletariats" in die Sprache der Revolution übersetzt worden sind, sagt Genosse Lenin.

Es handelt sich hier nicht nur um die einfache Popularisierung einer Parole, sondern darum, daß wir als Massenpartei verlangen müssen, daß unsere Agitation in Fleisch und Blut übergeht, das heißt diese lateinischen Worte ins Revolutionäre übersetzen. Sonst sind wir Marxisten nicht des Jahres 1924, sondern des Jahres 1847, des „Kommunistischen Manifestes".

Wir befanden uns in einer Situation, wo die Sozialdemokraten noch die Mehrheit hatten, als wir alle als Spalter der Arbeiterbewegung galten; damals bestand eben die ganze Strategie darin, daß wir versuchen mußten, ad oculos der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu demonstrieren, um was es sich handelte.

Wir sind für die Einheit mit dir, wir sind sogar bereit, mit den sozialdemokratischen Führern eine Koalition aller Arbeiterparteien zu bilden, mögen sie nur einwilligen, das zu tun, was auch du, sozialdemokratischer Arbeiter, brauchst, d. h. die Bourgeoisie entwaffnen, die Arbeiter bewaffnen usw. Sie wollen es nicht? Du siehst es ein? Folglich fällt die Schuld nicht auf uns. Laß uns die Einheit von unten verwirklichen, den sozialdemokratischen Führern zum Trotz.

Mit andern Worten: Aus pädagogischen Gründen sagten wir zu dem sozialdemokratischen Arbeiter nicht: „Wir sind gegen die Koalition mit andern ‚Arbeiterparteien', denn ihre Führer sind konterrevolutionär", sondern wir sprachen zu ihm: Wir sind zu einer Koalition bereit, falls deine sozialdemokratischen Führer diese Elementarbedingungen annehmen (die bekanntlich für diese Herren unannehmbar sind).

Die Legende über die Revision unserer Taktik

Ich hatte heute früh eine langweilige Arbeit, meine eigene Rede auf dem 4. Weltkongreß nachzulesen. Es gibt bekanntlich keine langweiligere Arbeit, und es wird Sie vielleicht auch langweilen, zu hören, was dort steht. Ich muß aber eine Reihe längerer Zitate anführen, um der Legende über die Revision unserer Taktik das Genick zu brechen. Ich sagte auf dem 4. Kongreß:

Die Losung der Arbeiterregierung ist nicht genügend geklärt. Die Taktik der Einheitsfront ist fast universell anzuwenden. Man kann schwerlich ein Land nennen, wo eine bedeutende Arbeiterklasse besteht und wo die Taktik der Einheitsfront jetzt nicht angebracht wäre. Diese Taktik ist ebenso in Amerika wie in Bulgarien, Italien

und Deutschland am Platze. Diese Taktik ist bei der gegebenen allgemeinen Lage fast generell. Das kann man aber von der Losung der Arbeiterregierung bei weitem nicht sagen. Die Losung der Arbeiterregierung ist keinesfalls so generell aufzufassen. Sie hat vielmehr beschränkte Bedeutung. Sie kann nur in solchen Ländern aufgenommen werden, wo das Machtverhältnis wirklich so ist, wo das Problem der Macht, das Problem der Regierung sowohl auf parlamentarischem wie auch außerparlamentarischem Gebiete im Vordergrunde steht. Gewiß kann man heute auch in Amerika mit der Parole der „Arbeiterregierung" gute propagandistische Arbeit leisten, indem man den Arbeitern auseinandersetzt: Wollt ihr euch befreien, dann müßt ihr die Macht in die Hände nehmen. Aber man kann nicht sagen, daß bei den gegebenen Kräfteverhältnissen in Amerika die Parole der Arbeiterregierung einen solchen Widerhall hervorrufen kann, wie es in der Tschechoslowakei der Fall war, in Deutschland werden kann und in Italien war und werden kann.

Die Losung der Arbeiterregierung ist keine so generelle Losung wie die Taktik der Einheitsfront. Die Losung der Arbeiterregierung ist die bestimmte konkrete Anwendung der Taktik der Einheitsfront unter bestimmten Verhältnissen. Manche Fehler sind auf diesem Gebiete leicht zu begehen. Ich glaube, Genossen, wir müssen uns dagegen verwahren, daß man manchmal versucht, diese Parole als Universalmittel aufzufassen, so, als müßten wir unbedingt durch eine Arbeiterregierung durchgehen. Ich glaube, soweit man auf diesem Gebiete prophezeien kann, kann man viel eher sagen, daß die Arbeiterregierung nur ausnahmsweise zu einer Tatsache werden wird, nur unter ganz speziellen konkreten Verhältnissen in diesem oder jenem Lande. Außerdem heißt das keinesfalls, daß wir durch eine Periode halbfriedlicher Natur hindurchgehen werden, und daß die Arbeiterregierung uns die Last des Kampfes abnehmen wird. Die Arbeiterregierung, die sich nur auf parlamentarische Positionen gründen würde, wäre nichts wert, sie würde nur eine kleine Episode im Kampfe sein und den Bürgerkrieg nicht aufhalten. Das will nicht sagen, daß die Parole der Arbeiterregierung unter den gegebenen Verhältnissen nicht anzuwenden ist . . .

Auch die Einheitsfronttaktik hat ihre Gefahren, darauf hat die Exekutive in ihren Dezemberthesen hingewiesen. *Besonders große Gefahren birgt sie in der Form der Arbeiterregierung.* Das wird in Ländern mit parlamentarischen Traditionen, wie z. B. in Frankreich, so aufgefaßt, als *ob es sich um etwas anderes für uns handelte als um die Diktatur des Proletariats. Wir verstehen unter dieser Parole nichts anderes als Anwendung der Diktatur des Proletariats.* Auch wenn eine Arbeiterregierung kommen sollte, können wir den Bürger-

krieg nicht vermeiden. Unter Umständen wird er durch sie noch verschärft werden."

Ist das nicht klar genug, Genossen? Da ist noch ein Zitat aus meinem Schlußwort:

„Es ist mir nicht ganz klar, ob wirklich in unserer Mitte ernste Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage bestehen, oder ob diese Frage vielleicht nur nicht ganz gut erläutert worden ist und ob es sich nicht zum Teil nur um die Terminologie handelt. Im Laufe des Kongresses und bei der Abfassung der Resolution über die taktischen Fragen, die wir nach den Fragen der russischen Revolution behandeln werden, wird es sich zeigen. Für mich handelt es sich absolut nicht um das Wort ‚Pseudonym', das hier zitiert worden ist. Ich bin gern bereit, in diesem *Streit um das Wort* nachzugeben. Doch es handelt sich um die Auffassung. Ich glaube, die Frage wird am klarsten, wenn ich zunächst folgendes ausspreche: Jede bürgerliche Regierung ist zugleich eine Bourgeoisregierung, eine kapitalistische Regierung. Man kann sich schwerlich eine bürgerliche Regierung vorstellen, eine Regierung der bürgerlichen Klasse, die nicht zugleich eine kapitalistische Regierung wäre. Aber leider kann man nicht das Umgekehrte sagen. *Was nicht zu vergessen ist.* Nicht jede Arbeiterregierung ist eine sozialistische Regierung. Diese Antithese ist sehr tiefer Natur. Es ist eine Umschreibung der Tatsache, daß die Bourgeoisie innerhalb unserer Klasse ihre Vorposten hat, und nicht umgekehrt. *Wir können unsere Vorposten nicht im Lager der Bourgeoisie haben . . .*

. . . Ich fürchte, daß wir auf der Jagd nach einer streng wissenschaftlichen Definition das Politische übersehen. Es handelt sich für mich nicht um Haarspaltereien wissenschaftlicher Definition, sondern darum, daß *man das Revolutionäre nicht versäumt.* Man hat oft das Gefühl, daß sich *manche Genossen die Sache so vorstellen, daß wir mit den Sozialdemokraten bloß zusammenzugehen brauchen und schon eine „Arbeiterregierung" haben. Man vergißt dabei das eine: daß man zunächst die Bourgeoisie stürzen muß.* Die Bourgeoisie wird ihren Platz nicht freiwillig abtreten, sie wird um ihre Macht ringen.

Man soll nicht vergessen: Außer den ‚Arbeiterparteien' besteht noch eine Bourgeoisie, die jahrzehntelang an der Macht gewesen ist und die alles tut, um für diese Macht zu kämpfen.

Um also eine ‚Arbeiterregierung im revolutionären Sinne' zu bilden, *muß man zunächst die Bourgeoisie stürzen;* das ist das Wichtigste. Wir wollen nicht vergessen, daß wir zweierlei zu unterscheiden haben: 1. *Unsere Methode der Agitation, wie wir am besten zum einfachen Arbeiter sprechen, wie wir ihm seine Lage am besten*

begreiflich machen können. Dazu, glaube ich, ist die Parole der Arbeiterregierung wohl geeignet. Und es gibt eine zweite Frage, die Frage, wie die Ereignisse sich historisch entwickeln werden, wie die Revolution konkret vor sich gehen wird. Wir wollen den Vorhang der Zukunft hier etwas lüften . . .

. . . Wie wird die Revolution marschieren? Wir wollen Vermutungen aufstellen: durch alle Stadien der Arbeiterregierung, der Koalitionsregierung und dann des Bürgerkrieges. Wir alle lieben es, über den weiteren Verlauf der Revolution zu weissagen, aber man kann bloß voraussagen, daß alle unsere Prophezeiungen nicht zutreffen werden. Die Revolution wird wahrscheinlich anders kommen, als wir es uns vorstellen, durch eine ganz andere Tür. Das haben wir auch bei unserer russischen Revolution gesehen. Vor fünf Jahren hat man sich vorgestellt, daß man uns durch die Blockade, durch den Hunger auf die Knie zwingen würde usw. Man hat an verschiedene Eventualitäten gedacht, nur die Eventualität der neuen ökonomischen Politik und den jetzigen Weg der Revolution hat niemand vorausgesehen.

Die Lage ist in allen Ländern verschieden. Wahrscheinlich wird die Revolution in Deutschland und in England ganz verschieden kommen. Das soll nicht bedeuten, daß wir als bewußte Revolutionäre den Vorhang der Zukunft nicht lüften dürfen. Wir sind denkende Menschen, wir wollen der Arbeiterklasse vorangehen. Wir müssen die Dinge von allen Seiten zu klären versuchen. Aber es ist wirklich schwer, hier etwas vorauszusagen. *Wenn wir die Parole der Arbeiterregierung von diesem Standpunkt aus betrachten, als konkrete Frage des Weges zur proletarischen Revolution, so kann man sehr bezweifeln, ob die Weltrevolution unbedingt durch die Tür der Arbeiterregierung hereinspazieren wird.* Gestern wurde von unserm Freunde Radek gesagt, daß die Arbeiterregierung eine Möglichkeit des Übergangs zur Diktatur des Proletariats ist. Ich möchte sagen, es ist nur eine Möglichkeit, oder wenn ich mich ganz richtig ausdrücken soll, es ist ganz ausnahmsweise eine Möglichkeit. Das will nicht heißen, daß die Parole der Arbeiterregierung nicht richtig sei. *Sie ist richtig. Sie wird uns dort, wo die Machtverhältnisse dazu geeignet sind, große Erfolge in der Agitation bringen.* Aber wenn wir die Frage des Weges prüfen, die Frage, ob die Revolution unbedingt diesen Weg gehen wird, so sage ich, *das ist keine Frage, die hier zu lösen ist. Das ist ein Weg, der wahrscheinlich der ungewöhnlichste ist. In Ländern mit entwickelter Bourgeoisie werden wir die Macht nicht anders erobern als im Bürgerkriege, und wenn wir die Bourgeoisie im Bürgerkriege beseitigt haben werden, so wird es für einen größeren Zeitabschnitt schwerlich eine Zwischenpause geben.*

Das kann sein, aber es lohnt sich nicht, darüber zu streiten, man kann nur Vermutungen aufstellen. Das einzige, was wir brauchen, ist, daß wir alle grundlegenden Eventualitäten des Weges der Revolution klar sehen . . .

. . . Es kann eine Arbeiterregierung geben, die nichts anderes ist als eine liberale Arbeiterregierung, wie sie in England, in Australien usw. möglich war. Diese Arbeiterregierung kann objektiv für die Arbeiterklasse von Nutzen sein. Die *Agitation* für die Arbeiterregierung ist *richtig, in der Agitation können wir sehr viel damit machen. Aber was wir dabei nicht vergessen sollen, ist die revolutionäre Perspektive.*"

Ich zitierte den tschechischen Außenminister Benesch, der ein gutes Wort über die Kommunisten gesagt hat:

„Unter der Losung des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit baut die Kommunistische Partei die Einheitsfront der Arbeiter aus. Den Kommunisten ist die Findigkeit nicht abzusprechen. Sie verstehen es, den Arbeitern die gleiche Sache in verschiedener Form darzubringen. So z. B. fingen die Kommunisten seinerzeit eine Agitation für die Bildung von Sowjets an; als diese Agitation zu keinen Resultaten führte, stellten die Kommunisten die Agitation für die Bildung von Sowjets ein, um sie nach eineinhalb Jahren unter der Maske von Einheitsfront-Ausschüssen von neuem anzufangen. Gewiß könnte die proletarische Einheitsfront zu einer riesigen Kraft werden, wenn progressive Ideen ihre Grundlagen bilden würden usw."

Ich sagte: Bravo, Benesch, Sie scheinen besser als mancher opportunistische Arbeiterführer der Tschechoslowakei zu verstehen, um was es sich handelt.

Man wird mir vielleicht wieder vorwerfen, warum ich diese Geheimnisse aufdecke. Sie sehen also, Benesch hat 1922 gut verstanden, um was es sich handelt. Wie können da die Genossen Kreibich und Smeral dieses „Geheimnis" vergessen, das schon Benesch 1922 kannte, nämlich daß diese Parole für uns nur die Formel, sozusagen die Zutrittsformel zu der Masse ist? Das habe ich schon auf dem 4. Kongreß klar ausgesprochen:

„Ich glaube, daß unsere Diskussion auf diesem Kongreß, und zwar erst recht nach der Arbeit der Kommissionen, nicht dazu führen wird, daß wir die Parole der Arbeiterregierung aufgeben werden, die Parole bleibt richtig als Zutrittsmittel zu den Massen. Darüber läßt sich nicht streiten. *Die Parole bleibt richtig. Wir müssen nur verstehen, sie richtig zu gebrauchen.* Sie birgt dieselben Gefahren in sich, wie die Taktik der Einheitsfront. Wenn man anfängt, von Regierungen zu reden, da ist es selbstverständlich, daß man an parlamentarische Kombinationen mit der Verteilung der Porte-

feuilles denkt usw. Da bestehen noch größere Schwierigkeiten als bei der Einheitsfronttaktik. Deswegen dürfen wir aber nicht sagen, daß wir auf diese Parole verzichten müssen, weil sie schwierig ist, wie unsere französischen Genossen es vorgeschoben haben."

Was kann klarer sein als dieses, Genosse Radek?

Nicht schlaue Strategie, sondern Bürgerkrieg

Noch mehr, Genossen, im Schlußwort des 4. Kongresses sagte ich:

„Darum glaube ich, Genossen, daß wir ruhig die Parole der Arbeiterregierung weiterbefolgen sollen, aber nur unter der einzigen *Bedingung, daß wir uns dabei klar sind, um was es sich dabei handelt. Wehe uns, wenn wir in der Agitation auch nur eine Minute lang die Meinung aufkommen ließen, es würde unbedingt eine Arbeiterregierung kommen, sie könnte auch auf friedlichem Wege zustande kommen, es gäbe eine feste organische Periode, die den Bürgerkrieg ersetzen könnte usw. Wenn solche Auffassungen bei uns vorhanden sind — und sie sind vielleicht irgendwo vorhanden —, dann muß man sie entschieden bekämpfen und die Arbeiterklasse in dem Sinne erziehen, daß man ihr sagt: Ja, liebe Freunde, um eine Arbeiterregierung zu errichten, muß man zunächst die Bourgeoisie stürzen und besiegen.*

Was ist das Wesentliche an dieser Parole? Willst du eine Arbeiterregierung haben, schön, so sind wir sogar mit den Sozialdemokraten einverstanden; wenn wir auch sagen, sie werden dich verraten, so sind wir doch für eine solche *Arbeiterregierung, aber nur unter der Bedingung, daß sie bereit ist, Schulter an Schulter mit uns die Bourgeoisie zu bekämpfen.* Wenn du willst, so werden wir den Kampf gegen die Bourgeoisie aufnehmen, und wenn eine Arbeiterregierung aus diesem Kampfe hervorgeht, wird sie auf fester Grundlage stehen und wird *wirklich ein Auftakt, ein Anfang der Diktatur des Proletariats sein.* An und für sich handelt es sich nicht um das Wort „Pseudonym" — ich schenke dieses Wort dem Genossen Meyer gern —, sondern es handelt sich darum, daß *wir eine klare Linie in dieser Frage haben.* Keinesfalls ist dies eine Kriegslist, durch die wir der Bourgeoisie den Verzicht auf den Bürgerkrieg ablisten können. Die Internationale soll eine gute Strategie machen, aber *es gibt keine Strategie, mit der man den Bürgerkrieg vermeiden und glatt auf dem Parkett zu einer Arbeiterregierung kommen kann.* Das gibt es in der Natur nicht. Das Entscheidende ist der Kampf, das Bezwingen der Bourgeoisie; wenn wir sie bezwungen haben, dann können verschiedene Formen der Arbeiterregierung eintreten.

Eine Arbeiterregierung kann in England in jetziger Lage objektiv revolutionierend wirken, und wir werden sogar eine beschränkte, menschewistisch-liberale Arbeiterregierung unterstützen. Aber das ist noch keineswegs eine Vermeidung des Klassenkampfes. Vorhandensein einer solchen Arbeiterregierung bedeutet nicht, daß wir die wirksamste Form, die des Bürgerkrieges, vermeiden können ‚keineswegs. Wir wissen: Unter gewissen Bedingungen kann sich eine solche menschewistisch-liberale Arbeiterregierung mit viel größerem Blutdurst als eine Bourgeoisregierung gegen uns wenden — das hat Noske bewiesen, und das haben unsere Menschewiki bewiesen. Das kann also keineswegs eine Möglichkeit bedeuten, dem Bürgerkrieg *vorzubeugen. Darum meine ich, Genossen, daß diese Parole als Agitationsparole unbedingt richtig ist, wenn wir wirklich verstehen, sie revolutionär auseinanderzusetzen* . . .

. . . Wir müssen in dieser Frage eine feste Linie befolgen. Man muß den Genossen sagen: Ja, Arbeiterregierung, das ist gut und schön, aber um eine Arbeiterregierung zu bilden, muß man zuerst die Bourgeoisie stürzen, die Bourgeoisie, die jetzt besteht, und dazu muß man zunächst Waffen haben, muß man sich darüber klar sein, daß es zu harten Kämpfen kommen wird, und daß wir anders einen Sieg nicht davontragen können. Ich glaube, Genossen, damit kann ich diesen Teil meines Schlußwortes beendigen."

Das war der Hauptinhalt meiner Rede. Ich sagte damals, man spricht von der Arbeiterregierung, als ob wirklich die Macht eine res nullius sei, d. h. niemandem gehöre. Um eine Arbeiterregierung zu bilden, muß man zunächst die Bourgeoisie besiegen, die jetzt die Macht inne hat. Glauben Sie denn, das wird so leicht gehen, daß sie einfach sagen: Schön, weil ihr eine neue Formel gefunden habt, werden wir die Macht an euch abtreten? Nein, Genossen, *um eine Arbeiterregierung zu bilden, muß man zunächst die Bourgeoisie besiegen.*

Über die Spitzenverhandlungen unserer deutschen Partei sagte ich in derselben Rede folgendes:

„Es schien uns aus der Ferne, daß unsere Partei sich ein bißchen zu sehr in die Hände der Spitzenorganisationen gegeben hat. Wir in Deutschland sind keine armen Verwandten, sind eine selbständige Partei, und der Partei gehört der Sieg. Und da sie uns um jeden Preis haben wollten, hatten wir gerade in diesem Moment am allerwenigsten Grund, als arme Verwandte aufzutreten."

Ich bitte um Entschuldigung für die Fülle der Zitate aus meiner eigenen Rede. Aber ich sah keinen besseren Weg, um die „Erfindung" Radeks und der ganzen Rechten zu entlarven, als ob wir jetzt die Taktik des 4. Kongresses liquidieren wollten.

Wenn Sie jetzt meine Rede lesen, glaube ich, daß Sie sagen werden, daß es eine ganz gute Rede ist. Ganz klar wird in ihr ausgesprochen, daß die Arbeiterregierung eine Agitationsparole ist. Es ist dasselbe, wie der Weg zur Diktatur des Proletariats, zur Gewinnung der Massen für die Diktatur. Wie kann man jetzt auftreten und sagen, jetzt käme die Revision? Nein, Genossen, das ist bloß bei Radek eine „Agitationsparole" gegen die KI, nichts mehr.

Man sagt, jedes Buch habe sein Schicksal. Aber auch jede Parole hat ihr Schicksal, und manche erprobten Revolutionäre können hierbei hereinfallen.

Die Parole „Arbeiterregierung" und ihre Gefahren

Ich habe heute vormittag noch eine Arbeit getan, ich habe die Reden und Parolen zur *Arbeiter- und Bauernregierung* auf der Erweiterten Exekutive im Juni 1923 studiert. In meiner Rede zur Frage der Taktik der Einheitsfront führte ich folgendes aus — ich sehe mich wieder gezwungen, mich selbst zu zitieren:

„Worum handelt es sich tatsächlich bei der Taktik der Einheitsfront? Ist sie nur ein taktisches Manöver, oder drückt sie das aufrichtige Streben nach Vereinigung mit den sozialdemokratischen Arbeitern aus? Auf diese Frage antworten wir unsererseits mit folgender Frage: Gab es in den allerersten Jahren der Tätigkeit der Komintern, in den Jahren 1919/20, irgend jemanden unter uns, der nicht in der aufrichtigsten Weise nach einer Annäherung und sogar einer Verbrüderung mit den sozialdemokratischen Arbeitern gestrebt hätte? Nein. Vom ersten Tage der Existenz der Kommunistischen Internationale an sind wir restlos für die Vereinigung mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern eingetreten.

Jetzt frage ich Sie weiter: Haben wir die Taktik der Einheitsfront in den Jahren 1919 und 1920 durchgeführt? Nein, wir haben sie nicht durchgeführt. Wenn Sie demnach die erste Periode der Existenz der Komintern, beispielsweise bis einschließlich zum 2. Kongreß, nehmen, so sehen Sie, daß die Lage folgende war: Annäherung und Verbrüderung mit den sozialdemokratischen Arbeitern — ja; Taktik der Einheitsfront — nein!

Was beweist das nun alles? Das beweist, daß diese Frage ganz anders steht. Die Frage besteht nicht darin, ob wir aufrichtig nach einer Annäherung an die sozialdemokratischen Arbeiter streben. Nach der haben wir immer gestrebt, wir wünschen sie auch jetzt und werden sie immer wünschen, aus dem einfachen Grunde, weil wir die Vereinigung, die Konsolidierung der ganzen Arbeiterklasse wünschen werden, da das die einzige ernsthafte Voraussetzung unseres tatsächlichen Sieges ist.

Worin besteht nun die Taktik der Einheitsfront? Worin besteht jenes Neue, das wir ungefähr seit 1921 vorzubereiten begonnen haben, das wir 1922 formulierten und jetzt, 1923, mit Volldampf durchführen? Was ist Neues hinzugekommen? Hinzugekommen ist eben das, was wir ein strategisches Manöver nennen. Hier ist es vor allem erforderlich, auf das Problem ‚Massen und Führer' einzugehen.

Wir müssen uns indessen klar Rechenschaft geben darüber, wie sich die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung zu unserer alten Formel der Diktatur des Proletariats verhält. Es werden sich unter uns Genossen finden, die zweifellos die Frage stellen werden: Geben wir, wenn wir die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung aufstellen, nicht unsere Formel der Diktatur des Proletariats preis, bleiben wir wie bisher eine Arbeiterpartei, oder werden wir zu einer Arbeiter- und Bauernpartei?

Derjenige, der von der Taktik der Einheitsfront überhaupt etwas verstanden hat, derjenige, der zu begreifen beginnt, was klassenpolitische Strategie des Proletariats ist, *muß begreifen, daß die Parole ‚Arbeiter- und Bauernregierung' der Weg zur Diktatur des Proletariats ist.*"

Dann führte ich weiter aus zur Frage der Arbeiter- und Bauernregierung:

„Wenn wir also die Parole Arbeiter- und Bauernregierung aufstellen, so *heißt das keinesfalls, daß wir die Diktatur des Proletariats aufgeben.*

Von dieser können wir nicht einen einzigen Schritt abweichen. Es gibt keinen einzigen Weg zur Befreiung der Menschheit aus dem Joche des Kapitalismus als die Diktatur des Proletariats und kann keinen anderen geben. Die einzige wirkliche und bis zum letzten revolutionäre Klasse ist die Arbeiterklasse. Aber diese Klasse, d. h. ihre Partei, kann klug und kann dumm handeln. So werden wir das Ziel bedeutend rascher erreichen und werden weniger Opfer haben. Wir werden bedeutende Schichten des Bauerntums und der Kleinbourgeoisie überhaupt teilweise neutralisieren und teilweise auf unsere Seite herüberziehen. Handeln wir aber ungeschickt, fassen wir die großen Klassenaufgaben der Befreiung des Proletariats in zünftlerischem Sinne auf, so schieben wir selbst den Moment des Sieges hinaus.

Wir glauben daran, daß es an der Zeit ist, die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung zu verallgemeinern."

Zu den Gefahren dieser Parole führte ich folgendes aus:

„Die mit der Losung der Arbeiter- und Bauernregierung verbundenen Gefahren bestehen darin, daß einige unserer nicht gefestigten

und im marxistischen Sinne nicht genügend geschulten Sektionen darauf verfallen können, sie im Geiste der linken Sozialrevolutionäre auszulegen. Diese Partei gab sich für eine Partei der Arbeiter, der Bauern und der Intelligenz aus . . .

Die aus der Aufstellung der Losung ‚Arbeiter- und Bauernregierung' sich ergebenden Gefahren bestehen darin, daß unsere wenig gefestigten Parteien sich möglicherweise dazu verleiten lassen, den Klassencharakter unserer Partei zu verwischen. Dagegen gilt es sofort Vorbeugungsmaßregeln zu treffen . . .

. . . Wir müssen den Weg zur Befreiung vom Joch des Kapitalismus allen jenen Bevölkerungsschichten weisen können, die nicht direkt an der Herrschaft des Kapitals interessiert sind. Wir dürfen uns also nicht eine Minute den Gefahren verschließen, die mit der Ausgabe der Parole ‚Arbeiter- und Bauernregierung' verbunden sind. Wer indes die Wölfe fürchtet, soll nicht in den Wald gehen. Wir haben schon etwas gelernt, der Schwierigkeiten der Taktik des Manövrierens Herr zu werden."

Und ich beendete meine Rede mit den Sätzen:

„Jetzt stehen wir vor einer noch größeren Aufgabe: in unseren Parteien den Willen zur Macht zu erwecken, aus ihnen Parteien zu machen, die bei jedem Schritt ihrer Arbeit sich als Parteien betrachten, die morgen die Bourgeoisie niederringen werden."

Konkretisierung der Losung „Arbeiter- und Bauernregierung"

Die Genossen Radek und Kreibich und die Genossin Zetkin sagen, Arbeiterregierung bedeute Koalition „aller Arbeiterparteien". *Die Arbeiter- und Bauernregierung würde danach die Koalition aller Arbeiter- und Bauernparteien bedeuten?*

Es genügt, nur die Frage so zu stellen, um einzusehen, daß das falsch und unmarxistisch ist. Wer von uns kann sagen, daß die Arbeiter- und Bauernregierung eine Koalition mit den Arbeiter- und Bauernparteien ist, wo noch jede wahrhaft revolutionäre Bauernpartei in der Welt fehlt.

Genosse Radek und ihr andern, bei dieser Fragestellung wird es ganz klar, daß ihr im besten Falle auf dem Holzwege seid. Lesen Sie nur die Resolution über die Arbeiter- und Bauernregierung, die von mir verfaßt und verteidigt worden ist.

Sie werden dort lesen:

„Die Losung ‚Arbeiter- und Bauernregierung', wie auch seinerzeit die Losung ‚Arbeiterregierung', ersetzt in keiner Weise die Agitation für die Diktatur des Proletariats, dieser Grundlage aller

Grundlagen der kommunistischen Taktik. Sie drängt diese Agitation auch keineswegs in den Hintergrund. Im Gegenteil, gerade die Losung „Arbeiter- und Bauernregierung" stellt, indem sie die Basis für die Durchführung der unter den gegenwärtigen Verhältnissen einzig richtigen Taktik der Einheitsfront erweitert, den wahren Weg zur Diktatur des Proletariats dar. Die richtige Auslegung der Losung ‚Arbeiter- und Bauernregierung' wird es den Kommunisten ermöglichen, nicht nur die proletarischen Massen in den Städten zu mobilisieren, sondern sich auch wichtige Stützpunkte auf dem Lande zu schaffen und dadurch den Boden zur Eroberung der Macht vorzubereiten.

Die Losung „Arbeiter- und Bauernregierung" wird den kommunistischen Parteien auch für die Zeit *nach* der Eroberung der Macht durch das Proletariat wertvolle Dienste leisten. Denn diese Losung wird das Proletariat immer wieder an die Notwendigkeit erinnern, seine Vormarschbewegung mit der Stimmung der Bauernschaft des betreffenden Landes in Einklang zu bringen, ein richtiges Verhältnis zwischen dem siegreichen Proletariat und der Bauernschaft herzustellen und nach dem Sturze der Bourgeoisie eine weise Mäßigung bei den wirtschaftlichen Maßnahmen des Proletariats einzuhalten, entsprechend der Haltung des siegreichen Proletariats Rußlands in der gegenwärtigen Epoche der russischen Revolution, die als „Neue Ökonomische Politik" bezeichnet wird.

Es versteht sich von selbst, daß die Agitation unter der Losung ‚Arbeiter- und Bauernregierung' entsprechend den Verhältnissen eines jeden einzelnen Landes konkretisiert werden muß, z. B. in Nordamerika würde es sich um werktätige Farmer handeln. Die Wahrung der ökonomischen Interessen der Bauernschaft im Sinne des in den Beschlüssen des 2. und 4. Weltkongresses der Komintern dargelegten Programms muß zum Ausgangspunkt unserer gesamten Agitation für eine Arbeiter- und Bauernregierung werden."

Es genügt, glaube ich, diesen Satz herauszugreifen, der überzeugend genug ist. *Nach* der Eroberung der Macht wird die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung auch noch nützen in dem Sinne, wie sie auch in Sowjetrußland noch nützt, d. h. wir haben die Diktatur des Proletariats, aber eine kluge Diktatur. Sie macht eine solche Politik, die für die Bauern annehmbar ist —, sonst wäre die Diktatur kaput. Und das muß man den Bauern zu sagen verstehen. Dazu ist die Parole „Arbeiter- und Bauernregierung" da.

Also auch nach der Machteroberung nützt diese Parole als propagandistische Parole. Vor der Machteroberung aber um so mehr. Die Losung „Koalition aller Arbeiter- und Bauernparteien" ist sie niemals

gewesen und kann es auch nicht sein. Gestatten Sie mir hier noch einige Zitate aus derselben Resolution:

„Somit hat der 2. Kongreß die programmatischen Grundsätze über das gegenseitige Verhältnis von Arbeiterklasse und Bauernschaft festgelegt. Der 4. Kongreß hat diese Grundsätze weiter konkretisiert. Die gegenwärtige Plenarsitzung des Erweiterten Exekutivkomitees der Komintern hat nun eine konzentrierte politische Formel zu geben, die uns gestatten soll, mit größtmöglichem Erfolge die Beschlüsse des 2. und 4. Kongresses zu verwirklichen.

Diese politische Formel lautet *‚Arbeiter- und Bauernregierung'* ...

... Schon allein dadurch, daß die kommunistischen Parteien sich im internationalen Maßstabe die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung zu eigen machen und mit der Agitation dafür beginnen, wird der Anfang zu einer Neutralisierung der mittleren Bauernschichten und unserer Eroberung der Kleinbauernschaft gemacht.

Das Exekutivkomitee der Komintern stellt fest, daß die überwiegende Mehrheit der Sektionen der Komintern bis jetzt ein unerhört träges und unserer Sache ungeheuer schadendes Verhalten in bezug auf die Arbeit auf dem flachen Lande an den Tag gelegt hat. In diesem trägen Verhalten zeigt sich erstens die bedauerliche Tradition der II. Internationale, deren Schoß die wichtigsten Parteien der Komintern entsprungen sind, zweitens eine falsche theoretische Einstellung zur Bauernschaft, die die Sache so darzustellen versucht, als ob vom Gesichtspunkt des ‚orthodoxen Marxismus' eine Arbeiterpartei sich um die Bauernschaft überhaupt nicht zu kümmern brauche, und drittens eine engherzige Zunftauffassung des proletarischen Klassenkampfes. In der gegenwärtigen Periode besteht die Aufgabe der kommunistischen Parteien darin, ein für allemal mit diesem Zunftgeiste zu brechen. Die kommunistischen Parteien dürfen sich nicht als Parteien nur der äußersten proletarischen Opposition *innerhalb* der bürgerlichen Gesellschaftsordnung betrachten, wie das in der Blütezeit der II. Internationale der Fall war. Kommunistische Parteien müssen in sich die Psychologie von Parteien entwickeln, die sich bewußt sind, daß sie in einer mehr oder weniger nahen Zukunft die werktätigen Massen in den Kampf gegen die bürgerliche Ordnung zu führen, die Bourgeoisie zu stürzen und in der Verwaltung des Staates abzulösen haben. Die beschränkte Zunftpsychologie muß durch die Psychologie einer Partei ersetzt werden, die den Willen zur Macht hat und die Hegemonie des Proletariats in der Revolution verkörpert. Eine kommunistische Partei muß sich vorbereiten, die Bourgeoisie morgen schon zu schlagen und *darum* schon heute das ganze Volk erfassende Ziele aufstellen. Daher hat

sie die Aufgabe, zur Unterstützung des Proletariats alle jene Schichten der Bevölkerung heranzuziehen, die dank ihrer sozialen Lage im entscheidenden Moment der proletarischen Revolution diesen oder jenen Beistand leisten können . . ."

. . . *Als propagandistische Losung, die uns die Möglichkeit bietet, in einer arithmetischen Formel das auszudrücken, was bisher nur algebraisch ausgedrückt wurde, kann die Losung ‚Arbeiter- und Bauernregierung' eine universelle Bedeutung gewinnen.* Als Losung des aktuellen politischen Kampfes hingegen wird die Parole ‚Arbeiter- und Bauernregierung' ihre größte Wirkung in solchen Ländern haben, wie Frankreich, Deutschland, Italien, Balkan, die Tschechoslowakei, Polen, Finnland usw. Auf jeden Fall ist der Sieg der proletarischen Revolution und dessen Verankerung ohne einen Beistand seitens der Bauernschaft, welcher Art er auch sein möge, nirgends möglich. In diesem Sinne muß die Losung ‚Arbeiter- und Bauernregierung' zur Generallosung kommunistischer Parteien werden. Indem das Exekutivkomitee der Komintern die Losung ‚Arbeiter- und Bauernregierung' mit allem Nachdruck unterstützt, empfiehlt es allen kommunistischen Parteien, stets die Gefahren zu bedenken, die mit einer falschen Anwendung dieser Losung verknüpft sind. Wie überhaupt die Taktik der Einheitsfront, so bergen auch die Losungen ‚Arbeiterregierung' und ‚Arbeiter- und Bauernregierung' zweifellos schwerste Gefahren in sich in jenen Fällen, in denen unsere Parteien sie nicht im revolutionär-marxistischen Geiste durchführen. Die mit der Losung ‚Arbeiter- und Bauernregierung' verbundenen, unmittelbar in die Augen springenden Gefahren sind vor allem folgende:

1. In den Parteien, die noch keine genügende marxistische Schulung durchgemacht haben, entsteht die Gefahr, diese Losung im Geiste der russischen SR zu interpretieren, d. h. im Geiste eines kleinbürgerlichen ‚Sozialismus', der die ganze Bauernschaft als eine kompakte Masse betrachtet und sich der Tatsache verschließt, daß es innerhalb der Bauernschaft verschiedene Schichten gibt.

2. Die zweite Gefahr besteht darin, daß in politischer Hinsicht noch nicht ganz feste Kommunisten den Versuch machen könnten, die revolutionäre Massenarbeit unter den breiten Schichten der werktätigen Bauernschaft durch prinzipienlose parlamentarische Kombinationen mit sogenannten parlamentarischen Vertretern der Bauernschaft und Führern sogenannter Bauernparteien, die häufig die reaktionärsten Elemente der Bourgeoisie darstellen, zu ersetzen.

Obgleich sich die kommunistischen Parteien dieser und ähnlicher Gefahren, die mit der Anwendung der Losung ‚Arbeiter- und Bauernregierung' verbunden sind, klar bewußt bleiben, vermögen sie sich der Erkenntnis der Vorzüge einer beweglichen Taktik und ent-

sprechenden Strategie der Vorhut des Proletariats nicht zu verschließen. Sie müssen lernen, die Taktik des Eindringens in die breitesten Schichten der Werktätigen mit einer zähen, unerbittlichen und folgerichtigen Verteidigung der Prinzipien des revolutionären Marxismus zu verbinden.

Es versteht sich von selbst, daß das Eindringen in die Bauernmassen wie auch die Losung ‚Arbeiter- und Bauernregierung' keineswegs die Verwandlung unserer Partei aus einer Arbeiterpartei in eine ‚Partei der Arbeit' oder ‚Arbeiter- und Bauernpartei' zur Folge haben darf. Unsere Partei hat, was ihre soziale Zusammensetzung und ihre Ziele betrifft, eine Partei der Arbeiterklasse zu bleiben, doch einer Arbeiterklasse, die alle Schichten des werktätigen Volkes mit sich reißt und sie in den Kampf gegen die Kapitalisten führt."

Der Fehler der Genossin Zetkin

Ich glaube wirklich, daß diese Zitate genügen, um zu sehen, daß manche unsichere Kommunisten, wie wir auch erwartet haben, das nicht verstehen würden. Die Sache ist so gekommen, daß infolge gewisser Umstände sogar die Genossin Zetkin, die doch gewiß zu den sichersten Vorkämpfern der Kommunistischen Internationale gehört, die Sache nicht versteht. Gestatten Sie mir noch ein Zitat anzuführen, und zwar aus der gestrigen Rede der Genossin Zetkin. Sie sagte:

„Zur Frage der Arbeiter- und Bauernregierung. Hier muß ich gestehen, daß ich die Erklärung des Genossen Sinowjew durchaus nicht akzeptieren kann, Arbeiter- und Bauernregierung sei nur ein Pseudonym, ein Synonym oder noch ein anderes „nym" für Diktatur des Proletariats.

Für Rußland ist es vielleicht richtig, aber für Länder mit höherer kapitalistischer Entwicklung trifft das nicht zu. Da ist Arbeiter- und Bauernregierung der Ausdruck einer bestimmten konkreten geschichtlichen Situation, nämlich des Zustandes, daß Perioden sein können, wo die Bourgeoisie die Macht nicht mehr zu halten vermag, und das Proletariat noch nicht einig genug ist, um die ganze Macht auszuüben. Die Arbeiter- und Bauernregierung kommt als ein Ausdruck der Tatsache, daß die Auffassung breiter Massen bis zu der Erkenntnis geklärt worden ist, sie müßten die Macht der Bourgeoisie zu Boden ringen und ihr ihre eigene Macht entgegenstellen."

Ich glaube, Genossen, für diesen Satz wird sich wahrscheinlich selbst der Genosse Radek bei der Genossin Zetkin bedanken. Das ist ein wenig zuviel, sogar in der Lage, in der sich die Rechte befindet. Was heißt das: Für Rußland ist das vielleicht richtig, für die fortgeschrittenen westeuropäischen Länder trifft das nicht zu?

Genossen, das ist nichts anderes als eine gewisse Wiederbelebung der levitischen Auffassungen. Levi hatte doch eine ganz konsequente Theorie aufgestellt. Er sagte: Die russische Revolution in allen Ehren, den Zarismus hat sie besiegt, aber die russische Revolution ist eine Bauernrevolution in einem rückständigen Lande. Wir in den westeuropäischen Ländern müssen eine grundsätzlich andere Taktik einschlagen. Ohne die sozialdemokratischen Arbeiter können wir nichts machen. Wir müssen an die sozialdemokratischen Arbeiter heran.

Daher die Theorie des Bündnisses mit allen Arbeiterparteien.

Ich will natürlich nicht behaupten, daß Genossin Zetkin levitisch ist, aber in ihren Worten kommt ein Stück Renaissance alter Anschauungen zum Ausdruck. Wenn Genossin Klara sagen will, daß in Europa bis zu dem Siege der proletarischen Revolution „Arbeiterregierungen" vom Schlage Macdonalds oder Scheidemanns unvermeidlich sind, so ist das richtig. Aber was will es besagen. Ist es denn die „Arbeiterregierung", die wir in unserer Parole fordern? Diese „Arbeiterregierungen" sind bloß *abgeleitet* vom Kampfe der Arbeiterklasse um die proletarische Revolution. Objektiv gesehen ist auch die „Arbeiterregierung Macdonalds ein historischer Fortschritt im Vergleich mit dem Feudalismus, die bürgerliche Demokratie, der Kapitalismus ist ein historischer Fortschritt im Vergleich mit der erzreaktionären Monarchie. Wir aber streben etwas ganz anderes an, eine *wahre* Arbeiterregierung. Durch eine Koalition „aller Arbeiterparteien" ist sie nicht zu erreichen.

Gewiß, einiges muß man in hochentwickelten kapitalistischen Ländern anders machen als in Rußland. Die Agitationsformen darf man nicht mechanisch auf andere Länder übertragen. Ich werde noch darüber sprechen. Aber in der Kardinalfrage, der Diktatur des Proletariats, in der Parole der Arbeiter- und Bauernregierung als „Pseudonym", als Weg, als Zutrittsmittel, als Umschreibung der Diktatur des Proletariats — was ist da anders für Deutschland als für Rußland, oder gar für Amerika anders als für Deutschland?

In Deutschland gibt es Arbeiter so gut wie in Rußland; Bauern gibt es in Deutschland so gut wie in Rußland. Darum, um diese Zutrittsform zu gewinnen, um eine Massenpartei zu werden, um den revolutionären Strom wirklich zu beeinflussen, sagen wir: „Arbeiter- und Bauernregierung".

Es gab bei uns in Rußland eine Zeit, wo die Menschewiki und Sozialrevolutionäre in der Mehrheit in den Sowjets waren und wir die Kampflosung „Alle Macht den Räten" ausgaben. Damals war diese Formel der beste Magnet. Es wird in Deutschland sicherlich auch der Moment einmal kommen, wo diese Parole aufgestellt werden wird. Es ist jedoch möglich, daß irgendeine andere Formel aufgestellt werden

wird. In dieser Übergangsperiode scheint uns die Formel „Arbeiter- und Bauernregierung" die plausibelste zu sein. Den sozialdemokratischen Arbeitern sagen wir: Wir sind sogar bereit, in einer solche Regierung einzutreten, die nur die elementarste Bedingung annimmt: Entwaffung der Bourgeoisie, Bewaffnung des Proletariats. Das müssen alle kämpfenden Arbeiter begreifen, denn sonst wird man sie niederknallen, niederkartätschen. Also darin besteht die Kunst des Herantretens an die Massen; die müssen wir beherrschen, wenn wir siegen wollen.

Die Frage des Genossen Radek

Radek und zum Teil auch Kreibich versuchen jetzt, die Beschlüsse des 4. Kongresses umzudeuten, als ob wir eine neue Taktik für die westeuropäischen Länder im Gegensatz zu der russischen Revolution schaffen wollten. Radek fragte es und glaubte, daß diese Frage für uns eine sehr prekäre sei: „Also schön, Sie werden niemals mit Sozialdemokraten in einer Regierung sein? Mag Sinowjew diese Frage beantworten!" Radek meinte, das sei eine so kitzlige Frage, die man gar nicht beantworten kann. Ich glaube, wir befinden uns doch nicht in der Rolle desjenigen, der den Pelz verteilt, bevor er den Bären erlegt hat. Im großen und ganzen stehen wir ja in der Periode des Kampfes um die Macht. Deshalb sind diese Fragen durchaus am Platz. Ich glaube nicht, daß das das Wichtigste sei, ob einmal ein Sozialdemokrat mit uns in der Regierung sitzen würde, sondern es werden hier zwei Systeme der Politik gegenübergestellt. Ich werde mir erlauben, auch hier an die Erfahrungen der russischen Revolution anzuknüpfen, und zwar nicht nur deshalb, weil *wir* die russische Revolution lieben — wir *alle* lieben sie —, sondern weil sie die größte Quelle der Erfahrungen ist. Wenn die deutsche Revolution gesiegt haben wird, wird sie unzweifelhaft noch viel größere Lehren geben, aber bisher ist die russische Revolution die größte.

Es gab, wie Bucharin uns bereits erinnert hat, bei uns eine Regierung, an der auch linke Sozialrevolutionäre teilnahmen, die damals Teile der Arbeiter und Bauern vertraten. Nun, Genossen, kann ein solcher Fall vorkommen, daß z. B. in Deutschland eine kommunistische Regierung einen Bruchteil von Sozialdemokraten enthält? Ich glaube ja. Was waren die linken SR? Sie waren ein Bruchteil der Partei der SR, ein Bruchteil, der sich vom Grundkern dieser Partei losgerissen hatte, und der unter dem Druck der revolutionären Ereignisse in einem gewissen Moment uns unterstützte.

Nebenbei bemerkt, sie haben sich damals äußerlich „linker" gebärdet als die Kommunisten selber, und hatten einen Einfluß auf einen Teil der Arbeiterschaft und der Bauernschaft. Wir haben sie ins

Schlepptau genommen, ausgenutzt, und dann ging der beste Teil von ihnen zu uns über, hat von der Revolution gelernt. Die andern sind, wie es wildgewordenen Kleinbürgern geziemt, dann ins Lager der Konterrevolution gelangt.

Die Erfahrung der Vergangenheit

Im vorigen Jahre während der Oktobertage in Deutschland sagte man mir, daß es bei den Sozialdemokraten Kerle gebe, die evtl. mit uns mitgehen würden. Ich glaube, man nannte den Namen Aufhäuser (Widerspruch bei der deutschen Delegation). Ich kenne ihn nicht, es ist anzunehmen, daß die Nennung dieses Mannes nicht ganz am Platze ist. Aber man sagte mir, er sei so ein Kerl, der vielleicht im entscheidenden Moment sich doch von der Sozialdemokratie absondern und mit uns kämpfen würde. Namen sind hierbei Nebensache. Ich gebrauche nur ein Beispiel. Wie gesagt, ich kenne weder Aufhäuser noch seine Tante. Aber ich weiß mit Gewißheit, daß im entscheidenden Moment ein gewisser Teil der sozialdemokratischen Arbeiter mit uns zusammen kämpfen wird, daß im gegebenen Moment wahrscheinlich Führer auftauchen werden, die die Stimmung jenes Teiles der sozialdemokratischen Arbeiter widerspiegeln werden. Es entsteht die Frage: Müssen wir diesen Teil, der sich von der zerfallenden Sozialdemokratie abgesondert hat und einen Teil der kämpfenden Arbeiter verkörpert, in die Regierung hineinziehen? Gewiß, niemand wird dagegen sein. Dies war schon der Fall.

Das, Genossen, ist *ein* System der Politik. Ein anderes System ist das folgende. Auch hierbei haben wir Erfahrungen in der Geschichte der russischen Revolution. Als die Kerenskiregierung schon zu Ende war, ungefähr im September 1917, als die Menschewiki sahen, daß ihr Lied zu Ende war, kamen sie mit der Losung: „Einheitliche, homogene, sozialistische Regierung". Und was ist das? In Wirklichkeit meinten sie eine Regierung der Menschewiki, der SR, der sogenannten „Trudowiki" und anderer bürgerlich-demokratischer Intellektuellen- und Bauerngruppen mit einem Zusatz von Bolschewiki. Eine solche Regierung wäre absolut nicht „homogen". Es wären dabei Kommunisten gewesen, die die Revolution wollten, dann Menschewiki, die gegen die Revolution waren. Aber die Menschewiki und die SR haben diesen Mischmasch unter der Parole „homogene, einheitliche, sozialistische Regierung" verteidigt. Gerade das, was alles andere als homogen, einheitlich, sozialistisch war, nannten sie „homogen, einheitlich, sozialistisch".

Was hat sie dazu bewogen? Ich glaube, Genossen, hier wäre am Platze, zu sagen, daß auch unsere Feinde in diesem Moment eine Zutrittsformel zu den Massen, ein *Pseudonym* für ihre Politik suchten.

Für die Menschewiki war diese Parole „einheitliche, homogene, sozialistische Regierung" ein Pseudonym für demokratische, bürgerliche Politik. Warum hatten sie gerade diese Parole gewählt? Darum, weil sie sehr große Popularität genoß, darum, weil alle Welt fast den Sozialismus wollte.

Ich habe Ihnen ein historisches Beispiel angeführt. Wir leben jetzt in einer Zeit, wo wir ein „Pseudonym" suchen, um die sozialdemokratischen Arbeiter und einen Teil der parteilosen Arbeiter zu gewinnen. Es gab eine Zeit, wo die Menschewiki in der Revolution ebenfalls ein Pseudonym suchten und es in dieser wohlklingenden Formel fanden. Der einfache Arbeiter mußte sich ja sagen: „Warum denn nicht? Homogen, einheitlich, sozialistisch — das ist doch glänzend! Warum sollen wir nicht alle dafür stimmen?"

Ich erinnere mich, wie viele Arbeiter der Petrograder Putilowwerke, des wichtigsten Bollwerks des Bolschewismus, damals zu uns eine Deputation aus bolschewistischen und parteilosen Arbeitern geschickt und erklärt hatten: „Gewiß, Genossen, eine Koalitionsregierung mit den Bürgerlichen ist unzulässig; gegen eine solche Regierung würden wir kämpfen bis zum letzten Blutstropfen. Aber eine homogene, einheitliche, sozialistische Regierung — warum denn nicht?" Und wir mußten ihnen damals auseinandersetzen, daß eben das ein Pseudonym war für bürgerliche Demokratie.

Sie sehen also, Genossen, die Sache ist nicht so einfach.

Können die Sozialdemokraten mit uns in einer Regierung sitzen?

Es gibt zwei Systeme der Politik. Wenn Radek mich fragt: „Also niemals darf ein Sozialdemokrat in der Regierung mit uns sitzen?", so antworte ich: *„Bei uns, in unserer Regierung,* saßen die linken SR, als Bruchteil des gestrandeten Schiffes der Partei der SR. Ein Bruchteil der Sozialdemokratie, die Schiffbruch erlitten haben wird, ein Bruchteil der revolutionären Arbeiter *kann* auch in unserer Regierung sitzen. Aber das, was Sie, Genosse Radek, wollen, ist eben eine andere Sorte Politik, die uns an diese Parole ‚einheitliche Regierung' oder die ‚Koalition aller Arbeiterparteien' erinnert."

Gewiß, ich weiß wohl, daß die Menschewiki die Massen prellen wollten, und der Genosse Radek der Masse dienen will, ebenso wie wir alle. Aber es handelt sich nicht um subjektive Absichten, sondern um bestimmte objektive Auffassungen.

Warum, Genosse Radek, fragen Sie so echt journalistisch-sensationell: „Also darf kein Sozialdemokrat in der kommunistischen Regierung sitzen?"

Sie schießen recht oft daneben! Gewiß, ein Sozialdemokrat *kann* bei uns in der Regierung sein. Warum denn nicht? Aber Genosse Radek hat hierbei das zitiert, was ich von den Christlich-Sozialen gesagt habe. Ja, ich habe auch die Ansicht vertreten, man müßte der Arbeiterklasse sagen: Wir sind bereit, mit allen Arbeitern, sogar mit den Christlich-Sozialen, zusammenzugehen, aber nur unter einer „kleinen" Bedingung: Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung der Arbeiterklasse usw.

Radek meinte, er hätte mich damit getroffen, als er meine Worte zitierte, ich würde mit den Christlich-Sozialen paktieren. Hier ist das französische Sprichwort am Platze: Qui prouve trop, ne prouve rien (Wer zuviel beweist, beweist nichts). Daß ich mit Christlich-Sozialen unter den gegebenen Bedingungen zusammengehen will, ist nichts anderes als eine Methode des Zutritts *zu den Massen,* eine Agitationsparole, und nicht ein System der Koalition mit den sogenannten Arbeiterparteien. Damit hat Radek bewiesen, daß seinen Ansichten gerade das zugrunde liegt, was für die KI am gefährlichsten und schädlichsten ist.

Soviel, Genossen, zu der Frage der Arbeiter- und Bauernregierung und der angeblichen Revision unserer Taktik.

Radeks Niederlagestimmungen

Radek sagte, es sei unrichtig, wenn ich die Sache so hinstelle, als ob wir zuerst nur Propagandagesellschaften gewesen wären und jetzt zu Massenparteien würden. Es verlohnt sich, auch diese Frage zu beleuchten. Ich spreche nicht vom Standpunkt des Historikers. Nein, diese Frage ist von großer aktueller Bedeutung für uns und für unsere Taktik. Radek sagte: Wir waren nicht Propagandagesellschaften. Stand denn der Spartakusbund nicht in großen Kämpfen? War denn nicht die Rätediktatur in Bayern, in Ungarn da? Radek befindet sich jetzt in einer Stimmung, die wir als Niederlagestimmung bezeichnen können. Alles ist ihm recht, was ihm beweist, daß wir rückwärtsgehen.

Die Anhänger Brandlers schieben der jetzigen linken Zentrale der KPD die Schuld dafür zu, daß die Sozialdemokraten bei den letzten Wahlen immer noch 6 Millionen Stimmen bekommen haben. Schon ganze sechs Wochen lang ist die Linke in der Partei am Ruder, und die Sozialdemokratie ist noch immer nicht besiegt! Aber gestatten Sie, wir haben doch auch Brandler nicht vorgeworfen, daß er nicht gesiegt hat. Nein, wir wissen, daß man im Kampfe mitunter eine Niederlage erleiden muß. Wir werfen ihm etwas anderes vor. Wir sagen nicht: „Warum hast du nicht gesiegt?", sondern: „Warum hast du nicht gekämpft, warum hast du nicht alles getan, um zu kämpfen?"

Ich glaube, man solle endlich mit den Lamentationen aufhören, daß bei den und den Wahlen die Sozialdemokraten noch die Mehrheit bekommen haben. Summa summarum stellen Sie ja nur die eine Frage: Warum habt ihr noch nicht die Macht ergriffen? Warum hat die linke Zentrale noch nicht die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie besiegt? Warten Sie, das kommt noch. Radek trägt mit dem Fleiß einer Biene alles zusammen, um das düstere Bild zu erhalten, das er braucht. In Frankreich steht es schlecht, in Deutschland haben wir noch nicht gesiegt. Man darf natürlich die schwachen Seiten nicht übersehen Aber so wie Radek sie sieht, ist es die Ideologie eines Niederlagetheoretikers. Früher sollen wir mächtige Parteien gewesen sein, wir hatten die Macht in Ungarn und in Bayern —, und wo sind wir jetzt? Wahr ist, daß bei der Kriegsbeendigung die elementare Stimmung der Massen sehr revolutionär war, so daß wir von Stunde zu Stunde erwarteten, der Kapitalismus würde zusammenbrechen. Aber weder in Deutschland, noch in Ungarn und in Bayern gab es eine wirkliche kommunistische Partei. Daher die Niederlagen, Genosse Radek. Das sieht Radek nicht ein. Das scheint ein Widerspruch zu sein: die elementare Erregung der Massen war groß, die Parteien waren noch sehr klein, waren Propagandagesellschaften.

Italien ist in dieser Hinsicht ein klassisches Beispiel: Ein Meer des Unwillens, des Hasses gegen den Krieg, und zu gleicher Zeit das absolute Fehlen einer den Verhältnissen entsprechenden Partei. Ja wir hatten in Italien eine Sozialistische Partei von 200 000 Mitgliedern. Die damalige Sozialistische Partei gehörte zur III. Internationale. Aber trotzdem die Massenbewegung so riesig war, war der Kommunismus ein Propagandazirkel, ein kleiner Kreis von Propagandisten, eine kleine Fraktion in der großen Sozialistischen Partei.

Bevor ich dem Genossen Radek Adieu sage, möchte ich noch eines erwähnen. Radek hat erklärt: „Wenn wir so schlimm sind, wenn wir Reformisten sind, so schließt uns doch aus."

Hätte das jemand anders gesagt, so würden wir es tragisch nehmen, aber Radek spricht manchmal etwas, bevor er denkt, ebenso wie er manchmal schreibt, bevor er denkt. Wir haben nicht gesagt, daß er und seine Gesinnungsgenossen Reformisten seien, aber er und sie haben gewisse reformistische kleinbürgerliche „Abweichungen", die die KPR und die Internationale korrigieren müssen. Wir hoffen, daß Radek sich bessern wird.

Auf dem Kongreß haben sich zweifellos gewisse reformistische Abirrungen gezeigt, obwohl nicht alle Genossen so offen gesprochen haben wie die Genossen der deutschen Rechten. Die Vertreter der deutschen Rechten haben hier sehr viel gesprochen. Ihre Redezeit war

ihrem Einfluß in der Arbeiterbewegung umgekehrt proportional. Aber es gibt auf dem rechten Flügel der KI gewisse Genossen, die es mit dem Sprichwort halten: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold! Sie scheinen zu denken: Wir können erst ein bißchen abwarten, es herrscht hier eine zu revolutionäre Stimmung.

Der rechte Flügel faßte die Parole „Arbeiter- und Bauernregierung" als „Koalition aller Arbeiterparteien" auf. Genossen, ihr seid hier zu weit gegangen, ihr müßt haltmachen. Ich hoffe, daß die Resolution der KI auch für die rechten Genossen entscheidend sein wird.

Die tschechischen Genossen und ihre Diplomatie

Jetzt zu den *tschechischen* Genossen. Sie haben zwei Deklarationen vorgelesen, beide schriftlich niedergelegt, vorsichtig formuliert. Die eine vom Genossen Smeral, die andere vom Genossen Kreibich. Genosse Smeral erklärt, die Delegation sei eigentlich mit unsern politischen Ausführungen über die Arbeiterregierung einverstanden. Kreibich erklärt das Gegenteil: Aber in der Resolution des 4. Kongresses steht doch die Koalition aller Arbeiterparteien usw.

Ich hätte es vorgezogen, daß Smeral offen auftritt und ausspricht, was ist. Wir haben jetzt den Vorzug, daß wir nicht auf dem 1. Kongreß sind, wir kennen einander persönlich schon recht gut. Das ist ein großes Plus. Ich muß sagen, der hauptverantwortliche politische Führer der KPTsch ist Genosse Smeral wegen des überwältigenden Einflusses, den er in der Bewegung genießt.

Smeral drückt sich sehr vorsichtig aus. Smeral liebte so zu handeln: Mögen die andern Tschechen die KI scharf angreifen, ich aber trete auf und rette die Situation; ich erkläre mich mit der Exekutive einverstanden usw.

Die politische Verantwortung für die opportunistischen Abweichungen in der KPTsch ruht aber, wie gesagt, in erster Linie auf Smeral, weil er der politische Führer der Partei ist. Deshalb müssen wir uns mit Smeral in diesen Fragen ganz offen aussprechen. Die guten Seiten des Genossen Smeral sind allgemein bekannt. In der Periode, wo es sich darum handelt, die Mehrheit des Proletariats zu gewinnen, der Sozialdemokratie die Massen abzugewinnen, ist Smeral uns absolut unersetzlich. Er kennt das Land, er kennt seine Arbeiter usw. An der Formulierung über die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats, wie sie auf dem 3. und 4. Weltkongreß angenommen wurde, ist nicht zu rütteln. Höchstens wäre hinzuzufügen, daß wir die Mehrheit brauchen nicht um der Mehrheit willen, sondern zum revolutionären Kampfe. Daran zu erinnern, ist jetzt in der Tschechoslowakei besonders am Platze. Wir wollen keinesfalls eine Krise in der KPTsch herauf-

beschwören, wir kennen ihre starken Seiten. Es ist eine gute, ihrer Zusammensetzung nach proletarische Partei. Wir wissen, daß ihr Menschenmaterial vortrefflich ist, daß die Arbeiter in ihr gut kämpfen werden. Die Partei hat auch manche große Verdienste. So hat sie es vorzüglich verstanden, der Sozialdemokratie die Mehrheit abzujagen. Aber es ist hier nicht der Ort, um einander mit diplomatischen Liebenswürdigkeiten abzuspeisen. Manches muß in der KPTsch gebessert werden. Ich unterschreibe das, was Genossin Ruth Fischer über die Deklaration des Genossen Smeral gesagt hat. Wer braucht hier auf dem Kongreß solche diplomatische Deklarationen? Wir sind doch hier kein bürgerliches Parlament, hier muß doch ein offenes, vielleicht auch ein hartes Wort gesprochen werden, sei es auch gegen die Exekutive. Das tut nichts. Man kann nicht nur mit papiernen Deklarationen kommen. Meine Meinung ist die, daß die tschechische Partei ohne tiefe Erschütterungen und Krisen das bessern muß, was zu bessern ist. Sie kann das, wenn die führenden Genossen der Partei es wollen. Die Minorität der tschechoslowakischen Delegation, die auf dem Kongreß gegen den Opportunismus Smerals und Kreibichs aufgetreten ist, kann auf unsere volle Unterstützung rechnen. Mag Smeral selbst sich beeilen, seine Linie zu verbessern, dann wird es keines inneren Kampfes bedürfen.

Genosse Bucharin hat gegen einen Artikel des Genossen Kreibich polemisiert, Genosse Kreibich glaubt, man urteile in der KI nur auf Grund von Leitsätzen, Artikeln und Zitaten; er hätte das früher, als er noch Linker war, selbst so getan. Ich sage: Warum sollen wir nicht auf Grund von Artikeln, Zitaten und Resolutionen urteilen? Aber die Leitsätze, Zitate und Artikel sind doch dazu da, um auf Grund ihrer — gewiß nicht ihrer allein — zu urteilen. Ich glaube darum, daß Genosse Kreibich guttun würde, sich auf seine rechten Fehler nicht zu versteifen, ebenso wie er sich früher nicht auf seine linken Fehler versteift hat. In seiner „linken" Blütezeit war er zu weit nach links gegangen. Er muß jetzt des „Gleichgewichts" halber dasselbe tun nach der andern Seite hin. Damals war in dieser Beziehung Lenin sein Beichtvater, der ihn damals tüchtig verprügelt hat. Ich habe viele Genossen sagen hören: Ja, Lenin hat mich manchmal geprügelt, aber das war fast ein Vergnügen, bei dem es sich lohnte, Haue zu kriegen. Ich schließe mich ganz dieser Meinung an. Ja, es war ein Vergnügen, von dem Meister selbst Prügel entgegenzunehmen. Was ist aber ohne Lenin zu tun? Jetzt muß die Exekutive kollektiv den Genossen Lenin ersetzen. Sie ist gern bereit, den Genossen Kreibich kollektiv zu züchtigen (Beifall) und dem Genossen Kreibich die kollektive Bitte zu übermitteln, daß er sich nicht auf seine rechten Fehler so versteift, ebenso wie er früher auf seinen „linken" Fehlern nicht beharrt hatte.

Genosse Kreibich sagt ferner: Lenin hat seinerzeit nicht zugelassen, daß Smeral in der Resolution des Kongresses Zentrist genannt wurde. Dieses Wort hat er gestrichen. Richtig. Aber in welcher Resolution nennen wir jetzt Smeral einen Zentristen? Wir tun es eben nicht. Es handelt sich nicht darum, in der Tschechoslowakei eine Parteikrise herbeizuführen. Wir lieben die tschechische Partei als eine kerngesunde proletarische Partei, aber wir übersehen auch nicht die Schwächen ihrer Führer und bitten, daß sie mit diesen parlamentarischen Deklarationen aufhören und bessern, was zu bessern ist.

Der Irrtum des Genossen Höglund

Ich möchte noch ein paar Worte über den Genossen Höglund sagen. Jedesmal, wenn ich mit ihm spreche oder ihn von der Tribüne herab sprechen höre, habe ich das Gefühl: Welch ein kluger Kerl, wie große Dienste könnte er nicht nur einem so kleinen Lande wie Schweden, sondern auch der gesamten KI leisten, wenn er seine Fehler aufgäbe! Wozu braucht er mit seinen glänzenden Eigenschaften eine ungerechte Sache zu verteidigen, die vom Standpunkt des Kommunismus doch absolut hoffnungslos ist!

Wie er früher Lian, Tranmael und die andern verteidigt hat, so fängt er jetzt mit ganz guten kommunistischen Elementen in seiner eigenen Partei wegen Prestigefragen Streitigkeiten an, die eine Folge seiner eigenen opportunistischen Fehler sind. Er will die von ihm einmal begangenen Fehler nicht eingestehen.

Wir alle haben schon große Fehler begangen. Es ist schlimm, wenn wir nicht den Mut aufbringen, diese Fehler einzugestehen. Die Rede des Genossen Höglund war sehr geschickt, enthielt eine Anzahl von guten Formeln, aber es fehlte die warme Seele, die wir am meisten brauchen, die Erkenntnis der Fehler dort, wo sie gemacht worden sind.

Die Fehler des Genossen Bordiga

Die Frage der Fraktionen

Nun, pour la bonne bouche muß ich noch eine Aussprache mit unserm Genossen Bordiga haben, der so heiß erwartet wurde und etwas zu spät gekommen ist, sozusagen als Dessert der ganzen Diskussion. Tatsächlich, seine Rede war in mancher Beziehung ein Leckerbissen. Ich bin zu allen möglichen Konzessionen ihm gegenüber bereit, weil wir Genossen Bordiga als guten Revolutionär kennen, der der italienischen Partei und der gesamten Internationale noch die größten Dienste leisten wird. Dort, wo es sich um Formalitäten handelt und

nicht um prinzipielle Differenzen — von persönlichen gar nicht zu reden —, sind wir bereit, Bordiga jegliche Zugeständnisse zu machen.

In einem Teile seiner Rede war Genosse Bordiga, was ihm nicht ähnlich sieht, *diplomatisch*. Ich glaube, er war gestern zum ersten Male in seinem Leben Diplomat, zum ersten und, wir wollen hoffen, auch zum letzten Male. Zum Beispiel die Frage der Fraktionen. Ich habe Sie an sein Wort erinnert, daß es notwendig wäre, in der Internationale eine linke Fraktion zu organisieren. Genosse Bordiga erwiderte mir, er hätte das nicht gesagt, er hätte nur gesagt, wenn die Internationale nach rechts marschieren und etwa reformistisch werden sollte, würde er eine Fraktion bilden. Ich gebe dem Genossen Bordiga öffentlich mein Wort, wenn unsere Internationale je eine rechte, reformistische Internationale wird, werde ich mit ihm zusammen eine solche linke Fraktion bilden. (Beifall.)

Genosse Bordiga fragt: Wer gibt die Garantie, daß die KI keine reformistische Internationale wird? Die Frage selbst ist unsinnig. Wo liegt der Anlaß für eine derartige Frage? Der Genosse Bordiga weiß wohl, wir hatten in der II. Internationale eine linke Fraktion gebildet, wir führten den Kampf in Zimmerwald; also wenn uns ein solches Unglück passieren sollte, dann kann er ruhig sein. Aber ich glaube, das wird nicht passieren. Ich stelle mit Vergnügen fest, daß Genosse Bordiga die zitierten Worte nicht geäußert haben will. Nun gab mir aber heute jemand einen Artikel des Genossen Bordiga vom 8. Mai, wo es heißt:

„Die Frage der Fraktionen wird sich nicht anders lösen als durch die Annäherung an jene organisatorischen Normen, von denen wir gesprochen haben (individueller Eintritt, kein noyautage, Fusion etc.). Wenn wir aber davon abrücken sollten, dann würde das Bestehen einer internationalen linksoppositionellen Fraktion notwendig werden."

Also nicht, wenn wir Opportunisten und Reformisten werden, sondern wenn wir den Standpunkt Bordigas in kleinen speziellen Punkten nicht teilen: daß man z. B. sich niemals mit andern Parteien vereinigen und niemals Zellen in andern Parteien bilden soll, dann wird er eine Fraktion bilden. Das genügt ihm.

In dieser Frage sind wir bereit, genau so unsern Mann zu stehen, wie es Genosse Bordiga tut. Stände die Frage so: hie Kommunismus — hie Menschewismus, dann wären wir für eine Rebellion in jeder beliebigen Organisation. Aber wenn es sich um solche Dinge handelt, wo Bordiga mit Fraktionsbildung droht wegen Differenzen untergeordneter organisatorischer Natur, so frage ich: Welcher ist der richtige Bordiga? Der vom 8. Mai dieses Jahres oder der vom 25. Juni, den wir in diesem Saal gehört haben? (Beifall.)

Drei Streitpunkte

Ich komme also zu den drei Fragen, die für den Genossen Bordiga die wichtigsten zu sein scheinen. Er sei erstens prinzipiell gegen die Möglichkeit einer *Vereinigung* einer kommunistischen Partei mit irgendeiner andern Partei. Er sei zweitens gegen die Möglichkeit der *Bildung von Zellen* in andern Parteien, und drittens sei er dagegen, daß man *sympathisierende Parteien* in die KI aufnehme.

Nun wollen wir in allem Ernst diese drei Punkte untersuchen. Was kann man gegen die Fusion einer kommunistischen Partei mit einer andern Partei oder dem Teil einer Partei anführen, die früher nicht kommunistisch war und es nachher geworden ist? Ich will daran erinnern, daß die Vereinigung des Spartakusbundes mit der linken USP nach Halle die Form einer Fusion hatte. War sie für die Internationale und die deutsche Partei gut? Sie war gut. Freilich, sie bedingte viele Krisen, aber sie führte auch zu der Bildung einer mächtigen kommunistischen Massenpartei. Die deutsche Sozialdemokratie hat ihr Monopol als einzige Arbeiterpartei eigentlich schon in Halle verloren.

Nehmen Sie jetzt ein so kleines Land wie *Belgien*. Wir hatten dort eine kleine kommunistische Partei, die sich mit dem linken Flügel der früheren sozialdemokratischen Partei zu einer kommunistischen Partei vereinigt hat. War es richtig? Ich glaube, daß es richtig war.

Warum ist das alles so gekommen? Genosse Bordiga urteilt abstrakt. Wir dürfen nie vergessen, daß wir teilweise aus dem Schoß der II. Internationale geboren sind. Die II. Internationale ist 30 Jahre vor uns geboren, und dadurch erklärt sich, daß wir dem Schoß der II. Internationale entstammen. Die kommunistischen Parteien formieren sich aus der neu heranwachsenden Jugend und dem besten Teil, der dem Schoß der II. Internationale erwachsen ist. Das geschieht nicht darum, weil wir Eklektiker sind, wie es der „konsequente" Bordiga glaubt. Warum sollen wir gegen das sein, was wir in Halle und in Belgien durchgemacht haben und was morgen auch in Italien eintreten wird, wo ein Teil der früheren sozialistischen Partei sich uns anschließen wird? Ich glaube, in diesem ersten Punkte hat Genosse Bordiga absolut unrecht.

Der zweite Punkt: Man soll niemals Zellen in andern Parteien bilden. Warum nicht? frage ich. Nehmen Sie das klassische Beispiel der englischen *Labour Party*. Wir haben beschlossen, daß die englischen Kommunisten in die Labour Party eintreten müssen. Sie haben das getan, und zwar nicht ohne Erfolg. Niemand wird jetzt verlangen, daß sie aus der Labour Party austreten. Genosse Bordiga, ist das richtig? Es ist dort eine eigenartige Lage. In England besteht eine große Partei der II. Internationale, während ihre Massen für unsere Agitation empfänglich sind. Die Labour Party ist eine eigenartige

Organisation. Wir müssen in diese Massen eindringen, um sie für den Kommunismus zu gewinnen. Was veranlaßt Genossen Bordiga, „im Prinzip" dagegen zu sein? Nur daß ihm scheint, daß in Italien zum Teil diese Taktik unrichtig angewandt worden ist. Nein, sagt er. Aber dann ist es um so weniger verständlich. Wir müssen unsere Genossen verpflichten, in der Labour Party zu bleiben, um dort Zellen zu bilden.

Der dritte Punkt: Die sympathisierenden Parteien. Ich kenne drei Fälle. Die KAPD, die amerikanische und die finnische Arbeiterpartei waren unserer Internationale als sympathisierende Parteien angeschlossen. Jetzt handelt es sich darum, daß Teile der Sozialistischen Partei Italiens als sympathisierende Partei an die KI angeschlossen werden. War es richtig, daß wir in der Internationale mit uns sympathisierende syndikalistische Elemente aufnahmen? Ja, es war richtig! Wir mußten Aufklärungsarbeit unter diesen Elementen leisten. Wir mußten auf diese Weise die ehrlichen revolutionären Elemente für uns gewinnen. Das war seinerzeit der Fall mit der KAPD. Als aber die Sache erledigt war, kamen die besten Arbeiter zu uns, die Führer zeigten, wie unrevolutionär sie waren, es kam der Bruch, und dieser Bruch war ein Beispiel dafür, daß wir richtig gehandelt hatten.

Warum versteift sich hier Genosse Bordiga? In allen drei Fragen ist er im Unrecht. Er meint, wenn wir in diesen drei Fragen nicht nachgeben, so wie er es will, würde er eine Fraktion bilden. Nun, Genossen, ich habe nicht gesagt, wie man es mir unterschieben wollte: entweder Bordiga oder die Internationale! Ich weiß, daß Genosse Bordiga ein ebenso treuer Soldat der Revolution ist wie wir alle. Ich habe gesagt: Genosse Bordiga ist unser Freund, aber die Internationale ist ein größerer Freund. Mit andern Worten, Bordiga muß das tun, was die Internationale bestimmt. „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut", so denkt Genosse Bordiga. (Beifall.) Ich verstehe nicht, wie ein Kerl wie Bordiga, den wir alle als einen sehr guten Genossen kennen, der um die italienische Bewegung Verdienste hat, sich so versteifen kann. Italien ist ein schönes, ein sonniges, ein süßes Land, es hat viele gute Arbeiter, Mussolini wird geschlagen werden; aber Italien ist dennoch ein Provinzwinkel vom Standpunkt der Weltrevolution. Sie sehen, daß alle unsere Methoden der Fusion gute Erfolge haben, wie es in Ländern wie Deutschland, England und Amerika zum Ausdruck kommt, den wichtigsten Ländern unserer Weltbewegung. Warum bestehen Sie auf Ihren Fehlern, Genosse Bordiga?

Nun, aber wichtiger ist die Frage der *Einheitsfront*. Da versuchte auch Bordiga humoristisch zu werden. Er sagte: Nun ja, wenn es sich schon um ein Wort handelt, „Arbeiterregierung", diese Konzession können wir schon machen. Wir standen immer auf dem Standpunkt, daß es sich nur um ein „Wort" handelt. Bordiga hat sich mit Radek

getroffen: es finde sozusagen eine Revision der Taktik des 4. Kongresses statt. Das kommt bei „ultralinken" Abweichungen vor: die Ultralinken treffen sich mit den Ultrarechten.

Wie stand die Sache mit der Einheitsfront? Ich bin kein Historiker. Aber ich muß doch einiges aus der Geschichte anführen. Genosse Bordiga sprach von der Erweiterten Sitzung der Exekutive im Februar 1922. Ich glaube, gerade Genosse Bordiga sollte nicht so lange bei diesem Datum verweilen. Warum? Eben darum. Wie waren damals die Rollen verteilt? Ich, der arme Sünder, der „Opportunist", der bald nach rechts, bald nach links geht, der Eklektiker usw.; Bordiga aber wie immer gegen die Rechten, stets geradlinig, steif und konsequent! Ein italienischer Genosse hat gestern im Gespräch mit mir gesagt: Eine Telegraphenstange ist ebenfalls „geradlinig" (Heiterkeit, Beifall), aber, Genossen, wir wissen alle, es gibt auch etwas Elastischeres als eine Telegraphenstange. Diese Elastizität ist eben für die Kommunistische Internationale vonnöten.

Doktrinarismus in der Auffassung der Einheitsfront

Nun, Genosse Bordiga spricht von der Erweiterten Exekutive im Februar 1922. Wie waren damals die Rollen verteilt? Ich war in der Frage der Arbeiterregierung aufgetreten und sagte: Das ist ein Synonym für die Diktatur des Proletariats. Alles andere sind sozialdemokratische Abweichungen. Und Freund Bordiga? Er war im Bunde mit dem Genossen Daniel Renoult und sogar mit dem ehemaligen Genossen Frossard gegen die Exekutive, gegen die Taktik der Einheitsfront. Wie Sie wissen, wandten sich damals die französischen rechten Kommunisten gegen die Einheitsfronttaktik und spielten sich als Linke auf. Die Delegation des italienischen ZK, das unter Leitung Bordigas stand, hatte ein politisches Bündnis mit der französischen Rechten gegen die Exekutive in der Frage der Einheitsfront geschlossen. Ich rate Ihnen, Genosse Bordiga, nicht so oft die Erweiterte Exekutivsitzung vom Februar 1922 zu zitieren, das ist das Beste, was Sie tun können. (Beifall.)

Genosse Bordiga sagt, er wäre niemals gegen die Einheitsfronttaktik gewesen. Aber wir alle in der KI wissen ja, daß die italienischen Genossen sich darauf versteiften, daß sie für die Einheitsfront nur auf *ökonomischem* Gebiet wären, aber nicht auf politischem. Ich frage: Was ist das für ein Standpunkt? Kann man ihn verteidigen? Das ist ein ganz eigentümlicher „italienischer" Doktrinarismus. Wie soll man den jetzigen Kampf gegen Mussolini verstehen: als ökonomischen oder politischen? Der Kampf um den Achtstundentag ist unzweifelhaft ein ökonomischer Kampf, aber zugleich ist er in der jetzigen Situation

ein politischer Kampf. Wir beschwören Bordiga, diesen künstlichen, unkommunistischen Unterschied zwischen politischem und ökonomischem Kampfe aufzugeben, aber er besteht darauf. In seinem Schiboleth sah er den Stolz der italienischen Kommunistischen Partei, das ist kein Prinzip, sondern ein Schiboleth.

Die Ursachen der starren Position Bordigas

Ich versuche mir oft zu erklären, woher diese starre Einstellung in Italien nach dem Typus Bordiga gekommen ist. Gewiß doch nicht aus den persönlichen Eigenschaften dieser oder jener Führer. Sie ist entsprungen aus der Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung, aus der alten sozialistischen Partei, die alles vereinigt hat: Turati, Bordiga, Serrati. Alles war da zusammen. Jetzt ist eine eigentümliche Reaktion eingetreten. Man will eine kleine, echte, hartgesottene kommunistische Partei haben, selbst ohne große Massen. Das ist begreiflich. Aber, Genossen, nach Livorno sind doch schon drei, vier Jahre vergangen. Die Dinge nehmen ihren Verlauf, die Revolution geht voran. Die italienische Bewegung belebt sich jetzt wieder, die italienische Arbeiterklasse wird bald wieder eine große Rolle spielen, wird in die Bewegung mit sehr großen neuen Erfahrungen eintreten. Sie wird nicht die italienische Bewegung der Jahre 1919 und 1920 sein. In dieser Situation ist es höchste Zeit, diesem Schiboleth ein Ende zu machen und mit der KI zu marschieren, dort, wo sie recht hat. Es handelt sich keinesfalls um eine „Revision" der alten Taktik, nicht um Unterscheidung der Einheitsfront auf ökonomischem und politischem Gebiete, sondern um die Gewinnung der Arbeitermassen, sowohl durch ökonomischen als auch politischen Kampf, und um Heranziehung der Massen auf den Weg, den die KI geht. In England sind die Mittel andere als in Amerika, in Italien wieder andere. Hier sind starre „Prinzipien" nicht angebracht. Aber Bordiga beharrt auf ihnen.

Das ist das, was ich ihm sagen wollte. Ich bin tief davon überzeugt, daß es auch die Meinung des größten Teiles des Kongresses ist, der wirklichen Linken der Kommunistischen Internationale, und daß alles getan werden wird, um sich mit Bordiga zu verständigen. Aber auch er muß verstehen, daß er unrecht hat. Bordiga sprach gestern über die Frage der Gewinnung der Mehrheit nicht. Es scheint, daß diese Frage jetzt für alle klar ist. Wenn er jetzt sagen wollte, daß er weiter auf den Thesen des Parteitags von Rom besteht, so werden wir ihm antworten, daß wir diese Thesen wiederholt abgelehnt haben. Bordiga hat gestern darüber nicht gesprochen. Vielleicht ist das ein gutes Zeichen, daß jetzt darüber keine Streitigkeiten mehr bestehen, das heißt, daß der Beschluß des 3. Kongresses über die Gewinnung der Mehrheit in Kraft ist. Bordiga muß jetzt auch seine andern doktrinären Fehler

einsehen und wirklich mit uns in Reih und Glied marschieren. Die ganze Internationale und die Linke der Internationale werden sich freuen, wenn ein Problem Bordiga nicht mehr besteht.

Die Lage in Amerika

Nur noch zwei Worte über die Rede des Genossen Amter zur Lage in Amerika. Ich muß sagen, daß Genosse Amter mitunter der amerikanischen Bewegung Bärendienste leistet. Es ist eine schwierige Lage in Amerika. Die Exekutive hat volles Vertrauen zu der amerikanischen Zentrale, an deren Spitze Foster und Ruthenberg stehen, die beiden besten Kräfte in Amerika. Die beiden Gruppen um diese Führer müssen sich verschmelzen und gemeinsam arbeiten ohne fraktionelle Reibungen. Wir wissen, die Lage ist ernst, aber die Linie ist gegeben, sie wird ehrlich und revolutionär durchgeführt werden.

Man muß den amerikanischen ebenso wie den englischen Genossen helfen. Wenn wir rechte Abweichungen bei den englischen und amerikanischen Genossen auch konstatieren, so ist das eine ganz andere Sache als bei den deutschen Rechten. Bei den amerikanischen und englischen Genossen handelt es sich um Unerfahrenheit und Schwäche. Sie sind noch junge Parteien. Da ist kameradschaftliche Hilfe am Platze und nicht sofort Richtungskampf, Fraktionskampf. Die Exekutive wird dafür sorgen, daß der Fraktionskampf in Amerika aufhört (wir werden Fraktionsbildungen verfolgen), und daß die junge Partei eine ernste Unterstützung bekommt. Dann wird sie auch ernste Erfolge haben.

Das Fazit

Zusammenfassend: Ich glaube, Genossen, wir müssen gewiß manches anders formulieren, als es auf dem 4. Kongreß formuliert worden ist. Aber die Linie des 3. und des 4. Kongresses in der Frage der Weltwirtschaftslage bleibt bestehen; die allgemeine Linie in der Frage der Arbeiter- und Bauernregierung bleibt ebenfalls bestehen. Was wir revidieren, theoretisch liquidieren und, wenn nötig, noch mit schärferen Mitteln liquidieren werden, das ist *die opportunistische Entstellung der Linie der KI.*

Mögen die Arbeiter der ganzen Welt und die sozialdemokratischen Führer und alle unsere Gegner wissen, was wir für strategische Manöver machen. Wir brauchen das nicht zu fürchten, Gen. Smeral. Das Wort „Manöver" wird gewöhnlich mit einem schlechten Nebengeschmack gedeutet. Aber in gewissem Sinne kann man sagen, daß unsere ganze Taktik überhaupt ein Manöver ist. Mögen unsere Gegner wissen, daß wir, wo es vonnöten ist, manövrieren. Wer glaubt, daß

wir die politische Vereinigung mit allen sogenannten „Arbeiterparteien" planen, der irrt. Mögen die ganze internationale Arbeiterschaft und die internationale konterrevolutionäre Sozialdemokratie wissen, daß die Ansicht, die hier von verschiedenen Genossen, mit Radek an der Spitze, ausgesprochen wurde, nicht die Meinung der KI ist. Die KI hat einen entgegengesetzten Standpunkt, den Standpunkt des revolutionären Marxismus, des Leninismus.

Wir brauchen eine Weltpartei des Leninismus.

Ich komme zum Schluß. Wir haben hart miteinander gesprochen, wir brauchen es einander nicht übelzunehmen. Natürlich, die KI ist nicht die II. Internationale und auch kein Parlament der „Meinungen". Gewiß, wir sprechen in unserer Mitte frank und frei, aber unser Ideal besteht nicht darin, Heißes und Kaltes zu vermischen, um Laues zu bekommen. Die KI muß wie aus einem Stück gegossen sein. Die Auffassung der Rechten wird auf diesem Kongreß in unbedeutender Minderheit bleiben. Wir kämpfen scharf, wir verteidigen heiß unsere Ansichten, aber die Beschlüsse der für uns höchsten Instanz sind für uns alle entscheidend. Wir können kein „Parlament" im Sinne der II. Internationale sein. Wenn wir hier einen Beschluß fassen, so heißt das, daß auch die Minderheit nicht nach der alten Art fortfahren kann. Auf dem Kongreß mag man „bis zum letzten Blutstropfen" kämpfen. Aber nachdem diese Versammlung, diese für uns Kommunisten höchste gesetzgebende Instanz (einen höheren Gerichtshof für Kommunisten kennen wir nicht) ihr Wort gesagt haben wird, handelt es sich darum, ihre Beschlüsse auszuführen, in Reih und Glied zu marschieren. Es kann nicht die Rede davon sein, daß die Rechte fortfährt, wie früher zu handeln, und sich zu einer Fraktion zusammentut. Das wird die KI nicht zulassen.

Ein russischer Genosse, der an der internationalen Arbeit unmittelbar nicht teilnimmt, sie aber aufmerksam verfolgt, und der ein gutes Auge, ein aufmerksames Ohr hat, sagte zu mir: Wenn ich diesen Kongreß betrachte, so merke ich, es ist schon etwas ganz anderes als früher. Früher waren es oft nur liebe Gäste, die nach Moskau kamen und mit viel Freude empfangen wurden. Jetzt sind es Kommunisten, die die Geschicke mitunter großer Parteien in ihren Händen halten, die reif prüfen, reif beschließen als Gleichberechtigte, und sie sind die Herren der KI.

Es wächst eine neue Generation von Führern heran, eine Anzahl wirklich revolutionärer Führer unserer Jugend. Wir haben schon Delegationen, wie die deutsche, wo Arbeiter sitzen, die fünf Jahre und mehr Gefängnis hinter sich haben. Nicht nur die russischen Genossen, auch

die ausländischen sind schon reife, feste Elemente. Das ist das Gesicht unseres Kongresses: nicht nur liebe Gäste, die brüderlich von den Russen empfangen werden, sondern Vertreter von gewiß noch verschiedenartig aufgebauten starken und schwachen Parteien, aber zum Teil schon Massenparteien, die ihre eigenen Erfahrungen haben.

Was heißt Bolschewisierung der Parteien?

Man hat viel von „Bolschewisierung der Parteien" geredet. *Bolschewisierung* ist nicht zu verstehen in dem Sinne, daß man mechanisch die russischen Erfahrungen auf die deutsche und andere Parteien überträgt, wovor schon Genosse Lenin gewarnt hat. Unter Bolschewisierung verstehen wir, daß die Parteien das aufnehmen, was generell bedeutend, international im Bolschewismus war, und worauf Lenin in den „Linken Kinderkrankheiten" hingewiesen hat. Unter Bolschewisierung der Parteien verstehen wir die Unversöhnlichkeit des Hasses gegen die Bourgeoisie und die verräterischen sozialdemokratischen Führer, die Zulässigkeit jedes strategischen Manövers gegen den Feind. Bolschewisierung ist der unbeugsame Wille zum Kampfe für die Hegemonie des Proletariats, ist der flammende Haß gegen die Bourgeoisie, gegen die konterrevolutionären Führer der Sozialdemokratie, gegen den Zentrismus und die Zentristen, gegen die Halbzentristen und Pazifisten und alle Auswüchse der bürgerlichen Ideologie. Bolschewisierung — das ist die Schaffung einer festgefügten, wie aus einem Stein gehauenen, zentralisierten Organisation, die harmonisch und brüderlich die Differenzen in ihren eigenen Reihen austrägt, wie es Lenin gelehrt hat. Bolschewisierung ist Marxismus in Aktion, ist Treue gegenüber der Idee der Diktatur des Proletariats, den Ideen des *Leninismus*. Das ist Bolschewisierung: nicht mechanisch die russischen Bolschewiki nachahmen, sondern das aufnehmen, was im Bolschewismus unsterblich war und ist.

Viele Parteien, von denen hier überhaupt nicht gesprochen wurde, haben große Fortschritte gemacht, z. B. die *spanische* Partei. Hunderte Genossen sind dort durch die Gefängnisse gegangen, und in diesem „klassischen" Lande des Syndikalismus und des Anarchismus gewinnt der Bolschewismus an Boden. Wir haben dort schon einen festen Kern von ehrlichen, kampfgewöhnten, revolutionären Arbeitern, die es wirklich mit der proletarischen Revolution ehrlich meinen. (Beifall.) Wir haben große Fortschritte auch in der *französischen* Partei zu verzeichnen, die vor kurzem noch so vom Opportunismus zerfressen war, daß man glauben mußte, eine ernste Partei wäre dort unmöglich. Viel gelernt hat auch die *bulgarische* Partei, die, wie wir hoffen wollen, vor Rückfällen opportunistischer Tendenzen bewahrt bleiben wird.

Wir hegen alle die Zuversicht, daß die Bewegung wächst. Die Propagandagruppen haben sich in starke Organisationen verwandelt, die im Kampfe gestählt worden sind. Wie alle haben das Gefühl, daß wir auf diesem 5. Kongreß wirklich davon sprechen, daß wir eine Weltpartei sind. In diesem Sinne werden auch die Resolutionen des Kongresses gefaßt werden. Diejenigen Genossen, die für eine andere Auffassung gekämpft haben, werden sich unsern Beschlüssen anschließen als dem Ausdruck der kollektiven Erfahrungen und des kollektiven Gehirns, alles Besten und Ehrlichsten und Revolutionärsten innerhalb der Arbeiterklasse der ganzen Welt. (Stürmischer, langanhaltender Beifall. Die Delegierten singen die „Internationale".)

Protokolle, Thesen usw. der KI im Hoym-Verlag

Protokoll des Ersten Kongresses

(2. bis 19. März 1919)

Protokoll des Zweiten Weltkongresses

(19. Juli bis 7. August 1920)

Protokoll des Dritten Weltkongresses

(22. Juni bis 12. Juli 1921)

Thesen und Resolutionen des Dritten Weltkongresses

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 078103956